Protokoll

über die

Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Abgehalten in Würzburg
vom 14. bis 20. Oktober 1917

Berlin 1917
Verlag: Buchhandlung Vorwärts Paul Singer G. m. b. H.

Bibliothek
der Friedrich-Ebert-Stiftung

X 1275

Tagesordnung des Parteitages.

Sonntag, den 14. Oktober 1917, abends 7 Uhr:

Vorversammlung

Konstituierung des Parteitages. — Festsetzung der Geschäfts- und Tagesordnung. — Wahl der Mandatsprüfungskommission.

Montag, den 15. Oktober 1917 und folgende Tage:

1. Bericht des Parteivorstandes:
   a) Allgemeines. Berichterstatter: Fr. Ebert.
   b) Kasse. Berichterstatter: O. Braun.
2. Bericht der Kontrollkommission. Berichterstatter: Fr. Brühne.
3. Bericht der Reichstagsfraktion. Berichterstatter: Dr. David.
4. Die nächsten Aufgaben der Partei. Berichterstatter: Ph. Scheidemann.
5. Anträge.
6. Wahl des Parteivorstandes, der Kontrollkommission und des Ortes, an dem der nächste Parteitag stattfinden soll.

Sitzung des Parteitages:
vormittags von 9 bis 1 Uhr, nachmittags von 3 bis 6 Uhr.

Bureau des Parteitages.

Vorsitzende:

Ebert-Berlin — Auer-München

Schriftführer:

Dorschu-Frankfurt a. M.	Michelsen-Flensburg	Weinheber-Hamburg
Giermann-Nürnberg	Severing-Bielefeld	Weißmann-Freiburg i. Br.
Koch-Wanzleben	Siedow-Brandenburg	Wirth-Dresden

Mandatsprüfungskommission:

Dörnke-Hannover	Kemgott-Eßlingen	Schadow-Kottbus
Eberle-Görlitz	Lübbring-Königsberg	Sollmann-Köln
Hörschelmann-Jena	Neumann-Offenbach	Stelling-Lübeck

Beschwerdekommission:

Bischoff-Altona	Donath-Bremen	Schilling-Döbeln
Blume-Hamburg	Günther-Bernburg	Simon-Augsburg
Dietrich-Breslau	Krüger-Köpenick	Stühmeyer-Bochum

Vorlagen an den Parteitag.

Bericht des Parteivorstandes an den Parteitag in Würzburg für die Geschäftsjahre 1914/17.

Allgemeines.

Unser Tätigkeitsbericht umfaßt vier Geschäftsjahre. Für die Zeit vom 1. April 1913 bis Ende März 1914 konnte der Bericht noch vor Kriegsausbruch in der Parteipresse veröffentlicht werden; er wird unverändert dem Parteitag zugehen. Der vorliegende Bericht umfaßt die Kriegszeit bis Ende März 1917. In dieser schweren Zeit war die Tätigkeit der Partei umfangreicher und intensiver denn je. Leider ist es unmöglich, sie hier so eingehend zu würdigen, wie es ihrer Bedeutung entspräche. Technische Gründe zwingen uns sogar, erheblich hinter dem Umfange der früheren Berichte zurückzubleiben. Das gilt auch für den rein geschäftlichen Teil. Für die umfassenden tabellarischen Uebersichten über Entwicklung der Organisation und Stand der Parteiunternehmungen in früheren Berichten waren einwandfreie Unterlagen nicht zu beschaffen. Die starke Einziehung zum Heeresdienst zwingt uns, die Verwaltungsarbeiten überall aufs äußerste einzuschränken. Wir müssen uns deshalb damit begnügen, hier ein gedrängtes Bild von der Tätigkeit der Partei und dem Stand ihrer Organisation zu geben.

Das ganze Parteileben stand naturgemäß im Banne des Krieges. Die Partei hat die Kriegsgefahr so nachdrücklich und so lange bekämpft, wie sie konnte. Wie beim Marokko-Konflikt, beim Balkan- und Tripoliskrieg, so hat sie auch im Sommer 1914 ihr möglichstes zur Verhinderung des Weltenbrandes eingesetzt. Am 4. August stand die Partei nicht mehr vor der Frage: Krieg oder Friede? Der Krieg war nicht mehr zu verhindern; er war da, die zaristischen Heere überschritten die Ostgrenze unseres Landes. Da blieb nur die Entscheidung: Wie stellt sich die Partei zu ihrem bedrohten Volke? Nicht die Psychologie jener aufgeregten Tage war maßgebend. Das Dasein, die Zukunft unseres Volkes, die verheerenden Wirkungen des Krieges beherrschten jene Verhandlungen, die von dem ganzen Ernst der furchtbaren Verantwortung getragen waren, die auf der Partei lastete. Von der stärksten Partei Deutschlands forderte die Schicksalsstunde eine klare Entscheidung. Darauf hatten auch die Hunderttausende Sozialdemokraten Anspruch, die zur Verteidigung des Landes aufgerufen wurden. Da blieb keine Wahl. Die Partei machte wahr, was sie in den Parlamenten und in den Wahlkämpfen immer erklärt hatte: In der Stunde der Gefahr lassen wir das Vaterland nicht im Stich!

Damit hatte die Partei sich zur Pflicht der Landesverteidigung bekannt. Gleichzeitig aber hat sie mit äußerster Entschiedenheit erklärt, der Krieg dürfe keinerlei Eroberungsziele haben; er müsse beendet werden, sobald die Gegner zum Frieden bereit seien. Diese Grundgedanken der Erklärung vom 4. August 1914 waren entscheidend für die Stellung der Partei zur Politik ihres Landes, wie für ihre Beziehungen zur proletarischen Internationale. Seit Anbeginn des Krieges hat die deutsche Sozialdemokratie Chauvinismus

und Eroberungspolitik im eigenen Lande grundsätzlich bekämpft. In unablässigem Bemühen trat sie für internationale Verständigung ein und erklärte jederzeit sich zum Frieden bereit. Auf der Reichskonferenz der Partei ist das in den beiden Referaten: „Die Tätigkeit des Parteivorstandes" und „Die Politik der Partei" ausführlich dargelegt worden.

Der Vertretung der Internationale in Stockholm haben wir an der Hand von Dokumenten dafür erneut den schlüssigen Nachweis geführt. Die deutsche Sozialdemokratie kann trotz häßlichster Angriffe von innen und außen mit ruhigem Gewissen auf diese Tätigkeit zurückblicken. Wie ernst es ihr mit ihrer Friedensarbeit ist, dafür spricht am besten die am 19. Juli d. J. mit großer Mehrheit vom Deutschen Reichstag beschlossene Kundgebung für den Verständigungsfrieden, für einen Frieden ohne gewaltsame Gebietserwerbungen, ohne politische, wirtschaftliche und finanzielle Vergewaltigungen, der durch internationale Rechtsgarantien die Gleichberechtigung aller Völker dauernd sichert. Ohne die energische Friedensarbeit der Sozialdemokratie wäre diese Kundgebung nicht möglich gewesen.

Die kleine Gruppe der deutschen Eroberungspolitiker versucht mit allen Mitteln, namentlich mit Hilfe der schwerindustriellen Presse, die Bedeutung der Reichstagskundgebung herabzusetzen. Die schofelsten Methoden sind ihr dazu recht. Verrat an den Interessen des Landes sei die Herbeiführung des Ausgleichsfriedens; Verzicht auf Annexionen und Entschädigungen sei Verzicht auf die Zukunft des Landes. In demagogisch aufgeputzten Bilderbogen operieren sie mit phantastischen Zahlen künftiger Steuerlasten, die der Verständigungsfrieden unserem Volke aufbürden müsse. Daß aber jeder Tag Kriegsverlängerung Tausende Menschenleben mehr fordert, daß Vernichtung blühender Menschenkraft der schwerste und unersetzliche Verlust ist, stellen sie wohlweislich nicht in Rechnung. Die Hekatomben an Menschenopfer schrecken diese skrupellosen Interessenpolitiker nicht. Fortsetzung des Krieges bis zur Erreichung ihrer wahnwitzigen Ziele hieße kämpfen bis zum Weißbluten der Völker, würde Europa in eine Wüstenei verwandeln. Ein so erkaufter Friede wäre nur ein Scheinfriede, dem naturgemäß neue Kriege mit noch entsetzlicherem Blutvergießen folgen müßten. So sehr das deutsche Volk entschlossen ist, für seine Selbstbehauptung alle Kraft einzusetzen, so entschieden lehnt es politische, wirtschaftliche und finanzielle Vergewaltigungen anderer Völker ab. Es besteht heute kein Zweifel mehr, daß das die Auffassung der überwältigenden Mehrheit des Volkes ist. Der Reichstagsbeschluß hat das unzweideutig zum Ausdruck gebracht. Keine maßgebende Stelle im Reiche kann und darf sich dem entziehen. Wollen trotzdem unsere Kriegsverlängerer auf dem Wege der Reichstagsauflösung und der Neuwahlen an das Volk appellieren, — uns soll es recht sein. Voraussetzung dabei ist allerdings, daß auch die Millionen Kämpfer an den Fronten ihre Stimmen in die Wagschale werfen können! Jedenfalls ist die Sozialdemokratie entschlossen, sich für unverrückbares Festhalten an den vom Reichstag unzweideutig festgelegten Friedenszielen und für klare Führung der Reichspolitik im Sinne dieser Entschließung mit äußerster Konsequenz einzusetzen. —

Das furchtbare Weltgeschehen mit seinen Riesenopfern hat die Forderungen der Sozialdemokratie nach Demokratisierung in Reich und Staat mit unwiderstehlicher Kraft erfüllt. Schon 1915 hat die Reichsleitung auf Drängen der Sozialdemokratie die politische „Neuorientierung" des Reiches in Aussicht gestellt. Ueber Erklärungen und schöne Reden ist sie indes nicht hinausgekommen. Für die Arbeiterklasse ist die politische Demokratie, das allgemeine und gleiche Mitbestimmungsrecht in Reich, Staat und Gemeinde längst Lebensbedürfnis. Der Krieg ließ die große wirtschaftliche und politische Bedeutung der Arbeiterklasse immer klarer zutage treten; ihre Einordnung als gleichberechtigten Teil in

das staatliche Leben kann nicht länger zurückgedrängt werden. Auch für Reich und Staat ist sie zur Lebensnotwendigkeit geworden. Vor allem handelte es sich um die Beseitigung des schmachvollen Dreiklassensystems in Preußen und ähnlicher Drahtverhaue in den anderen Bundesstaaten. Wenn die Nutznießer der jetzigen Volksentrechtung glauben, mit der in aller Form gegebenen Zusicherung der Einführung des allgemeinen und gleichen Wahlrechts in Preußen ein frivoles Spiel treiben zu können, so wird sie die Entwicklung eines anderen belehren. Es muß Ernst gemacht werden mit der Demokratisierung Preußens! Nur die restlose und schleunige Durchführung der Zusicherung kann uns ernste Konflikte ersparen!

So fundamentale Bedeutung die Demokratisierung Preußens für die deutsche Politik auch hat, so darf dabei doch nicht Halt gemacht werden. Nach dem Zusammenbruch des russischen Zarismus ist die Aufrechterhaltung der obrigkeitsstaatlichen Bevormundung des deutschen Volkes vollends unhaltbar geworden. Seiner berufenen Vertretung, dem Deutschen Reichstag, muß entscheidender Einfluß auf die Geschicke des Reiches eingeräumt werden. Mit der „engen Fühlungnahme" zwischen Regierung und Reichstag ist es nicht getan. Zwischen den beiden entscheidenden Faktoren der deutschen Politik muß ein festgefügtes Vertrauensverhältnis hergestellt werden; ein Vertrauensverhältnis, das nur beruhen kann auf dem demokratisch-parlamentarischen System. Der Reichstag kann sich nicht länger mehr mit der Rolle des Kontrolleurs und des Kritikers der Reichspolitik begnügen. Die Liquidierung des Krieges, die großen Zukunftsaufgaben des Reiches sind Schicksalsfragen für unser Volk. Ihre Entscheidung darf nicht in der Hand einer Oberschicht liegen, die zum Volk in keinerlei Vertrauensverhältnis steht. Das deutsche Volk hat diese Bevormundung längst satt! Es will sein künftiges Schicksal selbst bestimmen. Deshalb verlangt es an den entscheidenden Stellen Männer seines Vertrauens. Will Deutschland sich neben den anderen Großmächten die Stellung eines freien gleichwertigen Staates sichern, dann muß die auf Grund des allgemeinen und gleichen Wahlrechts gewählte Volksvertretung der entscheidende Faktor der Reichspolitik werden. Dieser unabwendbaren Notwendigkeit muß sich die Reichsverfassung anpassen. Für staatsrechtliche Deklamationen ist heute kein Raum mehr. Die Zeichen der Zeit verlangen Taten!

Die Methoden der Durchführung der Demokratisierung müssen nach den Verhältnissen des eigenen Landes bestimmt werden. So sehr wir den Sieg der russischen Revolution als großen geschichtlichen Fortschritt freudig begrüßten, so haben wir doch nie verkannt, daß jedes Land im Kampfe für die Demokratie seine eigene Taktik erfordert. Das gilt in besonderem Maße für Deutschland. Die Durchführung unserer demokratischen Forderungen kann nicht das Werk fremder Bourgeoisregierungen sein. Die Unabhängigkeit unseres Landes, das Selbstbestimmungsrecht unseres eigenen Volkes sind die ersten Voraussetzungen einer wahrhaft demokratischen Politik. Die Entente mag noch so laut und aufdringlich von der Befreiung fremder Völker reden — in Deutschland gibt es nicht einen Arbeiter, der das heuchlerische Spiel, das sie mit der Demokratie treibt, nicht durchschaute. Damit müssen die Arbeiter in England und Frankreich rechnen! Sie können uns nicht befreien, denn sie haben mit ihrer Bourgeoisie genug zu tun. Was diese den Arbeitern ihrer Länder zu bieten vermag, zeigt das Reiseverbot nach Stockholm. Die Bourgeoisie der Ententeländer kämpft ebenso wie unsere Kriegsverlängerer gegen Stockholm; sie fürchten dort Gefahr für ihre kapitalistischen Eroberungsziele. Die deutsche Arbeiterklasse hat ihre innerpolitischen Kämpfe bisher ohne Hilfe von außen geführt; so gedenkt sie das auch in Zukunft zu halten.

* * *

Der Krieg hat die Partei auch vor große wirtschaftliche Aufgaben gestellt. Zur Sicherstellung der Volksernährung ist der Parteivorstand gemeinsam mit der Generalkommission der Gewerkschaften unausgesetzt tätig gewesen. Bereits am 13. August 1914 sind wir mit einem wohlerwogenen Programm an die Reichsleitung herangetreten, in dem grundlegende Maßnahmen für eine durchgreifende Organisation unserer gesamten Ernährung gefordert wurden. Wäre diesen Forderungen rechtzeitig Rechnung getragen worden, viel Entbehrungen und Verärgerungen wären der Bevölkerung erspart geblieben. In einer Anzahl von Denkschriften, in vielen direkten mündlichen Verhandlungen mit der Regierung ist immer wieder auf die zutage getretenen Mißstände, auf das wucherische Treiben der Interessenten und das Unzulängliche der Organisation der Volksernährung hingewiesen worden. Der Reichskonferenz der Partei haben wir eine Zusammenstellung der Denkschriften an die Regierung, der erhobenen Forderungen und Anträge zur Lebensmittelversorgung vorgelegt. Die Zusammenstellung enthält dreizehn teils umfangreiche Denkschriften, die sich mit fast allen Ernährungsfragen befassen. In letzter Zeit sind die Beschwerden und Forderungen von unseren Vertretern in den regelmäßigen Sitzungen des parlamentarischen Ernährungsbeirats vertreten worden.

Die öffentliche Kritik der Ernährungspolitik ist in der Parteipresse, in Versammlungen, Kundgebungen und Flugschriften mit allem Nachdruck geführt worden. Der Parteiausschuß hat sich fast in jeder Sitzung mit der Lebensmittelfrage beschäftigt, wobei immer wieder die Parteivertreter in den Parlamenten und Gemeinden aufgefordert worden sind, dieser Frage die größte Aufmerksamkeit zu widmen und energisch die Interessen der Arbeiterschaft zu vertreten. Gewiß, unsere Ernährungsverhältnisse sind noch höchst unbefriedigend. Aber ohne die hingebende und zähe Arbeit der Parteivertreter wäre es um unsere Volksernährung sicher noch schlimmer bestellt.

* * *

Die Reichskonferenz der Partei im September 1916 sollte durch offene Aussprache über das gesamte Parteileben der Klärung der Parteiverhältnisse dienen. Den Parteivorstand leitete dabei die Absicht, die Einheit der Partei zu sichern und ihre Aktionsfähigkeit zu stärken. Obwohl von vornherein festgestellt war, daß die Konferenz nicht bindende Beschlüsse fassen sollte und der Opposition im weitesten Maße Redefreiheit gesichert worden war, ist der Zweck nicht erreicht worden. Die Opposition versuchte vor und während der Tagung, die Konferenz zu diskreditieren, bestritt ihr das Recht jeglicher Beschlußfassung und übte selbst bei Abstimmungen über Fragen, die in keiner Weise strittig waren, lächerliche Obstruktion. Triumphierend verkündete dort einer ihrer lautesten Rufer: „Was hier die Konferenz bezwecken soll, das wird sie nicht erreichen. Sie sehen, daß hier Gegensätze vorhanden sind, die unvereinbar sind." Unsere am Schlusse der Konferenz ausgesprochene Hoffnung, die Gegensätze seien nicht derart, daß die Aufrechterhaltung der Einheit der Partei unmöglich sei, war leider zu optimistisch. Die notwendige Folge der Spaltung der Reichstagsfraktion war die Zerstörung der Parteieinheit; sie ist von der Opposition systematisch vorbereitet und frivol durchgeführt worden. Die Verantwortung dafür tragen jene Elemente, die sich längst nur widerwillig der Gesamtpartei unterordneten, denen fanatische Rechthaberei höher stand, als die Erhaltung der einheitlichen proletarischen Kampffront.

Auf der Reichskonferenz waren die Parteiorganisationen durch 206 Delegierte vertreten. Außerdem haben die Reichstagsabgeordneten, die Mitglieder des Parteiausschusses, der Kontrollkommission und des Parteivorstandes an ihr teilgenommen. Die überaus große Mehrheit der Konferenz stimmte einem Friedensmanifest zu, billigte die Bewilligung der Kriegskredite und verurteilte die von der Opposition herbeigeführte Spaltung der Reichstagsfraktion. Die Konferenz protestierte gegen die Aufrechterhaltung des Belagerungszustandes, verlangte Demokratisierung der Verfassung, der inneren und äußeren Verwaltung und durchgreifende Maßnahmen in der Nahrungsmittelversorgung. Das Protokoll der Reichskonferenz wird den Parteitagsdelegierten zugestellt.

Organisation.

Konnten wir am Schlusse des Geschäftsjahres 1913/14 mit Befriedigung von einer Steigerung der Mitgliederzahl berichten, so müssen wir heute feststellen, daß begreiflicherweise der Krieg und seine Begleiterscheinungen unsere Organisation arg in Mitleidenschaft gezogen hat. Mit dem Kriegsausbruch wurde der Belagerungszustand über das ganze Reichsgebiet verhängt, der in den Grenzbezirken sogar die Auflösung der politischen Organisationen im Gefolge hatte. Fast die Hälfte unserer männlichen Mitglieder wurden bereits in der ersten Zeit des Krieges von der Einberufung zum Heeresdienst betroffen. Inzwischen hat sich diese Zahl auf zirka 75 Prozent der gesamten männlichen Mitglieder gesteigert. Zu einer weiteren zahlenmäßig nicht festzustellenden Schwächung der Partei hat die verwüstende Agitation der Opposition, die schließlich zur Spaltung der Partei führte, beigetragen. Die systematische Untergrabung des Vertrauens zur Partei und ihrer Führer hat vielfach Parteiverdrossenheit und Mitgliederflucht herbeigeführt.

Unsere Erhebungen über den Stand und die Wirksamkeit der Organisationen sind in den Kriegsjahren leider unvollständig geblieben. Die zuverlässigen Funktionäre in vielen Orts- und Kreisorganisationen mußten zum Heeresdienst einrücken. Ein Ersatz war schwer oder überhaupt nicht zu beschaffen. Darunter litt natürlich die Berichterstattung und mußte lückenhaft bleiben.

Leider ist auch die Zahl der weiblichen Mitglieder erheblich gesunken. Die Ursache wird zum Teil darauf zurückzuführen sein, daß bei Kriegsbeginn die Kriegerfrauen meistens von Beiträgen befreit wurden, mit dieser an sich erklärlichen Maßnahme aber auch vielfach die Fühlung mit der Organisation verloren ging.

Durch die Spaltung ging uns ein erheblicher Teil der Mitglieder in den Bezirken Groß-Berlin, Leipzig, Frankfurt a. M., Ostpreußen, Niederrhein, Braunschweig, Halle, Erfurt und Groß-Thüringen verloren. Die übrigen Bezirke wurden weniger, ein großer Teil gar nicht davon berührt. Da in einigen Bezirken die Verhältnisse noch nicht geklärt sind, ließen sich bestimmte Angaben über den Umfang der Absplitterung überhaupt noch nicht machen. Aus etwa 50 Kreisen fehlen für das letzte Jahr alle Zahlen über die Mitgliederstärke, bei anderen sind sie unvollständig. Die Ziffern unserer Tabelle bieten deshalb leider kein vollständiges Bild über unsere Organisationsstärke. — Im Bezirk Elsaß-Lothringen, das als militärisches Operationsgebiet betrachtet wird, sind bei Kriegsbeginn alle politischen Organisationen aufgelöst worden. Dieser Zustand besteht auch heute noch.

Die Zahl der vorhandenen Mitglieder (ohne Einberufene) veranschaulicht die beigegebene Tabelle, aus der sowohl die Wirkung des Krieges wie die der Parteistreitigkeiten mit erschreckender Deutlichkeit ersichtlich ist. Die Zahlen

Mitgliederzahl der Parteiorganisationen

Agitationsbezirke	am 31. März 1914		am 31. März 1915		am 31. März 1916		am 31. März 1917	
	überhaupt	davon weibl.	überhaupt	davon weibl.	überhaupt	davon weibl.	überhaupt	davon weibl.
Ostpreußen	10 488	2120	3 929	1501	3 906	1500	553	58
Westpreußen	4 407	909	1 401	450	1 043	347	918	310
Groß-Berlin	121 689	22580	91 878	18660	76 355	14725	6 475	1788
Brandenburg	34 786	5198	16 675	3946	10 871	2788	8 265	2247
Pommern	12 319	2380	4 639	1709	3 813	1098	3 290	804
Posen	1 030	182	330	83	151	31	51	18
Breslau	20 072	3720	7 254	2129	6 047	2582	4 306	2303
Görlitz	8 986	1588	5 845	1002	2 228	717	1 804	553
Oberlangenbielau	18 222	3108	6 524	1872	3 556	1442	2 446	1074
Kattowitz	2 724	357	784	99	475	87	341	75
Magdeburg-Anhalt	37 854	8487	17 248	5592	18 151	4897	12 592	5273
Halle	26 089	4454	12 604	3238	8 979	2820	4 688	1612
Erfurt	9 826	1857	4 058	993	2 312	448	430	92
Schleswig-Holstein	55 037	11044	30 229	9859	22 637	7962	17 128	7066
Hannover	38 140	6186	18 494	4911	16 960	5134	13 609	4511
Westl. Westfalen	14 821	1736	8 259	1599	5 064	1431	4 292	1285
Westl. „	25 079	5761	14 748	4758	9 704	3844	11 050	3247
Hessen-Nassau	32 955	4563	17 496	4057	10 581	3516	3 068	1033
Hessen-Kassel	6 798	326	957	192	1 294	121	1 106	55
Oberrhein	17 860	1902	7 258	1506	3 447	1166	3 645	247
Niederrhein	48 190	8819	27 889	7490	18 788	6454	5 524	2152
Nordbayern	49 068	4927	23 481	1214	12 715	2060	9 791	904
Südbayern	29 741	3292	18 579	3019	13 681	2993	15 284	2884
Pfalz	12 805	908	9 363	478	3 668	321	2 188	199
Dresden	64 571	8462	37 597	6981	23 252	5480	15 305	4388
Chemnitz	44 577	6868	25 366	6321	18 887	4923	10 420	2793
Leipzig	50 352	9418	31 117	8784	19 552	7367	428	98
Zwickau	18 215	3676	9 915	2785	5 688	2221	3 788	1697
Württemberg	39 914	3856	12 716	1610	10 956	1079	6 667	669
Baden	25 456	2701	10 969	2202	8 369	1936	6 481	1705
Hessen	23 896	2099	10 905	1158	7 177	1080	4 295	717
Mecklenburg-Lübeck	19 036	2587	9 567	2178	8 698	1980	5 888	1768
Groß-Thüringen	36 947	5566	19 378	4588	12 017	3311	4 760	1398
Oldenburg	9 080	1682	4 250	950	2 428	954	4 266	1476
Braunschweig	18 993	2278	7 994	1659	5 926	1421	885	97
Hamburg	67 862	11684	38 875	9712	46 987	8666	41 667	8079
Nordwest	36 490	6940	19 892	5178	11 355	3616	5 482	1983
Elsaß-Lothringen	7 538	588	—	—	—	—	—	—
Summa	1 085 905	174754	585 898	184668	482 618	112418	243 061	66608

der Tabelle beziehen sich auf die am Jahresschluß in den Organisationen befindlichen zahlenden Mitglieder. Die zum Heeresdienst Einberufenen sind daher nicht in diesen Ziffern enthalten.

Eine Reihe Bezirks- wie Kreissekretäre wurde zum Heeresdienst einberufen. In den meisten Fällen mußten deren Geschäfte von anderen Genossen nebenamtlich übernommen werden. Unsere Sekretariate wurden durch Kriegshilfe, Rat- und Auskunfterteilung stark in Anspruch genommen und bildeten vielfach das Bindeglied zwischen den Hilfesuchenden und den amtlichen Stellen.

Anträge auf Ausschluß aus der Partei wurden in den drei Jahren (vom 1. April 1914 bis 31. März 1917) bei den Bezirksvorständen 84 gestellt, gegen 280 im Jahre 1913/14. Mit Ausnahme von 4 Fällen wurden alle in erster Instanz erledigt. In 19 Fällen wurde das Verfahren wegen des Krieges niedergeschlagen oder die Anträge zurückgezogen. 6 erledigten sich durch Austritt der Angeschuldigten. In 34 Fällen wurde auf Ausschluß aus der Partei erkannt; in 12 auf Erteilung einer Rüge. 4 Angeschuldigten wurde auf bestimmte Zeit die Fähigkeit zur Bekleidung von Parteiehrenämtern aberkannt. In einem Falle erledigte sich das Verfahren durch freiwillige Niederlegung der Ehrenämter. Mit einem Freispruch endeten 5 Fälle und 3 blieben unerledigt.

Dem Parteivorstand überwiesene Anträge.

Die auf Beschluß des Jenaer Parteitags eingesetzte Agrarkommission hat während des Krieges ihre Arbeiten nicht fortgesetzt. Wir empfehlen, von deren Weiterführung abzusehen und später erneut zur Agrarfrage Stellung zu nehmen.

Die früher überwiesenen Anträge zum Organisationsstatut, die eine anderweite Regelung des Delegationsrechts zum Parteitag verlangten, werden zweckmäßigerweise bis zur nächsten allgemeinen Revision des Organisationsstatuts zurückgestellt.

Der von der Reichskonferenz überwiesene Antrag Braun und Genossen auf Einsetzung einer Kommission zum Studium der Maßregeln, die für den Uebergang aus der Kriegswirtschaft in den Friedenszustand in Betracht zu ziehen sind, soll bei Punkt 4 der Tagesordnung des Parteitages erledigt werden.

Die Durchführung des ebenfalls von der Reichskonferenz überwiesenen Antrags München wegen Einberufung einer Konferenz von Vertretern des Parteivorstandes, der Reichstags-, Landtags- und Gemeindefraktionen zur Besprechung der Lebensmittelversorgung erschien uns nicht zweckmäßig. Zur eingehenden und fruchtbringenden Beratung der sehr verzweigten Frage der Volksernährung würde die Zahl der Konferenzteilnehmer zu groß sein. Konferenzen für einzelne Bezirke oder Bundesstaaten werden wirksamer sein. Die Absätze 2 und 3 der Resolution sind von der Reichstagsfraktion berücksichtigt worden.

Frauenbewegung.

Während des Krieges äußerte sich das Leben in der Frauenbewegung in merklich anderen Formen als unter normalen Verhältnissen. Der Trieb der Frau, Hilfe zu leisten und Not zu lindern, kam in schönster Weise zum Durchbruch. Eine moralische Stütze und einen Ansporn für ihr Handeln fanden die Genossinnen in dem Vorgehen fast der gesamten Partei und in der Parteipresse. Die verschiedenen Aufrufe und Direktiven des Parteivorstandes zur Kriegsnot und Lebensmittelfrage gaben auch ihnen die Richtschnur für ihr Handeln. Sie arbeiteten gemeinsam mit Partei und Gewerkschaften, mit bürgerlichen Frauen und in besonderen sozialdemokratischen Frauenkommissionen sowie in behördlichen Korporationen und Einrichtungen tatkräftig und umsichtig mit. Konnte schon vor dem Kriege von einer stetig zunehmenden kommunalen Mitarbeit unserer Genossinnen berichtet werden, so hat die jetzige Arbeit unserer

Genossinnen auf kommunalem und sozialpolitischem Gebiete sich ganz gewaltig vermehrt. Daneben läuft eine nicht zu unterschätzende soziale Arbeitsleistung in den verschiedensten Vereinen. Von den 47 befragten Parteibezirken berichteten 31 von fleißiger Mitarbeit unserer Genossinnen in Preisprüfungsstellen, Lebensmittelkommissionen und -Aemtern, in Volksküchenausschüssen und Kriegsfürsorgekommissionen, in der Kriegsbeschädigten- und Hinterbliebenenfürsorge, im Säuglings-, Kinder- und Mutterschutz, in der Jugendfürsorge, als Kontrolleurin auf dem Lebensmittelmarkt und in Beschwerdekommissionen.

Sie arbeiten als Sachverständige in der Frauenarbeitszentrale und sitzen als Beratende in den Kriegsamtstellen; sie sitzen im Beirat der Frauenreferate, sind tätig in den Frauenarbeitsmeldestellen und in den von der Frauenarbeitszentrale geschaffenen Fürsorgevermittlungsstellen, die dazu dienen sollen, den lohnarbeitenden Frauen ihre Lage zu erleichtern. Kurzum, sie sitzen, sich ihren Auftraggebern verantwortlich fühlend, in den Kommissionen und arbeiten praktisch mit in den verschiedensten Kriegseinrichtungen, die hier nicht alle mit Namen genannt werden können. Sie leisten bei dieser Arbeit der Allgemeinheit und der Partei wertvolle Dienste und schaffen inmitten aller Zerstörung Werte für Gegenwart und Zukunft.

Das ganze Versammlungsleben trug ebenfalls das Gepräge des Krieges. Das Kriegswirtschaftsleben mit seiner großen Steigerung der Frauenerwerbsarbeit, die Sorgen und Nöte der Arbeiterinnen und Hausfrauen stand im Vordergrund der Interessen; der Lebensmittelwucher spielte dabei eine große Rolle. Die Maßnahmen der Reichsbehörden, mehr noch die der Gemeinden, wurden berechtigter Kritik unterworfen.

Im März 1915 fanden auf Anregung des Vorstandes im Reiche Frauenversammlungen statt mit Vorträgen über die durch den Krieg bedingten wirtschaftlichen und sozialen Maßnahmen. In diesen Versammlungen sollten mit besonderem Nachdruck die Forderungen staatsbürgerlicher Gleichberechtigung erhoben werden; auch sollten sie für die Kleinagitation unter den Frauen wirken. Eine besondere Frauenagitation wurde auch im März 1916 veranstaltet. Es erschien eine besondere Frauentagsnummer der „Gleichheit", die in den vom 12. bis 26. März veranstalteten allgemeinen Versammlungen vertrieben wurde. Eine Broschüre mit Material über Frauenerwerbsarbeit und Staatsbürgerrechte wurde den Referenten für diese Versammlungen zur Verfügung gestellt.

Die schon im Juni 1914 vom Vorstand als Agitationsmaterial empfohlene Broschüre: „Warum sind wir arm?" wurde der Zeit entsprechend umgearbeitet und den Bezirken für die Agitation zur Verfügung gestellt.

An öffentlichen Frauenversammlungen fanden in den drei Berichtsjahren 1107 statt. Den Vorständen gehörten am 31. März 1917 577 Genossinnen an.

Eine Frauenkonferenz für das ganze Reich fand am 7. und 8. Juli d. J. statt mit der Tagesordnung: 1. Die Frauen in der Kriegswirtschaft. 2. Unsere Agitation. 3. Das Frauenwahlrecht.

Aus 38 Bezirken waren 50 Delegierte erschienen. Die in Berlin versammelten Genossinnen und Genossen konnten nach erfolgter gründlicher Aussprache zu den Referaten unter Punkt 1 mit Befriedigung feststellen, daß durch die umfangreiche, von unseren Genossinnen im ganzen Reich geleistete Mitarbeit in der sozialen Kriegsfürsorge die Interessen der notleidenden Bevölkerungsschichten, besonders der Frauen und Kinder, nach besten Kräften gewahrt worden sind, und daß sich die Genossinnen im Lande bei ihrem Vorgehen von richtigen Voraussetzungen hatten leiten lassen. Die gesteigerte Frauenerwerbsarbeit verschärft alte und schafft neue Probleme, die nur mit tatkräftiger Hilfe unserer Genossinnen von der Gesamtpartei gelöst werden können. Ebenfalls einmütig war die rege Aussprache, die zum Punkt 2 der Tagesordnung

„Agitation" stattfand. Die Anwesenden waren einig in der Meinung, daß der Krieg mit seinen Begleiterscheinungen: Frauenerwerbsarbeit, größere wirtschaftliche Selbständigkeit der [illegible], Lebensmittelnot und Teuerung, auch günstige psychologische Vorbedingungen schafft für regelmäßige, von der Zentralstelle gut vorbereitete Werbeaktionen unter den Frauen für Partei und für die „Gleichheit". In dem Referat über das „Frauenwahlrecht" wurden eine Reihe taktischer Fragen aufgerollt. Die Konferenz überwies die Anregungen dem Parteivorstande in dem Sinne, daß er sie zu gelegener Zeit nutzbar zu machen versuche. Die vielseitige Uebernahme und Erfüllung neuer Pflichten hat unseren Genossinnen noch mehr als bisher den Blick geschärft für die fehlenden Rechte, ihren Kampfeifer gestählt, ihr politisches Denken und Empfinden reifer gemacht.

Die Konferenz war der Anstoß zu größerer Lebhaftigkeit in der Frauenbewegung. Schon nach Ankündigung derselben nahmen die Genossinnen in Bezirksfrauenkonferenzen, in Sitzungen der weiblichen Funktionäre der Partei und in Frauenmitgliederversammlungen Stellung zu der geplanten Veranstaltung und wählten ihre Delegierten. Ebenso wurde hinterher in den einzelnen Bezirken Bericht gegeben und Stellung zu dem Resultat genommen. Soweit uns bis jetzt berichtet wurde, stellten sich die Genossinnen im Lande überall hinter die von der Reichskonferenz beschlossenen Resolutionen. Eine unmittelbare Folge der Reichskonferenz ist es auch, daß von einzelnen Bezirken und Kreisen wieder Agitationsversammlungen und planmäßige Werbeaktionen für „Gleichheit" und Partei eingerichtet werden. Sowohl nach dem Verlauf der Tagung, wie auch nach ihren unmittelbaren Folgen in den Bezirken ist zu hoffen, daß die Reichsfrauenkonferenz angesehen werden kann als verheißungsvoller Auftakt zu neuer Arbeit der Genossinnen im Dienste des Sozialismus.

Die Jugendbewegung

befand sich bis zum Kriegsausbruch in ununterbrochenem Vorwärtsschreiten. Nachdem im Jahre 1908 die erwachsene Arbeiterschaft die Sache der Jugend in die Hand genommen hatte, stieg dank der prächtigen Zusammenarbeit von jung und alt die Zahl unserer Jugendausschüsse und die Abonnentenziffer der „Arbeiter-Jugend" mit jedem Jahre. Bei Kriegsausbruch zählten wir 837 Jugendausschüsse, 38 Bezirksleitungen und 108 300 Abonnenten der „Arbeiter-Jugend". Der Krieg mit seinen mehr und mehr unerfreulicheren Begleiterscheinungen hat auch die Jugendbewegung in Mitleidenschaft gezogen. Besonders die fortgesetzten Einberufungen, die uns unsere besten und tüchtigsten Kräfte entzogen, hat die Jugendbewegung an vielen Orten lahmgelegt. Kein Wunder, wenn man bedenkt, daß gerade in der Jugendbewegung die persönliche Arbeit, die Erfahrungen des einzelnen von ausschlaggebender Bedeutung sind. Fehlen die treibenden Kräfte, wird der Jugendleiter eingezogen, dann ist die Bewegung, besonders in den kleinen und mittleren Orten, oft nicht mehr aufrechtzuerhalten. Freilich wird es in solchen Orten nach dem Kriege nicht schwerfallen, die Jugendbewegung wieder ins Leben zu rufen.

Wie die gesamte Arbeiterbewegung, so blieb auch die Jugendbewegung von Spaltungsversuchen nicht verschont. Schon kurz nach Beginn des Krieges setzten hier die Treibereien gewissenloser, jeder Verantwortung baren Elemente ein. Diese Treibereien, deren Träger durchweg die älteren, der Jugendbewegung längst entwachsenen Jugendlichen wurden, führten zum

Boykott der „Arbeiter-Jugend" und zur Loslösung von der Zentralstelle für die arbeitende Jugend — und damit zur Spaltung. Diese Spaltung wurde nicht allein von den Spartakusanhängern, sondern neuerdings auch von den Anhängern der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei herbeigeführt — von den letzteren, ohne daß irgendwelche stichhaltigen Gründe dafür angeführt werden konnten. Die Zentralstelle hat in ihren Rundschreiben Nr. 12 und 13 zu diesen Treibereien Stellung genommen; außerdem hat eine Konferenz der Bezirksleitungen Deutschlands am 20. August 1916 gegen wenige Stimmen sowie eine solche vom 24. Juni 1917 einmütig sich gegen die Spaltungsversuche ausgesprochen.

Neben diesen durch die gegebene Situation leider notwendig gewordenen Abwehrmaßnahmen ist die Zentralstelle in den vergangenen Kriegsjahren tatkräftig im Interesse der arbeitenden Jugend tätig gewesen. Zur Frage der militärischen Jugendausbildung nahm sie unmittelbar nach Kriegsausbruch in einem besonderen Rundschreiben in ablehnendem Sinne Stellung und berief, als trotzdem in einigen Bezirken Deutschlands sich noch Unklarheit in dieser Frage zeigte, zum 25. Oktober 1914 eine Konferenz der Bezirksleitungen ein, die nach eingehender Aussprache beschloß, die Beteiligung an den militärischen Jugendkompagnien abzulehnen. Diese ablehnende Haltung gegenüber einer einseitigen militärischen Jugenderziehung entsprach dem wohlerwogenen Interesse der Jugend, wie schon daraus hervorgeht, daß mehr und mehr auch bürgerliche Kreise nach dieser Richtung hin kritischer geworden sind. Dagegen stellte die Zentralstelle die in ihrem Rundschreiben Nr. 12 veröffentlichten Leitsätze zur militärischen Erziehung der Jugend auf, die die positiven Forderungen enthalten, deren gesetzliche Durchführung eine ausreichende Erziehung der Jugend zur Wehrhaftigkeit und körperlichen Tüchtigkeit gewährleisten würden. Diese Leitsätze haben allgemeine Beachtung gefunden und sind auch von unseren Abgeordneten bereits mehrfach, im Reichstag, im bayerischen Landtage und preußischen Abgeordnetenhause, vertreten worden.

Auch gegen den Sparzwang und die sonstigen die Jugend betreffenden Kriegsverordnungen der Generalkommandos wandte sich die Zentralstelle wiederholt, sowohl durch unsere Vertreter im Parlament, als auch durch eine ausführlich begründete Eingabe an das preußische Kriegsministerium, die die Aufhebung dieser Erlasse fordert. Inzwischen sind die Sparzwangerlasse dank unserer unausgesetzten Bemühungen bedeutend eingeschränkt worden und auch die sonstigen Verordnungen haben mehr und mehr eine Milderung erfahren.

Erfolg hatte auch eine Eingabe an das preußische Eisenbahnministerium, die die Gewährung von Fahrpreisermäßigung, wie sie den bürgerlichen Jugendpflegeorganisationen bereits seit langem bewilligt ist, für die Ausflüge der arbeitenden Jugend fordert. Damit ist lediglich die einseitige Begünstigung der bürgerlichen Jugendpflege durch den Staat beseitigt worden. Die von gewisser Seite geflissentlich aufgestellten Behauptungen, die Fahrpreisermäßigung sei der Zentralstelle nur gegen bestimmte Bedingungen gewährt worden, sind haltlose Verdächtigungen.

Zur Agitation wurden von der Zentralstelle abgegeben im Geschäftsjahr:

1914/15	356 450	Flugschriften
1915/16	148 650	„
1916/17	81 000	„

Der Jungvolkkalender wurde auch während des Krieges zum billigen Preise von 25 Pf. pro Exemplar herausgegeben. Seine Auflage betrug:

1915 20 000, 1916 14 000, 1917 10 000 Exemplare. Die sonstigen Broschüren der Zentralstelle wie Liederbücher usw. waren in der gewohnten Weise im Umlauf.

Die Ausgaben der Zentralstelle beliefen sich 1914/15 auf 38 151,58 Mark, davon Zuschüsse für die Bezirksleitungen und das Jugendsekretariat Rheinland-Westfalen 10 293,80 Mk., 1915/16 auf 18 417,21 Mk., Rheinland-Westfalen 4750 Mk., 1916/17 auf 12 218,46 Mk., Rheinland-Westfalen 6109,60 Mark.

Das Rundschreiben der Zentralstelle für die Funktionäre ist von Nr. 9 bis 14 erschienen.

Die Zahl der Jugendausschüsse betrug am 1. April 1915 zirka 500, am 1. April 1916 zirka 400 und am 1. April 1917 zirka 300. Genaue Zahlen hierüber lassen sich leider infolge der während des Krieges lückenhaften Berichterstattung nicht angeben. Berichte sind für das Geschäftsjahr 1914/15 von 387, 1915/16 von 242 Ortsjugendausschüssen eingegangen. Die Berichte für 1916/17 liegen zurzeit, als diese Zeilen geschrieben werden, noch nicht vollständig vor. Nach den Berichten betrugen bei den Jugendausschüssen:

	Die Gesamteinnahmen	Gesamtausgaben	Jugendheime	Davon für Bildungsarbeit	Agitation	Körperpflege
1914/15	179 764,63	229 723,16	97 258,41	57 426,25	13 253,57	7 792,27
1915/16	103 474,02	98 074,62	44 930,96	24 127,93	4 675,25	2 526,62

	Zahl der Jugendheime	Vorträge	Kurse	Führungen	Künstler. Veranstaltungen	Jugendbibliotheken	Bücherbestand
1914/15	303	2956	70	468	1446	242	42 565
1915/16	194	1246	42	295	512	152	25 069

Außerdem fanden zahlreiche Wanderungen, Spiele im Freien usw. statt.

Der Abonnentenstand der „Arbeiter-Jugend" betrug am

1. April 1915	in 460 Orten	. . .	67 062
1. „ 1916	„ 381 „	. . .	52 934
1. „ 1917	„ 305 „	. . .	36 511

Die Bezirksleitungen bestehen sämtlich weiter; über eine besondere Tätigkeit haben von 38 nur 26 berichtet.

Ausführliche Geschäftsberichte der Zentralstelle liegen für die Jahre 1914/15 und 1915/16 gedruckt vor, auf die an dieser Stelle besonders verwiesen wird.

Zentral-Bildungsausschuß.

Allgemeines.

Im Herbst 1916 konnte der Zentral-Bildungsausschuß auf ein Jahrzehnt seiner Arbeit zurückschauen. Leider ist die gegenwärtige Zeit nicht dazu angetan, diesem Entwicklungsabschnitt eine eingehendere Würdigung zuteil werden zu lassen. Zwar sind gerade die ersten Jahre die wichtigsten gewesen. Bis zum Kriegsausbruch war auch eine gewisse Festigkeit im Aufbau und in der Arbeitsweise des Zentral-Bildungsausschusses sowie des von ihm ausstrahlenden organisatorischen Netzes von Bezirks-, Kreis- und Ortsbildungsausschüssen erreicht worden; aber der Krieg hat der natürlichen Weiterentwicklung gewaltsam und rauh Halt geboten und die proletarische Bildungsarbeit von Monat zu Monat und von Jahr zu Jahr mehr gelähmt, bis sie im dritten Kriegswinter fast vollständig zum Stillstand gekommen ist. Es fehlte je länger je mehr an den notwendigen Mitteln; die immer mehr zunehmenden Einberufungen entzogen den Bildungsausschüssen sowohl die tätigen Kräfte als

auch das beste Material der Besucher ihrer Veranstaltungen. Schließlich wirkten auch die inneren Parteikämpfe immer mehr auf das Bildungswesen ein. Es ist nicht in Abrede zu stellen, daß die Zielsetzung und die Methode unserer Bildungsarbeit verschieden aufgefaßt werden kann, je nachdem man sich auf den Boden der einen oder der anderen Seite im Parteistreit stellt.

Wir verzichten an dieser Stelle darauf, zu den Gegensätzen in der Partei Stellung zu nehmen. Es muß der späteren freien Erörterung der Parteigenossen überlassen bleiben, aus dem Streite der Meinungen den richtigen Weg für die Bildungsarbeit zum Nutzen der Arbeiterklasse und des Sozialismus zu finden. Bis dahin sollte es jeder Bildungsfunktionär als seine oberste Pflicht betrachten, die mühsam geschaffenen Bildungsorganisationen der deutschen Arbeiter auch über den Krieg hinaus zu retten. Das sind wir unserer Sache schuldig, vor allen Dingen aber auch den zahlreichen Bildungsfunktionären, die im Felde stehen und von dort aus mit besorgtem Blick das von ihnen in langer Friedensarbeit mitgeschaffene Werk beobachten.

Organisatorisches.

Bei Kriegsausbruch war die Organisation der Bildungsarbeit nach Bezirken, Wahlkreisen und Orten im wesentlichen abgeschlossen. Der Krieg hat aber in unsere kaum aufgebaute Bildungsorganisation klaffende Lücken gerissen. Anfangs gelang es noch, die Lücken wieder zu füllen. Bei der langen Kriegsdauer war das aber auf die Dauer nicht mehr möglich. Die Geschäftsstelle des Zentral-Bildungsausschusses selber wurde von ihren gesamten männlichen Mitgliedern entblößt, so daß sich schließlich der Zentral-Bildungsausschuß auf Anregung des Parteivorstandes entschließen mußte, für die Dauer des Krieges die Geschäftsstelle zu schließen. In den Bezirks- und Ortsbildungsausschüssen hing die Arbeit von dem Zufall ab, ob die besonders tätigen Mitglieder von der Einberufung befreit blieben oder nicht. Leider konnten unsere Bildungsausschüsse sich nicht nach dem Beispiel bürgerlicher Bildungsorganisationen während des Krieges in mannigfacher Weise betätigen, etwa für die Feldgrauen an den Fronten, in den Etappen und in den Lazaretten. Für die proletarische Bildungsarbeit verbietet sich das für den Hauptteil ihrer Tätigkeit von vornherein. Unter dieser Behinderung unserer Haupttätigkeit leiden naturgemäß auch die übrigen Zweige unserer Arbeit.

Der Zentral-Bildungsausschuß hat in der Berichtszeit (vom 1. April 1914 bis zum 31. März 1917) zwei Vollsitzungen abgehalten (Juni 1915 und Dezember 1916). Das „Mitteilungsblatt" ist im Berichtsjahre zweimal (am 1. Oktober 1914 und am 13. Februar 1915) erschienen. Der Geschäftsverkehr des Zentral-Bildungsausschusses ist in den Kriegsjahren aus den angeführten Gründen erheblich heruntergegangen. Die genauen Zahlen befinden sich in den Einzel-Jahresberichten, von denen der neunte im „Mitteilungsblatt" vom 13. Februar 1915 erschienen ist; der zehnte liegt im Archiv des Zentral-Bildungsausschusses zur Einsicht aus. Ueber das Jahr 1916/17 ist kein besonderer Bericht herausgegeben worden.

Konferenzen.

Bildungskonferenzen haben im Berichtsjahre nicht stattgefunden. Es sollte im August 1914 in Leipzig eine Bibliothekarkonferenz, die erste ihrer Art, abgehalten werden. Sie war von langer Hand vorbereitet worden, leider ist sie dem Weltkriege zum Opfer gefallen.

Ebenso erging es der zweiten internationalen Konferenz für das Bildungswesen, die in Verbindung mit dem internationalen Sozialistenkongreß in Wien im August 1914 stattfinden sollte. Die ersten Versuche, eine

internationale Verständigung über Ziel und Methode der Arbeiterbildung herbeizuführen, die im Dezember 1913 in Brüssel hoffnungsvoll begonnen hatten, haben damit leider ein schnelles Ende gefunden.

Dagegen hat sich der Zentral-Bildungsausschuß an einer im Mai 1916 in Weimar stattgefundenen Konferenz aller Volksbildungsorganisationen Deutschlands beteiligt. Die Konferenz hatte den Zweck, die Möglichkeit eines Zusammenarbeitens der Bildungsorganisationen der verschiedensten Weltanschauungen und Formen zu erörtern. Der Zentral-Bildungsausschuß hat sich an der Konferenz und auch an dem von ihr gegründeten Ausschuß der deutschen Volksbildungsvereinigungen beteiligt, unter dem Vorbehalt, daß sich die Zusammenarbeit auf die Technik der Bildungsarbeit ohne Behinderung der besonderen, durch die Weltanschauung der einzelnen Organisationen bestimmten Aufgaben beschränkt. Unter diesem Vorbehalt ist auch die Bildungsorganisation unserer österreichischen Bruderpartei dem Ausschusse beigetreten. Die Satzungen des Ausschusses tragen diesem Vorbehalt in vollem Maße Rechnung. Eine Reihe von wertvollen Aufgaben hat die neue, zusammenfassende Organisation, in deren Verwaltungsausschuß auch der Zentral-Bildungsausschuß vertreten ist, bereits in die Wege geleitet, so eine Einwirkung auf die Gemeinden zur Pflege der Bildungsarbeit, besonders nach dem Kriege, ferner eine Zentralisierung des Lichtbildwesens zum Austausch der Leihserien der verschiedenen Organisationen sowie besonders eine Einwirkung auf die militärischen Behörden zur Hebung des Feldbuchhandels.

Die statistischen Erhebungen.

Der Zentral-Bildungsausschuß hat auch in den ersten beiden Kriegsjahren nicht unterlassen, Fragebogen zum Zwecke der alljährlichen statistischen Erhebungen an die örtlichen Bildungsausschüsse zu versenden, während er im dritten Kriegsjahre davon absehen mußte. Die Erhebungen schienen ihm wichtig, um festzustellen, was trotz der Kriegswirren von den Bildungsausschüssen geleistet werden konnte; nicht minder wichtig war eine zahlenmäßige Feststellung darüber, was unter dem Druck des Krieges an Bildungsveranstaltungen zusammengebrochen ist oder verkümmern mußte.

In beiden Beziehungen hat die Statistik wertvolle Ergebnisse gezeitigt. An Fragebogen sind 1914 620, 1915 603 (gegen 563 im letzten Jahre vor dem Kriege) verschickt worden, von denen bis zum Abschluß der Erhebungen 1914 314, 1915 190 (gegen 401 im Jahre 1913) an uns zurückgelangt sind. Diese Zahlen sind im Hinblick auf den Kriegszustand noch verhältnismäßig hoch, ihr Wert wird aber dadurch herabgemindert, daß 1914 93, 1915 114 Fragebogen unbeschrieben oder mit der Bemerkung versehen zurückkamen, daß in den Orten Bildungsveranstaltungen nicht stattgefunden hatten, also auch nichts zu berichten sei. Die übrigbleibenden 221 (im Jahre 1914) und 76 (im Jahre 1915) Fragebogen sind aus den verschiedensten Orten zurückgekommen, aus großen, mittleren und kleinen Orten, aus Orten im Osten wie im Westen, im Norden wie im Süden Deutschlands. Die Möglichkeit, Bildungsveranstaltungen während des Krieges einzurichten, scheint daher nicht von besonderen geographischen oder wirtschaftlichen Verhältnissen, sondern in erster Linie von organisatorischen Voraussetzungen und von dem Vorhandensein geeigneter Persönlichkeiten abhängig gewesen zu sein.

Wir versagen uns, an dieser Stelle die in den früheren Jahresberichten mitgeteilten Einzelergebnisse der Statistiken zu veröffentlichen. Sie sind in den beiden Einzel-Jahresberichten enthalten, die an den angegebenen Stellen einzusehen sind.

Die wissenschaftlichen Wanderkurse.

Dieser wichtigste Zweig unserer Bildungsarbeit hat unter dem Kriege am meisten gelitten. Wanderkurse sind verhältnismäßig teuer. Selbst wenn die Zentrale einen großen Teil der Kosten übernimmt, bleibt dem Ort noch ein erheblicher Rest zu tragen. Größere Zuschüsse aber als in Friedenszeiten konnten während des Krieges weder die Zentrale, noch die Bezirks- und Kreisorganisationen leisten. Es fehlte ferner an interessiertem Publikum für die Kurse. Gerade die Kreise der Arbeiter, die für die ernste und schwierige Arbeit in den Kursen in erster Reihe in Betracht kommen — es sind hauptsächlich die männlichen Arbeiter zwischen 20 und 40 Jahren — wurden durch den Krieg zuerst der Bildungsarbeit entzogen. Bei den übrigen fehlte es vielfach an der nötigen Spannkraft, um sich auch während der Kriegszeit an den Kursen zu beteiligen. Für die wenigen Arbeiter, die trotz alledem noch für Kurse übriggeblieben wären, lohnte sich der kostspielige und organisatorisch umständliche Apparat der Wanderkurse nicht, so daß der Zentralbildungsausschuß sie während der Dauer des Krieges aufgehoben hat. Nach dem Kriege wird der Zentral-Bildungsausschuß nicht verabsäumen, gestützt auf seine jahrelangen Erfahrungen, die Wanderkurse, wenn auch in veränderter Form, wiedererstehen zu lassen.

Die Lichtbilderzentrale.

Das Lichtbild hat als Mittel der Bildungsarbeit den Krieg am besten überstanden. Schon in Friedenszeiten zogen Lichtbildervorträge größere Kreise von Zuhörern leichter an als andere Vorträge. In der Kriegszeit waren bis in den dritten Kriegswinter hinein Lichtbildervorträge oft das einzige Mittel, größere Massen von Arbeitern und Arbeiterinnen zu vereinigen. Der Zentral-Bildungsausschuß hatte deshalb auch eine Reihe neuer Serien hergestellt, die sich unmittelbar und mittelbar auf den Krieg bezogen. Natürlich stand auch bei diesen Serien der Bildungszweck im Vordergrund. Auch die Märchenserien wurden für Kinderveranstaltungen viel benutzt. Erst im dritten Kriegswinter hat die Benutzung der Lichtbilderzentrale erheblich nachgelassen. Mehrere Male wurden unsere Serien auch von Lazaretten, einzelnen Heeresabteilungen und Garnisonen in Anspruch genommen.

Sonstige Arbeiten.

Die vom Zentral-Bildungsausschuß geplante Zentrale für lebende Bilder (Kinozentrale) ist in den Anfängen, in denen sie vor Ausbruch des Krieges stand, stehengeblieben. Die weitere Förderung dieses Planes muß bis nach Beendigung des Krieges vertagt werden.

Auch die Förderung des Wegweisers für Arbeiterbibliotheken, für den schon erhebliche Vorarbeiten geleistet worden waren, mußte während des Krieges eingestellt werden.

Die Jugendschriftenprüfung ist im ersten Kriegsjahr noch in nennenswertem Maße weitergeführt worden. Später mußte auch sie eingestellt werden. Nach dem Kriege wird sich die völlige Neuherausgabe eines überprüften Gesamtverzeichnisses notwendig machen.

Schlußbemerkung.

Ein Gesamtüberblick über die Bildungsarbeit während des Krieges bietet leider ein trübes Bild. Aber die Erschütterungen, die sie erfahren hat, sind doch im wesentlichen nur äußerer Natur, wie sie die Kriegswirkungen unmittelbar mit sich bringen mußten. Die leitenden Gedanken unserer Bildungsarbeit sind durch den Krieg nicht nur nicht in Frage gestellt, sondern im Gegenteil in ihrer

Bedeutung verstärkt worden. Wenn die Arbeiterklasse zu schwach war, um den Krieg zu verhindern, so enthält diese bittere Erkenntnis doch auch zugleich die Richtschnur für ihre zukünftige Tätigkeit: die Arbeiterschaft muß an innerer und äußerer Stärke gewinnen, wenn sie bei zukünftigen Konflikten der Völker ein gewichtigeres Wort als dieses Mal in die Wagschale werfen will; es ist aber in der Hauptsache die Aufgabe unserer Bildungsarbeit, die Arbeiter mit dem richtigen Verständnis für ihre geschichtlichen Aufgaben zu erfüllen.

Von diesen Erwägungen ausgehend, sind sich die politischen und gewerkschaftlichen Organisationen in ihren leitenden Körperschaften darüber einig, daß die Bildungsarbeit nach dem Kriege mit erneuter Energie in die Hand genommen werden muß. Allerdings haben die Kriegserfahrungen auch auf Mängel in unserer Bildungsbewegung hingewiesen, die nach dem Kriege gewissenhaft geprüft werden müssen und auch zu den notwendigen Neuerungen und Besserungen unserer Bildungsorganisation führen werden.

Reichstagswahlen.

Seit Anfang Juni 1914 fanden 24 Nachwahlen zum Reichstage statt. In den meisten Fällen war das Mandat durch Tod des bisherigen Abgeordneten erledigt. Fast alle Wahlen während der Dauer des Krieges waren sogenannte Burgfriedenswahlen, d. h. man überließ ohne Wahlkampf das Mandat der Partei, welcher der frühere Mandatsinhaber angehört hatte. Diese Taktik wurde auch von den Gegnern in den Kreisen eingehalten, wo Angehörige unserer Partei in Frage kamen. In Mannheim wurde an Stelle von Genossen Frank der Genosse Geck, in Hamburg III an Stelle von Genossen Metzger Genosse Stubbe, in Reichenbach an Stelle von Kühn Genosse Müller, in Cöln an Stelle von Hofrichter Genosse Merfeld gewählt. Zu einem Wahlkampf kam es im 11. sächsischen Reichstagswahlkreis, wo die Konservativen an Stelle des verstorbenen Abgeordneten Giese den nationalen alldeutschen Agitator Dr. Wildgrube aufstellten. Nur zwei Kandidaten standen sich gegenüber. Während bei der Hauptwahl 1912 für Lipinski 11 212, für den Konservativen Dr. Giese 10 826 und für einen Freisinnigen 4538 Stimmen abgegeben waren und bei der Stichwahl für Lipinski 12 840 und für Giese 13 328 Stimmen, erhielt bei der Nachwahl Lipinski 6332 und Dr. Wildgrube 7978 Stimmen. Ein eigenartiger Wahlkampf entwickelte sich in Spandau, wo Liebknechts Mandat durch dessen Verurteilung für ungültig erklärt war. Auf der Kreiskonferenz, auf der die Kandidatenfrage geregelt werden sollte, hatte man erst einen Beschluß durchgedrückt, daß bei der Wahl eines Kandidaten nur die Stimmen gültig sein sollten, die für einen Anhänger der Parteiopposition abgegeben wurden. Dadurch erlangte man eine Stimmenmehrheit für eine Kandidatur Mehring, gegen die der Bezirksvorstandsvertreter Einspruch auf Grund § 19 des Parteistatuts erhob, weil bei der abgegebenen Stimmenzahl eine engere Wahl, zwischen Stahl, der die meisten Stimmen auf sich vereinigte, und dem die nächste hohe Zahl erreichenden Kandidaten notwendig erforderlich sei. Ehe der Protest in einer späteren Konferenz zur Erledigung kommen konnte, beschloß man den Anschluß der Organisation an die in der bekannten Konferenz im Januar gegründete Organisation der Opposition, der späteren „Unabhängigen". Das zwang zur Sammlung der der Partei treu gebliebenen Genossen und der Aufstellung einer eigenen Kandidatur. So gab es nun einen Wahlkampf zwischen

unseren Genossen und den Anhägern der Spartakusgruppe. Das Wahlresultat war folgendes:

Abgegebene gültige Stimmen: 21 895;
für Stahl . . . 16 881
für Mehring . . . 5 010
Zersplittert . . . 4

Damit war schlagend bewiesen, daß die überwiegende Mehrheit der Parteigenossen in diesem Kreise nicht auf dem Boden der Spartakusgruppe steht, sondern für den Genossen Stahl gestimmt hat. Wäre selbst der prozentuale Anteil der Gegner so groß gewesen wie bei der Stichwahl 1912, als von 100 abgegebenen Stimmen 47,4 auf den Gegner entfielen, dann wären 10 378 Stimmen von Gegnern abgegeben, also 11 517 von Sozialdemokraten, wovon Mehring 5010 erhielt, also 6493 auf Stahl entfallen wären. Nun wird aber kein Mensch behaupten, daß die Gegner sich mit solchem Eifer für die Wahl eines Sozialdemokraten einsetzen wie für den eigenen Kandidaten. Das wird auch durch den Umstand bewiesen, weil die Stimmen für Genossen Stahl besonders zahlreich in den Arbeitervierteln Spandaus waren.

Landtagswahlen.

Auch die Landtagswahlen waren fast alle Burgfriedenswahlen, selbst dort, wo, wie im Großherzogtum Oldenburg, allgemeine Wahlen stattfanden. Am 18. Oktober 1916 waren in Oldenburg die Wahlen, bei denen die 11 Genossen, die bis zum Schluß der Legislaturperiode dem Landtage angehört hatten, wiedergewählt wurden.

Zu einem Wahlkampf kam es im 11. Berliner Wahlkreis, wo eine Nachwahl für Liebknecht stattzufinden hatte. Beim preußischen Dreiklassenwahlrecht bleiben die Wahlmänner, die bei der Hauptwahl gewählt sind, und in dem Wahlbezirk wohnen bleiben, Wahlmann für die ganze Dauer der Legislaturperiode. Ist eine Nachwahl des Abgeordneten erforderlich, dann finden nur für die Wahlmänner, die durch Tod, Wegzug oder aus sonstigen Gründen ausgeschieden sind, Neuwahlen statt. Da die große Mehrheit der noch vorhandenen Wahlmänner, die bei der Hauptwahl für Liebknecht gestimmt hatten, für die Kandidatur Mehring eintrat, so konnten die erforderlichen Nachwahlen hier an dem Resultat nichts ändern. Hier wurde Mehring in das Dreiklassenparlament gewählt.

Die Sozialdemokratie in den Gemeindevertretungen.

Der größte Teil der Wahlen für Gemeindevertreter waren auch sogenannte Burgfriedenswahlen, so daß wesentliche Veränderungen nicht eingetreten sind. Größere Verschiebungen traten in der Verwaltung ein, wo die Gewählten einer Bestätigung bedürfen. Während früher die Bestätigung bei Wahlen in der Regel versagt wurde, trat nun ein Wandel ein. In zahlreichen Gemeinden wurden nun Parteigenossen als Stadträte, Mitglieder der Schuldeputationen usw. gewählt und bestätigt, so daß nun in mehr als 100 Städten sozialdemokratische Stadträte ihres Amtes walten.

Parteipresse.

Für die Parteipresse waren die drei Berichtsjahre wohl die schwersten ihres Bestehens. Gleichwohl hat sie die furchtbare Belastungsprobe geschäftlich und auch sonstig bisher bestanden und wird, ja muß sie auch bis zur Beendigung des Krieges bestehen. Unser Vorsatz, alle Preßorgane der Partei während des Krieges zu erhalten, konnte im allgemeinen bisher durchgeführt werden. Nur das kurz vor Ausbruch des Krieges für Oberschlesien errichtete Unternehmen in Kattowitz mußte geschlossen werden und einige kleine Kopfblätter wurden mit ihren Stammblättern zusammengelegt. Das und der Uebergang einiger Parteiblätter zu der neuen Partei der Unabhängigen hat zur Folge gehabt, daß die Zahl der sozialdemokratischen Zeitungen von 91 am 31. März 1914 auf 80 am 31. März 1917 gesunken ist.

Durch die Kriegsverhältnisse gestaltet sich auch geschäftlich der Zeitungsbetrieb immer schwieriger. Die umfangreichen Einberufungen zum Heeresdienst, die Knappheit mancher Betriebsmaterialien sowie die Einschränkungen des Verkehrs erschweren die Herstellung und den Vertrieb der Blätter ungemein. Die Verteuerung des Papiers um fast 100 Proz., der Farbe, Oele und sonstigen Betriebsmaterialien und Utensilien um noch mehr, stellt auch an die finanzielle Leistungsfähigkeit unserer Presse immer höhere Ansprüche, die sich noch fortdauernd steigern. Dazu kommen die Teuerungszulagen für die Angestellten und das technische Personal, die infolge der fortgesetzt zunehmenden Teuerung unumgänglich wurden. Auch die Unterstützungen der Familien der im Felde stehenden Angestellten belastet die Geschäfte in steigendem Maße. Am 31. März 1917 waren 216 Redaktions- und Verlagsangestellte und 1086 Angehörige des technischen Personals einberufen. Unterstützt wurden zusammen 873 Familien. Seit Beginn des Krieges bis zum 31. März 1917 hat die Parteipresse insgesamt 934 520,91 Mk. für diesen Zweck aufgewendet.

Während der drei Berichtsjahre haben drei Konferenzen der Geschäftsleitungen der Parteipresse stattgefunden, auf denen die wirtschaftliche Lage unserer Zeitungsunternehmen und einzelne durch den Krieg aufgeworfene Fragen geschäftlicher Natur eingehend erörtert und, soweit angängig, allgemein geregelt wurden.

Unsere Geschäftsrevisoren haben im Berichtsjahre 1914/15 44 Revisionen durchgeführt, und zwar 34 Geschäfte einmal, 6 zweimal und 4 dreimal revidiert, im Jahre 1915/16 50 Revisionen, und zwar 45 Geschäfte einmal, 4 zweimal und 1 dreimal revidiert, im Jahre 1916/17 30 Revisionen, und zwar 20 Geschäfte einmal, 9 zweimal und 1 viermal revidiert. An Gehalt, Fahrgeld und Spesen wurden für diese, für die Geschäfte ungemein wertvolle Tätigkeit im Jahre 1914/15 13 177,85 Mk., im Jahre 1915/16 14 565,40 Mk. und im Jahre 1916/17 14 357 Mk. von der Hauptkasse aufgewendet. Die Erfahrung hat erneut bewiesen, wie wichtig diese Einrichtung für das geschäftliche Ergehen unserer Parteipresse ist.

Leider haben die Einberufungen zum Heeresdienst auch einen erheblichen Rückgang der Abonnentenzahl zur Folge gehabt. Während wir am 31. März 1914 mit 1 488 345 Abonnenten der Tagespresse einschließlich der „Gleichheit" abschlossen, sank diese Zahl bis zum 31. März 1915 auf 1 060 891 und bis zum 31. März 1916 auf 900 731 und schloß am 31. März 1917 mit 762 757 ab. Das ist ein Rückgang um 48 Proz. Er beweist, daß die sozialdemokratische Presse nicht überall in den Arbeiterfamilien hinreichend festwurzelte, so daß mit dem Fortgang des Mannes meist zu dem Abonnement eines bürgerlichen Blattes übergegangen wurde. An einzelnen Orten, meist solchen, die

vom Parteistreit wenig berührt wurden, haben die Blätter ihren Abonnentenstand gehalten. An anderen Orten ist er um mehr als 48 Proz. zurückgegangen. Der Rückgang im letzten Geschäftsjahr ist zu einem erheblichen Teil auf das Abschwenken einiger Blätter zu den Unabhängigen zurückzuführen.

Immerhin scheint der Rückgang an Abonnenten jetzt bereits einem bei fast allen Blättern bemerkbaren Abonnentenzugang zu weichen. Die Abonnentenzahl einzelner Blätter steigt andauernd in erheblichem Maße. Aufgabe der Genossen und vornehmlich der Genossinnen wird es sein, durch rege, zähe Werbearbeit diese erfreuliche Aufwärtsentwickelung zu beschleunigen, damit die Parteipresse nach Beendigung des Krieges wieder in alter Stärke wohlgerüstet für die kommenden Kämpfe dasteht.

Pressebureau.

Im Bericht des Parteivorstandes für das Jahr 1913/14 sind ausführliche Nachweise über den Stand des Pressebureaus gegeben worden. Die nachfolgenden Bilanzen zeigen, wie ungünstig sich die Finanzen des Bureaus nach dem Ausbruch des Krieges gestaltet haben:

Bilanz 1913/14.

Bestand am 31. März 1913	5 898,19	Mk.
Einnahmen vom 1. April 1913 bis 31. März 1914	69 652,75	„
	75 545,94	Mk.
Ausgaben vom 1. April 1913 bis 31. März 1914 .	66 446,05	„
Kassenbestand am 1. April 1914	9 099,89	Mk.

Bilanz 1914/15

Bestand am 31. März 1914	9 099,89	Mk.
Einnahmen vom 1. April 1914 bis 31. März 1915	44 660,—	„
	53 759,89	Mk.
Ausgaben vom 1. April 1914 bis 31. März 1915 .	51 355,17	„
Kassenbestand am 1. April 1915	2 404,72	Mk.

Bilanz 1915/16.

Bestand am 31. März 1915	2 404,72	Mk.
Einnahmen vom 1. April 1915 bis 31. März 1916	50 794,26	„
	53 198,98	Mk.
Ausgaben vom 1. April 1915 bis 31. März 1916 .	49 997,92	„
Kassenbestand am 1. April 1916	3 201,06	Mk.

Bilanz 1916/17.

Bestand am 31. März 1916	3 201,06	Mk.
Einnahmen vom 1. April 1916 bis 31. März 1917	50 682,16	„
	53 883,22	Mk.
Ausgaben vom 1. April 1916 bis 31. März 1917 .	50 521,69	„
An die Zentralkasse abgeliefert	3 361,53	Mk.

Die Einnahmen aus den Beiträgen der Parteipresse gingen von 34 606 Mk. im Jahre 1913/14 auf 23 950 Mk. im Jahre 1916/17 zurück. Dementsprechend erhöhten sich die Zuschüsse des Parteivorstandes. Außerdem

war ein weiterer Rückgang der Einnahmen bestimmt zu erwarten. Sollte das Pressebureau im bisherigen Umfang aufrechterhalten werden, so war ein Zuschuß von jährlich mindestens 30 000 Mk. aus der Parteikasse erforderlich. Der Parteivorstand glaubte einen derart unverhältnismäßig großen Zuschuß nicht verantworten zu können und schlug infolgedessen dem Beirat eine Reorganisation des Bureaus mit dem Ziel größerer Ersparnisse vor. Der Presse-Beirat, der 1914 aus Anlaß vieler Klagen seitens der Parteipresse den Parteivorstand ersucht hatte, eine wirklich erste Kraft zu engagieren — ein Ersuchen, dem mangels geeigneter Bewerber nicht Rechnung getragen werden konnte —, sah die Vorschläge des Parteivorstandes als vollkommen berechtigt an und stimmte im Dezember 1916 einer Reorganisation zu, die es dem Bureau bei wesentlich verringertem Personal und entsprechender Ersparnis an Räumen ermöglichte, die Bedürfnisse der Parteipresse in der Hauptsache doch noch befriedigen zu können. Auf dieser neuen Grundlage arbeitet das Pressebureau seit dem 1. April 1917.

Konferenzen der Redakteure unserer Parteipresse haben während des Krieges drei getagt, und zwar am 28. September 1914, 16. Mai 1915 und 19. August 1916. Alle drei Konferenzen beschäftigten sich mit der politischen Situation. Die Konferenz im September 1914 hatte auf Vorschlag des Parteivorstandes für die Haltung der Parteipresse im Krieg folgenden Leitsätzen zugestimmt:

1. Die Parteipresse soll dem Hurrapatriotismus und chauvinistischen Treibereien entgegenwirken;
2. Annexionsgelüste bekämpfen;
3. bei Berichten über Kriegsgreuel, Gefangenen- und Verwundetenbehandlung mit größter Objektivität verfahren und
4. auf dem Gebiete der Wirtschafts- und Sozialpolitik schnell und wegweisend sein.

„Vorwärts".

Wie vielleicht kein zweites Parteiblatt hatte der „Vorwärts" unter den Folgen des Krieges zu leiden. Nicht nur brachten bei Kriegsbeginn die Einberufungen zum Heeresdienst ein Sinken der Abonnentenziffer, welche bei Ausbruch des Krieges 154 000 betrug, mit sich, nicht nur sanken im Laufe der Jahre mit dem Erschöpfen der Rohstoffe die Einnahmen aus den Inseraten — alle diese Nachteile hätte der „Vorwärts" leicht überwunden, wenn nicht die Parteistreitigkeiten im „Vorwärts" selber ihren häßlichsten Niederschlag gefunden hätten.

Seit Jahr und Tag ertönten auf allen Parteitagen die Klagen über die Unzulänglichkeiten der „Vorwärts"redaktion. Der Krieg aber legte dieses Manko vor aller Welt bloß. Von Beginn des Krieges bis in das Jahr 1916 hinein fiel der „Vorwärts" von einem Extrem ins andere. In den ersten Tagen des Krieges feierte er den Kaiser als Friedensfürsten; in den ersten Kriegsmonaten rechtfertigte er den Krieg als einen Verteidigungskrieg des von einer Welt von Feinden bedrohten Vaterlandes, stimmte er Jubellieder an für das tapfere, siegreiche Heer, um nach einigen Monaten eine genau entgegengesetzte Haltung einzunehmen. Mehr noch suchte er durch systematisches Verschweigen und konsequente Unterschlagung von Tatsachen die Stimmung der Genossen zu beeinflussen, was auf der anderen Seite nicht hinderte, daß einer seiner Redakteure den unbegründetsten Zumutungen der Zensurbehörde sich

in würdelosester Weise fügte, so daß der Parteivorstand gegen solche Anforderungen Verwahrung bei der Reichsregierung einlegen mußte. Als dann die ersten Anschuldigungen der sogenannten Opposition erhoben wurden, machte er sich zum Sprachrohr jedes Parteikrakeels. Alle Anwürfe gegen Parteileitung und Fraktion fanden im „Vorwärts" ihre Ablagerungsstätte und Verteidigung. Jede andere Meinung wurde von der Redaktion systematisch unterdrückt und jeder Versuch zur Aenderung dieses skandalösen Verhaltens des Zentralorgans scheiterte, weil die — in ihrem Mitgliederbestand ewig wechselnde — Preßkommission das parteischädigende Treiben der Redaktion deckte. Bei dieser Haltung der Redaktion konnte es auch nicht wundernehmen, daß die Abonnentenzahl von Monat zu Monat sank, während die Konkurrenzblätter, wie „Volkszeitung", „Morgenpost", ihren Leserkreis ständig vermehren konnten.

Da kam im Oktober 1916 das letzte Verbot des „Vorwärts". Wie immer verwandten sich Geschäftsleitung und Parteivorstand sofort um Aufhebung des Verbotes bei der Reichsregierung. Das Oberkommando erklärte:

„Durch den jetzigen groben Verstoß gegen die Zensurvorschriften habe es das Vertrauen in die jetzige Redaktion verloren; eine Aufhebung des Verbots sei erst möglich, wenn durch Aenderung in der Redaktion Garantien für die Zukunft gegeben seien; diese Garantien müßten aber durch andere Herren gegeben werden."

Wie in allen früheren Fällen trat der Parteivorstand an den Zentralvorstand der Groß-Berliner Organisation und an die Preßkommission des „Vorwärts" heran, um über diese Forderung des Oberkommandos gemeinsam zu beraten. Zentralvorstand und Preßkommission lehnten es ab, auf dieser Forderung mit dem Oberkommando weiter zu verhandeln. Lieber wollten sie den „Vorwärts" eingehen lassen. Dann änderte die Preßkommission ihre Stellung dahin ab, daß über „Aenderungen in der Redaktion" mit dem Oberkommando verhandelt werden sollte, und der Parteivorstand schlug vor:

„Ein Mitglied des Parteivorstandes tritt in die Redaktion ein und erhält die Vollmacht, über den Inhalt des Blattes zu entscheiden."

Das war genau dieselbe Befugnis, die bei einem früheren Verbot auf Veranlassung des Oberkommandos vom Zentralvorstand, der Preßkommission, der Redaktion und dem Parteivorstand dem Redakteur Däumig eingeräumt worden war. Eine Einigung konnte jedoch nicht erzielt werden. In dieser Zwangslage, entweder den „Vorwärts" eingehen zu lassen oder der Forderung des Oberkommandos: dieses Parteivorstandsmitglied mit den geforderten Vollmachten auszustatten, mußte der Parteivorstand selbständig entscheiden. Den Untergang des Zentralorgans, ja des ganzen „Vorwärts"unternehmens, an dem Hunderte von Familien mit ihrer Existenz hingen, konnte der Parteivorstand nicht verantworten. Deshalb erfolgte das Angebot an das Oberkommando:

„Ein Mitglied des Parteivorstandes tritt in die Redaktion ein und entscheidet über den Inhalt des „Vorwärts"."

Daraufhin wurde das Verbot des „Vorwärts" aufgehoben.

Unter Führung des Zentralvorstandes, der Preßkommission und der Redaktion des „Vorwärts" erfolgte nunmehr der Aufruf zur Boykottierung des „Vorwärts", der gewaltsame Ueberfall auf Genossen in den Redaktionsräumen und die sattsam bekannten Skandalszenen in Berlin. Man schrie über „Vergewaltigung der Redaktion", über den „Diebstahl des „Vorwärts", obwohl ein Zweifel darüber nie bestanden hatte, daß der „Vorwärts" noch niemals Eigentum der Berliner Genossen, sondern stets und unbestritten das Eigentum der Gesamtpartei gewesen ist. Selbstverständlich war es unter diesen

Umständen, daß die Redakteure, die offen zur Boykottierung des Blattes aufforderten, an dem sie selber arbeiteten und von dem sie ihr Gehalt bezogen, entlassen werden mußten. Es erfolgte daher die Entlassung dieser Redakteure. Natürlich wurde ihnen bis zum denkbar spätesten Kündigungstermin — 5 Monate — das Gehalt weiter bewilligt. Als die Redakteure später gegen ihre Entlassung die bürgerlichen Gerichte anriefen, wurde die Gehaltszahlung bis zur Urteilsfällung ausgesetzt. In erster Instanz ist die Klage auch bereits zurückgewiesen worden.

Ein Teil der durch die wüste Agitation in Versammlungen und verleumderische Flugblätter aufgehetzten Berliner Arbeiter entfaltete in den ersten Monaten des Streites eine wilde Hetze gegen den „Vorwärts", und in den Fabriken setzte ein förmliches Kesseltreiben gegen diejenigen Genossen ein, die nach wie vor den „Vorwärts" lasen. „Lieber ein bürgerliches Blatt, nur nicht den „Vorwärts"!", so lautete die Parole der „Unabhängigen". Diese Agitation erreichte auch ein zeitweiliges Heruntergehen des Abonnentenstandes, gleichwohl aber nicht zu der Tiefe, zu welcher der „Vorwärts" in demselben Zeitraum auch unter der alten Redaktion gesunken wäre, wenn man in Betracht zieht, wie unter der alten Redaktion der „Vorwärts" jeden Monat geradezu automatisch herunterkam. — Mit Genugtuung können wir aber heute feststellen, daß seit Monaten bereits wieder ein regelmäßiges Steigen der Abonnentenziffer zu verzeichnen ist, die im Monat Juli allein über 10 000 betrug.

Wenn erst die Genossen aus dem Felde zurückkehren, so wird der „Vorwärts" — davon sind wir felsenfest überzeugt — seine frühere Abonnentenhöhe, die Berliner Parteibewegung ihre frühere Stärke wieder erreichen und damit dieses traurige Bild aus der Berliner Parteibewegung ausgelöscht sein.

Zeitschriften.

	Zahl der Abonnenten resp. Auflage am 31. März			
	1914	1915	1916	1917
„Wahrer Jakob"	366 000	172 000	165 000	168 000
„Gleichheit"	125 000	46 000	35 500	19 000
„Neue Zeit"	10 600	7 000	5 700	4 800

Buchhandlung Vorwärts.

Die Buchhandlung berichtet über folgende Neuerscheinungen:

In der Serie „Arbeiter-Gesundheits-Bibliothek" erschienen neu die Hefte 34 bis 40. (Je 5000 Exemplare.)

Von den „Sozialdemokratischen Flugschriften" erschienen die Hefte 17—21. (Gesamtauflage 408 000 Exemplare.)

Von der „Sozialdemokratischen Frauen-Bibliothek" wurden neu herausgegeben Heft 4—9. (Insgesamt 89 000 Exemplare.)

Die „Sozialdemokratische Gemeindepolitik" wurde um die Hefte 14—18 bereichert. (Gesamtauflage 14 000 Exemplare.)

Von den Gesetzesführern wurden 10 neue herausgegeben, deren Auflage insgesamt 71 000 Exemplare betrug.

Von der Maizeitung wurden im Jahre 1913 400 000 und im Jahre 1914 350 000 Exemplare hergestellt.

Der Arbeiter-Notiz-Kalender erschien auch während des Krieges und erreichte in den vier Jahrgängen 1914—1917 eine Gesamtauflage von 90 000 Exemplaren.

Die „Vorwärts-Bibliothek" wurde um die Bände 7—19 vermehrt.

In der Serie „Sozialistische Theaterstücke" wurde Diederich, „Wintersonnenwende" neu herausgegeben.

Zum Gedächtnis Bebels brachten wir unmittelbar nach seinem Tode eine Bebel-Gedächtnisnummer heraus, die eine Auflage von 253 000 Exemplaren erlebte, und die vom Genossen Wendel verfaßte Schrift: „August Bebel, ein Lebensbild für deutsche Arbeiter." (35 000.)

Zum Gedächtnis des 100. Todestages Fichtes erschien eine kleine Schrift. (7500.)

Das Protokoll des Jenaer Parteitages wurde in einer Auflage von 24 500 Exemplaren hergestellt.

Das seit einigen Jahren in unserem Verlag erscheinende „Internationale Jahrbuch für Politik und Arbeiterbewegung" wurde bis zum 3. Heft des Jahrgangs 1915 weitergeführt. Das nur langsam eingehende Nachrichtenmaterial aus dem Auslande verzögert die Fertigstellung. Das Werk wird aber fortgesetzt.

Außerdem sind neu herausgegeben worden: Conrady, „Klassenkämpfe und Völkerschlachten" in 2 Teilen (je 5000); Cunow, „Ursprung der Religion und des Gottesglaubens" (5000); Pflüger, „Der Sozialismus der israelitischen Propheten" (5000); Kautsky, „Der politische Massenstreik" (3000); „Die Organisation des Generalstreiks in Belgien" (8000); Kuttner, „Klassenjustiz" (5000); Meerfeld, „Der Krieg der Frommen" (5000); Zietz, „Warum sind wir arm?" (5000); „Wir Volksschullehrer und die Sozialdemokratie" (23 000); Hoch, „Neue Steuern während des Krieges?" (4000); Keil, „Die ersten Kriegssteuern" (3000); Cunow, „Praktische Steuerpolitik" (4000); Bernstein, „Steuerpolitik der Sozialdemokratie" (5000); Jansson, „Monopolfrage und Arbeiterklasse" (3000); „Die Bestrebungen für eine wirtschaftliche Annäherung Deutschlands und Oesterreich-Ungarns" (2000); Schulz, „Arbeiterkultur und Krieg" (5000); Lessen, „Kreuz und Quer durch den Balkan" (5000); Rath, „Führer durch das Aquarium" (8000); zwei Gedichtsammlungen von Diederich: „Zarengeißel" (4500) und „Kriegssaat" (1100); „Dokumente des Weltkrieges", von denen 15 Hefte in einer Gesamtauflage von 92 000 Exemplaren erschienen sind; „Mächte des Weltkrieges" (5 Hefte in einer Gesamtauflage von 37 000 Exemplaren); „Kriegführung, Heer und Flotte" (10 000); H. Wendel, „Elsaß-Lothringen und die Sozialdemokratie" (4000); Kautsky, „Die Internationale und der Krieg" (5000); Lensch, „Die deutsche Sozialdemokratie und der Weltkrieg" (13 000); David, „Die Sozialdemokratie im Weltkrieg" (6600); Stampfer, „Die Sozialdemokratie und die Kriegskredite" (25 000); Cunow, „Parteizusammenbruch" (10 000); „Sozialdemokratie und nationale Verteidigung" (4000); Scheidemann, „Es lebe der Frieden!" (8000), „Für die Einheit der Partei" (3000).

Dem Wunsche der auf fremdem Boden stehenden Truppen nach Verständigungsmöglichkeiten mit den dortigen Einwohnern suchten wir gerecht zu werden durch Herausgabe von Sprachbüchlein für Feldsoldaten. „Deutsch-Französisch" und „Deutsch-Polnisch" wurden in einer Auflage von 52 000 Exemplaren gedruckt.

Im Auftrage der Zentralstelle für die arbeitende Jugend Deutschlands verlegten wir den „Jungvolk"-Almanach für die arbeitende Jugend. Die Gesamtauflage in den Jahren 1914—1917 betrug 77 000 Exemplare. „Jugendliederbuch" (50 000); „Volksliederbuch" (8000); Robert Schmidt, „Der gesetzliche Arbeiterschutz für Jugendliche" (5000); Tronicke, „Die Aufgaben der proletarischen Jugendausschüsse" (5000); Graf, „Wie soll man wandern?" (10 000), Zietz, „Komm zu uns!" (70 000).

Die „Kommunale Praxis" hatte für die Zeit vom 1. April 1913 bis 31. März 1917 folgendes Ergebnis:

a) Eingänge.

Abonnements	112 095,55	Mk.
Inserate und Beilagen . .	1 338,95	„
	113 434,50	Mk.

b) Ausgänge:

Redaktion	27 018,78	Mk.
Mitarbeiter	18 357,07	„
Druckerei und Buchbinderei	47 357,45	„
Expedition und Propaganda	13 679,90	„
	106 413,15	Mk.
Ueberschuß	7 021,35	„
	113 434,50	Mk.

Die Abonnentenzahl hat sich infolge des Krieges verringert.

Auch die illustrierte Wochenschrift „In Freien Stunden" ist fortgeführt.

Agitation.

Im Kriege sind der Werbearbeit der Partei Schranken gezogen. Der Belagerungszustand, seine Handhabung und die naturgemäß damit verbundenen behördlichen Uebergriffe legen der mündlichen und schriftlichen Agitation Fessel an. Diese Einschnürung des politischen Lebens wird mit der langen Dauer des Krieges immer unerträglicher. Gegen besonderen Schutz berechtigter militärischer Interessen im Kriege wird niemand etwas einzuwenden haben. Die Handhabung des Kriegszustandsgesetzes geht jedoch weit darüber hinaus. Staatsbürgerliche Rechte werden vielfach kurzerhand beiseite geschoben und durch Willkür ersetzt. Diese Handhabung des Gesetzes steht in direktem Widerspruch zur Reichsverfassung, wie unsere Fraktionsredner im Reichstag mehrfach nachgewiesen haben. Sie ist aber auch sachlich nicht zu rechtfertigen, denn das deutsche Volk hat doch wahrlich genug bewiesen, daß es solch beschämender Bevormundung nicht bedarf. Der „inneren Einheit" ist damit sicher nicht gedient. Solch häßliche Bevormundung muß vielmehr zu weiterer Beunruhigung der Bevölkerung und Verschärfung der einmal vorhandenen Gegensätze führen. Kann in der Zeit schwerster Opfer, die der Krieg fordert, krasseste Interessenpolitik triumphieren, dann ist das Recht der Kritik unerläßlich, wenn anders den Berufspolitikern das Handwerk nicht erleichtert werden soll. Die Partei hat deshalb den Belagerungszustand und seine Auswüchse, namentlich auch das System der Schutzhaft, unausgesetzt aufs Schärfste bekämpft und Wiederherstellung der Versammlungs- und Pressefreiheit verlangt.

Neben diesen äußeren Schwierigkeiten mußten naturgemäß die Kriegswirkungen die Agitationsarbeit einschränken. Vielfach mangelt es an den erforderlichen Arbeitskräften, auch mit den finanziellen Mitteln mußte haushälterisch gewirtschaftet werden. Trotzdem hat die Partei auch im Kriege eine umfangreiche Werbetätigkeit entfaltet.

Das Versammlungsleben hat mit Beginn des Jahres 1915 sich überall wieder lebhaft entwickelt. Neben den regelmäßigen Mitgliederversammlungen, in denen die inneren Parteifragen erörtert wurden, sind in öffentlichen Versammlungen die kriegswirtschaftlichen Fragen, besonders die Kriegsfürsorge, die Volksernährung, die Kriegsziel- und Friedensfragen behandelt worden. Nach den Berichten der Organisationen hat sich das Versammlungsleben wie folgt gestaltet. Es fanden Versammlungen statt im Geschäftsjahr:

	Mitglieder-	Oeffentliche	Frauen-
	Versammlungen		
1914—15 .	19 733	3182	512
1915—16 .	10 635	970	394
1916—17 .	7 131	778	200
	37 499	4930	1107

Die „Sozialdemokratische Partei-Korrespondenz" hatte von Kriegsbeginn bis Ende des Jahres 1914 ihr Erscheinen eingestellt. Von da ab erschien sie nach Bedarf, zeitweilig wöchentlich; seit 1. Juni dieses Jahres erscheint sie regelmäßig vierzehntäglich. Ihre Auflage beträgt jetzt 13 000 Exemplare.

Das Sozialdemokratische Bureau für Rheinland-Westfalen ist von Düsseldorf nach Berlin verlegt und mit der „Partei-Korrespondenz" und seiner Registratur in organische Verbindung gebracht worden.

Das in der ersten Zeit des Krieges herausgegebene Flugschriftenmaterial beschäftigte sich hauptsächlich mit der Stellung der Partei zur Volksernährung. Im Juni 1915 erschien die Flugschrift: „Die Lebensmittelteuerung" in einer Auflage von mehr als zwei Millionen Exemplaren. Ein Flugblatt: „Sozialdemokratie und Teuerung" ist später der gesamten Parteipresse beigelegt und im Lande verbreitet worden. Weiter erschien zur Massenverbreitung das Flugblatt: „Gegen die Teuerung". Außerdem haben Landes- und Bezirksorganisationen mehrfach Flugschriften zur Ernährungsfrage herausgegeben, die mehr auf die örtlichen Verhältnisse zugeschnitten waren.

Material zur Frage der Nahrungsmittelversorgung für Referenten ist im Februar 1915 und August 1916 herausgegeben worden.

Zur Friedensfrage ist im Juni 1915 die Flugschrift: „Sozialdemokratie und Friede" erschienen, später die Broschüre „Frieden, Brot und gleiches Recht". Scheidemanns Reichstagsrede: „Ein Frieden der Verständigung" ist in mehr als 300 000 Exemplaren verbreitet worden.

Die Schriftchen „Winke für die Agitation" und „Warum sind wir arm?" erreichten eine Gesamtauflage von 85 500 Exemplaren.

Außerdem sind von uns herausgegeben die Broschüren: „Sozialdemokratie und nationale Verteidigung", „Ein Jahr sozialdemokratischer Reichstagsarbeit", „Sozialdemokratie und Kriegssteuern", „Kriegspolitik der Partei", „Für die Einheit der Partei", „Material zur Fraktionsspaltung", Eberts und Scheidemanns Reden auf der Reichskonferenz, „Material zur Parteispaltung" und „Die Kriegspolitik der Partei im Lichte der wirtschaftlichen Tatsachen". Die Gesamtauflage dieser Broschüren erreichte bisher 772 000 Exemplare. Die Flugblätter: „Gegen Parteispaltung", „An die Partei" und „An die deutsche Arbeiterschaft" sind zusammen in 649 000 Exemplaren hinausgegangen.

Parteiausschuß.

Der Parteiausschuß ist 1912 auf dem Chemnitzer Parteitag geschaffen worden, um eine bessere Fühlung zwischen den Organisationen und der Zentrale der Partei herzustellen. Nach dem Organisationsstatut besteht der Parteiausschuß aus Vertretern aller Bezirks- und Landesorganisationen des Reiches; er hat gemeinsam mit dem Parteivorstand über wichtige, die Gesamtpartei berührende Fragen zu beraten. Seine Beschlüsse sind für die Parteileitung nicht bindend, sie haben nur gutachtlichen Charakter, gleichwohl werden sie als Meinungsäußerung der Parteiorganisationen zu bewerten sein. Zu Entschließungen des Ausschusses hat der Parteivorstand in der Regel in gesonderten Sitzungen Stellung genommen; in fast allen Fällen befand er sich damit in Uebereinstimmung. Nichtsdestoweniger trägt er für alle seine Maßnahmen dem Parteitag gegenüber allein die volle Verantwortung. Die mit dem Ausschuß geschaffene ständige enge Fühlung der Parteileitung mit den Organisationen hat sich bewährt. Bei der langen Dauer des Krieges, in der ein Parteitag nicht möglich war, hat sie sich als unerläßlich erwiesen; hätte sie nicht bestanden, so mußte sie geschaffen werden.

Während des Krieges ist der Ausschuß zu 13 Tagungen zusammengetreten. In seinen Entschließungen spiegelt sich das Parteileben wieder, weshalb sie hier kurz registriert werden müssen.

In den Sitzungen gab der Parteivorstand regelmäßig Berichte über die politische Lage und die Tätigkeit der Parteileitung, an die sich jedesmal eine eingehende Aussprache anschloß.

Die erste Sitzung des Ausschusses tagte am **27. September 1914.** Uebereinstimmend wurde damals die Einhaltung des Burgfriedens in der Partei befürwortet.

In den Sitzungen am **12. und 13. Januar 1915** mußte jedoch festgestellt werden, daß trotz dieser Verabredung innerhalb der Partei häßliche Treibereien gegen die Tätigkeit der Partei im Gange seien. Die frühere Verabredung wurde deshalb aufgehoben. Vom Parteivorstand wurde aber nachdrücklichst verlangt, die Diskussion über die Parteipolitik nur innerhalb der Parteiorganisationen zu führen, und dabei den parteigenössischen Geist aufrechtzuerhalten. Für die Partei wäre es ein Verhängnis, wenn sie der jetzigen Differenzen wegen ihre großen positiven Aufgaben während und nach dem Kriege vernachlässigen würde. Außerdem wurde folgendem Vorschlag des Parteivorstandes zugestimmt:

„Der Ausschuß hält es für wünschenswert, daß jede Gelegenheit ergriffen wird, um mit der gesamten Internationale, insbesondere den Bruderparteien in den kriegführenden Ländern, eine gemeinsame Aktion zugunsten des Friedens einzuleiten."

Am 7. März 1915 faßte der Ausschuß folgenden Beschluß:

„Der Parteiausschuß billigt die Zustimmung der Reichstagsfraktion zu den bisher geforderten Kriegskrediten.

Da die Gründe, die für die bisherigen Kreditbewilligungen ausschlaggebend gewesen sind, noch unvermindert fortbestehen, hält der Parteiausschuß die Bewilligung des Kriegsetats durch die Reichstagsfraktion für notwendig.

Durch diese Etatsbewilligung werden Parteibeschlüsse zur Budgetfrage nicht verletzt.

Der Parteiausschuß ist der Ueberzeugung, daß es sich bei der Bewilligung von Mitteln zur Landesverteidigung um einen jener zwingenden Ausnahmefälle handelt, die in den Parteitagsbeschlüssen vorgesehen sind."

Zur Friedensfrage, die in dieser Sitzung ebenfalls besprochen wurde, ließ der Parteivorstand erklären: Wir müssen alles tun, um den früheren Beschluß zur Durchführung zu bringen. Spätestens nach Reichstagsschluß werden wir mit dem Internationalen Sozialistischen Bureau im Haag zusammenkommen, auch wenn bis dahin eine Erklärung der Franzosen nicht vorliegt. Wir sind alle einig darin, daß die Fraktion bei der nächsten Reichstagstagung den Friedenswillen der Partei zum Ausdruck bringt.

Einstimmig wurde daraufhin folgendem von der Reichstagsfraktion überwiesenem Antrage zugestimmt:

1. Die Fraktion begrüßt die Bemühungen, eine Verbindung mit unseren Genossen in Frankreich, England und Rußland herzustellen, um eine Verständigung über den von uns zu erstrebenden Frieden herbeizuführen. Sie ersucht den Vorstand, diese Bemühungen mit allem Nachdruck fortzusetzen.

2. In Uebereinstimmung mit dem Bestreben des Parteivorstandes, eine internationale Verständigung über die Friedensaktion herbeizuführen, hält sie es für nötig, daß wir im eigenen Lande soviel wie nur irgend möglich Aufklärung verbreiten über die Notwendigkeit eines Friedens unter den Bedingungen:

a) keine Eroberungen,
b) keine Vergewaltigung irgendeines Volkes,
c) freier Wettbewerb aller Völker im Ausland,
d) Vereinbarungen über die friedlichen Regelungen der Streitfragen zwischen den Regierungen,
e) planmäßige Einschränkung der Rüstungen.

Ebenso ist es notwendig, daß wir möglichst weite Kreise der Bevölkerung davon überzeugen: dieser Frieden kann und muß schon jetzt erreicht werden.

3. Die Fraktion ersucht den Fraktionsvorstand, die Vorbereitungen zu treffen, um in der nächsten Tagung des Reichstags eine Aussprache über den Abschluß des von uns erstrebten Friedens herbeizuführen.

In den Sitzungen am 7. und 8. April 1915 erklärte sich der Ausschuß einmütig mit der Haltung des Parteivorstandes bei den internationalen Verhandlungen einverstanden. Weiter beschäftigte sich der Ausschuß in dieser Sitzung mit dem Parteistreit in Württemberg und der Stellung zur Maifeier. Die Haltung des Parteivorstandes zu diesen Fragen wurde mit allen gegen eine Stimme gutgeheißen.

Am 30. Juni bzw. 1. Juli 1915 wurde vom Ausschuß folgender Beschluß gefaßt:

„Der Parteiausschuß billigt die Haltung des Parteivorstandes und der Fraktionsmehrheit und anerkennt besonders die Bemühungen zur Anbahnung einer Verständigung mit den Bruderparteien der kriegführenden Länder.

Der Parteiausschuß verurteilt die offenbar von einer Zentralstelle aus geleitete unterirdische Minierarbeit, die darauf hinausläuft, die Parteiorganisation von innen anzugreifen, um der Parteimehrheit den Willen der

Minderheit aufzuzwingen. Dieses Verfahren ist unvereinbar mit den Interessen der Partei und der Arbeiterklasse.

Die Veröffentlichung des Aufrufs „Das Gebot der Stunde" durch den Genossen Haase, zumal ohne vorherige Fühlungnahme mit der Partei- und Fraktionsleitung, steht nicht im Einklang mit den Pflichten eines Vorsitzenden der Partei."

Der erste Absatz wird gegen 8, der zweite gegen 7 und der dritte gegen 12 Stimmen angenommen.

Die Stellung der Partei zur Kriegszielfrage ist sehr eingehend in einer gemeinsamen Sitzung des Parteivorstandes, des Parteiausschusses und der Reichstagsfraktion in den Sitzungen am 14. bis 16. August 1915 beraten worden. Der Wortlaut der dort beschlossenen Friedensleitsätze befindet sich in der Broschüre: „Die deutsche Sozialdemokratie über Krieg und Frieden", die den Parteitagsdelegierten zugeht.

Die Lebensmittelfrage war der einzige Beratungsgegenstand der Ausschußsitzungen am 28. und 29. Oktober 1915. Einstimmig wurde beschlossen.

In den Landtagen und in den Gemeinden sollen unsere Vertreter sofortige Maßnahmen zur Lebensmittelversorgung verlangen. Zugleich sollen die Bundesstaaten und Gemeinden veranlaßt werden, vom Reiche die dazu erforderlichen Befugnisse zu fordern.

Partei und Gewerkschaften sollen örtliche Einrichtungen zur Bekämpfung des Lebensmittelwuchers und zur Ueberwachung der Anwendung des Wuchergesetzes schaffen.

Der Parteivorstand wird in einem Aufruf den Unwillen des Volkes über den Lebensmittelwucher zum Ausdruck bringen und von der Reichsregierung erneut sofortige wirksame Maßnahmen verlangen. Der Aufruf soll als Flugblatt verbreitet und in der Presse veröffentlicht werden.

Der Parteivorstand soll von der Regierung fordern, daß der Reichstag sofort zur gesetzlichen Regelung der Lebensmittelversorgung, Beseitigung des Belagerungszustandes und der Pressezensur berufen wird.

Die Fraktion wird ersucht, im Plenum des Reichstages entsprechende Anträge einzubringen.

In den Sitzungen am 7. und 9. Januar 1916 faßte der Ausschuß den folgenden Beschluß:

Der Parteiausschuß, nach dem Statut der Partei berufen, über wichtige die Gesamtheit berührende Fragen ein Gutachten abzugeben, erklärt zu den Vorgängen in der Reichstagsfraktion und zu der Bewilligung der Kriegskredite:

Die Zustimmung der Fraktion zu den Kriegskrediten am 21. Dezember 1915 war wohl begründet. Sie ist die folgerichtige Fortführung der am 4. August 1914 eingeleiteten Politik, deren Voraussetzungen auch heute noch gegeben sind. Die Gegner zeigen noch keinerlei Geneigtheit zum Frieden, verharren vielmehr auf ihrer Absicht, Deutschland und seine Verbündeten wirtschaftlich und militärisch niederzuwerfen.

Die Durchkreuzung der Politik unserer Fraktion durch das Vorgehen der zwanzig Fraktionsmitglieder, die entgegen dem Fraktionsbeschluß die Kredite ablehnten und eine besondere Erklärung abgaben, ist aufs schärfste zu verurteilen.

Diese Sonderaktion ist zugleich ein schroffer Bruch mit den besten Ueberlieferungen der Arbeiterbewegung und gefährdet die Einheit und Schlagkraft der Partei in bedrohlicher Weise. Sie ist nicht geeignet, die von der Gesamtfraktion unternommene Friedensaktion zu stärken und dient den Inter-

essen der Arbeiterklasse in keiner Richtung. Das Ergebnis des französischen Sozialistenkongresses ist dafür der denkbar durchschlagendste Beweis.

Insbesondere verdient das Verhalten des Genossen Haase die schärfste Mißbilligung. Indem Haase sich an dem Disziplinbruch beteiligte, hat er aufs neue und in noch schlimmerer Weise als durch das „Gebot der Stunde" gegen die Pflicht verstoßen, die ihm sein Amt als Vorsitzender der Parteiorganisation auferlegt.

Weiter stellt der Parteiausschuß fest, daß der „Vorwärts" seine Pflicht als Zentralorgan der Partei nicht erfüllt. Statt die Politik der Partei zu vertreten, fördert die Redaktion des „Vorwärts" die auf Parteizerrüttung gerichteten Bestrebungen. Damit verwirkt der „Vorwärts" jedes Recht, als Zentralorgan der deutschen Partei zu gelten."

Die Absätze 1, 2, 3 und 4 werden mit 29 gegen 11 Stimmen, der Absatz 5 mit 28 gegen 11, der Absatz 6 mit 27 gegen 11 und dann der gesamte Antrag mit 28 gegen 11 Stimmen angenommen.

Zur Fraktionsspaltung und Schaffung von Sonderorganisationen nahm der Ausschuß am 27. März 1916 wie folgt Stellung:

I.

In dem von einer Sondergruppe von Fraktionsmitgliedern geheim beschlossenen Vorgehen des Genossen Haase in der letzten Sitzung des Reichstags und in der Gründung einer besonderen Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Abgeordneter erblickt der Parteiausschuß eine vorbedachte Untergrabung unserer gemeinsamen politischen Tätigkeit für die deutsche Arbeiterschaft in schwerer Zeit. Damit wird das Vertrauen der Massen in unsere Partei aufs schwerste erschüttert. Die Sprengung der Einheit unserer Bewegung ist auch ein schwerer Schlag gegen die Interessen des ganzen deutschen Volkes, dessen Friedenswillen nur durch die folgerichtige Anwendung der bisher von der Partei gewählten Mittel erfüllt werden kann.

Der Parteiausschuß erklärt, daß die Gründung einer zweiten sozialdemokratischen Reichstagsfraktion unvereinbar ist mit den Grundsätzen des Organisationsstatuts, das nur eine sozialdemokratische Reichstagsfraktion kennt und anerkennt. Der Parteiausschuß erachtet es als eine unabweisbare Pflicht des Parteivorstandes, die sich aus dieser Sachlage ergebenden Folgerungen zu ziehen.

Gleichzeitig verurteilt der Parteiausschuß, daß einige Genossen zu den inneren Parteifragen in bürgerlichen Blättern Stellung nehmen, und bei Erörterung von Zukunftsfragen jetzt Ansichten propagieren, die Verwirrung in die Reihen der Massen bringen.

Der Parteiausschuß empfiehlt, daß der Parteivorstand in seiner jetzigen Zusammensetzung die Geschäfte der Gesamtpartei bis zum nächsten Parteitag weiter führt.

Dieser Beschluß wurde mit 28 gegen 7 Stimmen gefaßt.

II.

Die Tatsachen, die dem Parteiausschuß bekanntgeworden sind, zeigen unzweideutig, daß ein Teil der Parteimitglieder in führender Stellung sich eigene festgefügte Organisationen geschaffen hat, die eigene Beiträge erheben und eigenes Organisationsleben führen mit dem Ziel, die Gesamtpartei zu bekämpfen.

In Uebereinstimmung mit den früher gefaßten Beschlüssen erklärt der Parteiausschuß:

In der deutschen Sozialdemokratie gibt es nur eine politische Organisation. Sonderorganisationen müssen zur Parteizerstörung führen. Wer für solche Sonderorganisationen wirkt oder in ihnen Mitglied wird, stellt sich außerhalb der Organisation der Gesamtpartei.

Da die Abhaltung eines Parteitags zur Erledigung der schwebenden Streitfragen während des Krieges unmöglich erscheint, erachtet der Parteiausschuß es als eine Aufgabe des Parteivorstandes, gegenüber den Sonderbestrebungen alle geeigneten Maßnahmen in Anwendung zu bringen, um die Geschlossenheit der Organisation zu wahren.

Die Einleitung und der erste Absatz wurden mit 30 gegen 6, der zweite Absatz mit 28 gegen 6 Stimmen angenommen.

Ueber Volksernährung, Kriegs- und Friedensfragen und die Parteisituation verhandelte der Ausschuß am 20. und 21. Juli 1916. Dazu wurden die folgenden Beschlüsse gefaßt:

„Die mangelhafte Organisation der Volksernährung hat Zustände heraufbeschworen, die für die Masse der minderbemittelten Bevölkerung nicht mehr erträglich sind. Die von der politischen und gewerkschaftlichen Arbeitervertretung bei Beginn des Krieges vorgeschlagenen Maßnahmen sind zum Teil heute noch nicht durchgeführt, die geschaffenen Einrichtungen, die in der Richtung dieser Forderungen liegen, sind zu spät und zu unvollständig getroffen worden und werden viel zu zögernd durchgeführt. Die Rücksichtnahme auf die Interessen der großen landwirtschaftlichen Besitzer beherrscht die Organisation der Volksernährung in einem Maße, das die Erhaltung der Arbeitskraft des konsumierenden Volkes und die Ernährung des Volksnachwuchses aufs gefahrvollste bedroht. Dem Kriegswucher mit Nahrungsmitteln wird nicht mit der gebotenen Schärfe begegnet. Auch das neue Kriegsernährungsamt hat bisher fast völlig versagt. Es ist gegen die schamlose Preistreiberei auf dem Obst- und Gemüsemarkt nicht eingeschritten, hat vielmehr dem Verlangen der Produzenten nach höheren Kartoffelpreisen nachgegeben und eine ganz ungerechtfertigte Steigerung der Preise für Winterkartoffeln durchgeführt. Gegen diese verderbliche, die Volksernährung schwer gefährdende Preispolitik muß schärfster Protest eingelegt werden.

Die Produktion muß nach einem einheitlichen Plane geregelt und durch staatliche und gemeindliche Einflußnahme und Selbstwirtschaft gefördert werden. Die Rationierung muß endlich auf alle Massenlebensmittel ausgedehnt werden, unter einer der Kaufkraft der breiten Massen Rechnung tragenden Preisfestsetzung. Den Bedürfnissen der schwerarbeitenden Bevölkerung ist mehr als bisher Rechnung zu tragen. Die Organisation der Volksernährung muß jede Begünstigung der wohlhabenden Volkskreise ausschließen.

Die Vertreter der Arbeiterschaft in allen öffentlichen Körperschaften werden aufgefordert, in diesem Sinne auch ferner mit allem Kräfteaufgebot zu arbeiten. Aber auch die Arbeitermassen, die unter den Mißständen schwer leiden, müssen jede Gelegenheit und jedes geeignete Mittel benutzen, um auf die kommunalen und staatlichen Behörden den erforderlichen Druck auszuüben. Das kann geschehen durch Eingaben, persönliche Vorstellungen, Frauendeputationen, öffentliche Versammlungen und durch die Arbeiterpresse. Mit aller Wucht muß die Arbeiterschaft ihren Willen, endlich eine

geordnete Verteilung der Lebensmittel und eine erträgliche Preisgestaltung zu verlangen, zum Ausdruck bringen.

Dieser Beschluß wurde einstimmig gefaßt.

Gegenüber den in bürgerlichen Kreisen und Parteien herrschenden Anschauungen, wie sie in der Presse und durch Beschlüsse bürgerlicher Parteien zum Ausdruck kommen, erklärt der Parteiausschuß:

Unter Aufrechterhaltung der von der Reichstagsfraktion und dem Parteiausschuß aufgestellten Richtlinien für den Friedensschluß ist gegen die Forderung der Eroberungspolitiker, die den Widerstand der gegen Deutschland Krieg führenden Staaten noch mehr herausfordern und die Gefahr eines Krieges bis zur völligen Erschöpfung steigern, schärfster Protest einzulegen.

Die Sozialdemokratie hält fest an der prinzipiellen Verwerfung aller Annexionen sowie jeder politischen und wirtschaftlichen Vergewaltigung eines Volkes von irgendeiner Seite; denn diese würden nur weitere Kriege in der Zukunft zur Folge haben. Die Sozialdemokratie erklärt, daß die Verteidigung unseres Landes, die Sicherung seiner politischen Unversehrtheit und wirtschaftlichen Entwicklungsfreiheit das einzige Kriegsziel sein müsse.

Wir fordern die sozialistischen Parteien aller Länder auf, für schleunige Herbeiführung des Friedens zu wirken, damit dem fürchterlichen Menschenmorden endlich Einhalt getan wird.

Gegen 8 Stimmen angenommen.

Der Parteiausschuß hält die baldige Einberufung eines Parteitages zur Wiederherstellung eines geordneten Parteilebens dringend erforderlich. Da indessen die Gewähr für eine ungehinderte Vorbereitung und für eine uneingeschränkte Aussprache auf einem Parteitage zurzeit nicht gegeben ist, empfiehlt der Parteiausschuß dem Parteivorstande die Einberufung einer Konferenz der Parteiorganisationen, um der fortschreitenden Zerrüttung der Partei vorzubeugen.

Gegen 12 Stimmen beschlossen.

Gegen die Propaganda der Annexionisten hat der Parteivorstand im August 1916 eine Aktion eingeleitet, die zur Unterzeichnung einer Petition aufforderte und folgenden Wortlaut hat:

Petition

an Se. Exzellenz, den Herrn Reichskanzler Dr. v. Bethmann Hollweg.

Die Unterzeichneten fordern, daß dem Krieg, der seit mehr als zwei Jahren Europa verwüstet und allen beteiligten Ländern ungeheuere Opfer an Gut und Blut auferlegt, sobald als möglich ein Ende bereitet wird.

Unter Ablehnung aller Eroberungspläne, die nicht nur den Krieg verlängern, sondern auch den Keim zu neuen Kriegen in sich tragen, fordern die Unterzeichneten von den Verbündeten Regierungen, daß sie sich zum Abschluß eines Friedens bereiterklären, der dem Reiche

1. seine politische Unabhängigkeit,
2. seine territoriale Unversehrtheit,
3. seine wirtschaftliche Entwicklungsfreiheit

gewährleistet."

Der Ausschuß stimmte am 13. August 1916 der Aktion zu. Am 18. Dezember 1916 wurde dem Reichskanzler die Petition mit 999 149 Unterschriften zugestellt.

In der gleichen Sitzung erklärte sich der Ausschuß mit der von uns vorgeschlagenen Berufung einer Reichskonferenz der Partei einverstanden.

Die Sonderkonferenz der Opposition veranlaßte den Ausschuß am 18. Januar 1917 zu folgendem Beschluß:

Einigkeit und Geschlossenheit im Handeln, freiwillige Unterordnung der Minderheit unter die Beschlüsse der Mehrheit, das sind die ersten Gebote einer demokratischen Massenbewegung, wie sie die Sozialdemokratie ist. Nur durch straffe Disziplin kann sie im Kampfe mit ihren zahlreichen und mächtigen Gegnern den sozialistischen Grundsätzen Geltung verschaffen. Je kritischer die politische Situation, je gefährdeter die Arbeiterorganisationen, desto fester muß der Zusammenschluß ihrer einzelnen Glieder sein zur wirksamen Vertretung der Arbeiterinteressen.

Die Reichstagsfraktion hat unter Zustimmung des Parteiausschusses und der Reichskonferenz der Gesamtpartei im Verlaufe des furchtbaren Weltkrieges, dessen Charakter als Verteidigungskrieg für Deutschland nach der Bekanntgabe der maßlosen Eroberungsziele der feindlichen Regierungen von niemand mehr ernstlich bestritten werden kann, den Grundsätzen der Partei gemäß die Mittel für die Landesverteidigung bewilligt. Eine Gruppe von Parteigenossen nahm dies zum Anlaß, um unter schwerstem Disziplinbruch die geschlossene Kampffront rücksichtslos zu zerreißen.

Sie hat die Reichstagsfraktion gespalten und als neue Fraktion die Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft gebildet. Sie hat es seitdem als ihre Aufgabe betrachtet, die auf die Milderung der Kriegsleiden und die Herbeiführung eines baldigen Friedens gerichtete Politik der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion zu durchkreuzen und sie zum Schaden der Arbeiterklasse zu bekämpfen.

Das disziplinwidrige, jeder Demokratie hohnsprechende Treiben dieser Sonderbündler hat mit seinen häßlichen Begleiterscheinungen eine zunehmende Zerrüttung der Partei herbeigeführt. Sonderorganisationen, gegen die Politik der Partei gerichtete Kundgebungen und schließlich auch Gegenkandidaten gegen die Kandidaten der sozialdemokratischen Partei bei Wahlen waren die unausbleibliche Folge dieses verderblichen Vorgehens der anarchosyndikalistischen Opposition und der mit dieser verbündeten Arbeitsgemeinschaft. Selbst vor dem Boykott des Zentralorgans der Partei und anderer Parteizeitungen schreckte die Opposition nicht zurück.

Jetzt haben die Leiter der Arbeitsgemeinschaft ihr parteizerstörendes Werk gekrönt durch die Einberufung einer Reichskonferenz der Opposition. Ihr Vorgeben, sie wirkten für die Einheit der Partei und im Rahmen der Partei, ist damit in seiner ganzen Unehrlichkeit enthüllt. Sie haben sich als Parteileitung aufgetan und zum 7. Januar d. J. Parteiorganisationen und Sonderorganisationen nach Berlin zusammenberufen. Sie haben dort unter anderem beschlossen:

„Die Orts- und Kreisorganisationen, deren Mehrheit die Auffassung der Opposition teilt, haben in stete enge Fühlung zueinander zu treten. Dort, wo die oppositionellen Genossen nicht die Mehrheit in den Organisationen haben, haben sie im Rahmen des Parteistatuts unermüdlich für die Ausbreitung ihrer Anschauungen zu wirken und zur Erfüllung der der Opposition im Interesse der Partei obliegenden Aufgaben, sowie zur eigenen Belehrung in geeigneter Weise einen Zusammenschluß herbeizuführen."

Das ist die Gründung einer Sonderorganisation gegen die Partei, und die Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft wie ihre Anhänger haben sich nunmehr auch von der Partei selbst getrennt. Die Schaffung dieser Sonderorganisation und die Zugehörigkit zu ihr ist unvereinbar mit der Mitgliedschaft in der Gesamtpartei. Daher ist es nun Aufgabe aller treu zur Partei stehenden Organisationen, dem unehrlichen Doppelspiel aller Parteizerstörer ein Ende zu machen und die durch die Absplitterung der Sonderorganisationen erforderlichen organisatorischen Maßnahmen zu ergreifen.

Die Einheit und Geschlossenheit der Partei zu festigen, damit sie den gewaltigen Aufgaben gewachsen ist, die sie noch während des schrecklichen Weltkrieges und nach seiner Beendigung zum Wohle der Arbeiterklasse und der weitesten Volkskreise im Geiste sozialistischer Weltanschauung zu erfüllen hat, ist Aufgabe aller Parteigenossen.

Der Beschluß wurde mit 29 gegen 10 Stimmen gefaßt.

Am **18. und 19. April 1917** tagten in gemeinsamer Sitzung in Berlin der Parteiausschuß, der Parteivorstand, die Vorstände der Reichstagsfraktion und der preußischen Landtagsfraktion, sowie die preußischen Landeskommissionen. An den Verhandlungen nahmen die Genossen Dr. Adler, Seitz, und Dr. Renner von der Parteivertretung der deutschen Sozialdemokratie in Oesterreich und die Genossen Garamy und Weltner vom Parteivorstand der ungarländischen Sozialdemokratie als Gäste teil. Am Schluß der Verhandlungen wurde unter Zustimmung der österreichischen und ungarischen Parteivertretungen einstimmig folgende Resolution zum Beschluß erhoben:

„Der Parteiausschuß und der Parteivorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands haben in gemeinsamer Sitzung mit den Vorständen der Fraktionen des Reichstags und des preußischen Abgeordnetenhauses, sowie der Landeskommission für Preußen am 19. April einstimmig folgenden Beschluß gefaßt:

Wir bekräftigen den unverbrüchlichen Entschluß der deutschen Arbeiterklasse, das Deutsche Reich aus diesem Kriege als ein freies Staatswesen hervorgehen zu lassen. Wir fordern die sofortige Beseitigung aller Ungleichheiten der Staatsbürgerrechte in Reich, Staat und Gemeinde, sowie die Beseitigung jeder Art bureaukratischen Regiments und seine Ersetzung durch den entscheidenden Einfluß der Volksvertretung.

Mit Entschiedenheit verwerfen wir die von den feindlichen Regierungen verbreitete Zumutung, daß die Fortführung des Krieges nötig sei, um Deutschland zu freiheitlichen Staatseinrichtungen zu zwingen. Es ist Aufgabe des deutschen Volkes allein, seine inneren Einrichtungen nach seinen Ueberzeugungen zu entwickeln.

Wir begrüßen mit leidenschaftlicher Anteilnahme den Sieg der russischen Revolution und das durch ihn entfachte Wiederaufleben der internationalen Friedensbestrebungen. Wir erklären unser Einverständnis mit dem Kongreßbeschluß des russischen Arbeiter- und Soldatenrats, einen gemeinsamen Frieden vorzubereiten ohne Annexionen und Kriegsentschädigungen auf der Grundlage einer freien nationalen Entwicklung aller Völker.

Wir betrachten es daher als die wichtigste Pflicht der sozialdemokratischen Partei Deutschlands wie der Sozialisten aller Länder, die Machträume eines ehrgeizigen Chauvinismus zu bekämpfen, die Regierungen zum klaren Verzicht auf jegliche Eroberungspolitik zu drängen und so rasch wie möglich entscheidende Friedensverhandlungen auf dieser Grundlage herbeizuführen.

Kein Volk darf durch den Friedensschluß in eine demütigende und unerträgliche Lage gedrängt werden, sondern jedem muß die Möglichkeit gegeben sein, durch freiwilligen Beitritt zu einer überstaatlichen Organisation und Anerkennung einer obligatorischen Schiedsgerichtsbarkeit den dauernden Bestand des künftigen Weltfriedens sichern zu helfen."

Den Bericht über die Verhandlungen der internationalen Konferenz in Stockholm nahm der Ausschuß **am 26. Juni 1917 entgegen.** Einstimmig faßte er dazu folgenden Beschluß:

„Der Parteiausschuß spricht nach Kenntnisnahme des Berichts der deutschen Delegation auf der Stockholmer Vorkonferenz sein Einverständnis mit der gesamten Tätigkeit der deutschen Delegierten aus und stimmt den Leitsätzen zu, welche sie über die Stellung der deutschen Partei zum Verständigungsfrieden abgegeben hat. — Der Parteiausschuß ersucht die deutsche Delegation, die Arbeiten bis zur Hauptversammlung in Stockholm nach Kräften zu fördern."

In der gleichen Sitzung beriet der Ausschuß eingehend über die politische Situation und kam dabei einmütig zu dem Ergebnis: Die Fraktion soll bei der nächsten Reichstagstagung von der Reichsleitung mit allem Nachdruck verlangen, daß sie zur Kriegszielfrage klar Stellung nehme und sich bestimmt zur Demokratisierung im Innern, namentlich zur Einführung des gleichen Wahlrechts in Preußen erklärt.

In dieser Sitzung stimmte der Ausschuß auch der Berufung des Parteitages zu und erledigte die Festsetzung seiner vorläufigen Tagesordnung.

Die Protokolle der Parteiausschußsitzungen werden den Delegierten zugehen.

Internationale Verständigung.

Die deutsche Sozialdemokratie ist auch während des Krieges ihren Pflichten gegen die Internationale treu geblieben. Bis zur letzten Stunde vor dem Kriege hat sie ihre Schuldigkeit getan und unaufhörlich für die Wiederanknüpfung der zerrissenen internationalen Beziehungen gewirkt. Ueber diese Tätigkeit während des Krieges haben wir der im Juli 1916 im Haag tagenden Konferenz der sozialistischen Parteien der neutralen Länder, unserer Reichskonferenz und der internationalen Konferenz in Stockholm berichtet. Wir beschränken uns deshalb hier auf eine kurze Uebersicht über unsere Verständigungsbemühungen.

Noch kurz vor Ausbruch des Krieges haben wir unserea Kollegen Müller nach Paris geschickt, damit er mit der Partei Frankreichs und dem Internationalen Sozialistischen Bureau Fühlung behalte. Müller hat in diesem Sinne in Paris gewirkt, bis ihn der Kriegszustand zurückzwang. Im September 1914 haben Vertreter des Parteivorstandes von der Schweiz aus vergeblich versucht, mit der französischen Partei in Fühlung zu kommen. Ein Verständigungsversuch, den Anfang 1915 das „Internationale Sozialistische Bureau unternahm, ist von uns unterstützt, von den Franzosen abgewiesen worden. Die Engländer haben sich dabei an die Seite der Franzosen gestellt. Auf einer Konferenz in Wien haben im April 1915 die sozialistischen Parteien

Oesterreichs, Ungarns und Deutschlands in einer gemeinsamen Kundgebung für einen sozialistischen Frieden sich erneut zur Verständigung bereiterklärt. Das Echo der Engländer und Franzosen blieb aus. Am 30. Juni 1915 protestierte die deutsche Sozialdemokratie in einem Manifest gegen alle Eroberungsabsichten, trat für einen baldigen Frieden ein und forderte die Sozialisten in den anderen kriegführenden Ländern auf, im gleichen Sinne zu wirken. Die Franzosen und Engländer lehnten dieses Verlangen ab. Ein zweiter Verständigungsversuch, den das Internationale Sozialistische Bureau im Dezember 1915 auf Veranlassung der skandinavischen Parteien unternahm, scheiterte ebenfalls an dem Widerstand der Franzosen und Engländer. Nach der Konferenz der Sozialisten der neutralen Länder im Juli 1916 hatte das Internationale Sozialistische Bureau noch einmal Verständigungsverhandlungen eingeleitet. Auch hier blieb die andere Seite bei ihrer ablehnenden Haltung. Bis dahin haben Vertreter der deutschen Sozialdemokratie an drei verschiedenen Terminen mit der Vertretung des Internationalen Sozialistischen Bureaus im Haag mündliche Verhandlungen geführt.

Erst die großen Erfolge der russischen Revolution brachte die Verständigungsverhandlungen von neuem in Fluß. Eine Versammlung russischer Sozialisten in Kopenhagen übermittelte uns Anfang April dieses Jahres eine Kundgebung, in der sie eintrat für einen Frieden ohne Annexionen und Kriegsentschädigung und verlangte, daß wir jedem Versuch etwaiger deutscher militärischer Eingriffe in die Entwicklung der russischen Revolution scharf entgegentreten sollten. Der Parteivorstand antwortete mit folgender Erklärung, die er gleichzeitig dem Vorsitzenden des Arbeiter- und Soldatenrates in Petersburg übermitteln ließ:

> Die russischen Sozialisten in Kopenhagen übermittelten uns eine Friedenskundgebung, in der sie die Erwartung aussprachen, daß jede Einmischung in die Entwicklung der russischen Revolution von uns scharf bekämpft werde.
>
> Die Sozialdemokratie Deutschlands befindet sich in völliger Uebereinstimmung mit dieser Kundgebung, sie hat sich bei den letzten Reichstagsverhandlungen entschieden in diesem Sinne betätigt. Auch die übrigen Parteien und die Reichsregierung haben sich im Reichstag energisch gegen jede Einmischung in die inneren Verhältnisse Rußlands erklärt.
>
> Die deutsche Sozialdemokratie beglückwünscht zugleich das russische Proletariat zu den Erfolgen auf dem Wege zur politischen Freiheit. Sie hat den dringenden Wunsch, daß die politischen Fortschritte des russischen Volkes dazu beitragen mögen, der Welt bald den Frieden zu sichern, für den die deutsche Sozialdemokratie seit Ausbruch des Krieges gekämpft hat.

Zugleich ersuchten wir dänische Parteifreunde, direkte Verbindung mit dem Arbeiter- und Soldatenrat zu ermöglichen. Ostern 1917 wurden zu diesem Zwecke von unseren Vertretern die ersten mündlichen Verhandlungen in Kopenhagen geführt. Besonders gefördert wurde dieses Bestreben durch den Genossen Bjargberg-Kopenhagen, der gelegentlich einer Informationsreise nach Rußland den Arbeiter- und Soldatenrat auch über die Stellung der deutschen Sozialdemokratie zu den Kriegsfragen unterrichtete. Gleichzeitig ergriffen die holländischen Mitglieder des Internationalen Sozialistischen Bureaus und dessen Sekretär Huysmans gemeinsam mit Vertretern der drei skandinavischen Parteien die Initiative zur Berufung der internationalen Konferenz in Stockholm. Ueber die in Stockholm mittlerweile geführten Vorverhandlungen hat die Parteipresse berichtet.

Die deutsche Delegation, die aus je drei Vertretern der Gewerkschaften, der Reichstagsfraktion und des Parteivorstandes bestand, gab dem holländisch-

skandinavischen Komitee zunächst eingehenden Bericht über die Friedensarbeit der deutschen Sozialdemokratie. Dabei überreichte sie die schon erwähnte Dokumentensammlung: „Die deutsche Sozialdemokratie über Krieg und Frieden". Die Broschüre ist mittlerweile auch in russischer Sprache erschienen. Bei Erörterung der Schuldfrage, die nicht zu umgehen war, vertrat unsere Delegation eingehend unseren Standpunkt. Die Rede des Genossen Dr. David zu dieser Frage ist als Broschüre erschienen. Das Ergebnis dieser Vorverhandlungen war die Denkschrift der deutschen Delegation zur Friedenszielfrage, die wir im Wortlaut folgen lassen:

Die deutsche Sozialdemokratie und der Frieden.

Erklärung der Delegation der deutschen Sozialdemokratie auf der internationalen sozialistischen Friedenskonferenz in Stockholm.

I.

Die deutsche Sozialdemokratie erstrebt einen Frieden der Verständigung. Wie sie die Gewähr der politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Entwicklungsfreiheit des eigenen Volkes fordert, so verurteilt sie auch die Vergewaltigung der Lebensinteressen der anderen Völker. Nur ein solcher Friede trägt die Gewähr der Dauer in sich, nur er ermöglicht es den Völkern, die Atmosphäre feindseliger Spannungen zu überwinden und alle ihre Kräfte in den Dienst des sozialen Aufstiegs und der Förderung höchster nationaler und menschheitlicher Kultur zu stellen.

Von dieser allgemeinen Zielsetzung aus haben wir dem Vorschlag des Petersburger Arbeiter- und Soldatenrats auf Frieden ohne Annexionen und Kontributionen auf der Grundlage nationaler Selbstbestimmung unsere Zustimmung gegeben. Daraus ergibt sich unsere Stellungnahme zu den Einzelpunkten wie folgt:

1. Annexionen: Wir sind Gegner gewaltsamer Gebietsaneignungen. Bei Grenzveränderungen auf Grund beiderseitiger Verständigung muß der betroffenen Bevölkerung, soweit sie das Verbleiben bei dem alten Staatsverband wünscht, die rechtliche und wirtschaftliche Möglichkeit der Umsiedelung gesichert werden.

Mit der Verwerfung aller gewaltsamen Annexionen ist selbstverständlich auch die Rückgabe entrissener Kolonien gefordert.

2. Kriegsentschädigungen: Die Aufzwingung einer Kriegsentschädigung ist zu verwerfen. Sie wäre auch nur nach vollständiger Niederschlagung einer der kriegführenden Parteien zu erreichen. Jeder Tag weiteren Kampfes aber erhöht die Summe der Opfer an Gut und Blut für beide Teile so gewaltig, daß schon aus diesem Grunde eine Hinauszögerung des Friedens, um Entschädigungen zu erzwingen, nicht zu verantworten wäre. Die ökonomische Versklavung eines Volkes durch das andere würde aber auch einen dauernden Frieden unmöglich machen.

3. Wiederherstellung: Soweit mit dieser Frage die politische Wiederherstellung, das heißt die Wiederaufrichtung der staatlichen Unabhängigkeit gemeint ist, beantworten wir sie mit ja.

Ablehnen müssen wir dagegen den Gedanken einer einseitigen Verpflichtung zur Wiederherstellung von Zerstörungen in den vom Kriege betroffenen Gebieten. Diese Schäden sind auf allen Kriegsschauplätzen von Freund und Feind bei Vorstößen oder Rückzügen, zum Teil als unmittelbare Wirkung des Feuerkampfes, zum Teil als mittelbare Maßnahme zur militärischen Sicherung erfolgt. Eine nachträgliche Feststellung des Ursprungs der einzelnen

Zerstörungen und Prüfung auf ihre militärische Berechtigung hin erscheint uns ungemein schwierig. Eine einseitige Schadenersatzpflicht wäre nichts anderes als eine Kriegsentschädigung in verschleierter Form.

Für Staaten, die aus eigener Kraft ihr durch den Krieg zerstörtes Wirtschaftsleben nicht wieder aufbauen können, kann internationale finanzielle Hilfe auf Grund gegenseitiger Vereinbarung vorgesehen werden.

Im übrigen betrachten wir Sozialisten die Zerstörung von privatem Eigentum nur als den geringsten Teil des angerichteten Schadens. Der größte Verlust, der die Menschheit betroffen hat, die Vernichtung von Menschenleben, von Arbeitskraft und Menschenglück läßt sich nicht ersetzen.

4. Selbstbestimmungsrecht der Nationen: Wir verstehen unter dem Selbstbestimmungsrecht der Nationen das Recht der Völker auf Aufrechterhaltung oder Neuaufrichtung ihrer politischen Unabhängigkeit.

Als erste Gruppe kommen hier die Staaten in Betracht, die wie Belgien sowie Serbien und andere Balkanstaaten ihre Unabhängigkeit in diesem Kriege verloren haben.

Wir sind für die Wiederherstellung eines unabhängigen Belgiens. Belgien soll weder ein Vasallenstaat Deutschlands noch Englands oder Frankreichs werden.

Hinsichtlich Serbiens und der anderen Balkanstaaten schließen wir uns dem von unseren österreichischen Genossen Gesagten an.

Eine zweite Gruppe, für die das Selbstbestimmungsrecht der Nationen in Frage kommt, bilden diejenigen Völker, die ihre ehemalige Selbständigkeit verloren hatten, durch die Ereignisse dieses Krieges aber von der fremden Oberherrschaft sich befreit sehen. Das trifft zu für Kongreßpolen und Finnland. Die Anerkennung des Rechts der Selbstbestimmung darf ihnen nicht versagt werden. Bei andern fremdstämmigen Gebieten ist, soweit eine staatliche Unabhängigkeit nicht in Frage kommt, mindestens Autonomie zur Entfaltung des eigenen nationalen Lebens zu gewähren.

Eine dritte Gruppe bilden die ehemals selbständigen Völker gehobener Kultur, die früher das Opfer imperialistischer Unterwerfung geworden sind, deren staatsrechtliche Zugehörigkeit aber durch diesen Krieg keine Aenderung erfahren hat. Hierher gehören: Irland, Aegypten, Tripolis, Marokko, Indien, Tibet, Korea und andere Länder ehemaligen eigenen staatlichen Lebens. Die deutsche Sozialdemokratie bringt den Bestrebungen aller dieser Völker auf Wiedererlangung ihrer nationalen Freiheit die größte Sympathie entgegen und würde es begrüßen, wenn die Sozialisten der jene Länder beherrschenden Staaten ihre Stimme zugunsten der Befreiung jener Nationen vom Druck der Fremdherrschaft erheben wollten.

5. Autonomie der Nationalitäten: Soweit hierunter die kulturelle Autonomie der innerhalb eines größeren Staatsverbandes eingegliederten fremdsprachigen Teile gemeint ist, wird die deutsche Sozialdemokratie gemäß ihrer seitherigen Stellung auch fernerhin für deren weitherzigste Einräumung eintreten. Für das Deutsche Reich kommen hier die Ansprüche unserer in Nordschleswig, Posen und Westpreußen sowie in Elsaß-Lothringen wohnenden Mitbürger dänischer, polnischer und französischer Muttersprache in Betracht. Wir verurteilen auf das schärfste jede Beeinträchtigung im Gebrauch der Muttersprache sowie sonstige Behinderung der freien Pflege ihrer besonderen nationalen Eigenart und Kultur, solche in das Gebiet eines Staates übergreifenden Teile anderer Nationen sollten nicht Hemmungen und Hinderungen wechselseitiger freundnachbarlicher Beziehungen bilden, sondern

Verständigungsbrücken von Volk zu Volk, von Kultur zu Kultur sein. Die Herbeiführung wahrer demokratischer Zustände in allen Ländern wird die Erreichung dieses Zieles ermöglichen.

Was die Verhältnisse der verschiedenen Nationalitäten innerhalb des österreichisch-ungarischen Staatsverbandes betrifft, so schließen wir uns auch hier dem von unseren österreichischen Parteigenossen Gesagten an.

6. Elsaß-Lothringen: Was das in dem Fragebogen des Komitees unter Nationalitäten mitaufgezählte Elsaß-Lothringen anlangt, so ist zunächst zu sagen, daß Elsaß-Lothringen niemals weder ein selbständiges nationales Staatswesen war, noch überhaupt als eine besondere Nationalität angesehen werden kann. Seiner ethnographischen Natur nach, das heißt nach Abstammung und Sprache ist die Bewohnerschaft Elsaß-Lothringens zu beinahe neun Zehnteln deutscher Nationalität. Nur 11,4 Proz. der Bevölkerung sprechen französisch als Muttersprache.

Elsaß-Lothringen gehört weiterhin auch nicht zu den Gebieten, die durch den Gang des Krieges ihren Besitzer gewechselt haben; es ist, von einem schmalen Grenzstreifen abgesehen, im Machtbereich des deutschen Staates geblieben. Die Aufrollung der Frage seiner staatlichen Zugehörigkeit ist also von diesem Gesichtspunkte aus nicht zu begründen.

Die ursprünglich staatsrechtlich wie ethnographisch zu Deutschland gehörigen elsaß-lothringischen Gebiete sind neben anderen Gebieten von Frankreich seinerzeit auf dem Wege gewaltsamer Annexion aus dem Verbande des Deutschen Reiches herausgerissen worden. Durch den Frankfurter Frieden 1871 erhielten sie die ursprüngliche Staatszugehörigkeit wieder. Es ist sonach gänzlich ungerechtfertigt, von einem historischen Recht Frankreichs auf diese Gebiete zu sprechen. Die gewaltsame Erzwingung einer Rückgabe Elsaß-Lothringens wäre nichts anderes als eine Annexion und zudem größtenteils eine Annexion fremdsprachigen Gebiets durch Frankreich. Sie ist somit gemäß dem Grundsatz eines Friedens ohne Annexionen abzulehnen.

Die deutsche Sozialdemokratie fordert für die Elsaß-Lothringer die Gewährung voller Gleichberechtigung als selbständiger Bundesstaat innerhalb des Deutschen Reiches sowie den freiheitlichen demokratischen Ausbau seiner inneren Gesetzgebung und Verwaltung. Sie hat dies zuletzt in einer Beschlußfassung des Jenaer Parteitages von 1913, die von elsaß-lothringischen Genossen eingebracht war, festgelegt. Mit der Regelung der elsaß-lothringischen Frage in diesem Sinne bundesstaatlicher Gleichberechtigung und weitestgehender innerpolitischer Autonomie haben sich auch vor dem Kriege die französischen Parteigenossen einverstanden erklärt. Diese Regelung entspricht außerdem den wiederholt und noch neuerdings kundgegebenen Willensäußerungen der aus allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlen hervorgegangenen elsaß-lothringischen Volksvertretung.

Der Grundsatz eines Friedens ohne Annexion schließt freundschaftliche Vereinbarungen über Grenzberichtigungen, wo sie auch immer seien, natürlich nicht aus.

II. Hauptgrundzüge internationaler Vereinbarungen.

Das Recht eines jeden Volkes auf politische Unabhängigkeit und wirtschaftliche Entwicklungsfreiheit kann unter Beachtung der berechtigten Lebensinteressen aller Völker nur dann dauernd garantiert werden, wenn es in den Friedensverträgen gelingt, das künftige Völkerrecht in seinen Grundzügen festzulegen. Aufgabe der kommenden Friedensjahre wird es dann sein, das

Staatsrecht, das Arbeiterrecht, das bürgerliche Recht, das Handelsrecht international nach einheitlichen Grundsätzen auszubauen, mit dem Ziele, eine immer engere Rechts-, Wirtschafts- und Kulturgemeinschaft der Völker zu schaffen.

1. Völkerrechtliche Bestimmungen: Bereits in den Kriegszielleitsätzen, die der Parteiausschuß und die Reichstagsfraktion der sozialdemokratischen Partei Deutschlands am 16. August 1915 aufgestellt haben, ist die Erstrebung eines durch internationale Rechtseinrichtung dauernd gesicherten Weltfriedens als höchstes sittliches Pflichtgebot gefordert.

In Uebereinstimmung mit den Beschlüssen des Kopenhagener internationalen sozialistischen Kongresses von 1910 fordern wir im einzelnen durch die Friedensverträge die Anerkennung eines internationalen Schiedsgerichts, dem alle Streitigkeiten zwischen den einzelnen Staaten vorzulegen sind.

Zur Verhinderung der Verletzung völkerrechtlicher Verträge ist eine überstaatliche Rechtsorganisation zu schaffen.

2. Abrüstung und Freiheit der Meere: In die Friedensverträge sind Abmachungen über eine Rüstungsbegrenzung zu Wasser und zu Lande aufzunehmen. Das Ziel der Abmachungen muß die Schaffung eines Volksheeres sein zur Verteidigung des Landes gegen kriegerische Angriffe und gewaltsame Unterdrückungen. Für die einzelnen Waffengattungen dieses Volksheeres ist die Dienstzeit durch internationalen Vertrag möglichst kurz zu bemessen.

Die im Kriege zulässigen Kriegsmittel sind vertraglich zu beschränken. Die Rüstungsindustrie ist zu verstaatlichen. Die Lieferung von Waffen und Munition aus neutralen Staaten an kriegführende Mächte ist international zu verbieten. Das Seebeuterecht ist zu verbieten. Die für den Weltverkehr wichtigen Meerengen und interozeanischen Kanäle sind unter internationale Kontrolle zu stellen.

Für die Sicherung des Welthandels während eines Krieges sind wirksame Garantien zu schaffen. Der Begriff der Bannware ist international festzulegen. Rohstoffe zur Bekleidung und Nahrungsmittel sind von der Bannwarenliste auszuschließen. Das Privateigentum ist gegen Eingriffe der Kriegführenden sicherzustellen. Der Postverkehr zwischen Kriegführenden und Neutralen und den Neutralen untereinander ist auch im Kriegsfalle zu sichern. Der Begriff der Blockade ist neu festzusetzen.

3. Wirtschafts- und sozialpolitische Fragen: Damit die Wiederannäherung der Völker nicht gehemmt wird, sind in die Friedensverträge Bestimmungen aufzunehmen, die Sicherheit dagegen gewähren, daß der Krieg als Wirtschaftskrieg fortgesetzt wird.

Durch die Friedensverträge muß die Verkehrsfreiheit zu Lande und zu Wasser wiederhergestellt werden.

Das Schutzzollsystem ist abzubauen. In die Friedensverträge ist die Meistbegünstigungsklausel aufzunehmen. Das handelspolitische Ziel muß die Beseitigung aller Zoll- und Verkehrsschranken bleiben.

Für die Kolonien ist die „offene Tür", das heißt gleiches Recht für wirtschaftliche Betätigung aller Völker, festzulegen.

Internationale Freizügigkeit, Koalitionsrecht, Arbeiterschutz, Arbeiterversicherung, Arbeiterinnen- und Kinderschutz und Heimarbeit sind nach dem bekanntgegebenen Programm des Internationalen Gewerkschaftsbundes zu regeln.

4. Abschaffung der Geheimdiplomatie: Wir fordern die Unterwerfung aller Staatsverträge und zwischenstaatlichen Vereinbarungen unter die demokratische Kontrolle der Volksvertretungen.

III. Praktische Durchführung der Ziele.

Wir beziehen uns auf unsere Darlegungen zu 1 und 2. Im Interesse eines baldigen Friedens scheint es uns dringend geboten, in erster Linie die wirtschaftlichen und sozialpolitischen Fragen zu erörtern.

Studienkommissionen können zweifellos wertvolle Vorarbeiten für fruchtbringende Auseinandersetzungen über die ökonomischen und nationalen Probleme leisten. Es darf jedoch nicht verkannt werden, daß es sich für den internationalen Sozialismus um die möglichst schnelle Herbeiführung des Friedens handeln muß. Dieser kann nach unserer Ueberzeugung als ein Verständigungsfrieden auf der Grundlage: „Keine Annexionen, keine Entschädigungen" erreicht werden, ohne daß zuvor besondere Studienkommissionen eingesetzt werden.

IV. Aktion der Internationalen.

Die europäischen Neutralen sind ausnahmslos durch den Krieg in mehr oder weniger große Mitleidenschaft gezogen worden. Sie alle haben ein Interesse am baldigen Frieden. Sie sind deshalb bei der Neuregelung wirtschaftlicher, sozialpolitischer und rechtlicher Fragen internationaler Art heranzuziehen.

Die Mitarbeit der erwählten Volksvertretungen erscheint als eine Selbstverständlichkeit. Angesichts der Erfahrungen, die das Proletariat aller am Kriege beteiligten Länder mit den Parlamentsmehrheiten im bisherigen Verlauf des Krieges gemacht haben, wird deren Mitarbeit freilich nur dann kriegverkürzend sein, wenn die sozialistischen Parteien mit aller ihnen zu Gebote stehenden Kraft wie auf ihre Regierungen so auch auf die Parlamente im Sinne der baldigen Herbeiführung des Friedens wirken.

Damit sind auch gleich die weiteren Fragen betreffend Mitarbeit der Internationale während der Friedensverhandlungen hinreichend beantwortet. Die Einwirkung der sozialistischen Parteien auf die Regierungen, die Volksvertretungen und auf die offizielle Friedenskonferenz muß seitens der sozialistischen Parteien aller kriegführenden Länder immer stärker werden.

V. Tätigkeit der sozialistischen Parteien für den Frieden.

Damit kommen wir zu der Frage, die auf Antrag der deutschen Delegation am 7. Juni dem Fragebogen noch hinzugefügt worden ist: Bericht jeder Delegation über die Arbeit ihrer Partei zugunsten eines dauerhaften Friedens.

Der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands hat in zwei Heften eine „Sammlung der Erklärungen, Aufrufe und Reichstagsreden", in denen die Stellung der Partei zum Kriege und zu den Friedenszielen dargelegt wird, herausgegeben. In dieser Dokumentensammlung wird der Beweis geführt, daß die Sozialdemokratische Partei Deutschlands, die gleich allen anderen sozialistischen Parteien grundsätzlich auf dem Boden der Landesverteidigung steht, für den Friedensschluß seit dem ersten Tage des Krieges gewirkt hat, und daß sie für einen Verständigungsfrieden keine andere Voraussetzung kennt, als die Bereitschaft auch der Gegner zu einem solchen Frieden. Mit den in der Sammlung angeführten Parlamentsreden, Aufrufen und Erklärungen hat sich die Sozialdemokratische Partei Deutschlands bei ihrer Friedensarbeit aber nicht begnügt. Sie hat in allen Teilen des Reichs Friedensversammlungen

abgehalten, auch im ganzen Reiche Petitionen verteilt und unterzeichnen lassen, in denen unter strikter Ablehnung aller Eroberungspläne die Bereitschaft der Regierung zu Friedensverhandlungen verlangt wurde.

Diese Friedensarbeit ist von großem Erfolge begleitet gewesen. Erfolglos dagegen waren leider die Versuche der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, die zerrissenen Fäden mit den sozialistischen Parteien Englands und Frankreichs wieder anzuknüpfen.

Die Arbeit für den Frieden kann nur dann Erfolg versprechen, wenn sie gleichzeitig auf beiden Seiten unternommen wird. Das könnte geschehen und hätte unseres Erachtens längst geschehen müssen, ohne daß auf der einen Seite von der anderen etwas verlangt worden wäre, was einer Preisgabe der Sache des eigenen Volkes gleichgekommen wäre. Wir sollten auf allen Seiten aussprechen, daß wir nur die Pflicht haben, das eigene Volk zu verteidigen, nicht aber die Aufgabe, andere Völker für die wirklichen oder vermeintlichen Verbrechen ihrer Regierungen zu züchtigen. In diesem Sinne hat die Sozialdemokratische Partei Deutschlands ununterbrochen gewirkt.

VI. Allgemeine sozialistische Konferenz.

Wir sind ohne Vorbehalt zur Teilnahme an einer allgemeinen sozialistischen Friedenskonferenz bereit, weil wir es für die selbstverständliche Pflicht eines jeden Sozialisten halten, für den Frieden zu wirken. Eine Auseinandersetzung über das Verhalten der sozialistischen Parteien wird sehr vereinfacht werden, wenn alle Sektionen in der von uns gewählten Form eine Sammlung der Dokumente über ihre Tätigkeit für den Frieden unterbreiten würden.

Von einer Erörterung der Schuldfrage, der wir nicht aus dem Wege gehen, können wir uns eine Förderung des Zwecks der Konferenz nicht versprechen.

Es kann sich nicht darum handeln, über Vergangenes zu streiten, es muß sich vielmehr darum handeln, über das Zukünftige sich zu verständigen, nämlich über die möglichst schnelle Herbeiführung eines dauernden, unseren Grundsätzen und Idealen entsprechenden Friedens.

Gegen die Teilnahme aller sozialistischen Minderheitsparteien an der allgemeinen Konferenz haben wir nichts einzuwenden.

Stockholm, den 12. Juni 1917.

Die Delegation der Sozialdemokratie Deutschlands.

Fr. Ebert. Scheidemann. Herm. Müller. Molkenbuhr. Ed. David.
R. Fischer. Sassenbach. G. Bauer. C. Legien.

Kassenbericht.

In dem Kassenbericht für das Berichtsjahr 1913/14 mußten wir den Kassenabschluß als sehr ungünstig bezeichnen. Wir schlossen dieses letzte Friedensgeschäftsjahr mit einem Defizit von 316 352,04 Mk. ab. Wir befanden uns sonach in wenig günstigen Finanzverhältnissen, als der Weltkrieg hereinbrach. Seine verheerenden Wirkungen auf die Organisationen und sonstigen Institutionen der Partei und damit auch auf ihre Finanzen spiegeln die Kassenabschlüsse der drei Kriegsjahre wieder. Diese schließen mit einem Gesamtdefizit von 1 081 196,99 Mk. ab.

Bei den Einnahmen tritt der Rückgang unserer Organisationen vornehmlich in dem Einnahmeposten „Beiträge" in die Erscheinung. Dieser

Posten ist von 786 467,28 Mk. im letzten Friedensjahre auf 161 778,88 Mk. im Jahre 1916/17 gesunken. Eine Verringerung um etwa 80 Proz. Die Ueberschüsse aus den zentralen Parteigeschäften, die früher einen erheblichen Teil der Einnahmen darstellten, sind fast völlig verschwunden. Dieser erschreckende Rückgang der Einnahmen ist wohl vornehmlich durch die Einberufungen zum Heeresdienst und die sonstigen durch den Krieg ausgelösten wirtschaftlichen Schwierigkeiten und Hemmungen verschuldet, aber er ist auch nicht zuletzt auf die Wirren in der Partei zurückzuführen, die schließlich zur Parteispaltung geführt haben.

Die Ausgaben, die im zweiten Kriegsjahre infolge der naturgemäß eingetretenen Einschränkungen stark zurückgeschraubt wurden, haben im letzten Berichtsjahre bereits wieder eine nicht unerhebliche Steigerung erfahren. Sie sind gegen das Vorjahr um zirka 16 Proz. gestiegen. Diese Steigerung ist vornehmlich durch die Mehrausgabe an Darlehen herbeigeführt, die durch die Notlage unserer Presse erforderlich wurde. Die Mehrausgabe für die Parteikorrespondenz war notwendig, da der „Vorwärts" unter der früheren Redaktion seine Aufgabe als Zentralorgan der Partei nicht erfüllte. Dieser Ausgabeposten wie die für das rheinisch-westfälische Bureau und den Bildungsausschuß werden im nächsten Geschäftsjahre infolge einschränkender Maßnahmen sich noch verringern.

Immerhin werden die Parteiorganisationen im Lande bemüht sein müssen, mehr als bisher wieder an die finanzielle Stärkung der Partei zu denken, soll diese den gewaltigen Kämpfen, die ihr in der Zukunft noch bevorstehen, auch finanziell gewachsen sein.

Außer den Darlehen wurden noch folgende Zuschüsse der Parteipresse zugewendet:

Ort und Name der Zeitung	1914/15		1915/16		1916/17		Insgesamt	
	Mark	Pf.	Mark	Pf.	Mark	Pf.	Mark	Pf.
Arnstadt, „Volkszeitung"	1 950	—	1 650	—	780	—	4 380	—
Berlin, „Blindenorgan"	250	—	150	—	550	—	950	—
Coburg, „Volksblatt"	—	—	900	—	1 150	—	2 050	—
Crefeld, „Volkstribüne"	2 880	—	3 600	—	400	—	6 880	—
Danzig, „Volkswacht"	2 100	—	5 700	—	1 865	05	9 665	05
Darmstadt, Genossensch.-Druckerei	—	—	—	—	600	—	600	—
Freiburg i. Br., „Volkswacht"	—	—	95	—	—	—	95	—
Gießen, „Oberhess. Volkszeitung"	—	—	2 500	—	—	—	2 500	—
Landsberg, „Neumärk. Volksblatt"	4 000	—	—	—	—	—	4 000	—
Lüdenscheid, „Volksstimme"	5 900	—	6 625	80	4 150	—	16 675	80
Mülhausen i. Els., „Volkszeitung"	1 200	—	—	—	—	—	1 200	—
Nordhausen, „Volkszeitung"	1 500	—	—	—	—	—	1 500	—
Reutlingen, „Freie Presse"	3 500	—	1 000	—	1 000	—	5 500	—
Ulm, „Donau-Wacht"	3 900	—	6 300	—	4 000	—	14 200	—
Summa	27 180	—	28 520	80	14 495	05	70 195	85

Abschluß der Hauptkasse für die Zeit vom 1. April 1914 bis 31. März 1915

mit Zahlen des Vorjahres zum Vergleich.

Einnahme.	1913/14 Mark	Pf.	1914/15 Mark	Pf.
Beiträge: a) der Organisat.	786 467	28	496 857	86
„ b) sonstige	37 307	91	3 947	20
„Vorwärts"-Ueberschuß	37 102	96	38 121	57
Buchhandlung Vorwärts	10 000	—	20 000	—
„Wahre Jacob", „Neue Zeit" und „Gleichheit"	120 000	—	77 000	—
Nord. Wasserkante u. X. Y. Z.	50 000	—	48 000	—
Darlehnskonto	309 042	03	716 008	71
Zinsen	52 607	54	43 070	80
Diverse	2 927	22	32 051	98
Gesamteinnahme	1 405 454	94	1 470 058	12
Dem Vermögen entnommen	128 583	38	262 521	60
Bestand am Jahresbeginn	296 676	56	103 907	10
Summa	1 825 714	88	1 836 487	62

Ausgabe.	1913/14 Mark	Pf.	1914/15 Mark	Pf.
Allgemeine Agitation	413 710	11	258 977	71
Parteischule	51 986	40	—	—
Pressebureau	29 000	—	12 000	—
„Partei-Korrespondenz"	42 827	69	24 328	72
Soz. Bur. f. Rheinl.-Westf.	38 000	—	24 500	—
Archiv	10 726	06	11 111	06
Bildungsausschuß	51 674	50	53 262	50
Pressezuschüsse	68 061	91	32 590	50
Wahlagitation	143 503	—	17 798	35
Prozeß- u. Gefängniskosten	3 697	96	4 714	19
Unterstützungen	6 764	42	5 862	35
Darlehnskonto	691 350	72	1 093 463	92
Gehälter und Verwaltung	155 160	24	169 669	78
Diverse	15 343	37	52 377	50
Gesamtausgabe	1 721 806	93	1 760 571	59
Dem Vermögen zugeführt	—	—	—	—
Bestand am Jahresschluß	103 907	90	75 916	03
Summa	1 825 714	88	1 836 487	62

Berlin, den 8. Juni 1915.

Revidiert und richtig befunden

Die Kontrollkommission.

W. Bock. Fr. Brühne. Eugen Ernst. Ad. Geck. F. Geyer. M. Hengsbach. H. Stubbe. J. Timm. Klara Zetkin.

Abschluß der Hauptkasse für die Zeit vom 1. April 1915 bis 31. März 1916

mit Zahlen des Vorjahres zum Vergleich.

Einnahme.	1914/15 Mark	Pf.	1915/16 Mark	Pf.
Beiträge: a) der Organisat.	496 857	86	269 254	25
„ b) sonstige	3 947	20	9 942	55
„Vorwärts"-Ueberschuß	38 121	57	—	—
Buchhandlung Vorwärts	20 000	—	—	—
„Wahre Jacob", „Neue Zeit" und „Gleichheit"	77 000	—	21 000	—
Nord. Wasserkante u. X. Y. Z.	48 000	—	10 000	—
Darlehnskonto	716 008	71	15 009	33
Zinsen	43 070	80	34 782	42
Diverse	32 051	98	57 078	96
Gesamteinnahme	1 470 058	12	417 067	51
Dem Vermögen entnommen	262 521	60	356 673	07
Bestand am Jahresbeginn	103 907	90	75 916	03
Summa	1 836 487	62	849 656	61

Ausgabe.	1914/15 Mark	Pf.	1915/16 Mark	Pf.
Allgemeine Agitation	258 977	71	258 514	34
Parteischule	—	—	—	—
Pressebureau	12 000	—	18 000	—
„Partei-Korrespondenz"	24 328	72	17 859	18
Soz. Bur. f. Rheinl.-Westf.	24 500	—	21 000	—
Archiv	11 111	06	8 555	17
Bildungsausschuß	53 262	50	26 846	70
Pressezuschüsse	32 510	50	40 529	40
Wahlagitation	17 798	35	—	—
Prozeß- u. Gefängniskosten	4 714	19	3 862	90
Unterstützungen	5 862	35	3 821	—
Darlehnskonto	1 093 463	92	266 068	18
Gehälter und Verwaltung	169 669	78	114 952	—
Diverse	52 377	51	40 404	50
Gesamtausgabe	1 760 571	59	814 913	27
Dem Vermögen zugeführt	—	—	—	—
Bestand am Jahresschluß	75 916	03	34 743	34
Summa	1 836 487	62	849 656	61

Berlin, den 6. Juli 1916.

Revidiert und richtig befunden

Die Kontrollkommission.

W. Bock. F. Geyer. E. Ernst. J. Timm. H. Stubbe. Fr. Brühne. Ad. Geck. M. Hengsbach.

Abschluß der Hauptkasse für die Zeit vom 1. April 1916 bis 31. März 1917

mit Zahlen des Vorjahres zum Vergleich.

Einnahme.	1915/16 Mark	Pf.	1916/17 Mark	Pf.
Beiträge: a) der Organisat.	269 254	25	161 778	68
b) sonstige	9 942	05	12 158	25
„Vorwärts"-Ueberschuß	—	—	24 269	56
Buchhandlung Vorwärts	—	—	—	—
„Wahre Jacob", „Neue Zeit" und „Gleichheit"	21 000	—	—	—
Nord. Wahrheit u. X. J. J.	10 000	—	—	—
Darlehnskonto	15 009	33	325 260	61
Zinsen	34 782	42	45 550	85
Diverse	57 078	96	14 491	23
Gesamteinnahme	417 067	51	583 458	23
Dem Vermögen entnommen	356 673	07	375 065	68
Bestand am Jahresbeginn	75 916	03	84 743	84
Summa	849 656	61	993 267	25

Ausgabe.	1915/16 Mark	Pf.	1916/17 Mark	Pf.
Allgemeine Agitation (inkl. Jugd.-A. 12 218.46 Mk.)	253 514	34	279 907	42
Parteischule	—	—	63	45
Pressebureau	18 000	—	16 026	50
„Partei-Korrespondenz"	17 859	18	62 266	91
Soz. Bur. f. Rheinl.-Westf.	21 000	—	18 628	63
Archiv	8 555	17	8 950	27
Bildungsausschuß	28 846	70	20 606	90
Presseaufhilfe (Revision der Parteipresse)	40 529	40	28 911	85
Wahlagitation	—	—	8 654	80
Prozeß- u. Gefängniskosten	3 362	90	421	20
Unterstützungen	3 821	—	2 648	53
Darlehnskonto	266 068	13	427 262	99
Gehälter und Verwaltung	114 952	—	97 970	86
Diverse	40 404	50	8 997	38
Gesamtausgabe	814 913	27	976 296	99
Dem Vermögen zugeführt	—	—	—	—
Bestand am Jahresschluß	34 743	34	16 971	26
Summa	849 656	61	993 267	25

Berlin, den 26. Juli 1917.

Revidiert und richtig befunden

Die Kontrollkommission.

Fr. Brühne. Eugen Ernst. Kl. Hengsbach. H. Stubbe. J. Timm.

Bericht der Kontrollkommission.

I. Für das Tätigkeitsjahr 1913/14.

II. Für das Tätigkeitsjahr 1914/15.

Der nachfolgende erste Teil des Berichts sollte dem für 1914 in Würzburg beschlossenen Parteitag vorgelegt werden. Der Vorsitzende der Kontrollkommission, Genosse Bock, hatte gemeinsam mit der Genossin Zetkin den Bericht verfaßt, der in der Sitzung der Kontrollkommission vom 26. Juli 1914 mit einigen kleinen Aenderungen angenommen wurde.

Durch den Ausbruch des Weltkrieges konnte der Parteitag 1914 nicht stattfinden. Aus historischem Interesse halten wir es aber für richtig, diesen Bericht über das Tätigkeitsjahr 1913/14 wortgetreu zu bringen, wie er damals beschlossen war, weil inzwischen vier Mitglieder — Wilhelm Bock, Fritz Geyer, Klara Zetkin und Adolf Geck — aus der Kontrollkommission ausgeschieden sind. Der zweite Teil des Berichts für die Tätigkeitsjahre 1914/17 wird von den Mitgliedern Fritz Brühne, Eugen Ernst, Klemens Hengsbach, Heinrich Stubbe und Johannes Timm verantwortet.

I.

Die Kontrollkommission beschloß 1914, fortan gleich dem Parteivorstand dem Parteitag einen schriftlichen Bericht über ihre Tätigkeit vorzulegen. Die großartige Entwicklung der Partei und ihrer Institutionen lassen es geboten erscheinen, daß die Genossen ebenso wie zu dem Vorstandsbericht auch zu dem Bericht der Kontrollkommission bereits vor dem Parteitage Stellung nehmen können. Anlaß zu dem Beschluß gaben nicht etwa die Behauptungen der Gegner, daß die große sozialdemokratische Partei in sich verknöchere und bereits die Merkmale einer sich entwickelnden Bureaukratie zeige. Anlaß war der Wunsch, durch die Veröffentlichung immer größeres Vertrauen für unsere Parteiinstitutionen zu erwerben. Nichts schädigt eine Partei mehr, als schleichendes Mißtrauen gegen ihre leitenden Instanzen und nichts fördert sie mehr, als wenn die Parteiangehörigen von dem Bewußtsein erfüllt sind, daß die von ihnen selbst eingesetzten Verwaltungskörperschaften ihren Aufgaben in allem gerecht werden. Es war und ist ein Vorzug der sozialdemokratischen Partei, daß sie nicht nur ihre theoretischen, ihre prinzipiellen und taktischen Meinungsverschiedenheiten vor aller Oeffentlichkeit austrägt, sondern daß sie auch ihre Verwaltungstätigkeit nicht vor der Oeffentlichkeit zu verbergen braucht. Die sozialdemokratische Partei war und ist immer eifrig bemüht, ihre Organisation und Einrichtungen auf breitester demokratischer Grundlage aufzubauen. Das kommt auch darin zum Ausdruck, daß der Parteivorstand alljährlich der Wahl unterliegt, und daß alle Parteiinstitute durch eine unabhängige Kontrollkommission revidiert werden, die ebenfalls jedes Jahr neu gewählt wird.

Die Kontrollkommission revidiert den Hauptkassierer, das Pressebureau, den Bildungsausschuß, die Parteischule, das Zentralorgan der Partei, die

Buchhandlung Vorwärts und die in diesem Verlage erscheinenden Zeitschriften, die Jugendzentrale und die übrigen zentralen Parteigeschäfte in Berlin. Das rheinisch-westfälische Pressebureau und das Stuttgarter Parteigeschäft werden in der Regel durch je drei Mitglieder der Kontrollkommission revidiert. Bei allen Revisionen haben sich nur ganz geringfügige Monitas ergeben, die in zufriedenstellender Weise geregelt worden sind.

Unser Kassenwesen mußte entsprechend der strafferen Organisation der Partei, um deren zunehmender Größe vereinfacht, klar gegliedert und übersichtlich gestaltet werden. In den Bemühungen zu dieser Umwandlung fand sich der Parteivorstand mit der Kontrollkommission zusammen. Wir können ohne Uebertreibung sagen, daß die sozialdemokratische Partei eine trefflich geordnete und funktionierende Kassenführung besitzt.

Die Gewährung von Darlehen gab wiederholt Veranlassung zu einem Meinungsaustausch zwischen Parteivorstand und Kontrollkommission. Unsere Körperschaft vermochte nicht immer die Beschlüsse des Parteivorstandes gutzuheißen, namentlich dann nicht, wenn es sich um große Darlehen an ausländische Organisationen handelte.

Die Kontrollkommission hatte bei ihren Revisionen eine bedauerliche Erscheinung festgestellt. Manche Funktionäre lieferten dem Pressebureau usw. nur als bezahlte Beiträge, was sie kraft ihres Amtes hätten unentgeltlich mitteilen müssen. Der Parteivorstand war mit der Kontrollkommission der einmütigen Auffassung, daß solche Gepflogenheiten nicht überhand nehmen dürften und verpflichteten sich, in den maßgebenden Instanzen die Angelegenheit zur Sprache zu bringen und zu regeln.

Die Kontrollkommission hatte im letzten Tätigkeitsjahre die folgenden Beschwerden zu erledigen:

Der Ortsverein Stettin beschwerte sich gegen den Parteivorstand wegen eines Entscheides, den Ausschluß des Mitgliedes Hannack betreffend. Hannack hatte sich geweigert, den Maifeierbeitrag zu zahlen, weil er angeblich am 1. Mai eine kleine Arbeit zu verrichten hatte. Ein eingesetztes Schiedsgericht erteilte Hannack eine Rüge. Als Hannack sich ein Jahr darauf wieder weigerte, den Maifeierbeitrag zu zahlen, wurde er vom Ortsverein Stettin ausgeschlossen. Die Abholung der Beiträge, die in Stettin eingeführt ist, wurde bei Hannack eingestellt. Der Parteivorstand hatte entschieden, daß der Ortsverein Stettin Hannack in der Mitgliederliste weiterzuführen habe, wenn er die restierenden Parteibeiträge nachzahle. Wegen der Nichtabführung der Maifeierbeiträge müsse ein schiedsgerichtliches Verfahren eingeleitet werden. Die Kontrollkommission bestätigte den Beschluß des Parteivorstandes.

Genosse Duncker-Hamborn beschwerte sich gegen eine Rüge, die ihm von der Filialleitung erteilt worden war. Die Kontrollkommission trat dem Beschluß des Parteivorstandes bei, daß die Sitzung der Filialleitung keine Untersuchungskommission sei, wie sie nach dem Organisationsstatut für Fälle wie den vorliegenden in Betracht komme.

Genosse Löwenstein-Barmen reichte eine Beschwerde ein, deren Ausgangspunkt die Veröffentlichung eines Artikels in der „Neuen Zeit" über Abzahlungsgeschäfte war. Seiner Auffassung nach war der Artikel einseitig und verallgemeinerte die bei einer Anzahl Geschäfte gebräuchlichen unreellen Gepflogenheiten. Die Redaktion der „Neuen Zeit" hatte es abgelehnt, einen Gegenartikel des Genossen Löwenstein zu veröffentlichen. Der Parteivorstand hatte das gebilligt. Es wurde beschlossen, die Redaktion aufzufordern, eine kurze Erklärung zu veröffentlichen, in der die Meinung des Genossen Löwenstein über den nicht ganz zutreffenden Inhalt des Artikels zum Ausdruck kommen solle.

Die Kontrollkommission hatte sich des weiteren mit einer Beschwerde des Genossen Mehring gegen den Parteivorstand zu beschäftigen. Sie richtete sich gegen die beschlossene Aufhebung der selbständigen Feuilleton-Beilage der „Neuen Zeit". Bei der großen Bedeutung, die der „Neuen Zeit" als dem wissenschaftlichen Organ der Sozialdemokratie zukommt, hielt sich die Kontrollkommission für verpflichtet, die Beschwerde und den ihr zugrunde liegenden weitschichtigen Sachverhalt mit besonderer Gründlichkeit zu prüfen. Sie hörte darüber den Parteivorstand, den Genossen Dietz als langjährigen Verleger der „Neuen Zeit", die Genossen Mehring, Kautsky und Wurm als Redakteure. Sie stellte des weiteren die Gründe fest, die 1907 dazu geführt hatten, die Feuilletonbeilage unter der selbständigen Redaktion des Genossen Mehring einzurichten. Den äußeren und letzten Anstoß zu der vom Parteivorstand beschlossenen Aufhebung der Feuilletonbeilage bildete das Verlangen der Redaktion an den Parteivorstand, eine Regelung der Verhältnisse in der Weise herbeizuführen, daß Genosse Mehring verpflichtet werden sollte: 1. im Feuilletonteil keine geschichtlichen Werke zu besprechen bzw. keine parteigeschichtlichen Abhandlungen zu veröffentlichen; 2. das Feuilleton vor dem Erscheinen dem Genossen Kautsky als dem Chefredakteur der „Neuen Zeit" vorzulegen. Die sich wiederholenden und verbitternden Polemiken zwischen dem Genossen Mehring hüben, den Genossen Kautsky und Rjasanoff drüben, hatten auch ohnedies dem Parteivorstand eine Neuordnung der Redaktionsverhältnisse als wünschenswert erscheinen lassen. Er besprach die Angelegenheit mit Genossen Dietz, der eine Reform der „Neuen Zeit" für dringend notwendig hielt und darum in erster Linie die Verwandlung der „Neuen Zeit" in ein vierteljährlich erscheinendes wirklich wissenschaftliches Organ befürwortete, in zweiter Linie aber die Aufhebung der Feuilletonbeilage. Der Parteivorstand hatte sich dem letzteren Vorschlag des Genossen Dietz angeschlossen und die entsprechende Entscheidung getroffen.

Der Parteivorstand berief sich für seinen Beschluß vornehmlich auf die folgenden Gründe: Die ganze „Neue Zeit", Hauptblatt und Feuilleton, müßten einer einheitlichen Leitung unterstehen, weil die seitherige, selbständige Redaktion der Feuilletonbeilage zu Zwiespältigkeiten und Gegensätzen geführt habe. Durch die Erfahrung sei gezeigt worden, daß die Genossen Kautsky und Mehring nicht als selbständige Redakteure in guter Kameradschaft zusammenzuarbeiten verstünden. Wie die Dinge sich entwickelt hätten, sei ein Wandel zum Besseren nur möglich, wenn die Feuilletonbeilage aufgehoben werde. Eine Beeinträchtigung der wissenschaftlichen und publizistischen Bewegungsfreiheit des Genossen Mehring sei dabei nicht beabsichtigt. Alle Beiträge, die dieser bis jetzt für das Feuilleton geschrieben habe, sollten künftig im Hauptblatt erscheinen und würden dessen Inhalt erheblich reicher und wertvoller machen. Die vorgesehene Aufhebung der Feuilletonbeilage werde auch die nachgerade unerträglich gewordenen Dubletten verhindern, d. h. die doppelte Behandlung derselben Gegenstände.

Die Kontrollkommission sah sich außerstande, der vom Parteivorstand entwickelten Auffassung beizupflichten. Sie war der Meinung, daß die Gestaltung der „Neuen Zeit" nicht unter dem Eindruck des persönlichen Gegensatzes zwischen den Genossen Mehring und Kautsky vorgenommen werden dürfe, so breit und unangenehm er sich auch in den Vordergrund schieben möge. Maßgebend dafür müßte nach ihr der Hinblick auf den sachlichen Gehalt und Wert der „Neuen Zeit" sein, als dem wissenschaftlichen Organ der Partei, das orientierend, anregend und führend alle Gebiete des geistigen Lebens mit dem Lichte der materialistischen Geschichtsauffassung erhellen müsse. Der Rücksicht auf diese Aufgabe hätten sich die

Genossen Kautsky und Mehring gleicherweise unterzuordnen. Gerade unter Würdigung der hervorgehobenen Aufgaben der „Neuen Zeit" auf dem Gebiete der Literatur, der Kunst, der Philosophie usw. war 1907 das Feuilleton in seiner jetzigen Gestaltung geschaffen und die Leitung dem Genossen Mehring anvertraut worden. Die Kontrollkommission hielt es für möglich, dem Streite so gut wie vollständig vorzubeugen durch eine bessere Regelung des Redaktionsbetriebes und die Festsetzung bestimmter Normen über die rechtzeitige gegenseitige Verständigung der beiden Redakteure. In einer solchen Regelung erblickte die Kontrollkommission überhaupt den Weg zu einem erträglichen Verhältnis zwischen den Genossen Mehring und Kautsky und zu ihrem gedeihlichen Zusammenarbeiten in der „Neuen Zeit". Den festzusetzenden Normen hätten sich beide Genossen um des Parteiinteresses willen zu fügen. Die Kontrollkommission faßte das Ergebnis ihrer reiflichen Erörterung der Sache in diesem Beschluß zusammen:

„Die Kontrollkommission hält die Aufhebung der Feuilletonbeilage der „Neuen Zeit" durch den Parteivorstand sachlich für ungerechtfertigt. Die Kontrollkommission ging bei ihrer Entscheidung von der Ueberzeugung aus, daß die Gründe noch heute fortbestehen, welche 1907 zur Herausgabe der Feuilletonbeilage in ihrer bisherigen Gestalt und unter der bisherigen Leitung führten. Der Konflikt zwischen den Genossen Mehring und Kautsky kann nicht als stichhaltig für den Beschluß des Parteivorstandes anerkannt werden."

Diese Entscheidung der Kontrollkommission hatte ein Nachspiel in der Presse. Ehe unsere Körperschaft selbst ihre Entscheidung veröffentlicht hatte, polemisierte die Redaktion der „Neuen Zeit" in Nr. 18 vom 30. Januar 1914 gegen den Beschluß, ohne ihn auch nur in seinem vollen Wortlaut ihren Lesern mitzuteilen. Sie bemängelte insbesondere, daß die Kontrollkommission keinen anderen Weg zur Lösung des Konflikts in der Redaktion der „Neuen Zeit" gewiesen habe. Als Vorsitzender der Kontrollkommission stellte Genosse Bock darauf in Nr. 30 des „Vorwärts" vom 31. Januar fest, daß unsere Körperschaft nur berufen worden war, über die Beschwerde des Genossen Mehring zu entscheiden, nicht aber dazu, an der Aufgabe mitzuarbeiten, die Redaktionsverhältnisse in der „Neuen Zeit" zu regeln. Die Redaktion der „Neuen Zeit" antwortete darauf am nächsten Tage im „Vorwärts", daß die Geheimhaltung der Entscheidung — die von niemand gefordert worden war — einer demokratischen Partei nicht entspreche, und daß die Redaktion angesichts der Erörterungen in der Tagespresse den Leserkreis der „Neuen Zeit" informieren mußte. Womit nicht erklärt war, weshalb sie trotz ihres eigenen Standpunktes den vollen Wortlaut unserer Entscheidung doch „geheim" gelassen hatte.

Da die Kontrollkommission keine verwaltende Körperschaft ist und keine Vollzugsbefugnisse hat, konnte ihre Entscheidung die Aufhebung der Feuilletonbeilage mitten im Jahrgang leider nicht aufhalten. Mit dem 1. Januar 1914 wurde die unter der Redaktion des Genossen Mehring stehende Feuilletonbeilage aufgehoben.

Die Kontrollkommission hat sich statutengemäß mit dem ganzen Tätigkeitsgebiet des Parteivorstandes beschäftigt. Das geschah namentlich auch in den gemeinsamen Sitzungen mit diesem. Solche Sitzungen sind zwar nicht statutarisch festgelegt, haben sich aber sehr gut bewährt. In den gemeinschaftlichen Sitzungen wurden alle wichtigen Vorkommnisse unseres Parteilebens einer offenen und gründlichen Aussprache unterzogen. So gab z. B. die Kontrollkommission einmütig ihrer Ueberzeugung Ausdruck, daß der Vorstoß für die Arbeitslosenhilfe und zur Sicherung des Koalitionsrechts nicht kraftvoll und einheitlich genug gewesen sei und daß insbesondere ein Teil der

Parteipresse und noch mehr die Gewerkschaftspresse nicht energisch und rechtzeitig genug eingegriffen habe. Auch das Zentralorgan der Partei, der „Vorwärts", habe in dieser Beziehung zu wünschen übrig gelassen. Der Parteivorstand pflichtete der Ansicht der Kontrollkommission bei. Soweit es sich um die Arbeitslosenfrage handelte, wurde als teilweiser Erklärungsgrund für die Lauheit der Bewegung angeführt, daß die Arbeitslosigkeit nicht gleichmäßig in allen Industriezentren aufgetreten sei. Als Fehler wurde anerkannt, daß der Parteiausschuß die Versammlungen gegen die Verschlechterung des Koalitionsrechts nur auf die großen Städte beschränkt habe. Man war sich einig darin, daß in der Presse die Frage der Koalitionsfreiheit sehr in den Vordergrund geschoben werden müsse, denn der deutschen Arbeiterklasse stünden die schwersten Kämpfe für dieses elementare Recht bevor. Weiter gaben z. B. Anfragen der Kontrollkommission Anlaß zu Erörterungen über die letzten Stadtverordnetenwahlen in Karlsruhe, über die Nachwahl in Stendal, wo der Kandidat der liberalen Bauernbündler, Wachhorst de Wente, für Zölle auf Lebensmittel eingetreten ist und bei der Stichwahl trotzdem die geschlossene Unterstützung der Parteiorganisation des Bezirks erhalten hat usw. Es versteht sich auch, daß die durch den Krieg zwischen Oesterreich und Serbien geschaffene ernste Situation Gegenstand einer ausgiebigen gemeinsamen Aussprache gewesen ist. Stellt doch diese Situation alle Körperschaften und Beauftragte der Partei vor die schwersten verantwortungsvollsten Aufgaben. Die Auffassung des Parteivorstandes und der Kontrollkommission über die Lage und ihre Verpflichtung für die deutsche Sozialdemokratie war völlig übereinstimmend.

Es liegt in der Natur der Sache, daß bei den Aussprachen über die Entwicklung der Parteiinstitutionen, über Erscheinungen innerhalb der Arbeiterbewegung und Aktionen der Sozialdemokratie, kurz, über das ganze reiche Leben der Partei auch Meinungsverschiedenheiten sich geltend machen. Ebenso liegt es in der Natur der Sache, daß die Kontrollkommission nicht immer imstande ist, die Beschlüsse des Parteivorstandes zu billigen. Aber bei dem Austrag der Meinungsverschiedenheiten jeder Art finden sich beide Körperschaften in dem Bestreben zusammen, das Beste für die Partei zu wollen. Ihre Auseinandersetzungen sind von festem gegenseitigen Vertrauen und kameradschaftlicher Gesinnung getragen, der Grundlage eines demokratischen, eines brüderlich-sozialistischen Zusammenwirkens, wie sie all die Jahre über trotz mancher lebhaften Erörterung bestanden hat und besteht. Die sich immer schärfer zuspitzenden Klassenkämpfe, ganz besonders in der jetzigen Zeit, fordern mehr als je von den Mitgliedern beider Körperschaften ebenso die Selbständigkeit des Urteils und die Freiheit der Kritik wie ein freundschaftliches vertrauensvolles Zusammenarbeiten.

II.

Ueber die Tätigkeit der Kontrollkommission in den Jahren 1914—1917 ist folgendes zu berichten:

Unser alter Genosse Adolf Hepner, der viele Jahre in Amerika lebte, hatte dem Parteivorstand im August 1914 den Vorschlag unterbreitet, daß dieser an die Nationalexekutive der nordamerikanischen Partei in Chicago folgendes Telegramm richten soll: „Wir erwarten, daß die amerikanischen Sozialisten auf die englischen Genossen sofort energisch einwirken, gegen die ungerechte Kriegserklärung der britischen Regierung kräftig zu demonstrieren." Der Parteivorstand lehnte den Vorschlag ab, da er sich keinen großen Erfolg versprach und da zur Zeit des Krieges die Absendung eines solchen Telegrammes

unmöglich sei. Auf Beschwerde des Genossen Hepner trat die Kontrollkommission der Ansicht des Parteivorstandes bei.

Am 14. Oktober 1914 erhob Westmeyer-Stuttgart eine Beschwerde gegen den Genossen Scheidemann, weil dieser auf einer Konferenz der Parteiredakteure einige Bemerkungen über die Stuttgarter Parteiverhältnisse machte. Diese Bemerkungen waren einem Briefe entnommen, der eine Versammlung der Vertrauensleute Stuttgarts schilderte. Westmeyer verlangte von der Kontrollkommission, sie sollte den Parteivorstand veranlassen, den Brief ungekürzt zu veröffentlichen und den Namen des Briefschreibers zu nennen. Die Kontrollkommission konnte sich mit der Angelegenheit schon aus dem Grunde nicht befassen, weil der Antrag vorher nicht an den Parteivorstand gestellt war, dieser also noch keinen Beschluß gefaßt hatte.

In der Sitzung vom 1. Februar 1915 hatte sich die Kontrollkommission mit einem Konflikt zwischen dem Parteivorstand und den Genossen Martin und Staudt in Mülhausen zu beschäftigen. Nach langen Verhandlungen zwischen Parteivorstand, Preßkommission der „Mülhauser Volkszeitung" und den Gesellschaftern des dortigen Parteigeschäftes war am 15. Dezember 1914 der Beschluß gefaßt, die „Volkszeitung" wieder erscheinen zu lassen. Als alles vorbereitet war, schrieben die Genossen Martin, Staudt und die Preßkommission an den Parteivorstand, daß sie gegen das Wiedererscheinen Bedenken hätten, da bei den eigenartigen Verhältnissen im Bezirk Mülhausen die Herausgabe des Blattes doch nur möglich sei, wenn es seinen sozialdemokratischen Charakter völlig verleugne. Der Redakteur Martin und der Expedient Staudt verlangten, ihnen in angemessener Form zu kündigen und sie während der Kündigungszeit von allen ihren Arbeiten und Verpflichtungen zu entbinden. Der Parteivorstand war der Auffassung, daß wenigstens der Versuch gemacht werden müsse, den Mülhauser Arbeitern ein sozialdemokratisches Blatt zu erhalten. Freilich beständen in diesem Grenzgebiet für Redaktion und Verlag ernste Schwierigkeiten und auch Gefahren. Das könne die Partei aber nicht schrecken. Da der Parteivorstand seit Ausbruch des Krieges, als das Erscheinen des Blattes dort eingestellt werden mußte, die Gehälter weitergezahlt habe, erwarte er jetzt die sofortige Aufnahme der Tätigkeit von allen Angestellten. Dagegen erhoben Martin und Staudt Beschwerde bei der Kontrollkommission. Ein Versuch, die Genossen zum Ausharren auf ihren Posten zu bewegen, scheiterte. Die Gegensätze spitzten sich vielmehr immer schärfer zu, so daß die Genossen Martin und Staudt u. a. beim Erscheinen des Blattes sogar eine Agitation gegen das Parteiblatt entfalteten. Die Beschwerde von Martin und Staudt wurde von der Kontrollkommission als unbegründet abgewiesen.

Zu langwierigen Verhandlungen führte der bekannte Parteikonflikt in Stuttgart, der schon lange vor Ausbruch des Krieges bestanden hatte. Nach Ausbruch des Krieges war die politische Haltung der „Schwäbischen Tagwacht" Gegenstand heftiger Auseinandersetzungen der beiden in der Stuttgarter Partei bestehenden Strömungen. Die „Schwäbische Tagwacht" ist laut Statut Organ der württembergischen Landesorganisation. Diese glaubte im Parteiinteresse eine Aenderung der Redaktionsverhältnisse vornehmen zu müssen und setzte am 6. November 1914 den Abgeordneten Keil als Chefredakteur des Blattes ein. Dagegen protestierte die Redaktion und der Stuttgarter Parteiverein. Der angerufene Parteivorstand billigte das Vorgehen des Landesvorstandes nicht und versuchte, eine Verständigung herbeizuführen. Der Landesvorstand hielt aber daran fest, daß seine Maßnahmen im Interesse der Gesamtpartei dringend notwendig wären. Der einberufene Landesausschuß, die höchste Parteiinstanz Württembergs, trat mit Mehrheit auf die Seite des Landesvorstandes. Ehe noch der Parteivorstand Einigungsverhandlungen einleiten konnte, hatte der

Stuttgarter Verein aber den Boykott der „Schwäbischen Tagwacht" und die Gründung eines Konkurrenzblattes gegen die „Schwäbische Tagwacht" beschlossen. Aus der Vereinskasse wurden für diesen Zweck 1000 Mark bewilligt. Infolge dieses Beschlusses brachen innerhalb des Vereins heftige Streitigkeiten aus, da viele Mitglieder mit der Verwendung der Gelder für diesen Zweck nicht einverstanden waren. Da der Stuttgarter Verein trotz vieler Mahnungen keine Gelder an den Kreis- bzw. Landesvorstand abtieferte, rechneten einzelne Bezirke ihre Beiträge nunmehr direkt mit dem Kreisverein ab. Die Einzelmitglieder und Bezirke, die Marken des Kreisvereins klebten, wurden in den Stuttgarter Versammlungen nicht mehr zugelassen. Eine Revision der Stuttgarter Kasse wurde dem Kreisvorstand unter nichtigen Ausflüchten unmöglich gemacht, worauf am 4. Februar 1915 in einer von zirka 1400 Mitgliedern besuchten Versammlung des Vereins beschlossen wurde, einen Parteiverein für Stuttgart zu gründen, der seine Beiträge rechtmäßig mit dem Kreis- bzw. Landesvorstand abzurechnen gewillt war. Der Parteivorstand mußte diesem Verein statutengemäß die Anerkennung als Parteiverein versagen. Der frühere Verein gab inzwischen Schuldscheine aus, um die Herausgabe einer Tageszeitung zu ermöglichen. Er wandte sich auch an alle Vereine Württembergs, das von ihm herausgegebene Mitteilungsblatt „Sozialdemokrat" zu abonnieren, als Notbehelf für eine radikale Tageszeitung. Am 10. Februar 1915 beschloß dieser Verein auch, entgegen allen Bestimmungen, eine Landeskonferenz für Württemberg einzuberufen. Die Konferenz tagte am 21. Februar 1915 in Stuttgart; in der Einladung war aufgefordert, „zuverlässige Genossen mitzubringen". Der Parteivorstand schrieb an alle am Streit Beteiligten, daß die Verhandlungen über die Differenzen in den nächsten Tagen beginnen und daß sich alle solange gedulden sollen. Trotzdem wählte die statutenwidrig einberufene Landeskonferenz eine sogenannte Landeskommission, die sich dann an alle Organisationen Württembergs wandte, um den Kampf gegen den alten Landesvorstand erfolgreich führen zu können. Dazwischen versuchte der Parteivorstand noch immer, aber vergeblich, eine Einigung beider Richtungen herbeizuführen. Einen Einigungsvorschlag des Parteivorstandes lehnte der frühere, unter Leitung Westmeyers stehende Verein glatt ab, während der neue Verein diesem Vorschlag zustimmte. Daraufhin veröffentlichte der Parteivorstand nach eingehender Prüfung der Stuttgarter Kassenverhältnisse eine Erklärung, in der es heißt: „Der Vorstand des alten Ortsvereins Stuttgart hat, wie durch Revision vom 27. Februar 1915 festgestellt worden ist, die für die Kreisorganisation eingezogenen Beiträge zu einem erheblichen Teile statutenwidrig verwandt. Der Kreisvorstand war daher berechtigt und verpflichtet, Maßnahmen zu treffen, um den in Stuttgart wohnenden Mitgliedern, die ihre Beiträge der statutenwidrigen Verwendung durch die Ortsvereinsleitung entziehen und sie der Kreisorganisation zuführen wollen, dieses zu ermöglichen." Für Stuttgart wurde dann eine neue Ortsleitung gewählt, die nunmehr rechtmäßig die Parteiorganisation Stuttgart vertrat.

Gegen die statutenwidrig gewählte Landeskommission veröffentlichte der Parteivorstand am 27. März 1915 eine Erklärung, deren entscheidender Teil lautete: „Die neue Landeskommission und die von ihr vertretene Organisation widerspricht dem Organisationsstatut der Partei. Parteiorganisationen und Parteigenossen, die sich von dem Landesvorstand der Sozialdemokratie Württembergs loslösen und der neuen Landesorganisation anschließen, scheiden damit aus der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands aus. Wir warnen daher die Parteigenossen, die Wert darauf legen, der Gesamtpartei anzugehören, das parteizerrüttende Vorgehen der neuen Landeskommission zu unterstützen." Damit war eine klare, unzweideutige Entscheidung getroffen. Am 8. April 1915

beschäftigte sich der Parteiausschuß mit der Angelegenheit und hieß mit allen gegen eine Stimme das Vorgehen des Parteivorstandes gegen die Sonderorganisation Stuttgarts gut.

Inzwischen brach derselbe Streit in Göppingen aus. Der Verein Göppingen schloß sich der neuen Landeskommission an und trat damit aus der Organisation der Gesamtpartei aus. Der Parteivorstand wies den Geschäftsführer der „Freien Volkszeitung" in Göppingen an, von dieser Sonderorganisation in Zukunft keine Inserate oder redaktionellen Hinweise zu veröffentlichen. Hiergegen erhob der Verein Beschwerde an die Kontrollkommission. Ebenso erhob der unter Leitung Westmeyers stehende Stuttgarter Verein gegen die Maßnahmen des Parteivorstandes Beschwerde. Da beide Beschwerden sich in gleicher Richtung bewegten, wurden sie von der Kontrollkommission gemeinsam behandelt. Die ersten Sitzungen fanden am 27., 28. und 29. Juli 1915 in Stuttgart statt. Die Mitglieder der Kontrollkommission versuchten eine Verständigung der beiden Richtungen herbeizuführen, um eine endgültige Spaltung der Stuttgarter Genossen zu verhindern. So wurde der Vorschlag gemacht, daß der Vorstand aus beiden Richtungen zusammengesetzt werden solle. Dieser Vorschlag wurde von dem neuen Verein angenommen, dagegen von dem unter Leitung von Westmeyer stehenden Verein abgelehnt. Trotzdem hatte am Schlusse der Verhandlungen die Kontrollkommission die Hoffnung gewonnen, daß sich ungeachtet aller Schwierigkeiten vielleicht doch noch eine Verständigung erzielen ließe. Sie machte deshalb den beiden Vereinen folgenden Vorschlag: „Aus den Verhandlungen über Ihre Beschwerde gegen den Parteivorstand haben wir die Ueberzeugung gewonnen, daß Sie die Bedingungen für eine Einigung — Bedingungen, die bisher die Einigung verhindert haben, — nicht mehr in allen Punkten aufrechterhalten und sonach zu neuen Einigungsverhandlungen die Möglichkeit bieten wollen. Wir haben daher beschlossen, die Entscheidung über Ihre Beschwerde vorläufig auszusetzen, und stellen Ihnen anheim, den Parteivorstand um die Einleitung neuer Verhandlungen zur Herbeiführung einer Verständigung zu ersuchen."

Auf dieses Schreiben gaben die Leiter der Stuttgarter und Göppinger Vereine zunächst keine Antwort. Auf nochmalige Aufforderung teilte der unter Leitung Westmeyer stehende Stuttgarter Verein mit, daß er es ablehne, bei dem Parteivorstand neue Einigungsverhandlungen zu beantragen. Die Kontrollkommission war nunmehr veranlaßt, über die erhobenen Beschwerden zu entscheiden. In den am 22. und 23. November 1915 in Frankfurt a. M. stattgefundenen Sitzungen wurden nach eingehender Verhandlung folgende Beschlüsse gefaßt:

1. Die Beschwerde des Ortsvereins Stuttgart wird als unbegründet zurückgewiesen.

2. a) Die Beschwerden des Ortsvereins Göppingen — soweit sie mit dem Württemberg-Streitfall verbunden — wird ebenfalls als unbegründet zurückgewiesen.

b) Die Beschwerde gegen die Schreibweise des Redakteurs Rohrer gehört nicht zur Kompetenz der Kontrollkommission.

c) Bei der Abstimmung über das Verbot des Parteivorstandes, Berichte und Anzeigen des Vereins in die „Volkszeitung" aufzunehmen, kam es zu keinem Beschluß, da Stimmengleichheit eintrat.

Am 11. Dezember 1915 erhob die Berliner Preßkommission des „Vorwärts" gegen einen Beschluß des Parteivorstandes Beschwerde. In der „Neuen Zeit" vertrat Kautsky den Standpunkt, daß die Fraktionsminderheit unter den gegenwärtig bestehenden Verhältnissen das Recht haben müsse, im Parlament ihren von der Fraktionsmehrheit abweichenden Standpunkt zu vertreten. Dagegen

hatten sich die Genossen Braun und Markwald gewandt, die darin den Anfang der Fraktionsspaltung erblickten, die logischerweise die Spaltung der Partei nach sich ziehen würde. Die Redaktion des „Vorwärts" trat für die Auffassung Kautskys ein. Sie wollte unter der Ueberschrift „Politische Pflicht und Fraktionsdisziplin" einen Auszug aus dieser Polemik bringen und daran ihre persönliche Meinung knüpfen. Die Preßkommission des „Vorwärts" war damit einverstanden. Der Parteivorstand hielt diesen Auszug, der in Abzügen vorlag, für eine einseitige Darstellung zugunsten der Kautskyschen Auffassung. Er stimmte daher gegen die Veröffentlichung des Auszuges, machte aber als Eventualantrag den Vorschlag, die in Frage kommenden Artikel zur Information der Berliner Genossen unverkürzt abzudrucken. Die Preßkommission erblickte in diesem Vorgehen des Parteivorstandes ein völlig unberechtigtes Verlangen und damit eine Ueberschreitung seiner Befugnisse. Die Kontrollkommission faßte in ihrer Sitzung vom 25. Januar 1916 einstimmig folgenden Beschluß:

„In der Beschwerdesache der Preßkommission des „Vorwärts" gegen den Parteivorstand wegen der Entscheidung über die Aufnahme des Artikels „Politische Pflicht und Fraktionsdisziplin" kann die Kontrollkommission eine Ueberschreitung der Befugnisse des Parteivorstandes nicht erblicken. Der Parteivorstand, der die Einheit der Partei zu wahren hat, mußte die Ablehnung des Artikels verlangen.

Dagegen war das weitere Verlangen des Parteivorstandes, sämtliche in Frage stehenden Artikel der „Neuen Zeit" wörtlich abzudrucken, aus sachlichen und technischen Gründen unberechtigt."

Der Genosse Niebuhr hatte im März 1916 im Auftrage der Bezirksorganisation des Niederrheins beim Parteivorstand Beschwerde gegen die Haltung der „Parteikorrespondenz" erhoben. Nach der Auffassung des Bezirkes diene die „Parteikorrespondenz" einseitig der Begründung und Rechtfertigung der Mehrheitspolitik und gefährde damit die Parteieinheit. Der Parteivorstand lehnte die Beschwerde mit der Begründung ab, daß die „Parteikorrespondenz" das tatsächliche Material zur Beurteilung der Politik der Gesamtpartei bringen müsse, da der „Vorwärts", der als Zentralorgan die Genossen sachlich zu informieren hätte, diese Pflicht auf das gröblichste vernachlässige. Auf eingelegte Beschwerde gab die Kontrollkommission ihrer Meinung dahin Ausdruck:

„Die Kontrollkommission kann die Auffassung der Bezirksleitung des Niederrheins, daß die Haltung der „Parteikorrespondenz" einseitig sei und die Parteieinheit aufs ernsteste gefährde, nicht teilen.

Die Kontrollkommission kann deshalb nicht im Sinne des Antrages der Bezirksleitung wirken.

Insoweit die „Parteikorrespondenz" noch zu verbessern oder auszugestalten ist, wird die Kontrollkommission sich mit dem Parteivorstand ins Benehmen setzen."

Am 13. März 1916 erhob F. Seeger-Leipzig Beschwerde gegen den Parteivorstand wegen der Herausgabe der beiden Broschüren „Für die Einheit der Partei" und „Sozialdemokratie und nationale Verteidigung". Nach der Beschwerdeschrift bekämpfe der Parteivorstand durch die Herausgabe dieser Broschüren mit den Mitteln der Gesamtpartei die Ansicht eines Teiles der Parteimitglieder, überschreite somit seine Befugnisse und treibe Parteizerrüttung. Die Kontrollkommission beschloß: „Die Beschwerde ist als unbegründet zurückzuweisen."

In derselben Angelegenheit erhob auch der Sozialdemokratische Verein in Königsberg Protest, dem am 4. Mai 1916 derselbe Beschluß, wie oben, zugestellt wurde.

Eine weitere Beschwerde des Königsberger Vereins beschäftigte sich mit dem Ausscheiden des früheren Parteivorsitzenden Haase aus dem Parteivorstand. Nach der Beschwerde hätten die übrigen Mitglieder des Parteivorstandes in einer Sitzung vom 25. März 1916 erklärt, ihnen sei nach dem unkollegialen und parteischädigenden Vorgehen Haases in der Reichstagssitzung vom 24. März 1916 eine Arbeitsgemeinschaft mit ihm im Parteivorstand nicht mehr länger möglich, auch hätten sie auf Ersuchen Haases eine Bedenkzeit für seine Antwort abgelehnt. Der Parteivorstand habe damit seine Befugnisse überschritten und die ihm obliegenden Pflichten verletzt. Er habe Haase zur Niederlegung seines Amtes als Parteivorsitzender in unerlaubter Weise genötigt. Diese Amtsniederlegung sei daher eine rechtswidrig erzwungene und somit nicht rechtsgültig. Auch diese Beschwerde wurde von der Kontrollkommission als unbegründet zurückgewiesen.

Im April/Mai 1916 beschäftigte die Kontrollkommission in zwei langen Sitzungen die Angelegenheit des Redakteurs Meyer am „Vorwärts". Der Sachverhalt war folgender:

Der frühere Redakteur Meyer hatte in einem anonym erscheinenden Flugblatt u. a. folgende Aufforderung zur Beitragssperre verbreiten lassen: „Hört auf, Eure Parteigelder an diesen Parteivorstand abführen zu lassen. . . . Die Organisationen müssen sich entschließen, die Parteigelder dem Parteivorstand der Scheidemann und Ebert zu sperren. . . ." Meyer gab die Tatsache auf Befragen durch den Parteivorstand zu, meinte aber, da er das Flugblatt in seiner freien Zeit geschrieben habe, so sei das eine Privatarbeit, über die der Parteivorstand nicht zu entscheiden habe. Auf denselben Standpunkt stellte sich die Redaktion des „Vorwärts" und die Berliner Preßkommission. Der Parteivorstand war aber der Meinung, daß diese Stellungnahme Meyers unvereinbar sei mit den Pflichten, die er als Redakteur des Zentralorgans der Partei übernommen hatte. Er beschloß daher die Entlassung Meyers. Hiergegen legte die Preßkommission Beschwerde bei der Kontrollkommission ein. In der ersten Sitzung der Kontrollkommission am 21. April 1916 kam es zu keiner Beschlußfassung, da Meyer nicht geladen werden konnte, weil er sich außerhalb Berlins aufhielt, und von der Kontrollkommission die zwei Mitglieder Geck und Klara Zetkin fehlten. Die Verhandlung wurde deshalb vertagt. In der zweiten Sitzung am 4. Mai lagen der Kontrollkommission zwei Anträge vor. Der Antrag des Parteivorstandes lautete:

„Kann der Genosse Meyer, der Parteiorganisationen öffentlich schriftlich und mündlich auffordert, keine Beiträge an den Parteivorstand abzuführen, also die Desorganisation propagiert, der Redaktion des Zentralorgans der Partei angehören?"

Die Preßkommission stellte folgenden Antrag:

„Soll Genosse Meyer als Redakteur des „Vorwärts" entlassen werden, weil er im Flugblatt „Die Lehren des 24. März" die Beitragssperre an den Parteivorstand durch die Organisationen propagiert hat?"

Ueber beide Anträge wurde abgestimmt. Es wurden jedesmal 4 Stimmen dafür und 4 Stimmen dagegen abgegeben. Damit kam es zu keiner Entscheidung der Kontrollkommission.

Dieser Beschluß hatte ein Nachspiel. Der Parteivorstand hatte am 7. Mai 1916 im „Vorwärts" einen kurzen Bericht über die Verhandlung veröffentlicht, wobei er den Standpunkt einnahm, daß die Kontrollkommission durch ihre Abstimmung auf das ihr zustehende Mitbestimmungsrecht verzichtet hat. Ohne erst die übrigen Mitglieder der Kontrollkommission zu befragen, veröffentlichte der Vorsitzende der Kontrollkommission, W. Bock, am 10. Mai im „Vorwärts"

eine Erklärung, die zum Schluß lautet: „Beide Fragestellungen verneinte sie (die Kontrollkommission) mit Stimmengleichheit und hat dadurch die zwischen dem Parteivorstand und der Preßkommission entstandene Meinungsverschiedenheit, ob der Redakteur Meyer zu entlassen sei, in ablehnendem Sinne beantwortet. . ." Da diese Darstellung den Tatsachen nicht entsprach, erhoben 4 Mitglieder der Kontrollkommission in Nr. 132 des „Vorwärts" vom 14. Mai 1916 Protest dagegen.

In der Sitzung vom 4. Mai 1916 hatte die Kontrollkommission folgende Beschwerde des Parteivorstandes gegen die Redaktion und Preßkommission des „Vorwärts" zu verhandeln:

Die beiden Landtagsabgeordneten Braun und Ströbel führten im „Vorwärts" eine Polemik über den Parteistreit. In dem zweiten Artikel bezog sich Ströbel auf Dokumente, die Braun zu seiner besseren Information in der Redaktion einsehen könne. Außerdem stellte er noch Behauptungen auf, die nach Brauns Auffassung Gelegenheit boten, den Streit aus dem Dunstkreis allgemeiner Redensarten herauszubringen und auf das Anführen von Tatsachen zu heben, wodurch erst eine fruchtbringende sachliche Diskussion ermöglicht wäre. Aber gerade in dieser Situation schloß die Redaktion des „Vorwärts" die Debatte. Braun sandte dem „Vorwärts" einen dritten Artikel, den die Redaktion aber ablehnte. Braun veröffentlichte den Artikel darauf im „Hamburger Echo", reichte aber bei der Berliner Preßkommission eine Beschwerde ein. In ihrer Verhandlung lehnte die Preßkommission zunächst einen Antrag, den Artikel vorlesen zu lassen oder die Sitzung zu vertagen, bis zu ihrer Information eine genügende Anzahl von Exemplaren von dem „Hamburger Echo" beschafft waren, ab. Dann lehnte sie die Beschwerde Brauns und die Veröffentlichung der Artikel ab. Die Kontrollkommission beschloß:

„Die Kontrollkommission ist der Anschauung, daß keine sachlichen Gründe vorliegen, dem nachher (in Nr. 25) des „Hamburger Echo" erschienenen Artikel des Genossen Braun die Aufnahme im „Vorwärts" zu verweigern.

Es ist zu bedauern, daß die Berliner Preßkommission, ohne den Artikel zu prüfen, der Aufnahmeverweigerung beitrat."

Am 1. Juli 1916 teilte die Berliner Preßkommission der Kontrollkommission mit, daß sie ihre Beschwerde gegen den Parteivorstand, wegen der von ihm ausgeübten Zensur des „Vorwärts", zurückziehe. Es wurde der Preßkommission mitgeteilt, daß eine derartige Beschwerde gar nicht an die Kontrollkommission gelangt war.

Am 6. Juli 1916 verhandelte die Kontrollkommission über eine Beschwerde der Vertreter von Dresden, Königsberg, Halle und Leipzig gegen den Parteivorstand. Nach der Beschwerde habe der Parteivorstand seine Pflicht verletzt, als er dem Parteiausschuß die Vorgänge in der Fraktion (Trennung der Arbeitsgemeinschaft) zur Beurteilung unterbreitete. Die Entscheidung über den Fraktionsstreit stände nur dem Parteitag zu. Der Vorstand hätte aber in der Ausschußsitzung über einen Antrag abstimmen lassen, der das Vorgehen Haases und der Fraktionsminderheit verurteilte. Er habe in dem Parteistreit einseitig zugunsten der Mehrheit gewirkt. Auch habe der Vorstand in rechtswidriger Weise den Parteivorsitzenden Haase zur Niederlegung seines Amtes gedrängt, wie überhaupt zur Zerrüttung der Partei beigetragen. Die Antragsteller beantragten infolgedessen:

„Das gerügte Verhalten des Parteivorstandes und des Parteiausschusses verletzt unser Organisationsstatut und ist daher zu verurteilen. Die gerügten Beschlüsse sind rechtswidrig und für die Parteigenossen unverbindlich."

Die Kontrollkommission kam zu folgendem Beschluß:

„Die Beschwerde richtet sich gegen das Verhalten des Parteivorstandes gelegentlich der Tagung des Parteiausschusses vom 27. März mit der Verhandlung: „Vorgänge in der Reichstagsfraktion."

Die Kontrollkommission war einstimmig der Auffassung, daß dem Parteivorstand wegen seiner Behandlung des Falles Haase ein Vorwurf nicht zu machen ist.

Was den übrigen Teil der Beschwerde betrifft, der sich gegen die Beschlußfassung des Parteiausschusses über die Vorgänge innerhalb der Fraktion bezieht, hat die Kontrollkommission sich für Abweisung der Beschwerde entschieden."

Die nächste Sitzung am 4. und 5. Juli 1916 brachte ein unangenehmes Nachspiel, das sehr geeignet war, Zwiespalt zwischen Parteivorstand und Kontrollkommission zu bringen. In gemeinschaftlicher Aussprache über Parteiverhältnisse hatten sich vier Mitglieder der Kontrollkommission für die baldige Abhaltung eines Parteitages ausgesprochen, um dadurch vielleicht eine Beilegung des Parteistreites zu erzielen. Am 8. Juli war Rosa Luxemburg bereits in der Lage, eine entstellte Darstellung unserer Verhandlungen in Braunschweig zu geben, und die „Bremer Bürgerzeitung" forderte auf, kräftig gegen die Einberufung eines Parteitages Sturm zu laufen. Die Mitteilungen konnten nur von einem Mitgliede der Kontrollkommission gemacht sein. Bock, Geyer und Hengsbach verwahrten sich in der folgenden Sitzung gegen den Verdacht. Geck, der nicht anwesend war, wich in einer späteren Sitzung einer klaren Antwort aus.

Der § 15 des Organisationsstatuts bestimmt, daß die Kontrollkommission für ein vorzeitig ausscheidendes Mitglied des Parteivorstandes eine Ersatzwahl vorzunehmen hat. Nach der Amtsniederlegung des Vorsitzenden Haase beschloß jedoch die Kontrollkommission einstimmig, von einer Ersatzwahl abzusehen.

Am 17. Januar 1917 verhandelte die Kontrollkommission über eine Beschwerde des Leiters des Agitationsbezirks Frankfurt a. M. Es betraf die Verteilung des Maifonds. Der Parteivorstand hatte ein Guthaben des Wahlkreises Hanau-Bockenheim-Gelnhausen-Orb mit Beschlag belegt, weil der Wahlkreis ihm noch ein Darlehn von 4000 Mk. schuldete. Der Wahlkreis Höchst-Ulfingen beschwerte sich darüber, daß ihm die Mittel nicht gewährt werden, die er zur Agitation dringend bedürfe. Weiter war dem Bezirksvorstand am 7. Oktober 1916 nach längeren Verhandlungen vom Parteivorstand mitgeteilt, daß dem derzeitigen Bezirksvorstand ein weiterer Zuschuß nicht mehr gewährt werde. Zu gleicher Zeit verweigerte die Wahlkreisorganisation Frankfurt a. M. die Abführung des Pflichtbeitrages an die Bezirksorganisation. Der Parteivorstand hielt sich zu seiner Ablehnung berechtigt, da nach seiner Auffassung sich das Bezirkssekretariat fast ausschließlich in den Dienst des sonderbündlerischen Treibens der Arbeitsgemeinschaft stellte und Gelder für diesen Zweck verwandte. So sei in dem Streit über die „Frankfurter Volksstimme" von der Bezirksleitung ein Flugblatt verbreitet, daß zum Boykott des Parteiblattes aufforderte. Auf die Anfrage, wer das Flugblatt bezahlt habe, sei von der Bezirksleitung nie eine klare Antwort erteilt worden. Der Parteivorstand war deshalb zu der Auffassung gekommen, daß die derzeitige Bezirksleitung nicht die Gewähr biete, daß die bisher anstandslos bewilligten Mittel im Interesse der Partei verwandt würden.

Die Kontrollkommission faßte folgende Beschlüsse:

1. An den Wahlkreis Höchst-Ulfingen! Die Kontrollkommission ersucht den Parteivorstand, dem Wahlkreise Höchst-Ulfingen einen angemessenen Zuschuß zur Fortführung der Parteigeschäfte zu gewähren.

2. An den Wahlkreis Hanau-Gelnhausen! Durch die neuesten Erklärungen des Vertreters des Parteivorstandes hält die Kontrollkommission die finanzielle Angelegenheit für erledigt.

3. An den Bezirksvorstand Frankfurt a. M.! Der Parteivorstand wird ersucht, baldmöglichst neue Verhandlungen mit dem Bezirksvorstand, den Wahlkreisvorständen und dem Verlag der „Frankfurter Volksstimme" einzuleiten, um eine Einigung über die strittigen Fragen herbeizuführen. Ferner werden die Kreisvereine ersucht, ihren statutarischen Verpflichtungen gegenüber dem Parteivorstande, sowie dem Bezirksvorstand nachzukommen. Soweit zur Erledigung und Fortführung der Parteigeschäfte Zuschüsse erforderlich sind, wird der Parteivorstand ersucht, nach Prüfung der Notwendigkeit die Mittel zur Leitung der Organisationen zur Verfügung zu stellen.

An den bisher aufgeführten Verhandlungen hatten die Mitglieder Wilhelm Bock, Fritz Geyer und Adolf Geck mitgewirkt; Klara Zetkin war wegen Krankheit seit August 1915 entschuldigt. Aus diesem Grunde wurde die Entscheidung der Frage, ob sie noch der Kontrollkommission angehören könne, hinausgeschoben. Es war bekannt, daß sie seit Jahren ihre Beitragszahlung an die sozialdemokratische Partei eingestellt und der Sonderorganisation in Stuttgart angehört, die keine Beiträge an den Parteivorstand abführt. Bock und Geyer hatten sich im Reichstag von der Mehrheit getrennt und waren der Fraktion der Arbeitsgemeinschaft beigetreten. Adolf Geck war in Baden aus der sozialdemokratischen Fraktion des Landtages ausgetreten. Diese drei Mitglieder gehörten aber noch zur sozialdemokratischen Partei, zu der sie ihre Beiträge zahlten; ihre Sonderbestrebungen konnten daher nicht ausschlaggebend für ihre weitere Zugehörigkeit zur Kontrollkommission sein.

Als schließlich die Reichskonferenz der Partei am 21.—23. September 1916 in Berlin tagte, waren die erwähnten drei Mitglieder gegen jede Beschlußfassung auf dieser Konferenz. Das hinderte den Vorsitzenden der Kontrollkommission, Wilhelm Bock, indes nicht, an der Vorbereitung eines Reichssonderparteitages der Opposition mitzuarbeiten, der am 8. und 9. April 1917 in Gotha unter Vorsitz von Bock stattfand. Unter den dort gefaßten Beschlüssen war der bedeutungsvollste der, welcher die Gründung einer eigenen Partei bestimmte, die sich den Namen „Unabhängige sozialdemokratische Partei" beilegte. Bock und Geyer traten dieser neuen Partei als Mitglieder bei.

Nach Verständigung zwischen den übrigen Mitgliedern der Kontrollkommission wurde nun die Sitzung der Kontrollkommission für den 8. Mai 1917 an Stelle des bisherigen Vorsitzenden Bock von Fritz Brühne nach Berlin einberufen. Die bisherigen Mitglieder Bock und Geyer, beide weil sie zur „Unabhängigen sozialdemokratischen Partei" übergetreten waren, wurden nicht geladen; sie waren aus der sozialdemokratischen Partei ausgeschieden, ebenso Klara Zetkin, die, wie bereits erwähnt, seit einigen Jahren ihre Beitragszahlungen an die sozialdemokratische Partei eingestellt hatte.

In Uebereinstimmung mit den Beschlüssen des Parteivorstandes und des Parteiausschusses vom Januar 1917 beschloß die Kontrollkommission in der Sitzung vom 8. Mai 1917 mit fünf gegen eine Stimme, daß die genannten drei bisherigen Mitglieder aus den angeführten Gründen aus der Kontrollkommission ausgeschieden sind.

Als Vorsitzender der Kontrollkommission wurde für deren weitere Amtsdauer Fritz Brühne, Frankfurt a. M., bestimmt.

Durch die Presse war eine Notiz veröffentlicht, daß auch das Mitglied der Kontrollkommission A. Geck (Offenburg) sich der „Unabhängigen sozialdemokratischen Partei" angeschlossen habe.

Auf Anfrage hierüber teilte Geck in der Vormittagssitzung vom 8. Mai mit, daß er nach wie vor Mitglied der alten Organisation sei und auch an diese seine Beiträge bezahle. Die Pressenotiz entspräche also nicht den Tatsachen.

Diese Erklärung Gecks erschien den Mitgliedern der Kontrollkommission für seine weitere Tätigkeit in dieser Körperschaft für befriedigend. Dagegen erregte die Mitteilung Gecks, daß er von dem bisherigen Vorsitzenden Bock den Auftrag erhalten habe, das Protokollbuch der Kontrollkommission an den hierfür bestimmten Genossen nicht abzuliefern, sondern an Bock auszuhändigen, berechtigtes Erstaunen. Geck als Schriftführer erhielt den Auftrag, das Protokollbuch herbeizuschaffen. Geck versprach, diesen Auftrag am Nachmittag auszuführen.

Am Abend traf er sich mit dem Genossen Brühne in dem Hotel, in welchem beide wohnten. Nachdem beide miteinander geplaudert, legte Geck während einer kurzen Abwesenheit Brühnes auf dessen Zimmertisch einen Brief folgenden Inhalts:

Berlin, den 8. Mai 1917.

An den Vorsitzenden der Kontrollkommission der Sozialdemokratischen Partei,
Genossen Fritz Brühne, Hier.

Lieber Brühne! Dem mir erteilten Auftrag gemäß sprach ich heute nachmittag 4 Uhr mit dem bisherigen Vorsitzenden Wilhelm Bock über die Ablieferung des Kontrollkommissions-Protokollbuches. Bei diesem Anlaß erfuhr ich, daß ein Schreiben Bocks an meine Adresse abgegeben war, worin mir meine in Gotha erfolgte Wahl in die Kontrollkommission der Unabhängigen sozialdemokratischen Partei Deutschlands angezeigt worden ist. Dieses Schreiben kam nicht in meinen Besitz; auch die mir zu eröffnende Tatsache war mir bisher unbekannt. Ich bin also zur heutigen Sitzung der Kontrollkommission unter unrichtigen Voraussetzungen gekommen. Um also keinen Mißdeutungen ausgesetzt zu sein, nehme ich an der gegenwärtigen Sitzung der Kontrollkommission nicht weiter teil, was ich zur Kenntnis derselben bringe.

Mit sozialdemokratischem Gruß
gez. Adolf Geck.

Damit war auch das bisherige Mitglied Geck aus der Kontrollkommission der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands ausgeschieden.

Das von dem früheren Vorsitzenden Bock zurückgehaltene Protokollbuch wurde erst nach wiederholter Aufforderung am 20. Juli 1917 dem jetzigen Vorsitzenden Brühne ausgehändigt.

Zum Schluß sei noch bemerkt, daß die Kontrollkommission auch in den Tätigkeitsjahren 1914/17 alljährlich die Hauptkasse, Buchhandlung und Verlag des „Vorwärts" und die übrigen zentralen Parteigeschäfte und die ihnen angegliederten Betriebe revidierte. Zu wesentlichen Ausstellungen gaben die Revisionen keine Veranlassung. Vielmehr wurde stets alles in bester Ordnung befunden. Auch die Gesamttätigkeit des Parteivorstandes, die immer in gemeinsamen Sitzungen besprochen wurde, kann von uns nur gebilligt werden.

Bericht der Reichstagsfraktion.*)

1. Der 4. August 1914 und die Kreditbewilligung.

Die Gründe, die die sozialdemokratische Reichstagsfraktion veranlaßten, die Kriegskredite zu bewilligen, sind in der Reichskonferenz der Partei vom 21. bis 23. September 1916 eingehend erörtert worden. Unter Hinweis auf das Protokoll der Konferenz sollen hier nur die Hauptpunkte hervorgehoben werden.

Unsere Abstimmung vom 4. August 1914 war kein Votum für den Krieg. Der Krieg war da. Er war gegen unseren Willen und gegen unsere Bemühungen um die Erhaltung des Friedens gekommen. An der ehernen Tatsache des Krieges konnte unsere Abstimmung für oder gegen die Kredite nichts mehr ändern. Die feindlichen Heere bedrohten unser Land mit den Schrecknissen der Invasion. Im Osten setzte sich die furchtbare Kriegsmaschine des zarischen Rußlands, die mit den Milliarden der französischen Republik ausgebaut worden war, in Bewegung. Im Westen formierte sich die französische Millionenarmee als williges Werkzeug in der Hand von Politikern, die ihr Revanchezieł nun endlich mit Hilfe der russischen Dampfwalze und der weltmeerbeherrschenden Flotte Englands zu erreichen hofften.

Was tun? — Wir mußten uns wehren. Die einzige Rettung für unser von zwei Seiten so furchtbar bedrohtes Land lag in seinem festen Zusammenhalten. Innere Uneinigkeit bedeutete die Niederlage. Diese Erkenntnis setzte sich mit Macht durch. Das elementare Gefühl der Volkszusammengehörigkeit riß alle zueinander, um die gemeinsame Gefahr abzuwenden.

Wie überall, so mußte auch im Parlament alles geschehen, um die Niederlage des eigenen Landes zu verhüten. Hatten wir den Krieg nicht verhindern können, so mußten wir nun wenigstens den Sieg der feindlichen Mächte unmöglich machen. Nichts durfte geschehen, was die Pläne und Ziele der Gegner förderte. Die Ablehnung der Kredite hätte unzweifelhaft diese Wirkung gehabt.

Gewiß war diese plötzliche innerpolitische Umstellung für uns alle nicht leicht. Waren doch gerade in der Zeit vor dem Kriege Bestrebungen im Gange, das Koalitionsrecht der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter einzuschnüren und mit versteckten Ausnahmegesetzen das Fortschreiten der Arbeiterbewegung zu hemmen. Eine verschärfte Kampfstimmung zwischen Sozialdemokratie und den die Regierung stark beeinflussenden Scharfmachergruppen kennzeichnete die innerpolitische Situation. Daß die Sozialdemokratie trotzdem nicht zögerte, in jener Schicksalsstunde die innere Einheit herzustellen, war ein nationales Verdienst, das ihr kein chauvinistischer Hetzer mehr abstreiten soll. Ihr Handeln wurde allein bestimmt durch die zwingende Notwendigkeit, die Lebensinteressen des deutschen Volkes und insonderheit der deutschen Arbeiter zu schützen. Nicht der Regierung, dem deutschen Volke haben wir die Kredite bewilligt.

Die ganze Zukunft des deutschen Volkes stand auf dem Spiel. „Für Deutschland wäre, wenn es der Koalition der Westmächte mit dem zaristischen

---

*) Den vorliegenden schriftlichen Bericht der Reichstagsfraktion hat auf Ersuchen des Genossen David, des eigentlichen Berichterstatters der Fraktion an den Würzburger Parteitag, unter Zustimmung der Fraktionsvorstandes Genosse Heinrich Schulz verfaßt, da Genosse David durch die Arbeiten für die internationale Konferenz in Stockholm stark in Anspruch genommen war. Nur das erste Kapitel (Der 4. August 1914 und die Kreditbewilligung) entstammt der Feder des Genossen David.

Rußland unterläge, **seine ökonomisch-soziale wie kulturelle Entwickelung auf Jahrzehnte hin, wenn nicht auf ein Menschenalter unterbunden.** . . . . Unbeschadet unseres eigenen Urteils über die Einleitung des Krieges sind wir mit Parteien, die wir sonst auf das schärfste bekämpfen, darin einig, den siegreichen Ausgang des Krieges für Deutschland als eine Notwendigkeit zu empfinden und danach zu handeln."

So schrieb Ed. Bernstein am 25. August 1914. Nachdem hat sich die Koalition der gegen uns kriegführenden Mächte noch gewaltig vermehrt. Die Gefahr für unser Land wurde mit jedem neuen Gegner größer. Die auf die Zerstückelung und wirtschaftliche Erwürgung Deutschlands und seiner Verbündeten ausgehenden Kriegsziele der feindlichen Staatsmänner wurden vor aller Welt proklamiert. Fürwahr, wer am 4. August 1914 noch nicht sah, daß es sich für Deutschland in diesem Kampf um seine ganze Existenz handelte, dem mußte es durch die weitere Entwickelung klar werden. Wenn das deutsche Volk je einen Verteidigungskrieg geführt hat, so ist es dieses Ringen auf Leben und Tod mit einer Welt von Feinden.

Es gibt freilich Leute, die das Recht und die Pflicht der Landesverteidigung als „kapitalistische Verwirrungsphrase" grundsätzlich ablehnen. Aber wer die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung kennt, weiß, daß sie sich niemals auf den Standpunkt gestellt hat, daß die Schicksalsfragen der eigenen Nation sie nichts angehen. Marx, Engels, Lassalle haben die enge Verknüpfung der Arbeiterinteressen mit der nationalpolitischen Stellung und Gestaltung der deutschen Volksgemeinschaft scharf gesehen und klar ausgesprochen. Und wie sie haben alle übrigen großen Bahnbrecher unserer Bewegung, Wilhelm Liebknecht, Bebel, Auer usw., die Verpflichtung der Arbeiterschaft zur Verteidigung der nationalen Unabhängigkeit und der wirtschaftlichen Entwickelungsfreiheit des eigenen Landes anerkannt. Ihre zahlreichen dies bekräftigenden Aeußerungen in Parlament und Presse brauchen hier nicht wiederholt zu werden. Es genügt, darauf hinzuweisen, daß das Programm der Partei die Erziehung zur allgemeinen Wehrhaftigkeit und ein demokratisch organisiertes Volksheer vorsieht, um die Behauptung, das Eintreten für die Verteidigung des eigenen Landes sei „Verrat an den Grundsätzen der Partei", ins rechte Licht zu setzen.

Das Gegenteil ist richtig. Die Lehre, daß der Arbeiter kein Vaterland zu verteidigen habe, daß ihn nichts verpflichtet, die Volksgemeinschaft, der er nach Geburt und Sprache angehört, gegen Bedrohungen von außen zu schützen, ist eine Verletzung sozialdemokratischer Grundgedanken. Die sozialistische Internationale ist niemals gedacht gewesen als eine Aufhebung der nationalen Gebilde und ihrer Rechte. Sie war vielmehr aufgebaut auf der Anerkennung der einzelnen Nationen und hat deren berechtigte Ansprüche auf Dasein und Entwickelung als einen ihrer vornehmsten Rechtsgrundsätze jederzeit betont. Die Lehre von der Vaterlandslosigkeit des Proletariers und die daraus abgeleiteten praktischen Folgerungen der Verteidigungsnihilisten, wie sie am klarsten Gustave Hervé seinerzeit entwickelte, sind von den internationalen Kongressen energisch abgelehnt worden.

Muß der Anspruch der anationalen Verteidigungsnihilisten auf Uebereinstimmung mit den Grundsätzen der Sozialdemokratie darum zurückgewiesen werden, so ist ihnen andererseits zuzugeben, daß von diesem Standpunkt aus allein die Ablehnung der Kredite logisch gerechtfertigt werden kann. Wer sich dagegen theoretisch zur Pflicht der Landesverteidigung bekennt, dessenungeachtet aber glaubte, die Kredite ablehnen zu sollen, kann keinen Anspruch darauf erheben, eine eindeutige, ehrliche Politik getrieben zu haben. Wer erklärt, unsere Söhne und Brüder sollen hinausziehen, um das gemeinsame Vaterland mit ihrem Blute zu verteidigen, zugleich aber die Mittel verweigert, ohne die diese

Verteidigung nicht stattfinden kann, setzt sich in einen unheilbaren Widerspruch mit sich selbst, seine Taten widerlegen seine Worte.

Auch der Einwand, die Ablehnung der Militärforderungen in Friedenszeiten heische als Konsequenz auch die Ablehnung aller Verteidigungsmittel im Falle des Krieges, ist hinfällig. Die Ablehnung von Militärforderungen in Friedenszeiten war begründet aus unserer Gegnerschaft zu dem autokratischen System der Armee. Die Aenderung dieses Systems im Sinne einer demokratischen Wehrverfassung war in Friedenszeiten möglich. Bei Ausbruch des Krieges aber konnte eine Systemänderung nicht in Frage kommen. Die Verteidigung mußte mit dem System vorgenommen werden, das da war. Wenn das Haus brennt, kann man die Feuerwehr nicht umorganisieren. Man muß den Brand mit dem vorhandenen Apparat löschen, und niemand, dem es ernstlich darum zu tun ist, daß das Haus gerettet werde, darf die Herbeibringung und Ergänzung von Löschmitteln in dieser Notlage versagen.

So wenig wie der, der in solchem Falle tatkräftig die Mittel zum Löschen des Brandes beschafft, damit die Verantwortung für das Brandunglück übernimmt, so wenig haben wir damit, daß wir die notwendigen Verteidigungsmittel bei Kriegsausbruch bewilligten, die Verantwortung für den Krieg übernommen. Wohl aber hätten wir durch die Ablehnung der Kredite die Verantwortung für eine etwaige Niederlage des eigenen Landes auf uns geladen. Das durfte auf keinen Fall geschehen.

Darum mußte sich die sozialdemokratische Reichstagsfraktion am 4. August 1914 in Reih und Glied mit der Gesamtheit der Volksvertreter stellen.*) Hätte

*) Die Erklärung, mit der die Fraktion ihre Kreditbewilligung begründete, und die der damalige Vorsitzende der Fraktion, Genosse Haase, verlas, hatte folgenden Wortlaut:

„Meine Herren, im Auftrage meiner Fraktion habe ich folgende Erklärung abzugeben:

Wir stehen vor einer Schicksalsstunde. Die Folgen der imperialistischen Politik, durch die eine Aera des Wettrüstens herbeigeführt wurde und die Gegensätze unter den Völkern sich verschärften, sind wie eine Sturmflut über Europa hereingebrochen. Die Verantwortung hierfür fällt den Trägern dieser Politik zu; wir lehnen sie ab. Die Sozialdemokratie hat diese verhängnisvolle Entwickelung mit allen Kräften bekämpft, und noch bis in die letzten Stunden hinein hat sie durch machtvolle Kundgebungen in allen Ländern, namentlich in innigem Einvernehmen mit den französischen Brüdern für die Aufrechterhaltung des Friedens gewirkt. Ihre Anstrengungen sind vergeblich gewesen.

Jetzt stehen wir vor der ehernen Tatsache des Krieges. Uns drohen die Schrecknisse feindlicher Invasionen. Nicht für oder gegen den Krieg haben wir heute zu entscheiden, sondern über die Frage der für die Verteidigung des Landes erforderlichen Mittel. Nun haben wir zu denken an die Millionen Volksgenossen, die ohne ihre Schuld in dieses Verhängnis hineingerissen sind. Sie werden von den Verheerungen des Krieges am schwersten getroffen. Unsere heißen Wünsche begleiten unsere zu den Fahnen gerufenen Brüder ohne Unterschied der Partei. Wir denken auch an die Mütter, die ihre Söhne hergeben müssen, an die Frauen und die Kinder, die ihres Ernährers beraubt sind, und denen zu der Angst um ihre Lieben die Schrecken des Hungers drohen. Zu diesen werden sich bald zehntausende verwundeter und verstümmelter Kämpfer gesellen. Ihnen allen beizustehen, ihr Schicksal zu erleichtern, diese unermeßliche Not zu lindern, erachten wir als eine zwingende Pflicht.

Für unser Volk und seine freiheitliche Zukunft steht bei einem Sieg des russischen Despotismus, der sich mit dem Blute der Besten des eigenen Volkes befleckt hat, viel, wenn nicht alles auf dem Spiel. Es gilt, diese Gefahr abzuwehren, die Kultur und die Unabhängigkeit unseres eigenen Landes sicherzustellen. Da machen wir wahr, was wir immer betont haben: Wir lassen in der Stunde der Gefahr das eigene Vaterland nicht im Stich. Wir fühlen uns

sie anders gehandelt, hätte sie das Signal der Zwietracht, des Mißtrauens, des Auseinanderfallens gegeben, so hätte sie nicht nur das Land aufs schwerste geschädigt, sie hätte sich zugleich in schroffen Widerspruch begeben zu der überwältigenden Mehrheit der eigenen Wählerschaft. So wahr es ist, daß eine Abstimmung der Volksmassen für oder gegen den Krieg eine überwältigende Mehrheit gegen den Krieg ergeben haben würde, so wenig zweifelhaft ist es, daß, nachdem der Krieg einmal da war, die Frage, ob man nunmehr sich verteidigen und die dafür notwendigen Mittel bereitstellen wolle, mit noch größerer Mehrheit mit Ja beantwortet worden wäre. Angesichts der uns bedrohenden furchtbaren Gefahr konnte es gar keine andere Losung geben.

Aber ist dieser Krieg nicht von den deutschen und österreichischen Staatsmännern mutwillig angezettelt worden? Sind die Mittelmächte nicht die Angreifer, die ihre friedlichen Nachbarn in Ost und West überfallen und dadurch Europa in diese entsetzliche Katastrophe hineingerissen haben? Die feindlichen Staatsmänner, und mit ihnen auch maßgebende sozialistische Führer und Arbeitervertreter in den Ententeländern haben das behauptet. Sie haben daraus die Folgerung abgeleitet, Pflicht des deutschen Volkes und in erster Linie der deutschen Sozialdemokratie sei es, ihren Regierungen die Gefolgschaft zu verweigern, das Verbrechen an den Schuldigen zu sühnen und sich so den Anspruch auf Schonung und glimpflichen Frieden zu sichern. Auch in Deutschland gibt es Leute, die die Schuldfrage zuungunsten der Mittelmächte beantworten und damit Kreditverweigerung und schroffste Opposition zur eigenen Regierung mitten im Kriege zu rechtfertigen suchen.

Wer nicht auf dem Standpunkt steht, daß die Gegensätze und großen Konflikte zwischen den Völkern das Machwerk einzelner Personen sind, wer vielmehr die letzten Gründe für die feindseligen Entladungen in wirtschaftlichen Gegensätzen und nationalen Existenzfragen der Völker sieht, und wer dazu die besonderen imperialistischen Tendenzen und Methoden der modernen weltwirtschaftlichen Entwicklung beachtet, wird diese naive persönliche Beantwortung der Schuldfrage abweisen. Er wird die tiefer liegenden Ursachen des Krieges erkennen und ihren internationalen Charakter feststellen. Aber auch soweit der Einfluß einzelner Personen für die kriegerische Auslösung gewordener politischer Spannungen in Betracht kommt, muß der objektive Beurteiler es ablehnen, die Hauptlast der Schuld am Kriegsausbruch den Staatsmännern der Mittelmächte zuzuschieben.

Auf diese diplomatische Schuldfrage kann hier nicht näher eingegangen werden. Sie ist in dem vor dem Stockholmer Friedenskomitee gehaltenen Vortrag des Genossen David: „Wer trägt die Schuld am Kriege?" ausführlich dargelegt worden. Hier sei nur kurz gesagt: Es ist unzulässig, das österreichische Ultimatum allein und in erster Linie für den Weltkrieg verantwortlich zu machen. Denn erstens steht es nicht am Beginn der zum Krieg

dabei im Einklang mit der Internationale, die das Recht jedes Volkes auf nationale Selbständigkeit und Selbstverteidigung jederzeit anerkannt hat, wie wir auch in Uebereinstimmung mit ihr jeden Eroberungskrieg verurteilen. Wir fordern, daß dem Kriege, sobald das Ziel der Sicherung erreicht ist und die Gegner zum Frieden geneigt sind, ein Ende gemacht wird durch einen Frieden, der die Freundschaft mit den Nachbarvölkern ermöglicht. Wir fordern dies nicht nur im Interesse der von uns stets verfochtenen internationalen Solidarität, sondern auch im Interesse des deutschen Volkes. Wir hoffen, daß die grausame Schule der Kriegsleiden in neuen Millionen den Abscheu vor dem Kriege wecken und sie für das Ideal des Sozialismus und des Völkerfriedens gewinnen wird.

Von diesen Grundsätzen geleitet, bewilligen wir die geforderten Kriegskredite."

führenden Krisis. Durch das Attentat von Serajewo wurde die Lunte ans Pulverfaß gelegt. Das war eine Aktion der auf Unterhöhlung und Zertrümmerung der Donaumonarchie eingestellten großserbisch-russischen Politik. Zum zweiten aber folgten dem Ultimatum Schritte seitens der Berliner Regierung, die ernstlich darauf abzielten, den Konflikt friedlich zu lösen. Diese friedliche Lösung schien auch am 30. Juli gesichert zu sein, nachdem die direkte Verhandlung zwischen Wien und Petersburg wieder in Gang gebracht und zugleich die Annahme des zweiten Greyschen Vermittelungsvorschlags seitens der Berliner Regierung in Wien dringend befürwortet worden war. Dieser so glücklich geförderte Versuch der Friedensrettung wurde mit bewußter Absicht durchkreuzt durch die Petersburger Militärpartei, die den Krieg wollte und ihn, als der Friede drohte, durch die russische Mobilmachung erzwang. Die Enthüllungen in dem Prozeß gegen den ehemaligen Kriegsminister Suchomlinow haben den letzten Rest an Zweifel darüber, von wo die Flammen des Weltkriegs angeblasen worden sind, zerstört.

Die Mitschuld der verantwortlichen Staatsmänner in Frankreich und England lag darin, daß sie der russischen Kriegspartei das gefährliche Handwerk erleichterten, statt ihr durch Kündigung der Gefolgschaft Halt zu gebieten. Daß es auch in Berlin Kriegstreiber gab, die den Krieg wünschten und die Ereignisse zu überstürzen suchten, kann und soll nicht bestritten werden. Der Unterschied ist, daß sie hier nicht das Heft in der Hand hatten, während sie in Petersburg, Paris und London am Steuer der Regierung saßen.

Stellt man schließlich noch die Frage nach der Rechtfertigung unserer Politik am 4. August 1914 durch den Erfolg, so ist folgendes zu sagen: Nur dadurch, daß wir die Einheit unseres Volkes herstellten und damit seine militärische Aktionskraft sicherten, wurde es möglich, dem Einbruch der russischen Kriegsmacht in das Reich Einhalt zu tun und ihr die Niederlagen beizubringen, die die Hauptursache zum Zusammenbruch des zarischen Systems bildeten. Die russische Revolution ist mitverursacht worden durch unsere Politik vom 4. August 1914. Hätten wir unser Land durch Zwietracht geschwächt und gelähmt und wäre infolgedessen der Zar als Sieger in Berlin eingezogen, so wäre die Frucht des Krieges nicht die russische Demokratie, sondern die zarische Hegemonie über ganz Ost- und Mitteleuropa gewesen. Niemand wird glauben, daß das dem Aufstieg der deutschen Arbeiterschaft und der Förderung der deutschen Demokratie von Nutzen gewesen wäre.

Was aber das Ansehen der Sozialdemokratie im eigenen Lande betrifft, so bedarf es keines Nachweises, daß ein Verrat an der eigenen Volksgemeinschaft in der Stunde der höchsten Gefahr ihr jeden Kredit genommen und die starken Wurzeln ihrer Kraft zerstört hätte. Wenn die deutsche Sozialdemokratie im innerpolitischen Kräftespiel heute ein stärkerer Machtfaktor ist und die Entwicklung in ihrem Sinne erfolgreicher zu beeinflussen vermag als vordem, so ist das unserer Haltung im Kriege zu danken. Wir haben in Deutschland verhindert, daß Annexionisten, Kriegsinteressenten und Scharfmacher die Regierung in ihre Gewalt bekamen. Dank unserem Einfluß hat auch der Deutsche Reichstag sich zuerst von allen Parlamenten der kriegführenden Welt zu einem Frieden der Verständigung und dauernden Versöhnung der Völker bekannt. Mit Genugtuung können wir feststellen, daß die Friedensresolution des Deutschen Reichstags sich in ihrem Grundgedanken deckt mit dem Satze unserer Erklärung vom 4. August 1914: „Wir fordern, daß dem Kriege, sobald das Ziel der Sicherung erreicht ist und die Gegner zum Frieden geneigt sind, ein Ende gemacht wird durch einen Frieden, der die Freundschaft mit den Nachbarvölkern ermöglicht."

2. Die späteren Kriegskredite.

a) Vom Dezember 1914 bis Februar 1917.

Die späteren Kreditanforderungen der Regierung, die bei der langen Dauer des Krieges in bestimmten Zwischenräumen notwendig wurden, haben in der Fraktion auch stets lebhafte Auseinandersetzungen herbeigeführt, besonders im ersten Jahre des Krieges. Aber es waren in der grundsätzlichen Frage doch zumeist nur Wiederholungen der Gründe und Gegengründe aus der ersten großen Kreditdebatte. Neue Argumente für das Für und Wider wurden aus der jeweiligen militärischen und politischen Situation entnommen.

Die Gegner der Kreditbewilligung hielten sehr bald den Krieg nicht mehr für einen reinen Verteidigungskrieg, sie vermuteten Eroberungspläne bei der Regierung und bestritten ihre Geneigtheit, Friedensverhandlungen in die Wege zu leiten, sobald nach unserer Auffassung der Zeitpunkt dafür gekommen sei. Sie entnahmen auch aus der unbefriedigenden inneren Lage, aus der rücksichtslosen Anwendung des Belagerungszustandes gegen das freie Vereins- und Versammlungsrecht und der Zensur gegen Literatur und Presse Gründe gegen die Bewilligung.

Die Mehrheit bestritt demgegenüber den Eroberungscharakter des Krieges, ohne zu verkennen, daß in bestimmten politischen Kreisen Deutschlands Eroberungsabsichten bestünden. Eine Revision der Haltung der Fraktion könne aber erst in Betracht kommen, wenn die Regierung derartige Absichten zu den ihrigen macht. Andererseits anerkannte die Fraktionsmehrheit durchaus, daß es ihre Pflicht sei, der sie auch stets nachkommen würde, den Friedenswillen der Regierung lebendig zu erhalten. Die innere Lage Deutschlands aber, so unbefriedigend sie sein möge, dürfe an sich kein Grund für die Kreditverweigerung sein; zunächst gelte es, das Land gegen die äußeren Feinde zu schützen, die Beseitigung innerer Unfreiheiten müsse nebenbei mit aller Entschiedenheit erfolgen, dürfe aber die Verteidigungskraft des Landes nicht schwächen.

Unter solchen Umständen vollzog sich die zweite Kreditbewilligung (5 Milliarden) am 3. Dezember 1914 (in der 3. Sitzung). Von der sozialdemokratischen Fraktion wurde hierzu durch den Mund Haases eine schriftlich fixierte Erklärung verlesen, der die bürgerlichen Parteien durch den Zentrumsabgeordneten Spahn eine kurze Erklärung entgegensetzten, in deren entscheidendem Teil ein Friede verlangt wurde, „der den ungeheuren Opfern entspricht, welche das deutsche Volk gebracht hat, und der uns dauernden Schutz gegen alle Feinde gewährleistet". Bei der Abstimmung wurden die Kredite vom Hause einstimmig angenommen „mit Ausnahme eines einzigen Abgeordneten", wie der Präsident feststellte, des Genossen Liebknecht, der von dieser Absicht der Fraktion zuvor keine Mitteilung gemacht hatte.

Die dritte Kreditbewilligung erfolgte in Verbindung mit der Etatserledigung, die geforderten zehn Milliarden waren in den Etat hineingearbeitet worden. Dadurch entstand für die Fraktion die Zwangslage, gleichzeitig mit der Bewilligung der Kredite auch den Etat zu genehmigen. Nach eingehenden Erörterungen entschloß sich die Fraktion, unter den vorliegenden Umständen für den Etat zu stimmen, da ihm die geforderten Kredite das eigentliche Gepräge gäben. Bei der ersten Lesung (in der 4. Sitzung vom 10. März 1915) hielt Genosse Haase eine Rede und zwar die erste Rede im Reichstag von unserer Seite während des Krieges, deren Wortlaut nicht vorher in Form einer Erklärung genau im einzelnen von der Fraktion festgelegt worden war. Er forderte darin die volle Gleichberechtigung aller Staatsbürger und kritisierte Zensur, Burgfrieden und die mangelhaften Ernährungsverhältnisse. In der

Steuerfrage regte er bei dem Staatssekretär eine Prüfung des Besitzsteuergesetzes zum Zwecke der wirkungsvollen Heranziehung der Kriegsgewinne an. Als den leitenden Gedanken der sozialdemokratischen Kriegspolitik stellte er auf, daß es die Pflicht sei, alles zu tun, um das eigene Land zu verteidigen. Unsere Abstimmungen vom 4. August und 2. Dezember seien keine Handelsgeschäfte. Vor der Abstimmung in der dritten Lesung (9. Sitzung vom 20. März 1915) gab Genosse Scheidemann noch eine kurze Erklärung für die Fraktion ab. Um zu bekräftigen, daß wir „in unerschütterlicher Einigkeit mit unserem Volke" einen ehrenvollen dauernden Frieden wünschen, gäben wir dem diesmaligen Etat unsere Zustimmung.

Die vierte Bewilligung einer Kriegsanleihe (10 Milliarden) führte zu einer längeren Besprechung im Plenum (14. Sitzung vom 20. August 1915). Von der sozialdemokratischen Fraktion sprach Genosse David, der in einer kritischen Uebersicht über die militärische und politische Lage die Notwendigkeit einer Kriegsgewinnsteuer darlegte, mehr Fürsorge für die kämpfenden Truppen und für die notleidende Bevölkerung daheim verlangte und die friedensfeindliche Haltung der Gegner Deutschlands kritisierte.

Am 14. Dezember 1915 wurde (in der 23. Sitzung) über die fünfte Kreditbewilligung (wiederum 10 Milliarden) verhandelt. Die Vorlage wurde diesmal nach der ersten Lesung, in der allein der Staatssekretär Dr. Helfferich eine begründende Rede gehalten hatte, an den Hauptausschuß verwiesen, um diesem Gelegenheit zu geben, im Anschluß an die Kreditvorlage die gesamte militärische und politische Situation zu erörtern. Die zweite und dritte Lesung erfolgten in der 25. Sitzung vom 20. Dezember 1915. Die Fraktion ließ diesmal durch den Genossen Ebert eine Erklärung abgeben, in der ausgesprochen wurde, daß es, da die leitenden Männer der gegen uns Krieg führenden Staaten noch bis in die letzten Tage hinein jeden Gedanken an Frieden abgelehnt hätten, bevor nicht die deutsche Wehrmacht zerschmettert sei, „unerläßliche Pflicht des gesamten deutschen Volkes ist, seine Abwehr fest und geschlossen zu erhalten und die zu dieser Abwehr erforderlichen Mittel bereitzustellen". Zugleich wurde gegen alldeutsche Eroberungs- und Vergewaltigungspläne Einspruch erhoben und die Regierung aufgefordert, jede Möglichkeit zu Friedensverhandlungen wahrzunehmen. In der Fraktion hatte eine Anzahl Genossen gegen die Kredite gestimmt. Von diesen Genossen ließen trotz Einspruch der Fraktion und entgegen der langjährigen Gepflogenheit der Fraktion in der Plenarsitzung 19 Genossen eine besondere Erklärung durch den Mund Geyers abgeben, mit der sie ihre Ablehnung der Kredite begründeten. Das war die erste unverhüllte und öffentliche Handlung der Fraktionsminderheit gegen die Beschlüsse der Mehrheit.

Im Juni 1916 war die sechste Kreditbewilligung fällig. Diesmal wurden 12 Milliarden angefordert, die für ein halbes Jahr reichen sollten, da sich der monatliche Bedarf auf ungefähr zwei Milliarden belief. Von unserer Fraktion gab Genosse Landsberg (in der 61. Sitzung vom 7. Juni 1916) eine kurze Erklärung ab, die mit den Worten schloß: „Das Ziel der Sicherung Deutschlands, das uns vorschwebt, ist, wie das Verhalten unserer Feinde erkennen läßt, noch nicht erreicht. Deshalb bewilligen meine politischen Freunde die geforderten Kredite." Von der inzwischen von unserer Fraktion abgesplitterten Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft gab Haase eine Erklärung für die ablehnende Haltung seiner Fraktion ab.

Die 12 Milliarden reichten aber nicht für ein halbes Jahr, so daß die Regierung im Oktober als siebente Rate wieder 12 Milliarden anforderte. Der Staatssekretär des Reichsschatzamts begründete die frühere Einbringung der Vorlage mit der Erhöhung der monatlichen Ausgaben auf fast 2,2 Milliarden Mark; das sei besonders eine Folge der Ausdehnung der Fronten und der wach-

jenden Beihilfen für Wohlfahrtszwecke. Genosse Ebert erklärte namens der Fraktion (68. Sitzung vom 27. Oktober 1916): „Indem wir wiederum den Entschluß bekunden, in der Verteidigung der Lebensinteressen unseres Landes auszuhalten, lehnen wir erneut darüber hinausgehende Kriegsziele ab. Von der Regierung aber erwarten wir, daß sie nichts verabsäumt, um zu einem baldigen Frieden zu gelangen, der die Lebensinteressen auch der anderen Völker achtet und internationale Einrichtungen anbahnt, durch die die Kulturvölker vor dem Unheil neuer Kriege bewahrt werden. Nur ein solcher Friede trägt die Gewähr der Dauer in sich und dient auch den höchsten Interessen des deutschen Volkes."

Im Februar 1917 (82. Sitzung vom 23. Februar) verlangte die Regierung die achte Rate in Höhe von 15 Milliarden in Verbindung mit einer Reihe Steuervorlagen. Der Schatzsekretär begründete die hohen Forderungen mit der weltpolitischen Lage, wie sie sich besonders nach der Ablehnung des deutschen Friedensangebots gestaltet habe. Genosse Ebert stützte unsere Zustimmung zu den Krediten gleichfalls hauptsächlich mit dieser Tatsache, verlangte aber trotzdem Aufrechterhaltung der deutschen Friedensgeneigtheit. Auf eine provozierende Bemerkung Ledebours antwortete Ebert später mit der Bemerkung, daß die Bewilligung der Kriegskredite von unserer Fraktion niemals als eine Frage des Vertrauens oder des Mißtrauens zu der Reichsregierung angesehen worden sei, „wir haben die Kriegskredite bewilligt, weil wir das als eine Pflicht gegen unser Land und unser Volk betrachten".

b) Die Kreditbewilligung im Juli 1917.

Einen anderen Verlauf als die früheren Kreditberatungen nahm die der letzten (neunten) Vorlage im Juli 1917, durch die wiederum 15 Milliarden gefordert wurden; die monatlichen Kriegsausgaben waren inzwischen auf rund 3 Milliarden gestiegen. Als der Reichstag zur ersten Lesung am 5. Juli 1917 (111. Sitzung) zusammentrat, waren schon Beratungen im Haushaltsausschuß vorangegangen, die eine außergewöhnlich starke politische Spannung hatten erkennen lassen. Von unserer Fraktion wurde verlangt, daß vor der Erledigung der Kreditvorlage die gesamte äußere und innere politische Lage besprochen werden solle, und zwar zunächst im Ausschuß, später auch im Plenum. Diesem Verlangen wurde stattgegeben, so daß bei der ersten Beratung nur der Schatzsekretär eine kurze begründende Rede hielt.

In den 14 Tagen bis zum 19. und 20. Juli, an welchen Tagen die zweite und dritte Lesung erfolgten (116. und 117. Sitzung), vollzogen sich die aufsehenerregenden Verhandlungen teils im Hauptausschuß, teils in dem neugeschaffenen interfraktionellen Ausschuß über die militärische und politische Lage, vornehmlich unter Berücksichtigung der russischen Revolution und der daraus abzuleitenden Schlußfolgerungen. Die sozialdemokratische Fraktion erklärte, daß sie zunächst auf einer gründlichen und eingehenden Erörterung der inneren und äußeren Lage bestehen und Sicherheiten haben müsse, daß die politische Leitung des Reiches auch alles tue, was zur baldigen Beendigung des Krieges zu führen geeignet sei, insbesondere ob sie bereit sei, die Friedensformel der russischen einstweiligen Regierung: keine Annexionen und keine Kontributionen, im wesentlichen anzunehmen; ferner stehe sie dem zögernden Verhalten der Regierung in der immer dringender werdenden Frage der inneren politischen Neuordnung, in erster Linie der Reform des preußischen Wahlrechts, nicht minder aber auch der mangelhaften Regelung des Ernährungswesens, mit größtem Mißtrauen gegenüber. Dabei wachse die Frage der Demokratisierung Deutschlands angesichts der weltpolitischen Lage immer mehr zu einer Angelegenheit heran, die über die Grenzen Deutschlands hinaus große Bedeutung habe, vor allen Dingen für die Friedensfrage von entscheidender Bedeutung sei.

Diese ebenso ruhig wie entschlossen vorgetragenen Darlegungen bestimmten den ganzen Charakter der Julitagung. Der Reichskanzler, der anfänglich den Verhandlungen des Haushaltsausschusses ferngeblieben war, sah sich bald zur Teilnahme genötigt. Er erkannte die ernste Lage und suchte zu vermitteln. Aber auch die bürgerlichen Parteien, besonders das Zentrum durch den Mund des Abgeordneten Erzberger und die Fortschrittliche Volkspartei brachten zum Ausdruck, daß sie die Tragweite der bevorstehenden politischen Entscheidung nach innen und außen erkannten. Es bildete sich zwischen den drei Parteien, der Sozialdemokratie, dem Zentrum und der Fortschrittlichen Volkspartei, die schon erwähnte interfraktionelle Arbeitsgemeinschaft, die sich in langen und häufigen Beratungen auf die bekannte Friedensresolution einigte (siehe Seite 77) und sie allen Anfeindungen und Lockungen gegenüber aufrechterhielt. Auch die Regierung sah sich unter diesen Umständen genötigt, dem Wunsche der großen Parteien zu entsprechen. Außerdem wurde vom preußischen König in feierlicher Form die baldige Einbringung einer Wahlrechtsvorlage mit dem gleichen Wahlrecht als ihrem Kernstück versprochen.

Damit hielt die Fraktion unter Würdigung der sonstigen politischen und militärischen Lage die Voraussetzungen für gegeben, unter denen sie abermals die Kriegskredite bewilligen konnte. An den Bestrebungen verschiedener Parteien, als eine Art Entschädigung an die durch den Verlauf der Tagung so schwer enttäuschten Konservativen und Alldeutschen den bei diesen Politikern verhaßten Reichskanzler Bethmann Hollweg zu Fall zu bringen, hatte die Fraktion keinen Anteil. Ihr kam es auf die Sache, in erster Linie auf die Förderung des Friedens an, nicht auf die Person.

---

3. Die Friedensarbeit der Fraktion.

Als die Fraktion im August 1914 zusammenberufen wurde, war der Krieg bereits ausgebrochen, ihn zu verhindern, hatte die Fraktion als solche keine Mittel mehr in der Hand. Wohl aber betrachtete sie es von dem ersten Tage ihres Zusammentritts an als ihre Pflicht, die Wege für den künftigen Frieden nach Möglichkeit offenzuhalten und alles zu tun, was den Krieg abzukürzen geeignet erschien. Unter den obwaltenden Umständen konnten diese Bemühungen hauptsächlich darin bestehen, erstens die Fühlung mit den ausländischen Sozialisten nicht zu verlieren, zweitens in Deutschland selber allen politischen und militärischen Handlungen entgegenzuwirken, die die durch den Krieg aufgerissene Kluft zwischen den Völkern zu erweitern vermochten, und drittens Ausnutzung aller sich irgendwie und irgendwo bietenden Friedensmöglichkeiten. In allen drei Beziehungen hat die Fraktion getan, was immer sie nur zu tun vermochte.

Schon in der Erklärung vom 4. August wurde über allen Waffenlärm hinweg den „französischen Brüdern" ein freundliches Wort zugerufen, das leider nicht gehört oder nicht verstanden, geschweige aber in gleicher Weise erwidert worden ist. Ebenso enthält schon diese erste Kundgebung deutscher Sozialdemokraten während des Krieges die entschiedene Gegnerschaft gegen jeden Eroberungskrieg. Und schließlich wird auch bereits hier klar ausgesprochen, bis zu welchem Zeitpunkt die deutschen Sozialdemokraten die Kriegspolitik ihres Landes unterstützen: bis das Ziel der Sicherung erreicht ist und die Gegner zum Frieden geneigt sind.

In jeder späteren Handlung der Fraktion erkennt man diese entscheidenden Richtlinien ihrer Tätigkeit während des Krieges wieder. Niemals hat sie sich zu Herabsetzungen oder gar Beschimpfungen der Sozialdemokraten der feindlichen Länder verleiten lassen, obwohl deren einseitiges und ungerechtes Urteil über Deutschland und die sozialdemokratische Fraktion ihr dazu oft genug Anlaß gegeben hätte. Sie hat statt dessen alle Möglichkeiten unterstützt, mit den Sozialdemokraten des neutralen und des feindlichen Auslands in Verbindung zu gelangen und damit dem Frieden zu dienen. Zuerst hat sie mit den österreichisch-ungarischen Genossen eine enge Fühlung hergestellt, die zu Beratungen und Vereinbarungen über die künftige Wirtschaftspolitik beider Nationen führte. Sie hat später Verbindung mit den holländischen und skandinavischen Parteigenossen herbeigeführt und durch sie auch eine Annäherung an die französischen und belgischen Sozialisten erhofft. Leider sind diese Versuche an der Verblendung und Halsstarrigkeit der englischen und französischen Sozialisten gescheitert.

Als im Jahre 1917 endlich dank den unablässigen Bemühungen der Holländer und Skandinavier in Verbindung mit dem Sekretär des Internationalen Sozialistischen Bureaus, des belgischen Genossen Huysmans, die sozialistische Verständigungskonferenz in Stockholm in die Wege geleitet wurde, hat unsere Fraktion diese Bestrebungen wärmstens unterstützt und ihre Vertreter nach Stockholm entsandt. Leider kamen sie von dort zurück, ohne mit den Sozialisten des feindlichen Auslands irgendwelche unmittelbare Verbindung erlangt zu haben.

Während so die Fraktion durch Weitherzigkeit und Entgegenkommen den feindlichen Brüdern gegenüber eines der vielen Hemmnisse für den künftigen Frieden zu beseitigen suchte, räumte sie gleichzeitig schwere innere Hemmnisse in Deutschland mit Rücksichtslosigkeit und Unerbittlichkeit aus dem Wege: das war besonders die friedensfeindliche Agitation der alldeutschen Eroberungspolitiker. In den Plenarverhandlungen des Reichstags, noch mehr und noch schroffer aber in den Ausschußsitzungen, trat sie allen Bestrebungen auf gewaltsame Angliederung fremder Gebiete, ebenso den Forderungen nach Kriegsentschädigungen entgegen. Die Fraktion wurde nicht müde, zu betonen, daß durch das Annexionsgeschrei gewisser Kreise in Deutschland wie im feindlichen Auslande der Krieg verschärft werde, und daß bei der Uebereinstimmung der Regierung und der großen Parteien des Reichstags mit einer solchen Politik, werde sie auch noch so vorsichtig verhüllt, ein Ende des Krieges nicht abzusehen sei. Zum erstenmal vertraten unsere Redner, die Genossen Ebert und Scheidemann, diesen Standpunkt in öffentlicher Vollsitzung des Reichstags durch längere Reden und Polemiken mit bürgerlichen Rednern in der 12. Sitzung vom 29. Mai 1915. Aber auch durch alle späteren Reden unserer Fraktion zieht sich diese Beweisführung wie ein roter Faden hindurch.

Die Fraktion hat aber auch nicht unterlassen, die Regierung unmittelbar zur Beendigung des Krieges aufzufordern, als sie den Zeitpunkt für eine solche Aktion für gekommen hielt. Sie hat solches Ansinnen freilich nicht zu jeder Zeit gestellt, nicht, solange es militärisch und politisch eine Torheit gewesen wäre. Der gegen die Fraktion gelegentlich erhobene Einwand, sie hätte schon früher, als sie es getan hat, ihre Friedensinterpellation einbringen müssen, verkennt, daß das Wort Goethes auch in seiner Umkehrung richtig ist: Unsinn wird Vernunft. Eine Handlung kann in einem bestimmten Zeitpunkt geradezu der Gipfel der Sinnlosigkeit sein, weil die begleitenden Umstände ihren Erfolg ins Gegenteil verkehren würden, während die gleiche Handlung zu einer späteren Zeit unter veränderten Verhältnissen ein Gebot der Klugheit und des politischen Weitblicks sein kann.

Von diesen Erwägungen ausgehend, hat die Fraktion zum ersten Male am 19. Dezember 1915 (in der 22. Sitzung) eine Friedensinterpellation eingebracht, die Genosse Scheidemann begründete. Die Kriegslage war damals für Deutschland so günstig, daß der erste Teil der von der Fraktion formulierten Vorbedingung für Friedensverhandlungen erfüllt war: die Sicherung des Landes war erreicht. Ob auch der zweite Teil, die Geneigtheit der Gegner, vorhanden war, sollte gerade durch die Interpellation festgestellt werden. Wohl war es nach den früheren Kriegsbräuchen Sitte, daß der militärisch schwächere Teil den stärkeren um Frieden bittet. Aber der gegenwärtige Krieg hat so völlig andere Formen gegenüber allen Kriegen der Vergangenheit geschaffen, daß auch das Friedensschema früherer Zeiten seine Geltung verloren hat. Die sozialdemokratische Fraktion ging von dem Gedanken aus, daß angesichts der Furchtbarkeit und der unendlichen Opfer dieses Krieges gerade der Starke den ersten geeigneten Zeitpunkt benutzen müsse, um Friedensverhandlungen in die Wege zu leiten.

In den späteren Tagungsabschnitten hat die Fraktion gleichfalls jede sich bietende Gelegenheit benutzt, der Friedenssehnsucht des deutschen Volkes Ausdruck zu geben und die Regierung aufzufordern, durch geeignete Handlungen den Frieden zu fördern. In der Regel fanden solche Erörterungen bei den Etatsberatungen, und zwar meistens beim Kapitel Reichskanzler und Auswärtiges Amt statt. Der Reichskanzler war zugegen und leitete dann gewöhnlich die Erörterungen durch eine Rede ein.

So war es am 5. April 1916 (39. Sitzung), in der Genosse Ebert als unser erster Redner leider zugeben mußte, daß die Aussichten auf einen baldigen Frieden wenig hoffnungsvoll seien. „Auch die Friedensdebatte, die im Dezember auf unsere Veranlassung hin hier geführt worden ist, hat im feindlichen Ausland wenig Echo gefunden. . . . Bekannt ist weiter, daß bedauerlicherweise sozialistische Parteien des Auslands, namentlich die sozialistische Partei Frankreichs, keine Friedensneigung zeigen. Aber, meine Herren, trotzdem kann erfreulicherweise festgestellt werden, daß die Friedensneigung bei den Völkern der feindlichen Länder sich mehr und mehr bemerkbar macht." Als unser zweiter Redner setzte sich (in der 40. Sitzung vom 6. April 1916) Genosse Scheidemann vornehmlich mit den bürgerlichen Versuchen auseinander, die die Rede des Reichskanzlers in eine Annexionsrede umbiegen wollten. Scheidemann erwiderte darauf: „Wenn der Herr Reichskanzler sich nachträglich zu den Zielen des Grafen Westarp bekennen sollte, zu Zielen, deren Verwirklichung einen vielleicht möglichen baldigen Frieden hinausschieben müßte, dann — das kann ich mit Bestimmtheit sagen — wird der Herr Reichskanzler mit Herrn Dr. Spahn und dem Grafen Westarp den Krieg allein fortsetzen müssen. . . . Aber wir wissen es doch, die Regierung hat es ja klipp und klar wiederholt, daß sie grundsätzlich bereit ist, in Friedensverhandlungen einzutreten. Wir wissen aber auch, daß die Staatsmänner der feindlichen Staaten bisher davon nichts haben wissen wollen."

Im Juni 1916 fanden die heftigen Auseinandersetzungen des Reichskanzlers mit seinen anonymen und sonstigen Gegnern statt, die auch zu Kriegszielerörterungen führten. Von unserer Fraktion äußerte sich dazu (in der 60. Sitzung vom 6. Juni 1916) Genosse Gradnauer, der die Rede des Kanzlers eine Flucht in die Oeffentlichkeit nannte; zu den Angriffen von den konservativen und anderen Annexionisten könne sich der Reichskanzler nur beglückwünschen, jedenfalls habe er in dieser Frage das deutsche Volk hinter sich. Im weiteren entwickelte Gradnauer die Grundzüge der sozialdemokratischen Friedenspolitik und die aus ihr zugleich entspringende Notwendigkeit, unter den obwaltenden Umständen für die Kriegskredite zu stimmen. Der Krieg

könne aber nur auf dem Wege eines verständigen Ausgleichs beendet werden. Danach solle die Regierung dauernd ihre Politik einrichten.

Als der Reichstag nach mehrmonatiger Pause am 28. September 1916 wieder zusammentrat, hielt (in der 63. Sitzung) der Reichskanzler eine Rede über unsere Lage im Kriege, in der er besonders den Eintritt Rumäniens in die Reihe unserer Gegner behandelte. Nach einer Uebersicht über die Lage und die Kriegsziele der Gegner erklärte er: „Für uns war seit seinem ersten Tage der Krieg nichts anderes als die Verteidigung unseres Rechts auf Leben, Freiheit und Entwicklung. Darum konnten wir als die ersten und die einzigen unsere Bereitschaft zu Friedensverhandlungen erklären." Am Schlusse der Rede gebrauchte er für die zukünftige innere Neuordnung Deutschlands das Wort: „Freie Bahn für alle Tüchtigen." Eine Erörterung der Rede fand erst zwei Wochen später statt, nachdem die Fragen der auswärtigen Politik im Haushaltsausschuß besprochen worden waren. Genosse Scheidemann war unser erster Redner (in der 64. Sitzung vom 12. Oktober 1916). Ueber die Friedensaussichten mußte er in jenem Zeitpunkt leider sagen, daß sie schlecht seien; kein Mensch könne es bestreiten. Aber auch drüben sei es nur die grenzenlose Uebertreibung errungener Erfolge, die Vorspiegelung unerreichbarer Kriegsziele, die die Kriegsmüdigkeit immer wieder wegpeitschen sollen. Das dürfe aber kein Grund für uns sein, nicht trotzdem dauernd für den Frieden zu arbeiten. „Weil Briand und Lloyd George den Krieg bis zum Ende predigen, kann der Herr Reichskanzler, so sagt man, nicht vom Frieden sprechen. Aber wir können es. Wir sprechen laut und offen aus, daß das Volk den Frieden will. Ich spreche es als deutscher Sozialdemokrat vom deutschen Volke. Aber genau ebensogut könnte das ein Franzose vom französischen Volke, ein Engländer vom englischen und ein Russe vom russischen Volke sagen." Scheidemann prägte in jener Rede gegen die Eroberungspolitiker den später viel zitierten Satz: „Was französisch ist, soll französisch bleiben, was belgisch ist, soll belgisch bleiben, und was deutsch ist, soll deutsch bleiben." Zum Schluß seiner Rede richtete Scheidemann einen warmherzigen Appell an die Regierung, dem deutschen Volke, das sich im Kriege so unvergleichlich verhalten habe, durch Einräumung weitgehender Rechte das Vertrauen zu geben, das es verdiene. In derselben Sitzung kam als unser zweiter Redner noch Genosse David zum Wort, der seine Hauptaufgabe darin sah, aus den amtlichen Dokumenten der kriegführenden Länder den Nachweis für die russische Hauptschuld am Ausbruch des Krieges zu führen.

Am 12. Dezember 1916 trat der Reichstag zu einer eintägigen Tagung (80. Sitzung) zusammen, in der er lediglich das Friedensangebot der deutschen Regierung an die feindlichen Mächte zur Kenntnis nahm. Die Rede des Reichskanzlers machte einen starken Eindruck auf den Reichstag. Sie war von großer Bedeutung für die kriegspolitische Lage. Der Reichstag beschloß, nicht in eine Erörterung darüber einzutreten, sondern sich zu vertagen. Dagegen erhob allein die Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft Einspruch, während unsere Fraktion für die Vertagung stimmte. Da uns aus dieser Zustimmung später von den Unabhängigen Vorwürfe gemacht wurden, kam Genosse Scheidemann im nächsten Tagungsabschnitt (83. Sitzung vom 27. Febr. 1917), als gelegentlich der ersten Beratung des Etats und der Steuergesetze durch eine Rede des Reichskanzlers eine allgemeine politische Debatte eingeleitet worden war, darauf zurück: „Sie wissen, daß es nicht unsere Gewohnheit ist, eine Debatte vorzeitig zum Abschluß zu bringen, und daß es am wenigsten in unserer Art liegt, Regierungserklärungen unbeantwortet hinzunehmen. Aber, meine Herren, wir glaubten damals in einer ganz besonderen Situation so handeln zu müssen, wie wir gehandelt haben, weil wir, ganz offen herausgesagt,

die Befürchtung hatten, daß durch unkluge Aeußerungen von einer bestimmten Stelle dieses Hauses den gegnerischen Regierungen eine gar zu bequeme Möglichkeit geboten worden wäre, das Friedensangebot Deutschlands abzulehnen. Weil uns aber die Sache des Friedens über alles ging, deshalb haben wir damals in einer besonderen Situation gegen die Debatte gestimmt."

Ueber das Friedensangebot selber und seine Aufnahme bei den gegnerischen Regierungen sagte Scheidemann: „Als das Friedensangebot gemacht wurde, sahen wir unsere Aufgabe darin, alles zu tun, was wir zu tun in der Lage waren, damit es in absehbarer Zeit zu einer Konferenz käme, und weiter: alles zu tun, damit die eigene Regierung sich nicht von den Annexionspolitikern zu Forderungen drängen ließe, die das Zustandekommen des Friedens wieder in Frage stellen müßten. Die Antwort der Gegner an den Präsidenten Wilson machte einen Strich durch unsere Rechnung. Jedermann hatte wohl erwartet, daß die Gegner nicht ohne Zieren und Sträuben, nicht ohne Betonung ihrer eigenen Stärke, nicht ohne Tastversuche und Vorverhandlungen die deutsche Einladung zur Konferenz annehmen würden; aber eine so brutale und herausfordernde Sprache, wie sie sie führten, ein so wahnsinniges, allen Tatsachen hohnsprechendes Siegesprogramm, wie sie es aufstellten, das hatten wohl nur ganz wenige erwartet, und, was sie immer über die Entstehungsursachen des Krieges jenseits der Grenzen sagen mögen: diese neue Blutschuld an der Menschheit, die sie auf sich geladen haben durch die brutale Ablehnung des Friedensangebots von Deutschland, werden sie nimmermehr abwälzen können."

Bei der Beratung des Etats (95. Sitzung vom 29. März 1917) entspann sich beim Kapitel Reichstag abermals eine politische Debatte, in der auch die Friedensfrage eine Rolle spielte. Von unserer Fraktion nahm dazu Genosse Noske das Wort, der bei dieser Gelegenheit auch auf die inzwischen ausgebrochene russische Revolution und ihre Bedeutung für die Friedensfrage einging: „Nicht die Großkapitalisten, nicht die Kriegshetzer geben in Petersburg allein den Ton an, sondern die proletarischen Massen reden deutlich und nachdrücklich mit. Diese Massen aber sind ausgesprochen friedensfreundlich. In einem Aufruf der russischen sozialistischen Dumafraktion heißt es in einem Absatz: das russische Volk habe kein Interesse an dem gegenwärtigen blutigen Weltkriege, das russische Volk lechze nach Frieden und verlange die sofortige Einleitung von Friedensverhandlungen. Meine Herren, mögen die schwedischen Sozialdemokraten recht behalten mit der Auffassung, der sie in einem Glückwunschtelegramm an die russischen Sozialdemokraten Ausdruck gegeben haben, nämlich, daß Neurußland nicht länger sein Gewicht in die Wagschale der Welt als erobernde militärische Macht werfen würde, sondern als Wächter eines gerechten und dauerhaften Weltfriedens, der doch eines Tages auf diesen schrecklichen Krieg folgen muß."

Der Reichskanzler nahm mitten in der Debatte das Wort, um sich seinerseits über die durch die russische Revolution veränderte Lage auszusprechen. Die entscheidenden Sätze seiner Rede lauteten: „Wie sich das russische Volk sein Haus einrichtet, ist ausschließlich seine eigene Angelegenheit, in die wir uns nicht einmengen. Das einzige, was wir wünschen, ist, daß sich in Rußland Zustände entwickeln möchten, die es zu einem festen und gesicherten Bollwerk des Friedens machen. Trägt die Neuordnung der Dinge dazu bei, die Wiederannäherung der beiden auf gute Nachbarschaft angewiesenen Völker zu erleichtern, so begrüßen wir das mit Freuden. Wir haben unter den Sünden des alten Rußland, das Serbiens Mordanschlag gegen Oesterreich-Ungarn gedeckt, im Juli 1914 gegen uns mobilgemacht, das im Dezember 1916 als erster unserer Feinde unser Friedensangebot höhnisch abgelehnt hat, selbst genug gelitten. Das russische Volk, das diesen Krieg gewiß nicht gewollt hat, kann ohne Sorgen vor irgendwelcher Einmischung von unserer Seite sein. Wir begehren

nichts anderes, als möglichst bald wieder in Frieden mit ihm zu leben, in einem Frieden, der auf einer für alle Teile ehrenvollen Grundlage aufgebaut ist."

In der folgenden Sitzung (96. Sitzung vom 30. März 1917) kam als unser zweiter Redner Genosse David zum Wort, der sich hauptsächlich mit Angriffen der Unabhängigen auf unsere Kriegspolitik und die Kanzlerrede auseinandersetzte. Auf Haases Vorwurf, die Politik der sozialdemokratischen Fraktion sei schuld, daß der Krieg sich in die Länge ziehe, erwiderte David: „Herr Haase meinte, damit sei wenig getan, wenn man im Lande herumreise und einmal mit einer Verbeugung nach dem Westen sage: Ihr Franzosen wißt ja gar nicht, was für einen guten Frieden Ihr haben könnt! — und das anderemal, sich nach dem Osten verbeugend, sage: auch die Russen könnten den besten Frieden haben, den sie sich wünschten. Der Herr Abg. Haase ist der Meinung, daß Deutschland jetzt den Frieden haben könne, wenn es auf alle Annexionen verzichte. Ich bedaure, daß ich diese Meinung nicht teilen kann. Von dem Vorstand meiner Partei ist ein Friedensaufruf seinerzeit ergangen, der für den annexionslosen Frieden sich aussprach und die Sozialisten des Auslandes aufrief, mit uns in diesem Sinne zu wirken. Die Antwort, die darauf erfolgt ist, war eine durchaus ablehnende. . . . Wir haben bis jetzt leider kein Moment, das uns Grund gäbe, anzunehmen, daß die Franzosen geneigt wären, einen Frieden ohne Annexionen mit uns zu schließen. In allen ihren Bekundungen, einschließlich der Bekundungen der sozialistischen Parteien, fordern sie für sich die Annexion Elsaß-Lothringens. Freilich nennen sie es nicht Annexion, sondern „Wiederherstellung des verletzten Rechts". Aber es ist tatsächlich Annexion. Und daß wir in diesem Punkte den Franzosen nicht entgegenkommen können, das sieht hoffentlich auch die Partei des Herrn Abg. Haase ein." David wies ferner darauf hin, daß im Gegensatz zu den deutschen Unabhängigen nennenswerte Gruppen der englischen und französischen Sozialdemokraten, die sogenannten Zimmerwalder, dem deutschen Friedensangebot große Bedeutung beigemessen hätten. Zu dem Wort des Kanzlers an die Adresse Rußlands sagte David: „Wir setzen voraus, daß diese Bereitschaftserklärung zum Frieden sich nicht etwa nur auf Rußland allein bezieht, sondern daß die deutsche Regierung ihren Standpunkt vom 12. Dezember 1916 in bezug auf die Friedensbereitschaft nach allen Seiten hin bewahren wird. . . . Das ist deshalb sehr notwendig, weil es heute in Deutschland Leute gibt, die nach Abweisung des deutschen Friedensangebots und Erklärung des verschärften U-Bootkrieges glauben, die Regierung müsse ihre auswärtige Politik in Sachen der Friedensbereitschaft revidieren."

Zu einer überaus wichtigen Verhandlung über die Friedensfrage kam es dann noch am 15. Mai 1917 (109. Sitzung). Die Konservativen hatten eine Interpellation über die Friedensbedingungen eingebracht, die völlig im annexionistischen Sinne begründet wurde. Unsere Fraktion hatte dieser Interpellation eine andere gegenübergestellt, die unter Anknüpfung an Aeußerungen der russischen und österreichisch-ungarischen Regierungen den Reichskanzler fragte, ob er eine Uebereinstimmung aller beteiligten Regierungen darüber herbeizuführen bereit sei, „daß der kommende Frieden auf Grund gegenseitigen Einverständnisses ohne Annexionen und Kriegsentschädigungen geschlossen wird". Genosse Scheidemann begründete die Interpellation in eindrucksvoller Rede, in der er von dem grundsätzlichen Gegensatz der Weltanschauung zwischen der konservativen und alldeutschen Annexionspolitik und der Sozialdemokratie ausging. Er kennzeichnete sodann die sozialdemokratischen Kriegsziele: die territoriale Unversehrtheit unseres Reiches, seine politische Selbständigkeit und seine wirtschaftliche Entwickelungsfreiheit und kritisierte scharf die alldeutschen Eroberungsziele, deren Erreichung dem deutschen Volke

noch ungeheure Opfer kosten und die Schädelpyramide dieses Krieges noch unendlich viel höher türmen würde. „Für die Verteidigung unseres Landes, für die Verteidigung von Heim und Herd wird und muß das Volk eintreten. Von der Führung des Krieges für irgendwelche Vergewaltigungsziele will unser Volk nichts wissen. . . . Ich will ganz offen sein. Was das deutsche Volk trotz aller inneren Gegensätze zusammenhält, das ist die gemeinsame Absicht, fremde Anschläge auf deutsches Land und deutsches Gut abzuwehren. Was die große Masse von einem Teil der herrschenden Klassen, den Imperialisten und denen, die sich so gebärden, trennt, ist die Meinungsverschiedenheit über die inneren und äußeren Kriegsziele. Fällt die Klammer und bleibt der Keil, dann klaffen die beiden Teile ohnmächtig auseinander. Das heißt: würden heute die englische und französische Regierung so wie die russische Regierung es schon getan hat, auf Annexionen verzichten, und würde die deutsche Regierung statt durch den gleichen Verzicht den Krieg zu beenden, ihn um Eroberungsziele fortsetzen wollen, dann, meine Herren, verlassen Sie sich darauf, dann haben Sie die Revolution im Lande."

Der Reichskanzler antwortete mit einer Rede, die wieder, wie so oft, die letzte volle Klarheit vermissen ließ. Wohl lehnte er wiederum jedes Eroberungsprogramm ab, aber ebenso wollte er nicht „ein Programm des Verzichts und der Entsagung". Diese Unklarheit kritisierte unser zweiter Redner Genosse David: „Die Erklärung des Herrn Reichskanzlers hat auch meine Freunde keinesfalls voll befriedigt; die letzte Klarheit ist nicht gebracht worden; der Herr Reichskanzler hat keine programmatische Erklärung abgegeben, wie er sich letztlich zur Frage eines Friedens ohne Annexionen und ohne Kontributionen stellt. Andererseits erkenne ich aber an, daß die Ausführungen des Herrn Reichskanzlers außerordentlich wertvolle Momente enthalten haben. Das Wertvollste sehe ich in der Erklärung, die er gegeben hat hinsichtlich unserer Friedenswünsche mit Rußland." Im weiteren legte David in eingehender Weise die Berechtigung und Notwendigkeit der sozialdemokratischen Friedensziele dar, besonders die Notwendigkeit, daß man beim zukünftigen Verständigungsfrieden internationale Vereinbarungen und Rechtsorganisationen schaffen sowie obligatorische Schiedsgerichte einrichten müsse, die das Ausbrechen eines neuen Weltbrandes nach Menschenkräften unmöglich machten.

Die letzte Erörterung über die Friedensfrage hatte der Reichstag nach dem Reichskanzlerwechsel am 19. Juli 1917 (116. Sitzung). Bei der Beratung der Kreditvorlage nahm der neue Reichskanzler Dr. Michaelis zum erstenmal das Wort, wobei er zur Frage der Kriegsziele ausführte: „Deutschland hat den Krieg nicht gewollt. Es strebte nicht nach Eroberungen, nicht nach gewaltsamer Vergrößerung seiner Macht. Darum wird Deutschland auch nicht einen Tag länger Krieg führen, wenn ein ehrenvoller Frieden zu haben ist, bloß darum, um gewaltsame Eroberungen zu machen." Er stellte sich damit in der Sache auf den Boden der Friedensresolution des Reichstags, was auch unser Redner Genosse Scheidemann ausdrücklich hervorhob. Scheidemann schloß mit einem Appell an die Völker, sich von dem Kriege zu befreien, den die unglückselige Menschheit nur aus Schwäche weiterschleppe.

Der Reichstag hat in dieser Sitzung mit großer Mehrheit die folgende Friedensresolution angenommen:

„Der Reichstag erklärt: Wie am 4. August 1914 gilt für das deutsche Volk auch an der Schwelle des vierten Kriegsjahres das Wort der Thronrede: „Uns treibt nicht Eroberungssucht." Zur Verteidigung seiner Freiheit und Selbständigkeit, für die Unversehrtheit seines territorialen Besitzstandes hat Deutschland die Waffen ergriffen.

Der Reichstag erstrebt einen Frieden der Verständigung und der dauernden Versöhnung der Völker. Mit einem solchen Frieden sind erzwungene Gebiets-

erwerbungen und politische, wirtschaftliche oder finanzielle Vergewaltigungen unvereinbar. Der Reichstag weist auch alle Pläne ab, die auf eine wirtschaftliche Absperrung und Verfeindung der Völker nach dem Kriege ausgehen. Die Freiheit der Meere muß sichergestellt werden. Nur der Wirtschaftsfriede wird einem freundschaftlichen Zusammenleben der Völker den Boden bereiten. Der Reichstag wird die Schaffung internationaler Rechtsorganisationen tatkräftig fördern.

Solange jedoch die feindlichen Regierungen auf einen solchen Frieden nicht eingehen, solange sie Deutschland und seine Verbündeten mit Eroberung und Vergewaltigung bedrohen, wird das deutsche Volk wie ein Mann zusammenstehen, unerschütterlich ausharren und kämpfen, bis sein und seiner Verbündeten Recht auf Leben und Entwicklung gesichert ist. In seiner Einigkeit ist das deutsche Volk unüberwindlich. Der Reichstag weiß sich darin eins mit den Männern, die in heldenhaftem Kampfe das Vaterland schützen. Der unvergängliche Dank des ganzen Volkes ist ihnen sicher."

In namentlicher Abstimmung gaben 212 Abgeordnete ihre Stimme für die Resolution, 126 Abgeordnete gegen die Resolution ab, während sich 17 Abgeordnete der Stimme enthielten Die Minderheit setzte sich aus den Konservativen, einem Teil der deutschen Fraktion, den Nationalliberalen, einigen Zentrumsabgeordneten und den unabhängigen Sozialdemokraten zusammen. Daß die Resolution mit so großer Mehrheit zustande gekommen ist, darf sich die Fraktion als ihr Verdienst zuschreiben. Durch ihre zielbewußte Politik tatkräftigen Handelns, die sich von Anbeginn des Krieges an in gleichem Maße ihrer Verantwortlichkeit bewußt wie jeder leeren Demonstrationspolitik abhold war, hat sie allmählich die Stimmung im Reichstag zugunsten dieser Friedenspolitik beeinflußt und reif gemacht, bis sie in der Julitagung 1917 durch ihre entschlossene ruhige Haltung den Mehrheitsblock im Reichstag und die für die Herbeiführung des Friedens so außerordentlich wichtige Entscheidung des gesamten Reichstags ermöglichte.

---

4. Der Kampf für Freiheit und Demokratie.

Ebenso wie für die Freiheit nach außen ist die Fraktion von Anbeginn an für die freiheitliche Ausgestaltung des Deutschen Reiches im Innern eingetreten. Sie forderte sie stets als eine selbstverständliche Ergänzung der in schwerem Kampfe gegen äußere Feinde zu erringenden Freiheit und Unabhängigkeit des Landes. In allen Reden, in denen sie für den Frieden wirkte, ist sie deshalb auch zugleich stets für eine tatsächliche Neuorientierung im Sinne der Demokratisierung und Parlamentarisierung eingetreten. Auch in dieser Beziehung haben sich die Dinge allmählich aus bescheidenen Anfängen, aus Wünschen und Hoffnungen bis zu entschiedenen Forderungen, unumgänglichen Notwendigkeiten und werdenden Wirklichkeiten entwickelt.

Als Italien dem Ringe der Gegner beitrat und der Reichstag dazu Stellung nahm, bekundete Genosse Ebert (in der 12. Sitzung vom 29. Mai 1915) die Entschlossenheit der deutschen Sozialdemokratie, gemeinsam mit unserem Volke alles für unsere wirtschaftliche und politische Selbstbehauptung einzusetzen. Aber angesichts der ungeheuren Leistungen dieses Volkes forderte Genosse Ebert: „Einem solchen Volke darf nicht länger vorenthalten werden, worauf es längst berechtigten Anspruch hat, das es längst besitzen müßte: staatsbürgerliche Gleichberechtigung aller auf allen Gebieten!"

Bei der Etatsberatung im April 1916 (39. Sitzung) führte Genosse Ebert den gleichen Gedanken aus, aber unter ausführlicherer Darlegung der Unfreiheiten und Mißstände im einzelnen, die zu beseitigen sind. Nicht als Gegengabe für die geleisteten Dienste verlangt der Arbeiter freiheitliche Einrichtungen im Innern. „Unsere Stellung zur Landesverteidigung darf kein Objekt eines politischen Schachergeschäftes sein. Aber, meine Herren, wer glaubt, die Lehren dieses Krieges unbekümmert beiseite schieben zu können, der wird furchtbare Enttäuschungen erleben. Das neue Schützengrabengeschlecht, das in langen Monaten in Kampf und Gefahr dem Tod ins Auge geschaut habe, dem Tode, der keine Klassen und keine Ausnahmen kennt, werde sein politisches Leben nicht wieder in die Drahtverhaue des Dreiklassenwahlsystems hineinzwingen lassen."

Ebenso ging Genosse Scheidemann, unser zweiter Redner (in der 40. Sitzung am 6. April), auf den engen Zusammenhang des Krieges mit der inneren Lage des Volkes ein. Hätten die Völker der kriegführenden Länder wirklich schon demokratisches Volksrecht und ein Selbstbestimmungsrecht über Krieg und Frieden, so wäre der Krieg vermieden worden. „Daher sage ich: wer für die Zukunft Kriege verhüten will, muß mitkämpfen für die Demokratie, muß mitkämpfen gegen die Geheimdiplomatie."

Auch in ihren Reden am 11. Oktober 1916 (64. Sitzung) gingen Scheidemann und David auf diese Frage ein. David formulierte sie so: „Gleiches Recht muß der Krieg bringen, weil er gleiche Pflichten für alle gebracht hat; jeder, der das Wohl unseres Landes will, muß sich sagen, die innerpolitischen, wirtschaftspolitischen, steuerpolitischen, sozialpolitischen Aufgaben nach dem Kriege sind so groß, daß sie nur gelöst werden können, wenn auch die Arbeiterschaft voll daran beteiligt wird und mit Freuden an diesen Aufgaben mitarbeitet." Fast den gleichen Gedanken sprach der Reichskanzler einige Zeit später (am 27. Februar 1917, 83. Sitzung) aus: „Gewaltige politische, geistige, wirtschaftliche, soziale Aufgaben stehen uns nach dem Kriege bevor. Lösen können wir sie nur, wenn die gesamte Kraft, deren Zusammenfassung uns allein befähigt, diesen Krieg zu gewinnen — wenn diese Kraft auch im Frieden fortwirkt, wenn ihr die Bahnen geschaffen werden, in denen sie frei und freudig fortarbeiten kann!" Scheidemann knüpfte an die Worte des Kanzlers an und stellte demgegenüber die Frage, wozu dann noch die krampfhaft aufrechterhaltene militärische Disziplin alten Stils, der Belagerungszustand und die Zensur nützen sollten! Wären sie die Stützen des Reiches in dieser schweren Zeit, so wäre es längst zusammengebrochen. Was uns halte und trage, sei die Einsicht des Volkes in die Notwendigkeiten, es sei nicht Kadavergehorsam, sondern Staatsbürgerverstand. Und dieser, der dem Reiche nach außen hin seine Freiheit sichere, werde auch im Innern der Freiheit und Gleichberechtigung Bahn brechen.

Bei der allgemeinen Besprechung, die sich im März 1917 an den Titel Reichskanzler schloß, behandelte Genosse Noske (95. Sitzung vom 29. März) in gründlicher und nachdrücklicher Weise die Notwendigkeit der sofortigen Neuorientierung: „Wir können nicht zugeben, daß es erforderlich ist, mit dem Beginn der Neuorientierung zu warten, bis der Krieg beendet ist. Gewiß kann nicht der ganze riesige Komplex der schwebenden Fragen im Handumdrehen erledigt werden. Aber was sofort getan werden kann, soll und darf nicht länger auf die lange Bank geschoben werden. Die Regierung kann gar nicht genug zur Erhaltung und Hebung der Stimmung des Volkes tun. Dafür ist der Krieg kein Hinderungsgrund. Der Krieg hindert ja nicht daran, den Volksmassen neue, sehr drückende Steuerlasten aufzupacken. Warum soll lediglich der Fortschritt unterbleiben, und warum soll lediglich das in Deutschland notwendig sein. England ändert sein Wahlsystem mitten im Kriege, dehnt sein Wahlrecht aus, will auch den Frauen ein gewisses Wahlrecht geben. Da sagen meine Freunde: der Reichskanzler möge in dem Falle vom Feinde

lernen." Das Hauptmittel der westlichen Feinde unseres Landes, mit dem gegen Deutschland mit Erfolg Stimmung gemacht werde, sei die deutsche Unfreiheit und die Freiheitsfeindlichkeit des deutschen Regierungssystems. Gewiß sei das nicht die Ursache des Krieges, die in den weltpolitischen Gegensätzen zu suchen sei. Aber die moralischen Faktoren, die gegen Deutschland sprächen, seien auch nicht von geringer Bedeutung. Ihr Gewicht sei durch die russische Revolution erheblich verstärkt worden. Deutschland sei jetzt von Demokratie rings umgeben. „Leider haben wir bis heute nicht den Eindruck gewinnen können, daß die Regierung und die Mehrheit des Reichstages sich zu der großzügigen Reformtätigkeit aufraffen wollen, die im Interesse Deutschlands dringend geboten ist. Das Volk muß deswegen doch dem Vaterlande weiter geben, was zu seiner Sicherung erforderlich ist. Ganz gewiß nicht Junkern und Kapitalisten zuliebe, sondern lediglich zur Sicherung der eigenen Haut. Aber, meine Herren, seien sie sicher, ist die Gefahr abgewendet und bis dahin nichts geschehen, werden wir für das Volk durchzusetzen wissen, worauf es Anspruch erheben kann, wenn nicht im Guten, dann im schärfsten, entschlossensten Kampf."

Unser zweiter Redner in der gleichen Debatte, Genosse David (96. Sitzung vom 30. März 1917), wehrte den Vorwurf eines Redners der unabhängigen Sozialdemokratischen Partei ab, daß unsere Fraktion schuld sei, wenn die Neuorientierung in Deutschland nicht vom Platze käme. „Wenn es nach seinem Willen gegangen wäre, dann hätte sich unsere Partei allerdings am 4. August 1914, wie er sich ausdrückte, nicht vor den Wagen der Regierung spannen lassen. Aber wenn wir damals die Pflicht der Verteidigung unseres Landes im Sinne des Herrn Abgeordneten Haase aufgefaßt hätten, daß die Soldaten zwar hinausgehen sollten, aber die Mittel verweigert werden sollten, die unsere Kämpfer an den Fronten erst in den Stand setzten, die Verteidigung durchzuführen, so glaube ich, daß das der Neuorientierung in unserem Lande keinesfalls nützlich gewesen wäre. Meine Herren, wir hätten damit die Verantwortung übernehmen müssen für die eventuelle Niederlage unseres Landes. Und wie es dann mit den inneren Reformen gegangen wäre, das ist eine Frage, die zu beantworten ich jedem politisch denkenden Menschen überlasse. Ich glaube nicht, daß, wenn der Zar an der Spitze seiner siegreichen Kosaken in Berlin eingezogen wäre, das der innerpolitischen Neuorientierung Deutschlands genützt haben würde." Im weiteren ging David ausführlich auf die konservativen Widerstände gegen die Neuordnung ein und wies nach, daß darin das Hindernis für den Kanzler liege, schon jetzt mit durchgreifenden Reformen zu beginnen. Das dürfe aber kein Grund sein, „Der Reichskanzler muß diesen Kampf führen, es gibt hier kein Entrinnen, es läßt sich kein solcher Fortschritt in Güte machen mit jenen Herren; das hat die Geschichte gezeigt. Der Kampf muß aufgenommen werden, und wir können nicht bloße Worte als Garantie für die Zukunft ansehen." David konstatierte ferner mit Genugtuung, daß die Fortschrittliche Volkspartei und die Nationalliberalen sich entschiedener als sonst für die Notwendigkeit dieser Reformen ausgesprochen hätten. Das Zentrum aber wußte David auf Grund von Bekundungen hervorragender Führer dieser Partei geschickt auf dieselbe Notwendigkeit festzulegen.

Auch bei der Friedensinterpellation vom Mai (109. Sitzung vom 15. Mai 1917) nahm Genosse David in der Abrechnung mit den konservativen Rednern wiederum Gelegenheit, die Frage der freiheitlichen Ausgestaltung unseres Landes zu behandeln. Er erklärte, wie die demokratische Welle, die durch die Welt flute, unmittelbar mit dem Krieg zusammenhänge, der das Mannesbewußtsein stärke und zu politischem Denken erziehe. „Das deutsche Volk will nach dem Kriege kein Sklavenvolk mehr sein, darauf können Sie sich verlassen. Das deutsche Volk setzt sein Alles ein, um seine Freiheit nach außen zu verteidigen, um sich nicht unterwerfen zu lassen, um sich nicht in seiner wirtschaftlichen und politischen Existenz, in seinem kulturellen Aufstieg hemmen zu lassen. Aber dieses selbe deutsche Volk verlangt auch, daß es im Innern ein Volk freier Männer sei, es verlangt, daß anerkannt wird, daß der einzelne, der sich in dieser Weise für das Ganze einsetzt, auch den Anspruch erheben darf auf gleiche Rechte innerhalb der Gesamtheit, daß politische Vorrechte nicht mehr existieren dürfen. Darum verlangen wir die politische Freiheit im Innern, gleiches Recht."

Sehr geschickt wußte am gleichen Tage auch Genosse Landsberg den ursächlichen Zusammenhang zwischen äußerer und innerer Politik eines Landes, der für Deutschland im Krieg dank der deutschen Unfreiheiten so nachteilig geworden sei, darzulegen. Eben deshalb müßte sofort Aenderung erfolgen, damit die jetzt durch mittelalterliche Einrichtungen gebundenen Kräfte des deutschen Volkes frei würden; Deutschland habe alle seine Kräfte nie so notwendig gebraucht wie jetzt.

In der ersten Sitzung nach dem Kanzlerwechsel, durch den die als Erfolg der Julitagung des Reichstags erzielten Anfänge der Neuordnung während des Krieges ihren äußerlich erkennbarsten, wenn auch innerlich und sachlich keineswegs wichtigsten Ausdruck fanden, wies Genosse Scheidemann (in der 116. Sitzung vom 19. Juli 1917) darauf hin, daß der frühere Reichskanzler Bethmann Hollweg während des Krieges innerpolitisch manches gelernt habe. Würde er schon vor dem Kriege die Ueberzeugung gehabt haben, mit der er jetzt das Staatsruder aus der Hand gelegt habe, so wäre manches in Deutschland anders und besser geworden. Am neuen Kanzler kritisierte Scheidemann, daß seine Stellung zum demokratischen Fortschritt nicht befriedigen könne. Der Kanzler müsse mit dem Herzen bei der Sache sein. Das deutsche Volk wolle Taten sehen. Die Demokratisierung sei nicht mehr nur ein Parteiziel, sie sei ein deutsches Volksziel geworden. „Wer uns auf diesem Gebiete entgegentritt, den halten wir für einen Schädling an unserm Volk, den werden wir mit allen Kräften bekämpfen, sei er wer er sei." Dem Reichstage aber rief Scheidemann zu, daß das Volk eine wahre und klare Volksvertretung brauche, es habe nach den ungeheuren Opfern auch das Recht dazu, sie zu verlangen. „Es ist ein Zeichen des erwachenden Kraftbewußtseins, wenn der Reichstag aus eigener Willensentschließung der auswärtigen Politik des Landes die Richtlinien vorschreibt, die, einmal gezeichnet, auch unabänderlich sind."

---

5. Lebensmittelnot und Ernährungsmaßnahmen.

Jeder Krieg ist naturgemäß mit Lebensmittelknappheit und Teuerung verknüpft. Ist der Krieg von kurzer Dauer und spielt er sich nur zwischen zwei Ländern und auf bescheidenen Kriegsschauplätzen ab, so wird die Sorge um die Ernährung von Volk und Heer keine sehr bedenkliche Rolle spielen. Um so mehr mußte aber von vornherein der gegenwärtige Weltkrieg die Volksernährung gefährden, weil er zwischen den größten und mächtigsten, noch dazu auf gegenseitigen Austausch von Lebensmitteln dringend angewiesenen Nationen entbrannte, sich über ungeheure Gebiete erstreckte und Millionen der kräftigsten und arbeitsfähigsten Männer der Erzeugung von Lebensmitteln und dem Handel und Wandel entzog. Dazu kam sehr bald der von England rücksichtslos angekündigte und noch rücksichtsloser mit allen Mitteln seiner Seeherrschaft durchgeführte, vor keinerlei Verletzung internationaler Vereinbarungen zurückschreckende Aushungerungskrieg gegen Deutschland.

Bereits als die schlimmste Gefahr für die Sicherung der Ernährung: die lange Dauer des Krieges, von niemandem vorausgesehen wurde, hatten schon der Sozialdemokratische Parteivorstand und die Generalkommission der Gewerkschaften, lediglich auf Grund sachlicher Erwägungen, der Reichsregierung die nächsten und dringendsten Notwendigkeiten für die Aufrechterhaltung unseres Wirtschaftslebens vorgestellt, indem sie die bekannte Eingabe vom 13. August 1914 einreichten.

Leider hat es lange gedauert, bis dieser frühzeitige und ernste Hinweis auf ernährungswirtschaftliche Notwendigkeiten Erfolg gehabt hat. Der Parteivorstand und die Generalkommission mußten immer erneut durch Eingaben das Gewissen der Regierung schärfen. (Eingaben erfolgten außer der schon erwähnten Eingabe vom 13. August 1914 am 4. November und 10. November 1914, am 15. Januar, 24. Februar, 9. April, 15. Juli, 16. Juli und 15., 16., 18. Oktober 1915.) Daneben wirkten in noch überzeugenderer Weise die harten und unbarmherzigen Tatsachen der Folgen des langen Krieges: das Zusammenschmelzen der Vorräte, die schnell bis ins ungeheuerliche steigenden Preise für die wichtigsten Lebensmittel, die bittere Not, die von den ärmsten Schichten des Volkes aus raschen Schrittes höher und höher stieg und allgemeine Unzufriedenheit erweckte. Trotzdem bestanden die Maßnahmen der Regierung lange Zeit hindurch nur in Verordnungen, in denen mit vielen Worten, aber mit wenig Verständnis für die tatsächlichen Bedürfnisse Besserung versucht wurde.

Da war es in erster Linie unsere Reichstagsfraktion, die bei den verschiedensten Tagungsabschnitten unermüdlich mit Nachdruck und Rücksichtslosigkeit von der Regierung verlangte, was die Not der Stunde gebot. Nicht so sehr im Plenum haben diese Debatten stattgefunden, als in dem Reichshaushaltsausschuß, wo unverblümter gesprochen werden kann. Während der Reichstagstagung im Dezember 1914 trat die Sozialdemokratische Fraktion in der erweiterten Budgetkommission sehr lebhaft gegen die immer schärfer anziehende Teuerung auf. In der Märztagung 1915 begnügte sich der Reichstag mit der Entgegennahme des Berichts des Hauptausschusses, es fand nur eine kurze Debatte darüber statt, in der sich Genosse Wurm über das Verbot des Genusses von Trinkbranntwein äußerte (7. Sitzung vom 19. Mai 1915).

In der Maitagung desselben Jahres fand jedoch schon eine sehr ausgiebige Debatte statt (12. Sitzung vom 29. Mai 1915). Genosse Wurm führte die damals schon erhebliche Lebensmittelteuerung darauf zurück, daß viel zu spät und zu planlos bei der Organisierung der Lebensmittelbeschlagnahme und -verteilung vorgegangen worden sei. Alles, was vom Bundesrat getan wurde, geschah zu langsam und war obendrein mangelhaft, zum Teil ging er dabei von dem verkehrten Grundsatz aus, daß hohe Preise nötig seien, um das Volk zum Sparen zu bringen. Genosse David stellte als Zweck unserer Kritik den Wunsch hin, durch Besserung der Lebensmittelversorgung die Widerstandskraft der Massen zu stärken. Im einzelnen forderte die Fraktion die Herabsetzung der Höchstpreise für alle wichtigen Nahrungsmittel, die Einsetzung eines aus Bundesrats- und Reichstagsmitgliedern gebildeten Ausschusses zur Festsetzung von Höchstpreisen, ferner die Einsetzung einer Reichsstelle zur Sicherstellung der Lebensmittelversorgung mit dem Recht der Beschlagnahmeverfügung, sodann das Verbot der Verfütterung von Brotgetreide und der Herstellung von Alkohol aus Nahrungsmitteln sowie die Einschränkung der Malzverwendung in den Brauereien.

Noch eingehender war die Erörterung in der Augusttagung 1915. Hatte sie im Mai nur einen Tag in Anspruch genommen, so beanspruchte sie im August schon zwei Tage. Genosse Quarck verlangte (in der 15. Sitzung vom 21. August 1915), daß die durchgreifende Organisation, die beim Getreide endlich, wenn auch spät genug, erreicht worden sei, auf alle wichtigen Lebensmittel wie Kartoffeln, Milch, Fleisch, Fette, Hülsenfrüchte, Gemüse ausgedehnt werde. Genosse Segitz geißelte (in der 16. Sitzung vom 23. August) die enormen und unbegründeten Preistreibereien, denen nur noch die Konsumentenorganisationen entgegenzuwirken suchten. Moralische Brandmarkungen der landesverräterischen Halunken, die dem Volke aus Gewinnsucht die Lebensmittel verteuern, nützten aber nichts, es müßte den Mißständen durch wirtschaftliche Maßnahmen, wie die Sozialdemokraten sie fordere, entgegengewirkt werden. Als solche Maßnahmen stellte die Fraktion auf: Errichtung einer Zentralstelle für Lebensmittelversorgung und Herabsetzung der Höchstpreise, besonders für Getreide und Mehl. Sie verlangte ferner Schaffung einer Verteilungsorganisation für die Kartoffeln, Erweiterung der Befugnisse der Kommunalverbänden, Bekämpfung des immer schlimmer werdenden Lebensmittelwuchers, gleichmäßige Verteilung der beschlagnahmten Futtermittel, Festsetzung einer höchstzulässigen Spannung zwischen Getreide- und Mehlpreis, Anpassung der festzusetzenden Preise an die der letzten Jahre vor dem Krieg, Verbot an die Gemeinden, Gewinn aus der Lebensmittelverteilung zu ziehen, Aenderung des Ausmahlverhältnisses bei Getreide zur Vermehrung der Kleie, genauere Bestimmungen über den Begriff Saatgetreide, Höchstpreise für Braugerste, Regelung der Kartoffelversorgung.

Am 30. Oktober 1915 verlangte der Fraktionsvorstand im Hinblick auf den stets unverschämter auftretenden Lebensmittelwucher und die ärger werdende Teuerung, ferner auch wegen der zunehmenden Unzuträglichkeiten des Belagerungszustandes die sofortige Einberufung des Reichstages. Als der Reichstag Ende November zusammentrat, war die Fraktion durch tagelange Beratungen auf die Verhandlungen vorbereitet, besonders auf die Erörterung der Ernährungsfrage. Sie hatte eingehende Anträge formuliert, in denen die Regierung um weitere und zweckmäßigere Ausgestaltung der Lebensmittelversorgung und Durchführung sicherer Garantien ersucht wurde. Die Forderungen bezogen sich besonders auf die Kartoffelversorgung, die Versorgung mit Gemüse und Obst, die Vieh- und Fleischversorgung, die Versorgung mit Zucker, Brennmaterial und Rohstoffen. Bei den eingehenden Beratungen des Ausschusses für den Reichshaushalt über die Ernährungsfrage traten unsere Redner unter anderem ein für rücksichtslose Anwendung aller Maßregeln, die geeignet sind, die Lebensmittelpreise zu verbilligen und die Versorgung besser und erträglicher zu gestalten, für Fleisch- und Fettkarten, Regelung der Milchversorgung und der Kartoffelversorgung, für rücksichtslose Strafbestimmungen gegen Lebensmittelwucherer, für Beschlagnahme und Rationierung der wichtigsten Lebensmittel, für Herabsetzung der Höchstpreise, für eine Zentralstelle zur Regelung der Ernährungsfragen, für möglichste Ausschaltung des preistreibenden Zwischenhandels, für energische Maßregeln, um den Wucher mit dem Leder und den Lederfabrikaten zu bekämpfen, für Höchstpreise für Gerbstoffe und gegen die Gewinnpolitik der Kriegsledergesellschaft, für Höchstpreise für Gemüse, für Einführung einer kombinierten Karte, die den Bezug von Butter, Schmalz, Margarine und anderen Fetten regelt, für Höchstpreise in Groß- und Kleinhandel, alle Fleischarten, Fleischwaren und Wurst, abgestuft nach Fleischsorten, für Höchstpreise für Vieh ab Stall und Schlachtviehmarkt.

In den Plenarverhandlungen im Januar 1916, die sich über vier Tage hinzogen (26—29. Sitzung vom 11.—14. Januar 1916) vertraten diese Forderungen die Genossen Robert Schmidt und Simon. Ersterer forderte mit besonderem Nachdruck die Rationierung der wichtigsten Lebensmittel. „Und nur schnell, nur nicht das ängstliche Fragen: wird es auch gehen oder könnte es nicht fehlschlagen?" Bei der Brotfrage habe man auch schnell gehandelt und es

sei gegangen. „So würde manches auch gehen, vor dem man heute zurückschreckt, und es würde manches zum Vorteil in der Gestaltung unserer ganzen innerpolitischen Verhältnisse gereichen, wenn etwas mehr gewagt und nicht immer zu viel erwogen würde. Das paßt nicht für unsere Zeit." Mit der gleichen Mahnung schloß Genosse Simon: „Mit guten Worten und mit gutem Willen allein läßt sich in der gegenwärtigen Zeit nicht durchkommen. Da muß auch die Entschlußkraft dahinterstehen, daß das, was man für notwendig hält, auch rücksichtslos durchgeführt wird. Daran hat es die Regierung fehlen lassen, da hat sie hin und her geschwankt. Für schwankende Gestalten ist aber in dieser schweren Zeit kein Platz und soll auch kein Platz vorhanden sein."

Zur Maitagung 1916 hatte die Fraktion wiederum die Erörterung der Ernährungsfragen gründlich vorbereitet. Im Reichshaushaltsausschuß kritisierten unsere Vertreter aufs schärfste die mangelnde Tatkraft der Regierung in der Ueberwindung der Lebensmittelschwierigkeiten und brachten eine Reihe von Resolutionen ein, die von der Regierung im Wege der Verordnung weitere Maßnahmen forderten, um unsere Volksernährung durch eine gleichmäßige Verteilung der Lebensmittelbestände und der Zufuhr vom Auslande unter Festsetzung mäßiger Preise sicherzustellen. Zur sofortigen Durchführung wurde sodann eine Reihe wichtiger Forderungen erhoben, die sich auf die landwirtschaftliche Produktion, besonders auf die Versorgung mit Vieh, Fleisch und Kartoffeln bezogen. Im Plenum sprach als erster Redner der Fraktion Genosse Hoffmann-Kaiserslautern (61. Sitzung vom 7. Juni 1916), der sich mit ebenso großer Schärfe wie Sachkenntnis zu dem Gesamtproblem der Kriegsernährung äußerte und dabei insbesondere die Zusammensetzung des neugeschaffenen Kriegsernährungsamtes kritisierte und eine organische Angliederung des parlamentarischen Ernährungsbeirats an das Kriegsernährungsamt verlangte. Er trat ferner ein für kommunale Massenspeisungen, unter Ablehnung der Teilung der Massenspeisung in Mittelstands- und Volksküchen, für umfassende und organische Produktion von Lebensmitteln, gegen Grenzsperren und Ausfuhrverbote im Innern, gegen Einberufung erfahrener Kommunalbeamter zur Fahne, gegen den Lebensmittelwucher und die milde Justiz bei wucherischen Handlungen, gegen die Ungleichheit der Ernährung zwischen Stadt und Land und die krasse Ungleichheit der Ernährung zwischen Besitzenden und Besitzlosen, gegen alle agrarischen Bestrebungen in der Lebensmittelversorgung; er forderte rücksichtsloses Vorgehen gegen private und spekulative Anhäufung von Lebensmitteln, Beschlagnahme aller Lebensmittel und Freigabe der Kritik gegen alle Mängel in der Lebensmittelversorgung.

In dieser Sitzung stellte sich in vorgerückter Stunde auch der neu ernannte Präsident des Kriegsernährungsamtes v. Batocki durch eine kurze Rede dem Hause vor.

Als zweiter Redner war wiederum Genosse Simon tätig, der (62. Sitzung vom 8. Juni 1916) vorzugsweise gegen die Mängel in der Lederversorgung, den Wucher mit Lederfabrikaten und die Mängel der Kriegsleder-Aktiengesellschaft eintrat; er brachte ferner die Notlage der selbständigen Schuhmacher zur Sprache und trat für eine durchgreifende Organisation auf dem Gebiete der Lederversorgung und -verarbeitung ein.

Im November 1916 kamen abermals nach eingehenden Erörterungen im Hauptausschuß, an denen sich hauptsächlich diejenigen unserer Genossen beteiligten, die Mitglieder des Ernährungsausschusses waren, die Ernährungsverhältnisse zur eingehenden zweitägigen Behandlung. Wieder führte für unsere Fraktion Genosse Robert Schmidt das Wort. (74. Sitzung vom 4. Oktober 1916). Er wies zunächst die häufig von interessierter oder mangelhaft unterrichteter Seite aufgestellte Behauptung zurück, daß wir uns beim freien Handel günstiger stünden, als bei dem allmählich geschaffenen System der öffentlichen Bewirtschaftung. Es bestehe gar kein Zweifel, daß ohne den Zwang in unserer Wirtschaftspolitik die Preise allgemein noch weit höher sein würden, vielleicht hätten wir inzwischen schon den völligen Zusammenbruch erlebt. Leider fehle noch der Produktionszwang. Die Regierung sträube sich dagegen; aber das habe sie früher auch gegen andere unserer Vorschläge getan, die sie schließlich unter dem Zwange der Not doch habe ausführen müssen. Schmidt würdigte dann kritisch die fünfmonatige Tätigkeit des Kriegsernährungsamtes, die ihn nicht befriedigte. Ferner ging er auf den Wucher beim Viehhandel und auf dem Obst- und Gemüsemarkt ein, ebenso auf die hohen Provisionen, auf die Unzulänglichkeit der Organisation verschiedener Reichsstellen, auf die späte Einführung der Fleischkarte und auf die Preistreibereien beim Zucker und schloß mit der unbedingten Forderung der Rationierung aller notwendigen Lebensmittel. Wenn es schon an Nahrungsmitteln fehle, so solle wenigstens durch Gleichmäßigkeit der Einteilung und Zuweisung ein Ausgleich gesucht werden.

Die letzte Ernährungsdebatte in der Berichtsperiode fand im Mai 1917 statt. Es wurde abermals nach voraufgegangenen sehr umfangreichen Beratungen des inzwischen gebildeten Reichstagsausschusses für das Ernährungswesen an drei Tagen das Gesamtgebiet unserer Volksernährung im Kriege nach allen Seiten hin durchleuchtet und untersucht. Wieder war von unserer Fraktion als erster Redner Genosse Robert Schmidt tätig (105. Sitzung vom 10. Mai 1917), der sich zunächst mit einer ebenso agrarfreundlich wie städtefeindlich abgestimmten Rede des Vertreters des Zentrums, eines bayerischen Geistlichen, auseinanderzusetzen hatte. Unter lebhaftem Beifall unserer Fraktion gab Genosse Schmidt seinem Befremden darüber Ausdruck, daß so viel Unverstand im Reichstage noch vorgetragen werden könne. Schmidt ging sodann auf die mannigfachen Mängel und Unterlassungssünden des Kriegsernährungsamtes ein, die hauptsächlich auf die große Rücksicht zurückzuführen seien, die immer noch zum Schaden der Konsumenten auf die landwirtschaftlichen Erzeuger genommen würde. Er behandelte die sehr ernste Kartoffelfrage, die Maßschiebungen in Bayern und den sonstigen Schleichhandel und griff dann vor allen Dingen in scharfen Worten den preußischen Landwirtschaftsminister als den Vater aller Hindernisse an. Schmidt schloß: „Niemand verkennt die Schwierigkeiten, die in der Volksernährung vorhanden sind. Ich habe mehr denn einmal betont: ich verkenne auch nicht die Erschwernisse, die die Landwirtschaft zu überwinden hat; ich bin der letzte. Ich verlange nur von der Landwirtschaft, daß sie sich bemüht, sich den Verhältnissen anzupassen und auch den Wünschen der städtischen Bevölkerung gerecht zu werden, daß sie erkennen möge, daß wir nichts Unbilliges verlangen, daß wir selbst in der Zwangslage sind, ihr manche Härte aufzuerlegen, die wir selbst als solche empfinden, die wir aber nicht vermeiden können, wenn wir in unserer Ernährung nicht zusammenbrechen wollen. Davor wollen wir unser Volk bewahren."

Unser zweiter Redner war Genosse Stubbe (107. Sitzung vom 12. Mai 1917), der darauf hinwies, daß von Anfang an bestimmte Schichten der Agrarier die notwendigen Maßnahmen für die Ernährung des Volkes durchkreuzt hätten, indem sie entweder jeder Anordnung direkt entgegengetreten seien oder sie doch als schlecht und unbrauchbar bezeichnet hätten. Man übte vielfach passive Resistenz. Ein schwerer Fehler sei die Verkoppelung der Kommunalwirtschaft mit dem freien Handelsverkehr gewesen, ebenso die fortgesetzte Vertröstung der Bevölkerung auf eine gute Ernte. Die Höchstpreise seien nicht immer zur rechten Zeit angesetzt worden, viel Land liege noch brach, Korn werde noch vielfach verfüttert, die Kartoffelpolitik sei verfehlt gewesen, Luxus-

pferde könne man noch zahlreich sehen, der Schleich- und Kettenhandel sei eine Schande. Die durch alle diese Dinge immer mehr zunehmende Erregung in der Bevölkerung könne nur durch eine gesunde Preispolitik und durch rücksichtslose Bekämpfung des Wuchers eingedämmt werden.

Zusammenfassend kann man sagen, daß die Fraktion in der Ernährungsfrage zu jeder Zeit und in allen Einzelheiten auf dem Posten gewesen ist, daß sie stets rücksichtslos die Schäden bloßgestellt hat, in den Ausschußberatungen noch offener und rücksichtsloser als in den Vollsitzungen. Gerade dieser unausgesetzten Kritik, der aber stets durch praktische und gesunde Reformvorschläge ein positiver Inhalt gegeben worden ist, kann es zum großen Teil zugeschrieben werden, wenn die Ernährungsverhältnisse in Deutschland nicht noch schlimmer geworden sind, und wenn das deutsche Volk selbst im vierten Kriegsjahre trotz aller Nöte und Entbehrungen im einzelnen doch als Ganzes nicht ausgehungert werden konnte.

---

6. Sozialpolitisches.

Zum ersten Male kamen in der 7. Sitzung vom 19. März 1915 sozialpolitische Angelegenheiten in einer Vollsitzung des Reichstags ausgiebig zur Erörterung. Von unserer Fraktion sprach Genosse Robert Schmidt, der davon ausging, daß der Krieg die hohe Bedeutung einer wirksamen Sozialpolitik für die Widerstandskraft eines Volkes dargetan habe. Er wandte sich dann den mannigfachen Mißständen zu, die durch die Kriegsnotwendigkeiten, aber dank der Kurzsichtigkeit der Unternehmer auch über diese hinaus, in der Sozialpolitik zutage träten. Besonders zeigten sie sich im Bergbau. Eingehend beschäftigte sich Genosse Schmidt auch mit der Unterstützung der Kriegsteilnehmer und verlangte im besonderen Ausdehnung der Wöchnerinnenunterstützung.

Am 29. Mai 1915 (in der 12. Sitzung) sprach Genosse Sachse für die Fraktion, der besonders die Beschwerden der Bergarbeiter vortrug. Zu einer längeren Debatte kam es in der Augusttagung (19. Sitzung vom 26. August 1915), die vom Genossen Bauer eingeleitet wurde. Er bezeichnete als das wirksamste Mittel für jede Sozialpolitik, besonders für die zahlreichen Anforderungen nach dem Kriege, die gewerkschaftlichen Arbeiterorganisationen. Sie erziehen die Arbeiter zur Solidarität, zum Gemeinsinn, sie erringen ihnen eine bessere Lebenshaltung und schützen sie in der Zeit der Not vor Verelendung. Die Beurteilung des Wertes der gewerkschaftlichen Organisation sei zwar während des Krieges eine verständigere geworden. Der Herr Staatssekretär Dr. Delbrück habe sogar anerkannt, daß die Gewerkschaften eine segensreiche Tätigkeit entfalten und heute für unser Wirtschaftsleben unentbehrlich seien. Leider sei aber diese Erkenntnis noch nicht allgemein, besonders fehle sie noch vielen kommandierenden Generalen, auch in den Staatsbetrieben werde nicht danach gehandelt, und den landwirtschaftlichen Arbeitern und Dienstboten werde vielfach noch die Freizügigkeit vorenthalten. Im einzelnen ging Bauer auf Mißstände im Bergbau, im Bäckergewerbe und in der Textilindustrie ein und schloß mit einer gründlichen und sachkundigen Kritik des Unterstützungswesens für Kriegsbeschädigte und für die Angehörigen und Hinterbliebenen von Kriegsteilnehmern.

In der 29. Sitzung (vom 14. Januar 1916) nahm Genosse Molkenbuhr namens der Fraktion das Wort. Schutz des keimenden Lebens, Wochenhilfe, Kinderzuschüsse, durchgreifende Kinderpflege, wie überhaupt planmäßiger Ausbau des Rentenwesens waren die Forderungen, für die er in erster Linie ein-

trat. Für die Zeit nach dem Kriege müßte durch Arbeitsvermittelung, Arbeitslosenunterstützung, Ausbau der Arbeiterschutzgesetzgebung und vor allen Dingen durch Würdigung und Unterstützung des Gewerkschaftswesens die schwere Schädigung des Krieges überwunden werden. „Wenn richtige Menschenökonomie getrieben wird, wird Deutschland in der Lage sein, diese Schäden des Krieges bald zu überwinden, und es wird ein neuer Aufschwung Deutschlands eingeleitet werden." Genosse Brandes ergänzte als zweiter Redner diese Ausführungen, indem er besonders auf die mangelnde Unterstützung der Kriegerfrauen, auf den Schutz der arbeitenden Frauen und Jugendlichen hinwies und Verwahrung dagegen einlegte, daß sozialdemokratische Arbeiter noch immer nicht vor politischen Maßregelungen sicher seien.

In besonders eingehender Weise wurden die sozialpolitischen Angelegenheiten bei der Maitagung 1916 besprochen. Von unserer Fraktion rollte diesmal Genosse Giebel (50. Sitzung vom 19. Mai 1916) alle in Betracht kommenden wichtigen Fragen durch wohlerwogene Kritik und wertvolle Anregungen auf. Aus der Kriegserfahrung müsse die Lehre gezogen werden, daß die Arbeiterinteressen als Allgemeininteressen des Volkes künftig mehr denn je staatlich geschützt und gefördert werden müßten. Im besonderen behandelte Genosse Giebel die ihm besonders vertrauten Verhältnisse der Privatangestellten, vornehmlich des weiblichen Personals. Auf die Fragen der Kriegsfürsorge ging in derselben Sitzung Genosse Schmidt-Meißen ein; er behandelte ferner die Lage der Textilarbeiterinnen, der Handweber, der aus besetzten Gebieten herangezogenen Arbeiter und der Landarbeiter. Genosse Brühne behandelte die durch den Krieg so außerordentlich erschwerte Lage des Handwerks, Genosse Stücklen die ungleichen Besoldungsverhältnisse der Beamten in der Zivilverwaltung der besetzten Gebiete.

Im November (74. Sitzung vom 4. November 1916) legte bei der Erörterung von einschlägigen Resolutionen Genosse Hierl die Notwendigkeit einer ständigen Erhöhung der Familienunterstützung für Kriegsteilnehmer dar, die sich aus der ständigen Steigerung aller Lebensmittelpreise ohne weiteres ergebe.

Bei der Beratung des Etats des Reichsamts des Innern im März 1917 besprach Genosse Hoch die sozialpolitischen Fragen (87. Sitzung vom 20. März 1917). Er bemängelte, daß durch die dem Bundesrat überlassenen Vollmachten so viele Arbeiterschutzbestimmungen außer Kraft gesetzt worden seien, viele noch in Geltung befindliche obendrein nicht beachtet würden; er machte dem Reichsamt des Innern ferner zum Vorwurf, daß es die ihm anvertrauten Anliegen der Sozialpolitik gegenüber den anderen Reichsämtern nicht in genügender Weise vertrete. Als zweiter Redner setzte sich Genosse Molkenbuhr (in der 88. Sitzung vom 21. März 1917) mit verschiedenen wenig sachverständigen Aeußerungen des Staatssekretärs Dr. Helfferich auseinander und entwickelte im Anschluß daran ein Programm der sozialpolitischen Aufgaben des Reiches nach Beendigung des Krieges. Das ganze Arbeiterrecht müsse reformiert werden. Genosse Brühne behandelte in der gleichen Sitzung wiederum Handwerkerfragen, besonders Schäden des Submissionswesens. Er nahm sich ferner mit warmen Worten der vielen durch den Krieg geschaffenen Waisenkinder an.

In der 98. Sitzung vom 2. Mai 1917 kamen beim Kapitel Pensionsfonds, Rentenfragen, Entschädigungsfragen, Familienunterstützungsfragen und ähnliche Angelegenheiten zur Sprache. Den Standpunkt unserer Fraktion vertrat dazu Genosse Hoch.

Außer auf den Gebieten der Kriegssozialpolitik wurde auch ein kleiner Fortschritt auf dem Gebiet der Arbeiterversicherung erzielt. Nach dem Einführungsgesetz zur Reichsversicherungsordnung mußte im Jahre 1915 neu über die Altersgrenze für die Altersrente entschieden werden.

(30. Sitzung vom 15. Januar 1915.) Diesmal stimmte der Reichstag unserem vom Genossen Molkenbuhr begründeten Antrag, die Altersgrenze auf das 65. Lebensjahr herabzusetzen, fast einstimmig zu. Unsere Genossen hatten aber sowohl bei der Beratung der Reichsversicherungsordnung als auch später bei jeder sich bietenden Gelegenheit darauf hingewiesen, daß auch die geradezu lächerlich geringen Waisenrenten aus den verfügbaren Mitteln erhöht werden könnten. Die Regierung mußte zugeben, daß die Zahl der Waisen nicht so groß ist, wie man erwartet hatte. Die Regierung brachte daher eine Vorlage ein, nach der die Altersgrenze auf das 65. Lebensjahr herabgesetzt und die Waisenrente etwas erhöht werden sollte. An Waisen wird nach der Reichsversicherungsordnung neben dem Reichszuschuß von 25 Mk. für jedes Kind für das erste Kind drei Zwanzigstel, und für jedes weitere Kind ein Vierzigstel des Grundbetrages und der Steigerungssätze gegeben, auf welche der Ernährer am Tage seines Todes Anspruch hatte. Die Regierung beantragte, den Teil für weitere Kinder von einem Vierzigstel auf ein Zwanzigstel zu erhöhen. Unsere Genossen beantragten, den Reichszuschuß auf 50 Mk. für jedes Kind und die Leistungen der Versicherungsträger auf drei Viertel des Grundbetrages der Invalidenrente für jedes Kind festzusetzen. Durch Annahme dieses Antrages wäre die Waisenrente für jedes Kind auf durchschnittlich 113 Mk. gestiegen. Wie es in solchen Fällen die Regel ist, stellte auch jetzt das Zentrum einen Vermittlungsvorschlag, wonach der Teil der Versicherungsträger für alle Waisen auf drei Zwanzigstel des Grundbetrages und der Steigerungssätze festgesetzt werden sollte. Dieser Antrag wurde angenommen. Die Annahme des Antrages hat den Erfolg, daß an Stelle der jetzigen Renten, die nach den Festsetzungen des Jahres 1914 durchschnittlich für die ersten Kinder 40 Mk. und für jedes weitere Kind 27,50 Mk. betrugen, nun für jedes Kind auf 40 Mk. steigen. Die Renten werden aber noch höher, da bei Berechnung der Steigerungssätze für die Waisenrenten nur die Beiträge gerechnet werden, die nach dem 1. Januar 1912 bezahlt sind.

Gleichzeitig beantragten unsere Genossen die Streichung der §§ 1294 und 1295 der Reichsversicherungsordnung, wonach die Hinterbliebenenrenten gekürzt werden, wenn sie den eineinhalbfachen Betrag der Invalidenrente übersteigen. Auch dieser Antrag wurde angenommen und dementsprechend auch § 1291 geändert, wonach die Kinderzuschüsse bei Invalidenrenten nur die Hälfte der Invaliden- oder Krankenrente betragen dürfen. Diese Kürzungen traten bei kinderreichen Familien ein; bei Invaliden- und Krankenrenten, wenn mehr als 5 Kinder vorhanden waren, oder bei Hinterbliebenenrenten würden sie, wenn eine invalide Mutter vorhanden ist, nach den jetzt beschlossenen Erhöhungen schon beim dritten oder vierten Kind eingetreten sein. Große Kinderzahl wird in der Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung in Zukunft nicht mehr ein Grund für Rentenkürzungen sein.

Bei der Herabsetzung der Altersgrenze beantragten unsere Genossen, daß auch die Karenzzeit von 1200 auf 1000 Beitragswochen herabgesetzt werden solle. Dieser Antrag wurde abgelehnt. Die erhöhten Waisenrenten sollen an alle Waisen gezahlt werden, deren Renten nach dem 31. Dezember 1915 festgelegt sind. Die Altersrente wird jetzt auch an alle Versicherten bezahlt, die nach dem 31. Dezember 1915 das 65. Lebensjahr vollendet haben und die Erfüllung der Karenzzeit nachweisen. Für jedes Jahr, um welches sie am 1. Januar 1891 das 35. Lebensjahr überschritten hatten, werden 40 Wochenbeiträge berechnet.

---

7. Heeresangelegenheiten.

In den Beratungen des Haushaltsausschusses hat die sozialdemokratische Fraktion sofort, als sich dazu die erste Möglichkeit bot, die mannigfachen Wünsche und Beschwerden vorgetragen, die ihr aus den Kreisen der Millionen Soldaten daheim, in der Etappe und im Felde zuströmten. Sie hat auch im weiteren Verlauf des Krieges die Sitzungen des Haushaltsausschusses dazu benutzt, in eingehender und ungeschminkter Weise das wichtigste und charakteristischste aus dem als Ergebnis der wachsenden Heeresziffer und zugleich als Folge unserer parlamentarischen Tätigkeit immer mehr anschwellenden Material an Klagen und Wünschen zur Sprache zu bringen. Alles Material vorzulegen, war freilich unmöglich, da es teilweise aus Wiederholungen der gleichen oder ähnlicher Beschwerden bestand, teilweise für die Mitteilung nicht geeignet war, vor allen Dingen aber sehr viel Zeit in Anspruch genommen hätte. Es ist darum aber kein an die Fraktion oder an eines ihrer Mitglieder gerichtetes Schreiben sachlich unerledigt geblieben. Zahlreiche Wünsche wurden im mündlichen oder schriftlichen Verkehr mit dem Kriegsministerium unmittelbar erledigt, die andern, sofern sie nicht im einzelnen zur Behandlung gelangten, dienten dazu, den Nachdruck zu verstärken, mit dem unsere Redner ihre Wünsche vortrugen.

Im Plenum begann die Fraktion mit der öffentlichen Kritik im August 1915. Genosse Stücklen (19. Sitzung vom 26. August 1915) sagte über die Zurückhaltung, die sich bis dahin jeder Parlamentarier angesichts der ganzen Lage aufzuerlegen genötigt war: „Wir stehen da im Gegensatz zu den Parlamenten der mit uns im Krieg befindlichen Staaten: England, Frankreich, ja auch Rußland. Wenn in diesen Parlamenten mehr oder minder heftige Angriffe gegen die Führung der Armeen erhoben worden sind, so liegt für den Deutschen Reichstag erfreulicherweise kein Anlaß vor, eine Kritik nach dieser Hinsicht zu üben. Das deutsche Volk erkennt ohne weiteres die Strategie der deutschen Heerführer an, der Hindenburg, Mackensen, Linsingen und ihrer Unterführer, denen es gelungen ist, unterstützt durch das aufopfernde, hingebende Verhalten der ihnen unterstellten Truppen, Deutschland vor der russischen Invasion zu bewahren. Wenn wir in den Grenzen, die unter den gegebenen Umständen natürlich beachtet werden müssen — das erkennen auch wir ohne weiteres an —, Kritik üben, so geschieht das aus einer unabweisbaren Notwendigkeit heraus. Sollte diese Kritik im Auslande verzerrt und entstellt wiedergegeben werden, so muß das ertragen werden, wie auch kaum jemals in einem Kriege soviel mit Entstellungen aller Art gearbeitet wurde, wie gerade in dem ungeheuren Völkerringen, das wir gegenwärtig erleben. Meine Herren, ein nach so schrecklichen Kämpfen intakt gebliebenes Heerwesen wie das deutsche kann durch kritische Betrachtungen nicht einbüßen, sondern nur gewinnen. Unsere Freunde im Waffenrock würden es einfach nicht verstehen, wenn wir ihren Wünschen und ihren Beschwerden nicht gerade von dieser Stelle aus Ausdruck geben würden, von der aus allein man gegenwärtig frei und offen reden kann. Wir haben dazu um so mehr das Recht und die Pflicht, als die Sozialdemokratie durch die Tat bewiesen hat, daß sie in der Stunde der Gefahr das Vaterland nicht im Stiche ließ."

Eine Anzahl von Klagen, die von der Fraktion vorgebracht werden mußten, fand Berücksichtigung, so daß unsere Redner auf sie nicht zurückgreifen brauchten, andere Klagen mußten immer wiederholt und mit wachsender Schärfe zur Sprache gebracht werden, ehe sie das nötige Entgegenkommen fanden. Leider kehrten aber zahlreiche Klagen bis zur letzten Behandlung militärischer Fragen im Mai 1917 regelmäßig wieder. Die Abstellung der geschilderten Mängel

war nicht zu erreichen, sie wurzelten so tief im herrschenden System, daß sie oft trotz des guten Willens der militärischen Zentralbehörden gegenüber den untergeordneten Behörden und Vorgesetzten nicht zu beseitigen waren. Es versteht sich von selbst, daß die Fraktion auch gegenüber solchen Uebelständen nicht erlahmt, sondern tatkräftig weiterwirkt.

Die Kriegsbesoldungsordnung war die erste Heeresangelegenheit, die von unserer Seite zur Sprache gebracht wurde. Genosse Stücklen (18. Sitzung vom 25. August 1915 und 30. Sitzung vom 15. Januar 1916) trug die auffällige Tatsache vor, daß die Kriegsbesoldungsordnung, obwohl nach ihren Bestimmungen erhebliche Ausgaben der vom Reichstage bewilligten Gelder gemacht wurden, dem Reichstage nicht zur Kenntnis gebracht worden sei. Sie sei sogar nur mit großen Schwierigkeiten zu erhalten gewesen, weil die Besoldungen angeblich eine Sache der Kommandogewalt des Kaisers seien. Stücklen kritisierte die ungleichen Sätze der Besoldungsordnung, wonach in vielen Fällen blutjunge Beamte der Kriegsverwaltung außerordentlich hohe Gehälter beziehen. Aber auch allgemein waren die Gehaltssätze so hoch, daß sich manche Leute draußen im Felde über das viele Geld wunderten, mit dem sie auf einmal überschüttet wurden. Stücklen verlangte eine allgemeine Revision der Kriegsbesoldungsordnung. Der Reichstag mußte aber erst zweimal einen dahingehenden, von uns gestellten Antrag annehmen, ehe der Bundesrat sich entschloß, diese allgemeine Revision zuzugestehen, nachdem allerdings vorher im einzelnen manche Verbesserung der Besoldungsverhältnisse herbeigeführt worden war.

Die übrigen Heeresangelegenheiten wurden erörtert: in der 19. Sitzung vom 26. August 1915 durch den Genossen Stücklen, in der 31. Sitzung vom 17. Januar 1916 durch die Genossen Schöpflin und Davidsohn, in der 41. Sitzung vom 7. April 1916 durch den Genossen Davidsohn, in der 60. Sitzung vom 6. Juni 1916 durch den Genossen Stücklen, in der 72. Sitzung vom 2. November 1916 durch den Genossen Stücklen, in der 73. Sitzung vom 3. November 1916 durch die Genossen Heine und Quarck, in der 100. Sitzung vom 4. Mai 1917 durch den Genossen Schöpflin, in der 102. Sitzung vom 7. Mai 1917 durch den Genossen Davidsohn, in der 103. Sitzung vom 8. Mai 1917 durch den Genossen Schulz, in der 110. Sitzung vom 16. Mai 1917 durch die Genossen Stücklen, Hoch, Schöpflin, Stahl, Scheidemann und Ewald.

Die Klagen bezogen sich in erster Linie auf die Behandlung der Mannschaften. Es wurde kritisiert, daß die Behandlung sehr oft noch ganz im Stile der Friedenszeit erfolge, daß junges oder unpassendes Ausbildungspersonal vorhanden sei, daß keine Rücksicht darauf genommen werde, ob die auszubildenden Mannschaften schon alte angegraute Landsturmleute oder junge Rekruten seien. Die Disziplin werde nicht mit den richtigen Mitteln aufrechterhalten, hohe Strafen, oft für harmlose Vergehen, seien jedenfalls kein passendes Mittel. Mit den Ehrenbezeugungen werde grober Unfug getrieben, besonders in Ruhestellungen und Garnisonen, hohe Offiziere nähmen hier oft keine Rücksicht auf Krüppel. Die körperlichen Mißhandlungen der Soldaten hätten dank der fortgesetzten Kritik nachgelassen, aber es gebe seelische Mißhandlungen, unter denen gerade das mannigfach zusammengesetzte, an Alter, Bildung, Lebenserfahrung, Charakter so außerordentlich ungleiche Soldatenmaterial während des Krieges schwer leide. Auch an überflüssigem Drill werde noch viel geleistet. Paraden und Besichtigungen hätten militärisch keinen Wert und dienten nur dazu, durch die vorausgehende Nervosität der Vorgesetzten die Behandlung der Mannschaften noch zu verschlechtern. Mit besonderer Schärfe kritisierten unsere Redner, daß noch die Strafe des Anbindens im

Felde in Geltung sei, und sie verlangten ihre Beseitigung. Ein sozialdemokratischer Antrag verlangte, daß der Reichskanzler sich schleunigst gegen Mißhandlung und schlechte Behandlung der Soldaten wenden möge und alle Beschränkungen des Beschwerderechts zur Aufhebung bringe. Der Antrag wurde zwar abgelehnt, aber er blieb dennoch nicht ohne Wirkung. Es wurden scharfe Erlasse an die Truppenbefehlshaber herausgegeben, außerdem erklärte der Kriegsminister von Stein (in der 100. Sitzung vom 4. Mai 1917): „Das Kapitel der Mißhandlung ist ja ein Punkt der letzten Jahre, der uns, sowohl die Beteiligten wie das Volk, beschäftigt hat. Ich bin dankbar dafür, daß meine Vorgänger in demselben Sinne gearbeitet haben, in dem ich das Werk fortzusetzen beabsichtige, und ich habe mit Freuden von verschiedenen Seiten gehört, daß an der Front hierüber sehr wenig Klagen eingelaufen sind. Das ist natürlich, da dort die gemeinsame Gefahr, der gemeinsame Kampf und die Kameradschaft diese Sache leichter überwinden lassen. Mehr wird geklagt über das auszubildende junge, zum Teil auch alte Heimatsheer. Meine Herren, man muß berücksichtigen, daß dort mangels anderer Kräfte viele kaum hergestellte, unter Umständen noch angegriffene Ausbildner arbeiten, auch viele alte Leute, die einer anderen Zeit angehören, und daher sind diese Ausschreitungen, die sich in Handlungen und Beschimpfungen äußern, erklärlich, aber nicht zu entschuldigen. Sie können überzeugt sein, meine Herren, daß ich in dieser Sache rücksichtslos gegen jeden vorgehen und vor keiner Person halt machen werde, die sich etwas zuschulden kommen läßt. Ich habe seit der jüngsten Zeit meines Soldatseins auf diese Mängel immer nur mit einer gewissen Verachtung gesehen; denn ich halte es für unwürdig, denjenigen, der durch seine Lage ohnehin der schwächere Teil ist, irgendwie zu vergewaltigen." Die Strafe des Anbindens beklagte der Kriegsminister damals zwar auch, glaubte sie aber noch mit den besonderen Schwierigkeiten des Feldheeres rechtfertigen zu können. Bald darauf ist aber auch diese Strafe abgeschafft worden.

Das Beschwerderecht der Soldaten, das schon im Frieden wegen seiner Unzulänglichkeit eine Quelle ständiger Kritik durch den Reichstag war, versagte im Kriege noch mehr als im Frieden. Angesichts der Massen und der Zusammensetzung des Truppenkörpers wäre aber ein brauchbares Beschwerderecht sehr notwendig. Die Fraktion forderte deshalb wiederholt in Reden und Anträgen die Reform des Beschwerderechts. Genosse Stücklen sagte darüber (in der 110. Sitzung vom 16. Mai 1917): „Wer sich in der Heimat beschwert, hat die beste Aussicht, schleunigst ins Feld zu kommen, und wer sich im Felde beschwert, befindet sich in wenigen Tagen im vordersten Schützengraben. So sieht das Beschwerderecht der Soldaten aus! Seit dem Jahre 1880 kämpft der Reichstag gegen das Beschwerderecht. Es waren die Abgeordneten Bebel, v. Vollmar, Liebknecht, Lenzmann und in späteren Jahren in einer ausgezeichneten Rede der Abgeordnete Gröber, der damals auch gegen das heutige Beschwerderecht Sturm lief. Trotzalledem ist im Laufe der langen Jahre gar nichts geschehen, und wenn der Herr Kriegsminister auf dem Standpunkt steht, so schlecht ist das Beschwerderecht nicht, dann haben wir leider nicht die Hoffnung, daß in absehbarer Zeit auf diesem Gebiet etwas geschieht." Im Frühjahr 1917 fand unser Antrag die Mehrheit, im Ausschuß wie in der Vollsitzung. Die Wirkung des Antrages muß abgewartet werden. Die Fraktion wird auch weiterhin auf dem Posten sein.

Unaufhörlich, bis zum Abschluß der letzten Tagung, flossen die Klagen über die Urlaubserteilung. Die psychologische Begründung dafür lieferte in einer Rede (31. Sitzung vom 17. Januar 1916) Genosse Davidsohn, der selber lange genug im Felde gewesen war, um sich ein Urteil darüber erlauben zu dürfen: „Meine Herren, von allen den Dingen, mit denen wir uns im Hauptausschuß beschäftigt und über die wir heute im Plenum gesprochen haben, ist,

wie es nun einmal in der Seele des Soldaten liegt, das Allerwichtigste, wichtiger als Verpflegung, als Geldkompetenzen und dergleichen: der Urlaub. Wer den Soldaten im Kriege und im Frieden kennt, weiß: wenn er zu seiner Zeit einmal einen richtigen Urlaub herausschlagen kann, wie er ihm recht erscheint, daß er dann manches erträgt, manches nicht so schwer, nicht so tragisch nimmt, was ihm viel schwerer auf die Seele fällt, wenn er vor der Aussichtslosigkeit steht, in den Urlaub zu gehen. Der Urlaub in der Heimat, der Urlaub im Felde. . . . Wir haben uns mit dem Herrn stellvertretenden Kriegsminister schon im Ausschuß nach der Richtung auseinandergesetzt, daß wir nach wie vor an seinem guten Willen und an dem guten Willen der Herren, die unter ihm arbeiten, keinen Augenblick zweifeln. Das hilft aber nicht über die Tatsache hinweg, daß wir gegenwärtig noch immer Zehntausende und aber Zehntausende im Heere haben, die im 18. Monat ihres Kriegsdienstes stehen, ohne daß es ihnen bisher möglich gewesen ist, einmal die liebe Heimat, die teure Familie wiederzusehen, Leute, auf die zutrifft, was ich vorhin sagte, daß sie nun die kleinste Kleinigkeit, die ihnen draußen zustößt, doppelt tragisch nehmen und nicht diejenige Dienstfreudigkeit aufbringen, als wenn sie die Gewißheit haben: in 14 Tagen erhalten sie Urlaub und damit die Möglichkeit, die Heimat wiederzusehen." Als erstes und wichtigstes wurde von der Fraktion verlangt, daß jeder beurlaubte Soldat freie Fahrt in die Heimat und zurück erhalte. Der Antrag wurde angenommen und auch bald, nach einigem Widerstreben des Reichsschatzsekretärs, durchgeführt. Eine weitere Forderung der Fraktion bestand darin, daß jeder Soldat in angemessenen Zwischenräumen, mindestens jährlich einmal, Urlaub erhalten solle, ferner sollten von der Heeres- und Marineverwaltung bestimmte Grundsätze für die Urlaubserteilung aufgestellt werden. Auch dieser Antrag fand Annahme, und es erfolgte auch bald eine kriegsministerielle Verfügung im Sinne dieses Antrages. Auch für die angemessene Urlaubserteilung der in der Heimat befindlichen Soldaten trat die Fraktion ein, ferner für einen Erholungsurlaub von erkrankten oder verwundeten Soldaten vor ihrer Wiederverwendung. Besonders scharf kritisierte die Fraktion gegen Ende der Tagung (110. Sitzung vom 16. Mai 1917) die Urlaubsweigerung an einen reußischen Landtagsabgeordneten. Die Debatte erhielt durch eine unvorsichtige Aeußerung des Kriegsministers über angebliche Danaergeschenke, die ihm durch den Verfassungsausschuß in Gestalt einer Erweiterung seiner Rechte gegeben werden sollten, einen politischen Charakter von erheblicher Bedeutung. Genosse Scheidemann nahm darin als Vorsitzender des Verfassungsausschusses die Rechte des Reichstags und zugleich die Stellung der Fraktion wahr.

Einen breiten Raum in den Militärdebatten nahmen die Löhnungsverhältnisse ein. Die Löhnung der Soldaten (33 Pf. für den Tag) war schon im Frieden durchaus ungenügend. Im Krieg stieg sie zwar für mobile Truppen auf 58 Pf. Aber abgesehen davon, daß auch dieser Satz sehr niedrig ist und durch die zunehmende Teuerung immer unzulänglicher wurde, entstanden durch die unklaren Bestimmungen der Kriegsbesoldungsordnung viele Mißhelligkeiten dadurch, daß der Begriff mobile und immobile Truppen sehr schwankend war und oft genug von der Eigenmächtigkeit des einzelnen Truppenführers abhing. In der Heimat befindliche Truppen galten oft als mobil, während die Bahnschutztruppen in den besetzten Gebieten als immobile nur die Friedenslöhnung erhielten. Von unserer Fraktion ist versucht worden, diesen unerquicklichen Zuständen ein Ende zu machen. Zuerst, im August 1915, wurde unser Antrag abgelehnt, im Dezember 1915 schloß sich das Zentrum im wesentlichen unserem Antrage an, für alle in Feindesland stehenden Truppen die Löhnung auf 80 Pf. täglich, für die im Inland befindlichen auf 50 Pf. festzusetzen. Leider fiel das Zentrum im Laufe der Verhandlungen wieder um

und beschränkte sich darauf, den Antrag der Regierung als Material zu überweisen. Ein ähnlicher Antrag im März 1916 wurde wieder abgelehnt. Erst bei den Beratungen im April 1917 sagte der Reichsschatzsekretär wohlwollende Prüfung zu, nachdem Genosse Davidsohn (102. Sitzung vom 7. Mai 1917) der Regierung die folgende Rechnung aufgestellt hatte: „Am 1. Mai sind 33 Monate verflossen gewesen, daß wir den Kriegszustand haben. Wenn wir annehmen, daß ein Mann diese ganzen 33 Monate mobil gewesen ist — und es gibt Gott sei Dank noch einige, die nicht getötet und nicht so schwer verwundet worden sind, daß sie nicht die ganze Zeit hätten mobil bleiben können —, dann hat der Mann in diesen 33 Monaten 524 Mk. und 70 Pf. an Löhnung bekommen — weniger, als sein Kompagnieführer in einem einzigen Monat! Ich möchte die Herren bitten, mir zu sagen, ob sie behaupten wollen, daß das eine Relation ist, der Gerechtigkeit innewohnt." Die Löhnung für kranke, in Lazaretten untergebrachte Soldaten betrug bei Kriegsausbruch 10 Pf. für den Tag. Ein sozialdemokratischer Antrag im August 1915, der für verwundete und erkrankte Soldaten, zunächst für die Dauer des Krieges und mit der Wirkung vom 1. August ab unter Wegfall der Krankenlöhnung die Friedenslöhnung wünschte, wurde erfreulicherweise sofort angenommen und auch bald durchgeführt.

Ebenso viele Klagen wie über die Löhnung waren über die Verpflegung und Beköstigung in Verbindung mit dem Kantinenwesen vorzutragen. Allerdings entstanden diese Klagen erst allmählich, als mit der längeren Dauer des Krieges die Ernährungsschwierigkeiten als eine allgemeine Notlage entstanden und die Beihilfe an die Feldgrauen durch zahlreiche Liebesgaben ein Ende nehmen mußte, ja, teilweise in ihr Gegenteil verkehrt wurde. Gerade hierüber kamen oft Klagen an die Fraktion insofern, als Offiziere nicht nur selber gut lebten, sondern auch unter Beeinträchtigung der Mannschaften umfangreiche Pakete in die Heimat sandten, oft genug noch durch den eigenen Burschen. Immerhin waren die Klagen über mangelnde Verpflegung häufiger in der Heimat als an der Front; denn die gelegentlichen Klagen, daß durch schnelles Vorwärtsstürmen im Bewegungskrieg die Verpflegung nicht gleichen Schritt hält mit den Sturmtruppen, scheiden aus dieser Betrachtung aus. Solche Schwierigkeiten sind unvermeidlich. Das Beköstigungsgeld der auf Selbstverpflegung angewiesenen Mannschaften betrug 1,50 Mk. pro Tag. Unserem steten Drängen unter Hinweis auf die ständig wachsenden Lebensmittelpreise gelang es, daß dieser Satz auf 2 Mk. erhöht wurde (unser Antrag hatte 2,50 Mk. gefordert). Im März 1916 verlangten wir erneut eine gleichmäßig gute Verpflegung der Truppen sowie die Auslieferung des Brotes in natura statt in Form von Brotgeld. Letzteres ist sehr gering bemessen (10 Pf. für 500 Gramm Brot), außerdem nützt es den Soldaten nichts, da sie dafür mangels Brotkarten kein Brot erhalten. Leider wurde unser Antrag abgelehnt. Dagegen fand ein Antrag Annahme, der zur besseren Kontrolle der Mannschaftsverpflegung die Einsetzung von Küchenkommissionen unter dem Vorsitz eines Offiziers verlangt. Ferner wünschte der Antrag die Beseitigung der besonderen Unteroffizierskücken und den täglichen Anschlag der den Mannschaften zustehenden Rationen. Im weiteren wurde von unseren Rednern mehr Abwechslung in der Kost und die nötige Sorgsamkeit bei der Zubereitung verlangt. Auch gegen mannigfache Mißstände im Kantinenwesen nahmen unsere Redner Stellung.

Die Gewährung eines zweiten Putzgeldes war eine weitere Forderung, für die die sozialdemokratische Fraktion unermüdlich eintrat. So bescheiden diese Forderung an sich zu sein scheint, so wichtig ist sie für die Massen der Soldaten. Das Putzgeld beträgt 7,40 Mk. und ist für 2 Jahre berechnet. Nachdem der Krieg weit über 2 Jahre dauert, ist es eine Forderung der Billigkeit, wenn solche Unteroffiziere und Mannschaften, die einschließlich ihrer aktiven Dienstzeit mindestens 2 Jahre unter den Waffen stehen, erneut das Putzgeld er-

halten. Der Reichstag hat sich zweimal dem sozialdemokratischen Antrag angeschlossen; das erstemal hat der Bundesrat den Antrag abgelehnt. Ob er es auch jetzt zum zweiten Male tun wird, muß man abwarten.

Obwohl die militärische Dienstpflicht eigentlich mit dem vollendeten 45. Lebensjahre endet, so werden doch solche Männer, die bei Ausbruch des Krieges noch dienstpflichtig waren, in militärischer Beziehung nicht älter, so daß jetzt zahlreiche Männer im Alter von 47 und 48 Jahren als Landsturmleute selbst an der Front Dienst tun. Die Fraktion ist unausgesetzt dafür eingetreten, daß solche alten Landsturmleute, wenn sie schon nicht entlassen werden können, wenigstens hinter der Front beschäftigt werden sollen. Unsere Anträge wurden leider abgelehnt, aber sie hatten doch den Erfolg, daß ein nicht ganz so weit gehender Antrag der bürgerlichen Parteien, wonach die verheirateten, besonders die kinderreichen Soldaten der älteren Jahrgänge nach Möglichkeit auf längere Zeit in die Heimat beurlaubt werden sollen. Ferner wurde ein sozialdemokratischer Antrag angenommen, der für die Söhne solcher Familien, die bereits Angehörige durch den Krieg verloren haben, Verwendung in der Etappe oder in der Heimat verlangt. Die Heeresverwaltung hat Verfügungen in diesem Sinne erlassen. Aber dennoch reißen die Beschwerden darüber nicht ab, weil es zu sehr in der Allmacht der einzelnen Vorgesetzten liegt, derartige Anordnungen durch passive Resistenz zu durchkreuzen, sofern sie irgendein Interesse dieser Art daran haben.

Ein im Kriege besonders bedauerliches Kapitel der sozialdemokratischen Kritik betraf die ungleiche Behandlung von Mannschaften und Offizieren aus Gründen ihrer politischen oder religiösen Ueberzeugung. Obwohl es mit Ausbruch des Krieges für den obersten Kriegsherrn „keine Parteien" mehr gab, fehlte es dennoch nicht an zahlreichen Verfolgungen und kleinlichen Maßnahmen aus politischen Gründen. Sozialdemokratische Zeitungen wurden verboten oder den Empfängern in zensuriertem (ausgeschnittenem) Zustande ausgehändigt; Briefe wurden geöffnet und Schreiber, die sich an sozialdemokratische Abgeordnete gewandt hatten, zur Rechenschaft gezogen, ein Kriegsgericht stellte dem Genossen Stücklen sogar eine Durchsuchung seiner Papiere im Reichstag in Aussicht; in Instruktionsstunden wurde nach altem Schema gegen die Sozialdemokraten gehetzt; in die außerdienstliche Freiheit wurde in mannigfacher Weise eingegriffen; Sozialdemokraten, Dissidenten und Juden wurde die Beförderung zu Offizieren verweigert. Gewiß handelte es sich dabei meistens nur um Einzelfälle. Aber sie waren dennoch sehr zahlreich und verdienten auch um ihrer selbst willen die schärfste Zurückweisung. Genosse Heine führte zu dieser Angelegenheit aus (73. Sitzung vom 3. November 1916), daß als Voraussetzung des Sieges, den wir alle wollen, und der Erhaltung und Kräftigung Deutschlands der Mut und der Glaube an das Vaterland aufrechterhalten werden müsse: „Aber diese Voraussetzungen, diese sittliche Kraft, dieses Einheitsgefühl werden aufs schlimmste gefährdet durch alle solche Vorkommnisse wie die Zurücksetzung der Dissidenten, der Juden und alter, erprobter Krieger. Schon wieder schafft man, als ob man aus all diesen Ereignissen nichts gelernt hätte, verschiedene Klassen von Staatsbürgern. Allen mutet man das Höchste zu, aber einige macht man rechtlos und macht sie zu Leuten minderen Rechtes und minderer Ehre."

Noch viele andere Angelegenheiten kamen bei der Heeresangelegenheit zur Sprache, so die unglückliche Zwitterstellung der Offiziersstellvertreter und Feldwebelleutnants, die Verhältnisse in den Lazaretten und bei den Sanitätstruppen, die Zustände in den Pulver- und Munitionsfabriken, die Streikerlasse des Chefs des Kriegsamts, die Versorgung der Mannschaften mit Lesestoff, die Zustände in den Feldbuchhandlungen (letztere in der 103. Sitzung vom 8. Mai 1917).

Die Fragen der allgemeinen Heeresreform und der aus den Kriegserfahrungen abzuleitenden mannigfachen Forderungen haben bei den Militärdebatten bis jetzt noch keine nennenswerte Rolle gespielt. Während des Krieges können diese Fragen nicht von unmittelbarer praktischer Bedeutung sein. Es ist aber selbstverständlich, daß die Fraktion auch sie dauernd im Auge behält und das Nötige veranlassen wird, sobald sie den richtigen Zeitpunkt dafür gekommen erachtet.

---

8. Die Steuergesetzgebung.

a) Vorläufer.

Solange die Regierung mit einer verhältnismäßig raschen Beendigung des Krieges rechnete, verzichtete sie auf die Einbringung von Steuervorlagen. Rein äußerlich schloß die Rechnung des Reichshaushalts für 1914 noch mit einem Ueberschuß ab, da die gesamten Ausgaben für die Kriegführung nicht aus den Mitteln des Etats, sondern aus den Kriegsanleihen bestritten wurden. In den Etat für 1915/16 wurde schon wieder die Hälfte der Jahresausgaben für Heer und Marine eingestellt, woraus zu entnehmen war, daß die Regierung mit der Möglichkeit rechnete, daß der Krieg noch im Laufe des Etatsjahrs zu Ende gehen würde. Die Regierung ließ durch den Schatzsekretär Dr. Helfferich (in der 4. Sitzung vom 10. März 1915) erklären, daß sie von der Einbringung von Steuervorlagen Abstand nehme, um dem Lande die schweren Kriegslasten durch Steuerlasten nicht noch weiter zu erschweren, zumal auch die schärfsten Steuermaßnahmen immer nur wenige Prozent der gewaltigen Kriegsausgaben decken würden.

Die Sozialdemokratie stimmte dieser Auffassung nicht zu. Im Namen unserer Fraktion erklärte in derselben Sitzung der damalige Fraktionsvorsitzende Haase: „Meine Herren, die enormen Ausgaben, die dem Reich erwachsen, wie der Herr Schatzsekretär eben ausgeführt hat, werden ergiebige Einnahmequellen erfordern. Es ist nicht unbillig, zu verlangen, daß diejenigen, die in dieser Zeit der Not ihr Vermögen vermehren, einen großen Teil ihres Zuwachses an das Reich abgeben. Der Herr Schatzsekretär wird gern das für diesen Zweck sehr geeignete Besitzsteuergesetz einer näheren Prüfung unterziehen. Verbitternd müßte es geradezu wirken, wenn die Spekulanten und Lieferanten, die aus der Not unseres Volkes Gold gemünzt haben, völlig ungeschoren davonkommen sollten."

In der Augusttagung 1915 (14. Sitzung am 30. August 1915) teilte der Reichsschatzsekretär mit, daß über eine Kriegsgewinnsteuer zwischen den einzelstaatlichen Ministern eine gewisse Uebereinstimmung erzielt worden sei. Genosse David unterstrich diese Bemerkung und forderte die Reichsleitung auf, im Interesse der sozialen Gerechtigkeit möglichst bald die durch Kriegslieferungen und durch andere Kriegswirkungen reich gewordenen Leute durch eine Kriegsgewinnsteuer zu erfassen.

Im November 1915 legte die Regierung einen Gesetzentwurf vor, der die im Kriege stark gestiegenen Gewinne der Reichsbank zur Hälfte der Reichskasse zuführen wollte, sodann einen weiteren Gesetzentwurf, der vorbereitende Maßnahmen zur Besteuerung von Kriegsgewinnen vorsah. Unternehmergesellschaften wurden dadurch verpflichtet, 50 Proz. des Mehrgewinns, den sie in den Kriegsgeschäftsjahren gegenüber dem Durchschnitt der drei letzten Friedensgeschäftsjahre gemacht hatten, für die Zwecke der Besteuerung zurückzustellen. Unser Redner, Genosse David, begründete in der Debatte (24. Sitzung vom

20. Dezember 1915) einen sozialdemokratischen Antrag auf erneute Erhebung eines Wehrbeitrages: „Wo man von Minderbemittelten die Pflicht der Hingabe von Gesundheit und Leben verlangt, um das Ganze vor Schaden zu retten: in einer solchen Zeit kann man auch die Hingabe eines beträchtlichen Teiles von Geld und Gut zur Aufrechterhaltung des Ganzen, zum Schutze der Heimat, zum Schutze unserer nationalen Gegenwart und Zukunft verlangen. Lieber Not ertragen, als des Feindes Gebot, hat der Staatssekretär gesagt. Ich unterschreibe das; aber die reichen Leute haben in diesem Kriege materiell bis jetzt noch nicht Not gelitten. Sie haben noch nicht gelernt, was es heißt, seinen bescheidenen Lebenshaushalt noch weiter einzuschränken. An sie ist der Hunger noch nicht herangetreten. . . . Ich verkenne nicht, soweit sie in die Wehrpflicht hineinfallen, haben auch sie ihre Gesundheit und ihr Leben dem Vaterlande zur Verfügung stellen müssen. Darin sind alle gleich; aber die Minderbemittelten bringen noch mehr Opfer, sie tragen noch die furchtbare Sorge um ihre Existenz; sie tragen noch die Leiden und Entbehrungen, die der Verzicht auf notwendigste Lebensbedürfnisse bedeutet. . . . Wir verlangen aber nicht, daß die Wohlhabenden und Reichen in Sack und Asche einhergehen; aber wir verlangen wohl, daß sie einen Teil ihres Ueberflusses hingeben. Es ist das eine Dankesschuld, die diejenigen bringen müssen, die so glücklich sind, Vermögen zu besitzen." Genosse David erhob ferner energisch Einspruch gegen alle etwaigen Pläne, durch indirekte Besteuerung irgendwelcher Art das Gleichgewicht im Etat herstellen zu wollen, da die minderbemittelte Schicht eine weitere Belastung nicht ertrage. In der weiteren Debatte, in der dieser Antrag von fast allen bürgerlichen Parteien abgelehnt wurde, nahm auch noch Genosse Hoch das Wort, der gleichfalls in entschiedener Weise etwaige indirekten Steuern bekämpfte. Der Schatzsekretär erklärte daraufhin: „Die Versicherung kann ich Ihnen geben, daß wir an eine Verteuerung der notwendigsten Lebensmittel des Volkes während des Krieges ganz gewiß nicht herantreten werden. So klug sind wir von selbst, daß wir dies nicht tun, daß wir auf diese Weise uns nicht die Grundlagen für das Durchhalten unmöglich machen."

Der Gesetzentwurf über die Reichsbank wurde angenommen mit der Aenderung, daß drei Viertel des Gewinnes an das Reich überführt werden sollen. Ein sozialdemokratischer Antrag auf Ueberführung des gesamten Gewinnes der Reichsbank wurde abgelehnt.

b) Die Steuergesetzgebung 1916.

Im März 1916 legte die Regierung die erste Steuergesetzgebung vor. Unsere Fraktion hatte sich gründlich auf sie vorbereitet. Schon am 21. Februar hatte eine vom Parteivorstand einberufene Konferenz, die sich aus Vertretern der sozialdemokratischen Landtagsfraktionen, den Vorständen der Partei und der Fraktion und einigen anderen sachverständigen Genossen zusammensetzte, die steuerpolitische Situation vorbereitet. Einmütig war die Konferenz zu dem Entschluß gekommen, daß alle Steuern auf den Verkehr und Verbrauch abzulehnen seien, die Kriegsgewinnsteuer dagegen angenommen werden könne. Als Ersatz für Verbrauchs- und Verkehrssteuern wurde ein Ausbau der Erbschaftsbesteuerung und eine erneute Erhebung des Wehrbeitrages vorgeschlagen. Auch die Fraktion stellte sich bei ihrem Zusammentritt einmütig auf den gleichen Boden.

Das Steuerprogramm der Regierung enthielt 5 Gesetzentwürfe: 1. Entwurf eines Kriegsgewinnsteuergesetzes, 2. Entwurf eines Gesetzes über Erhöhung der Tabakabgaben, 3. Entwurf eines Gesetzes, betreffend eine mit den Post- und Telegraphengebühren zu erhebende außerordentliche Reichsabgabe, 4. Entwurf eines Frachturkundenstempelgesetzes, 5. Entwurf eines Quittungsstempelgesetzes.

In der ersten Lesung (35. Sitzung vom 22. März 1916) nahm dazu von unserer Fraktion Genosse Keil*) das Wort, der die vorgelegten Gesetze im Sinne des Fraktionsbeschlusses eingehend zergliederte und kritisierte. Wohl seien Mehreinnahmen für das Reich nötig, aber der eingeschlagene Weg sei falsch. Nur die Kriegsgewinnsteuer sei im Prinzip zu billigen. „Selbstverständlich stimmen wir mit dem Grundgedanken dieser Vorlage durchaus überein, um so mehr als dieser Gedanke in der sozialdemokratischen Presse wenige Monate nach Kriegsausbruch zuerst aufgeworfen worden ist. Der Gedanke geht davon aus, daß die Kriegszeit eine Zeit der Not und Gefahr, eine Zeit des Entsagens und des Opferns ist. In dieser Zeit, in der Hunderttausende ihr Leben opfern, Aberhunderttausende ihre Gesundheit in die Schanze schlagen, in der Millionen von Volksgenossen ärmer werden, in der Tausende und Abertausende ihre Existenz zusammenbrechen sehen, ihre Stellung verlieren und auch nach Beendigung des Krieges noch lange Jahre an den Folgen zu leiden haben werden, in dieser Zeit hat niemand ein Recht auf Bereicherung. Wenn der Glückszufall in dieser Zeit dem einzelnen günstig ist, so soll er der Gesamtheit geben, was er gewinnt. Wir wollen ihm nicht nehmen, was er zuvor hatte, aber er soll nicht Gewinne einheimsen auf Kosten der Leidenden." Aber die Vorlage fasse so zaghaft zu, daß ihre gute Absicht nur höchst unzulänglich erreicht werde. Daneben aber seien Steuern auf den Verbrauch und Verkehr vorgesehen, weil nach der Auffassung der Regierung andere direkte Steuern als die Kriegsgewinnsteuer nicht in Frage kommen könnten. Wenn das aber wahr wäre, könne die Regierung nur gleich den Reichsbankerott anmelden; denn es sei unmöglich, die zukünftigen Riesensummen, die zur Tilgung der Kriegslasten notwendig würden, nur durch indirekte Steuern aufzubringen. Die vorgeschlagenen indirekten Steuern kritisierte Keil mit großer Schärfe. Die Tabaksteuer frage nicht im geringsten nach der steuerlichen Leistungsfähigkeit und bringe die ohnehin schlechtgestellten Tabakarbeiter in große wirtschaftliche Not. Die übrigen Steuern seien ein Hohn auf die Bedeutung des Verkehrs in unserer Zeit und durchaus unwirtschaftlich. Die ganzen Steuergesetze legten für den Reformeifer des neuen Schatzsekretärs ein betrübendes Zeugnis ab. „Man hat angenommen, daß er einen neuen großen Zug in die Steuergesetzgebung des Reichs bringen werde. Vergebens sucht man nach einem solchen Zuge. In der inneren Prinzipienlosigkeit, in der Scheu vor der Belastung des Besitzes steht das Programm des neuen Schatzsekretärs hinter den Programmen seiner Vorgänge um nichts zurück. Wenn der Herr Schatzsekretär sich nicht rasch beeilt, so wird er sich um seinen guten Ruf bringen." Zum Schluß begründete Genosse Keil die sozialdemokratischen Anträge.

Als unser zweiter Redner nahm Genosse Hoch das Wort (36. Sitzung vom 23. März 1916). Die vorgeschlagenen Steuern auf Verbrauch und Verkehr würden gerade die minderbemittelten Schichten, die Arbeiter, Handwerker und unteren Beamten, scharf treffen und die reichen Leute in unerträglicher Weise bevorzugen. Im weiteren wies Genosse Hoch die von der Regierung und den bürgerlichen Rednern gegen die sozialdemokratischen Anträge vorgebrachten Einwände zurück.

*) Eine genaue und eingehende Darlegung der ganzen damaligen Steuerdebatte nebst gründlicher Kritik enthält die im Auftrage des Parteivorstandes herausgegebene Schrift des Genossen W. Keil über die ersten Kriegssteuern und die Sozialdemokratie. Berlin 1916. Verlag Buchhandlung Vorwärts, 1,20 Mk.

Nach der ersten Lesung wurde die Ausschußberatung der Vorlage in zwei Teile zerlegt: die Kriegsgewinnsteuer wurde dem Haushaltsausschuß überwiesen, die übrigen Vorlagen gingen an einen besonderen Steuerausschuß. Diese Trennung erwies sich aber nicht als zweckmäßig, da die Gesetzentwürfe innerlich zusammenhingen und durch die getrennte Beratung oft Stockungen entstanden. Bei der Beratung des Kriegssteuergesetzes gelang es anfangs, einige Verbesserungen im Sinne unserer Wünsche durchzudrücken; so wurde die Erhebung einer Wehrbeitragsrate angenommen. Aber neben den offiziellen Sitzungen fanden auch noch inoffizielle statt, in denen die Regierung ihren Einfluß aufbot, um die ihr unbequemen Aenderungen zu Fall zu bringen. Leider gelang ihr das auch durchweg. Auch der Wehrbeitrag fiel durch Kompromißvereinbarungen zugunsten der Erhöhung der Tabakabgaben in ihrem vollen Umfange, während in der ersten Lesung der Ausschußberatungen Abstriche vorgenommen worden waren. Auch der sozialdemokratische Antrag auf Ausbau des Erbschaftssteuergesetzes wurde von allen bürgerlichen Parteien und ebenso von dem Vertreter der inzwischen entstandenen Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft abgelehnt.

Die zweite Lesung im Plenum hatte infolge des Kompromisses zwischen den bürgerlichen Parteien nud der Regierung nur noch formale Bedeutung, alle Anträge wurden schließlich im Sinne der Kommissionsbeschlüsse angenommen. Unsere Vertreter kämpften trotzdem um jede einzelne Position. In der allgemeinen Debatte führte Genosse Stolten (56. Sitzung vom 31. Mai 1916) das Wort, der bedauernd feststellte, daß die Steuervorlage jeden Gedanken einer schöpferischen Steuerpolitik und jeden Geist der „Neuorientierung" vermissen lasse. Gerade Kriegssteuern müßten unbedingt dem Besitz auferlegt werden. „Welche Interessen sind es denn, die durch die Kämpfe draußen an der Front in der Hauptsache geschützt werden? Es sind die Interessen des Besitzes in erster Linie, die da in Betracht kommen. Stellen wir uns nur einmal vor, das Kriegsglück hätte von Anfang an in entgegengesetzter Richtung entschieden, wir hätten den Feind im Lande, es würden Kontributionen von uns erhoben — wer hätte sie dann zahlen müssen? Wessen Villen und wessen Schlösser würden zerstört, wessen Reichtumsquellen würden wenigstens zum Teil verschüttet worden sein? Doch nur die derjenigen, welche über diese Reichtümer verfügen. Und diese Verluste, die unvermeidlich gewesen wären, wenn uns das Kriegsglück nicht günstig gewesen wäre, wenn nicht die Tapferkeit unserer Soldaten und die ungeheuren Opfer, die sie gebracht haben, uns davor bewahrt hätten —, diese Lasten hätten die Besitzenden in unserem Lande zu tragen gehabt. Davor haben die Opfer an allen Fronten unsere Besitzenden bewahrt. Solchen ungeheuren Opfern gegenüber gibt es aber keine Steuer, die zu hoch wäre, die sich mit diesen Opfern irgendwie vergleichen ließe. Statt der möglichen Riesenverluste, die für unsere Besitzenden daraus hätten erwachsen können, haben diese besitzenden Kreise zum Teil noch Millionen und zusammen Milliarden Gewinne gemacht."

Genosse David trat dem Helfferichschen Einwand entgegen, daß das Reich das Gebiet der direkten Steuern den Gliedstaaten überlassen müsse. Davon sei in der Verfassung des Deutschen Reiches nichts zu finden. Das Kompromiß sei kompromittierlich für die Beteiligten, wie sie selbst zu empfinden schienen. Die innere Geschlossenheit des Reiches würde durch solche Steuergesetze nicht vermehrt.

Bei der Einzelberatung des Gesetzentwurfs vertraten beim Quittungsstempel Genosse Cohen (57. Sitzung vom 2. Juni 1916), bei der Kriegsgewinnsteuer Genosse Keil (in derselben Sitzung), bei der Erhöhung der Tabakabgaben die Genossen Deichmann (in derselben Sitzung) und Antrick (58. Sitzung vom 3. Juni 1916), bei der Post- und Telegraphengebührenerhöhung (58. Sitzung) Genosse Buck, beim Frachturkundenstempel (58. Sitzung) Genosse Reißhaus den Standpunkt der Fraktion und ihre Abänderungsanträge.

Bei der dritten Lesung gab Genosse Scheidemann namens der Fraktion folgende Erklärung ab:

„Die Sozialdemokratische Fraktion ist bereit gewesen zur Mitarbeit bei der Beschaffung der Mittel, die zur Deckung der aus dem Kriege erwachsenen außerordentlichen Lasten erforderlich sind. Sie kann aber neuen Belastungen des Verkehrs und des Verbrauchs, durch die in erster Linie die Massen der kleinen Geschäftsleute und Arbeiter, der mittleren und unteren Beamten belastet werden, nicht zustimmen. Das deutsche Volk ist heute schon in so hohem Maße belastet mit indirekten Steuern, die seine Lebenshaltung erschweren, daß schon darin eine schwere Schädigung der Volksinteressen liegt. Wir haben diese Volksbelastung stets bekämpft und bekämpfen sie auch jetzt. In gegenwärtiger Zeit ist die Ablehnung neuer Verbrauchs- und Verkehrsabgaben für uns doppelte Pflicht, weil die Massen der Verbraucher durch die Kriegsteuerung in ihrer Existenz stark gefährdet sind, und weil der Verkehr in der Kriegszeit und in der schwierigen Zeit des Ueberganges zur Friedenswirtschaft am wenigsten neue Belastungen verträgt.

Wir lehnen darum die Erhöhung der Tabakbesteuerung, ebenso auch die Verkehrssteuern als den wirtschaftlichen Interessen der Verbraucher und der Wiederbelebung unserer Volkswirtschaft schädlich, ab.

Die für die Balancierung des diesjährigen Etats erforderlichen Summen hätten, wie wir es angestrebt haben, sehr wohl ohne neue Steuern auf den Verbrauch und den Verkehr gewonnen werden können durch eine schärfere Heranziehung des Besitzes. Eine solche schärfere Belastung des Besitzes läßt sich schon durch die besonderen Vorteile rechtfertigen, die den Besitzenden aus den Erfolgen der deutschen Kriegführung erwachsen sind. Heute sind wir leider genötigt, festzustellen, daß die Opferwilligkeit der besitzenden Klassen angesichts der schweren Notlage des Landes versagt hat, und daß die Taten, die in den Beschlüssen des Hauses zum Ausdruck kamen, den Worten der patriotischen Hingabe, die hier gesprochen worden sind, in keiner Weise entsprechen.

Das Kriegssteuergesetz beruht auf der Anerkennung der Tatsache, daß der Krieg durch die Wirkungen des kapitalistischen Systems für eine kleine Minderheit zur Quelle ungeheurer Bereicherung geworden ist. Seinen Grundgedanken billigen wir rückhaltlos. Die Beschlüsse zweiter Lesung entsprechen allerdings nicht den Ansprüchen, die berechtigterweise an ein Kriegssteuergesetz gestellt werden müssen. Da aber durch das Gesetz nur der Besitz getroffen wird, stimmen wir ihm zu in der Erwartung, daß der Gedanke, den ins Riesengroße gewachsenen Bedarf des Reichs durch Steuern auf den Besitz zu decken, in erheblich erweitertem Umfange bei der nach dem Friedensschluß unerläßlichen großen Finanzreform zu konsequenter Durchführung gelangen werde.

Dies zu erreichen, ist Sache des Volkes, das aus der ersten Kriegsfinanzreform seine Lehre ziehen und für eine entsprechende Vertretung seiner Interessen im Deutschen Reichstage sorgen wird."

c) Die Steuergesetzgebung von 1917.

Obwohl die vom Reichstag 1916 bewilligten Steuern den von der Regierung gewollten Betrag von 480 Millionen um ungefähr 250 Millionen überschritten, wodurch ein Teil des Defizits des neuen Etats von vornherein gedeckt war, blieb noch eine Summe von 1200 Millionen Mark zu decken, so daß die

Bibliothek der Friedrich-Ebert-Stiftung

Regierung bei der Etatsberatung im Februar 1917 auch wieder eine Reihe neuer Steuergesetze einbrachte. Sie wurden von dem inzwischen an Helfferichs Stelle getretenen neuen Schatzsekretär Grafen v. Roedern vertreten. Eine ganze Reihe von Steuern, so führte er bei der ersten Lesung des Etats und der Steuergesetze aus (82. Sitzung vom 23. Februar 1917), hätten sich diesmal als unmöglich erwiesen. „Eine Erhöhung der Zölle und Verbrauchsabgaben konnte aus naheliegenden Gründen für uns zurzeit nicht in Betracht kommen. Ebensowenig ließen sich aber auch Steuern vorschlagen, die neue große Organisationen erfordert hätten oder die die stark zusammengeschmolzenen Kräfte unserer Kommunal- und staatlichen Behörden ganz außergewöhnlich über das jetzige Maß hinaus in Anspruch genommen haben würden. Es konnte sich demnach nur um ein ertragreiches, aber möglichst einfaches Programm handeln, dessen Durchführung keine großen Organisationsschwierigkeiten macht, dessen Erträge aber besonders auch in der Uebergangszeit laufen und uns damit die Möglichkeit geben, die spätere größere und systematische Reform auf dem Gebiet der Steuern in Ruhe zu beraten."

So legte die Regierung Gesetzentwürfe vor über die Erhebung eines Zuschlags zur Kriegssteuer mit 400 bis 500 Millionen Mark Ertrag und über Sicherung der Kriegssteuer, über eine Kohlensteuer, die rund 500 Millionen Mark, über eine weitere Kriegsabgabe der Reichsbank, die 100 Millionen Mark und über die Besteuerung des Personen- und Güterverkehrs, die ungefähr 300 Millionen Mark bringen sollte.

In der ersten Lesung war wieder Genosse Keil der Redner der Fraktion (85. Sitzung vom 1. März 1917). Er warf dem neuen Schatzsekretär vor, daß er ganz nach dem Schema seines Amtsvorgängers handle, indem er da zugreife, wo er den wenigsten Widerstand erwarte, das sind die breiten Massen. „Wenn der Reichstag die vorgeschlagenen Steuern bewilligt, dann haben wir bereits während des Krieges 1½ Milliarden Mark an neuen Massenverbrauchssteuern unter Dach. Wir haben aber noch nicht einen Pfennig an dauernden Besitzsteuern beschlossen. Nicht einmal die berühmte alte Kompensationsmethode wird bei dieser Steuergesetzgebung beibehalten, die darin bestand, daß man wenigstens mit einer kleinen mäßigen Besitzsteuer eine große Masse Verbrauchssteuern unter Dach zu bringen suchte. Die Kriegssteuer ist keine Dauersteuer. Nach zwei bis drei Jahren, sofern, wie wir wünschen, der Krieg bald zu Ende geht, ist sie vollkommen wieder verschwunden. Aber alle Verbrauchssteuern, die wir im vorigen Jahre beschlossen haben, und die jetzt wieder vorgeschlagen werden, werden bleiben. Die Kriegssteuer ist genau betrachtet überhaupt keine Steuer. Sie ist nichts weiter als in ihrem wesentlichen Bestandteile eine teilweise Zurückerstattung zu viel erhobener Profite. Der Ueberprofit, der der Reichskasse abgezapft worden ist, wird ihr durch diese Kriegssteuer teilweise wieder zugeführt, und der Teil, der ihr wieder zugeführt werden soll, kann nach unserer Ansicht gar nicht groß genug sein. Wir stimmen also grundsätzlich selbstverständlich dem vorgeschlagenen Zuschlage zur Kriegssteuer zu. Dieser Vorschlag beweist übrigens nur, wie recht wir mit unseren vorjährigen Anträgen, die auf eine viel weitergehende Verschärfung des Tarifs der Kriegssteuer abzielten, als damals beschlossen wurde, hatten." Aber der von der Regierung vorgesehene Zuschlag genüge nicht. Der Besitz müsse viel stärker erfaßt werden. Es müsse ein Reichsveranlagungsgesetz geschaffen werden, unbeschadet der Finanzhoheit der Bundesstaaten, und ein Reichssteuersystem sei zu schaffen, das uns bis an die Quellen der Besitzbesteuerung führe. Warum habe der Schatzsekretär nicht den Ausbau der Erbschaftssteuer ins Auge gefaßt? Oder die Wiedererhebung des Wehrbeitrages? Oder die Erhöhung der Reichsbesitzsteuer von 1913? Oder die Erhebung einer Reichsvermögenssteuer? Statt dessen komme er mit der Besteuerung des Verkehrs und der Kohle! Damit rüttele er

an den Fundamenten unserer Volkswirtschaft, denn die Kohle sei die große Urkraft unserer Volkswirtschaft und der Verkehr ihr großes Blutnetz. Die Regierung solle lieber die Verbesserung und Verbilligung des Verkehrs durch die Schaffung der Reichseisenbahn in die Wege leiten.

Die Gesetzentwürfe gingen sodann an den Ausschuß für den Reichshaushalt, wo sie in wochenlanger Beratung gründlich durchgearbeitet und teilweise auch abgeändert wurden. Die sozialdemokratischen Anträge erlangten aber meistens nicht die Zustimmung der Mehrheit des Ausschusses. Dieser stellte sich im wesentlichen auf den Standpunkt der Regierungsvorlagen, indem er jede Verschärfung der Kriegssteuer über den Vorschlag der Regierung hinaus ablehnte und statt dessen das Defizit durch die Kohlensteuer und die Verkehrsverteuerung decken wollte.

Dennoch gab sich die Fraktion bei der 2. Beratung im Plenum (93. bis 95. Sitzung vom 27. bis 29. März) alle erdenkliche Mühe, die drohende Verteuerung der notwendigsten Lebensbedürfnisse der breiten Massen zu verhindern. Genosse David redete zum Kriegssteuergesetz, das sich durch eine entsprechende Verschärfung so verbessern ließe, daß auf Kohlen- und Verkehrssteuern verzichtet werden könne. Auch die übrigen sozialdemokratischen Steuervorschläge empfahl David erneut. Genosse Keil stellte fest, daß die Zustimmung der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft zum 20prozentigen Zuschlag zur Kriegssteuer immerhin eine Vermehrung der Einsicht um 20 Proz. bedeute, da diese Partei beim vorjährigen Besitzsteuergesetz noch dagegen gestimmt habe.

Zur Besteuerung des Personen- und Güterverkehrs sprach von unserer Seite Genosse Müller, der eingehend die Gründe darlegte, aus denen die Sozialdemokratie nicht für die geplante Mehrbelastung des Verkehrs eintreten könne. Durch die Mitbesteuerung der 4. Klasse wolle man die Abwanderung in diese Klasse bestrafen. Zwar sähe die Vorlage eine Schonung der Arbeiter-, Militär- und Schülerkarten vor. Doch sei diese Ausnahme ganz ungenügend. Die neue Steuer sei auch aus sozialhygienischen Gründen durch Schädigung des Sonntagsverkehrs und der Vorortansiedelung zu verwerfen.

Zum Kohlensteuergesetz sprach Genosse Buck, der mit Recht sagte, daß ein solcher Gesetzentwurf noch vor kurzer Zeit für unmöglich gehalten worden wäre. Kohle und Erze bildeten den Hauptreichtum Deutschlands, der uns den Wettbewerb auf dem Weltmarkt ermöglicht hätte. Durch die Kohlensteuer schädigen wir diese Entwickelung. Wir schädigen ebenso die minderbemittelten Volksschichten durch Verteuerung des Hausbrandes, die Gemeinden würden belastet, ebenso Industrie, Gewerbe und Schiffahrt. Buck begründete dann eingehend die sozialdemokratischen Anträge. Zu den einzelnen Paragraphen nahmen auch noch die Genossen Hoch und Keil das Wort.

Bei der dritten Lesung gab Genosse Keil im Namen der Fraktion eine Erklärung ab, in der zum Ausdruck gebracht wurde, daß die Fraktion bei der Gesamtabstimmung den Gesetzentwurf über die Erhebung eines Zuschlags zur Kriegssteuer und dem Gesetzentwurf über Sicherung der Kriegssteuer zustimme, die Gesetzentwürfe über die Besteuerung des Personen- und Güterverkehrs und über die Kohlensteuer aber ablehne. Die Zustimmung zu den ersten beiden Gesetzen erfolge, obwohl sie nicht voll unseren Wünschen entsprächen; aber sie lägen doch in der Richtung unserer grundsätzlichen steuerpolitischen Bestrebungen. Die Kohlen- und Verkehrssteuer aber stellten eine höchst ungerechte Belastung der Minderbemittelten dar. „Diese Steuern nehmen keinerlei Rücksicht auf die Leistungsfähigkeit der Steuerzahler, sie tragen in hohem Grade zur weiteren Steigerung der ohnedies in der Kriegszeit gewaltig gestiegenen Preise der notwendigen Bedarfsgegenstände des täglichen Lebens

bei, sie verteuern und erschweren Produktion und Handel, sie werden die Umstellung des Wirtschaftsprozesses nach den Bedürfnissen der Friedenswirtschaft hemmen und die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Arbeit auf dem Weltmarkt, auf dem wir nach dem Friedensschluß Fuß um Fuß neu zu gewinnen bestrebt sein müssen, schwächen."

---

9. Gegen Belagerungszustand und Zensur.

Zum ersten Male kam Zensur und Belagerungszustand in der Märztagung 1915 zur Sprache. Von unserer Seite sprach Genosse Stadthagen (8. Sitzung vom 20. März 1915) in ausführlicher Rede über die zahllosen und unerhörten Mißhelligkeiten, die die Beschränkung der bürgerlichen Freiheiten während des Krieges mit sich gebracht hatten. Im besonderen behandelte er die kleinlichen Maßregelungen, denen der „Vorwärts" durch die Militärbehörden ausgesetzt war.

Schon zwei Monate später gab es wieder eine Zensurdebatte im Reichstag. Genosse Scheidemann benutzte eine passende Gelegenheit (12. Sitzung vom 29. Mai 1915), um eine Fülle neuer Beschwerden, besonders aus dem rheinisch-westfälischen Gebiet vorzutragen. Wohl werde auch im feindlichen Ausland über die Zensur geklagt, doch sei das kein Trost für uns. Durch die kleinlichen Maßnahmen der kommandierenden Generale werde eine große Erbitterung erzeugt, die der inneren Geschlossenheit des deutschen Volkes nicht zum Vorteil gereiche.

Im August 1915 kamen die Beschwerden über Zensur und Belagerungszustand anläßlich einer sozialdemokratischen Resolution, die die Aufhebung des Belagerungszustandes und die Wiederherstellung der Freiheit der Presse verlangte, schon wieder zu eingehenden Erörterungen. Dieses Mal war Genosse Richard Fischer der Sprecher der sozialdemokratischen Fraktion (20. Sitzung vom 27. August 1915). „Als im August vorigen Jahres beim Ueberfall Deutschlands durch die Ententemächte und ihre Hilfsvölker der Belagerungszustand über das ganze Reich — was vordem noch bei keinem Kriege der Fall war — verhängt ward, konnte man vom Standpunkt der Regierung aus diese außerordentliche Maßregel für begründet halten mit der Besorgnis über das Eindringen der Feinde in verschiedene Gebietsteile des Reiches. Seitdem ist ein Jahr vergangen. Unsere Soldaten haben weite Teile der Feindesländer besetzt. Keine Gefahr bedroht die Grenzen, geschweige denn das Innere des Reichs oder das ganze Reich; aber der Belagerungszustand über das ganze Reich dauert fort. Unser Volk in allen Teilen und in allen Parteien ist einig und geschlossen mit der Regierung in der Abwehr jeden Feindes; keine Störung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung ist irgendwo im Deutschen Reich in irgend nennenswertem Maße vorgekommen. Unsere Regierung hat eine Presse, wie sie vom Standpunkt der Landesverteidigung aus selbst sich nicht besser wünschen kann; aber der gesetzlose Zustand der Willkür in Gestalt des Belagerungszustandes dauert fort. Bei der Verhängung des Belagerungszustandes hat die Regierung seinerzeit die Hoffnung ausgesprochen, daß sie bald in der Lage sein wird, den Ausnahmezustand zu beseitigen. Wann soll nun diese Hoffnung, die man damals allgemein als ein Versprechen der Regierung auffaßte, eigentlich in Erfüllung gehen? Soll die Gewalt, welche die Regierung an die Militärmacht abgetreten hat, in deren Händen bleiben, bis der letzte Soldat aus Feindesland nach Deutschland zurückgekehrt ist?" In gründlicher Weise ging Genosse Fischer die einzelnen Kapitel dieses beschämenden Gesamtkapitels der deutschen Kriegführung im Innern durch; er kritisierte die willkürliche Verhängung der

Schutzhaft, die Maßnahmen gegen den „Vorwärts", die Unzulänglichkeit der Zensoren, die rücksichtslose Bekämpfung der Sozialdemokratie durch die Zensur, das Eingreifen der Zensur in Lohnkämpfen zugunsten der Unternehmer. „Die Arbeiter haben das Recht, gleich behandelt zu werden mit allen anderen Parteien und nicht die Zensur zu einem Ausnahmegesetz für die Arbeiterklasse ausarten zu lassen."

Im Januar 1916 besprachen die Genossen Dittmann und Heine das leider noch immer aktuelle Kapitel (32. Sitzung vom 18. Januar 1916). Ersterer ging davon aus, daß der Belagerungszustand anfänglich nur als rein militärische Maßnahme für die Dauer der Mobilmachung verhängt worden sei. Leider wurde er aber dauernd aufrechterhalten und die vollziehende Gewalt verblieb bei den Militärbefehlshabern. „Jetzt, nach anderthalbjähriger Kriegsdauer, ist im Deutschen Reich an die Stelle von Recht und Gesetz die Willkürherrschaft einer schrankenlosen Militärdiktatur getreten! Das öffentliche Leben ist vollständig unterbunden, die Presse ist geknebelt durch die Zensur, das freie Wort in Vereinen und Versammlungen ist unterdrückt; der einzelne ist vogelfrei im Lande und kann jederzeit seiner persönlichen Freiheit beraubt werden." Die Zensur, die angeblich nur aus militärischen Gründen verhängt worden sei, habe sich in offene politische Zensur verwandelt. Der Redner belegte seine Behauptungen durch zahlreiche Beweise. Genosse Heine behandelte die Frage besonders vom juristischen Standpunkte aus; im besonderen kritisierte er, daß sogar die Reden im Reichstag unter Zensur gestellt würden, daß die Militärbehörden das Vereins- und Versammlungsrecht aufhöben, daß die Zeitungen mit einer unübersehbaren Masse von Verordnungen überschüttet würden; daß die Zensur mit ihren Maßnahmen auch in unsere innerpolitischen Angelegenheiten hineingreife, und daß sie die Kriegszielerörterungen beeinträchtige.

Im Mai 1916 sprachen die Genossen Emmel und Noske für die Fraktion. Während Genosse Emmel (53. Sitzung vom 16. Mai 1916) vorwiegend die Rücksichtslosigkeit und Unerträglichkeit des Belagerungszustandes an dem elsaß-lothringischen Beispiel aufdeckte und dabei nachwies, wie die Verhandlungen des elsaß-lothringischen Landtags, das Brief- und Telegrammgeheimnis, die Korrespondenz von Abgeordneten, sowie das ganze Zeitungswesen unter der Diktatur und den Schikanen des Ausnahmegesetzes zu leiden haben, behandelte Genosse Noske (55. Sitzung vom 30. Mai 1916) mehr die allgemeine Seite der Angelegenheit und die Zuspitzung, die der Zensurdebatte von dem Konservativen Oertel und dem Nationalliberalen Hirsch durch ausführliche Erörterung der U-Bootfrage und der Kriegsziele gegeben worden war. Noske antwortete den Eroberungspolitikern in einer scharfen Rede u. a.: „Meine Herren, wenn wir — was von jedem einzelnen von uns gewünscht werden müßte — mit weiteren Zensurdebatten unsere Zeit im Reichstage nicht vergeuden wollen (sehr richtig! rechts und im Zentrum), dann müssen Sie dafür sorgen, daß ganze Arbeit gemacht wird, und deswegen bitten wir Sie dringend: stimmen Sie dem Antrage zu, der von Ihnen wünscht, daß eine Aufhebung der Zensur und des Belagerungszustandes erfolgt. Unser Volk und unser Land sind so stark, daß ungeschminkte Kritik und volle Klarheit nichts schaden, sondern nur nützen können. Aber leider wollen dies weder Nationalliberale noch Konservative, und deswegen kann die Debatte, die wir tagelang in der Kommission und zwei Tage auch schon hier im Plenum gehört haben, nicht viel anders bewertet werden, als daß Theaterdonner den Leuten draußen vorgemacht wird, die so töricht sind, diese Reden wirklich ernst zu nehmen..... Meine Herren, wir fordern die Freiheit der Erörterung der Kriegsziele gleich den Herren von der rechten Seite des Hauses, aber zu dem Zweck, damit wir darauf hinweisen können, daß Not und Elend immer weiter andauern, daß im Felde von den Truppen weiter beispiel-

lose Opfer gebracht werden müßten, wenn die Treibereien gewisser Annexionisten und rücksichtsloser Torpedierer von Erfolg begleitet wären. Ich sage Ihnen: die Herren Heimkrieger würden ihr blaues Wunder erleben, wenn ihnen das Volk zu solchen Zielen ganz ungeschminkt seine Meinung sagen könnte. Unser Volk begrüßt es mit Genugtuung, daß ganz allgemein in der Welt die Sehnsucht nach der Beendigung des Völkermordens wächst. Unser Volk wünscht nichts mehr als einen Frieden, der ihm seine Freiheit, seine Unabhängigkeit und Entwickelungsmöglichkeit garantiert."

In der Herbsttagung des gleichen Jahres vertrat Genosse Geck (70. Sitzung vom 30. Oktober 1916) den in einer Resolution niedergelegten Standpunkt der Fraktion. Er behandelte die Fragen besonders als Fachmann der Presse, der als solcher dagegen Einspruch erhob, daß durch den Belagerungszustand Männer zu wichtigen Entscheidungen berufen würden, die dazu in keiner Weise vorbereitet seien. Lächerlich sei es, wenn man von politischen Rednern, sogar von Mitgliedern des Reichstages, verlange, sie sollten ihre Reden vorher genau niederschreiben und der Zensur zur Prüfung vorlegen. Freilich scheue man sich ja auch nicht, die Immunität der Abgeordneten anzutasten. Mit besonderer Schärfe wandte sich Geck gegen die Militärdiktatur in Elsaß-Lothringen, insbesondere gegen das Verbot der französischen Sprache in jenen lothringischen Bezirken, in denen die Bevölkerung kein Wort deutsch versteht. Zum Schluß brachte Geck zahlreiche Einzelfälle aus dem Kapitel der militärischen Preßzensur vor. In der Fortsetzung der Beratung (in der 71. Sitzung vom 31. Oktober 1916) sah sich infolge einer Herausforderung durch die Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft Genosse Ebert zu einer kurzen, aber deutlichen Rede an die Adresse der Herausforderer genötigt. „Der Abgeordnete Stadthagen hat versucht, die Stellung unserer Parteileitung und unserer Freunde zum Belagerungszustand und zur Pressezensur hier zu diskreditieren. Diese unsere Stellung liegt klar zutage. Meine Parteifreunde haben hier im Hause sofort nach vollzogener Mobilmachung die Aufhebung des Belagerungszustandes verlangt. Bei jeder Tagung des Reichstages haben wir in schärfster und rücksichtslosester Weise Kritik geübt gegen die Handhabung der Zensur, gegen ihre Uebergriffe, gegen die Bevormundung der öffentlichen Meinung, gegen die Unterdrückung der politischen und persönlichen Meinungsfreiheit."

Zum letzten Male in der Berichtsperiode kam die Klage über Zensur und Belagerungszustand gelegentlich der Etatsberatung im Frühjahr 1917 zur Sprache. Dieses Mal war Genosse Meerfeld (108. Sitzung am 14. Mai 1917) der Wortführer der Fraktion. Auch er sprach als Preßfachverständiger in erster Linie über die Bedrückungen, denen die Presse durch die Zensur ausgesetzt ist. Die militärischen Stellen schlügen oft einen unerträglichen überheblichen Ton gegen die Presse an. Die notwendigste Kritik, wie die der Ernährungsmaßnahmen werde durch die Zensur beeinträchtigt. Gegen die Friedenspropaganda der Pazifisten wüte die Zensur besonders rücksichtslos. „Wir verlangen die Aufhebung des Belagerungszustandes und verlangen erst recht die Beschränkung der Zensur auf die allerengsten militärischen Gebiete. An den Herrn Reichskanzler richten wir zugleich abermals das höchst dringliche Ersuchen, endlich zu veranlassen, daß die Herren Generale auf das ernstlichste über die Grenzen ihrer Befugnisse belehrt und für alle Uebergriffe rücksichtslos haftbar gemacht werden. Nicht länger mehr, meine Herren, kann sich ein mündiges Volk die Ueberheblichkeiten von Leuten gefallen lassen, die ihren Tatendrang gegen Personen und Dinge austoben, denen der Belagerungszustand jeden Rechtsschutz völlig genommen hat."

---

10. Die Etatsberatungen.

a) Allgemeines.

Der gegenwärtige Reichstag hätte eigentlich mit dem 12. Januar 1917 gesetzmäßig sein Ende erreicht. Da aber angesichts der Kriegsverhältnisse Neuwahlen unmöglich waren, wurde die Legislaturperiode des Reichstags im Jahre 1916 durch einstimmigen Beschluß des Reichstags um ein Jahr verlängert. (64. Sitzung vom 11. Oktober 1916.) Von unserer Seite äußerte sich dazu Genosse Schulz, der die Notwendigkeit der Verlängerung lebhaft beklagte, da Neuwahlen das politische Leben Deutschlands von vielen Unklarheiten und unerfreulichen Erscheinungen reinigen würden, aber die vorhandene Notlage erkannte unser Redner an. Bei der zweiten Verlängerung im Jahre 1917 (112. Sitzung vom 6. Juli 1917) waren die Unabhängigen gegen die Verlängerung, unsere Partei stimmte aus den gleichen Gründen wie im Vorjahr wieder dafür.

Im ganzen hat der Reichstag vom 4. August 1914 bis zum 20. Juli 1917 117 Vollsitzungen abgehalten. Diese verteilen sich auf zwölf einzelne Abschnitte. Auf den ersten Abschnitt entfällt ein Tag mit zwei Sitzungen (4. August 1914 mit der 1. und 2. Sitzung). Der zweite Abschnitt umfaßte einen Tag mit einer Sitzung (3. Sitzung vom 2. Dezember 1914). Der dritte Abschnitt dauerte vom 10. bis 20. März 1915; während dieser Zeit fanden sechs Sitzungen (die 4.—9.) statt. Der vierte Abschnitt dauerte 12 Tage (vom 18. bis 29. Mai 1915), umfaßte aber nur drei Vollsitzungen. Der sechste Abschnitt währte vom 30. November 1915 bis zum 18. Januar 1916; es fanden in dieser Zeit zwölf Vollsitzungen (die 21.—32.) statt. Der siebente Abschnitt umfaßte die Zeit vom 22. März bis zum 8. Juni 1916 mit 30 Sitzungstagen (33.—62. Sitzung). Der achte Abschnitt lief vom 28. September bis zum 4. November 1916 mit zwölf Sitzungstagen. Alle acht Tagungsabschnitte wurden durch Kaiserliche Verordnung vertagt. Die folgenden vier Abschnitte dagegen wurden durch eigenen Beschluß des Reichstags auf unbestimmte oder auf ungefähr im voraus bestimmte Zeit vertagt, nachdem der Reichstag (74. Sitzung vom 4. November 1916) sein Mißfallen über die bisherige Art der Vertagung zum Ausdruck gebracht hatte. Im einzelnen zerfallen die letzten vier Abschnitte in den neunten Abschnitt mit der 75.—80. Sitzung (6 Sitzungstage) vom 25. November bis zum 12. Dezember 1916, den zehnten Abschnitt mit der 81.—96. Sitzung (16 Sitzungstage) vom 22. Februar bis zum 30. März 1917, den elften Abschnitt mit der 97.—110. Sitzung (14 Sitzungstage) vom 24. April bis zum 16. Mai 1917 und den 12. Abschnitt mit der 111. bis 117. Sitzung (7 Sitzungstage) vom 5. bis 20. Juli 1917.

Die Zahl der Vollsitzungstage spiegelt aber nicht annähernd die Tätigkeit des Reichstags während des Krieges wider. Mehr noch als sonst ist in den verschiedenen Ausschüssen gearbeitet worden, besonders im Haushaltsausschuß, der oft zwischen den Tagungsabschnitten tage- und wochenlang zusammen war und ebenso während der Tagungszeiten die Hauptarbeit durch eingehende Vorberatung des Beratungsstoffes der Vollsitzungen leistete.

Die Frage, ob der Reichshaushaltsausschuß auch zwischen den Tagungsabschnitten zusammentreten dürfe, hat zu eingehender Erörterung im Ausschuß selbst und schließlich auch im Plenum (67. Sitzung vom 26. Oktober 1916) geführt. Die große Mehrheit des Reichstags legte einen Antrag vor, durch den dem Reichstag durch den Haushaltsausschuß die Möglichkeit gegeben werden sollte, auch zwischen den Tagungsabschnitten Mitteilungen über die auswärtige Politik zu erhalten und dazu

Stellung zu nehmen. Von unserer Seite nahm Genosse Gradnauer zu dieser Frage das Wort, um auszuführen, daß es sich bei der Neuerung zweifellos um eine Verbesserung in der Führung der Reichstagsarbeiten handle; er könne sie zwar nicht sehr hoch einschätzen, aber durch die Kriegsverhältnisse sei sie zu einer Notwendigkeit geworden. Im übrigen seien wir der Ueberzeugung, „daß dieser erste bescheidene Schritt, den wir damit tun, um das Recht des Reichstags zu sichern, seinen Einfluß in den auswärtigen Dingen zu stärken, unbedingt zu größeren energischeren Schritten führen muß. Wir halten es für einen unveräußerlichen Anspruch der deutschen Volksvertretung, daß sie in vollem Umfange mitberaten, mitwirken und mitentscheiden darf über die Richtlinien der auswärtigen Politik".

Sehr oft waren die Sitzungen des Haushaltungsausschusses vertraulicher Natur. Es wurde dadurch der Regierung die Möglichkeit gegeben, dem Reichstag auch solche Mitteilungen zu machen, die sich im Hinblick auf den Kriegszustand für die öffentliche Bekanntgabe nicht eigneten. Andererseits vermochten die Mitglieder des Reichstags in den Ausschußsitzungen, besonders in den vertraulichen, offener und rückhaltloser zu sprechen, als sie es in dieser Zeit in den Plenarsitzungen hätten tun können. Zu den Angelegenheiten, die in den Beratungen des Haushaltsausschusses wiederholt und eindringlich und stellenweise in Form scharfer Kritik zur Sprache gebracht wurden, gehörten zahlreiche Beschwerden aus Elsaß-Lothringen, besonders solche, die sich mit unerhörten Mißbräuchen bei der Anwendung des Schutzhaftgesetzes beschäftigten. Die Fraktion hat aber keinen Zweifel darüber gelassen, daß sie an sich gegen solche vertraulichen Sitzungen ist und sie nur als Kriegsnotwendigkeiten in Ausnahmefällen billigen kann.

Auch andere Ausschüsse waren häufig zu zahlreichen Sitzungen zwischen den Tagungsabschnitten zusammen, so der Ernährungsausschuß und der Ausschuß für das Hilfsdienstgesetz.

b) Die eigentlichen Etatsberatungen.

Die Beratungen des Etats hatten in der Berichtsperiode nicht die Bedeutung wie in Friedenszeiten. Die größten Ausgaben des Reiches erfolgten in außerordentlichen Etats; die Einnahmen und Ausgaben des ordentlichen Etats waren infolgedessen geringer als sonst, aber auch aus anderen Kriegsgründen unterschieden sich die Ziffern der einzelnen Teile des Etats zum Teil erheblich von denen vor dem Kriege. Dadurch wurden auch die Etatsberatungen beeinflußt. Nur solche Kapitel führten zu längeren Debatten, die mit der Kriegführung oder Kriegswirtschaft unmittelbar zusammenhingen. Sie sind deshalb auch schon alle in den vorstehenden Abschnitten dieses Berichts gewürdigt worden; so wurden die Fragen der Ernährung und der Sozialpolitik in der Regel beim Reichsamt des Innern erledigt, die Frage der allgemeinen und auswärtigen Politik beim Etat des Reichskanzlers und des Auswärtigen, die Fragen des Heereswesens beim Militäretat zur Sprache gebracht.

Die Etatsberatung 1915, die erste während des Krieges, war sehr kurz, sie beanspruchte für alle drei Beratungen nur 6 Sitzungen, die an vier Tagen erledigt wurden. (4.—9. Sitzung vom 10. und 18.—20. März 1915.) Die Etatsberatungen 1916 und 1917 dagegen dauerten längere Zeit, da sie beidemale mit den Steuergesetzen verbunden waren. Die erste Lesung des Etats fand im Jahre 1916 am 16. März (34. Sitzung), die abschließende dritte Lesung am 7. Juni (61. Sitzung) statt; im Jahre 1917 begann die Beratung mit der ersten Lesung am 23. Februar (82. Sitzung) und endete mit

der dritten Lesung am 16. Mai (110. Sitzung). Die zwischen der ersten und der dritten Lesung stattgehabten Sitzungen waren zwar nicht ausschließlich, aber doch in der Hauptsache der Beratung des Etats, einschließlich der mit ihm verbundenen allgemeinen und besonderen Angelegenheiten gewidmet.

In den beiden Etatsjahren wurde der Etat bis zum 1. April nicht fertiggestellt, so daß Notetats nötig waren. Im Jahre 1917 vollzog sich die Erledigung des Notetats ohne weitere Schwierigkeiten; im Jahre 1916 war sie dagegen für unsere Fraktion mit ernsten und folgenschweren Auseinandersetzungen verknüpft, auf die der Bericht an anderer Stelle (siehe S. 64 ff.) eingeht.

Bei den einzelnen noch nicht erwähnten Etats, soweit sich bei ihnen eine Erörterung entspann, nahmen in der Regel die Genossen das Wort, die auch in Friedenszeiten dazu gesprochen hatten.

* * *

Zum Justizetat sprachen die Genossen Heine (42. Sitzung vom 8. April 1916) und Landsberg (42. und 91. Sitzung vom 24. März 1917); beide trugen eine Fülle berechtigter Beschwerden über die Rechtspflege während des Krieges vor.

Beim Etat des Reichstags (47. Sitzung vom 12. Mai 1916) kam der Fall zur Sprache, daß der fortschrittliche Abgeordnete Hubrich dem sozialdemokratischen Abgeordneten Liebknecht mitten in einer Rede die Notizen gewaltsam aus den Händen gerissen hatte. Außerdem war vom Präsidenten ein gekürzter Bericht über diese Vorgänge an die Presse veranlaßt worden. Von unserer Fraktion sprach dazu Genosse Scheidemann, der die Vorgänge scharf verurteilte, namens der Fraktion die Zustimmung zu einem Antrag der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft aber nur für einen Teil dieses Antrags aussprechen konnte, da der andere Teil des Antrags eher geeignet war, die Rechte des Präsidenten gegenüber den Mitgliedern des Hauses zu vermehren, als einzuschränken.

Zum Postetat sprach Genosse Taubadel (48. Sitzung vom 17. Mai 1916). Er anerkannte, daß Leitung und Personal der Post im Felde wie in der Heimat unter den erschwerenden Verhältnissen des Krieges Außerordentliches geleistet hätten. Die mannigfachen Beschwerden, besonders zu Anfang des Krieges, seien zum größten Teil auf die Kriegsschwierigkeiten zurückzuführen. Aber man sollte den Beamten nicht so sehr durch Worte danken als dadurch, daß man ihren ebenso bescheidenen wie berechtigten Wünschen Rechnung trage. Derartiger Wünsche trug Taubadel eine Reihe vor. Aus Anlaß eines bestimmten Falles verlangte er ferner die unbedingte Achtung des Briefgeheimnisses durch die Post. Bei der Beratung 1917 (99. Sitzung vom 3. Mai) kritisiert Genosse Taubadel, daß die Verwaltung der Post je länger je weniger während des Krieges den berechtigten Wünschen des Publikums gerecht werde, so daß sich die Beschwerden außerordentlich gehäuft hätten. Genosse Quarck ergänzte (in der gleichen Sitzung) das Material Taubadels; er führte außerdem einen überaus bezeichnenden Fall über die unzulässige Ausnutzung der Portofreiheit der Fürsten durch den Großherzog von Oldenburg an.

Das Reichseisenbahnamt wurde 1916 ohne Debatte erledigt, 1917 entspann sich bei diesem Titel dagegen eine längere Debatte, die durch die gleichzeitigen Steuerberatungen (Verkehrssteuer) vorbereitet und veranlaßt worden war. Genosse Keil trat hierbei (92. Sitzung vom 26. März) in entschiedener Weise für die Vereinheitlichung des deutschen Eisenbahnwesens ein, wobei er sich auf die Schrift des Geheimrats Kirchhoff stützte. Gerade der Krieg zwinge uns, der Frage der Reichseisenbahnen erneut näher zu

treten, aus Gründen der Billigkeit und der Zweckmäßigkeit. Beim Titel Reichseisenbahn brachte Genosse Fuchs (48. Sitzung vom 17. Mai 1916 und 100. Sitzung vom 4. Mai 1917) die elsaß-lothringischen Verkehrsbeschwerden sowie die Wünsche der in den Reichseisenbahnbetrieben beschäftigten Arbeiter zur Sprache.

Die Beratung des Reichsschatzamts vollzog sich 1916 ohne erhebliche Debatte, 1917 brachte Genosse Stücklen (98. Sitzung vom 2. Mai 1917) neben einigen Soldatenbeschwerden finanzieller Natur die etatswidrige Erwerbung des Hotels Cumberland durch das Kriegsministerium zur Sprache.

* * *

Beim vielgestaltigen Reichsamt des Innern, dessen Beratungen sich sonst über Wochen hinziehen, verzichteten unsere Genossen in Ansehung der Kriegsverhältnisse auf die eingehenden sozialpolitischen Erörterungen, zu denen sie sich in Friedenszeiten als die eigentlichen Arbeitervertreter verpflichtet fühlen. Nur die notwendigsten Angelegenheiten, besonders soweit sie durch den Krieg eine neue Beleuchtung erhalten hatten, wurden zur Sprache gebracht.

Beim Kapitel Gesundheitsamt trat Genosse Fischer-Hannover (52. Sitzung vom 22. Mai 1916) für Maßnahmen zugunsten des Mutterschutzes und der Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit, wie sie in Anfängen während des Krieges eingeleitet worden seien, auch über die Dauer des Krieges hinaus ein.

Beim Wohnungswesen forderte Genosse Göhre (52. Sitzung vom 22. Mai 1916) eine großzügige Wohnngspolitik des Reiches, er bekämpfte den Widerstand der verbündeten Regierungen gegen ein Reichswohnungsgesetz, der eigentlich angesichts der Kriegserfahrungen kaum noch angenommen werden dürfe. „Wir sind der Meinung — und ich glaube, der allergrößte Teil der Herren dieses hohen Hauses mit uns —, daß das Reich auf Grund des Artikels 4 der Reichsverfassung, wenn nicht verpflichtet, so doch berechtigt ist, auch seinerseits eine entschiedene, großzügige und konsequente Wohnungspolitik zu treiben. Wir legen Wert darauf, das auch in diesem Augenblicke wieder auszusprechen und es laut durch alle Fenster und Türen dieses hohen Hauses ins Volk hinauszurufen. Aber selbst wenn wir in diesem Punkte so sehr unrecht hätten, wie wir recht haben, jetzt in diesem und nach diesem ungeheueren Kriege, in den unser Volk verstrickt ist, müßten die verbündeten Regierungen unter allen Umständen davon abstehen, auf diese Kompetenzbedenken zwischen Reich und Einzelstaaten zurückzukommen."

Beim Kapitel Reichsschulkommission wies Genosse Schulz (89. Sitzung vom 22. März 1917) auf die Erfahrungen hin, die das deutsche Schulwesen während des Krieges zugunsten seiner inneren und äußeren Vereinheitlichung gemacht habe, und beantragte die Einberufung einer Reichsschulkonferenz nach Beendigung des Krieges zur Vorbereitung der reichs- und landesgesetzlich notwendig werdenden schulpolitischen Maßnahmen. Im Zusammenhange damit behandelte Genosse Schulz auch die Frage der Einjährig-Freiwilligen-Berechtigung. Der sozialdemokratische Antrag, der vom Haushaltsausschuß angenommen worden war, fand leider im Plenum nicht die Mehrheit.

Beim Reichsversicherungsamt verlangte Genosse Hoch (89. Sitzung vom 22. März 1917) rechtzeitige Maßnahmen, um die durch den Krieg arg gefährdeten Grundlagen unserer Arbeiterversicherung wieder zu festigen.

Beim Aufsichtsamt für Privatversicherung (89. Sitzung vom 22. März 1917) begründete Genosse Hildenbrand einen Antrag der Fraktion, wonach „alle Versicherungen der Kriegsteilnehmer und ihrer Angehörigen, die vor dem 1. August 1914 abgeschlossen worden sind und für die während der

Dauer des Krieges die Prämienzahlung eingestellt werden mußte, bis 3 Monate nach Friedensschluß wieder in Kraft gesetzt werden können". Der Antrag wurde dem Haushaltsausschuß überwiesen; hier wurde ein allgemein gefaßter erweiterter Antrag formuliert, der später im Plenum einstimmige Annahme fand.

Bei den Wasserstraßen trat Genosse Feuerstein (90. Sitzung vom 23. März 1917) für den Ausbau des Binnenwasserstraßenverkehrs ein, insbesondere forderte er die Schaffung des Großschiffahrtswesens Rhein—Neckar—Donau; er stützte sich bei der Begründung vornehmlich auf die Kriegserfahrungen, die uns die Bedeutung der wirtschaftlichen Mobilmachung klar gemacht hätten. Genosse Thöne unterstützte (in derselben Sitzung) die Forderung und sprach dabei im besonderen für eine Verbindung der Weser mit Main und Donau.

Bei der dritten Beratung des Reichsamtes des Innern (60. Sitzung vom 6. Juni 1916) trat Genosse Reißhaus unter Berufung auf zwei Resolutionen, die Entschädigung aus Reichsmitteln für Arbeiter verlangten, die durch den Krieg schwer geschädigt worden sind, für die Arbeiter der deutschen Spielwarenindustrie im Meininger Oberland ein.

* * *

Ueber die Marine wurde bei der Etatsberatung 1916 überhaupt nicht gesprochen. 1917 entspann sich eine längere Debatte (104. Sitzung vom 9. Mai 1917), an der sich von unserer Seite die Genossen Brandes und Giebel beteiligten. Beide versagten sich aber, bei dieser Gelegenheit zu den großen politischen Fragen, die mit der Kriegführung, besonders mit der U-Bootfrage, zusammenhingen, Stellung zu nehmen. Die Erörterungen darüber haben meistens im Zusammenhange mit den großen politischen Debatten stattgefunden. Oder sie wurden im Haushaltsausschuß erledigt, da sie sich im Hinblick auf den Krieg der öffentlichen Erörterung entzogen. Genosse Giebel nahm daher nur kurz darauf Bezug: „Ueber den U-Bootkrieg und die damit zusammenhängenden Fragen ist im Haushaltsausschuß so ausführlich verhandelt worden, daß meine politischen Freunde annehmen, die Frage sei damit für das Plenum erledigt. Ich will deshalb auch nicht auf Einzelheiten dieser Frage eingehen, möchte aber dem Herrn Abgeordneten Nehbel gegenüber, der meinte, daß gegen den unbeschränkten U-Bootkrieg nur technische Gründe ins Feld geführt worden seien, darauf aufmerksam machen, daß er doch völlig außer acht gelassen hat die gewichtigen politischen Bedenken und Folgen, auf die im Zusammenhang mit dem unbeschränkten U-Bootkrieg hingewiesen worden ist, — Bedenken, die nach meiner Auffassung heute noch ebenso berechtigt sind, wenn nicht berechtigter als zu jener Zeit." Unsere Redner besprachen im übrigen ausschließlich Beschwerden der Arbeiter und Angestellten in Werftbetrieben, vor allen Dingen Lohn-, Unterstützungs- und Ernährungsfragen. Genosse Brandes kam dabei zu dem Endergebnis, „daß die vom Herrn Berichterstatter erwähnten Arbeitseinstellungen nicht auf Ursachen zurückzuführen sind, die von außen oder gar vom Auslande in die Werftbetriebe hineingetragen worden sind, daß die Ursache vielmehr zu einem wesentlichen Teile in den Arbeitsverhältnissen der Werftarbeiter zu suchen ist, in der Verneinung der Anerkennung der Arbeiterschaft als gleichberechtigten Faktor des Arbeitsprozesses. Ich hoffe, daß meine Ausführungen das Reichsmarineamt überzeugen, unbekümmert um reaktionäres Schreiben und Scharfmachen, endlich dem Verlangen der Arbeiter zu folgen und ihnen die Stellung einzuräumen, die sie gerade auch auf Grund ihrer hohen Arbeitsleistungen während des Krieges verdient haben."

Auch der Etat für die Schutzgebiete und das Reichskolonialamt wurden in den beiden ersten Kriegsjahren ohne Debatte erledigt. Bei der Etatsberatung 1917 entwickelte sich eine kurze Debatte, in der vor allem die

heldenmütige Haltung der Schutztruppe in Ostafrika gedacht wurde. Genosse Noske benutzte die Gelegenheit zu einigen allgemeinen kolonialpolitischen Betrachtungen (104. Sitzung vom 9. Mai 1917): „Das, was die Vorredner zum Lobe der Leistungen der Männer gesagt haben, die in jahrelanger Zeit in Ostafrika für die Erhaltung des Schutzgebietes kämpfen, findet ganz selbstverständlich unsere volle Zustimmung. Wenn von den Kämpfen in Ostafrika die Rede ist, kann übrigens sofort an die Tatsache erinnert werden, daß der Führung deutscher Offiziere und Unteroffiziere Tausende von farbigen Soldaten in dem langen Kriege treu gefolgt sind. Die Schutztruppe hätte sich nicht so lange erfolgreich gegen einen sehr überlegenen Feind halten können, wenn die Farbigen nicht mit einer gewissen Hingebung fechten würden..... Die Haltung der Schutztruppe wäre undenkbar, wenn sich nicht allmählich ein Verhältnis zwischen Mannschaften und Führern herausgebildet hätte, das von den Geführten als erträglich angesehen wird..... Wir glauben, die Besserung zum guten Teile auf unser jahrelanges Drängen zurückführen zu können. Die allmählich etwas verständiger gewordene Eingeborenenpolitik hat jetzt im Kriege ihre Früchte getragen, denn abgesehen von Kamerun, wo die Duala mit dem Feinde sympathisieren, haben sich Eingeborene in keiner deutschen Kolonie in Massen gegen die Deutschen erhoben, sondern halten, wie es sich in Ostafrika gezeigt hat, treu zu ihnen. Ich glaube sagen zu können, daß die fortschreitende Humanität und die geleistete, nicht unbeträchtliche Kulturarbeit sich recht gut gelohnt hat." Für die Zukunft rechnete Noske bei einem allgemeinen Frieden ohne Annexionen auch mit der Rückgabe der deutschen Kolonien. Wir verlangen die Unversehrtheit des deutschen Gebietes, „zur Unversehrtheit des deutschen Gebietes gehört nach unserer Auffassung selbstverständlich auch die Erhaltung der deutschen überseeischen Besitzungen. Wenn das von uns nicht öfter, besonders auch hier nicht im Reichstage versichert worden ist, so nur deshalb, weil Selbstverständlichkeiten in der Regel ja nicht ausgesprochen zu werden brauchen."

---

11. Die U-Bootfrage.

In der Frage der Anwendung des rücksichtslosen U-Bootkrieges hat die Fraktion von Anbeginn an eine klare und unzweideutige Haltung eingenommen. Solange der Reichskanzler Bethmann Hollweg entgegen den mit unerhörten Mitteln arbeitenden alldeutschen Eroberungspolitikern den rücksichtslosen U-Bootkrieg ablehnte, trat ihm die Fraktion entschieden zur Seite. In den eingehenden Beratungen des Reichshaushaltsausschusses trat sie mit größter Entschiedenheit gegen die rücksichtslosen U-Bootpolitiker auf und erreichte gerade mit durch ihr entschlossenes Verhalten die Annahme der bekannten Resolution: „Nachdem sich das Unterseeboot als eine wirksame Waffe gegen die englische, auf die Aushungerung Deutschlands berechnete Kriegführung erwiesen hat, gibt der Reichstag seiner Ueberzeugung Ausdruck, daß es geboten ist, wie von allen unseren militärischen Machtmitteln, so auch von den Unterseebooten denjenigen Gebrauch zu machen, der die Erringung eines die Zukunft Deutschlands sichernden Friedens verbürgt, und bei Verhandlungen mit auswärtigen Staaten die für die Seegeltung Deutschlands erforderliche Freiheit im Gebrauch dieser Waffe unter Beachtung der berechtigten Interessen der neutralen Staaten zu wahren."

Gegen diese Resolution stimmte in der Kommission allein Ledebour von der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft. Er hatte es nur einem Zufall zu verdanken, daß seine Partei nicht auch in dieser Frage wie in mancher anderen wieder Schulter an Schulter mit den Konservativen marschierte, denn erst in

letzter Minute entschlossen sich die Westarp und Heydebrand dazu, mit den übrigen Parteien für die Resolution, anstatt mit der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft dagegen zu stimmen.

Als sich der Kanzler später in Gemeinschaft mit der Obersten Heeresleitung zur Anwendung des rücksichtslosen U-Bootkrieges entschloß, hat die Fraktion in den vertraulichen Beratungen des Haushaltsausschusses mit guten Gründen davon abgeraten und auch später im Plenum auf die bedenklichen Folgen eines solchen Vorgehens hingewiesen. Genosse Scheidemann führte dazu aus (83. Sitzung vom 27. Februar 1917): „Lloyd George ist der Pate der neuen Entschlüsse der Reichsleitung, für die sie, in Gemeinschaft mit der obersten Heeresleitung, die Verantwortung trägt, die wir ablehnen. Der verschärfte U-Bootkrieg ist eigentlich von der Konferenz der Alliierten in Rom beschlossen worden. Nachdem dieser Beschluß gefaßt war, nachdem die Sache in Gang gekommen war, können auch wir nur von ganzem Herzen wünschen, daß sie uns bald den Frieden bringt. Eine leicht vorauszusehende Folge des verschärften U-Bootkrieges war der Abbruch der diplomatischen Beziehungen mit Amerika. Ich bedauere diese Wendung der Dinge aufs tiefste, und wir stimmen nicht mit denen überein, die Amerika voreilig als neuen Feind, man kann geradezu sagen, begrüßten."

Die letzten Gründe für die Haltung der Fraktion in der U-Bootfrage können während der Dauer des Krieges öffentlich nicht gesagt werden.

---

12. Gesetzentwürfe.

a) Die Notgesetze vom 4. August 1914.

Gemeinsam mit der ersten Kriegskreditvorlage wurden dem Reichstage noch 16 andere Gesetzentwürfe vorgelegt, die sich auf folgende Kriegsnotwendigkeiten bezogen: Darlehnskassen, Unterstützung der Familien von Kriegsteilnehmern, Ausnahmen von Beschäftigungsbeschränkungen gewerblicher Arbeiter (also teilweise Aufhebung der Arbeiterschutzbestimmungen), Ergänzung der Reichsschuldenordnung, Aenderung des Münzgesetzes, Reichskassenscheine und Banknoten, Schutz der infolge des Krieges an der Wahrnehmung ihrer Rechte gehinderten Personen, Abwicklung börsenmäßiger Zeitgeschäfte in Waren, Erhaltung von Anwartschaften aus der Krankenversicherung, Höchstpreisfestsetzung, Sicherung der Leistungsfähigkeiten der Krankenkassen, Wahlen nach der Reichsversicherungsordnung, Kriegsversorgung von Zivilbeamten, vorübergehende Einfuhrerleichterungen, Verwendung des Reichskriegsschatzes.

In der Stimmung des 4. August wurden die Gesetze sämtlich ohne Erörterung und Aenderung einstimmig angenommen. Man rechnete damals nicht mit einer langen Dauer des Krieges. In der Folgezeit haben sich einige der Gesetze als unzulänglich oder übereilt erwiesen; besonders ist von unseren Genossen bei allen passenden Gelegenheiten mit Nachdruck die Wiederherstellung und der Ausbau der Arbeiterschutzbestimmungen verlangt worden.

b) Die Aenderung des Vereinsgesetzes.

Schon in seinen ersten Beratungen während des Krieges gab der Reichstag zu erkennen, daß er in verschiedenen Abänderungen des Reichsvereinsgesetzes die ersten Vorbedingungen der angekündigten Neuorientierung erblicke. Nachdem in den Beratungen des Haushaltsausschusses die Meinungen im allgemeinen geklärt waren, kam es im Plenum zu einer Erörterung (8. Sitzung vom 20. März 1915), in der von unserer Seite Genosse Heine die Mehrheitsbeschlüsse auf

Verbesserung des Vereinsgesetzes empfahl; besonders handelte es sich um die Definition des Begriffs „politischer Verein", um dadurch die Gewerkschaften besser zu schützen, sodann um den Sprachenparagraphen und um den Jugendlichenparagraphen. Das Plenum stimmte den Beschlüssen zu, indem es sie zugleich einer Kommission zur weiteren Beratung überwies.

In der 20. Sitzung (vom 27. August 1915) kam der Bericht der Kommission zur Verhandlung. Von unserer Fraktion sprachen die Genossen Landsberg und Heine. Beide wandten sich gegen die nationalliberalen Reden, die die von der Kommission gestrichenen Jugendlichen- und Sprachenparagraphen aufrechterhalten wissen wollten. Die Regierung ließ durch den Staatssekretär Dr. Delbrück eine zurückhaltende und wenig entgegenkommende Haltung zum Ausdrück bringen. Die beiden umstrittenen Paragraphen seien „heiße Eisen", die sie jetzt nicht in die Hand nehmen möchte. Nach dem Kriege könne das in Verbindung mit der übrigen „Neuorientierung" geschehen. Im übrigen stellte sie für die Novembertagung einen Gesetzentwurf über die Abänderung des § 3 des Vereinsgesetzes, wodurch die Gewerkschaften von den Bestimmungen des Vereinsgesetzes freigestellt, also nicht als politische Vereine angesehen werden sollten, in Aussicht.

Zu dieser Novelle nahm die Fraktion am 21. Dezember 1915 zum ersten Male Stellung. Genosse Bauer berichtete damals über die ihm gewordenen Mitteilungen der Regierung, wonach der Gesetzentwurf die Gewerkschaften dagegen schützen solle, daß sie in ungerechtfertigter und schikanöser Weise zu politischen Vereinen erklärt werden könnten; vor allen Dingen solle dadurch die Anwendung des Jugendlichenparagraphen im Reichsvereinsgesetz auf die Gewerkschaftsbewegung unterbunden werden. Aber die Regierung erkläre sich dazu nur in der Lage, wenn die Sozialdemokratische Fraktion auf Einbringung weitergehender Anträge verzichte. Bauer ersuchte im Interesse der Gewerkschaften dringend, dem Vorschlage der Regierung zuzustimmen, wenn dadurch auch für den Augenblick unsere weitergehenden Wünsche zurückgestellt werden müßten. Aber die angebotene Reform sei für die Gewerkschaften von erheblichem Nutzen, und da zurzeit bei der Stellung der Parteien und der Regierung nicht mehr zu erreichen sei, solle man sich unter Vorbehalt späterer weiterer Reformen vorläufig damit begnügen. Nach kurzer Diskussion, an der sich besonders Genosse Haase in zustimmendem Sinne beteiligte („Wenn den Gewerkschaften die Fassung genügt, brauchen wir keine Anträge zu stellen"), beschloß die Fraktion gegen drei Stimmen, auf die Einbringung weitergehender Anträge zu verzichten, falls die Vorlage die erwähnten Erleichterungen bringe.

Zum zweiten Male beschäftigte sich die Fraktion am 8. Mai 1916 mit dem inzwischen im Wortlaut vorliegenden Gesetzentwurf. Gemäß ihrem früheren Beschluß einigte sich die Fraktion nach längerer Diskussion gegen sieben Stimmen dahin, der Vorlage zuzustimmen, ohne Abänderungsanträge zu stellen. Den Rednern wurde der Auftrag gegeben, die Zustimmung der Fraktion auszusprechen, aber doch gleichzeitig zu erklären, daß es sich für uns bei der Vorlage nur um eine Abschlagszahlung handeln könne, und daß die Fraktion an ihren weitergehenden Wünschen auf Reform des Vereinsrechts festhalte.

Die erste Lesung der Vereinsgesetznovelle erfolgte im Mai 1916 (45.—47. Sitzung vom 10.—12. Mai 1916). Von unserer Fraktion sprach Genosse Legien im Sinne des Fraktionsbeschlusses. Er erklärte, daß die Vorlage unseren Ansprüchen in keiner Weise genüge. Vor allen Dingen lasse sie unsere Wünsche in bezug auf Jugendlichen- und Sprachenparagraphen unerfüllt. Er verlangte für die Landarbeiter das Organisations- und Streikrecht. Legien ging bei dieser Gelegenheit auch auf die Bedeutung der Gewerkschaften für unsere ganze wirtschaftliche und kulturelle Entwicklung ein. Die Gewerkschaften seien eigentlich gegen den Willen der Unternehmer und der Regierung zu ihrer

heutigen Stärke gelangt. „Von Anerkennung der gewerkschaftlichen Organisationen gar nicht zu reden. Besonders war es das Bestreben unserer Gewerkschaften, die Arbeitermassen in sozialistischem Geiste zu erziehen, was weite bürgerliche Kreise und auch die Regierungsstellen veranlaßte, sich gegen die Organisationen zu wenden. Auch hier ist zu sagen: wir haben alle Ursache, unseren gewerkschaftlichen Organisationen zu danken, daß sie die Arbeitermassen sozialistisch erzogen, mit sozialistischem Geiste erfüllt haben; denn er bringt uns über die gegenwärtige schwere Zeit hinweg."

In den eingehenden Kommissionsberatungen versuchten unsere Genossen die Vorlage im Sinne unserer Wünsche auszugestalten. Das gelang auch zum Teil. Die volle Aufhebung des Jugendlichen- und Sprachenparagraphen und das Koalitionsrecht für die Landarbeiter war allerdings noch nicht zu erzielen. Es wurden zwar Anträge dieser Art von der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft und den Polen eingebracht. Die parlamentarische Lage war aber so, daß bei Annahme dieser Anträge das ganze Gesetz, das den Gewerkschaften doch eine wesentliche Verbesserung brachte und auch die Organisierung der Jugendlichen durch die Gewerkschaften ermöglichte, zu Fall gekommen wäre. Die Fraktion nahm deshalb abermals eingehend Stellung zu der neugeschaffenen Lage. Es bestand kein Zweifel, daß die Konservativen auf alle nur mögliche Weise die ihnen unbequeme Vorlage zu Fall bringen wollten. Andererseits waren Zentrum und Liberale darin einig, gemeinsam mit den Sozialdemokraten das Gesetz zu schaffen. Würde aber die Sozialdemokratie Anträge einbringen, denen diese beiden bürgerlichen Parteien zwar sachlich sympathisch gegenüberstünden, denen sie aber im gegenwärtigen Augenblick im Interesse des Zustandekommens des Gesetzes nicht zustimmen könnten, so würde damit das Gesetz gefährdet, entweder die Liberalen und das Zentrum würden unsere Anträge annehmen, dann wäre das Gesetz für die Regierung unannehmbar; oder die beiden Parteien lehnten unsere Anträge ab, dann würden wir in Verbindung mit den Konservativen und anderen Reaktionären wahrscheinlich eine Mehrheit gegen die Gesetzesvorlage bilden und sie damit zu Fall bringen. Blieb die Fraktion aber ihrer bisherigen Stellung getreu, so war die Annahme des Gesetzes mit großer Mehrheit sicher, und es trat zum Vorteil der Gewerkschaften sofort in Kraft. Dazu war aber nötig, daß alle Abänderungsanträge, die das Gesetz gefährdeten, auch die der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft, von uns abgelehnt wurden. Die Fraktion entschloß sich im Interesse einer tatsächlichen erheblichen Besserung des Zustandes der gewerkschaftlichen Rechtsprechung zu dieser letzteren Stellungnahme. Dagegen sollten die weitergehenden Wünsche in Form selbständiger Anträge im Reichstag zur Erledigung gebracht werden.

In diesem Sinne wirkten unsere Redner bei der zweiten und dritten Beratung des Gesetzentwurfs (59. Sitzung vom 5. Juni 1916). Genosse Heine gab unserem Mißbehagen über die Unzulänglichkeit des Gesetzes Ausdruck; wir betrachteten es nur als ein Notgesetz, demgegenüber wir uns in der gleichen Lage befänden wie die Fraktion 1896 und 1899 gegenüber ähnlichen bescheidenen Verbesserungen des bestehenden Zustands. „In beiden Fällen hatten wir viel weitergehende Wünsche, die längst in Gesetzentwürfen von unserer Seite und auch zum Teil in Beschlüssen der Kommission des Reichstags festgelegt waren. Indessen haben wir in beiden Fällen der Regelung eines Teils der Materie durch diese Not- und Sondergesetze zugestimmt. Der verstorbene Abgeordnete Singer hat in der Reichstagssitzung vom 16. Dezember 1899 klar zum Ausdruck gebracht, wie wenig Vertrauen er in die Versprechungen der Regierung hinsichtlich einer Regelung des Vereinsgesetzes hätte, ebenso, wie wenig uns das genüge, was durch die Aufhebung des Verbindungsverbots gewährt werden sollte. Aber er sagte: „Wir stimmen für das Gesetz, weil hiermit endlich ein-

mal der erste Schritt zu einem Reichsvereinsgesetz getan ist." Genau ebenso stimmen wir heute für das Gesetz, weil damit der erste, wenn auch keineswegs völlig genügende Schritt getan wird zur Befreiung der Arbeiterbewegung, der gewerblichen sowie der politischen, von den unwürdigen Fesseln, die das Vereinsgesetz ihnen auferlegt, und nur ihnen; denn die anderen Kreise des Volkes werden von denselben gesetzlichen Bestimmungen nicht betroffen." Heine ging sodann noch auf sämtliche Einzelfragen des Gesetzes ein. Als unserer zweiter Redner setzte sich Genosse Schulz besonders mit den pädagogischen Bedenken des fortschrittlichen Abgeordneten Kerschensteiner über die angebliche Gefahr einer Politisierung der Jugend auseinander. Die Arbeiterbewegung wolle nicht die Jugendlichen zu Politikern drillen, die staatsbürgerliche Gesinnung, die auch Kerschensteiner wolle, lernten sie aber am besten durch die Erziehungsarbeit der Gewerkschaften. Genosse Schulz verlas zum Schluß eine formulierte Erklärung der Fraktion über die Gründe, aus denen sie trotz mancher Bedenken für das Gesetz stimmte.

c) Das Kapitalabfindungsgesetz.

Das Gesetz will Kriegsbeschädigten die Möglichkeit geben, sich zum Zwecke des Erwerbs eines Grundstücks oder zur Festigung eigenen Grundbesitzes an Stelle eines Teils ihrer Rente eine Kapitalabfindung zahlen zu lassen. Dem Grundgedanken stand die Fraktion sofort im Prinzip sympathisch, wenn auch mit verschiedenen Zweifeln gegenüber, denen bei der ersten Lesung der Vorlage Genosse Hofrichter (43. Sitzung vom 10. April 1916) Ausdruck gab. In den Kommissionsberatungen wurden diese Zweifel zum guten Teil behoben, so die Gefahr, daß die Kriegsbeschädigten zu sehr an ihr Grundstück gebunden seien. Die Kriegsbeschädigten können ihr Grundstück wieder veräußern und treten nach der Kapitalrückzahlung in den vollen Genuß ihrer Rente. Noch einige weitere Verbesserungen hatten die Kommissionsberatungen herbeigeführt. Die Fraktion ließ deshalb durch ihren Wortführer, den Genossen Bauer (58. Sitzung vom 3. Juni 1916) erklären: „Das Gesetz kommt zweifellos einem starken Bedürfnis entgegen. Nicht nur die ländlichen Kreise, sondern auch die städtische Bevölkerung, die Industriearbeiter, werden von dem Gesetz Vorteil haben. Die städtische Siedelung ist ebenso dringend notwendig wie die ländliche. Ich verweise darauf, daß gerade in den großen Industriezentren häufig ein starker Wohnungsmangel herrscht, gerade ein Mangel an Kleinwohnungen. Die Mißstände auf diesem Gebiete sind bekannt. Wenn nun hier einige tausend Kriegsbeschädigte, die wieder an ihre alte Arbeitsstätte in ihre alte Industrie zurückkehren, durch die Kapitalabfindung die Möglichkeit haben, sich eine billige, angenehme und ausreichende Wohnungsgelegenheit zu schaffen, so darf das nicht zu gering veranschlagt werden. Gerade diese Wirkung auch für die Industriearbeiter schätzen wir außerordentlich hoch. Wenn das Kriegsministerium in jedem einzelnen Falle sorgfältig prüft, ob für eine nützliche Verwendung des Geldes ausreichende Gewähr besteht, kann das Gesetz nicht nur den beteiligten Kriegsbeschädigten und ihren Familien, sondern auch unserer ganzen Volkswirtschaft zum Segen gereichen. Daß diese Hoffnung sich erfüllen möge, ist unser sehnlichster Wunsch. Denjenigen, die ihre Gesundheit und Arbeitskraft im Dienste des Vaterlandes ganz oder teilweise verloren haben, gebührt unser Dank. Diesen Dank wollen wir auch durch die Verabschiedung dieses Gesetzes zum Ausdruck bringen."

Die Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft stimmte gegen das Gesetz, weil es angeblich die Kriegsinvaliden bevormunde und an die Scholle fessele. Befürchtungen, die völlig unzutreffend sind, wie Genosse Bauer in einer Erwiderung auf den Redner der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft durch folgende Ausführungen nachwies: „.... ich möchte betonen, daß die Bestimmung im § 5a keine solche ist, daß dadurch etwa eine Fesselung der Arbeiter an die Scholle unter Beschränkung der Freizügigkeit herbeigeführt wird. Die Dinge liegen doch so, daß in den weitesten Kreisen der deutschen Arbeiterschaft die Sehnsucht nach einem eigenen Heim mit jedem Jahre stärker geworden ist, und die starke Entwickelung der Baugenossenschaften, die gerade aus Arbeitern gebildet, zeigt doch, daß ein tiefes Bedürfnis für ein eigenes Heim vorhanden ist. Jeder aber, der sich auch heute schon durch eine Baugenossenschaft ein eigenes Heim zulegt, bindet sich in gewissem Sinne an die Scholle, er ist nicht mehr so frei, kann nicht mehr so nach Belieben umherziehen wie derjenige, der nur eine Mietwohnung hat. Ich sage also: es kann gar keine Rede davon sein, daß derjenige, der nun dazu übergeht, eine eigene Siedelung sich zu beschaffen, sich an die Scholle fesselt. Die Dinge liegen doch auch so, daß in den großen Industriebezirken, wie ich schon bei meinen ersten Ausführungen erwähnte, eine große Wohnungsnot vorhanden ist, daß die Arbeiter in der Regel ihre Wohnstätte, auch wenn sie keine eigene Siedelung besitzen, weiter beibehalten und nach den verschiedensten Richtungen hin dann die Arbeitsstelle aufsuchen. Es ist also nicht zu befürchten, daß eine Benachteiligung der Arbeiter durch solche Siedelungen eintreten könnte. Außerdem hat auch jeder vorher zu prüfen, ob es wirklich in seinem eigenen Interesse liegt, eine Kapitalabfindung zu beantragen und eine Siedelung sich zuzulegen. Es wird ja niemand dazu gezwungen."

d) Das Gesetz über den vaterländischen Hilfsdienst.

Die Einbringung dieses Gesetzes erfolgte in überraschender Weise durch plötzliche Zusammenberufung des Reichstages im November 1916, nachdem er erst einige Wochen zuvor auf mindestens drei Monate vertagt worden war. Das Gesetz entsprang einem Zwange des Krieges. Gegen die Ueberlegenheit der Feinde in der Sommeschlacht des Sommers 1916 an Zahl der Truppen wie besonders an artilleristischem Kriegsmaterial mußte eine Gegenwirkung gefunden werden. Es galt zu diesem Zwecke, alle für die eigentlichen Kampfzwecke des Heeres fähigen Soldaten von anderen Pflichten frei zu machen, sowie der Industrie durch einschneidende Maßnahmen, besonders durch Stillegung überflüssiger Fabrikation, durch Umgruppierung der Arbeiter und Einführung des Arbeitszwanges, durch Aenderung des Reklamiertenwesens, eine größere Leistungsfähigkeit für die Zwecke der Kriegführung möglich zu machen. Als kriegswirtschaftlich oder kriegswichtig sah das Gesetz alle Gewerbe und Berufe an, die die Durchführung des Krieges ermöglichen, also in erster Linie Landwirtschaft, Bergbau und Hüttenindustrie, ferner Behörden, behördliche Einrichtungen, die Kriegsindustrie, die Krankenpflege, kriegswirtschaftliche Organisationen aller Art und Berufe und Betriebe, die für Zwecke der Kriegführung oder Volksversorgung unmittelbar oder mittelbar Bedeutung haben.

Die Fraktion nahm zuvor eingehend Stellung, auch in Gemeinschaft mit dem Parteiausschuß. Die Regierung hatte dem Vorstand erst einige Tage zuvor von dem beabsichtigten Entwurf Kenntnis gegeben. Gleichzeitig hatten eingehende Beratungen der Regierung mit den Vertretern der Gewerkschaften stattgefunden. Die Gewerkschaften hatten dabei bestimmte Forderungen zur Wahrung der Arbeiterinteressen aufgestellt, von deren ausdrücklicher Bewilligung sie ihre Zustimmung zum Gesetz abhängig machten. Andererseits erkannten die Gewerkschaften nebst Fraktion und Parteiausschuß auch sofort die Gefahr, die bei grundsätzlicher Verwerfung des Gesetzes durch die Partei heraufbeschworen wurde: die Militarisierung des Arbeitsprozesses ohne Einfluß

der Arbeiterorganisationen und womöglich eine Ausdehnung der Wehrpflicht bis zum 60. Jahre.

In den — abweichend von den parlamentarischen Gepflogenheiten schon vor der ersten Lesung im Plenum stattgefundenen — Vorberatungen des Haushaltsausschusses gingen unsere Vertreter in der angedeuteten Weise vor, wobei sie sich ihren endgültigen Standpunkt vorbehielten. Der ursprüngliche Gesetzentwurf bestand nur aus 4 Paragraphen, von denen der erste die Zivildienstpflicht bis zum vollendeten 60. Lebensjahre aussprach, der zweite den Bereich des Hilfsdienstes präzisierte, der dritte dem Bundesrat den Erlaß von Ausführungsbestimmungen und die Festsetzung von Gefängnisstrafen bis zu einem Jahre oder Geldstrafen bis zu 10 000 Mk. für Zuwiderhandlungen übertrug, und der vierte schließlich ebenfalls den Bundesrat mit der Festsetzung der Termine für das Inkrafttreten und Außerkraftsetzen des Gesetzes beauftragte.

In den Kommissionsberatungen wurde der Entwurf erheblich abgeändert. Aus vier Paragraphen wurden 20, von denen die meisten eine ganze Anzahl wichtiger Arbeiterforderungen verwirklichten, für die die Gewerkschaften wie die Sozialdemokratie vor dem Kriege lange Jahre erfolglos gekämpft hatten. So wird im Paragraph 2 die Einsetzung von ständigen Arbeiterausschüssen in allen Betrieben mit mindestens 50 Arbeitern obligatorisch angeordnet; sie müssen von den volljährigen Arbeitern des Betriebes in direkter geheimer Wahl nach dem Verhältnissystem gewählt werden. In gleicher Weise sind Angestelltenausschüsse einzusetzen. Die Ausschüsse sind auf Grund des Gesetzes Vertretungen der Arbeiter, die ihre Interessen im Betriebe wahrzunehmen haben. Gelingt das nicht auf dem Wege der Verständigung, so steht den Arbeitern die Berufung an die Schlichtungsstelle offen, die neben dem vom Kriegsamt berufenen Vorsitzenden aus je drei Arbeitgeber- und Arbeitervertretern paritätisch zusammengesetzt ist. In Betrieben mit weniger als 50 Arbeitern oder landwirtschaftlichen Betrieben können die Arbeiter ihre Forderungen der Schlichtungsstelle unmittelbar unterbreiten. Damit ist den landwirtschaftlichen Arbeitern zum ersten Male die Möglichkeit einer rechtlich geordneten Interessenvertretung eingeräumt worden. Die durch den Gesetzentwurf im allgemeinen herbeigeführte Einschränkung der Freizügigkeit der Arbeiter wurde im § 9 für den für die Arbeiter wichtigsten Fall wiederhergestellt: als wichtiger Grund zum Verlassen der Arbeitsstätte unter Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen wurde eine angemessene Verbesserung der Arbeitsbedingungen im vaterländischen Hilfsdienst anerkannt. Im § 14 wird den im vaterländischen Hilfsdienst beschäftigten Personen die Ausübung des ihnen gesetzlich zustehenden Vereins- und Versammlungsrechts ausdrücklich gewährleistet.

Vor der Plenarverhandlung des Gesetzes trat die Fraktion nochmals zu einer endgültigen Stellungnahme zusammen. Die Fraktion überzeugte sich nach dem Bericht ihrer Kommissionsvertreter davon, daß der Gesetzentwurf durch die Kommissionsberatungen erheblich verbessert worden war, so daß die jetzige Vorlage von der Fraktion unterstützt werden konnte. Dennoch sollte versucht werden, bei den Plenarverhandlungen auch noch unsere weitergehenden Anträge durchzudrücken. Bei der entscheidenden Abstimmung wurde die Annahme des Gesetzes innerhalb der Fraktion mit 49 gegen 21 Stimmen beschlossen.

Die Plenarberatungen fanden vom 29. November bis zum 2. Dezember 1916 statt (76., 77. und 79. Sitzung). In der ersten Lesung sprach von unserer Fraktion Genosse David, der als Zweck des Gesetzes die Konzentration der Volkskräfte zur Erreichung eines baldigen, ehrenvollen Friedens bezeichnete.

Diesem Zweck stimmte die Fraktion zu. Er könne aber nur erreicht werden, wenn die Masse des Volkes pflichtbereit und opferwillig dem Wunsche des Gesetzes entspreche. Solle das aber geschehen, so müsse manches an dem Gesetze gebessert werden. David ging darauf im einzelnen ein. Bei der zweiten Beratung, die in der eingehenden Erörterung der einzelnen Paragraphen bestand, war es besonders Genosse Bauer, der die Auffassung der Fraktion vertrat; ihm halfen dabei in verschiedenen Einzelfragen die Genossen Landsberg, Ebert, David, Jäckel, Sachse, Giebel, Hoch und Keil. Bei der dritten Lesung vertrat in der allgemeinen Besprechung Genosse Legien den Standpunkt der Fraktion: Wenn der Zweck des Gesetzes erreicht werden solle, müßten zwei Voraussetzungen erfüllt sein: das arbeitende Volk müsse davon überzeugt sein, daß Deutschland sich nach wie vor in einem Verteidigungskrieg befinde, und ferner müsse es den vaterländischen Hilfsdienst gern und willig erfüllen. Was das erstere anbetreffe, so bestehe darüber kein Zweifel. Die Willigkeit der Arbeiter aber sei nur zu erreichen, wenn man sie fürderhin nicht mehr nur als Objekte des Arbeitsprozesses und der Politik, sondern als gleichberechtigte Staatsbürger ansehe und behandele. „Unsere Bemühungen nach dieser Richtung hin haben leider nicht den vollen Erfolg gehabt. Es sind nicht alle die Rechtsgarantien, die wir für notwendig erachten, in das Gesetz hineingekommen. Trotzdem werden wir für das Gesetz, so, wie es in der zweiten Lesung gestaltet worden ist, stimmen. Erleichtern Sie uns die Zustimmung. Führen Sie herbei, daß die Arbeiterschaft mit vollem Interesse, mit voller Liebe bei der Sache ist. Das können sie durch Schaffung weiterer Rechtsgarantien, weiterer Sicherheiten in dem Gesetz, daß die Arbeiterklasse vor Mißbrauch durch Böswillige schützt." Zum Schluß sagte Legien: „Denken Sie, meine Herren, daran, daß in dieser, für die Zukunft Deutschlands entscheidenden Stunde die Arbeiterklasse zum Volksganzen steht! Gestalten Sie das Gesetz dementsprechend und richten Sie vor allen Dingen Ihre weitere Politik so ein, damit nicht wieder ein Zustand in Deutschland herbeigeführt wird, bei dem der größere Teil des Volkes keine Liebe und kein Vertrauen zum eigenen Lande finden kann." Bei der Einzelberatung war wiederum hauptsächlich Genosse Bauer unter Beihilfe der Genossen Brey, Landsberg, Heine, Legien, Hoch, Ebert und Keil tätig.

e) Herabsetzung von Mindeststrafen des Militärstrafgesetzbuchs.

Im April 1916 hatte der Reichstag einen Antrag angenommen (42. Sitzung vom 8. April 1916), der den Reichskanzler um baldige Vorlage eines Gesetzentwurfes über die Herabsetzung der Mindeststrafen im Militärgesetzbuch ersucht. Damals wurden vom Kriegsministerium noch Bedenken erhoben. Im März 1917 legte die Regierung aber ohne erneute Aufforderung einen Gesetzentwurf im Sinne des Reichstagsbeschlusses vor. Der Kriegsminister begründete ihn mit den durch den Krieg völlig veränderten Verhältnissen und den Absonderlichkeiten der Kriegsform, die es die Gerichtsherren oft sehr schwer hätte empfinden lassen, daß sie an Mindeststrafen gebunden seien. Von unserer Seite gab Genosse Davidsohn bei der ersten Beratung (91. Sitzung vom 24. März 1917) der Genugtuung der Fraktion Ausdruck, daß der gegenwärtige Kriegsminister im Gegensatz zu seinem Vorgänger den Entwurf doch eingebracht habe. Bei der zweiten Beratung (96. Sitzung vom 30. März 1917) begründete Genosse Landsberg einige sozialdemokratische Verbesserungsanträge, die aber leider abgelehnt wurden. Er sprach ferner die Hoffnung aus, daß in abgeurteilten Fällen, in denen es sich um Verbrechen gegen die jetzt abgeänderten Bestimmungen gehandelt habe, nachträglich Begnadigung erfolge. Von der Regierung wurde eine entsprechende wohlwollende Nachprüfung in Aussicht gestellt.

f) Die sonstigen Gesetze.

Außer den vorstehend behandelten Gesetzen hat der Reichstag während der Kriegszeit eine große Anzahl sonstiger Gesetze beraten. Der größte Teil dieser Gesetze ist ohne Debatte erledigt worden, da es sich dabei um Kriegsnotwendigkeiten handelte, über die eigentliche Meinungsverschiedenheiten zwischen den Parteien nicht bestanden. Bei einigen dieser Gesetze fanden kurze Debatten statt; andere wurden Kommissionen überwiesen. Wir zählen die Gesetze im folgenden nacheinander auf:

Entwurf eines Reichskontrollgesetzes (5. Sitzung vom 10. März 1915 und 59. und 61. Sitzung vom 5. und 7. Juni 1916). Genosse Noske vertrat bei diesem Gesetz den Standpunkt der Fraktion.

Entwurf eines Gesetzes über die Ausgabe von Reichskassenscheinen und Reichsbanknoten zu 10 Mk. (5. Sitzung vom 10. März 1915).

Auslieferungsvertrag zwischen dem Deutschen Reiche und dem Freistaat Paraguay (8. Sitzung vom 20. März 1915).

Entwurf eines Ermächtigungsgesetzes zur Einführung eines Stickstoffhandelsmonopols (5. Sitzung vom 10. März 1915).

Entwurf zur Einschränkung der Verfügungen über Miet- und Pachtzinsforderungen (10. Sitzung vom 18. Mai 1915 und 12. Sitzung vom 29. Mai 1915). Von unserer Fraktion beteiligte sich Genosse Landsberg an der Einzelberatung.

Gesetz über die Versorgung der Personen der Unterklassen des Reichsheeres, der Marine- und der Schutztruppen und Militärhinterbliebenengesetz vom 17. Mai 1915 (12. Sitzung vom 29. Mai 1915). Genosse Hoch vertrat bei der Beratung den Standpunkt der Fraktion.

Abänderung des Reichsmilitärgesetzes sowie des Gesetzes betreffend Aenderungen der Wehrpflicht (13. Sitzung vom 19. August 1915 und 16. Sitzung vom 23. August 1915).

Gesetzentwurf über den Schutz von Berufstrachten und Berufsabzeichen zur Betätigung in der Krankenpflege (13. und 16. Sitzung vom 19. und 23. August 1915).

Abänderung des Gesetzes über den Absatz von Kalisalzen (18. Sitzung vom 25. August 1915, 43., 57. und 58. Sitzung vom 10. April, 2. und 3. Juni 1916; 90. und 108. Sitzung vom 23. März und 14. Mai 1917). Die Genossen Sachse und Brey nahmen bei den Beratungen dieses Gesetzentwurfs die Arbeiterinteressen, besonders den Schutz der im Kalibergbau beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen wahr.

Gesetzentwurf über die weitere Zulassung von Hilfsmitgliedern im Kaiserlichen Patentamt (27. Sitzung vom 12. Januar 1916).

Herabsetzung der Postbeförderungsgebühren für Soldatenpakete (31. Sitzung vom 17. Januar 1916). Genosse Fischer-Hannover vertrat hier den Standpunkt der Fraktion.

Maßnahmen zum Schutze der deutschen Industrie gegen die Konkurrenz des Auslandes während der Uebergangszeit nach Friedensschluß (Bericht der Kommission für Handel und Gewerbe) (33. Sitzung vom 15. März 1916).

Gesetzentwurf über die Feststellung von Kriegsschäden im Reichsgebiet (44., 45. und 61. Sitzung vom 9. Mai, 10. Mai und 7. Juni 1916). Der Redner der Fraktion war Genosse Emmel.

Gesetzentwurf zum Schutze der Bezeichnungen „Nationalstiftung" und „Marinestiftung" (64. und 74. Sitzung vom 11. Oktober und 4. November 1916). Genosse Giebel verlangte im Auftrage der Fraktion ein Mitbestimmungs- und Kontrollrecht über diese privaten Stiftungen.

Gesetzentwurf über Aenderungen des Gerichtskostengesetzes, der Gebührenordnung für Rechtsanwälte und der Gebührenordnung für Gerichtsvollzieher (64. und 73. Sitzung vom 11. Oktober und 3. November 1916).

Gesetzentwurf über die Festsetzung von Kursen der zum Börsenhandel zugelassenen Wertpapiere (68. und 73. Sitzung vom 27. Oktober und 3. November 1916).

Gesetzentwurf, betreffend Auskunfterteilung über Kriegsverordnungen (69. und 73. Sitzung vom 28. Oktober und 3. November 1916).

Beihilfe für die Leipziger Messe (Bericht des Ausschusses für Handel und Gewerbe) (74. Sitzung vom 4. November 1916). Genosse Molkenbuhr sprach die Zustimmung der Fraktion zu diesem Mittel friedlichen Wettbewerbs der Nation aus.

Eine größere Reihe von Berichten des Ausschusses für Handel und Gewerbe wurden in der 70. und 75. Sitzung (vom 30. Oktober und 25. November 1916) debattelos zur Kenntnis genommen.

Gesetzentwurf über Einberufung von Hilfsrichtern zum Reichsmilitärgericht (81. und 82. Sitzung vom 22. und 23. Februar 1917). Genosse Landsberg setzte sich bei der Beratung mit einigen für unsere Fraktion unannehmbaren Abänderungsanträgen der sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft auseinander.

Gesetzentwurf über den Gebührentarif für den Kaiser-Wilhelm-Kanal (99. Sitzung vom 3. Mai 1917).

Verträge zwischen dem Deutschen Reiche und Osmanischen Reiche (105. Sitzung vom 10. Mai 1917). Genosse Landsberg brachte einige Bedenken über den Auslieferungsvertrag zur Sprache und verlangte Schaffung eines Fremdenrechts nach dem Kriege.

Gesetzentwurf über die Abwälzung des Warenumsatzstempels (107. Sitzung vom 12. Mai 1917).

Gesetzentwurf über die Aenderung des Postscheckgesetzes (107. Sitzung vom 12. Mai 1917).

Gesetzentwurf über Fürsorge für Kriegsgefangene (114., 115. und 117. Sitzung vom 11., 13. und 20. Juli 1917). Genosse Davidsohn trat bei der Beratung für die Ausgestaltung dieses Stückchens Humanisierung im Kriege ein.

Gesetzentwurf über die Wiederherstellung der deutschen Handelsflotte (114., 115. und 117. Sitzung vom 11., 13. und 20. Juli 1917). Auf Antrag des Genossen Ebert wurde der Gesetzentwurf zur Prüfung neu eingegangener Anträge und zur schriftlichen Berichterstattung noch einmal an die Kommission zurückverwiesen.

---

13. Interpellationen.

Außer der Friedensinterpellation, die in anderem Zusammenhange in diesem Bericht behandelt worden ist (siehe Seite 73), sind in der Berichtsperiode noch zwei Interpellationen von der Fraktion eingebracht worden. Die erste wurde am 12. und 13. Oktober 1916 (65. und 66. Sitzung) behandelt und betraf die Kartoffelversorgung. Ihre Beratung erfolgte gleichzeitig mit ähnlichen Interpellationen des Zentrums, der Fortschrittlichen Volkspartei und der Konservativen.

Unsere Interpellation wurde von dem Genossen Sachse begründet, der davon ausging, daß hohe Gefahr im Verzuge sei und Schlimmes geschehen könne, wenn in der Kartoffelfrage nicht schnellstens gehandelt würde. Daß alle möglichen sonstigen Lebensmittel knapp seien, verstehe das Volk schließlich noch, nicht aber, daß es an Kartoffeln fehle, und daß die Preise obendrein wucherisch hoch seien. Trotz Beschlagnahme und Organisierung des Kartoffelverbrauchs erlebten wir Mängel über Mängel und Fehler über Fehler. Erst Ueberschwemmung der Bevölkerung mit Frühkartoffeln, jetzt allgemeiner Mangel und stellenweise völliges Fehlen; besonders in den Großstädten und Industriebezirken sei die Not groß. Als unser zweiter Redner beschäftigte sich Genosse Hüttmann mit den Einwendungen der Regierung, die viel früher hätte eingreifen müssen. Die hohen Kartoffelpreise und die Schwankungen in der Preisfestsetzung seien ganz ungerechtfertigt. Die Kartoffelnahrung sei die wichtigste Volksnahrung. Auch die Absperrung der Bundesstaaten voneinander sei nicht zu billigen. In den abgelaufenen zwei Jahren hätte die Organisation der Ernährung wohl besser eingerichtet werden können, man habe sich zu oft mit Halbheiten beholfen.

Die zweite Interpellation betraf wieder eine wichtige Frage der Volksernährung: die Verhältnisse auf dem Obst- und Gemüsemarkt, ferner fragte sie nach der Kohlenversorgung und nach den Maßnahmen gegen die Steigerung der Mietpreise. Die Interpellation wurde vom Genossen Hoch eingehend begründet (113. Sitzung vom 9. Juli 1917). Wenn die Schwierigkeiten, die uns zu der Interpellation Anlaß gegeben hätten, nicht behoben würden, stünden ernste Gefahren in Aussicht. Gewiß könne die Regierung nicht Lebensmittel beschaffen, die nicht vorhanden seien, aber sie könne dafür sorgen, daß das Vorhandene restlos an die Masse des Volkes abgegeben und nicht zu Wucherzwecken mißbraucht werde. Ob die Ernte einer Frucht gut oder schlecht ausfalle, zu haben sei nie etwas. Auch der Hinweis auf die Bedürfnisse der Marmeladefabrikation sei nicht beweiskräftig, viele Fabriken hätten von der diesjährigen Ernte noch nichts erhalten. Ebensowenig seien die Höchstpreise an sich schuld, nur müßten sie mit zweckmäßigen Verteilungsmaßnahmen Hand in Hand gehen. Ueber die Kriegsgesellschaft für Marmelade werde viel geklagt. In der Kohlenfrage verlangte Hoch rechtzeitige Maßnahmen, besonders zur Sicherung des Hausbrandes, in der Frage der Mietsteigerung Eingreifen der Gesamtheit zugunsten der durch die Hausbesitzerbeschlüsse gefährdeten kleinen Mieter.

---

14. Petitionen.

Petitionen sind in der 12. Sitzung (vom 29. Mai 1915), in der 19. (26. August 1915), 20. (17. August 1915), 25. (21. Dezember 1915), 32. (18. Januar 1916), 33. (15. März 1916), 60. (6. Juni 1916), 69. (28. Oktober 1916), 74. (4. November 1916) und 97. Sitzung (24. April 1917) erledigt worden. Eine Debatte hat sich leider entgegen den Wünschen unserer Kommissionsmitglieder an keinen der Petitionsberichte geknüpft; aus Gründen der schnellen Förderung der Geschäfte wurden nur solche Petitionsberichte dem Plenum vorgelegt, bei denen auf eine Erörterung verzichtet wurde. Darum darf aber die Arbeit, die von den Mitgliedern der Petitionskommission, unter denen unsere Genossen stark vertreten sind, nicht unterschätzt werden. Sie leisten zwar keine äußerlich in die Augen fallende, darum parlamentarisch doch nicht minder notwendige, persönlich aber meistens sehr zeitraubende und oft auch wenig angenehme Arbeit. Viele Hunderte von Eingaben sind von unseren Genossen stillschweigend erledigt worden, und zumeist mit gutem Erfolg für die Petenten; hauptsächlich handelte es sich dabei um Beschwerden über rechtswidrig verweigerte Kriegsunterstützungen an Witwen, Frauen, Kindern und Eltern Heerespflichtiger, namentlich aus Landorten. Es ist unseren Genossen auf diese Weise gelungen, manche Sorge zu beheben.

---

15. Anfragen.

Das Mittel der sogenannten kurzen Anfragen ist auch während des Krieges von Mitgliedern der Fraktion des öfteren angewendet worden, um über wichtige Angelegenheiten, die die Oeffentlichkeit stark beschäftigten, schnelle Auskunft von der Regierung zu erhalten. Das neue parlamentarische Mittel der Anfragen ist aber nicht dazu geschaffen worden, große politische Angelegenheiten auf diesem Wege zu erledigen, besonders nicht ohne ausdrückliche Zustimmung der Fraktion. Aus diesem Grunde hat die Fraktion für eine Reihe von Anfragen, die in einer Reihe von Sitzungen Genosse Liebknecht über die einschneidendsten Fragen der Kriegführung und der Friedenspolitik, noch dazu im ungeeignetsten Zeitpunkt, an die Regierung richtete, die Verantwortung abgelehnt.

In der 41. Sitzung (vom 7. April 1916) fragte Genosse Davidsohn über unstatthafte Verwendung von Roggen zu Schnapsbrand.

In der 60. Sitzung (vom 6. Juni 1916) richtete Genosse Schulz eine Anfrage an die Regierung, ob sie bereit sei, einen Sachverständigenausschuß zur Vorberatung von schul- und jugendgesetzlichen Maßnahmen zu berufen.

In derselben Sitzung richtete Genosse Jäckel durch eine Anfrage die Aufmerksamkeit der Regierung auf arge Zustände in den Arbeitsverhältnissen jugendlicher Textilarbeiterinnen in Schlesien.

Genosse Simon erkundigte sich in der 66. Sitzung (vom 13. Oktober 1916) nach dem Stande der Kommission zur Prüfung von Verträgen über Kriegslieferungen.

In der 71. Sitzung (vom 31. Oktober 1916) lenkte Genosse Molkenbuhr die Aufmerksamkeit der Regierung auf eine harte Entscheidung des Reichsversicherungsamts in Sachen des Anspruchs auf Waisenaussteuer.

In derselben Sitzung fragte Genosse Giebel, ob Teuerungszulagen für die technischen und Bureauangestellten in Betrieben des Reichs- und der Bundesstaaten zu erwarten seien.

In der 73. Sitzung (vom 3. November 1916) richtete Genosse Quarck eine Anfrage über Verlust der Reichswochenhilfe, Genosse Hierl eine Frage über den Warenumsatzstempel und Genosse Emmel eine Frage über die Verhinderung von Zeitungsberichten über Reichstagsverhandlungen durch die Zensur in Elsaß-Lothringen an die Regierung.

In der 78. Sitzung (vom 1. Dezember 1916) machte Genosse Ulrich auf Schwierigkeiten, die der Portefeuille-Industrie, die ihr durch Beschlagnahme von Ziegen-, Schaf- und Kalbfellen entstünden, aufmerksam; Genosse Simon fragte nach den Versorgungsgebührnissen für invalide Soldaten und die Genossen Buck, Schmidt-Meißen und Taubadel nach den Maßnahmen über entstehende Schwierigkeiten in der Kohlenversorgung.

In der 93. Sitzung (vom 27. März 1917) beteiligten sich unsere Genossen an einer gemeinsamen Anfrage des Bevölkerungsausschusses über die Einführung einer Anmeldepflicht geschlechtskranker Militärpersonen an die Landesversicherungsanstalten.

Genosse Hoch stellte in der 100. Sitzung (vom 4. Mai 1917) eine Anfrage über die Entziehung von Unterstützungen an Kriegerfrauen, die eine Erwerbsarbeit nicht leisten können, und eine zweite Anfrage über die gegen den Widerspruch der beteiligten Handlungsgehilfen und der meisten Ladenbesitzer geplante Heraufsetzung der Ladenschlußzeit von 7 auf 8 Uhr.

In der 112. Sitzung (vom 6. Juli 1917) fragten die Genossen Göhre, Hüttmann, Jäckel und Silberschmidt in einer gemeinsamen Anfrage nach Maßregeln zum Schutze der Arbeiterschaft und des kleinen Mittelstandes gegen planmäßige Mietsteigerungen.

In der 115. Sitzung (vom 13. Juli 1917) machten die Genossen Quarck und Davidsohn auf Bestrebungen beteiligter Kreise der Weinbranche auf Freigabe von Obst zur Weinbereitung aufmerksam; Genosse Ebert wünschte Erhöhung der Invaliden- und Unfallrenten angesichts der verteuerten Lebensverhältnisse; Genosse Davidsohn lenkte die Aufmerksamkeit der Regierung auf Verhältnisse auf dem deutschen Möbelmarkt, die den minderbemittelten Schichten die Beschaffung von Möbeln erschwerten; Genosse Bauer verwies in einer Anfrage darauf, daß trotz der schon sieben Monate bestehenden gesetzlichen Bestimmungen noch immer in einem großen Teil der hilfsdienstpflichtigen Betriebe keine Arbeiter- und Angestelltenausschüsse errichtet worden sind; Genosse Ebert wünschte Auskunft über Maßnahmen der Regierung gegen das Verbot einer Reichstagsrede Scheidemanns über den Frieden durch die Oberzensurstelle.

---

16. Ausschußberatungen.

Neben dem Haushaltsausschuß (der ehemaligen Budgetkommission) der, wie aus dem Bericht an verschiedenen Stellen hervorgeht, während der Kriegszeit eine erheblich gesteigerte Bedeutung gegenüber dem Frieden gewonnen hat, waren, von den zahlreichen Kommissionen abgesehen, die zwischen der ersten und zweiten Lesung von Gesetzentwürfen diese zu beraten hatten und mit deren Erledigung auch ihr Ende fanden, drei Ausschüsse von größerer und allgemeiner Bedeutung tätig; ihre Arbeit ist zurzeit noch nicht abgeschlossen.

Der Ausschuß für Handel und Gewerbe wurde geschaffen, um die Vorarbeiten für die Uebergangswirtschaft rechtzeitig einzuleiten.

Hierbei handelt es sich um nichts weniger als um den völligen Wiederaufbau unseres Wirtschaftslebens. In fast allen Organisationen des Handels und Verkehrs, der Industrie und des Gewerbes, sowie in den Organisationen der Angestellten und Arbeiter hat man sich mit diesen Fragen beschäftigt und die Wünsche in Entschließungen zusammengefaßt, die der Kommission zugestellt wurden. Diese Eingaben wurden zunächst in folgende Gruppen eingeteilt: Valuta, Schiffsraum, Rohstoffbeschaffung und Verteilung, sowie Arbeiter- und Angestelltenfragen. Um alle diese Fragen so zu regeln, wie es das Gemeinwohl erheischt, ist eine völlige Organisation des ganzen Wirtschaftslebens erforderlich. Es müssen Aufgaben gelöst werden, wie sie in gleicher Mannigfaltigkeit noch nie einer gesetzgebenden Körperschaft vorgelegen haben.

Der Bevölkerungsausschuß wurde eingesetzt, um die mannigfachen, durch den Krieg in ihrer Bedeutung außerordentlich erhöhten Fragen der Bevölkerungspolitik zu untersuchen und gesetzgeberisch durchführbare Antworten darauf zu geben. Der Ausschuß hat zahlreiche Sitzungen abgehalten und ein wichtiges Stück seiner Arbeiten abgeschlossen; es ist dies das Gebiet der geschlechtlichen Erkrankungen im Heere und ihre Bekämpfungen. Dieser Teilbericht des Ausschusses wurde vom Plenum in der 115. Sitzung (vom 13. Juli

1917) fast debattelos zur Kenntnis genommen und genehmigt. Zurzeit ist der Ausschuß bei der Beratung des zweiten Teils seines Arbeitsgebietes: Schutz von Mutter und Kind.

Der Verfassungsausschuß entstand als Ergebnis der großen politischen Debatte Ende März 1917 (96. Sitzung vom 30. März 1917), die, mit dem Titel Reichskanzler verbunden, innerhalb der Etatsberatung stattfand (siehe auch Seite 79 f.). Sie hatte hauptsächlich die innere Neuorientierung zum Gegenstande. Von den vier Parteien der Nationalliberalen, Fortschrittlichen Volkspartei, Sozialdemokraten und Unabhängigen Sozialdemokraten waren hierzu Anträge eingebracht worden, von denen die drei ersten in der Forderung der Einsetzung eines Ausschusses zur Weiterberatung verfassungsrechtlicher Einzelfragen übereinstimmten, während der Antrag der Unabhängigen die sofortige Entscheidung, auch über weitergehende Fragen, vom Plenum wünschte. Es gelang, eine Vereinigung des nationalliberalen und sozialdemokratischen Antrages in folgender Form herbeizuführen:

„Der Reichstag wolle beschließen: einen besonderen Ausschuß von 28 Mitgliedern (Verfassungsausschuß) zu bilden für die Prüfung verfassungsrechtlicher Fragen, insbesondere der Zusammensetzung der Volksvertretung und ihres Verhältnisses zur Regierung. Diesem Ausschuß sind die im Reichstag eingebrachten einschlägigen Anträge und Resolutionen zu überweisen."

Der Antrag wurde in namentlicher Abstimmung bei 5 Stimmenthaltungen mit 228 gegen 33 Stimmen (letztere waren hauptsächlich Konservative und Rechtsnationalliberale) angenommen.

Der Ausschuß trat sofort zusammen, und zwar unter dem Vorsitz des Genossen Scheidemann. Es zeigte sich eine erfreuliche Uebereinstimmung der vier großen Parteien: Zentrum, Nationalliberale, Fortschrittliche Volkspartei und Sozialdemokratie über die Hauptfragen und die Art ihrer parlamentarischen Erledigung, wenn auch in materieller Beziehung, besonders über das Maß der notwendigen verfassungsrechtlichen Reformen, die Wünsche der vier Parteien nicht überall übereinstimmten.

In der 112. Sitzung des Plenums (vom 6. Juli 1917) stand der erste Bericht des Verfassungsausschusses zur Beratung. Der Berichterstatter, der fortschrittliche Abgeordnete Müller-Meiningen, stellte fest, daß die Verhandlungen von Anfang an von dem Gedanken getragen gewesen seien, daß das deutsche Volk auf eine Mehrung seiner Freiheiten und Rechte berechtigten Anspruch habe, sie aber nur durch sich selbst und seine Vertretung schaffen, nicht sich dagegen von außen aufzwingen lassen könne. Als vorläufiges praktisches Ergebnis legte er dem Hause einen mit fast Zweidrittelmehrheit gefaßten Entschluß vor, der erstens eine Vermehrung der Reichstagsmandate für die Wahlkreise mit besonders starker Bevölkerungsvermehrung und zweitens für diese Wahlkreise die Verhältniswahl forderte. Die Regierung sagte zu, eine Vorlage im Sinne des Antrags einbringen zu wollen. In der Debatte sprach für unsere Fraktion Genosse Gradnauer. Er machte kein Hehl daraus, daß ihn dieses erste Ergebnis des Verfassungsausschusses keineswegs befriedige. Die weitergehenden sozialdemokratischen Anträge seien leider nicht angenommen worden, wir versprächen uns von ihrer Wiedereinbringung im Plenum zwar wenig Erfolg, brächten sie aber dennoch wieder ein in der Hoffnung, daß steter Tropfen den Stein höhle. „Ist doch auch der geringe Fortschritt, den der Verfassungsausschuß zuwege gebracht hat, erst auf unser wiederholtes Drängen zustande gebracht worden. Noch vor wenigen Monaten, um nicht von der Zeit vor dem Kriege zu sprechen, hat der Gedanke des Verhältniswahlsystems niemals eine Mehrheit in diesem Hause gefunden." In gründlicher Weise behandelte Gradnauer dann die einzelnen sozialdemokratischen Forderungen, wo-

bei er mit besonderer Wärme für das Frauenwahlrecht eintrat. Gradnauer schloß mit den Worten: „Es wäre ein großer Irrtum, wenn die Reichsleitung glauben sollte, daß es bei dieser Reform, die jetzt in Aussicht gestellt ist, auf die Dauer sein Bewenden haben könnte . . ., es wird die Sache des nächsten Reichstags sein, auf der Bahn, die jetzt beschritten worden ist, weiter vorwärts zu schreiten, so weit vorwärts zu schreiten, bis die volle Gleichberechtigung für alle Reichsbürger erlangt sein wird."

Die Arbeiten des Verfassungsausschusses gehen weiter. Sie werden bei dem Wiederzusammentritt des Reichstags im kommenden Herbst und Winter in Anbetracht der inzwischen eingetretenen innerpolitischen Ereignisse noch höhere Bedeutung erlangen als bisher.

---

17. Fraktionsangelegenheiten.

a) Veränderungen in der Fraktion.

Die Fraktion hat während des Krieges erhebliche Veränderungen erlebt. Durch freiwilligen Anschluß an das feindliche Ausland machte Weill seinem Reichstagsmandat ein Ende. Durch den Tod sind uns drei Mitglieder, die Genossen Frank, Kühn und Hofrichter, entrissen worden; Genosse Frank war bekanntlich gleich zu Beginn des Krieges als Kriegsfreiwilliger ins Heer eingetreten und fand schon in einer der ersten Schlachten den Heldentod. Durch die Absplitterung der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft (siehe Seite 64 ff.) sind der Fraktion am 24. März 1916 die Genossen Bernstein, Bock, Büchner, Cohn, Dittmann, Geyer, Haase, Henke, Herzfeld, Horn, Kunert, Ledebour Schwartz, Stadthagen, Stolle, Vogtherr, Wurm und Zubeil verlorengegangen. Ihnen haben sich später noch die Genossen Ryssel, Albrecht, Raute und Erdmann angeschlossen. Vorher waren schon die Genossen Liebknecht (siehe nächstes Kapitel) und Rühle ausgeschieden. Für die Genossen Frank, Kühn und Hofrichter traten die Genossen Geck, Müller und Meerfeld in die Fraktion ein, während Weills Mandat bis jetzt noch nicht wieder besetzt worden ist. An Stelle Liebknechts, dessen Mandat ihm durch die Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte verloren ging, wurde Genosse Stahl gewählt. Die Fraktion besteht sonach zurzeit aus 86 Genossen. Sie ist damit von der ersten Stelle im Reichstag, die sie bis zur Spaltung innehatte, auf die zweite gerückt.

An Stelle des ausgeschiedenen Genossen Haase wurde Genosse Ebert neben Scheidemann und Molkenbuhr zum Vorsitzenden der Fraktion gewählt.

b) Der Fall Liebknecht.

Schon bald nach den ersten Sitzungen der Fraktion nach Kriegsausbruch mußte die Fraktion sich des öfteren mit Eigenmächtigkeiten und Disziplinwidrigkeiten des Genossen Liebknecht beschäftigen. Im August 1914 hatte Liebknecht zwar noch mit der gesamten übrigen Fraktion gemeinsam im Plenum für die Kriegskredite gestimmt. Von der Dezembertagung 1914 an aber versuchte Liebknecht fortgesetzt und in steigendem Maße die Politik der Fraktion zu durchkreuzen. Am 2. Dezember 1914 stimmte Liebknecht entgegen dem ausdrücklichen Beschluß der Fraktion gegen die Kredite, so daß die Fraktion sich gegen diesen Bruch der herkömmlichen und auch unbedingt notwendigen Disziplin durch eine öffentliche Erklärung scharf verwahren mußte. Zugleich wurde die alte selbstverständliche Uebung für die Zukunft erneut festgelegt, daß alle

Abstimmungen im Plenum geschlossen zu erfolgen haben und etwaige Enthaltungen nicht in demonstrativer Form zum Ausdruck gebracht werden dürfen. Dieser Beschluß wurde noch im Februar 1915 mit 93 gegen 4 Stimmen gefaßt, eine im Hinblick auf die späteren Verstöße gegen diese Selbstverständlichkeit immerhin bemerkenswerte Tatsache.

Im März 1915 ließ sich Liebknecht trotz dieses Fraktionsbeschlusses und einer neuen und verschärften Warnung nicht davon zurückhalten, abermals öffentlich im Plenum gegen die im Etat enthaltenen Kredite zu stimmen. Im August 1915 begann Liebknecht mit seiner Taktik, in Form kurzer Anfragen die wichtigsten politischen Angelegenheiten vor der Oeffentlichkeit zu behandeln, und zwar wieder in einer herausfordernd disziplinwidrigen Form und entgegen dem durch Beschluß festgelegten Brauch der Fraktion: indem er sie nicht beim Fraktionsvorstand zur Genehmigung und Weitergabe einreichte, sondern sie sofort an das Bureau des Reichstags schickte. Obwohl die Fraktion sich auch hiergegen sofort auf das schärfste verwahrte, wiederholte Liebknecht im November die gleiche Methode und gestaltete sie obendrein noch herausfordernder, indem er sich von vornherein bei dem Bureau des Reichstags „jede Intervention jedes Dritten" verbat. Da Liebknecht beim Zusammentritt der Fraktion krank war, suchte die Fraktion ihn zunächst auf gütlichem Wege durch Entsendung von Mitgliedern des Fraktionsvorstandes zur Zurücknahme seiner Anfragen bis zur Beratung durch die Fraktion zu veranlassen. Liebknecht verweigerte das, so daß die Fraktion abermals zu einer öffentlichen Verwahrung gegen die ständigen Provokationen Liebknechts genötigt war. Um so bedenklicher war das Vorgehen Liebknechts, als wegen seiner mißbräuchlichen Anwendung der kurzen Anfragen die Gefahr einer Verschlechterung der Geschäftsordnung durch die bürgerlichen Parteien heraufbeschworen wurde.

In einer späteren Fraktionssitzung, an der Liebknecht selber teilnahm, erklärte er, daß er sich auch in Zukunft an die Beschlüsse und die Geschäftsordnung der Fraktion nicht gebunden erachte, sondern seine Politik auf eigene Faust fortzusetzen gedenke. Er stützte sich dabei auf die Behauptung, die Fraktion habe die Grundsätze der Partei verlassen, weshalb er ihr keine Gefolgschaft zu leisten gezwungen sei, da die Beschlüsse der Gesamtpartei und der internationalen Kongresse höher stünden als die Fraktionsbeschlüsse, eine Behauptung, die jede Zusammenarbeit unmöglich macht, denn danach kann der einzelne nach Gutdünken darüber befinden, ob die Grundsätze gewahrt werden oder nicht, mag die Mehrheit zuvor soviel beraten oder beschlossen haben wie sie will. Die Fraktion konnte nach dieser Erklärung eine wirkliche Arbeitsgemeinschaft mit Liebknecht nicht mehr aufrechterhalten. Da sie keine Handhabe hatte, Liebknecht aus der Fraktion auszuschließen, suchte sie seine schädliche Tätigkeit dadurch zu unterbinden, daß sie ihm so lange die aus der Fraktionszugehörigkeit entspringenden Rechte absprach, wie Liebknecht seinerseits die mit diesen Rechten verbundenen Pflichten zu erfüllen sich weigerte. Liebknecht zog aus diesem Beschluß für sich die Konsequenz, formell aus der Fraktion auszuscheiden und sich in den Akten des Reichstags als „Wilden" führen zu lassen. Die gleiche Konsequenz zog Genosse Rühle, so daß die Fraktion vom 14. Januar 1916 an um diese zwei abgesplitterten Genossen verringert wurde.

Für das parlamentarische Verhalten Liebknechts seit seinem Austritt trägt die Fraktion keine Verantwortung mehr. Dagegen mußte sich die Fraktion später noch einmal mit einer außerparlamentarischen Handlung Liebknechts beschäftigen. Als Liebknecht wegen Verteilung von Flugschriften und Ausstoßen von Rufen am 1. Mai 1916 gelegentlich einer Demonstration auf dem Potsdamer Platz verhaftet worden war, brachte die Fraktion sofort einen Antrag auf Haftentlassung Liebknechts ein. Sie ließ den Antrag von dem Genossen

Landsberg (46. Sitzung vom 11. Mai 1916) begründen, der dabei im Einverständnis mit der Fraktion erklärte, daß der im Interesse des Parlamentsrechts für sie selbstverständliche Antrag nicht auch bedeute, daß die Fraktion das Verhalten Liebknechts billige. Leider ist bekanntlich unser Antrag von der bürgerlichen Mehrheit des Reichstags abgelehnt worden.

Nachdem Liebknecht später kriegsgerichtlich zu Zuchthaus verurteilt worden war, womit auch seine Mandate zum Reichstag und Landtag erloschen waren, hat die Fraktion wiederholt Gelegenheit genommen, dieses Urteil gegen einen Politiker, dessen persönliche Ehrenhaftigkeit außer allem Zweifel steht, im Plenum scharf zu kritisieren und die Entlassung Liebknechts aus dem Zuchthause zu fordern.

c) Die Spaltung der Fraktion.

Von Anbeginn des Krieges an war die Fraktion in eine Mehrheit und eine Minderheit gespalten, wenn diese Spaltung äußerlich zunächst auch nur wenig in die Erscheinung trat. Am 4. August 1914 stimmten innerhalb der Fraktion 14 Genossen gegen die Bewilligung der Kriegskredite, in der öffentlichen Abstimmung im Plenum fügten sie sich aber widerspruchslos der gewohnten Partei- und Fraktionsdisziplin und stimmten für die Kredite. Bei den späteren Beratungen innerhalb der Fraktion wurde die Opposition der Minderheit allmählich lebhafter, sie suchte auch verschiedentlich die schweren Verfehlungen Liebknechts gegen die Fraktionsdisziplin zu decken, bis sie am 21. Dezember 1915 (25. Sitzung) bei der damaligen Abstimmung über die Kreditvorlage zum ersten Male auch selber vor einem öffentlichen Bruch mit der Fraktionsdisziplin nicht zurückscheute. Die Minderheit stimmte damals im Gegensatz zu den wiederholten Beschlüssen der Fraktion, die, wie wir schon erwähnten, noch im Februar 1915 von der gesamten Fraktion einschließlich der Minderheit mit der alleinigen Ausnahme von 4 Stimmen bestätigt worden waren, im Plenum demonstrativ gegen die Kredite und begründete ihr Verhalten außerdem durch eine Erklärung. Die Fraktion nahm in ihrer Sitzung, die noch an diesem Tage stattfand, Stellung zu dieser herausfordernden Haltung; sie veröffentlichte eine scharfe Rüge des Disziplinbruchs und lehnte obendrein jede Verantwortung für das Vorgehen der Minderheit ab.

Die Verhandlungen der Fraktion im Januar und März 1916 schienen nach ihrem sachlichen Verlauf anfangs danach angetan, die aufgesprungene Kluft wieder zu schließen. In der Zensurfrage herrschte Einigkeit, in der Ernährungsfrage bestanden keine wesentlichen Gegensätze, und in der wichtigsten Frage, die noch zu erledigen war, in der Steuerfrage, war eine für beide Teile der Fraktion befriedigende Form der Vorbereitung gefunden worden, die die Hoffnung auf einmütige Entscheidung und damit zugleich auf die wünschenswerte innere Festigung des mehrmals in seinen Grundfesten erschütterten Fraktionskörpers eröffnete. Leider kam es anders. Und daß ein an sich unerheblicher parlamentarischer Vorgang die schlimmste Schädigung für die Fraktion herbeiführen konnte, ihre Zerreißung, läßt in Verbindung mit einigen beiläufigen Erscheinungen die Vermutung gerechtfertigt erscheinen, daß die Spaltung der Fraktion seit längerer Zeit von der Minderheit beabsichtigt war, und daß sie nur eine passende Gelegenheit abwartete, um ihren Wunsch in die Tat umzusetzen.

Da sich die Etatsberatungen über den 1. April 1916 hinauszogen, mußte die Regierung, um das Budgetrecht des Reichstags zu wahren, einen sogenannten Notetat einbringen. Seinem Wesen nach bedeutet er nichts anderes als die Ermächtigung der Regierung, die Geschäfte des Reiches auf der Grundlage des alten Etats bis auf weiteres fortzuführen. Nach altem parlamentarischen Herkommen ist der Notetat nur eine Formalität, so daß an seine Einbringung keine allgemeine politische Debatte geknüpft wird. Um so weniger lag dazu in diesem Jahre Veranlassung vor, als die ordentlichen Etatsberatungen, bei denen alles Notwendige zu sagen war, unmittelbar vor der Tür standen. Hierfür hatte die Fraktion auch schon zum Teil die Redner bestimmt. In den meisten Etatsfragen sowie in der wichtigen Steuerfrage waren wie üblich, wegen der sachlichen Einigkeit der Fraktion, Vertreter der Mehrheit und der Minderheit bestimmt worden. Zur Erörterung der allgemeinen politischen Lage dagegen, die durch die inzwischen wichtig gewordenen U-Boot-Debatten eine besondere Note erhalten mußte, wurden zwei Vertreter der Mehrheit ernannt. Das ist der Fraktionsmehrheit als Rücksichtslosigkeit ausgelegt worden, und man hat damit die Notwendigkeit der Absplitterung zu begründen versucht. Nichts unrichtiger als das. Wenn die Mehrheit einer demokratischen Organisation sich nach eingehender Beratung für eine bestimmte Auffassung entscheidet, kann sie nicht einen Gegner ihrer Auffassung mit ihrer öffentlichen Vertretung beauftragen.

Zur parlamentarischen Erledigung des Notetats schlug der Fraktionsvorstand in der Sitzung vom 24. März vormittags vor, dem früheren Gebrauche der Fraktion und des gesamten Reichstags gemäß den Notetat als reine Formalität ohne weiteres passieren zu lassen. Da der Notetat parlamentarisch die Verlängerung des vorigen Hauptetats sei, dem wir im vorigen Jahre zugestimmt hätten, müßten wir auch sinngemäß für diese Verlängerung stimmen. Unserer Abstimmung über den neuen Hauptetat würde dadurch in keiner Weise vorgegriffen. Gegen diesen Vorschlag wandten sich mehrere Vertreter der Minderheit, besonders Genosse Haase, ohne jedoch auch nur mit einer Silbe anzudeuten, daß sich die Minderheit vom 21. Dezember bereits durch Beschluß festgelegt hatte, dem Fraktionsbeschluß auf alle Fälle zuwiderzuhandeln, sowohl durch Reden im Plenum, als auch durch Ablehnung des Notetats. Die Mehrheit der Fraktion entschied sich für den Vorschlag des Fraktionsvorstandes.

Die Fraktionssitzung endete unmittelbar vor Beginn der Plenarsitzung, in der der Notetat auf der Tagesordnung stand. Als der Präsident des Reichstags schon auf seinem Platze saß und die Sitzung eröffnete, teilte Genosse Haase dem Fraktionsvorstand mit, daß er zum Notetat reden und die Ablehnung des Etats durch seine Freunde begründen werde. Als diese Mitteilung den in den Sitzungssaal hereinströmenden Mitgliedern der Fraktionsmehrheit bekannt wurde, bemächtigte sich ihrer eine ungeheure Erregung und Erbitterung, teils über den erneuten und erschwerten Disziplinbruch, der in dem Vorgehen der Minderheit lag, noch mehr aber über die Hinterhältigkeit, die in der Art und Weise des Vorgehens zum Ausdruck kam. Kaum fünf Minuten zuvor hatte man gemeinsam getagt und beraten, die Minderheit hatte mit allen Rechten an der Fraktionssitzung teilgenommen und ihren Standpunkt vertreten. Aber mit keinem Wort hatte man verraten, daß man eine solche folgenschwere Unternehmung gegen die Einheit der Fraktion bis in alle Einzelheiten vorbereitet hatte.

Es wurde sofort nach der Plenarberatung eine neue Fraktionssitzung abgehalten, in der Genosse Ebert die Situation durch folgende Ausführungen klarstellte: „In unseren letzten Sitzungen haben wir uns wiederholt sehr eingehend über die allgemeine politische Debatte unterhalten, die im Plenum stattfinden sollte. Wir waren uns über die sachliche und formale Behandlung einig. Danach sollte die politische Debatte getrennt werden von der Aussprache über die Steuervorlagen. Heute morgen waren wir uns dahin schlüssig geworden, im Seniorenkonvent zu fordern, daß nach Erledigung der

U-Bootfrage und des Etats des Auswärtigen Amts in der Haushaltskommission eine politische Debatte im Plenum stattfinden sollte. Wir haben diesen Vorschlag dem Seniorenkonvent unterbreitet, der ihm noch vor Beginn der Reichstagssitzung zugestimmt hat. Weder Geyer noch Ledebour, die beide Mitglieder des Seniorenkonvents sind, haben auch nur ein Wort dagegen gesagt. Sie waren also mit dieser Regelung einverstanden. Heute morgen haben wir weiter in der Fraktion über unsere Stellung zum Notetat verhandelt. Die darüber bestehenden Meinungsverschiedenheiten sind durch Abstimmung erledigt worden. Wegen der formalen Erledigung des Etats wurde einstimmig beschlossen, seiner Verabschiedung am heutigen Sitzungstage keine Hindernisse zu bereiten. Sollte etwas Unvorhergesehenes sich ereignen, dann solle der Vorstand unter sich, eventuell mit der Fraktion, beraten, was geschehen solle. Die Fraktion hat das ohne Widerspruch gutgeheißen. Niemand, weder Haase noch andere Genossen, haben auch nur mit einem Wort angedeutet, daß im Plenum zum Notetat geredet werden sollte. Erst im Sitzungssaale hat Haase, und zwar im letzten Augenblick, unmittelbar vor Eröffnung der Verhandlungen, als er mit einer wohlvorbereiteten Rede bereitstand, dem Vorstand mitgeteilt, daß er reden werde."

Dieser Darstellung fügte Ebert hinzu: „Das ist nicht nur ein Disziplinbruch, das ist eine ganz unerhörte Treulosigkeit, ein Vorgehen, das so jedes Gefühl der Kameradschaft vermissenläßt, daß sich ihm in der Geschichte der Partei nichts Gleiches an die Seite stellen läßt. Mir ist kein Vorgang bekannt, daß ein Genosse mit der Kameradschaftlichkeit so Schindluder getrieben hätte wie Haase. Hiergegen muß die Fraktion etwas unternehmen, wenn sie sich nicht zum Gespött machen will."

Ebert schlug dann im Namen des Vorstandes die folgende, seinerzeit durch die Tagespresse veröffentlichte Erklärung der Fraktion vor:

„Die Fraktion bedauert lebhaft die Vorgänge, die sich innerhalb ihrer eigenen Gemeinschaft in der heutigen Reichstagssitzung zugetragen haben.

In ihrer Fraktionssitzung am Vormittag wurde der einstimmige Beschluß gefaßt, eine allgemeine politische Debatte im Plenum nach der Behandlung des Etats des Auswärtigen Amts in der Budgetkommission zu führen — ein Beschluß, dem noch vor Beginn der Plenarsitzung der Seniorenkonvent widerspruchslos zugestimmt hat. Hinsichtlich der Behandlung des Notetats hatte die Fraktion in der gleichen Sitzung beschlossen, im Hinblick auf jene in Aussicht stehenden politischen Erörterungen nach altem Herkommen heute von einer politischen Debatte Abstand zu nehmen.

In dieser Fraktionssitzung ist Haase mehrmals ausführlich zu Wort gekommen, um seine Auffassung zum Notgesetz zu begründen. Nachdem die Fraktion in ihrer Mehrheit gegen diese Auffassung entschieden hatte, hat Haase auch nicht die leiseste Andeutung gemacht, daß er gegen diese Fraktionsbeschlüsse im Plenum vorgehen werde. Dadurch wird sein Disziplinbruch zugleich zum Treubruch. Nachdem die Fraktion bereits am 12. Januar die damalige Sonderaktion aufs schärfste gerügt hat, sieht sie sich nunmehr gezwungen, zu erklären, daß Haase und diejenigen Fraktionsmitglieder, welche die gemeinsam gefaßten Beschlüsse gröblich mißachten und öffentlich durchkreuzen, dadurch die aus der Fraktionszugehörigkeit entspringenden Rechte verwirkt haben."

Zum Schluß stellt Ebert fest, daß seinen soeben gegebenen Darstellungen von keiner Seite widersprochen werde. Darauf gab Stolle im Namen der Fraktionsmitglieder, die am 21. Dezember 1915 die Sonderaktion im Plenum gemacht hatten, die folgende Erklärung ab:

„Namens meiner engeren Freunde erkläre ich folgendes: Der Kollege Haase hat mit unser aller Zustimmung seine heutige Rede gehalten, hat auch mit unserer Zustimmung in der Fraktionssitzung die ausdrückliche Ankündigung reden zu wollen, unterlassen. Daß Haase unsere von der Meinung der Fraktionsmehrheit abweichende Auffassung im Plenum des Reichstags zum Ausdruck gebracht hat, war die notwendige und für alle Fraktionskollegen selbstverständliche Folgerung aus unserem Vorgehen vom 21. Dezember 1915."

Diese Erklärung wurde auch von ihren Urhebern in der Tagespresse veröffentlicht und trug hier die Unterschriften von Bock, Büchner, Oskar Cohn, Dittmann, Geyer, Henke, Herzfeld, Horn, Kunert, Ledebour, Schwartz, Stadthagen, Stolle, Vogtherr, Wurm und Zubeil.

Ueber den Antrag des Vorstandes wurde namentlich abgestimmt. Bei der Abstimmung kamen 107 Mitglieder der Fraktion in Betracht. Davon fehlten 12. Von den übrigen stimmten 58 für und 33 gegen den Antrag, 4 enthielten sich der Stimme.

Mit Ja stimmten: Bauer, Bender, Blos, Böhle, Brey, Brühne, Buck, Cohen, David, Deichmann, Ebert, Feuerstein, Fischer-Berlin, Fischer-Hannover, Frohme, Geck, Giebel, Göhre, Gradnauer, Grenz, Haberland, Hasenzahl, Heine, Hierl, Hildenbrand, Hoffmann-Rudolstadt, Käppler, Keil, König, Körsten, Krätzig, Landsberg, Legien, Lensch, Molkenbuhr, Noske, Peus, Pfannkuch, Pinkau, Quarck, Quessel, Rauch, Sachse, Scheidemann, Schmidt-Berlin, Schmitt-München, Schöpflin, Schulz, Schumann, Segitz, Silberschmidt, Spiegel, Stolten, Südekum, Taubadel, Thiele, Thöne, Wels.

Mit Nein stimmten: Albrecht, Antrick, Bernstein, Bock, Büchner, Cohn, Dittmann, Emmel, Ewald, Fischer-Sachsen, Fuchs, Hoch, Hoffmann-Kaiserslautern, Hofrichter, Horn, Hüttmann, Jäckel, Kunert, Ledebour, Leutert, Raute, Reißhaus, Rhissel, Schmidt-Meißen, Schwartz, Simon, Stadthagen, Stolle, Stubbe, Stücklen, Vogtherr, Wurm, Zubeil.

Der Stimme enthielten sich: Davidsohn (weil ein von ihm gestellter Abänderungsantrag auf Streichung der Worte „dadurch wird sein Disziplinbruch zugleich zum Treubruch" von der Mehrheit der Fraktion abgelehnt worden war), Haase, Henke, Herzfeld.

Abwesend waren: Baudert, Binder, Brandes, Dietz, Erdmann, Feldmann, Geyer, Hugel, Peirotes, Ulrich, Vollmar, Wendel.

Zur Geschäftsordnung sagte sodann Genosse Ledebour: „Ich bitte die Kollegen, die mit dem Beschluß nicht einverstanden sind, sich nach Schluß der Sitzung im Zimmer 1 zusammenzufinden."

Genosse Ebert wies diese Bemerkung scharf zurück, das gehöre nicht zur Geschäftsordnung. Wolle die Minderheit Veranstaltungen treffen, die der Fraktionsdisziplin zuwiderlaufen, so möge sie das auf demselben Wege tun, auf dem sie es bisher schon getan habe.

In einer Rechtfertigungsschrift hat die Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft später ihre „Bildung" als einen „historisch notwendigen Akt", notwendig im Interesse des Sozialismus und der Einheit der Partei hinzustellen versucht. Sie hat dafür aber nur in ungefähr 13 Zeilen mit einigen verlegenen Worten einige kümmerliche Gründe anzuführen gewußt: sie habe bei der Etatsberatung „die grundsätzliche Stellung der Partei zur Annexionsfrage, zum Selbstbestimmungsrecht der Nationen, zum Völkerrecht dargelegt", in der U-Bootfrage habe sie allein den rücksichtslosen U-Bootkrieg verworfen, und für Liebknechts Redefreiheit sei sie sofort eingetreten.

Ob die Arbeiter diese Leistungen als eine ausreichende Begründung für die schwerste Schädigung, die der Arbeiterbewegung überhaupt zugefügt werden konnte, für die Spaltung des bisher großen und einflußreichen, während des Krieges doppelt und zehnfach

einflußreichen Reichstagsfraktion, ansehen werden? Eine Spaltung als Mittel zur Einheit! Eine rechthaberische Loslösung von den Kampfgenossen als Mittel zur Entwickelung des Sozialismus! „Grundsätzliche" Stellung zur Annexionsfrage, zum Selbstbestimmungsrecht der Völker und zum Völkerrecht, obwohl „grundsätzliche" Meinungsverschiedenheiten in der Fraktion darüber nicht bestanden. Gegen den rücksichtslosen U-Bootkrieg und für die Redefreiheit im Reichstage, obwohl beides von der alten Fraktion besser und wirkungsvoller vertreten worden war und wird, als von der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft!

Die Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft vergißt aber bei ihrem Selbstlob, den deutschen Arbeitern einige andere Tatsachen mitzuteilen, die mit der Spaltung ursächlich zusammenhängen. Es darf zunächst nicht der moralische Eindruck außer acht gelassen werden, den die Spaltung der bisher unerschütterlich einigen Sozialdemokratie auf die bürgerliche Welt und auf das Ausland machte. Das feindliche Ausland mußte dadurch in der Auffassung bestärkt werden, die sehnlichst erstrebte Zwietracht im deutschen Volke sei jetzt auf dem besten Wege. Für die bürgerlichen Parteien Deutschlands und ihre Vertretungen im Reichstage aber mußte die Sozialdemokratie viel von ihrer bisherigen Bedeutung verlieren, mit der zu rechnen man gewöhnt war, besonders während der verflossenen Kriegszeit. Man brauchte nicht nur rein zahlenmäßig die Sozialdemokratie von nun ab nur noch mit 89 Stimmen einzusetzen, welche Ziffer sich durch das Gegeneinanderstimmen der beiden Fraktionen wie unter oder bei der einstigen Friedensresolution im Juli 1917 sogar noch auf 68 verminderte; man durfte auch die moralische Stärke der Partei geringer schätzen, da eine von inneren Gegensätzen zerrissene Partei nicht mehr die Schlagkraft besitzt wie eine innerlich einige Partei. Gewiß, die Gegensätze in der deutschen Sozialdemokratie waren auch schon vorher der bürgerlichen Welt nicht unbekannt geblieben. Aber sie waren doch mehr oder minder auf Mutmaßungen angewiesen gewesen; außerdem war auch in früheren Jahren die Sozialdemokratie trotz innerer Gegensätze in ihrer Schlagkraft und in ihrer Kampffront gegenüber den Gegnern geschlossen geblieben. Jetzt aber war vor der größten Oeffentlichkeit und mit schonungsloser Rücksichtslosigkeit die Zersplitterung der deutschen Sozialdemokratie bekanntgegeben worden.

Weitere Folgerungen aus der Absplitterung ergaben sich von selber. Hatte die Minderheit sich einmal „selbständig" gemacht, so mußte sie auch zeigen, daß sie etwas besonderes zu sagen und zu tun hatte. Das konnte sie nur im Kampfe gegen die Fraktion. Denn im Kampfe gegen die bürgerlichen Parteien vermochte sie nicht mehr und nichts Besseres zu leisten als die Fraktion. So befleißigte sich die Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft nach dem Wiederzusammentritt des Reichstags im Mai 1916 eines für sie ebenso wenig ehrenvollen wie erfolgreichen parlamentarischen Wettlaufs mit der Fraktion. Daß damit nicht dem Besten der deutschen Arbeiter gedient sein konnte, das leuchtet ohne weiteres ein und das haben auch die Verhandlungen oftmals ergeben.

---

18. Schlußbemerkung.

Ein summarischer Rückblick auf die gesamte Tätigkeit der Fraktion ergibt, daß sie zu jeder Zeit und bei jeder Gelegenheit bestrebt gewesen ist, die Interessen der deutschen Arbeiterklasse in dem fürchterlichen Zusammenprall und Durcheinander dieses Weltkrieges nach besten Kräften wahrzunehmen.

Als die entscheidende Richtlinie für ihre Tätigkeit galt ihr dabei die unerschüttert von ihr aufrechterhaltene Erkenntnis, daß die deutsche Arbeiterklasse ein wichtiges Stück, wenn nicht das wichtigste Stück des deutschen Volkes bildet, und daß ihr innerhalb der imperialistischen Gegensätze des Krieges daher zunächst nur zu helfen ist, wenn dem deutschen Volke als Ganzem und seiner staatlichen Form als dem Deutschen Reiche gegenüber seinen zahllosen Feinden tatkräftig und mit unbeirrbarer Entschlossenheit geholfen wird.

Wer diese Voraussetzung ablehnt, wer also die internationalen Beziehungen und Verpflichtungen des deutschen Sozialismus höher stellt als seine Pflichten gegenüber dem eigenen Volke und seiner wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Entwickelung, mag die Tätigkeit der Reichstagsfraktion im ganzen sowie in ihren Einzelheiten für falsch halten. Mit ihm haben wir uns hier aber auch nicht auseinanderzusetzen.

Wer diese grundsätzliche Haltung der Fraktion anerkennt, weil sie allein der rauhen Wirklichkeit und den harten Tatsachen in der von der Not der Zeit geforderten Weise Rechnung trägt; wer also die Weiterentwickelung der deutschen Arbeiterbewegung auf absehbare Zeit in materieller wie in geistiger Beziehung nur von ihrer wirkungsvollen und verantwortungsbereiten sozialistischen und demokratischen Mitarbeit im Rahmen des Volksganzen erwartet; und wer dadurch auch ein Wiederaufblühen der Internationale durch ein gleichartiges Verhalten der Arbeiter in anderen Ländern erhofft, der mag im einzelnen manches an unserem parlamentarischen Verhalten bemängeln, im großen und ganzen aber wird er der Fraktion für ihre Haltung im Kriege gern die von ihr vom Parteitag erbetene Entlastung erteilen.

Die nächsten Aufgaben der Partei.

1. **Demokratisierung von O. Landsberg.**
2. **Die nächsten Aufgaben der Wirtschaftspolitik von Heinrich Cunow.**
3. **Die künftige Finanzpolitik des Deutschen Reiches von Wilh. Keil.**
4. **Unsere sozialpolitischen Aufgaben von Rudolf Wissell.**

Vorwort.

Der Parteitag in Würzburg wird sich unter Punkt 4 der Tagesordnung mit dem Thema: „Die nächsten Aufgaben der Partei" beschäftigen. Parteiausschuß und Parteivorstand legen der Verhandlung über diesen Punkt der Tagesordnung große Bedeutung bei. Es wurde deshalb Vorsorge getroffen, eine möglichst fruchtbare Verhandlung zu ermöglichen. Der Beratungsgegenstand wurde in vier Untergruppen eingeteilt und für jede derselben ein Berichterstatter bestimmt. Die vier Genossen haben ihre Berichte rechtzeitig fertiggestellt, so daß wir sie jetzt schon als Grundlage der bevorstehenden Debatten den Parteigenossen unterbreiten können.

Berlin, 18. September 1917.

Der Parteivorstand.

Demokratisierung.

Von O. Landsberg.

Das deutsche Volk, das unpolitischste aller Völker, will politisch werden. Es ist sich im Weltkriege staunend bewußt geworden, zu welchen Kraftleistungen es durch das Gefühl, in seiner Gesamtheit mit dem Staate eins zu sein, fähig geworden ist, und es will nicht, daß die Quelle seiner Kraft wieder versiegt, wenn der Ausnahmezustand des Krieges vorüber ist. Die Fülle von Talenten, die es hervorgebracht hat, ist bisher nur der Wirtschaft, der Wissenschaft, der Technik, der Kunst zugute gekommen. Von der tätigen Mitwirkung am Staate sind innerhalb der deutschen Grenzpfähle ganze Klassen, ganze Nationalitäten, ganze Konfessionen ausgeschlossen worden. Kräfte von unschätzbarem Werte wurden auf diese Weise lahmgelegt. Und nun bricht sich elementar die Erkenntnis Bahn, daß diese Abstoßung großer Volksbestandteile ein Verbrechen gewesen ist, dessen Begehung nicht fortgesetzt werden darf, wenn nicht der Staat untergehen soll. Was Bismarck von den großen Erfolgen des Krieges 1870/71 gesagt hat, nämlich, daß zu ihnen das Beste und Entscheidendste die durchschnittliche Tüchtigkeit des gemeinen Mannes geleistet habe, gilt in erhöhtem Maße von den Taten, denen Deutschland im Weltkriege seine Rettung verdankt. Im Kampfe gegen seine lebendigsten, stärksten Kräfte aber kann kein Staat auf die Dauer bestehen.

Die Demokratisierung Deutschlands hat aufgehört, eine Parteiforderung zu sein, sie ist zur Lebensnotwendigkeit für das deutsche Volk geworden. Aus Kreisen, die vor dem Kriege davon durchdrungen waren, daß das starre System des Obrigkeitsstaates für Deutschland die allein richtige Verfassungsform sei, wird der Ruf nach Volksgeltung vernehmbar. Den mißtönenden Chor der Gegner dieser Forderung bilden nur jene Männer, die in unseren Tagen den negativen Befähigungsnachweis für den Beruf des Staatsmannes auf das schlagendste erbracht haben, jene Männer, die die Reichsregierung tadeln, weil sie den Weltkrieg nicht mit einer Auflösung des Reichstages und mit Neuwahlen unter der Parole „gegen die Sozialdemokratie" eingeleitet hat, jene Männer, die, ohne auf militärische und wirtschaftliche Machtverhältnisse die geringste Rücksicht zu nehmen, davon faseln, daß Deutschland den Krieg bis zur Vernichtung seiner Gegner fortführen könne und müsse, und denen es auf einige Millionen Feinde mehr und die Abstoßung unserer wenigen Bundesgenossen nicht ankommt. Eines ihrer Preßorgane hat kürzlich den nicht fröhlich zu nennenden Mut gehabt zu bekennen, daß ein deutscher Eroberungsfriede nötig sei, damit die bisherigen innerpolitischen Verhältnisse Deutschlands aufrechterhalten werden könnten. Prof. Dr. Hans Delbrück hat einmal die Pläne und Anschauungen der Männer, die die Welt unter das deutsche Schwert beugen und den entrechteten Massen des deutschen Volkes die Aufgabe zuweisen wollen, mit ihrem Blute ihre Herrschaft zu erhalten, gemeingefährlich genannt. Wie arm ist die deutsche Sprache, daß sie für die Kritik solcher Bestrebungen kein stärkeres Wort zur Verfügung stellt!

Deutschland braucht Demokratie, um leben zu können. Wir sehen uns überall in der Welt von einem Ozean von Haß umbrandet. Fast jeder der wenigen noch neutral gebliebenen Staaten leitet ihm mehr oder weniger statt-

liche Ströme zu. Wenn ein Staat nach dem anderen auf die Seite der Entente tritt, obwohl die Art, wie ihr Haupt, England, den Seekrieg führt, mit den schwersten wirtschaftlichen Schäden für alle Neutralen verbunden ist, so kann diese Erscheinung nicht mit der „Allgewalt der englischen Lüge" erklärt werden. Sicher verfolgen die herrschenden Klassen in allen den Staaten, die ihre Neutralität mit der Parteinahme für die Entente vertauscht haben (wer vermag zu sagen, ob ihre Zahl abgeschlossen ist!), eigennützige Eroberungszwecke. Aber daß die breiten Massen überall ohne Widerstreben sich in den Kriegsstrudel hineinziehen lassen, sie, die immer und überall geschlagen werden, wenn sich die Staaten bekriegen, beruht auf dem Bilde, das man sich allenthalben von unseren innerpolitischen Zuständen macht und machen kann. Man sieht die militärische und wirtschaftliche Tüchtigkeit des deutschen Volkes. Man vergegenwärtigt sich die Zurückgebliebenheit seiner Verfassung, die alle Gewalt in die Hände einer schmalen Schicht und der aus ihr hervorgegangenen Obrigkeit legt, und man fühlt sich bedroht. Denn man zieht aus der Tatsache, daß eine aufs höchste gesteigerte Volkskraft von einer herrschgewohnten Kaste, deren Pläne man nach zahlreichen aufsehenerregenden aggressiven Aeußerungen beurteilt, nach Belieben bewegt werden kann, den Schluß, daß der Weltfrieden nicht eher gesichert ist, bis Harmonie zwischen der tatsächlichen Kraft und der politischen Macht des deutschen Volkes besteht. Und ein solches Vorurteil richtet sich gegen ein Volk, dessen Friedensliebe schon dadurch gewährleistet wird, daß es die stärkste sozialdemokratische Partei hat, und dessen von politischer Klarheit entferntere Schichten bei Wahlen nicht wirksamer zur Stimmabgabe für reaktionäre Parteien veranlaßt werden können, als durch das von diesen zu agitatorischen Zwecken beschworene Gespenst eines Krieges! *Wir können unter dem Pesthauch des Hasses der Welt nicht leben, und wir können ihn nur dadurch bannen, daß das deutsche Volk die Bestimmung seines Geschicks selbst in die Hand nimmt.*

Deutschland braucht Demokratie, um leben zu können. Wie sollen wir die ungeheuren Verluste an geistiger Kraft, die der Krieg verursacht hat, ersetzen können, wenn die Besetzung der Führerposten der Nation auch fernerhin einer kleinen Volksschicht überlassen bleibt, die sich mit Notwendigkeit als eine dafür nicht ausreichende Basis erweisen muß, und wenn auch in Zukunft wertvolle Kräfte, die man in der Stunde der Not zu wecken und zu nutzen verstanden hat, abgestoßen und zur Verkümmerung verurteilt werden! Die Demokratie weiß, daß die Völker der Führer auf dem Wege zur Kultur nicht entraten können. Aber sie hält den Zustand, daß die Anwartschaft auf die Führerstellen auf den Standesäuntern liegt, für unsittlich und darum für unmöglich. Sie weiß, daß, solange Deutschlands bisherige Verfassung bestehen bleibt, an dem System der Aechtung aus Gründen der Klasse, der Nationalität, der Konfession nichts Wesentliches geändert werden kann. Es soll nicht bestritten werden, daß auch im Kasten- und Obrigkeitsstaate klüger regiert werden kann, als es in Deutschland geschieht. Im Wesen der Sache kann aber durch ein größeres Maß von Verwaltungsliberalismus an den schlimmen Wirkungen einer rückständigen Verfassung nichts geändert werden. Eine Privilegierten-Schicht, die das Heft im Staat in der Hand hat, die sich für den Staat hält, die sich auf das Volk nur besinnt, wenn sie es braucht, wird stets bestrebt sein müssen, die Volksmassen an die Kette zu legen; sie muß ihnen den Aufstieg zur Gleichberechtigung versagen, weil es sonst mit ihrer Herrschaft vorbei ist. Und der Obrigkeitsstaat, der sich mit einer solchen Schicht auf Gedeih und Verderb verbunden hat, muß in dasselbe Horn stoßen wie sie. Ueberdauert der Druck, der auf dem politischen Leben Deutschlands lastet, den Krieg, so kommt zu der furchtbaren Gefahr des Hasses der Welt gegen Deutschland die furchtbarere hinzu, daß die Massen des

deutschen Volkes, die diesen Krieg nicht nur zur Abwehr der äußeren Feinde, sondern auch zur Eroberung der Freiheit im Inneren führen, das Interesse am Staat verlieren. Der Druck im Inneren würde dem Hasse im Auslande Aussicht auf Verwirklichung seiner Ziele machen. Die Jahrzehnte nach den Befreiungskriegen predigen weise Lehren und sie sind glücklicherweise von kriegerischen Verwicklungen frei gewesen.

Die Erkenntnis von der Notwendigkeit, dem deutschen Volke die seiner Kraft und seinen Leistungen entsprechende politische Geltung zu verschaffen, hat im Kopfe des deutschen Staatsmannes, der während der ersten drei Kriegsjahre an der Spitze des Reiches gestanden hat, Wurzel geschlagen. Am 23. März 1906 lehnte der damalige preußische Minister des Innern von Bethmann Hollweg im preußischen Abgeordnetenhaus eine Reform des preußischen Wahlrechts mit der Begründung ab, es gelte „nicht den politischen Einfluß der Massen zu vermehren, sondern die besten und idealsten Kräfte zu Führern des Lebens zu machen, damit die Kräfte, die nach aufwärts ziehen, wieder frei werden". Er empfing für diese Absage an demokratische Gleichmacherei die Versicherung des konservativen Redners, er habe in einer der rechten Seite des Hauses so zu Herzen gehenden Weise gesprochen, daß es nicht ganz leicht sei, seinen Worten noch etwas hinzuzufügen. Und Herr von Zedlitz-Neukirch sagte, er habe aus den Worten des Ministers herausgehört, daß der Zukunft ein Wahlrecht gehöre, das nicht wie das Reichstagswahlrecht nivellierend nach unten wirke, sondern nach oben führe, *und zwar, wie er annehme, zugleich für Preußen und im Reiche.* Herr von Bethmann Hollweg widersprach dieser Auffassung, die ihm die Neigung zur Mitwirkung bei der Beseitigung des Reichstagswahlrechts unterstellte, nicht. Und am 10. Februar 1910 rief er frei nach dem Fürsten Bülow, der zwei Jahre vorher erklärt hatte, daß die Uebertragung des Reichstagswahlrechts auf Preußen dem Staatswohl nicht entsprechen würde, den Sozialdemokraten im preußischen Abgeordnetenhause zu: „Sie hoffen, mit einem Wahlrecht auf breitester demokratischer Grundlage das staatliche Gefüge Preußens zu lockern und erblicken darin eine Etappe auf ihrem Wege zur allmählichen Unterminierung des Staates..... Politische Kultur und politische Erziehung werden nicht gefördert, sondern leiden, je demokratischer das Wahlrecht gestaltet wird."

Wie anders klingen die Reden, die der bisherige Reichskanzler während des Krieges gehalten hat, namentlich jene Rede im preußischen Abgeordnetenhause vom 14. März 1917, in der er die Notwendigkeit betont hat, daß die politischen Rechte der Gesamtheit des Volkes in allen seinen Schichten, auch in seinen breiten Massen vollberechtigte und freudige Mitwirkung an der staatlichen Arbeit ermöglichen müssen, *damit wir leben können*, und in der er ein Wehe über den Staatsmann ausgerufen hat, der die Zeichen der Zeit nicht erkenne. Aber diesen Worten des gewesenen Kanzlers, an deren Ehrlichkeit nicht zu zweifeln ist, steht ein Verhalten gegenüber, das nur das für den Politiker allergefährlichste Empfinden wachrufen konnte, das Mitleid. Immer und immer wieder sagte uns derselbe Mann, der sich selbst bescheinigte, daß er die Zeichen der Zeit erkannt habe: „Wartet bis nach dem Kriege, jetzt müssen wir innere Kämpfe vermeiden. Nach dem Friedensschluß beginnt das Reformwerk." Die Polemik gegen diesen Standpunkt ist leider auch heute nach dem Sturze des Kanzlers nicht überflüssig.

Die Politiker der Rechten, deren Fronde gegen Bethmann Hollweg in der Hauptsache seine Verheißungen auf dem Gebiete der inneren Politik zum Ausgangspunkt hatte, sind zu verstehen. Für sie ist das politische Leben unter der Herrschaft der in Deutschland geltenden Verfassung so schön, daß sie es verewigen möchten. Auf das bedeutsame Wort Macaulay's „Wenn die Völker

fortschreiten und die Verfassungen stillstehen, kommen die Revolutionen" ist der gelehrte Graf York von Wartenburg bei seinen Studien offenbar noch nicht gestoßen. Nicht zu begreifen sind aber die Männer, die die Inangriffnahme eines Werkes, von dessen Schaffung ihrer Ueberzeugung nach das Leben des deutschen Volkes abhängt, vertagen wollen. Politik ist nicht allein die Kunst des Möglichen, sondern auch die ungesäumte Verwirklichung des Notwendigen. Wer betont, daß einschneidende Reformen nötig sind, sagt damit, daß sie es heute schon sind. Wer die Befreiung von Volkskräften, deren fernere Bindung ihm mit Recht als etwas mit dem Wohle des Landes Unvereinbares erscheint, hinausschiebt, um innere Kämpfe zu vermeiden, d. h. um denen nicht wehe zu tun, die dank ihrer geistigen Veranlagung oder ihrem Klassenegoismus nicht zu begreifen vermögen, was die Zeit erheischt, hat nicht die Legitimation zur Führung eines großen Volkes. Man kann nicht immer wieder den Ruf nach Freiheit ertönen lassen, ohne etwas zu tun, um ihr eine Gasse zu bahnen, und man kann nicht zustimmend das Wort des Arbeiterdichters zitieren, daß Deutschlands ärmster Sohn auch sein getreuester war, und gleichzeitig eine Vorlage zur Befestigung des preußischen Fideikommißwesens unterzeichnen. Deutschland braucht heute schon die Sammlung aller seiner Kraft, nicht erst morgen. Der neue Reichskanzler möge sich vergegenwärtigen, welchen Jubel er auslösen würde, wenn er das Befreiungswerk, von dessen Notwendigkeit er durchdrungen sein muß, da er anderenfalls sein Amt nicht hätte übernehmen können, sofort begänne und durchführte. Wieviel leichter würden dann Entbehrungen und harte Arbeit ertragen werden! Und dann: Deutschland ist das erste der am Kriege beteiligten Länder gewesen, das seine Bereitschaft zum Frieden ausgesprochen hat. Wie ist es möglich, die friedenfördernde Wirkung nicht zu erkennen, die die ungesäumte Inangriffnahme der inneren politischen Reformarbeit in Deutschland überall in der Welt haben würde! Eine ungeheure agitatorische Kraft liegt in der von der Entente geflissentlich genährten Vorstellung, daß nach dem Sturze des Zarismus Deutschland das einzige Land ist, das noch im Mittelalter steckt. Nicht eher auch werden die breiten Massen des russischen Volkes von der Sorge befreit sein, daß eine Gegenrevolution der Romanows auf deutsche Hilfe rechnen könne, bis Deutschland durch Taten gezeigt hat, daß es die Periode des Obrigkeitsstaates, dem die Identität von Volk und Staat etwas Unerträgliches ist, diese Periode, in der zwischen der deutschen und der zarischen Regierung recht gute Beziehungen bestanden haben, als abgeschlossen betrachtet. Es gibt kein tauglicheres Mittel zur Verminderung des Kriegswillens in den uns feindlichen Ländern, als die sofortige Demokratisierung der deutschen politischen Verhältnisse.

Der Staatsmann, der eine tiefgreifende Reform als Lebensnotwendigkeit seines Volkes erkannt hat, muß Bundesgenossen gewinnen, die durch Vereinigung ihrer Kräfte mit den seinigen den Staatswagen vorwärts bewegen. Wo dachte Herr von Bethmann Hollweg und wo gedenkt ein in seinen Bahnen wandelnder Nachfolger sie zu finden? Die Politiker der Rechten hatte Herr von Bethmann Hollweg sich zu Feinden gemacht. Mögen sie es seinen Nachfolgern bleiben, denn ihre Beteiligung an dem Reformwerk würde diesem verhängnisvoll sein! Und über ihre Gegnerschaft würde der Mann mit Leichtigkeit hinwegkommen, der sich an die Spitze der breiten Massen stellen und ihnen dadurch Vertrauen zu seiner Person und seinem Programm einflößen würde. Passivität der Reichsregierung muß aber die Massen mit Mißtrauen erfüllen, sie künstlich radikalisieren, die Hoffnung auf eine von großen Erschütterungen freie Entwicklung des deutschen politischen Lebens stark herabmindern, wenn nicht begraben. Die Regierung eines Landes wie England hätte während eines Krieges allenfalls die Verwirklichung wichtiger Reformen aufschieben dürfen, wovon sie aber, wie wir wissen, keinen Gebrauch gemacht hat. Dort begegnet die

Ueberleitung des Volkswillens auf die Regierung keinen starken Hindernissen. Ein deutscher Staatsmann aber muß sich zurzeit noch beeilen, Arbeiten in Angriff zu nehmen, deren Notwendigkeit er erkannt hat, weil die Dauer seiner Ministerherrlichkeit weder von ihm selbst noch von dem Willen des deutschen Volkes abhängt, und weil er Schwierigkeiten zu überwinden hat, die sich dem leitenden Minister eines parlamentarisch regierten Staates nicht entgegenstellen können. Die Osterbotschaft und der Erlaß des deutschen Kaisers und Königs von Preußen vom 11. Juli d. J. sind nicht gering zu bewerten. Aber welcher Schaden kann schon durch die Verzögerung der Erfüllung der in ihnen gegebenen Verheißungen entstehen! Die preußische Wahlrechtsreform war im Jahre 1908 in einer Thronrede als eine der wichtigsten Aufgaben der Gegenwart bezeichnet worden. Das Schicksal der Vorlage, die zur Lösung dieser Aufgabe beitragen sollte, ist bekannt. So unzureichend sie war, sie fand keine Gnade vor den Augen der Männer, die nicht müde werden, vor dem Gedanken eines starken Königtums ihre Verbeugung zu machen. Noch besteht das Dreiklassenwahlsystem in Preußen, die Grundlage der deutschen Reaktion, fort. Gibt es einen höheren Grad von Schwäche eines Monarchen, als ihn der notgedrungene Verzicht auf die Lösung wichtigster politischer Aufgaben darstellt, der durch den Widerspruch von ein paar hunderttausend Privilegierten erzwungen wird?

Wieviel Anspruch auf Beachtung hat ferner der Hinweis auf die Notwendigkeit der Vermeidung innerer Kämpfe jetzt noch, nach der Aufhebung des Jesuitengesetzes und des Sprachenparagraphen des Reichsvereinsgesetzes! Die Zahl der Deutschen, die sich durch diese von den Massen des deutschen Volkes begrüßten gesetzgeberischen Maßnahmen in ihren heiligsten Empfindungen verletzt fühlen, ist sicher gering. Aber noch geringer ist die Zahl derjenigen, die der Ansicht sind, daß die Scheidswand zwischen den herrschenden Gewalten und den breiten Volksmassen Deutschlands weiter bestehen darf. Es ist die höchste Pflicht der leitenden deutschen Staatsmänner, den Widerstand gegen den Gedanken der sofortigen Einleitung des Reformwerkes aufzugeben, wenn sie nicht den gefährlichen Eindruck hervorrufen wollen, daß dieser Widerstand mehr auf Schwäche und Abneigung gegen durchgreifende Neuerungen, als auf Staatsklugheit zurückzuführen ist. Und dann sollten sie bedenken, daß die Zeit der Ueberleitung aus dem Kriegs- in den Friedenszustand in viel zu hohem Maße die Vereinigung der ganzen Volkskraft erfordern wird, als daß sie die Belastung mit schweren Verfassungskämpfen vertragen könnte. Wir gehen nach dem Kriege einer Periode entgegen, die durch Mangel an Rohstoffen und Halbfabrikaten und in Verbindung damit durch Arbeitslosigkeit, außerdem aber durch hohe Preise aller Lebens- und sonstigen Bedarfsmittel gekennzeichnet sein wird. Verfassungskämpfe müssen in solchen Zeiten den Charakter besonderer Leidenschaftlichkeit annehmen. Und die führenden Männer müssen sich darüber klar sein: Nachdem die vollberechtigte Mitwirkung der breiten Massen des Volkes an der staatlichen Arbeit als eine Lebensnotwendigkeit für Deutschland erkannt und von autoritativer Stelle bezeichnet worden ist, ist die Anwendung jedes Mittels zur Verwirklichung dieser Vollberechtigung gegenüber widerstrebenden Minderheiten und rechnungtragenden Staatsmännern gerechtfertigt. Wie würde das Andenken des Herrn von Bethmann Hollweg in Ehren gehalten werden, und welchen Dienst hätte er seinem Volke geleistet, wenn er am 4. August 1914 das gleiche Wahlrecht für Preußen auf den Tisch gelegt hätte! Als ein zweiter Stein würde er dann fortleben. Möge einer seiner Nachfolger danach streben, sich den Platz in der Geschichte zu erobern, den er verschmäht hat!

Was braucht das deutsche Volk an Reformen?

Wir Sozialdemokraten wissen, daß die volle Demokratie die Beseitigung

der Klassengegensätze zur Voraussetzung hat. Immerhin ist auch im Rahmen dieser Gegensätze ein beträchtliches Maß von Volksgeltung zu erreichen. Die arbeitende Klasse eines Staates, der in seinen Angehörigen Bürger und nicht Untertanen sieht, der ihrem friedlichen, gewaltsame Mittel ablehnenden Streben nach Ueberwindung des Prinzips des wirtschaftlichen Individualismus durch das des Sozialismus keine Hindernisse bereitet, wird sich als Teil ihres Staates betrachten und ihr Alles daran setzen, ihn zu erhalten und zu fördern. Zu einem solchen Staat, der mit dem ihn bildenden Volk eine Einheit ist, wollen wir Deutschland machen.

In einem Staate, der nichts anderes ist, als das durch die Verfassung organisierte Volk, ist kein Raum für ein persönliches Regiment. Die Politiker der Rechten betonen immer wieder die Notwendigkeit einer starken Monarchie und bezeichnen Bestrebungen, die auf eine Erweiterung der Volksrechte abzielen, als unvereinbar mit einer starken Königsgewalt. Eigentümlicherweise zeigt die Geschichte, daß noch jeder preußische Monarch, der eine wirklich kraftvolle Persönlichkeit gewesen ist, schwere Kämpfe mit diesen Vorkämpfern der Monarchie zu führen hatte, deren Verehrung monarchischer Herrschgewalt danach rein platonisch zu sein scheint. Es ist nicht wahr, daß starke monarchische Gewalt ein schwaches, an Rechten armes Volk zur Voraussetzung hat. Wirklich stark ist nur der Monarch, der an der Spitze eines freien, mit dem Staat zu einer Einheit verbundenen Volkes steht. Stark ist der Monarch, der die Ministerverantwortlichkeit nicht als Feigenblatt für sich in Anspruch nimmt, sondern sich gegenwärtig hält, daß sie ihm die größte persönliche Zurückhaltung zur Pflicht macht. Welchen anderen Inhalt hat die Einrichtung der Ministerverantwortlichkeit, als den, daß die politischen Entscheidungen von den leitenden Staatsmännern, nicht vom Monarchen selbst zu treffen sind! Die Ministerverantwortlichkeit ist eine Unwahrheit, wenn sie zur Verschleierung anders gearteter tatsächlicher Verhältnisse dient. Wirklich stark ist der Monarch, der nicht in den Tageskämpfen Partei ergreift. Und am stärksten ist der Monarch, der, wenn der von ihm geleitete Staat eine republikanische Verfassung hätte, die Aussicht haben würde, mit erdrückender Mehrheit zu seinem Präsidenten gewählt zu werden.

In einer Verfassung, wie wir sie erstreben, muß die Entscheidung über Krieg und Frieden der Volksvertretung überlassen sein. Kann die Berechtigung dieser Forderung deutlicher bewiesen werden, als durch die Erfahrungen dieses Krieges? Die Völker brauchen und ersehnen einen Frieden der Verständigung. Die Staatsmänner lehnen es entweder ab, diesem Ziele nachzugehen, oder sie schlagen ungeeignete Wege zu ihm ein. In einem Parlament, das, wie der Deutsche Reichstag, die Führung auf dem Pfade zu einem Frieden ohne Annexionen und finanzielle Vergewaltigungen an sich gerissen und das damit bewiesen hat, daß es die Notwendigkeiten der Zeit und der Völker besser verstanden hat als die Staatslenker, muß eine Mehrheit vorhanden sein, die es ablehnt, die Entscheidung über die wichtigste Frage im Leben der Völker bei einigen wenigen Männern zu belassen und es dem deutschen Volke ermöglicht, sie durch seine Vertretung zu treffen.

In einem Staat, wie wir ihn erkämpfen wollen, kann kein anderes als das parlamentarische Regierungssystem herrschen. Die Gewähr für persönliche Tüchtigkeit der leitenden Staatsmänner ist die denkbar größte, wenn ihre Ernennung auf Vorschlag einer zur Mehrheit gelangten Partei oder einer Gruppe von Parteien erfolgt, die dringend daran interessiert sind, keinen Mißgriff zu begehen, und die auf Grund einer langen politischen Tätigkeit ihrer Führer ein klares Urteil über ihre Befähigung haben. Und welche Fülle von Macht fließt für den Staat aus der Tatsache, daß eine feste Mehrheit

hinter seinen leitenden Männern steht! Das Niederdrückendste an der Adlon-Affäre war, daß Männer, denen man alle möglichen Defekte, bloß nicht einen Mangel an Klugheit und Kenntnis der innerpolitischen Verhältnisse unseres Landes vorwerfen kann, den Weg unsauberster Hintertreppen für geeignet halten konnten, um den Sturz des leitenden Staatsmannes herbeizuführen. Ist es etwa ein Zeichen von Sicherheit und Festigkeit der innerpolitischen Verhältnisse, wenn durch künstliche Herbeiführung eines Zwistes zwischen der obersten Zivil- und der höchsten Militärgewalt ein Wechsel in der Person des leitenden Staatsmannes und im politischen System herbeigeführt werden kann? Und spricht es für Solidität der politischen Verhältnisse, wenn mitten im Weltkriege an die Spitze eines großen, in schwerer Gefahr befindlichen Volkes ein Mann treten kann, von dessen Kandidatur niemand eine Ahnung hatte, der niemals mit auswärtiger Politik sich beschäftigt hat und dessen Stellung zu den mit dem Kriege zusammenhängenden Fragen völlig unbekannt ist, der es auch nicht für nötig gehalten hat, sich vor der Annahme des Amtes darüber zu unterrichten, ob er und seine politischen Anschauungen das Vertrauen der Volksvertretung haben? Man fragt sich, welches der Rechtstitel sein mag, auf Grund dessen ein solcher Mann erklären kann, daß er sich die Führung nicht aus der Hand nehmen lasse, da doch die erste Voraussetzung einer führenden Stellung ein führender Geist ist. Ueber die Wirkung der Verleihung eines Amtes auf die Einsicht des Ernannten sollte man sich keinen übertriebenen Vorstellungen hingeben. Und dient es etwa den Interessen des Volkes und des Staates, wenn es Konventikeln von in jeder Beziehung unverantwortlich handelnden Personen beinahe gelingen konnte, auf den bei den in Deutschland zurzeit bestehenden Verhältnissen besonders wichtigen Posten des Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes einen Mann zu bringen, dessen Ernennung die Kriegsstimmung in einem der mit uns im Kampfe liegenden Länder bis zur Siedehitze hätte steigern können! In unserer Zeit der Ersatzmittel ist man in Deutschland auf den Gedanken verfallen, auch einen Ersatz für das parlamentarische Regierungssystem herzustellen. Er besteht darin, daß man einige Parlamentarier an die Spitze höchster Reichs- und Staatsämter gestellt hat; so hofft man, sich die Unterstützung derjenigen Fraktionen zu sichern, aus denen diese Männer hervorgegangen sind. Auf diesem Wege kann die Volkskraft nicht in die Zentralstellen übertragen werden. Männer, die durch die Ernennung zu Ministern aus dem parlamentarischen Leben ausscheiden und alte Herren ihrer Fraktionen werden, verlieren die Fühlung mit ihnen. Der Wert des parlamentarischen Regierungssystems liegt gerade in der Personalunion, darin, daß die Leiter der Parlamentsmehrheit es sind, die die Staatsgeschäfte führen. Die Zeit ist nicht fern, in der man die Kunde von der Art, wie bisher in Deutschland und Preußen Staatsmänner entstanden sind, für ein Märchen halten wird.

Wir Sozialdemokraten sind uns darüber klar, daß durch Verfassungsbestimmungen ein persönliches Regiment so wenig ausgeschaltet wie das parlamentarische Regierungssystem eingeführt werden kann, und daß die Umwandlung des Kasten- und Obrigkeitsstaates in den Staat, der nichts anderes ist als die Gesamtheit seiner Bürger, diese Umwandlung, die zur Voraussetzung wie zur Folge die Beseitigung des persönlichen Regiments und die Schaffung des parlamentarischen Regierungssystems hat, nicht das Ergebnis der Erweiterung der Reichsverfassung um einige Paragraphen sein wird. Besäßen wir diese Klarheit nicht, ein Blick auf den Artikel 4 der preußischen Verfassung würde sie uns beibringen. Wie schwer ist es, den Ernst zu bewahren, wenn wir seinen prachtvollen Wortlaut lesen: „Alle Preußen sind

vor dem Gesetze gleich. Standesvorrechte finden nicht statt. Die öffentlichen Aemter sind unter Einhaltung der von den Gesetzen festgestellten Bedingungen für alle dazu Befähigten gleich zugänglich." Nein, das Ziel unseres Strebens kann nicht sein, Bestimmungen in die Reichsverfassung aufzunehmen, deren Widerspruch zu den tatsächlichen Verhältnissen dem Spott neue Gelegenheit zur Betätigung gibt. Und ebenso wenig können uns Versprechungen genügen, die zwar deutlich erkennen lassen, daß diejenigen, die sie geben, sich in der Stunde der Not klar geworden sind über die begeisternde Wirkung, die dem Gedanken der Demokratie eigen ist, aber nach den Erfahrungen der Vergangenheit keine unbedingte Gewähr dafür bieten, daß diese Erkenntnis länger als die Not, die sie erzeugt hat, andauern wird. Die Erfüllung unserer Sehnsucht hängt davon ab, daß der Wille des Volkes sich in Reich, Staat und Gemeinde rein und unverfälscht zum Ausdruck bringen kann. Ein von allen Einschränkungen freies gleiches Wahlrecht zu allen Körperschaften würde das Streben, das das Volk bewegt und ihm die Zukunft so schön erscheinen läßt, daß es die bittere Gegenwart zu ertragen vermag, über alle Widerstände hinweg zum Siege gelangen lassen. Freies, gleiches Wahlrecht würde Mehrheiten in den parlamentarischen Körperschaften schaffen, die alles das hätten, was sie haben wollen, die mit allen Privilegien aufräumen, die die Machtmittel des Staates in den Dienst des Volkes stellen, die die Einheit zwischen Staat und Volk herstellen könnten und würden.

Wir fordern für alle Wahlen Herabsetzung der bisherigen Altersgrenze, weil wir überzeugt sind, daß die Erfüllung des Volkes mit politischer Bildung durch die Verknüpfung des Wahlrechts mit dem Beginn der Zeit der Reife gefördert wird.

Wir fordern das aktive und passive Wahlrecht für die Frauen, weil der Gedanke des Frauenwahlrechts sich in der Kultur Geltung verschafft hat, und weil wir nicht wollen, daß Deutschland hinter England und Rußland zurückbleibt. Die Frau hat das gleiche Interesse an Krieg und Frieden, an freiheitlichen Einrichtungen, an Steuerfragen wie der Mann. Die Phrase, daß sie ins Haus gehört, kann nach den Erfahrungen dieses Krieges nur noch aus dem Munde eines Denkunfähigen kommen. Niemand, der dem Verdacht völliger Urteilslosigkeit entgehen will, wird es wagen, sich zu der Ansicht zu bekennen, daß die Frau gegenüber dem Manne geistig minderwertig ist. Keiner der Gründe, die gegen das Frauenwahlrecht ins Feld geführt werden, ist stichhaltig.

Wir fordern die Einführung des Verhältniswahlrechts, weil die Parlamente ein Spiegelbild des Volkskörpers sein sollen, weil wir nicht wollen, daß irgendeine im Volke vorhandene beachtliche politische Strömung von der Vertretung in den gesetzgebenden Körpern ausgeschlossen ist.

Und wenn wir nicht alle diese Forderungen schon jetzt durchsetzen können, so haben wir jedenfalls daran niemals einen Zweifel aufkommen lassen, daß eine Wahlreform, die uns nicht eine auf dem Prinzip der Gleichheit beruhende Neueinteilung der Wahlkreise im Reiche und das Reichstagswahlrecht in den Einzelstaaten bringt, von uns nicht einmal als eine Abschlagszahlung, sondern als eine Verhöhnung des Volkes betrachtet werden würde, dem man volle politische Gleichberechtigung versprochen hat. Ein Pluralwahlrecht, das nach dem Erlaß des Deutschen Kaisers und Königs von Preußen vom 11. Juli d. J. abgetan ist, würde das Mißverhältnis zwischen Leistungen und Rechten des Volkes auf das stärkste in die Erscheinung treten lassen und könnte niemanden befriedigen. Und das gleiche gilt von einem versteckten Pluralwahlrecht, wie es in der jetzigen Einteilung der Reichstagswahlkreise enthalten ist. Wenn für ein Klassenwahlrecht in Deutschland kein Raum mehr ist, muß auch die Bevorzugung der überwiegend landwirtschaftlichen östlichen Wahlkreise mit geringer Einwohnerzahl gegenüber den großstädtischen Riesenwahlkreisen aufhören. Bei der Beratung handelspolitischer Fragen tritt im Reichstage der Charakter der bestehenden Wahlkreiseinteilung als eines agrarischen Privilegs deutlich genug in die Erscheinung. Man spricht davon, daß die Leute nicht allein das Wahlrecht haben dürften, daß Land und Leute den Staat bilden. Dann habe man den Mut, die Reichsverfassung zu ändern, die in Verbindung mit dem Wahlgesetz ein allein auf der Einwohnerzahl beruhendes gleiches Wahlrecht vorsieht. Und dann höre man auf, eine auf Vermehrung der Volkszahl abzielende Bevölkerungspolitik als unerläßliche Voraussetzung der Förderung der Kultur zu bezeichnen. Mit welchem Rechte bezeichnet man Frankreich im Hinblick auf den Rückgang seiner Bevölkerung als ein sterbendes Land, wenn die Bodenfläche für das Gedeihen des Staates wichtiger ist als die Bevölkerungszahl? Das Wachstum unserer großen Städte ist mit der Hebung des Wohlstandes durch Handel und Industrie Hand in Hand gegangen. Wir verlangen für die Zentren der Intelligenz das gleiche politische Recht wie für die Bewohner des flachen Landes.

Wenn für ein Klassenwahlrecht in Deutschland kein Raum mehr ist, muß durch die Reichsgesetzgebung, wenn kein weitergehendes, so zum mindesten das jetzt im Reiche geltende Wahlrecht für die Wahlen zu den einzelstaatlichen Parlamenten eingeführt werden. Die formelle Befugnis der Reichsgesetzgebung zu dieser Reform wird von keinem Sachkenner in Zweifel gezogen. Die materielle ergibt sich daraus, daß die volle politische Gleichberechtigung aller Schichten des deutschen Volkes eine Lebensnotwendigkeit für Deutschland ist, und daß es darauf ankommt, diese Notwendigkeit auf der Linie des geringsten Widerstandes zu verwirklichen. Im Deutschen Reichstag hat einst der Stellvertreter des Reichskanzlers in Aussicht gestellt, daß das Reich die gesetzliche Regelung der Wohnungsfrage in die Hand nehmen werde, wenn die gesetzgebenden Körperschaften Preußens auf diesem Gebiete versagen sollten. Die Wohnungsfrage ist gewiß wichtig, aber sie ist von untergeordneter Bedeutung gegenüber der Wahlrechtsfrage, von deren Lösung die Umwandlung Deutschlands in einen Staat abhängt, der allen Stürmen zu trotzen imstande ist. In der Vergangenheit haben sich die aus rückständigen Wahlsystemen hervorgegangenen Mehrheiten des preußischen und sächsischen Landtages sowie anderer bundesstaatlicher Parlamente zur Lösung der Wahlrechtsfrage unfähig gezeigt. Man erspare sich und ihnen die Probe darauf, ob der Weltkrieg ihnen die Augen geöffnet hat.

Wir Sozialdemokraten haben verlangt, daß der Verfassungsausschuß des Deutschen Reichstags sich zunächst der Lösung der Wahlrechtsfrage in Reich und Einzelstaaten als der wichtigsten politischen Frage zuwende. Die Mehrheit des Ausschusses lehnte dies ab. Sie hielt es für angebracht, in erster Reihe die Reichsverfassung in anderen Beziehungen zu modernisieren. Mit allen gegen die konservativen Stimmen faßte der Ausschuß sodann eine Anzahl von Beschlüssen, deren wichtigste die Einführung der Verantwortlichkeit der Staatssekretäre, das Erfordernis der Mitwirkung des Kriegsministers bei der Ernennung der Offiziere und Militärbeamten des preußischen Kontingents und den Ausbau des Immunitätsrechtes der Reichstagsabgeordneten betreffen. Dies sind gewiß keine Dinge von erschütternder Bedeutung. Um so bezeichnender war der Sturmlauf, den die Konservativen im Verein mit dem Vertreter des Reichskanzlers, dem Ministerialdirektor Dr. Lewald, gegen die Bestrebungen der Mehrheit des Ausschusses unternahmen. Die Verantwortlichkeit der Staatssekretäre sollte den föderativen Charakter des Reiches bedrohen. Als ob es nicht ein Ding der Unmöglichkeit und eine Herabwürdigung der

Ministerverantwortlichkeit zur Lüge bedeutet, wenn, wie dies nach geltendem Recht der Fall ist, ein einziger Mann, der Reichskanzler, die Verantwortlichkeit für die Handlungen der Regierung eines 70-Millionen-Volkes trägt. Die Notwendigkeit der Gegenzeichnung der Offizierspatente durch den preußischen Kriegsminister sollte den Anfang der Schaffung eines Parlamentsheeres bedeuten. Dabei besteht sie von jeher für die Offiziere und Beamten des bayerischen, sächsischen und württembergischen Kontingents des Reichsheeres und bestand bis in die 80er Jahre des vorigen Jahrhunderts hinein auch in Preußen, ohne daß man damals von einem preußischen und jemals von einem bayerischen, sächsischen, württembergischen Parlamentsheer etwas gewußt hat. Die ganzen Debatten hatten, so wenig ihr Gegenstand es rechtfertigte, daß die Tätigkeit des Ausschusses mit ihnen begann, das eine Gute, daß sie jedem ehrlichen Reformer in bürgerlichen Kreisen die Unmöglichkeit eines Zusammengehens mit den Konservativen klar machten. Wie sehr überschätzt man die um Heydebrand, wenn man ihnen staatsmännische Befähigung zutraut! Was ihnen eigen ist, ist lediglich der Wille, von ihren Vorrechten keines fahren zu lassen. Die Probe darauf, ob dieser Wille stark genug ist, sich unter allen Umständen und in allen Zuständen zu behaupten, hat in Preußen noch nicht gemacht werden können. Von der russischen Uebersetzung des Herrn Kreth, Herrn Puriszkiewicz, hat man seit dem Ausbruch der Revolution in Rußland nichts mehr gehört. Von Erkenntnis der Notwendigkeiten der Zeit ist jedenfalls bei den Konservativen nicht die Rede. Je größer die Isolierung dieser Herren ist, desto mehr Grund zur Zufriedenheit haben wir, die wir wissen, daß die Zeit da ist, einen gewaltigen Schritt in der Richtung auf das Ziel der Demokratisierung Deutschlands zu tun, und die wir mit allen Kräften zu verhindern gewillt sind, daß man versucht, die Bewegung, die durch das deutsche Volk geht, durch ein faules Kompromiß zum Abflauen zu bringen. Gut war es auch, daß das Verhalten des Regierungsvertreters im Verfassungsausschuß klar gemacht hat, daß der notwendige Systemwechsel einen gründlichen Personenwechsel in der Regierung zur Voraussetzung hat. Herr Dr. Lewald war mit Erfolg bemüht zu zeigen, daß er vom Geiste der neuen Zeit keinen Hauch verspürt hat. Diesem leider immer noch sehr einflußreichen Herrn wird der Vorwurf, daß er das alte ehrliche Preußen in einen neumodischen Judenstaat umwandeln wolle, was die Privilegierten von 1807 bekanntlich dem Freiherrn von Stein, und was ihre Nachkommen, die das ererbte geistige Arsenal in 110 Jahren nicht bereichert haben, Herrn von Bethmann Hollweg nachgesagt haben, niemals gemacht werden.

Zu dem Verlangen, daß der Wunsch des Reichstags dem Reichskanzler den Rücktritt von seinem Amt zur Pflicht machen müsse, konnte sich die bürgerliche Mehrheit des Ausschusses nicht aufschwingen. Wenige Wochen danach verlangten die Nationalliberalen im Hauptausschuß des Reichstags den Rücktritt des Reichskanzlers und hat das Zentrum zum Ausscheiden des Herrn von Bethmann Hollweg aus seiner Stellung beigetragen, indem es ihn wissen ließ, daß er das Vertrauen der Zentrumsfraktion nicht mehr habe!

Bei der Verhandlung über die Wahlrechtsfrage im Verfassungsausschuß zeigte sich eine bedenkliche Rückständigkeit der bürgerlichen Parteien. Vom Frauenwahlrecht wollten sie so wenig wissen wie von der Herabsetzung des Wahlrechtsalters und von der Verhältniswahl. Nur die großstädtischen Riesenwahlkreise sollten nach dem Willen des Ausschusses, der sich mit dem der Regierung insoweit deckte, eine Reihe neuer Mandate erhalten, was zu einer Vermehrung der Zahl der sozialdemokratischen Abgeordneten führen muß. Damit sie indessen nicht gar zu groß wird, soll in diesen Kreisen das Verhältniswahlrecht eingeführt werden, das eine Berücksichtigung der bürgerlichen

Minderheiten gestattet. In der Frage des Wahlrechts der Einzelstaaten kamen die Vertreter des Zentrums und der Nationalliberalen über kleinliche Kompetenzbedenken nicht hinweg, die sie dem föderativen Charakter des Reichs entnahmen, und die ihnen nicht gestatteten, diese Frage durch die Reichsgesetzgebung zu lösen. Und die Reden der nationalliberalen Ausschußmitglieder verrieten die allerdings nicht neue Tatsache, daß erhebliche Teile ihrer Partei vom gleichen Wahlrecht nichts wissen wollen.

Die Tätigkeit des Verfassungsausschusses war bisher nicht geeignet, die Bekenner demokratischer Anschauungen zu befriedigen. Aber die Lauheit der bürgerlichen Parteien des Ausschusses ist nicht imstande gewesen, Schaden anzurichten. Dazu ist im Lande die Ueberzeugung von der Notwendigkeit einer völligen Umkehr unseres Regierungssystems zu sehr befestigt und verbreitet. Früher stand die Sozialdemokratie allein, wenn sie sagte: „Der Imperialismus hat uns in den Krieg hineingehetzt, die Demokratie muß uns von ihm befreien. Sie verlangt, daß man sie nicht erst zum Löschen heranholt, wenn das Haus in Flammen steht, ihrem Schutz muß sich vielmehr das deutsche Volk in Zukunft anvertrauen, wenn es sein staatliches Leben unter dem Segen des Friedens so führen will, daß es ihm möglich ist, alle seine Kräfte zu entfalten." Jetzt ist diese Anschauung Gemeingut der breiten Massen des Volkes geworden. Sie hat sich selbst auf Parteien übertragen, die früher von einer Vermehrung der Volksgeltung nichts wissen wollten. Und dem Drucke, der aus der durch das Volk gehenden Bewegung stammt, mußte die Regierung nachgeben. Der Erlaß des Königs von Preußen vom 11. Juli 1917, der das preußische Ministerium anweist, dem Preußischen Abgeordnetenhause eine auf Einführung des gleichen Wahlrechts in Preußen abzielende Gesetzesvorlage so zeitig zu unterbreiten, daß die nächsten Wahlen unter der Herrschaft des neuen Wahlgesetzes stattfinden können, d. h. im kommenden Herbst, beweist es. Die Verheißung des gleichen Wahlrechts war schon im ersten Entwurf der Osterbotschaft enthalten gewesen, aber wieder gestrichen worden. Wenige Monate später mußte sie verkündet werden. Und nun steht der Anfang der Demokratisierung Deutschlands bevor. Die Tage des bisherigen preußischen Wahlrechts sind gezählt. Und Sachsen, Mecklenburg, Braunschweig, Anhalt, Schwarzburg-Sondershausen usw. werden an ihren rückständigen Wahlrechten nicht festhalten können, wenn für die Wahlen zum preußischen Abgeordnetenhause das gleiche Wahlrecht eingeführt ist. Mögen es die Konservativen auch fernerhin bekämpfen. Sie werden seinen Sieg nicht verhindern können, und wenn es gegen sie eingeführt ist, wird ihre Niederlage und der Sieg des Volkes um so größer sein. An dem Widerstand der Herren, die nicht einsehen wollen oder können, daß die Tage ihrer uneingeschränkten Herrschaft vorüber sind, wird die Demokratie nicht Schiffbruch leiden. Bringen sie den Mut auf, ein Reformwerk vereiteln zu wollen, für dessen Durchführung der König von Preußen seine Ehre verpfändet hat, so wird der Druck der Massen dafür sorgen, daß das Reich die Frage des Wahlrechts der Einzelstaaten löst. Die Männer, die aus zahllosen Schlachten heimkehren, in denen sie ihr Blut für Deutschland vergossen haben, werden sich nicht wieder in dieselbe Ecke stellen lassen, in der sie vor dem Kriege gestanden haben. Ein Appell der Reichsregierung an den Reichstag würde die Einführung des Reichstagswahlrechts in denjenigen Bundesstaaten, die es noch nicht haben, mit Vierfünftel-Mehrheit zur Folge haben.

Das gleiche Wahlrecht in Preußen wird die Bahn für die Demokratie in Deutschland frei machen. Es wird die politische Erziehung der zu politischem Einfluß gelangten Wähler mächtig fördern, es wird zur Beseitigung der ersten Kammern führen, deren Dasein mit der Vernunft im Widerspruch steht. Es

wird der systematischen Durchkreuzung der Reichspolitik ein Ende machen, die vom reaktionären preußischen Abgeordnetenhause ausgegangen ist. Es wird die Durchführung der uneingeschränkten Selbstverwaltung in Stadt und Land ermöglichen, ohne die wahre Demokratie nicht denkbar ist. Es wird die Regierung im Reiche und in Preußen aus einem Hindernis zu einem Vollstrecker des Volkswillens machen. Es wird diejenigen Arbeitergruppen, denen die Ausübung des elementarsten Menschenrechtes, des Rechtes der Vereinigung zum Zwecke der Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen, bisher versagt war, von den sie drückenden Fesseln befreien helfen. Es wird eine auswärtige Politik ermöglichen, deren oberster Grundsatz die Herstellung und Befestigung brüderlicher Beziehungen unter den Völkern ist.

Der Gedanke der Demokratie ist auf dem Marsche. Sein Sieg kann nur durch die Uneinigkeit des arbeitenden Volkes in Frage gestellt werden. Wer die Kraft des Proletariats durch Spaltungsbestrebungen schwächt, arbeitet der Reaktion in die Hände. Die Blutopfer des Krieges haben die Notwendigkeit der Demokratie zu deutlich bewiesen, als daß ein Zweifel an dem Willen des Volkes, sie durch Zusammenfassung seiner Kraft durchzusetzen, aufkommen könnte.

Die nächsten Aufgaben der Wirtschaftspolitik.

Von Heinrich Cunow.

Der jetzige Weltkrieg hat sich im deutschen Wirtschaftsleben als gewaltiger revolutionärer Faktor erwiesen, der die überlieferten Produktions- und Handelsverhältnisse gründlich umgewälzt und ihre Stellung zueinander verschoben hat. Neugestaltungen sind zum Durchbruch gelangt, die in gewöhnlicher Friedenszeit wahrscheinlich Jahrzehnte zur Reifung gebraucht hätten, während andererseits der Krieg nicht nur enorme volkswirtschaftliche Werte zerstört, sondern auch mannigfache Störungen und Unregelmäßigkeiten des Wirtschaftsgetriebes hervorgerufen hat, die nach dem Kriege wieder beseitigt werden müssen.

1. Umschaltung des Wirtschaftsgetriebes während des Krieges.

Die noch zu Anfang des Krieges von manchen Genossen verfochtene Ansicht, schon nach wenigen Monaten der Kriegführung werde die kapitalistische Wirtschaft zusammenbrechen und aus der chaotischen Götterdämmerung des Kapitalismus unter schweren Geburtswehen eine sozialistische Wirtschaftsordnung erstehen, hat durch die wirtschaftlichen Erfahrungstatsachen eine gründliche Widerlegung gefunden. Das kapitalistische Wirtschaftsgetriebe hat sich widerstandsfähiger erwiesen, als selbst viele seiner Verteidiger angenommen haben. Aber diese Widerstandsfähigkeit war nur dadurch möglich, daß die kapitalistische Wirtschaft sich den neuen durch den Krieg hervorgerufenen Produktions- und Absatzbedingungen angepaßt hat, indem sich die Produktion auf den veränderten Bedarf des Inlandsmarktes und die steigenden Anforderungen der Heeresverwaltung einrichteten und knapp werdende Roh- und Halbstoffe, soweit möglich, durch Ersatzstoffe ergänzte, während zugleich der Staat in steigendem Maße zur beschränkenden Rationierung des Lebensmittel- und des Rohstoffverbrauchs griff. Die kapitalistische Wirtschaft hat demnach dem Kriegssturm nur dadurch getrotzt, daß sie sich selbst umschaltete, und daß andererseits der Staat in immer größerem Umfange Anleihen beim sozialistischen Organisationsprinzip machte. Gezwungen durch die wirtschaftliche Notlage, sah sich die Staatsverwaltung genötigt, mit rauher Hand in das sogen. freie Spiel der wirtschaftlichen Kräfte einzugreifen und Reglementierungen der Warenerzeugung und des Warenhandels vorzunehmen, die man heute gewöhnlich unter dem Namen „Kriegssozialismus" zusammenfaßt: ein Name, der schon besagt, daß es sich nicht um proletarischen Sozialismus handelt, sondern um eine durch den Krieg erzwungene besondere Art des Staatssozialismus.

Daß dennoch die Produktion vielfach gestockt hat und sich besonders in der Lebensmittelversorgung manche Uebelstände ergeben haben, ist zweifellos. Vielfach haben sich die Staats- und Gemeindeverwaltungen in heiligem Respekt vor den Gesetzen der kapitalistischen Wirtschaft allzulange gesträubt, das Kon-

kurrenzgetriebe unter staatliche Aufsicht und Zwangsverordnungen zu stellen; zudem aber hat Deutschland sich in den letzten Jahrzehnten immer mehr zum großen Industriestaat entwickelt und während der dem Kriegsausbruch voraufgegangenen fünf Jahre durchschnittlich jährlich für ungefähr 4627 Millionen Mark reine Rohstoffe (ohne Halbfabrikate) und für 2902 Millionen Mark Nahrungs- und Genußmittel (ohne lebendes Vieh) aus dem Auslande bezogen, dem eine Ausfuhr von durchschnittlich 5450 Millionen Mark fertiger Waren gegenübergestanden hat. Diese große Zufuhr von Lebensmitteln und Rohstoffen hörte mit Beginn des Krieges größtenteils auf, während die Verpflegung der Truppen größere Mengen von Nahrungsmitteln erforderte, als bisher in der Friedenszeit von den zur Fahne Einberufenen verbraucht worden waren. Dazu kam, daß der Produktion der verschiedenen Gewerbszweige und der Landwirtschaft plötzlich ein großer Teil der Arbeitskräfte entzogen und zugleich infolge der Inanspruchnahme der Eisenbahnen und sonstigen Transportmittel durch die Heeresverwaltung der Warenversand immer wieder gestört und gehemmt wurde.

Die nächste Folge des Krieges konnte unter diesen Umständen nur eine schwere Erschütterung des ganzen Wirtschaftslebens sein. Und tatsächlich schien es in den ersten Wochen nach der Kriegserklärung, als sollte das ganze Erwerbsleben einer gewaltigen Krise anheimfallen und trotz der Masse der zum Militärdienst Eingezogenen die Arbeitslosigkeit einen Umfang annehmen, den sie selbst in den schwersten früheren Krisenzeiten nie erreicht hatte. Bald paßte sich jedoch die Industrie mehr und mehr den veränderten Bedürfnissen an, zumal ihr der rasch steigende, enorme Heeresbedarf große Aufträge eintrug. Freilich ging diese „Umschaltung" nicht ohne große Veränderung der Betriebs- und Arbeitsweise und der technischen Einrichtungen vor sich. Es fand in relativ kurzer Zeit eine Umwechselung der Arbeitsmethoden und des technischen Apparates statt, wie man sie früher kaum für möglich gehalten hatte: Seidenwebereien fabrizierten nun Verbandstoffe, Samtfabriken Zeltbahnstoffe, Fahrradfabriken eiserne Lazarettbettstellen, Nähmaschinenfabriken Schrapnells, Pianofortefabriken Patronenhülsen, Fabriken für photographische und optische Instrumente lieferten Granaten, Farbenfabriken pharmazeutische Präparate usw.

Die sich den neuen Verhältnissen anpassende industrielle Tätigkeit wirkte dann im weiteren Verlauf wieder belebend auf andere Zweige des Wirtschaftslebens zurück, in deren Geschäftsgebiete zunächst der Krieg recht störend und hemmend eingegriffen hatte, z. B. auf das Bankgewerbe. Zu Anfang des Krieges wurde vielfach selbst in Bankkreisen eine allgemeine Zurückziehung der den Banken anvertrauten Gelder, ein starker Run auf die Bankinstitute und in dessen Gefolge eine Reihe aufeinanderfolgender großer Bankzusammenbrüche erwartet. Tatsächlich sind nur wenige kleinere Banken dem Kriege zum Opfer gefallen, und bei diesen handelt es sich durchweg um Banken, die das eigentliche reguläre Bankgeschäft mehr und mehr vernachlässigt und sich auf zu große, ihre Kräfte übersteigende Kreditgeschäfte mit der Großindustrie eingelassen hatten. Zwar hat der Handel mit Wertpapieren, die Emissionstätigkeit und der Wechselverkehr sowie auch der Rembursverkehr mit dem Auslande sehr abgenommen, dagegen führte die Umwandlung der in Rohstoff- und Warenvorräten steckenden Warenkapitalien in Geldkapital sowie die Herausziehung eines großen Teils der bisher im Export- und Importgeschäft angelegten Handelskapitalien aus diesen Geschäftszweigen zu starker Geldansammlung, zu sogen. Geldflüssigkeit, der bald ein stetig zunehmender Geldrückstrom in die Banken folgte, so daß trotz der zweiten und dritten Kriegsanleihe sich schon im Jahre 1915 die Einlagen und Kreditorenposten bei der

Deutschen Bank um ungefähr 500, bei der Diskontogesellschaft um 457 und bei der Dresdener Bank um 244 Millionen Mark erhöhten. Und da andererseits die für das Heer beschäftigten Industrien nach Geld zur Ausführung der ihnen übertragenen Kriegslieferungen verlangten und sie wie die geldleihenden Staaten und Kommunen relativ hohe Zinsen zahlten, so erreichten bald bei den Banken die Gewinne im Zinsgeschäft eine so ansehnliche Höhe, daß dadurch die Gewinnrückgänge auf anderen Konten einigermaßen ausgeglichen wurden, zumal infolge der Einschränkung des Gesamtbetriebes auch manche Verwaltungskosten eine Einschränkung erfuhren.

2. Die Rückkehr zur Friedenswirtschaft.

Demnach ist unsere jetzige Wirtschaft eine auf den Kriegsbedarf eingestellte anormale Wirtschaft, eine Anpassung an den Kriegszustand. Daraus ergibt sich schon, daß nach dem Ende des Krieges eine nochmalige Umschaltung nötig wird: eine Rückkehr zum Friedenszustand. Das besagt nicht, daß es nun gilt, genau jene Wirtschaftsform wiederherzustellen, wie sie vor dem Kriege bestand. Der Krieg hat, wie vorhin erwähnt, in drei Jahren so manche Wirtschaftstriebe zur Reife gebracht, so viele technische Erfahrungen hervorgerufen und zugleich den Rohstoff-, Arbeits- und ausländischen Absatzmarkt derart verändert, daß eine einfache Rückkehr zu jenem Wirtschaftsgetriebe, wie es vor dem Kriege bestand, unmöglich erscheint. Rückkehr zur Friedenswirtschaft kann nur heißen: Neuanpassung an den Friedenszustand, wie er voraussichtlich nach der Beendigung des Krieges vorhanden sein wird.

Diese Anpassung würde sich nach dem Kriege auch dann vollziehen, wenn der kapitalistische Wirtschaftskörper sich selbst überlassen bliebe; aber sie würde unter der schwersten Erschütterung des ganzen Wirtschaftslebens vor sich gehen und wahrscheinlich weit schmerzlichere Krisenerscheinungen hervorrufen, als der Kriegsanfang gezeitigt hat. Besonders würde die breite Masse der Bevölkerung, vornehmlich die aus dem Felde zurückkehrenden Arbeiter, Angestellten und Kleingewerbetreibenden, die Kosten der großen Gewinne und Kapitalanhäufungen zu tragen haben, die die konkurrenzfähigen, gutfundierten Großbetriebe aus dem Krisengewirr heimbringen würden. Es liegt deshalb gerade im Interesse der schwächeren und ärmeren Volksschichten, daß dem Uebergang zur Friedenswirtschaft der Weg geebnet wird, das heißt der Uebergang planmäßig ohne tiefere Erschütterung des ganzen Erwerbslebens erfolgt.

Daß eine Vorbereitung auf die Zeit nach dem Kriege, eine systematische Ueberleitung der heutigen Kriegswirtschaft in die Friedenswirtschaft stattfinden muß, hat auch die Reichsregierung eingesehen und bekanntlich schon vor Jahresfrist in der Person des Hamburger kaufmännischen Senators Dr. Sthamer einen „Reichskommissar für die Uebergangswirtschaft" bestellt, dessen Aufgabe es sein soll, unter Zuhilfenahme von Mitarbeitern und eines sachverständigen Beirats, die erforderlichen wirtschaftspolitischen Uebergangsmaßnahmen zu treffen.

Wie erklärlich, widerstreben jene kapitalistischen Kreise, die bisher schon jeden Eingriff der Staatsgewalt in das freie Konkurrenztreiben bekämpft und immer wieder die alte manchesterliche Lehre ausgekramt haben, es werde sich im Gegeneinander des freien Kräftespiels alles von selbst auf das beste regeln, auch jetzt wieder der Fürsorgetätigkeit des Staates. Die Verpflichtung des Staates, für die aus dem Felde zurückkehrenden Beschäftigungslosen und die Kriegsbeschäftigten zu sorgen, erkennt man zwar bis zu gewissem Grade an, in das kapitalistische Konkurrenzgetriebe aber soll sich die Staatsgewalt, so

meint man, möglichst wenig mit irgendwelchen Reglementierungen einmischen. Soweit sich dies aber doch als nötig herausstellen sollte, dürfe es jedenfalls nur in der allerersten Zeit nach dem Friedensschluß geschehen, denn am besten „für das deutsche Volk" sei es, möglichst schnell und gründlich wieder zu jenen segensreichen normalen Formen des freien Wettbewerbes zurückzukehren, die vor dem Kriege bestanden.

Diese Meinung entspricht nicht der Ansicht der Arbeiterschaft und ihrem Interesse. Für sie handelt es sich nicht darum, möglichst schnell wieder den Kreisen der Großhändler und Großindustriellen die Bahn für ihre Geschäftstätigkeit frei zu machen, sondern die Kriegswirtschaft ohne zerrüttende Krisen unter Wahrung der Arbeiterinteressen in die Friedenswirtschaft hinüberzuleiten; und diese Möglichkeit ist gegeben, wenn die Ein- und Ausfuhr reglementiert, die Rohstoffverteilung organisiert, für Beschäftigung der aus dem Felde heimkehrenden Arbeitskräfte gesorgt, die Wiederaufnahme eines gesteigerten Frachtdienstes durch Eisenbahnen und Schiffe vorbereitet, Kohlenvorräte angehäuft, die Lebensmittelversorgung geregelt wird und der Verbrauch vorläufig noch in bestimmten Grenzen rationiert bleibt. Ein solcher Uebergang in neue Verhältnisse unter allmählichem, stufenweisem Abbau des durch den Krieg geschaffenen Ausnahmeapparates erfordert aber längere Zeit, wahrscheinlich mehrere Jahre. Auch kann die Uebergangswirtschaft nach dem Kriege nach dem Aufhören der am 4. August 1914 dem Bundesrat erteilten Kriegsvollmachten nicht einfach dem Gutdünken des Bundesrates und der Militärdiktatur überlassen bleiben; es müssen vielmehr für sie gesetzliche Unterlagen geschaffen, das heißt durch Gesetz bestimmte Einrichtungen getroffen und für diese bestimmte Verhaltungsvorschriften aufgestellt werden.

3. Die Rohstoffversorgung in der Uebergangswirtschaft.

Unter den verschiedenen Einzelproblemen der Uebergangswirtschaft ist vielleicht das wichtigste die schnelle und genügende Beschaffung von Rohstoffen; denn infolge des langen Krieges ist der Rohstoffvorrat in Deutschland sehr zusammengeschmolzen. Manche bisher ausschließlich oder vorwiegend aus dem Auslande bezogenen Rohstoffe, besonders Textilstoffe — Deutschland hat z. B. im Jahre vor dem Kriege nach Abzug der Wiederausfuhr für 363 Millionen Mark Schafwolle und 551 Millionen Mark Baumwolle (ohne die als „Linters" bezeichneten Abfälle) sowie ferner für 94 Millionen Mark Jute und Juteweg, für 59 Millionen Mark Flachs und für 36 Millionen Mark Hanf eingeführt — fehlen heute fast ganz, und doch kann ohne solche Vorräte die Produktion in den betreffenden Industriezweigen nicht wieder aufgenommen werden. Diese Rohstoffeinfuhr kann aber in keinem Fall lediglich der privaten Initiative des Handels überlassen bleiben; denn sein Antrieb ist der Profit, nicht der Nutzen der Gesamtwirtschaft und der breiten Volksmasse. Er würde nicht vor allem jene Rohstoffe einführen, die zur Wiederherstellung der notleidenden Industriezweige nötig sind, sondern jene, die am bequemsten ohne gefährliches Risiko zu erlangen sind und deren Einfuhr die höchsten Frachtgewinne und Handelsprofite abwirft. Zwar nach und nach würde sich infolge der Konkurrenz ein gewisser Ausgleich herstellen; denn sobald die Zufuhr bestimmter Arten von Rohstoffen den Bedarf übertstiege, würden die Preise und damit die Profite fallen und der Einfuhrhandel würde sich nun den bisher vernachlässigten Gebieten zuwenden; doch dieser Ausgleich würde sich erst nach heftigen Preisschwankungen und unter Gefährdung des stufenweisen industriellen Wiederaufbaus vollziehen. Er würde in bestimmten Industriezweigen zu krankhafter Ueberstürzung führen, voraussichtlich gerade in den Luxus-

industrien, während andere Industriezweige nicht die nötigen Rohstoffe erhielten und ihnen damit die günstige Gelegenheit genommen würde, die während des Krieges verlorengegangenen ausländischen Absatzmärkte wiederzugewinnen.

Dazu kommt, daß auch der ausländische Rohstoffmarkt sich während der Kriegsjahre verschoben hat. Es liegt durchaus nicht so, wie sich oft der Handelsunkundige vorstellt, daß während des Krieges überall große Rohstoffvorräte aufgehäuft worden sind und gewissermaßen nur auf Ankauf und Verladung nach dem Kriege warten. Der Krieg hat auch in anderen Industriestaaten, keineswegs nur den kriegführenden, zu starkem Aufgebrauch der Rohstoffvorräte geführt, während andererseits in den Rohstoffländern manche Vorräte verdorben sind. Einige dieser Länder haben auch die ihnen durch den Krieg gebotene günstige Gelegenheit benutzt, ihre eigene einheimische Industrie auszudehnen und die Rohstoffe in größerem Umfange als bisher selbst zu verarbeiten. Außerdem hat England in Voraussicht der Wahrscheinlichkeit, daß alsbald nach der Beendigung des Krieges ein stürmischer Friedensbedarf hervortreten wird, einen großen Teil der wichtigsten Rohstoffvorräte, vornehmlich in seinen Kolonien, aufgekauft und aufstapeln lassen.

Zu berücksichtigen ist ferner, daß die deutsche Schiffstonnage wie auch jene Englands und einer Reihe anderer Länder sehr abgenommen hat, und überdies wahrscheinlich England den Schiffen seiner Verbündeten in den britischen Häfen Vorzugsrechte einräumen, vielleicht auch den deutschen Frachtschiffen dort das Laden und Löschen durch schikanöse Maßregeln beträchtlich erschweren wird. Es ist demnach nach dem Kriege mit einer großen Nachfrage auf dem Rohstoffmarkt, mit Preistreibereien und Spekulationen sogenannter Händlerringe zu rechnen, denen nur durch einen organisierten Einkauf und Transport zu begegnen ist.

Deshalb ist durchaus nötig, daß unter Leitung einer Zentralstelle fachkundige Rohstoffeinkaufs- und Vertriebs- bzw. Verteilungsgesellschaften gebildet werden, die unter staatliche Aufsicht die Rohstoffversorgung in die Hand nehmen, die Zuweisung an die einzelnen Industriebranchen regeln und die Preise festsetzen. Und zwar handelt es sich nicht darum, daß nur die Einfuhr und die Festsetzung der Einfuhr-Großpreise von diesen Rohstoffgesellschaften vorgenommen wird, der weitere Vertrieb aber dann dem Zwischenhandel überlassen bleibt, denn dann würde, da sich der weitere Umlaufs- und Verteilungsprozeß kaum kontrollieren ließe, einfach im Zwischenhandel die Preistreiberei einsetzen, wie wir das während der Kriegsjahre bei so manchen Produkten gesehen haben, für die zunächst nur sogenannte „Erzeugerpreise" festgesetzt wurden. Die Verteilungsregelung muß sich bis auf die einzelnen die betreffenden Rohstoffe verarbeitenden Fabriken erstrecken. Der Kaufmann soll nicht ausgeschaltet, seine Fachkenntnis nicht brachgelegt und Einkauf und Vertrieb nicht Beamten übertragen werden, die dazu nicht die nötigen Vorkenntnisse besitzen. Die reine Geschäftsführung mag in der Hand kaufmännischer Einkaufs- und Verteilungsorganisationen liegen, aber die Oberleitung und Oberaufsicht ist Sache der Staatsverwaltung. Der Kaufmann soll gewissermaßen nur als fachmännischer Agent des Staates fungieren. Vielfach könnte an die jetzige Organisation der Kriegsrohstoffabteilung angeknüpft werden.

Nach welchem Verteilungsmaßstab verfahren werden muß, läßt sich natürlich nicht im voraus bestimmen; denn er richtet sich nach der Einfuhrmasse, nach der Wichtigkeit der industriellen Unterbranchen für die nationale Wirtschaftsgestaltung und nach der Leistungsfähigkeit der einzelnen Fabriken. Völlig verkehrt scheint aber der vielfach von kleinindustriellen Kreisen aufgestellte Grund-

satz, es käme für die Verteilung die Leistungsfähigkeit vor dem Kriege, nicht die zur Zeit des Friedensschlusses in Betracht. Mit vergangenen Faktoren läßt sich nicht rechnen, und überdies soll die Rohstoffverteilung kein Mittel sein, den in der Kriegszeit zurückgegangenen Unternehmungen wieder aufzuhelfen und ihren Besitzern die Wiedererlangung früherer Gewinnraten zu sichern, sondern das Ziel ist die möglichst schnelle Wiedererstarkung der deutschen Industrie.

Ebensowenig kann ein Anrecht der verschiedenen Industriezweige darauf anerkannt werden, gleichzeitig und gleichmäßig mit den fehlenden Rohstoffen versorgt zu werden. Die Versorgung muß nach einem vorher aufgestellten Wirtschaftsplan erfolgen. Zunächst gilt es, die Landwirtschaft, das Verkehrswesen und jene Zweige der Nahrungsindustrie, die notwendige Nahrungsmittel herstellen, also der Ernährung dienen, wieder flott zu machen. Dann folgen die Industriezweige, die der Gesamtindustrie gewisse von dieser nicht zu entbehrende Grundstoffe liefern, wie der Bergbau und die Hüttenindustrie, darauf jene, die die anderen Industriezweige mit bestimmten nötigen Produktionsmitteln versorgen müssen, wenn diese ihre Tätigkeit wieder voll aufnehmen sollen, also jene Branchen, die den anderen Arbeitsgeräte, Maschinen, Arbeitsräume usw. stellen, ferner jene Industrien, die befähigt sind, alsbald nach Friedensschluß wieder einen starken Export aufzunehmen und verlorene ausländische Absatzmärkte zurückzugewinnen. Das Verlangen der Unternehmer, ihnen allen gleicherweise Gelegenheit zum „Verdienen" zu geben, ist von ihrem Standpunkt aus begreiflich; volkswirtschaftlich aber handelt es sich, wie schon gesagt, darum, möglichst schnell ohne Erschütterung das Wirtschaftsgetriebe wieder in Bewegung zu setzen, und von diesem Gesichtspunkt aus ist es z. B. weit wichtiger, daß zunächst die Lederindustrie Häute und Leder, die Textilindustrie Baumwolle, Flachs und Hanf erhält, als daß die Pelzwarenindustrie mit teueren Fellen, die Putzindustrie mit ausländischen Vogelbälgen und Federn versorgt wird. —

4. Lebensmittelbeschaffung nach dem Kriege.

Nach denselben Grundsätzen muß die Einfuhr der Nahrungsmittel, der Futtermittel und der fremden Fabrikate geregelt und unter staatlicher Aufsicht kaufmännischen Einkaufs- und Vertriebsorganisationen übertragen werden. Bliebe die Einfuhr dem Belieben des Handels überlassen, so würde bald der deutsche Markt mit allerlei teueren Luxusartikeln überschwemmt sein, während es vielfach an den billigsten Lebensmitteln fehlen würde, da ihre Einfuhr geringeren Gewinn abwirft. Zudem wäre es ein volkswirtschaftlicher Verlust, wenn die während des Krieges entstandene Fabrikation von Ersatzmitteln ohne weiteres bei Seite geschoben und ferner durch eine enorme Steigerung der deutschen Einfuhr ohne entsprechende Hebung der Ausfuhr der Stand der deutschen Valuta noch weiter herabgedrückt würde.

Auch im neutralen Auslande haben die Preise der Lebensmittel bereits eine recht erhebliche Steigerung erfahren. Eine sofort nach dem Kriege einsetzende Massenausfuhr nach Deutschland und den übrigen kriegführenden Ländern würde sie noch mehr in die Höhe treiben. Die Folge wäre entweder ein verschärftes Verbot der Ausfuhr von seiten der fremden Regierungen, das uns die ausländischen Einkaufsmärkte wieder verschließen würde, oder aber ein starker Geldabfluß ins Ausland, also eine weitere Verschlechterung des deutschen Zahlungsausgleichs und dementsprechend eine noch stärkere Entwertung der deutschen Währung, der dann ein noch stärkeres Anziehen der Preise für ausländische Produkte auf dem deutschen Inlandsmarkt folgen würde.

Soll wieder ein günstigeres Verhältnis der deutschen Valuta zu den fremden Währungen hergestellt und sollen die Lebensmittelpreise auf dem einheimischen Markt innerhalb mäßiger Grenzen gehalten werden, so ist nötig, daß vorerst die Rationierung des Verbrauchs unter Festsetzung von Höchstpreisen für manche Artikel bestehen bleibt; nur muß für gewisse notwendige Lebensmittel, wie Brot, Fleisch, Butter, Eier, Käse, Oel usw. die Ration erhöht werden. Lediglich notwendige, schwer entbehrliche Lebens- und Genußmittel dürfen zunächst, soweit die eigene mit neuen vermehrten Arbeitskräften versehene Landwirtschaft den Bedarf nicht zu decken vermag, in größerer Menge eingeführt werden. Der Import teuerer Delikatessen und industrieller Luxusartikel ist auch weiterhin vorerst aufs äußerste zu beschränken. Gleichzeitig ist die Ausfuhr nach dem Auslande möglichst zu begünstigen und planmäßig zu fördern, selbstverständlich nicht die Ausfuhr solcher Produkte, die Deutschland noch in der ersten Zeit nach dem Kriege für die Ernährung seiner Bevölkerung oder den Wiederaufbau seiner Industrie selbst dringend gebraucht, sondern jener Artikel, die es im Ueberfluß erzeugt und bezüglich derer es teilweise sogar eine Art Monopol besitzt. Dazu zählen vornehmlich Kohle und Eisen, die nach dem Kriege fast überall in Europa dringend begehrt werden dürften, ferner Eisen- und Stahlwaren, Arbeitsinstrumente, Maschinen, optische Artikel, Farbwaren und andere chemische Fabrikate, Kalisalze usw. Wie für die Einfuhr müssen auch für diese Ausfuhr kaufmännische Exportorganisationen unter staatlicher Kontrolle eingerichtet werden.

Bedingung solcher Beschränkung der Nahrungs- und Genußmittel muß jedoch sein, daß die Erzeugung der deutschen Landwirtschaft möglichst gesteigert wird. Sobald die Entlassung der aus dem Felde Zurückkehrenden erfolgt, ist deshalb nötig, daß in erster Reihe jene Einberufenen entlassen werden, die vor dem Kriege in der Landwirtschaft beschäftigt waren und die Verpflichtung übernehmen, zunächst wieder darin tätig sein zu wollen. Ferner müssen die landwirtschaftlichen Betriebe baldigst einen Teil der Militärpferde für die Ackerarbeit zurückerhalten, Futtermittel aus dem Auslande eingeführt und Kunstdünger herangeschafft werden, doch nicht, damit die Landwirte unter Benutzung dieser Begünstigungen die durch die Zurückhaltung der Einfuhr bestehenbleibende Knappheit der Lebensmittel nun dazu benutzen, die Preise der Agrarprodukte auf dem jetzigen Stand zu halten oder noch über diesen hinauszutreiben. Durch geeignete Maßnahme- nötigenfe"s durch Zwang, muß darauf hingewirkt werden, daß die Getreideerzeugung sowie, unter Einschränkung der Viehmast, die Milcherzeugung wesentlich erhöht wird. Erforderlich ist daher, daß das Ernährungsamt und die Reichsgetreidestelle weiter funktionieren, ferner, daß zunächst nach dem Kriege sowohl die Festsetzung von Höchstpreisen, wie auch die Brot- und Mehlrationierung erhalten bleibt.

5. Hebung des Tiefstandes der deutschen Valuta.

Nur dadurch, daß zunächst die Einfuhr aller notwendigen teuren Genußmittel und Luxusartikel verhindert, dagegen aber die Ausfuhr jener deutschen Bergbauprodukte und Industriewaren, nach denen auf den auswärtigen Absatzmärkten rege Nachfrage herrscht, möglichst gefördert wird, kann die Entwertung der deutschen Valuta beseitigt und zwischen ihr und den fremden Währungen wieder ein normales Gleichgewicht hergestellt werden. Finanztechnische Maßnahmen allein genügen nicht, denn die Hauptursache der Valutaentwertung ist unsere durch den Krieg völlig verschobene Zahlungsbilanz. Die deutsche Warenhandelsbilanz ist bekanntlich seit langem stark passiv, das heißt die Wareneinfuhr überstieg die Ausfuhr; aber da

Deutschland jährlich aus dem Auslande beträchtliche Einkünfte an Schiffsfrachten, Agentenprovisionen, Handelsprofiten, Zinsen auf das im Ausland angelegte deutsche Kapital bezieht, wurde dadurch die Passivität reichlich ausgeglichen. Die Zahlungsbilanz war also aktiv. Diese Einkünfte haben aber infolge des Krieges fast völlig aufgehört und zugleich ist die Warenbilanz noch passiver geworden, denn Deutschland führt heute beträchtlich mehr ein als aus; auch muß die Einfuhr meist sofort bezahlt werden.

Hierzu kommt, daß unser Außenhandelsverkehr auf einer sehr engen Basis vor sich geht. Es steht uns nicht der Handel mit dem gesamten neutralen Ausland frei, sondern wir können die Waren, die wir erhalten, auch spanische, südamerikanische usw., nur über die skandinavischen Länder oder Holland beziehen, teilweise freilich auch über die Schweiz. Auf dieser schmalen Handelsverkehrsbasis findet heute unsere ganze Einfuhr statt. Daher sind für uns die Währungen dieser Länder, die früher sogenannte Nebenvaluten waren, zu Hauptvaluten geworden. Die natürliche Folge dieses Zustandes ist unter dem heutigen kapitalistischen Wirtschaftssystem, daß bei uns eine starke Nachfrage nach ausländischen Zahlungsmitteln in skandinavischer und holländischer Währung herrscht, während in diesen Ländern Forderungen in deutscher Währung massenhaft angeboten werden. Dadurch entsteht ein starker Druck auf die deutsche Valuta, die diese immer tiefer herabgedrückt hat, zumal heute der frühere Ausgleich durch die Arbitrage fehlt.

Sobald nach dem Kriege Deutschland wieder auf breiterer Basis mit dem Ausland in Handelsbeziehungen treten kann, und sein Wechselkurs nicht mehr bloß an einigen nebensächlichen Devisen, sondern wieder an den Weltdevisen gemessen wird, während andererseits England seine in der Kriegszeit enorm angehäuften Staats-, Bank- und Handelsschulden bezahlen muß, wird sich von selbst das Blatt wenden. Schon dann, wenn Friedensverhandlungen in sicherer Aussicht stehen, werden voraussichtlich die deutschen Wechselkurse an den fremden Börsen steigen. Doch kann auf diese allmähliche Erholung der deutschen Valuta nicht gewartet werden, wollen wir nicht fortgesetzt dem Ausland auf die von ihm bezogenen Waren einen hohen Aufschlag zahlen und große Geldverluste erleiden. Eine Zurückhaltung der Einfuhrmenge bei gleichzeitiger Förderung der Ausfuhr muß dem Prozeß des Aufstieges der deutschen Valuta nachhelfen. Außerdem müssen die deutschen Guthaben im Auslande zu einem wesentlichen Teil flüssig gemacht, in deutschen Händen befindliche fremde Wertpapiere nach dem Ausland abgestoßen und soweit das zu einigermaßen guten Bedingungen möglich sein sollte, kurzfristige Anleihen an den fremden Hauptbankplätzen aufgenommen werden. Mit anderen Worten, Deutschland muß versuchen, die Waren, die es nach dem Kriege hereinholt, vorerst möglichst mit zinstragenden Titeln zu bezahlen.

Auch durch Inanspruchnahme des Waren- und Wechselkredits, vielleicht unter Uebernahme der Zahlungsgarantie durch deutsche Bankkonsortien oder auch nötigenfalls durch den Staat ließe sich der Gesundungsprozeß der deutschen Valuta wesentlich beschleunigen. Schon während der Kriegszeit haben vielfach die Banken, besonders freilich die Banken der neutralen Länder, eine gewisse Vermittlerrolle im Import- und Exportgeschäft übernommen, indem sie dem Verkäufer gegenüber eine gewisse Haftung für die richtige Auszahlung der Warenbeträge, dem Käufer gegenüber für den richtigen Eingang der gekauften Ware übernahmen.

Welche Maßnahmen im einzeln den Vorzug verdienen, läßt sich nicht im voraus bestimmen. Wir wissen heute noch nicht, wie die Wirtschaftslage am Ende des Krieges sein wird, welchen Einfluß die Wiedereröffnung des Weltmarktes auf das Verhältnis der Wechselkurse zueinander ausüben und welcher

Art die Friedensbedingungen sein werden. Erhielte z. B. Deutschland auch nur eine verhältnismäßig geringe Kriegsentschädigung in Geld, so würde das beträchtlich zur Besserung des deutschen Valutastandes beitragen. Jedenfalls aber können die genannten Maßnahmen nicht in das Belieben der einzelnen Banken und Firmen gestellt werden. Auch sie können nur zu dem erstrebten Ziel führen, wenn sie planmäßig und einheitlich unter Staatskontrolle durchgeführt werden.

6. Wiederherstellung der deutschen Handelsflotte.

Eine der wichtigsten Vorbedingungen für die Wiederbelebung des deutschen Wirtschaftskörpers ist die ausreichende Leistungsfähigkeit der deutschen Handelsflotte. Die große Nachfrage nach Waren aller Art, die unzweifelhaft sofort nach Friedensschluß in allen Ländern Europas einsetzen wird, erfordert einen wesentlich größeren Schiffsraum, als vor dem Kriege vorhanden war. Diesem Erfordernis steht aber ein wesentlich verringerter Tonnengehalt gegenüber. Vor dem Kriege belief sich der Gesamtraumgehalt der Welthandelsflotte auf fast 47 Millionen Brutto-Registertonnen (1 Bruttotonne gleich 100 Kubikfuß oder 2,83 Kubikmeter), darunter 23 897 Dampfer mit einem Raumgehalt von 43 079 177 Bruttoregistertonnen (gleich 26 517 029 Nettotonnen). Wie hoch sich jetzt die Gesamttonnage stellt, läßt sich nicht genau bestimmen, da weder zurzeit die Angaben von Lloyds Register noch die der kriegführenden Mächte zuverlässig sind. Ungefähr dürfte jetzt, wenn man die Neubauten mitrechnet, der Brutto-Raumgehalt um 10 Proz. abgenommen haben. Der Rückgang der Leistungsfähigkeit ist aber beträchtlich größer, denn unter dem heutigen Schiffsbestand finden sich viele alte Kästen, die unter normalen Umständen längst ausrangiert wären. Zudem ist ein großer Teil der Handelsflotte der Entente für militärische Zwecke requiriert und im Laufe der drei Kriegsjahre dermaßen beschädigt worden, daß er nach Friedensschluß dringend gründlicher Reparaturen bedarf, also gedockt und überholt werden muß.

Und ferner ergibt sich, wenn man die Angaben der englischen Fachpresse verfolgt, das seltsame Resultat, daß England (und noch mehr gilt das von seinen Kolonien) in den beiden letzten Jahren, um möglichst schnell die Schiffsverluste zu ersetzen, weit mehr kleine, weniger leistungsfähige Schiffe gebaut hat, als große. So sind nach diesen Angaben z. B. im Jahre 1916 in England 412 Schiffe mit einem Gehalt von 582 305 Bruttotonnen gebaut worden, also durchschnittlich Schiffe von 1400 Tonnen. Schiffe unter 2000 Bruttotonnen können aber im großen atlantischen Dienst kaum als wirklich leistungsfähig gelten.

Indes kommt für Deutschland dieser Rückgang der Welthandelstonnage nicht so sehr in Betracht als sein eigener Verlust; denn auf die Unterstützung der englischen, französischen und selbst der norwegischen Handelsmarine wird Deutschland kaum rechnen können. Seine Handelsflotte wird die ihr gestellte große Aufgabe selbst lösen müssen. Die deutsche Handelsmarine aber hat unter dem Kriege trotz der vielen Neubauten sehr gelitten (über 2 Millionen Bruttotonnen sind vernichtet oder in Feindeshand gefallen), weit mehr als im Durchschnitt die Welttonnage, und überdies bedarf der über 1 Million Bruttotonnen betragende Teil, der während des Krieges in neutralen Häfen Unterschlupf gefunden hat, ebenfalls dringend der Reparatur. Es ist deshalb nötig, daß trotz der Steigerung der Kosten des Schiffbaues um das Zweieinhalbfache, teilweise um das Dreifache, die deutsche Handelsflotte in den Stand gesetzt wird, die Aufgaben, die ihrer nach dem Kriege harren, zu lösen, und da infolge ihrer enormen Verluste die Reedereien dazu nicht im Stande sind, so muß daß Reich einspringen und Ent-

schädigungen gewähren sowie gegen mäßige Zinsen die erforderlichen Wiederaufbaukosten vorstrecken. Mag man in normalen Friedenszeiten über Schiffssubventionen denken wie man will, hier handelt es sich nicht um irgendwelche Geschenke oder Vergütungen an Reeder und Aktionäre, auch nicht um bloße Rechtsfragen, sondern um eine Frage der deutschen Volkswirtschaft, von deren Lösung nicht nur die Lebensmöglichkeit der mehr als 250 000 Seeleute, Hafen- und Kaiarbeiter usw. abhängt, sondern auch die Neuumschaltung und Wiedererstarkung unseres Wirtschaftslebens nach dem Kriege, und damit das Wohl des größten Teils unserer gesamten Industriearbeiterschaft. Wichtiger noch als der Wiederaufbau der in einzelnen Landesteilen, z. B. in Ostpreußen, zerstörten Ortschaften ist der möglichst schnelle Wiederaufbau der deutschen Handelsmarine. Dort handelt es sich in der Hauptsache nur um lokale Schäden, hier um einen das ganze deutsche Wirtschaftsgetriebe in seiner Entwickelung schwer hemmenden Verlust. Bereits im Mai 1916 hat denn auch der Reichstag fast einstimmig den Beschluß gefaßt:

„Unverzüglich im Zusammenwirken mit dem Kriegsausschuß den deutschen Reedereien alle zur Erhaltung und Vermehrung des Bestandes von deutschen Handelsschiffen für Binnen-, Küsten- und Ueberseeverkehr geeigneten Maßnahmen zu ergreifen, insbesondere den deutschen Reedereien den Bau von Handelsschiffen durch Bereitstellung ausreichender Geldmittel zu erleichtern."

Der Beschluß war gut gemeint, genügte aber nicht, da er, genau genommen, sich nur für die Gewährung von Schiffbaudarlehen aus Reichsmitteln ausspricht; die Frage der Entschädigung der Seeleute wie der Schiffsbesitzer aber unberührt läßt. Inzwischen ist bekanntlich dem Reichstag ein Gesetzentwurf zugegangen, der vorläufig die Gewährung von „Beihilfen" zur Beschaffung von Ersatz für die durch kriegerische Ereignisse verlorengegangenen oder beschädigten Schiffe sowie ferner zur Deckung der Ausgaben für Instandhaltung der in außerdeutschen Häfen zurückgehaltenen deutschen Handelsfahrzeuge und für den Unterhalt der Schiffsbesatzungen fordert. Ein Entschädigungsgesetz soll sofort nach dem Friedensschluß folgen.

Selbstverständlich müssen die Reeder, die Entschädigungen und Schiffbaudarlehen erhalten, dafür die Verpflichtung übernehmen, die empfangenen Summen nicht ausschließlich in ihren besonderen Interessen zu benutzen. Gibt das Reich große Mittel her, muß es auch verlangen, daß diese in einer Weise verwandt werden, die dem wirtschaftlichen Volksinteresse entspricht. Den Reedern muß daher die Pflicht auferlegt werden, die in fremden Hafenplätzen zurückgehaltenen Schiffsbesatzungen angemessen zu entschädigen sowie gewisse Forderungen der Seeleute in bezug auf Wiedereinstellung, Anerkennung der Organisation usw. zu erfüllen; ferner sind in erster Linie Frachtdampfer bestimmter Typen zu bauen, und diese Frachtschiffe auf Anweisung des Reichskommissariats für Uebergangswirtschaft auch in solche Fahrten einzustellen, die zwar nicht hohe Frachtgewinne eintragen, aber zur Heranschaffung notwendiger Rohstoffe und Lebensmittel nötig sind. Kurz, es muß der Staat ein gewisses Verfügungsrecht über den Frachtdienst erhalten. Teilweise ist diese Forderung bereits durch die am 10. Juli d. J. in Kraft getretene Verfügungsbeschränkung des Bundesrats erfüllt, derzufolge alle nach dem 1. Dezember 1918 abgeschlossenen Miet- und Frachtverträge über die Beförderung von Gütern durch deutsche Kauffahrteischiffe mit einem Bruttoraumgehalt von mehr als 500 Registertonnen beim Friedensschluß ihre Wirksamkeit verlieren. Zugleich wird dem Reichskommissar

für Uebergangswirtschaft das Recht erteilt, für die Linienschiffahrt Höchstgrenzen festzusetzen, bis zu welchen bestimmte Warengattungen geladen werden dürfen. Ferner kann er verfügen, daß zur Beförderung nötig gebrauchter Güter ein Teil der Schiffe reserviert bleibt.

Am besten wäre, wenn zum Zweck der Mitbestimmung des Reichskommissariats die Schiffahrtsunternehmungen zu einem unter Aufsicht des Staates stehenden Syndikat vereinigt würden, zumal sich ohnehin bereits zwischen den größeren Schiffahrtsgesellschaften während der Kriegszeit eine Koalition vollzogen hat und ziemlich sicher damit zu rechnen ist, daß sich alsbald nach dem Friedensschluß eine Interessengemeinschaft herausbildet, die dann ihre besonderen Gewinninteressen in den Vordergrund schiebt. Bei einem solchen Syndikat unter Staatsaufsicht könnte zudem die Regierung, falls die Frachtraten nach dem Kriege in übertriebenem Maße steigen, nicht nur hemmend einwirken, sondern auch leicht eine gewisse Gewinnbeteiligung durchführen.

7. Unterbringung der heimkehrenden Kämpfer in Industrie- und Handelsbetrieben.

Besonders schwierig ist die Frage, nach welchen Grundsätzen bei der Entlassung der zur Fahne Einberufenen verfahren werden soll. Werden sie einfach nach militärischen Gesichtspunkten ohne Rücksicht auf die Lage der Industrie und des Arbeitsmarktes entlassen, so würde, da sich zunächst die Industrie erst den veränderten Produktionsbedingungen anpassen muß, die unausbleibliche Folge eine plötzliche Ueberfüllung des Arbeitsmarktes, Lohndrückerei und in manchen Industrie- und Handelszweigen eine allgemeine Arbeitslosigkeit sein. Die aus dem Felddienst heimkehrenden Arbeiter gerieten sofort in die traurigste Lage. So unangenehm das vielen sein mag, darf daher im eigenen Interesse der Arbeiterschaft die Entlassung der Truppen nur nach und nach unter Berücksichtigung der Arbeitsgelegenheit erfolgen. Zuerst sind die landwirtschaftlichen Arbeiter, die zweifellos am leichtesten Unterkunft in ihrem Arbeitszweig finden werden, zu entlassen, dann die, die bisher im Verkehrswesen, Bergbau und der Hüttenindustrie beschäftigt waren sowie ferner die Arbeiter jener Gewerbezweige, die nach dem Kriege ihre frühere Tätigkeit sofort wieder in größerem Umfange aufzunehmen vermögen.

Häufig wird in den Erörterungen über die Uebergangszeit die Forderung gestellt, daß jeder Arbeiter, der die Bescheinigung irgendeines Unternehmers über seine Arbeitsanstellung beizubringen vermöge, sofort aus dem Militärdienst entlassen werden solle. Ganz abgesehen davon, daß es in solchem Falle an Gefälligkeitsbescheinigungen nicht fehlen würde, ist diese Forderung schon aus dem Grunde haltlos, weil der einzelne Unternehmer weder zu beurteilen vermag, wie sich nach dem Kriege die allgemeine Lage der Industrie, noch wie sich der Arbeitsmarkt gestalten wird. Die Feststellung, welche Arbeitskräfte gebraucht werden, kann nur durch örtliche und provinziale unter Leitung staatlicher Arbeitszentralen stehende Wirtschafts- oder Arbeitsämter getroffen werden, zu denen sowohl Vertreter der Unternehmerschaft als der gewerkschaftlichen Arbeiterorganisationen hinzugezogen werden müssen. Diese Aemter hätten auch die Arbeitsvermittelung zu übernehmen und sich mit der Militärbehörde über die Entlassungen zu verständigen. Dabei kann immerhin, soweit Arbeit vorhanden ist, den einzelnen Unternehmern überlassen bleiben, die freien Arbeitsstellen möglichst wieder mit Kräften zu besetzen, die früher bereits bei ihnen in Arbeit gestanden haben. Die Arbeiter, die nicht ein Unter-

kommen in Privatbetrieben fänden, müßten vorläufig mit Staats- und Gemeindearbeiten, z. B. bei öffentlichen Bauten, beim Eisenbahn- und Straßenbau, bei Aufforstungen und Kanalanlagen, in den Eisenbahnwerkstätten usw., beschäftigt werden.

Ohne einen gewissen Zwang wird sich diese Unterbringung der Heimkehrenden kaum durchführen lassen. Soll aber nicht die Folge der massenhaften Truppenentlassungen eine die Arbeiterschaft schwer schädigende allgemeine Arbeitslosigkeit sein, dann muß auch die Placierung der Arbeiter in passenden Arbeitsstellen planmäßig organisiert werden, bis sich wieder normale Verhältnisse herausgebildet haben. Solche Organisation wird um so nötiger sein, als voraussichtlich ohnehin die Löhne schneller fallen werden als die meisten Lebensmittelpreise, vornehmlich die Preise für Brot und Fleisch; denn die Vorräte dieser Lebensmittel sind in fast allen Kulturstaaten recht knapp geworden, und es ist keine Aussicht vorhanden, daß sie sich bald nach dem Kriegsende erheblich vermehren werden, da der Krieg große Landstriche verwüstet hat. Zudem hat in einigen Ländern, vor allem in der nordamerikanischen Union und in Kanada, sich unter dem Einfluß der Kriegswirkungen eine starke Industrialisierung des Wirtschaftslebens auf Kosten der landwirtschaftlichen Produktion vollzogen.

8. Beteiligung der Arbeiterschaft an der Uebergangsorganisation.

Es ergeben sich demnach für die Uebergangszeit eine Reihe bestimmter wirtschaftlich-organisatorischer Forderungen, deren Erfüllung im dringendsten Interesse der Arbeiterschaft liegt, da gerade sie der Ausbruch einer das ganze Wirtschaftsleben erschütternden Uebergangskrise am schwersten treffen würde. Wie in allen Einzelheiten die Uebergangsorganisation beschaffen sein muß, läßt sich heute um so weniger bestimmen, als noch gar nicht feststeht, wie der Krieg enden wird, wie am Friedensschluß die Wirtschaftslage Deutschlands, seiner Verbündeten und der gegnerischen Mächte beschaffen sein wird, welche wirtschaftliche Vereinbarungen in die Friedensbedingungen Aufnahme finden werden und inwieweit der wirtschaftliche Krieg über den formellen Friedensschluß fortgesetzt wird. Jedenfalls aber muß sowohl im Beirat des Reichskommissariats für die Uebergangswirtschaft, wie in den Leitungszentralen und den einzelnen Wirtschafts- bzw. Arbeitsämtern auch die deutsche Arbeiterschaft eine entsprechende Vertretung finden, und zwar nicht nur insoweit, als reine Arbeiterfragen in Betracht kommen, sondern was die ganze organisatorische Umschaltung des Wirtschaftsgetriebes anbetrifft. Die Maßnahmen der Uebergangszeit sind keine Spezialangelegenheit der Unternehmerschaft und der staatlichen Verwaltungsbureaukratie, sondern eine Angelegenheit aller Erwerbsschichten des deutschen Volkes.

Als nach der Ernennung des Reichskommissars die Gewerkschaften in einer Eingabe um eine Vertretung im Beirat und um die Hinzuziehung sachverständiger Personen aus Gewerkschaftskreisen als Mitarbeiter ersuchten, erhielten sie zur Antwort, das Reichskommissariat sei erst im Aufbau begriffen; über die Heranziehung von Vertretern der Arbeiter könne erst entschieden werden, wenn die Arbeiterfragen in Angriff genommen würden. Demnach scheint es, als sollten die Arbeiter nur über direkte Arbeiterfragen mitsprechen dürfen. Wenn inzwischen die Leitung des Reichskommissariats noch nicht zu einer besseren Einsicht gelangt ist, wird die sozialdemokratische Reichstagsfraktion im Zusammenarbeiten mit den Gewerkschaften die nötigen Schritte unternehmen müssen, der Arbeiterschaft eine entsprechende Vertretung in den Uebergangsorganisationen zu sichern.

9. Fortschritte der industriellen Konzentration.

Die planmäßige Ueberleitung der jetzigen Kriegswirtschaft in die Friedenswirtschaft ist das dringendste Problem der Wirtschaftspolitik; doch ergeben sich aus der veränderten Wirtschaftsgestaltung noch verschiedene andere schwierige Aufgaben, denn wenn der Krieg einerseits wirtschaftliche Kräfte brach gelegt, zum Teil zerstört hat, so hat er andererseits auch manche neuen Kräfte geweckt. Er hat die Tätigkeit in den deutschen Laboratorien und Versuchswerkstätten, das Trachten nach der Ersetzung alter Produktionsverfahren durch neue billigere, nicht zum Stillstand gebracht, sondern mannigfach gefördert, wenn auch oft in einseitiger Richtung. Die Aufgabe, für die zurzeit nicht heranzuholenden Roh- und Hilfsstoffe Ersatz zu schaffen, vorhandene Hilfsmittel rationeller und gründlicher auszunützen, die Produktionsmethoden den durch den Krieg gestellten Anforderungen anzupassen, hat bereits eine lange Reihe der verschiedenartigsten technischen Erfindungen und Verbesserungen hervorgerufen. Erwähnt sei hier nur die Gewinnung von Stickstoff aus der Luft, die Ersetzung von Wolfram und Manganerzen durch verschiedenartige Gemische, die technischen Fortschritte in der Gewinnung und Verwendung sogenannter Nebenprodukte der Kohlenindustrie, wie z. B. des Benzols, das heute größtenteils das aus Petroleum gewonnene Benzin ersetzen muß, des Kohlenteers, des Gases, der Schwefelsäure usw.

Meist wird die technische Entwickelung der Flugschiffstechnik oder der Schiffbaukunst, die der Krieg gezeitigt hat, als Besonderheit deutscher technischer Leistungsfähigkeit betrachtet. Das ist jedoch nicht ganz richtig. Der Fortschritt der Schiffbaukunst ist nur ein besonders anschauliches Beispiel des technischen Entwickelungsprozesses, wie er sich während der Kriegszeit vollzogen hat. Auch auf anderen Gebieten sind ähnliche technische Umwälzungen erfolgt; nur sind sie aus begreiflichen Gründen in dem breiten Publikum weniger bekannt geworden und haben vorerst in der nicht für den Kriegsbedarf arbeitenden, zusammengeschrumpften privaten Industrie noch nicht allgemeine Anwendung gefunden.

Außerdem hat die Kriegszeit in manchen Gewerben, vornehmlich in der Stahlindustrie, da bei den hergestellten Schußwaffen und Geschossen auf eine gewisse Genauigkeit und Präzision gehalten werden mußte, den Fortschritt zur Qualitätsarbeit wesentlich gefördert und viele Unternehmungen gezwungen, eine Schule modernet Massenfabrikation durchzumachen, so daß sie bereits heute fabrikationstechnisch weit mehr auf intensive Massenleistungen zugeschnitten sind als vor dem Kriege. Bei den Heereslieferungen handelte es sich eben meist um große Massenaufträge unter Beschränkung auf bestimmte Spezialartikel. Das Vielerlei der Bestellungen und der Fabrikation hörte auf. Sollte die gegebene Lage möglichst gewinnbringend ausgenutzt werden, so ließ sich das nur durch den Versuch erreichen, das Produktionsverfahren möglichst einheitlich und einfach zu gestalten und doch auf die zurzeit erreichbare höchste Stufe zu heben, zumal die Rohmaterialien wie die Löhne immer mehr stiegen.

Deutschland wird daher nach dem Kriege oder vielmehr nach der Ueberwindung der dem Kriege folgenden Uebergangszeit eine ganz andere technische Stellung einnehmen als vor dem Kriege. Das sogen. amerikanische Produktionssystem, das heißt die Massenerzeugung auf Vorrat für den großen Markt, wird voraussichtlich auch in Deutschland weiteren Boden gewinnen. Schon das Bedürfnis, die vergrößerten Betriebsanlagen besser auszunutzen und aus Konkurrenzrücksichten die Massenproduktion zu forcieren, wird dazu zwingen. Bisher spielte selbst in der deutschen Großindustrie die Fabrikation auf Bestellung, die „Kundenarbeit", noch immer eine beträchtliche

Rolle. Der Fabrikant fertigte meist nur bestimmte billigere Arten und Muster seiner Artikel auf Vorrat, die anderen Arten wurden erst angefertigt, wenn darauf von den Agenten und Reisenden Bestellungen einliefen.

Zugleich mit dieser technischen Entwickelung hat in der Industrie eine beschleunigte Betriebskonzentration, eine Vereinigung bisher selbständiger Betriebe zu großen Massenbetrieben eingesetzt, sei es vermittelst Ankaufs kleiner Betriebe durch größere, durch Verbindung mehrerer Einzelbetriebe zu sogen. Interessengemeinschaften oder durch Angliederung von Hilfsbetrieben an große Hauptbetriebe. Wer den Handelsteil der Presse verfolgt, stößt immer wieder auf Meldungen über neue Angliederungen, Fusionen, Konzerne, Kombinationen usw.; und doch steckt diese Bewegung noch in den Anfängen. Sie ist nur ein Vorspiel der Konzentrations- und der Kartellierungsbestrebungen, die höchstwahrscheinlich die Jahre nach dem Kriege uns bescheren werden.

Ganz falsch ist es, diese Bewegung allein aus dem bloßen Streben der Industriellen nach höherem Profit zu erklären. Die Konzentrations- wie die Kartellierungsbestrebungen entspringen starken wirtschaftlichen Bedürfnissen. Oft treibt die Erkenntnis, der Konkurrenz der großen Betriebe nicht mehr gewachsen zu sein, die kleineren und mittleren zum Zusammenschluß oder zum Anschluß an einen konkurrenzfähigen Großbetrieb oder aber es fehlt den kleineren an den nötigen Mitteln, jene neuen technischen Anlagen vorzunehmen, die nötig geworden sind. Dann wieder führt die Erfahrung zur Fusionierung, wie vorteilhaft es für einen Betrieb ist, wenn er nicht, wie das während des Krieges nur zu oft der Fall war, in dem Bezug von Rohmaterialien und Halbfabrikaten von den wechselnden Marktverhältnissen oder dem Belieben anderer Unternehmungen abhängt, sondern mit Werken verbunden ist, die ihn jederzeit mit den nötigen Roh- und Hilfsstoffen versorgen. Das gilt namentlich von der Stahl- und Maschinenindustrie; während bei der Kohlenindustrie, in der die Gewinnung der sogen. Nebenprodukte, wie Benzol, Kohlenteer, Gas, Gaskoks, Superphosphat usw., eine immer größere Bedeutung gewonnen hat, der Umstand wesentlich mitspricht, daß manche dieser Nebenprodukte sich nur dann nutzbringend verwerten lassen, wenn der Bergwerksbetrieb mit entsprechenden Nebenanlagen verbunden ist. Erst das Hand-in-Hand-Arbeiten mit diesen sichert eine profitable Ausnutzung.

Das zum Ankauf und zur Fusionierung nötige Kapital aber hat der Krieg den großen Unternehmungen, vornehmlich den für den Heeresbedarf arbeitenden, in weitestem Umfange geliefert. Größtenteils haben sie abnorme Gewinne erzielt und diese außer zu Betriebsvergrößerungen vielfach zur Anhäufung offener und versteckter Reserven verwandt, so daß sie zur Ausführung ihrer Angliederungs- und Verschmelzungspläne der Hilfe der Banken nicht bedürfen. Tatsache ist denn auch, daß die in den letzten anderthalb Jahren zur Durchführung gelangten Fusionsprojekte — als Beispiel sei nur der Zusammenschluß der großen Farbenfabriken erwähnt — im Gegensatz zu so manchen früheren Verschmelzungen, bei denen oft die Banken Paten gestanden haben, nicht aus der Bankfinanz, sondern aus den betreffenden Industriezweigen selbst hervorgegangen sind.

Zu diesen aus den veränderten Wirtschaftsverhältnissen entspringenden Motiven wird sich nach dem Kriege, wenn es gilt, die verlorengegangenen ausländischen Absatzmärkte zurückzugewinnen, wahrscheinlich noch ein weiterer starker Antrieb gesellen. Der Krieg hat auch in den feindlichen und neutralen Ländern einzelne Industriezweige wesentlich gefördert — so ist z. B. in England mit Hilfe der englischen Regierung eine keineswegs zu verachtende chemische Industrie entstanden — und ferner hat der fremde Handel die günstige Gelegenheit der fast völligen Abschneidung der deutschen Exportindustrie

von ihren ausländischen Absatzgebieten dazu benutzt, sich dort festzusetzen. Diese Exportmärkte müssen möglichst zurückerobert werden. In der verschärften Konkurrenz auf jenen Gebieten haben aber jene industriellen Betriebe die größte Aussicht, ihre Konkurrenten zu schlagen, die die größere Kapitalkraft besitzen und sich, wenn man so sagen darf, technisch am besten arrondiert haben. Ferner ist ein heftiger Wettkampf zwischen den einzelnen deutschen Werken selbst auf solchen ausländischen Märkten sicherlich das allerungeeignetste Mittel, der ausländischen Konkurrenz zu begegnen und die verlorene Position zurückzugewinnen. Das Interesse des Ausfuhrgeschäftes gebietet vielmehr den deutschen Konkurrenten die Verständigung über ihren Export, noch besser den gemeinschaftlich betriebenen Export. Daneben bietet solches gemeinsame Vorgehen den betreffenden Großbetrieben ein Mittel, die Verluste, die jener Konkurrenzkampf auf manchen der ausländischen Märkte mit sich bringen wird, dadurch auszugleichen, daß sie die Preise auf anderen, günstigeren fremden Absatzmärkten, besonders auf dem Inlandsmarkt, um so höher halten.

10. Privatmonopol und Staatsmonopol.

Es ist deshalb sicher nach dem Kriege mit einer Aera der industriellen Angliederungen und Verschmelzungen, der Kartellierungen und Vertrustungen, mit monopolistischen Wirtschaftsgebilden zu rechnen. Dieser Gefahr gegenüber ist es nötig, daß Deutschland nicht nur endlich ein Kartellgesetz erhält, daß die Kartelle und Syndikate der staatlichen Aufsicht unterstellt und sie zwingt, ihre Statuten, Abmachungen, Jahresabrechnungen usw. zu veröffentlichen, also der öffentlichen Kontrolle zu unterbreiten, sondern daß auch jene Industriezweige, in denen bereits das Privatmonopol zur Herrschaft gelangt ist, in den Staatsbetrieb übergeführt werden. Vor allem gilt das vom gesamten Bergbau (nicht nur von der Kohlenindustrie), ferner der Roheisen- und Rohstahlproduktion und der sogen. Rüstungsindustrie. — Die kapitalistische Entwickelung hat in diesen Industriezweigen der Verstaatlichungsmöglichkeit im weitesten Maße vorgearbeitet, indem sie einerseits die Kleinbetriebe mehr und mehr ausgeschaltet und nur verhältnismäßig wenige Großbetriebe — in manchen Fällen darf man von Riesenbetrieben sprechen — übriggelassen und indem sie andererseits diese Betriebe zu großen Kartellen, Syndikaten oder sogen. Interessengemeinschaften vereinigt hat, die die Selbständigkeit der einzelnen Betriebe ausgeschaltet und eine völlig monopolistische Stellung auf ihrem Absatzmarkt gewonnen haben. Die Frage lautet daher heute auch nicht mehr: „Staatsmonopol oder gar kein Monopol?" — sondern: „Staatsmonopol oder Privatmonopol?"

Wie im einzelnen das Staatsmonopol zu gestalten ist, hat sich natürlich nach der Eigenart der betreffenden Industriezweige, nach den in ihrer Organisation bereits gegebenen Vorbedingungen für die Ueberführung in den Staatsbetrieb, nach ihrer voraussichtlichen Rentabilität und den für die Verstaatlichung vorhandenen staatlichen Mitteln zu richten. Eine Verstaatlichung der Kohlenindustrie ist etwas anderes, als eine Verstaatlichung der Munitionsindustrie oder des Versicherungswesens. Im allgemeinen ist jedoch die Verstaatlichung der Produktion selbst, also das staatliche Produktionsmonopol, anzustreben; doch kann es immerhin aus bestimmten politischen und wirtschaftlichen Gründen zunächst für den Staat vorteilhafter sein, dort, wo sich feste Syndikate herausgebildet haben, diese lediglich unter seine Kontrolle zu stellen, den angeschlossenen Werken, wie bisher, die Produktion zu überlassen, ihnen aber die Produkte zu bestimmten mäßigen Preisen abzunehmen und nur den

Vertrieb in eigene Regie zu überführen, also nur Vertriebs-, Handels- oder Zwischenhandelsmonopole zu errichten.

Selbstverständlich ist, daß die Sozialdemokratie bei der Ueberführung privater Monopole in den Staatsbetrieb stets bestimmte wirtschaftspolitische und sozialpolitische Sicherungen verlangen muß. Dagegen haben allgemeine Bedenken gegen die Förderung des sogen. Staatssozialismus, wie sie vor dem Kriege immer wieder geltend gemacht wurden, heute noch weniger Berechtigung als damals; denn der weitere Entwickelungsfortschritt wird nicht in einem chaotischen Zusammensturz des kapitalistischen Wirtschaftssystems und der expropriativen Uebernahme der kapitalistischen Produktionsmittel durch das zur Staatsdiktatur gelangte Proletariat, sondern in der Herausbildung einer neuen, technisch und organisatorisch höherstehenden kapitalistischen Entwickelungsphase bestehen, mit der jedoch eine zunehmende Demokratisierung und Sozialisierung des Staates einhergeht, und zwar letztere vornehmlich durch Ueberführung immer weiterer Zweige der Privatwirtschaft in den Staatsbetrieb.

Eine vielleicht noch schnellere Konzentration und Monopolisierung als in der Industrie dürfte der Krieg im Bankgewerbe herbeiführen, wie denn auch die Bankfinanz in der kommenden Wirtschaftsperiode nach dem Kriege eine relativ noch weit größere Rolle spielen wird als vor dem Kriege. Zwar ist in der Verkuppelung der kleineren und mittleren Provinzbanken mit den großen Kreditbanken, den sogen. D-Banken, zunächst im Kriege ein Rückgang eingetreten; aber niemand, der die Vorgänge auf dem Bankmarkt und die Geschäftsberichte dieser Banken verfolgt hat, wird bestreiten wollen, daß auch in der abgelaufenen Kriegszeit die Großbanken wieder den Mittel- und Kleinbanken ansehnliche Stücke ihres Geschäftsterrains abgegraben haben. Dieser Prozeß wird sich noch weit schneller vollziehen, sobald nach dem Kriege sich das Deutsche Reich, die Einzelstaaten und Gemeinden zur Aufnahme größerer Anleihen gezwungen sehen werden und zugleich Industrie, Handel und Transportgewerbe zum Zweck des wirtschaftlichen Wiederaufbaues ihre Ansprüche an das Bankgewerbe erheben.

Auch diese Entwickelung erfordert eine Erweiterung der Staatsaufsicht und des Staatseinflusses auf die Banken, sei es durch Errichtung besonderer staatlicher Bankkommissariate, sei es durch weiteren Ausbau der Reichsbank und Vermehrung ihres Einflusses auf das private Bankgetriebe. Vor allem wird nach dem Kriege nötig sein, daß die Banken Anleihemittel für die einzelnen Bundesstaaten und Gemeinden beschaffen, den Kapitalexport möglichst einschränken, also sich an fremden Anleihen und Emissionen nur in besonderen Ausnahmefällen beteiligen, sowie ihrerseits in der Uebergangszeit fremde Werte vom deutschen Börsenmarkt fernzuhalten. Ebenso muß, damit nicht dem jetzigen Weltkriege ein ähnlicher Gründungsschwindel folgt wie dem Deutsch-Französischen Kriege von 1870/71, die spekulative Emission neuer Aktien und ihre Zulassung zum Börsenhandel zurückgehalten werden.

11. Die Gestaltung des Außenhandels nach dem Kriege.

Eine noch größere Umgestaltung als die Industrie hat der auswärtige Handel Deutschlands durch den Weltkrieg erfahren. Nur mit einigen wenigen angrenzenden neutralen Staaten treibt Deutschland heute noch Handel. Von seinen überseeischen Absatzmärkten ist es völlig abgeschnitten. Die deutsche Ausfuhr nach diesen aber war, wenn auch der Hauptexport nach europäischen Ländern ging, immerhin recht bedeutend. Die Ausfuhr nach Amerika hat z. B. im Jahre 1913 1547 Millionen Mark, nach Asien 548 Millionen Mark, nach

Afrika 211 Millionen Mark, nach Australien und Ozeanien 104 Millionen Mark betragen. Diese Absatzgebiete alsbald nach dem Kriege zurückzugewinnen, besteht wenig Aussicht. Selbst für den Handel mit Südamerika, zu dem die Hansestädte seit Jahrhunderten in alten, guten Handelsbeziehungen stehen, haben sich die Aussichten mit der Dauer des Krieges mehr und mehr verschlechtert. Die nordamerikanischen Kapitalisten haben mit Erfolg die Gelegenheit benutzt, ihren Handel nach Südamerika auszudehnen, vornehmlich aber haben sie einen beträchtlichen Teil des Bankgeschäfts in ihre Hände gebracht, wie denn auch fast alle nordamerikanischen Staaten Anleihen in New York aufgenommen haben.

Zudem kann es heute als ziemlich sicher gelten, daß mit dem formellen Friedensschluß der Wirtschaftskrieg mit England und seinen Kolonien nicht aufhören wird; vielleicht auch nicht mit den Vereinigten Staaten von Amerika und mit Frankreich, das während der Kriegszeit immer mehr zu einem wirtschaftlichen Vasallenstaat Englands geworden ist.

Aus der englischen Handelspresse geht mit ziemlicher Deutlichkeit hervor, daß man sich in den Handelskorporationen auf eine Fortsetzung des Wirtschaftskampfes gegen Deutschland nach dem Ende des Krieges vorbereitet. Die seit Jahrzehnten geplante „Reichsvereinigung" (Imperial Federation), das heißt die Vereinigung des englischen Mutterlandes mit seinen selbständigen Kolonien zu einer Art Wirtschafts- und Zollverband, ist im Werden begriffen und wird höchstwahrscheinlich alsbald nach dem Kriege zustande kommen, da dieses Projekt während des Krieges in Australien und Kanada noch mehr Anhänger gefunden hat als in England selbst. Das zur Untersuchung der zukünftigen Handelslage und ihrer Verbesserung eingesetzte englische „Komitee für die Handels- und Industriepolitik des Reiches" unter Balfours Leitung hat sich in seinem Bericht ganz offen für einen engeren wirtschaftspolitischen Zusammenschluß Englands mit seinen Kolonien und der gegenseitigen Gewährung von Vorzugszöllen ausgesprochen. Und ebenso hat Bonar Law in der Sitzung des Unterhauses vom 27. April dieses Jahres öffentlich verkündet, der britische Kriegsrat, dem damals auch die in London befindlichen Vertreter der großen überseeischen Besitzungen angehörten, hätte beschlossen, und zwar einstimmig, daß jeder Teil des Reiches dem Handel der anderen Teile künftighin besonders günstige Bedingungen und Erleichterungen gewähren solle.

Wie der geplante Reichszollverband schließlich aussehen wird, läßt sich natürlich noch nicht beurteilen. Nach den im genannten Komitee für die Handels- und Industriepolitik des britischen Reiches gemachten Vorschlägen, soll England den Kreis jener Waren, die bei ihrer Einfuhr in das Mutterland Abgaben und Zölle zahlen, wesentlich erweitern, also seinen Freihandel einschränken; diese Abgaben sollen aber nicht allen fremden Ländern gleichmäßig auferlegt, sondern den englischen Kolonien für ihre einheimischen Produkte gewisse Vorzugszölle und Einfuhrerleichterungen (zum Beispiel durch Differenzierung der Hafen- und Lagergebühren, Einführung besonderer Frachttarife für Kolonialgüter usw.) eingeräumt werden. Als Gegenleistung sollen dafür den englischen Industriewaren beim Eingang in die Kolonien von diesen besondere Vorzugszölle gewährt und gewisse Kolonialprodukte dem Export nach England vorbehalten bleiben.

Auch ohne eine derartige Zollvereinigung Englands mit seinen Kolonien würde Deutschlands Außenhandel nach dem Kriege einen schweren Stand gehabt haben, das während des Krieges verlorengegangene Terrain in Großbritannien und dessen Kolonien zurückzugewinnen, denn die feindliche Erregung der dortigen Handels- und Industriekreise ist mehr und mehr gestiegen, in Australien und Britisch-Nordamerika fast noch mehr als in England selbst; aber

das Zustandekommen der Imperial Federation würde diese Schwierigkeiten selbstverständlich noch ganz beträchtlich steigern. Für Deutschlands zukünftige Wirtschaftsentwicklung kommt das um so mehr in Betracht, als der Handel des Deutschen Reiches mit England und seinen Kolonien vor dem Kriege beinahe ein Fünftel der deutschen Gesamteinfuhr und mehr als ein Sechstel der Gesamtausfuhr betragen hat.

12. Aufgaben der Handelspolitik.

Durch diese engere handelspolitische Verbindung erhält zunächst die Kolonialfrage eine ganz andere Bedeutung als bisher; denn werden von den britischen Kolonien die fremden Länder in ihrem Warenbezug und Warenabsatz gegenüber England benachteiligt, so wird es zu einer wichtigen Aufgabe eines jeden industriellen Großstaates, sich durch Erwerbung eigener Kolonien möglichst den ungehinderten, billigen Bezug der zur Erhaltung und Ausdehnung seiner Industrie nötigen Rohstoffe zu sichern. Für Deutschland im Besonderen aber ergibt sich daraus die Aufgabe, für die drohende Einschränkung seines Außenhandels, vornehmlich aber seiner Warenausfuhr Ersatz zu suchen, zumal infolge des Krieges auch bei anderen Ententestaaten zunächst die Wiederanknüpfung der Handelsbeziehungen auf Widerstände stoßen wird. Mit der Forderung, Deutschland müsse beim Friedensschluß darauf dringen, daß in die Friedensverträge Meistbegünstigungsklauseln aufgenommen werden, ist die Sache nicht erledigt. Erstens kommt es nicht nur auf das „Müssen", sondern auch auf das „Können" an; zweitens sehen wir aus der Geschichte der Zollstreitigkeiten mit den Vereinigten Staaten, daß derartige Klauseln die Differenzierung der Zölle und Zollvergünstigungen nicht hindern. Soll Deutschland, wenn diesen Klauseln eine seinen Handel beeinträchtigende Deutung gegeben wird, dann in der schwierigen Handelslage, wie sie in den ersten Jahren nach dem Kriege vorhanden sein wird, gegen die betreffenden Staaten den Zollkrieg eröffnen? Hindern kann Deutschland, wenn England und seine Kolonien ernstlich gewillt sind, sich handelspolitisch enger zusammenzuschließen, diesen Zusammenschluß in keinem Falle.

Daraus ergibt sich, daß das Deutsche Reich anderswo Ersatz suchen muß, und zwar zunächst bei seinen jetzigen Verbündeten. Es muß danach trachten, mit Oesterreich-Ungarn, Bulgarien und mit der Türkei zu engeren Handels- und Zollverträgen zu gelangen, in denen diese Länder sich auf der Grundlage der Reziprozität gegenseitig gewisse Handels- und Zollvorteile zusichern. Doch vermögen diese Länder, mag sich immerhin Deutschlands Handelsverkehr mit ihnen noch beträchtlich vermehren lassen, keinen vollen Ersatz zu bieten. Im Jahre 1913 hat der Gesamthandelsverkehr (Einfuhr und Ausfuhr) Deutschlands mit Oesterreich-Ungarn nur 1032 Millionen Mark, mit Bulgarien 39 Millionen Mark, mit der Türkei 172 Millionen Mark betragen. Außer mit diesen Staaten muß daher Deutschland auch mit Rumänien und Rußland zu einer engeren Handelsverbindung zu kommen suchen. Rußlands Ein- und Ausfuhr, die sich 1912 insgesamt (ohne Finnland) auf 5812 Millionen Mark stellte, ist noch einer erheblichen Steigerung fähig, und zudem ist dieses Land in seiner Ausfuhr von Getreide, Fleisch, Federvieh, Butter, Eier, Oel, Hülsenfrüchten, Häuten, Fellen, Holz, Flachs und Hanf usw., wie andererseits in seinem Bezug von Eisenwaren, Arbeitsgeräten, Maschinen und Motoren, Leder und Lederwaren, chemischen Fabrikaten geradezu auf Deutschland angewiesen. In dem Jahrfünft vor dem Krieg hat denn auch Rußland trotz des ungünstigen Handelsvertrages mehr als 43 Proz. seiner ganzen Einfuhr aus Deutschland bezogen

und fast 39 Proz. seines ganzen Gesamtexports nach Deutschland ausgeführt. Dagegen gingen im gleichen Zeitraum von der russischen Ausfuhr nach England nur ungefähr 24 Proz., nach Frankreich 9 Proz., nach der nordamerikanischen Union 2 Proz., während an der russischen Einfuhr England mit 13, die Vereinigten Staaten mit 7, Frankreich mit 5 Proz. beteiligt waren.

Auch mit Dänemark, Schweden und Spanien lassen sich bessere Handelsbeziehungen herstellen.

Vorbedingung solcher Ausdehnung des Handelsverkehrs, besonders der Ausweitung der inneren Absatzmärkte jener Länder für deutsche Industriewaren, ist aber die Aenderung der bisherigen Zollpolitik. Es ist unmöglich, den Absatz deutscher Industrieartikel nach den genannten Staaten wesentlich zu heben, wenn diesen durch hohe deutsche Agrarzölle verwehrt wird, ihre Bodenprodukte, mit denen sie ihre Einfuhr bezahlen müssen, nach Deutschland auszuführen. Das System der Absperrung des deutschen Inlandsmarktes durch hohe Lebensmittelzölle muß fallen, und es kann um so eher beiseite geschoben werden, als ohnehin der Preisstand vieler Bodenerzeugnisse sich noch auf Jahre hinaus auf einer außergewöhnlichen Höhe halten wird. An dieser Aenderung der bisherigen Zollpolitik hat nicht nur der weitaus größte Teil der Arbeiterschaft, sondern auch der Exportindustrie, des Handels, der Schiffahrt und der Bankfirmen ein Interesse.

* * *

So ergeben sich aus der Umwälzung infolge des Krieges auf allen Wirtschaftsgebieten eine Reihe neuer dringender Aufgaben für unsere Partei, neue Arbeit und neue Kämpfe. Aber ohne Kampf kein Fortschritt. Die deutsche Sozialdemokratie muß heraus aus ihrer nur zu oft fast rein negativen Beharrung, ihrem Hängen an alten, durch die Entwickelung überholten Illusionen und Formeln, heraus zu realpolitischer Mitarbeit am Wiederaufbau des Zerstörten auf besseren wirtschaftlichen Grundlagen und in besseren Formen. Die Arbeit, die gefordert wird, ist Vorbereitungsarbeit für eine frohere, gesichertere Zukunft.

Die künftige Finanzpolitik des Deutschen Reiches.

Von Wilhelm Keil.

„Die eigentliche Finanzierung des Krieges wird erst beginnen, wenn er zu Ende ist." Dieser inhaltsschwere Satz wurde von dem Freiburger Professor Dr. Mombert niedergeschrieben im 20. Kriegsmonat. In den 17 weiteren Kriegsmonaten, die seitdem verflossen sind, hat das Wort an seinem Gewicht wahrlich nichts eingebüßt. Zwar läßt sich die Aufgabe, für die Kriegskosten Deckung zu schaffen, in ihrem ganzen Umfang auch heute noch nicht übersehen — das wird erst möglich sein, wenn der Friedensvertrag unterschrieben ist —, aber soviel weiß man heute schon sicher, daß es sich um die Aufbringung von Summen handelt, die alles menschliche Ahnungsvermögen übersteigen.

Die am Kriege beteiligten Völker Europas werden alle in der gleichen Lage sein. Das kann uns kein Trostgrund sein, sondern lediglich zu unserer Orientierung dienen. An die Abwälzung der ungeheuren finanziellen Kriegslasten der einen Mächtegruppe auf die andere ist im Ernst nicht mehr zu denken. Der Traum ist zerronnen, der den damaligen Reichsschatzsekretär Dr. Helfferich am 10. Juli 1915 im Reichstag stolz und selbstgerecht sagen ließ: „Das Bleigewicht der Milliarden haben die Anstifter des Krieges verdient; sie mögen es durch die Jahrzehnte schleppen, nicht wir." Die Erkenntnis, daß den einzelnen Völkern nichts anderes übrig bleiben wird, als ihre Kriegskosten selber zu tragen, hat sich im Verlaufe des Krieges soweit durchgerungen, daß der württembergische Finanzminister im Juni d. J. der Redensart, daß „das Geld im Lande bleibt", das Wort gegenüberzustellen den Mut fand: „Ganz sicher und unzweifelhaft bleiben im Lande die Schulden, die das Reich für die Kriegführung gemacht hat."

Es ist nicht notwendig, in diesem Zusammenhang die politischen Gesichtspunkte erneut darzulegen, die die Sozialdemokratie während der ganzen Kriegsdauer bestimmt haben, der kriegsverlängernd wirkenden Forderung nach Kriegsentschädigung entgegenzutreten. Die forschen Politiker, die uns schwächliche Gefühlsregungen zum Nachteil des eigenen Volkes zum Vorwurf machen möchten, haben Zeit genug gehabt, mit ihren schneidigen Federn und kräftigen Lungen den Gegnern das Zugeständnis einer großen Milliardenentschädigung abzuringen, das die deutschen Heere trotz ihrer in den blutigsten Schlachten durch die Tat bewiesenen Tapferkeit nicht zu erlangen vermochten. Es ist den mutigen Heimkriegern nicht gelungen. Wenn sie trotzdem dem deutschen Volke auch heute noch bei weiterer Fortdauer des Krieges reiche Geldentschädigung gaukterisch in Aussicht stellen, so zeugt das mehr von einem robusten politischen Gewissen als von einer nüchternen Beurteilung der militärischen, politischen und wirtschaftlichen Gesamtlage. Das deutsche Volk in seiner erdrückenden Mehrheit lehnt es ab, für die Fata Morgana der Kriegsentschädigung weitere Hunderttausende von Menschenleben und weitere Dutzende von Milliarden an Kriegsaufwand einzusetzen. Es weiß, daß auch im günstigsten Falle die Elle länger werden könnte als der Kram, und es will überdies eine Geldentschädigung nicht mit deutschem Blut in eine Gleichung gebracht wissen. So groß und schwer auch die Aufgabe sein wird, für die deutschen Kriegskosten selbst einstehen zu müssen, so hat doch

die Erklärung des Reichstags, daß mit dem von ihm erstrebten Frieden der Verständigung und der dauernden Versöhnung der Völker „erzwungene Gebietserwerbungen und politische, wirtschaftliche oder finanzielle Vergewaltigungen unvereinbar sind", klärend gewirkt.

Von der Größe und Schwere der finanzpolitischen Aufgabe, die das deutsche Volk nach Beendigung des Krieges zu bewältigen haben wird, läßt sich noch keine richtige Vorstellung gewinnen. In der umfangreichen Literatur, die auf diesem Gebiete in den letzten Jahren angewachsen ist, sind zahlreiche Berechnungen und Schätzungen aufgestellt worden, die aber alle nur kurzfristige Bedeutung hatten. Mit jedem Kriegstage wachsen die Kriegskosten um einen Betrag, dessen Aufbringung in Friedenszeiten die heftigsten politischen Kämpfe entfachte. Am Schlusse des dritten Kriegsjahres belief sich der monatliche Kriegsaufwand Deutschlands, ungerechnet die Leistungen der Einzelstaaten, Provinzen, Gemeindeverbände und Gemeinden, auf rund 3 Milliarden Mark. Das ist fast das Doppelte der Kriegsausgaben in den ersten Monaten nach beendeter Mobilmachung. Auch die Kriegskosten der Gegner sind mit der Dauer des Krieges naturgemäß gewachsen. England, dessen monatlichen Kriegsaufwand von 450 Millionen Mark bei Beginn des Krieges der damalige Schatzkanzler Lloyd George bald zu vermindern hoffte, hatte um die Wende des dritten Kriegsjahres einschließlich der beträchtlichen Vorschüsse an seine Alliierten und Dominions rund 4,5 Milliarden im Monat zu beschaffen. Jedenfalls sind, solange der Krieg nicht beendet ist, alle Berechnungen über die künftig zu tragenden Lasten, die am Beginn eines Monats aufgestellt werden, am Schluß desselben durch die Tatsachen weit überholt. Trotzdem müssen auch hier, wollen wir ein auch nur schattenhaftes Bild von der Größe der finanzpolitischen Zukunftsprobleme bekommen, einige Ziffern genannt werden.

Der Reichstag hat bisher durch neun Kreditgesetze 94 Milliarden Mark für die Zwecke der Landesverteidigung zur Verfügung gestellt. Davon sind durch 6 Emissionen rund 60 Milliarden Mark in festen langfristigen Anleihen untergebracht.*) Der restliche Kredit von 34 Milliarden steht nicht mehr zur freien Verfügung, sondern ist zum größten Teil durch verausgabte Schatzwechsel in Anspruch genommen. Ende Oktober etwa dürfte der ganze verfügbare Kredit aufgezehrt und am Jahresende 1917 mit einer vom Reichsschatzamt vollzogenen Kriegsausgabe von insgesamt 100 Milliarden Mark zu rechnen sein. Wir wissen nicht, ob es dabei bleiben oder ob der Milliardenverbrauch noch weiter dauern wird. In jedem Falle aber kommen noch hinzu die Lasten, die den anderen öffentlichen Körperschaften durch den Krieg erwachsen sind und die keineswegs mit dem Tage des Friedensschlusses verschwinden. Die Bundesstaaten, Provinzen, Gemeindeverbände und Gemeinden haben für die Zwecke der Kriegsfürsorge schon bisher Summen aufgebracht, über die zuverlässige Zusammenstellungen zwar fehlen, die sich aber unbestreitbar in die Milliarden belaufen. Diese Körperschaften werden auch nach dem Friedensschluß neben dem Reich an der Milderung der Not, die der Krieg in ungezählte Familien hineinträgt, mitzuwirken haben und ebenso wie das Reich ihrem eigenen Beamten- und Arbeiterpersonal eine Erhöhung der Bezüge gewähren müssen, die halbwegs einen Ausgleich für den gesunkenen Geldwert bietet. Den Lieferungsverbänden sind bisher von den verauslagten Kriegsunterstützungen für die bedürftigen Familien zum Heer eingezogener Mannschaften nur rund 500 Millionen Mark zurückerstattet, während die Erstattungsansprüche wohl

*) Die siebente Kriegsanleihe liegt zu der Zeit, in der dieser Bericht abgeschlossen wird, zur Zeichnung auf.

an die 3 Milliarden betragen. Dazu aber kommt ferner der sehr gewaltige Aufwand für Pensionen, Renten und Unterstützungen an Kriegsinvaliden, Kriegswitwen und -waisen. Ist schon nach zwei Kriegsjahren der jährliche Geldbedarf für diese Aufgaben auf 2 bis 3 Milliarden geschätzt worden, so wird man nach dem Stand der Dinge am Anfang des vierten Kriegsjahres mit einem künftigen Jahresaufwand von annähernd 4 Milliarden zu rechnen haben.

Die Männer, die ihre Arbeitsfähigkeit durch den Krieg ganz oder teilweise eingebüßt, und die Familien, die den Ernährer verloren haben, wird man nicht mit dürftigen Almosen abspeisen können. Einmal wird sich das Volksempfinden dagegen aufbäumen, zum anderen werden die Kriegsinvaliden und die an der Versorgung der Witwen und Waisen persönlich oder familiär interessierten Männer einen so wesentlichen Teil der deutschen Wählerschaft bilden, daß sie einen politischen Machtfaktor mit starkem Einfluß darstellen.

Zu diesen finanziellen Verpflichtungen kommen weiter die Kosten des Wiederaufbaus der durch den Krieg verwüsteten deutschen Gebietsteile, die Ansprüche, die bei der Wiederinstandsetzung der Friedenswirtschaft an die Reichskasse gestellt werden, die Kosten der sozialpolitischen Aufgaben, die das deutsche Reich bei Strafe seines eigenen Untergangs nicht vernachlässigen darf.

Läßt man zunächst die Verpflichtungen der anderen öffentlichen Körperschaften außer Betracht und hält sich nur an die des Reichs, so hat man also am Schluß des Jahres 1917 neben den einmaligen Kosten des Wiederaufbaus und der Wiederinstandsetzung im Betrag von einigen Milliarden mit einem dauernden Aufwand von 4 Milliarden für die Opfer des Krieges und mit dem Zinsenaufwand für eine Hundert-Milliarden-Schuld = 5 Milliarden Mark zu rechnen. Die Kosten der Fürsorge für die durch den Krieg zerrütteten Existenzen werden in den ersten 10—15 Jahren eher die Neigung zum Steigen als zum Sinken haben. Zu dem Zinsendienst aber wird sich die Pflicht der Schuldentilgung gesellen. Würde man — bei Anlehnung an das hergebrachte Verfahren — sich auf nur 1 Proz. Tilgung beschränken und die mit der fortschreitenden Tilgung ersparten Zinsen wiederum für die Tilgung verwenden, so wäre eine weitere Milliarde jährlich für diesen Zweck aufzubringen. Ungerechnet die Kosten des Uebergangs vom Krieg zum Frieden ergäbe sich folglich eine dauernde Mehrbelastung des Reichsetats von etwa 10 Milliarden Mark.

Von den Finanzwissenschaftlern ist das sogenannte deutsche Volksvermögen (d. h. der Gesamtwert des Bodens nach den Verkehrspreisen, der Gesamtwert der privaten und öffentlichen Bauten, der Brücken, Eisenbahnen, aller beweglichen sonstigen Güter, die Produktions- und Erwerbszwecken dienen, der Gesamtwert aller beweglichen sachlichen Gebrauchs- und Verbrauchsgüter, der innere Wert des baren Metallgeldes und der Ueberschuß der Forderungen an das Ausland über die Guthaben des Auslands) auf 330 bis 400 Milliarden geschätzt worden. Hält man sich an die höhere Schätzung, zu der Steinmann-Bucher im Jahre 1914 gelangt ist, und die er auch 1916 *) nach verteidigt, und verzichtet man selbst auf den Abzug des im Besitz öffentlicher Körperschaften befindlichen Vermögens, so ergibt sich, daß durch die Schuldenlast des Reichs mehr als ein Viertel des „Nationalvermögens" verpfändet ist. Entfielen von den Schulden, die das Reich und die Bundesstaaten im Jahr 1913/14 im Betrag von 21,1 Milliarden Mark zu tragen hatten, auf den Kopf der Bevölkerung etwa

*) Steinmann-Bucher: Deutschlands Volksvermögen im Kriege. Stuttgart 1916.

315 Mk., so wird der einzelne Reichsbewohner künftig bei einer Gesamtschuldenlast des Reichs und der Bundesstaaten von rund 120 Milliarden im Durchschnitt mit etwa 1800 Mk. belastet sein. Wies der letzte Friedensetat des Reichs vor dem Krieg an ordentlichen Ausgaben die Summe von 8,5 Milliarden auf, so wird der erste Friedensetat nach dem Kriege mit einer Ausgabe von 13 bis 14 Milliarden zu rechnen haben. Die gesamten Steuereinnahmen aller öffentlichen Körperschaften Deutschlands einschließlich der Kultusabgaben beliefen sich nach Gerloff *) für 1913 auf 5078,7 Millionen Mark (ohne die Erwerbseinkünfte), sie werden künftig kaum weniger als 15—16 Milliarden betragen müssen. Nimmt man noch hinzu, daß das deutsche Volkseinkommen 1913 auf 40 Milliarden berechnet wurde, daß hiervon etwa 6—7 Milliarden für öffentliche Zwecke, etwa 25 Milliarden für den privaten Verbrauch verwendet wurden und 8 bis 8½ Milliarden, die sich nach Helfferich**) durch den „automatischen Wertzuwachs" auf 10 Milliarden erhöhen, sich in Vermögenszuwachs verwandelten, so bekommt man einen Begriff von den Anforderungen, die in der Zukunft an die deutschen Steuerzahler gestellt werden. Dabei erinnert uns jeder Augenblick daran, daß der Krieg noch nicht zu Ende ist!

Die Leistungsfähigkeit des deutschen Volkes wird aber nach dem Kriege nicht die gleiche sein wie vor dem Kriege. Es fehlt das große Heer derer, die die kühle Erde der Schlachtfelder deckt. Millionen von Soldaten kehren mit verminderter Arbeitsfähigkeit zurück. Dieser Ausfall an Arbeitskräften betrifft die leistungsfähigsten, in der Blüte der Jahre stehenden, für ihren Beruf ausgebildeten Männer. Der Volkszuwachs ist durch den großen Geburtenausfall enorm reduziert und die Geburtenziffer wird auch in Zukunft noch sehr weit hinter der der letzten Friedensjahre zurückbleiben. Es wird Jahre dauern, bis die Masse der arbeitsfähig Gebliebenen die Gesundheits- und Kräfteeinbuße, die sie durch ungenügende Ernährung erleidet, wieder auszugleichen vermag. Denn die Knappheit an Nahrungsmitteln wird nicht so bald behoben sein, die Nahrungsmittelpreise werden überhaupt nicht wieder auf den Stand vor dem Kriege sinken. Schwerste Kämpfe wird es kosten, bis die Arbeitslöhne wieder allgemein in das der Vorkriegszeit entsprechende Verhältnis zu den Kosten des Lebensaufwands gesetzt sein werden. Das deutsche Wirtschaftsleben ist verarmt. Alle Vorräte sind aufgebraucht. Unermeßliche Naturalwerte sind dem Zerstörungszweck des Krieges gewidmet worden, die entgegenstehenden Geldwerte bestehen in papierenen Besitztiteln. Die Vernachlässigung des Grund und Bodens bei ungenügender Düngung bedeutet verminderte Ergiebigkeit. Der Viehstand ist reduziert. Die Beschaffung von Nahrungsmitteln und Rohstoffen aus dem Ausland wird, auch wenn die Beschlüsse der Pariser Wirtschaftskonferenz formell aufgehoben werden, auf politische, verkehrstechnische und finanzielle Schwierigkeiten stoßen. Man denke nur an den Stand der deutschen Valuta, der nur in langsamer Entwickelung wieder ein normaler werden kann. Größer noch werden die Hemmnisse sein, die dem Absatz deutscher Produkte im Auslande erwachsen. Ein teilweiser Ausgleich der hieraus folgenden wirtschaftlichen Stockung kann vorläufig bewirkt werden durch die Befriedigung der während des Krieges ungedeckt gebliebenen Bedürfnisse des inneren Marktes. Aber auch dazu sind Rohstoffe erforderlich und eine ausreichende Kaufkraft des Publikums. Der Wohnungsbau, die Ausführung zurückgestellter Aufgaben öffentlicher Körperschaften, die Erneuerung und Wiederinstandsetzung der stark abgenützten Verkehrseinrichtungen wird ab-

*) Dr. Wilhelm Gerloff: Die steuerliche Belastung in Deutschland während der letzten Friedensjahre. Berlin 1916.

**) Dr. Karl Helfferich: Deutschlands Volkswohlfahrt 1888—1913. Berlin 1913.

hängen vom Grade der Geldflüssigkeit, der stark sinken muß in dem Augenblick, in dem die Milliardenquelle verschlossen wird, die während des Krieges in tausend Röhren fette Gewinne ins Land fließen ließ. Die großen Vermögensverschiebungen, die der Krieg gebracht hat, bewirken unter den gegebenen Verhältnissen keine dauernde Stärkung der Steuerkraft des Volkes. Die Kapitalskonzentration hat sich im stürmischsten Tempo vollzogen, der Mittelstand ist, soweit die Angehörigen desselben nicht mit der Anlegung des Waffenrocks ihren Betrieb schließen mußten, zum großen Teil in Lohnarbeiter verwandelt, deren Steuerfähigkeit sich vielleicht während des Krieges, nicht aber nach dem Krieg auf der früheren Höhe halten wird. Die riesenhafte Bereicherung einzelner gibt sich im sinnlosesten Luxus und in der leichtfertigsten Lotterwirtschaft kund. Wer sich im öffentlichen Leben umsieht, findet, daß nur ein Bruchteil des Milliardensegens, der auf die Kriegslieferanten niedergeht, kapitalbildende Kraft entfaltet und als solche einer rationellen Produktionsförderung dient.

Den zahlreichen Tatsachen, die auf eine sehr nachhaltige Schwächung unserer wirtschaftlichen Kräfte in den kommenden Friedensjahren hinweisen, stehen nur wenige gegenüber, die die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit zu stärken geeignet sind. Die Elastizität und Anpassungsfähigkeit, die die deutsche Industrie im Kriege bewiesen hat, ist gewiß bewundernswert, aber ihre werteschaffende Kraft hat doch ihre engen Grenzen. Es wird sich außerdem zeigen, daß auch die Völker, die mit uns die wirtschaftliche Konkurrenz wieder aufnehmen, im Kriege vieles gelernt haben. Die Gewinnung des Stickstoffs aus der Luft wird, des Eiweißstoffs aus den Getreidekeimen und die Entgasung der Kohle kann für unsere Stellung im wirtschaftlichen Wettstreit der Völker einen Vorsprung bedeuten. Die Schwächen des aus tausend Wunden blutenden Volkskörpers vermögen aber diese technischen Errungenschaften nicht zu beheben.

Die Reichsschuld wird folglich als ungeheure Bürde auf den geschwächten Schultern des deutschen Volkes lasten. Der Krieg stellt sich, wie Rudolf Goldscheid*) sagt, nach zwei Richtungen als stärkster Kapitalskonzentrator dar: er schweißt die immensesten Summen als positives Kapital in den Händen Privater zusammen und er bürdet Summen von noch weitaus gigantischerer Höhe dem Staate in Gestalt von Schulden als „negatives Kapital" auf. Das positive Kapital, dessen Geldwert im Kriege im ganzen noch erheblich gewachsen ist, ist individueller Besitz Weniger, das negative Kapital ist kollektiver „Besitz" des ganzen Volkes. Das Volk in seiner Gesamtheit bildet den Staat und haftet solidarisch für die Staatsschuld.

Nun spricht man in unseren Tagen viel von der Stärkung des Staatsgedankens. Die Staatsidee sei eigentlich erst infolge des Krieges in die Massen des Volkes, besonders in die Arbeiterklasse, eingedrungen. „Dieser Krieg hat Staat und Volk enger aneinandergekettet als vorher ein Menschenerlebnis in der Geschichte," sagt Rudolf Goldscheid. Sicherlich hat sich im Volke, nicht zuletzt in der Arbeiterklasse, das Bewußtsein gefestigt, daß die Staatsorganisation eine unerläßliche Voraussetzung jedes nationalen Gemeinschaftslebens ist. Daraus wird folgen eine größere Anteilnahme des Volkes an den Angelegenheiten des Staates. Das staatsbürgerliche Selbstbewußtsein des einzelnen Menschen wird stärker in die Erscheinung treten. Am lebhaftesten aber wird das Interesse am Staat werden, wenn es sich darum handelt, den Anteil der einzelnen Staatsbürger, Schichten und Klassen an den riesenhaft angeschwollenen Staatslasten

*) Rudolf Goldscheid. Staatssozialismus und Staatskapitalismus. Wien-Leipzig 1917.

festzulegen. Das wird zu Kämpfen führen, die heftiger sein werden, als wir sie in der Vergangenheit je erlebt haben. Die Regierung und der Großbesitz dürfen aus der stillen Ergebenheit, mit der die Volksmassen die während des Krieges geschaffenen Verbrauchssteuern sich aufpacken ließen, nicht folgern, daß auch künftig, wenn eine dauernde Milliarden-Mehreinnahme beschafft werden muß, ungestört auf demselben Wege weitergeschritten werden könne. Die Fesseln, die der politischen Bewegungsfreiheit während des Kriegs angelegt sind, müssen fallen, der seelische Druck, den der Schlachtenlärm den Volksmassen auferlegt, wird weichen, und diese Massen, die durch Kriegsdienstpflicht und rücksichtsloseste Auswucherung bis auf das nackte Leben expropriiert worden sind, werden eine Schonung des Besitzes nicht mehr dulden. Hat der Krieg geradezu treibhausartig Millionäre gezüchtet, so muß die Steuerpolitik nach dem Kriege darauf eingestellt werden, zuallererst die märchenhaften Erträgnisse der Kriegskonjunktur der Gesamtheit wieder zurückzugeben. Das Blut der deutschen Soldaten soll nicht geflossen sein, damit die Hinterbliebenen der Gefallenen, die zurückkehrenden Krüppel, die entwurzelten Existenzen am Bettelstab dahinvegetieren, derweil die glücklichen Kriegsgewinner in Industrie, Handel und Landwirtschaft den reichen Rentenertrag der Milliardenlast des Reichs behaglich verzehren.

Völlig verkehrt wäre es, angesichts der ungeheuren Aufgabe der Mittelbeschaffung zur Deckung der Kriegskosten fatalistisch zu erklären, im Rahmen der kapitalistischen Wirtschaftsordnung sei die Lösung dieses Problems unmöglich, nur die Expropriation des Kapitals durch die sozialistische Gesellschaft bilde den einzig begehbaren Weg. Als Sozialdemokraten werden wir stets unsere Taktik auf das Ziel: Vergesellschaftung der Produktion einstellen, wir werden uns aber auch klar darüber bleiben, daß die Vergesellschaftung der Produktion nicht mit einem einmaligen plötzlichen Akt, sondern in einem langsamen Entwickelungsprozeß sich vollzieht. Dieser Prozeß wird zweifellos durch die Finanzpolitik des Deutschen Reiches nach dem Kriege eine starke Förderung erfahren, die um so größer sein wird, je entschlossener die Arbeiterklasse vom Boden der gegebenen politischen Verhältnisse aus ihren Einfluß bei der Lösung des Problems geltend macht. Aber nicht durch verzweifeltes Beiseitestehen und nicht durch stete Wiederholung doktrinärer Formeln wird die Finanzpolitik des Reiches im Sinne der Arbeiterinteressen beeinflußt werden, sondern nur durch eine aktive, bewegliche Mitarbeit, die die parteipolitischen Konstellationen ausnützt. Die Schwere der Lasten, die zu tragen sind, schneidet so tief in die Existenzbedingungen des Volkes ein, daß auch die bürgerlichen Parteien den Massenstimmungen Rechnung zu tragen genötigt sein werden. Wo sie es nicht tun, muß die Steuerpolitik der Sozialdemokratie dem gesunden Menschenverstand sinnenfällig klar machen, daß sie die Interessen der Volksgesamtheit den Sonderinteressen einer kapitalistischen Minderheit voranstellt. In einer Lage, wie wir sie am Schluß dieses Krieges in Deutschland vorfinden, wäre es Tarifari, die Entscheidung über die Steuern vom „Verwendungszweck" abhängig machen zu wollen. Die Frage nach dem Verwendungszweck scheidet aus, nachdem die Verwendung eine geschichtliche Tatsache ist. Die Milliarden sind verwendet, und nun handelt es sich um die andere Frage, wie bei ihrer Aufbringung die Lebensinteressen der deutschen Arbeiterklasse am wirksamsten gewahrt werden. Die Erhaltung und Erholung der Arbeitskraft, die der württembergische Finanzminister zutreffend den „wichtigsten, wertvollsten und kostbarsten Bestandteil des Volksvermögens" nannte, ist die elementarste Voraussetzung der Gesundung unserer Wirtschaft nach dem Kriege. Darum muß die Steuerpolitik der Sozialdemokratie von dem Gesichtspunkt geleitet sein, die Arbeitskraft zu schützen.

Die Finanzpolitik des Reiches während des Krieges hat diesen Gesichtspunkt nicht an die Spitze gestellt. Sie war in erster Linie darauf gerichtet, die Kriegsschulden in möglichst weitem Umfang in fundierten, langfristigen Anleihen unterzubringen. Je vollständiger dies gelang, desto größer war das Vertrauen in die Leistungsfähigkeit des Deutschen Reiches, das sich in den Anleihezeichnungen kundgibt. In dieser Richtung ist der Erfolg nicht ausgeblieben. Die Ergebnisse der drei ersten Kriegsanleihen reichten jeweils aus, um die schwebende Schuld vollständig abzulösen, mit den Ergebnissen der drei weiteren Anleihen kam man nahe an dieses Ziel heran. In den gegnerischen Staaten hat man keinen so hohen Prozentsatz der kurzfristigen Darlehen in fundierte Anleihen zu verwandeln vermocht wie in Deutschland. Auch dem reichen England ist das nicht gelungen. Aber England hat sich auch nicht, wie Deutschland, darauf beschränkt, während des Krieges nur die Ausgaben des laufenden Etats durch Steuern zu decken, sondern ist dazu geschritten, sofort einen Teil der Kriegskosten durch starke Steigerung der Steuereinnahmen aufzubringen. Die Einnahmen des englischen Budgets sind von 200 Millionen Pfund Sterling = 4 Milliarden Mark im Jahr 1913/14 auf 638,6 Millionen Pfund Sterling = 12,772 Milliarden Mark im Jahr 1917/18 gestiegen. Von den 86,4 Milliarden Mark Gesamtausgaben, die England vom Anfang des Krieges bis zur Verabschiedung seines Budgets für 1917/18 (Ende Mai d. J.) zu verzeichnen hatte, waren rund 22,5 Milliarden durch Steuereinnahmen gedeckt, und zwar überwiegend durch solche, die der Besitz zu liefern hat.

Die deutsche Finanzpolitik hat zu unterscheiden versucht zwischen ordentlichem Etat und Kriegsetat. Diese Scheidung ist schwierig. Sie hat sich auch nicht rein durchführen lassen. Die Friedensausgaben für Heer und Marine, die in den ordentlichen Etat gehören würden, laufen während des Krieges mit den Kriegskosten zusammen, der ordentliche Etat enthält also während des Krieges keine Heeres- und Marineausgaben. Die Aufwendungen für die Kriegsinvaliden, Kriegswitwen und -waisen werden gleichfalls aus dem Kriegsetat bestritten, obgleich sie dauernde sind. Trotzdem schließt der ordentliche Etat für 1917 mit 4,8 Milliarden ab gegenüber 3,4 Milliarden des Jahres 1914. Es begegnet uns hier bereits die respektable Summe von 3,5 Milliarden für den Zinsendienst des Reiches, die weiter wachsen wird. Auf der anderen Seite laufen in den Etats der Kriegsjahre noch die Sätze der Steuer- und Zolleinnahmen des letzten Friedensetats, obschon die Zölle mit dem Ausbruch des Krieges aufgehört haben zu fließen und auch die Bier-, Branntwein-, Tabak- und andere Steuern während des Krieges aus bekannten Ursachen stark verminderte Erträge aufweisen. Für diese Ausfälle galt es zugleich Ersatz zu beschaffen, wenn das Gleichgewicht des ordentlichen Reichsetats während des Krieges aufrechterhalten werden sollte.

Diesem Zweck nun, der Erhaltung des Gleichgewichts im ordentlichen Etat, dienten die von der Regierung in den Jahren 1916 und 1917 vorgeschlagenen und vom Reichstag genehmigten Verbrauchs- und Verkehrssteuern. Es waren dies im Jahr 1916:

	Im Etat für 1917 veranschlagt auf
die Erhöhung der Tabakabgaben	130 200 000 Mk.
die Post-, Fernsprech- und Telegrammsteuer	225 000 000 „
die Erhöhung des Frachturkundenstempels .	65 660 000 „
der Warenumsatzstempel	225 000 000 „
Zusammen	645 860 000 Mk.

Im Etat für 1916 war der Ertrag dieser Steuern summarisch auf 480 Millionen veranschlagt. Die Schätzung wurde aber beeinträchtigt durch verspätetes Inkrafttreten einzelner Steuern und durch Aenderungen, die vom Reichstag an den Entwürfen vorgenommen wurden, namentlich durch die Ersetzung der von der Regierung vorgeschlagenen Quittungssteuer durch die Warenumsatzsteuer.

Im Jahr 1917 traten hinzu:

	Geschätztes Ergebnis
die Kohlensteuer	500 000 000 Mk.
die Besteuerung des Personen- und Güterverkehrs	315 000 000 „
Zusammen	815 000 000 Mk.

Diesen Steuern auf den Verbrauch und Verkehr der Massen steht gegenüber die im Jahr 1916 beschlossene, im Jahr 1917 um 20 Proz. in den Steuersätzen gesteigerte Kriegssteuer, die im wesentlichen eine Steuer auf die Kriegsgewinne darstellt. Der Ertrag dieser Steuer läßt sich schwer schätzen. Man rechnet im ganzen auf mindestens 4 Milliarden Mark. Er soll, zumal die Steuer fast ausschließlich mit Kriegsanleihe, die zum Nennwert angenommen wird, bezahlt werden wird, zur Schuldentilgung verwendet werden, soweit er nicht zum Ausgleich des Ausfalls bei anderen Einnahmekapiteln des Etats für 1916 erforderlich ist. Wenn die Kriegssteuer einmal voll einbezahlt ist, werden von der deutschen Kriegsschuld einige Milliarden gedeckt sein.

Die Steuergesetzgebung Deutschlands während des Krieges läßt jeden grundlegenden Plan vermissen. Mit vollem Recht sagt Prof. Edgar Jaffé*):

„Es sind lediglich Augenblicks- und Verlegenheitsmaßnahmen, die nach dem Kriege wieder verschwinden sollen, um der eigentlichen Reichsfinanzreform Platz zu machen. Mit Bezug auf diese selbst hat sich die Regierung dauernd in ein geheimnisvolles Schweigen gehüllt und von ihren notwendigerweise großzügigen Plänen ist bisher noch sehr wenig bekannt geworden."

Jaffé bezeichnet es als eine dringende Aufgabe, einen solchen Steuerplan zur Diskussion zu stellen, „damit wir nicht wieder, wie so oft, eines schönen Tages mit Regierungsvorschlägen überrascht werden, die dann in kurzer Zeit durch den Reichstag gepeitscht, das ganze Werk auf unzureichender Grundlage aufbauen". Vestigia terrent! ruft er warnend der Regierung zu.

Auch vom Gesichtspunkt der famosen Kompensationspolitik aus, die vor dem Krieg in der Steuergesetzgebung beliebt wurde, halten die Kriegssteuergesetze vor einer objektiven Prüfung nicht stand. Die Besteuerung der Kriegsgewinne, die fast nur die Zurückforderung eines bescheidenen Teils der von der Volksgesamtheit aufzubringenden Ueberpreise für Heeresaufträge bedeutet, kann selbst in den Augen eines Anhängers der Kompensationstheorie nicht als Gegengewicht gegen die Massenbelastung gelten. Als Kompensationsobjekt hätte von diesem Standpunkt aus ein wirksamer Ausbau der Erbschaftssteuer oder eine Reichseinkommensteuer, beide als Dauersteuern gedacht, gelten können. Aber dauernden Reichsbesitzsteuern gingen Regierung und bürgerliche Parteien aus dem Wege. Der Widerstand gegen solche Steuern lag in der Hauptsache bei den Einzelstaaten, die auch durch die riesenhaften finanziellen Nachwirkungen des Krieges sich von ihrem Eigensinn nicht abbringen lassen wollen. Obgleich, wie wir gesehen haben, das Reich nach dem Krieg mit dem Vierfachen seiner Ausgaben vor dem Krieg zu rechnen hat, halten die bundesstaatlichen Regierungen starr daran fest, daß die direkte Besteuerung ihr Privilegium bleiben müsse. Da wäre es, wie die „Frankf. Ztg." sagte, nötig gewesen, daß die Reichsregierung mit dem ganzen Ernst, den die Zeit erfordert, die Bedürfnisse

*) Prof. Edgar Jaffé. Kriegskostendeckung und Reichsfinanzreform. Tübingen 1917.

des Reiches, das den Krieg führt, sowohl gegenüber den Einzelstaaten, wie gegenüber den Besitzenden geltend machte. Die Reichsregierung schützte indessen in Uebereinstimmung mit den Regierungen der Gliedstaaten gegen die Einführung dauernder Reichsbesitzsteuern wirtschaftliche Rücksichten vor, die sie jedoch bei der Massenbelastung in den Wind schlug. Gerade aus wirtschaftlichen Rücksichten durfte sie nicht schwere Produktionssteuern, wie namentlich die Kohlensteuer und die Verkehrssteuern, vorschlagen. Sie durfte nicht während des Krieges den rapiden Aufstieg der Preise für den gesamten Lebensbedarf, den sie durch tausend Verordnungen zu hemmen sucht, durch Steuern fördern. Sie durfte nicht die schaffende Volkskraft mit den Kriegslasten bebürden, sondern mußte die zehrende Rente zu fassen suchen. Aber sie hatte es ja so leicht, ihre bourgeoise Steuerpolitik, wie sie selbst das Frankfurter Demokratenblatt bezeichnet, durchzusetzen, da sie bei keiner bürgerlichen Partei auf Widerspruch stieß. Ganz richtig beleuchtet die „Frankf. Ztg." den Verlauf der Verhandlungen, wenn sie sagt:

„Allein die Sozialdemokratie hat sich dem (der bourgeoisen Steuerpolitik) entgegenzusetzen versucht, aber alle ihre Anträge auf Erhebung eines neuen Wehrbeitrags, auf Vermögens-, Erbschaftssteuern und dergleichen sind abgelehnt worden, alle „bürgerlichen" Parteien haben sich auf die Regierungsvorlagen mit unwesentlichen Aenderungen vereinigt. Wir bedauern das lebhaft, bedauern insbesondere die Haltung der Fortschrittlichen Volkspartei und fühlen uns zu ernster Warnung verpflichtet."

Die Steuerkämpfe der Jahre 1916 und 1917 waren jedoch nur ein kleines Vorspiel des Kampfes, der einsetzen wird, wenn es das ganze große Finanzgebäude der Zukunft aufzurichten gilt. In diesem Kampfe wird auch auf die bereits geschaffenen Kriegssteuern zurückzugreifen und ihre Ersetzung durch gerechtere und wirtschaftlich zweckmäßigere Steuern zu fordern sein. Die Handhabe dazu ist gegeben in der Befristung der Kohlensteuer und der mit den Post- und Telegraphengebühren zu erhebenden Reichsabgabe und in der Versicherung des Staatssekretärs Dr. Helfferich, daß alle während des Krieges geschaffenen Steuern nur „als Notbehelfe für die Zeit des Krieges und des Uebergangs in die geordnete Friedenswirtschaft zu betrachten" seien. „Sie werden ihr natürliches Ende finden," erklärte Dr. Helfferich weiter im März 1916, „in der Neuorientierung der Reichsfinanzen, die eine der ersten und wichtigsten Friedensaufgaben sein wird, die aber zu ihrer Lösung zweifellos Zeit verlangt. Der Reichstag wird also in die Lage kommen, die jetzt zu beschließenden Steuern in absehbarer Zeit einer gründlichen Revision zu unterziehen." Ob der Neuorientierungsplan des Reichsschatzamts in den inzwischen verflossenen eineinhalb Jahren zur Reife gelangt ist, blieb der Oeffentlichkeit unbekannt.

Welche Forderungen wird die Sozialdemokratie bei der „Neuorientierung der Reichsfinanzen" zu erheben haben? Nie ist unsere Programmforderung der stufenweis steigenden Einkommens-, Vermögens- und Erbschaftssteuer begründeter gewesen, als in der Situation, in die uns der Weltkrieg geführt hat. Zwar bestehen nahezu in allen deutschen Bundesstaaten progressive Einkommensteuern, zwar bestehen in einer Anzahl Bundesstaaten Vermögenssteuern, die aber nicht progressiv, sondern proportional gestaltet sind, zwar besteht auch eine Reichserbschaftssteuer, die — unter völliger Freilassung der direkten Abkömmlinge und Ehegatten — eine nach dem Grade der Verwandtschaft und dem Umfang des Erbguts steigende Abgabe darstellt. Aber wenn diese Steuern schon in der Zeit vor dem Krieg im Hinblick auf die Belastung der Besitzlosen durch Zölle und Verbrauchsabgaben Einkommen und Besitz viel zu schonend erfaßten, um wie

viel mehr werden sie straffer angespannt und in den Dienst des Reichs gestellt werden müssen, wenn es das Vierfache der Einnahmen des Reichs, das Dreifache der Steuereinnahmen des Reichs und der Bundesstaaten in den Jahren vor dem Kriege zu beschaffen gilt! Gewiß, bei noch so weitgehender Verschärfung dieser Steuern wird ihr Ertrag bei weitem nicht ausreichen zur Aufbringung der Summen, die gebraucht werden. Aber muß man, wenn eine Quelle zur Deckung des Bedarfs nicht ausreicht, deshalb ganz darauf verzichten, sie stärker in Anspruch zu nehmen? Daß die Quelle der Besitzsteuern viel ergiebiger fließen kann, als sie zurzeit in Deutschland fließt, zeigt uns das englische Beispiel. Aber auch England wird nach dem Kriege diese Quelle noch weiter zu öffnen bemüht sein.

So notwendig nun aber ein systematischer Ausbau der Einkommens-, Vermögens- und Erbschaftsbesteuerung ist, so wird ihm in dem großen Finanzprogramm der Zukunft doch eine andere Maßnahme voranzustehen haben. Zuvörderst muß das Reich mit den Kriegsgewinnen ins reine kommen. Die bestehende Kriegsgewinnsteuer gilt zunächst nur für eine noch während des Krieges ablaufende Zeitperiode. Sie erfaßt den Vermögenszuwachs der Einzelpersonen, der am 31. Dezember 1916 für die vergangenen drei Jahre festgestellt wurde. Die Gesellschaften haben nach den Bestimmungen des Gesetzes den Mehrgewinn der drei aufeinanderfolgenden Geschäftsjahre, deren erstes noch den Monat August 1914 mitumfaßt oder bei einer später gegründeten Gesellschaft mitumfassen würde, wenn sie damals schon bestanden hätte, besonders zu versteuern. Da hiernach die Pflicht zur Zahlung der Kriegssteuer für die Gesellschaften, deren Geschäftsjahr vom 1. August bis 31. Juli läuft, schon am 1. August 1917 erlischt, sind die Gesellschaften durch das Sicherungsgesetz vom 9. April 1917 verpflichtet worden, in eine neu zu bildende Kriegssteuerrücklage 60 vom Hundert des in dem weiteren Geschäftsjahr erzielten Mehrgewinns einzustellen. Das Steuergesetz zur Erfassung des Mehrgewinns der Gesellschaften in der zweiten Kriegssteuerperiode ist noch zu schaffen. Es wird zugleich den nach dem 31. Dezember 1916 erzielten Vermögenszuwachs der Einzelpersonen nach demselben Gesichtspunkten zur Steuer heranzuziehen haben, nach denen der vor diesem Zeitpunkt erzielte Vermögenszuwachs besteuert wurde. Aber dabei darf nicht stehengeblieben werden. Die Kriegsgewinne sind im Kriegssteuergesetz vom 21. Juni 1916 viel zu schonend behandelt worden. Am Schlusse des Krieges muß eine Generalinventur angeordnet werden. Der hierbei sich ergebende Vermögensstand ist mit demjenigen vor dem Krieg — wir besitzen dafür glücklicherweise die Ergebnisse der Wehrbeitragsveranlagung — zu vergleichen. Das normale Rechts- und Moralgefühl wird es durchaus als recht und billig ansehen, wenn sodann alle im Kriege gewachsenen Vermögen der physischen wie der juristischen Personen auf den Stand vor dem Kriege zurückgeschnitten werden. Der Gedanke, daß aus der Zeit, die vielen Millionen Not und Elend bringt, kein Mensch reicher hervorgehen solle als er vorher gewesen ist, findet um so stärkeren Anklang, je tiefer mit der langen Kriegsdauer die Existenzzerrüttung ihre Krallen in ungezählte schuldlose Familien schlägt. Die Armen sind durch den Krieg ärmer, die Reichen reicher geworden. Mit den Armen ist auch das Deutsche Reich verarmt. Seiner Verarmung verdankt eine kleine Schicht ihren unerwartet gewonnenen Reichtum. Wird eingewendet, daß die Unternehmer in Industrie, Handel und Landwirtschaft, die mit großen Gewinnen aus dem Kriege hervorgehen, dem Vaterlande auch große Dienste geleistet hätten, so lautet unsere Antwort: keiner von ihnen hat so Großes geleistet als die Männer an der Front, die ihr Leben eingesetzt haben. Diesen Männern aber wird nicht mit

klingender Münze gedankt. Soweit sie zurückkehren, stehen sie in ihrer großen Mehrheit vor einem Nichts. Haben sie Gesundheit und Arbeitsfähigkeit im Felde eingebüßt, harrt ihrer der Kampf um eine nicht üppig bemessene Rente; verfügen sie noch über ihre Arbeitsfähigkeit, so beginnt der Kampf um eine neue kärgliche Existenz. Unzählige aber, die nicht wieder zurückkehren, hinterlassen eine des Ernährers beraubte Familie. Und haben jene Glücksritter des Krieges allesamt ihre Hunderttausende und ihre Millionen zu verdanken ihrem lauteren Bestreben, dem Vaterlande in schwerster Not zu dienen? Hat nicht der brutalste Egoismus Orgien gefeiert? Haben nicht viele von ihnen bewußt und skrupellos die Widerstandskraft unseres Volkes geschwächt, nur um die eigenen Taschen zu füllen? Verdanken es nicht sehr viele der nachsichtigen Göttin Justitia, daß sie das Zuchthaus nur mit dem Aermel gestreift haben? Sieht man die Dinge von dieser Seite, so ist es ein Gebot der Sittlichkeit, der im Kriege verarmten Volksgesamtheit die Gewinne zurückzugeben, die einzelnen aus der Verarmung von Staat und Volksmehrheit zugeflossen sind. Kein Staatsinteresse und kein allgemeines Wirtschaftsinteresse steht dem im Wege.

Auch der Hinweis auf die Notwendigkeit der Kapitalbildung spricht nicht gegen die Forderung. Es handelt sich nicht darum, dauernd dem Kapital den Mehrwert restlos zu entziehen, nur was im Krieg aufgespeichert wurde, soll zurückfließen in die Reichskasse, der es im wesentlichen entstammt. Die Summen, die sich auf viele Milliarden beziffern, werden auch nicht als totes Kapital in der Reichskasse verbleiben, sondern zur Schuldentilgung verwendet werden. Damit finden sie wieder Eingang in den Produktionsprozeß und spielen als Förderer des wirtschaftlichen Lebens dieselbe Rolle wie vordem. Erreicht ist aber, daß das Reich die Zinsenlast eines ansehnlichen Teils seiner Kriegsschulden abgeschüttelt hat, mit anderen Worten: daß die Kriegsgewinner darauf verzichten müssen, sich für die Summen, die sie dem Reich und Volk in der Zeit bitterster Not abgezapft haben, Reich und Volk auf Jahrzehnte hinaus zinspflichtig zu machen.

Indessen, so selbstverständlich diese Forderung jedem nicht persönlich Interessierten scheinen muß, so dürfen wir uns nicht verhehlen, daß sie dem schärfsten Widerstand aller auf die Prinzipien des Kapitalismus eingeschworenen Politiker begegnen wird. Die Vertreter kapitalistischer Wirtschaftsgrundsätze wollen den Lebensnerv des Kapitalismus, den Profit, auch für die Kriegszeit nicht außer Funktion setzen. Eine 6—60prozentige Rückforderung der Vermögensgewinne aus der Kriegszeit, wie sie das Kriegssteuergesetz vorsieht, machen sie zur Not mit, der 100prozentigen werden sie kaum zustimmen. Aber die Verteidigung der empörendsten Auswüchse der kapitalistischen Wirtschaftsordnung wird ihre Position im Volke nicht stärken und einer stückweisen Erfüllung unserer Forderung werden sie doch nicht entgehen können. Von dem Druck, den die Arbeiterklasse hinter ihre steuerpolitischen Forderungen zu setzen versteht, wird auch in diesem Punkt das Maß des Entgegenkommens abhängen, das ihr gezeigt wird. Ein Blick auf die Steuersätze des Kriegssteuergesetzes genügt, um zu erkennen, daß bei dieser schonenden Besteuerung, die hinter der steuerlichen Erfassung der Kriegsgewinne in England weit zurückbleibt, bei der künftigen Finanzlage des Reiches nicht stehen geblieben werden kann. Wer kann es verteidigen, daß bei einem Vermögenszuwachs von 10 Millionen Mark — der im Kriege erzielt ist! — 4 150 600 dem Besitzer verbleiben? Wer billigt es, daß der Gewinner einer Million mit einer Abgabe von 449 400 Mk., der Gewinner von 100 000 Mk. mit einer solchen von 23 400 Mk. davonkommt, auch wenn er zuvor schon Millionen besaß, während das Deutsche Reich betteln geht? Auf jeden Fall also muß die große Arbeit der Einnahmebeschaffung nach Friedensschluß begonnen werden mit einer

„Bestandsaufnahme", die ermittelt, wo und wieviel — ungeachtet der inzwischen erhobenen Abgaben — Zuwachs zu verzeichnen ist, und dieser Zuwachs muß zur Abbürdung eines möglichst großen Teiles der Kriegslasten dienen.

Auf die Abbürdung, nicht auf die Zinsenbeschaffung, muß überhaupt die Finanzpolitik in erster Linie abzielen. Vor allem die Arbeiterklasse ist an der Abbürdung interessiert. Müssen wir die Milliardenlast durch die Jahrzehnte schleppen, so wird die Rente, die sie den kapitalistischen Reichsgläubigern bringt, letzten Endes aus der Arbeit, dem Urquell des Volksvermögens, gewonnen. Die Arbeiterklasse nimmt an dem Rentenbezug bestenfalls mit Brosamen teil, bei der Rentenbeschaffung trägt sie die Hauptlast. Aber auch in bürgerlichen Kreisen hat der Gedanke der raschen Abbürdung wenigstens eines sehr erheblichen Teils der Reichsschuld Anhänger gefunden. Nicht nur, weil man sich der Hoffnung hingibt, durch ein einmaliges größeres Vermögensopfer am leichtesten der Gefahr der dauernden scharfen Besteuerung des Einkommens entrinnen zu können, sondern auch aus den Gründen, die Prof. Jaffé in seiner schon angezogenen Schrift wie folgt zusammenfaßt:

„Schon aus Gründen unserer militärisch-politischen Schlagfertigkeit gegenüber den künftigen Aufgaben ist es für das Deutsche Reich ausgeschlossen, auf Jahrzehnte hinaus die riesenhafte große Schuldenlast weiter zu tragen. Durch die jetzige Höhe wird die Kreditfähigkeit des Reiches so eingeengt, daß wir die Summe, die wir zur Weiterführung unserer inneren und äußeren Politik nach dem Kriege brauchen, nicht oder nur zu ganz unverhältnismäßig drückenden Bedingungen erhalten könnten. Ferner hängt unsere finanzielle Kriegsbereitschaft einfach davon ab, daß wir in kurzer Frist einen großen Teil unserer Schulden abstoßen, um in kommenden Notfällen wieder neue Anleihen aufnehmen zu können."

Von diesem letzten Gesichtspunkt aus hat auch der englische Pazifist Sidney Webb es für erforderlich erklärt, mindestens ein Drittel der englischen Kriegsschuld innerhalb kurzer Frist abzuzahlen, um dem Staatskredit wieder die nötige Elastizität zu geben „für den Fall des Ausbruchs eines neuen Krieges".

Aber wie läßt sich das Problem lösen? Am radikalsten erscheint auf den ersten Blick der Vorschlag, dem Rudolf Goldscheid sein bereits erwähntes Buch gewidmet hat. Goldscheid findet, man habe bisher nicht genügend beachtet, „ein wie schroffes Mißverhältnis sich allmählich zwischen dem unausgesetzt wachsenden politischen Machtapparat des Staates und der durch seine Besitzlosigkeit verursachten wirtschaftlichen Ohnmacht herausgebildet hatte", und er will dieses Mißverhältnis nun dadurch beseitigen, daß er „zumindestens soviel nationales Privateigentum in den Besitz des Staates überführt, als für vollwertige materielle Deckung seiner Schuldenlast erforderlich ist". Dabei nimmt er an, daß es sich beim Uebergang in den Frieden um eine Schuldenlast des Reichs von rund 100 Milliarden handeln werde, der (nach Abzug des im Besitz der öffentlichen Körperschaften befindlichen Vermögens vom sogenannten Nationalvermögen) ein nationales Privateigentum von etwa 300 Milliarden gegenüberstehe. Von diesem nationalen Privatvermögen müßte ⅓ = 100 Milliarden in den Besitz des Reichs überführt werden. Goldscheid bringt zur Begründung der von ihm vorgeschlagenen Lösung des Staatsschuldenproblems eine Fülle guter Gedanken bei, er wird aber den Schwierigkeiten nicht gerecht, die der Durchführung seines Planes erwachsen müssen. Da es sich hier um eine wenn auch nur prozentuale Sozialisierung der Produktion handelt, könnten wir Sozialdemokraten prinzipiell nichts einzuwenden haben. Aber es will scheinen, als ob eine Sozialisierung zu drei Drittel, den entsprechenden Reifegrad der wirtschaftlichen Entwicklung vorausgesetzt, viel leichter durchzuführen wäre, als eine solche zu einem Drittel. Auch die Rechnung Goldschreds wird

nicht ganz stimmen. Will er nicht die auf kleinen Vermögen beruhenden Existenzen, soweit sie trotz der gerade hier so stark wahrnehmbaren verheerenden Wirkungen des Krieges sich noch aufrechterhalten, vollends erschüttern, so muß er die Vermögen unterhalb eines nicht zu niedrig bemessenen Existenzminimums von der Uebereignung eines Drittels auf das Reich ganz ausnehmen und den die Grenze dieses Existenzminimums überschreitenden Vermögen bis zu einer höheren Grenze eine degressive Bemessung des dem Reich zuzuführenden Vermögensteils gewähren. Das müßte bewirken, daß das Reich einen erheblich geringeren Teil des nationalen Privateigentums als ⅓ bekäme, wenn nicht gleichzeitig der von den leistungsfähigen Vermögen abzugebende Teil wesentlich höher als auf ⅓ bemessen würde. Je höher man aber den von den großen Vermögen dem Reich zuzuführenden Teil bemißt, desto zahlreicher und unüberwindlicher werden auch hier die praktischen Schwierigkeiten.

Eine vollwertige materielle Deckung der Schuldenlast des Reichs auf dem von Goldscheid empfohlenen Wege, so willkommen sie wäre, wird also kaum so rasch möglich sein. Dennoch muß an dem Plan einer einmaligen größeren Vermögensabgabe festgehalten werden. Jaffé zieht sie einer jährlichen Besteuerung des Einkommens mit Sätzen von 50 und mehr Prozent bei weitem vor. Sie habe bedeutsame Vorteile psychologischer und materieller Art. Die Abtretung eines Teiles aller Vermögen bedeute nicht das Aufhören des Antriebs zur Vermögensbildung, sondern im Gegenteil den schärfsten Stachel, um die gerissene Lücke sobald wie möglich wieder auszufüllen. Materiell biete eine solche Abgabe dem Reich den Vorteil, die erforderliche Verminderung der Reichsschuld auf dem schnellsten Wege zu bewerkstelligen. Je eher jeder einzelne sich klar werde, daß die Reichsschuld nichts anderes als „anteilsweise eine Verschuldung jedes einzelnen entsprechend dessen wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit" sei, um so besser für alle Beteiligten. Jaffé will mit der Vermögensabgabe mindestens 30—40 Milliarden Mark Reichskriegsschulden innerhalb kurzer Frist aus der Welt schaffen. Dasselbe Ziel verfolgt der Abgeordnete Gothein in einer Abhandlung in der „Hilfe". Während Jaffé sich über die Gestaltung der Steuersätze nicht ausläßt, nimmt Gothein an, daß die allerkleinsten Vermögen jeder Art (er denkt dabei nur an solche von 1000 Mk., die Grenze wird aber beträchtlich höher zu ziehen sein) freizulassen, die übrigen mit einer gestaffelten Abgabe bis zu 25 Proz. bei den allergrößten Vermögen zu belasten seien.

Eine Abgabe dieser Art muß von der Sozialdemokratie gefordert werden. Im Reichstag haben wir sie bereits wiederholt empfohlen. Auch die von uns beantragte wiederholte Erhebung eines Wehrbeitrags, für die während des Krieges noch viel gewichtigere Gründe sprechen als im Jahr 1913, hätte eine Vermögensabgabe, wenn auch viel bescheideneren Umfangs, dargestellt. So naheliegend ein Wehrbeitrag nach 1½jähriger Kriegsdauer zum Zweck der Balanzierung des laufenden Etats war, nach mehr als drei Kriegsjahren und zur Verminderung einer Schuldenlast von 100 Milliarden würde er, nach den Sätzen von 1913 erhoben, ein Tropfen auf dem heißen Stein sein. Zu diesem Zweck muß eine Vermögensabgabe in anderen Maßen erhoben werden. Die Bedingungen, die für die Zahlung einer solchen Vermögensabgabe aufzustellen sind, werden von Jaffé und Gothein näher besprochen. Im Rahmen dieser Arbeit kann darauf im einzelnen nicht eingegangen werden. Zu unterstreichen aber ist, daß die Erhebung einer allgemeinen Vermögensabgabe desto leichter sein wird, je schärfer zugleich die Kriegsgewinne im besonderen erfaßt werden. Denn durch eine Vorausbelastung der im Krieg aufgespeicherten Vermögenswerte wird, soweit möglich, erst wieder eine gewisse Gleichwertigkeit der der allgemeinen Abgabe unterliegenden Vermögensobjekte hergestellt.

Wird aber durch die Kriegsgewinn- und Vermögensabgabe die Schuldenlast des Reiches auch um 40 oder auch um 50 Milliarden vermindert, so bleibt immer noch eine Dauerlast an Zinsen und Kriegsrenten vom deutschen Volke zu tragen, die um mindestens 7 Milliarden die Reichsausgaben der Friedenszeit übersteigen wird. Kein Zweifel, daß auch der Kampf um die Verteilung dieser Last die erbittertsten Formen annehmen wird. Zahlreiche geschäftige Federn sind jetzt schon am Werk, um das Unglück auszumalen, das über das Volk käme, wenn man den großen Einkommen zu stark zu Leibe ginge. Nur durch reichliche Kapitalanlage produktiver Art seien die Einbußen rasch auszugleichen, die das Naturalvermögen des deutschen Volkes im Kriege erlitten habe. Für solche Kapitalanlage sei aber Kapitalbildung die Voraussetzung, und darum dürften die großen Einkommen nicht überbelastet werden.

Dieser Gesichtspunkt ist uns nicht neu. Er ist von allen Theoretikern des Sozialismus als ein Wesenszug der kapitalistischen Entwickelung anerkannt worden. Marx hat uns die bedeutsame Rolle der Kapitalakkumulation im Produktionsprozeß dargelegt. Karl Renner*) sagt:

„Es ist beklagenswert, daß alle neu zuwachsenden Werte in der heutigen Gesellschaft in die Taschen privater Kapitalisten fließen, aber es ist so. Und also ist jeder Produktionsfortschritt, also die ganze ökonomische Entwickelung, daran gebunden, daß die Kapitalisten Teile ihres Einkommens unverzehrt anhäufen."

Und schärfer noch spricht sich Bernstein**) aus:

„Die Ansammlung von Produktionsmitteln, in der heutigen kapitalistischen Gesellschaft also von Kapital, ist für die Fortentwickelung der Produktion wie für den möglichst leichten Gang des Geschäftslebens überhaupt eine Notwendigkeit. Von einer bestimmten Höhe ab, die je nach dem Stand des Nationalreichtums und der Ausbildung von kollektivistischen Einrichtungen eine verschiedene sein wird, können auch Steuern auf Besitz und Einkommen die Wirkung haben, daß kostspielige Erweiterungen von Fabrikanlagen, die rasche Erneuerung von Maschinen, das Zustandekommen weitschichtiger Unternehmungen unterbunden oder erschwert, der Zinsfuß in die Höhe getrieben, die Volkswirtschaft auf diese Weise verteuert und so die Lebensbedingungen der arbeitenden Klassen von zwei Seiten her verschlechtert werden."

Diesen Erwägungen hat die Steuergesetzgebung in der Vergangenheit Rechnung getragen, und zwar in übertriebenem Maße. Wo immer es sich um eine stärkere Belastung des Besitzes handelte, tauchte auch, und meistens mit Erfolg, der Einwand der Kapitalbildung auf. Wer kann nun aber leugnen, daß wir uns in einer völlig veränderten Lage befinden? Soll der auch jetzt wieder erhobene Einwand, daß die Vermögensbildung nicht gehemmt werden dürfe, nun etwa besagen, daß es mit der Aufsaugung des Vermögens breiter Mittel- und Arbeiterschichten durch die Kriegsmillionäre noch nicht genug ist? Recht kurios nimmt es sich aus, wenn dieselben Finanzpolitiker, die zugunsten der Kapitalbildung vor einer schärferen Einkommensbesteuerung warnen, über den unwirtschaftlichen, skandalösen Luxuskonsum des Kriegsprotzentums tiefernste Klagen anstimmen. Müßten sie nicht gerade diesen Luxuskonsum, der nicht der Kapitalbildung dient, durch eine entsprechend gestaltete Besteuerung des Einkommens einzuschränken suchen?

Wer etwa mit jenem Einwand kommen wollte, daß nicht die gesamte Milliardensumme, die beschafft werden muß, mit direkten Steuern erhoben

*) Karl Renner: Das arbeitende Volk und die Steuern. Wien 1909.
**) Eduard Bernstein: Die Steuerpolitik der Sozialdemokratie. Berlin 1914.

werden könne, würde offene Türen einstoßen. Die törichte Ansicht, daß nach der Erhebung einer großen Vermögensabgabe noch 7 Milliarden jährlich fortlaufende Steuereinnahmen lediglich aus dem Einkommen des deutschen Volkes aufgebracht werden könnten, ist noch nirgends laut geworden. Nicht minder töricht aber würde die andere Ansicht sein, daß die direkten Steuern bei der Beschaffung einer solchen Riesensumme völlig verschont bleiben könnten.

Man mache sich nur folgendes klar: Auch wenn 50 Milliarden Reichsschulden vorweg durch Kriegsgewinn- und allgemeine Besitzabgabe abgetragen würden, wären an Steuern aller Art an sämtliche öffentliche Körperschaften noch 12 bis 13 Milliarden jährlich statt 5,078 Milliarden im Jahre 1913 zu zahlen. Das sollte geschehen, ohne den Betrag von 2884 Millionen, wenn man die Erbschaftssteuer hinzunimmt, 2958 Millionen, der 1913 aus direkten Steuern gewonnen wurde, irgendwie zu steigern? Man komme nicht mit dem Einwand, daß der steigende Einnahmebedarf der Einzelstaaten und Gemeinden schon zu einer strafferen Anziehung der direkten Steuern führe.

Gewiß, die Bundesstaaten haben sich schon während des Krieges zu Erhöhungen der direkten Steuern genötigt gesehen. Es ist möglich, daß die eingeführte Zuschläge eine dauernde Einrichtung werden, es ist sogar möglich, daß sie noch eine Steigerung erfahren. Soweit Preußen in Betracht kommt, darf man das allerdings zunächst noch in Zweifel ziehen. Wurden doch schon bei der Etatsberatung 1917 Stimmen laut, die von der Notwendigkeit, den 1916 eingeführten Einkommensteuerzuschlag beizubehalten, nicht fest überzeugt waren. Wenn das Preußenparlament trotzdem diesen Zuschlag zunächst unverändert bestehen ließ, so mag dabei die politische Erwägung nicht ganz ferngelegen haben, daß durch die gesteigerten Sätze einem Zugriff des Reichs auf die Einkommensteuer wirksam vorgebeugt werden könne. Man mag aber das Wachstum des Aufwands der Einzelstaaten und Gemeinden noch so hoch, die Ersparnisse, die sie durch Verwaltungsvereinfachung erzielen müssen, noch so niedrig einschätzen, die Tatsache bleibt bestehen, daß die Riesenschuld, die der Krieg im Gefolge hat, auf dem Reiche lastet, das den Krieg führt. Verglichen mit dem künftigen Einnahmebedarf des Reichs wird sich der Bedarf der Einzelstaaten und Gemeinden bescheiden ausnehmen. Stand vor dem Kriege das Verhältnis der aus Zöllen und Steuern fließenden Einnahmen des Reichs einerseits, der Bundesstaaten und Gemeinden andererseits etwa wie 2 : 3, so wird es nach dem Kriege stehen wie 3 : 1. Eine solche veränderte Situation bietet wahrlich keinen Anlaß, zu verzichten auf die von uns schon vor dem Kriege mit guten Gründen vertretene Forderung, jene Steuerart, die dem Ideal der größtmöglichsten Anpassung an die Leistungsfähigkeit des Steuerzahlers am nächsten kommt, in den Dienst des Reichs zu stellen.

Die jahrzehntealte Streitfrage, ob das Reich überhaupt an den direkten Steuern teilnehmen soll, ist durch die Tat entschieden. Abgesehen von der Erbschaftssteuer, die von der Finanzwissenschaft unter die indirekten Steuern eingereiht wird, hat das Reich 1913 den Wehrbeitrag als einmalige, die Besitz- (Vermögenszuwachs-) Steuer als dauernde direkte Steuer eingeführt; 1916 ist die Kriegssteuer hinzugetreten. Trotz allem Widerspruch der bundesstaatlichen Finanzminister gegen das Eindringen des Reichs in das Gehege der direkten Steuergesetzgebung ist also die Prinzipienfrage bejahend beantwortet. Es würde einer Verkennung und Mißachtung des Reichs als staatlichen Machtfaktors gleichkommen, wenn die Bundesstaaten dennoch auch nach dem Weltkrieg eifersüchtig darauf bestehen wollten, daß dem Reich die ergiebigste Steuerquelle verschlossen bleibt. Den Bundesstaaten soll kein Bruchteilchen ihrer Einnahmen aus den direkten Steuern entzogen werden. Es soll ihnen auch künftig gestattet sein, nach Maßgabe ihres Bedürfnisses Einkommen

und Vermögen zu belasten. Sie sollen in der Lage sein, ihre Kulturaufgaben, die nicht vernachlässigt werden dürfen, zu erfüllen. Das Reich besteht aus den Bundesstaaten, und bei den aus den Bundesstaaten kommenden Mitgliedern des Reichstags darf man genau so viel Interesse an der Deckung des Finanzbedarfs der Bundesstaaten voraussetzen wie bei den Mitgliedern des Bundesrats. Aber die Bundesstaaten müssen gestatten, daß neben ihnen das Reich die direkten Steuern für sich in Anspruch nimmt. Indirekt ist das auch heute schon verfassungsrechtlich vorgesehen. Durch das Verbindungsrohr der Matrikularbeiträge können die Erträge der direkten Steuern in die Reichskasse geleitet werden. Aber davon kann keine Rede sein, den Reichsetat in Zukunft irgendwie auf die Matrikularbeiträge zu stützen. Diese lästige Einrichtung hat durch die neueste Entwickelung der Reichssteuergesetzgebung ihre Bedeutung verloren und sollte am besten ganz verschwinden.

Ein Reichseinkommen- und ein Reichsvermögenssteuergesetz ist notwendig. Selbst wenn das Reich nicht auf die Besteuerung des Einkommens und Vermögens angewiesen wäre, sprächen Gründe der Vereinheitlichung und Vereinfachung für die Schaffung solcher Gesetze. Müssen so komplizierte Gesetze, auf die heute kein Bundesstaat mehr verzichten kann, durch die gesetzgebenden Körperschaften der 26 Bundesstaaten laufen? Eine Verschiedenheit der wirtschaftlichen Verhältnisse, die einen verschiedenen Inhalt dieser Gesetze bedingen würde, liegt nicht vor. Hat doch auch das Königreich Preußen für sein weitgestrecktes Gebiet einheitliche Steuergesetze. Die Abweichungen der modernen Einkommensteuergesetze der Bundesstaaten sind zumeist nur rein gesetzestechnischer Art. Soweit sie wirtschaftlich verschieden wirken, bedeuten sie keinen Vorteil, sondern einen Nachteil. Zu der einheitlichen Ordnung der rechtlichen Bedingungen des deutschen Wirtschaftslebens gehört ein einheitliches Steuerrecht. Je größer die Lasten in der Zukunft werden, desto mehr wird das Bedürfnis nach gleicher Lastengestaltung ohne Rücksicht auf bundesstaatliche Grenzen hervortreten. Aber die Steuerhoheit, das Rückgrat der Selbständigkeit der Bundesstaaten, würde doch damit zertrümmert werden! In Wahrheit würde nichts zertrümmert als die Kräfteverschwendung, die darin liegt, daß man 26 Gesetze schafft, wo eins genügt. Den Bundesstaaten verbliebe das unbeschränkte Recht, auf der Grundlage des Reichsgesetzes soviel „Einheiten" oder soviel „Prozent" Steuern für ihre Zwecke zu erheben, wie sie brauchen. Den Gemeinden ebenso; bei ihnen würde sich am bestehenden Recht nicht viel ändern. (Auf den dringend notwendigen Lastenausgleich der Gemeinden untereinander und zwischen Gemeinden und Staat kann hier nicht eingegangen werden.) Den Bundesstaaten könnte auch das Recht gegeben werden, den Reichssteuertarif ungleichmäßig — etwa oben stärker als unten — zu belasten. Von besonderer Wichtigkeit wäre die einheitliche Durchführung eines der gesunkenen Kaufkraft des Geldes entsprechenden steuerfreien Existenzminimums im ganzen Reich, die einheitliche Behandlung des Einkommens von Ehegatten, vor allem aber die einheitliche Anpassung der Einkommensteuer an die ungeheuer bedeutsamen Bedürfnisse der Bevölkerungspolitik. Die starke Belastung alleinstehender Personen von einer bestimmten Einkommensgrenze an aufwärts und die weitgehende Schonung kinderreicher Familien wird bedingt durch ein großes Reichsinteresse und muß daher gleichzeitig, wirksam und gleichmäßig im ganzen Reich durchgeführt werden. Verschwinden muß ferner, und zwar in allen Steuergesetzen, die Steuerfreiheit der regierenden Fürstenhäuser. Für solche Privilegien ist nach dem Kriege in Deutschland kein Raum mehr.

Die Einkommensteuer hat in allen Bundesstaaten zusammen im Jahre 1913 ergeben 678 Millionen Mark. Der Ertrag ist in den letzten 4 Jahren, trotz —

oder infolge — des Krieges, so stark gestiegen, daß er 1917, ohne die Ergebnisse der Zuschläge, eine Milliarde erreichen dürfte. Eine Summe in derselben Höhe wenn es sein muß, in eineinhalbfacher und selbst in doppelter Höhe ist aus der Einkommensteuer fürs Reich herauszuholen. Vergessen wir nie die Milliardenschuld, die es zu decken gilt, vergessen wir auch nie, daß die Einkommensteuer bei zweckmäßiger Ausgestaltung die am gerechtesten wirkende von allen Steuern ist. Zur Erlangung des doppelten Betrags des bundesstaatlichen Steueraufkommens fürs Reich müßte, unbekümmert um eine etwaige Erhöhung der staatlichen und der Gemeindesteuersätze, eine durchschnittliche Steigerung der Steuern von Rieseneinkommen um 8 bis 10 Proz. des Einkommenbetrags eintreten. Die durchschnittliche Gesamtbelastung der größten Einkommen würde mit dieser Erhöhung kaum die derzeitigen englischen Höchstsätze erreichen. So wenig wie in England würde in Deutschland die Kapitalbildung damit unterbunden. Wird die Steuer richtig gestaltet oder mit einer zweckmäßigen zweiten Steuer kombiniert, so kann erreicht werden, daß der in die Reichskasse fließende Einkommensteil ganz oder überwiegend dem Luxusverbrauch statt der reproduktiven Wirtschaft entzogen wird.

Für die ergänzende Besteuerung der Vermögen gilt im wesentlichen dasselbe, was von der Einkommenbesteuerung gesagt wurde. Wie vollkommen überflüssig es ist, daß jeder Bundesstaat, der das fundierte Einkommen in Form einer Vermögenssteuer besonders erfassen will, sich ein eigenes Vermögenssteuergesetz schafft, hat Württemberg gezeigt, das nach Ablauf des ersten Kriegsjahres im Handumdrehen eine Vermögenssteuer auf der Grundlage des Reichsbesitzsteuergesetzes einführte. Nun mag es seine Schattenseiten haben, eine alljährlich zu leistende Steuer zu erheben nach den Ergebnissen einer von drei zu drei Jahren erfolgenden Veranlagung. Aber um was es sich hier handelt, das ist, daß Württemberg von seinem Steuerhoheitsrecht keinen Gebrauch machte, sondern einfach eine neue Landessteuer auf dem Fundament eines Reichsgesetzes errichtete. Kann nun nicht das Reich, nachdem es mit der Besteuerung des Vermögenszuwachses den Boden der reichtsrechtlichen Vermögensbesteuerung bereits betreten hat, ein Reichsvermögensgesetz schaffen? Der Vereinfachung unserer komplizierten Steuergesetzgebung würde das zweifellos dienen. Selbstverständlich wird die Vermögenssteuer zugleich schärfer angespannt werden müssen, in erster Linie durch eine progressive Gestaltung. Eine Frage für sich ist, ob man an der Vermögenssteuer ebenso wie an der Einkommensteuer Reich, Bundesstaaten und Gemeinden zugleich beteiligen will. Man kann daran denken, die Besteuerung der Vermögen mit der des Vermögenszuwachses zu verbinden und beide nur für das Reich zu beanspruchen. Auf diese Weise ließe sich aus der Vermögensbesteuerung ein ansehnliches Erträgnis für die Reichskasse gewinnen. Die Wehrbeitragsveranlagung hat ergeben, daß das steuerbare Vermögen, wenn man die Grenze bei 6000 Mk. zieht, 1913 etwa 200 Milliarden Mark betrug. Während des Krieges ist keine Verminderung, wahrscheinlich sogar eine nicht unerhebliche Vermehrung der Vermögenstitel eingetreten, die aber durch eine abermalige Vermögensabgabe der oben besprochenen Art aufgezehrt würde. Mit rund 200 Milliarden steuerbarem Vermögen wird also zu rechnen sein. Ein durchschnittlicher Steuersatz von 5 vom Tausend (oder 10 vom Hundert des Ertrags einer 5prozentigen Rente, die nach dem Kriege die normale Rente sein dürfte) würde genügen zur Aufbringung von einer Milliarde. Ein höherer Steuersatz wäre eine Frage des Bedarfs und der Zweckmäßigkeit. Würde das Reich die Vermögenssteuer für sich allein beanspruchen, so müßte naturgemäß den Bundesstaaten und Gemeinden ein etwas größerer Spielraum in der Belastung der Einkommen gewährt werden.

Die Vermögensbesteuerung bildet den Punkt, bei dem eingehakt werden muß, wenn man die Rentenbezieher, unter ihnen auch die Besitzer von Kriegsanleihe, kräftig zur Deckung der Reichslasten heranziehen will. Die schaffende Arbeit würde sich aufbäumen dagegen, daß ihr das Bleigewicht der Milliarden angehängt würde unter gleichzeitiger Schonung der Kapitalrente. Mit dem bequemen Einwand, daß die Kapitalbildung notwendig sei, läßt sich die Arbeit nicht bis aufs Mark schröpfen zur höheren Ehre der Rente. Hier trifft auch zu, was der Göttinger Professor Cohn einmal im „Tag" sagte:

„Der Beruf der kapitalistischen Produktionsweise für die heutige Volkswirtschaft ist keineswegs gekettet an den Bestand der Riesenvermögen in dem Eigentum einzelner Familien. Die Kollektivformen sorgen hinreichend für die Konzentration, deren der Produktionsprozeß bedarf. Sollte wirklich einmal an dem oberen Ende der Pyramide eine Verkümmerung eintreten, so wird das nicht so beklagenswert sein wie eine Verkümmerung in der Breite."

Zu der Einkommen- und Vermögenssteuer hat die Erbschaftssteuer zu treten. Wir haben bereits eine Reichserbschaftssteuer, zu der die Bundesstaaten teilweise Zuschläge erheben. Hier hat sich die Entwickelung schon vollzogen, die im Aufbau der Einkommen- und Vermögenssteuern folgen muß. Nur befindet sich die Reichserbschaftssteuer noch im Zustande des Embryo. Sie kennt keine Besteuerung des Erbanfalls der direkten Abkömmlinge und Ehegatten und sie wird nach Steuersätzen erhoben, die keinen Vergleich aushalten mit den Erbschaftssteuersätzen anderer Staaten, vor allem Englands. In Deutschland wurden 1913 bei 67 Millionen Einwohnern und einem Volksvermögen von 330—400 Milliarden alles in allem 69,2 Millionen an Erbschafts- und Schenkungssteuer erhoben, wovon dem Reich 58,8 Millionen zugeflossen sind. In England wurden 1912 bei 45 Millionen Einwohnern und einem Volksvermögen von 300—360 Milliarden 506 Millionen an Erbschaftssteuer erhoben. Schon 1911 entfielen auf den Kopf der Bevölkerung an Erbschaftssteuer in England 11,66 Mk., in Frankreich 7,51 Mk., in Deutschland 0,95 Mk. Die kleine Erhöhung der deutschen Erbschaftssteuer, die 1913 erfolgte, fällt nicht ins Gewicht gegenüber der starken Steigerung, die England während des Krieges durchgeführt hat. Mit der Nachlaßsteuer läßt England den progressiven Tarif bis zu 20 Proz. steigen, auch für Kinder und Ehegatten. Nur bei der Erbanfallsteuer, die die Nachlaßsteuer ergänzt, werden die nahen Verwandtschaftsgrade schonender behandelt.

Nichts wäre in Deutschland näher gelegen, wie diese Steuerreserve zu erschließen, als während des Krieges neue Mittel beschafft werden mußten. Dabei hätten sich auch die sogen. lachenden Kriegserben, d. h. diejenigen, die ihr Erbglück nur dem Umstand verdanken, daß ein junger vermögender Veiter sein Leben im Kriege verliert, ohne direkte Abkömmlinge zu hinterlassen, entsprechend fassen lassen. Von der Besteuerung der Hinterlassenschaft eines im Felde gefallenen Vaters bei den Kindern oder eines im Felde gefallenen Gatten bei der Witwe ist nie die Rede gewesen. Unsere Fraktion hat Anträge im Reichstage gestellt, die das Erbschaftssteuergesetz auszubauen bezweckten, sie haben leider keinerlei Unterstützung gefunden. Bei der Regierung und bei den bürgerlichen Parteien war die Rücksichtnahme auf die willige Zeichnung von Kriegsanleihe größer, als die auf eine gerechte Lastenverteilung. Nach Beendigung des Krieges wird hoffentlich kein ernsthafter Widerstand gegen eine sehr wirksame Ausgestaltung der Erbschaftssteuer mehr geleistet werden, es sei denn bei den Junkern, die sich dann darüber mit den Wählern auseinander zu setzen haben werden. Diese Ausgestaltung muß nach folgenden Richtungen geschehen: Aufhebung des Privilegs der Abkömmlinge und Ehegatten, beträcht-

liche durchgängige Verschärfung der Steuersätze, Steigerung der Steuersätze nicht nur nach der Höhe des Erbanfalls und dem Grade der Verwandtschaft, sondern auch nach der Höhe des Gesamtvermögens, Einführung des Erbrechts des Reichs in zweifacher Richtung: Abgestuftes Miterbenrecht des Reichs bei kleiner Kinderzahl und Alleinerbenrecht des Reichs bei den entferntesten Verwandtschaftsgraden.

Wenn Walther Rathenau*) mit der Beschränkung des Erbrechts „Die erbliche Knechtung des untersten Standes vernichten" will, so mag das ein bißchen zu schwärmerisch und zu wenig geschichtsmaterialistisch gedacht sein, aber insoweit kann man ihm zustimmen, daß die besitzende Klasse dem Erbschaftswesen einen veränderten Begriff entgegenzubringen haben wird. Aus finanzpolitischen und aus wirtschaftlichen Gründen wird das nötig sein.

Auch die Reichsbesitzsteuer, die wir mit dem Gesetz von 1913 geschaffen haben, ist ausbaufähig. Sie kann verschärft und in ihrer prinzipiellen Grundlage ergänzt werden. Der Gedanke von Mombert, neben dem ersparten, also in Vermögen verwandelten Einkommen, auch das verbrauchte Einkommen unter Berücksichtigung der individuellen Familienverhältnisse der Steuer zu unterwerfen, kann nicht ernst genug der Beachtung empfohlen werden. Einen nicht zu niedrig bemessenen, nach der Familienkopfzahl abgestuften Verbrauchsaufwand will Mombert von der Steuer freigestellt, den Mehrverbrauch will er besteuert wissen.

Eine solche „Mehrverbrauchseinkommensteuer" wirkt nicht nur steuerlich gerecht und ausgleichend gegenüber der Belastung des ersparten Einkommens, sie dient auch dazu, den Luxuskonsum zu beschränken zugunsten der Bildung produktiven Vermögens. Bei einer schärferen Erfassung der großen Einkommen ist das von erheblicher Bedeutung. Nehmen wir einen Steuerpflichtigen mit 100 000 Mk. steuerbarem Jahreseinkommen. Er hat bisher alles in allem (bei hohen Gemeindelasten) 20 000 Mk. Steuern bezahlt, 50 000 Mk. verbraucht und 30 000 Mk. gespart, also in Vermögen verwandelt. Nimmt man ihm künftig 40 000 Mk. Steuern ab, so müssen die Steuerlasten nach Möglichkeit so gestaltet sein, daß sie ihn drängen, nur noch 30 000 Mk. zu verbrauchen und trotz der Mehrbelastung ebensoviel in Kapital zu verwandeln wie bisher. Jede steuerliche Maßnahme, die den Luxusverbrauch einzuschränken geeignet ist, verdient Unterstützung. Aber man wird auf das finanzielle Ergebnis solcher Maßnahmen keine allzu große Hoffnung setzen dürfen. Sind mit zweckmäßig gestalteten Luxus- oder Aufwandsteuern 50, sind 100 Millionen hereinzubringen, so wird sie der Reichsschatzsekretär gern nehmen. Er wird für jede Einnahme Verwendung haben. Eine ausschlaggebende Rolle kommt aber diesen Steuern in dem Finanzprogramm der Zukunft nicht zu. Das gilt auch von den Sondereinkommen-, Stempelsteuern und dergleichen. Wir werden ergänzende Besitzsteuern nicht bekämpfen, sondern nur verhüten müssen, daß man sie an die Stelle wirksamer allgemeiner Besitzsteuern treten läßt. Wie die Reichstagsfraktion seinerzeit der Tantiemesteuer zugestimmt hat, so würden wir eine Dividendensteuer, die in vielen Fällen neben der Kriegsgewinnsteuer ganz gute Dienste leisten könnte, eine Talon-, eine Emissionssteuer annehmen können, wir brauchten uns auch einer Besteuerung von kostbaren Gold-, Perlen- und Edelsteinschmuck nicht zu widersetzen. Solche Steuern werden nicht sehr viel bringen, aber sie können verhindern, daß wachsende Summen in Luxus angelegt und damit nicht nur der Einkommens- und Vermögensbesteuerung, sondern auch dem Wirtschaftsprozeß entzogen werden. Das gilt besonders von der Besteuerung solcher Objekte, deren Wert

*) Walther Rathenau. Von kommenden Dingen. Berlin 1917.

vorwiegend im Material, nicht in der aufgewendeten Arbeit liegt. Die schematische Unterscheidung zwischen direkten und indirekten Steuern kann nicht richtunggebend für unsere Steuerpolitik sein. Die Erhebungsform ist nicht entscheidend für die Frage, wer die Steuer trägt.

Unser Kampf muß sich richten gegen jede Steuer, die die Lebenshaltung der breiten Massen der Arbeiterklasse herabzudrücken geeignet ist. Nicht nur das Lebensinteresse der Arbeiter schreibt uns diesen Kampf vor, sondern auch das wohlverstandene Interesse der deutschen Gesamtwirtschaft. Die Arbeitskraft, das organische Kapital, bedarf nach dem Kriege vor allem anderen der Erholung und Stärkung. Wir werden nach dem Kriege nicht nur den Produktionsmechanismus auf seine frühere Höhe bringen, Vorräte aller Art in der früheren Menge aufstapeln, dem Boden seinen gewohnten Ertragswert zurückgeben, den Viehstand wieder heben, sondern zugleich auch, wie Goldscheid sagt, uns „mit der ungeheuersten Energie und größten Sorgsamkeit der Aufgabe zuwenden müssen, das Menschenmaterial sowohl quantitativ wie qualitativ frisch aufzuforsten, ja, wir werden in der Bewältigung gerade dieser Aufgabe, das Staubecken der Urquellen der Produktion, welche die wertschaffenden Kräfte selber darstellen, neu aufzufüllen, die oberste Aufgabe erblicken müssen, die uns überhaupt gestellt ist". In der Steuerpolitik ist acht darauf zu geben, daß die Steigerung der Güterproduktion nicht auf Kosten der Menschenproduktion und -qualifikation vor sich geht. Denn das hieße „den Zweck in den angewandten Mitteln negieren". Mit schweren Massensteuern, die an den Lebensnotwendigkeiten zehren, wird man, führt Goldscheid weiter aus, nur die Tendenz fördern, daß die zu härtester Entbehrung verurteilten Massen, wenn sie schon nicht mehr imstande sind, für Kinder zu sparen, sich damit durchzuhelfen trachten, daß sie an Kindern sparen. Auf eine absolut und relativ sehr verringerte Geburtenziffer muß sich die deutsche Wirtschaft ohnedies einrichten. Die Leistungsfähigkeit der Arbeiterklasse muß sich naturgemäß in demselben Verhältnis vermindern, in dem ihre Lebensbedingungen sich verschlechtern. Von der Leistungsfähigkeit der Arbeiterklasse wird es aber abhängen, ob und in welchem Maße dem Streben nach Wiedererlangung der Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands auf dem Weltmarkt Erfolg beschieden sein wird. Der Umwandlungsprozeß von Ware in Geld und von Geld wieder in Ware müßte dem toten Punkt zutreiben, wenn der fundamentale Umwandlungsprozeß von Gütern in Menschen und von Menschen wieder in Güter gehemmt und vernachlässigt würde. Er würde aber notwendig eine Hemmung erfahren, wenn man den Arbeitern die Milliardenlast aufbürden wollte in einer Zeit, in der die Ernährung und gesamte Lebensführung der Arbeiterklasse auf dem Tiefpunkt angelangt ist. Die deutsche Arbeiterklasse würde das auch nicht geduldig hinnehmen, sondern sich zur Wehr setzen in politischen und wirtschaftlichen Kämpfen, die den Wirtschaftskörper den heftigsten Krisen aussetzen und seine Wiedergenesung von den Wunden des Krieges verhindern müßten.

Es bleibt freilich, auch wenn zur einschneidendsten Verschärfung der Besitzsteuern geschritten wird, immer noch ein Abmangel, der nach Milliarden zählt. Wie soll er gedeckt werden? Das ist die große Frage, die es zu beantworten gilt. Man spricht allgemein von Monopolen, die geschaffen werden müssen. Sicherlich muß zur Errichtung von Monopolen geschritten werden, aber unerschöpfliche Geldquellen bilden sie auch nicht. Namentlich dann nicht, wenn sie nicht lediglich eine andere Form der Besteuerung des Massenverbrauchs bilden sollen. Einige der in der Literatur gemachten Vorschläge laufen aber schon darauf hinaus, die Summen, die man dem konsumierenden Volke durch Steuern auf notwendigste Nahrungsmittel nicht aufzuhalsen wagt, durch Monopole ihm aufzuzwingen. So ist der Vorschlag aufgetaucht, mit Hilfe eines Getreide-

handelsmonopols die Tonne mit 5 Mk. zu belasten und so einen Ertrag von einer Milliarde aus dem unentbehrlichsten Nahrungsmittel herauszuholen. Der Gedanke eines Getreidehandelsmonopols liegt nicht so fern, nachdem während der Kriegsjahre eine staatliche Bewirtschaftung des Getreides eingeführt worden ist. Der finanzielle Erfolg eines solchen Monopols für das Reich muß aber beruhen auf der Ueberführung der Handelsprofite in die Reichskasse und auf der größtmöglichen Wirtschaftlichkeit und Kräfteersparung bei der Ueberführung des Getreides vom Produzenten zum Verbraucher. Dieser Gesichtspunkt ist für unsere Stellungnahme zur Monopolfrage überhaupt entscheidend. Wir haben den Monopolgedanken nie prinzipiell abgelehnt, wohl aber der verschleierten Massenbelastung uns widersetzt. Unter der Voraussetzung, daß die Ablösungsbedingungen die Allgemeininteressen den privaten voranstellen, daß das Arbeiterrecht für die Arbeiter der staatlichen Betriebe sozial gestaltet wird, daß die Warenpreise auf ein Maß begrenzt werden, das die im freien Wettbewerb sich bildenden Preise nicht übersteigt, und daß schließlich eine wirksame Kontrolle der Monopolbetriebe gesichert ist, können Reichsmonopole unsere Zustimmung finden. Der Zweck muß sein, den Kapitalprofit der Reichskasse zuzuführen. Das ist am leichtesten möglich bei der Gewinnung von Naturschätzen. Mit einleuchtender Begründung ist Otto Hue*) für die Monopolisierung des Bergbaus und des Kohlenhandels eingetreten. Der Bergbau ist längst zum privaten Monopolbetrieb geworden. Er liegt in den Händen einer kleinen Zahl großer Kapitalisten, die die Macht ihres Monopols gegenüber den Kohlenverbrauchern rücksichtslos ausnützen. Aus einem Naturprodukt, das nach normalem Rechtsempfinden Eigentum der ganzen Volksgemeinschaft sein muß, schlagen sie Riesenprofite heraus. Gestützt auf die Gewinnerträge des Jahres 1913 schätzt Hue den jährlichen Rohgewinn aller deutschen bergbaulichen Betriebe auf 800—900 Millionen Mark. Inzwischen sind die Gewinne rapid gewachsen. Die Gewinne des Kohlengroßhandels, der gleichfalls monopolartig organisiert ist und vom Grubenkapital beherrscht wird, kommen hinzu. Das Reich kann sich also mit einem Bergbau- und Kohlenhandelsmonopol erkleckliche Einnahmen beschaffen. Nur muß es den Mut haben, zuzugreifen. Bisher fehlte dieser Mut bei der Reichsregierung. Sie hat statt des Bergbaumonopols die Kohlensteuer geschaffen, die vom Grubenkapital als Schutzwehr gegen die Monopolisierungsbestrebungen gewünscht wurde. Aber der Gedanke des Bergbaumonopols darf damit nicht als begraben gelten.

Als weitere Gebiete, die geeignet und reif für die Monopolisierung seien, werden in der Literatur empfohlen: Das Versicherungswesen, das gleichfalls hohe Profite abwirft bei verhältnismäßig kleinem Risiko und kleiner Mühewaltung, das Reklame- und Inseratenwesen, das heute äußerst irrationell gestaltet ist, der Petroleumhandel, dessen Monopolisierung 1913 erfolglos von der Reichsgesetzgebung versucht wurde, das Tabakgewerbe, das Bismarck schon 1882 vergebens zu monopolisieren versuchte, der Branntweinhandel, der 1886 durch eine vom Reichstag fast einstimmig abgelehnte Vorlage in die Hände des Reichs überführt werden sollte, die Spirituserzeugung, die Zündholzerzeugung, die Binnenschiffahrt, die Elektrizitätsversorgung und andere Industriezweige. Geradezu ein dringendes Bedürfnis ist die Uebernahme der Rüstungsindustrie in die Hände des Reichs. Die Reichskasse wird dabei große Summen ersparen und die Sicherheit des künftigen Friedens wird eine um so höhere sein, je unabhängiger das Maß der Waffenrüstung vom kapitalistischen Privat-

*) Monopolfrage und Arbeiterklasse. Drei Abhandlungen von Heinrich Cunow, Otto Hue und Max Schippel, mit einem Nachwort von Wilh. Janssen. Berlin 1917.

interesse ist. Zunächst bleibt aber abzuwarten, ob nicht auch der künftige Friedensvertrag sich über den Umfang der Waffenrüstungen aller Staaten aussprechen wird.

Es kann sich in diesem Stadium der Behandlung der Finanzprobleme der Zukunft für uns nicht um die Festlegung auf bestimmte Monopolpläne handeln. Wir werden uns aber auch nicht einschüchtern lassen durch den Widerstand privater Interessenten. Ohne tiefe Eingriffe in das wirtschaftliche Leben lassen sich die Milliarden nicht beschaffen, die notwendig sind, wenn dem Staatsbankerott vorgebeugt werden soll. Darüber wird sich auch die Reichsregierung im klaren sein.

Allerdings darf bei der Prüfung der Monopolfrage der finanzielle Gesichtspunkt, so wichtig er bei der künftigen Verfassung der Reichsfinanzen sein wird, nicht allein entscheidend sein. Wirtschaftliche Erwägungen haben hinzuzutreten. Das Monopol verdient den Vorzug, das die Produktion zu verbilligen geeignet ist. Es gibt nun Volkswirtschaftler, die ganz allgemein den Staatsbetrieb ablehnen, weil er teurer arbeite wie der Privatbetrieb. In dieser Allgemeinheit trifft das aber nicht zu. Wo das Monopol zu einer Zusammenlegung zahlreicher Kleinbetriebe zu wenigen Großbetrieben führt, muß eine Kräfte- und Kostenersparnis, also eine Verbilligung eintreten; Betriebe mit ungünstigen Standortsverhältnissen können eingestellt werden zugunsten solcher mit günstigeren Produktionsbedingungen, die Vertriebs- und Reklamekosten lassen sich verringern. Die Vorbedingungen sind sehr verschieden geartet. Das eine Mal wird ein größerer Erfolg durch ein Fabrikations-, das andere Mal durch ein Verkaufsmonopol zu erzielen sein. Neben dem reinen Staatsmonopol kann auch der gemischtwirtschaftliche Betrieb in Frage kommen. Auch die handelspolitischen Interessen hängen mit diesen Problemen aufs engste zusammen. Niemand weiß zurzeit, wie sich die Handelsverhältnisse Deutschlands zur übrigen Welt nach dem Kriege gestalten werden. Mit dem heftigsten Wettkampf der Industrien der einzelnen Länder ist zu rechnen. Dabei kann die Regulierung größerer Wirtschaftszweige durch eine staatliche Organisation sehr nutzbringend sein.

Noch hat die Reichsregierung nicht zu erkennen gegeben, welche Vorschläge sie dem Reichstag zu machen gedenkt. Gelegentliche Aeußerungen der Finanzmänner des Reichs und der Einzelstaaten zeigen, daß ihnen die Monopolfrage als ein heißes Eisen gilt. Der Respekt vor dem Privatkapital gebietet ihnen, größte Vorsicht zu üben. Sie suchen nach Auswegen und glauben einen solchen gefunden zu haben mit dem Gedanken der Rohstoffbesteuerung. Das Reich soll, wie der württembergische Finanzminister schüchtern ankündigte, „seinen Anteil" an sich ziehen nicht erst hinterher, wenn der wirtschaftliche Kreislauf vollendet ist, sondern „von vornherein durch Teilnahme an dem Gewinn bei der Erzeugung, der Einfuhr und dem Umschlag der Güter". Wenn der steuerliche Eingriff schon in den ersten Entwickelungsstufen des Gütererzeugungsvorgangs erfolge, so werde der Spartrieb im weiteren Produktionsprozeß gefördert und es sei möglich, daß eine Preissteigerung gar nicht eintrete, weil durch technische und sonstige Verbesserungen ein Ausgleich geschaffen werden könne. Insbesondere falle aber dann die umständliche teure Steuerveranlagung weg und werde durch einfachere und billigere Einrichtungen ersetzt. In derselben Richtung bewegen sich Andeutungen des bayerischen Finanzministers, des neuen Unterstaatssekretärs Schiffer und des Reichskanzlers. Der eifrigste literarische Vertreter dieser Ideen, der schon erwähnte Professor Mombert*), stellt sie den

*) Prof. Dr. Paul Mombert. Der Finanzbedarf des Reichs und seine Deckung nach dem Kriege. Karlsruhe 1916.

rückschrittlichen Besteuerungsmethoden, die in der gestaffelten Brausteuer, in der Umsatzsteuer für Warenhäuser und Konsumvereine und in dem Streben nach einer Mühlenumsatzsteuer ihren Ausdruck fanden, gegenüber. Statt den unwirtschaftlichen Betriebsformen steuerlichen Schutz zu gewähren, will er die größtmöglichste Wirtschaftlichkeit auch durch zweckmäßige Besteuerung gefördert wissen. „Es wird in Zukunft für uns bitter notwendig sein, mit der bisherigen Praxis zu brechen und das wirtschaftlich und damit, wie die Verhältnisse bei uns zunächst liegen werden, national Wertvolle in seiner Entwickelung zu hemmen," sagt Mombert. Die Geschichte der deutschen Zuckersteuer führt er als Beispiel dafür an, wie eine Rohstoffsteuer den technischen Fortschritt fördere. In dem Maße, in dem das Ausbeuteverhältnis zwischen Zuckerrübe und fertigem Zucker sich verbessert habe, sei der Steuerbetrag, auf den fertigen Zucker berechnet, gesunken. Mombert übersieht nicht, daß bei einer Steuerpolitik, die den rationellen Betrieb kräftigt, den unrationellen links liegen läßt, einzelne Personen und ganze Berufsgruppen „unter die Räder geraten". Aber das sei eine Begleiterscheinung jedes wirtschaftlichen Fortschritts, das Ganze sei wichtiger als der Teil, und nach einem Kriege, der so viele Opfer verlangt und so viele Existenzen gekostet hat, werde man Fortschritten, die im Lebensinteresse des ganzen Volkes liegen, nicht mit der Begründung in den Weg treten dürfen, daß einzelne Kreise der Bevölkerung dadurch in ihrer wirtschaftlichen Existenz und sozialen Stellung bedroht werden.

Diese Gedankengänge fordern von uns eine vorurteilslose Prüfung. Finden sich Möglichkeiten, mit steuerlichen Maßnahmen eine Unterstützung der technischen Entwicklung zu verbinden, so haben wir keinen Grund, uns ihnen prinzipiell zu widersetzen. Aber auch bei diesen Bemühungen haben wir zu wachen, damit nicht unter falscher Etikette bösartige Massenverbrauchssteuern eingeschmuggelt werden.

Diese Fragen können hier aus räumlichen Gründen nicht in ihrer ganzen Tragweite und ihren Einzelwirkungen besprochen, sondern nur gestreift werden. Das eine aber tritt uns bei jedem Spezialgebiet des großen staatsfinanziellen Problems immer wieder vor Augen, daß die Lebensbedingungen der Arbeiter mit den Steuerproblemen aufs engste verschlungen sind.

* * *

Die Fragen der Steuerpolitik sind hier vom Boden der gegebenen Verhältnisse aus betrachtet worden. Vom Standpunkte eines künstlich gefügten theoretischen Lehrgebäudes aus mag die hier vertretene Auffassung in manchem Punkte angefochten werden können. In den großen Steuerkämpfen, die kommen werden, kann es aber nicht die Aufgabe der Sozialdemokratie sein, ohne Rücksicht auf den praktischen Lauf der Dinge Lehrmeinungen, die überdies umstritten sind, zu vertreten, sondern sie muß Einfluß auf die Entscheidungen gewinnen und praktisch zum Vorteil der breiten Volksmassen wirken. Die gemachten Anregungen und Vorschläge sollen übrigens nicht ein fertiges Programm darstellen. Die Stellung der Sozialdemokratie zur Steuerpolitik war schon vor dem Kriege viel zu wenig geklärt, als daß sich für alle Probleme und Situationen sofort eine übereinstimmende Beurteilung hätte ergeben können. Die Formel unseres Programms, die auf der einen Seite ausspricht, daß alle öffentlichen Ausgaben, soweit diese durch Steuern zu decken sind, durch stufenweis steigende Einkommens- und Vermögenssteuern bestritten werden sollen, auf der anderen Seite die Abschaffung aller indirekten Steuern, Zölle und sonstigen wirtschaftspolitischen Maßnahmen, welche die Interessen der Allgemeinheit den Interessen einer bevorzugten Minderheit

opfern, fordert, läßt an Klarheit vieles zu wünschen übrig. Sie läßt zunächst die Frage offen, welche öffentlichen Aufgaben durch Steuern und welche durch andere Einnahmen zu decken sind. Das wichtige Gebiet der Gebühren z. B., die oft lediglich eine Bezahlung für eine Sonderleistung von Behörden darstellen, berührt sie nicht. Bei der „Abschaffung aller indirekten Steuern usw." bleibt es der Entscheidung im einzelnen Falle vorbehalten, ob es sich um solche handelt, „welche die Interessen der Allgemeinheit den Interessen einer bevorzugten Minderheit opfern". Es sind natürlich auch indirekte Steuern denkbar, die nur eine bevorzugte Minderheit belasten und die Interessen der Allgemeinheit entweder nicht berühren oder sogar begünstigen. Auch die Resolution, die der Jenaer Parteitag 1913 zur Steuerfrage beschloß, gab nicht auf alle Fragen der verwickelten Steuermaterie Auskunft. Wenn aber schon die Steuerprobleme der Vorkriegszeit sehr oft geteilte Anschauungen in der Partei aufkommen ließen, um wie viel mehr wird das der Fall sein bei den Anforderungen, die die Reichsfinanzen nach dem Kriege an das deutsche Volk stellen. Das Steuerproblem wird in den nächsten Jahrzehnten das Zentralproblem der inneren Politik bilden und durch seine Zusammenhänge mit der Zoll- und Handelspolitik, die auch auf einen völlig neuen Boden zu stellen ist, auch die auswärtige Politik beeinflussen. Bei der Stellungnahme zu einer derartigen Riesenaufgabe kann in einer großen Partei nicht sofort volle Uebereinstimmung über alle Einzelheiten herrschen. Darin aber wird es keine Meinungsverschiedenheiten in der Sozialdemokratie geben, daß wir unsere Kräfte bis zum äußersten einzusetzen haben, um die Interessen des Proletariats zu schützen. Zu diesem Behuf gilt es in allererster Linie die unbeschränkte Gleichheit der politischen Rechte zu erkämpfen. Von der Machtstellung, die sich die Arbeiterklasse bei der Entscheidung über die Verfassungs- und Wahlrechtsfragen erringt, hängt der Einfluß ab, den sie bei der Lösung der Finanzfragen auszuüben vermag. Wir werden eine demokratische Steuergesetzgebung bekommen, wenn wir demokratische Verfassungszustände haben.

Aber die kapitalistischen Machtfaktoren mögen sich nicht dem verhängnisvollen Irrtum hingeben, zu glauben, daß die große Frage der Lastenverteilung zu ihren Gunsten entschieden sei, wenn es ihnen gelänge, die Arbeiterklasse um ihre wohlerworbenen staatsbürgerlichen Rechtsansprüche zu prellen. Der Kampf um die Lastenverteilung würde dann um so erbitterter geführt werden. Würde die Arbeiterklasse in der Entfaltung ihrer Kräfte auf dem Boden des geordneten politisch-parlamentarischen Kampfes beeinträchtigt, so würde sie zu ihren wirtschaftlichen Machtmitteln zu greifen gezwungen sein. Für die Lasten, die man ihr aufbürdete, müßte sie Ersatz fordern in Form entsprechend höherer Löhne, weil sie sonst die gestiegenen Produktionskosten der Arbeitskraft nicht zu decken vermöchte. Damit würde der Kreislauf der Warenpreissteigerung fortgesetzt, während die Interessen der allgemeinen Volkswirtschaft erfordern, ihn rückgängig zu machen. In diesen Kämpfen würde die Arbeiterklasse eine unvergleichlich größere Macht darstellen als in den Kämpfen der vergangenen Friedenszeit. Denn zu dem gemeinsamen wirtschaftlichen Interesse kommen in Zukunft unzerstörbare moralische Bindemittel. Das gemeinsam in der Kriegszeit erlittene Leid, die gemeinsam gebrachten Opfer, die gemeinsam überstandenen Gefahren werden die Arbeiter aller Organisationsrichtungen zusammenschweißen. Unsichtbar würde die große Armee der Opfer der Schlachtfelder an ihrer Seite kämpfen und die Besitzenden peitschen mit der Frage, was die Hingabe eines Teils der großen Vermögen und Einkommen an das gemeinsame Vaterland, dessen Sicherheit die Sicherheit ihres Wohllebens bedeutet, besagen will im Vergleich mit der Hingabe des Lebens. Der Klassenkampf würde sich bis zur Siedeglut steigern. Die Folgen für das ohnehin geschwächte deutsche Wirt-

schaftsleben wären unabsehbar. Sie können vermieden werden, wenn bei der Entscheidung über die großen deutschen Zukunftsfragen Sonderrechte und Sonderinteressen kleiner Bevölkerungsgruppen zurückstehen hinter den Lebensinteressen der deutschen Volkskraft.

* * *

Kurz zusammengefaßt ergeben sich aus dem Dargelegten für die praktische Steuerpolitik der Sozialdemokratie folgende Richtlinien:

1. Bei allen steuerlichen Maßnahmen ist die Arbeitskraft und damit die Existenz des einzelnen Individuums zu schützen.
2. Die großen Vermögensverschiebungen, die der Krieg bewirkt hat, sind möglichst auszugleichen durch Zurückführung der Vermögensgewinne in die Reichskasse.
3. Alles Privatvermögen ist von einer Mindestgrenze an zu einem nach der Leistungsfähigkeit abzustufenden Schuldentilgungsbeitrag heranzuziehen.
4. Die progressive Einkommensteuer ist auf eine reichsgesetzliche Grundlage zu stellen, nach sozialen Gesichtspunkten auszugestalten und zu verschärfen; das Reich ist an ihren Erträgen zu beteiligen.
5. Auch die Vermögenssteuer ist reichsgesetzlich zu ordnen und progressiv auszubauen zum Zwecke der scharfen Vorausbelastung der Vermögensrente.
6. Die Erbschaftssteuer ist auf Kinder und Ehegatten auszudehnen, die Steuersätze sind zu verschärfen, besonders bei Erbanfällen, die sich mit schon vorhandenem großen Vermögen verschmelzen, ein sozial und bevölkerungspolitisch wirksames Erbrecht des Reichs ist einzuführen.
7. Zweige des Wirtschaftslebens, die sich ihrer Natur und ihrem Entwicklungsgrad nach dazu besonders eignen, sind in die Verwaltung des Reichs zu übernehmen, damit die Kapitalrente und der Vorteil rationeller Betriebsweise der Reichskasse zugeführt werden.

Unsere sozialpolitischen Aufgaben.

Von Rudolf Wissell.

Einleitung.

Die furchtbarste Wirkung des Krieges ist die wahnwitzige Vernichtung und Vergeudung des Menschenlebens und der menschlichen Gesundheit. Wie viele gefallen und verstümmelt sind, wie groß die Verluste durch Geburtenrückgang, durch frühzeitigen Tod oder Siechtum infolge der Ernährungsschwierigkeiten, die gesundheitlichen Schädigungen infolge der Anstrengungen im Felde und der Arbeitsüberlastung der Heimgebliebenen sein werden, wird erst nach dem Kriege zu übersehen sein. Nur das wissen wir schon jetzt mit positiver Sicherheit, daß die Bilanz des Krieges eine furchtbare sein wird. Eine so furchtbare, daß unser Geschlecht die endgültige Liquidierung wohl nicht mehr erleben wird. Und doch müssen wir an die Liquidierung herantreten. So bald wie möglich und so entschieden wie möglich. Eine furchtbar schwere Aufgabe gilt es hier zu lösen. In einer wirtschaftlich in schwerster Weise zerrütteten Welt.

Wenn wir fragen, wie die Liquidierung zu erfolgen hat, so ergibt sich die Antwort mit zwingender Gewalt aus den brutalen Tatsachen der Wirklichkeit. Das Ziel unserer Maßnahmen wird sein müssen: Erhaltung und Entfaltung alles menschlichen Lebens, Beseitigung und Fernhaltung alles dessen, was die Entstehung und größtmöglichste Entwicklung neuen Lebens hindert, Schutz der menschlichen Arbeitskraft, der höchsten Trägerin allen Kulturfortschritts, Förderung alles dessen, was der Hebung des Kulturniveaus dient und damit Schutz jedes einzelnen vor dem Herabsinken in eine tiefere soziale Schicht.

Die elementarsten Lebensnotwendigkeiten unserer heutigen staatlichen Gemeinschaft, nicht moralische Erwägungen zwingen uns zur Lösung der in diesem kurzen Programm umschlossenen Aufgaben. Was der wahnwitzige Krieg an sachlichen Kulturwerten vernichtet hat, kann nur der Mensch mit Hilfe aller der Handhaben, die uns Wissenschaft und Technik bieten und durch Ausnutzung, Beeinflussung und Gestaltung der natürlichen Kräfte in der uns umgebenden Welt wieder erzeugen. Deshalb dürfen einmal keine Arbeitskräfte nutzlos brach liegen und andererseits müssen sie solange wie möglich der Produktion erhalten werden. Am längsten aber wird die Arbeitskraft des einzelnen der gesamten Volkswirtschaft durch sorgsamste Pflege und Schonung erhalten. Jede dauernde Inanspruchnahme über das physiologische Maß hinaus schädigt ihre dauernde Wirksamkeit.

Arbeiterschutz.

So drängen denn die volkswirtschaftlichen Gesamtinteressen zu durchgreifendem Schutz der produktiven Arbeit. Um gesellschaftliche Werte handelt es sich hier. Daher muß auch der sinnlosen, von den Privatinteressen des einzelnen Unternehmers diktierten Ausnutzung der Arbeitskraft vorgebeugt und alles getan werden, was sie möglichst lange erhalten, sie am inten-

sibsten schonen kann. Planmäßige Fortbildung des Arbeiterschutzes ist also das erste Ziel, das von der kommenden Zeit erstrebt werden muß.

Die allgemeinen Grundzüge desselben sind schon in den Forderungen unseres Parteiprogramms enthalten; sie sind weiter in den Anträgen des Internationalen Gewerkschaftsbundes an die Stockholmer Gewerkschaftskonferenz vom 27. Juni 1917 festgelegt. Es bedarf nunmehr in Einzelheiten ihrer genaueren, den deutschen Verhältnissen angepaßten Formulierung. Sie ist in möglichster Kürze in der Anlage unter A versucht worden.

Für eine besondere Begründung der Arbeiterschutzforderungen gebricht es hier an Raum; es bedarf einer solchen jedoch kaum, da sie sich schon aus den einleitenden grundsätzlichen Bemerkungen ergibt. Nur zu den Forderungen des Wöchnerinnenschutzes erscheinen einige ausführliche Bemerkungen notwendig.

Die Arbeit der schwangeren Frauen und der stillenden Mütter ist kein volkswirtschaftliches Plus, sondern im Endergebnis ein erhebliches Minus. Säuglingssterblichkeit und Berufsarbeit der Mütter stehen im engsten Zusammenhange. Nur auf Kosten des werdenden Lebens und zum Schaden der Gesundheit der Mutter kann diese Arbeit geleistet werden. Das wertvollste und kostbarste Gut des Staates aber ist der Mensch. Die Pflege und Entwicklung des eben geborenen Menschen ist die notwendigste Aufgabe der kommenden Zeit. Daher müssen für die Mütter die Voraussetzungen geschaffen werden, sich dieser Pflege der Kinder zu widmen. Der in dieser Hinsicht der Mutter, der Trägerin des zukünftigen Geschlechts, gewährte Schutz, ist der beste Schutz auch dieses Geschlechts. „Niemals war das Kind heiliger, die Mutter mehr ein Hort der Zukunft, als jetzt, wo der Kampf so gewaltige Opfer an Menschenleben fordert."*) Dieser Tatsache hat sich alles zu unterordnen; auch die ihr gegenüber absolut nicht ins Gewicht fallende Möglichkeit, daß Vorschriften der geforderten Art der Arbeit verheirateter Frauen entgegenwirken können, zumal damit auch ein den Geburtenrückgang mit bedingendes Moment beschränkt wird. Selbst die volkswirtschaftliche Notwendigkeit, auch die Arbeitskraft der Frauen zu nutzen, kann nicht dazu führen, die noch stärkere volkswirtschaftliche Notwendigkeit zu vernachlässigen, nach aller Möglichkeit dem künftigen Leben und der Mutter als Trägerin desselben den weitgehendsten Schutz zu gewähren.

Die gewerbliche Beschäftigung schwangerer Frauen bis 14 Tage vor der Entbindung — wie sie heute zulässig ist — schafft den Keim schwerster Schädigung für Mutter und Kind. Die große Zahl der Totgeborenen — im Jahre 1914 waren es 65 845 — redet eine gar deutliche und eindringliche Sprache. In den letzten Wochen vor der Entbindung muß der Mutter absolute Ruhe gewährt werden. Fraglich kann nur sein, ob die vorgesehene nur sechswöchige Freizeit von der Arbeit vor der erwarteten Entbindung ausreicht. Sicher reicht die heutige Freizeit von vier, bezw. sechs Wochen nach der Entbindung nicht aus, die durch die Geburt veränderten und verlagerten Organe der Frau wieder in die physiologische Ordnung gelangen zu lassen und den entkräfteten Körper, der die besten Säfte dem Kinde zugeführt hat, sich völlig erholen zu lassen. Das Mindestmaß von Ruhezeit für die Mutter muß daher verlängert werden. Es ist auf mindestens acht Wochen zu bemessen. Erfordert dieses die Rücksicht auf die Mutter, so erfordert die auf das Kind noch weitgehendere Maßnahmen. Die Erfahrungen auch in den am besten eingerichteten Säuglingsheimen zeigen, daß das Kind nicht mehr so gut gedeiht, wenn die Mutter dem Kinde fehlt. Worauf diese Tatsache zurückzuführen ist, kann hier nicht erörtert werden, sie

*) Dr. Paul Kaufmann: Was dankt das kämpfende Deutschland seiner sozialen Fürsorge? Berlin 1917, S. 20.

steht jedoch fest. Daher soll die Mutter sich möglichst im ganzen ersten Lebensjahre dem Kinde widmen können. Das bedingt das Verbot gewerblicher Arbeit für die Mutter in dieser Zeit. Unbedingt hat ein solches Verbot für das erste halbe Jahr zu gelten. Nur wenn der Mutter von der Natur die Gabe versagt ist, das Kind nähren zu können, wird man ihr eine vierstündige tägliche Arbeit gestatten dürfen, vorausgesetzt, daß für ihre eigene Gesundheit kein Bedenken besteht. Eine längere Arbeitszeit wird dann bewilligt werden können, wenn eine anderweite, einer ordnungsmäßigen mütterlichen mindestens gleichwertige Pflege des Kindes nachgewiesen ist.

Diese Erlaubnis darf aber nur bei der physiologischen Unfähigkeit der Mutter zum Stillen erteilt werden. Wollte man sie lediglich von der Tatsache des Nichtstillens abhängig machen, würde damit in manchen Fällen dem Kinde die natürliche Nahrung entzogen werden. Diese dem Kinde zu sichern, muß mit allen zulässigen Mitteln erstrebt werden. Wo die physiologische Möglichkeit des Stillens vorliegt, soll der Mutter grundsätzlich die Aufnahme der Arbeit vor der 27. Woche nach der Entbindung versagt sein. Natürlich muß der Mutter auch die wirtschaftliche Möglichkeit gewährt werden, sich der Pflege des Kindes widmen zu können. Dazu bedarf es einer umfassenden Wöchnerinnenfürsorge. Der durch die Kriegswochenhilfsverordnungen vorgesehene Umfang derselben reicht bei weitem nicht aus. Er ist erheblich zu erweitern. Wie das zu geschehen hat, ist bei der Erörterung der versicherungsrechtlichen Seite dieser Frage weiter unten gesagt worden.

Die Forderung zur Beschränkung der Arbeit der Kinder und der Jugendlichen (unter A 7) ergibt sich aus der einfachen Erwägung, daß nicht in der Gegenwart Kräfte vergeudet werden dürfen, die erst ausgereift der Zukunft zur Verfügung stehen sollen.

Die Notwendigkeit des Heimarbeiterschutzes ist durch die Kriegsverhältnisse wieder ganz besonders hervorgetreten; nach dem Kriege wird es in noch höherem Maße der Fall sein, da mit einer weiteren Vermehrung der Heimarbeit gerechnet werden muß. Die in vielen Bezirken durch die Heeresverwaltung für die von ihr vergebenen Arbeiten vorgenommene rechtsverbindliche Festsetzung der Löhne zeigt den Weg, der in erster Linie zu beschreiten ist. Dieser Weg entspricht auch der Entschließung des deutschen Heimarbeitertages vom Januar 1911. Wo über die Lohnhöhe im Wege des Tarifvertrages Vereinbarungen zustande gekommen sind, ist ihnen zwingende Geltung beizulegen; wo nicht, müssen Einrichtungen geschaffen werden, die für die Parteien bindende Mindestlohnfestsetzungen vornehmen. Den zur Ausdehnung der Heimarbeit drängenden Tendenzen muß damit die Wirkung des Lohndrucks genommen werden.

Die Heimarbeit muß weiter unter die Gewerbeaufsicht gestellt, ein durchgreifender sanitärer Schutz muß geschaffen werden.

Durch Maßnahmen solcher Art wird wenigstens eine Besserung der überaus traurigen Verhältnisse in der Heimarbeit erreicht werden können. Ein generelles Verbot derselben wird der dadurch ausgelösten volkswirtschaftlichen Erschütterungen wegen für die nächste Zeit nach dem Kriege nicht in Frage kommen. Doch muß die Berechtigung der Heimarbeit verneint werden, wo die Arbeiter schweren Gesundheitsschädigungen, z. B. Vergiftungen, ausgesetzt sind, und bei der Herstellung von Lebens- und Genußmitteln. Handelt es sich in dem zuletzt erwähnten Falle auch nicht um eine eigentliche Arbeiterschutzmaßregel, sondern um eine allgemeine hygienische Forderung zugunsten der Konsumenten, so rechtfertigt sich das Verlangen an dieser Stelle aus dem inneren Zusammenhange mit dem zugunsten der Heimarbeiter geforderten Verbot.

Die den Heimarbeiterschutz betreffenden Forderungen brauchen nicht im einzelnen formuliert werden, da diese Formulierung in den mehrfachen Beschlüssen der Heimarbeitertage vorliegt. Wir können uns deshalb auf die in den Leitsätzen geschehene Formulierung beschränken.

Arbeiterversicherung.

Die Fragen der Arbeiterversicherung sind in letzter Zeit so erschöpfend in der Tagespresse behandelt worden, daß sie hier kurz behandelt werden können und es einer näheren Begründung der Forderung unter B — Seite 204 — nicht bedarf. Nur die geforderte Mutterschaftsversicherung bedarf noch einiger Worte. Die Mutterschaftsversicherung wird die Behandlung von Schwangerschaftsbeschwerden, die Gewährung von Hebammendienst und ärztlicher Behandlung, eines Wochengeldes in Höhe des anderthalbfachen Krankengeldes und eines angemessenen Stillgeldes zu sichern haben. Dabei darf zwischen ehelichen und unehelichen Geburten nicht unterschieden werden. Jedes neugeborene Menschenkind muß in gleicher Weise willkommen geheißen werden.

Der Mutterschaftsversicherung und der von ihr umschlossenen Säuglingsfürsorge ist weiter auch eine Fürsorge für das Kleinkind anzugliedern, die sich auf die Ueberwachung und Pflege der Kinder erstreckt. Aus der mangelnden Erfahrung über die Gesundhaltung der Kinder erwächst dem Tode eine reiche Beute. Säuglings- und Kinderpflegerinnen müssen den Müttern mit Rat und Tat zur Seite stehen.

Der Kreis der von der Versicherung dieser Art umfaßten Personen hat die gesamte minderbemittelte Bevölkerung zu umschließen, die kleinen Selbständigen, deren allgemeine Versicherungspflicht ja gefordert wird, nicht ausgenommen.

Als Träger der Mutterschaftsversicherung können nur die Krankenkassen in Betracht kommen, nachdem die Reichsversicherungsordnung die Wochenhilfe als Leistung der Krankenversicherung im Prinzip gebracht hat.

Bevölkerungspolitische Gründe gebieten die obligatorische Familienversicherung gegen Krankheit, allgemein hygienische die Notwendigkeit periodischer ärztlicher Untersuchungen der Kassenmitglieder. Das Recht zu solchen Untersuchungen ist den Kassen einzuräumen.

Der Grundgedanke der Unfallversicherung ist konsequent durchzuführen und das heute noch von der Versicherung im allgemeinen ausgenommene Handwerk, der Handel und der häusliche Dienst dieser Versicherung zu unterstellen. Damit würde nur eine Lastenverschiebung eintreten; den wirtschaftlich Schwachen würde die sie drückende Last abgenommen und den stärkeren Gliedern des Wirtschaftslebens auferlegt werden. Auch die Tätigkeiten im öffentlichen Dienst und der Wohlfahrtspflege sind der Versicherung zu unterstellen. Der Schutz der Versicherung ist auf gewerbliche Berufskrankheiten und sonstige berufliche Schädigungen zu erstrecken. England ist uns auf diesem Gebiete weit voraus.

Die Verwaltung ist auf paritätischer Grundlage aufzubauen und ferner die Rechtsprechung von aller Verwaltungs- und Aufsichtstätigkeit freizuhalten.

Auf dem Gebiete der Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung ist es die so überaus geringe Höhe der Rente, die dringender Aufbesserung bedarf.

Die landesgesetzliche Knappschaftsversicherung offenbart namentlich durch die Zersplitterung der Kassen die schwersten Mängel; die reichsgesetzliche Regelung ist in Angriff zu nehmen, zumal das Reichsrecht schon vielfach die Knappschaftsversicherung beeinflußt. Angestelltenversicherung und Knappschaftsversicherung stehen sich hinsichtlich der einen Voraussetzung der Gewährung der Versicherungsleistung, der Berufsunfähigkeit, recht nahe. Sie lassen sich beide in die Invalidenversicherung eingliedern.

Daß eine reichsgesetzliche Regelung des Knappschaftspensionswesens auch eine ebensolche des Bergrechts zur Folge haben muß, sei nur erwähnt; für die Erörterung der uns hier interessierenden Fragen scheidet das jedoch aus.

Oeffentlicher Gesundheitsschutz.

Die öffentliche Gesundheitsfürsorge ist im Laufe der Jahre zu einem immer bedeutungsvolleren Zweige der öffentlichen Betätigung zur Abwehr bestimmter Schädigungen aller oder einzelner Volksschichten geworden. Es handelt sich bei ihr sowohl um die individuelle Fürsorge zugunsten des einzelnen als um allgemein pflegerische Fürsorgetätigkeit, die die aus den wirtschaftlichen Verhältnissen und der Unkenntnis der Beziehungen zwischen Krankheit und diesen Verhältnissen entspringenden Gesundheitsschädigungen zu mindern, fernzuhalten und zu beseitigen sucht. Die Säuglings- und Tuberkulosefürsorge, Trinkerfürsorge, die neuerdings durch die Kriegsverhältnisse zu besonderer Bedeutung gelangte Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten gehören hierher. Bei solcher Tätigkeit handelt es sich vielfach lediglich um solche besonders interessierter Persönlichkeiten, die Neigung und Bedürfnis zur Beackerung dieser Gebiete fühlen. Eine gesetzliche Grundlage für diese Tätigkeit besteht nicht. Daher fehlt sie in vielen Gegenden, namentlich auch in stark industriellen Bezirken mit besonders gesundheitlichen Gefahren für die Bevölkerung fast völlig. Zudem herrscht hier eine Zersplitterung und nutzlose Vergeudung williger Kräfte und von Mitteln, ganz abgesehen von der Ausnutzung der offenen Hand durch unlautere Elemente. Die Wohlfahrtspflege und Gesundheitspflege darf kein Gebiet zufälliger willkürlicher Lebensäußerung im Volke sein, sie ist vielmehr in enge Beziehung zum wirtschaftlichen, geistigen und sittlichen Leben zu bringen. Natürlich darf nichts, was sich besser frei entfalten kann, unter die Fesseln des Gesetzes gelegt werden. Den freiwilligen Kräften darf die Tätigkeit nicht verleidet werden. Mehr denn je sollen die im Volke schlummernden Kräfte zu sozialer Arbeit freigemacht werden. Am besten kann das dort geschehen, wo sie auch, gewissermaßen persönlich, interessiert sind, in der Gemeinde. Bei der durch den Krieg geförderten Erkenntnis der absoluten Notwendigkeit rationellster Menschenökonomie wird sich für jeden Kommunalbezirk ein gewisses Mindestmaß von gesundheitspflegerischer Fürsorge vorschreiben lassen. Das kommunale Gesundheits- und Wohlfahrts- oder Fürsorgeamt — als Seitenstück oder als Abteilung des an anderer Stelle geforderten Arbeitsamtes — wird die organisatorische Stelle sein müssen, in der sich für die freiwillige Betätigung auf sozialhygienischem oder dem Gebiete der öffentlichen Wohlfahrtspflege die beste Möglichkeit böte.

Es ist natürlich nicht möglich, auf alle Aufgaben eines solchen Kommunalamtes einzugehen. Nur kurz sei darauf verwiesen, daß die Kleinkinderfürsorge, die schulärztliche Organisation, die Waisen- und Jugendpflege, die Fürsorge für Gebrechliche, Blinde, Taubstumme, Psychopathen usw. als solche Aufgaben sich zwanglos von selbst ergeben. Mit diesen Aufgaben berühren sich auch jene eines städtischen Arbeitsamtes, dessen wesentlichste Aufgabe die Arbeitsvermittlung und all die bei dieser auftauchenden sozialen Fragen — Arbeitslosenfürsorge, Berufsberatung, Lehrstellenvermittlung usw. — darstellt. Die enge Verbindung der beiden Aemter ergibt sich auch hieraus. Vielleicht auch mit dem Versicherungsamt, wenn aus der Arbeitslosenfürsorge die Arbeitslosenversicherung als Endergebnis erwachsen sein wird.

Sicherung des Koalitionsrechts.

In einem auch im Inneren freien Deutschland bedürfen die das Organisationsleben regelnden gesetzlichen Bestimmungen einer eingehenden Umgestaltung. Die Grundlagen, von denen aus die Arbeiterschaft ihren kulturellen Aufstieg erreichen will und erreichen kann, sind die Organisationen. Lediglich durch den organisatorischen Zusammenschluß der Kräfte ist eine Hebung der Lage der Arbeiterschaft zu bewirken. Die Beseitigung der den organisatorischen Zusammenschluß und die gewerkschaftliche Betätigung beschränkenden und die Arbeiter fesselnden Bestimmungen des Vereinsgesetzes, der Gewerbeordnung, des Strafgesetzbuches und der Polizeiverordnungen ist deshalb die erste Voraussetzung für einen weiteren Aufstieg der Arbeiterschaft. Die Grundlage, von der aus die Arbeiter eine Verbesserung ihrer Lage erstreben und erreichen können, darf in keiner Weise anders sein, als sie es nach dem allgemeinen Recht für jeden einzelnen auch sonst ist. In den nach dem Friedensschluß ganz fraglos einsetzenden erbitterten Wirtschaftskämpfen müssen die Gewerkschaften als völlig gleichberechtigte und gleichwertige Organisationen eintreten können. Das geltende Recht hat aber auch dafür zu sorgen, daß sich nicht unnötige Reibungen zwischen den Parteien des Arbeitsvertrags ergeben; es muß alles forträumen, was Reibungen erzeugen kann. Dazu bedarf es einer

Neugestaltung des Arbeitsrechts.

Die Entwicklungstendenz unseres ganzen Wirtschaftslebens drängt immer mehr zu einer Zusammenfassung der einzelnen wirtschaftlichen Kräfte. Auf einem einzigen Rechtsgebiete hat der Gesetzgeber diese Tendenz der wirtschaftlichen Entwicklung wenigstens im Prinzip zum wirklichen, zum geschriebenen Recht werden lassen: auf dem Gebiete der Unfallversicherung. Hier steht dem durch Unfall geschädigten Arbeiter der Anspruch gegen die in dem Versicherungsträger zusammengefaßte Gesamtheit der Unternehmer zu. Auch die heutigen Arbeitsverhältnisse zeigen diese auf Vereinheitlichung und Zusammenfassung gerichtete Tendenz. Ist auch formell noch die individuelle Vertragsschließung aufrechterhalten, tatsächlich ist sie durch die Entwicklung überholt. Der Tarifvertrag zeigt dieses in deutlicher Weise. Er ist seinem ganzen Wesen nach ein Massenvertrag. Dabei steht ihm unser geltendes Recht feindlich gegenüber; es läßt den Bruch des Tarifvertrags mit für den Tarifbrecher rechtsverbindlicher Kraft zu. Ja das Recht zwingt den Richter geradezu zur Anerkennung des Rechtsbruchs. Dabei liegt den tarifgebundenen Parteien wieder die Friedenspflicht ob. Sie aber durch Strafen gegen die sie verletzenden Mitglieder wirksam zu machen, verhindert § 152 Abs. 2 der Gewerbeordnung.

Die gleichen Unstimmigkeiten sehen wir auf allen anderen Gebieten des Arbeitsrechts. Die Grundgedanken des Arbeitsrechts für die einzelnen Schichten der in unselbständiger Beschäftigung stehenden Bevölkerung sind völlig verschieden. Je nachdem wo der Dienst geleistet wird — und wenn es genau der gleiche Dienst ist — ändert sich die rechtliche Beurteilung dieser Dienste. So wenig es ein für alle Schichten der arbeitnehmenden Bevölkerung gleiches Arbeitsrecht geben kann, so sehr auch können und müssen die Grundgedanken des Arbeitsrechts für alle Schichten gleich sein. Die Art der Arbeit und nicht die ganz belanglose Frage, wo sie geleistet wird, muß für die rechtliche Beurteilung ausschlaggebend sein. Auf einem solchen Unterbau des allgemeinen Arbeitsrechtes können sich dann die besonderen Spezialrechte der einzelnen Gruppen und Berufe entfalten. Eine solche einheitliche Quelle kann natürlich nur das Reichsrecht sein.

Es muß auch mehr als bisher die Durchführung des Arbeitsrechts in die Hand der Parteien des Arbeitsvertrages gelegt werden. Wo sie ihren Gemeinschaftswillen bekundet haben, wo sie eigenes Recht geschaffen und das geschriebene Recht ihren besonderen Bedürfnissen und beruflichen Verhältnissen entsprechend gestaltet haben, werden sie es auch in einer ihren Bedürfnissen gerecht werdenden Weise verwalten können. Die so überaus flüssige Wirtschaftsgestaltung zeitigt immer neue Bedürfnisse, denen das geschriebene Recht der Gesetze nicht so leicht zu folgen vermag. Daß aber die Parteien des Arbeitsvertrages in ihren Vereinbarungen diesen Bedürfnissen Rechnung tragen können, zeigt der so mannigfache Inhalt der vielen Tarifverträge. Kaum ein Tarifvertrag ist geschlossen worden, der nicht Vorschriften über die Arbeitszeit und sonstige dem Schutze der beschäftigten Arbeiter dienende Maßnahmen enthielt. Diese Tatsache aber läßt den Gedanken in die Erscheinung treten, derartige Vorschriften eines Tarifvertrages auch in bisher dem Tarifvertrag nicht unterstehenden Betrieben bindende Wirkung erlangen zu lassen. Für die Heimarbeit dürfte das am ehesten der Fall sein können.*)

Die Forderung nach allgemeinen Arbeitsgerichten bedarf keiner näheren Begründung.

Interessenvertretung der Arbeiterschaft.

Durch die Schaffung von Arbeiterausschüssen in allen über einen bestimmten Umfang hinausgehenden Betrieben wird die Quelle vieler Differenzen mit den Arbeitgebern verstopft werden können. Der Arbeiterausschuß wäre — abgesehen von den gewerkschaftlichen Organisationen — die unterste Interessenvertretung der Arbeiter. Für die Vertretung der besonderen Arbeiter- und Angestellteninteressen im Bezirk einer unteren Verwaltungsbehörde würden die Vertreter der gewerkschaftlichen Organisationen im Arbeitsamt (siehe H) als besonderes Organ zu berufen sein. Durch eine solche Regelung würde sich ein einfacher und logischer Aufbau der Interessenvertretung ergeben. Für den Bezirk der höheren Verwaltungsbehörde würden dann die Arbeiterkammern diese Vertretung zu übernehmen haben.

Gewerbliches Einigungswesen.

Zur möglichsten Schlichtung sich ergebender Streitigkeiten aus dem Arbeitsverhältnis genügen die bestehenden Einigungsämter nicht. Das ergibt schon die Tatsache, daß sie namentlich bei Differenzen, die einen größeren Bezirk betreffen, ersetzt worden sind durch besondere Schlichtungsstellen, die manchmal nur für den einzelnen Zweck, oft unter Anteilnahme der Regierung, gebildet wurden. Sie müssen also durch Einigungsämter für bestimmte Gebiete (Bundesstaat, Provinz) und schließlich durch ein Reichseinigungsamt ergänzt werden. Wo, wie z. B. im Bergbau, besondere Berufsverhältnisse besondere Schlichtungseinrichtungen zweckmäßig erscheinen lassen, sind auch solche vorzusehen. Das Verfahren vor diesen Einigungsämtern würde dem vor den Schlichtungsausschüssen des Hilfsdienstgesetzes nachzubilden sein. Es muß also die Anrufung lediglich durch eine Partei geschehen können, Verhandlungszwang bestehen und beim Fernbleiben einer Partei die Fällung eines Schiedsspruchs zulässig sein. Der Schiedsspruch wird nur moralischen Zwang ausüben können.

*) Zu den hier erörterten Fragen sind zu vergleichen: Dr. Hugo Sinzheimer: Ueber die Grundgedanken und die Möglichkeit eines einheitlichen Arbeiterrechts für Deutschland. Schriften des Verbandes Deutscher Gewerbe- und Kaufmannsgerichte, Heft 1, Berlin 1914, und Dr. Hugo Sinzheimer: Ein Arbeitsberufsgesetz. Die Idee der sozialen Selbstbestimmung im Recht. München und Leipzig, Duncker u. Humblot, 1916.

Ihm eine bindende Wirkung beizulegen, würde eine Beschränkung des Koalitionsrechts bedingen. Verlangt eine Partei entgegen einem Schiedsspruch etwas, das von der öffentlichen Meinung nicht gebilligt wird, wird ihr des Fehlens dieser Billigung der öffentlichen Meinung wegen die Durchsetzung ihres Verlangens überaus erschwert sein. Ist jedoch, wie es auch bei einer Schlichtungsstelle möglich ist, ein Fehlspruch ergangen, wird die öffentliche Meinung auch in der Unterstützung der sich gegen den Schiedsspruch auflehnenden Partei zum Ausdruck kommen.

Anders wird es für die Uebergangszeit nach dem Friedensschluß sein müssen. Bei dem großen, nach der Entlassung der Heeresangehörigen wahrscheinlich vorhandenen Angebot von Arbeitskräften wird ein Eingriff in die Arbeitsbedingungen notwendig sein können. In einer Zeit des wilden Schwankens des wirtschaftlichen Gleichgewichts können die sonst die Lohnhöhe regelnden Faktoren nicht maßgebend sein. Hier hat eine regelnde Hand, die nicht immer die des Staates zu sein braucht, einzugreifen. Der Staat wird in dieser Zeit des Uebergangs der Hauptauftraggeber der privaten Industrie sein. Er wird es sein müssen, denn er kann es nicht verantworten, daß die Arbeitskraft ungezählter Hunderttausender eine Zeitlang brach liegt. Nur daß es dann nicht die volkswirtschaftlich unproduktiven Aufträge der Heeresverwaltung sein werden, die ein Leerlaufen der Volkswirtschaft verhindern, sondern auf die Erzeugung von Kulturgüter gerichtete. Für den Staat erwächst hier die Aufgabe, die Aufträge nur an solche Firmen zu vergeben, die bestimmte Bedingungen hinsichtlich Lohnhöhe und Arbeitsverhältnisse erfüllen. Daneben werden aber auch ganz generell Mindestlohnsätze vorzuschreiben sein, verschieden vielleicht nur nach den einzelnen Berufen. An sich handelt es sich bei diesen Maßnahmen um solche, die schon während der Kriegszeit erprobt sind. Für die letztere fehlt jedoch heute noch die berufene Stelle. Als solche würden die Einigungsämter in Frage kommen. Die Schaffung derselben oder der Ausbau der vorhandenen Einigungsämter zu solcher Aufgabe wird sich dann aber sofort notwendig machen.

Arbeitsvermittlung, Arbeitslosenunterstützung und Arbeitslosenversicherung.

Jedes zu vermeidende Brachliegen von Arbeitskräften muß vermieden werden. Das ergibt die Notwendigkeit einer geregelten, das ganze Reichsgebiet wie ein Netz überziehenden Arbeitsvermittlung. Der Reichstag hat sich schon im März 1915 auf den Standpunkt einer gemeinsamen Eingabe aller Gewerkschaftsrichtungen gestellt, deren Ziel die gesetzliche Organisation des Arbeitsnachweiswesens auf der Grundlage des Arbeitsamts unter Mitwirkung der Arbeitgeber und Arbeitnehmer ist. Wie die Arbeitsvermittlung zu regeln ist, ergeben die von den Gewerkschaften hierfür aufgestellten Leitsätze. Auf diese — s. „Correspondenzblatt" der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands 1915 S. 91 ff. — muß hier verwiesen werden. Nur sei an dieser Stelle ganz besonders darauf hingewiesen, daß die hier geforderten Arbeitsämter die geeignetsten Organe wären, die für die Verwaltung des Arbeitsrechts, Durchführung und Gestaltung des Arbeiterschutzes, Festsetzung von Minimallöhnen, z. B. für die Heimindustrie, in Betracht kommen.

Die demoralisierenden Wirkungen längerer Arbeitslosigkeit müssen schon aus sozialen Gründen aufgehoben oder doch wenigstens abgeschwächt werden. Wer da im offenen Kampfe fällt, sei es draußen vor dem Feind oder im Produktionsprozeß durch Betriebsunfall, ist seiner, freilich vielfach nicht ausreichenden Unterstützung sicher; wer durch Krankheit, Siechtum oder Alter seine Arbeitskraft einbüßt, ist schon weniger günstig gestellt. Wer durch Arbeitslosigkeit unter die Räder kommt und moralisch zusammenbricht, bleibt als Abfall auf der großen Schutthalde der kapitalistischen Wirtschaftsweise liegen. Dabei handelt es sich um wertvolle Arbeitskräfte, die unser Wirtschaftsleben nicht missen kann. Sie müssen durch eine ausreichende Arbeitslosenfürsorge so lange über Wasser gehalten werden, bis sich ihnen eine angemessene Arbeitsgelegenheit bietet. Eine endgültige Regelung kann nur durch eine obligatorische Arbeitslosenversicherung bewirkt werden. Sie allein ermöglicht einen gerechten Ausgleich der Risiken. Bis zu ihrer Schaffung muß der Staat durch Unterstützung der in erster Linie interessierten Gemeinden eintreten.

Zu erwägen ist, ob nicht die Arbeitslosenfürsorge derart möglich ist, daß dem Arbeitslosen eine seinem Arbeitsvermögen entsprechende Arbeit beschafft wird.

Armenpflege.

Die Beeinträchtigung öffentlicher Rechte (Verlust des politischen Wahlrechts, Unfähigkeit zum Amt eines Schöffen oder Geschworenen berufen oder als Beisitzer zum Gewerbe- oder Kaufmannsgericht gewählt zu werden) und die dauernde Aufsicht über den Unterstützten drücken der Armenunterstützung ihren so erniedrigenden beschämenden Charakter auf. Mit Rücksicht auf diese Tatsache und weiter auch, weil die Armenunterstützung nur das zum Leben notdürftigste gewähren kann, haben mehrfache Ministerialerlasse darauf hingewiesen, daß bei einer auf den Krieg zurückzuführenden Notlage keine Armenunterstützung, sondern Leistungen der Kriegswohlfahrtspflege gewährt werden sollen. Mit dem Fortfall der Kriegswohlfahrtspflege werden viele Tausende der bisher von ihr Unterstützten der Armenpflege anheimfallen. Das bedeutet für diese ein Herabsinken in der sozialen Stellung und Achtung, wenn nicht für die Armenpflege die Schlußfolgerung gezogen wird: was für die Kriegszeit recht war, wird für die Zukunft billig sein müssen. Genau so, wie die vom Kriege geschaffenen Verhältnisse für viele Personen Notlagen geschaffen haben, deren sie nicht Herr werden konnten, schaffen auch die Friedensverhältnisse solche Notlagen. Die Armenpflege wird also auf ein höheres soziales Niveau zu stellen sein. Die erste Maßnahme, die in Frage kommt, ist die Beseitigung aller erniedrigenden Rechtsfolgen. Weiter ist eine Neuregelung der Kostendeckung erforderlich. Schon allein der großen Ersparung an Verwaltungskosten und Arbeit wegen. Damit würde auch der Versuch, die Armen abzuschieben, beseitigt werden können. Nur andeutungsweise sind im vorstehenden die in Betracht kommenden wesentlichsten Punkte erwähnt worden.

Jugendfürsorge.

Das Ziel der Friedensarbeit wird das Jugendgesetz sein müssen, in dem alle die mit der körperlichen, geistigen und sittlichen Hebung der Jugend in Verbindung stehenden Fragen ihre gesetzliche Regelung finden. Es handelt sich hier um eine um so schwerere Arbeit, als die hier zu lösenden Aufgaben sich mit denen auf anderen Gebieten zu einer kaum zu lösenden Einheit verschlingen. Aber sie muß in Angriff genommen werden. Bis zu ihrer Erledigung darf aber nicht mit der Regelung der Fragen der Jugendfürsorge gewartet werden, die dringender Lösung bedürftig sind. Das ist einmal die Heraufsetzung des strafmündigen Alters und die Schaffung der Möglichkeit, wegen kleiner Delikte den Jugendlichen nicht vor den Strafrichter bringen zu müssen. Dabei verkenne ich nicht, daß bezüglich der letzteren erhebliche Bedenken der Durchbrechung des Legalitätsprinzips wegen obwalten. Wer aber auf dem Gebiet der Jugendfürsorge tätig ist, weiß, welcher Nichtigkeiten wegen Jugendliche vor den Strafrichter kommen. Die heute übliche Begnadigung

nach Verlauf einer gewissen Bewährungsfrist schafft die einmal geschehene Verurteilung nicht aus der Welt. Es wird sich ein System des bedingten Aufschubs der Strafverfolgung ermöglichen lassen, das zur endgültigen Niederschlagung der Strafverfolgung führen kann, wenn sich ein Jugendlicher während einer ihm gesetzten Bewährungsfrist bewährt hat.

Die Notwendigkeit einer reichsgesetzlichen Regelung der Fürsorgeerziehung ist durch den Beschluß des Kammergerichts vom April dieses Jahres mit seltener Deutlichkeit klar geworden.

Wohnungsfürsorge.

Die Sorge für die gesundheitliche und sittliche Kraft des heranwachsenden Geschlechts verlangt auch die gesetzliche Regelung der Wohnungsverhältnisse. Nach dem Kriege werden die Wohnungsverhältnisse aller Wahrscheinlichkeit nach überaus traurig sein. Die Zahl der Neubauten an Wohnungen ist während der Kriegszeit erheblich zurückgegangen und liegt seit längerer Zeit fast ganz danieder. Man darf sich nicht darauf verlassen, daß die einzelnen Bundesstaaten auf dem Gebiet des Wohnungswesens Ersprießliches leisten würden. Die bisherigen Erfahrungen schrecken. Ein Reichswohnungsgesetz tut uns dringend not, das den Gemeinden eine durchgreifende Kontrolle des Wohnungsbaues und der zu menschlichen Wohnungen benutzten Räume ermöglicht, und dessen Ziel es ist, Luft und Licht in die Wohnungen hineinzubringen. Die Wohnung muß mehr sein, als eine in so vielen Fällen nicht einmal gesundheitlich einwandfreie Schlafstätte. Von Staats wegen auch müssen ausreichende Mittel für den Wohnungsbau zur Verfügung gestellt werden.

Die vielen mit dem Wohnungswesen in Verbindung stehenden Fragen können hier des Raumes wegen nicht erörtert werden, das muß der Tagespresse vorbehalten werden. Nur betont sei, daß auch auf diesem Gebiet unendliche Arbeit zu leisten ist.

Die Loslösung der Wohnungsmiete vom Arbeitsvertrag wird sich bei der Regelung des Arbeitsrechts vollziehen müssen. Hier sei die Notwendigkeit nur besonders erwähnt.

Reichsamt für Sozialpolitik.

Die Durchführung aller das Arbeitsrecht, den Arbeitsvertrag und die sonstige Sozialpolitik direkt und indirekt berührenden Fragen muß ganz naturgemäß einer sich ihr ganz widmenden Behörde übertragen sein. Sie wäre auch die gegebene Stelle für die Erledigung der heute vielfach dem Reichsversicherungsamt obliegenden Verwaltungsaufgaben. Ihr würde die auch noch lange Jahre in den Frieden hinein notwendige Kriegsbeschädigtenfürsorge zu übertragen sein.

Neben dieser Verwaltungs- und Ausführungsbehörde wäre ein unabhängiger Gerichtshof zu bilden, der in seinen verschiedenen Abteilungen die Rechtsfragen der sozialen Versicherung und die der sonstigen Sozialpolitik zu entscheiden hätte.

Maßnahmen zugunsten der Kriegsteilnehmer und Kriegsbeschädigten.

Neben den sich aus den Kriegsverhältnissen ergebenden Maßnahmen allgemeiner Art machen sich zugunsten der aus dem Heeresdienst Entlassenen noch eine Reihe weiterer notwendig. Sie lassen sich — wenn auch nicht in allen Einzelheiten — zweckmäßig trennen in solche für die Kriegsteilnehmer und in solche für die Kriegsbeschädigten.

Volkswirtschaftliche Gründe gebieten dringend, nach Friedensschluß die für Heereszwecke nicht mehr gebrauchte Arbeitskraft jedes einzelnen Soldaten möglichst bald wieder produktiv sich betätigen zu lassen. In erster Linie sind es jedoch die ethischen Wirkungen der baldigen Rückkehr in die Heimat, die die baldige Entlassung der Eingezogenen als dringend zu erstrebendes Ziel erscheinen lassen. Die Rücksichtnahme auf vermeintlichen Arbeitsmangel darf nicht zur Zurückbehaltung der Kriegsteilnehmer führen. Wenn Rücksichten geübt werden müssen, so sind es solche auf die Ingangbringung unseres Wirtschaftslebens.

Die Entlassenen bedürfen alle einer angemessenen Erholung und der Zeit zur Ordnung ihrer häuslichen und wirtschaftlichen Verhältnisse. Zumindest für die Dauer eines Monats sind dem Entlassenen die bisherigen Bezüge und entsprechendes Verpflegungs- und Bekleidungsgeld und seiner Familie die Kriegsunterstützung zu gewähren; die letztere zweckmäßig bis zur ersten Lohnzahlung des Zurückgekehrten. Die Zurückkommenden dürfen nicht gleich wieder in eine neue Schuldenwirtschaft hineingetrieben werden. Fehlt nach Ablauf eines Monats dem Kriegsteilnehmer die Möglichkeit, Arbeit oder Anstellung zu erhalten, ist ihm eine entsprechende Arbeitslosenunterstützung zu gewähren. Daß für möglichst ausreichende Arbeitsgelegenheit von Staats wegen zu sorgen ist, begegnet kaum irgendwelchem Widerspruch. Man wird dem entlassenen Kriegsteilnehmer die Sorgen und schweren Nöte der Arbeitslosigkeit mit ihren schweren psychischen Depressionen nicht zumuten können.

Zu den wirtschaftspolitischen Maßnahmen der Arbeitsbeschaffung, die hier nicht erörtert werden können, haben auch sozialpolitische, diesem Ziele zustrebende, einzusetzen. In Oesterreich ist durch eine Verordnung vom 29. Juli 1916 den Handlungsgehilfen, die beim Ausbruch des Krieges einen Monat in Beschäftigung standen, und aus diesem Beschäftigungsverhältnis zum Heeresdienst eingezogen wurden, der Anspruch auf Wiedereinstellung in den alten Betrieb gewährleistet. Das wird auch bei uns möglich sein müssen, und zwar auch für einen großen Teil der Arbeiter. Man wird natürlich billige Rücksicht auf die Interessen des Arbeitgebers nehmen müssen. Ob die Verhältnisse die Wiedereinstellung gestatten, würde der Entscheidung einer paritätischen Schlichtungsstelle übertragen werden müssen.

Während die Rechtsverhältnisse auf dem Gebiet der Sozialversicherung verhältnismäßig gut geregelt sind, trifft das nicht zu für die sich aus den Pensionskasseneinrichtungen zahlreicher Unternehmungen ergebenden. Handelt es sich an sich auch hier um eine Frage, die bei der Neuregelung des Arbeitsrechts mit zu ordnen ist, so gilt es hier zunächst, jenen, die durch den Krieg oder durch den Hilfsdienst um ihre oft durch langjährige Beitragszahlung erworbenen Kassenansprüche gekommen sind, diese wieder zu sichern.

Eine ähnliche Regelung muß auch eintreten hinsichtlich der durch die Kriegsverhältnisse verfallenen Lebens- und sonstigen Versicherungen. Das Erlöschen ist vielfach eingetreten, nachdem auf das Deckungskapital der Versicherung Vorschüsse gewährt und diese wieder zur laufenden Beitragszahlung verbraucht waren.

Auch insofern ist der entlassene Heeresteilnehmer zu schützen, als aus der etwaigen Gewährung einer Unterstützung durch den Arbeitgeber dieser kein Recht zum Wiedereintritt des Entlassenen herleiten darf. Diese Unterstützungen dürfen auch nicht zum rückzahlbaren Darlehn gestempelt werden, müssen vielmehr als verfallene Schuld gelten.

Für viele Kriegsteilnehmer werden die wirtschaftlichen Verhältnisse schwer erschüttert sein. Vielfach werden sie sich vor einer Schuldenlast gestellt sehen, die ein wirtschaftliches Wiederhochkommen ausschließt oder doch erheblich er-

schwert. Man braucht nur an die aufgesummten Mietschulden zu denken. Wie sich eine durchgreifende Hilfe für die Kriegsteilnehmer bewirken läßt, wird unter Berücksichtigung der sich entgegenstehenden Interessen zu erwägen sein. Bei den Mietschulden wird neben dem Hauswirt der Hypothekengläubiger und eventuell die Wohnortsgemeinde für die Uebernahme eines Teiles der Schuldsumme in Betracht kommen. Die Regelung wird den als obligatorische Schuldeinigungsämter auszubauenden Mieteinigungsämtern zu übertragen sein. —

Die Mängel der Kriegsbeschädigtenfürsorge haben schon auf der gemeinsamen Tagung im August 1916 in Köln die Arbeiter- und Angestelltenorganisation zur Forderung der reichsgesetzlichen Regelung derselben veranlaßt. Die Erfüllung dieser Forderung ist seitdem immer dringender geworden.

Neben dieser gesetzlichen Regelung der allgemeinen Kriegsbeschädigten- und Hinterbliebenenfürsorge steht für die Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen naturgemäß die Regelung der Versorgungsansprüche im Vordergrund des Interesses. Der leitende Grundsatz der geltenden Gesetze, daß die Versorgungsgebührnisse sich nach dem militärischen Range des Beschädigten oder Gefallenen richtet, ist schon durch den Beschluß des Reichstages in der Maitagung 1915 durchbrochen worden. Daß nun die Versorgung auch nicht ausschließlich von dem Gedanken des Schadenersatzes beherrscht sein darf, bedarf kaum eines weiteren Wortes. Den Hinterbliebenen des Gefallenen mit einem Einkommen von dreißigtausend Mark kann ebensowenig eine diesem Einkommen entsprechende Versorgung gewährt werden, wie es angeht, den Hinterbliebenen eines sich nur in den kümmerlichsten Verhältnissen durchgeschlagenen Soldaten eine nur diesen Verhältnissen entsprechende Rente zu geben. Die Rentengewährung muß von sozialen Gesichtspunkten getragen sein. Das bedingt auch den Fortfall des heutigen Unterschieds zwischen Dienst- und Kriegsdienstbeschädigung. Weshalb eine zu gewährende Rente im ziffernmäßigen Betrage verschieden sein soll, je nachdem die eine oder andere Bezeichnung der Beschädigung in Anwendung zu kommen hat, ist nicht verständlich.

Auch das System der Gewährung von Zulagen in besonders schweren Fällen einer Dienstbeschädigung ist einer Umgestaltung zu unterziehen. Weshalb z. B. der mit einem inneren Leiden behaftete voll Erwerbsfähige weniger Rente erhält, wie z. B. derjenige, der bei sonstiger völliger Gesundheit die linke Hand verloren hat, ist ebenso unverständlich. Heute schafft das geltende System der Zulagen, dem ursprünglich ein ganz gesunder Gedanke zugrunde lag, Fälle bitterster Ungerechtigkeit. Es kann jedoch zu einem solchen sozialen Ausgleich gestaltet werden.

Der jetzige Ausschluß des Rechtsweges über die Frage, ob eine Gesundheitsstörung als eine Dienstbeschädigung anzusehen ist, und ob eine Dienstbeschädigung als durch den Krieg erlitten anzusehen ist, widerstreitet unseren heutigen Rechtsbegriffen. Hierüber dürfte auch kaum irgendeine Meinungsverschiedenheit bestehen. Die Zahl der ohne Rente Entlassenen ist so überaus groß, daß das Bedürfnis nach einem unabhängigen Gericht, das die zwischen dem Heeresteilnehmer und der Heeresverwaltung strittigen Fragen nachzuprüfen haben wird, ganz unabweisbar geworden ist. Die vom Reichsausschuß für Kriegsbeschädigtenfürsorge gemachten Vorschläge dürften insofern durchaus das Richtige treffen, als sie ein Verfahren vorsehen, das dem auf dem Gebiet der Sozialversicherung nachgebildet ist. Es wird jedoch darüber hinausgehend zu fordern sein, daß gegen die Entscheidungen der ersten Instanz der Rekurs an die beim Reichsversicherungsamt zu bildende Oberspruchbehörde zulässig ist.

Bei den aus dem Heeresdienst Entlassenen wird sich in den ersten Jahren nach dem Kriege die Notwendigkeit ärztlicher Behandlung in zahlreichen

Fällen herausstellen. Ihnen wird ärztliche Versorgung zuteil werden müssen. Keine Stelle eignet sich zur Gewährung besser wie die Krankenkassen. Diesen ist daher die Pflicht zur Gewährung aufzuerlegen, zugleich aber auch ein Anspruch auf Ersatz einzuräumen, und zwar dieser auch bei den inzwischen Mitglied der Kasse Gewordenen, das wird in der Mehrzahl der Fall sein. Die bei diesen Mitgliedern auftretenden Leiden sind nicht das natürliche Ergebnis des von den Krankenkassen zu tragenden Risikos, sondern durch die besonderen Verhältnisse des Krieges bedingt. Die Wirkung dieser Leiden haben aber nicht die Arbeitgeber und die Versicherten zu tragen, sondern die Allgemeinheit. Der den Kassen zu leistende Ersatz wird möglichst einfach zu regeln sein. Es ließe sich bestimmen, daß die über den Reichsdurchschnitt der letzten fünf Friedensjahre hinausgehenden Lasten von der Reichskasse zu tragen sind.

Wenn es auch lediglich die Kriegswirkungen sind, die das Verlangen nach unentgeltlicher ärztlicher Hilfe gerechtfertigt erscheinen lassen, so erwächst doch der Schaffung einer allgemeinen Volksversicherung hieraus die wirksamste Begründung. Ebenso auch aus den sich später fraglos geltend machenden Wirkungen der weit über den Rahmen des physiologisch Zulässigen hinausgehenden Anstrengungen der Heimgebliebenen.

Die hier besprochene ärztliche Versorgung erstreckt ihre Wirksamkeit nicht ausschließlich auf die Kriegsbeschädigten. So streng läßt sich die Abgrenzung der Maßnahmen zugunsten der Kriegsteilnehmer nicht nach der Frage der Dienstbeschädigung vornehmen. Die nunmehr behandelte Maßnahme berührt wieder die schon zugunsten der Kriegsteilnehmer behandelte Unterbringung in die Beschäftigung.

Es wird eine dauernde Sorge unserer zukünftigen Sozialpolitik sein müssen, den noch teilweise erwerbsfähigen Kriegsbeschädigten möglichst ständige Beschäftigung zu sichern. Man wird sich nicht darauf verlassen dürfen, daß das bei einer auf rein geschäftliche Rücksichten abgestellten Betriebsführung regelmäßig der Fall sein werde. Das Gegenteil dürfte zutreffen. Es machen sich schon Stimmen bemerkbar, die darauf hinweisen, daß die industriellen Betriebe nicht mit minderwertigen Kräften überschwemmt und damit in ihrer Leistungsfähigkeit gehemmt werden dürfen. Das Unternehmertum will eben aus dem Vollen wirtschaften, ohne Rücksicht auf die Gesamtinteressen. Es rechtfertigt sich deshalb eine Vorschrift, wonach der Unternehmer im Verhältnis zur Zahl der überhaupt beschäftigten Arbeiter einen bestimmten Hundertteil von Kriegsbeschädigten einstellen muß. Dieses Gebot ist mit einer im Falle der Nichtbeschäftigung zugunsten der Kriegsbeschädigtenfürsorge oder der Arbeitslosenunterstützung zu zahlenden Abgabe so wirksam zu machen, daß dem Unternehmer die Beschäftigung als das weniger Belastende erscheint. Neben der Einstellungspflicht für den Arbeitgeber ist ein Schutz der Kriegsbeschädigten in bezug auf Lohnhöhe und Arbeitsbedingungen zu schaffen.

Schon oben wurde kurz der großen Schar der ohne Versorgung oft völlig erwerbsunfähig aus dem Heeresdienste Entlassenen gedacht. Personen dieser Art hatte Genosse Simon im Auge, als er am 1. Dezember 1916 im Reichstage den Reichskanzler fragte, was er zu tun gedenke, um den Betroffenen oder deren Hinterbliebenen den Bezug einer Rente zu sichern. Die von dem zuständigen Departementsdirektor im Kriegsministerium erteilte Antwort klang ja ganz beruhigend, aber seither ist über ein halbes Jahr verflossen und die Zahl der unversorgt Entlassenen ist in dieser Zeit außerordentlich hoch geworden. Ich habe den Eindruck, daß die Militärärzte die Frage des ursächlichen Zusammenhanges eines Leidens mit dem Heeresdienste überaus streng beurteilen. Jedenfalls kann die Entscheidung hierüber nicht der Militärverwaltung allein überlassen bleiben. Das oben geforderte Rechtsmittel soll diesen Per-

sonen und ihren Hinterbliebenen die Möglichkeit bieten, ihren Anspruch durch ein unabhängiges Gericht nachprüfen zu lassen. Bis zur Entscheidung hierüber ist ihnen auf dem oben besprochenen Wege auch die Möglichkeit ärztlicher Versorgung gegeben. Daneben ist ihnen aber auch die wirtschaftliche Existenz zu sichern, damit sie nicht etwa gar der Armenpflege anheimfallen. Heute kann diesen Personen günstigsten Falles eine Unterstützung aus Mitteln der Kriegswohlfahrtspflege zuteil werden und es kann ihnen im Falle dringender Bedürftigkeit auf Grund § 25 des Mannschaftsversorgungsgesetzes vorübergehend eine Rente bis zur halben Vollrente gewährt werden. Leider haben die Militärbehörden hier eine außerordentliche Zurückhaltung geübt. Eine andere Leistung aus militärischen Mitteln kommt überhaupt nicht in Frage. Aus dem der Regierung zum Ausgleich von Härten in unbeschränkter Höhe zur Verfügung gestellten Fonds kommen Zuschüsse um deswillen nicht in Frage, weil daraus nur Zuschüsse zu den Versorgungsgebührnissen gewährt werden sollen und solche erhält der Rentenlose ja nicht. Die Familien der Unversorgten erhalten nach der Bundesratsverordnung vom 3. Dezember 1916 gar nur auf die Dauer eines halben Monats die Familienunterstützung weiter.

Es muß also für die Rentenlosen und ihre Familien gesorgt werden. Solange, bis über die Berechtigung der von ihnen erhobenen Versorgungsansprüche in einem geregelten Verfahren Entscheidung getroffen ist. Wie diese Sorge sich zu gestalten hat, ist in der Formulierung der Forderungen gesagt worden.

* * *

Der Umfang meiner Arbeit ist größer geworden, als es der mir zur Verfügung stehende Raum gestattet. Dabei habe ich das weite sozialpolitische Gebiet nur ganz kurz durchstreifen können und leider nur zu vieles nur eben andeuten oder ganz übergehen müssen.

Wohin man auch seinen Blick wendet, überall gilt es auszubauen, neuzugestalten. Daß es sich dabei um eine Arbeit handelt, die Jahre in Anspruch nimmt, ist mir klar, aber wir müssen anfangen zu bauen, je eher, desto besser.

Zusammenfassung der Forderungen auf sozialpolitischem Gebiete.

A. Arbeiterschutz.

1. Allgemeines. Der Arbeiterschutz hat sich auf alle in unselbständiger Stellung befindlichen Personen zu erstrecken. Seine Durchführung ist in höherem Maße als bisher zu überwachen. Die die Durchführung regelnden Vorschriften haben die Betriebe mit mindestens fünf fremdsprachigen Arbeitern besonders zu berücksichtigen.

2. Gesundheitsschutz. Das Verbot der Herstellung und Verwertung des weißen Phosphors ist auszudehnen auf die Herstellung und Verwendung anderer, die Gesundheit der Arbeiter schädigender gewerblicher Gifte und diese Wirkung hervorrufender Betriebsweisen. Soweit nach dem Stande der Technik ein solches Verbot nicht ausführbar erscheint, sind Betriebe, in denen eine besondere Gefährdung der Arbeiterschaft durch die Betriebsweise oder die Art der zur Arbeit benötigten oder sich durch die Produktion ergebenden Stoffe zu befürchten ist, besonderer Aufsicht und ärztlicher Ueberwachung zu unterstellen.

Die Heimarbeit — siehe auch Nr. 8 — ist zu verbieten

a) für alle Arbeiten, bei denen schwere Gesundheitsschädigungen, z. B. Vergiftungen vorkommen können,
b) für die Herstellung von Lebens- und Genußmitteln.

3. Tägliche Arbeitszeit. Die tägliche Arbeitszeit darf für männliche Arbeiter über 18 Jahre acht Stunden nicht übersteigen. Tätigkeiten, in denen die Arbeit mit Zeiten der Arbeitsbereitschaft wechselt, sind besonderen Bestimmungen zu unterstellen.

4. Nachtarbeit. Die Nachtarbeit ist gesetzlich zu verbieten, sofern nicht bestimmte durch Gesetz oder Verordnung zu bezeichnende Betriebe ihrer Art nach oder aus technischen Gründen auf sie angewiesen sind.

5. Sonntagsruhe. An Sonn- und Festtagen dürfen Arbeiter nicht gewerblich beschäftigt werden. Die Voraussetzungen der Gewährung erforderlicher Ausnahmen ist im Gesetz festzulegen. Die zulässige Sonn- und Festtagsarbeit darf das absolut gebotene Maß nicht überschreiten. Den an Sonn- und Festtagen beschäftigten Arbeitern ist die für diese Tage vorgeschriebene Ruhezeit an Wochentagen zu gewähren.

6. Arbeiterinnenschutz. Die Arbeitszeit für gewerblich beschäftigte Arbeiterinnen darf täglich acht Stunden, an den Sonnabenden und den Tagen vor Festtagen vier Stunden nicht übersteigen. Nach beendeter Arbeitszeit darf den Arbeiterinnen weitere Arbeit nicht nach Hause mitgegeben werden.

Die gewerbliche Beschäftigung von Arbeiterinnen ist grundsätzlich zu verbieten

a) in der Nachtzeit,
b) an Sonn- und Festtagen,
c) bei gesundheitsschädlicher und der Körperkonstitution der Frauen nicht entsprechender Arbeit,
d) sechs Wochen vor der zu erwartenden Entbindung und sechsundzwanzig Wochen nach derselben. Für die ferneren sechsundzwanzig Wochen darf eine gewerbliche Beschäftigung nur für die Dauer von vier Stunden täglich stattfinden.

Ausnahmen von den Vorschriften unter a und b — etwa für das Pflegepersonal weiblicher Kranken oder sonstiger Pflegebefohlenen — sind durch Gesetz zu bestimmen. Auch die unter c benannten gesundheitsschädlichen Betriebe und Tätigkeiten sind vom Gesetz zu bestimmen, die der Körperkonstitution der Frauen nicht entsprechenden Tätigkeiten (Bergbau, Bauten usw.) durch Verordnung. Von den Vorschriften unter d darf der zuständige Gewerbeaufsichtsbeamte Ausnahmen dann zulassen, wenn mindestens acht Wochen seit der Geburt verstrichen sind und wenn durch standesamtliche Urkunde der Tod des Kindes oder durch ärztliches Attest die Unfähigkeit der Mutter zum Stillen des Kindes dargetan und durch ebensolches Attest nachgewiesen ist, daß gesundheitliche Bedenken für die Mutter durch die vorzeitige Aufnahme der Arbeit nicht bestehen. Die Zulassung zu einer mehr wie vierstündigen Arbeit ist nur dann zu gewähren, wenn das Kind gestorben ist, oder durch eine behördliche Bescheinigung dargetan ist, daß das Kind eine der ordnungsmäßigen mütterlichen mindestens gleichwertige Pflege genießt.

7. Schutz der Kinder und Jugendlichen. Die gewerbliche Beschäftigung von Kindern unter 15 Jahren ist zu verbieten. Für jugendliche im Alter von 15 bis 18 Jahren darf die tägliche Arbeitszeit sechs Stunden nicht übersteigen. Jugendliche in diesem Alter dürfen nicht beschäftigt werden:

a) in der Nachtzeit,
b) an Sonn- und Festtagen,
c) in gesundheitsschädlichen Betrieben,
d) in Bergwerken unter Tage.

Der für Jugendliche zu schaffende Fortbildungsschulunterricht darf nur in die Zeit von 8 Uhr früh bis 6 Uhr abends fallen.

8. Heimarbeiterschutz. Für die in der Heimindustrie tätigen Personen ist ein Schutz auf der Grundlage zu schaffen, wie sie in den Forderungen des Heimarbeitertages vom 11. Juni 1911 — siehe Protokoll dieser Tagung Seite 89—90 — gegeben ist.

9. Gewerbeaufsicht. Zur wirksamen Kontrolle des Arbeiterschutzes ist die Gewerbeaufsicht auf eine breitere Basis zu stellen. Die Beamten derselben sind unter Berücksichtigung der Arbeiter und Angestellten aus sachverständigen Kreisen zu entnehmen. Für die Aufsicht und Durchführung der die Beschäftigung von Frauen betreffenden Vorschriften sind Frauen als Aufsichtsbeamte heranzuziehen.

Die Aufsichtsbeamten sind unabhängig zu stellen und mit dem Vollzugsrecht auszustatten.

Die Gewerkschaftsorganisationen sind zur wirksamen Durchführung des Arbeiterschutzes heranzuziehen.

B. Arbeiterversicherung.

Die Versicherungsgesetzgebung ist einer durchgehenden Neugestaltung zu unterziehen und in allen ihren Zweigen auf die kleinen Selbständigen zu erstrecken. Das Ziel des weiteren Ausbaues der Krankenversicherung muß die Schaffung einer Versicherung der minderbemittelten Bevölkerung sein. Auf dem Wege zu solcher Volksversicherung liegt die Einführung der obligatorischen Familienversicherung. Die Einkommengrenze für die Versicherungspflicht ist, soweit sie bisher 2500 Mk. betrug, auf mindestens 3600 Mk. zu erhöhen, das Krankengeld auf den Mindestbetrag von 60 Proz. des bis auf 12 Mk. zu steigernden Grundlohnes festzusetzen. Die gesundheitspflegerische Tätigkeit der Krankenkassen ist auszugestalten.

Der Krankenversicherung ist unter Ausbau der bisherigen Wöchnerinnenunterstützung die Mutterschaftsversicherung anzugliedern und diese auf die gesamte minderbemittelte Bevölkerung zu erstrecken. Die Säuglingsfürsorge ist zu einer Kleinkinderfürsorge auszubauen.

Die Unfallversicherung ist auf alle Zweige der Produktion und auf alle Tätigkeiten im öffentlichen Dienst und der Wohlfahrtspflege zu erstrecken und der Schutz der Versicherung auf gewerbliche Berufskrankheiten und sonstige berufliche Schädigungen. Die Verwaltung ist auf paritätischer Grundlage aufzubauen. Die Verbindung zwischen Rechtsprechung und Aufsicht ist zu beseitigen.

Die Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung ist auszubauen und ihr die Angestelltenversicherung und Knappschaftsversicherung unter reichsgesetzlicher Regelung der letzteren anzugliedern.

C. Oeffentlicher Gesundheitsschutz.

Die öffentliche Gesundheitspflege ist zu einer umfassenden Gesundheitsfürsorge auszubauen, deren unterste Stelle das kommunale Gesundheits- und Wohlfahrts- oder Fürsorgeamt darstellt. Diesem Amt liegt ob die Bekämpfung aller gesundheitlichen Schädigungen und die Erforschung ihrer sozialen Ursachen, die Schaffung von Einrichtungen, die der Gesundheitsfürsorge und allgemeinen sozialen Aufgaben dienen. Es ist die Zentralstelle der öffentlichen Wohlfahrtspflege.

Zur Erfüllung der diesem Amt obliegenden Aufgaben sind die Träger der Sozialversicherung heranzuziehen.

D. Sicherung des Koalitionsrechts.

Das Koalitionsrecht ist von allen es umgebenden und einengenden Schranken zu befreien. Es ist uneingeschränkt allen Schichten der Bevölkerung zu gewähren.

E. Neugestaltung des Arbeitsrechts.

Die Grundgedanken des geltenden Arbeitsrechts sind entsprechend der heutigen Moral und Rechtsanschauung, d. h. unter besonderer Wahrung der Persönlichkeitsrechte des einzelnen Arbeitnehmers einheitlich durch Reichsgesetz zu regeln. Soweit für bestimmte Gruppen von Arbeitnehmern besondere Bestimmungen erforderlich sind, sind sie als Spezialrechte dieser Schichten dem allgemeinen Arbeitsrechte anzugliedern.

Den in den Tarifverträgen möglichen Abänderungen und Neugestaltungen des Arbeitsrechts ist durch Schaffung eines besonderen Arbeitstarifgesetzes eine gesetzliche Grundlage zu geben.

Die für besondere Arten des Arbeitsrechts schon bestehende Sondergerichtsbarkeit ist zu allgemeinen Arbeitsgerichten auszubauen.

F. Interessenvertretung der Arbeiterschaft.

In allen Betrieben mit mehr denn zwanzig beschäftigten Personen sind Arbeiterausschüsse zu bilden.

Die Vertreter der gewerkschaftlichen Organisationen im Arbeitsamt (siehe H) des unteren Verwaltungsbezirks bilden zur Vertretung aller die Interessen der Arbeiterschaft dieses Bezirks berührenden Fragen ein besonderes Organ.

Für den Bezirk einer höheren Verwaltungsbehörde sind Arbeitskammern zu schaffen.

G. Gewerbliche Schlichtungsstellen.

Das gewerbliche Einigungswesen ist auszubauen. Die örtlichen Einigungsämter sind durch solche für größere Gebiete und schließlich für das Reich zu ergänzen. Wo besondere berufliche Verhältnisse die Bildung besonderer Einigungsämter geboten erscheinen lassen — z. B. im Bergbau —, sind sie vorzusehen. Die Anrufung der Einigungsämter steht jeder Partei zu. Vor ihnen besteht Verhandlungszwang. Die Beschlüsse der Einigungsämter haben im allgemeinen nur moralische Wirkung, doch ist ihnen für die in der darin gesetzlich zu bestimmenden Uebergangszeit nach Friedensschluß zwingende Wirkung beizulegen.

H. Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenfürsorge.

Die Arbeitsvermittlung ist einheitlich für das Reichsgebiet zu regeln. Ihre Grundlage findet die Arbeitsvermittlung in die Berufsverhältnisse berücksichtigenden örtlichen Vermittlungsstellen. Die letzteren sind in dem für den Bezirk eines Stadt- oder Landkreises zu bildenden Arbeitsamt zusammenzufassen. Das Arbeitsamt ist zu gleichen Teilen aus Vertretern der Arbeitnehmer und der Arbeitgeber unter Leitung eines unparteiischen Vorsitzenden zu bilden. Die Arbeitsämter eines bestimmten Bezirks sind zu Bezirks-Arbeitsämtern zusammenzufassen. Diese dienen dem Ausgleich von Angebot und Nachfrage. Ein Reichsarbeitsamt bildet die Spitze der Bezirks-Arbeitsämter.

Bis zur Wirksamkeit einer zu schaffenden Reichsarbeitslosenversicherung ist eine mit Reichsmitteln zu unterstützende kommunale Arbeitslosenunterstützung vorzusehen. Die gewerkschaftliche Arbeitslosenfürsorge ist als ein organisatorisches Glied in die behördliche Fürsorge einzureihen.

I. Armenwesen.

Das Armenwesen ist der heutigen sozialen Anschauung entsprechend auf sozial höhere Stufe zu stellen. Die entwürdigenden Wirkungen sind zu beseitigen. Ebenso das Unterstützungswohnsitzsystem.

K. Jugendfürsorge.

Die zur gesundheitlichen, geistigen und sittlichen Hebung der Jugend notwendigen Maßnahmen sind in einem Jugendgesetz zu regeln. Bis zur Schaffung

sind einzelne besonders dringlicher Abänderung bedürftige Gebiete des Jugendrechts sofort zu regeln. Z. B. ist die Strafmündigkeit auf sechzehn Jahre, das Schutzalter des § 182 St. G. B. auf achtzehn Jahre zu erhöhen, das Strafverfahren gegen Jugendliche unter Berücksichtigung des bedingten Aufschubs der Strafverfolgung und die Fürsorgeerziehung zu regeln usw.

L. Wohnungsfürsorge.

Die Wohnungsfürsorge ist nach sozialen Gesichtspunkten durch ein Reichswohnungsgesetz zu regeln.

M. Reichsamt für Sozialpolitik.

Zur Durchführung der sozialpolitischen Aufgaben und zur Förderung sozialpolitischer Maßnahmen ist ein Ministerium für Sozialpolitik, zur Entscheidung der Rechtsfragen sozialpolitischer Art ein unabhängiger Gerichtshof zu schaffen. Dem letzteren sind auch die Streitfragen der sozialen Versicherung zu übertragen.

N. Maßnahmen zugunsten der Kriegsteilnehmer und Kriegsbeschädigten.

Sofern die Heeresinteressen die Entlassung der aus Anlaß des Krieges zum Waffendienst Eingezogenen rechtfertigen, hat diese unverzüglich zu erfolgen. Dabei ist möglichst Rücksicht zu nehmen auf die Wiederaufnahme des normalen Wirtschaftslebens, nicht aber auf eine etwa zu befürchtende Ueberfüllung des Arbeitsmarktes.

Den Entlassenen sind zur Erholung und Ordnung ihrer privaten und wirtschaftlichen Verhältnisse auf die Dauer eines Monats die bisherigen Bezüge und entsprechendes Verpflegungs- und Bekleidungsgeld, ihren Familien die Kriegsunterstützung zu gewähren. Für sich dann ergebende Zeiten der Arbeitslosigkeit ist eine entsprechende Arbeitslosenunterstützung vorzusehen.

Den Kriegsteilnehmern ist nach Möglichkeit die Wiedereinstellung in den alten Betrieb zu sichern. Die Entscheidung über die Voraussetzungen der Wiedereinstellung steht paritätischen Schlichtungsstellen zu. Den Heeresangehörigen vom Arbeitgeber gewährte Unterstützungen begründen keinen Rechtsanspruch auf Wiedereintritt in die Beschäftigung. Solche Unterstützungen gelten auch nicht als rückzahlbare Darlehen.

Soweit Kriegsteilnehmer oder im Hilfsdienst Tätige dieser Eigenschaft oder Tätigkeit wegen aus einer Betriebs-Pensionskasse ausscheiden mußten, muß die Mitgliedschaft durch Zahlung einer Anerkennungsgebühr erhalten werden können; die im Heere oder im Hilfsdienst verbrachte Zeit gilt der Zahlung der Anerkennungsgebühr gleich.

Durch gesetzliche Vorschriften ist das Wiederaufleben der durch die Kriegsverhältnisse verfallenen Versicherungsverträge zu bewirken.

Den Kriegsteilnehmern ist bei der Ordnung ihrer durch den Krieg zerrütteten Verhältnisse die Hilfe des Staates zu gewähren. Die Mieteinigungsämter sind in die Friedenszeit zu übernehmen, obligatorisch zu machen und zu allgemeinen Schuldeinigungsämtern auszubauen.

Die Kriegsbeschädigtenfürsorge ist reichsgesetzlich zu regeln.

Die Rentenversorgung der Kriegsbeschädigten ist einer von sozialen Gesichtspunkten geleiteten Neuordnung zu unterziehen. Die durch den Gegensatz zwischen Dienst- oder Kriegsdienstbeschädigung begründeten Unterschiede der Versorgungsgebührnisse sind zu beseitigen.

Für die Entscheidung zurückgewiesener Versorgungsansprüche ist ein Rechtsweg vorzusehen, der dem auf dem Gebiet der sozialen Versicherung entspricht.

Für die Militärhinterbliebenenversorgung haben die gleichen Grundsätze in entsprechender Weise zu gelten.

Für die ersten zwei Jahre nach dem Kriege steht den aus dem Heeresverband entlassenen Soldaten der Anspruch auf freie ärztliche Versorgung durch die allgemeine Orts- oder Land-Krankenkasse ihres Wohnortes zu. Den Krankenkassen sind für die ihnen aus dieser Verpflichtung und für die aus den Nachwirkungen des Krieges erwachsenden besonderen Lasten aus Reichsmitteln Zuschüsse zu gewähren. Die Höhe und die Grundlagen der Berechnung derselben ist durch Gesetz zu bestimmen.

Den wegen körperlicher oder geistiger Gebrechen ohne Versorgung aus dem Heeresdienst Entlassenen steht bis zur rechtskräftigen Entscheidung ihrer Rentenansprüche, ihrer Erwerbsbeschränkung entsprechend, der Anspruch auf Versorgung aus Kap. 84 a des Allgemeinen Pensionsfonds zu. Entsprechendes gilt für die Hinterbliebenen.

Bei der Vergebung öffentlicher Arbeiten ist dem Unternehmer die Beschäftigung von Kriegsbeschädigten aufzuerlegen, eventuell ist diese Pflicht auf alle Unternehmer zu erstrecken. Eine solche Pflicht ist durch ein Zwangsstrafe wirksam zu machen.

Anträge.

Tagesordnung des Parteitages.

1. Würzburg: Die Tagesordnung des Parteitages ist zu ergänzen: Bericht von der Internationalen Konferenz in Stockholm.

Bericht des Parteivorstandes.

2. Nürnberg-Altdorf, Würzburg und 6. pfälzischer Wahlkreis: Im Bewußtsein der unbedingten Notwendigkeit einer ungebrochenen Front — eine Notwendigkeit, die für die kommenden schweren Kämpfe der Arbeiterschaft auf politischem, wirtschaftlichem und kulturellem Boden Voraussetzung jeder erfolgreichen Wirksamkeit ist, fordert der Parteitag alle Genossen auf, den Willen zur Parteieinheit zu stärken und diesem Willen alle anderen Gegensätze zu unterwerfen. Nur so kann dem sinnwidrigen Zustande ein Ende bereitet werden, daß unsere Bewegung, die immer Ausdruck eines auf die Zukunft gerichteten Strebens war, sich um etwa verscherzte Gelegenheiten der Vergangenheit zankt und um diesen Zank auf dem Sprunge steht, wichtige Gegenwarts- und Zukunftsmöglichkeiten der Arbeiterschaft zu verspielen.

Eine Partei, die für die Verständigung der Völker wirkt und für den Frieden der Nationen eintritt, darf nicht um Mittel und Wege verlegen sein, in die eigenen Reihen einheitlichen Sinn und Willen, unbeschadet der abweichenden Auffassungen im Einzelfall, zu bringen.

Es ist eine der wichtigsten Aufgaben der Zeit, den Parteistreit beizulegen, indem das große Ziel unserer Bewegung wieder ins Gesichtsfeld der Massen gerückt wird — die einheitliche Aktion der Proletarier aller Länder!

In diesem Sinne beauftragt der Parteitag alle Parteiorganisationen und vor allem die Parteipresse und den Parteivorstand bei günstiger Gelegenheit zu handeln.

3. Bayreuth: Die Generalversammlung der Wahlkreisorganisation ist in Verfolgung der Haltung und der Tradition der Wahlkreisorganisation einig in dem Antrag:

daß der kommende Parteitag wirken muß für eine Einigung der sozialistischen Gruppen. Diese Einigung ist die Vorbedingung für das Wohl und dem machtvollen Aufstieg der schaffenden Stände gegenüber dem aus dem Kriege gestärkt hervorgehenden, dem Imperialismus dienenden Kapitalismus und der Geheimdiplomatie.

4. Lübeck: Der Parteitag wolle beschließen, den Parteivorstand zu ersuchen, Einigungsverhandlungen mit der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands in die Wege zu leiten.

5. Hamburg III: Der Distrikt Barmbeck hält die erfolgte Teilung der sozialdemokratischen Partei für eine schwere Schädigung der Interessen des Proletariats. Sie lähmt die Werbearbeit der Partei. Wie zwischen den verschiedenen nationalen Parteien ein Zusammenarbeiten wieder möglich gemacht werden muß, so müssen auch die beiden getrennten Parteigruppen wieder zusammenkommen. Nur wenn das gelingt, wird nach Kriegsende die Macht des organisierten Proletariats in die Wage geworfen werden können. Der Distrikt Barmbeck hofft, daß der Parteitag Mittel und Wege suchen und finden wird, die Annäherung der beiden Parteien möglich zu machen.

6. Frankfurt a. M.: Der Parteitag erwartet von dem Parteivorstand, daß er alle Bestrebungen unterstützt, die darauf gerichtet und geeignet sind, die Einigung unter den heute getrennt marschierenden Teilen der Arbeiterbewegung wieder herbeizuführen.

7. Wismar: Der Parteitag wolle beschließen, mit allen Mitteln eine völlige Einigung zwischen der Arbeitsgemeinschaft und der Sozialdemokratischen Partei anzubahnen.

8. Mülheim-Ruhr: Im Hinblick auf die schweren Schäden, die durch die Spaltung der sozialdemokratischen Parteiorganisation für die allgemeine Arbeiterbewegung entstehen, beauftragt der Parteitag den Parteivorstand, sofort geeignete Schritte zu unternehmen, um die Einheit der Partei wieder herbeizuführen.

9. Danzig: Der Parteitag beauftragt den Parteivorstand, zu gegebener Zeit Einigungsversuche mit den „Unabhängigen" einzuleiten.

10. Köln: In Anbetracht der nach dem Kriege der Arbeiterschaft bevorstehenden schweren wirtschaftlichen und politischen Kämpfe ist die Einigkeit des gesamten Proletariats notwendiger denn je. Der Parteitag wolle deshalb beschließen, daß in allen Wahlkreisen die Parteiorganisationen den Versuch unternehmen, die Einheit der Partei wiederherzustellen.

Zur Einleitung und Förderung dieser Bemühungen wählt der Parteitag einen Ausschuß, der überwiegend aus Kriegsteilnehmern und Genossen aus dem Arbeitsverhältnis bestehen soll.

11. Meißen: Der Parteitag wolle beschließen: eine Kommission einzusetzen, die mit der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Verhandlungen zur Wiedervereinigung einleitet. Die Kommission hat dem nächsten Parteitag Bericht zu erstatten, gegebenenfalls Einigungsvorschläge zu unterbreiten.

12. Amberg: In Anbetracht der unbedingten Notwendigkeit, eine Einigkeit der jetzt sich bekämpfenden sozialdemokratischen Parteien herbeizuführen, wählt der Parteitag eine Kommission, welche die Wiedervereinigung, unter ausdrücklicher Betonung der Aufstellung neuer Rechtsgarantien für das Zusammenwirken der beiden Gruppen innerhalb der Partei auf föderativer Grundlage vorbereitet.

13. Mülhausen i. E.: Der Parteitag beschließt: eine Sonderkommission von sieben Personen zu wählen, welche durch Verhandlungen mit der „Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei" die Bedingungen für eine Wiedervereinigung festzustellen hat. Dem nächsten Parteitag ist Bericht zu erstatten, eventuell sind Einigungsvorschläge vorzulegen.

14. Zweiter pfälzischer Wahlkreis: Die heute im Lokal zum „Schiff" in Neustadt tagende Konferenz des 2. pfälzischen Wahlkreises erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten Genossen Profit und damit mit der seitherigen Haltung der Parteimehrheit einverstanden. Die Konferenz sieht nur in der vollen Einheit der Partei die Macht der Arbeiterklasse, die zurzeit und besonders nach dem Kriege wichtiger und notwendiger ist denn je. Sie verurteilt alle Sonderbestrebungen und Sonderorganisationen, die nur

dazu beitragen, die Schlagfertigkeit der Partei bei den kommenden politischen und wirtschaftlichen Kämpfen zu schwächen und lahmzulegen. Die Konferenz fordert, daß der Parteitag in Würzburg praktische Arbeit leistet, die dazu angetan ist, die Lebenslage des Proletariats zu heben, und wünscht, daß alles unternommen wird, was diesem schrecklichen Kriege ein Ende bereitet und uns den so lang ersehnten Frieden bringt.

15. Teltow-Beeskow: Der Parteitag wolle beschließen: Der Absatz in Parteiliteratur ist dauernd zu heben. Zur Erreichung dieses Zieles ist in allen örtlichen Organisationen ein Funktionär zu wählen, der den Absatz der Parteischriften praktisch fördert und sich mit der Buchhandlung seines Bezirks, den Referenten, dem Spediteur und den Hauskassierern des Ortes in dieser Frage laufend ins Einvernehmen setzt.

16. Spandau-Osthavelland: Der Parteivorstand ist verpflichtet, als Redakteure der „Neuen Zeit" nur Personen zuzulassen, die Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands sind.

17. Harburg a. E.: Der Parteitag möge beschließen: Der Parteivorstand wird beauftragt, für eine andere Besetzung der Redaktion der „Neuen Zeit" zu sorgen.

18. Hamburg III: Der Parteivorstand wird beauftragt, unverzüglich für die Neubesetzung der Redaktion der „Neuen Zeit" Sorge zu tragen.

19. Niederbarnim: Der Parteitag möge beschließen: Der Parteivorstand wird beauftragt, dafür zu sorgen, daß die „Neue Zeit" von Mitgliedern der Partei im Sinne der Partei geleitet wird.

Bericht der Reichstagsfraktion.

20. Ludwigshafen: Die am 5. August 1917 in Ludwigshafen tagende Konferenz der Sozialdemokratischen Partei des 1. pfälzischen Reichstagswahlkreises billigt die Entschiedenheit des Vorgehens der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion. Sie erwartet ein tatkräftiges Fortschreiten auf dem eingeschlagenen Wege bis zur Durchsetzung des parlamentarischen Systems im Reich und in den Einzelstaaten. Die Konferenz erwartet von der sozialdemokratischen Fraktion, daß sie auch weiter folgerichtig und mit Festigkeit die Rechte des Volkes vertrete und für die sofortige Aenderung der Reichsverfassung eintrete, die allen Bundesstaaten das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht für alle Deutschen mit Einschluß der Frauen sichert. Die Konferenz ist überzeugt, daß die sozialdemokratische Fraktion des Reichstags ihr ganzes Gewicht einsetzen werde, damit der Welt bald der allgemeine und die Völker versöhnende dauernde Friede geschaffen werde. Die Konferenz erwartet, daß die Reichstagsfraktion jedes Mittel anwenden wird, um die Demokratisierung Deutschlands durchzusetzen und um die Hemmnisse eines baldigen Friedens zu überwinden.

21. Spandau-Osthavelland: Die am 29. Juli in Berlin tagende Kreisgeneralversammlung von Potsdam-Spandau-Osthavelland bestätigt die frühere Zustimmung des Zentralvorstandes der Provinz Brandenburg zur Stellung der Reichstagsfraktion in der Frage der Landesverteidigung. Sie erklärt, daß die Bewilligung der Kriegskredite als Ausdruck dieser Stellungnahme nicht im Widerspruch steht zu dem Programm und den Grundsätzen der Partei, den Beschlüssen der Parteitage oder internationalen Kongresse. Die Partei war gezwungen, sich in ihrer Kriegspolitik bewußt an die Seite der

eigenen Volkes zu stellen. Jede andere Haltung hätte als Parteinahme zugunsten der kapitalistischen Regierung der gegnerischen Länder gewirkt.

Die Generalversammlung begrüßt es mit Genugtuung, daß die Partei gleichzeitig nichts unversucht ließ, um Verhandlungen mit den Bruderparteien der am Kriege beteiligten und neutralen Länder zu erreichen, die zur Beendigung des Krieges ein gleichmäßiges Handeln der Arbeiter aller Länder herbeizuführen geeignet wären.

22. Harburg a. E.: Der Parteitag der sozialdemokratischen Partei in Würzburg vom Oktober 1917 fordert die deutsche Regierung auf, durch den allein verantwortlichen Reichskanzler klipp und klar und unverzüglich zu erklären:

1. daß sie nach wie vor auf dem Standpunkt vom 4. August 1914 steht, wonach Deutschland keinen Eroberungskrieg, sondern nur einen Verteidigungskrieg führt;

2. daß sie als Friedensziel den Statusquo ohne jedwede Annexion im Osten wie im Westen aufstellt.

23. Celle: Der Parteitag wolle beschließen: Die Reichstagsfraktion wird aufgefordert, weitere Kriegskredite abzulehnen, solange die Regierung sich nicht zu einem Frieden ohne Annexionen und Entschädigungen bereiterklärt.

24. Berlin IV: Das Vorgehen der Reichstagsfraktion auf dem Gebiete der inneren Politik ist folgerichtig weiterzuführen und mit allen parlamentarischen Mitteln weiter zu verfolgen, bis das parlamentarische Regierungssystem im Reich und den Bundesstaaten restlos erreicht ist. Es genügt aber nicht, daß die zu schaffende Demokratisierung Deutschlands aus theoretischen Erwägungen heraus anzustreben, sondern die neue politische Lage muß auch in der parlamentarischen Praxis im Interesse des Proletariats, zum Heile des deutschen Volkes überhaupt ausgenützt werden. Die größte Partei Deutschlands kann es nicht länger ablehnen, einen Teil der Verantwortung für die Staatsgeschäfte und die Führung der Reichspolitik zu übernehmen. Demzufolge wird beantragt, der Parteitag möge eine Revision der Dresdener Resolution in bezug auf die Beteiligung der Sozialdemokratie an der Regierung, das Zusammengehen mit bürgerlichen Parteien, die Budgetfrage usw. herbeiführen.

25. Verden: Die Fraktion hat Budget und Kriegskredite abzulehnen, wenn die Sozialdemokraten nicht als gleichberechtigte Staatsbürger behandelt werden.

26. Frankfurt a. M.: Der Parteitag kann nur dann einem Eintritt von Parteimitgliedern in die Regierung zustimmen, wenn eine Friedenspolitik im Sinne der Reichstagsentschließung, das parlamentarische Regierungssystem, Reichsministerien und bestimmte, deutlich ausgesprochene Programmpunkte eines demokratischen und sozialen Fortschritts sichergestellt sind.

27. Hamborn: Solange das gegenwärtige halbabsolutistische System besteht, ist jede Beteiligung an einem Ministerium seitens sozialdemokratischer Parteimitglieder, weil für die Partei schädigend, zu unterlassen.

28. Wismar: Der Parteitag wolle beschließen, die sozialdemokratische Fraktion im Reichstage zu beauftragen, dahin zu wirken, die Mecklenburgische Verfassungsfrage im Reichstage auf Grundlage des allgemeinen, gleichen und geheimen Wahlrechts zur Verhandlung zu bringen.

29. Magdeburg: 1. Der Parteitag wolle beschließen: Parteivorstand und Reichstagsfraktion mögen alle Kraft einsetzen, daß der Belagerungszustand aufgehoben wird.

2. Der Parteitag wolle beschließen: Parteivorstand und Reichstagsfraktion wollen dahin wirken, daß die Arbeiterschutzbestimmungen bald wieder in Kraft gesetzt werden.

30. Köln: Der Parteitag ersucht den Parteivorstand, unsere parlamentarischen Fraktionen, Presse und Parteiorganisationen, sich mit der Lage der Staats- und Gemeindebeamten zu beschäftigen. Insbesondere sind den Fragen der Besoldung, der Arbeitsweise und der Wahrung der staatsbürgerlichen Rechte größere Aufmerksamkeit zuzuwenden.

31. Frankfurt a. M.: Der Parteitag beschließt: Parteivorstand und Reichstagsfraktion sollen von der Reichsregierung eine völlige Amnestie und sofortige Freilassung aller wegen politischer Vergehen verurteilten und inhaftierten Personen verlangen.

Der Parteitag ersucht ferner den Parteivorstand, auch auf eine solche Amnestie hinzuwirken, die alle diejenigen umfassen soll, die in einer durch die Kriegsverhältnisse hervorgerufenen Notlage strafbare Handlungen begangen haben.

32. Grünberg: Die Konferenz des Kreises Grünberg-Freystadt ersucht den Parteitag, im Hinblick auf die Kriegserfahrungen die Reichstagsfraktion zu beauftragen, in der bevorstehenden parlamentarischen Winter-Kampagne die Fragen des Normalarbeitstages und der Minimallöhne durch Einbringung von Initiativanträgen ihrer gesetzlichen Verwirklichung näherzubringen.

33. Bremen: Der Sozialdemokratische Parteiverein Bremen ersucht den sozialdemokratischen Parteitag, durch Beschlußfassung darauf einzuwirken, daß die Kriegsbeschädigten-Fürsorge und die Fürsorge für die Kriegshinterbliebenen bei ihrer gesetzlichen Neuregelung der Reichsversicherung und ihrem Rechtsverfahren unterstellt wird.

Die nächsten Aufgaben der Partei.

34. Stuttgart: Der Parteitag möge die Einsetzung einer Kommission beschließen, die einen in volkstümlicher und packender Sprache gehaltenen Entwurf eines Aktionsprogramms der deutschen Sozialdemokratie auf der Grundlage der heutigen, durch den Krieg geschaffenen politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse so rasch als möglich auszuarbeiten, zu veröffentlichen und den Parteiinstanzen zur Beschlußfassung zu unterbreiten hat.

35. Hamburg III: Der Parteitag beauftragt den Parteivorstand, geeignetes Studienmaterial über die Kolonial- und Wehrmachtsfragen herauszugeben, durch das den Parteigenossen die Erfahrungen des Weltkrieges auf diesem Gebiete bekanntgegeben werden und sie imstande sind, Stellung dazu zu nehmen. Bei dem Neuaufbau unseres politischen Lebens ist die einheitliche Stellung der Partei nötig, um unsere Forderungen durchzusetzen.

36. Teltow-Beeskow: Der Parteitag möge den Parteivorstand beauftragen, aus dem Kreise der Parteigenossen unverzüglich eine handelspolitische Kommission zu berufen. Derselben sollen als besondere Aufgaben zugewiesen werden: 1. Die Sammlung von Material zur Abwehr aller Bestrebungen im In- und Ausland, die darauf gerichtet sind, nach Beendigung des Waffenkriegs einen Wirtschaftskrieg herbeizuführen. 2. Die Sammlung von Material als Grundlage für die Stellungnahme der Partei beim Abschluß

von Handelsverträgen. Das Studium der mitteleuropäischen Wirtschaftsannäherung. — Falls von seiten der freien Gewerkschaften eine Kommission mit gleichen oder ähnlichen Aufgaben eingesetzt werden sollte, ist der Parteivorstand ermächtigt, einer Zusammenlegung beider Kommissionen zuzustimmen.

Organisation und sonstige Anträge.

37. Hamburg III: Der § 21 des Organisationsstatuts wird dahin geändert: Der Parteiausschuß berät und beschließt gemeinsam mit dem Parteivorstand .... Die Worte: ... und gibt durch Beschluß sein Gutachten ab, werden gestrichen.

a) § 14a. Ein Mitglied des Parteivorstandes, das sich Handlungen zuschulden kommen läßt, die das Parteiinteresse schädigen oder mit demselben unvereinbar sind, kann auf Beschluß der Kontrollkommission von seinem Amt enthoben werden. Die endgültige Entscheidung trifft der nächste Parteitag.

b) § 22a. Scheidet ein Mitglied der Kontrollkommission vorzeitig aus, so hat der Parteiausschuß nach Anhörung des Parteivorstandes und der Kontrollkommission eine Ersatzwahl vorzunehmen.

c) Dem § 23 ist anzufügen: Ein Mitglied der Kontrollkommission, das sich Handlungen zuschulden kommen läßt, die das Parteiinteresse schädigen oder mit demselben unvereinbar sind, kann auf Beschluß des Parteiausschusses von seinem Amt enthoben werden. Die endgültige Entscheidung trifft der nächste Parteitag.

38. Meißen: Der Parteitag wolle beschließen, der Parteivorstand wird beauftragt, innerhalb eines Jahres nach Friedensschluß für die Abhaltung eines deutschen öffentlichen Sozialistenkongresses zu sorgen. Zur Tagesordnung desselben soll stehen: Das Parteiprogramm und die Parteiorganisation.

39. Teltow-Beeskow: Der Parteitag möge erklären, daß bei weiteren Ersatzwahlen zum Reichstage und Landtagen das bisherige Verfahren, in allen Fällen den Besitzstand der Parteien anzuerkennen, nur gegenüber jenen Parteien und Kandidaten innegehalten wird, die in den Fragen der inneren Reform und des Kriegszieles dem Linksblock angehören.

40. Mülheim-Wipperfürth: a) Der Parteitag möge Bestimmungen schaffen, daß in Zukunft nicht Abgeordnete in den Parteiausschuß entsandt werden können.

b) Dem § 26 des Organisationsstatuts der Gesamtpartei wird als neuer Absatz 2 folgende Bestimmung eingefügt:

Zur Partei kann ferner nicht gehören, wer einer anderen politischen Partei als Mitglied angehört oder eine solche finanziell oder moralisch unterstützt.

Wiederaufnahme in die Partei.

41. Hermann Spahn, Gröba.
42. Karl Besser, Hagen i. W.
43. Eugen Haueisen, Neukölln.

Nachträglich eingegangene und während der Verhandlungen gestellte Anträge.

44. 5. sächsischer Reichstagswahlkreis Dresden-Altstadt: Die Parteiversammlung erneuert die früheren Beschlüsse des Wahlkreises hinsichtlich der Politik der Partei in der Kriegszeit und spricht die Ueberzeugung aus, daß der Parteivorstand und die Reichstagsfraktion ihre Pflicht gegenüber den Interessen der Arbeiterklasse voll erfüllt haben. Die Versammlung spricht die Erwartung aus, daß der Parteitag in schärfster Weise die annexionistischen Bestrebungen zurückweist und für die Herbeiführung eines Friedens der Verständigung eintritt. Ebenso erwartet die Versammlung, das der Parteitag den Kampf für die Demokratisierung des Staates, insbesondere für das gleiche Wahlrecht in allen Bundesstaaten, mit aller Entschiedenheit aufnimmt.

45. 8. hannoverscher Wahlkreis: Die Generalversammlung des Sozialdemokratischen Wahlvereins des 8. hannoverschen Wahlkreises fordert vom Parteivorstand unverzüglich eine Neubesetzung der Redaktion der „Neuen Zeit" mit Mitgliedern der Partei.

46. 8. hannoverscher Wahlkreis: Der Parteitag beauftragt die Reichstagsfraktion, für Schaffung von Rentämtern für Kriegsbeschädigte zu wirken.

47. Wiederaufnahme in die Partei: Kondzielnik in Kattowitz.

48. Severing und 41 Genossen: Entschließung. Durchdrungen von der Ueberzeugung, daß eine erfolgreiche Wirksamkeit der Arbeiterbewegung nur durch ihre Geschlossenheit und Einheitlichkeit möglich ist, teilt und unterstützt der Parteitag alle Bestrebungen, die auf die Herbeiführung der Parteieinheit gerichtet sind. Die Parteieinheit setzt in einer demokratischen Partei bei größter Duldung aller Meinungsverschiedenheiten jedoch die Unterordnung der Minderheit unter die Beschlüsse der Mehrheit voraus. Wer diesen Grundsatz nicht anerkennt, verneint eine der Lebensquellen der Partei, die alle Kräfte zu einem einheitlichen Wollen zusammenfassen muß. Alle Bestrebungen auf Herstellung der Parteieinheit müssen deswegen die Forderung auf Anerkennung des Mehrheitsprinzips in sich schließen.

Das beste Mittel zur Herbeiführung der Parteieinheit erblickt der Parteitag in der Stärkung der sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Er fordert darum die klassenbewußte Arbeiterschaft Deutschlands auf, sich ihr anzuschließen. Die Ausbreitung ihrer geschlossenen Organisation bildet die sicherste Gewähr dafür, daß die schweren politischen Kämpfe der Zukunft erfolgreich für die Arbeiterschaft ausgehen werden.

Mit der Annahme dieser Entschließung hält der Parteitag die Anträge 3—13 für erledigt.

49. August Winnig und 20 Genossen: Resolution zum Fraktionsbericht. Die unsichere innere Politik des Deutschen Reiches während der Kriegsjahre hat die Notwendigkeit einer zielbewußten arbeitsfähigen Reichstagsmehrheit erwiesen.

Angesichts der ungewöhnlichen Bedeutung, die die politischen Entscheidungen der Zukunft haben, ist eine geschlossene Reichstagsmehrheit mit dem festen Willen zur entschlossenen Verteidigung, zu einem Frieden ohne Vergewaltigung anderer Völker und zur Demokratisierung des öffentlichen Lebens unerläßlich.

Aus diesen Erwägungen spricht der Parteitag den Wunsch aus, die Fraktion möge ihrerseits zur Bildung einer arbeitsfähigen Reichstagsmehrheit beitragen, in der die Parteien in grundsätzlichen Fragen ihre volle Freiheit behalten, während sie sich in den Grundfragen der Neugestaltung des Reichs auf ein Mindestprogramm verpflichten und zu dessen Durchführung eine einheitliche Taktik beobachten.

50. A. Braun und 56 Genossen: Entschließung. Durchdrungen von der Ueberzeugung, daß eine erfolgreiche Wirksamkeit der Arbeiterbewegung nur durch ihre Geschlossenheit und Einheitlichkeit möglich ist, teilt und unterstützt der Parteitag alle Bestrebungen, die auf die Herbeiführung der Parteieinheit gerichtet sind.

Die Parteieinheit muß erwachsen aus der Erkenntnis der großen Schwierigkeiten, in die das Proletariat durch die tief einschneidenden Nachwirkungen des Krieges gezwungen werden wird. Die geschlossene Front in der Arbeiterbewegung ist eine Notwendigkeit, wenn nicht der im Kriege übermächtig gewordene Kapitalismus jede Widerstandskraft der Arbeiterklasse lähmen soll. Deshalb muß jeder Weg, jede Gelegenheit benutzt werden, um die Hindernisse, die das Gelingen zur Einheit in Frage stellen, aus dem Wege zu räumen.

Im richtigen Augenblicke in diesem Sinne zu wirken, erscheint eine Aufgabe, die bloß eine diesem Zwecke allein dienende Kommission erfüllen kann. Wir beantragen deshalb, eine Kommission von sieben Mitgliedern mit dem Rechte der Kooptation zu wählen, die sich diesen Aufgaben widmet und dem nächsten Parteitage Bericht zu erstatten hat.

Mit der Annahme dieser Entschließung hält der Parteitag die Anträge 3—14 für erledigt.

51. Hermann Lesser und 26 Genossen: Entschließung zum Bericht der Reichstagsfraktion. Der Parteitag macht den parlamentarischen Vertretungen der Partei ein einheitliches geschlossenes Auftreten in den Parlamenten zur Pflicht.

52. Heinrich Schulz und 20 Genossen: Abänderungsantrag zu 48. Im letzten Absatz soll es heißen: „Die Anträge 3—14 und 50".

53. Löbe und 80 Genossen: Der Parteitag erklärt: Mehr als drei Jahre währt der unheilvolle Weltkrieg. Immer höher häufen sich die Todesopfer, immer größer werden die Verluste an wirtschaftlichen und kulturellen Gütern, immer schwerer werden alle Völker von Not und Elend heimgesucht. Und noch immer sind die herrschenden Mächte außerstande, den Ausweg zur Herbeiführung des Friedens zu finden.

Die sozialdemokratische Partei Deutschlands hat sich seit Ausbruch des Krieges in Uebereinstimmung mit den Grundsätzen der Partei zur Pflicht der Verteidigung ihres Landes bekannt. So zu handeln war eine harte Notwendigeit, wenn wir nicht wollten, daß durch unsere Schuld die Gefahr der Niederlage Deutschlands und die dauernde wirtschaftliche Verelendung unseres Volkes und im besonderen der deutschen Arbeiterschaft herbeigeführt würde. Der Parteitag billigt daher die von der Reichstagsfraktion während der Kriegszeit vertretene Politik.

Der Parteitag bekräftigt von neuem die Ueberzeugung, daß ein Frieden zu erstreben ist, durch den kein Volk politisch oder finanziell vergewaltigt wird. Nur die Aufstellung eines solchen Friedenszieles ist geeignet, bei allen Völkern die zur Fortsetzung des Krieges treibenden Kräfte zu überwinden und die Friedensbestrebungen siegreich zu machen. Und nur ein solcher Frieden kann die Gewähr der Dauer in sich tragen. Der Parteitag billigt die Entschließung

des Reichstags vom 19. Juli d. J. und erblickt in den Vorschlägen, die in der Note des Vatikans und in der deutschen Antwortnote gegeben sind, eine geeignete Grundlage für die Einleitung von Friedensverhandlungen. Er fordert die Reichsleitung auf, mit rückhaltloser Offenheit für die Wiederherstellung Belgiens als eines nach allen Seiten neutralen Staates einzutreten. Er protestiert mit größter Entschiedenheit gegen Pläne, die auf eine Aufteilung von Elsaß-Lothringen unter deutsche Bundesstaaten ausgehen, und hält daran fest, daß ohne Verzögerung die Autonomie und Gleichberechtigung als Bundesstaat im Rahmen des deutschen Reiches an Elsaß-Lothringen verliehen wird.

Der Parteitag erhebt den schärfsten Einspruch gegen die fortdauernden Eroberungsbestrebungen der Alldeutschen, der sogenannten Vaterlandspartei und verwandter Richtungen. Er weist das gewissenlose Treiben derer zurück, die die ihnen zuströmenden Kriegsgewinne zu einer frivolen Agitation gegen die Friedensbestrebungen benutzen und den Namen des Vaterlandes zu ihren Parteizwecken zu mißbrauchen sich erdreisten. Diese Kreise nehmen die ungeheure Schuld auf sich, den Kriegsverlängerern in den gegnerischen Ländern immer von neuem Anlaß und Vorwand zur Aufpeitschung der Kriegsleidenschaft ihrer Völker zu geben. Zugleich laden sie die schwere Schuld auf sich, die Einigkeit unseres Volkes im Verteidigungskampf zu schwächen und zu gefährden. Es ist die Pflicht der Reichsleitung, jeder amtlichen Beeinflussung zugunsten der Annexionspolitik entgegenzutreten und sich von den Vertretern dieser Politik in voller Unzweideutigkeit loszusagen.

Der Parteitag fordert die Durchführung demokratischer und sozialer Reformen im Reich, Staat und Gemeinde. Sollen im deutschen Volke die Kräfte frei werden, die nötig sind, um diesen ungeheuren Krieg bis zu einem die deutsche Zukunft sichernden Friedensschluß zu bestehen und um die alsdann erwachsenden gewaltigen Aufgaben des Wiederaufbaues unserer Volkswirtschaft und Kultur zu bewältigen, so muß die volle Gleichberechtigung aller Staatsbürger als Grundlage des gesamten öffentlichen Lebens zur Verwirklichung gebracht werden. Insbesondere erblickt der Parteitag in der unverzüglichen Durchführung des gleichen Wahlrechts in Preußen sowie in der entscheidenden Mitwirkung des Reichstags bei allen großen Fragen der Zeit Lebensnotwendigkeiten des deutschen Volkes.

Der Parteitag verurteilt die Haltung der Reichsleitung und spricht die Ueberzeugung aus, daß die dabei zutage getretene Zerfahrenheit in der Führung der Reichsgeschäfte ihre Wurzel in dem Regierungssystem hat, dessen weiteres Fortbestehen unvereinbar ist mit den Lebensinteressen des deutschen Volkes. Der Parteitag hält die Umbildung der preußisch-deutschen Obrigkeitsregierung in eine aus der Volksvertretung hervorgehende Volksregierung für eine dringende Notwendigkeit der innerpolitischen Entwicklung noch während des Krieges.

Von diesen Anschauungen und Bestrebungen geleitet, fordert der Parteitag das deutsche Volk auf, unter dem Banner der sozialdemokratischen Partei einig und geschlossen den Kampf zu führen für Frieden und Freiheit, für die deutsche Zukunft und für die höchsten Güter der Menschheit.

54. Hoch und 43 Genossen: Die wichtigste Aufgabe der Sozialdemokratie ist es, mit allen Kräften dafür einzutreten, daß endlich der Krieg beendet wird durch den Frieden, der das einzige Mittel dazu ist, nämlich durch den Frieden ohne politische, wirtschaftliche und finanzielle Vergewaltigung irgendeines Volkes, ohne Annexionen und Kriegsentschädigungen und auf der Grundlage er Selbstbestimmung der Völker. Zu dem Frieden können wir erst dann gelangen, wenn in allen Ländern das arbeitende Volk den Widerstand der großkapitalistischen und militaristischen Kreise überwunden hat, die

nicht auf Eroberungen verzichten, sondern den Krieg weiter und weiter verlängern wollen in der Hoffnung, daß sich ihnen doch noch eine günstige Gelegenheit zu Eroberungen bieten werde. So ist mit dem Kampf für den Frieden unlösbar verbunden der Kampf gegen die politische Bevormundung des Volkes im eigenen Lande, der Kampf um das allgemeine, gleiche und geheime Wahlrecht für alle Wahlen, um den entscheidenden Einfluß des Volkes auf die Regierungen, um die Beseitigung aller volksfeindlichen Beschränkungen.

In diesem Kampfe hat die Sozialdemokratie die Führung zu übernehmen im Sinne der Grundsätze unseres Parteiprogramms und der Beschlüsse unserer Parteitage und internationaler Kongresse, die die Eroberung der politischen Macht durch Ueberwindung unserer Gegner fordern und eine Politik des Entgegenkommens an die Eroberungspläne und scharfmacherischen Bestrebungen ablehnen. Daher hat die Sozialdemokratie auch die Regierungen zu bekämpfen, die offen oder hinterhältig die Bestrebungen gegen den von uns geforderten Frieden fördern. Unsere Reichstagsfraktion kann der jetzigen Reichsleitung keine Kriegsforderungen bewilligen und ebensowenig einer anderen Reichsleitung, die sich nicht ausdrücklich und unzweideutig, im allgemeinen und in den wichtigeren Einzelfragen, zu unseren Friedensforderungen und den notwendigen Verfassungsänderungen bekennt, oder deren Handlungen ihren Zusicherungen widersprechen.

55. Anton Naegele-Memmingen und 32 Genossen: Der Parteitag beauftragt den Parteivorstand und die Reichstagsfraktion, dafür zu wirken, daß allen Personen, die in Anwendung des Hilfsdienstgesetzes oder anderer militärischer Anordnungen außerhalb des Ortes ihres Unterstützungswohnsitzes tätig sind, der erlangte Unterstützungswohnsitz dort auch dann erhalten bleibt, wenn die Ortsabwesenheit länger als ein Jahr dauern sollte.

56. Löbe und 118 Genossen: Der Parteitag erklärt: Mehr als drei Jahre währt der unheilvolle Weltkrieg und immer noch sind die herrschenden Mächte außerstande, den Ausweg zur Herbeiführung des Friedens zu finden.

Die sozialdemokratische Partei Deutschlands hat sich in Uebereinstimmung mit ihren Grundsätzen zur Pflicht der Verteidigung ihres Landes bekannt. Das war eine harte Notwendigkeit, um eine Niederlage Deutschlands und eine dauernde wirtschaftliche Verelendung unseres Volkes, im besonderen der deutschen Arbeiterschaft, fernzuhalten. Der Parteitag billigt daher die von der Reichstagsfraktion während der Kriegszeit vertretene Politik. Er verpflichtet die Fraktion, wie bisher, so auch fernerhin ihre Stellungnahme zu der Bewilligung von Krediten davon abhängig zu machen, ob sie im Interesse der Landesverteidigung geboten ist.

Der Parteitag bekräftigt von neuem die Ueberzeugung, daß ein Frieden zu erstreben ist, durch den kein Volk politisch oder wirtschaftlich oder finanziell vergewaltigt wird. Nur die Aufstellung eines solchen Friedenszieles ist geeignet, bei allen Völkern die zur Fortsetzung des Krieges treibenden Kräfte zu überwinden und die Friedensbestrebungen siegreich zu machen. Und nur ein solcher Frieden kann die Gewähr der Dauer in sich tragen. Der Parteitag heißt die Tätigkeit der Delegierten der Sozialdemokratie und Gewerkschaften Deutschlands in Stockholm gut, billigt die Entschließung des Reichstags vom 19. Juli d. J. und erblickt in den Vorschlägen, die in der Note des Vatikans und in der deutschen Antwortnote gegeben sind, eine geeignete Grundlage für die Einleitung von Friedensverhandlungen. Er fordert die Reichsleitung auf, mit rückhaltloser Offenheit für die Wiederherstellung Belgiens als eines nach allen Seiten neutralen Staates ein-

zutreten. Er protestiert mit größter Entschiedenheit gegen Pläne, die auf eine Aufteilung Elsaß-Lothringens unter deutsche Bundesstaaten ausgehen, und hält daran fest, daß ohne Verzögerung die Autonomie und Gleichberechtigung als Bundesstaat im Rahmen des deutschen Reiches an Elsaß-Lothringen verliehen wird.

Der Parteitag erhebt den schärfsten Einspruch gegen die fortdauernden Eroberungsbestrebungen der Alldeutschen, der sogenannten Vaterlandspartei und verwandter Richtungen. Er weist das gewissenlose Treiben derer zurück, die die ihnen zuströmenden Kriegsgewinne zu einer frivolen Agitation gegen die Friedensbestrebungen benutzen und den Namen des Vaterlandes zu ihren Parteizwecken zu mißbrauchen sich erdreisten. Diese Kreise nehmen die ungeheure Schuld auf sich, den Kriegsverlängerern in den gegnerischen Ländern immer von neuem Anlaß und Vorwand zur Aufpeitschung der Kriegsleidenschaft ihrer Völker zu geben. Zugleich laden sie die schwere Schuld auf sich, die Einigkeit unseres Volkes im Verteidigungskampf zu schwächen und zu gefährden. Es ist die Pflicht der Reichsleitung, jeder amtlichen Beeinflussung zugunsten der Annexionspolitik entgegenzutreten und sich von den Vertretern dieser Politik in voller Unzweideutigkeit loszusagen.

Der Parteitag verlangt die sofortige Verwirklichung der Sehnsucht des deutschen Volkes nach Demokratie. Er ist der Ansicht, daß nichts so sehr geeignet sein würde, die Widerstandskraft und den Verteidigungswillen des deutschen Volkes zu stärken, als die Verwirklichung der vollen staatsbürgerlichen Gleichberechtigung. Insbesondere erblickt der Parteitag in der unverzüglichen Durchführung des gleichen Wahlrechts in Preußen sowie in der entscheidenden Mitwirkung des Reichstags bei allen großen Fragen der Zeit Lebensnotwendigkeiten des deutschen Volkes.

Die Verantwortung für alle Folgen, die sich aus der Verzögerung der demokratischen Neugestaltung ergeben können, lehnt der Parteitag ab. Sie fällt auf diejenigen, die die Zeichen der Zeit nicht erkennen.

Von diesen Anschauungen geleitet, fordert der Parteitag das deutsche Volk auf, unter dem Banner der sozialdemokratischen Partei einig und geschlossen den Kampf zu führen für Frieden und Freiheit, für die deutsche Zukunft und für die höchsten Güter der Menschheit.

57. Robert Schmidt, Otto Braun: Die ausreichende Versorgung des deutschen Volkes mit den notwendigsten Nahrungsmitteln ist für die Erhaltung seiner Widerstandskraft unerläßlich.

Der Parteitag billigt daher die Forderungen zur Sicherstellung der Volksernährung, die der Parteivorstand gemeinsam mit der Generalkommission der Gewerkschaften und die Reichstagsfraktion sogleich nach Ausbruch des Krieges und später wiederholt an die Regierung gerichtet haben, und verurteilt es auf das schärfste, daß diese Forderungen nicht in dem Umfange und nicht so schnell und durchgreifend zur Durchführung gelangten, wie es die Lage des vom Weltmarkt abgesperrten Deutschen Reiches gebot.

Die von der Regierung betriebene Politik der Halbheit und Verspätung, die den kapitalistischen Gewinninteressen weitgehend Rechnung trägt, hat die Regelung unserer Nahrungsmittelversorgung unheilvoll beeinflußt und nicht zum wenigsten dazu beigetragen, daß sich auf dem Lebensmittelmarkt Zustände herausgebildet haben, die es den Erzeugern und Händlern ermöglichen, sich in unerhörtem Maße zu bereichern, während die minderbemittelte Bevölkerung bitterste Not leidet.

Gegen die auf fortgesetzte Preissteigerungen gerichtete Preispolitik des Kriegsernährungsamts, die auch die neuerdings eingetretene, jeder Berechtigung entbehrende Erhöhung der Kartoffel- und Brotpreise bewirkt und zu einer fast unerträglichen Verteuerung aller Lebensmittel geführt hat, erhebt der Parteitag entschiedensten Protest und fordert wirksamen Abbau der Lebensmittelpreise. Gegen die Herabsetzung der Kleinhandelspreise durch Bereitstellung von öffentlichen Mitteln müssen grundsätzlich Bedenken erhoben werden, da dieses Verfahren dahin führt, den Lebensmittelerzeugern hohe Kriegsgewinne zu sichern und sonach ihrer Bereicherung auf Kosten der Allgemeinheit gleichkommt. Nur um der schlimmsten Notlage der ärmeren Volksschichten zu steuern, kann diesem Verfahren als kleineres Uebel von Fall zu Fall zugestimmt werden.

Die Lebensmittelerzeugung kann lediglich durch Bereitstellung hinreichender Arbeitskräfte, Düngemittel, Saat, Geräte und Betriebsmaterialien gefördert werden. Hohe Preise erhöhen wohl die Riesengewinne der Erzeuger, nicht aber die Menge der erzeugten Lebensmittel. Sie ermöglichen den besitzenden Kreisen eine ausreichende Ernährung, wohingegen sie den breiten Volksschichten immer größere Entbehrungen auferlegen.

Da auch die Händler durch spekulative Preistreibereien und wucherischen Schleichhandel zur Lebensmittelteuerung nicht unerheblich beitragen, kann dem Verlangen der Handelsinteressenten, den Vertrieb der wichtigsten Lebensmittel wieder dem freien Handel zu überlassen, nicht zugestimmt werden. Im Gegenteil müssen alle für die Volksernährung wichtigen Lebensmittel beim Erzeuger durchgreifender als bisher erfaßt und im Wege öffentlicher Bewirtschaftung sachgemäßer als das bisher durch einzelne Kriegsgesellschaften geschah, zu angemessenen erschwinglichen Preisen allen Kreisen der Bevölkerung gleichmäßig zugeführt werden.

Der Parteitag fordert die Parteigenossen in den Parlamenten des Reiches und des Staates sowie in den gemeindlichen Körperschaften auf, wie bisher auch in Zukunft in diesem Sinne tatkräftig zu wirken, damit der schamlosen Bereicherung der Lebensmittelwucherer gesteuert und die Not des Volkes gemildert werde.

58. Johanna Reitze und 41 Genossen: Entschließung zur Wirtschafts- und Sozialpolitik. Die praktische, soziale und politische Tätigkeit der Frauen ist durch den Krieg noch umfangreicher geworden im Erwerb, in der Sorge für die Ernährung, bei der Erziehung der Kinder und in der Gemeinde.

Die vermehrte Anspannung wird auch nach dem Kriege weiter zu leisten sein. Weitere Zweige der Fürsorgetätigkeit werden nötig werden. Wir erinnern nur an die vielen Witwen und Waisen und an die Frauen der Kriegsinvaliden, denen die Last der Ernährung der Familie aufgeladen wird, desgleichen an die zahlreichen verheirateten Frauen, die durch das ungenügende Einkommen des Mannes auch weiterhin zur verstärkten Erwerbsarbeit gezwungen werden.

Die daraus erwachsenden Aufgaben können nur ganz erfüllt werden unter Mitwirkung der Gemeinde und des Staates, wobei die Frau ein Mitbestimmungsrecht haben muß. Da sie bis heute auf diesem Gebiet noch rechtlos blieb, ist es ihre erste und vornehmste Aufgabe, dahin zu wirken, daß sie in ihren wirtschaftlichen und politischen Rechten dem Manne gleichgestellt wird. Gleiches Recht für alle — für Mann und Frau! Wollen sie dieses gleiche Recht erreichen, so müssen alle Frauen sich den sozialdemokratischen Organisationen anschließen.

Der Parteitag fordert die Genossen und Genossinnen in Stadt und Land auf, ihre ganze Kraft für die Erringung des Frauenwahlrechtes für alle

sozialen und politischen Körperschaften einzusetzen und nach Möglichkeit für die Gewinnung und Schulung der Frauen zu wirken, ebenso verlangt er, daß die Frauen weit mehr als bisher zur praktischen, sozialen und politischen Arbeit heranzuziehen sind.

59. Krüger-Teltow-Beeskow und 9 Genossen: Die ins Ungemessene gestiegenen Preise der Lebensmittel und aller übrigen Bedarfsartikel haben die öffentlichen Körperschaften sowie einsichtige Privatunternehmer veranlaßt, den Angestellten und Arbeitern mehr oder weniger entsprechende Teuerungszulagen zu gewähren. Ebenso hat der Reichstag, sozialdemokratischen Anregungen folgend, wiederholt Erhöhung der Familienunterstützung für die Familien der Kriegsteilnehmer beschlossen. Die Bezüge der Kriegerwitwen und -waisen sind aber unberührt geblieben, so daß die zahllosen Familien, deren Ernährer ihr Leben für das Vaterland hingaben, in bitterster Not sind. Dasselbe gilt für die Zahl der Kriegsverletzten, deren Renten ebenfalls die gleichen geblieben sind wie vor der ungeheuren Teuerung. Die Pflicht gebietet der sozialdemokratischen Partei, dafür zu sorgen, daß die Renten für die Kriegerwitwen, -waisen und -invaliden so schnell wie nur möglich so erhöht werden, daß diese Unglücklichen, die dem Vaterland das Beste gegeben haben, vor Not geschützt sind. Der Parteitag beauftragt die sozialdemokratischen Vertreter in den gesetzgebenden Körperschaften, in diesem Sinne zu wirken.

60. P. Weber und 21 Genossen. Der Parteitag erhebt Protest gegen die ohne Befragen der Gesetzgebung vorgenommene Erhöhung der Fahrpreise für Fernzüge. Diese Maßnahme wird zur Folge haben, daß der ohnehin überlastete Lokalverkehr noch mehr erschwert wird. Die Reisenden, die aus geschäftlichen Gründen auf die Benutzung dieser Züge nicht verzichten können, werden die Erhöhung abzuwälzen suchen. Dagegen werden Familienangehörige, die den zum Heeresdienst einberufenen Verwandten besuchen wollen, in hunderttausenden Fällen aufs härteste getroffen. Die mit der Erhöhung angblich bezweckte Unterbindung der Schleichversorgung wird nur für Minderbemittelte erreicht.

Der Parteitag verpflichtet unsere parlamentarischen Vertretungen, gegen diese Maßnahme Stellung zu nehmen und auf schleunigste Aufhebung hinzuwirken.

61. Anna Blos und Genossen: Die Unterzeichneten ersuchen den Parteitag, auf die Tagesordnung des nächsten Parteitages den Punkt Frauenarbeit und Frauenschutz zu setzen.

62. Vorschläge zur Wahl des Parteivorstandes. Vorsitzende: Ebert, Scheidemann. Kassierer: Otto Braun. Schriftführer: Bartels, Molkenbuhr, Herm. Müller, Pfannkuch, Marie Juchacz. Beisitzer: Eugen Ernst, Otto Wels.

63. Thiele-Halle: Riesengroß und gräßlich sind die Opfer an Blut, Lebensglück und Gesundheit, die durch den Krieg der Mehrheit der deutschen Familien auferlegt worden sind. Derselbe Krieg hat jedoch einem kleineren Personenkreise unsinnige Reichtümer durch Kriegsgewinne gebracht. — Der Gedanke ist unerträglich, daß für die Mehrheit der Krieg die Quelle dauernden Elends und Schmerzes, für eine Minderheit die Quelle dauernden wirtschaftlichen Ueberflusses sein soll.

Der Parteitag fordert deshalb, daß das Reich zur Linderung des Kriegselends, für das es aufzukommen hat, in erster Linie die im Kriege erworbenen Reichtümer heranzieht. Das soll unter Anerkennung des Grundsatzes geschehen, daß niemand beanspruchen darf, nach dem Kriege wohlhabender zu sein, als er vorher gewesen ist.

64. Ebert und Genossen: Der Parteitag beauftragt die bisherigen Mitglieder des Zentralbildungsausschusses: David, Heimann, Korn, Löbe, Müller, Schulz, mit der Fortführung der Arbeiten des Zentralbildungsausschusses während der Dauer des Krieges. Zugleich ersucht der Parteitag den Parteivorstand, in Gemeinschaft mit dem Zentralbildungsausschuß eine Verständigung mit der Generalkommission der Gewerkschaften über eine zukünftige Mitarbeit der Gewerkschaften im Zentralbildungsausschuß herbeizuführen.

65. Strobel und Genossen: Der Parteitag erhebt den schärfsten Einspruch gegen die am 18. d. M. in Kraft getretene ungeheuerliche Verteuerung der Personentarife im Eil- und Schnellzugsverkehr sowie im gesamten Sonntagsverkehr der deutschen Staatseisenbahnen.

Er verkennt nicht die Schwierigkeiten, in die unsere Eisenbahnen durch den Krieg geraten sind, verwirft jedoch die jetzt zu ihrer Hebung angewandten tarifpolitischen Mittel wegen ihres rein plutokratischen, die Interessen der unteren Volksschichten aufs schwerste schädigenden Charakters.

Der Parteitag hält den bestehenden Zustand der Tarifgestaltung auf dem Verwaltungswege für völlig unhaltbar und fordert für die gesetzgebenden Körperschaften nachdrücklichst das Recht der Mitwirkung bei der Aufstellung der Tarife.

66. Vorschläge für die Wahl zur Kontrollkommission: Brühne-Frankfurt, Brey-Hannover, Gradnauer-Dresden, Timm-München, Gruenwaldt-Hamburg, Kolb-Karlsruhe, Arbeitersekretär Müller-Niederbarnim, Fischer-Stuttgart, Löbe-Breslau, Deichmann-Bremen, Hörschelmann-Jena, Hoch-Hanau, Schmidt-Meißen, Reißhaus-Erfurt, Brandes-Magdeburg, Hengsbach-Köln.

67. Eugen Ernst und Genossen: Zu „Nächste Aufgaben". Nach den Erfahrungen dieses Weltkrieges ist für Klassenwahlrechte in Preußen kein Raum mehr. Ein halbes Jahr ist seit der Osterbotschaft des Königs von Preußen vergangen und noch immer besteht das elendeste aller Wahlsysteme, das Dreiklassenwahlsystem.

Gegen seine Ersetzung durch das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht wagen die Reaktionäre nicht mehr offen aufzutreten, sie versuchen vielmehr, die dringend notwendige Reform durch unehrliche Verschleppungsmanöver zu vereiteln.

Das arbeitende Volk kann die ungeheuren Opfer, welche die Verteidigung Deutschlands von ihm mehr als von jeder anderen Klasse der Gesellschaft verlangt, nur bringen, wenn ihm schnellstens die volle politische Gleichberechtigung gewährt wird.

Die Erfüllung dieser Forderung verträgt keinen Aufschub. Jeder Versuch einer weiteren Verschleppung gefährdet die Widerstandskraft Deutschlands und bildet ein Hindernis für einen baldigen Frieden.

Die sozialdemokratische Partei, Vertreterin des arbeitenden Volkes Deutschlands, erhebt zugleich im Namen der Tapferen an der Front flammenden Protest gegen deren Erhaltung in Rechtlosigkeit durch ein von allen Parteien preisgegebenes Wahlrecht und fordert mit Nachdruck ungesäumte Einführung eines wirklich freien demokratischen Wahlrechts in Preußen. Sie ist entschlossen, alle Kraft anzuwenden, um ein solches Wahlrecht noch während der Dauer des Krieges durchzusetzen.

Protokoll.

Vorversammlung.

Sonntag, den 14. Oktober 1917, abends 6 Uhr.

Der Saal ist mit roten und weißen Fahnen geschmückt, oberhalb der Bühne sieht man das fränkische Wappen, von der Galerie hängt die Fahne der Würzburger Parteiorganisation herab; das Banner ist 1896 von Wilhelm Liebknecht geweiht worden. Die Delegierten haben an langen Tischen Platz genommen, die Presse ist zahlreich vertreten.

Die Arbeiter-Gesangbereine „Eintracht"-Würzburg und „Vorwärts"-Schweinfurt eröffnen den Abend mit zwei Liedern. Die Schlußworte des einen Liedes: „Denn die Völker wollen Frieden, Frieden jedes Menschenherz" machen tiefen Eindruck, und reicher Beifall lohnt den Sängern.

Darauf ergreift zur Begrüßung des Parteitages das Wort.

Freudenberger-Würzburg: Das Parteitagskomitee hat mir den ehrenvollen Auftrag erteilt, die Vertreter der deutschen Sozialdemokratie in Würzburg herzlich willkommen zu heißen. Als wir 1913 erfuhren, daß Sie Würzburg zum Tagungsort des Parteitages erwählt hatten, wurde dieser Beschluß mit lebhaftester Freude begrüßt und alles war einig in dem Bestreben, Ihnen einen recht herzlichen Empfang zu bereiten. Schon waren die Vorarbeiten zum Parteitag beendet, der gedruckte Bericht des Parteivorstandes bereits verschickt, da brach jenes entsetzliche Unglück über uns herein, das eine Welt in Flammen setzte. Noch hatten wir die Hoffnung nicht aufgegeben, Sie recht bald unter uns zu sehen, denn alle Theoretiker des Krieges hatten für einen modernen Krieg eine ganz kurze Dauer vorausgesagt. Aber es sollte anders kommen.

Bei Einkehr in diese Stadt betreten Sie nicht altehrwürdigen Boden im Sinne der Parteigeschichte, aber der Boden ist geheiligt vom Geiste der deutschen Demokratie. Auf den Höhenrücken um Würzburg entwickelten sich jene schweren und mutigen Kämpfe des fränkischen Bauerntums gegen seine Peiniger und Bedrücker. Hier, in der Stadt Kilians, predigte Peter Hänslein vor großen Massen und forderte seine Zuhörer auf, Greise, Kinder und Weiber daheimzulassen, „kommt aber nicht mit dem Pilgerstab, sondern angetan mit Wehr und Waffen, in der einen Hand die Wallkerze, in der anderen Hand Schwert und Spieß" Hier führte Florian Geyer seine Bauernheere gegen Adel und Fürsten. Die wilden Stürme des Jahres 1848 rüttelten Bürgertum und Studentenschaft auf, um dem unter dem Ministerium Abel gezüchteten klerikal-ultramontanen Uebermenschentum den Kampf anzusagen. An die Worte unseres unvergeßlichen Bebels in seiner Geschichte des deutschen Bauernkrieges: „Mögen sich Bauern und Arbeiter vereinigen und sich die Hand reichen, um gemeinsam für die Ideale der Menschlichkeit gegen materielle Not und geistige Unterdrückung zu kämpfen" und an die geistigen Ideale dieser wackeren Freiheitskämpfer mußten wir in diesen Wahlkreis anknüpfen. Einem zähen

politischen Gegner gegenübergestellt, unterstützt von einer großen Schar Agitatoren im geistlichen Gewande und umgeben von einer Zahl von Vereinen, die nach außen ein unpolitisches Gepräge haben, konnten wir dieser Tätigkeit nur begegnen durch einen gefestigten Ausbau einer zielsicheren Organisation. In einem Wahlkreis, der nicht dicht bevölkerte Industriebezirke aufweist, wo das Proletariat in die Gedankenwelt des Sozialismus hineingezwungen wird, in einem Wahlkreis mit verschiedenartiger berufsmäßiger und konfessioneller Gliederung, muß die politische Arbeit ohne das religiöse Empfinden des einzelnen zu verletzen, sorgfältig, ich möchte fast sagen, psychologisch vertieft sein. Und als 1912 zum ersten Male diese junge, lebenskräftige Organisation ihre Feuerprobe bestand, als wir an dem Stichwahltage dieses Jahres eines der festesten Bollwerke des Zentrums, die alte Bischofsstadt Würzburg eroberten, da ging ein Jubel durch die Bevölkerung. (Bravo!) Wir blieben bei der Reichstagswahl nicht stehen, wenige Wochen später eroberten wir uns einen Sitz im Landtag und acht unserer Genossen sind im Stadtparlament tätig. (Beifall.)

Unsere Blicke wenden sich in diesem Augenblick zu den wackeren Streitern, die, fern der Heimat, als Opfer des Krieges unter fremder Erde ruhen, ihnen sei ein stilles Gedenken in unauslöschlicher Dankbarkeit gewidmet. Auch den Legionen von Kämpfern, die gegenwärtig draußen stehen und hartes Kriegshandwerk üben müssen, auch sie sind unseres Dankes sicher. Niemand, der die gewaltigen Verheerungen des Krieges nicht gesehen hat, kann ermessen, was Unversehrtheit von Heimat, Hof und Herd bedeutet. (Sehr richtig!) Hoffen wir, daß in diesem wilden Chaos der Zerstörungen die Ideale der Menschlichkeit, die Forderung der allgemeinen Abrüstung sich Geltung verschaffen (Zustimmung), ein Ziel, weit kostbarer als alle weltfernen Pläne heißblütiger Alldeutscher, ein Gut, das der großen Opfer wert ist. Auch wir in Würzburg sind von dem lärmenden Getöse der Alldeutschen nicht verschont geblieben. Es ist hier aber mit dem größten Mißmut und Unbehagen aufgenommen worden. An der Spitze dieser Bewegung steht hier der Direktor des größten Munitionsbetriebes der Stadt (Hört! hört!), ferner Schuldirektoren, Beamte, Lehrer, die alle infolge vorgeschrittenen Alters von der Wehrpflicht und dem Hilfsdienst befreit, willfährig das Volk darüber aufzuklären suchen, daß der Verständigungsfriede ein Verbrechen sei. Wir dürfen den Einfluß dieser Kreise nicht unterschätzen, die sich aus Schwerindustrie, fränkischem Hochadel und Großfinanz zusammensetzen und deren Einfluß wir bereits 1907 einmal haben kennen lernen müssen, wo sie die Stimme des deutschen Volkes zu fälschen versucht haben.

Werte Parteigenossen, es ist Aufgabe des Parteitages, die Waffen zu schmieden, das Rüstzeug zu stählen, um, wenn nicht alle Zeichen der Zeit trügen, schweren künftigen politischen Kämpfen mit Erfolg gewachsen zu sein. Wir Würzburger Genossen, so sehr wir bedauern, daß gegenwärtig manche wackeren Parteigenossen, die im Dienste der Parteibewegung ergraut sind, deren Namen so eng verwachsen sind mit der Geschichte der Partei, abseits stehen, haben doch nur den einen Wunsch, daß, wenn Sie morgen in Ihre Verhandlungen eintreten, Sie vom Geiste echter Kameradschaftlichkeit, treuen, parteigenössischen Empfindens, unverbrüchlicher Zusammengehörigkeit getragen sind, daß Sie sich dieser ernsten Stunde der großen Verantwortung nach innen und nach außen bewußt werden. Vivos voco mortuos plango, unsere Arbeit den Lebenden, unser Gedenken den Toten!

Werte Parteigenossen, sollten Sie nach harter Arbeit Zeit und Muße finden zum geselligen Zusammensein mit uns, dann bitten wir: Seien Sie milde in der Kritik unserer Vorbereitungen, vergessen Sie nicht, daß sie im

vierten Kriegswinter getroffen waren. Ich wünsche Ihnen im Namen der Würzburger Parteigenossen Glückauf zur Tagung des deutschen Sozialdemokratischen Parteitages. (Lebhafter Beifall.)

Ebert: Genossinnen und Genossen, ich bin Ihrer Zustimmung sicher, wenn ich zunächst dem Genossen Freudenberger für seinen freundlichen Willkommengruß auf das herzlichste danke. (Bravo!) Als wir uns vor vier Jahren entschlossen, unseren Parteitag in Würzburg abzuhalten, da wußten wir, daß wir inmitten einer Parteigenossenschaft tagen würden, die in zäher und erfolgreicher Arbeit der Partei große Dienste geleistet hat. Die Würzburger Parteigenossen haben ihre Parteiorganisation vorzüglich ausgebaut, haben unter großen Opfern sich eine eigene Presse geschaffen und haben so Würzburg zu einem starken Stützpunkt unserer fränkischen Parteibewegung gemacht. Die Erfolge, auf die mit Recht Genosse Freudenberger hingewiesen hat, legen dafür das beste Zeugnis ab. Besonders tapfer haben sich unsere Würzburger Parteigenossen bei der letzten Reichstagswahl geschlagen. Einer der schönsten Erfolge unseres damaligen prächtigen Sieges war die Eroberung der alten Bischofsstadt Würzburg. Gerade dieser Erfolg hat bei unseren Parteigenossen im Reiche besondere Freude und Genugtuung ausgelöst. Der Genosse Freudenberger hat bescheiden darauf hingewiesen, daß wir die Vorbereitungen zum Parteitag nachsichtig beurteilen müßten, wir seien im vierten Kriegswinter. Ich glaube, sagen zu dürfen, daß wir schon nach unseren ersten Eindrücken überzeugt sind, daß die Würzburger Parteigenossen ihr Bestes aufgeboten haben, um uns den Aufenthalt in der alten rebenumkränzten Mainstadt so angenehm wie möglich zu machen. (Bravo!)

Genossen, was von der Parteiarbeit der Würzburger Genossen gesagt werden mußte, das gilt auch für die erfolgreiche Arbeit unserer Partei in Bayern. Die wirtschaftliche Struktur des Landes, sein vorwiegend bäuerlicher Charakter, die nur schwer vorwärts dringende Industrie, die konfessionellen Gegensätze und die starke Macht des Klerus haben die Parteiarbeit in Bayern mehr erschwert als in einem anderen Bundesstaat. Glücklicherweise waren bayrische Steifnackigkeit und kraftvolle Ausdauer in unserer Partei immer gut vertreten. Vereint mit einer die Eigenart des Landes klug einschätzenden und dabei doch gut proletarischen Parteiarbeit haben sie allen Schwierigkeiten zum Trotz die Partei von Erfolg zu Erfolg geführt. Zu Erfolgen, die heute der bayrischen Partei im Lande und im Reiche eine hervorragende Stelle sichern. Wir wünschen den bayrischen Parteigenossen, daß das immer so bleiben möge

Parteigenossen, es sind vier Jahre verflossen seit dem letzten Parteitag, Jahre des furchtbarsten Völkerdramas, ein Meer von Blut und Tränen. Um uns her liegen schwarz und schwer die Schatten des Todes. Da gilt es, Genossen, zunächst unsere schmerzliche Pflicht zu erfüllen (die Teilnehmer des Parteitages erheben sich): Unsäglich groß ist die Zahl der Freunde, die der Krieg aus unseren Reihen riß. Viele gereifte Kämpfer, denen im proletarischen Befreiungskampf der Rauhreif des Lebens das Haar gebleicht, sanken dahin; fremde Erde deckt soviel blühende Jugend, soviel wachsende Kraft, soviel Hoffnungen der Partei. Weit klafft die Lücke in unseren Reihen. Unauslöschlicher Dank ihnen, die unser Wort heute nicht mehr erreicht; das Gelöbnis, in ihrem Sinne weiter zu kämpfen für die Menschlichkeit, für den Frieden, für die edlen Ideale und Ziele des Sozialismus, sei heute erneuert. Ich stelle fest, daß Sie sich zu Ehren der Toten von Ihren Plätzen erhoben haben.

Parteigenossen, alle Völker durchzieht heute tiefster leidenschaftlicher Wille zum Frieden. Das Sinnen und Trachten der besten Teile der Völker ist die Frage: Wie kommen wir aus dem grausigen Elend heraus? Wie kommen

wir endlich zum baldigen Völkerfrieden? An dieser Tatsache vermögen die Treibereien der Kriegsverlängerer, diesseits und jenseits der Schützengräben nichts zu ändern. Freilich, die eine Partei kann die Waffen nicht niederlegen, solange die andere in ungehemmter Eroberungslust weiter stürmt. Selbstverständlich verlangt das auch niemand. Die Sozialdemokratie hat immer erklärt: Solange die Gegner nicht zum Frieden bereit sind, stehen wir zur Verteidigung unseres Landes. Zugleich verlangen wir aber eine klare und beständige Friedensarbeit, eine Friedenspolitik, die frei ist von jeder Zweideutigkeit, die den Völkern der feindlichen Länder die Gewähr gibt, daß ein gerechter Ausgleich möglich ist. Haben die Völker diese Erkenntnis, sind die Völker überzeugt, daß ein gerechter Friede ohne weiteres Blutvergießen möglich ist, dann wird und muß sich der Friedenswille auch bei den Völkern in den feindlichen Ländern durchsetzen. (Sehr richtig!) Dagegen wird jedes selbstbewußte Volk mit dem Aufgebot seiner ganzen Kraft bis zum letzten weiterkämpfen, wenn es weiß, daß es auf seine Vergewaltigung und seine Vernichtung abgesehen ist. (Sehr richtig!) Unsere Gegner im alldeutschen Lager höhnen: unsere Friedensarbeit habe bisher nur Mißerfolge gehabt, nicht einmal mit den Sozialisten der kriegführenden Länder hätten wir uns verständigen können. Wenn wir bisher nicht mehr Erfolg aufzuweisen haben, so beweist das nur die ungeheuren Schwierigkeiten der Friedensarbeit. Die öffentliche Meinung der ganzen Welt ist vergiftet; mit Haß, Wahnwitz und Wiedervergeltung ist systematisch die Volksseele erfüllt worden. Dazu hat das Gebaren unserer Alldeutschen im hohen Maße beigetragen. (Sehr richtig!) Gerade ihr zügelloses Fordern, ihr skrupelloses Treiben ist es, das draußen im Ausland zur Aufpeitschung des Kriegswillens benutzt wird. (Sehr wahr!) So wird im feindlichen und neutralen Ausland eine Weltkarte viel verbreitet, in der die Eroberungspläne unserer Alldeutschen in grellen Farben eingemalt sind, und am Rande dieser Karte befinden sich die Aussprüche unserer Weltverschlucker. Es gibt kein wirksameres Mittel, um den Kriegswillen bei den Völkern in den feindlichen Ländern aufzupeitschen, als dies vielgebrauchte Propagandamittel. (Sehr richtig!) Bei unserer Arbeit in Stockholm haben wir die Wirkung dieser Propaganda auf Schritt und Tritt erfahren müssen. Aber dennoch war unsere Friedensarbeit nicht vergebens; mit den Stockholmer Sozialistenkonferenzen ist die Friedensfrage auf die Tagesordnung der Welttribüne gestellt, der Friedensgedanke ist damit in den Mittelpunkt der öffentlichen Erörterungen gerückt worden. (Sehr wahr!) Alle Staatsmänner wurden gezwungen, zur Friedensfrage Stellung zu nehmen. Stockholm hat erst die Atmosphäre geschaffen, in der die Friedenskundgebung des Reichstags und die Friedensnote des Papstes möglich waren. (Sehr richtig!) Die vielumstrittene Reichstagskundgebung war eine Friedenstat; in der Geschichte dieses grausigen Krieges wird sie immer hervorleuchten. Sie war ein Appell an die Menschlichkeit und die Vernunft. Die Wirkung dieser Reichstagskundgebung auf den Friedenswillen der Volksmassen in den feindlichen Ländern ist unverkennbar; sie hat überall die Friedensströmung, die Friedensbewegung gestärkt. Waren doch die Regierungen aller Ententeländer gezwungen, Gewaltmaßnahmen gegen die lebhaft auftretende Friedensbewegung in ihren Ländern zu ergreifen. Das verzweifelte Mittel der Paßverweigerung spricht doch eine recht deutliche Sprache. (Sehr richtig!) Aber mit Gewaltstreichen, und seien sie noch so drakonisch, läßt die Friedensbewegung sich nicht niederhalten. (Sehr richtig!) Ihre gewaltigen Antriebe liegen in den Schrecken des Krieges, in den Leiden der arbeitenden Massen, die in allen Ländern gleich furchtbar sind. So schwierig auch die Wiederaufrichtung der proletarischen Internationale ist, das Friedensgeplänkel der Diplomaten stellt die Geduld der Völker doch auf eine zu harte

Probe. Deshalb rühren die Völker sich mehr und mehr für einen Frieden der Verständigung, der verankert ist in den Völkern. Die baldige Herbeiführung des Friedens ist für die Arbeiterklasse aller Länder die Lebensfrage, die dringendste Lebensnotwendigkeit. (Sehr richtig!) Darin liegt für uns die Gewähr, daß die Verständigung sich trotz aller Widerstände und trotz aller Hemmungen durchsetzen muß, daß schließlich doch das sozialistische Pflichtbewußtsein triumphiert über Haß und Verblendung. (Bravo!)

Genossen, so wenig wir uns diese Hoffnung entreißen lassen, durch die erst kürzlich wieder neu proklamierten Eroberungsziele der Entente, so wenig werden wir uns abhalten lassen, die Treibereien unserer heimischen Eroberungspolitiker gebührend zu brandmarken. (Bravo!) In welchem Gewande die Eroberungspolitiker auch erscheinen mögen, ob als Alldeutsche, als unabhängiger Ausschuß oder als Vaterlandspartei, in allen Fällen handelt es sich um ein frivoles Spiel mit den Interessen unseres Landes. (Lebhafte Zustimmung.) Der Friede ohne Eroberungen lohne die Opfer nicht, die Blutopfer dürften nicht umsonst gebracht sein, so hält man uns entgegen. Mit diesem Argument wird der Krieg, dieses entsetzlichste Völkerschicksal, in echt kapitalistischer Auffassung einer Geschäftsaktion gleichgestellt, die etwas einbringen muß. Der große Gesichtspunkt, daß dieser Krieg vor allem die für Deutschland so verhängnisvolle Konstellation der Großmächte beseitigen muß, wenn Deutschland überhaupt wieder lebensfähig werden soll, wird dabei ganz außer acht gelassen und beiseite geschoben. (Sehr richtig!) Annexionen und Kontributionen müssen die Weltkoalition gegen uns noch fester zusammenschweißen als früher! Die Hinausschiebung unserer Grenzen soll notwendig sein gegen künftige Angriffe. Gibt es aber einen sichereren, einen besseren Grenzschutz als die Verständigung mit dem Nachbarn? Mit der Politik der gepanzerten Faust hat der Krieg mit seinen grausamen Lehren dauernd und endgültig aufgeräumt. (Sehr richtig!) Kein Volk wird nach dem an Opfern und Zerstörungen so grausamen Krieg in der Lage sein, die Lasten der Rüstungen zu tragen, die eine solche Politik erfordern würde. Nur die Sicherung des Friedens durch internationale Rechtsgarantien allein kann den Völkern wieder Lebensmöglichkeit geben. Fälschlich wird der Friede der Verständigung auch als ein Verzicht auf die wirtschaftliche Entwicklungsmöglichkeit Deutschlands dargestellt. Der Verständigungsfrieden ist die Verhandlungsgrundlage, auf die sich jede Partei ohne Demütigung stellen kann, die einen Ausgleich aller Streitfragen und aller Interessen ermöglicht. (Sehr wahr!) Nur so wird es möglich sein, die künftige wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands im Einklang mit den Interessen anderer Völker sicherzustellen. Und es ist kein Zweifel, Genossinnen und Genossen, hätte unser Volk heute abzustimmen, ob es einen Verständigungsfrieden will, einen Frieden ohne Eroberungen und Annexionen, einen Frieden, der die Unversehrtheit unseres Landes und seine wirtschaftlichen Lebensinteressen sichert, oder ob es bis zur Niederwerfung der Gegner weitere Hekatomben von Menschenopfern bringen will, kein Zweifel, neun Zehntel unseres ganzen Volkes, in der Heimat sowohl wie an den Fronten, würden dem Verständigungsfrieden zustimmen. (Lebhafter Beifall.) Die Sozialdemokratie kann sich deshalb in ihrer Friedensarbeit mit Recht auf die große Mehrheit unseres Volkes in der Heimat und an den Fronten stützen, und sie wird so wie bisher auch künftig ihre ganze Kraft einsetzen in der Bekämpfung aller Eroberungs- und Vergewaltigungspläne, sie wird eintreten für einen Frieden des Rechts, für den Frieden der Verständigung. (Erneuter lebhafter Beifall.)

Unsere politischen Verhältnisse im Innern sind durch die letzten Reichstagsverhandlungen grell beleuchtet worden. Ist dabei auf außerpolitischem Gebiete Schaden entstanden, so trägt die Verantwortung allein die Reichsleitung. Hätte sie den dringenden Beschwerden über politische Mißbräuche im Heere, hätte sie den dringenden Rat wegen der tief bedauerlichen Vorgänge in der Marine Rechnung getragen, und hätte sie selbst nicht in letzter Stunde vollkommen versagt, dann wäre unser Land vor diesem Schaden bewahrt geblieben. (Lebhafte Zustimmung.) Aber der Mann, der das stolze Wort aussprach, ich lasse mir die Führung nicht aus der Hand nehmen (Lachen), ist kein Führer! Ungeschick führte ihn von einer peinlichen Situation in die andere. (Sehr richtig!) Der einzige Erfolg seiner dreimonatigen Probezeit ist ein großer Haufen Scherben. (Sehr wahr!) Wie die Sozialdemokratie zu der Regierung der Herren Michaelis, Helfferich und Capelle steht, das hat sie im Reichstag mit ziemlicher Deutlichkeit zum Ausdruck gebracht. Wir legen Wert darauf, auch hier zu sagen: Bei dieser Absage bleibt es, die Verhandlungen dieses Parteitages werden dazu beitragen, diese Absage noch kräftiger zu unterstreichen. (Stürmisch anhaltender Beifall.) Das Kapitel Michaelis ist der Zusammenbruch des bisherigen Regierungssystems. (Sehr richtig!) Die Vorgänge haben zwingend dargetan, daß die Demokratisierung des Reiches unaufschiebbar, daß sie eine gebieterische Notwendigkeit geworden ist. (Sehr richtig!) In dieser furchtbaren Zeit können die Reichsgeschäfte nicht Männern in die Hände gegeben werden, auf deren Wahl das Parlament keinerlei Einfluß hat, während geheime Kräfte, Zufälligkeiten, ja sogar Mißverständnisse dabei entscheidend sind. Wir brauchen eine Reichsleitung, die getragen ist vom Vertrauen des Parlaments, die entschlossen ist, eine Politik im Sinne des Volkswillens zu führen, eine Reichsleitung, die den Mut und die Kraft hat, den Sonderinteressen einer dünnen Oberschicht den Willen unseres Volksganzen entgegenzusetzen. (Bravo!) Die Situation erfordert eine Reichsleitung, die tatsächlich führt, eine Reichsleitung, die mit fester Hand die Grenze zieht zwischen politischen und militärischen Aufgaben. (Sehr wahr!) Der Militarisierung unserer Politik muß der schärfste und rücksichtsloseste Widerstand entgegengesetzt werden! (Erneute Zustimmung.) Vor allem muß aufgeräumt werden mit dem Belagerungszustand, diese politische Zwangsjacke ist unerträglich geworden, wir müssen aus ihr heraus so schnell wie möglich. Das Wort „Freie Bahn für den Tüchtigen" hat nie mehr Geltung und kann nie mehr Bedeutung haben, als in dieser furchtbaren Situation. Jetzt muß diesem Worte Geltung verschafft, jetzt muß es zur Tat werden. (Sehr richtig!)

Das Dreiklassenwahlsystem in Preußen muß schnellstens und restlos beseitigt werden. Es wird beseitigt werden, denn wir werden nicht dulden, daß es bestehen bleibt! (Lebhafte Zustimmung.) Ein Verschleppungsversuch würde die schärfsten Kämpfe heraufbeschwören, würde zum Verhängnis für unser Land werden. In dem freien Preußen, in dem Preußen des freien Wahlrechts, ist kein Raum mehr für die Raritätenkammer des Herrenhauses. Benutzt die Reichsleitung oder die preußische Regierung diesen vormärzlichen Prellbock gegen das Parlament des gleichen Wahlrechts, dann wird sich ein Unwille in unserem Volke erheben, der damit sehr schnell aufräumt. (Bravo!)

All das sind Aufgaben von größter Bedeutung, die uns in ernster Arbeit die nächsten Tage beschäftigen werden. Es gilt, Rückschau zu halten auch auf die Kämpfe im Innern der Partei, auf den Bruch der Parteieinheit, den wir alle schmerzlich empfinden. (Lebhafte Zustimmung.) Mit verdoppelter Kraft wollen wir an die Arbeit gehen, den Blick aufwärts und vorwärts gerichtet auf die gewaltigen proletarischen Aufgaben der Zukunft. Hunderttausende von Parteigenossen, die draußen im entsetzlichen blutigen Kampfe stehen, setzen die größten Erwartungen in den Parteitag. (Sehr richtig!)

Ihnen allen im Felde, auf See und in den Garnisonen gilt unser erster Gruß! (Bravo!) Mit heißem Dank und herzlichen Wünschen gedenken wir ihrer. (Bravo!) Förderung der Friedensarbeit, dem Völkermorden nachdrücklichst das Friedensverlangen entgegenzusetzen, das ist unsere erste und größte Pflicht. Dessen können unsere Feldgrauen sicher sein. (Zustimmung.) Für die großen entscheidenden Kämpfe der Zukunft wollen wir der Partei das Rüstzeug schaffen. Wir wollen unser ganzes Können einsetzen für die Stärkung der Partei nach innen und außen, zur Festigung und Stählung ihrer Organisation. (Bravo!) Kommt dann die Stunde, in der das Schicksal unseres Volkes neu geschmiedet wird, dann wird am Amboß der Zeit die Sozialdemokratie ihren Mann stellen. (Bravo!) Und nun, Parteigenossen: Glück auf zu unserer Arbeit. (Lebhafter Beifall.)

Ich erkläre damit den Parteitag für eröffnet.

Auf Vorschlag von Nimmerfall-München werden Ebert-Berlin und Auer-München zu Vorsitzenden des Parteitages gewählt.

Zu Schriftführern werden gewählt Sydow-Brandenburg, Koch-Wanzleben, Michelsen-Flensburg, Severing-Bielefeld, Dorschu-Frankfurt a. M., Giermann-Nürnberg, Wirth-Dresden, Weißmann-Freiburg und Weinheber-Hamburg.

In die Mandatsprüfungskommission werden gewählt Lübbring-Königsberg, Schadow-Kottbus, Eberle-Görlitz, Dörnke-Hannover, Kenngott-Eßlingen, Sollmann-Köln, Stelling-Lübeck, Hörschelmann-Jena und Neumann-Offenbach.

In die Beschwerdekommission werden gewählt Krüger-Berlin, Dietrich-Breslau, Günther-Bernburg, Bischoff-Altona, Stühmeyer-Bochum, Simon-Augsburg, Frau Schilling-Döbeln, Blume-Hamburg und Donath-Bremen.

Ebert dankt im Namen des Bureaus für die einstimmige Wahl und verspricht, die Verhandlungen unparteiisch zu leiten.

Die vorläufige Geschäftsordnung wird einstimmig genehmigt.

Zur Tagesordnung des Parteitags liegt der Antrag 1 vor.

Ebert: Beim ersten Punkt der Tagesordnung: Bericht des Parteivorstandes, wird auch berichtet werden über unsere gesamte Friedensarbeit, insbesondere über unsere Verhandlungen in Stockholm. Damit wird den Wünschen der Antragsteller Rechnung getragen.

Die Antragsteller erklären sich damit einverstanden und der Parteitag genehmigt die vorgeschlagene Tagesordnung.

Ebert: Ihnen allen ist bekannt, daß der Parteiausschuß in den hinter uns liegenden Kriegsjahren in ganz besonderem Maße hervorgetreten ist und zu einem erheblichen Teil der Träger der Politik der Gesamtpartei war. Der Parteiausschuß ist bei den Erörterungen der Partei Gegenstand heftigster Angriffe gewesen. Aber ganz abgesehen davon erfordert eine so bedeutende Tätigkeit, wie sie der Parteiausschuß geleistet hat, daß seine Mitglieder Gelegenheit haben, am Parteitag teilzunehmen. Nach dem Organisationsstatut ist das aber unmöglich. Es kann sich natürlich nur um einen Ausnahmefall handeln und selbstverständlich erhalten die Parteiausschußmitglieder nur beratende Stimme. Praktisch steht die Sache so, daß der größte Teil der Mitglieder des Parteiausschusses Parteitagsdelegierte sind. Nur etwa 10 Mitglieder sind ohne Mandat erschienen. Es kann die Möglichkeit eintreten, daß der Parteiausschuß während der Dauer des Parteitags zu einer Sitzung berufen wird oder selbst eine Sitzung abzuhalten wünscht. Der Parteivorstand schlägt Ihnen daher vor, daß die Mitglieder des Parteiausschusses, auch die kein Mandat haben, mit beratender Stimme an den Parteitagsverhandlungen teilnehmen können.

Der Parteitag erklärt sich damit einverstanden.

Als Tagungszeit werden die Stunden von 9—1 und 3—6 Uhr festgesetzt.

Damit sind die Arbeiten der Eröffnungssitzung erledigt.

Schluß 8½ Uhr.

Erster Verhandlungstag.

Montag, den 15. Oktober 1917. — Vormittagssitzung.

Auer eröffnet die Sitzung um 9 Uhr mit folgenden Worten: Ebert hat gestern die lebhafteste Zustimmung des Parteitages gefunden, als er unseren Feldgrauen an den Fronten unsere innigsten und wärmsten Grüße sandte. Feldgrauen sind es ihrerseits, die als erste uns ihre Glückwünsche und Grüße übermitteln. (Bravo!) Es ist folgendes Telegramm eingegangen:

Die feldgrauen Genossen blicken voll Hoffnung auf den Parteitag. Möge er der Partei und damit dem deutschen Volke zum Besten dienen. In diesem Sinne unseren Gruß von harter Westfront. (Lebhaftes Bravo!)

Von den österreichischen Genossen ist folgendes Telegramm eingegangen:

Durch parlamentarische Arbeiten und Vorbereitung unseres Parteitages am persönlichen Erscheinen verhindert, begrüßen wir Euren Parteitag auf das herzlichste. Wir haben den Kampf für den Frieden gemeinsam geführt und hoffen bald gemeinsamen Sieg im Kampfe für Frieden und Freiheit. Möge Euer Parteitag Euch und uns alle näher bringen der Wiederherstellung der vollen Kampffähigkeit des Proletariats in jedem einzelnen Lande und in der gesamten Internationale. Für die deutsche Sozialdemokratie Oesterreichs: Victor Adler, Ferdinand Skaret. (Lebhafter Beifall.)

Weiter ist ein Telegramm eingegangen vom jüdischen sozialistischen Arbeiterverband Poale-Zion.

Der Verein für Frauenstimmrecht Würzburg hat folgendes Schreiben an die Leitung des Parteitags gerichtet:

Wir begrüßen die sozialdemokratische Partei anläßlich des Parteitags in Würzburg auf das herzlichste und wünschen der Tagung einen recht guten und ersprießlichen Verlauf.

Wenn auch unser Verein keine ausgesprochene Parteipolitik treibt, so fühlen wir uns doch aufs engste mit der sozialdemokratischen Partei verbunden in der Erstrebung der politischen Gleichberechtigung der Frauen mit den Männern. Dankbar erkennen wir an, daß die sozialdemokratische Partei die einzige ist, die mit dem Mut der Ueberzeugung immer wieder für dieses hohe Ziel eintritt, dessen Erringung eine befreiende politische Tat für unser Volk sein wird."

Der Parteitag tritt in die Tagesordnung ein:

Bericht des Parteivorstandes.

Berichterstatter **Ebert:** Ueber die Tätigkeit der Parteileitung haben wir Ihnen neben dem schriftlichen Bericht weiteres Material zugehen lassen. Bei der sehr ausgedehnten Berichtsperiode erschien uns das notwendig. Es ist unmöglich, im Rahmen eines mündlichen Referats von einer so umfangreichen intensiven Tätigkeit ein auch nur annähernd zutreffendes Bild zu geben. Ich muß deshalb zunächst Bezug nehmen auf das vorliegende schriftliche Material und werde mich beschränken, ein mehr zusammenfassendes Bild von der gesamten Tätigkeit des Vorstandes zu geben.

Der Krieg hat die Partei vor eine unerhört schwierige Situation gestellt. Wie immer die Partei diese Aufgabe auch lösen mochte, mit starken Rückwirkungen auf das innere Parteileben mußte auf alle Fälle gerechnet werden. Hat die Partei doch fast bei jeder neuen politischen Situation innere Schwierigkeiten durchkämpfen müssen! Das ist in der Natur der Partei und in ihrem Entwicklungsgang begründet. Mit dem Erstarken der Partei wuchsen ihre Pflichten und Aufgaben. Sprunghaft stieg die Zahl unserer Vertreter in den Parlamenten und den Gemeinden. Die gleichzeitige gewaltige Entwicklung unseres Wirtschaftslebens und seine Verschiebungen griffen tief ein in die Interessen der Arbeiter. Neue Aufgaben des Staates auf wirtschaftlichem Gebiete entstanden, neue politische Forderungen mußten geltend gemacht werden. Alles Aufgaben höchst positiver Natur, die an unsere Vertreter in den Parlamenten und in den Gemeinden große Anforderungen stellten. Der rasche Vormarsch unserer Partei konnte sich nur durchsetzen, wenn bei dieser Tätigkeit positive Erfolge erzielt wurden. Das gebot auch das Interesse der Arbeiterklasse! Neben dem Einfluß auf die Gesetzgebung mußte Einfluß auf die staatliche Verwaltung errungen werden; wir mußten uns im Staat Raum schaffen gegenüber den alles beherrschenden kapitalistischen Kreisen. Alle taktischen Möglichkeiten, soweit sie mit dem Interesse der Arbeiterklasse vereinbar sind, mußten dabei zusammengefaßt werden. Vor allem wurde ein möglichst enges Zusammenwirken zwischen Partei und Gewerkschaften notwendig; nicht damit einer den andern beherrsche, wie vielfach behauptet wurde, sondern zum einheitlichen kraftvollen Vorgehen. Nur auf diesem Wege ist es möglich, den Hebel der Staatsmaschine den kapitalistischen Händen zu entreißen und den großen proletarischen Aufgaben dienstbar zu machen. (Sehr wahr!) Hier aber lagen die Hauptwurzeln unserer inneren Meinungsdifferenzen. Unsere Stellung zum Staat war meist der Ausgangspunkt unserer Meinungskämpfe.

So heftig aber auch dieser Streit ausgefochten wurde — hielten wir in ruhigen Stunden Rückschau, dann hatten wir doch oft den Eindruck, daß etwas weniger Leidenschaft und Erbitterung dabei besser gewesen wäre. (Sehr richtig!) Gingen doch die wirtschaftlichen und politischen Ereignisse oft ganz andere Wege, als sie die Parteitheorie vorgesehen hatte. Das haben wir aus den Erfahrungen des Krieges auf mehr als einem Gebiete lernen müssen. In der Partei gab es aber eine Gruppe, die auch dann, wenn der Gang der Ereignisse ihr unrecht gab, sich nur widerwillig dem Gesamtwillen der Partei einfügte. Alle Auseinandersetzungen in der Partei, mochte die Parteikonstellation dabei noch so verschieden sein, stigmatisierte sie nach der Formel: Radikalismus und Revisionismus. Jede Differenz mit der Meinung dieser Gruppe ist den Parteigenossen als sträfliche Abirrung vom allein richtigen Wege denunziert worden. Kein im Vordergrund stehender Genosse, selbst der erste Theoretiker der Partei nicht, blieb von diesen Vorwürfen verschont. Nach derselben Methode verfuhr man beim Streit über die Stellung der Partei zum Kriege. Die alte Formel wurde zum Motto; die Schlagworte: „Verrat der Grundsätze", „Verrat der Internationale", „Verkauf der Partei" bildeten das Leitmotiv. Ein flüchtiger Blick auf die Parteigeschichte zeigt indessen, wie diese Vorwürfe gerade auf diesem Gebiet absurd sind. Unter den Männern, die heute ganz allgemein als die Meister des Sozialismus anerkannt werden, hat es bei jedem Kriege Differenzen über die Stellung der Partei gegeben. (Sehr richtig!) Differenzen, die ihrer Natur nach mit den unseren sehr verwandt sind. Ich will nicht zurückgreifen auf den sehr heftigen Streit, den beim Krimkriege Marx und Engels mit Lassalle führten, oder auf den Streit von 1868, den Bebel und Liebknecht mit den Lassalleanern ausfochten. Nur auf

das Jahr 1870 will ich kurz verweisen. Bebel und Liebknecht waren bekanntlich damals durchaus nicht einer Meinung. Anderer Ansicht wieder war der Parteivorstand der Eisenacher, der für Bewilligung der Kriegskredite eintrat. In seinem Manifest vom 30. Juli 1870 sagt er u. a. folgendes: „Solange ein böser Geist die Soldaten Frankreichs an Napoleons Fersen heftet, und unsere deutschen Marken mit Krieg und Verwüstung bedroht, werden wir mit aller Entschiedenheit die Unantastbarkeit des deutschen Bodens gegen napoleonische und jede andere Willkür verteidigen helfen." Aehnlicher Meinung waren damals Marx und Engels. — Oder nehmen wir, um die Stellung der Partei zum Kriege zu beleuchten, ein Beispiel aus neuerer Zeit. Beim Russisch-Japanischen Krieg im Jahre 1904 hatte die japanische Sozialdemokratie in prinzipieller Verwerfung des Krieges sich gegen ihre Regierung erklärt. Kautsky aber war anderer Meinung. Er schrieb später in der „Neuen Zeit": „Wäre die Partei in Japan nicht klein und ohne Einfluß gewesen, dann hätte diese Haltung nicht Stellung für den Frieden, sondern für den Zaren bedeutet. (Hört! hört!) Also auch Kautsky betrachtet die Ablehnung der Kriegskredite nicht als eine nach unseren Grundsätzen gebotene Haltung. In der Broschüre „Die Internationale und der Krieg", die im Dezember 1914 von Kautsky herausgegeben wurde, beschäftigte er sich sehr eingehend mit der prinzipiellen Stellung der Partei zum Kriege. Dabei kommt er zu folgendem Schluß: „So gibt es kaum einen Krieg, der nicht Sozialdemokraten zur oft leidenschaftlichen Parteinahme für den einen oder anderen Teil der Kämpfenden herausforderte und der nicht dabei zu erheblichen Differenzen zwischen ihnen führte. Niemand aber wäre es eingefallen, in dieser Parteinahme eine Verletzung der Gebote der internationalen Solidarität oder eine Gutheißung des Krieges zu erblicken." (Hört! hört!) Und an anderer Stelle wird Kautsky noch deutlicher. Er sagt: „Im Frieden ist die natürliche Stellung der Sozialdemokratie als Vertreterin der untersten Schicht des Volkes die der Opposition gegen jegliche Regierung — solange bis sie Kraft gewonnen hat, selbst die Regierung zu übernehmen. Im Kriege ist sie in die unangenehme Situation versetzt, auf jeden Fall, sobald sie für einen der kriegführenden Staaten Partei nimmt, auf seiten einer Regierung zu treten. Ist diese Regierung die eigene, dann heißt es, ihr die Mittel zur Kriegführung bewilligen. Derselben Regierung, der man im Frieden jeden Mann und jeden Groschen verweigert." (Hört! hört!) Also es ist kein Zweifel, daß es sich nach Kautsky bei der Kreditbewilligung lediglich um eine Frage der Abwägung tatsächlicher Verhältnisse, um eine Frage der Taktik und nicht um eine Frage der Prinzipien handelt. Schon deshalb sind die Behauptungen vom Verrat der Parteigrundsätze leeres Geschwätz. (Sehr gut!) Sie sind aber auch unehrlich, denn dieselben Leute, die diese Vorwürfe täglich gegen uns erheben, erblicken heute in Kautsky ihren geistigen Bannerträger und müssen schon deshalb von der Unhaltbarkeit ihrer Behauptung selbst überzeugt sein.

Diese giftige, haßerfüllte Kampfmethode ist es, die systematisch den Keil in die Parteieinheit hineintrieb. Ungeachtet unserer nachdrücklichsten Mahnungen, den Streit innerhalb der Organisation und in parteigenössischem Geist auszutragen, ist er mit den verwerflichsten Mitteln geführt worden. Schon im Januar 1915 haben wir im Parteiausschuß eindringlichst geltend gemacht, die großen Aufgaben der Partei während und nach dem Kriege erforderten unter allen Umständen die ungeschwächte Kampfeskraft der Partei. Die Mahnung war vergeblich. Während die Parteileitung mit dem Parteiausschuß, mit der Reichstagsfraktion, mit den Redakteuren der Partei, mit der Kontrollkommission über die erste Aktion der Partei für den Frieden verhandelte, wurde in anonymen Flugschriften die Partei und ihre Arbeit her-

untergerissen. Als die Partei sich anschickte, die von allen Parteikörperschaften einmütig und freudig begrüßte Aktion ins Werk zu setzen, richtete der damalige Vorsitzende der Partei hinter dem Rücken der Parteileitung sein „Gebot der Stunde" an die Partei. Ein Pronunziamiento, das nur bezwecken konnte, den Streit von neuem anzufachen, die Parteiaktion zu diskreditieren. (Sehr richtig!) Schon damals stand der Parteivorsitzende zur Geheimorganisation der Opposition in engerer Fühlung als zur Parteileitung. Sein Vorgehen war der erste Schlag gegen die Parteieinheit.

Im Winter 1915 bei Wiederaufnahme der Reichstagsarbeiten wurde der zweite Schlag vorbereitet. Minderheitsblätter traten offen für die Spaltung der Reichstagsfraktion ein. Die „Neue Zeit", die während des Krieges auf den Gebieten ihrer eigentlichen Aufgabe vielfach versagte (Sehr wahr!), hat um so mehr den Parteistreit geschürt. Kautsky, der nach Kriegsausbruch schrieb: „Disziplin ist im Kriege nicht nur für die Armee, sondern auch für die Partei erstes Erfordernis," brachte die Fraktionsspaltung theoretisch ins reine. Von der Parteileitung geschah damals das Erdenklichste, um die uns schon frühzeitig bekanntgewordene Sprengungsaktion zu vereiteln. Im August 1915 haben Parteivorstand, Parteiausschuß und Reichstagsfraktion in gemeinsamer dreitägiger Beratung die Stellung der Partei zu den Friedenszielen festgelegt. Der Minderheit war damals das Korreferat eingeräumt. In gemeinsamer weiterer Konferenz unter Hinzuziehung von Vertretern aller Landtagsfraktionen ist die Stellung der Partei zur Steuerfrage vorbereitet worden. Ein Ausschuß hat der Fraktion bei ihrem Zusammentreten einen sorgfältig ausgearbeiteten schriftlichen Bericht vorgelegt. Er hat auch Vorschläge unterbreitet, die schließlich gegen eine Stimme in der Reichstagsfraktion Annahme gefunden haben. Das waren die wichtigsten Fragen, die die Fraktion in jenem Winter beschäftigten. Niemals, solange die Reichstagsfraktion besteht, ist ihre Arbeit so sorgfältig vorbereitet worden wie damals. Das schloß trotzdem nicht aus, daß zunächst im Dezember 1915 die Sondererklärung durch Geyer und Genossen im Reichstag gegen die Fraktion abgegeben wurde. Die Fraktion beschränkte sich damals auf einen scharfen Tadel, trotzdem die Erklärung der Opposition ein offenbarer Bruch mit allen Gepflogenheiten und Traditionen der Fraktion war. Gleichwohl hat im März 1916 ein Teil der Minderheit unter schroffster Provokation die Fraktionsspaltung erzwungen. Sie ist unter Schweigegebot vorbereitet. In offener Sitzung ist die Reichstagsfraktion damit überrumpelt worden. Selbst der äußerst radikale „Braunschweiger Volksfreund" schrieb damals: „Das Vorgehen ohne Benachrichtigung der Mehrheit war tatsächlich schon die Aufhebung der Fraktionsgemeinschaft. Hätten die Achtzehn mit der nötigen Unzweideutigkeit und Entschlossenheit operiert, so stünden sie formal und persönlich besser da. . . ."

Die nachträgliche Behauptung, die Minderheit sei in der Fraktion mundtot gemacht worden, ist sofort an der Hand von Tatsachen abgetan worden. Allerdings, das Verlangen der Minderheit, im Reichstag gegen die Fraktion und ihre Beschlüsse Stellung zu nehmen, dort den der Fraktion entgegengesetzten Standpunkt zu vertreten, haben wir abgelehnt. (Sehr gut!) Das war nichts Neues, das war bis dahin in der ganzen Partei und in allen parlamentarischen Körperschaften selbstverständlich. Die Reichstagsfraktion ist bei diesem Vorgehen lediglich einem Beschluß gefolgt, der noch von August Bebel formuliert worden ist. Für dieses Verlangen ist übrigens ein ähnlicher Vorgang, der sich in der Schweiz abgespielt hat, recht charakteristisch. Neun Nationalratsmitglieder haben in einer Erklärung gegen die von der Partei beschlossene prinzipielle Ablehnung der Militärkredite Stellung genommen. Der Schweizer Parteivorstand, der auf Zimmerwalder Boden steht, hat darauf

geschlossenes Auftreten der Fraktion im Nationalrat unter allen Umständen verlangt. Die gewiß sehr linksstehende „Berner Tagwacht" schrieb damals in ihrem Kommentar dazu: „Die Neun fordern von der Partei das Recht und die Ermächtigung, im Parlament vor den bürgerlichen Gegnern, vor dem gemeinsamen Feind, gegen die Partei, gegen ihre Absicht und ihren Willen kämpfen zu dürfen. Da kann die Partei, will sie sich nicht lächerlich machen, nicht mit und keinerlei Konzession gewähren. Es steht der unterlegenen Minderheit jederzeit frei, innerhalb der Partei für ihre Auffassung zu werben und zu wirken. Hier haben sie die volle und uneingeschränkte Redefreiheit. Vor dem Feind aber, dort, wo es gilt, in geschlossener Kampffront aufzurücken, um ihn zu bekämpfen, muß sich jeder einzelne den von der Partei gefaßten Beschlüssen fügen und auf persönliche Liebhaberei und Eigenbrötelei verzichten." (Sehr gut!) Das ist die gleiche Auffassung, die wir vertreten haben. Ohne Disziplin geht es also auch in Zimmerwald nicht.

Die Fraktionsspaltung mußte auf die Parteiorganisation verhängnisvoll wirken. Man kann den Genossen in den Organisationen nicht Disziplin zur Pflicht machen, während Reichstagsabgeordnete darauf pfeifen. (Sehr richtig!) Die Parteileitung hat aber auch hier ihr Äußerstes getan, um die Einheit der Parteiorganisation zu erhalten. Die einzige Möglichkeit, die dabei Erfolg versprach, war die Anrufung des Parteitags. Das war auch der durch das Parteistatut gegebene Weg. Kaum aber war diese Absicht laut geworden, begann der Sturmlauf gegen diesen angeblichen Gewaltakt. Natürlich sind wir von der Voraussetzung ausgegangen, daß ein Parteitag nur dann berufen werden soll, wenn völlig freie Aussprache garantiert werden kann. Trotz vieler Mühe war das leider nicht zu ermöglichen. Es war vielmehr, wie ich heute ganz offen aussprechen will, mit einem Verbot des Parteitags zu rechnen! Deshalb mußte die Parteileitung von der Beschreitung dieses Weges damals Abstand nehmen. Der Ausweg war die Reichskonferenz. Auf ihr war völlig freie Aussprache gesichert; trotzdem ist auch sie in Grund und Boden verdammt worden. Die Einwendungen gegen ihre Zusammensetzung waren elendes Versteckenspiel. Es ist auf der Konferenz zahlenmäßig festgestellt worden, daß ihre Zusammensetzung völlig einwandfrei ist. Die Aenderungen, die an dem Vertretungsmodus vorgenommen wurden, konnten eher zuungunsten der kleinen Organisationen als der großen ausgelegt werden. Das war also ein fadenscheiniger Vorwand, der allzu durchsichtig war. In Wirklichkeit hat die Arbeitsgemeinschaft jeden Versuch, den Konflikt auf ordentlichem Parteiwege auszutragen, heftig bekämpft; jeder Verständigungsversuch wurde zum Verbrechen gestempelt.

Das hat auch Genosse Adolf Braun in Nürnberg erfahren müssen, der damals, gewiß in bester Absicht, einen Verständigungsversuch unternommen hat. Mit einer Anzahl Genossen aus beiden Lagern hat er im Juli 1916 zu diesem Zweck eine freie Konferenz berufen. In einem Fraktionsbeschluß hat die Arbeitsgemeinschaft zu dieser Konferenz Stellung genommen. Es heißt da:

„Eine in Nürnberg am 23. Juli zusammengetretene Konferenz von Parteigenossen hat sich mit dem Plan befaßt, die Austragung der bestehenden Parteidifferenzen zu mildern. Da vieldeutige Mitteilungen den Glauben erweckt haben, daß Mitglieder unserer Fraktion an dieser Zusammenkunft beteiligt waren und da außerdem an einzelne Fraktionsmitglieder die Aufforderung zu einer nachträglichen Zustimmungserklärung eingegangen ist, stellt die Fraktion fest: kein einziges Mitglied der Fraktion hat an der Konferenz selbst oder an deren Vorbereitungen mitgewirkt. Ferner ist die Fraktion einstimmig der Meinung, daß die erwähnten Bemühungen keine

nützliche Wirkung haben können und deshalb die Zustimmung zu den Beschlüssen abzulehnen ist."

(Hört! hört!) Was hat Braun versucht? Er wollte eine Milderung der Austragung des Parteistreites herbeiführen. Aber schon der Verdacht, daß eines ihrer Mitglieder auch nur zur Milderung der Austragung der Meinungsverschiedenheiten beitragen könnte, hatte die Arbeitsgemeinschaft in Harnisch gebracht. Solche Bemühungen sollten keine nützliche Wirkung haben. Eine nützliche Wirkung versprach man sich aber von der Teilnahme an den Zimmerwalder Konferenzen, die die Parteispaltung geradezu zum Grundsatz erhoben haben. Da gab es keine Kompetenzbedenken, ja die Teilnahme an diesen Zusammenkünften ist sogar als Tat gefeiert worden. (Hört! hört!)

So ist planmäßig auf die Parteispaltung hingearbeitet worden. Die Beitragssperre wurde in Berlin und Leipzig schon Anfang 1916 durchgeführt. Tatsächlich war damit der Bruch mit der Partei vollzogen. Aeußerlich vollzog sich die Loslösung auf der Oppositionskonferenz im Januar 1917. Die entscheidenden Schritte dazu wurden von der Arbeitsgemeinschaft gleich nach der Reichskonferenz in die Wege geleitet. Einer ihrer Einberufer hat bereits auf der Reichskonferenz die Trennung angekündigt, indem er erklärte, die Gegensätze seien so groß, daß eine gemeinsame Arbeit nicht mehr möglich sei. (Hört! hört!) Die Spaltung der Parteiorganisation war die logische Folge der Spaltung der Fraktion, es mußte über kurz oder lang zur Organisationsspaltung kommen. (Sehr richtig!) Bei ihrer Durchführung befolgte man die alte Methode. Mit einem Täuschungsmanöver wollte man die Parteiorganisationen in den Dienst der Arbeitsgemeinschaft stellen. Man erklärte auf der Oppositionskonferenz die Parteileitung für ehrlos und forderte die auf dem Boden der Opposition stehenden Organisationen auf, sich zu einer besonderen Organisation unter Leitung der Arbeitsgemeinschaft zusammenzuschließen. Obwohl die „Leipziger Volkszeitung" diesen Beschluß mit großen Lettern unter dem Titel veröffentlichte: „Die Resolution über die Organisation der Opposition", bestritt sie, daß es sich um eine Sonderorganisation handele. (Lachen.) Sie sagte wohl, das „Tischtuch sei nun radikal zerschnitten", alles solle sich aber im „Rahmen der Partei" vollziehen. Man glaubte also, eine Organisation in der Organisation, eine Partei in der Partei schaffen zu können. Das hieße das mühsam aufgerichtete Gebäude selbst unterminieren. Das wäre wahnwitzige Selbstzerstörung. (Sehr richtig!) Die Parteileitung hat in zwölfter Stunde noch einen Appell an die Partei gerichtet, in dem sie nachdrücklich vor diesem Beginnen warnte und auf seine verhängnisvollen Konsequenzen hinwies. Die Antwort war: nun erst recht! So nahm das Verhängnis seinen Lauf. Was mit der Fraktionsspaltung begonnen, wurde in Gotha vollendet. Starrsinn und Fanatismus haben sich über die Grundregeln der Demokratie und der proletarischen Aktion hinweggesetzt. (Sehr wahr!)

Noch ein Wort zu der angeblichen Gewaltpolitik des Parteivorstandes, mit der man die Organisationssprengung zu bemänteln sucht. Während des ganzen Streites hat die Parteileitung Toleranz bis zur äußersten Grenze geübt. (Sehr wahr!) Wir haben niemals das Recht der freien Meinungsäußerung angetastet. Tageszeitungen, die Eigentum der Gesamtpartei sind, konnten ungehindert bis jetzt den Standpunkt der Minderheit vertreten. Das galt auch von der „Neuen Zeit" und der „Gleichheit". Erst als die Redaktionen zu den Unabhängigen übertraten und unsere Blätter in den Dienst der anderen Partei stellten, haben wir eingegriffen. (Sehr richtig!) Wir haben bei der „Neuen Zeit" sogar bis in die letzten Wochen gewartet. (Zurufe: Leider! Viel zu lange!) Wir haben gewartet, bis der alte Jahrgang abschloß. Man hat

uns den Vorwurf gemacht, wir hätten rechtzeitig und energischer zugreifen sollen. (Sehr richtig!) Wir waren der Meinung, daß wir nur äußerstenfalls zu dieser Maßnahme greifen durften, erst dann, wenn das Lebensinteresse der Partei es erforderte. Wir sind auch, soweit Organisationen in Betracht kamen, nur eingeschritten, wenn man sie in den Dienst der Parteizerstörung stellte. Wurden die notwendigen Folgerungen auf der anderen Seite nicht gezogen, mußten wir sie ziehen. Das war unsere verdammte Pflicht und Schuldigkeit. (Lebhafte Zustimmung.) Wir hätten jämmerlich gehandelt, wenn wir das in mühevoller, opferreicher Arbeit geschaffene Rüstzeug der Partei tatenlos der Zerstörung preisgegeben hätten. (Sehr richtig!) Hätte die Parteileitung nicht so gehandelt, wir ständen heute vor einem Trümmerhaufen der Partei. (Sehr richtig!)

In unserem schriftlichen Bericht haben wir über den Mitgliederstand unserer Partei offen und rückhaltlos Mitteilung gemacht. Unsere Zahlen sind eher zu ungünstig als zu günstig. Nur die Mitglieder, die tatsächlich ihrer Beitragspflicht voll genügen, sind in Rechnung gestellt. Nach den Statuten unserer Organisationen befreit der Heeresdienst von der Beitragspflicht. Deshalb sind alle Mitglieder, die Heeresdienst leisten, außer Betracht geblieben. Damit ist selbstverständlich nicht gesagt, sie seien aus der Partei ausgeschieden. Viele Tausende im Felde stehender Genossen stehen mit einer bewunderungswürdigen Treue zur Partei und unterhalten vom Felde aus ständig Verbindung mit ihr. (Sehr richtig!) In vielen Briefen an die Parteileitung wird das täglich bestätigt. Darunter Kundgebungen ganzer Truppenteile. In unserer Mitgliederberechnung wollten wir aber alles vermeiden, was uns in den Verdacht der Schönfärberei bringen konnte. Deshalb stellten wir uns auf den absolut festen Boden, nur solche Parteigenossen als Mitglieder in Rechnung zu stellen, die ihren Beitrag regelmäßig abführen. Daß der weitaus größte Teil unserer Mitglieder im militärpflichtigen Alter steht, ist eine bekannte Tatsache. Unsere Organisation ist eine Kampforganisation, zu der naturgemäß die Männer im besten Lebensalter das größte Kontingent stellen. Schon im September 1914 ergab eine sorgfältige Umfrage, daß weit über 30 Proz. unserer Mitglieder zum Heere eingezogen waren. Später ließen sich diese Umfragen nicht mehr durchführen. Heute aber sind mindestens 70 Proz. unserer Mitglieder beim Militär. (Sehr richtig!) Wir haben Dutzende von Orten, wo unsere sämtlichen Parteimitglieder zum Heere eingezogen sind. (Sehr richtig!) Nach unserer Berechnung beträgt der Rückgang an männlichen Mitgliedern seit dem 1. April 1914 rund 80 Proz. So schwer dieser Rückschlag auch ist, er gibt keinen Anlaß zur Beunruhigung und rechtfertigt nicht die Folgerungen, die von Gegnern und Kritikern aus ihm für die Zukunft der Partei gezogen werden. (Sehr richtig!)

Gewiß war der Rückgang im letzten Jahre besonders stark. Aber wir hatten im letzten Jahre auch eine besonders starke Einziehung zum Militär. Dazu kommt dann allerdings der Rückgang durch die Absplitterung. Wie steht es nun mit der Absplitterung? Nach einer genauen Feststellung aus den letzten Wochen sind aus der Partei ausgeschieden von 38 Bezirksorganisationen mit 357 Wahlkreisorganisationen 6 Bezirke und 36 Wahlkreise. Und zwar handelt es sich um die Bezirke: Groß-Berlin, Halle, Erfurt, Leipzig, Braunschweig und Frankfurt, letzterer ohne den Wahlkreis Frankfurt a. M. Weiter sind ausgetreten folgende Wahlkreise: Königsberg Stadt und Land, Potsdam, Randow, Lennep, Elberfeld, Solingen, Düsseldorf, Essen Hagen, Aschaffenburg, Pirna, Limbach, Friedberg, Gotha, Schwarzburg, Eisenach, Weimar, Reuß ältere und jüngere Linie und Bremen. Das sind weitere 21 Wahlkreise. Außerdem sind noch ausgeschieden 21 kleine, ich sage ausdrücklich kleine Ortsvereine, so daß

im ganzen 57 Wahlkreise und 21 kleine Ortsvereine abgesplittert sind. Dabei ist aber festgestellt, daß in einer ganzen Anzahl Organisationen trotz des mit Mehrheit beschlossenen Austritts die große Mehrheit der alten Mitglieder unserer Partei treu blieben. (Hört! hört!) Unser Organisationsapparat im ganzen Reiche ist völlig intakt geblieben. (Bravo!) An Stelle der ausgetretenen Organisationen sind sofort neue getreten, die sich durchweg gut entwickelt und die abgesprengten Organisationen bereits vielfach überflügelt haben. Die Presse der Lebensmittelwucherer und der schwerindustriellen Kriegsverlängerer jubelt natürlich über den Rückgang unserer Organisation. In das gleiche Horn stoßen die Unabhängigen. Es war ganz selbstverständlich, daß bei der Absplitterung mit einer Schwächung unserer Organisationen gerechnet werden mußte. Darüber konnte vorher niemand im Zweifel sein. Das war ja gerade das Verhängnisvolle dieses Beginnens für die Arbeiterklasse. (Sehr richtig!) Alles, was die Unabhängigen bisher geleistet haben, bestand lediglich in der Bekämpfung unserer Partei. (Sehr wahr!) Auf politischem Gebiete haben sie jeden Fortschritt bekämpft, jedem Fortschritt in der Friedensbewegung, in der inneren Neuorganisierung des Reichs haben sie Steine in den Weg gelegt. (Sehr richtig!) Ihr einziger Erfolg ist die Schwächung der Schlagkraft der Arbeiterklasse. (Sehr wahr! Zurufe: Leider! und Pfui!) So wie sie in politischer Beziehung mit den Reaktionären vielfach auf einer Linie standen, so jubeln sie jetzt mit ihnen über unseren angeblichen Niedergang, in Wirklichkeit über die Lähmung der Kampfkraft der Arbeiterklasse. Diese Tatsache muß für die Arbeiter eine ernste Mahnung sein. Für unsere Organisationen und jedes Parteimitglied kann sie nur ein Ansporn sein, mit doppelter Kraft und Zähigkeit ans Werk zu gehen. Tun alle Organisationen und jeder einzelne Genosse ihr Bestes, dann werden wir diesen Rückschlag bald überwinden, dann werden wir unsere Organisation stärken zu neuen Fortschritten, zu neuen Erfolgen, trotz alledem und alledem. (Lebhafter Beifall.)

Das gilt auch für unsere Frauenbewegung. Allerdings ist die Arbeit hier besonders schwierig. Die entsetzliche Kriegswirkung lastet auf der Frau, namentlich auf der Arbeiterfrau außerordentlich hart. Der tägliche Kampf um das bißchen Nahrung, die schwere Erwerbsarbeit, das unsägliche Herzleid unserer Mütter und Frauen drückt seelisch schwer nieder. Da ist es doppelt schwer, Herz und Verstand für unsere politischen Aufgaben, für unsere Ziele, für unsere Kämpfe zu gewinnen. Die Haltung der „Gleichheit" während des Krieges war dazu wenig angetan. (Sehr wahr!) Der Rückgang der Zahl unserer weiblichen Mitglieder steht im engsten Zusammenhang mit dem Rückgang der Leser der „Gleichheit". Eine Aenderung zum Besseren ist erst eingetreten mit dem Wechsel in der Redaktion. Seitdem zeigt sich eine erfreuliche Aufwärtsbewegung. Unsere Frauenkonferenz im Juli dieses Jahres war von bestem Geiste beseelt, für die wichtigsten Aufgaben der Frauenbewegung sind in voller Uebereinstimmung Richtlinien festgelegt worden, die überall im ganzen Lande bei den Genossinnen freudige Zustimmung fanden. Zurzeit wird im Lande eine lebhafte Frauenagitation entfaltet, die sicher guten Erfolg bringen wird. Wo bisher schon unsere Parteiorganisationen die Frauenagitation ernstlich betrieben, wo unsere Aufgaben im Kampfe für die politische Gleichstellung der Frauen ins rechte Licht gerückt wurden, wo unsere Genossinnen herangezogen worden sind zu tatkräftiger Mitarbeit an der Verwaltung und Organisation der Partei, da hat sich die Frauenbewegung auch während des Krieges tapfer gehalten. Was in dieser schweren Zeit unsere Frauen in der Kriegswirtschaft, an praktischer Mitarbeit in den Organisationen geleistet haben, das muß dankbar anerkannt werden. (Bravo!) Um so mehr ist es Pflicht aller Parteiorganisationen, mit allem Ernst und mit aller Kraft unsere Frauenbewegung zu fördern. (Zustimmung.)

Unsere Jugendbewegung hat unter den Kriegswirkungen ebenso zu leiden wie die allgemeine Arbeiterbewegung. Das ist erklärlich, denn die Jugendbewegung ist der jüngste und schwächste Zweig der Arbeiterbewegung. Die militärischen Einberufungen haben hier die ältesten Jahrgänge der Bewegung völlig entzogen, die naturgemäß die Kerntruppe der Bewegung bildeten. Auch die Leiter der Bewegung, sowohl die von der Partei und von den Gewerkschaften bestellten, als auch die aus der Jugendbewegung herausgewachsenen, sind von den militärischen Einziehungen überaus schwer betroffen. Dazu kommt leider, daß auch der Parteistreit in die Jugendbewegung hineingetragen wurde und auch hier zur Spaltung führte. In der Spaltung der Jugendbewegung lassen sich deutlich zwei Phasen unterscheiden. Die erste geht von der Spartakusgruppe aus, die mit denselben skrupellosen Mitteln die Leitung der Jugendorganisationen bekämpft wie die Parteipolitik. Die Sprengungsversuche erreichten im Frühjahr 1916 ihren Höhepunkt. Der Erfolg war äußerst gering. Mit der Jugend selbst hatten diese Versuche nichts zu tun, sie wurden von Leuten unternommen, die der Jugend längst entwachsen waren oder mit der Jugendbewegung vorher überhaupt nicht in Berührung gekommen waren. Die zweite Phase der Spaltung setzte ein, als die Parteispaltung perfekt geworden war. Ohne vorhergegangene Auseinandersetzung, ohne Angabe von Gründen ist sie fast überall offenbar auf Parole von oben durchgeführt. Die Zentralstelle kann jedenfalls für sich in Anspruch nehmen, daß sie nicht den geringsten Anlaß gab, den Parteistreit in die Reihen der Jugendbewegung zu tragen. Sie hatte um so weniger Anlaß dazu, als durch Parteitagsbeschluß, auch durch Beschluß von Gewerkschaftskongressen, das Arbeitsprogramm der Jugendbewegung so gestaltet ist, daß sie mit Tagespolitik und mit Richtungsfragen in der Partei nichts zu tun hat. Die andere Seite hat sich aber auch hier kalten Blutes über diese Beschlüsse hinweggesetzt. Eine Reichskonferenz unserer Bezirksjugendleitungen im Juli dieses Jahres hat sich mit der Situation beschäftigt, wie sie durch die Abtrennung geschaffen ist. In einer Resolution hat sie jede parteipolitische Beeinflussung der Jugendbewegung zurückgewiesen und aufs neue den erzieherischen Charakter unserer Jugendbewegung unterstrichen. Wie im einzelnen die programmatischen und organisatorischen Grundlagen unserer Jugendbewegung künftig zu gestalten sind, hat die Konferenz späteren Beratungen überlassen. Auch der Parteitag wird diese Probleme auf ruhigere, sichere Zeiten zurückstellen müssen. —

Und nun, Genossen, möchte ich mich der politischen Tätigkeit der Parteileitung zuwenden; sie steht in engster Beziehung zu den Arbeiten der Reichstagsfraktion. Den unausgesetzten Kampf gegen den Belagerungszustand, die sogenannte Schutzhaft, die Einschränkung des Vereins- und Versammlungsrechts und die Zensur brauche ich deshalb hier nicht näher zu besprechen. Ebenso wird die Ernährungsfrage am zweckmäßigsten beim Fraktionsbericht besprochen. Aus unseren schriftlichen Berichten ergibt sich, daß wir seit Anbeginn des Krieges gerade auf dem Gebiete der Volksernährung eine unablässige, überaus intensive Tätigkeit entfaltet haben.

Die Wünsche, Anregungen und Beschwerden unserer Feldgrauen haben bei der Parteileitung immer die sorgfältigste Prüfung gefunden. Daraus hat sich erfreulicherweise ein so umfangreicher schriftlicher Verkehr entwickelt, daß Parteileitung und Fraktion dazu übergehen mußten, für seine Erledigung eine besondere Institution zu schaffen. Wir haben unter Leitung des Genossen Stücklen ein Sekretariat eingerichtet, das sich lediglich mit den Wünschen und Anregungen unserer Feldgrauen zu befassen hat.

An erster Stelle unserer politischen Arbeit stand die Friedensarbeit. Sie hat unsere gesamte Tätigkeit beherrscht. Die Ueberwindung des Krieges durch

Wiederbelebung der proletarischen Internationale war das Leitmotiv unseres Handelns. Allen Anfeindungen, die sich von innen und von außen gegen uns richteten, steht unerschütterlich die Tatsache gegenüber: die deutsche Sozialdemokratie hat als einzige Sektion der Internationale sich seit Beginn des Krieges unablässig für den Zusammentritt der Internationale eingesetzt und war immer zur Verständigung bereit. (Sehr richtig!) Allerdings — und das füge ich freudig hinzu — haben wir dabei stets in Gemeinschaft mit unserer österreichischen Bruderpartei gehandelt. (Bravo!) Diese Bemühungen bilden von der letzten Sitzung des Internationalen Sozialistischen Bureaus im Juli 1914 bis zu den Konferenzen in Stockholm eine gerade Linie. Wenn diese Tatsache im Ausland nicht genügend bekannt ist, so ist das bei der Diktatur der Zensur begreiflich. Klagt doch auch das holländisch-skandinavische Komitee in seinem letzten Manifest bitter, daß seine Arbeit dadurch sehr erschwert worden sei; seine Erklärungen seien von der Zensur vielfach zurückgehalten, sogar gefälscht worden, heißt es in jenem Manifest. (Hört! hört) Ich habe gewiß nicht die Absicht, unsere Zensur irgendwie zu beschönigen oder in Schutz zu nehmen, sie haust wüst genug; aber nach unserer Kenntnis der Dinge muß ich sagen, daß sich diese Klage des holländisch-skandinavischen Komitees nur gegen die Zensur der Entente richten kann. Auch unsere Friedensarbeit hat unter ihrem diktatorischen friedensfeindlichen Vorgehen ungemein schwer gelitten. Werden dazu noch aus eigenem Lande falsche Nachrichten über unseren Kampf für den Frieden in die Welt gesetzt, wie das von unseren Kritikern zur Linken geschieht, so wird dem friedensfeindlichen Treiben der Ententezensur geradezu in die Hände gearbeitet. (Sehr richtig!) So behaupten die Unabhängigen, es sei falsch, daß unsere Partei seit Kriegsbeginn für den Frieden und gegen Annexionen eingetreten sei, um diese Frage hätte vielmehr bis zum Frühjahr 1916 in der Partei und der Fraktion gekämpft werden müssen. Die Ententepresse hat selbstverständlich diese Behauptung gierig aufgegriffen und weidlich gegen unsere Friedensarbeit ausgeschlachtet. Die Behauptung ist völlig falsch, sie steht mit den Tatsachen in schärfstem Widerspruch. Das ergibt sich aus dem Material, das wir den Delegierten übergeben haben. Einige der entscheidenden Tatsachen muß ich hier kurz hervorheben. Noch kurz vor Kriegsausbruch ist unser Kollege Müller nach Paris geeilt, um eine Verständigung zu versuchen. In der ersten Kriegssitzung des Parteiausschusses, am 27. September 1914, konnten wir mitteilen, daß wir sofort, als die Grenzen unseres Landes wieder geöffnet waren, Vertreter der Partei in das neutrale Ausland geschickt haben mit dem Auftrag, die Verbindung mit der Internationale wieder anzuknüpfen (Hört! hört!) und Klarheit zu schaffen über unsere Friedensbereitschaft. In derselben Sitzung des Parteiausschusses und am nächsten Tage in einer Konferenz der Redakteure der Parteipresse hat die Parteileitung Richtlinien für die Haltung der Parteipresse vorgeschlagen. In diesen Richtlinien wird der Parteipresse zur Pflicht gemacht: „dem Hurrapatriotismus und chauvinistischen Treibereien entgegenzuwirken und die Annexionsgelüste zu bekämpfen". Dieser Vorschlag ist von beiden Körperschaften — wie ich noch einmal hervorheben will — bereits am 27. September 1914 einstimmig angenommen worden. (Hört! hört!) In jener Sitzung des Parteiausschusses konnte ich den Bericht des Parteivorstandes schließen mit der Aufforderung: Wir müssen für einen Frieden wirken, der uns die Freundschaft mit den Nachbarvölkern ermöglicht. Am 5. März 1915 haben Parteiausschuß und Parteivorstand auf Vorschlag der Reichstagsfraktion einstimmig einen Beschluß gefaßt, in dem folgendes ausgeführt wird: „In Uebereinstimmung mit dem Bestreben des Parteivorstandes, eine internationale Verständigung über die Friedensaktion herbeizuführen, hält sie es für nötig, daß wir

im eigenen Lande soviel wie nur irgend möglich Aufklärung verbreiten über die Notwendigkeit eines Friedens unter den Bedingungen: a) keine Eroberungen, b) keine Vergewaltigung irgendeines Volkes, c) freier Wettbewerb aller Völker, d) Vereinbarungen über die friedliche Regelung der Streitfragen zwischen den Regierungen, e) planmäßige Einschränkung der Rüstungen. Am 5. März 1915 haben also die entscheidenden Körperschaften der Partei bereits einen Beschluß gefaßt, in dem man sich in aller Form klar und deutlich auf den Boden des Friedens ohne Annexionen stellte. Die Parteileitung hat aber bereits im Oktober 1914 bei Verhandlungen mit Parteifreunden aus Dänemark und Holland diesen Standpunkt vertreten. Ebenso auf unserer ersten Haager Konferenz im März 1915 und in unserer Wiener Erklärung vom 15. April 1915. Den gleichen Standpunkt hat die Reichstagsfraktion im Reichstag bei jeder passenden Gelegenheit vertreten; am 4. August 1914 sowohl wie am 2. Dezember 1914. Auch Haases Rede am 15. März 1915 entsprach durchaus der Fraktionsmeinung. Gerade die Stelle der Rede, die sich mit dem Friedensverlangen befaßt, ist vorher von der Fraktion in ihrem Wortlaut einmütig gebilligt worden. (Hört! hört!) Wenn Scheidemann in seiner Reichstagsrede acht Tage später nicht die Forderung wiederholte, so deshalb, weil er beauftragt war, in dieser Rede nur über die innere Politik zu sprechen. Das hat Scheidemann in seiner Rede auch klipp und klar zum Ausdruck gebracht. Er sagte damals gleich zu Beginn seiner Ausführungen: „Meine Herren, gegen die Gewohnheit des Reichstages werde ich bei der Beratung des Reichskanzleretats Fragen der auswärtigen Politik nicht berühren. Was dazu vom Standpunkt meiner Partei aus zu sagen ist, hat mein Parteifreund Haase am 10. März hier vorgetragen (Hört! hört!), es ist außerdem in den Erklärungen meiner Fraktion am 4. August und am 2. Dezember niedergelegt worden. Seitdem ist kein Ereignis eingetreten, das uns veranlassen könnte, unsere Haltung zu ändern. Im Gegenteil, Forderungen, wie sie gerade in jüngster Zeit wieder von verschiedenen Stellen erhoben worden sind, weisen wir entschieden zurück; sie können uns in unserer wohlbegründeten Haltung nur bestärken." Außerdem hatte Scheidemann in Versammlungen, die vorher stattgefunden haben, nachdrücklichst den Frieden ohne Eroberungen verlangt. Es ist also eine grobe Fälschung, wenn man deshalb, weil Scheidemann in seiner damaligen Rede die Forderung im Reichstag nicht noch einmal in aller Form wiederholte, einen Widerspruch zwischen ihm und Haase herleiten wollte. Aber, Genossen, die Fraktion hat sogar bei verschärfter Kriegslage in dem Augenblick, als Italien in den Krieg eingriff, sich nicht abhalten lassen, im Reichstag diesen Standpunkt zu vertreten. Am 29. Mai 1915 habe ich dort mit aller Deutlichkeit und mit allem Nachdruck ausgeführt, daß unsere Partei einen Frieden ohne Eroberungen, ohne Vergewaltigung eines anderen Volkes verlangen müsse und sich dafür mit äußerster Entschiedenheit einsetzen werde. Mit äußerster Schärfe ist Einspruch gegen alle Eroberungsbestrebungen erhoben. Im gleichen Sinne haben sich all unsere Redner im Reichstag, wo immer sich die Gelegenheit bot, erklärt. Die Behauptung der Unabhängigen, unsere Partei habe sich ursprünglich nicht auf diesen Standpunkt gestellt, diese Auffassung hätte erst erkämpft werden müssen, ist deshalb unwahr und steht mit den Tatsachen im schroffsten Widerspruch.

Mit dieser ehrenwerten Behauptung hat man gegen uns auch in Stockholm operiert. Obgleich von uns — und wir waren ja bekanntlich zuerst in Stockholm gewesen —, wie bei all unseren Auslandsreisen, grundsätzlich unser innerer Streit überhaupt nicht berührt worden ist. Das verbot uns der Ernst und das große Ziel der Stockholmer Arbeiten, denen wir alles andere unterordnen. Den Ruhm, selbst dort, wo um das Schicksal der Völker gerungen

wurde, widerlichen Parteizank geboten zu haben, überlassen wir neidlos den anderen. (Zustimmung.)

Wie überaus schwierig die Verständigungsarbeit ist, zeigt die Tätigkeit des holländisch-skandinavischen Komitees, die es nun seit sieben Monaten entfaltet. In zäher Konsequenz müht es sich, eine Konferenz der Sozialisten aller kriegführenden Länder zustande zu bringen. Hoffnungsfreudig hat die Arbeit eingesetzt. Die ganze friedenssehnsüchtige Welt hat nach Stockholm geblickt. Der Sieg der russischen Revolution, den wir als Demokraten aufrichtig begrüßten, gab der Hoffnung starken Antrieb. Nicht den Sonderfrieden erwarteten wir von der russischen Revolution. Wir erhofften von diesem gewaltigen geschichtlichen Ereignis den Weltfrieden. Darin erblickten wir die große historische Mission der russischen Revolution. Den gesicherten und dauernden Frieden erhofften wir, der gleichzeitig der Triumph der Demokratie nicht nur in Rußland, sondern in ganz Europa gewesen wäre. Diesen Standpunkt haben wir auch in den schriftlichen und mündlichen Verhandlungen, die wir mit den Vertretern der russischen Sozialisten geführt haben, mit allem Nachdruck vertreten. Gleichwohl hat Stockholm nicht gehalten, was es versprach. Mag sein, daß die Erwartungen zu hoch gespannt waren. Jedenfalls steht fest, daß die Sozialdemokratie Deutschlands ihre Pflicht voll und ganz erfüllt, mit aller Kraft die Arbeiten des holländisch-skandinavischen Komitees gefördert hat. Ueber die technischen Fragen der allgemeinen Konferenz haben wir uns sehr schnell mit dem Komitee verständigt. Schwierig waren die Verhandlungen über unsere Stellung zur Friedensfrage. Unsere Stellung ist schließlich rückhaltlos und offen in unserem Memorandum dargelegt worden. In diesem konnten wir den Vorschlag der Arbeiter- und Soldatenräte Rußlands auf Frieden ohne Annexionen und Kontributionen auf der Grundlage nationaler Selbstbestimmung um so freudiger begrüßen, als er den bisher von uns vertretenen Forderungen entsprach. Am 19. April d. J. hatten Parteiausschuß und Parteivorstand unter Teilnahme von Vertretern der österreichischen und ungarischen Bruderparteien sich in aller Form noch einmal klar und entschieden zu der Formel des russischen Arbeiter- und Soldatenrats bekannt.

Unsere Stellung zur elsaß-lothringischen Frage war gegeben durch die bisherige Haltung der Partei, die sie stets in Uebereinstimmung mit der Partei in Elsaß-Lothringen vertreten hat. Auf Antrag aus Elsaß-Lothringen hat unser Parteitag in Jena 1913 zur Berner Konferenz einen Beschluß gefaßt, indem er erneut die Stellung der Partei zur elsaß-lothringischen Frage festlegte und aussprach:

„Der Parteitag hofft deshalb, daß Regierung, Bundesrat und Reichstag Elsaß-Lothringen endlich die von seiner Bevölkerung verlangte volle republikanische Autonomie und staatsrechtliche Gleichberechtigung mit den übrigen Bundesstaaten gewähren und dadurch die im Interesse des Weltfriedens notwendige Annäherung zwischen Frankreich und Deutschland erleichtern möge."

Dieser Beschluß ist vom Jenaer Parteitag einstimmig gefaßt worden. Der Beschluß ist den Auffassungen in der französischen Partei vollauf gerecht geworden. Er hat sogar zu einer völligen und formellen Uebereinstimmung zwischen der deutschen und der französischen Partei in der elsaß-lothringischen Frage geführt. Kurz vor Kriegsausbruch, im Juli 1914, hat nämlich der allgemeine französische Parteitag den von uns in Jena gefaßten Beschluß zu dem seinigen gemacht! (Hört! hört!) Die französische Partei hat unserem zur elsaß-lothringischen Frage gefaßten Beschluß in aller Form ihre volle Zustimmung gegeben. Die Stellung, die wir in Stockholm zur elsaß-lothringischen Frage einnahmen, deckt sich also völlig mit der damals geschaffenen Uebereinstimmung

zwischen der deutschen und französischen Partei. Wir können nicht zugeben, daß der damals wohlerwogene Standpunkt heute falsch sein soll. (Sehr richtig!) Wir müssen vielmehr diesen Standpunkt auch heute unerschütterlich festhalten. (Zustimmung.) Wir sind sicher, daß dabei die Partei bis auf den letzten Mann hinter uns steht. (Erneute Zustimmung.) Selbst dann aber, wenn die französischen Sozialisten heute anderer Meinung geworden sind, so müßten sie sich als Sozialisten doch die Frage vorlegen, ob es sich vom Standpunkt des Sozialismus rechtfertigen läßt, dieser Frage wegen den mörderischen Krieg noch weiter zu führen. (Sehr richtig!) Sie laden damit eine Verantwortung auf sich, die sie unseres Erachtens nie und nimmer rechtfertigen können. (Sehr richtig!)

In der belgischen Frage haben wir uns für die Wiederherstellung eines unabhängigen Belgiens erklärt. Die gleiche Auffassung haben Parteiausschuß, Reichstagsfraktion und Parteivorstand in ihren Friedensleitsätzen vom 15. August 1915 vertreten. Talmudistische Auslegungen haben allerdings auch hier versucht, die Stellung der Partei in ein falsches Licht zu bringen. Ich kann mich dagegen auf eine entscheidende Tatsache berufen. Schon am 25. Juni 1915 haben Partei- und Fraktionsvorstand der Reichsleitung eine Protestschrift gegen Eroberungsgelüste überreicht, in der es heißt, daß „jeder Versuch, Belgien zu vergewaltigen, in welcher Form es auch immer sei", von uns auf das entschiedenste bekämpft werden müßte. (Hört! hört!) In Stockholm haben wir uns auch erklärt zur Frage der Wiederherstellung, ein wenig umgrenzter, sehr allgemein gehaltener Begriff, der leicht zu Mißdeutungen und falschen Auffassungen führen kann. Wir haben dazu die Auffassung vertreten, daß eine einseitige Schadensersatzpflicht für die Kriegsschäden auf eine verschleierte Kontribution hinauslaufen müsse. Dagegen soll für die Staaten, die aus eigener Kraft ihr Wirtschaftsleben nicht wieder aufbauen können, internationale finanzielle Hilfe auf Grund gegenseitiger Vereinbarung geschaffen werden.

Mit großem Nachdruck haben wir in Stockholm die Schaffung neuer internationaler Rechtsgarantien gefordert. Die Fragen der Abrüstung, des Weltschiedsgerichtsverfahrens, der Verkehrsfreiheit, der Sicherung des Welthandels, der Kontrolle der Staatsverträge durch demokratische Volksvertretungen, des Arbeiterschutzes und der Arbeiterversicherung haben wir einzeln behandelt und, gestützt auf Beschlüsse von internationalen Kongressen, bestimmte Vorschläge unterbreitet. Schließlich haben wir bei unseren Verhandlungen in Stockholm uns ohne Vorbehalt zur Teilnahme an der in Aussicht genommenen allgemeinen Sozialistenkonferenz in Stockholm bereiterklärt.

So haben wir zur Förderung der Verständigung auch in Stockholm getan, was wir konnten. Mit dem ganzen Ernst unserer sozialistischen Pflicht taten wir unser Bestes, um dem Menschenmorden Halt gebieten zu können. Herrschte auf allen Seiten das gleiche Pflichtbewußtsein, derselbe entschlossene Wille, dann hätte das Stockholmer Werk gelingen müssen. Dem holländisch-skandinavischen Komitee haben wir von vornherein volles Vertrauen entgegengebracht. Das war durchaus gerechtfertigt. Von seinem aufrichtigen und ernsten Willen haben wir uns in Stockholm persönlich überzeugen können. Wir können auch heute offen und ehrlich zum Ausdruck bringen, daß wir seiner klugen Tatkraft und seiner großen Energie Dank und Anerkennung zollen. (Beifall.)

Aber ebenso offen muß ich aussprechen, daß nicht bei allen Beteiligten das gleiche Maß von gutem Willen und Ernst vorhanden war. (Sehr richtig!) Dabei habe ich die maßgebenden Kreise der Mehrheit der französischen Partei und der englischen Gewerkschaften im Auge. Wohl hat der Nationalrat der französischen Partei am 27. Mai d. J. nach der Rückkehr von Cachin und Moutet

aus Rußland die Beteiligung an Stockholm beschlossen. Er hat in seinem Beschluß sich auch für ein gemeinsames Vorgehen für den Frieden im Sinne der russischen Formel ausgesprochen. Aber die Pariser Konferenz vom 11. August 1917, namentlich das Referat Brackes und die Entschließung dieser Konferenz ließen von Verständigungswillen wenig oder nichts mehr erkennen. Noch bedenklicher war eine Rede Thomas', die er am 12. August 1917 in Champigny hielt, die in der „Humanité" ausführlich veröffentlicht worden ist. Nach Form und Inhalt ließ diese Rede keinen Zweifel, daß die Vertreter der Parteimehrheit in Frankreich nicht zur Verständigung nach Stockholm gehen wollten. Ihr Aktionsplan für Stockholm mußte einem vielmehr die Meinung aufdrängen, daß man so nur verfahren kann, wenn man die Konferenz unmöglich machen will. (Sehr richtig!) Jedenfalls war von dem Willen zu positiver Friedensarbeit und zur Verständigung darin kein Hauch zu finden. Ueber die Verhandlungen und den Beschluß des Parteitags der Franzosen in Bordeaux liegt bis zur Stunde ein zuverlässiger vollständiger Bericht nicht vor, insbesondere nicht über den Beschluß wegen der Beteiligung an der Stockholmer Konferenz. Ich muß es mir deshalb versagen, auf die Stellungnahme des Parteitags von Bordeaux hier näher einzugehen.

Die britische Arbeiterpartei hat nach mehrmaligem Schwanken auf ihrer Konferenz am 20. August 1917 die Teilnahme an der Stockholmer Konferenz beschlossen. Die endgültige Entscheidung hat man aber merkwürdigerweise abhängig gemacht von der Sozialistenkonferenz der alliierten Länder, die am 28. August 1917 in London zusammentrat. Dieser Konferenz hat die Arbeiterpartei Englands ein Memorandum zu den Stockholmer Fragen überreicht, das die russische Formel glatt ablehnt und Friedensziele aufstellt, die sich nur wenig unterschieden von den Eroberungsplänen der Entente. Es konnte keinem Zweifel unterliegen, daß diese Eroberungsziele von der französischen Minderheit, von den Russen und den sozialistischen Parteien Englands abgelehnt würden. Trotzdem aber oder vielleicht gerade deshalb beschloß die Konferenz der Alliierten, ehe sie in ihre eigentlichen Beratungen eintrat, daß nur einstimmig gefaßte Beschlüsse Gültigkeit erlangen könnten. Danach war von vornherein mit absoluter Sicherheit anzunehmen, daß diese Konferenz resultatlos verlaufen müsse. Tatsächlich ist es auch so gekommen. Diese Konferenz hat weder Beschlüsse zustande gebracht über die Beteiligung an einer allgemeinen Konferenz in Stockholm, noch eine Verständigung über die Stellung zur Kriegszielfrage. Die Folge davon war, daß die auf den 9. September 1917 anberaumte allgemeine Konferenz in Stockholm erneut, und zwar zum drittenmal verschoben werden mußte, diesmal sogar auf unbestimmte Zeit.

Ueber die Vorgänge auf der Konferenz der Alliierten in London hat ein Teilnehmer, der Führer der französischen Minderheit, Jean Longuet, in der französischen Presse nähere Mitteilungen gemacht und unter anderem ausgeführt:

Die französischen Delegierten erweckten durchaus trotz des formellen Beschlusses ihrer Partei den Eindruck, nur gekommen zu sein, um gegen die Stockholmer Konferenz zu arbeiten, währenddem die überwältigende Mehrheit der Delegierten Mandate für die Beschickung der Konferenz hatten. Das ging soweit, daß Shaw im schärfsten Tone ausrief: „Wann werden die französischen Vertreter mit ihrer Obstruktion aufhören?" (Hört, hört!)

Shaw und andere haben auch vorzeitig die Londoner Konferenz verlassen mit der Erklärung, daß nicht die geringste Aussicht auf eine Einigung bestände. Ist der Bericht von Longuet richtig, und ich habe keinen Anlaß, daran zu zweifeln, dann sprechen diese Tatsachen für sich selbst und dann kann es keinem Zweifel unterliegen, wo die Verantwortung für das Scheitern der Stockholmer Konferenz liegt. (Sehr richtig!)

Wir haben uns nie in die inneren Verhältnisse anderer Länder eingemischt, das möchte ich auch heute nicht tun. Aber soviel darf ich doch wohl sagen: In der Bekämpfung der Verweigerung der Pässe hätten wir von den Sozialisten und Gewerkschaften in den Ententeländern doch ein energischeres Auftreten erwarten dürfen. (Lebhafte Zustimmung.) Hätte es unsere Regierung gewagt, einen solchen Angriff gegen unsere Friedensarbeit zu unternehmen, so wäre das für uns die Kraftprobe gewesen (Erneute Zustimmung), wir hätten es als unsere Ehrenpflicht betrachtet, unsere ganze Kraft und unsere ganze Entschlossenheit einzusetzen, um diesen Angriff auf unsere Friedensarbeit niederzuschlagen. (Stürmische Zustimmung.)

So wenig aber auch der bisherige Verlauf der Stockholmer Arbeit ermutigt, falsch wäre es deshalb, alle Hoffnung aufzugeben. Ueber die Friedenssehnsucht der Arbeiter aller Länder kann kein Zweifel bestehen. Das Proletariat leidet am meisten unter dem Kriege. Es kann aber auch — davon bin ich überzeugt — der Welt den Frieden bringen, wenn es sich zum ernsten und entschlossenen Friedenswillen zusammenfindet. (Sehr richtig!) Wir haben rückhaltlos ausgesprochen, wie wir uns den Frieden denken. Wo sind die proletarischen Interessen, die nach dieser Stellungnahme noch eine Fortsetzung des Krieges verlangen? Man mag zur Vorgeschichte des Krieges, zur Haltung der einzelnen sozialistischen Parteien in ihren Ländern zum Kriege stehen wie man will, sollen deshalb die Völker weiter bluten? Sollen deshalb die Arbeiterbataillone hüben und drüben weiter hingemäht werden? (Sehr wahr!) Jede sozialistische Partei hat unter dem Zwange des Notstandes und der Pflicht der Selbsterhaltung gehandelt. Das haben wir immer anerkannt. Selbstaufopferung kann die Internationale von der Arbeiterklasse keines Landes verlangen. Hieße das nicht das Leben der eigenen Arbeiterklasse opfern? Die Internationale kennt nur gleiche Pflichten und gleiche Rechte. (Sehr richtig!) Die Erkämpfung des Friedens kann deshalb nur das gleichzeitige und gleichmäßige Werk der Sozialisten aller Länder sein! (Beifall.) Dazu war die Sozialdemokratie Deutschlands während des ganzen Krieges bereit, unablässig hat sie diesem Ziel zugestrebt. Dazu steht sie auch heute noch. Ihr heißer Wunsch ist, daß die Stunde des Erfolges ihrer Bestrebungen bald kommt. (Beifall.)

Zum Schluß noch ein kurzes Wort an unsere Gegner. Sie triumphieren: die Internationale, die Sozialdemokratie seien bankerott. Ich fürchte nicht um die Zukunft der Internationale und der Sozialdemokratie. Der Krieg hat uns manche grausame Lehre gegeben, wir haben manches zulernen müssen, von unseren Grundsätzen brauchen wir aber nichts preiszugeben. (Sehr richtig!) Der Krieg hat furchtbar in das Völkerschicksal hineingegriffen, wer aber glaubt, künftig seine Politik auf den Völkerhaß aufbauen zu können, wird schwere Enttäuschungen erleben. (Sehr richtig!) Man frage nur unsere Soldaten an den Fronten, wie sie über den Chauvinismus unserer Philister, Professoren und Kriegsgewinnler denken. Die Hunderttausende Gefangenen, so bitter und dunkel auch ihr Los sein mag, sie werden mit demselben Gedanken in die Heimat zurückkehren, wie die Soldaten von der Front. Die Schrecken des Krieges, seine Opfer und Leiden, der Wiederaufbau des Zerstörten werden gewaltige Antriebe zur Politik der Völkerverständigung sein. Und glauben etwa unsere Gegner, das kapitalistische Wirtschaftssystem habe im Kriege moralische Eroberungen gemacht? (Heiterkeit.) Die Ausbeutung der Notlage, die zügellose Profitsucht haben in der schwersten Zeit unseres Volkes Triumphe gefeiert! (Lebhaftes Sehr richtig!) Unsere Gegner mögen auf der Hut sein, daß die sozialistische Flut nicht ihre Dämme durchbricht und über ihnen zusammenschlägt.

Die großen Zukunftsaufgaben werden mit zwingender Logik Einheit und Geschlossenheit der Partei wiederherstellen. Die schweren Kämpfe der Zukunft werden aufräumen mit Eigenbrötelei, mit Lähmung der Schlagkraft der Arbeiterklasse. Eiserne Notwendigkeit wird die Arbeiterklasse sammeln um das Banner der alten Sozialdemokratie, die bleibt, was sie war und ist, die Partei des Klassenkampfes, Ruferin und Führerin im Befreiungskampf der Arbeiterklasse. (Stürmischer Beifall.)

Kassenbericht.

Berichterstatter **Otto Braun**: Parteigenossinnen und -genossen! Daß ich nicht mit den angenehmsten Empfindungen heute vor den Parteitag trete, um meinen Kassenbericht zu erstatten, das werden Sie mir alle nachempfinden, denn über Erfreuliches habe ich nicht zu berichten. Es liegen Ihnen die Kassenabschlüsse von vier Berichtsjahren vor. Die Zahlen, die Sie darin finden, sprechen eine so deutliche Sprache, daß ich es mir ersparen kann, noch sehr viel Worte zu machen. Obwohl von diesen vier Jahren ein Jahr noch ein volles Friedensjahr war und obwohl von dem zweiten Berichtsjahre noch vier Monate in die Friedenszeit gefallen sind, sind die Kassenabschlüsse doch allesamt überaus ungünstig. Infolge des Rückgangs der Einnahmen aus geschäftlichen Ueberschüssen um 362 000 Mark und der Gewährung eines größeren Darlehns an eine ausländische Bruderpartei schlossen wir schon das letzte Friedensjahr 1913/14 mit einem Defizit von 316 000 Mark ab. Bedenkt man, daß wir normalerweise eigentlich mit einem Ueberschuß von 300 000 bis 400 000 Mark abschließen müßten, wenn wir Wahlkämpfen und sonstigen außerordentlichen Anforderungen gewachsen sein wollen, dann ergibt sich schon aus diesem ersten Kassenabschluß eine Verschlechterung unserer Parteifinanzen um zirka 700 000 Mark. Die Parteifinanzen befanden sich also in einem sehr unerfreulichen Zustand, als das Unheil dieses schrecklichen Krieges über uns hereinbrach. Wie der Krieg auf unsere Organisationen und auf die geschäftlichen Unternehmungen der Partei eingewirkt hat, so hat er auch auf die Hauptkasse eingewirkt. Sie ersehen das aus dem Abschluß über die letzten drei Kriegsjahre. Mit Rücksicht auf die Papierknappheit und wegen Mangels an Verwaltungskräften in den Organisationen des Landes mußten wir in diesem Jahre davon Abstand nehmen, den organisatorischen und finanziellen Stand der einzelnen Kreisorganisationen des Landes in Tabellenform dem Parteitag vorzulegen. Ich kann indessen versichern, daß die Kassen der 30 Bezirksorganisationen von einzelnen erfreulichen Ausnahmen abgesehen, wohl alle dieselbe Tendenz der Entwicklung aufweisen wie die Hauptkasse. Infolge Rückgangs dieser Beitragseinnahmen, dem die Herabsetzung der Ausgaben nicht immer in entsprechendem Maße angepaßt werden konnte, sind die vorhandenen Reserven meist vollständig aufgebraucht. Wo solche nicht vorhanden waren, mußte die Hauptkasse schon helfend mit Zuschüssen eingreifen. Das war besonders bei solchen Kreisorganisationen der Fall, die sich Einrichtungen geschaffen hatten, deren Aufrechterhaltung im Hinblick auf die zukünftigen Aufgaben der Organisation notwendig und erwünscht war, die aber zurzeit aus eigenen Mitteln nicht erhalten werden konnten. Es hat sich hier auch gezeigt, daß es nicht ganz unbedenklich ist, wenn örtliche Organisationen schon sich Sekretariate und sonstige Einrichtungen in einer Zeit schaffen, in der sie noch nicht in der Lage sind, finanziell diese Einrichtungen zu erhalten und zudem auch noch für außergewöhnliche Fälle Rücklagen zu machen. Diese Organisationen werden, wenn außerordentliche Anforderungen, oder wenn die Beiträge aus irgendwelchen besonderen Anlässen zurückgehen, sofort in Not geraten. (Sehr wahr!) In dem

Rückgang der Beitragseinnahmen der Hauptkasse spiegelt sich ja der Rückgang der Beitragseinnahmen auch in den örtlichen Organisationen wider. Die örtlichen Organisationen sind ja gewissermaßen die Quellen, aus der der Hauptkasse in der Hauptsache die Mittel zufließen. Allerdings ist der Einnahmerückgang an Beiträgen in den Kreisorganisationen nicht so groß, wie er in dem Hauptkassenabschluß in Erscheinung tritt, denn einigen Organisationen mußten wir die Beiträge stunden und andere, darauf hat ja schon Ebert hingewiesen, Groß-Berlin, Leipzig u. a., wo die leitenden Genossen bereits seit längerer Zeit die Spaltung der Partei vorbereiteten und betrieben, hielten infolgedessen schon seit April vorigen Jahres und noch länger die Beiträge zurück, um sie dann nach Gründung der Unabhängigen Partei der Kasse dieser neuen Partei zuzuführen. Es erhellt auch aus diesem Vorgang finanzieller Natur, wie fernab die Parteigenossen der Wahrheit stehen, die noch immer behaupten, Parteivorstand und Parteimehrheit hätten die Spaltung der Partei vorbereitet und auch durchgeführt. (Sehr richtig!)

Die Einnahmen der Hauptkasse von Beiträgen sind von 786 467 Mark im letzten Friedensjahr bis auf 161 778 Mark im letzten Berichtsjahr zurückgegangen. Das ist ein Rückgang um etwa 80 Prozent, der den Mitgliederrückgang noch übersteigt. Die Differenz ergibt sich ja aus dem, was ich ausgeführt habe. Im allgemeinen deckt sich der Rückgang an Beitragseinnahmen mit dem Rückgang der Mitgliederzahl. Der nach Abschluß des letzten Berichtsjahres im April noch eingetretene Mitgliederverlust durch Uebertritte zu den Unabhängigen dürfte kaum einen wesentlichen Rückgang der Beitragseinnahmen der Hauptkasse zur Folge haben, da die in Frage kommenden Kreise ja bereits im letzten Berichtsjahre keine Beiträge mehr an unsere Partei abgeführt haben und da es sich auch nicht um eine so erhebliche Zahl von Mitgliedern handelt. Die von den Unabhängigen zu propagandistischen Zwecken für ihre Sonderorganisation in die Welt gesetzte Zahl von 120 000 zahlenden Mitgliedern, die dürfen wir vorerst nicht besonders ernst nehmen. (Sehr richtig!) Denn wenn diese Zahlenangabe, für die bisher jede tatsächliche Unterlage fehlt, zur Wahrheit in demselben Verhältnis steht, wie die sonstigen von jener Seite in die Welt gesetzten Nachrichten, dann können wir ruhig einige Abstriche davon machen. (Heiterkeit und sehr gut!) In Wahrheit hat die durch die beispiellos gehässige Hetzarbeit jener Seite getriebene Parteizerrüttung zahlreichen früheren Parteianhängern die Zugehörigkeit zur Partei überhaupt verekelt, sie sind davongegangen, sie gehören weder uns noch jenen an und den Schaden hat die gesamte Arbeiterschaft Deutschlands zu tragen. (Lebhafte Zustimmung.)

Unsere wichtigste und dringendste Aufgabe ist, gerade diese Kreise wieder als tätige und zahlende Mitglieder zu gewinnen. Die ungünstige Gestaltung unserer Kassenverhältnisse ist aber nicht nur auf den Rückgang der Einnahmen aus den Beiträgen zurückzuführen, sie findet auch durch den fast völligen Wegfall der Einnahmen aus den Ueberschüssen der Parteibetriebe ihre Erklärung. Diese Ueberschüsse bildeten in den früheren Jahren einen großen Teil unserer Gesamteinnahmen. Unsere Geschäftsunternehmungen leiden naturgemäß schwer unter den Wirkungen des Krieges. Die Betriebe sind auf eine viel größere Tätigkeit eingestellt, als sie jetzt im Kriege möglich ist. Außerdem ließen sich, schon im Hinblick auf die Zukunft, die Betriebe nicht wesentlich einschränken.

Nun zu den Ausgaben. Die Ausgaben ließen sich natürlich nicht dem Rückgang der Einnahmen entsprechend anpassen. Wir hatten uns in den letzten Friedensjahren viel zu sehr daran gewöhnt, aus dem Vollen zu wirtschaften. (Sehr richtig!) Wir haben zahlreiche zentrale Einrichtungen ge-

schaffen, die die finanziellen Kräfte der Partei stark in Anspruch nahmen, ja ihre finanzielle Kraft oft fast überschritten. Ueber die Notwendigkeit, Zweckmäßigkeit und den Wert einiger dieser Einrichtungen besteht jetzt in der Partei eine sehr geteilte Auffassung. (Sehr richtig!) Aber sie sind auf Parteitagen beschlossen worden, und was ein Parteitag beschließt, ist immer zweckmäßig, notwendig und wertvoll. (Heiterkeit.) Da die Kostendeckung immer erst nach der Beschlußfassung kommt, hat sie meist auf die Beschlußfassung leider sehr wenig Einfluß. Ja, es gehörte früher bei der Erörterung dieser Fragen, besonders wenn es sich um Bildungsfragen handelte, geradezu zum guten Ton, jeden Hinweis auf die Kostenfrage fiskalisch, bureaukratisch oder banausisch abzutun. (Heiterkeit.) Diese Einrichtungen haben uns in der Kriegszeit stark belastet und wir mußten zu einschränkenden Maßnahmen übergehen, deren finanzielles Ergebnis aber erst am Schlusse des laufenden Geschäftsjahres in die Erscheinung treten dürfte. Andererseits sind infolge der zunehmenden Verteuerungen aller Materialien die Drucksachen und sonstigen Agitations- und Verwaltungskosten so gestiegen, daß ein wesentlicher Teil der Ersparnisse dadurch weitgemacht wurde. Ferner war es notwendig, allen Parteiangestellten wegen der fortgesetzten Teuerung eine Teuerungszulage zu gewähren. Wir hatten im Hinblick auf unsere Kassenlage sehr lange damit gewartet und sie nur gewährt im Rahmen unserer Finanzverhältnisse. Diese Mehrausgaben werden auch erst im Abschluß des laufenden Geschäftsjahres in die Erscheinung treten.

Fast die Hälfte unserer Ausgaben mußten wir verwenden, um die Presseunternehmungen der Partei aufrechtzuerhalten. Im letzten Jahr mußten für diesen Zweck allein 450 000 Mk. aufgewendet werden. Wir hatten nach Kriegsausbruch beschlossen, alle Presseunternehmungen der Partei über den Krieg hinaus aufrechtzuerhalten, damit sie später mit alter Tatkraft für die Partei wirken könnten. Als wir diesen Beschluß faßten, haben wir allerdings nicht mit einer so langen Dauer des Krieges gerechnet und mit all den betrieblichen Beschwerden und geschäftlichen Hemmungen, die jeder Tag neu erzeugt. Papier und alles für die Herstellung der Zeitungen erforderliche Material sind ungemein im Preise gestiegen und steigen fortgesetzt weiter. Dem Personal mußten mehrfach Teuerungszulagen bewilligt und den Familien der im Felde stehenden Angestellten Unterstützungen gewährt werden. An solchen Unterstützungen hat die Gesamtpartei bis heute schon über eine Million Mark bezahlt. (Hört! hört!) Dazu kommen die Erschwerungen in den Betrieben durch die Einberufungen zum Heeresdienst, insbesondere die starke Inanspruchnahme der Arbeitskräfte durch die Kriegsindustrie. Diesem letzteren Umstande ist es zuzuschreiben, daß es den Zeitungen immer schwerer wird, die notwendigen Botenkräfte zu erhalten. Unter dieser Kalamität leiden viele Zeitungen ganz empfindlich. Alle diese Mehrausgaben konnten durch Erhöhungen des Abonnements und den Einnahmen aus den Anzeigen nicht ausgeglichen werden, schon weil für die Anzeigen der Kriegsindustrie unsere Presse nicht in Betracht kommt und die übrigen Geschäftsleute es infolge des zunehmenden Warenmangels in immer größerem Maße unterlassen, in den Zeitungen ihre Ware anzupreisen. Unsere Presse hat somit finanziell einen sehr schweren Stand. Gleichwohl haben wir sie bis heute durchgehalten und ich hoffe, daß es uns gelingen wird, sie über den Krieg hinaus über Wasser zu halten. (Bravo!)

Nun ist im Zusammenhang mit der Sorge um das wirtschaftliche Ergehen unserer Presse gegen die Partei der Vorwurf erhoben worden, sie habe sich durch diese Sorge in ihrer Politik nachteilig beeinflussen lassen. Dieser Vorwurf entbehrt jeder Grundlage. Wir würden gewiß pflichtvergessen handeln, wollten

wir die mit so unsäglichen Mühen und Opfern der Parteigenossen aufgebauten Preßunternehmungen, in denen Millionen investiert sind, mit deren Bestand Tausende von Arbeiter- und Angestelltenexistenzen verknüpft sind und die wir jetzt und nach dem Kriege als Werbe- und Kampfmittel gebrauchen, leichtfertig aufs Spiel setzen. Das haben wir nicht getan und werden das auch in Zukunft nicht tun. Aber wir haben uns auch niemals durch die Sorge um unsere Unternehmungen davon abhalten lassen, die Politik zu treiben, die das Interesse der Arbeiterklasse erheischte, und die unsere sozialistischen Grundsätze geboten. Auch ist es eine ganz haltlose Verdächtigung, um nicht zu sagen eine niederträchtige Verunglimpfung, von der Parteileitung zu behaupten, sie habe die finanzielle Abhängigkeit zahlreicher Parteiorgane von der Hauptkasse zu einer Einflußnahme auf die Redaktionsführung dieser Zeitungen benutzt, ja versucht, durch Gewaltakte ihrer Politik in einzelnen Blättern Geltung zu verschaffen. Würde dieses blöde Schlagwort von den Gewaltakten des Parteivorstandes nur als demagogisches Glanzstück in der Rüstkammer der Unabhängigen prunken, ich würde kein Wort darüber verlieren. Aber es spukt auch noch in den Köpfen einzelner Parteigenossen. Deshalb muß ich mit einigen Worten darauf eingehen. Wir haben niemals versucht, die Redaktionsführung der von der Hauptkasse finanzierten Blätter im Sinne der Parteimehrheit einseitig zu beeinflussen. Soweit auf die Redaktionsführung eingewirkt worden ist, geschah es durch allgemeine Richtlinien und Informationen, die als Ratschläge an die gesamte Presse versandt wurden und von den Redaktionen beachtet oder auch nicht beachtet zu werden brauchten. Wir haben niemals das Recht der freien Meinungsäußerung der Redakteure angetastet, soweit sich ihre Tätigkeit im Rahmen der Parteiorganisation bewegte. Wir haben eine Nachsicht, ja eine Langmut bewiesen, die bis zur Grenze des Erträglichen, ja bis zur Schädigung der Partei ging. (Zustimmung.) Das ging so weit, daß das Treiben der früheren Redaktion des „Vorwärts" geradezu zu einem Skandal ausartete. (Sehr richtig!) Ich habe nicht die Absicht, den ganzen „Vorwärts"-Konflikt in seinen Einzelheiten aufzurollen. Was darüber zu sagen ist, finden Sie in den Protokollen des Parteiausschusses und in der besonderen Broschüre, die den Delegierten vorliegt. Ich kann ergänzend nur sagen, daß, als der Parteivorstand eingriff, das Bestehen des „Vorwärts" auf dem Spiel stand, infolge des Verhaltens der alten Redaktion. Wir mußten das Weitererscheinen des Blattes ermöglichen. Nur durch die Maßnahmen, die der Parteivorstand ergriff, war der Bestand des Unternehmens und das weitere Erscheinen des Zentralorgans sicherzustellen. Gewiß, die Redaktion und die unter ihrem Einfluß stehende Preßkommission billigten die Maßnahmen des Parteivorstandes nicht und die Mehrheit der Berliner Parteigenossen, die zwei Jahre in diesem Sinne beeinflußt waren, schloß sich ihnen an. Sie blieben bei ihrer Auffassung auch, als wir ihnen klar vor Augen führten, was der Ruin des „Vorwärts" bedeuten würde. Es ist bekannt, wie sich die Dinge weiterentwickelt haben. Als die Berliner Körperschaften ihren Willen nicht durchsetzen konnten, versuchten sie den „Vorwärts", das einzige sozialdemokratische Blatt des Groß-Berliner Gebietes, durch den Boykott zugrunde zu richten. Die alte Redaktion nahm das Recht für sich in Anspruch, diesen Boykott zu empfehlen und zu fördern. Wir haben erst jetzt beim Aufräumen der Redaktionszimmer ganze Pakete solcher Boykottflugblätter vorgefunden. (Hört! hört!) Darin heißt es u. a.:

„Die Generalversammlung empfiehlt allen Parteigenossen die Zahlung des Abonnementsbetrages für diesen „Vorwärts" einzustellen. Wer es mit den Grundsätzen der Demokratie und des Sozialismus ehrlich meint, darf nicht länger dieses Reptilienblatt des Parteivorstandes unterstützen."

(Hört! hört! und Lachen.) Die Männer, die dieses Flugblatt verbreiteten, taten höchst entrüstet, als ihnen der Parteivorstand erklärte, daß unter diesen Umständen auf ihre weitere Tätigkeit verzichtet werden müsse. Sie liefen zum Gericht, um sich dort das Recht, den „Vorwärts" zu boykottieren, ausstellen zu lassen und dafür noch Gehaltszahlung zu verlangen. (Heiterkeit.) Sie hatten bisher damit kein Glück. Mehr Glück hatten sie allerdings bei den zwei Jahre lang von ihnen in der einseitigsten und gehässigsten Weise beeinflußten Berliner Parteigenossen, die darin einen neuen Gewaltakt des Parteivorstandes sahen. Wohin das Aufpeitschen und die Verhetzung der Berliner Genossen geführt hat, beweisen Versuche, auf Arbeitgeber einzuwirken, Leute aus der Arbeit zu entlassen, die sich nicht dazu verstehen, den „Vorwärts" abzubestellen und ein bürgerliches Blatt zu abonnieren. (Hört! hört!) Ihr Ziel, die Vernichtung des „Vorwärts", haben die Berliner Genossen bisher nicht erreicht und werden es nicht erreichen. (Beifall.) Der „Vorwärts" hat die Krise, die zweifellos infolge dieses wahnwitzigen Boykotts vorhanden war, überstanden und hat sich bereits in erfreulicher Weise aufwärts entwickelt. (Beifall.) Vor allem hat er im Inland und Ausland die publizistische und politische Bedeutung wieder erlangt, die ihm als Zentralorgan der größten deutschen Partei gebührt und die er unter der alten Redaktion fast völlig eingebüßt hat. (Zustimmung.) Mit den angeblichen Gewalttaten des Parteivorstandes in Duisburg, Königsberg und Braunschweig sieht es meist noch windiger aus. Nirgends hat der Parteivorstand versucht, die freie Meinungsäußerung der Redaktion zu beeinflussen oder gar zu unterbinden. Erst wenn Redakteure das ihnen anvertraute Blatt für Zwecke der Parteispaltung mißbrauchten oder das Blatt in den Dienst einer andern Partei gestellt hatten, hat der Parteivorstand eingegriffen. Vielfach hat man uns den Vorwurf gemacht, wir hätten zu spät eingegriffen. (Sehr richtig!) Jedenfalls hat der Vorstand pflichtgemäß gehandelt und kann jede seiner Maßnahmen in parteirechtlicher wie politischer Hinsicht vor jedem Forum verantworten. Denn er hat keinerlei Gewaltakte ausgeführt, sondern stets im Rahmen der ihm durch Vereinbarungen mit den örtlichen Parteiinstanzen eingeräumten Befugnisse und in Erfüllung der ihm gegenüber der Gesamtpartei obliegenden Pflichten rechtmäßig gehandelt. Gewiß waren es nicht die angenehmsten Aufgaben, die auf diesem Gebiete zu erfüllen waren. Ich kann mir etwas Besseres im Dienste der Partei denken als diese Aufgabe. Es handelte sich oft um Existenzen von langjährigen Mitkämpfern, von Parteigenossen, mit denen wir in langen Jahren Schulter an Schulter gekämpft haben und die jetzt von ihrem Posten beseitigt werden mußten. Aber es mußte sein, es ließ sich nicht umgehen, denn über der Person steht das Wohl und die Zukunft der Partei. (Sehr richtig!) Und das machte unser Vorgehen zur gebieterischen Notwendigkeit. Haben wir doch in diesen Kämpfen es mit einem rücksichtslosen und skrupellosen Gegner zu tun. Da wäre Nachsicht eine am allerwenigsten angebrachte Schwäche. Im übrigen steckt in dem ganzen Geschrei über die Maßregelung und Gewaltakte des Parteivorstandes doch im Grunde genommen eine große Portion Heuchelei und Demagogie. (Sehr wahr!) Ich sehe davon ganz ab, daß die Hauptschreier, die geradezu in Entrüstung nach außen hin Ueberschäumenden, gar nichts daran auszusetzen hatten, als in Berlin, in Bremen, in Braunschweig, in Leipzig langjährige bewährte Parteigenossen von jener Seite kurzerhand auf die Straße gesetzt wurden, nicht etwa deshalb, weil sie ihre Pflicht nicht erfüllt hätten, sondern deshalb, weil sie ihre Pflicht gegen die Partei und die Organisation gewissenhaft wahrnahmen. (Sehr wahr!) Wir haben nie die politische Ueberzeugung und die parteitaktische Haltung irgendeines Angestellten zum Anlaß eines Vorgehens gegen ihn genommen. Nur gegenüber den Redakteuren und

Bezirkssekretären, die ihre Stellung mißbrauchten und statt für die Einheit und Geschlossenheit der Partei, wofür sie angestellt waren, für die Zerreißung und Spaltung der Partei wirkten und sich schließlich vollständig in den Dienst einer anderen Partei stellten, haben wir die Konsequenzen gezogen, die sie zu ziehen unterließen. (Sehr richtig!) Wie liegen denn die Dinge? Wenn ich einen Vertrauensposten in einer Partei bekleide, deren Politik ich nicht mehr billigen kann, wenn ich deshalb aus ihr ausscheide und einer anderen Partei beitrete, deren vornehmliche Aufgabe darin besteht, die Partei, aus der ich ausgetreten bin, zu bekämpfen, dann ist es doch ein Gebot politischer Ehrlichkeit und Reinlichkeit, daß ich den Vertrauensposten niederlege (Sehr richtig!) und nicht verlange, daß die Partei, bei der ich angestellt bin, mich weiter besoldet für die Tätigkeit im Dienste der anderen Partei. (Sehr wahr!) Man hat es ja leider vielfach anders beliebt, man hat gewartet, bis wir, der Parteivorstand, nach langem Zaudern die unerläßliche Konsequenz zogen, und man ist dann unter demagogischer Spekulation auf die Arbeiterpsyche mit dem Märtyrerkranz eines durch einen Gewaltakt des Parteivorstandes Gemaßregelten in die Masse hinausgegangen, um dort neue Erbitterung und neuen Haß zu säen. (Sehr wahr!)

Was im allgemeinen über die Parteipresse noch zu sagen ist, ist im gedruckten Bericht ausgeführt. Der durch den Krieg herbeigeführte Abonnentenverlust um 48 Proz. fordert aber doch eine ernsthafte Prüfung der Frage, ob wir mit der inhaltlichen Ausgestaltung unserer Parteiblätter immer auf dem richtigen Wege waren. Wir müssen uns vergegenwärtigen, daß dieser Verlust an Abonnenten nicht eingetreten ist in einer Zeit, in der das Interesse für Zeitungslektüre gesunken ist, sondern im Gegenteil in einer Zeit, in der alle Kreise der Bevölkerung den Inhalt der Tagespresse geradezu mit Gier verschlingen. (Sehr wahr!) Die Familien der ins Feld gerückten Abonnenten haben die Abbestellung meist nicht vorgenommen, um sich einzuschränken und mit keinem Blatte auszukommen, sondern sie haben ein bürgerliches Blatt an Stelle des Parteiblattes gestellt. Das beweist auch die Abonnentenzunahme der bürgerlichen Presse. Das beweist aber auch weiter, daß diese bürgerlichen Blätter es offenbar besser verstehen, das Bedürfnis der Frauen nach Nachrichtenübermittlung und nach Unterhaltung in ansprechender Weise zu befriedigen als ein Teil unserer Parteipresse. Denn es kommt in der Tat für die Tagespresse nicht nur darauf an, daß sie Nachrichten übermittelt und Unterhaltungsstoff bietet, sondern ganz wesentlich ist, wie sie dies Notwendige bietet. Man kann, sagt man ja oft, die Parteipresse nicht vollständig auf die Sensationslust der großen Masse einstellen. Gewiß, das kann man nicht und soll man auch nicht, denn unsere Zeitungen sind vorwiegend politische Aufklärungs- und Kampforgane, auf dem politischen Gebiet liegt ihre Hauptaufgabe. Aber diese wichtigste Aufgabe kann unsere Parteipresse nur erfüllen, wenn sie Leser hat, denn der beste politische und volkswirtschaftliche Teil verpufft wirkungslos, wenn die Leser davongelaufen sind. Die Tageszeitungen haben eben neben ihren politischen Aufgaben auch die Aufgabe, ihren Lesern Neuigkeiten zu übermitteln und ihnen entsprechende Unterhaltung zu bieten. Nur die Blätter, die auf diesem Gebiete Ansprechendes leisten, haben Aussicht, die große Masse der Leser zu gewinnen und zu halten und danach auch in die Lage zu kommen, sie dauernd politisch in ihrem Sinne zu beeinflussen. Es mag bedauerlich sein, daß dieser Umweg gegangen werden muß, aber es ist Tatsache, und mit dieser Tatsache müssen wir rechnen, wollen wir unsere Presse wirtschaftlich aufrechterhalten und sie so wirksam gestalten, daß sie die Leser in unserem Sinne politisch beeinflussen kann. Man redet in unseren Kreisen so gern verächtlich von dem Sensationsbedürfnis der großen Masse. Aber gestehen wir uns nur

ruhig ein: in jedem Menschen steckt ein Stück Sensationsbedürfnis. (Sehr richtig!) Je bewegter die Zeit ist, desto stärker tritt dieses Bedürfnis hervor, und die Tagespresse, die diese menschliche Schwäche vollständig ignorieren würde, würde bald unter Ausschluß der Oeffentlichkeit erscheinen (Sehr wahr!), denn um Schlafmittel zu kaufen, geht niemand zum Zeitungsverkäufer. (Heiterkeit.) Freilich eine ernste politische Presse darf sich nicht in der Befriedigung der Sensationslust der breiten Masse erschöpfen, das würde auch schließlich abstumpfend wirken wie jedes Reizmittel. Aber Rechnung tragen muß sie diesem Bedürfnis bis zu einem gewissen Grade, wenn sie ihre Leser halten will. Selbstverständlich muß sie sich dabei vor Uebertreibungen hüten, der Redakteur braucht nicht ausdrücklich zu beteuern, daß er die patriotische Begeisterung immer angefacht habe und bis zum Weißglühen bringen werde (Sehr richtig!) Er braucht sich nicht so exaltiert gebärden, wie etwa die jetzt unabhängige „Nordhäuser Volkszeitung", die am 10. August nach dem Fall von Lüttich schrieb: „Lüttich, die große belgische Festung genommen! Im Sturm, durch einen Handstreich erobert! Eine Bravotat unserer Truppen vom 10. Armeekorps! So gingen die Freudenrufe am Sonnabend und gestern durch die Stadt." Und weiter: „Die beispiellose Erstürmung einer modernen Festung in wenigen Stunden hat berechtigterweise überall Jubel ausgelöst." Uns fiel das alte Kampf- und Trutzlied der deutschen Arbeiterschaft ein:

Je höher uns umrauscht die Flut,
Je mehr mit der Begeisterung Glut
Der heiligen Sache wir uns weihn." usw.

(Große Heiterkeit.) — Das geht meiner Meinung nach zu weit, das ist auch gegen meinen Geschmack. Aber es haben doch einige Parteiblätter gezeigt, daß man auch den Nachrichten- und Unterhaltunshunger der großen Masse sachgemäß befriedigen kann, ohne gegen die sozialistischen Grundsätze zu verstoßen oder gar die politischen Aufgaben der Presse zu vernachlässigen. Diese Blätter haben dafür auch keinen Abonnentenverlust gehabt, sondern haben zum Teil mit erfreulichen Abonnentengewinnen zu rechnen gehabt. Allerdings müssen sie dafür in den Kauf nehmen, daß sie nun von der „Nordhäuser Volkszeitung" und unabhängigen Blättern ähnlichen Schlages mit der Generalanzeigerpresse auf eine Stufe gestellt werden. Diesen Ausfluß des Neides derer, die es auch versuchten, aber nicht verstanden, können die Genossen ruhig ertragen. (Sehr wahr!) Im übrigen glaube ich, sagen zu können, daß wir den größten Tiefstand des Abonnentenstandes längst überschritten haben, und daß sich unsere Tagespresse nun wieder in erfreulicher Aufwärtsentwicklung befindet. Vollständige Zahlen darüber kann ich Ihnen leider nicht geben, da einzelne Geschäftsführer die einfache Frage nach dem Abonnentenstand vom 1. Oktober trotz erfolgter Mahnung noch nicht beantworten konnten. Die Tagesblätter, die geantwortet haben, hatten am 1. April dieses Jahres 629 218 Abonnenten und stiegen bis zum 1. Oktober auf 698 615, das bedeutet also eine Steigerung um fast 70 000 Abonnenten in einem halben Jahre oder 11 Prozent. (Bravo!) Es wird die Aufgabe der Genossen im Lande sein, diese erfreuliche Aufwärtsentwicklung durch weitere rege Werbetätigkeit zu fördern und zu beschleunigen, damit unsere Parteipresse bald wieder den alten Stand erreicht. Denn in der Kriegszeit, wo durch die Beschränkung des Belagerungszustandes die Agitationsmöglichkeiten so unglaublich gehemmt sind, ist die Parteipresse als Aufklärungs- und Propagandamittel wichtiger denn je. Ebenso wichtig, ja vielleicht noch wichtiger und wertvoller wird uns eine leistungsfähige und verbreitete Presse für die Zeit nach dem Friedensschluß sein, wo wirtschaftliche und politische Kämpfe in bisher nicht gekanntem Umfange unserer Harren. (Sehr wahr!)

Alles in allem bieten unsere Parteifinanzen also ein wenig erfreuliches Bild. Es müssen die Parteigenossen im Lande mehr als bisher bemüht sein, mehr Mittel aufzubringen, um die Finanzkraft der Partei zu stärken. Zum Kriegführen gehört Geld, das tritt uns gerade in dieser Zeit ja ganz plastisch vor Augen. Mit dem Friedensschluß ist aber für die Partei der Krieg nicht beendet, dann beginnen erst die Kämpfe auf innerpolitischem Gebiet. Die Schwerindustriellen und die Agrarier, denen der Krieg jetzt Milliardenprofite in den Schoß wirft, rüsten sich für diesen Kampf auch in finanzieller Hinsicht in umfangreichstem Maße. Fällt das uns auch naturgemäß schwerer, weil wir Kriegsgewinnler in unseren Reihen nicht haben, so dürfen wir doch in der Anstrengung, die Finanzkraft der Partei zu stärken, nicht nachstehen. Die Genossen im Lande, die Organisationen wie die Parteipresseunternehmungen, müssen mehr davon abkommen, ihre ganze Hoffnung immer auf die Hauptkasse zu setzen und sich fortgesetzt auf diese zu stützen. Jeder Kreis, jeder Bezirk muß darauf bedacht sein, durch Beitragserhöhung oder durch Sammlungen in den weitesten Kreisen der Bevölkerung, die unserer Kriegs- und Friedenspolitik sympathisch gegenüberstehen, seinen Kampffonds zu stärken und auch der Hauptkasse mehr Mittel als bisher zuzuführen. Die Kämpfe, die uns nach Friedensschluß bevorstehen, werden alles bisher Dagewesene zweifellos in den Schatten stellen. Wir werden bei diesen Kämpfen wohlausgerüstete und rücksichtsloseste Gegner vor uns und leider auch nicht weniger rücksichtslose Gegner in unserem Rücken haben. Die Kriegs- und Friedenspolitik der Partei gibt uns für diese Kämpfe blanke und wirkungsvolle Waffen, aber wir werden diese Kämpfe nur dann mit Erfolg bestehen können, wenn wir schon jetzt mit Eifer und mit altbewährter Opferfreudigkeit daran gehen, auch die finanzielle Rüstung der Partei zu stärken und zu kräftigen. Deshalb lassen Sie mich schließen mit der Parole: Stärkt die Finanzkraft der Partei! Schließt die Reihen und dann neuen Kämpfen und neuen Siegen entgegen. (Lebhafter Beifall.)

Im Anschluß an diese Berichte wird sogleich der

Bericht der Kontrollkommission

entgegengenommen.

Berichterstatter Brühne: Wir haben dem gedruckten Bericht wenig zuzufügen. Unsere Arbeit ist in den letzten Monaten keine angenehme gewesen. Wir haben bei mehreren Entscheidungen mit vier gegen vier Stimmen gestanden. Als Beispiel für das, was sich abgespielt hat, will ich nur an einen Fall erinnern: als wir in der Kontrollkommission anregten und in einer gemeinschaftlichen Sitzung mit dem Parteivorstand besprachen, daß wir unter Umständen daran denken müßten, einen außerordentlichen Parteitag einzuberufen, erschien drei Tage darauf in der „Bremer Bürgerzeitung" ein Bericht über die Sitzung der Kontrollkommission, der nur von einem Mitgliede verfaßt sein konnte. (Hört! hört!) Wir haben dann in einer späteren Sitzung alle Mitglieder der Kontrollkommission einzeln gefragt, wer den Bericht geliefert hat. Niemand wollte es getan haben. Aber nach der ganzen Auffassung dieses Berichts war es gar nicht anders denkbar, als daß dieser Bericht, wie auch frühere schon, von einem Mitgliede der Kontrollkommission gegeben war.

Aus der Kontrollkommission sind, wie Sie wissen, im Laufe der Zeit ausgeschieden Bock, Geyer, die Genossin Zetkin und zuletzt Adolf Geck. Unter welchen Umständen Geck ausgeschieden ist, das finden Sie ja im Bericht. Geck hat bei dieser ganzen Angelegenheit eine Doppelrolle gespielt, wie man sie selten bis jetzt von jemand erlebt hat (Sehr richtig!); er war am Vormittag

noch in der gemeinsamen Sitzung des Parteivorstandes und der Kontrollkommission, wir haben ihn dort gefragt: Gehörst Du noch zur alten sozialdemokratischen Partei? Er erklärte, er zahle seine Beiträge weiter in die alte Organisation. Wir gaben uns damit zufrieden. Was sich dann abends abgespielt hat, ist Ihnen bekannt. Dazu kommt etwas, was nicht im Bericht steht. Am 9. Mai morgens kam Dittmann im Beisein von Hasenzahl zu mir und sagte zu mir, „was Geck erklärt habe, stimme nicht, wir von der unabhängigen Sozialdemokratie haben vor der Gothaer Tagung bei Geck erst angefragt, ob er im Falle seiner Wahl in die Kontrollkommission eintreten würde". (Hört! hört!) Uns hat Geck nichts davon gesagt, er hat an unserer Sitzung teilgenommen und darüber Bericht erstattet. Offenburg gehört ja zu den Orten, die aus der Partei ausgeschieden sind. Hätte Geck eine erfolgreiche Arbeit leisten wollen, dann hätte er in Offenburg und in Baden überhaupt Gelegenheit dazu gehabt. (Sehr richtig!)

Ich möchte dann noch einen Punkt hervorheben, den wir im Bericht nicht angeführt haben. Es wird Ihnen bekannt sein, daß gegen Julian Borchardt ein Schiedsgericht getagt hat. Mit dem Fall Borchardt haben sich alle Instanzen mehrmals beschäftigt, der Fall ist noch nicht erledigt und er wird wohl auch nicht erledigt werden, da Borchardt nicht mehr zur Partei gehört. Borchardt beantragte die stenographische Aufnahme der Verhandlungen des Schiedsgerichts. Leider hat das Schiedsgericht dem Antrag stattgegeben, das hat 2000 Mark Kosten verursacht. (Hört! hört!) Ich will nicht untersuchen, ob diese 2000 Mk. im Verhältnis zu der Person von Borchardt stehen. (Heiterkeit.) Aber ebenso wie der Parteivorstand hat auch die Kontrollkommission das Vorgehen des Schiedsgerichts scharf gerügt. So soll man doch mit Parteigeldern nicht umgehen, dazu sind die Gelder zu kostbar. (Sehr richtig!) Wir werden auch in Zukunft in allen derartigen Fällen die größte Sparsamkeit anwenden müssen. Das geht unter keinen Umständen, daß man solche Verhandlungen stenographisch aufnimmt. Sie können sich ja denken, wozu die Berichte verwendet werden. (Sehr gut!)

Der Parteivorstand hat in den letzten vier Jahren geradezu eine Riesenarbeit zu bewältigen gehabt. Das gilt besonders für zwei seiner Mitglieder, Scheidemann und Ebert, die auch gleichzeitig dem Fraktionsvorstand angehören und die doppelte Arbeit leisten mußten. Ich bin fest überzeugt, wenn einmal dieser schreckliche Krieg, dieses blutige Ringen vorüber ist, dann werden auch manche Parteikreise, wo man über die Tätigkeit des Parteivorstandes Urteile gefällt hat, die wir nicht anerkennen können, ihr Urteil revidieren müssen.

Ich beantrage namens der Kontrollkommission, dem gesamten Parteivorstand Entlastung zu erteilen. (Bravo!)

Die Diskussion wird eröffnet.

Mit zur Verhandlung stehen die Anträge 2 bis 19, von denen die Anträge 16 bis 19, die sich auf den Redaktionswechsel der „Neuen Zeit" beziehen, für erledigt erklärt werden.

Hüttmann-Frankfurt a. M.: Es war von vornherein anzunehmen, daß in den Ausführungen der beiden Berichterstatter vom Parteivorstand der Streit in der Partei einen ziemlich breiten Raum beanspruchte, denn neben den Fragen, die unmittelbar mit dem Kriege in Zusammenhang stehen, hat ja gerade diese Frage stets das Parteileben in den einzelnen Organisationen stark beeinflußt. Ich bezweifle aber, ob Ebert und Braun in jedem Falle wirklich ein objektives Bild gezeichnet und ob sie der Situation vollkommen gerecht geworden sind. Ich möchte sagen, es ist fast übermenschlich, zu verlangen, daß jemand, der an dem Streit innige Anteilnahme gehabt hat, vollkommen objektiv und gerecht auch die Gegenseite würdigen kann. Besonders nach den Ausführungen von Braun könnte es scheinen, als ob wir es bei den Unabhängigen mit Genossen zu tun hätten, die aus purer innerer Boshaftigkeit, aus innerem Haß gegen die Partei alles getan haben, um den Konflikt herbeizuführen. Das heißt doch psychologisch die Zeit völlig verkennen (Sehr richtig!); es haben noch andere Dinge entscheidend mitgewirkt. Ich bin überzeugt, daß diese Dinge im Zusammenhang mit den psychologischen Wirkungen des Krieges stehen und daß die Tätigkeit der Gesamtpartei in diesem Sinne stärkere Berücksichtigung hätte finden müssen. Ich will den Referenten keine bösen Absichten unterstellen, ich nehme an, daß sie ihre Ausführungen aus innerer Ueberzeugung gemacht haben, aber wer in einer ganz bestimmten Richtung an einer Sache mitgewirkt hat, der kann keine objektive Darstellung geben. Ebert sagte, daß die Heftigkeit der Angriffe gegen die Partei teilweise das normale Maß weit überschritten, und er ist in diesem Zusammenhang auf die Flugblätter, die Pamphlete und andere Dinge eingegangen. Ich erinnere ihn daran, wie schwer wir noch bis in die letzten Tage hinein zu kämpfen hatten gegen die Zensur, den Belagerungszustand und die bedrückenden Maßnahmen, unter denen auch die Parteipresse in unerhörter Weise zu leiden hat. Die Kämpfe in der Partei hätten wohl eine andere Entwicklung genommen, wenn sie hätten frei ausgekämpft werden können. Gerade diejenigen, die sich gegen den Krieg in ganz unzweideutiger und scharfer Weise wenden, haben natürlich weit mehr darunter zu leiden. (Teilweise Zustimmung und starker Widerspruch.) Es unterliegt gar keinem Zweifel, daß die einzelnen Mitglieder der unabhängigen Sozialdemokratie viel schärfer unter den militärischen Maßnahmen und besonders durch Einziehungen zum Militärdienst gelitten haben als wir. (Lebhafter Widerspruch, Zuruf: Schlechter Witz!) Nein, das ist kein schlechter Witz. Die Militärbehörde geht in rücksichtslosester Weise — das haben erst wieder die jüngsten Verhandlungen im Reichstage bewiesen — gegen diejenigen vor, die den Kampf in der entschiedensten Weise gegen den Krieg führen. (Erneuter Widerspruch.) Ich und wir alle haben die Zersplitterung nicht gewünscht. Wer sie verursacht hat, will ich nicht untersuchen, ich glaube, wir sind dazu auch nicht imstande, weil stets ein einseitiges Bild herauskommt. Meine Ansichten über die Wirkungen der Spaltung der Partei weichen von denen von Ebert ab. Er spricht von 58 Wahlkreisen und 21 kleinen Ortschaften, die bisher ausgeschieden sind. Damit ist doch die Zersplittrung nicht beendet, sie geht täglich weiter. (Zuruf: Leider!) Ich habe die Ueberzeugung, daß, wenn der Krieg noch längere Zeit dortdauert, es noch weitergeht und selbst über diese Zeit hinaus. Selbst die Angabe von Braun, daß in letzter Zeit eine gewisse Besserung eingetreten ist in bezug auf die Presse, kann uns wenig trösten, ich bin überzeugt, in nächster Zeit wird wieder das Gegenteil eintreten. Ich kann dem Stand der Organisation nicht die rosige Seite abgewinnen, er ist in geradezu trostlosem Zustande. Bei den gewaltigen wirtschaftlichen Kämpfen, die in Zukunft kommen, werden wir die mächtige Waffe der Organisation leider entbehren müssen. Wenn auch an den wirtschaftlichen Kämpfen die Partei nicht unmittelbar beteiligt ist, so dürfen wir doch den großen moralischen Einfluß einer starken Sozialdemokratie nicht außer acht lassen. (Bauer: Man zersplittert doch auch die Gewerkschaften!) Genosse Bauer, die Unabhängigen sollen das sein? (Zuruf: Sie sind es auch!) So etwas ist sehr leicht auszusprechen. Wie weit die Parteimehrheit, ja selbst bis in die Generalkommission hinein, wenn auch nicht direkt, so doch indirekt eine Verantwortung dafür trifft, will ich nicht untersuchen. (Zuruf: Warum nicht?) Weil mir die Zeit fehlt. Dann hätten Sie der Gegenseite unbeschränkte Redezeit einräumen müssen. (Zuruf: Ihr habt doch erst eine Konferenz gehabt!) Man kann mir nicht die Meinung nehmen, das zwar nicht direkt, aber indirekt einflußreiche

Personen selbst bis in die Generalkommission hinein — ob sie es gewollt haben oder nicht, kann ich nicht untersuchen, ich will ihnen nicht böse Absichten unterstellen — durch ihre Haltung zu dieser Entwicklung beigetragen haben.

Die Preßverhältnisse hat Braun fast harmlos dargestellt, er sagt, der Parteivorstand habe den einzelnen Redaktionen in ihrer politischen Stellungnahme den größten Spielraum gelassen. Ob das der Parteitag in seiner Mehrheit wirklich so auffaßt, muß ich ernsthaft bezweifeln. (Otto Braun: Warten Sie es doch ab!) Wir kennen ja den Einfluß der Redakteure. Ich habe sehr oft die Ueberzeugung gewonnen, daß Redakteure, die dem Blatt ihre politische Ansicht aufdrängen, der Partei nicht immer nützen, sondern die Parteibewegung am Orte oft sehr geschädigt haben. (Sehr richtig!) Wenn man heute in diesem Sinne und morgen im entgegengesetzten Sinne die Zeitung redigiert, dann muß das natürlich bei den Parteigenossen tiefe Erbitterung, Empörung und schließlich Desorganisation herbeiführen. Insofern, sage ich wieder, sind die Maßnahmen des Parteivorstandes in einzelnen Fällen nicht geeignet, versöhnlich zwischen den verschiedenen Richtungen zu wirken, sondern sie mußten das Gegenteil hervorrufen. Wie man gegen einzelne Personen vorgeht, wie man die Umrangierung oder sagen wir mal die Umänderung in den einzelnen Redaktionen vollzogen hat, das muß doch auch die schärfste Mißbilligung hervorrufen. Ich erinnere nur an die „Gleichheit" und an die „Neue Zeit". Genossin Zetkin und Genosse Kautsky sind plötzlich auf Knall und Fall entlassen worden. (Lebhafter Widerspruch.) Der Parteivorstand hat gewiß sehr bestimmte, wenn auch nur geschäftliche Absichten dabei gehabt, aber vergessen wir nicht, Kautsky hat die „Neue Zeit" gegründet, er hat sie 35 Jahre lang geleitet, sie war sein Lebenswerk, und deshalb kann ich mich mit seiner Entlassung nicht einverstanden erklären, sondern muß schärfsten Widerspruch dagegen erheben. (Lebhaftes Oho!) Würde ein bürgerlicher Verleger so verfahren, so würden wir alle empört darüber sein. (Widerspruch.) Wenn nach Gotha, nachdem die Trennung unzweifelhaft vollzogen war, die Entlassung erfolgt wäre, dann hätte ich das verstehen können. (Zuruf: Aha!) Aber nachher hat man noch Monate verstreichen lassen, und dann erfolgte plötzlich die Entlassung auf Knall und Fall. Man wirft Kautsky vor, er habe mit der Bewegung und dem Parteileben nicht genügend Fühlung, er sei intolerant gewesen, er habe die Meinungsfreiheit unterdrückt. Ich brauche Kautsky nicht in Schutz zu nehmen, das muß er selbst tun, aber der Umstand, daß die alte Redaktion den dem Parteivorstand zur Verfügung gestellten Artikel von Adolf Braun aufnehmen wollte, während die neue Redaktion ihn abgelehnt hat, ist doch ein Beweis dafür, daß die neue Redaktion auch nicht tolerant ist. (Ebert: Die Darstellung ist ja ganz falsch!) Wir sehen, daß die neue Redaktion in bezug auf Toleranz auch Fehler macht.

Dr. Adolf Braun-Nürnberg: Bevor ich mich zur Begründung unserer Anträge wende, ein Wort zu den Ausführungen von Hüttmann. Ich wollte mich selbstverständlich nicht in die Angelegenheit der „Neuen Zeit" mischen, weil mir nichts ferner liegt als das Persönliche und weil ich mit Kautsky viel zu sehr befreundet bin seit meinem siebzehnten Lebensjahre, als daß ich mich für objektiv halten könnte, dem Parteitag meine Meinung aufzudrängen. Aber in dem Fall liegt es so, daß Cunow ausdrücklich erklärt hat, daß dieser Artikel nicht aufgenommen wird und nicht aufgenommen werden kann. (Widerspruch von Ebert.) Ebert ist nicht genau unterrichtet. (Ebert: Ich bin sehr genau unterrichtet!) Die Briefe sind zur Stelle, ich habe sie Hüttmann gegeben, er wird so freundlich sein, sie mir zu reichen, und dann werde ich die Stelle verlesen. Im übrigen hat Dietz mir noch eine Depesche geschickt, worin nur die zwei Worte standen: „Artikel abgelehnt."

Cunow schreibt mir am 1. Oktober:

„Wie Sie wohl gehört haben werden, habe ich die Redaktion der „Neuen Zeit" übernommen und hoffe, daß Sie auch ferner an dieser Wochenschrift unserer Partei mitarbeiten werden. Auch würde es mir lieb sein, wenn Sie weiter einen Teil der einlaufenden Bücher besprechen wollten. In welchem Sinne ich die „Neue Zeit" halten möchte, habe ich im Einführungsartikel der Nr. 1 näher dargelegt.

Leider habe ich, da der Redaktionswechsel sich in aller Eile vollzogen hat, nicht gewußt, daß schon ein Artikel aus Ihrer Feder über den Würzburger Parteitag im Satz stand. Ich hatte daher bereits einen Artikel über dieses Thema von einem anderen Mitarbeiter erbeten und in Händen. (Hört! hört!) Zwei Artikel hintereinander über das gleiche Thema kann natürlich die „Neue Zeit" nicht bringen."

(Zuruf: Na also!) Die „Neue Zeit" hat über die verschiedensten Gegenstände bereits zwei Reihe von Artikeln gebracht.

„Ich muß Sie daher bitten, mir zu gestatten, Ihnen Ihren Artikel zur Verfügung stellen zu dürfen. Vielleicht haben Sie dafür andere Verwendung. Selbstverständlich werde ich Dietz ersuchen, Ihnen dafür Honorar anzuweisen. Künftig werden solche Vorkommnisse ausgeschlossen sein."

(Zuruf: Das kann man doch nicht als Tendenz auslegen!) Sie werden alle Briefe kennen lernen. Ich glaube keine Veranlassung zu geben, daß Sie mir so das Reden erschweren. Ich schrieb am 3. Oktober:

„Ich glaube, Sie behandeln die Angelegenheit meines Parteitagartikels nicht, wie ich es zu beanspruchen habe. Damit, daß Sie den Verlag veranlassen wollen, mir den Artikel zu honorieren, kann doch diese Angelegenheit nicht erledigt werden. Ich empfinde diese Ordnung als die Erledigung einer Ihnen unbequemen Nebensächlichkeit und als eine nebensächliche Behandlung einer für mich als Parteigenossen und Schriftsteller sehr wichtigen Sache. Sie erledigen den Fall wie ein Verleger, der dem Pennyalinear den Bettel hinwirft, für eine nicht aufgenommene Notiz über einen Straßenbahnunfall. Ich muß nach Ihrem Briefe annehmen, daß Sie meinen, daß ich, ein überbeschäftigter Mann, den Artikel für die „Neue Zeit" geschrieben habe, um 30 oder 40 Mk. Honorar zu erhalten. Diese Auffassung empfinde ich höchst unerfreulich. Ich lehne auch die von Ihnen vorgeschlagene Erledigung ab.

Frei von allen Illusionen halte ich doch die Veröffentlichung meines Artikels in der „Neuen Zeit", die mir ausdrücklich zugesagt war, für wichtig und für notwendig. Ich sehe gar keinen Anlaß, warum Sie meine älteren Rechte mißachten und mir das Angebot einer Entschädigung für die Nichtveröffentlichung machen, statt dieses Angebot dem Genossen zu machen, bei dem Sie den Artikel bestellt haben.

Ich lege den größten Wert darauf, daß mein Artikel in der „Neuen Zeit" erscheint, und ich sehe nicht den geringsten Anlaß für mich und auch nicht für die Partei, von diesem Anspruch abzugehen. Mit bestem Gruß Ihr."

Darauf hat Cunow mir geschrieben:

„Ihren Brief vom 3. d. M. habe ich erhalten, begreife aber Ihre Entrüstung nicht, denn weder bin ich Ihrer literarischen Ehre noch Ihrer Ehre als Parteigenosse zu nahe getreten. Es mag Ihnen der Redaktionswechsel der „Neuen Zeit" unsympathisch sein, doch bietet diese persönliche Verstimmung keinen Anlaß, einen derartigen Ton anzuschlagen. Aber ich möchte nicht in gleicher Weise antworten. Wie ich schon geschrieben habe, war ich gezwungen, in wenigen Tagen Stoff für die Nr. 1 der „Neuen Zeit" zu be-

schaffen und habe daher einen Artikel über den Parteitag bestellt und in Satz gegeben, ohne zu wissen, daß von der früheren Redaktion schon ein ähnlicher Artikel aus Ihrer Feder akzeptiert und nach Stuttgart gesandt war. Erst aus den Abzügen ersah ich hinterher, daß bereits ein Artikel über den Parteitag vorlag. Um nun Ihren Artikel nicht veralten zu lassen, sondern Ihnen Gelegenheit zu geben, ihn noch vor Beginn der Würzburger Tagung anderswo zu veröffentlichen, habe ich Sie dann unter Darlegung des Sachverhalts gebeten, Ihnen den Artikel zurückstellen zu dürfen, indem ich hinzufügte, daß Ihre Honoraransprüche an den Verlag durchaus nicht berührt werden. Die Verpflichtung, alle von der früheren Redaktion akzeptierten Artikel einfach abzudrucken, kann ich nicht anerkennen.

(Hört! hört! und Sehr richtig!)

In diesem Fall handelt es sich hier doch gar nicht um eine Ablehnung, sondern um ein durch die Plötzlichkeit der Redaktionsübernahme, nicht durch meine Schuld herbeigeführtes Mißgeschick. Um nicht inzwischen weitere Zeit verstreichen zu lassen und Ihnen die anderweitige Verwendung des Artikels freizuhalten, lege ich den von Stuttgart erhaltenen Abzug bei."

Ich habe darauf geantwortet:

„In meinem letzten Briefe habe ich mich in keiner Weise über den Redaktionswechsel geäußert und auch keiner persönlichen Verstimmung Ausdruck gegeben, wohl aber meinem Erstaunen, daß die neue Redaktion einen sich um die Einigung der Partei bemühenden Artikel abgelehnt hat, obgleich sowohl in Nr. 1 wie Nr. 2 der „Neuen Zeit" die Möglichkeit der Veröffentlichung dieses Beitrags gegeben war.

Ich habe es überaus peinlich empfunden und dem auch Ausdruck gegeben, daß Sie meine Absicht, diesen Artikel in der „Neuen Zeit" zu veröffentlichen, lediglich als eine Geldangelegenheit zu betrachten beliebten. Ich sehe in der Nichtveröffentlichung meines Artikels einen Widerspruch Ihres Programmartikels, der für die Mitarbeit der „Neuen Zeit" nicht die Voraussetzung aufgestellt hat, daß man mit dem Redakteur einer Meinung zu sein habe.

Ich bedauere es auf das lebhafteste, daß mir für meinen im Interesse der Einigung der Partei geschriebenen Artikel der Raum der „Neuen Zeit" versperrt wurde."

Es ist mir sehr peinlich gewesen, diese Angelegenheit zu behandeln, und ich möchte Sie bitten, meine weiteren Ausführungen ohne jeden Zusammenhang damit zu betrachten. (Vorsitzender Auer: Der Parteitag ist wohl damit einverstanden, wenn die Verlesung der Briefe nicht in die Redezeit eingerechnet wird. — Zustimmung.) Dieser versöhnliche Ton des Vorsitzenden wird, glaube ich, unseren Verhandlungen ein gutes Prognostikum sein. Gefühl und Verstand, ökonomische Erwägungen, Erkenntnis der Gegensätze in der Gesellschaft und Ausblick in die Zukunft, all die gewaltigen Erscheinungen, die sich in der Evolution der kapitalistischen Produktionsweise während des Krieges gezeigt haben mit allen Wirkungen auf die Arbeiterklasse, die wir heute ahnen und mit ungeheurer Gewalt nach dem Kriege empfinden werden, müssen uns trotz aller Enttäuschungen veranlassen, für die Einigung zu wirken. In einem auffallend guten Artikel des „Vorwärts" wurde vor wenigen Wochen die Frage der Einigung klug und sachlich behandelt. Dort wurde gesagt, daß die Mehrheit auf ihrem Standpunkt stehen und ihren Standpunkt vertreten müsse, aber daß auch die Unabhängigen, wenn sie Unabhängige bleiben wollten, keine andere Politik machen könnten, als sie machen. So sehr mir dieser Artikel gefallen hat, ich hätte das in dieser Form nicht geschrieben, denn bei

den Unabhängigen wird sehr viel gesagt, was von ihrem Standpunkt aus gar nicht notwendig wäre. (Zustimmung.) Es geschieht das nur, um gegenseitige Erbitterung zu erzeugen. Ich werde mir, was die Unabhängigen betrifft, außerordentliche Zurückhaltung auferlegen, so sehr es mich reizen würde, den Ton der „Leipziger Volkszeitung" zu behandeln und die Art, wie sie den Parteistreit behandelt und wie sie persönliche Angriffe vorbringt, wie sie auch die unpassendste Angelegenheit nicht vorübergehen läßt, ohne in despektierlicher Weise von „Regierungssozialisten" zu reden. Ich muß das unterlassen, weil der Chefredakteur der „Leipziger Volkszeitung" in diesem Saale ist, aber nicht antworten kann. Ich weiß aber auch, daß es Zeitungen der Mehrheit gibt, wenn es erfreulicherweise auch nur wenige sind und immer weniger geworden sind, die von den Unabhängigen als von Anarcho-Sozialisten sprechen. Dadurch ist noch keiner überzeugt worden, daß man den Gegner verhöhnt und beschimpft. (Sehr richtig!) Gerade die sozialdemokratische Partei vermag nur dadurch Anhänger zu gewinnen, daß sie sachlich überzeugt und den anderen zeigt, daß man auf dem richtigen Wege ist. Wenn man täglich 200 mal das Wort von den „Regierungssozialisten" liest, so stumpft das ab, genau so wie die längere Dauer des Krieges das Geschimpfe auf die Feinde wirkungslos gemacht hatte. Die Notwendigkeit der Einigung wird sich im Kampfe mit den besitzenden Klassen aufdrängen bei jeder Gelegenheit, bei jeder Auseinandersetzung über die künftige Gestaltung Deutschlands, über die Regelung unserer finanziellen Verhältnisse und so fort. Mit dem Ton der Parteipresse wird nichts erreicht. So bitter es für mich ist und so sehr es mich schmerzt, ich muß leider sagen, daß die Parteipresse heute nicht mehr der Ausdruck der Stimmung in der Partei wie im Frieden ist. (Sehr richtig!) Wenn wir Parteiredakteure selbst kritisch gegen uns sind, müssen wir uns zugestehen, daß wir gar nicht mehr der richtige Ausdruck der parteigenössischen Stimmungen sein können. Vor dem Kriege war ich fast jeden Abend im Kreise der Parteigenossen, in Sitzungen, Versammlungen usw. Dafür gibt es heute fast gar keine Gelegenheit. Wir sind durch den Krieg in eine gewisse Zwangshaft gebracht worden, wir müssen die Einwirkung der Partei und der Parteigenossen in viel stärkerem Maße entbehren, als es früher der Fall war. Mit wem kommen wir heute zusammen? Mit einigen wenigen Parteigenossen, die meist in Aemtern sitzen, mit älteren Leuten, die reklamiert sind und seit vielen Jahren nicht mehr der eigentlichen kämpfenden Garde angehören. Die große Masse der Arbeiter und Arbeiterinnen kann heute am Parteileben nicht mehr wie früher teilnehmen und so bildet sich in der Sozialdemokratie eine „öffentliche Meinung", die mit der wahren Stimmung der Arbeiter nicht zusammenfällt. (Zustimmung.) Kommt man aber einmal mit den Arbeitern zusammen, trifft man den richtigen Ton in großen Versammlungen, so sieht man, daß der Wunsch nach Einigung in hohem Maße vorhanden ist. Wir entscheiden aber und können nicht anders entscheiden, als nach der Stimmung der Zeitungen und der wenigen im Vordergrund stehenden Parteigenossen. (Zustimmung.) Diese haben sich aber zum größten Teil in ihren Anschauungen festgelegt und können nicht mehr zurück. Ganz isoliert ist natürlich die Presse nicht, wir leben auf keiner Insel. Daher können wir auch an der Presse ein starkes Abflauen des Parteistreites beobachten, bei den Unabhängigen freilich viel weniger als bei uns. Mit Recht hat der „Vorwärts" in dem angezogenen Artikel gesagt, die Unabhängigen würden gar keine Existenzberechtigung haben, wenn sie nicht auf uns schimpfen würden. (Heiterkeit und Zustimmung.) Deshalb schimpfen sie alle Tage und es vergeht keine Stunde, in der sie nicht gescheiter sind als wir. Wir wissen aus der parlamentarischen Praxis auch der Sozialdemokratie, daß die linksstehenden Parteien immer das Bedürfnis haben, radikaler zu sein als die

neben ihr sitzende Partei. (Sehr richtig!) Daß das kluge Politik wäre, kann ich nicht zugeben. (Sehr richtig!) Es ist vielmehr eine oft mißbrauchte Schablone, mit der man am Ende doch nichts erreicht. (Sehr richtig!) Das beweisen manche Abstimmungen im Reichstage, die für ganz besonders gescheite Leute, die in der Dialektik bewandert sein mögen, vielleicht verständlich sind, die aber von der großen Masse der Arbeiter, auch von den Massen, die die unabhängige Presse lesen, niemals verstanden werden. (Sehr richtig! — Zuruf: Politische Zensur!) Ich glaube, daß es auch unter den Unabhängigen viele Leute gibt, die des Parteistreites müde sind und nur den Weg zur Einigung nicht finden. (Sehr richtig!) Es wäre natürlich wenig vornehm von mir, würde ich Namen nennen. Aber bei meinem auf eigene Faust unternommenen Versuch, zu einer Einigung zu kommen, bin ich eine Art Mittelpunkt für diese Bestrebungen geworden und habe viele Briefe bekommen, die mich in meinen Bemühungen nur bestärkt haben. Unter diesen Briefschreibern gibt es sehr radikale Leute, die einfach sagen: Wir müssen jetzt bei den Unabhängigen mitmachen, aber Sie, Braun, haben vollständig recht und dürfen nicht locker lassen.

Noch ein ganz persönliches Wort. Wenn ich für die Einigung eingetreten bin, obwohl jeder weiß, auf welchem Standpunkt in der Partei ich stehe, so ist das zum Teil eine Schuld meines Lebens. Als ganz grüner Junge bin ich in den siebziger Jahren in die Partei eingetreten, als die Erinnerung an den großen Parteistreit in Deutschland den Genossen noch in den Ohren klang und als die alten Genossen uns von den Dingen erzählten, erfüllt von dem stolzen Gefühl, daß die deutsche Sozialdemokratie, schon damals das Muster für die sozialdemokratischen Parteien aller Länder, zur Einigung gelangt war. Für uns in Oesterreich hatte das eine ganz besondere Bedeutung, denn wir waren noch zerrissen und hatten zu kämpfen gegen die sogenannten Radikalen, die in Wirklichkeit Anarchisten waren und den Kampf viel schärfer führten als z. B. heute die Unabhängigen. Unter meinen alten Papieren habe ich noch kürzlich ein ganz kleines Flugblatt entdeckt, vier Seiten stark und in acht verschiedenen Schriften in irgendeiner Geheimdruckerei gedruckt, in dem gesagt wird, daß ich tatsächlich silberne Löffel gestohlen hätte. (Heiterkeit.) Dann kam ich als Student nach der Schweiz und auch dorthin wurden von Most und Peukert die inneren Kämpfe in die Arbeiterbewegung getragen. Immer habe ich die Spaltung als das schwerste Unglück für die Partei empfunden und so ist es begreiflich, daß ein Mann, der von frühester Jugend an den Parteistreit kennen gelernt und als Knappe Victor Adlers in Wien als zweiter Redakteur der Wiener „Gleichheit" an der Einigung in Oesterreich mitgearbeitet hat, es als eine Lüge seines Lebens empfinden würde, wenn er nicht alles für die Einheit der Partei täte. Das ist der Grund für meine Zähigkeit und dafür, weshalb ich es bei aller sonstigen Zurückhaltung für notwendig gehalten habe, in diesem Sinne zu wirken. Alle sozialdemokratischen Parteien der Welt und alle bürgerlichen Parteien Deutschlands haben durch den Krieg auf das schwerste gelitten. Sie sind alle zermürbt und gespalten, wenn sie es auch nicht mit dieser Offenherzigkeit zugeben und ihre Kämpfe nicht auf der Straße ausfechten. (Sehr richtig!) Wir sind überzeugt, daß hinter diesen Kämpfen große wirtschaftliche Ursachen stehen. Aber wir sollten niemals vergessen, daß in einem Kriege ideologische Mächte einwirken. Die nationale Idee, die sonst ganz zurückgedrängt ist, übt jetzt ihre Wirkung aus. Wenn der Krieg einmal zu Ende sein wird, dann wird der ideologische Mantel wegfallen und wir werden das grausige ökonomische Bild in voller Reinheit vor uns sehen. (Zustimmung.) Dann werden wir sehen, daß der Krieg auf die Kapitalisten ganz anders gewirkt hat als auf die Arbeiter. Wir müssen uns auch klar darüber werden, daß heute der Munitionsarbeiter über den Krieg, die Partei und die

Gewerkschaften ganz anders denkt als er nach dem Kriege denken wird, wenn die Kriegsarbeit aufgehört hat und wenn er mit ganz anderen Schwierigkeiten, bei ganz anderen Löhnen und bei einer viel geringeren Nachgiebigkeit des Unternehmertums wird arbeiten müssen. Dieser Krieg wird für Deutschlands wirtschaftliche Zukunft von ungeheurer Bedeutung sein. Die Reichsmark hat nur den halben Wert im Ausland und wir müssen daher unsere Rohstoffe doppelt so teuer einkaufen. Dazu kommen die Schwierigkeiten für uns auf dem Weltmarkt, die Belastung unseres Volkes mit Steuern, von denen wir heute uns gar keine Vorstellung machen können und vieles andere mehr. Der Bedarf an Industrieprodukten in unserem Lande wird zurückgehen, der innere und äußere Markt wird auf das Notwendigste reduziert und damit die Arbeitsgelegenheit schwer beeinträchtigt werden. Die Wirtschaftslage wird die Arbeiter zwingen, den Streit von heute zu vergessen, er wird sie zusammenschließen gegen alle Mächte, die die Wirtschaftslage zuungunsten der Arbeiter ausnutzen wollen. (Zustimmung.) Einer der größten deutschen Unternehmer hat am Ende des zweiten Kriegsjahres gesagt, daß in den bis dahin vergangenen zwei Jahren die deutsche Großindustrie mächtigere Fortschritte gemacht habe als sonst in 30 Jahren. (Sehr richtig!) Diese Fortschritte bedeuten eine gesteigerte Macht des Kapitalismus und damit die Anhäufung gewaltiger Schwierigkeiten für die Arbeiterklasse. Die Zeit nach dem Kriege wird die Arbeiter in einer Weise radikalisieren, daß die Radikalsten von uns und von den Unabhängigen dann vielleicht nicht mehr mitkommen werden. Die, die mich heute beschimpfen, daß ich zu radikal sei, werden mich zwei Jahre nach dem Kriege einen Leisetreter nennen. Wir gehen den schwersten wirtschaftlichen Kämpfen entgegen. Die Arbeiter werden weitgehende Forderungen an die Gewerkschaften stellen. Soweit die Parteitätigkeit eine Ergänzung der gewerkschaftlichen Arbeit ist, werden nach dem Kriege die Arbeiter nach dieser Ergänzung schreien. Wir müssen deshalb dafür sorgen, daß wir nach dem Kriege zur konzentriertesten Macht des Proletariats gelangen. Alles, was uns heute trennt, wird uns dann nicht mehr trennen, stärkere Mächte werden uns zusammenschweißen, ob wir wollen oder nicht. Auf diesem Parteitag sollen wir dem künftigen Willen und den starken Wünschen der Arbeitermassen Ausdruck geben. Das tun wir am besten, wenn wir, ohne uns Illusionen über Erfolge in der nächsten Zeit hinzugeben, doch die Hoffnung ausdrücken, daß wir zum Frieden in der Partei kommen. Diesen Frieden vorzubereiten, sei es durch Wahl eines Ausschusses, sei es auf andere Weise, ist eine Pflicht dieses Parteitages. (Beifall.)

Springer-Amberg: Den stärksten Beifall in den Versammlungen der Genossen finden die Redner immer dann, wenn sie die Notwendigkeit der Einigung betonen. Das hat Landsberg erst gestern in Nürnberg erfahren. Obwohl jeder weiß, wie weit rechts Landsberg steht (Landsberg: Na na!), setzte doch der größte Beifall ein, als Landsberg sagte, er hoffe, bald wieder mit Simon gemeinsam kämpfen zu können. Jetzt sind wir zwei Parteien. Wie oft hat es, als wir noch beisammen waren, geheißen: Immer raus, was nicht mit uns geht. (Widerspruch.) Immer ist gesagt worden, daß, wer Sonderbündelei treiben will, dies gefälligst draußen machen möge. (Sehr richtig!) Sonderbündelei ist aber immer vorher schon von rechts und links getrieben worden, man hat sie stillschweigend geduldet. Wäre es nicht viel besser, wir würden, weil Millionen nicht einer Meinung sein können, den illegalen Zustand legalisieren? (Lachen.) Das will der Antrag Amberg. Er will ein Zusammenarbeiten der verschiedenen Gruppen auf föderativer Grundlage erreichen. Damit wird auch die unentbehrliche Einigkeit der Partei erhalten. (Widerspruch.) Ich will dem Parteivorstand keinen Vorwurf machen, es war doch ganz erklärlich,

daß er eine bestimmte Richtung begünstigte. Wir haben es als eine Schande empfunden, daß Liebknecht von der Partei im Stich gelassen wurde. (Widerspruch.) Bei den Massen ist dieser Eindruck vorhanden. (Widerspruch.) Der Parteivorstand ist nicht immer objektiv gewesen, er wird sich nicht selbst anklagen, deshalb sollten wir auch jetzt seine Ausführungen kritisch bewerten. Geht die Wirtschaft so weiter, dann gelangen wir auf einen toten Punkt. Wir dürfen nicht zur Schleppenträgerin der bürgerlichen Parteien werden. (Unruhe.) Die größte Sorge ist nicht, zu verhindern, daß die Arbeiter zu den Unabhängigen gehen, sondern daß sie indifferent werden. Eine Partei, die die Schleppenträgerin der bürgerlichen Parteien ist, zieht die Arbeiter nicht an. (Zurufe.) Wollen Sie bestreiten, daß einer solche Verbindung in dem Mittelblock vorhanden ist? Mir wäre es viel lieber, wir könnten mit den Unabhängigen einen Block schließen. (Zuruf: Die gehen mit den Konservativen! — Zustimmung.)

Bromme-Lübeck: Wenn man sich zur Bekämpfung der Partei durch die Unabhängigen ins Gedächtnis zurückruft, ist es gewiß nicht leicht, einen Einigungsantrag zu begründen, wie mir die Aufgabe zuteil geworden ist. Es ist auch hier wie im Kriege. Zerstören ist leicht, das Wiederaufbauen geht langsamer von statten und wird viel Mühe erfordern. Unser Antrag 4 von Lübeck ist übrigens von zwei unabhängig gesinnten Genossen gestellt worden. Ich habe den Genossen damals schon gesagt, daß sie bei ihren Gesinnungsfreunden wenig Entgegenkommen finden würden. Meine Vermutung, daß die Unabhängigen von einer Einigung nichts wissen wollen, trifft bekanntlich zu. In der „Leipziger Volkszeitung" hat uns Franz Mehring mit einem Leichnam verglichen. Abgesehen von der Geschmacklosigkeit dieses Vergleichs müßte auch Mehring wissen, daß ein Leichnam nicht in der Lage wäre, „Versöhnungsschalmeien" zu blasen (große Heiterkeit), wie Mehring damals seinen Artikel überschrieben hatte. Wenn die Unabhängigen uns mit einem Leichnam vergleichen, so könnten wir ihre Schöpfung mit einem totgeborenen Kind vergleichen. (Sehr gut!) Lediglich die Einsicht, daß nur eine geschlossene Phalanx Macht auszuüben in der Lage ist, nicht aber ein zersplitterter Haufen, veranlaßte die Lübecker Genossen, dem Parteitag ihren Antrag zu unterbreiten. Im Hinblick auf die wirtschaftlichen und politischen Kämpfe, die uns in Zukunft bevorstehen, bitte ich Sie, die Einigungsanträge anzunehmen. Vergessen wir die Beleidigungen durch die feindlichen Brüder. Wenn man die Auseinandersetzungen im „Volksstaat" und im „Neuen Sozialdemokraten" (anfangs der 70er Jahre) vergleicht mit dem Ton, der heute in der „Leipziger Volkszeitung" und anderen unabhängigen Organen angeschlagen wird, so trifft auch hier das Wort des alten Jenaer Studentenliedes zu: „Einst alles wie heut". Aber die deutsche Sozialdemokratie hat sich 1875 nach einem ebenso wüsten Bruderkampf wie er in diesen Jahren tobt, für vierzig Jahre zu einigen verstanden. Und so wird das auch in Zukunft wieder geschehen müssen. Die Massen verlangen die Einigung, die Feldgrauen verlangen sie ebenfalls. Unsere Hauskassierer werden fortgesetzt beim Beitragsammeln mit Vorwürfen überschüttet, daß man sich gegenseitig herunterreißt und daß es zur Spaltung gekommen ist. Die Arbeiter wünschen, daß alles versucht wird, die Arbeiterschaft wieder zusammenzubringen. Reichen wir deshalb die Hand zur Versöhnung. Wird sie zurückgewiesen, so trifft nicht uns die Schuld, sondern dann fällt die Verantwortung auf jene, die von einer Einigung nichts wissen wollen. (Sehr gut!)

Sollmann-Köln: Wenn auch wir im Rheinland Einigungsanträge gestellt haben, so sind wir doch nicht blind, gegen die unleugbar großen Ausschreitungen, die von den Unabhängigen uns gegenüber begangen worden sind. Man hat

gesagt, daß die Unabhängigen mehr unter den Schrecken des Militarismus zu leiden hätten als wir. Ich weiß nicht, ob es richtig ist. Wäre es aber richtig, so wäre es die Pflicht der Unabhängigen, ihren Hauptstoß gegen die Regierung, gegen den Militarismus zu richten. (Sehr wahr!) Aber leider spürt man dort von einem Kampf gegen die Regierung und gegen unsere eigentlichen Feinde sehr wenig. (Sehr richtig!) Das festzustellen ist ein Gebot der Wahrheit. Man wirft uns vor, daß wir die Grundsätze der Partei verlassen hätten. Um so mehr hätten die Unabhängigen Anlaß, den Kampf gegen uns nach sachlichen Grundsätzen und nicht mit persönlicher Gehässigkeit zu führen. Nach den Auseinandersetzungen, die ich mit den Unabhängigen zu führen hatte, habe ich das Gefühl, daß ein erheblicher Teil dieser Leute von dem Standpunkt ausgeht, daß jeder, der nicht ihrer Meinung ist, zu den schlechten Kerlen gehört. Das muß natürlich die Einigung erschweren. Trotz alledem sollten wir die Bemühungen, zur Einigkeit zu kommen, nicht aufgeben. Ich muß bestreiten, daß das richtig ist, was Winnig in der „Glocke" zu unserem Antrag geschrieben hat, daß beide Richtungen von verschiedenem politischen Wollen getragen seien und sich deshalb nicht einigen könnten. Ich bestreite, daß in jeder der Parteien schon ein einheitliches politisches Wollen vorhanden ist. Sowohl bei uns wie bei den Unabhängigen gibt es Elemente, die nach dem Kriege wieder auseinanderstreben werden. Daher glaube ich, daß für einen erheblichen Teil eine Einigung auf mittlerer Linie möglich ist. Nichts ist unsicherer als die politische und wirtschaftliche Lage in Deutschland; wir können gar nicht wissen, welche Wirkung sie auf uns ausüben wird, wie wir gezwungen werden, unsere Taktik zu ändern. Wenn wir aber überhaupt die Möglichkeit einer künftigen Einigung ins Auge fassen — ich bin nicht Optimist genug, um zu glauben, daß wir jetzt schon zur Einigung kommen werden —, so muß man doch jetzt schon die Psychologie der Masse studieren. Es ist ein Irrtum, wenn man glaubt, die Gegensätze lägen bei den Massen so tief wie bei den Führern. (Sehr richtig!) Die Leute, die in der Werkstatt nebeneinander stehen, empfinden nicht diesen persönlichen Haß und kümmern sich auch gar nicht soviel um den Parteistreit wie die Genossen, die die Zeitungen und Zeitschriften mit diesen Geschichten vollschreiben. Auf die Form, die der Kölner Antrag gefunden hat, lege ich nicht das Hauptgewicht, aber er enthält doch einen großen Kern Wahrheit. Das hat wieder der Fall Braun-Cunow bewiesen. Wir verlangen nämlich in unserem Antrag, daß die Einigungsbestrebungen letzten Endes nicht geführt werden sollen von den Genossen, die sich nun einmal in die Gegensätze verbissen haben. Für die Richtigkeit dieses Verlangens scheint mir gerade der Fall Braun-Cunow zu sprechen. Ich stehe sowohl Cunow wie Braun ganz objektiv gegenüber, aber was hier vorgetragen worden ist, hat mich nicht überzeugt, daß es notwendig gewesen wäre, den wirklich guten Artikel des Genossen Braun für die „Neue Zeit" abzulehnen. Trotz des Papiermangels hätten wohl beide Artikel in der „Neuen Zeit" erscheinen können, und so hätte die „Neue Zeit" gleich in der ersten Nummer den Beweis liefern können, daß sie verschiedene Auffassungen zum Wort kommen läßt. (Sehr richtig!) Sonst werden immer neue Spaltpilze in die Partei hineingetragen. Wir haben uns im Rheinland unausgesetzt bemüht, die Gegensätze innerhalb der Partei nicht zu vertiefen, sondern auszugleichen, und werden, was an uns liegt, alles tun, um dem deutschen Proletariat das furchtbare Unglück zu ersparen, beim nächsten großen Wahlkampf die sozialdemokratischen Parteien als Gegner gegeneinanderrennen zu sehen. (Sehr gut!)

Nun noch einige Worte zur Pressefrage im allgemeinen. Die Klagen über die geringe Entwicklung der sozialdemokratischen Presse datieren nicht

erst seit dem Kriege. Unsere Presse hat schon in den letzten Jahren vor dem Kriege stagniert, und hatte 1914 nicht mehr den hohen Stand, von 1912 erreichen können. Ich habe schon auf dem Parteitag in Jena den Standpunkt vertreten, daß unsere mangelnde Vorwärtsentwicklung zu einem erheblichen Teil ihren Grund nicht in den Verhältnissen findet, sondern in uns selbst, in dem Ungeschick, mit dem ein Teil unserer Zeitungen redigiert wird. Ein Beweis ist die Tatsache, daß, während wir im Laufe des Krieges große Verluste erlitten haben, die bürgerliche Presse in derselben Zeit Riesenfortschritte gemacht hat. Die bürgerlichen Zeitungen in Berlin allein haben wesentlich mehr Leser als die gesamte sozialdemokratische Presse. Das ist ein trauriger Zustand. Auf Grund der Kriegserfahrungen wiederhole ich, der Grund liegt darin, daß unsere Presse den praktischen Bedürfnissen und der Aufnahmefähigkeit ihrer Leser selbst viel zu wenig Rechnung trägt. Wir hätten auch während des Krieges trotz der Zensur in mancher Beziehung mehr leisten können, wenn wir der Stimmung der Masse besser Ausdruck gegeben hätten; insbesondere auf den Gebieten der Nahrungsmittelpolitik usw., die namentlich die Frauenwelt interessieren. Die hätten wir bedeutend kräftiger in unserer Presse unterstreichen können als es geschehen ist. Das politische Interesse und die politische Aufnahmefähigkeit der Massen wird von unserer Presse wesentlich überschätzt und andere Dinge werden unterschätzt. Wenn wir hunderttausende Leser verloren haben, so liegt auch ein wesentlicher Grund darin, daß wir allzulange große Spalten unserer Parteipresse mit dem verdammten Parteistreit gefüllt haben. (Sehr wahr!) Damit haben wir Tausende und aber Tausende unserer Leser abgeekelt. Die Genossen, die ihre literarische Betätigung immer wieder in dem Aufwärmen solcher Dinge suchen, glauben jedenfalls, daß bei den Massen dasselbe Interesse dafür vorhanden sei wie sie es haben. Das ist eine große Verkennung der Psychologie der Massen. (Sehr wahr!) Die Massenpsychologie müßte überhaupt von unserer Parteipresse mehr gepflegt werden. Ein erheblicher Teil unserer Verluste ist wohl auch darauf zurückzuführen, daß wir unsere Zeitungen nicht psychologisch abstufen auch nach dem Ort ihres Erscheinens. Wir glauben vielfach, daß ein Aufsatz, der in Berlin von einem der geschicktesten Journalisten verfaßt wird, in ganz Deutschland überall dasselbe Echo finden müßte; das trifft aber durchaus nicht zu. Die Zeitungen müssen lokal abgetönt, müssen bodenständig sein. Unsere Presse muß vielmehr auf die örtlichen, auf die kommunalpolitischen Eigenschaften Rücksicht nehmen. Die bürgerlichen Zeitungen, die uns an Abonnentenzahl so überlegen sind, erreichen das in der Hauptsache dadurch, daß sie sich den örtlichen Verhältnissen, unter denen sie erscheinen, anzupassen verstehen. Das bedeutet keine Verschwommenheit, keine Grundsatzlosigkeit. Man kann keine Zeitung im luftleeren Raum herstellen, sondern muß Rücksicht nehmen auf die Leser. (Die Redezeit ist abgelaufen.) Wenn ich Zeit gehabt hätte, hätte ich noch hingewiesen darauf, daß auch in geschäftlicher Beziehung an unseren großen Zeitungen außerordentlich viel zu verbessern ist. Die Zeitungsfrage ist in der Hauptsache eine geschäftliche Frage. (Sehr richtig!) Ich unterstreiche den Vorschlag, den Stampfer in dem natürlich nicht gelesenen „Mitteilungsblatt" des Vereins Arbeiterpresse gemacht hat, eine geschäftliche Zentrale für die Presse nach dem Kriege zu errichten. Der Ausbau unserer Presse gehört zu den wichtigsten Aufgaben der Partei in der nächsten Zukunft. (Bravo!)

Hierauf tritt die Mittagspause ein. Schluß 1 Uhr.

Nachmittagssitzung.

Auer eröffnet die Sitzung um 3 Uhr.

Die Debatte über den Bericht des Vorstandes und der Kontrollkommission mit den dazu vorliegenden Anträgen wird fortgesetzt.

Katenstein-Stralsund: Ich empfehle den Antrag 2. Vielleicht empfiehlt es sich allerdings eine besondere Kommission mit den Versuchen zur Verständigung zu betrauen, deren Mitglieder weniger in den bisherigen Streit verwickelt gewesen sind. Den nächsten praktischen Aussichten dieser Versuche stehe ich ohne Illusionen gegenüber. Ich glaube aber, solche Bemühungen werden dazu beitragen, für die Zukunft eine bessere Stimmung zu schaffen. Wenn man den Genossen Springer hört, dann sieht es allerdings so aus, als habe der heutige Parteitag über die Einigung zu beschließen, und als fehle es nur an dem guten Willen. In der Tat aber können wir doch einen Antrag auf Einigungsverhandlungen stellen, und es kommt darauf an, wie dieser Antrag auf der anderen Seite aufgenommen wird. Solange jedoch der Krieg fortdauert, scheint mir eine Aussicht auf Beseitigung der durch den Krieg hervorgerufenen Gegensätze nicht gegeben. Es ist doch in erster Linie und bei vielen Genossen ausschließlich die Stellungnahme zum Kriege, die Kreditbewilligung usw., was sie zur Absonderung geführt hat. Ich halte es für unmöglich, diese Gegensätze, die auf der innersten Ueberzeugung der Parteigenossen beruhen, nun durch irgendwelche noch so aufrichtig geführte Verhandlungen aus der Welt zu schaffen. Die Parteimehrheit hat ihre Stellung zu dieser Frage aus schwerwiegenden Gründen genommen und kann sie nicht aufgeben. So müssen wir es einer hoffentlich nicht zu fernen Zukunft überlassen, bis diese Gegensätze der gegenwärtigen, in weiterem Sinne der Tagespolitik, zurücktreten hinter den großen und dauernden gemeinsamen Aufgaben, die zweifellos in Zukunft die Arbeitermassen wieder zusammenführen werden. (Sehr richtig!) Ich sage, die Massen, denn ich glaube nicht und wünsche es nicht einmal, daß jeder einzelne, der sich losgelöst hat, nun zur alten Gemeinschaft wieder zurückkehrt. Es waren ja früher schon tiefe Gegensätze vorhanden, die nur ganz äußerlich überbrückt waren, und wo man so verschiedene Ziele verfolgt und so verschiedene Kampfmittel wählt, kann ein Zusammenarbeiten auf die Dauer nicht stattfinden. Das gilt aber nicht für die breiten Massen der Arbeiter, besonders für die, die unter dem Krieg und seinen Wirkungen am schwersten leiden müssen und darum durch ihre Existenznotwendigkeit zusammengezwungen sein werden. Unsere Stellung zum Kriege war wie gesagt notwendig. Unter schweren inneren Kämpfen ist es uns gelungen, diese Auffassung zu gewinnen, die unsere internationalen Grundsätze und unsere Stellung zu der eigenen Volksgemeinschaft ins rechte Verhältnis bringt. An unserer allgemeinen Haltung wird wenig auszusetzen sein, wenn auch zuzugeben ist, daß Fehler und Mißgriffe auf beiden Seiten vorgekommen sind und daß Unrecht auf beiden Seiten begangen ist. Das wird später überwunden werden.

In einem Punkte aber kann ich mit den heute vertretenen Auffassungen der Partei nicht übereinstimmen. In der Erklärung der Delegation für die Stockholmer Konferenz wird in Punkt 4 ff. die Frage des Selbstbestimmungsrechts der Nationen erörtert und es wird in sehr eingehenden Darlegungen für jedes einzelne Gebiet eine besondere Stellungnahme gewonnen. Es wird für einige nationale Autonomie verlangt, für gewisse Länder Selbstbestimmungsrecht, für andere Erleichterung, und für Elsaß-Lothringen wird dargelegt, daß es aus historischen, wirtschaft-

lichen und sonstigen Gründen bleiben müsse wie es ist. Diese eingehende spezialisierte Erörterung wäre besser durch die Erklärung zu ersetzen, daß die Sozialdemokratie heute wie früher auf dem Boden des Selbstbestimmungsrechts der Völker, der Nationalitäten steht. Wir sollten erklären, daß wir für jede Nationalität, sobald aus ihrer Mitte die Forderung gestellt wird, auch das Recht anerkennen, über ihre politische Zugehörigkeit selbst zu bestimmen. Die praktische Durchführung bietet bei gutem Willen keine Schwierigkeit. Es handelt sich heute aber darum, nicht bloß uns zu einem Grundsatz zu bekennen, der bis zum Kriege eine Selbstverständlichkeit war, sondern diese Stellungnahme hat auch eine große praktische Bedeutung. Die elsaß-lothringische Streitfrage ist heute unter den ideologischen diejenige, die allein einer Beilegung des Völkermordens im Wege steht. Der weitaus größte Teil der französischen Sozialisten steht doch auf dem Standpunkt, daß, sei es mit, sei es ohne Volksabstimmung, die Annexion von 1871 rückgängig gemacht werden müsse. Meine persönliche Ansicht ist wie die Ihrige, daß es für Elsaß-Lothrigen wirtschaftlich und geistig nützlich ist, wenn es als freies Gemeinwesen dem Deutschen Reiche angegliedert bleibt. Aber das zu entscheiden ist nicht unsere Sache, sondern die Sache des elsaß-lothringischen Volkes selber. Wir müssen für diesen Volksteil ebenso das Recht der Selbstbestimmung fordern wie für die Dänen und sonstige fremde Nationalitäten im Deutschen Reich und der übrigen Staaten, das britische Reich natürlich mit eingeschlossen. Wenn wir uns zu diesem alten Grundsatz bekennen, werden wir dazu beitragen, die Brücke zu unseren Genossen im feindlichen Ausland schließlich doch einmal zu schlagen. Heute ist Elsaß-Lothringen der Köder, mit dem England Frankreich zum Verbluten bringt. Wenn wir es dem Volke von Elsaß-Lothringen selbst überlassen, seine Stellung zu wählen, dann werden die französischen Sozialisten nicht umhin können, diesen Grundsatz als den ihrigen anzuerkennen, und dann wird die Möglichkeit des Zusammenarbeitens der Internationale gegeben werden. Heute stehen sich Deutschland und Frankreich und auch die sozialistischen Parteien dieser Länder gegenüber wie Kinder, die lieber alles zugrunde gehen lassen, als daß sie in einer bestimmten Machtfrage nachgeben. Wir werden nicht darüber hinwegkommen, wenn nicht der Stachel, der heute im ganzen französischen Volke sitzt, dauernd erhalten bleiben soll. Ich hoffe, daß Elsaß-Lothringen mit seiner ganz überwiegenden deutschen Mehrheit — wohl nicht der französische Teil — sich für ein Verbleiben bei Deutschland entscheidet, um so mehr, wenn man ihm das, was in den Punkten 5 und 6 dieser Leitsätze gefordert ist, mit Ehrlichkeit von deutscher Seite einräumt. Aber, wie gesagt, darüber zu bestimmen ist die Sache der Elsaß-Lothringer selbst.

Wir müssen uns darüber klar sein, daß durch Verhandlungen allein, bei denen doch schließlich jeder seinen sachlichen Standpunkt aufrechterhalten muß, eine Vereinigung nicht herbeigeführt werden kann. Das kann nur geschehen durch gemeinsame praktische Aufgabe. So dringend nötig es ist, einmütig den äußeren Feind vom Land zu halten, so ist fast noch dringlicher die Niederwerfung der inneren Feinde, derer, die den Krieg als glänzendes Geschäft benutzt haben, die den Streik den Munitionsarbeitern mit Recht zum Vorwurf gemacht, aber von sich aus, soweit die Lieferung der Lebensmittel für die Gesamtheit in Betracht kommt, selbst betrieben haben. Die Episode Michaelis, die jetzt ihrem kläglichen Ende entgegengeht, beweist, wie wenig es möglich ist, auf dem alten Wege weiterzukommen. Es ist Aufgabe der Partei, nun über Worte hinauszugehen und den Herrschenden zu zeigen, daß es zu einer Entscheidung kommen muß. Kommen wir zu dieser Entscheidung, spricht die Partei ihr letztes Wort, das Wort, dem nötigenfalls auch die Tat

folgen muß, dann wird es gelingen, nicht bloß in Deutschland andere Zustände zu schaffen, sondern auch die Einigung der Parteigenossen herbeizuführen, die für die gewaltigen Kämpfe der Zukunft unentbehrlich ist. (Bravo!)

Glattbach-Mülhausen i. Els.: Im Auftrage des sozialdemokratischen Vereins habe ich die Erklärung abzugeben, daß wir nicht unbedingt an dem Wortlaut unseres Antrages festhalten, sondern gewillt sind, einer anderen Fassung zuzustimmen, die darauf hinausläuft, eine Einigung mit der Unabhängigen Partei herbeizuführen. Wir sind für die Versuche zur Herbeiführung einer Wiedervereinigung mit den Unabhängigen. Wir müssen einen Ruck nach links machen, sonst kommen wir nicht weiter. So wie bisher kann es nicht weitergehen, sonst entzweien wir uns immer mehr. Wie die Machthaber der kapitalistischen Regierungen sich nicht verständigen können und der Welt ein trauriges Schauspiel bieten, so auch bei uns. Wir rufen den Führern zu: Vereinigt Euch! Ich bin für die Opposition, aber für die Opposition innerhalb der Partei. Durch Einigkeit ist die Partei groß geworden, Zersplitterung muß sie schwächen. Zu uns kommen täglich Feldgraue, die den frischen Eindruck von der Front mitbringen und uns sagen, daß sie mit der Führung der Partei nicht einverstanden sind. Wir lernen die Stimmung an der Front aus bester Quelle kennen. In der elsaß-lothringischen Frage bin ich mit meinem Vorredner einverstanden.

Frau **Juchacz**-Berlin: Ich möchte die Aufmerksamkeit des Parteilages auf die Frauenbewegung lenken. Die Frauenerwerbsarbeit hat einen ungeheuren Umfang angenommen, und die Kriegsarbeit hat für die Frauen eine ganz besondere Notlage geschaffen. Wir müssen die Frauenbewegung mit allen Mitteln zu fördern suchen. Einen erfolgverheißenden Weg zu dieser Förderung erblicke ich in unserer Mitarbeit auf sozialistischem Gebiet und in der sozialen Fürsorge, weil gerade auf diesem Gebiet uns die Mitarbeit der Genossinnen einen guten Resonanzboden bei den Frauen verschafft. (Sehr richtig!) Ueberall, wo Frauen in der sozialen Fürsorge arbeiten, erwerben sie sich die Zuneigung der im Erwerbsleben stehenden Frauen. Die Notlage der Frauen drängt nach Hilfe, und wo wir ihnen diese Hilfe bieten, bringen sie uns ihr Vertrauen entgegen. Dann wird es uns leichter, mit unseren Ideen näher an sie heranzukommen. Wenn sie zuerst auch noch nicht im vollsten Sinne des Wortes Sozialdemokratinnen sind, so haben wir doch die Möglichkeit erhalten, Sozialdemokratinnen aus ihnen zu machen.

Der Krieg hat uns mit aller Deutlichkeit gezeigt, daß gerade bei unserer Frauenwelt noch vieles im argen liegt. (Sehr richtig!) Sie waren in ihren Lebensanschauungen noch nicht gefestigt, und die körperlichen und seelischen Qualen brachten sie aus dem Gleichgewicht und trugen dazu bei, uns große Massen von Frauen zu entfremden. Daher meine Empfehlung, unsere Genossinnen in verstärktem Maße zu den sozialen Arbeiten heranzuziehen. Wir können diese Aufgabe nicht allein leisten, wir müssen uns mit den Gewerkschaften verbinden und uns mit ihnen über die Arbeit für die Frauen verständigen. Die Frauen müssen in maßgebenden Stellen hineinkommen, sie müssen etwas zu sagen haben, dann wird sich manches von selbst ergeben. Es ist nicht immer notwendig, daß die Genossinnen bereits fix und fertig für die gestellten Aufgaben sind, sehr wichtig ist, daß sie ein gesundes, soziales Empfinden haben, sie wachsen dann in ihre Arbeit hinein. Auch da, wo unsere Kräfte gering sind und die Erfolge nur klein erscheinen, dürfen wir nicht nachlassen. Sollmann hat gesagt, daß die Presse psychologisch abgestimmt sein müsse. Das gilt besonders auch für die Parteipresse, sie soll unter den Frauen werben, muß uns helfen, die Genossinnen an unsere Organisationen zu fesseln. Es ist notwendig, die Frauen zum Lesen anzuhalten,

und da kann die „Gleichheit", so sehr ich ihre Förderung hier empfehlen will, nicht alles zugleich schaffen. Die Parteipresse muß ein übriges tun; es muß mit den Organisationen gemeinsam beraten werden, wie die Zeitung auszugestalten ist, um den berechtigten Interessen der Frauen entgegenzukommen. Das Vereinsleben unter den Frauen muß gepflegt werden. Ich rede, wohlgemerkt, hier nicht besonderen Organisationen der Frauen das Wort. Aber wenn wir sie zur Mitarbeit heranziehen und ganz besonders zur Mitarbeit auf sozialem Gebiet, dann ist es notwendig, daß wir sie immer wieder vereinigen, daß das, was die einzelnen leisten auf dem Gebiet der sozialen Fürsorge und in der Organisationsarbeit, immer mit den Frauen durchgesprochen wird. Die in der sozialen Arbeit stehenden Genossinnen brauchen einen moralischen Rückhalt der Organisation gegenüber. Wir können das Leben in der Frauenbewegung fördern, indem wir mit Hilfe der Organisation und unter Mitwirkung der Organisationsleitungen von Zeit zu Zeit Frauenzusammenkünfte haben, wo die Frauen Gelegenheit finden, über ihre speziellen Dinge zu beraten. Unsere Arbeit muß den Frauen lebendig gemacht, sie müssen dafür interessiert, sie müssen auf diesem Wege geschult werden. Daneben soll selbstverständlich die rein politische Aufklärung der Frauen nicht zu kurz kommen. Es gibt bei jeder einzelnen Frage, die wir zu behandeln haben, einen Weg, Beziehungen zu suchen zu unseren grundsätzlichen Forderungen. Es gibt kein fertiges Rezept, um die Frauenbewegung zu fördern, wenn den Organisationen Ratschläge gegeben werden, wenn eine allgemeine Agitation organisiert wird, dann muß jede einzelne kleine Organisation die gegebenen Direktiven den örtlichen Verhältnissen anzupassen suchen. Was die Frauen wollen, ist in folgender Erklärung der anwesenden weiblichen Delegierten ausgedrückt:

Die Frauenerwerbsarbeit hat während des Krieges eine gewaltige Steigerung erfahren. Alle Anzeichen sprechen dafür, daß auch nach dem Kriege der Umfang der Frauenarbeit sehr groß sein wird. Es ist deshalb dringend notwendig, daß die Partei der Sozialgesetzgebung nach wie vor die größte Aufmerksamkeit schenkt und sie besonders zugunsten des Schutzes der weiblichen Arbeitskraft vorwärts zu treiben sucht. Ganz besonders ist die verantwortliche Mitarbeit der Frauen auf dem Gebiete der sozialen Fürsorge zu fördern. Solche praktische Arbeit unserer Genossinnen schafft zugleich einen fruchtbaren Boden für unsere Aufklärungsarbeit. Dabei ist der größte Wert auf gemeinsame Arbeit der Parteiorganisationen und der Gewerkschaften zu legen. Der Parteivorstand wird ersucht, sich mit der Vertretung der Gewerkschaften (Generalkommission) in Verbindung zu setzen, um die geeigneten Maßnahmen für eine gemeinsame Tätigkeit zugunsten der Frauenbewegung in die Wege zu leiten. (Bravo!)

Vorsitzender **Auer** teilt mit, daß die Anträge 44—48 eingelaufen sind. Hiervon ist der Antrag 45 erledigt, die Entschließung 48 steht mit zur Debatte.

Hug-Rüstringen: Ich ärgere mich, daß ich nicht auch einen Antrag auf Wiedervereinigung gestellt habe, denn ich könnte dann wenigstens 20 Minuten reden (Heiterkeit), um auf die wichtigsten Anregungen der Redner eingehend einzugehen. Die Stellung des Parteivorstandes, sowohl zum Krieg wie zum Konflikt, halte ich im allgemeinen für richtig und gut, der Parteivorstand konnte gar nicht anders handeln. Gewiß hätte er in manchen Dingen schneller eingreifen müssen, ich will ihm aber gern Absolution erteilen im Hinblick darauf, daß er sich in einer so verantwortungsreichen Stellung befindet, und ich will den guten Glauben zubilligen, daß er alles tun mußte, um zu verhindern, daß die Partei in Trümmern ging. Nach meinem Dafürhalten ist

die Stellung der Partei zum Krieg völlig richtig gewesen, diese Stellung brauchte kein Anlaß zur Spaltung zu sein. Ich halte es aber für notwendig, daran zu erinnern, daß ein Teil derjenigen, die die Spaltung herbeigeführt haben und die sozialdemokratische Partei bekämpfen, bei Ausbruch des Krieges auf demselben Standpunkt gestanden und diesen Standpunkt in einer Art und Weise zum Ausdruck gebracht haben, wie ihn diejenigen, die man jetzt als Verräter an den Parteigrundsätzen hinstellt, niemals eingenommen haben würden. Die Minderheit hat, wenn ich Ebert richtig verstanden habe, weniger die Stellung des Krieges zum Anlaß des Austritts genommen, als den Gegensatz über die Stellung der Partei zum Staat, und da kann man wohl sagen, daß es keinen ungeeigneteren Zeitpunkt gab, diese Gegensätze hineinzutragen, als die Zeit des Krieges. (Sehr richtig!) Meiner Meinung nach steht die deutsche Arbeiterklasse auch heute noch vielleicht mehr instinktiv als bewußt auf dem Lassalleschen Standpunkt zum Staate, als auf dem Standpunkt der Scholastiker des Marxismus. (Zuruf: Schöner Ketzer!) Ich bin immer ein Ketzer gegenüber den verstiegenen Marxisten gewesen. Ich begrüße es, daß Partei und Gewerkschaften in dieser ganz außerordentlichen Weltsituation zusammengestanden und die Politik der Arbeiterklasse gemacht haben. Haben Sie denn vergessen die Kämpfe, die wir über die Grundauffassungen geführt haben; in Chemnitz in bezug auf die Anwendung des Massenstreiks? Haben Sie vergessen die Kämpfe, die wir mit den Leuten geführt haben über die Steuergesetzgebung? Waren das nicht Kämpfe über diese Auffassung, und hat sich da nicht die Partei mit erdrückender Mehrheit auf den Standpunkt gestellt, den Parteivorstand, Fraktion und auch Gewerkschaftsleitung eingenommen? Einen anderen kann es nach meinem Dafürhalten nicht geben. Ich kann den Parteivorstand nicht von Schuld freisprechen, daß er die Schreibweise der „Gleichheit" solange geduldet hat, bis es zur Katastrophe kam. Die Leitung der „Gleichheit" glaubte, die Zeitung sei ihr Eigentum. Wer die Zeitung als sein Eigentum betrachtet, der bringt natürlich nur seine rein subjektive Anschauung zum Durchbruch, und die Redaktion der „Gleichheit" hat das auch verstanden, ohne auf den notwendigen Widerstand zu stoßen. Ich weiß nicht, was für Auftritte der Parteivorstand mit der früheren Redaktion gehabt hat. Ich kann es mir aber denken. Die Partei durfte auf keinen Fall dulden, daß in so selbstherrlicher Weise die Redaktion der „Gleichheit" geführt wurde, die nach meiner Auffassung niemals der großen Masse der Frauen das Verständnis für unsere Bewegung so bringen konnte, wie es notwendig gewesen wäre. (Sehr richtig!) Aehnlich mit der „Neuen Zeit". Ich habe hier Vorwürfe gehört gegen den Parteivorstand, weil er die Redaktion ihrer Stellung entsetzt hat. Als der Konflikt ausbrach, habe ich Tag für Tag gewartet, daß sowohl die Redaktion der „Gleichheit" wie der „Neuen Zeit" ihre Stellung dem Parteivorstand zur Verfügung stellten. (Sehr richtig!) Denn wer so splitterrichterisch wie diese Leitungen gewesen sind über den reinen Glauben in der Partei vor dem Kriege, der muß auch ein feines Empfinden haben, wenn er mit der Mehrheit nicht mehr im Einklang steht, zu sagen: ich kann nicht mehr weiter mitmachen. (Lebhafte Zustimmung.) Ueber die Nichtaufnahme des Artikels von Braun möchte ich allerdings erst noch die Meinung des Parteivorstandes hören, bevor ich ein Urteil fälle. Ich erwarte aber vom Parteivorstand, daß er verhindert, daß die Fehler, die früher gemacht sind, in der Unterdrückung der freien Meinung in der „Neuen Zeit" nicht wieder gemacht werden; er muß vielmehr alles tun, um die Meinungsfreiheit bis an die äußerste Grenze aufrechtzuerhalten und jeden Schein vermeiden, als wolle man denjenigen, die mit Braun zur Einigung raten, das Wort unterbinden. (Sehr wahr!)

Nun zur Wiedervereinigung. Ich sagte schon, ich ärgere mich, daß ich keinen Antrag gestellt habe. Hätte ich ihn gestellt, dann würde er allerdings auf Ablehnung der vorliegenden Anträge lauten. Ich habe manches, was über die Einigung gesagt ist, sehr leicht gefunden. An den Parteivorstand richtet man das Ansinnen, aus psychologischen und sentimentalen Anschauungen heraus alles zu tun, um eine Einigung herbeizuführen. Gewiß, wer von uns stimmte nicht mit Braun überein, daß die großen Kämpfe, die der deutschen Arbeiterschaft nach dem Kriege aufgedrungen werden, zu einer Einigung zwingen? Aber ich glaube, er predigt vergeblich. (Sehr richtig!) Wenn die anderen die Situation erfaßt hätten, wenn es ihnen klar gewesen wäre, wie notwendig die Einheit war und ist, und wenn sie wußten — und sie mußten das wissen —, daß der Krieg an sich kein Grund zur Trennung sein konnte und durfte, warum haben sie sie denn herbeigeführt? Nicht von uns ist sie herbeigeführt, sondern von jenen. Der einfachste Arbeiter weiß, wie notwendig die Einigkeit ist. Um so mehr mußten die es wissen, die sich als Führer gebärden. Die Minderheit muß sich der Mehrheit fügen. Sie konnte warten, bis der Krieg vorüber ist, um zu zeigen, daß sie im Recht gewesen sei. Gewiß, es gibt noch viele Arbeiter, die in einer besonderen Situation wie der jetzigen, wo die ganze Schwere des Lebens auf ihnen liegt, denen zustimmen, die am meisten schimpfen. (Sehr richtig!) Aber wehe dem Politiker, der aus der Stimmung heraus Politik macht und die Einheit der Partei zerstört. (Sehr wahr!) Und dort sind welche, die das tun. (Sehr richtig!) Wir haben dem Arbeiter zu sagen, daß die Einigkeit nicht wir zerstört haben, sondern andere, und ich bin darüber erfreut, daß uns hier eine Entschließung vorgelegt ist, die diese Meinung zum Ausdruck bringt und um deren Annahme ich bitte. Für die Erörterung der psychologischen Momente habe ich nicht viel übrig, es handelt sich hier um eine so klare Sache, daß wir die Menschen nicht zu zergliedern brauchen. Mit psychologischen Rätseln haben wir uns schon genug herumgequält in der Partei. Nomen est omen (der Name ist ein Zeichen). Ich will niemandem wehe tun. Aber ich kann nicht umhin, zwei Namen zu nennen: Ledebour und Stadthagen! (Sehr gut!) Wenn man jetzt, wo alles getan wird, den Frieden anzubahnen, im Reichstag erklärt, den Frieden könne man nur haben, wenn die ganze Welt in den Generalstreik tritt, dann kann mir alles Wohlwollen nichts nutzen; einen solchen Standpunkt muß ich bekämpfen, weil er der deutschen Arbeiterschaft zum Schaden gereicht. Mit solchen Leuten kann und will ich nicht zusammen arbeiten. (Lebhafte Zustimmung.) Wir begegnen hier einem Blanquismus, den wir in der Partei längst überwunden glaubten. Er offenbart sich in den Tendenzen, die zur Spaltung geführt haben, und er muß bekämpft werden. (Sehr wahr!) Es ist bedauert, daß Parteivorstand und Fraktion eine Tätigkeit entfaltet haben mit bürgerlichen Parteien innerhalb eines Mehrheitsblocks. Ich habe mich an den Kopf gefaßt, als ich das hörte. Wäre es vielleicht besser, die Partei wäre in der schönen Isolation wie früher? Nein, ich freue mich, daß die Fraktion dazu gekommen ist, mit anderen Parteien eine Politik zu machen, um das Deutsche Reich zu demokratisieren. (Sehr wahr!) Wir müssen zum Ausdruck bringen, daß wir diese Politik stärken wollen. Ich habe immer bedauert, daß wir in Deutschland das Beispiel der Sozialdemokraten in den skandinavischen Ländern nicht nachgeahmt haben, und ich habe mit Neid immer besonders auf Dänemark geblickt. Ich wünsche, daß bei uns die Verhältnisse noch so werden, wie wir sie in den skandinavischen Ländern bewundern, daß wir nicht nur negieren, sondern praktische Politik im Verein mit anderen Parteien treiben, die Eindruck auf die Arbeiter macht und ihnen politische Freiheit und soziale Vorteile bringt. (Lebhafter Beifall.)

Lübe-Breslau: Es wird gar mancher in diesem Saal sein, der aus Liebe zur Partei Adolf Braun bei seinen Einigungsbestrebungen Gefolgschaft geleistet hat, aber vielleicht auch mancher, der sich enttäuscht abwandte, als er spüren mußte, daß zur Einigung auch hier zwei gehören, und daß der zweite es dabei doch sehr fehlen ließ. Sehen wir uns die Anträge an, einen nach dem anderen. Als sie in der Presse veröffentlicht wurden, haben sie den Hohn und Spott der sogenannten unabhängigen Presse herausgefordert. (Sehr richtig!) Ich weiß nicht, ob Springer, der sich befugt glaubte, uns eine Strafpredigt wegen mangelnden Einigungswillens zu halten, nicht gelesen hat, wie auf jeden solchen Vorschlag das „Mitteilungsblatt" der Berliner Unabhängigen, die „Leipziger Volkszeitung" und die „Bergische Arbeiterstimme" eins nach dem anderen geantwortet hat, wir denken nicht daran. (Sehr wahr!) Es war ja nur ein Zitat aus Hunderten, was heute vorgebracht ist von Mehring: „Mit einem Leichnam verbinden wir uns nicht." Selbst die sachlichsten unter diesen Gegnern stellten doch die Bedingung, daß erst die Mehrheit sich der Minderheit fügen müsse, dann könne man Einigungsverhandlungen eingehen. Darauf war doch in den letzten Monaten die ganze Politik dieser Sekte eingestellt. Die Vogtherr, die Dittmann, die Ledebour reisen im Lande herum, um anderen Rednern gegenüberzutreten. Haben Sie schon einen Versammlungsbericht gelesen, wo sie Alldeutschen, wo sie der Vaterlandspartei entgegengetreten wären? (Sehr wahr.) Nein, das überlassen sie uns, aber unseren Friedensrednern mußten sie entgegentreten, diese Versammlungen suchten sie zuschanden zu machen, so dienten sie dem deutschen Proletariat. (Sehr wahr!) Werfen Sie einen Blick in ihre Presse, so finden Sie nichts mehr als hämische Glossen über die Politik der Sozialdemokratie. „Das war ein schwerer Schlag für die Regierung", als Michaelis irgend etwas erlitt, „aber ein noch viel schwererer für die Regierungssozialisten", wie ein Jubel kommt das jedesmal heraus! Und jeden Tag die geistlose Wiederholung: die „Abhängigen", die „Scheidemänner", die „Regierungssozialisten". Ja, es ist wirklich wahr, das hängt sehr vielen zum Halse heraus, und ein Vorredner hatte recht: die Arbeiter verstehen vor allem nicht, wie man in unseren schweren Tagen so viel Kraft und so viel Zeit zu solchen Streitereien verwenden kann! (Lebhafte Zustimmung.) Deshalb verstehe ich auch nicht, wie Hüttmann auch nur ein Wort sagen kann zur Verteidigung der Pamphlete, die erschienen sind. Hat sie jemals die Zensur an derartigen Pamphleten gehindert? Nirgends. Die Partei konnte mit Schmutz beworfen werden, das konnte auch öffentlich geschehen und brauchte sich nicht hinter Zensurgründen zu verstecken. Ebenso falsch ist der Eindruck des Genossen Hüttmann, daß überall die Unabhängigen schärfer angefaßt werden. Man kann in öffentlicher Sitzung nicht die Namen nennen, um die nicht wirtschaftlich zu schädigen, die in Betracht kommen. Aber es gibt nachweisbare Beispiele, wo die Unternehmer diese Unabhängigen sehr begünstigen aus der berechtigten Erkenntnis: hier sitzt ein Keim des Zwistes und Zwiespalts, der uns später einmal sehr nützlich sein wird, wenn die Arbeiter gegen uns stehen. (Sehr richtig!) Und hat denn Springer die Verhandlungen der Reichskonferenz nicht gelesen? Die hat ja seinen Wunsch erfüllt und hat protestiert gegen das Urteil, das gegen Liebknecht gefällt ist. Aber da sind die Redner der Unabhängigen aufgestanden und haben gesagt: Hände weg, ihr habt kein Recht dazu, Liebknecht zu schützen, er gehört euch gar nicht. Das war deren Antwort. (Sehr wahr!) Auch sein Beispiel von den Unternehmern stimmt nicht. Wenn einer Ihrer Kollegen solche Seitensprünge macht, so werden es sich die anderen nicht nehmen lassen, ihm zu sagen, diese Riesendummheit kannst du unterlassen. Nichts anderes hat die Partei Liebknecht gegenüber

getan. Auch ich meine, der einzig mögliche Weg zur Einigung der Arbeiter ist das, was in der Entschließung empfohlen wird. Dazu sind wir auf dem allerbesten Wege. Wir haben in den letzten Wochen und Monaten die Versammlungsberichte gelesen, auf Schöpflin allein, glaube ich, kommen etwa 50. In Hunderten von Versammlungen haben Ebert, Scheidemann, Molkenbuhr, Landsberg, Müller, Schulz und unzählige andere die alte sozialdemokratische Politik vor den Massen vertreten und die Massen haben begeistert zugestimmt, selbst in Orten, wo das kaum erwartet werden konnte. Ich weiß nicht, ob alle Redaktionen solche Inseln der Unberührtheit sind, wie die von Braun. Bei uns ist es nie so lebendig zugegangen wie im Kriege; Feldgraue, Urlauber, Kriegsverletzte, Reklamierte und dergleichen gehen dauernd aus und ein, sie füllen unsere Arbeitersekretariate. Da kann man nicht behaupten, daß jetzt die Stimmung der Arbeiterschaft nicht wiedergegeben wird. In manchen Orten sind die Mitgliederversammlungen unserer Partei besser besucht als im Frieden. Allerdings halte ich es auch für notwendig, ab und zu die Genossen von der rechten Seite zurückzuweisen, die uns allzu sehr nach der einen oder anderen Seite engagieren. (Sehr richtig!) Wenn Lensch immerfort Deutschland als Inkarnation des wirtschaftlichen Fortschritts und England als den Hort des Rückschritts darstellt, wenn Haenisch allzu waffenbrüderlich mit den übrigen Parteien zusammengeht, so wäre es manchmal nötig zu betonen, daß die Genossen für sich selber und nicht für die Partei sprechen. Ich glaube, auch Heilmann, dessen Rührigkeit die Parteipresse ja eine ganze Menge verdankt, mutet doch der Partei manchmal zu viel zu, wenn er bald sagt, daß wir die Wahlreform in Preußen erst nach dem Kriege brauchen, sie eile nicht (Hört! Hört!), oder daß der Parlamentarismus eigentlich keinen Sinn hat, wenn er den österreichischen Genossen einen Vorwurf machen will, weil sie nicht bloß mit Scheidemann und Ebert, sondern auch mit Haase Verhandlungen anknüpfen oder wenn er sich sogar soweit vergißt, in einer Besprechung der Reichstagssitzungen, wo der bekannte Putsch Michaelis' erfolgte, zu schreiben: „Dazu ist Haase viel zu klug und Dittmann viel zu vorsichtig." In einer solchen Situation dürften derartige Wendungen auf keinen Fall erfolgen, das ist unverzeihlich. (Sehr richtig!)

Schließlich möchte ich Sie bitten, dem, was Sollmann heute Ausdruck gegeben hat, Ihre volle Aufmerksamkeit zu schenken. Wir haben in unserer Presse viel versäumt. Der Sturz unserer Abonnenten war erklärlich kurz nach Ausbruch des Krieges zur Zeit der allgemeinen Depression. Seitdem ist aber das Bedürfnis nach Zeitungslektüre ungeheuer gestiegen. Wenn wir ihm etwas mehr als bisher entgegenkommen, dann müssen wir gerade jetzt mit unserer Presse glänzende Fortschritte machen. (Sehr richtig!) Wir brauchen nicht so weit zu gehen in der Befriedigung der Sensationslust wie etwa die „Leipziger Volkszeitung" (Heiterkeit), bei der die fetten Ueberschriften manchmal die halbe Seite bedecken und angefüllt waren vom Schlachtenruhm der deutschen Heere und dem Streckenbericht der Unterseeboote. Aber ein gewisses Entgegenkommen besonders in den Lebensmittelfragen und den tausenderlei kleinen Dingen, die unsere Frauen interessieren, im Nachrichtendienst muß der Parteipresse aufhelfen. Besonders auch die Feldgrauen haben heute wahren Hunger nach der Presse der Partei, die für den Frieden das meiste tut. Wir werden bei uns in dieser Woche das zwölfte Tausend Feldgrauer Abonnenten überschreiten. (Bravo!) Was an einer Stelle möglich ist, muß auch anderswo möglich sein. In allen Lazaretten liegen bürgerliche Zeitungen aus. Geben Sie sich die Mühe, unsere Zeitungen hinzuschaffen, tagtäglich, vergessen Sie es nicht. Die Leute, die sie dort lesen, werden Abonnenten des Parteiblattes, wenn sie wieder herauskommen, sei es im Felde, sei

es in der Heimat. (Zuruf: Verbot der Freiexemplare!) Ein Exemplar ist gestattet, ich gebe zu, das ist manchmal etwas wenig, aber immerhin besser als keins, und wir wissen, daß es von Hand zu Hand wandert. Unsere Erfolge sind allerdings dadurch erreicht worden, daß wir die Abonnenten verschont haben mit spaltenlangen Berichten über Parteistreitigkeiten. Wir vertreten dagegen die Politik der Partei, und das, was der Parteivorstand in diesen Jahren getan hat, um eine internationale Verständigung wieder herzustellen, fand stets unsere Billigung. Wir müssen frisch herangehen an die wuchtige Fortführung unserer Friedensarbeit, an die großen Probleme, die uns am Tage nach dem Friedensschluß erwarten. Das ist die Einigung, die wir fördern können. Da werden uns die Arbeiter folgen, die übrigen mögen sehen, wo sie bleiben. (Lebhafter Beifall.)

Schöpflin: Die organisatorische Einheit der Arbeiterbewegung zu erhalten und zu fördern war stets unsere Pflicht und gerade in den letzten Jahren der inneren Kämpfe hat die sozialdemokratische Partei bei der Behandlung dieser Frage jedes denkbare Entgegenkommen gezeigt. Nun ist die Zerstörung für längere Zeit, wie ich fürchte, erfolgt. Jetzt in diesem Moment der sozialdemokratischen Partei die Zumutung zu stellen, sie möge heute auf diesem Parteitag Schritte tun, gewissermaßen eine Einladung an die anderen zur Einigung ergehen lassen, das halte ich nicht nur nicht für glücklich, sondern auch für außerordentlich unklug für die weitere Entwicklung der Arbeiterbewegung. (Oho!) Die anderen sagen, die Trennung ist gekommen aus starken sachlichen Gegensätzen. Respektieren wir einmal diese Einrede. Sie sagen, wir hätten den Klassenkampfcharakter der Arbeiterbewegung, den Sozialismus verleugnet, alles verleugnet, was mit dem Wesen eines revolutionären Sozialismus und des modernen proletarischen Kampfes zusammenhängt. Weiß denn Hüttmann nicht, daß Kautsky und viele andere erklärt haben, die Bewilligung der Kriegskredite sei schließlich keine Sache, die zum Streit und zum Auseinandergehen führen mußte, sondern die Gesamtpolitik der sozialdemokratischen Partei sei es gewesen. Wenn wir jetzt kommen und sagen, wir wollen uns vereinigen — was heißt das? Dann verlangen wir doch, daß entweder die Unabhängigen ihre, wie sie sagen, sachlichen prinzipiellen Anschauungen aufgeben, um zu uns kommen zu können, oder wir sollen unsere Stellung aufgeben und uns dem nähern, was die Unabhängigen vertreten. Ja, muten Hüttmann und Adolf Braun den Unabhängigen oder uns solche Opfer des Intellekts zu?! Solche Opfer darf man nicht bringen selbst um des hohen Preises der organisatorischen Einheit willen. Solange dieser sachliche Gegensatz nicht durch den Läuterungsprozeß der nächsten Zukunft gegangen ist, ist nach meiner Auffassung ein Zusammenarbeiten unmöglich. Ich bin überzeugt, erst muß eine Reichstagswahl hinter uns sein, erst muß der Friede da sein, erst müssen diejenigen, die den Unabhängigen heute nachlaufen, den vollen Druck des machtvoll entwickelten Kapitalismus fühlen, müssen einsehen, welch ungeheurer Schaden der deutschen Arbeiterklasse dadurch entstanden ist, daß wir in der schwersten Stunde, die wir durchmachen, unsere Kraft zum Teil gebrochen haben. Wenn dieser Läuterungsprozeß vor sich gegangen ist und wir dann allerdings vor einem Haufen Scherben stehen, dann ist der Moment da, wo man über diese Dinge ernst und dann vielleicht auch erfolgversprechend reden kann.

Aber es sind nicht nur sachliche Gegensätze, die mich bestimmen, gegen die Anträge zu sprechen. Ich sage ganz offen: Ich kann zur Stunde nicht vergessen, was wir in den letzten zweieinhalb Jahren erlitten und durchgemacht haben. Wer von Ihnen kann jetzt schon vergessen, der die Kämpfe durchgemacht

hat, in der Fraktion und sonst in der internen Partei, wer diese Summe von Beschimpfungen und Verdächtigungen landauf landab in Wort und Schrift, Beschimpfungen, die alles hinter sich lassen, was uns je der Reichsverband entgegengehalten hat, mitgemacht hat. Man kann vieles verzeihen aus der Hitze des Kampfes, aber es bleibt ein so starker bitterer Rest, daß, selbst wenn es momentan möglich wäre, formell die Verständigung zustande zu bringen, dieser bittere Rest jedes Zusammenarbeiten vorläufig unmöglich oder zur Qual machen würde. (Zuruf: Auf der anderen Seite auch!) Das ist unangenehm, aber die Tatsache darf man bei einer solchen Situation nicht außer acht lassen.

Die Herren von der Unabhängigen Partei erklären, daß sie die starke Hoffnung haben, in nicht allzu ferner Zeit die Mehrheit der sozialistischen Arbeiter hinter sich zu bekommen. Nehmen wir an, diese Phantasie sei ihr fester Glaube. Werden sie aber dann, auf diese Hoffnung gestützt, sich mit uns verständigen wollen, wo sie gewissermaßen Opfer bringen müßten, wo sie sich für die künftigen Sieger halten. Das zu glauben ist doch eine sehr starke Illusion. Es müßte denn sein, Braun und andere trauten den Versprechungen und Hoffnungen der Unabhängigen nicht das geringste zu. In den Industriezentren, wo sie Einfluß gewonnen haben, haben die Unabhängigen die Arbeiter beispiellos aufgepeitscht; sollen sie da in eine Verständigung eintreten mit denjenigen, die sie seit zwei Jahren „Verräter" schimpfen. Welchen moralischen Bankrott würden sie dadurch erleben. Das allein würde sie abhalten, denn dann würden die Spartakusleute ihre Erben sein und wir fingen womöglich mit denen die Verständigung ebenfalls an; alle anderen Arbeiten würden wir dabei unterlassen müssen. Davon kann jetzt gar keine Rede sein. Die Zeit wird kommen, wo die harten Tatsachen zur Verständigung treiben, wo die von uns abgesplitterten, die noch reuiger Ueberlegung fähig sind, wieder zu uns kommen werden. Ein ganzer Teil wird nicht wiederkommen. Jetzt Handlungen zu begehen, die darauf hinauslaufen, die Verständigung zu suchen, das wäre unklug und schädlich für die weitere Zukunft der Arbeiterbewegung. Löbe sagt mit Recht, daß die Partei gar keine Ursache hat, irgendwie pessimistisch oder zag in die Zukunft zu blicken. Ich bin in den letzten Monaten, wie viele von Ihnen, beinahe in ganz Deutschland gekommen. Wenn man die Arbeitermassen erst vor sich hat, zu ihnen sprechen, ihnen die Leistungen der Sozialdemokratie während des Krieges und die Schwierigkeiten der Lösung des Friedensproblems vor Augen führen kann, dann findet man auch Verständnis. Es ist richtig, daß man, wenn man hinauskommt, oft eine Art Zagheit findet, nicht aus Angst vor den Unabhängigen, aber als Begleiterscheinung der allgemeinen niedergedrückten Stimmung. Diese Zagheit verhindert die Parteigenossen manchmal, die günstige Gelegenheit zur Agitation am Schopfe zu fassen; wo sie aber zugreifen und ganze Arbeit machen, da haben sie auch Erfolg. Wir haben auch keine Ursache, zaghaft zu sein, das organisatorische Gefüge ist stark genug, um allen Stürmen zu trotzen. Wir sind überzeugt, daß unsere Politik so gesund ist, daß wir ruhigen Mutes und mit dem besten Gewissen der weiteren Entwicklung entgegensehen können. Schwierigkeiten sind dazu da, um überwunden zu werden. Und nur die Erfolge sind festverankert, die in schwerem Kampf errungen wurden.

Engler-Freiburg i. Br.: Nach der Meinung Hüttmanns hat auch der Parteivorstand einen Teil der Schuld an der Spaltung; auch andere Redner waren nicht mit allem einverstanden, was der Parteivorstand getan hat. Darauf kommt es aber nicht an, sondern darauf, ob er im allgemeinen das

getan hat, was für die Partei das Richtige war. Hiermit aber bin ich einverstanden. Allerdings habe ich die Langmut des Parteivorstandes gegenüber der „Neuen Zeit" und der „Gleichheit" bewundert. Es ist schon etwas mehr als Demagogie, wenn man hier von einem Gewaltstreich des Parteivorstandes spricht. Der Anstand hätte Kautsky gebieten müssen, in dem Moment aus der Redaktion auszuscheiden, wo er der Partei nicht mehr angehörte. Vielleicht hat der Parteivorstand auch noch soviel Anstandsgefühl vorausgesetzt. Ich kann doch in einer Partei, der ich angehöre, nicht eine solche Stellung einnehmen. Dasselbe gilt für Frau Zetkin. Dem Wunsche Hugs, daß in der „Neuen Zeit" die Meinungsfreiheit in Zukunft besser gewahrt werden soll als bisher, schließe ich mich an, aber eine derartige Literatenempfindelei, wie Braun sie heute morgen an den Tag gelegt hat, darf auch nicht Platz greifen. Wenn Cunow sagt, er hätte den Artikel, aus den von ihm dargelegten Gründen nicht angenommen, so hätte Braun sich damit abfinden können und auf keinen Fall den Eindruck hervorrufen dürfen, daß der Artikel aus tendenziösen Gründen abgelehnt worden sei. In dem Braunschen Artikel steht folgender für eine gewisse Art von Agitation typische Satz:

„Die gewaltige Uebermacht des Kapitalismus offenbart sich auch denen wieder, die den aus dem Krieg erwachsenen Arbeitsgemeinschaften zwischen Unternehmern und Arbeitern entscheidende Bedeutung für die Zukunft beigemessen haben."

Dieser Satz kann verschieden ausgelegt werden, aber die Arbeiter, die ihn lesen, sind der Meinung, daß hierdurch einer bestimmten Richtung in der Partei nachgesagt wird, sie erblicke in diesen Arbeitsgemeinschaften die Lösung der sozialen Frage. Ich habe bisher keinen getroffen, der dieser Meinung gewesen wäre. Aber so wie hier, wird auch in den Lebensmittelfragen usw. mit den Dingen gespielt. Man sagt, nicht, die Parteimehrheit ist an den Mißständen schuld, sondern sucht den Eindruck hervorzurufen, als täte die Parteimehrheit nicht das Nötige dagegen, als hätte sie kein Herz für das Volk, als läge es an der Parteimehrheit, daß wir noch Krieg und Elend haben. Das ist Demagogie und dessen sollte sich ein Mann von der Bedeutung Brauns nicht schuldig machen. Aehnliche Sätze aus seinem Artikel könnten noch mehr angeführt werden. Wenn Braun sagte, daß nach dem Kriege die Munitionsarbeiter anders rechnen und eine Radikalisierung bei ihnen eintreten würde, so ist leider damit zu rechnen, daß sehr viele Arbeiter die Politik nach ihrer momentanen wirtschaftlichen Lage beurteilen. Es ist richtig, wir haben heute sehr viele gutbezahlte Munitionsarbeiter, die sich sehr wenig um Politik und Gewerkschaft kümmern. Sie werden sich erst durch Not gezwungen mit diesen Dingen wieder befassen. Wenn das bei Arbeitern der Fall ist, mag es hingehen, aber Arbeiterführer dürfen auf solche Stimmungen nicht ihre Politik aufbauen. Radikalisierung haben wir aber nur in dem Sinne zu erwarten, daß die gewerkschaftlichen Forderungen in den Vordergrund geschoben werden. Befassen wir uns mit den Steuer- und anderen wirtschaftlichen Fragen, gehen wir ernstlich an den Ausbau des Genossenschaftswesens, fassen wir alle Kräfte der Arbeiter zusammen! In diesem Sinne wird eine Radikalisierung eintreten.

Dann hat Springer vorgeschlagen, die verschiedenen Gruppen müßten sich gewissermaßen zu einem föderalistischen Bunde innerhalb der Gesamtpartei zusammenfinden. Es ist erstaunlich, wie jemand — auf dem Parteitage einen solchen Vorschlag machen kann.

Noch ein Wort gegen die Ausführungen des Grafen Hertling in der bayerischen Abgeordnetenkammer über Elsaß-Lothringen. Gegen eine An-

nexion des Elsaß oder ganz Elsaß-Lothringens durch Bayern muß auf das schärfste Einspruch erhoben werden. (Sehr richtig!) Das kann nur dazu führen, daß auch andere Bundesstaaten Gebietserweiterungen verlangen, und letzten Endes muß es kriegsverlängernd wirken. (Sehr richtig!) Eine Annexion treibt die andere. Wir Badenser haben ein ganz besonderes Interesse daran, nicht ganz von Bayern umfaßt zu werden. Ein Stück unserer Grenze an der Pfalz grenzt bereits an Bayern, und da muß ich schon sagen, daß sich Grenzfragen, wie Brückenbauten und andere, viel leichter mit der preußisch-elsaß-lothringischen Regierung regeln lassen als mit Bayern. (Heiterkeit und Beifall.)

Severing-Bielefeld: Auch ich kann dem Genossen Braun bescheinigen, daß er eine ganz vorzügliche Rede gehalten hat. Wenn ich nicht von vornherein die Absicht gehabt hätte, für den Antrag Nürnberg zu stimmen, seine Rede hätte mich überzeugt. Ich gehe sogar noch weiter als der Antrag und empfehle, nicht nur bei jeder „günstigen Gelegenheit", für gemeinsame Aktionen des Proletariats aller Länder einzutreten, sondern auch bei „ungünstigen Gelegenheiten", an jedem Tage. Aber die Rede Brauns hatte die Merkmale des Vorzugs und der Schwäche zugleich. Ein Vorzug war es, daß Braun nicht verpflichtet war, uns zu sagen, wie seine Absicht sich in die Wirklichkeit überführen läßt, und ihre Schwäche zeigte die Rede darin, daß Braun sich nicht der Mühe unterzog, anzugeben, welchen Erfolg uns die Einigungsbestrebungen heute bringen sollten. Braun hatte wohl selbst das Gefühl, auf verlorenem Posten zu stehen. (Widerspruch Brauns.) Er hat sich in der politischen Hausnummer geirrt und seine Rede hätte den Unabhängigen gehalten werden müssen. Hat er doch selbst anerkannt, daß der Ton der Mehrheitspresse friedlicher geworden sei im Gegensatz zur Presse der Unabhängigen, deren Lebenselement im Schimpfen und Herunterreißen der Parteimehrheit bestehe. Was der Antrag Nürnberg will, ist selbstverständlich und wird von uns längst befolgt. Wer hat denn bisher „einheitliche Aktionen der Proletarier aller Länder", die der Antrag fordert, verhindert? Die größte einheitliche Aktion war das Friedenswerk von Stockholm. Alle unsere Organe haben sich vorbehaltlos dem Rufe des holländisch-skandinavischen Komitees angeschlossen. Auch die Unabhängigen haben sich angeschlossen. Der Brief Mehrings an Scheidse zeigt aber, daß die Spartakusgruppe sich ablehnend verhalten will, solange die „Scheidemänner" an den Stockholmer Beratungen teilnehmen. Das sieht nicht so aus, als ob auf dieser Seite die Bereitwilligkeit zu gemeinsamen Aktionen vorhanden ist. Eine gemeinschaftliche Aktion des deutschen Proletariats war die Friedensbewegung nach der Friedensentschließung des Reichstags vom 19. Juli. Löbe hat schon darauf hingewiesen, daß Agitatoren der Unabhängigen von Ort zu Ort gereist sind, um Friedensveranstaltungen der Mehrheit zu vereiteln. Also wohin wir blicken, nirgends eine Beteiligung an wichtigen proletarischen Aktionen.

Springer hat angedeutet, im Parteiausschuß habe bis zur Spaltung immer die Parole gelautet: „Nur immer raus!" Um einer Legendenbildung vorzubeugen muß ich diese Behauptung mit aller Entschiedenheit zurückweisen. Der Parteiausschuß hat ebenso wie der Parteivorstand viel zu lange Duldung geübt gegen diejenigen, die sich dem Mehrheitswillen nicht unterordnen und die ersten Erfordernisse einer demokratischen Partei nicht achten wollten. (Zustimmung.) Hat etwa der Parteiausschuß Einfluß auf die Entschließung der Neungehn gehabt, die 1915 ihre Separatistenerklärung abgegeben haben? Hat etwa der Parteiausschuß die Aktion des früheren Parteivorsitzenden Haase beeinflußt? Der Parteiausschuß hat wiederholt Warnungstafeln errichtet, zur Besonnenheit, zum Frieden gemahnt, wie Adolf Braun es heute verlangt hat,

aber es hat nichts genutzt. Deshalb ist das Gegenteil von dem richtig, was Springer von dem Parteiausschuß gesagt hat. (Sehr richtig!) Aber so wird „Parteigeschichte" gemacht, so werden die Parteigenossen im Lande gegen den Parteiausschuß aufgewiegelt.

Engler hat schon zutreffend auf den ganz unhaltbaren Zustand hingewiesen, der eintreten würde, wenn wir dem Antrag Amberg, der ein Zusammenwirken der verschiedensten Gruppen auf föderativer Grundlage fordert, folgen wollten. Ich weiß nicht, was die Amberger sich unter dem Antrag eigentlich denken. Es sollen alle Gruppen in der sozialdemokratischen Partei an einem Strange ziehen, nur der eine nach rechts, der andere nach links. (Sehr richtig!) Daß die Spartakusgruppe zum Beispiel ihre heutige „Politik" treiben könnte, ohne von einer Mehrheit der Arbeitervertreter rektifiziert werden zu können, wäre ein Verbrechen an den Interessen des Proletariats. Die Mehrheit würde von den Oppositionsgruppen in Ruhe gelassen werden, wenn sie sich ihr bedingungslos unterwerfen würde. Wenn die Unabhängigen unter sich sind, können sie auch ohne den Grundsatz, daß der Mehrheitswille bestimmend sein muß, nicht arbeiten. Als auf ihrer ersten Reichskonferenz ein Anhänger der Spartakusgruppe erklärte, sie seien nur gekommen, um sich zu unterrichten und dächten nicht daran, sich die Beschlüsse zu eigen zu machen, da erklärte Lipinski, daß damit die Spartakusleute die Konferenz von vornherein zur Unfruchtbarkeit verurteilten. Damit sagte er uns nichts Neues. (Hört! hört!) Wenn man Politik treiben will, geht es nicht ohne den alten demokratischen Grundsatz, daß die Minderheit sich dem Willen der Mehrheit unterwerfen muß.

Alle Befürworter der Einigung haben uns nicht den Weg gezeigt, der zur Einigung führt. Es wird die Einsetzung einer Kommission empfohlen. Wenn wir das tun, und der Vorsitzende dieser Kommission würde Haase, Vogtherr oder Dittmann einladen, was würde werden? Jeder weiß, daß die Antwort nicht nur ablehnend, sondern auch verhöhnend sein würde. (Sehr richtig!) Wenn man das aber weiß, dann liegt es nicht im Interesse des Friedenswerkes, schon in diesem Augenblick zur Einigung zu schreiten. Solange die Ursachen des heutigen Zwistes fortbestehen, würde es gar keinen Sinn haben, ungeeignete Einigungsversuche zu unternehmen. Das Gegenteil des beabsichtigten Zweckes würde eintreten. Deshalb müssen wir eine Voraussetzung aufstellen, ohne die eine ersprießliche Tätigkeit in einer demokratischen Partei unmöglich ist. Wir müssen bei allen Einigungsverhandlungen immer wieder darauf hinweisen, daß ohne die Unterordnung der Minderheit unter die Beschlüsse der Mehrheit ein Friedensschluß unmöglich ist. (Sehr richtig!) Das haben wir in der heute eingebrachten Entschließung zum Ausdruck gebracht. Ich bitte namens vieler Mitantragsteller, in dieser Entschließung dem dritten Satz folgende genauere Fassung zu geben:

„Wer diesen Grundsatz nicht anerkennt, verneint eine der Lebensbedingungen der Partei, die alle Kräfte zu einem einheitlichen Willen zusammenfassen muß."

Dieser Satz läßt keinen Zweifel darüber, wie wir uns Einigungsverhandlungen denken.

Adolf Braun hat darüber geklagt, daß er keine Berührungspunkte mit den Massen mehr habe. Löbe hat recht, als er im Hinblick darauf sagte, daß die Verhältnisse in Nürnberg ganz eigentümlich sein müssen, wenn heute sich ein Redakteur von dort noch über mangelnde Verbindung mit den Massen beklagt. Ich stehe nicht nur in lebendiger Fühlungnahme mit den Arbeitern in der Industrie, sondern auch mit unseren Genossen an der Front, und da kann ich nur sagen: alle unsere Parteifreunde an der Front und in der

Munitionsindustrie wünschen gewiß die Wiedervereinigung aller Parteigruppen; aber sie stellen auch als erstes Erfordernis für die Wiedervereinigung auf, daß der unheilvolle Zwist in den eigenen Reihen zu Ende gebracht wird nur durch Anerkennung des Mehrheitsgrundsatzes. Wir würden leere Redensarten machen und unsere Entschließungen würden für den Papierkorb reif sein, würden wir nicht dieses A und O jeder Einigung betonen. Im übrigen teile ich den Optimismus der Vorredner, daß das beste Einigungsstreben in der Stärkung unserer eigenen Organisation liegt. (Sehr richtig!) Der Gedanke der Anziehung wird in den Massen dann eine so starke Wirksamkeit ausüben, daß die neben uns noch bestehenden Splitter sich werden auflösen müssen. Wenn wir auch weiterhin den Massen sagen, was ist, und eine gesunde kraftvolle Realpolitik treiben, wenn wir nicht Phantomen nachjagen, sondern auf dem Boden der Tatsachen für die Interessen der Proletarier eintreten, dann werden wir bald die Einigung in Wirklichkeit haben.

Hefter-Mühlhausen i. Thür.: Die Reden Eberts und Brauns haben uns ein wenig erfreuliches Bild von unseren Parteiverhältnissen gegeben. Wir sollten daher alle Vorschläge prüfen, deren Durchführung der Partei neues Leben zuführen kann. Die wahre Ursache des Rückganges in den Parteimitgliedschaften aber ist bisher nicht erwähnt worden. Ebert sprach von den starken Einziehungen zum Heere und hat mit einer gewissen Leichtigkeit überwunden, daß erst 58 Wahlkreise und 20 Vereine zu den Unabhängigen übergetreten sind. (Widerspruch Eberts.) Gewiß, die Zahl ist nicht allzu groß. Aber sehr viele Genossen warten auf das Ergebnis dieses Parteitags. Wenn es so gemacht wird, wie Braun, Schöpflin und Severing hier vorgeschlagen haben, so wird es bei den 58 Wahlkreisen und 20 Vereinen nicht bleiben. (Sehr richtig!) Die Genossen, die die Kleinarbeit zu verrichten haben, wissen genau, daß die Bewegung der Unabhängigen keine Führerbewegung ist, sondern daß sie auch große Teile der Massen umfaßt. Man war eben nicht zufrieden mit der Kriegspolitik der Parteimehrheit. Gewiß werden manche Unabhängige unser Angebot mit Hohn und Spott zurückweisen, aber auch bei uns gibt es doch Elemente, die alles versuchen, um den Parteistreit aufrechtzuerhalten. Wenn der Parteivorstand so wie gegen die Minderheit gegen die Elemente auf der Rechten vorgegangen wäre, wäre es nicht soweit gekommen. (Widerspruch.) Dann hätte es nicht vorkommen können, daß Lensch, Haenisch usw. fortgesetzt gegen Grundsätze der Partei schreiben und reden durften. Den Arbeitern entgehen solche Vorgänge nicht, und sie haben einen großen Teil unserer Genossen in die Arme der Unabhängigen getrieben. Der Parteivorstand ist nicht immer gerecht gewesen. Was rechts über die Stränge schlug, wurde ruhig hingenommen; man hat manchmal erklärt, man sei damit nicht einverstanden, aber weitere Maßnahmen wurden nicht getroffen. Wenn ein Parteigenosse sich ganz auf den Boden der bürgerlichen Weltanschauung stellt, dann gehört er nicht mehr zu uns. (Zurufe: Dann stellen Sie doch Ausschlußanträge!) Das können wir nicht. (Widerspruch.) Man hat gesagt, die Trennung sei nur eine Mache der Führer, die Massen würden schon allein den Weg zurückfinden. Wenn das wahr wäre, dann brauchten wir uns nicht zu streiten und mit den Anträgen gar nicht zu beschäftigen. Aber wer in der Arbeiterschaft selbst tätig ist, weiß, daß die Bewegung der Unabhängigen nicht von ein paar Führern gemacht ist. Wir hatten uns zwar gegen jede Sonderbündelei erklärt, aber hatten erleben müssen, daß die Sonderbündelei am grünen Tisch selbst gefördert wurde. (Widerspruch.) Die Gründung des Vorwärtsklubs in Berlin rechne ich dazu. (Lachen bei den Berlinern.) Der Parteivorstand trägt der Stimmung der Massen zu wenig Rechnung. Es mag sein, daß große Teile der Feldgrauen Ihnen zustimmen. Aber auch wir bekommen Schreiben aus

dem Felde. Wir in Mühlhausen haben uns ausdrücklich an unsere Feldgrauen gewandt und neun Zehntel stehen auf dem Standpunkt, daß an dem Parteistreit nur die Intoleranz des Parteivorstandes schuld hat. (Widerspruch.) Soll unser ganzer stolzer Bau erst ganz in Trümmer liegen, ehe wir die Einigung versuchen? Jetzt ist die Gelegenheit gegeben. Ich bin nur ein kleiner Geist und nur aus der Provinz (Heiterkeit), aber was ich gesagt habe, entspricht der Stimmung der Arbeiterschaft. (Vereinzelte Zustimmung.)

Scheidemann: Im Laufe der Debatte ist über Elsaß-Lothringen gesprochen worden, und zwar im Zusammenhang mit dem Selbstbestimmungsrecht der Nationen. Ich kann in den mir zur Verfügung stehenden zehn Minuten auf diese Frage nicht ausführlicher eingehen, weil ich einige andere Dinge behandeln muß. Aber ich stelle fest, daß Elsaß-Lothringen keine besondere Nation ist. (Sehr richtig!) Elsaß-Lothringen ist deutsches Land, und wir verlangen für Elsaß-Lothringen volle Autonomie im Rahmen des Reiches. Die Unversehrtheit Deutschlands gehört zu unseren Friedensforderungen. (Sehr richtig!)

In dem Sündenregister, das man dem Parteivorstand vorgehalten hat, nimmt seine angebliche Gewaltpolitik einen breiten Raum ein. Eine Glanznummer ist dabei das angeblich brutale Verhalten des Parteivorstandes gegenüber dem „Vorwärts". Ich erinnere daran, was wir unter der früheren Redaktion des „Vorwärts", des Zentralorgans unserer Partei, haben erdulden müssen. (Sehr wahr!) Die Geduld des Parteivorstandes war in der Tat groß. (Sehr richtig!) Als alle unsere Versuche, zu einer Verständigung zu kommen, gescheitert waren, sind wir im Juni 1916 soweit gegangen, den Berliner Körperschaften vorzuschlagen, den „Vorwärts", das Eigentum der deutschen Sozialdemokratie, schiedlich friedlich zu teilen. Das „Berliner Volksblatt" sollte vom Organ der Gesamtpartei getrennt werden. Nach diesem Vorschlag konnten beide Blätter große Teile gemeinsam benutzen und es sollte für jedes Blatt vollkommen selbständig eine politische Redaktion eingesetzt werden. Unter Weglassung der Worte „Berliner Volksblatt" sollte der eine Teil als Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands erscheinen, während das „Berliner Volksblatt" mit dem Untertitel erscheinen sollte: „Organ der sozialdemokratischen Partei in Groß-Berlin". Weiter wurde von uns vorgeschlagen, daß der gleiche Preis für beide Blätter gelten, daß die Aenderung rechtzeitig bekanntgegeben werden sollte, damit jeder Leser bestimmen konnte, ob er den „Vorwärts" oder das „Berliner Volksblatt" haben wolle. Expedition und Austrägerinnen sollten für beide Blätter dieselben sein. Weiter konnte der Parteivorstand wirklich nicht gehen, als daß er den „Vorwärts", das Eigentum der deutschen Partei, den Berliner Genossen in dieser Weise zur Hälfte ausliefern wollte. (Sehr richtig!) Unser Vorschlag wurde mit Hohn und Spott abgelehnt. (Hört! hört!) Den Berliner Genossen selbst aber war von unserem Vorschlag gar keine Mitteilung gemacht worden. (Hört! hört!) So verfuhren dieselben Leute, die sich über mangelnde Demokratie in unserer Partei beschweren. (Sehr gut!)

Dann ist viel geredet worden über die Vorgänge, die zur Spaltung geführt haben. Hug hat mit Recht betont, daß wir schwere Differenzen schon vor dem Kriege gehabt haben. Ich erinnere nur an den Parteitag von Jena im Jahre 1913, wo es Genossen gab, die jetzt den verschiedensten Gruppen der Opposition angehören und von uns eigentlich nicht mehr und nicht weniger verlangten, als eine Taktik des Putschismus. Darüber kann gar kein Zweifel bestehen. Es ist damals gefragt worden, was uns denn eigentlich von den Unorganisierten trenne. „Ein Blatt Papier", das Mitgliedsbuch. Und es wurde hinzugefügt, „daß die unorganisierten Massen noch niemals versagt hätten".

Für die Organisation empfahl man uns polnische Wirtschaft, für die Taktik russische Zustände. (Sehr richtig!) Eine sozialdemokratische Partei war für das große Deutsche Reich zu wenig, hatten doch sogar die Polen verschiedene Parteiorganisationen. Jetzt sind wir nun soweit, daß wir in Deutschland verschiedene Organisationen haben. Man hat hier nur von den Unabhängigen gesprochen. Aber haben wir denn mit den Unabhängigen allein zu tun? Es gibt doch auch noch die Spartakusgruppe, die Gruppe der Internationale, die Gruppe um die „Bremer Arbeiterpolitik" herum usw. Eins ist allen Gruppen gemeinsam: der Kampf gegen uns in der häßlichsten Form. (Sehr richtig!) Freilich, wenn wir objektiv sein wollen, dann können wir zu unserem Trost feststellen, daß wir noch immer besser wegkommen, als jede einzelne dieser Gruppen, die sich untereinander beschimpfen. (Heiterkeit und Sehr richtig!) Wie sind Haase und Ledebour heruntergerissen worden! Lesen Sie die Flugblätter und Broschüren der verschiedenen Gruppen durch. Karl Kautsky, der jetzt wieder, nachdem er lange bei den „Radikalen" in Mißkredit war, in den Himmel gehoben wird, wurde als ein Mann bezeichnet, der die „Neue Zeit" zur Dirne gemacht haben sollte. (Hört! hört!) Aber man spricht wohl deshalb nur von den Unabhängigen, weil sie unzweifelhaft die stärkste Gruppe unter der Opposition sind. Wenn auch nur eine Spur von Einigungswillen auf der Gegenseite vorhanden wäre, dann müßten doch mindestens die häßlichen Beschimpfungen und Verleumdungen aufhören. (Sehr richtig!) Ohne diese Voraussetzung ist eine Verständigung wohl unmöglich.

Warum sollen wir nun so schlechte Kerle sein, warum werden wir so heruntergerissen? Wir sollen angeblich sozialdemokratische Grundsätze mißachtet und mit Füßen getreten haben. Das wird uns von Leuten zum Vorwurf gemacht, deren wissenschaftlicher und revolutionärer Führer jetzt Eduard Bernstein ist. Eduard Bernstein selbst aber hat vor den entscheidenden Tagen des August 1914 bei den Genossen, bei denen sich noch leise Zweifel über das Ja oder Nein bei der Kreditfrage regten, diese Zweifel beseitigt. Als einige mit Eduard Bernstein redeten, ob wir wirklich den Weg einschlagen könnten, den wir eingeschlagen haben, da griff Eduard Bernstein in seine Tasche und holte Zitate von Marx, Lassalle, Engels und Kautsky heraus, um ebenso heftig wie haarscharf zu beweisen, daß eine andere Taktik gar nicht möglich sei! (Hört! hört!) Vom Standpunkt Eduard Bernsteins war das auch ganz selbstverständlich, denn was hatte er uns denn gelehrt? Hören Sie:

„Ist der Arbeiter auch noch kein Vollbürger, so ist er doch nicht mehr in dem Sinne rechtlos, daß ihm die nationalen Interessen gleichgültig sein können . . . Nichts gebietet ihr (der Arbeiterklasse), dem Verzicht auf Wahrung deutscher Interessen der Gegenwart und Zukunft das Wort zu reden, wenn oder weil englische, französische oder russische Chauvinisten an den entsprechenden Maßnahmen Anstoß nehmen. Wo es sich auf deutscher Seite nicht nur um Liebhabereien oder Sonderinteressen einzelner Kreise handelt, die für die Volkswohlfahrt gleichgültig oder gar nachteilig sind, wo in der Tat wichtige Interessen der Nation in Frage stehen, kann die Internationalität kein Grund schwächlicher Nachgiebigkeit gegenüber den Prätentionen ausländischer Interessenten sein."

(Hört! hört!) Und weiter lehrte uns derselbe Bernstein:

„Dies ist keine neue Auffassung, sondern einfach die Zusammenfassung des Gedankenganges, der fast allen Aeußerungen von Marx, Engels und Lassalle über Fragen der auswärtigen Politik zugrunde liegt." . . .

„Es gibt in der Sozialdemokratie Leute, denen jedes Eintreten für nationale Interessen als Chauvinismus oder Verletzung der Internationalität und der Klassenpolitik des Proletariats erscheint." . . .

„Je mehr die Sozialdemokratie sich entschließt, das scheinen zu wollen, was sie ist, um so mehr werden auch ihre Aussichten wachsen, politische Reformen durchzusetzen. Die Furcht ist gewiß ein großer Faktor in der Politik. Aber man täuscht sich, wenn man glaubt, daß Erregung von Furcht alles vermag. Nicht als die Chartistenbewegung am revolutionärsten sich gebärdete, erlangten die englischen Arbeiter das Stimmrecht, sondern als die revolutionären Schlagworte verhallt waren und sie sich mit dem radikalen Bürgertum für die Erkämpfung von Reformen verbündeten."

(Hört! hört!) Das alles sagte uns Eduard Bernstein nicht etwa nur unmittelbar vor unserer Entscheidung über die Kriegskredite, sondern das hatte er schon viele Jahre lang unausgesetzt der deutschen Arbeiterschaft empfohlen. Wenn man vor dem Kriege über diese Lehren unserer Theoretiker streiten konnte, im Kriege selber gab es keine andere Möglichkeit für uns, als so zu handeln, wie wir gehandelt haben. (Zustimmung.) Wir hätten die Interessen der Arbeiter mit Füßen getreten, hätten wir anders gehandelt. (Sehr richtig!) Wir hätten auf Jahrzehnte die deutsche Arbeiterklasse rechtlos gemacht und unübersehbarem Elend entgegengeführt. Bernstein, der wissenschaftliche Vertreter der Unabhängigen, hat sehr schnell umgelernt. (Sehr richtig!) Wenn einer von denen, die uns das Umlernen vorwerfen, umgelernt hat, so ist er es. (Sehr richtig!) Das sage ich nicht, um Eduard Bernstein, der seine Qualitäten hat und den ich als Mensch allezeit geachtet habe, eine Bosheit zu sagen, sondern um die Frage aufzuwerfen, ob im Ernst jemand von uns annimmt, daß die ganze deutsche Sozialdemokratie sich jedesmal mitmausern muß, wenn sich einer der Theoretiker mausert. (Heiterkeit und Sehr gut!) — Was die Opposition von uns verlangt hat, ist das Gegenteil von dem, was man unter Demokratie versteht. Es ist nicht mehr und nicht weniger, als daß die Mehrheit sich der Minderheit fügen sollte. (Sehr wahr!) Entweder mußte das von uns verlangte Verhalten als nationalliberal oder anarchistisch bezeichnet werden; entweder es macht jeder was er will, oder es war diktiert von dem Größenwahn dieses oder jenem: Ich weiß es, ich bestimme es, und so wie ich es will, habt ihr es zu machen. Man muß miterlebt haben, was wir in der Fraktion erlebten, wochenlang, monatelang, jahrelang, um das zu verstehen. (Sehr richtig!) Es ist wahr: die Taktik, die wir befolgt haben, ist von keinem Parteitag beschlossen worden. Es war nicht möglich, einen Parteitag einzuberufen, weil unter dem Belagerungszustand alles Vereins- und Versammlungsleben zunächst unterdrückt war. Es stellte sich heraus, daß wir eine große Lücke im Organisationsstatut hatten. Während des Sozialistengesetzes war beschlossen, daß, solange kein Parteitag stattfinden kann, die Reichstagsfraktion die Leitung der Geschäfte zu besorgen hat. Das stand also 1914 leider nicht im Organisationsstatut; aber es war selbstverständlich, daß als zunächst berufene Instanz die Reichstagsfraktion in Betracht kommen mußte, um so mehr, als der Parteiausschuß ihr zur Seite stand. Die Reichstagsfraktion in ihrer großen Mehrheit war dafür, der Parteiausschuß ebenfalls, die Parteileitung war dafür, die Reichskonferenz hatte auch gebilligt, was wir getan hatten. Da soll man uns wegbleiben mit den Vorwürfen, wir hätten eine Taktik eingeschlagen, die nicht den Interessen der Arbeiterklasse entsprach. Nichts ist wahr von alledem, was Vorredner, wie z. B. der letzte, Hefter, gesagt haben über eine Gewaltspolitik des Parteivorstandes in der Richtung, daß wir Meinungen unterdrückt hätten, oder Meinungen nach links zu unterdrücken versucht hätten, während wir nach rechts alles hätten laufen lassen. Das ist direkt aus den Fingern gesogen. Wir sind für die größte Meinungsfreiheit bis heute gewesen und werden es allezeit sein. (Bravo!) Aber was wir verlangen müssen, ist die Geschlossenheit der Partei in der Aktion, die

Disziplin in der Partei. (Lebhafte Zustimmung.) Es ist mir absolut unverständlich, was Hester gesagt hat. Ist denn das so schwer auseinanderzuhalten, daß wir jeden unter seinem Namen schreiben lassen was er will, daß sich aber alle zu fügen haben unseren Parteitagsbeschlüssen. Sage man uns doch, wo wir nach links etwa eingeschritten wären, um die freie Meinung zu unterdrücken! Nichts derartiges ist geschehen, unsere Redakteure konnten schreiben wie sie wollten. Aber, wie Ebert schon gesagt hat: wenn sie ihr Vertrauensamt dazu benutzten, um die Organisation, deren Interessen sie vertreten sollten, zu sprengen, dann mußten wir allerdings sagen: Halt, stopp! Dafür bist du nicht da; wenn du gegen die Partei arbeiten willst, dann mußt du allerdings deinen Posten, auf den du in dem Vertrauen, das wir dir geschenkt haben, gestellt bist, verlassen. Das ist selbstverständlich (Sehr richtig!) — Dann wurde von Springer der Vorwurf erhoben, der auch im Lande kolportiert wird, die Partei hätte im Falle Liebknecht nicht ihre Schuldigkeit getan. Löbe hat das schon mit guten Gründen widerlegt. Sie werden es begreifen, wenn ich auf den Fall hier nicht zu sprechen komme. Das können wir nicht. Was in unseren Kräften gestanden hat, solange Liebknecht bei uns war, um ihm gut zuzureden, ist geschehen, und was wir tun konnten, um ihm zu helfen, als er nicht mehr bei uns war, das ist auch geschehen. Wir haben nicht alles an die große Glocke gehängt. (Sehr richtig!) Das wird auch jetzt nicht getan werden. Aber wenn man uns hier mit derartigen Vorwürfen kommt, so will ich doch sagen: Keine fünf Minuten waren vergangen, seitdem wir wußten, daß man Liebknecht eingesperrt habe, da waren wir schon vorstellig beim Kriegsministerium; 15 Minuten später war unsere Verbindung auch mit dem Reichsamt des Innern hergestellt, um die Interessen Liebknechts wahrzunehmen. Die Vorwürfe, daß wir ihn verlassen hätten, weise ich ganz entschieden zurück. Was ist denn aber passiert bei allen Versuchen, die wir später unternommen haben, um ihm zu helfen. Beschimpft hat man uns auf der Reichskonferenz. Und als ich im Reichstag im Einverständnis mit der Reichstagsfraktion eine Amnestie verlangt habe, unter besonderer Bezugnahme auf Liebknecht, dessen Ehrenhaftigkeit von niemand bezweifelt werden könne, da wurde ich von der linken Seite ebenfalls beschimpft. (Hört! Hört!) All das wird uns nicht abhalten, nach wie vor unsere Schuldigkeit zu tun, ohne danach zu fragen, ob man es gut oder schlecht findet. Wir werden handeln, wie es unser Gewissen und unsere Pflicht gebietet. (Sehr gut!)

Es ist dann auch heute wieder von der Unterdrückung der Unabhängigen gesprochen worden; sie könnten nichts sagen, nichts schreiben. Hüttmann hat sogar die Pamphlete in Schutz genommen. Dabei handelt es sich nicht etwa um Stellungnahme gegen den Krieg, gegen den Kapitalismus, sondern ausschließlich um Angriffe gegen die Sozialdemokratische Partei, zum Teil um interne Dinge, oder um niederträchtige Beschimpfungen einzelner Personen, die mit Rücksicht auf jene Leute trotzdem den Mund hielten, um ihnen keine Unannehmlichkeiten zu machen. Das hängt unmittelbar zusammen mit dem Kapitel von den „Regierungssozialisten". Ich habe gegenüber diesem Vorwurf nie Haß empfunden, Aerger oder Wut. Wenn ich dergleichen lese, dann beschleicht mich immer das Gefühl des Mitleids: wie schwach fundiert müssen die Gründe sein, die Leute haben, wenn sie zu derart kleinlich-erbärmlichen Mitteln greifen müssen. (Sehr wahr!) Das soll auf die Arbeiter wirken; aber es wird die Zeit kommen, wo die Arbeiter erfahren, was wir durch unsere sogenannte Regierungspolitik für die Arbeiter getan haben. Was ist es denn, abgesehen von dem, was sich in aller Oeffentlichkeit abgespielt hat, was uns mit der Regierung zusammengeführt? Doch nichts anderes, als daß wir hingingen, um Arbeiterinteressen zu vertreten, Soldateninteressen

wahrzunehmen, um die Interessen der Frauen von Soldaten und Arbeitern zu vertreten, um die Opfer des Belagerungszustandes in Schutz zu nehmen. Das war unsere „Regierungspolitik"! Eine spätere Zeit wird uns Gerechtigkeit widerfahren lassen, eine spätere Zeit, die auch feststellen wird, wie verschiedenen Menschen wir glücklicherweise sogar das Leben haben retten können. (Hört! hört!)

Parteigenossen! Wir haben nichts getan, was die Einheit der Partei hätte stören können, wir werden und wollen nichts tun, was den Zusammenschluß der Arbeiterklasse in Deutschland irgendwie hindern könnte. Aber ich glaube, es wäre falsch, wenn wir die Bahn betreten wollten, die mehrfach vorgeschlagen ist. Das beste ist, wir entscheiden uns dahin, die Nürnberg-Würzburger Resolution 2 anzunehmen, deren Vater, soviel ich weiß, Adolf Braun ist; außerdem wäre die von Severing und Genossen empfohlene Resolution zu beschließen. Damit bekunden wir unseren guten Willen deutlich. Wir Sozialdemokraten und insbesondere wir in der Parteileitung glauben die Notwendigkeit der Zeit erkannt zu haben und wir sind entschlossen, dementsprechend zu handeln. Jetzt ist nicht die Zeit für theoretische Spitzfindigkeiten, sondern jetzt heißt es praktische Arbeit leisten im Lebensinteresse der deutschen Arbeiterklasse. (Bravo!) Ich bin fest überzeugt, die deutschen Arbeiter werden erkennen, wer ihre Interessen wahrgenommen hat und sie werden zur Tagesordnung übergehen über diejenigen, von denen sie erkennen werden, daß sie nur radikale Reden gehalten, aber nichts getan haben. Was für die Arbeiterklasse erreicht worden ist, wurde erreicht durch die große sozialdemokratische Partei. Ich zweifle nicht daran: Die deutschen Arbeiter werden sich zusammenfinden in einer einheitlich wirkenden deutschen Sozialdemokratie. (Stürmischer Beifall.)

Kolb-Karlsruhe: Es ist mit Recht wiederholt betont worden, daß unsere Parteipresse den Anforderungen eines erweiterten Leserkreises nicht mehr genüge. Die Vorschläge Sollmanns kann ich nur unterstützen. Unsere Parteipresse hat heute noch viel zu sehr den Charakter eines sozialdemokratischen Vereinsorgans. Unser Nachrichtendienst ist vernachlässigt. Unter dieser Rückständigkeit leidet auch die geschäftliche Seite unserer Unternehmungen. Es herrscht in unseren ganzen sozialistischen Geschäftsbetrieben ein starker Konservativismus, der unter allen Umständen überwunden werden muß. Er schädigt nicht nur unsere Parteipresse, sondern auch unsern Buchhandel, der in keiner Weise mit dem bürgerlichen Buchhandel konkurrieren kann und diesem den meisten Absatz überlassen muß. Hier muß Remedur eintreten und müssen tüchtige Leute an die Spitze der Geschäfte gestellt werden. Es darf einer nicht deshalb, weil er jahrelang in der Partei ist, Geschäftsleiter werden oder bleiben, wenn er nicht fähig dazu ist. Leider wird darauf jedoch nur allzuviel Rücksicht genommen. Wenn da nicht eine Aenderung eintritt, so werden wir nach dem Kriege unser blaues Wunder erleben.

Was heute morgen zu den Vorstandsberichten gesprochen wurde, war sehr oberflächlich. Es gibt in der ganzen deutschen Sozialdemokratie nicht einen ehrlichen Menschen, der nicht den sehnlichsten Wunsch hätte, daß so schnell wie möglich die Spaltung wieder überwunden und die organisatorische Einheit wiederhergestellt würde. Darüber, ob das möglich ist, entscheiden aber nicht unsere Wünsche, sondern ganz andere Dinge. Die Spaltung kam nicht von ungefähr. Es ist ein großer Selbstbetrug, wenn es immer noch so hingestellt wird, als ob diese Spaltung aus der Kriegspolitik der Sozialdemokratie hervorgegangen sei. Die Spaltung wäre eingetreten, auch wenn der Krieg nicht wäre. Wir hätten sie schon auf dem Magdeburger Parteitag bekommen, wenn die damalige Minderheit ebenso leichtfertig über Demokratie und Parteidisziplin sich hinweggesetzt hätte, wie sich die Unabhängigen während des Krieges darüber

hinweggesetzt haben. Der Spaltung liegen viel tiefere sachliche Gegensätze zugrunde, die man nicht durch eine Resolution aus der Welt schaffen kann. Die Ueberwindung dieser Spaltung braucht Zeit. Das Ende dieser Unabhängigenbewegung wird genau dasselbe sein wie das jener Unabhängigenbewegung Ende der achtziger und Anfang der neunziger Jahre. Die irregeleiteten Massen werden wieder zur Partei kommen und von den Unabhängigen und Spartakusleuten werden nur ein paar Eigenbrötler übrigbleiben und die Partei wird froh sein, daß sie nicht mehr zu ihr gehören. Die unbedingte und unerläßliche Voraussetzung für die Wiedervereinigung wäre die Möglichkeit einheitlicher parlamentarischer und politischer Aktion. Kann aber einer unter den Parteigenossen, die sich hier so lebhaft für die Wiedervereinigung ins Zeug gelegt haben, mit gutem Gewissen diese Voraussetzung als gegeben ansehen? Wenn wir uns heute mit den Unabhängigen vereinigen, wäre damit die Möglichkeit einheitlicher politischer und parlamentarischer Aktion gegeben? Die Spaltung ist doch hervorgegangen aus der Unmöglichkeit dieser einheitlichen Aktion. Gewiß haben böser Wille und Lust an der Demagogie eine große Rolle in der Spaltung gespielt, aber das ist nicht die Ursache; diese waren vielmehr die sachlichen Gegensätze, die sich in der Partei herausgebildet haben. Jeder weiß, daß wir seit 1890 keinen Parteitag gehabt haben, auf dem nicht wegen irgendeiner Parteifrage die Gegensätze aufeinander platzten. Sie haben sich so zugespitzt, daß ein einheitliches Arbeiten zur klaren Unmöglichkeit wurde, wenn man nicht der einen Seite das Opfer der Ueberzeugung zumuten wollte, das man keinem aufrechten Mann zumuten kann. Nicht aus rein taktischen Fragen ist also die Spaltung hervorgegangen, sondern sie war die Folge tiefliegender theoretischer Differenzen. Das wird immer übersehen. Man geht um das eigentliche Problem, das dem Streit zugrunde liegt, herum, wie die Katze um den heißen Brei und tut, als ob nur einzelne Leute die Urheber der Parteispaltung wären. Nein, sie war zur historischen Notwendigkeit geworden und so bedauerlich sie an sich ist, so schwer sie die Arbeiterinteressen schädigt, noch viel mehr wären sie geschädigt, wenn wir nach diesem Kriege, wo wir vor den denkbar größten Aufgaben stehen werden, uns wieder wie bisher immer wieder herumstreiten müßten, ob wir den Weg praktischer Realpolitik gehen dürfen oder nicht. (Sehr richtig!) Täuschen Sie sich nicht: Die Unabhängigen können, wenn sie ehrlich sein wollen, wenn ihre Ueberzeugung wirklich fest ist, unseren Weg gar nicht gehen. Wir können ihnen das gar nicht zumuten, vom Standpunkt ihrer Theorie und Taktik können und dürfen sie keine Realpolitik treiben. Freilich, die Unabhängigen ziehen auch nicht die Konsequenzen aus ihrer Theorie, daran werden sie zugrunde gehen; sie werden keinen Anhang bei den Arbeitern gewinnen, weil sie nicht den Mut haben, zu sein, was sie sein müßten, nämlich nicht Unabhängige, sondern Syndikalisten und Putschisten. So bedauerlich diese Tatsache der Spaltung ist, so war doch nichts daran zu ändern, sie war nicht zu verhindern. Was wir zu tun haben, ist mit strenger Sachlichkeit die eigentlichen Ursachen des Konflikts hervorzuheben und uns nicht irre machen zu lassen durch persönliche Angriffe von der Gegenseite, sondern dabei zu bleiben, soweit wir gezwungen sind, die Differenzen auszufechten, dies sachlich zu tun und im übrigen den Unabhängigen zu überlassen, es in ihrer Art zu tun. Aber sie werden dabei schnell genug abgewirtschaftet haben, wenn sie diese Auseinandersetzungen so fortführen wie bisher. Die Ursachen dieser Differenzen sind keine taktischen, sondern in letzter Linie theoretische, das hat Renner in seiner Schrift „Krieg, Internationale und Sozialdemokratie" mit zwingender Logik dargetan. Er hat ganz zutreffend ausgeführt: es ist nicht die Krisis der Sozialdemokratie, die wir heute durchmachen, sondern die Krise des Marxismus; diese Scholastiker, diese Epigonen des Marxisten, haben den Marxismus entstellt, haben sich eine

Theorie zurechtgezimmert, mit der keine praktische Politik zu treiben ist, mit der es zu einer systematisch aufbauenden Sozialisierung nicht kommen kann. Die Unabhängigen können nur eine Politik des Niederreißens, des Herunterreißens und der Verhetzung treiben, unsere Aufgabe ist praktische Arbeit, aufbauender Sozialismus, dahin wirken, daß die Grundlagen für die sozialistische Gesellschaft gezimmert werden können. Wenn wir das tun, braucht uns um die Zukunft nicht bange zu sein, es wird nicht lange dauern, und von den Unabhängigen werden nur einige übrig bleiben, die hingehen können, wo sie wollen.

Mylau-Leipzig: Ich bin nicht der Auffassung Schöpflins, daß überhaupt kein Versuch zur Einigung jetzt gemacht werde, sondern daß wir die Verhältnisse noch weiter sich entwickeln lassen sollen. Den Versuch einer Einigung sollte man niemals unterlassen, weil wir letzten Endes doch wieder auf die Geschlossenheit der Arbeiterschaft angewiesen sind. Es fragt sich aber, welche Möglichkeiten bieten sich? Da muß ich schon gestehen, wenn ich die Dinge aus der Leipziger Perspektive betrachte, sind die Aussichten trübe. Hüttmann sagte, daß wir, die „Regierungssozialisten", den Unabhängigen doch den guten Glauben zugeben sollten bei allen ihren Entschließungen, die sie gegen uns gefaßt haben. Ich habe mir redliche Mühe gegeben, den Genossen von der anderen Seite den guten Glauben nicht abzusprechen, ersuche aber dringend diejenigen, die noch Fühlung mit den Genossen von der Unabhängigen Partei haben, dahin zu wirken, daß man zum mindesten uns den guten Glauben nicht abspricht und uns nicht so herunterreißt. In Leipzig hat man sogar diejenigen, die der alten Organisation die Treue bewahrten, überhaupt nicht mehr als organisiert betrachtet. Man entrüstet sich über die Fälle Kautsky und Zetkin und auf der anderen Seite scheint man ganz zu vergessen, daß drei Redakteure, die zusammen 75 Jahre der „Volkszeitung" gedient haben, wegen ihrer politischen Ueberzeugung — ich will nicht sagen gemaßregelt, sondern — entlassen worden sind. Wir haben es gewissermaßen als Selbstverständlichkeit betrachtet, daß diejenigen, die einer anderen Richtung angehören, ihre geistigen Kräfte nicht mehr einem Unternehmen zur Verfügung stellen können, das einen entgegengesetzten Standpunkt vertritt. Wir haben das ohne weiteres begriffen, aber auf der andern Seite schweigt man darüber vollkommen. Das bedauerlichste aber sind die Auswüchse, wie sie sich gezeigt haben in der Ausstrahlung auf die Gewerkschaftsbewegung. Diesen Vorgängen sollte man eine besondere Aufmerksamkeit schenken. Bei uns ist es leider dahin gekommen, daß nicht aus der Gewerkschaftsbewegung, sondern aus der Bewegung der Unabhängigen heraus die Gewerkschaften systematisch gesprengt werden sollen. Für die 20 000 Leipziger Metallarbeiter, die dem Kartell angeschlossen sind, haben ganze 47 den Austritt beschlossen. (Hört, hört!) Diesem Beschluß sollen sich die anderen fügen. Schon übermorgen werden die Leipziger Metallarbeiter an die Ausführung des Beschlusses zur Gründung eines neuen Kartells gehen und gleichzeitig wird dort die Einberufung eines neuen Verbandstages der Metallarbeiter beantragt werden. Es ist augenscheinlich, was damit bezweckt werden soll, die Spaltung, die wir leider in der Parteibewegung haben, soll auf die gesamte Gewerkschaftsbewegung übertragen werden. Den Ausführungen von Braun möchte ich widersprechen. Mir sind in meiner Stellung als Arbeitersekretär und innerhalb des Kartells die Empfindungen der Arbeiterschaft durchaus nicht unbekannt. Ich muß allerdings gestehen, daß gegenwärtig sehr wenig davon zu merken ist, daß die Arbeiter ihre Entschließungen auf Grund eigener Wissenschaft treffen. Es sind in erster Linie die tristen wirtschaftlichen Zustände, die wesentlich beeinflussend sind, und auf der andern Seite ist es die bewußte demagogische Arbeit der Unabhängigen. Was soll man dazu sagen, wenn der zweite Vorsitzende der Leipziger unabhängigen Parteiorganisation, der kein Angestellter ist, und dessen Organisation auch aus der

Partei ausgetreten ist, uns erklärte, das Hilfsdienstgesetz ist von der Sozialdemokratischen Fraktion nur deshalb angenommen, weil es nur für die Arbeiter, nicht aber für die Angestellten gilt. (Lachen.) Dieser Genosse weiß es nicht anders. Wenn aber dann von solchen Parteiführern so etwas weiter erzählt wird in den Mitgliedschaften, dann braucht man sich absolut nicht darüber zu wundern, wenn eine solche Stimmung zum Ausdruck kommt. Oder was soll man dazu sagen, wenn in dem Bericht der „Leipziger Volkszeitung" über den Austritt der Steinsetzer aus dem Kartell gesagt ist, der Austritt ist einstimmig beschlossen, weil das Leipziger Kartell die Politik der Generalkommission macht, und wenn in demselben Bericht mitgeteilt wird, man habe mit Befriedigung Kenntnis genommen von dem Antwortschreiben des Vorsitzenden des Steinsetzerverbandes, des Genossen Knoll, der Mitglied der Generalkommission ist, auf die Beglückwünschung der Leipziger Steinsetzer zu seinem Jubiläum. (Heiterkeit.) Wie weit es gekommen ist, können Sie daran ersehen, daß die Leipziger Unabhängigen beschlossen haben, daß in den gemeinsamen Kommissionen zur Propaganda für die Genossenschaftsbewegung, für das Bildungswesen usw. nur noch die anerkannt werden, die unabhängig organisiert sind. Infolgedessen hat man ein Mitglied des Kartellausschusses, der seit Mitte der achtziger Jahre gewerkschaftlich und politisch organisiert ist, aus der Propagandakommission ausgeschlossen. (Hört, hört!) Sie werden zugeben, daß solche Vorgänge eine Einigung in sehr weite Ferne rücken und daß man fast an der Einigung verzweifeln kann. Aber trotzdem dürfen wir nichts unversucht lassen und ich glaube, daß die Entschließung 48 und der Antrag Würzburg-Nürnberg den richtigen Weg zeigen. Daß wir damit etwas Positives erreichen, glaube ich ja nicht, aber wir haben unter allen Umständen die Pflicht, nach außen hin unseren schlechtberatenen Genossen gegenüber immer und immer darauf hinzuweisen, daß wir bemüht sind, in gemeinsamer Tätigkeit das herbeizuführen, was wir uns zum Ziel gesteckt haben. (Bravo!)

Vorsitzender **Auer** teilt mit, daß Resolution Nr. 50 eingegangen ist.

Der Parteitag vertagt sich.

Schluß 6 Uhr.

Zweiter Verhandlungstag.

Dienstag, den 16. Oktober 1917. — Vormittagssitzung.

Vorsitzender **Auer** eröffnet die Sitzung um 9 Uhr und teilt ein Begrüßungstelegramm des Partei- und Fraktionsvorstandes der geeinigten Sozialisten Bulgariens mit, das mit den Worten schließt: „Vorwärts zu baldigem und dauerhaftem Frieden!", gez. Sakasoff.

Es wird der Bericht erstattet von der

Mandatsprüfungskommission.

Berichterstatter **Stelling**-Lübeck: Auf dem Parteitag sind anwesend 283 Delegierte, die insgesamt 262 Kreise vertreten, 55 Reichstagsabgeordnete, 8 Mitglieder des Parteivorstandes, 5 Mitglieder der Kontrollkommission, 1 Mitglied des Zentralbildungsausschusses, je ein Vertreter der Redaktion des „Vorwärts", der „Neuen Zeit", der „Gleichheit" und des „Wahren Jacob", 8 Mitglieder des Parteiausschusses und ein Genosse als Referent, zusammen 365 Personen, darunter 9 Genossinnen. Der als Geschäftsführer des Hamburger „Echo" gemeldete Genosse Schröder kann erst heute eintreffen. Nicht erschienen sind einige beim Parteivorstand angemeldete Delegierte aus den Wahlkreisen Passau, Kaufbeuren und Blaubeuren. Diese Genossen stehen zum Teil im Militärverhältnis und haben sicherlich nicht rechtzeitig abkommen können. Proteste und sonstige

Beschwerden sind nicht eingegangen. Die Kommission hatte also eine verhältnismäßig leichte Arbeit. In Anbetracht der eigenartig gelagerten Verhältnisse innerhalb unserer Partei erscheint es zweckmäßig, Ihnen mitzuteilen, wie die einzelnen Bezirke unserer Partei vertreten sind. Sie werden daraus erkennen, daß die Partei aus dem ganzen Reiche vertreten ist, und zwar in folgender Weise: Bezirk Ostpreußen 6 Kreise durch 4 Delegierte, Westpreußen 2 Kreise durch 1 Delegierten, Groß-Berlin 8 Kreise durch 10 Delegierte, Brandenburg 18 Kreise durch 19 Delegierte, Pommern 4 Kreise durch 4 Delegierte, Posen 3 Kreise durch 3 Delegierte, Breslau 9 Kreise durch 6 Delegierte, Görlitz 5 Kreise durch 4 Delegierte, Oberlangenbielau 4 Kreise durch 4 Delegierte, Kattowitz 9 Kreise durch 1 Delegierten, Magdeburg 10 Kreise durch 14 Delegierte, Halle 2 Kreise durch 2 Delegierte, Erfurt 2 Kreise durch 2 Delegierte, Schleswig-Holstein 10 Kreise durch 14 Delegierte, Hannover 11 Kreise durch 14 Delegierte, östliches Westfalen 5 Kreise durch 5 Delegierte, westliches Westfalen 6 Kreise durch 9 Delegierte, Hessen-Nassau 6 Kreise durch 7 Delegierte, Hessen-Cassel 2 Kreise durch 2 Delegierte, Oberrhein 9 Kreise durch 4 Delgierte, Niederrhein 11 Kreise durch 9 Delegierte, Nordbayern 13 Kreise durch 15 Delegierte, Südbayern 19 Kreise durch 23 Delegierte, Pfalz 4 Kreise durch 4 Delegierte, Dresden 7 Kreise durch 13 Delegierte, Chemnitz 6 Kreise durch 8 Delegierte, Leipzig 2 Kreise durch 2 Delegierte, Zwickau 3 Kreise durch 4 Delegierte, Württemberg 14 Kreise durch 14 Delegierte, Baden 11 Kreise durch 12 Delegierte, Hessen 9 Kreise durch 9 Delegierte, Mecklenburg-Lübeck 6 Kreise durch 7 Delegierte, Groß-Thüringen 9 Kreise durch 9 Delegierte, Oldenburg 5 Kreise durch 5 Delegierte, Braunschweig 3 Kreise durch 3 Delegierte, Hamburg 3 Kreise durch 10 Delegierte, Nordwest 5 Kreise durch 6 Delegierte, Elsaß-Lothringen 1 Kreis durch 1 Delegierten, zusammen 262 Kreise durch 283 Delegierte.

Die Kommission bittet Sie, sämtliche Mandate für gültig zu erklären.

Dieser Antrag wird genehmigt und darauf die Besprechung des Vorstandsberichtes fortgesetzt.

Grenz-Leipzig: Streit in der Partei und demnach auch in der Fraktion haben wir stets gehabt, und es würde nicht gut sein, wenn Meinungsverschiedenheiten einmal in der Partei nicht mehr vorhanden sein würden. Bei den Streitfragen zwischen dem rechten und linken Flügel handelte es sich um solche, die uns auch nach dem Kriege beschäftigen werden, und dabei stehe ich heute noch auf dem linken Flügel. Tatsache ist aber folgendes: kurz vor der Reichstagssitzung vom 4. August 1914 war ich in der Zusammenkunft der Fraktionslinken. Hierbei zeigte es sich, daß man nach einigen kurzen Auseinandersetzungen klar darüber war, daß die große Masse der Linken sich vollständig auf den Standpunkt gestellt hat, daß das zu geschehen hat, was dann auch eintrat. Nachdem Bethmann den Völkerrechtsbruch gegenüber Belgien zugegeben hatte, traten während einer zweistündigen Pause die Fraktionen zusammen, auch die sozialdemokratische. Aber nicht ein einziges von all ihren Mitgliedern kam auf das Eingeständnis Bethmanns zu sprechen. (Hört, hört!) Das befestigt mich in dem Glauben, daß fast Einstimmigkeit darüber herrschte, was zu tun sei. Wenn hintenher dies mit dem Drang der Geschäfte begründet wurde, so kann das doch nicht auf Leute wie Haase, Henke usw. angewendet werden. Die hätten doch zu einer solchen Erklärung des Reichskanzlers Stellung nehmen müssen, wenn sie in ihr Anlaß dazu fanden. Im Anfang des Krieges war vollständige Einigkeit. Allmählich aber entwickelten sich die Dinge und schließlich kam die Opposition, die nichts anderes finden konnte, mit einemmal und erklärte, der Krieg sei kein Verteidigungskrieg mehr, sondern ein Eroberungskrieg. Das stimmt auf keinen Fall. An der Westfront sind nach den ersten Stadien unsere Heere von den

feindlichen Armeen zum Zurückweichen gezwungen worden, an der Ostfront sind zwar unsere Truppen siegreich vorgedrungen, aber es waren Siege, zu denen unsere Truppen fortgesetzt durch die Stellungnahme der Entente gezwungen worden sind. Eine Einigung während des Krieges halte ich für unmöglich. Wie der Krieg ausgeht, weiß kein Mensch, aber eins wissen wir: Die Klassen bleiben bestehen und der Klassenkampf wird die Brücke zur Vereinigung der Arbeitermassen sein. Da man auf geraden Wegen die Fraktionszerreißung nicht ermöglichen konnte, kam man auf krumme Wege. Diese krummen Wege sind zurückzuführen auf eine ganz infame Wühlarbeit der Haase, Henke und Herzfeld. Und wir können auch andere nicht von Schuld ganz freisprechen, nämlich die stillen Teilhaber, die da mitgewirkt haben, und die ihre Klugheit davon abhielt, das öffentlich zu tun, was diese drei Genossen im Geheimen taten. So kam man auf Schleichwegen schließlich zur tückischen Tat. Hoch hat noch im letzten Augenblick erkannt, was für ein Verbrechen an der Partei begangen werden sollte und ist in alter Freundschaft, aber mit großer Schärfe gegen Haase aufgetreten. Doch die Sache war vorbereitet, man hatte sich festgelegt, es war nichts mehr zu machen. Die Fraktion wurde zerrissen und mit ihr auch die Partei. Der Vergleich mit der Zeit des Sozialistengesetzes stimmt nicht, denn jenes Gesetz wurde verhängt im tiefsten Frieden. Ebenso ist die Frage des Massenstreiks im Frieden anders zu bewerten als im Kriege, wo ein solcher Streik sofort als Landesverrat gewertet werden kann. Man sagt, es sei jetzt unsere Aufgabe, Klarheit zu schaffen. Das hat die Fraktion stets getan. Aber ich werfe die Gegenfrage auf: Wo ist die Klarheit bei den Unabhängigen? Wie stehen sie zur Frage Elsaß-Lothringens und zu all den Fragen des passiven oder aktiven Widerstandes zur Beförderung des Friedens? Wir sagen, das kann erst in Betracht kommen, wenn etwa einer unserer Feinde die Hand zum Frieden bieten würde und die Regierung würde das ablehnen. Dann würde das eintreten, was Scheidemann im Auftrage der Partei im Reichstag gesagt hat: Dann, ja dann würden sie die Revolution haben.

Jäckel: Es ist interessant und bezeichnend, daß mein alter Freund Grenz es für notwendig gehalten hat zu betonen, daß er nach dem Kriege auf dem linken Flügel der Partei stehen würde. Ich fürchte, daß das, was er heute verspricht, ihm später nicht möglich sein wird. Scheidemann hat mit jenem fröhlichen Optimismus, der ihn immer auszeichnet, uns verkündet, daß nach dem Kriege die deutsche Arbeiterklasse geschlossen hinter der Partei stehen und das würdigen werde, was die Partei im Kriege geleistet hat. Kolb hat das schöne Bild vervollständigt, indem er ausführte, von den Unabhängigen werde in ganz kurzer Zeit nichts übrig sein, als eine kleine Anzahl Krakeeler, die losgeworden zu sein, wir uns freuen könnten. Es wäre gewiß sehr schön, wenn das, was Scheidemann uns in Aussicht stellte, Wirklichkeit würde. Wir haben aber in den drei Kriegsjahren von Scheidemann immerhin manche Voraussage mit derselben Sicherheit gehört, die sich im Laufe der Entwicklung als nicht richtig herausgestellt hat. (Scheidemann: Was denn zum Beispiel?) Ich brauche nur an das zu erinnern, was er uns so oft gesagt hat in bezug auf die Stellung der Regierung Bethmann Hollwegs zu den sozialdemokratischen Forderungen in der Friedensfrage. Heute ist man sich darüber einig, daß die zweideutigen Redensarten Bethmann Hollwegs nichts weniger bedeuten, als ein Bekenntnis zu den sozialdemokratischen Friedensforderungen. (Zuruf: Das hat doch nie jemand gesagt!) Es ist jedenfalls ein gewaltiger Irrtum, wenn man annimmt, daß die Bewegung der Unabhängigen aus der Wühlarbeit einiger Leute resultiert, wie Grenz sagte. Im Gegenteil, sie wurzelt in der Erkenntnis großer Schichten der Arbeiterklassen, daß die Taktik der Partei während des Krieges, nicht etwa nur die Kreditbewilligung, sondern wie sie sich allgemein im Laufe der

Jahre entwickelt hat, nicht mehr übereinstimmt mit dem, was wir jahrzehntelang verfochten haben, mit jener Taktik und jenen Grundsätzen, denen wir unsere Stärke und unsere Erfolge in der Vergangenheit verdanken. Man hat schon verschiedentlich von der Tätigkeit der Genossen Lensch, Heilmann u. a. gesprochen. Ja, wenn Scheidemann hier in die Versammlung hineinruft, wir haben Schreibfreiheit, es kann uns gleichgültig sein, was die Lensch und Heilmann schreiben, die Hauptsache ist, daß sie sich unterordnen unter die Beschlüsse des Parteitags, sich einfügen in den Rahmen der Partei, so hat doch alles seine Grenzen und gerade die jetzige Zeit lehrt uns, daß die Tätigkeit jener Leute naturnotwendig verwirrend auf die Arbeiterschichten einwirken muß. — In weiten Kreisen der Arbeiter ist das Bewußtsein lebendig, daß die Taktik der Gesamtpartei nicht mehr die alte ist. Wir stehen im schärfsten Kampf gegen die Vaterlandspartei. Dieselben Leute, die die Leiter dieser Partei sind, wie Herzog Albrecht usw., stehen auch an der Spitze der Gesellschaft von 1914, treiben ihr Wesen in der Deutschen Kolonialgesellschaft und dort arbeiten die an der Spitze der Partei stehenden Genossen, wie Lensch und Haenisch, mit ihnen zusammen. (Widerspruch.) Da hat der Parteivorstand die Vorpflichtung zu erklären, daß er mit dieser Tätigkeit nichts gemein hat und wenn er das nicht tut, so ist es ganz selbstverständlich, daß allmählich die Gesamtpartei dort hingezogen werden muß, wo jene stehen. (Widerspruch.) Wir hören ja jetzt soviel von Realpolitik, von praktischer Arbeit, man hat uns von dieser Stelle das Lied gesungen, daß ein Zusammenarbeiten mit den bürgerlichen Parteien eine Notwendigkeit sei. Gewiß, das Zusammenarbeiten mit den Bürgerlichen von Fall zu Fall ist eine alte parlamentarische Praxis. (Zuruf: Na also!) Aber was man heute will, das gemeinsame kollektive Zusammenarbeiten nicht nur von Fall zu Fall, sondern dauernd zu ganz bestimmten Zwecken (Unruhe), das ist etwas ganz anderes und muß naturnotwendig die Partei abbringen von dem Standpunkt, daß die Arbeiterklasse eine eigene Politik treibt.

Ich wollte dann noch die Resolution 50 begründen. Die Entschließung Severings besagt insofern nichts, als sie nur ausspricht, daß die Sammlung der Parteimitglieder das beste Mittel sei, um die Einheit zu fördern. Dasselbe sagen die andern, damit kommen wir nicht vorwärts. (Sehr richtig!) Wir müssen etwas Positives schaffen und das tut die Resolution 50, die die Einsetzung einer Kommission verlangt zum Zweck der dauernden Beobachtung der Entwicklung der Partei, um gegebenenfalls sofort einsetzen zu können. Der viel verlästerte Bernstein hat in einem Artikel in der sozialistischen Auslandspolitik dargetan — und er hat doch auch einige Erfahrungen —, die Gelegenheiten zur Einigung kämen manchmal sehr schnell und plötzlich. Um dafür gewappnet zu sein, wollen wir eine solche Kommission einsetzen, die nicht zusammengesetzt ist aus Parteigenossen wie Schöpflin, der von sich selbst sagt, daß er aus Verbitterung nicht imstande sei, die Hand zur Verständigung zu reichen, sondern zusammengesetzt aus Leuten, die mehr abseits vom Tagesstreit stehen. Ich bitte Sie, diesem Vorschlag zuzustimmen. Der Vorschlag Severing ist nur ein Vorschlag, gemacht, um das in der Arbeiterbewegung gewaltig sich vordrängende Streben nach Einigung zu hintertreiben. (Große Unruhe. — Scheidemann: Das entspricht Ihrer ganzen Art!) Ich will ja nicht gerade sagen zu hintertreiben. Jedenfalls sind es nicht sentimentale Gründe, die uns veranlassen, zur Einigung zu drängen, sondern es ist die Erkenntnis, daß es eine Lebensbedingung der Partei ist, eine Notwendigkeit im Interesse der Arbeiterklasse, daß die geschlossene Einheit aller derer herbeigeführt wird, die auf dem Boden des Sozialismus stehen.

Schirmer-Fürth: Im Laufe der Diskussion sind die Ausführungen von Adolf Braun über die „Inselfrage" lebhaft angegriffen. Die Ausführungen

von Braun dürfen nicht so ausgelegt werden, als ob die Redaktion der „Fränkischen Tagespost", der auch ich angehöre, vollständig isoliert wäre von den Parteigenossen im Laufe des Krieges. Das Gegenteil ist der Fall. Die Redaktion der „Tagespost" steht in sehr ausgiebigem und innigem Verkehr mit den Genossen, aber es ist doch verständlich, daß der Kontakt mit den Massen der Genossen im Kriege nicht so fein kann wie im Frieden, und von diesem Gesichtspunkt aus müssen die Ausführungen von Braun betrachtet werden. Ich stelle weiter fest, daß die Entschließung Nürnberg nicht etwa der Abfassung von Braun entsprungen ist, sondern der von Bröger, der ebenfalls Mitglied der Redaktion der „Fränkischen Tagespost" ist. Diese Entschließung ist aus dem Bestreben und dem Motiv heraus gefaßt worden, die so notwendige Einigung in der Arbeiterbewegung herbeizuführen. Aus diesem Grunde möchte ich Ihnen auch empfehlen, der Resolution 50 zuzustimmen. Im übrigen möchte ich Ihr Gehör über die Differenzen nicht allzu sehr mehr in Anspruch nehmen, ich will nur konstatieren, daß ich selbstverständlich zu denen gehöre, die auf eine möglichst baldige Einigung in der Arbeiterbewegung hinzielen, und aus diesem Zusammenhang heraus kann ich Schöpflin nicht folgen, wenn er sagt, erst Unheil müßte die Arbeiterschaft belehren, daß die Zersplitterung ein Schaden war. Nein, wir können nicht warten, bis Unheil über die Arbeiterschaft hereingebrochen ist, sondern wir müssen zeitig den warnenden Finger erheben, wir müssen zeitig dafür eintreten, daß die Arbeiterschaft vor Schaden bewahrt und zur Einigung aufgerufen wird. (Sehr richtig!) Die Einigung soll und muß kommen, wenn nicht ein weltgeschichtlicher günstiger Moment dem Volke Brot und Freiheit zu bringen, unwiderbringlich verpufft sein soll. Wer sich diesem Streben nach Einigung entgegenstellt, hat damit zu rechnen, daß er sich dem Fluch der gegenwärtigen und zukünftigen Generation aussetzt. (Sehr richtig!)

Dann zu einer anderen Frage. Es ist kein Parteitag der Sozialdemokratie denkbar, auf dem nicht die Bildungs- und Erziehungsfragen im Vordergrund der Verhandlungen gestanden haben. Auf der heutigen Kriegstagung fehlt dieser Brillant. Das muß um so mehr bedauert werden, als die verheerenden Wirkungen des Krieges gerade auf geistigem Gebiete zutage getreten sind. Der große Indifferentismus, der in den Reihen der Arbeiterschaft und insbesondere in den Reihen der Frauen sich bemerkbar gemacht hat, zeigt uns, daß auf dem Gebiete der Bildung und der Wissenschaft noch sehr vieles faul ist im Staate Dänemark. Wir müssen anerkennen, daß der Parteivorstand sich vielleicht von dem Gedanken hat leiten lassen, daß der Krieg der ungeeignetste Zeitpunkt ist, um die Köpfe der Arbeiter zu politisieren und zu bilden. Aber trotzdem ist es unsere vornehmste Aufgabe und die Aufgabe des Parteivorstandes, auf künftigen Parteitagen der Bildungs- und Erziehungsfrage wieder diejenige Stelle anzuweisen, die sie bisher auf allen Parteitagen eingenommen hat. Ich gebe dem Parteivorstand als Motto mit auf den Weg: Weniger Streit und Zwietracht in den eigenen Reihen und mehr Aufklärung über den Sozialismus.

Betters-Gießen: Aus dem Kassenbericht geht hervor, daß die „Parteikorrespondenz" gewaltige Summen verschlingt. Ob diese Summen zweckmäßig aufgewendet sind, kann zweifelhaft erscheinen. Man sollte das Geld lieber den kleinen Parteiblättern zuwenden, die um ihr Bestehen schwer zu kämpfen haben. Für sie wird viel zu wenig getan. Die Tausende wären für die Werbung besser aufgewendet, als daß sie der „Parteikorrespondenz" zur Verfügung gestellt werden, die vielfach nur den Wert eines Sammelwerkes hat. Wir würden Geld sparen, wenn der Parteivorstand die Korrespondenz gleich gebunden herausgeben und zum Selbstkostenpreis abgeben würde. Scheidemann hat gestern gesagt, daß der Standpunkt, wir müßten unter allen Umständen unser Land verteidigen und die Unversehrtheit des Reiches wahren,

auch für Elsaß-Lothringen gelte und daß wir kein Stück von Elsaß-Lothringen hergeben dürften. Ich glaube, daß, wenn es sich um kleine Teile des französischen Sprachgebietes in Lothringen handeln würde und wenn nur dafür noch weiter Opfer gebracht werden sollen, wir ruhig erklären könnten, daß ein paar Quadratkilometer dieses Sprachgebietes an Frankreich fallen können. Das würde uns nicht sehr an die Nieren gehen. Auch nach meiner Meinung muß die elsaß-lothringische Bevölkerung selbst entscheiden, ob sie zu Deutschland oder Frankreich gehören will. Voraussetzung für meine Stellungnahme ist aber natürlich, daß die paar französischen Dörfer Lothringens der einzige Streitpunkt sind, für den allein die Völker noch weiter bluten sollen. Für die Einigung muß der Parteivorstand tun, was in seinen Kräften steht. Auf die Dauer wird sich freilich die Arbeiterschaft zwei Parteien mit demselben Programm gar nicht gefallen lassen. Ob der Weg eines Ausschusses richtig ist, kann fraglich sein. Gehässigkeiten sind auf beiden Seiten in gleichem Maße vorgekommen. Der Widerspruch der Minderheit wurde vor allem dadurch hervorgerufen, daß ein nicht unerheblicher Teil der Parteipresse nach Kriegsausbruch durch chauvinistischen Mordspatriotismus Verwirrung in die Reihen der Genossen trug. (Sehr richtig! — Zurufe: „Leipziger Volkszeitung"! „Nordhäuser Volkszeitung"! Der alte „Vorwärts"!) Bedauerlich ist, daß es nicht gelungen ist, den Genossen Kautsky der „Neuen Zeit" zu erhalten. Kautsky ist der bedeutendste Vertreter des wissenschaftlichen Sozialismus, es hätte daher alles getan werden müssen, um ihn der Partei zu erhalten.

Molkenbuhr: Ich begreife, daß das Streben nach Einigkeit breite Schichten begeistert. Die Arbeiter sind sich darüber klar, daß das Proletariat nur durch ein geschlossenes Vorgehen seine Siege erfechten kann. Aber es ist doch zweifelhaft, ob wir durch einen Beschluß hier auf dem Parteitage der Einigkeit näherkommen. Wir müssen uns vor Augen halten, wodurch die Partei gesprengt worden ist, wie die Spaltung systematisch vorbereitet und planmäßig durchgeführt wurde. Soll es nun auf einmal auf der Gegenseite dämmern, sollen die Leute, die die Spaltung herbeigeführt haben, durch einen Parteitagsbeschluß plötzlich zu der Erkenntnis kommen, daß sie unrecht gehandelt haben und es nicht wieder tun wollen? Das wird nicht geschehen, und deshalb werden alle unsere Beschlüsse nichts fruchten. Nun wird gesagt, man könne es ja getrost einmal versuchen. Aber ich weise darauf hin, daß wir auch 1869 bis 1875 niemals durch Parteitagsbeschlüsse zur Einigung gekommen sind. Eisenacher und Allgemeiner Deutscher Arbeiterverein bekämpften sich gegenseitig in der schärfsten Weise. In mehreren Generalversammlungen beider Gruppen wurde beschlossen, die Einigkeit anzubahnen. Diese Beschlüsse wurden wegen der ihnen entgegenstehenden unüberwindlichen Schwierigkeiten nicht ausgeführt. Die Einigung erfolgte erst in dem Augenblick, als das größte Hindernis der Einigung, die beiden Organisationen, nämlich die zentralistische des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins und die föderalistische der Eisenacher, durch Staatsanwalt Tessendorf mit einemmal aus dem Wege geräumt wurde. (Sehr richtig!) Die Einigung war damals überhaupt viel leichter als heute. Trotzdem verschiedene Programme für die Eisenacher und für die Lassalleaner bestanden, waren die Gegensätze damals nicht so groß wie heute der Gegensatz zwischen unserer Partei und der Spartakusgruppe. (Sehr richtig!) Die sozialistische Literatur bestand damals ja nur aus einigen Dutzend Broschüren und diese Schriften wurden von beiden Richtungen gelesen. Die Anhänger beider Richtungen hatten dieselbe sozialistische Vorbildung, und eine Einigung war daher verhältnismäßig leicht. Schwerer ist die Verständigung mit Anschauungen, wie sie früher Most und später andere in die Partei hineingetragen haben, denn dies sind rein anarchistische An-

schauungen. Wenn Jäckel gesagt hat, wir hätten die alten Grundsätze der Partei geopfert, so hätte er sich gar nicht in besondere Unkosten stürzen brauchen, denn diese Melodie kennen wir seit Jahrzehnten. Vor mir liegt ein Flugblatt aus dem Kampfe der Unabhängigen gegen den Parteivorstand von 1890/91. Dieselben Vorwürfe, die uns heute gemacht werden, werden dem Parteivorstand von damals in diesem Flugblatt gemacht. Da wird gesagt, daß der revolutionäre Geist durch die Führer systematisch ertötet werde, daß jedes demokratische Fühlen und Denken erstickt werde, daß wir eine pure Reformpartei kleinbürgerlicher Richtung zu werden drohten und daß alles geschehe, um mit der Bourgeoisie einen Ausgleich herbeizuführen. Ja, selbst der alte Liebknecht wird in dieser Weise bekämpft und seine Rede auf dem Hallenser Parteitag von dem Hineinwachsen der heutigen Gesellschaft in den sozialistischen Staat wird sinnloser Blödsinn genannt, der nur von politischen Kindsköpfen stammen könne. (Hört! hört!) Also nicht ein neues Moment bietet der Kampf der jetzigen Unabhängigen gegen die Partei. Die Unabhängigen sind ein Teil der Anarchistelei, der sich in unsere Partei eingeschlichen hat. Gestern ist gesagt worden, es sei eine Beschimpfung, wenn man diese Leute Anarcho-Sozialisten nenne. Das bestreite ich. Das Wort stammt von einem der sympathischsten Genossen, der es auf sich selber anwandte, von Raphael Friedeberg, dem die Forderungen der Sozialdemokratie nicht schnell genug verwirklicht wurden und der den Generalstreik als alleiniges Heilmittel empfahl. Er suchte für diese Anschauung Anhänger in der Partei zu werben und nannte sich stolz einen Anarcho-Sozialisten.

Was ist nun der hauptsächlichste Grund für die Spaltung? Meist wird unsere Stellung zum Kriege genannt. Aber haben wir nicht vorher ähnliche Gegensätze gehabt? Man denke nur an den Streit über die Dämpfung bei den Stichwahlen zu den letzten Reichstagswahlen, an unsere Stellung zu Steuervorlagen und an anderes mehr. Die Gegensätze sind nicht erst im Kriege entstanden. Aber immer ist gesagt worden, daß die Minderheit sich der Mehrheit fügen müsse, und zwar gilt das nicht nur für die Reichstagsfraktion, sondern für jeden einzelnen Genossen, denn dieser Grundsatz ist die Grundlage jeder Demokratie. (Sehr richtig!) Diesen Grundsatz aber hat ein erheblicher Teil der Reichstagsfraktion nicht anerkannt, und Karl Kautsky hat wissenschaftlich begründet, daß dieser demokratische Grundsatz eigentlich Unsinn sei, denn die persönliche Ueberzeugung gehe über alles. Wer denkt da nicht an Bakunin, der sich gegen jede Tyrannei auflehnte, auch gegen die Tyrannei der Mehrheit, der mit den überkommenen demokratischen Grundsätzen völlig brach und damit die Spaltung herbeiführte. Wir können aber diesen demokratischen Grundsatz nicht aufgeben, es darf nicht jeder tun können, was er will, vielmehr müssen wir gerade im Kriege an dem Mehrheitsgrundsatz festhalten. (Zustimmung.)

Man hat uns in diesen Auseinandersetzungen Regierungssozialisten genannt, man hat von einer Reptilienpresse in der Partei gesprochen und was dergleichen Schimpfereien mehr sind. Wir können das ruhig ertragen. Wir haben die Schimpfereien des Reichsverbandes ausgehalten, ja, sind dabei ganz gut gefahren, sind immer mächtiger und stärker geworden. Schlimmer kann es uns jetzt auch nicht ergehen, und man kann über diese Schimpfereien ruhig zur Tagesordnung übergehen. Man hat selbst zu Verleumdungen gegriffen. Auch diese Verleumdungen sind keine neuen Erscheinungen. Ein Mann, der sie genau kennt, Dr. Franz Mehring (Heiterkeit), schrieb: „Es gibt im öffentlichen Leben nicht leicht ärgere Jesuiten, als die bornierten Radikalen, die mit ihrer Tugendhaftigkeit protzend, vor den ärgsten Verleumdungen nicht zurückzuschrecken pflegen.“ (Hört! hört!) Mehring kennt seine Leute, und wir

haben uns auch jetzt wieder überzeugen müssen, daß die Verleumdungen in der Natur dieser Leute begründet sind. Was Franz Mehring vor Jahren schrieb, gilt noch heute. Wir aber sagen: mögen sie weiter schimpfen und verleumden, wir werden trotz dieser Verleumdungen groß und stark werden.

Fischer-München: Die Wiedervereinigung der gespaltenen Partei ist selbstverständlich keine leichte Aufgabe, aber dennoch ist sie notwendig, und die darauf abzielenden Bestrebungen dürfen deshalb nicht abgewiesen werden, denn sie entsprechen dem Empfinden und Wollen weiter Kreise der Parteigenossen im Lande. Ich weise auf die Begründung Adolf Brauns hin. Tatsache ist, daß unsere Parteipresse im Lande zurzeit nicht das Gefühl, den Willen und die Anschauung der Parteigenossen wiedergeben kann. Die sogenannte Unabhängige Partei hat den unverzeihlichsten Fehler dadurch begangen, daß sie sich vom Parteikörper losgelöst hat. Trotz anderer Anschauungen hätte sie in der Partei bleiben und dort ihre Meinungen geltend machen müssen. Unverzeihlich ist es, daß eine ganze Reihe Genossen, die in der Kleinarbeit stehen, und sogar Gewerkschaftsführer der Partei den Rücken gekehrt haben, statt in ihr und mit ihr weiterzukämpfen. Ich bitte deshalb, die Entschließung 50 anzunehmen, und wenn auch nicht von heute auf morgen dadurch die Einigung zustandekommen kann, so kann sie doch angebahnt werden. Wer es ehrlich mit den Bestrebungen der Partei und mit den Arbeiterinteressen meint, könnte die auf die Wiedervereinigung abzielenden Bestrebungen gar nicht ablehnen.

Unsere proletarische Jugendorganisation leidet selbstverständlich während des Krieges außerordentlich, ganz besonders durch die Einberufungen der Jugendleiter und auch der Jugendlichen selbst. Dennoch muß die Partei alles aufbieten, damit nicht nur allein die Jugendorganisation während des Krieges erhalten werde, sondern daß sie auch nach dem Kriege noch viel mehr leistet als vorher und jetzt. Die bürgerliche Jugendorganisation, der freilich ganz andere Mittel und Wege zur Verfügung stehen, hat ganz außerordentliche Erfolge zu verzeichnen. Zurzeit wird viel größeres Gewicht gelegt auf die körperliche Ausbildung und Ertüchtigung der Jugend. Bei uns hat man dies vor dem Kriege zu wenig gewürdigt. Es wird notwendig sein, den Lehr- und Arbeitsplan unserer Jugendorganisation zu ändern. Auch bei uns sind die Fragen der Körperpflege mehr in den Vordergrund getreten. Die Arbeiterjugendbewegung sollte gemeinsam mit dem Arbeiterturnerbund arbeiten. Dieser war aber zur letzten Konferenz der Bezirksleiter nicht eingeladen, entgegen der früheren Gepflogenheit, obwohl auf ihr über die wichtigen Fragen der körperlichen Ertüchtigung und die Fahrpreisermäßigung bei Ausflügen beraten wurde. Es wäre unbedingt notwendig gewesen, die Eingaben an den Reichstag bzw. den einzelnen Bundesstaaten auf Fahrpreisermäßigung bei Ausflügen der Jugendlichen im Einvernehmen und gemeinsam mit der Leitung des Arbeiterturnerbundes zu machen. Wir in München arbeiten mit dem Arbeiterturnerbund in bester Weise zusammen. Jugendorganisation und Turnerbund ergänzen sich; die eine Organisation hat die Jugend geistig fortzubilden und aufzuklären, die andere hat von Natur aus die Aufgabe der körperlichen Ertüchtigung. Ich bitte den Zentraljugendausschuß, auf dieses Zusammenarbeiten sein Augenmerk zu richten und in Zukunft ein besseres Zusammenwirken in die Wege zu leiten. (Beifall.)

Brüll-Hannover: Man fordert Toleranz, aber wer den Verlauf des seitherigen Konflikts verfolgt hat, der muß wissen, daß es sich heute nicht mehr um Meinungen handelt, sondern um Sein oder Nichtsein der Partei. Meinungen gegenüber hat die gesamte Partei stets die größte Toleranz bewiesen. Und in diesem Konflikt haben Parteivorstand, Fraktion und Parteiausschuß

lange genug Duldsamkeit geübt. Nicht an mangelnder Toleranz scheiterte die Einigkeit, sondern weil die Minderheit die Unterordnung unter die Mehrheit abgelehnt hat. Die Toleranz ist also zunächst von den Unabhängigen über Bord geworfen worden. Sollte denn die völlige Zerstörung der Partei abgewartet werden? Wer hat denn die Beitragsverweigerung gepredigt und die Presse boykottiert? Handelte es sich da noch um Meinungen? (Sehr gut!) Die Verweigerung der Unterordnung ist unvereinbar mit demokratischen Grundsätzen. Wenn wirklich, wie die Presse der Unabhängigen erklärt, die Stellung zum Kriege eine Gewissensfrage ist, dann mußten die Unabhängigen selbst die Partei verlassen, statt erst abzuwarten, bis die Partei gezwungen war, dem traurigen Spiel ein Ende zu machen. Ich erkenne selbstverständlich den Unabhängigen den guten Glauben zu, aber es fällt mir schwer, den guten Glauben den Führern der Unabhängigen im vollen Maße zuzugestehen. Einige möchte ich davon ausnehmen, aber allen fehlt die nötigste Eigenschaft für einen Führer in der Arbeiterbewegung, und das ist das Verantwortlichkeitsgefühl. Daran haben sie einen Mangel sondergleichen bewiesen, einen Mangel, der sie nicht befähigt, die Arbeiterklasse in schwierigen Zeiten durch die Klippen zu führen, durch die sie gerade während des Krieges geführt werden muß. Leute, die aus praktischer Erfahrung wissen, welche unendliche Mühe es kostet, Indifferente in zurückgebliebenen Gegenden der politischen oder der gewerkschaftlichen Organisation zuzuführen, können nicht so handeln wie die Unabhängigen gehandelt haben und bis heute noch handeln. Wir brauchen uns nichts weiß zu machen, wir können uns darüber klar sein, daß die Unabhängigen nach alledem, was wir bisher beobachtet haben, gar nicht die Absicht haben, auf eine Einigung einzugehen, und ich fürchte, auch eine Kommission würde zwecklose Arbeit verrichten. Heute glaube ich noch nicht an die Möglichkeit einer Einigung, dazu ist die Erbitterung zu groß, dazu ist ja auch die Kampfesweise der Unabhängigen nicht angetan. (Sehr richtig!) Es wurde gesagt, das Unrecht liegt auf beiden Seiten. Aber gerade für den Ausgangspunkt des Konfliktes trifft das nicht zu. Wer die demokratische Tugend der Unterordnung ablehnt, auf dessen Seite ist schon das Unrecht, in solchen Fragen kann es keine Verständigung geben, da gibt es nur entweder — oder. Wohin sollten wir denn sonst kommen, was wäre das für eine Organisation, in der eine Minderheit einfach erklären könnte, wir richten uns nicht nach den Beschlüssen der Mehrheit. Das Endresultat kann nur sein Unterordnung. So war es von jeher, und so wird es sein müssen, sonst hat das Wort Organisation seinen Sinn verloren. Ich habe die Hoffnung, daß die Arbeitermassen den Weg zurückfinden werden zur Organisation. An den Führern der Unabhängigen wird es liegen, daß sie den Anschluß nicht verpassen. Die Arbeiterschaft will die Einigung haben, sie weiß, daß nur geschlossenes Auftreten Erfolg bringen kann. Auf dieser Seite sind die Schwierigkeiten nicht groß. Nach meiner Auffassung werden wir durch die Resolution 48 das erreichen, was wir gegenwärtig tun können und erreichen müssen, und darauf kommt es an. (Bravo!)

Giermann-Nürnberg: Bei dem Antrag Nürnberg handelt es sich nicht um die Meinung einzelner Personen, sondern um den Willensausdruck der gesamten Nürnberger Parteigenossenschaft. In sieben verschiedenen Parteiversammlungen ist einmütig dieser Wille zum Ausdruck gekommen, sowohl auf seiten derer, die zur Politik der Unabhängigen hinneigen, als auf seiten derer, die zur Politik der Mehrheit neigen. Alle stimmten darin überein, daß unter allen Umständen auf dem Parteitage ein kräftiger Wille für die Einigung zum Ausdruck kommen müsse. Es war interessant, daß in allen sieben Versammlungen ohne jeden Zusammenhang derselbe Gedanke sich Bahn brach. Das

hat die Parteileitung bewogen, den vorliegenden Antrag Nürnberg-Altdorf zu formulieren, der dann in einer gemeinsamen Mitgliederversammlung einmütige Annahme gefunden hat. Es darf nicht verkannt werden, daß Fehler und Seitensprünge von allen Seiten gemacht sind. Es geht doch nicht an, daß einzelne Parteigenossen sich an Veranstaltungen und vaterländischen Kundgebungen beteiligen, die uns gar nicht berühren, wenn neben einem Graf Westarp auch Genossen in führender Stellung sprechen. Das erweckt das Mißtrauen der Arbeiter. Diesen Genossen muß deutlich gesagt werden, daß es eine Grenze gibt, innerhalb derer sie sich bewegen müssen. (Sehr richtig!) Wenn auch die persönliche Freiheit des einzelnen gewährleistet sein soll, so kann es doch nicht so weit gehen, daß die ganze Bewegung dadurch gehemmt wird. Weiter wird die Stimmung der Arbeiter ungünstig beeinflußt durch die Vertrauensseligkeit vieler Genossen zur Regierung. Es wird uns immer erklärt, wir haben das Vertrauen, daß die Regierung unseren Anträgen Rechnung trägt, und dann heben wir immer beobachten müssen, daß die Regierung ihre eigenen Wege geht und daß trotzdem das Vertrauen führender Genossen nicht ins Wanken geraten ist. Das erzeugt bei den Genossen die Stimmung, daß dieser Weg nicht der richtige ist, sondern daß man davon abgehen muß, wenn man mit Erfolg die Entwicklung der Partei betreiben will.

Der eingegangene Ergänzungsantrag auf Einsetzung einer Kommission von Parteigenossen, die nicht im Vordergrund des Tagesstreites stehen, mag zweckmäßig sein. Aber es ist noch von keiner Seite die Kompetenzfrage dieser Kommission aufgerollt worden. Es kann sein, daß an einzelnen Orten sich ganz schnell zur Durchführung gewisser Aktionen die Notwendigkeit ergibt, eine Verständigung herbeizuführen. Soll das nun den einzelnen Orten selbst überlassen bleiben, den richtigen Weg dafür zu finden, oder soll das die Kommission erledigen, oder soll Aufgabe der Kommission nur die Gesamtverständigung von Fraktion zu Fraktion sein?

Was mich dazu bringt, größere Hoffnungen auf diese Einigungsbestrebung zu setzen, sind die treffenden Ausführungen, die Ebert gemacht hat, als er erklärte: von unseren alten Grundsätzen brauchen wir nichts preiszugeben, die Sozialdemokratie bleibt was sie war, wir wollen keine Mauserung durchmachen. Die Unabhängigen behaupten ja immer, daß wir unsere Grundsätze preisgegeben haben. Daher berechtigt mich diese Stellungnahme Eberts zu der Hoffnung, daß die Einigungsbestrebungen doch von Erfolg gekrönt sein können. Die Parteigenossen, die bereits abgesprungen sind, und das sind nicht wenige, haben doch immer den Wunsch ausgedrückt, daß die Trennung nur eine zeitweise sein möge. Wenn man mit den Parteigenossen kameradschaftlich sich unterhält, taucht immer wieder dieser Gedanke auf, daß ein gemeinsames Wirken doch erforderlich sei. Man muß also nicht auf die Auffassungen einzelner führender Genossen das Hauptgewicht legen, die Auffassung der Masse ist eine andere. Wenn die Einigung nicht an der persönlichen Verbitterung einzelner scheitern soll, so muß sie über deren Köpfe hinweg erfolgen.

Der Entschließung Nr. 48 kann ich nicht zustimmen, weil in ihr jeder Hinweis darauf fehlt, daß auch auf der anderen Seite Fehler gemacht worden sind, die man für die Zukunft verhüten muß, wenn nicht die Einigungsbestrebungen den Todeskeim in sich tragen sollen. Die Auffassung Schöpflins weise ich mit Entschiedenheit zurück. Nichts wäre gefährlicher, als wenn der heutige Parteitag eine Kundgebung beschlösse, wonach er Einigungsbestrebungen für unklug hält und zurückweist. Im Gegenteil muß der Parteitag eine kraftvolle und möglichst einmütige Kundgebung nach der Richtung erlassen, daß der Weg zur Verständigung gefunden werden muß, um einen kraftvollen Aufstieg der Arbeiterklasse zu ermöglichen. (Bravo!)

Müller (Parteivorstand): Das Bild, das gestern Ebert über die Stockholmer Verhandlungen geben konnte, war kein erfreuliches. Fast in jedem Lande haben wir zwei Richtungen, die sich schroff gegenüberstehen. Uns Deutsche hat die Zerrissenheit der Internationale besonders schmerzlich berührt, weil wir zu den Tagungen der Internationale niemals in Schützenfeststimmung hingegangen sind, bloß um die Internationale anzuhochen, sondern weil wir stets mit ganzem Herzen bei der Sache gewesen sind. Wir haben ja mehr als einmal tatkräftige Beweise unserer Sympathie für die Internationale geliefert und sind heute noch stolz darauf. Wenn die Internationale noch nicht wieder zu einer Tagung zusammenkommen konnte, so liegt die Schuld auf seiten der Entente. Selbst das holländisch-skandinavische Komitee, in dem gewiß genügend ententefreundliche Sozialisten vertreten sind, mußte in seinem letzten Manifest das ganz unzweideutig feststellen, als gegen die brutale Paßverweigerung der Ententeregierungen Stellung genommen werden mußte. (Sehr richtig!) Wir haben jedenfalls als deutsche Sozialisten alles getan, um das holländisch-skandinavische Komitee und die russische Sowjet-Delegation in ihrer Arbeit zu unterstützen. Die französische Partei hat sich in ihrer Kriegspolitik festgelegt. Es ist aber nicht zu verkennen, daß in Frankreich selbst die Stimmen immer lauter werden, die gegen diese Politik Front machen. Haben wir es doch in Frankreich erlebt, daß defilierende Truppen ihr „Vive Stockholm!" dem französischen Kriegspräsidenten Poincaré zuriefen, der seinerzeit als Lothringer von allen Freunden der Revanche auf den Schild erhoben worden ist. Aber trotzdem steht doch fest, und der Kongreß von Bordeaux hat es zuletzt noch erwiesen, daß heute noch die Albert Thomas und Renaudel ihre Politik in Frankreich treiben können, die darauf hinausläuft, insbesondere die deutsche Sozialdemokratie bei einer eventuellen Konferenz auf die Anklagebank zu setzen und nach Möglichkeit überhaupt die Stockholmer Konferenz zu sabotieren, sie wirkungslos zu machen. Nun wären gewiß Renaudel und Thomas die letzten, die ein Recht hätten, uns gegenüber als Ankläger aufzutreten, haben sie doch die Politik ihrer Ribot und ihrer Painlevé so intim mitgemacht, wie wohl keine andere sozialistische Partei in irgendeinem Lande. Jene Politik, deren Verfechter behaupten, daß sie einen Krieg für die Humanität, einen Krieg für das Recht führen. Aber unsere französischen Parteifreunde vergessen, daß die Ribot und Painlevé, wenn sie vom Krieg für die Humanität reden, im Innern daran denken, daß sie einen Krieg um das Saarrevier führen und daß die französischen Imperialisten, wenn sie vom Kriege für das Recht reden, an die Annexion von Syrien denken. (Sehr wahr!) Wir deutsche Sozialisten haben nach dem Ausbruch der russischen Revolution die Formel des Petersburger Sowjet „ohne Annexion" am 19. April in unserer Parteiausschußtagung akzeptiert und haben uns dann im Reichstag feierlich dazu bekannt. Aber selbstverständlich muß das auch bedeuten, daß gegen Deutschland ebenfalls keine Annexionen unternommen werden dürfen. (Zustimmung.) Wie sollten wir denn unseren Kampf gegen die deutschen Annexionisten mit Erfolg führen, wenn die anderen bei uns annektieren dürften und das nur unseren Annexionisten verboten werden sollte. Nein, der Kampf gegen Annexionen gilt für jedes Land, sonst wird die Formel sinnlos. (Sehr richtig!)

Nun verstehe ich ja, daß Katzenstein den Franzosen eine Brücke bauen wollte, gerade weil heute das Haupthindernis der internationalen sozialistischen Einigung bei Frankreich liegt und weil zweifellos die elsaß-lothringische Frage dabei eine große Rolle spielt. Er hat sich dagegen gewandt, daß wir in unserem Memorandum an Stelle einer einfachen Formel eine Spezialbehandlung der Nationalitätenfrage betrieben hätten, und meinte, der alte

Grundsatz des Selbstbestimmungsrechts der Nationen wäre genügend und richtiger gewesen. Scheidemann hat schon betont, daß wir niemals anerkannt haben, daß Elsaß-Lothringen eine Nation sei. (Katzenstein: Hat niemand behauptet!) Unter Selbstbestimmungsrecht der Nationen verstehen wir das Bestreben der Unabhängigkeit der Nationen und innerhalb der Völker den Kampf für die Demokratisierung. Wir haben aber für Nationalitäten niemals ein volles Selbstbestimmungsrecht verlangt, sondern immer nur die Autonomie der Nationalitäten im Rahmen des Reiches. Im übrigen ist diese Formel „Selbstbestimmungsrecht der Nationalitäten" eine der zweideutigsten Formeln. (Sehr richtig!) Aus den Verhandlungen in Stockholm wissen wir, daß Vandervelde etwas ganz anderes darunter versteht als die meisten anderen Sozialisten. Wir wissen, daß man mit dieser Formel die vollständige Zerreißung Oesterreich-Ungarns herbeiführen kann und auch will, denn deswegen wird diese Formel in den Ländern der Entente popularisiert. Nun ist aber doch klar, daß nur ein völlig niedergeschlagenes Oesterreich in eine solche Atomisierung einwilligen würde. Das zeigt, daß eine Festlegung auf diese Formel die Kriegsverlängerung bedeuten würde und keine Brücke. Nun hat freilich Katzenstein insofern eine Einschränkung gemacht, als er sagte, ein solcher Antrag müsse aus der Mitte der betreffenden Nationalität gestellt werden. Wo ist denn aber aus der Mitte der Elsaß-Lothringer bisher eine solche Forderung gestellt worden? Der Landtag, der auf Grund des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts gewählt ist, und die Bezirkstage haben sich für die Autonomie im Rahmen des Reichs erklärt; im Reichstag ist von den elsaß-lothringischen Abgeordneten trotz des Schutzes der Immunität auch noch nie eine solche Forderung erhoben worden. Es sind doch nur die Weill, die Wetterlé, die Blumenthal, die damals nach Frankreich hinübergegangen sind, die diese Forderung gestellt haben. Unser alter Grundsatz — wenn hier von Grundsätzen die Rede sein kann — ist der, den Scheidemann betonte: Wir kämpfen für die Unversehrtheit des Deutschen Reiches. Die deutsche Sozialdemokratie hat in den vergangenen Jahrzehnten den Frankfurter Frieden anerkannt. Und als in Basel auf dem Internationalen Kongreß die bekannte lange Resolution angenommen wurde und man bestrebt war, all die Fragen darin zu erwähnen, die Kriegsgründe abgeben könnten, wurde die elsaß-lothringische Frage aus der Resolution herausgelassen, und insbesondere Bebel hat das für ganz selbstverständlich erklärt, weil eben diese Frage für uns erledigt war. Ebert hat bereits gestern darauf hingewiesen, daß die Resolution unseres Jenaer Parteitags sogar von einem französischen Sozialistenkongreß akzeptiert worden ist. Also wer Unklarheiten hervorruft in bezug auf die Haltung Deutschlands in dieser Frage, der kann dazu beitragen, den Krieg zu verlängern. Nur einem besiegten Deutschland könnte heute das deutsche Elsaß-Lothringen wieder abgenommen werden. Wir verlangen einen Staatsmann an der Spitze Deutschlands, der uns möglichst rasch den Frieden bringt. Wie soll das aber dieser Staatsmann fertigbringen, wenn er zunächst vor dem deutschen Volke die Abtretung Elsaß-Lothringens vertreten sollte? Das ist ein Ding der Unmöglichkeit. Es würde auch praktisch nichts nützen: wir würden den Forderungen der Franzosen gar nicht genügen. Die Franzosen verlangen ja nicht eine Abstimmung der etwa am 1. August 1914 in Elsaß-Lothringen ansässig gewesenen Elsaß-Lothringer. Sie verlangen, daß die eingewanderten Deutschen, die Schwaben nicht mit abstimmen dürfen, sie möchten am liebsten, daß nur die abstimmen, die von Eltern abstammen, die vor 1870/71 in Elsaß-Lothringen anwesend waren. Und wie soll im übrigen die Abstimmung vollzogen werden? Daß unter dem Kriegszustand im Operationsgebiet eine Abstimmung nicht vollzogen werden kann, ist klar. Sie würde zur

Farce werden und würde von keiner Seite anerkannt werden. Es bliebe also nur der von neutraler Seite gemachte Vorschlag, daß man etwa zwei, drei Jahre nach dem Kriege eine solche Abstimmung vornehmen solle. Aber das wäre das schlimmste, was nach diesem Kriege passieren könnte. Wir haben alle Ursache, dafür zu sorgen, daß nach diesem Kriege die Gegensätze abgeschliffen werden, die Flut des Hasses zurückgedämmt wird. Wenn aber nach einigen Jahren von neuem in Frankreich wie in Deutschland die Leidenschaften durch diese Abstimmung wieder aufgepeitscht werden sollten, so würde das die Arbeit, die im Interesse eines dauerhaften Friedens notwendig ist zur Beruhigung der Völker, aufs allerschlimmste gefährden. Ich habe die Ueberzeugung, daß, wenn dieser Krieg einmal vorbei sein wird, man auch in Frankreich zur Besinnung kommen wird. Man wird sich nach dem Kriege in Frankreich den Schaden besehen, der dort durch die Opfer an Gut und Blut angerichtet worden ist, und wenn die Franzosen dann sehen werden, wieviel Tote im besten Mannesalter Frankreich mehr zu verzeichnen hat als Elsaß-Lothringen Einwohner hat, Greise, Säuglinge und Frauen einbegriffen, wenn das erst einmal den Franzosen zum Bewußtsein kommen wird, dann werden sie Abrechnung halten mit den Politikern, die um Elsaß-Lothringens willen den Krieg weitergeführt haben.

Es sind keine allzu glänzenden Aussichten da in bezug auf die Verständigung über diese Frage. Aber ich habe die Hoffnung, daß auch von anderer Seite ein Druck ausgeübt wird auf die französische Regierung und auch auf die französischen Sozialisten, insbesondere von russischer Seite. Denn Rußland braucht den Frieden, und insbesondere die russische Revolution braucht ihn, wenn ihre Errungenschaften erhalten bleiben sollen. Ich erwarte, daß von russischer Seite nicht um einen Separatfrieden zu bekommen, sondern für den allgemeinen Frieden etwas getan wird. Wir wollen diesen, denn das Morden soll aufhören, nicht nur im Osten, sondern auch im Westen, das Morden zu Lande, zu Wasser und in der Luft. (Beifall.)

Krätzig-Berlin: Ich lege noch vor der Abstimmung Verwahrung dagegen ein, daß etwa diejenigen, die einer bestimmten Entschließung nicht zustimmen, als Gegner der Einigung hingestellt werden. Es klang das aus verschiedenen Ausführungen heute schon so halb und ganz hindurch. Es gibt keinen, der nicht für die Einigung der Partei eintreten würde mit allen Fasern seines Lebens, es handelt sich nur darum, mit welchen Mitteln man diese Einigung herbeiführen will. Eine Kommission aus sieben Personen, die dem öffentlichen Parteileben möglichst entrückt sind, ist eine glatte Unmöglichkeit, sie kann unmöglich etwas Gutes erreichen. (Sehr richtig!) Der Parteitag wird die Politik, die die Partei in diesen drei Jahren getrieben hat, mit großer Mehrheit billigen, er wird der Parteileitung Aufgaben zuweisen, die sie erfüllen soll im Sinne ihrer bisherigen Politik. Und wenn nunmehr der Parteivorstand diesen Parteiwillen zur Durchführung bringen will, so wird er eben darauf achten müssen, daß diejenigen, die sich zur Partei zählen, auch dem Parteiwillen Rechnung tragen. Wenn nun neben dem Parteivorstand noch eine andere Kommission wirkt, so muß es nach der Lage der Dinge zu neuen Interessenkonflikten innerhalb der Parteileitung kommen und neuer Streit und neue Verwirrung werden in die Arbeiter hineingetragen. (Sehr richtig!) Auch für den Frieden in diesem unseligen Bruderkrieg gilt, was wir als Voraussetzung gesetzt haben für den Frieden im Weltkrieg: Der Bruderkrieg wird zu Ende sein in dem Augenblick, wo die Sicherung der demokratischen Grundsätze erreicht und der Gegner zum Frieden bereit ist. (Sehr richtig!) Ich kann denen nicht zustimmen, die sagen, der Parteivorstand sei schuld, daß

wir die Zerreißung der Partei haben. Der Parteivorstand ist von der Partei eingesetzt zur Durchführung des Parteiwillens, dieser wurde immer demokratisch durch die Mehrheit festgesetzt. Der Vorstand hatte also den Mehrheitswillen der Partei durchzuführen, er stieß dabei auf den Widerstand von Leuten, die nicht den Mehrheitswillen, sondern den Minderheitswillen durchgeführt haben wollten. Das hieß, die demokratischen Grundsätze auf den Kopf stellen. Der Parteivorstand mußte dem demokratischen Grundsatz Rechnung tragen, daß des Volkes Wille das höchste Gesetz ist. Bei uns war es bisher immer so, daß die Mehrheit den Parteiwillen feststellte, und wenn die Unabhängigen behaupten, hinter der Mehrheit der Parteikörperschaften stehe nicht die Mehrheit der Genossen, so ist das ebenso nichtssagend, wie wenn die Alldeutschen sagen, hinter der Mehrheit des Reichstages vom 19. Juli 1917 stehe nicht die Mehrheit des deutschen Volkes. Der Parteivorstand hatte als Organ der demokratischen Partei dafür zu sorgen, daß die demokratischen Grundsätze respektiert werden, und wenn er einen Vorwurf verdient, so den, daß er so lange zögerte, ehe er die Konsequenzen zog aus den Handlungen der anderen. Genosse Hüttmann hat gestern erregte Worte verloren über die Aenderung in der Redaktion der „Neuen Zeit". Ich verstehe nicht, wie man sich darüber erregen kann. Ich will nicht harte Worte gebrauchen, wenn Kautsky aber einer anderen Partei beitritt, so hätte er besser getan, selbst die Konsequenzen zu ziehen, denn er weiß doch sehr gut, daß er als Mitglied einer anderen Partei nicht der Theoretiker unserer Partei sein kann. Der Frieden im Bruderkrieg ist da, wenn die Unabhängigen sich wieder zu demokratischen Grundsätzen bekennen, aber in dieser Beziehung verspreche ich mir für die nächste Zeit sehr wenig. Das liegt nicht am bösen Willen der Unabhängigen, sondern an der Verschiedenheit der prinzipiellen und taktischen Auffassungen. Bei den Unabhängigen steht die Politik der positiven Arbeit auf dem Nullpunkt. (Sehr richtig!) Und bei uns steht auf dem Nullpunkt die Politik der Schlagworte und der Demonstrationen. (Sehr wahr!) Das sind Gegensätze, die nicht überbrückt werden durch eine Kommission, sondern die entschieden werden müssen durch das gesunde Gefühl der Arbeiter. Die Politik der Partei muß den Anschauungsunterricht liefern für die Stellung der Arbeiter zu dieser Frage. Ein solcher Anschauungsunterricht wird heute geliefert, die Arbeiter werden gestellt vor die Beurteilung der Fragen: Wird die wirtschaftliche Lage der Arbeiter gefördert, wenn die Unabhängigen mit Hetzebrand und Westarp gegen die Kriegsgewinnsteuer stimmen, oder wird dem Völkerfrieden gedient, wenn die Unabhängigen mit den Alldeutschen gegen die Friedenskundgebung des Reichstags stimmen, die das Echo erwecken soll in den Völkern der anderen kriegführenden Länder, damit sie ihre Regierungen zwingen, diesem Blutvergießen ein Ende zu machen; vermehrt man die Rechte der Arbeiter, wenn Stadthagen Arm in Arm mit dem Schnapsjunker Kreth gegen die Demokratisierung geht? Dient man den Opfern des Krieges, wenn man gegen das Kapitalabfindungsgesetz stimmt? usw. (Lebhaftes Sehr gut!) Dieser Anschauungsunterricht muß erst wirken und seine Wirkung verstärkt werden durch die positive Arbeit der Partei, entgegen jener andern Arbeit im Reichstage; damit werden wir die Einigung herbeiführen, indem die Arbeiter erkennen werden, daß nur durch Organisation und Arbeit, aber nicht durch Desorganisation und leere Worte ihren Interessen gedient werden kann. (Lebhafter anhaltender Beifall.)

Eduard Schmid-München: Genosse Engler hat dagegen protestiert, daß die Bayern Elsaß-Lothringen annektieren wollen, gegen eine Umklammerung Elsaß-Lothringens durch die Bayern. Ich kann Sie versichern, daß weder bei der Sozialdemokratie Bayerns, noch beim Gros der Bevölkerung Bayerns

nach dieser Richtung hin irgendwelche Absicht besteht. Aber auch bei der Regierung hat man den Gedanken aufgegeben, der eine Zeitlang ventiliert wurde, die Reichslande an die süddeutschen Bundesstaaten anzugliedern. Der Ministerpräsident Graf Hertling hat jüngst im Ausschuß der Kammer erklärt, daß dieser Gedanke nicht mehr in Betracht kommt und wir in Bayern sorgen so wie die übrigen Parteigenossen im Reiche dafür, daß der Standpunkt energisch zur Geltung gebracht wird, den Scheidemann gestern kurz skizziert hat. Und nun zur Einigungsfrage. Den möchte ich kennen, der nicht die Einigung in der Partei wollte. Allein wenn die andern nicht wollen, kann der Frieden nicht geschlossen werden. Es geht uns in der Partei ebenso wie mit der Herbeiführung des großen Weltfriedens. Wir wollen den Frieden, es wird beschlossen, den Frieden herbeizuführen, es wird alles aufgeboten, um die Einigung zu erzielen, wenn aber die Gegner nicht wollen, kann der Frieden nicht zustande kommen, auch wenn wir 10 Einigungsresolutionen annehmen. Adolf Braun hat Ihnen in lebhafter Rede vorgetragen, was er für seine Person und als Schriftleiter der „Tagespost" getan hat, um die Einigkeit zu sichern, die Spaltung fernzuhalten. Die „Münchener Post" hat ebenfalls Rücksicht genommen und Zurückhaltung geübt, soweit wie das überhaupt möglich war. Die Partei in Bayern hat alles getan, um die Parteieinheit zu wahren. Im April 1916 hielten wir in Nürnberg eine Parteikonferenz zusammen mit der Opposition ab, dort wurde einhellig beschlossen, daß der Opposition größte Meinungsfreiheit gegeben sein soll; wir bedauerten die Zwistigkeiten in der Reichstagsfraktion und beschlossen damals einhellig, daß bei aller Meinungsfreiheit jede Sonderorganisation mit Entschiedenheit zu bekämpfen ist. Es folgte die Reichskonferenz, auf der die Mehrheit und die Parteileitung alles aufboten, was nur möglich war, um den Frieden in der Partei herbeizuführen. In zahlreichen Versammlungen haben wir in Bayern uns mit der Opposition auseinandergesetzt, fast überall wurde mit überwältigender Mehrheit das Verhalten der Reichstagsfraktion gebilligt, weil ihr eine andere Taktik nicht möglich war. Nichtsdestoweniger ging das Wühlen gegen die Parteimehrheit fort. Wir stellten fest, daß weder das Verhalten der einen noch das der anderen fehlerfrei sei, was wir aber von jedem Parteigenossen unter allen Umständen fordern müssen, das ist die Unterordnung unter die Parteidisziplin und die Unterlassung alles dessen, was zu einer Sonderorganisation führen kann. Gerade wegen der ungeheuren und unabsehbaren Aufgaben, die uns auf politischem und wirtschaftlichem Gebiet bevorstehen, haben wir die Einigkeit und Geschlossenheit der Partei als das wichtigste für die deutschen Arbeiter in jetziger Zeit erklärt. Trotzdem gingen die Wühlereien fort. Wieder versuchte eine Parteikonferenz in Nürnberg, den Frieden und die Einheit der Partei mindestens in Bayern festzuhalten. Wir haben die Opposition gewarnt, nach Gotha zu gehen und eine Sonderorganisation zu gründen und sich auf diese Weise selbst außerhalb der Partei zu stellen. Bald darauf saßen die Leute in Gotha! Jüngst hatten wir eine Besprechung in Hof wegen der Vorgänge im dortigen Wahlkreis. Es wurde ausdrücklich festgestellt, daß die Opposition, so lange sie in den Reihen der Parteien tätig war, volle Meinungsfreiheit hatte — trotzdem wir wußten, welche schmutzigen und schäbigen Flugblätter hinter unserm Rücken im Dunkel der Nacht verbreitet worden waren. Trotz aller Toleranz unserseits wurde der Beschluß gefaßt, aus der Partei auszutreten und Simon ging zu den Unabhängigen. In der Landtagsfraktion, der Simon ja auch angehört, haben wir noch keinen Bescheid, was er zu tun gedenkt.

Das Gefährliche ist, daß die Unabhängigen die Mißstimmung über die unausbleiblichen Kriegsfolgen in skrupelloser Weise gegen die Partei ausnutzen, die die Interessen des Volkes auf das nachdrücklichste stets vertreten hat. Bedeutender Schaden ist der deutschen Arbeiterschaft durch dieses Vorgehen der Unabhängigen schon zugefügt worden, manches Schlimme befürchte ich noch. Aber Kommissionsberatungen und theoretische Erörterungen werden diese bösartigen Erscheinungen nicht beseitigen und nicht hemmen. Das wird nur durch den gesunden Sinn der Massen und um so eher geschehen, je mehr unsere Reichstagsfraktion energisch praktische Arbeit leistet und wir uns immer mehr den Zielen nähern, die wir uns in unserem Programm gestellt haben. Wenn wir unablässig in diesem Sinne wirken, dann zeigt sich, wer für das werktätige Volk praktisch tätig ist. Wenn der Krieg erst zu Ende ist und die Menschen wieder ruhig und sachlich denken können, dann werden wir die Massen hinter uns haben und die Unabhängigen ebenso verschwinden wie die Jungen und alle die verschiedenen anderen Sonderorganisationen. (Beifall.)

Winkelmann-Bremen: Wir haben alle den aufrichtigen und sehnlichen Wunsch, zu einer Wiedervereinigung mit den abgesplitterten Gruppen zu kommen. Leider ist die Zeit dafür noch nicht gekommen, die Voraussetzungen für eine Wiedervereinigung fehlen. Die Voraussetzung einer jeden Wiedervereinigung ist, daß unser alter bewährter demokratischer Grundsatz der Unterordnung der Minderheit unter die Mehrheit bedingungslos von allen Parteigenossen anerkannt wird. Diese Voraussetzung muß der Parteitag aussprechen. Nehmen die abgesplitterten Gruppen sie nicht an, dann ist es zwecklos, daß wir uns weiter bemühen. Ich stimme für die Entschließung Severings. Auch sie enthält leider nicht die von mir verlangte bedingungslose Voraussetzung. Ohne diese Voraussetzung würden wir zu eigenartigen Verhältnissen kommen. Der Zustand würde eintreten, daß einige Führer den Dachstuhl des Hauses in Brand setzen und unten Minen legen könnten, während wir uns in der Mitte des Hauses um den Besitz der Partei streiten. Die Partei würde unter solchen Zuständen elendiglich zugrunde gehen. (Zustimmung.) Im übrigen ist die Wiedervereinigung gar nicht abhängig von dem Willen leitender Personen. Andere Machtfaktoren werden das entscheidende Wort sprechen, und diese Machtfaktoren sind die wirtschaftlichen Verhältnisse. Sie werden nach dem Kriege eine so harte und ernste Sprache reden, daß auch die, die durch ihre Absplitterung ein Verbrechen an der Arbeiterbewegung begangen haben, überrannt werden, daß der Wille der Massen nach Wiedervereinigung, durch die wirtschaftlichen Verhältnisse gezwungen, sich gegen alle Hindernisse durchsetzen wird. Was unser Wille vermag, soll gewiß helfend dazu beitragen. Aber wir müssen aussprechen, daß wir zum Frieden nur bereit sind, wenn die Voraussetzung der Unterordnung der Minderheit erfüllt wird. Wir haben auch ein Stück Menschenleben der Partei geopfert. Wir sind durchdrungen von der Ueberzeugung, daß unsere Partei eine Kampfpartei sein muß. Eine Kampfpartei aber bedarf aller Kampfmittel und der Unterstützung durch alle Kampforgane. Dazu gehören unsere Zeitungen. Vor der Spaltung hatten wir den bedauerlichen Zustand, daß unsere Redakteure selbstherrlich schalten und walten konnten, wie es ihnen beliebte. In einer Kampfpartei aber müssen wir in erster Linie darauf Bedacht nehmen, daß, wenn unsere leitenden Instanzen einer großen Bewegung Richtung und Ziel geben, wir alle geschlossen unsere ganze Kraft einsetzen müssen, um zu diesem Ziel zu gelangen. Das ist in der Vergangenheit nicht geschehen. Ein Teil der abgesplitterten Blätter hatte Gegenmaßnahmen ergriffen und war andere Wege gegangen. Wir müssen verlangen, daß unsere sämtlichen Kampfmittel in den Dienst unserer Sache gestellt werden. Damit wird die freie Meinungsäußerung in keiner Weise aufgehoben. Wer andere politische Auffassungen vertreten zu müssen glaubt, kann es in unseren wissenschaftlichen

Blättern, der „Neuen Zeit", den „Sozialistischen Monatsheften" und der „Glocke" tun, die Zeitungen aber sind Kampforgane und in ihnen darf es keine Seitensprünge geben.

Landsberg-Magdeburg: Die Gegner einer jeden Kundgebung für die Einigung bewegen sich in einem merkwürdigen Widerspruch. Sie sagen, daß die Einigkeit des Proletariats eine unbedingte Notwendigkeit ist. Daraus sollten sie eigentlich, wie man meinen müßte, folgern, daß der Parteitag seiner Sehnsucht nach der Herbeiführung der Einigkeit in einer Entschließung Ausdruck geben müßte. Nein, sagen die Gegner einer solchen Entschließung, das geht nicht, die anderen werden nicht wollen. Dann aber fügen sie hinzu, wir wollen auch nicht, wir kommen über die persönlichen Beschimpfungen, die man uns an den Kopf geworfen hat, nicht hinweg, wir müssen zunächst einmal die nächsten Reichstagswahlen abwarten. Genossen, ich denke mit Schrecken daran, daß die nächsten Reichstagswahlen voraussichtlich das Bild zweier sich bis aufs Messer bekämpfenden sozialdemokratischen Parteien geben werden. (Sehr richtig!) Wir sind uns alle klar darüber, daß diese Wahlen das Schicksal Deutschlands für mindestens 50 Jahre bestimmen. (Sehr richtig!) Was wird bei ihnen geschehen, wenn zwei sozialdemokratische Parteien in den Wahlkampf ziehen? Die Unabhängigen werden nicht den Ehrgeiz haben, Wahlkreise zu erobern, in denen die Sozialdemokratie noch gar nicht Fuß gefaßt hat oder noch sehr schwach ist, sie werden, glaube ich, zu der Sieghaftigkeit ihrer Gedanken nicht so viel Vertrauen haben, daß sie sich auf die Eroberung von Südbayern oder des ländlichen Kreises der Rheinprovinz verlegen werden, sie werden ihre Kandidaten aufstellen selbstverständlich in den Wahlkreisen, in denen die Sozialdemokratie ein Machtfaktor ist. Und was wird sich dann ereignen? In einer ganzen Reihe von Kreisen werden die beiden sozialdemokratischen Kandidaten, die sich naturgemäß untereinander viel schärfer bekämpfen werden als die bürgerlichen Gegner, aus der Stichwahl ausfallen, und die Stichwahl wird stattfinden zwischen den Kandidaten zweier bürgerlichen Parteien. In anderen Fällen, wenn einer der beiden Sozialdemokraten mit einem Bürgerlichen in die Stichwahl kommt, wird es sich so und so oft ereignen, daß die Anhänger des unterlegenen Kandidaten der anderen Richtung dem Bürgerlichen den Vorzug geben vor dem feindlichen Bruder. (Sehr richtig!) Das ist ja eine Erfahrung, die Scheidemann in Solingen schon einmal hat machen müssen. Wie dann der Reichstag aussehen wird, das wissen wir. Ich weiß nicht, ob solche trüben Ereignisse sich verhüten lassen werden, aber ich weiß, daß man den Versuch machen muß. (Sehr richtig!) Und täuschen wir uns darüber nicht! Bleibt die Parteispaltung, dann folgt ihr auch die Spaltung der Gewerkschaften. Die Unternehmer können, ob fortschrittlich, ob nationalliberal, ob Zentrum oder konservativ, in ihren Unternehmerverbänden einträchtig zusammenwirken zum Schaden der Arbeiter. Der Arbeiter aber ist Politiker mit solcher Leidenschaft, daß es ihm unmöglich erscheint, mit einem politisch anders Gesinnten zusammen in demselben Fachverein zu sitzen. Das sehen wir an dem Bestehen der Hirsch-Dunckerschen und der Christlichen, und das werden wir, wenn die Spaltung bleibt, auch an den freien Gewerkschaften sehen. Und wenn dann die Taktik, die die Unabhängigen im Reichstag befolgt haben, zur Taktik der neuen unabhängigen Gewerkschaften wird, dann werden wir etwas erleben in einer Zeit, in der die Zusammenfassung der wirtschaftlichen Kraft der Arbeiter erste Voraussetzung für die Erhaltung ihrer Existenz ist. Und dann noch ein Drittes. Die Spaltung mag einigen von uns, die besonders staatsmännisch veranlagt sind, Hoffnungen gemacht haben. Das ist weiter nicht schlimm. Die Partei ist stark genug, Entgleisungen einzelner zu verhindern. Aber auf

der anderen Seite, auf der Seite der Unabhängigen, hat die Spaltung einen Geist freigemacht, den man nicht mehr den Geist der Vereinigung nennen darf, der direkt der Geist der Sabotage ist. (Lebhafte Zustimmung.) Stellen Sie sich einmal die Tätigkeit der Unabhängigen im Reichstage vor. Ich will nur einige Beispiele anführen. Die Regierung bringt einen Antrag ein auf Subvention von Schiffahrtsgesellschaften. Jeder Mensch weiß, daß wir eine Vermehrung der Handelsflotte nach dem Kriege brauchen, denn wir müssen Rohstoffe ein- und Waren ausführen. Die Regierung verlangt, daß den Reedern die Subvention gratis gegeben wird. Wir Sozialdemokraten sagen: nein, wir sind dafür, daß die Handelsflotte mit Hilfe des Reiches vermehrt wird, aber die Unterstützung soll in Form eines Darlehns gegeben werden. Die Unabhängigen lehnten den Antrag ab mit folgender Begründung: wir sind Gegner des ganzen Gesetzes, die Sozialdemokratie hat gesagt, daß, wenn ihr Antrag abgelehnt wird, sie das ganze Gesetz ablehnt, folglich lehnen wir auch den Antrag der Sozialdemokraten ab, Darlehen zu geben. (Hört! hört!) Weiter, Sie wissen, daß die Unabhängigen die Friedensresolution abgelehnt haben mit der Wirkung, daß ein so objektiver Mann wie Troelstra sie auf das heftigste getadelt hat, daß aber die Northcliffe-Presse, namentlich die „Times", in hellen Jubel ausgebrochen ist. (Hört! hört!) Sie wissen, daß, als das Schutzhaftgesetz zur Beratung kam, das die Opfer des Belagerungszustandes mit dem Recht der Beschwerde gegen die Schutzhaft ausstatten wollte, Herzfeld in der Kommission das Gesetz abgelehnt hat mit der Begründung, es sei eine Verschlechterung des bestehenden Zustandes. (Lachen.) Allerdings ist er dann von seiner eigenen Fraktion hinterher desavouiert worden. Im Hauptausschuß des Reichstages vergeht keine Sitzung, in der nicht Ledebour die Parlamentarisierung der Regierung verlangt. Die erste Voraussetzung hierfür ist die Beseitigung des Schlußsatzes des Artikels 9 der Verfassung, wonach niemand zugleich Mitglied des Reichstages und des Bundesrates sein kann. Wir Sozialdemokraten stellten im Verfassungsausschuß den Antrag auf Streichung des Schlußsatzes und Stadthagen und Wurm stimmten dagegen. (Hört! hört!) Weiter, die Unabhängigen stellen im Plenum des Reichstages den Antrag, den wir selbst auch unzählige Male schon gestellt hatten, den Belagerungszustand aufzuheben. Der Antrag wird abgelehnt, wir stimmten selbstverständlich für ihn. Wir hatten beantragt, für den Fall der Ablehnung des Antrages auf Aufhebung des Belagerungszustandes wenigstens die politische Zensur zu beseitigen. Unter den Bürgerlichen befanden sich so viele Abgeordnete, die für diesen Antrag stimmten, daß er zur Annahme hätte gelangen können, wenn nicht die Unabhängigen ihn abgelehnt hätten. (Lebhaftes Hört! hört!) Ich bin mir ganz klar darüber, daß eine solche Politik der erbärmlichsten Unfruchtbarkeit auf die Dauer nicht fortgesetzt werden kann. (Sehr richtig!) Ich müßte kein Vertrauen zu dem gesunden Sinn der Massen haben, wenn ich glaubte, daß sie sich auf die Dauer das gefallen lassen. Aber was kann für Unheil angerichtet werden, bis die Massen Einspruch erheben können. (Sehr gut!) Das Interesse der Arbeiter erheischt dringend, daß der Geist der Sabotage gebunden wird. (Zustimmung.) Wenn man von persönlichen Beschimpfungen spricht, was kommt denn das in Betracht? Wir sind doch keine Korpsstudenten. Und seht Euch doch nur an, wie sich die Eisenacher und Lassalleaner früher gegenseitig bespeiht haben. Die Eisenacher nannten die Lassalleaner Regierungssozialisten. Mir kommt es so vor, als ob ich diesen Ausspruch in letzter Zeit auch einmal gehört hätte. (Heiterkeit.) Die Lassalleaner revanchierten sich damit, daß sie die Eisenacher als Stipendiaten des Ex-Königs von Hannover bezeichneten. Und trotzdem sind unsere Alten, die die Einigung erlebt haben, der Ansicht, daß der Tag der

Gothaer Einigung der schönste ihres Lebens gewesen sei. (Sehr richtig!) Die Unabhängigen werden die Einigung nicht wollen, sie verlassen sich auf das Wirken von Michaelis, der ja den Ehrgeiz zu haben scheint, Ehrenmitglied der Unabhängigen werden zu wollen. (Heiterkeit und Sehr gut!) Wir haben diesem Herrn mit aller Deutlichkeit zu erklären, daß wir es lieber mit den Geächteten halten als mit den Privilegierten, und daß wir für eine Gleichberechtigung danken, die wir seinem uns kompromittierenden Wohlwollen zuzuschreiben haben. (Lebhafte Zustimmung.) Die Unabhängigen werden nicht wollen, und sie werden damit beweisen, daß es nicht wahr ist, wenn sie sagen, daß sie aus der Sozialdemokratie hinausgedrängt sind. Aber die Genossen sollen wissen, daß wir nicht das Hindernis der Einigung sind, und deshalb ist es unbedingt nötig, daß wir in einer Entschließung unserer Sehnsucht nach der Einigung Ausdruck gegen. (Sehr wahr!)

Es fragt sich, welche Entschließung nehmen wir an. Ich bin für den Antrag 2 und für die Entschließung Severing, nicht aber für den Antrag Braun auf Einsetzung einer Kommission. (Sehr richtig!) Dieser Antrag scheint mir erheblich verfrüht zu sein. Finden wir auf der anderen Seite Geneigtheit zur Anbahnung von Einigungsverhandlungen, so wird das Fehlen einer Kommission die Verhandlungen nicht aufhalten. (Sehr wahr!) Finden wir aber die Geneigtheit nicht, so ist der Ausschuß eine komische Institution, und es entspricht meiner Meinung nach nicht unserer Würde, eine solche zu schaffen. (Lebhafter Beifall.)

Leinert-Hannover: Es ist gesagt worden, die Bewegung der Unabhängigen sei nicht das Werk einzelner, sondern sie sei aus den Massen herausgekommen, aus den Massen, die mit der Taktik der Partei nicht mehr einverstanden gewesen wären. Danach würde es sich also lediglich um eine Frage der Taktik handeln. Das ist aber nicht richtig. Es ist schon dargelegt worden, daß es grundsätzliche Unterschiede sind, die zur Gründung der Unabhängigen geführt haben, und diese grundsätzlichen Unterschiede sind bisher auf jedem Parteitag hervorgetreten. Es war eine kleine Gruppe von Parteigenossen und -genossinnen, die immer in der Partei von den Konzessionen, die die Mehrheit ihren Anschauungen gemacht hat, gelebt haben. Der Kampf hat immer begonnen vor jedem Parteitag mit Beschimpfungen des Parteivorstandes. Ich erinnere nur an das Jahr 1912 nach den Reichstagswahlen, wo man den Parteivorstand beschimpfte als Verräter der Partei, der die Partei den bürgerlichen Parteien verkauft habe durch das Dämpfungsabkommen. Und wenn wir zurückschauen, müssen wir sagen, daß die damalige Taktik bei den Reichstagswahlen die größte geschichtliche Tat innerhalb der Partei gewesen ist, denn sie hat erst den Boden bereitet für die große Machtentfaltung unserer Partei in der jetzigen schweren Kriegszeit. (Sehr richtig!) Damals waren die Massen durchaus damit einverstanden, und wenn jetzt gesagt wird, daß die Gründung der Unabhängigen aus den Massen herausgekommen sei, so ist das nichts weiter als ein auf die Täuschung der Oeffentlichkeit und besonders der Arbeiterklasse gerichteter, wohlüberlegter Schwindel. (Sehr richtig!) Ueber die Taktik können Meinungsverschiedenheiten bestehen, darum ist die Gründung einer neuen Partei absolut nicht notwendig, und wir haben auch von vornherein bei Beginn des Krieges erkannt, daß Meinungsverschiedenheiten über die Kreditbewilligung bestehen. Der Parteiausschuß hat im September 1914 innerhalb der Partei den Burgfrieden proklamiert und erklärt, daß es heute denen, die eine andere Haltung einnehmen wie die Mehrheit der Fraktion, überaus schwer sein wird, ihren Standpunkt zu begründen. Aus Loyalität gegen diejenigen, die damals in der Gruppe der Vierzehn in der Reichstagsfraktion vorhanden gewesen sind, ist der Beschluß gefaßt worden, und im Januar 1915 mußten wir feststellen, daß die Wühlarbeit und die Unterminierung der Partei schon soweit fortgeschritten ist, daß wir nicht mehr beiseite stehen konnten. Es ist doch auch notwendig, sich einmal ins Gedächtnis zurückzurufen, wie diese Wühlarbeit begonnen ist. Man hat mit auf der Schreibmaschine hergestellten Flugblättern insbesondere die Jugendlichen und die Frauen gegen die Partei zu empören gesucht, man hat Versammlungen abgehalten, in denen man den Frauen sagte, daß die Ernährungsschwierigkeiten durch das Verhalten der sozialdemokratischen Partei hervorgerufen seien, man hat die Jugendlichen zu Richtern über die größten politischen Probleme aufgerufen und sie gegen die Partei und die Reichstagsfraktion eingenommen und mit diesen eine wüste Hetze betrieben, schlimmer, als sie jemals innerhalb der Arbeiterbewegung getrieben werden konnte. (Sehr richtig!) Wenn gegenüber diesen Wühlereien überhaupt etwas gegen den Parteivorstand gesagt werden konnte, so war es das, daß er nicht energisch und rechtzeitig genug gegen diese Wühlereien aufgetreten ist. So nahm das Verhängnis seinen Lauf. Einige Personen reisten herum und taten nichts weiter, als die Organisationen zu zerrütten oder für die Beitragssperre zu werben. Junge Leute zerrütteten Organisationen, für deren Entstehung und Entwicklung ihre Väter ein Menschenalter gearbeitet hatten. Ein besonders krasser Fall ist der des „Vorwärts"redakteurs Meyer, der öffentlich für die Beitragssperre eintrat. Als er deshalb entlassen wurde, ist ihm von der Berliner Organisation das Gehalt weitergezahlt worden, obgleich er dafür eintrat, derselben Partei die Beiträge zu verweigern. (Sehr gut!) Merkwürdig ist auch, daß jahrelang die Genossin Zetkin Schriftleiterin der „Gleichheit" sein konnte, obwohl sie gar keine Beiträge an die Partei bezahlte. (Sehr richtig!) Wir haben dem Parteivorstand im Parteiausschuß oft gesagt, daß das ein unhaltbarer Zustand sei, aber die Langmut des Parteivorstandes siegte immer wieder. Wie weit wir gekommen sind, sehen wir an den Verhältnissen in Braunschweig, wo unter der stillschweigenden Duldung des dortigen Parteisekretärs, der sein Gehalt vom Parteivorstand erhielt, Leute wie Thalheimer, Minster und Sepp Oerter in Vertrauensstellungen kamen, in denen sie für die Treue zur Partei wirken sollten, während sie ihre vorherigen Stellungen dazu benutzten, die Parteiorganisation und damit das Lebenselement der Partei zu vernichten. Ich erinnere auch an die Wühlarbeit gegen den „Vorwärts", als die Redaktion anders besetzt wurde. Leute, die kaum in die Partei hineingekommen waren, faßten Beschlüsse gegen Abgeordnete, die seit Jahrzehnten ihren Wahlkreis im Reichstag vertreten. Es war auch höchste Zeit, daß das sogenannte wissenschaftliche Organ unserer Partei, die „Neue Zeit", wieder der Partei zurückgegeben wurde. (Zustimmung.) Die „Neue Zeit" ist in den letzten Jahren nicht mehr das führende wissenschaftliche Organ für die Parteigenossen gewesen. Viele Organisationen lieferten es unentgeltlich ihren Funktionären, aber es wurde vielfach gar nicht mehr gelesen. Man hatte in einzelnen Organisationen schon beschlossen, diese unentgeltliche Lieferung einzustellen, weil man die Wühlarbeit der „Neuen Zeit" gegen den Bestand unserer Organisation nicht mehr mit ansehen konnte. Die „Neue Zeit" war ein Organ der Unabhängigen geworden, und es liegt daher gar kein Grund zur Entrüstung vor, wenn man ihr wieder den Charakter eines Parteiorgans gibt. Wie kleinlich die Opposition vorgeht, beweist die Behauptung der „Leipziger Volkszeitung", die schnelle Abhalfterung Kautskys sei gerade jetzt erfolgt, damit die Abonnementsgelder der Unabhängigen noch eingesteckt werden könnten. Man will dem Vorgehen des Parteivorstandes also einen moralischen Makel anhängen. Natürlich hat kein Mensch diese Gedanken gehabt. Aber wenn man schon auf das moralische Gebiet zu sprechen kommt, so muß doch die Frage aufgeworfen werden, ob es moralisch ist, wenn ein Redakteur von einer Partei Gehalt bezieht, der er nicht angehört, ja, die er zerstören will. (Sehr gut!) Die

Aenderung mit der „Neuen Zeit" mußte geschehen, sollte nicht ein Sturm der Entrüstung darüber durch die Partei gehen, daß unsere Beiträge für Zwecke zur Verfügung gestellt werden, die sich gegen die Partei richten. Ein längeres tatenloses Zusehen hätte dem Parteivorstand sicher eine Anklage wegen Duldung eines parteischädigenden Verhaltens eingebracht, ja der Parteivorstand hätte sich selber gegen das Organisationsstatut vergangen.

Die Anträge auf Wiedervereinigung halte ich zurzeit, wo die Unabhängigen nur von den Führern geleitet werden und mit den Massen keine Fühlungnahme haben, für geradezu unmöglich. In den Ausschuß könnten doch nur die Mitglieder unseres Parteivorstandes und die Führer der Unabhängigen entsandt werden. Die letzteren werden es ablehnen, über eine Vereinigung mit dem Parteivorstand zu verhandeln. Die Vereinigung wird gewiß kommen, aber nicht die Vereinigung der Führer, sondern die Vereinigung der Arbeiter, sobald die Arbeiter eingesehen haben werden, wer ihre Interessen richtig vertritt. Ich bitte um Annahme der Entschließung 48, die einen Appell an die Arbeiterklasse richtet, unserer Partei die Treue zu bewahren und fest zu ihr zu stehen, damit sie wieder die große Partei wird, die sie vor dem Kriege war. (Bravo!)

Walther-Nürnberg: Der Bericht Brauns zeigt uns, wo mit der praktischen Tätigkeit der Partei gegenwärtig eingesetzt werden muß. Daß Erfolge bei intensiver Tätigkeit selbst im Kriege nicht ausbleiben, haben uns die letzten Monate gezeigt. Voraussetzung für jede ersprießliche Arbeit ist aber die Einigkeit und Geschlossenheit der Partei. Wie Parteiorganisationen in den Parteistreit hineingedrängt werden können, trotz ihres Widerstandes dagegen, zeigen die Verhältnisse in Nordbayern. Das Wirken Adolf Brauns für die Einigkeit wird in der ganzen Partei anerkannt und wir in Nordbayern haben ihn darin unterstützt. Wir haben alles vermieden, was irgendwie eine Spitze gegen die Opposition hätte sein können. Aus Bayern ist kein Bannfluch gegen die Opposition erfolgt, bei uns konnte die Opposition tun, was sie wollte. Trotzdem haben auch wir in Bayern heute den Parteistreit. In Hof hat man zugegeben, daß gegen das Verhalten der bayerischen Parteileitungen nichts einzuwenden ist, daß man keinen Grund zum Tadel hat. Aber es seien grundsätzliche Gegensätze vorhanden und deshalb müsse die Trennung erfolgen. Die Uebertritte in Aschaffenburg und Hof sind einstimmig beschlossen worden. Heute haben wir in Aschaffenburg bereits wieder eine Organisation, die so stark ist wie die frühere Organisation und die Hälfte der Ortsvereine ist zu uns zurückgekehrt. Trotz des Wirkens des Genossen Adolf Braun ist also bei uns diese Entwicklung zu verzeichnen, der beste Wille zerschellt an den harten Tatsachen. Wie kommen die Dinge? Die Organisation der Unabhängigen hat in Nordbayern einen eigenen Bezirkssekretär angestellt. Dieser reist im Lande umher, ruft ein halbes Dutzend oder auch nur zwei, drei Parteigenossen zusammen und läßt mit diesen den Uebertritt zu den Unabhängigen beschließen. Wenn wir davon Kenntnis erhalten, müssen Gegenmaßnahmen getroffen werden, um die Genossen wieder zur Partei zurückzubringen. Aber der Streit ist drin, das Parteileben ist vergiftet. Es muß leider damit gerechnet werden, daß diese Dinge so weiter gehen, wenn nicht starke Ereignisse und eine vollendet reaktionäre Politik im Reiche und Lande eine Aenderung bringen.

Natürlich müssen wir alles tun, um die Möglichkeit eines Wiederzusammenschlusses der deutschen Arbeiterbewegung zu wahren und dürfen nichts tun, was geeignet wäre, den Weg zur Wiedervereinigung zu verrammeln. Mir scheint von den vorliegenden Anträgen der Antrag 2 der geeignetste zu sein, um den Wünschen und Ansichten des Parteitags Ausdruck zu verleihen. Weder die

Resolution Severing noch die zweite Entschließung Braun halte ich für den richtigen Ausdruck der vorhandenen Meinungen.

Dann ein Wort zu den Ausführungen Springers. Daß die Ansichten Springers eine durchgreifende Wirkung in seinem Wohnort nicht auszuüben vermögen, beweist die Tatsache, daß, trotzdem Amberg eine sehr große Munitionsindustrie mit Tausenden von Arbeitern hat, das Vorwärtskommen der Partei- und Gewerkschaftsbewegung dort nicht möglich war. Die oberpfälzischen Parteigenossen wissen, mit welcher Sorgfalt die Agitation in diesem vom Zentrum beherrschten Gebiet betrieben werden muß, in dem das Zentrum nicht nur politisch, sondern auch wirtschaftlich den denkbar schärfsten Druck auszuüben vermag. Die oberpfälzischen Parteigenossen in ihrer großen Mehrheit teilen die parteitaktischen Anschauungen Springers in keiner Weise und halten sie nicht für befruchtend für die ganze Agitation dort.

Dann zu den Aeußerungen unserer rechtsstehenden Parteigenossen. Niemand in diesem Saale wird die Meinungsfreiheit der rechtsstehenden Parteigenossen und ihre volle Betätigung beeinträchtigen wollen. Aber Tatsache ist, daß unsere Kleinagitation immer schwieriger wird. Wir haben jetzt einen Kampf nach zwei Fronten zu führen und da dürfen uns aus den eigenen Reihen heraus nicht Unbequemlichkeiten geschaffen werden. Daß wir aber durch solche Aeußerungen sehr häufig in Ungelegenheiten kommen, wird jeder bestätigen können, der in der Kleinagitation tätig ist. Jene Genossen sollten sich daher bei ihren Aeußerungen die denkbar größte Reserve und Vorsicht auferlegen, damit wir im Interesse der Partei so arbeiten können, wie es notwendig ist. (Bravo!)

Menke-Vegesack: Landsberg hat treffend ausgeführt, wie notwendig eine Wiedervereinigung der Bruderparteien schon im Interesse der parlamentarischen Arbeiten im Reichstag ist. Nun sagt man, es beständen zu tiefe sachliche Meinungsverschiedenheiten. Das mag zum Teil zutreffen, aber lagen denn auch solche tiefen Meinungsverschiedenheiten z. B. zwischen Haase und der Partei früher vor? Ich glaube nicht. Dann denken Sie an Bernstein, der früher Führer der Revisionisten war und jetzt zu den Radikalen gegangen ist. Also es müssen Gründe vorliegen, die erst später eingetreten sind, und da ist es klar, daß der Riß erst hineingetragen ist mit dem Beginn des Krieges, mit der Politik vom 4. August, mit der Kreditbewilligung. Ich kann Sie versichern, daß eine ganze Reihe Parteigenossen nicht mehr mit der Kreditbewilligung der Fraktion einverstanden sind, und wenn Sie jetzt die Gelegenheit vorübergehen lassen, um der Bruderpartei die Hand zur Vereinigung zu reichen, dann werden noch viel mehr Parteigenossen uns den Rücken kehren. Auch unser Wahlkreis steht nicht auf dem Standpunkt, daß noch weiter eine Kreditbewilligung erfolgen kann. Mit dem Tage, wo die Annexionsgelüste der Regierung immer mehr zum Vorschein kamen, hätte die Fraktion unbedingt die Kredite ablehnen müssen. (Zuruf: Ist das denn jetzt noch der Fall? Papstnote!) Ob das jetzt noch der Fall ist nach der Papstnote und nachdem Kühlmann gesprochen hat, lasse ich allerdings dahingestellt. Ich verweise Sie auf ein Wort des Genossen Max Adler, der neulich in Wien sehr treffend ausgeführt hat, daß noch kein Staatsmann der Mittelmächte klar und deutlich das Wort ausgesprochen hat: wir wollen keine Eroberung. Nun zu den Resolutionen. Wenn man Frieden schließen will, muß man die Gegensätze überbrücken. Das geschieht nicht durch die Entschließung 48, wo besonders hervorgehoben wird: „Alle Bestrebungen auf Herstellung der Parteieinheit müssen deswegen die Forderung der Anerkennung des Mehrheitsprinzips in sich schließen". Nein, wenn wir die Gegensätze überbrücken wollen, so kann das nur durch die Entschließung Adolf Braun geschehen, durch Einsetzung einer Kommission, die alle Gelegenheiten wahrnimmt, um eine Wiedervereinigung herbeizuführen.

Richard Fischer: Es ist wohl keiner im Saal, der nicht mit dem Gefühl des Schmerzes die Tatsache anerkennen muß, daß die große stolze Sozialdemokratie, von der Bebel rühmte, daß sie nur noch mit Siegen rechne, heute ein Bild der Zerrissenheit und der Zerklüftung darbietet. Aus diesem Gefühl heraus kommen all die Anregungen auf eine Einigung mit den abgesplitterten Teilen. Landsberg hat ganz recht: Wir dürfen nicht das Hindernis einer solchen Einigung bilden. Auch ich halte eine Einigung für wünschenswert, teile aber nicht die Auffassung Schöpflins, daß sie deshalb unmöglich sei, weil die Führer zum Teil sich gegenseitig zu sehr ineinander verbissen hätten oder weil die Vertreter unserer Partei von seiten der Ausgeschiedenen gar zu maßlos beschimpft worden seien. Das kann kein Grund sein gegen das Zusammenarbeiten in der Partei. Ich kann mir sehr wohl vorstellen, daß ich dem einen oder anderen von denen, mit denen man früher zusammen war, nicht mehr die Hand reichen werde, aber mit unseren Pflichten gegen die Partei- und Arbeiterbewegung als solche könnte jener Standpunkt überhaupt nicht vereinbart werden. (Sehr richtig!) Wir könnten sonst erleben, daß das Wort wieder aufersteht, das vor der Einigung der Lassalleaner und Eisenacher laut wurde: „Mit den Führern, wenn sie wollen, ohne und gegen die Führer, wenn diese nicht wollen!", denn die Einigung der Partei ist eine Notwendigkeit für die deutsche Arbeiterbewegung. (Sehr wahr!) Ist aber eine Einigung heute schon möglich? Ich brauche nur auf die Reden von Löbe, von Krätzig usw. über die grundsätzlichen Gegensätze in Auffassung und Taktik zu verweisen, um den Gedanken überhaupt nicht in meinen Kopf hineinlassen zu können, daß jetzt schon eine Vereinigung auch nur mit den Unabhängigen möglich sei. Es handelt sich doch um Gegensätze, die erst aus der Welt geschafft, entschieden sein müssen, ehe von einer Einigung der Partei wieder die Rede sein kann. Wir alle wünschen die Einigung, aber eine solche Einigung können wir nicht machen, sie muß werden. Sie ist ein Prozeß, der vor sich gehen muß. Das ist wie bei einer Krankheit: solange die Krisis nicht überwunden ist, ist von Heilung nicht die Rede. Das darf uns natürlich nicht abhalten, alles zu tun, was diesen Heilungsprozeß beschleunigen könnte. Aber eine Kommission, wie sie der Antrag 50 vorschlägt, kann das nicht bewerkstelligen. Eine solche Kommission wäre ein totgeborenes Kind, daß der Partei nur unnütz Geld und Arbeit kosten würde. (Sehr richtig!) Um die nötigen Schritte zu tun, dazu ist die Parteileitung, der Parteiausschuß da, der zu jeder Stunde zusammenberufen werden kann. Einer solchen Kommission würde jede Autorität in der Partei fehlen. Ich habe von Anfang an den Standpunkt vertreten, daß der ganze Streit vertagt werden sollte, bis die Feldgrauen wieder die Möglichkeit haben, in der Partei ihre Meinung zum Ausdruck zu bringen. Das ist leider nicht möglich gewesen. Aber jedenfalls halte ich eine Einigung für nicht möglich, bevor wir die Feldgrauen nicht wieder im Lande haben. Ich bin sehr pessimistisch in dieser Frage und fürchte, daß auch dann noch nicht die Möglichkeit zur Einigung gegeben sein wird. Ich fürchte, wir werden einen langen Leidensweg gehen müssen, wir müssen die Streitfragen erst auskämpfen und werden wahrscheinlich zur Einigung erst gelangen, wenn die Arbeiter selber durch eine Niederlage den Schaden der Trennung am eigenen Leibe erfahren haben. (Sehr wahr!) Täuschen wir uns nicht, daß infolge des Bruderstreits weite Reihen der Arbeiter uns entfremdet sind; denken Sie nur an die Munitionsindustrie! Diese Leute mit ihren relativ hohen Arbeitslöhnen, sind die in der Partei- und Gewerkschaftsorganisation entsprechend vertreten? Die schenken sich die Parteibeiträge ebenso wie die Gewerkschaftsbeiträge und lesen die bürgerlichen Blätter, obgleich sie wissen, daß diese bei jedem großen Kampfe mit den Unternehmern auf deren Seite stehen! Der Schaden, den die Arbeiterbewegung durch die Trennung

erlitten hat, ist viel tiefer, als Sie glauben. Für mich ist die Spaltung oder besser die Absplitterung von der Gewerkschaftsbewegung ebenfalls eine notwendige Folge dieses Ganzen. Die Arbeiter werden durch die Niederlage belehrt werden müssen, daß all dieser theoretische Streit, all dieser Glaubensstreit — denn am letzten Ende ist es ein Streit um die Rechtgläubigkeit unserer Lehre — zwar ein müßiger Kampf ist, aber er muß erst durchgekämpft werden, ehe wir zur Einigung kommen. Das ist meine persönliche Ueberzeugung. Aber ich bin in der Partei alt geworden und deshalb immer gewohnt gewesen, alles zu tun, was irgendwie die Wahrscheinlichkeit bietet, für die Sache der Arbeiterklasse von Vorteil zu sein. Deshalb bin ich auch mit ganzem Herzen dabei, unsererseits alles zu tun, um diesen Heilungsprozeß zu beschleunigen. Wir dürfen denen, die nach Einigung rufen, kein Hindernis in den Weg legen. Deshalb bitte ich Sie ebenso wie Landsberg, die Anträge 2 und 48 anzunehmen, weil die Annahme dieser Anträge von hoher moralischer Bedeutung sein wird; sie wird den Arbeitern zeigen, daß wir diejenigen sind, die Einigung wollen, wenn sie möglich ist. (Bravo!)

Ein Antrag auf Schluß der Debatte, der von Basler-Heilbronn befürwortet und von Poetzsch-Berlin bekämpft wird, wird mit großer Mehrheit angenommen.

Ebert (Schlußwort): Zunächst eine Richtigstellung. In meinen gestrigen Ausführungen habe ich den Genossen in Weimar unrecht getan. Ich habe mitgeteilt, ihre Wahlkreisorganisation sei zu den Unabhängigen übergetreten. Das ist falsch: Der Wahlkreis Weimar steht nach wie vor zur Gesamtpartei. (Bravo!)

Genosse Hüttmann hat als erster Diskussionsredner versucht, die Objektivität, die Sachlichkeit und die Versöhnlichkeit des Parteivorstandes anzugreifen. Objektivität, Sachlichkeit und Versöhnlichkeit sind relative Begriffe, über die man viel streiten kann. Entscheidend kann doch nur sein: Hat der Vorstand alles getan, um den Bruch der Parteieinheit zu vermeiden? Und hat er alles unterlassen, das zur Verschärfung des Parteistreites führen konnte? Ich habe gestern versucht, an Hand der Tatsachen dafür den Nachweis zu führen. Will man dem widersprechen, dann ist mit allgemeinen Bemerkungen nicht gedient. (Sehr richtig!) Dann mußte man mit tatsächlichen Einwendungen kommen. Und da darf ich feststellen, daß im ganzen Verlauf der Debatte gegen die von mir vorgebrachten Tatsachen auch nicht in einem einzigen Punkt irgendeine wesentliche Einwendung gemacht worden ist. Der Genosse Hüttmann ist übrigens durchaus nicht legitimiert, hier als Vertreter der Objektivität und Versöhnlichkeit zu sprechen. Hat er doch als Vorsitzender unserer Bezirksorganisation Frankfurt a. M. mit seinem Namen ein Flugblatt gedeckt, das im ganzen Bezirk verbreitet worden ist und zum Boykott unseres Frankfurter Parteiorgans aufforderte. (Lebhaftes Hört! hört!) Wer so verfährt, ist nicht berufen, der Parteileitung Anweisungen und gute Lehren zu geben. (Sehr wahr!) Dann hat Hüttmann uns Vorwürfe gemacht wegen unseres Eingreifens gegen die „Gleichheit" und die „Neue Zeit". Wir haben damit gerechnet, daß uns auf dem Parteitag vorgeworfen wird, wir hätten in beiden Fällen nicht früh genug eingegriffen. Aber Vorwürfe, wir seien rigoros vorgegangen, habe ich nicht erwartet. Hüttmann ist damit auch allein geblieben. Wie stehen die Dinge? Die „Gleichheit" hat von Anbeginn des Kriegs die Besprechung des Parteistreits zu ihrer Hauptaufgabe gemacht, sie hat in der gehässigsten Weise die Parteimehrheit und die Parteileitung angegriffen. Wir haben uns wiederholt überlegt, ob das Parteiinteresse nicht erfordere, hier einzugreifen. Wir wollten aber die Meinungsfreiheit unter keinen Umständen

beschränken und haben das ruhig über die Partei ergehen lassen. Erst dann, als die Redakteurin der „Gleichheit" zu den Unabhängigen übergetreten war, als sie einer anderen Partei angehörte und nicht selbst die Konsequenz daraus zog, da waren wir gezwungen, ihr die Redaktion unseres Blattes zu entziehen. (Zuruf: Sie hat schon ein Jahr vorher keine Beiträge gezahlt!) Aehnlich liegt es bei der „Neuen Zeit". Wenn übrigens der Anschein erweckt werden sollte, als wenn bei der „Neuen Zeit" irgendwie persönliches Eigentum von Kautsky in Frage kommen könnte, so ist das durchaus falsch. Sie ist ein Parteiorgan wie jedes andere, nur mit dem Unterschied, daß wohl für keines relativ so große Opfer der Partei gebracht werden mußten wie für die „Neue Zeit". (Lebhaftes Sehr richtig!) Daß ein Redakteur durch lange Tätigkeit an einem Blatt keinerlei Eigentumsansprüche daran erwirbt, hat übrigens niemand so treffend auseinandergesetzt wie Kautsky selbst. (Sehr richtig!) Wenn Sie die „Neue Zeit" aus der Zeit des „Vorwärts"-Konflikts von 1905 nachlesen, so werden Sie finden, daß Kautsky mit aller Entschiedenheit die Auffassung vertreten hat: hier handle es sich um ein Parteiorgan, bei dem allein das Parteiinteresse entscheidend ist. Wir sind durchaus nicht rigoros mit Kautsky verfahren. Wir haben ihm, ich kann wohl sagen in mehr kameradschaftlicher Weise mitgeteilt, warum sein Verhältnis zur „Neuen Zeit" unmöglich geworden ist. Ich lege Wert darauf — sonst werden ja derartige Briefe immer in der „Leipziger Volkszeitung" veröffentlicht (Heiterkeit) —, Ihnen das Schreiben hier vorzutragen. Wir schrieben am 28. September an Kautsky:

„Werter Genosse Kautsky! Seit längerer Zeit sind Sie, ebenso wie Ihr Redaktionskollege Wurm, aus der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands ausgetreten und haben sich der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei angeschlossen. Sie werden zugeben, daß dadurch Ihre Stellung als leitender Redakteur der „Neuen Zeit" unhaltbar geworden ist. Es ist nicht angängig, ein Organ der Sozialdemokratischen Partei redigieren zu lassen von dem Mitglied einer anderen Partei, deren Hauptaufgabe bisher darin bestanden hat, unsere Partei zu bekämpfen.

Wir müssen Ihnen deshalb Ihre Stellung als Redakteur der „Neuen Zeit" kündigen und verzichten auf Ihre weitere Tätigkeit. Es ist selbstverständlich, daß unser Verlag Ihnen Ihr Gehalt bis zum 31. Dezember d. J. weiterzahlt.

Wir bedauern sehr, zu diesem Schritt gezwungen zu sein.

Indem wir Ihnen für Ihre vieljährige Tätigkeit als Redakteur der „Neuen Zeit" danken, zeichnen wir

Hochachtungsvoll

Der Parteivorstand."

Von Gehässigkeit kann da keine Rede sein. Ueber allen persönlichen Verdiensten steht eben das Interesse der Partei. (Sehr wahr!) Adolf Braun hat eine Beschwerde gegen die neue Redaktion der „Neuen Zeit" vortragen lassen und selbst dazu gesprochen. Braun ist mir ein lieber Genosse; er wird es mir nicht übelnehmen, wenn ich ihm sage, als alter erfahrener Redakteur muß er sich doch selbst sagen, dieser Vorwurf ist sehr an den Haaren herbeigezogen. (Sehr richtig!) Er ist in keiner Weise gerechtfertigt. Selbstverständlich darf von der „Neuen Zeit" kein Artikel seiner Tendenz wegen abgelehnt werden, das ist die Auffassung Cunows und der Parteileitung. Wenn aber die alte Redaktion einen Stapel von Manuskripten zurückgelassen, so kann doch unmöglich von der neuen Redaktion verlangt werden, nun das ganze zurückgelegte Material zu drucken. (Zustimmung.) Das würde die Redaktion zum Automaten machen, das Blatt würde ungenießbar. (Sehr richtig!) Jede Redaktion muß das Recht haben, über die Auswahl des Stoffes selbst zu entscheiden. Das

hat mit Meinungsfreiheit nichts zu tun. Die freie Meinungsäußerung soll in der „Neuen Zeit" nicht eingeschränkt werden. Das ist im Falle Braun nicht geschehen: seine Beschwerde ist nicht berechtigt.

Dann ist uns in der Aussprache vorgeworfen worden, wir seien nicht gerecht, wir wendeten uns zwar gegen Ausschreitungen von links, täten aber nichts, wenn rechts über die Stränge gehauen würde. Man verweist dabei auf Artikel in der „Glocke", in den „Sozialistischen Monatsheften" und fragt, warum wir da nicht eingreifen. Ich sage ganz offen, daß wir im Parteivorstand über solche Artikel sehr oft ungehalten waren. Ich denke da zum Beispiel an Heilmanns Artikel in der „Glocke" über die Parlamentarisierung und ähnliche Erzeugnisse. Aber nun frage ich: woher soll der Parteivorstand das Recht nehmen, gegen solche Genossen vorzugehen? Unsere Rechte sind im Organisationsstatut festgelegt. Gehen wir gegen einen Genossen vor, müssen wir uns darauf stützen können. Wir haben nur das Recht, die Parteipresse auf ihre prinzipielle Haltung zu überwachen. Das ist schon eine schwere Aufgabe. Sobald wir einmal von unserem Recht Gebrauch machen, sei es gegen links oder rechts, wird uns Eingriff in das Recht der freien Meinungsäußerung vorgeworfen. Wenn aber jemand als freier Schriftsteller unter seinem Namen sich zu einer Frage äußert, und sei es noch so taktlos, dann fehlt uns jede Möglichkeit, dagegen etwas zu unternehmen. Das Recht der freien Meinungsäußerung dürfen wir nicht antasten. Die Parteileitung kann deshalb mit diesen Ratschlägen nichts anfangen. (Zustimmung.) Damit soll nicht bestritten werden, daß von einigen Genossen der Rechten durch Taktlosigkeiten der Partei vielfach Ungelegenheiten bereitet werden. Das haben wir diesen Genossen wiederholt persönlich entschieden gesagt, mehr können wir nicht tun. Ueber den Charakter der Politik des Parteivorstandes kann kein Zweifel bestehen. Wir stehen geschlossen auf dem Standpunkt, daß der Klassenkampfcharakter unserer Partei gewahrt, daß er die Grundlage unserer Politik sein und bleiben muß. (Lebhafter Beifall.)

Nun zur Einigungsfrage. Wir in der Parteileitung haben volles Verständnis für das schmerzliche Gefühl, das die Sprengung der Parteieinheit bei jedem Arbeiter auslösen muß. Die Arbeiter haben unsere Organisation aufgebaut und sind ihre Träger. Täglich erfahren sie im wirtschaftlichen Kampf, wie notwendig die Einheit und Geschlossenheit der Aktion ist, sie sehen die Gefahren, die der Partei drohen, wenn sie in den künftigen politischen Kämpfen nicht in geschlossener Front aufmarschiert. Wir in der Parteileitung haben alle von frühester Jugend an am Aufbau der Organisation mitgearbeitet. Pfannkuch und Molkenbuhr haben an der Wiege der Partei gestanden, haben den Bruderkampf zwischen Lassalleanern und Eisenachern mitgemacht und in Gotha die Einigung mit geschaffen. Wir alle wußten, wie schwer es sein würde, die Einigkeit und Geschlossenheit wiederherzustellen, wenn einmal der Bruch vollzogen ist. Das haben wir immer wieder geltend gemacht, bevor es zu spät war. Lesen Sie die Protokolle der Parteiausschußsitzungen nach. Es ist keine Sitzung vergangen, in der wir nicht nachdrücklichst auf diese Gefahren hingewiesen haben. Ich rufe die Kollegen von der Reichstagsfraktion zu Zeugen auf. Als wir vor der Gefahr der Spaltung der Fraktion standen, haben wir von der Partei- und Fraktionsleitung uns mit ganzer Kraft, mit aller Wärme für die Einigkeit eingesetzt. Nicht nur an den Verstand, auch an die Liebe zur Partei haben wir leidenschaftlich appelliert. (Zustimmung.) Aber was geschah? Wir hatten am Abend nach einer bewegten Sitzung der Reichstagsfraktion eine Sitzung des Vorstandes, dem Haase noch angehörte. Wir haben ihn gefragt, wie er es verantworten könnte, den verhängnisvollen Schritt mitzumachen. Wir haben ihm auf seine Frage — und das bitte ich besonders zu

beachten — versichert, wenn einmal in der Fraktion die Minderheit zur Mehrheit werden sollte, sei es für uns ganz selbstverständlich, daß wir uns als Demokraten diesem Beschluß zu fügen hätten. (Hört, hört!) Am andern Morgen erklärte uns Haase, er würde die Aktion — es handelte sich um die Sonderaktion im Dezember 1915 — doch mitmachen. (Hört, hört!) Wir könnten eine Sammlung von Erklärungen, Aufforderungen, Mahnungen an die Partei herausgeben, die alle voll warmer Liebe zur Partei abgefaßt sind, in denen eindringlichst vor Spaltung gewarnt wird. Was haben wir erreicht? Spott und Hohn. (Sehr wahr!) Als die Spaltung in der Fraktion durchgeführt war, schrieb die „Leipziger Volkszeitung", „daß uns das Gezeter über Disziplinbruch und Treubruch bei einer solch bedeutungsvollen Entscheidung kalt läßt". (Hört, hört!) Das war das Stichwort für die Minderheitspresse. Selbstverständlich muß jeder, der es mit der Partei ernst meint, die Wiedervereinigung so schnell wie möglich herbeizuführen suchen. Darüber sind wir uns in der Parteileitung vollkommen einig. Aber wir dürfen nicht vergessen, daß das nicht nur aus dem Gefühl heraus geschehen kann. (Sehr richtig!) Dazu gehören gewisse Voraussetzungen. Die erste Voraussetzung ist der gute Wille auf der anderen Seite. (Sehr richtig!) Ist dieser gute Wille heute vorhanden? Wer hat in dieser ganzen Debatte für ihn irgend etwas geltend machen können? Das Gegenteil ist der Fall. Erinnern Sie sich der Vorgänge der letzten Wochen. Selbst bei der Reichstagsdebatte über unsere Interpellation wegen der politischen Umtriebe im Heere, wo doch wirklich eine geschlossene Front hätte eingehalten werden können, hat es der Redner der Unabhängigen nicht unterlassen, unsere Friedensarbeit in geradezu unerhörter Weise herunterzureißen. (Hört, hört!) Und in den letzten Tagen haben wir erlebt, daß Ledebour selbst in einer Geschäftsordnungsaussprache lang und breit hämisch auseinandersetzte, seine Partei habe bereits 120 000 Mitglieder, sei eigentlich schon die Mehrheit, wir seien unten durch. Ich erinnere an den frivolen Bruch der Einheit der Berliner Stadtverordnetenfraktion, der erst in den letzten Tagen vollzogen wurde. Auf kommunalpolitischem Gebiet könnte man doch wirklich zusammenwirken, wenn nur einigermaßen guter Wille vorhanden wäre. Auf der anderen Seite herrscht aber geradezu Zerstörungssucht. (Sehr wahr!) Die Sprengung muß durchgeführt werden mit allen Konsequenzen. Nehmen Sie die Jugendbewegung. Was hat die Jugendbewegung mit unserer Stellung zum Kriege zu tun? Die Spaltung ist auch hier frivol hineingetragen worden. Was mühevoll aufgebaut worden, ist zerstört von Leuten, die dazu nichts beigetragen haben. Also ich sehe nichts von gutem Willen auf der anderen Seite. (Sehr richtig!) Und dann kommt doch auch die politische Seite in Betracht; das hat Landsberg schon mit allem Nachdruck ausgeführt. Wichtige politische Anschauungen trennen uns im Kriege. Betrachten Sie die Taktik, die jene Leute eingeschlagen haben, eine Taktik, die zum Verhängnis für die Arbeiterklasse werden muß, eine Taktik, die geradenwegs zum Putschismus führt. (Sehr richtig!) Und in dieser Situation sollen wir eine Kommission einsetzen, die ohne weiteres Einigungsverhandlungen versuchen soll? Sollen wir uns etwa dieser Politik und dieser Taktik unterwerfen? Das wäre ein Verhängnis für die Partei, das würden die Arbeiter nicht mitmachen. (Sehr richtig!)

Außerdem muß aber noch eine andere wichtige Vorfrage erledigt werden. Will man in einer Organisation zusammenwirken, besonders in einer Kampforganisation, so muß doch zunächst der alte demokratische Grundsatz eingehalten werden: die Minderheit hat sich der Mehrheit unterzuordnen, sie hat sich dem Gesamtwillen einzufügen. Ja, wo sind denn die Erklärungen, daß die Unabhängigen dazu bereit sind? Ich sehe davon nichts! Im Gegenteil, sie haben immer und immer wieder erklärt: Sollte uns der Parteitag unrecht geben, dann werden wir die Konsequenzen ziehen. (Sehr richtig!) Täuschen Sie sich nicht. Eine Einigung ohne Regelung dieser Fragen ist keine Einigung, das wäre Selbsttäuschung. Die Gegensätze müßten sich verschärfen, neue Kämpfe müßten zur völligen Zerrüttung der Partei führen. So geht es also nicht. Ich zweifle selbstverständlich nicht an der guten Absicht von Braun und seinen Freunden. Aber nach den Erfahrungen, die er selbst gemacht hat, hätte ich angenommen, daß er doch etwas vorsichtiger geworden wäre. Er hat auch im Juli 1916 in bester Absicht seinen Verständigungsversuch unternommen. Was war der Erfolg? Er hat damals geglaubt, er schwebe über den Wassern. Schließlich ist auch er in den Sündenpfuhl geworfen worden. Eine Kommission kann man doch erst dann einsetzen, wenn eine Frage bis zu einem gewissen Grade spruchreif ist, wenn die grundlegenden Fragen erledigt sind, ihr müssen doch Richtlinien für ihre Arbeit gegeben werden. Soweit ist es aber nicht. Die Kommission würden wir in einen luftleeren Raum setzen, sie hätte keine Aufträge und keine Kompetenzen. Dazu kommt die Frage: mit wem soll die Kommission verhandeln? Mit der Parteileitung der Unabhängigen, mit der Leitung der Spartakusse?

Und nun denken Sie sich die Situation für unsere Parteileitung. Auf der andern Seite stehen die Leitungen der Unabhängigen und der Spartakusse, und bei uns wird die Parteileitung einfach beiseite geschoben. (Sehr richtig!) Das ist ein ganz unmögliches Verfahren. Alle Ehre und Achtung vor einer Kommission des Parteitags. In den drei Jahren sind aber in einer Anzahl von Körperschaften der Partei wichtige Verhandlungen geführt worden, die man kennen muß, wenn man in Einigungsverhandlungen eintreten will. (Sehr richtig!) Die Kommission kann unmöglich so informiert sein, daß sie mit Erfolg die Verhandlungen führen kann. Die Kommission soll sogar das Recht der Kooptation haben, sie soll nach Belieben weitere Genossen hinzuziehen können, obgleich es sich hier um die Lebensfrage der Partei handelt. In eine solche Situation kann sich die Parteileitung unter keinen Umständen bringen lassen. Wenn einmal die Stunde zu Einigungsverhandlungen kommt — und sie wird kommen —, dann ist es Sache der Parteileitung sie zu führen im Einvernehmen mit dem Parteiausschuß. Die Grundlinien einer Einigung werden sogar einem Parteitag zur Entscheidung vorzulegen sein. Ich sagte schon, daß ich selbstverständlich mit der besten Absicht der Antragsteller rechne, aber nach unseren Erfahrungen werden Sie mir schon gestatten, zu sagen, wir müssen uns in dieser Situation auch hüten vor Täuschungsmanövern. (Sehr richtig!) Nachdem der Bruch einmal durchgeführt war, mußte Klarheit geschaffen werden. Sie ist heute im ganzen Lande vorhanden. Nun wird plötzlich eine Kommission eingesetzt, eine Art zweite Parteileitung. Das muß von neuem Verwirrung schaffen. Wo bleibt dann die Werbekraft der Partei? Das Schlimmste der Spaltung ist ja die Schwächung der Werbekraft der Partei. Es gibt schon heute viele Arbeiter, die sagen, warten wir doch ab, wir wollen sehen, wie es nach dem Kriege wird, dann werden wir uns entscheiden! Setzen wir nun eine Einigungskommission ein, so werden sie sagen, warten wir mal ab, was die Kommission bringt. So würde die Werbekraft der Partei gerade jetzt, wo es gilt, alle Kräfte zusammenzufassen, lahmgelegt. (Sehr richtig!) Deshalb muß ich dringend bitten, den Antrag Braun abzulehnen. Dagegen bitte ich, den Antrag 2 und die Entschließung Severing anzunehmen. Damit stellen wir uns auf den Boden der Auffassung, wie sie von einer ganzen Anzahl Organisationen, auch von Nürnberg, vertreten wird. Beide Anträge ergänzen sich, der eine wendet sich mehr an die Parteigenossen und erinnert sie an ihre Pflichten, der andere wendet sich nach außen. Wir können beide Anträge annehmen.

Damit bringen wir den Willen zur Einheit und Geschlossenheit zum Ausdruck. (Bravo!) Mehr können wir zurzeit nicht tun.

Im übrigen aber gilt es, unsere ganze Kraft einzusetzen für die Stärkung und den Ausbau unserer Organisation. Ich bin fest überzeugt, wird der Druck des Krieges von uns genommen, kommen wir in eine andere Atmosphäre, treten die Aufgaben des Friedens an uns heran, dann machen die Arbeiter mit aller Eigenbrötelei, mit allen Sonderorganisationen sehr schnell Schluß. Das braucht nicht bis zum nächsten Wahlkampf zu dauern. Die Arbeiter werden vorher reine Bahn schaffen. Dem arbeiten wir am besten vor, wenn wir uns freimachen von dem widerlichen Parteigezänk, wenn wir uns unseren positiven Aufgaben zuwenden. (Lebhafte Zustimmung.) Tun wir unbeirrt unser Bestes für den wirtschaftlichen und sozialen Aufstieg der Arbeiterklasse, für die Demokratisierung, für die wirtschaftliche und politische Befreiung der Arbeiterklasse! Wirken wir so, dann können wir frohen Mutes der Zukunft entgegenschauen, dann wird sie unser sein trotzdem und alledem. (Stürmischer, anhaltender Beifall.)

Otto Braun (Schlußwort): Da gegen meinen Kassenbericht keinerlei Einwendungen gemacht sind und ich demgemäß annehmen kann, daß Sie meinen Appell zur finanziellen Stärkung der Partei beherzigen und in ihrer Heimat betätigen werden, verzichte ich auf das Schlußwort. (Bravo!)

Brühne als Berichterstatter der Kontrollkommission verzichtet gleichfalls auf das Schlußwort.

Es folgen persönliche Bemerkungen.

Dr. Lensch: Im Laufe der Debatte haben einige Redner meiner bescheidenen Person in Liebe und Freundschaft gedacht. Es war gestern Löbe und ein anderer Genosse, dessen Name mir nicht bekannt geworden ist, und heute Jäckel, vielleicht auch noch der eine oder der andere. Der eine sagte, man sollte mich kurzerhand herausschmeißen aus der Partei, der andere erklärte es für notwendig, daß man zu dem, was ich schreibe, immer eine Warnungstafel setzt: „das ist seine Privatansicht". Ich muß gestehen, ich kann in der Partei stehen, wo ich will, ich kriege immer Prügel. (Große Heiterkeit.) Früher, wo wir in Radikale und Revisionisten zerfielen, da fiel die Rechte über mich her, und jetzt, wo diese inneren Gegensätze in der Partei nicht mehr vorhanden sind, fällt man auch über mich her. Persönlich habe ich an diesen Dingen eine gewisse Freude, ich sage schließlich, schade um jeden Schlag, der vorbeigeht. (Große Heiterkeit.) Aber gerade deshalb tut es mir leid um die turnerischen Uebungen, die ich gestern und heute habe beobachten dürfen, weil so viele der Schläge, die auf mich gezielt waren, vorbeigingen. Ich weiß nicht, ob Löbe gerade der berufenste ist, um die Partei und mich persönlich vor Seitensprüngen nach rechts zu warnen. Ich sehe ihn noch an der Spitze einer Deputation (Auer: Das ist nicht persönlich. — Zuruf: Du kriegst schon wieder Prügel! — Heiterkeit.), die er zum Kaiser schicken wollte, um den Rücktritt Bethmann Hollwegs zu verlangen.

Gerade weil es mir unmöglich war, auf die mannigfachen Angriffe zu antworten, möchte ich noch auf folgende Gesamtsituation aufmerksam machen. Sie haben gehört, daß Cunow zum Leiter der „Neuen Zeit" gewählt worden ist. Nach meiner persönlichen Ueberzeugung gibt es keinen Genossen, der derartig zu dieser Stellung berufen ist wie Cunow, nach seiner gesamten wissenschaftlichen und geistigen Qualifikation. Darüber sind wir uns wohl einig. (Zustimmung.) Ich darf aber hinzufügen, daß ich gerade während des Krieges und speziell im dritten Kriegsjahre mit keinem unserer führenden Parteigenossen derartig in dauernder enger politischer Fühlung gestanden habe wie mit Cunow. Er war mit mir zusammen bis zum 1. Oktober dauernder

Mitarbeiter in der „Glocke", wir haben in allwöchentlichen Beratungen die politische Stellungnahme immer wieder durchgesprochen und ich ging Schritt und Tritt mit ihm in den grundlegenden Fragen. Ich kann weiter sagen, daß gerade meine Schriften und meine sonstigen literarischen Arbeiten, die hier teilweise solchen Unwillen hervorgerufen haben, von dem jetzigen Leiter der „Neuen Zeit" im allgemeinen in freudiger und anerkennender Weise besprochen sind, und ich hoffe, daß die neue Schrift, die in nächster Zeit von mir herauskommen wird — ich kann das jetzt nicht ändern (Heiterkeit) — ebenfalls freundlich von ihm besprochen wird. In solcher Situation sollte man doch nicht den einen von uns beiden in die Redaktion der „Neuen Zeit" setzen und von dem anderen sagen, werft das Scheusal in die Wolfsschlucht. (Heiterkeit.) Je mehr man gegen meine Schriften spricht, desto häufiger habe ich den Eindruck, daß man sie nicht oder nur sehr mangelhaft gelesen hat. (Widerspruch.) Manchmal wird nur die Kritik gelesen und noch dazu was für eine. Fragen Sie nur den Genossen Stampfer. (Heiterkeit.) Ich habe mich veranlaßt gesehen, in der literarischen Abteilung dieses Saales ein Exemplar meines Buches auszulegen, über das soviel geredet und geschrieben ist, damit diejenigen, die darüber reden, es sich wenigstens mal von außen ansehen können.

Wir befinden uns in einer so unerhörten Situation von großen militärischen und wirtschaftlichen Umwälzungen, daß die Partei wirklich mit größerer Toleranz die Diskussionsfreiheit des einzelnen anerkennen müßte. Deshalb brauche ich die gestrigen und heutigen Bemerkungen nicht allzu tragisch zu nehmen.

Dr. Adolf Braun: Mein Name ist begreiflicherweise in diesen zwei Tagen viel genannt worden, und von manchem nicht in besonders freundschaftlicher Weise. Wollte ich zu all dem hier sprechen, so würde das im Rahmen der persönlichen Bemerkung nicht möglich sein. Eine reine polemische Rede zu halten, widerspricht überdies den Aufgaben, die ich mir gestellt habe und denen ich weiter dienen will: für die Einigung der Partei zu wirken. Deshalb beschränke ich mich darauf, festzustellen, daß dadurch, daß ich nicht mehr in der Lage war, auf die Angriffe zu antworten, ich nicht etwa eingestehe, daß ich mich durch sie getroffen fühle.

Katzenstein: Es ist mir nicht möglich, auf die sachlichen Ausführungen von Scheidemann und Müller in der von mir herangezogenen elsaß-lothringischen Selbstbestimmungsfrage einzugehen, ich kann nur zwei Dinge richtigstellen. Scheidemann hat die Auffassung bekämpft, daß Elsaß-Lothringen als Nationalität hingestellt sei. Davon bin ich natürlich so weit entfernt wie jeder, der sich mit der Frage befaßt hat. Der größte Teil des Elsaß ist deutsch und ein Teil von Lothringen ist französisch, und insofern sind es Angehörige zweier Nationen, auf die allerdings nach unseren alten Grundsätzen das Selbstbestimmungsrecht zuzutreffen hätte. Und wenn Müller vorhin ausgeführt hat, es sei aus der Mitte der Elsaß-Lothringer niemals die Forderung nach Geltendmachung des Selbstbestimmungsrechts erhoben, so brauche ich hier nicht auf die feindlichen Akte von 1871 und im Reichstag von 1874 zurückzugreifen. (Auer: Das ist nicht persönlich!) Müller wird sich, wenn er sein Gedächtnis schärft, daran erinnern, daß noch vor wenigen Jahren an berufener Stelle und auch aus elsaß-lothringischen Kreisen diese Forderung gestellt ist. Ich bedauere, die Frage nicht mehr sachlich erörtern zu können, bei der es sich doch darum handelt, daß wir einen Schlüssel, der das Friedenstor öffnen könnte, aufnehmen, um mit unseren französischen Genossen, soweit sie sich die Besinnung gewahrt haben, zu einem Einvernehmen zu kommen.

Hüttmann: Ebert warf mir vor, daß ich ihn des Mangels an Loyalität geziehen habe. Aus meinen Ausführungen geht klar und deutlich hervor, daß

ich weder bei Ebert, noch bei Braun böse Absicht vorausgesetzt habe. Ich habe nur gesagt, wenn man selbst an dem Streit beteiligt ist, dann fällt es schwer, die Handlungen der Gegner vollkommen sachlich zu würdigen. Ebert hat weiter ein Flugblatt erwähnt, das zum Boykott der „Frankfurter Volksstimme" auffordert. Ich kann im Rahmen einer persönlichen Bemerkung nicht darauf eingehen, sondern will nur konstatieren, daß ich es als Bezirksvorsitzender nicht unterzeichnet habe. Das Flugblatt ist erst erschienen, nachdem man in Frankfurt das 25 Jahre alte Parteirecht an der „Volksstimme" gewaltsam zertrümmert und ein neues Recht für die Leitung des Unternehmens geschaffen hatte. Das hätte Ebert hinzufügen müssen.

Otto Braun: Wenn Hüttmann hier wiederum erklärt, er habe das Flugblatt, das zum Boykott des eigenen Parteiorgans auffordert, nicht unterzeichnet als Bezirksvorsitzender, so treibt er dasselbe Spiel, das er versucht hat in den gemeinsamen Verhandlungen mit dem Parteivorstand fortgesetzt zu treiben. Hüttmann ist Vorsitzender des Bezirksvorstandes, und das Flugblatt ist unterzeichnet: „Der Bezirksvorstand für den Frankfurter Bezirk". Hüttmann hat ja auch zugegeben, daß er das Flugblatt herausgegeben hat, und daß in seinem Auftrage der Hilfsarbeiter des Bureaus es zum Drucker gebracht hat. (Hört! hört!) Da gehört doch eine ganz besondere Art von Moral dazu, sich hinzustellen und zu sagen, ich habe das Flugblatt nicht unterzeichnet. Nein, Ihr Name steht nicht darunter, aber Sie haben das Flugblatt herausgegeben. Das ist das Entscheidende. (Sehr richtig!)

Hüttmann: Daraus, daß das Flugblatt vom Bezirksvorstand unterzeichnet ist, mußte Braun doch schlußfolgern, daß ich es gerade gewesen bin, der gegen die Herausgabe war, weil ich mit den und den Stellen unter keinen Umständen einverstanden war. Diese Form mußte gerade wegen meiner Stellungnahme gewählt werden. Das ist allgemein im Bezirk bekannt, und das ist auch Ihnen bekannt, Genosse Braun, und trotzdem behaupten Sie das Gegenteil. Wäre ich mit dem Flugblatt einverstanden gewesen, dann hätte ich auch den Mut gehabt, meinen Namen darunter zu setzen. Ich hätte keine Veranlassung gehabt, nachdem das Parteirecht gewaltsam zertrümmert ist, das nicht zu tun. Ich habe aus dem ganzen Konflikt die Ueberzeugung gewonnen . . . (Vorsitzender Auer: Das gehört nicht zur persönlichen Bemerkung.) Die ganze Affäre gehört überhaupt nicht hinein. Aber wenn sie einmal hineingezogen ist, so muß ich doch die Möglichkeit haben, den Vorwurf zurückzuweisen. Das Flugblatt, sage ich, wäre nicht erschienen, wenn das Parteirecht in Frankfurt nicht stranguliert worden wäre.

Otto Braun: Ich kann auf den Frankfurter Pressekonflikt nicht eingehen. Ich stelle nur fest, das Parteirecht ist nicht stranguliert worden, aber es ist versucht worden, das Recht der Frankfurter Genossen auf ihr Organ zu strangulieren, sie zu überstimmen und ihnen eine Politik aufzuzwingen, die sie nicht wollen. Das ist versucht worden nicht von Frankfurter, sondern von anderen Genossen, die Hüttmann viel näher stehen. Der Konflikt begann damit, daß man versuchte, den sattsam bekannten Herrn Minster in die Redaktion zu bekommen. Entscheidend ist das eine: Hüttmann hat ein Flugblatt herausgegeben, das zum Boykott des eigenen Parteiorgans auffordert. Ob Hüttmann mit allen Einzelheiten und jeder Wendung einverstanden war, ist gleichgültig. Der Bezirksvorstand, an dessen Spitze Hüttmann steht, hat das Flugblatt mit einem Zirkular an die Organisationen verschickt und sie aufgefordert, es recht eifrig unter den Lesern der „Volksstimme" zu verbreiten (Hört! hört!) Hüttmann sollte wirklich über dies Thema gar nicht weiter sprechen. Wir haben damals eingehend darüber verhandelt, und da hat Hüttmann sogar die Stirn gehabt, uns zwei Stunden hindurch zu erklären,

er wisse nicht, wer das Flugblatt bezahlt hat. Später kam es doch heraus, daß er es weiß. Vorher log er uns einfach an. Und jetzt sucht er wieder dem Parteitag klarzumachen, er habe damit nichts zu tun. Hüttmann hätte besser getan, das Kapitel im einzelnen nicht zu behandeln.

Hüttmann: Es ist ja leider sehr schlimm, wenn Braun im Rahmen der persönlichen Bemerkung immer mehr Dinge hereinzieht. Es ist unmöglich, die Frankfurter Verhältnisse hier im einzelnen darzutun. Braun hat jetzt wieder etwas Unrichtiges gesagt. Ueber den Fall Minster war später in der Preßkommission — Sie wissen das ganz genau, hier sagen Sie wieder absichtlich oder unabsichtlich die Unwahrheit — eine vollkommene Einigung erzielt worden. Der Fall Minster war erledigt. In bezug auf das Flugblatt habe ich erklärt, ich weiß nicht, wer es bezahlt hat. Das konnte ich auch nicht wissen, denn den einzelnen Kreisen ist die Aufbringung der Mittel überwiesen worden, und es ist nachher festgestellt durch Ditzmann — ich habe es nicht gewußt —, daß das Geld vorläufig von einer anderen Stelle vorgelegt ist. Und da hat Braun den Mut zu sagen, daß ich unehrlich verfahren bin. Nein, Genosse Braun, in dieser Frankfurter Streitfrage habe ich mindestens genau so ehrlich gearbeitet, um einen Ausgleich zu schaffen, wie Sie.

Hiermit sind die persönlichen Bemerkungen beendet.

In der Abstimmung wird der Antrag der Kontrollkommission, dem Parteivorstand Entlastung zu erteilen, gegen eine Stimme angenommen.

Der Antrag 2 wird gegen eine Stimme angenommen.

Antrag 52 wird angenommen. Mit dieser Abänderung wird der Antrag 48 gegen 7 Stimmen angenommen.

Der Antrag 15 wird dem Parteivorstand überwiesen.

Damit ist Punkt 1 der Tagesordnung erledigt.

Die Mittagspause tritt ein.

Nachmittagssitzung.

Den Vorsitz führt **Ebert**.

Tagesordnung: **Bericht der Reichstagsfraktion.**

Schmidt-Meißen (zur Geschäftsordnung): Ich bitte nach dem Referat Davids einem Redner von der Minderheit der Fraktion unbeschränkte Redezeit zu gewähren. Es ist unmöglich, in zehn Minuten ein zusammenhängendes Bild unserer Stellungnahme zur Politik der Mehrheit der Fraktion zu geben. Im übrigen wird es auch unsere Geschäfte fördern, wenn wir zu diesem Punkt ein Korreferat entgegennehmen. Ich nehme deshalb an, daß Sie mit großer Mehrheit unserem Antrag zustimmen werden.

Vorsitzender Ebert: Der Berichterstatter über die Tätigkeit der Reichstagsfraktion hat die Aufgabe, hier im Sinne der Beschlüsse der Reichstagsfraktion zu berichten und ein objektives Bild von ihrer Tätigkeit zu geben. Es ist deshalb etwas ungewöhnlich, einen Korreferenten aus der Fraktion zu bestellen. Aber die Sache liegt so, daß bei der Frage der Bewilligung der Kriegskredite eine Minderheit in der Fraktion anderer Auffassung ist als die Mehrheit. Ich halte es für gerechtfertigt, einem Vertreter dieser Anschauung verlängerte Redezeit zu gewähren. Aber ein Korreferat für diesen Zweck scheint mir nicht gerechtfertigt zu sein.

Ich würde daher vorschlagen, einen von den Genossen der Minderheit zu bestimmenden Redner unbestimmte Redezeit im Anschluß an das Referat des Genossen David zu gewähren und nehme an, daß auch Schmidt damit einverstanden ist.

Der Parteitag beschließt nach dem Vorschlage Eberts.

Berichterstatter Dr. **David**: Die Frage, ob wir recht daran taten, am 4. August 1914 uns für die Sache unseres Volkes einzusetzen und die Kriegskredite zu bewilligen, ist in der Partei schon reichlich diskutiert worden, und man könnte im Zweifel sein, ob es überhaupt notwendig ist, noch einmal in die Erörterung dieser Frage einzutreten. Sowohl in unseren Parteizeitungen wie in Zeitschriften, Broschüren und Büchern ist die Frage eingehend nach allen Richtungen hin behandelt worden. Auch die gestrige und heutige Debatte haben sie zum Teil wieder in die Erörterung gezogen. Wenn es sich nur darum handelte, die Zustimmung des Parteitages zu unserer Haltung zu den Kriegskrediten zu erreichen, dann wäre, glaube ich, ein Referat über die Frage nicht mehr notwendig. Ich bin überzeugt, daß der Parteitag mit großer Mehrheit die Bewilligung der Kredite durch die Reichstagsfraktion billigt. Jedenfalls ist kein Zweifel, daß, wenn es möglich gewesen wäre, am 4. August 1914 die Partei zu einem Parteitag zusammenzuberufen, die Bewilligung der Kredite mit überwältigender Mehrheit beschlossen worden wäre. (Sehr richtig!) Und wenn es möglich gewesen wäre, am 4. August 1914 eine Volksabstimmung darüber zu veranstalten, ob, nachdem der Krieg einmal unabänderliche Tatsache geworden war, das deutsche Volk nun zusammenstehen und sich mit vereinten Kräften wehren solle, so bin ich überzeugt, die Volksabstimmung hätte mit überwältigender Mehrheit gelautet: Ja. Damit ist eigentlich die Frage selbst beantwortet. (Sehr richtig!) Jeder, der sich jener Zeit erinnert, weiß, daß ich berechtigt bin, diese Auffassung auszusprechen. Wenn ich es trotzdem für gut halte, noch einmal die Frage, wenigstens nach den Hauptgesichtspunkten, aufzurollen, so geschieht es nicht zur nochmaligen Rechtfertigung vor unserem Volke, sondern aus einem anderen Grunde.

Unsere Stellungnahme am 4. August ist eine Tat von geschichtlicher, ich darf sagen, weltgeschichtlicher Bedeutung. Das heißt, es ist kein Ereignis wie viele andere im parlamentarischen und politischen Leben, kein Ereignis, das isoliert und ohne Nachwirkungen vorüberginge. Am 4. August 1914 haben wir eine Entscheidung gefällt, die bestimmend ist für die ganze weitere Politik der deutschen Arbeiterbewegung. Hier war ein Kreuzungspunkt, von dem aus sich zwei verschiedene Wege, die die Entwicklung der deutschen Arbeiterbewegung gehen konnte, gabelten. Indem wir diese Entscheidung trafen, schlugen wir den einen Weg ein, von dem es ein Rückwärts nicht mehr geben kann. Wir machten am 4. August 1914 ein Stück Geschichte. Nach der Lehre von Marx und Engels erhebt sich die Geschichte der Menschheit mehr und mehr aus einem unbewußten von den einzelnen ungewollten Werden zu einem im Lichte des Bewußtseins gewollten zielklaren Prozeß. Die deutsche Arbeiterbewegung ist keine blinde Volksbewegung, sondern eine Bewegung, die sich klare Ziele setzt und mit Bewußtsein Geschichte macht. Darum entspricht es unserem Wesen, daß wir das Stück Geschichte, das wir damals gemacht haben, in seinen Ursachen und Folgewirkungen zu durchdringen suchen. Lassen Sie mich darum die Gesichtspunkte, die für uns am 4. August 1914 maßgebend waren, zusammenfassen.

Die Abstimmung für die Kriegskredite war keine Abstimmung über Krieg oder Frieden. Die Würfel waren gefallen; der Krieg war unabänderliche Tatsache; er nahm seinen Anfang und war, wie wir auch stimmten, durch uns nicht mehr zu verhindern. Die Frage stand für uns nur noch so, was können wir tun, um unser Volk vor dem Unheil einer Niederlage zu bewahren? Die Gefahr war groß. Im Osten setzte sich der zarische Koloß in Bewegung, dieses Ungeheuer, das drohend im Osten Europas gelegen, eine freiheitliche Entwicklung Mitteleuropas gehindert und jederzeit bedroht hatte. Im Westen setzte sich das Millionenheer Frankreichs als Verbündeter des russischen Zaren in

Bewegung. Da erhob sich für uns die Frage: sollen wir das Unheil gewähren lassen, sollen wir passiv beiseite stehen und abwarten wie die Dinge gehen? Darauf gab es nur die Antwort: nein, das dürfen wir nicht. Wir müssen uns in Reihe und Glied stellen mit unserem Volk, um das Verhängnis abzuwehren. Die einzige Rettung aber ruhte in der Einigkeit des deutschen Volkes, das wird niemand bestreiten können. Die Uneinigkeit, der innere Zwist, bedeutete die Niederlage, und was die Niederlage für uns bedeutet hätte, das hat Eduard Bernstein treffend beantwortet, der am 25. August 1914 schrieb: „Für Deutschland wäre, wenn es der Koalition der Westmächte mit dem zaristischen Rußland unterläge, seine ökonomische, soziale wie kulturelle Entwicklung auf Jahrzehnte hin, wenn nicht auf Menschenalter unterbunden." (Hört! hört!) Und er setzte hinzu: „Unbeschadet unseres eigenen Urteils über die Einleitung des Krieges sind wir mit Parteien, die uns sonst aufs schärfste bekämpfen, darin einig, den siegreichen Ausgang des Krieges für Deutschland als eine Notwendigkeit zu empfinden und danach zu handeln." (Hört! hört!) Schärfer kann es nicht ausgedrückt werden, was in der Tat den Verhältnissen entsprach. Siegte der russische Zarismus, so bedeutete das die schwerste Bedrohung für die politische und kulturelle Weiterentwicklung in Deutschland, ja in ganz Europa. Es handelte sich also für uns um die Frage, ob wir unser Land gegen diese Gefahr verteidigen wollten oder nicht.

Nun gibt es einen prinzipiellen Standpunkt, der verneint die Pflicht der Landesverteidigung grundsätzlich. Seine Bekenner sagen: Landesverteidigung ist eine kapitalistische Verwirrungsphrase; das internationale Proletariat hat kein Vaterland; es kann dem Arbeiter ganz gleich sein, ob er unter dem Zepter Rußlands, Frankreichs, Deutschlands oder Englands sein mühseliges Tagewerk verrichtet. Am schärfsten, am präzisesten hat Gustav Hervé in seinem Buch „Leur Patrie" („Das Vaterland der anderen") diesen Standpunkt herausgearbeitet. Darin sagt er, die Arbeiter seien Rindvieher, wenn sie sich für das Vaterland der Kapitalisten schlügen. Wir wissen, wie heute Hervé zu der Sache steht. Er ist eine der komischsten Erscheinungen der Weltgeschichte geworden. Heute ist er einer der schlimmsten Kriegsschreier, der sich nicht genug daran tun kann, Haß zwischen Deutschland und Frankreich zu schüren und die Fortsetzung des Krieges bis zum äußersten zu predigen. Aber der Standpunkt des Verteidigungsnihilismus war nie der Standpunkt der sozialistischen Internationale und nie der Standpunkt der deutschen Partei. Dafür brauche ich Ihnen nicht viel Belege anzuführen. Ich verweise nur darauf, daß der Versuch Hervés, seine Auffassung auf dem internationalen Kongreß in Stuttgart 1907 zur Anerkennung zu bringen, kläglich scheiterte. Die berufensten Vertreter der internationalen Sozialdemokratie traten gegen ihn auf und erklärten, nein, auch der Arbeiter hat ein Vaterland. Und Jaurès sagte, es stünde uns schlecht an, die Nationen, diese Gefäße der Kultur, zu zerstören. Marx, Engels, Lassalle haben ihre auswärtige Politik bekanntlich orientiert nach der Frage, ob der Krieg, zu dem sie Stellung nehmen, der deutschen Einheit förderlich sei oder nicht. Sie hatten erkannt, daß die Bildung eines großen deutschen Nationalstaates eine notwendige Voraussetzung sei für die wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands und damit auch für die machtvolle Entwicklung der Arbeiterbewegung in Deutschland. Sie hätten nicht gleichgültig dabei gestanden, wenn die Gefahr heraufgezogen wäre, daß die deutsche Einheit wieder zertrümmert würde, durch die Dampfwalze von Osten zermahlen, durch die Ansprüche Frankreichs im Westen verstümmelt. Die Aussprüche von Bebel, Wilhelm Liebknecht und vielen anderen will ich hier nicht zitieren. Ich will nur das beweiskräftigste Stück noch hervorheben, das ist das Erfurter Programm selbst. Dort fordern wir die Bildung eines Volksheeres auf der Grund-

lage der Erziehung der gesamten männlichen Jugend zur Wehrhaftigkeit. Diese Forderung wäre ein Unsinn, wenn der Satz gelten sollte, daß der deutsche Arbeiter kein Vaterland habe, und daß nicht der Fall eintreten könnte, daß er sein Vaterland verteidigen müsse. Die Spartakusleute und die „Internationalisten" können also für sich nicht beanspruchen, daß sie auf dem Boden der alten Internationale und auf dem Boden der deutschen Sozialdemokratie stünden. Das, was sie vertreten, ist ein neuer Standpunkt, von der Internationale nie erkannt, und die neue Internationale, die sie schaffen wollen, würde sich ganz wesentlich von der Internationale unterscheiden, der wir angehörten.

Die Vorstellung, daß es eine Internationale geben könnte, die nicht das Selbstbestimmungsrecht und Verteidigungsrecht der einzelnen Nationen anerkennte, ist eine utopische. Von dieser Vorstellung aus leiten ihre Vertreter ihre praktische Taktik im Kriege ab. Sie wollen den Krieg beenden durch eine internationale proletarische Revolution gegen die kapitalistischen Bourgeoisien der einzelnen Länder. Wenn man sich die Haltung der einzelnen sozialistischen Parteien in diesem Kriege vergegenwärtigt, so sieht man sofort das Utopische dieser Taktik. Angesichts der bedauerlichen Tatsache, daß es nicht einmal gelingt, die französischen und die englischen Arbeiter in ihrer Mehrheit zu einer Verständigungsverhandlung zu bringen, ist es geradezu Wahnsinn zu glauben, daß es möglich sei, die internationalen Massen in Bewegung zu setzen, um dem Weltkrieg ein Ende zu machen. Dieser Weg, der also den Verständigungsfrieden auf dem Wege eines internationalen Bürgerkriegs erreichen will, würde die europäische Menschheit in ein noch viel furchtbareres Elend hineinführen, als es der Weltkrieg schon getan hat. Ein Grundirrtum, der all diesen Vorstellungen zugrunde liegt, ist der Glaube, daß die nationalen Gebilde Dinge seien, die in der Auflösung begriffen seien, für die es in Zukunft keine Stätte mehr gäbe; der Glaube, daß die Entwicklung der Völker hinstrebe zu einem allgemeinen nationslosen Weltstaat. Diese Vorstellung widerspricht den historischen und den biologischen Tatsachen schnurstracks. Wie in der pflanzlichen und animalischen Natur, so ist auch in der menschlichen Geschichte nicht die Vereinheitlichung die Tendenz der Entwicklung, sondern eine Differenzierung, ein Herausbilden charakteristischer Typen und Gebilde. Die heutigen Völker sind einmal durch biologische Ursachen zusammengehalten: Blutsverwandtschaft spielte bei ihrer Bildung eine große Rolle. Und zweitens sind sie zusammengehalten durch historisches, staatliches, gemeinsames Erleben. Diese Schicksalseinheiten haben im neunzehnten Jahrhundert kein absterbendes Gesicht gezeigt, im Gegenteil die Herausbildung starker nationaler Gebilde, Kämpfe um nationale Unabhängigkeit erfüllen es. Auch in diesem Kriege sehen wir überall neben wirtschaftlichen und sonstigen Gegensätzen auch nationale Gegensätze und Ziele auf der Bildfläche erscheinen. Was sich bei Kriegsbeginn in Deutschland offenbarte, diese elementare mächtige Volksaufwallung, war das Bewußtwerden der Zusammengehörigkeit unserer Volkseinheit angesichts ihrer Bedrohung von außen. In der deutschen Arbeiterschaft war dies Gemeinschaftsgefühl, dies deutsche Staatsgefühl sehr erschüttert aus Gründen, die uns allen klar sind. Die deutsche Arbeiterbewegung hatte sich gegen die Herrschenden im deutschen Staat emporkämpfen müssen. Die Herrschenden hatten alles daran gesetzt, die Bewegung mit Gewaltmaßnahmen zu unterdrücken. Ein Haß war großgezogen worden gegen die Herrschenden, der nicht so rasch vergessen werden konnte. Der ganze Kampf der deutschen Sozialdemokratie war gegen diese inneren Widersacher gerichtet gewesen. Darum war es nicht leicht, die taktische Umstellung am 4. August zu gewinnen. In uns lebte die alte Oppositionsstellung, diese Kampftradition stark weiter, und auch die Vorgänge vor dem

Kriege, die Versuche, die deutsche Arbeiterschaft wieder mit Ausnahmerechten zu knebeln, die Bedrohung der gewerkschaftlichen Bewegungsfreiheit, hatten sehr dazu beigetragen, dieses Gegensatzgefühl gegen die Leiter des eigenen Staates zu verschärfen. Und trotzdem sehen wir, daß das Gemeinschaftsgefühl, das in den tiefsten Tiefen jedes einzelnen lag, sich mit elementarer Gewalt geltend machte in der Stunde, wo der Gemeinschaft klar wurde: Es geht um deine Existenz, andere Völkergruppen sind im Begriff, mit überwältigender Mehrheit dich zu erdrücken, deinen Existenzraum zu beschneiden. Wer an dieser Tatsache vorbeiginge, der sieht die Hauptsachen nicht. Daraus ergab sich für uns das starke Gefühl: Die deutsche Arbeiterpartei wäre verloren, wenn sie sich in einer solchen Stunde gegen dieses elementare Massengefühl stellen würde, wenn sie Partei ergreifen würde für die Feinde des eigenen Landes. Darum können wir die ganze Frage nicht etwa bloß als eine parlamentarische betrachten, sondern müssen sie als eine Frage der Volksentscheidung in ihren Massen ansehen. Man kann nicht die Gegensätze, die zwischen den Völkergruppen bestehen, zum Teil historisch geworden, zum Teil wirtschaftlich bedingt, einfach wegleugnen wollen. Sie beruhen nicht nur auf Interessengegensätzen kapitalistischer kleiner Schichten. Das ist zwar ein sehr wichtiger Faktor, der durchaus nicht unterschätzt werden darf. Aber sie beruhen keineswegs darauf allein. Wenn man eine Internationale darauf begründen will, daß man die Eigenart der nationalen Körper, der Volks- und Staatsgemeinschaften leugnet und Interessengegensätze, die in der Natur der Sache liegen, nicht sieht, so kann das natürlich zu keiner Realpolitik führen. Jedes Volk ist aber berufen, sein Recht selbst zu vertreten, sich selbst zu behaupten. Ein Volk, daß etwa nur Menschheitsinteressen verfolgte und nicht seine eigenen Rechte und Interessen im Zusammenleben mit den anderen Völkern wahrnähme, das müßte rettungslos unter die Räder kommen. Es ist genau so wie im Leben der einzelnen innerhalb des Staates. Es ist blutleere Ideologie, dem einzelnen zu predigen, du sollst immer nur an die Rechte anderer denken und dich bemühen, daß den anderen nichts verkürzt wird an dem, was ihnen zukommt. Nein, ein gesunder Mensch behauptet auch seine eigenen Rechte, seine eigene Daseinsmöglichkeit. Zu diesem Egoismus ist er berufen und verpflichtet. Die Internationale, wie wir sie denken und wollen, leugnet nicht diese Gegensätze und bestreitet nicht die Pflicht jedes Volkes, sein Recht, wenn es in Frage gezogen ist, zu behaupten. Wir sagen nur, der Austrag dieser Gegensätze soll nicht mit Gewalt, nicht mit den Mitteln der Vernichtung erfolgen. Die Wahrung des jedem Volke zustehenden Rechtes auf Existenz und freie Entwicklung soll auf dem Wege der internationalen Rechtsorganisation erfolgen, sowie der einzelne innerhalb des Staates durch die Rechtsinstitutionen gesichert ist. Darum ist die prinzipielle Ablehnung der Vaterlandsverteidigung nichts anderes als eine blutleere Utopie, die nirgends in den Massen der Völker Boden gewinnen kann und auf die sich keine Politik aufbauen läßt. Aber das muß zugegeben werden — diese Auffassung ist konsequent, so verkehrt sie ist. Wer die Auffassung hat, der Arbeiter braucht nicht das Land, dem er angehört, zu verteidigen, er hat kein Vaterland, der durfte und mußte die Kredite am 4. August ablehnen.

Es gibt nun eine zweite Gruppe von Leuten, die damals die Kredite ablehnten, die verfährt anders. Sie sagt: Wir erkennen zwar grundsätzlich die Pflicht zur Vaterlandsverteidigung an. In der Praxis aber lehnen wir sie ab, d. h. wir lehnen die Mittel ab, die zur Durchführung der Landesverteidigung notwendig sind. Den Feldgrauen sagen sie: geht hinaus, tut eure Pflicht, kämpft, schützt das Land, aber wir lehnen es ab, euch die dazu nötige Ausrüstung zu geben an Waffen, Munition, Kleidung usw., wir lehnen es

ab, die nötig werdende Unterstützung euer Frauen und Kinder zu bewilligen. Das ist ein unhaltbarer Standpunkt. Das ist ein Zwischendurchwollen auf einer Mittelstraße, die nur in der Phantasie besteht.

Haase und andere, die diesen Standpunkt vertreten, werfen ein: Wenn wir nicht die Kredite am 4. August ablehnen durften, dann durften wir auch im Frieden Militärforderungen nicht ablehnen. Dieser Einwurf ist ganz hinfällig. Wir haben im Frieden die Militärforderungen abgelehnt, weil wir das autokratische Militärsystem nicht wollten, sondern seine Umbildung in ein demokratisches System verlangten, wie es im Erfurter Programm vorgezeichnet ist. Dieser Krieg hat uns ja recht gegeben, er hat gezeigt, daß in der Tat in kurzer Ausbildungszeit das gesamte Volk mobil gemacht werden kann. Im Kriege aber muß man die Verteidigung führen mit dem System, was nun einmal da ist. Wenn ein Brand ausgebrochen ist, kann man nicht erst das System der Feuerwehr auswählen, sondern muß mit dem Apparat, der vorhanden ist, den Brand löschen.

So wenig man sich auch verantwortlich macht für den Ausbruch eines Brandes dadurch, daß man mithilft löschen, so wenig hat sich die Fraktion verantwortlich gemacht für den Kriegsbrand, als sie die Mittel bewilligte, um ihn zu löschen. Die Verantwortung für den Krieg ist damit nicht gegeben. Andererseits aber fällt auf die, die die Mittel ablehnen, die Verantwortung für eine Niederlage, und diese wollten wir allerdings nicht auf uns nehmen.

Wenn weiter gesagt wird: „Ihr habt damals der Regierung ein Vertrauensvotum gegeben und gebt es immer wieder, wenn Ihr Kredite bewilligt," so ist auch das ganz unzutreffend. Das ist keine Frage des parlamentarischen Vertrauens zur Regierung, sondern eine Frage der Lebensinteressen des Volkes. Wir sind als Volksvertreter berufen und verpflichtet, im Parlament die Lebensinteressen unseres Volkes wahrzunehmen und zu schützen (Sehr richtig!) — gegen die Regierung, wenn wir das für richtig halten, oder mit der Regierung, wenn es nicht anders geht. Und am 4. August konnten wir diese Regierung nicht beseitigen, mußten wir die Lebensinteressen unseres Volkes wahren, einerlei was für eine Regierung da war. So steht die Frage. Und daß es in der Tat von unserem Verhalten damals mit abhing, ob Deutschland in diesem Kampfe bestehen werde oder ob es unterliege, ist von dem Genossen Hoch in so klassisch treffender Weise beantwortet worden, daß ich seine Worte hier als Dokument in die Verhandlung einführen will. In dem Maiartikel der „Dachdeckerzeitung" 1915 hieß es:

„Freilich hätten die sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten die Kriegsforderungen verweigern können. Sicher hätte das einen großen Eindruck auf die aufgeklärten Arbeiter gemacht. Sie hätten die Ablehnung der Kriegsforderungen durch sämtliche sozialdemokratischen Abgeordneten als die Aufforderung auffassen müssen, dem Vorbilde ihrer Vertreter im Reichstage zu folgen, also sich dem Kriegsdienste, wo es irgend geht, zu entziehen, oder, wo der Zwang zum Kriegsdienst unvermeidlich war, sich wenigstens von dem Dienste möglichst zu drücken, den feindlichen Heeren möglichst wenig Schaden zuzufügen, sich bei der ersten Gelegenheit gefangennehmen zu lassen.

Ein solches Verhalten der aufgeklärtesten und tatkräftigsten Arbeiter, die infolge dieser Eigenschaften auch als Soldaten in ihrem Kreise am einflußreichsten sind, mußte die Widerstandskraft der Heere um so mehr schwächen, je mehr Sozialdemokraten im Heere sind. Die Folge davon mußte sein, daß die Heere der am meisten vorgeschrittenen Völker, so insbesondere das deutsche Heer, von den Scharen der rückständigsten Völker, von den Kosaken, von den Afrikanern, Indern usw. überwältigt worden wären, daß diese Heere in unser Land eingedrungen wären, hier aufs furchtbarste gehaust hätten

und daß dann große Teile unseres Volkes unter eine rückständige Fremdherrschaft gekommen wären, dem Reste des Volkes die weitere wirtschaftliche Entwicklung aufs äußerste erschwert worden wäre. Die Folge eines solchen Krieges wären weitere, um so schlimmere Kriegsrüstungen, eine um so rücksichtslosere Ausbeutung des arbeitenden Volkes."

Dieser Begründung habe ich kein Wort hinzuzufügen. Aber ein noch sichereres Anzeichen, ob wir recht handelten oder nicht, liegt in der Frage: Was wünschten die feindlichen Staatsmänner, das wir tun sollten? Auf was hofften die Poincaré, Asquith, Sasonow? Sie haben sich Hoffnung gemacht, daß die deutsche Sozialdemokratie ihrem Lande in den Rücken fallen und so der Koalition einen leichten Sieg bereiten würden. Das durften wir nicht tun. Die Kreditverweigerung wäre keineswegs eine neutrale Handlung, rein passives Verhalten der deutschen Sozialdemokratie gewesen, sondern unser Votum wäre eine positive Handlung zugunsten der feindlichen Mächte gewesen, eine Parteinahme gegen das eigene Volk in der Stunde, wo dieses Volk von einer Koalition von Gegnern auf das schwerste bedroht war. Diese Forderung ist nicht nur von feindlichen Staatsbürgern, sie ist bedauerlicherweise auch von den führenden Sozialisten der Ententeländer erhoben worden.

Die französischen und englischen Arbeiter haben es als ihr ganz selbstverständliches Recht angesehen, für die Kredite zu stimmen. Dort gab es einen solchen Streit überhaupt nicht und gibt ihn bis heute fast gar nicht, abgesehen von den paar Zimmerwaldern, die jetzt in der französischen Kammer Front machen. Auch die Minderheitssozialisten in England und Frankreich, auch die Longuet und Macdonald haben ihrem Lande die Kredite jederzeit bewilligt (Hört, hört!), und der letzte französische Kongreß, der vor wenigen Tagen in Bordeaux tagte, hat einen Beschluß gefaßt, der ebenfalls auf Bewilligung der Kredite hinausgeht. Also diese Frage bestand außerhalb Deutschlands in den Demokratien des Westens überhaupt nicht, nur in Rußland haben die Sozialdemokraten zu Beginn des Krieges gegen die Kredite gestimmt — warum? Sie hatten recht, sie handelten konsequent, weil sie die Niederlage ihres Landes wollten; denn ihr Land war damals das Werkzeug des Zaren; es war in der Gewalt eines Blutregiments, und die russischen Sozialisten sahen keine Rettung, als den Weg über die Niederlage der Heere des Zaren. Als aber dieses Regiment zusammengebrochen war, da haben dieselben russischen Sozialisten in ihrer großen Mehrheit sofort die Mittel zur Weiterführung des Krieges bewilligt. Uns dagegen macht man bis zum heutigen Tage in der Internationale die schwersten Vorwürfe, daß wir dasselbe getan haben, was die anderen für sich als ihr gutes Recht beanspruchten. Wie kommt das?

Hier kommt ein neuer Einwurf gegen unseren Standpunkt zum Vorschein, ein Vorwurf, der auch in Deutschland gemacht worden ist und noch gemacht wird, nämlich daß der Krieg gar kein Verteidigungskrieg für Deutschland sei; Deutschland sei gar nicht angegriffen worden, sondern es habe seinerseits angegriffen; es habe diesen Krieg vom Zaune gebrochen, sei über seine friedlichen Nachbarn in Ost und West ohne Grund hergefallen und deshalb handle es sich bei unserer Kreditbewilligung nicht um die Verteidigung des Landes, sondern um die Unterstützung eines weltgeschichtlichen Verbrechens, das die deutsche und österreichisch-ungarische Regierung begangen haben sollen. Man hat in der deutschen Partei die diplomatische Schuldfrage sehr wenig behandelt. Man hat gesagt, das sei mehr eine historische Frage. Später, wenn wir einmal den ganzen Zusammenhang erkennen könnten, wenn alle Archive geöffnet seien, möchten Gelehrte die ganze Sache durcharbeiten. Die könnten dann zu einer sicheren Beantwortung der Frage kommen, wer angefangen hat. Das ist echt

deutsch, aber keineswegs politisch gehandelt gewesen. Diese Frage ist von unseren Gegnern im feindlichen Ausland und von den Sozialisten der Ententestaaten als eine hochaktuelle politische Frage behandelt worden, eine Zentralfrage, von der aus sie ihre ganze Stellung zu uns und zum Frieden begründeten. Die Anklage gegen uns, daß wir die Mitschuldigen einer verbrecherischen Regierung seien, die die friedlichen Nachbarn überfallen habe, ist uns in der Presse der feindlichen Länder von Anfang an schroff entgegengetreten. Man hat uns mit Ausdrücken belegt, die ich hier nicht wiederholen will. Gestützt auf diese Auffassung haben die Sozialisten der Ententestaaten es abgelehnt, mit uns in internationale Beziehungen zu treten und sich mit uns an den Tisch der Verständigung zu setzen. Gestützt auf diese Frage haben sie erklärt und erklären heute noch, der Frieden müsse ein Frieden der Sühne sein für das begangene Verbrechen. Und gestützt auf diese Frage stellen sie als Kriegsziel auf: Deutschland muß so geschwächt werden, daß es nicht wieder ein ähnliches Verbrechen begehen kann.

Diese Frage steht also im Mittelpunkt der Auffassung der Ententesozialisten. Und deshalb konnten wir nicht daran vorbeigehen, sondern mußten antworten, als sie auch in Stockholm als schwere Anklage an die Adresse der deutschen Sozialdemokratie gerichtet wurde, wenn man unser Schweigen nicht als Eingeständnis der Schuld ansehen sollte. So kam es, daß wir in Stockholm, obgleich wir diese Frage nicht auf einer allgemeinen Konferenz erörtern wollten, gezwungen wurden, auf der Vorkonferenz uns gegen diese Anklage zu verteidigen. Damit haben wir unseren Standpunkt nicht aufgegeben, wie es in einem Parteiblatt hingestellt wurde; wir halten es auch heute noch für richtig, daß eine allgemeine Konferenz, wenn sie zustande kommt, sich nicht mehr mit dieser Frage beschäftigt. Um das aber zu erreichen, mußten wir von unserer Seite einmal eine klare Antwort geben, damit die andern drüben genötigt sind, die Dinge zu überprüfen und einzusehen, daß ihr Standpunkt nicht haltbar ist. Ich gehe auf die Erörterung der Schuldfrage hier nicht ein, sondern verweise auf den Vortrag, den ich in Stockholm gehalten habe. Wenn die Beweisführung in diesem Vortrag noch irgendeiner Bekräftigung bedurft hätte, so ist sie erbracht worden in dem Prozeß gegen Suchomlinow. Neuerdings hat die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" noch Dokumente veröffentlicht, die ebenfalls in dieses Gebiet einschlagen und die beweisen, daß in der Tat von Berlin aus auf Oesterreich außerordentlich stark gewirkt worden ist, einmal, daß es in die direkte Verständigung mit Petersburg eintrete und daß es den zweiten Greyschen Verständigungsvorschlag akzeptiere. Warum die Regierung mit diesen wie mit anderen Dokumenten so spät erst herausgetreten ist, möchte ich auch hier fragen. Auch das ist ein schweres Versäumnis, daß man die Entente mit diesen und anderen Fragen eine so ungeheure Stimmung gegen Deutschland einschließlich der deutschen Arbeiter hat erzeugen lassen. Auch die Schuldfrage ist also kein Einwand für die, die damit die Ablehnung der Kriegskredite begründen wollten. Und wenn heute noch jemand trotz der veröffentlichten Dokumente auf dem Standpunkt steht, die Schuld habe auf deutscher Seite gelegen oder wenigstens hauptsächlich, dann verweise ich ihn auf das oben gegebene Zitat von Bernstein, der erklärte: „unbeschadet unserer Auffassung über die Einleitung des Krieges" hatten wir die Kredite zu bewilligen.

Die Rechtfertigung unseres Verhaltens hat noch ein anderes starkes Argument. Eine Politik wird beurteilt am besten nach ihren Erfolgen. Welchen Erfolg hat sie gehabt? Die eine gewaltige Frucht dieses Krieges, die wir alle mit Jubel begrüßt haben, ist der Zusammenbruch des zarischen Systems, ist die russische Revolution, die russische Demokratie und damit das Ende der Bedrohungen, die das zarische System für Europa bedeutete. Dieses Ereignis

wäre aber nicht eingetreten, wenn wir so gehandelt hätten wie Haase und seine Freunde am 4. August 1914 wollten. Dann wäre wahrscheinlich nicht das zarische System zusammengebrochen, sondern die siegreichen Heere des Zaren wären in Berlin eingezogen. Wenn also die Richtigkeit unserer Politik nach ihren Folgen geprüft wird, so glaube ich, können wir auch da vor der Geschichte bestehen. Der Hort der Reaktion im Osten ist nicht mehr, die ganze europäische Zukunft ist infolgedessen in ein anderes Licht gerückt worden. Die Demokratie ist in Marsch gekommen von Osteuropa aus, die Nachwehen müssen sich geltend machen, auch in Deutschland, und machen sich geltend. Wenn die Mehrheitspartei ihre Politik rechtfertigt, so kann sie ruhig sagen: Neben den anderen, die das Verdienst haben, an diesem Ereignis, neben den russischen Arbeitern in allererster Linie, hat auch die sowiel geschmähte deutsche Mehrheitspartei ein Recht, ein Verdienst am Zusammenbruch des Zarismus für sich zu beanspruchen.

Nun haben uns die Russen gesagt und sagen uns die Franzosen, wir hätten die Pflicht, das Beispiel der Russen nachzuahmen und auch Revolution zu machen; vorher könne man mit Deutschland nicht Frieden schließen. Sie versprechen uns in diesem Falle Begnadigung von unserer Schuld und eine glimpfliche Behandlung beim Frieden. Diese Aufforderung ist, wenn die Berichte über den Kongreß der französischen Sozialisten in Bordeaux richtig sind, auch dort wieder sehr stark unterstrichen worden. Während die französischen Sozialisten dort mit großer Mehrheit beschlossen haben, daß eine noch energischere Kriegführung im eigenen Lande angestrebt werden muß, haben sie an die Adresse der deutschen Arbeiter folgende Mahnung gerichtet: Die Russen wenden sich an die Unabhängigen Sozialisten und an das deutsche Volk im besonderen mit der Aufforderung, die bisherigen Machthaber in Deutschland zu stürzen, für ihre Verbrechen zu bestrafen und die deutsche Demokratie zu errichten; die französische Partei verbürgt sich dafür, daß die Alliierten die im Entstehen begriffene deutsche Demokratie nicht vernichten würde und verweisen auf die Zusagen von Wilson, Lloyd George und Ribot. (Heiterkeit. — Scheidemann: Schöne Bürgen!) — Es wird, glaube ich, die Pflicht der Unabhängigen sein, die nötige Antwort auf diese Aufforderung zu geben, um drüben Hoffnungen zu zerstören, die, wenn sie nicht zerstört würden, den Krieg verlängern müßten. Unsere Antwort darauf ist diese: Es zeugt von außerordentlicher Unkenntnis der Verhältnisse, wenn man Rußland und sein System mit Deutschland verwechselt.

Wenn uns Begnadigung für die Mitschuld am Verbrechen des Weltkriegs zugesichert wird, so bedürfen wir ihrer nicht, denn wir haben kein Verbrechen begangen. Wir haben unserem Lande gegenüber unsere Pflicht erfüllt, so wie es die Franzosen ihrem Lande gegenüber getan haben. Was weiter das Versprechen anlangt, uns dann glimpflich zu behandeln, so machen wir ein großes Fragezeichen dahinter. Wir wissen wirklich nicht, ob die französischen Sozialisten die Macht haben, ihren Staatsmännern in den Arm zu fallen, wenn diese imperialistische Kriegsziele verwirklichen wollen. Wir bezweifeln, daß sie das können, haben sie doch nicht einmal erreicht, Pässe nach Stockholm zu erhalten. (Sehr richtig!)

Worauf wir uns gefaßt machen können, wenn Deutschland unterliegt, darüber haben die feindlichen Staatsmänner keinen Zweifel gelassen: die Verstümmelung Deutschlands, die Zertrümmerung der Donaumonarchie, die Aufteilung der Türkei sind offen als Kriegsziele verkündet worden und man hat hinzugefügt, daß die wirtschaftliche Knebelung Deutschlands die Fortsetzung dieses Krieges sein werde. Also es besteht kein Zweifel darüber, daß der Wille, Deutschland zu verkleinern und ohnmächtig zu machen, ungebrochen besteht,

ja, der Wille ist nicht schwächer, sondern stärker geworden. Die Koalition gegen uns ist auch nicht schwächer, sondern stärker geworden. (Sehr richtig!) Wir können daher sagen, daß, wenn am 4. August 1914 eine ungeheure Gefahr sich um Deutschland zusammenzog, die Weiterentwicklung des Krieges keineswegs eine Abschwächung dieser Gefahr gebracht hat. (Sehr richtig!) Die Bedrohung ist heute noch viel furchtbarer als am 4. August 1914, darüber wollen wir uns gar keiner Täuschung hingeben. Heute steht fast die gesamte Welt in einem mächtigen Ring zusammen, um alles daran zu setzen, uns niederzudrücken. (Sehr richtig!) Die Verteidigung unseres Landes ist also im weiteren Verlaufe des Krieges immer notwendiger geworden und die Frage, ob dieser Krieg für uns ein Eroberungs- oder ein Verteidigungskrieg ist, kann angesichts dieser Entwicklung ernsthaft gar nicht gestellt werden.

Das führt zur Behandlung einer dritten Gruppe von Kriegskreditverweigerern, die am 4. August 1914 mit uns für die Kredite gestimmt haben, die aber dann im Laufe der Entwicklung — der eine früher, der andere später — ihre Auffassung änderten und sich zur Ablehnung der Kredite durchmauserten. Wenn man den Verlauf des Krieges betrachtet, der in keinem Stadium für uns seinen bedrohlichen Charakter verloren hat, ja wenn man sieht, wie die feindliche Koalition sich verstärkte und damit die Bedrohung vergrößerte, dann ist es unbegreiflich, daß im Verlaufe des Krieges sich Parteigenossen finden konnten, die zu Beginn die Kredite bewilligten, sie späterhin aber verweigerten. (Sehr richtig!) Sie sagen, der Krieg sei im Verlaufe der Zeit zu einem deutschen Eroberungskrieg geworden. In keinem Stadium des Krieges aber war Deutschland in der Lage, über seine Verteidigung hinaus irgendwie Eroberungen verwirklichen zu können. Es sind allerdings in Deutschland von einflußreichen Kreisen Eroberungsziele aufgestellt worden. Zuerst von den sechs Wirtschaftsverbänden, dann von den Alldeutschen im verschiedensten Gewande. Auch im Reichstag war es zunächst nur eine Minderheit, die sich mit uns auf den Boden stellte, daß der Krieg ein Verteidigungskrieg bleiben müsse. Die Parteien gaben Erklärungen ab, die gewisse Eroberungsziele enthüllten. Die Regierung suchte in der Mitte durchzukommen, um die Einheit des Volkes zu wahren. Bethmann Hollweg lavierte. Wenn in der vorigen Debatte gesagt worden ist, er habe eigentlich zu den Eroberungspolitikern gehört, so ist das eine Verkennung der Tatsachen. Einflußreiche Schichten unseres Volkes haben allerdings einen ungeheuren Druck auf ihn ausgeübt. Aber er hat dem Druck keineswegs nachgegeben. Wer den Beweis dafür haben will, findet ihn ganz einfach durch die Stellung der Annexionisten zu Bethmann Hollweg erbracht. Er war der von ihnen bestgehaßte Mann. Wäre er ein Annexionist gewesen, sie hätten ihn nicht bekämpft. (Sehr richtig!) Historische Wahrheit ist, daß Bethmann Hollweg die mittlere Linie suchte und daß er auf Grund des Druckes, den die Sozialdemokratie auf ihn ausübte, sich mehr und mehr nach links orientierte.

Der erste große Erfolg in diesem Kampfe war das Friedensangebot der Mittelmächte vom 12. Dezember 1916. Es war der erste offensichtliche große Erfolg des Einflusses der deutschen Sozialdemokratie. (Sehr wahr!) Dieser Erfolg löste einen erbitterten Kampf gegen die Regierung aus. Wir haben dann weiter zielsicher und mit allen Mitteln dahin gewirkt, daß die Regierung den Annexionisten eine immer klarere Absage erteilen solle. Wir haben bei jeder Gelegenheit im Parlament den annexionistischen Neigungen Widerstand geleistet und erreicht, daß die Regierung sich mehr und mehr unserem Standpunkt angepaßt hat. (Sehr richtig!)

Der zweite große Erfolg auf dieser Bahn war die Gewinnung einer Mehrheit im Reichstag für unsere Friedenspolitik, war die Annahme der

Reichstagsentschließung vom 19. Juli 1917 durch Sozialdemokratie, Zentrum und Fortschrittler. Ihre Annahme bedeutete einen gewaltigen Erfolg unserer Bemühungen. Zum ersten Male entstand im Reichstage, woran wir gar nicht gewohnt waren, ein Mehrheitsblock mit uns, der durch eine große gemeinsame politische Forderung zusammengehalten war. Dieser Mehrheitsblock war zunächst ein Gelegenheitsblock und viele haben ihn keine große innere Widerstandskraft zugetraut. Aber er hat sich in dem weiteren Kampfe um die Friedensentschließung als fest erwiesen. Er hat zunächst verhindert, daß die Regierung durch zweideutige Wendungen von dem Boden der Entschließung abrückte und hat sich durchgesetzt beim nächsten großen Erfolg in der Friedenspolitik, bei der Beantwortung der Papstnote. Die Antwort auf die Papstnote nimmt auf die Reichstagsentschließung Bezug, sie gibt ihr damit eine noch größere innerpolitische und außenpolitische Bedeutung. (Sehr richtig!) Die Antwort auf die Papstnote ist das erste hochwichtige internationale Dokument, das unter Mitwirkung des Parlaments zustandegekommen ist.

Die Antwort auf die Papstnote löste einen erneuten erbitterten Ansturm der Alldeutschen auf der ganzen Linie gegen den Reichstag aus. So sahen wir uns genötigt, mit dem Gegenstoß einzusetzen, der in den letzten Wochen im Reichstag stattfand gegen die Treibereien der sogenannten Vaterlandspartei, die alle annexionistischen Kräfte zusammenfassen will, um das Volk aufzuwühlen und so einen wachsenden Druck auf die Reierung auszuüben. Die Vaterlandspartei ist gedacht als eine Zersetzungspartei für die bürgerlichen Parteien, die sich zur Reichstagsentschließung bekannt haben. Sie will innerhalb dieser Parteien Minengänge treiben, den Boden dieser Parteien im Volke unterhöhlen, um so die Mehrheit des Reichstages zusammenbrechen zu machen. Ihre äußeren Ziele sind Eroberungen im Westen und Osten, ihre innerpolitischen Ziele die Verhinderung jeder Neuordnung, jedes freiheitlichen Fortschrittes in Deutschland während des Krieges. Sie wollen die Neuordnung während des Krieges nicht, weil sie die auch nach dem Kriege nicht wollen. (Sehr richtig!)

Die sogenannte Vaterlandspartei behauptet eine Volksbewegung zu sein. (Lachen.) An der Spitze dieser Volksbewegung marschiert ein Herzog, ihm folgen ein Großadmiral und ein Generallandschaftsdirektor. Die Aufrufe der Partei sind unterschrieben von Generalen und Admiralen a. D., von Staatsministern a. D., Großindustriellen, Generaldirektoren, Generalsuperintendenten, Professoren, Großgrundbesitzern und Leuten von der hohen Finanz. Diese Herren behaupten also, sie seien eine Bewegung aus der Tiefe des Volkes. Eine wirkliche Volksbewegung kann man nur darin erkennen, gegen wen sie sich richtet. Diese Tirpitz-Kappsche Volksbewegung richtet sich gegen das Volk selbst. (Sehr richtig!) Man kann eine Volksbewegung auch daran erkennen, von wem sie unterstützt wird und wessen Unterstützung sie verlangt. Die Tirpitz-Kappsche Volksbewegung hat als Unterstützung die Millionäre der Kriegsindustrie und als Gönner amtliche Stellen in der Heimat und dem Heer. Diesen Nachweis haben wir im Reichstage mit einer erdrückenden Fülle an Material erbracht. Wollen die Herren wissen, wie eine Volksbewegung aussieht und wie sie entsteht, sie brauchen nur auf die deutsche Sozialdemokratie zu blicken. Eine Volksbewegung kommt von unten herauf und kämpft gegen die Herren oben, gegen die Träger der Macht; sie erfreut sich nicht der Gunst von oben. (Sehr richtig!)

In dem neuen Aufruf sagen die Herren, sie wollten jetzt zeigen, wo die wahre Mehrheit des Volkes steht. Das wollen und müssen wir ihnen jetzt auch zeigen, Parteigenossen! Jetzt gilt es, die Abwehrbewegung mit aller Energie einzuleiten, und wenn es sich darum handelt, Volksbewegungen zu entwickeln,

dann glaube ich, sind wir doch die besseren Fachleute und die anderen sind die Dilettanten. (Sehr gut!) Aber das muß auf der ganzen Linie geschehen. Den alldeutschen Versammlungen müssen Versammlungen entgegengesetzt werden, und wenn es möglich ist, auch vereinte Versammlungen derjenigen Parteien, die sich zur Mehrheitsresolution bekennen. (Sehr richtig!) In dem neuesten Aufruf steht auch der Satz: „Gegen englische Friedensfühler müssen wir hart sein. In absehbarer Zeit werden wir England ganz anders gegenüberstehen." Also vor englischen Friedensfühlern wird gewarnt! Die Herren von der Tirpitz-Kappschen Partei haben Angst, die Gegner könnten zur Friedensbereitschaft kommen, und sie warnen von vornherein schon vor solchen Verständigungsneigungen, die von der anderen Seite kommen könnten. Kann man sich ein frevelhafteres Spiel denken? Im vierten Jahre des Weltkrieges treten Männer auf und sagen dem Volke: Habt acht, hütet euch vor den Engländern, wenn sie kommen und zum Frieden bereit sind. Daß die Herren keinen baldigen Frieden wollen, das erklärt sich zum Teil aus ihrer Interessiertheit am Kriege. (Sehr richtig!) Sie machen glänzende Geschäfte im Kriege, häufen Millionen auf Millionen, die Schwerindustriellen auf der einen, die Großagrarier auf der anderen Seite. (Lebhafte Zustimmung.) Ich glaube schon, daß die nicht das Gefühl der Masse haben, die unter dem Kriege leidet. Es gilt auch in der Presse auf der ganzen Linie den Kampf gegen die Alldeutschen aufzunehmen. Es wäre auch gut, wenn in den sozialistischen Zeitschriften andere Fragen mal zurücktreten und alles sich konzentrierte auf das Thema: Nieder mit den Alldeutschen! (Sehr gut!) Denn die — das wollen wir ruhig sagen — verstehen es, in der Presse zu arbeiten; die alldeutschen Blätter gehen konzentrisch vor, sie hauen in dieselbe Kerbe unablässig und unablässig. Dem gegenüber heißt es, die Kräfte konzentrieren auf das eine Ziel, das jetzt das wichtigste ist.

Die Herren spielen ja auch mit dem Gedanken der Reichstagsauflösung. Die Forderung: Los vom Reichstag, hinter dem angeblich nicht mehr das Volk steht, ist ja in der alldeutschen Presse aufgetaucht. Sie ist verstummt, als die Leute die Gefahr sahen, daß dann die Mehrheitsparteien vereinigt die Kriegstreiber in die Pfanne hauen würden. Nun tauchte ein anderer Gedanke auf. In den neuesten Aeußerungen Berliner alldeutscher Blätter wird mit dem Gedanken eines Staatsstreiches gespielt. Der erste, der das tat, war der Landtagsabgeordnete Bacmeister, der in einer alldeutschen Konferenz zu Berlin eine Resolution annehmen ließ, die den Kanzler auffordert, einen eisernen Griff zu tun und der starke Führer zu sein im Kampf gegen den „inneren Feind". Man spielt also mit dem Gedanken der Diktatur, einer Diktatur gegen das Volk. Es hat Fälle gegeben, wo Völker in der höchsten Not Diktatoren ernannten. Das kann vorkommen, das kann berechtigt sein, aber eine Bedingung ist dabei, daß dieser Diktator von der Mehrheit des Volkes bestellt wird, um deren Willen durchzuführen. (Sehr richtig!) Hier aber spielt man mit der Idee eines Diktators aus der Minderheit, der den Willen der Minderheit auf Kriegsverlängerung und Niederhaltung des Volkes im Innern gegen die große Mehrheit des Volkes durchsetzen soll. Das wäre denn doch ein Spiel, über dessen Ausgang niemand im Zweifel sein kann. (Sehr richtig!) Es ist schwer, zu denken, daß in einem normalen Gehirn eine solche Idee mitten im Weltkrieg Platz greifen kann. Wir sehen der Entwicklung mit Ruhe entgegen. Halten es aber für unsere Pflicht, alle die es angeht, vor solchen Experimenten zu warnen.

Es laufen hinter den Alldeutschen natürlich auch eine Menge Leute hinterher, die nicht materiell am Kriege interessiert sind. Briefe von solchen Leuten bekomme ich jetzt öfters, nachdem ich im Reichstage gesagt habe, die Vaterlandspartei sei eine Bewegung der oberen Zehntausend. Gewiß, es gibt auch Ideologen, die da hinterherlaufen, gelehrte und ungelehrte Kindsköpfe (Heiterkeit), die sich der Situation nicht bewußt sind und nur die Fassade sehen. (Sehr richtig!) Das Fundament der Kriegspolitik der Alldeutschen beruht auf einer Illusion. Sie glauben, daß es möglich sei, den Krieg mit rein militärischen Mitteln zugunsten Deutschlands zu beenden. Das ist eine Illusion. So wenig die drüben uns mit ihren militärischen Mitteln niederwerfen können, so wenig sind wir imstande, diese Weltkoalition mit militärischen Mitteln zu Wasser oder zu Lande so niederzuzwingen, daß sie sich einen Frieden von uns diktieren lassen muß. (Sehr richtig!) Das ist eine Illusion, die auch in den Köpfen von Ideologen spukt, deren Beruf als Professoren sie eigentlich davor schützen sollte, so oberflächlich die Dinge zu beurteilen. Die stärksten Hoffnungen setzen sie auf die U-Boote. Im Januar dieses Jahres sagte man, sie bringen uns sicher in einigen Monaten so weit, daß die Engländer um Frieden bitten müssen. Es ist nicht zu bestreiten, daß die Vertreter der alldeutschen Richtung den rücksichtslosen U-Bootkrieg mit der Behauptung gefordert haben, daß in drei, jedenfalls aber in sechs Monaten man mit diesem Mittel die Gegner soweit habe, daß sie nachgeben müssen. Diese Frist ist längst abgelaufen. Dann sagte man, vor der neuen Ernte liegen die Engländer sicher am Boden. Auch diese Frist ist abgelaufen. Man sagte weiter: Die U-Boote schützen uns jedenfalls vor einem vierten Kriegswinter. Auch die Frist ist abgelaufen. Trotzdem haben die Leute den Mut, auch weiterhin mit solchen Monatsterminen das deutsche Volk zu täuschen. Auch in der neuesten Rede von Tirpitz bei Gründung der Vaterlandspartei in Berlin ist gesagt, daß der Sieg todsicher sei, und daß es sich höchstens noch um einen Monat mehr oder weniger handeln könnte. Diese gefährlichen Illusionen müssen, wenn man die Politik darauf einstellen wollte, zu schwersten Enttäuschungen führen. (Sehr richtig!) Um einen Frieden, wie die Alldeutschen ihn wollen, von England zu erlangen, müßten sie nicht mit Monatsterminen, sondern mit Jahresterminen rechnen. (Sehr richtig!) Nicht in einem Jahre, nicht in zwei und nicht in drei Jahren würden sie das Ziel erreichen, daß die Engländer den Frieden fressen, den die Alldeutschen ihnen vorsetzen wollen. Es ist geradezu wahnsinnig, mit solchen Versprechungen zu operieren. (Sehr wahr!)

Wir haben die Reichsleitung gewarnt, den rücksichtslosen U-Bootkrieg anzuwenden. Wir haben auf die Gefahren hingewiesen, die sich im Hintergrund erheben, wir haben hingewiesen namentlich auf die große Gefahr, die mit dem Eintritt Amerikas in die feindliche Koalition sofort aktuell wird. Wir lehnen also die Verantwortung dafür ab, daß es zu dieser Stärkung der Koalition unserer Gegner gekommen ist mit all den Schäden, die sie für Deutschland bis jetzt schon gebracht hat. Jetzt freilich, nachdem der rücksichtslose U-Bootkrieg einmal in Anwendung gebracht war, kann er nicht mehr rückgängig gemacht werden, denn die politischen Wirkungen sind nicht mehr rückgängig zu machen. Er muß selbstverständlich jetzt seinen Weg gehen. Darüber haben wir keinen Zweifel gelassen. Auch die Mehrheit im Reichstage ist darüber einer Meinung, daß jetzt dieses Kriegsmittel mit aller Schärfe weiter angewendet werden muß. Aber wir sagen, die militärischen Mittel allein genügen nicht, uns zu einem baldigen Frieden zu führen. Selbstverständlich sind sie nötig als Druck auf die Gegner, solange diese nicht zum Frieden bereit sind. Die Feinde hoffen, daß es doch noch gelingen könnte, Deutschland militärisch niederzuwerfen, und das ist sicher noch das schwerste Hemmnis der Friedensbewegung. Solange die feindlichen Staatsmänner die Rechnung noch so stellen, solange sie noch an dieser Hoffnung festhalten, wenden sie sich natürlich gegen jeden Versuch eines vorzeitigen Friedens, der, wie sie sagen, ein Flickwerkfriede ist. Die Hoffnung,

daß Deutschlands Kraft mit militärischen Mitteln gebrochen werden könne, findet ihren stärksten Rückhalt in der Hoffnung auf Amerika. Wir sind überzeugt, auch diese Hoffnung unserer Gegner wird zusammenbrechen, es wird ihnen nicht gelingen, Deutschland militärisch niederzuwerfen. Darum muß natürlich die militärische Gegenwehr fortgesetzt werden, bis die anderen eingesehen haben, daß so wenig wie wir sie sie uns militärisch niederringen können. Dann werden sie reif sein für den Frieden.

Das ist die eine Seite des Druckes. Dazu aber muß die andere kommen und die ist auch von der größten Bedeutung. Wir müssen in den Völkern der feindlichen Länder die Ueberzeugung schaffen, daß Deutschland nicht der Raubstaat ist, als den man ihn hinstellt, daß es nicht der Werwolf ist, der über die anderen hergefallen ist, und daß es nicht beabsichtigt, eine Welthegemonie auf Kosten der Lebensrechte der anderen aufzurichten. Diese Ueberzeugung müssen wir in die Massen der Feinde hineintragen. Das ist die einzige Politik, die geeignet ist, die widerstrebenden Staatsmänner an den Verhandlungstisch zu bringen. Die Staatsmänner der feindlichen Staaten, die jetzt noch das Steuer in der Hand haben, zeigen die Psychologie des unglücklichen Spielers; sie haben ein großes Eroberungsprogramm aufgestellt, haben damit eine gewaltige Koalition zustande gebracht, haben ungeheure Opfer an Gut und Blut ihrer Völker in das Geschäft hineingeworfen, und sie wollen natürlich nun nicht das Spiel mit einem Frieden beenden, der nichts anderes heißt, als Verzicht auf ihr gesamtes Eroberungsprogramm. Denn der Verständigungsfriede ist ein Verzichtfrieden für unsere Gegner. (Sehr richtig!) Auch das muß den Alldeutschen klargemacht werden. Es heißt die Dinge auf den Kopf stellen, wenn man es so hinstellt, als ob Deutschland bei einem solchen Frieden sich selbst knebele und ohnmächtig mache. Im Gegenteil, Deutschland wird auch ohne Annexionen, auch ohne Kontributionen, wenn es seine territoriale Unversehrtheit behauptet und für sich freie weltwirtschaftliche Betätigung erreicht, so schwer es auch ist, die Wunden des Krieges aus eigener Kraft heilen können und seine politische und wirtschaftliche Machtstellung sichern.

Es gilt also, die Friedensströmung drüben dadurch machtvoll zur Entwicklung zu bringen, daß von Deutschland ein klares Friedensprogramm aufgestellt wird. Unsere Verbündeten, die sich durch die Erklärungen ihrer leitenden Minister, zuletzt noch des Grafen Czernin, vor aller Welt auf den Boden des Verständigungsfriedens gestellt haben, sind einer Meinung mit uns. Es hieße die Festigkeit des Bündnisses der Zentralmächte gefährden, wenn man den Verdacht aufkommen ließe, daß Deutschland um weitergehender Kriegsziele willen von sich aus den Krieg verlängern möchte. Das ist auch von größter Bedeutung für die Stimmung unter den Neutralen. Die Stellung der europäischen Neutralen war von Anfang an eine schwierige; sie ist noch viel schwieriger geworden durch den Eintritt Amerikas in die Koalition unserer Gegner, und wenn uns nicht seitens der europäischen Neutralen noch unliebsame Ueberraschungen beschert werden sollten, dann müssen wir dafür sorgen, daß die öffentliche Meinung in den neutralen Ländern weiß, Deutschland ist nicht schuld, wenn der Krieg verlängert wird, Deutschland ist bereit zu einem Frieden, der die Lebensrechte der anderen achtet. (Sehr wahr!)

Des weiteren kommt die Einwirkung einer solchen klaren Friedenspolitik auf die russische Demokratie in Betracht. Die Vorgänge dort gerade der letzten Tage verdienen die höchste Beachtung. Es läßt sich ja sehr schwer beurteilen, wie die Entscheidungen in Rußland schließlich fallen werden. Aber das ist doch zweifellos: Die Umbildungen, die sich vollzogen haben, die Verschiebungen des Einflusses in der russischen Regierung gehen zweifellos in der Richtung auf Stärkung derjenigen Kreise, die einen baldigen Frieden ohne Annexionen und

ohne Kontributionen ernstlich wollen. Es wird jetzt erneut schon von der russischen Demokratie ein Druck auf die Ententemächte im Westen zur Revision ihrer Kriegsziele angekündigt. Soll diese Politik gefördert werden, so ist die Voraussetzung dafür, daß die russische Demokratie den Westmächten sagen kann, ihr könnt den Frieden haben, der den Friedenszielen der Demokratie, wie sie in Rußland zuerst aufgestellt wurden, entspricht; ihr könnt von Deutschland den Frieden haben, der euere eigenen Lebensrechte unangetastet läßt. (Zustimmung.) Erst dann hat diese Politik die feste Unterlage, die Erfolg verspricht. (Sehr richtig!) Wird dieser Erfolg nicht erreicht — es ist möglich —, dann werden wir sehen, ob dann die russische Demokratie Ernst macht und den Frieden gegen die Entente durchsetzt.

Und schließlich ist diese klare Friedenspolitik notwendig, um unser eigenes Volk zusammenzuhalten. Die überwältigende Mehrheit unseres Volkes ist bereit, solange uns die Verteidigung aufgezwungen wird, ihre Pflicht zu tun. Das ist die Basis für die Einheit unseres Volkes, wie sie am 4. August 1914 geschaffen wurde und wie sie bis heute besteht. Solange wir uns sagen dürfen, die Schuld an der Verlängerung des Krieges liegt nicht auf seiten der deutschen Regierung und des deutschen Volkes, sondern einzig und allein auf seiten unserer Gegner, solange das Volk sich das sagen kann, wird es die Kraft und Entschlossenheit haben, in der Verteidigung zu beharren. Aber darüber hinaus für Eroberungsziele zu kämpfen, dafür ist im deutschen Volke keine Einheit zu gewinnen. (Sehr richtig!) Auf das Programm der Alldeutschen gibt es keine Einheit im deutschen Volke. Deshalb bedeutet das Programm der Alldeutschen die Zerreißung des deutschen Volkes bis in die Wurzeln hinein. (Erneute Zustimmung.) Sie tut das auch schon mit ihrem Namen. Die Vaterlandspartei reklamiert die Vaterlandsliebe für sich und sagt damit: Wer nicht für uns ist, ist kein Vaterlandsfreund, sondern ein Förderer der Pläne des Auslandes. Wäre das wirklich so, so hieße das, die Hoffnung des Auslandes auf das Auseinanderfallen des deutschen Volkes vor aller Welt bekräftigen und bestärken. Was muß das Ausland davon denken, wenn die Vaterlandspartei erklärt: die Vertreter der Mehrheitsparteien des Reichstags sind keine rechten Vaterlandsfreunde. Das heißt ja geradezu, die Einheit unseres Volkes vor dem Ausland in Stücke zerreißen. (Lebhafte Zustimmung.)

Unsere Politik muß gewissermaßen eine moralische Friedenskoalition zustande bringen, eine moralische Koalition aller derer in allen Ländern, die ehrlich die baldige Beendigung des Krieges durch einen Frieden der Verständigung und Versöhnung wollen. Alle, die den Frieden wollen, müssen zusammengeführt werden auf den Boden eines klaren Friedensprogramms. Das ist der moralische Druck, der auf die widerstrebenden Staatsmänner in allen feindlichen Ländern ausgeübt werden muß. Auf der einen Seite der militärische Druck, auf der anderen Seite der moralische Druck, der alle die in das schwerste Unrecht setzt, die den Krieg weiterführen wollen. Das ist die Zange, zwischen die die Widerstrebenden genommen werden müssen.

Aus dieser großen Richtlinie unserer Politik ergibt sich für uns jetzt die klare Forderung an die deutsche Regierung, jeden Schein zu zerstören, als ob sie nicht voll auf dem Boden der Friedenserklärung des Reichstages stehe. (Sehr gut!) Die österreichische Regierung hat das in unzweifelhafter Weise getan. Es ist ferner in der Antwort an den Papst Bezug genommen auf die Resolution des Reichstags. In dieser Resolution heißt es: keine gewaltsamen Eroberungen, keine politischen, wirtschaftlichen, finanziellen Vergewaltigungen. Das ist eine einwandfreie Formulierung des Friedens der Verständigung. Wie kommt es nun, daß trotzdem immer noch die deutsche Regierung nicht von dem Verdacht

befreit ist, daß sie darüber hinausgehende Ziele verfolgt? Das ist das Problem, und unsere ganze Politik muß darauf ausgehen, dies Problem endlich zu lösen und es durch eine ganz einwandfreie Tatsache zu beseitigen. Das erste und wichtigste ist eine klare Erklärung in bezug auf Belgien. (Sehr wahr!) Durch die Reichstagsresolution ist zwar die belgische Frage indirekt beantwortet worden: keine Eroberungen, keine politische, wirtschaftliche, finanzielle Vergewaltigung. Das deckt vollkommen klar unsere Forderung der Wiederherstellung eines nach allen Seiten politisch und wirtschaftlich unabhängigen Belgiens. Keine Auslegungskunst kann das beseitigen. Trotzdem versucht man es. Darum müssen wir noch eine positive und direkte Erklärung über Belgien verlangen. Und wenn auch Kühlmann neulich gesagt hat, Belgien ist ja gar nicht die entscheidende Frage, daran hängt es ja gar nicht — das hat Asquith ja in seiner letzten Rede auch gesagt, dahinter steht noch Elsaß-Lothringen und andere Dinge —, so kann uns das nicht abhalten, zunächst diese noch immer als Hindernis wirkende Unklarheit in der belgischen Frage aus dem Wege zu räumen. (Sehr richtig!) Die „Daily News" übrigens hat Asquith desavouiert, sie hat geschrieben, daß doch Belgien die Hauptfrage sei und daß alles andere territoriale Fragen seien, über die man sich verständigen könnte.

Es kommt darauf an, in Deutschland alle Unklarheit aus dem Wege zu räumen, damit das englische Volk weiß, Belgien ist kein Hinderungsgrund, das Blut, das vergossen wird auf den flandrischen Schlachtfeldern, die Hekatomben junger Männer, die dort geopfert werden, sind unnötig, Deutschland ist bereit, Belgien zu räumen. Die belgische Frage war zwar für England nicht der eigentliche Kriegsgrund, aber doch der Anlaß, durch den die englische Regierung die Stimmung des Volkes für den Krieg gewonnen hat. (Sehr richtig!) Und während des ganzen Krieges war die belgische Frage in England ein Agitationsmoment für alle die, die den Krieg bis zum äußersten fortsetzen wollen. In dem Moment aber, wo klar gesagt wird, Belgien wird unabhängig wie es war, wird Belgien eine Waffe für die Friedensbewegung in England, eine Waffe gegen die, die den Krieg weitertreiben wollen.

Wenn man sagt, eine solche Erklärung werde drüben nur als Schwächezeugnis aufgefaßt, so antworten wir: Die feindlichen Militärs und Staatsmänner wissen, daß Deutschland nicht schwach ist, daß es militärisch keineswegs gebrochen ist und daß es Waffen hat, die außerordentlich empfindlich wirken. Wir haben auch sehr gute Zeugnisse dafür, daß unsere Friedensresolution in dem Sinne auf die Völker gewirkt hat, wie wir es wünschen. Ein sehr wichtiges Zeugnis will ich hier noch vorführen, das ist ein Artikel des „Rjetsch", des Organs der russischen Kadettenpartei, man vermutet sogar, daß Miljukow der Verfasser ist. Er wendet sich gegen die Ausführungen des Ministers Terestschenkow. Es heißt darin:

„Seit dem Sommer dieses Jahres, vom Augenblicke der Annahme der Friedensresolution durch den Reichstag an, vollzieht sich in Deutschland ein enorm wichtiger Prozeß der allmählichen Liquidierung des kriegerischen Annexionismus der ersten Jahre des Weltkrieges. Dieser Prozeß ist noch nicht abgeschlossen, aber es kann keinem Zweifel unterliegen, daß die Antwortnote an den Papst eine Etappe auf diesem Wege ist. Es ist unverständlich, welchen Zweck für Rußland eine offenkundige Fälschung des Sinnes des deutschen Dokuments gegenwärtig haben kann."

Man sieht also durch das Treiben der Entente hindurch bricht sich die Wahrheit Bahn, und wenn die Alldeutschen glauben, hämisch darauf hinweisen zu können, daß die Friedenserklärung keine Wirkung gehabt hat, so ist das nicht wahr. Wenn sie nicht eine noch bessere Wirkung gehabt hat, so fällt

das auf das Schuldkonto der Alldeutschen, die die Resolution nach allen Richtungen hin diskreditiert haben. Es fällt aber auch ein Teil der Schuld auf die Unabhängigen. (Lebhafte Zustimmung.) Auch die haben dazu beigetragen, die Wirkung der Friedensarbeit zu durchkreuzen, indem sie damals gegen die Friedensresolution mit der Begründung stimmten, sie sei nicht ehrlich gemeint, sie sei deutungsfähig und so weiter. Es ist ja charakteristisch, daß im englischen Unterhaus bei Besprechung der Interpellation von Macdonald seitens der Regierung geantwortet werden konnte: Was bedeutet denn die Resolution? Sie ist ja ein ganz deutungsfähiges Ding. Beweis dafür die Ausführungen von Haase. (Hört! hört!) Jetzt nennt Asquith die Resolution ein Flickwerk. Das gründet sich alles auf das Material, das die Unabhängigen Hand in Hand mit den Alldeutschen den Kriegstreibern drüben geliefert haben. Wir können freilich nicht sagen, daß der Weg unserer Friedenspolitik mit mathematischer Sicherheit in wenigen Monaten zum Frieden führt. Aber das können wir mit mathematischer Bestimmtheit sagen: es ist der einzige Weg, der zum nahen Frieden führen kann, es gibt keinen anderen. Der Weg der Alldeutschen aber ist der Weg der sicheren Kriegsverlängerung. (Sehr richtig!) Und deshalb, weil unser Weg der einzige ist, der unser Volk mit den übrigen Völkern vor der weiteren Dauer dieses furchtbaren Unheils bewahren kann, deshalb müssen wir ihn gehen und müssen verlangen, daß die Regierung ihn restlos mit uns geht. (Sehr wahr!)

Wir stehen vor der harten Tatsache, daß drüben noch keine Friedensbereitschaft ist. Das kann niemand leugnen, und wir würden uns selbst Illusionen vormachen und eine Politik treiben, die wir nicht verantworten könnten, wenn wir unsererseits an dieser Tatsache vorbeigehen wollten. Die Staatsmänner der Entente sind bis zu dieser Stunde entschlossen, den Krieg in das Jahr 1918 hineinzutragen, nicht nur den vierten Kriegswinter, sondern das vierte Kriegsjahr vollzumachen; sie sind entschlossen, es noch einmal auf eine ungeheure Kraftprobe ankommen zu lassen im nächsten Frühjahr und Sommer, wobei sie die Machtmittel Amerikas mit ins Feuer führen zu können hoffen. Angesichts dieser Tatsache widerlegt sich auch die Auffassung, die der dritten Gruppe von Kreditverweigerern noch eine Unterlage gegeben hat. Sie sind immer der Meinung gewesen, es genüge von deutscher Seite aus, sich zu einem Verständigungsfrieden ohne Annexionen und Kontributionen zu bekennen, um den Frieden zu haben. Das ist ein Trugschluß, und mit diesem Trugschluß fällt auch das letzte Argument, was sie für die Kreditverweigerung anführen könnten. Diesen Trugschluß begehen auch die Unabhängigen, sie meinen immer noch, wenn jetzt die deutsche Regierung ganz einwandfrei Belgien freigäbe und erklärte: wir wollen nichts als die Unversehrtheit unseres Landes, wir wollen auch keine Kriegsentschädigung, daß wir dann den Frieden hätten. Das ist eine Täuschung. Wir werden damit noch nicht die Bereitschaft zum Frieden erzielen bei den Staatsmännern, die jetzt das Steuer in England und Frankreich führen. Das ist ja ganz klar zutage getreten dadurch, daß sie jetzt, als es den Anschein nahm, Belgien werde von Deutschland freigegeben, die elsaß-lothringische Frage in den Vordergrund schoben. Auch die französischen Sozialisten sind noch nicht so weit, daß sie sich auf den Frieden ohne Annexionen und Kontributionen einlassen wollen. Die englische Arbeiterpartei in ihrer großen Mehrheit ist auch noch nicht so weit, diesen Frieden zu akzeptieren. Vandervelde, der ja immer noch formell der Vorsitzende der Internationale ist, hat in sein Memorandum an die Vorkonferenz in Stockholm hineingeschrieben: die größte Gefahr im Augenblick sei, „daß die Völker aus Ermüdung auch zu einem brüchigen Frieden bereit sein könnten". (Hört! hört!)

So stehen die Dinge. Wir erklären, daß wir auf dem Boden der russischen Plattform stehen, aber wir müssen verlangen, daß auch die andere Seite sich auf diesen Boden stellt. Diese Formulierung ist nicht nur ein Verzicht unsererseits auf Eroberungen, auf Eindringen in fremde Lebensrechte, sie ist auch eine Schutzformel für uns. Das ist der klare, feste Boden, auf dem die Mehrheit der Partei steht und stehen muß. Von diesem Standpunkt aus beantwortet sich auch das, was in der Debatte über den Geschäftsbericht in bezug auf Elsaß-Lothringen gesagt wurde. Unversehrtheit unseres Territoriums, die Möglichkeit der freien Entwicklung unserer Kräfte — darauf müssen wir bestehen. Der Krieg wird wahrscheinlich fortgehen, leider! Dann wollen wir aber ein gutes Gewissen haben, und wir hoffen, das deutsche Volk in seiner großen Mehrheit wird mit uns der gleichen Meinung sein, daß wir uns das gute Gewissen erhalten müssen, daß jeder Verdacht, als ob von Deutschland aus der Krieg verlängert werde, von ihm abfällt. — Die französischen und die englischen Sozialisten wollen noch kein Ende. Soll man an sie appellieren? Man kann ihnen nur sagen: die Hoffnung, mit der sie die Kriegsverlängerung rechtfertigen, wird eitel sein. Wenn sie auf den Zusammenbruch der deutschen Einheit rechnen, die gegründet ist auf der Basis der Verteidigung unserer Unversehrtheit, so rechnen sie falsch.

Das sind im großen die Gesichtspunkte, die für unsere auswärtige Politik maßgebend waren und sind. Mit der äußeren Politik hängt die innere eng zusammen. Soll das deutsche Volk nicht zusammenbrechen, soll es, wenn es gar nicht anders ist, auch noch den vierten Kriegswinter durchhalten, dann kann das nur geschehen, wenn unsere Widerstandskraft mit allen Mitteln gestärkt wird, die dazu geeignet sind.

Da ist in erster Linie die Ernährungspolitik zu nennen. Ich will das Kapitel nicht im einzelnen durchsprechen, nur das will ich sagen: die englische Aushungerungstaktik brauchte die Wirkung in Deutschland nicht zu haben, die sie hat, diesen Grad der Entbehrungen brauchte das deutsche Volk nicht zu tragen. (Sehr richtig!) Daß unsere Ernährungsverhältnisse so elend sind, daran haben neben den Engländern die agrarischen Interessenten und die auf Wuchergewinn bedachten Händler ein vollgemessenes Maß schuld. (Sehr richtig!) Diese Leute, die ja auch reichlich in den Kreisen der deutschen Vaterlandspartei zu finden sind, leisten Lloyd George und seinen Freunden Hilfsdienste.

Auch in der Sozialpolitik muß fortgesetzt dafür gesorgt werden, daß unsere Bevölkerung aufrecht bleibt. Es ist das ein Kapitel, wo vor allem die deutschen Gewerkschaften sich unvergängliche Verdienste um das deutsche Volk erworben haben. Wo wäre das deutsche Volk hingekommen ohne seine starken gewerkschaftlichen Organisationen? (Lebhaftes Sehr gut!) Man stelle sich vor, Deutschland hätte diesen Krieg bestehen müssen mit einer nichtorganisierten Volksmehrheit; die Arbeiter hätten nicht den Schutz und die Rückendeckung ihrer Organisationen gehabt! Wir haben gesehen, wie die Profitsucht der Kapitalisten im Kriege keine Grenzen findet; wie sie sich nicht abhalten lassen, Gewinne auf Gewinne zu häufen, wie sie nicht einmal davor zurückschrecken, die Arbeitsbedingungen zu verschlechtern, wo es ihnen möglich ist. Was auf diesem Gebiete geschehen ist, das wissen ja die Arbeiter, die sich um ihre eigenen Interessen kümmern, selbst.

Noch in der letzten Tagung des Hauptausschusses sind eine Reihe von Forderungen durchgesetzt worden, die in der nächsten Tagung im Plenum erledigt werden sollen: Herabsetzung der Nahrungsmittelpreise, speziell für Minderbemittelte und große Familien, Erhöhung der Hinterbliebenen- und Invalidenrenten, höhere Berechnung bei den Unfallversicherungsrenten durch

Einsetzung höherer ortsüblicher Löhne, dafür soll der 31. Dezember 1916 genommen werden, Zuschläge zu den Unfallrenten von 20 Proz., zu den Hinterbliebenenrenten von 33⅓ Proz., Erhöhung der Familienunterstützung der Heeresangehörigen für die Frau von 20 auf 30 Mk., für die Kinder von 10 auf 15 Mk., außerdem sollen die Gemeinden verpflichtet werden, angemessene Zuschläge zu geben. Wir sind fest überzeugt, daß die wichtigste Aufgabe der inneren Politik auf sozialem Gebiet sein wird der Schutz der Menschenkraft, die der Krieg übrig gelassen hat, Menschenökonomie in jeder Hinsicht, Erhaltung und Wiederaufbau des physischen Körpers unseres Volkes. Hier sind es die Gewerkschaften und ist es die Sozialdemokratie, die als Vorkämpfer der Interessen des Volkes unablässig wirken. Und auch hier sehen wir hervorragende Förderer der deutschen Vaterlandspartei als die Hemmschuhe, die Herren Schwerindustriellen, die Scharfmacher, die beim Hilfsdienstgesetz versucht haben, die Errungenschaften der Organisationen zu zerstören und die jetzt schreien, daß die Sozialpolitik ein zu schnelles Tempo annehme.

Weiter das große Gebiet der Heeresangelegenheiten. Tagtäglich kommen soviele Beschwerden und Klagebriefe an unsere Fraktion, daß die einzelnen es nebenbei gar nicht mehr bewältigen konnten und daß wir einem Kollegen, dem Kollegen Stücklen, das besondere Amt übertragen haben, sie zu erledigen. Die Errungenschaften, die wir für die Heeresangehörigen durchgesetzt haben, sind bekannt. Doch ganz neuerdings hat der Hauptausschuß beschlossen, daß die Jahrgänge 1869/70 „tunlichst" — dieses Wort ist von den anderen Parteien in unseren Antrag hineingesetzt worden — aus dem Heeresdienste entlassen werden. Zweitens, wenn Vater und Sohn gleichzeitig in der Front stehen, soll der Vater auf Verlangen aus der Feuerlinie zurückgenommen werden. Drittens: das Recht auf Urlaub soll in regelmäßigen Zeitabschnitten gewährt werden. Viertens: Erhöhung der Löhne der Unteroffiziere mit über 18-monatiger Dienstzeit um 20 Proz., Lohnerhöhung für Gefreite und Gemeine nach einem Jahr um 20 Proz., nach zwei Jahren um 40 Proz. und nach drei Jahren um 50 Proz. Ferner: Milderung der Bestrafungen. Die Herabsetzung der Mindeststrafe ist ja schon Gesetz geworden. Weiter haben wir im Ausschuß das Verlangen durchgesetzt, daß der strenge Arrest durch Gesetz beseitigt werden soll und solange das nicht der Fall ist, die Möglichkeit gewährt wird, mildere Strafen zu verhängen. Von kleineren Sachen wurde im Ausschuß die nochmalige Zahlung des Putzgeldes und eine Erhöhung der Löhne in den Instandsetzungswerkstätten beschlossen. Auf allen diesen Gebieten hat die Sozialdemokratie rastlose Arbeit geleistet. Auch in anderen Ausschüssen ist wichtige und erfolgreiche Arbeit geleistet worden. Dazu gehören insbesondere der Ausschuß für Handel und Gewerbe und der Ausschuß für Bevölkerungspolitik.

Die Verhandlungen des Hauptausschusses sind oft vertraulich gewesen. Alldeutsche Blätter haben sich nicht entblödet, das uns und den übrigen Mehrheitsparteien zur Schuld zu setzen. Demgegenüber sei festgestellt: Wir haben sehr häufig verlangt, daß diese Verhandlungen nicht vertraulich sein sollen, weil wir es für richtig hielten, die Dinge öffentlich auszusprechen, um den nötigen Druck auf die Regierungsinstanzen auszuüben. Natürlich gibt es auch Dinge, die nicht öffentlich verhandelt werden können im Kriege, das liegt auf der Hand. Aber soviel es gerechtfertigt war, sind wir stets für die Oeffentlichkeit der Hauptausschußsitzungen eingetreten.

Ein paar Worte über unser Verhältnis zu den Unabhängigen in bezug auf die praktische Arbeit im Reichstag. Diese praktische Arbeit hat uns in vielen Fällen in einen Gegensatz zur Unabhängigen Sozialdemokratie ge-

bracht. Es ist sehr nützlich, sich das zu vergegenwärtigen. Es ist nicht so, daß uns von den Unabhängigen nur die Stellungnahme zu den Kriegskrediten getrennt hätte. O nein! Es hat sich bei allen großen praktischen Fragen gezeigt, daß unsere Wege auseinandergingen und daß unsere Abstimmungen gegeneinander ausfielen. Erwähnt wurde bereits das Votum der Unabhängigen gegen die Friedenskundgebung und die Ablehnung des Antrags auf Beseitigung der politischen Zensur, obwohl wir ihrem weitergehenden Antrag zugestimmt hatten und als der gefallen war, man doch für das stimmen mußte, was dann noch zu erlangen war. Die Unabhängigen haben verschuldet, daß dieser Antrag nicht angenommen wurde. Zu erinnern ist weiter an ihre Haltung zur Vereinsgesetznovelle. Sie entsprach dem Verlangen der Gewerkschaften, vor der Gefahr geschützt zu werden, als politische Vereine angesehen und behandelt zu werden. Die Novelle brachte auch den Jugendlichen das Recht der Teilnahme an gewerkschaftlichen Versammlungen. Die Unabhängigen haben gegen dieses Gesetz gestimmt. (Hört! hört!) Ihr Motto war: Alles oder nichts; wobei natürlich nichts herausgekommen wäre, denn daß alles erreicht wurde, auch die Beseitigung des Sprachenparagraphen und der Einschränkung der Beteiligung Jugendlicher an politischen Vereinen, war nicht zu verlangen. So haben sie denn Arm in Arm mit den konservativen Reaktionären gegen das freiere Vereinsrecht gestimmt. (Hört! hört!) Ferner das Kapitalabfindungsgesetz. Es bestimmt, daß Militärrentner- oder Witwen den Anspruch erheben können, einen Teil der Rente kapitalisiert ausgezahlt zu bekommen, um sich ein kleines Anwesen damit zu kaufen. Davon werden Hunderttausende von Kriegsrentnern, namentlich Landarbeitern Gebrauch machen. Die Unabhängigen haben gegen dieses Gesetz gestimmt (Hört! hört!, Pfui!), weil sie sagten, damit werde der Arbeiter an die Scholle gefesselt — eine lächerliche Behauptung angesichts der Bestimmungen des Gesetzes, daß es sich um ein freiwilliges Recht handelt, von dem niemand Gebrauch zu machen gezwungen ist, und angesichts der weiteren Bestimmung, daß die Sache rückgängig gemacht werden kann und der Rentner dann wieder in den Genuß der vollen Rente tritt. Wenn man mit solchen Gründen arbeitet wie die Unabhängigen, dann müßte man auch gegen alle Baugenossenschaften sein, denn auch sie „fesseln doch die Arbeiter an die Scholle"! Wir haben weiter das Kriegssteuergesetz verabschiedet, das den Kriegsgewinn und Vermögenszuwachs heranzieht mit Sätzen, die für großen Zuwachs scharf sind, nicht so scharf, wie wir es wünschten, aber immerhin doch einen tiefen Eingriff in die Taschen der Kriegsgewinnler bedeuten. Die Unabhängigen haben dagegen gestimmt. (Hört! hört!) Sie sagten, diese Kriegsgewinnsteuer werde doch auch zu Zwecken verwendet, die sie nicht billigen könnten. Sie haben also das abgedroschene Prinzip des Verwendungszwecks hier mal wieder vorgeschoben, um gegen dieses Gesetz zu stimmen. Wenn sie eine Mehrheit gehabt hätten, wäre also das Gesetz nicht zustande gekommen. (Landsberg: Dabei hatten sie vorher für die Besteuerung der Reichsbank gestimmt!) Wir haben weiter einen Beschluß des Verfassungsausschusses verabschiedet, der die Regierung ersucht, ein Gesetz vorzulegen, das die Ungleichheit des Reichstagswahlrechts durch Vermehrung der städtisch-industriellen Wahlkreise ausgleicht, und zwar noch vor der nächsten Reichstagswahl. Was ein solches Gesetz zu bedeuten hat, liegt für jeden Denkenden auf der Hand. Wir mußten ein solches Gesetz im Interesse der städtisch-industriellen Bevölkerung fordern, und wenn die Regierung es vorlegt, werden wir es prüfen und dann soviel herauszuschlagen haben als herauszuschlagen ist. Die Unabhängigen lehnten es ab, die Regierung zur Vorlage eines solchen Gesetzes aufzufordern. (Hört! hört!) Ganz neuerdings haben die Unabhängigen im Verfassungsausschuß gegen die

Aufhebung des Artikels 9 der Verfassung gestimmt, der es verhindert, daß Abgeordnete, die in die Regierung eintreten und Bundesratsmitglieder werden, zugleich Abgeordnete bleiben, was doch eine der Voraussetzungen ist, die uns zum parlamentarischen Regierungssystem führen.

Wenn wir überblicken, was die Unabhängigen in der kurzen Zeit, die sie „unabhängig" sind, schon an negativer Betätigung geleistet haben, so tut sich hier ein Gegensatz auf, dessen letzte Begründung in die Tiefe der verschiedenen politischen Taktik führt. Die Unabhängigen lassen sich leiten von der Taktik der Katastrophe. Auf sie stellen sie ihre Politik ein. Was im Reichstag vorgeht, ist vor allem agitatorisch auszunutzen, um die Stimmung zu verschärfen. Reformen, kleine Fortschritte in der Richtung auf sozialistische Ziele haben keinen Wert, können nach ihrer Auffassung sogar hemmen! — Ich will nicht gegen diese Auffassung hier polemisieren; ich konstatiere nur, daß das ihr taktisches Prinzip ist. Auf der anderen Seite steht das unsere, das Prinzip der organischen Entwicklung. Wir wollen die Entwicklung auf parlamentarischem Wege vorwärts treiben, Schritt für Schritt und Stück für Stück in der Richtung auf unser Ziel. Dazu gehört das Annehmen von Abschlagszahlungen mit der Erklärung, daß wir sie als Abschlagszahlung akzeptieren und keinen Augenblick deshalb unseren Anspruch auf volle Erfüllung für die Zukunft aufgeben. Das ist der Gegensatz, und er wird auf Schritt und Tritt, darüber täusche ich mich nicht, uns bei Abstimmungen über praktische Gesetzvorlagen sozialer und sonstiger Natur im Gegensatz zu den Unabhängigen bringen.

Landsberg hat heute früh gesagt, die Unabhängigen seien unfruchtbar in ihrer Taktik und Politik. Das ist auch meine volle Ueberzeugung. Dann setzte er hinzu, daß die Unabhängigen aber sehr gefährlich für die deutsche Arbeiterschaft seien, denn sie zerstörten die Macht der deutschen Arbeiterschaft und diskreditierten die Bewegung. Um dieser Gefahr vorzubeugen, hielt Landsberg es für richtig, sie wieder mit uns zu vereinigen, um sie dadurch gewissermaßen unschädlich zu machen. Wir wollen sie, um ihre zerstörende Taktik gewissermaßen aus dem politischen Leben Deutschlands auszuschalten, wieder in die Mehrheitspartei hineinnehmen und sie da abkapseln. Das war sein Gedanke. Ich glaube, das ist doch ein Trugschluß. Leute wie Ledebour, Haase, Dittmann lassen sich nicht durch Abkapselung unschädlich machen. Ich glaube, das Rumoren, das der Wolf, der die sieben Geislein verschlungen hatte, in seinem Bauche spürte, war ein Kinderspiel gegen das Rumoren, das wir spüren würden. (Heiterkeit.) (Landsberg: Wir haben es doch solange gefühlt und es ging!) Allerdings haben wir es gefühlt, und ich muß feststellen, daß die Fraktion, solange sie noch zusammen war, sich bei jedem neuen Gesetzentwurf sozialpolitischer, wirtschaftlicher und ähnlicher Art in inneren Krämpfen gewunden hat, oft tagelang, weil diese beiden diametral entgegengesetzten Taktiken ihr im Leibe rumorten. Einmal siegte die, einmal die, aber es war ein Kampf, nach dem sich niemand zurücksehnen wird, der ihn mitgemacht hat. Eine schwere Lähmung der Arbeitskraft und Zerstörung der Kampffreudigkeit war die Folge, an der wir jahrelang litten, und wir können nicht wünschen, daß das erneuert wird. Es gibt da nur einen Weg: die Unabhängigen müssen einsehen, daß ihre Taktik verkehrt ist und die unsrige richtig. Kommen sie dann zu uns, so wollen wir sie je eher desto lieber aufnehmen. Aber diametral entgegengesetzte taktische Prinzipien in einer Partei — das ist eine Unmöglichkeit. Denken Sie daran, vor welche großen wirtschaftlichen und sozialpolitischen Aufgaben die deutsche Arbeiterschaft nach dem Kriege gestellt sein wird. Wie sollen wir die in irgendeinem klaren Sinne bewältigen, wenn wir bei jeder einzelnen Frage diese

furchtbaren Kämpfe haben. Es gibt jetzt nur eine Möglichkeit: mögen beide Teile ihren Weg marschieren, wir den unsrigen und sie den ihrigen. Dann wird sich zeigen, welches der richtige Weg war. An ihren Früchten wird man sie erkennen. Nach ihren Erfolgen wird die deutsche Arbeiterschaft und das deutsche Volk sie beurteilen. Das letzte Urteil — darüber wollen wir uns nicht täuschen — wird bei den nächsten Wahlen gefällt werden. In diesem Wahlkampf werden wir zerrissen eintreten, das ist eine bittere Tatsache, die nicht zu ändern ist; so sehr wir auch wünschen mögen, wir könnten mit einer geschlossenen Phalanx wie früher gegen unsere Gegner vorgehen. Auch in der großen Frage der Kreditbewilligung, der Stellungnahme zum Lande bei Ausbruch des Krieges, wird beim nächsten Wahlkampf das deutsche Volk sein Votum abgeben. Und wenn es uns unlieb sein kann, daß uns sozialdemokratische Gegenkandidaten gegenüberstehen — angenehm würde es uns auch nicht sein, wenn wir einen Kandidaten mit verteidigen müßten, der dem Lande in schwerster Not die Mittel der Verteidigung verweigert hat. (Sehr richtig!) Das würde uns Wahlsituationen schaffen, die schlimmer sein würden, als alles was je dagewesen ist. (Sehr richtig!)

Nun zur Demokratisierung. Das ist das große Thema der inneren Politik, daß bei jeder Tagung des Reichstages neue Krisen hervorgerufen hat. Da ein besonderes Referat von Landsberg über diese Frage gegeben worden ist, kann ich mich kurz fassen. Das gegenwärtige System hat sich im Kriege nicht bewährt; es wurde gewogen und zu leicht gefunden. Der Krieg, dieser Prüfer des Tüchtigen, hat entschieden, daß das alte System nicht den Aufgaben gewachsen ist, die während und nach dem Kriege zu lösen sind. Das alte System ist auch nicht geeignet, die Einheit unseres Volkes zusammenzuhalten, die große Kraftquelle des gemeinsamen Staatsgefühls entspringt nur aus dem Boden der Demokratie. Wenn dies Gefühl in Deutschland noch schwach ist, wenn in England und Frankreich das Solidaritätsgefühl viel stärker ist, so liegt das daran, daß wir den Obrigkeitsstaat haben, in dem der einzelne sich als der Bevormundete von oben herunter regierte fühlt und die da drüben das System der Volksregierung haben. Bei allen Schäden, die auch drüben sind, darf dieser wesentliche Unterschied in der Volkspsyche nicht verkannt werden. (Sehr richtig!) Diese gewaltige Kraftquelle muß auch für Deutschland erschlossen werden. Es muß auch in Deutschland das Zusammengehörigkeitsgefühl begründet werden durch das Bewußtsein, einer freien Gemeinschaft anzugehören, einer Gemeinschaft, die sich selbst lenkt und leitet, die sich selbst die Regierung gibt. Dazu ist der Krieg gerade die beste Zeit. Das kann man nicht bis nach dem Kriege verschieben. Gerade im Kriege sollte das Obrigkeitssystem möglichst rasch beseitigt und das System der Volksregierung an seine Stelle gesetzt werden, damit noch während des Krieges alle Kräfte erschlossen werden, die im Volke liegen. Das ganze Reich ist ja ein Kriegskind, ein Notbau, der jetzt ausgebaut werden muß. Wir verlangen jetzt die Demokratisierung, Schritt für Schritt, schleunigst und gründlich. Die preußische Wahlreform selbstverständlich so bald wie möglich! Auch da bremsen die Herren von der Vaterlandspartei. Herr Kapp hat sich in seiner Schrift zur preußischen Wahlreform bekannt, aber im Sinne des öffentlichen und des Pluralwahlrechts. (Hört! hört!) Und da leugnen die Herren noch, daß sie innerpolitische Reaktionäre seien. Die gerechte Vermehrung der städtischen Wahlkreise ist längst fällig. Und vor allem die Schaffung des parlamentarischen Systems, das heißt die organische Verbindung zwischen Volksvertretung und Regierung, das sind unsere Forderungen. Ganz vereinzelte Stimmen in der sozialdemokratischen Presse haben ein Fragezeichen hinter die Forderung des parlamentarischen Systems gesetzt. Was

bedeutet denn das parlamentarische System? Es bedeutet, daß das Volk seine Regierung selber wählt. Das ist der springende Punkt. Die Parlamentswahl in einem parlamentarisch regierten Lande ist zugleich die Regierungswahl. Bei der Parlamentswahl treten die Männer, die seither an der Spitze des Staates standen, vor das Volk hin, um das, was sie getan und unterlassen haben, zu rechtfertigen und um das Urteil des Volkes darüber zu empfangen. Der Ausfall der Wahl bestimmt, ob die Regierung bleibt, oder eine andere an ihre Stelle tritt. Das gibt natürlich den Wählern eine ganz andere Verantwortung, es bedeutet eine ganz andere Politisierung der Massen selbst. Das Volk hat dann kein Recht mehr, seine Regierung anzuklagen; die Regierung ist ja hervorgegangen aus dem Willen, aus dem Votum der Mehrheit des Volkes. Damit ist auch das Verhältnis zur Krone, da wo es noch eine monarchistische Spitze gibt, gegeben. Die Krone ist dabei nur der Vollstrecker des Willens der Volksmehrheit. Hat die Parlamentswahl eine andere Zusammensetzung des Parlaments ergeben, ist dort eine neue Mehrheit erschienen, so treten diese neuen Männer zusammen, und das Recht des Fürsten ist nur, daß er die ihm vorgeschlagenen Männer mit der Regierung betraut. (Sehr richtig!) Da kann also gar kein Konflikt entstehen zwischen dem Volk und der obersten Spitze. Das ist unmöglich; es sei denn, daß der Fürst es unternähme, sich gegen die Mehrheit des Volkes zu stellen. Dann ist das aber klar, dann ist das die große Krisis.

Die Alldeutschen haben besonders die Aeußerungen Wilsons ausgebeutet, um uns zu veranlassen, doch nun unser Streben nach Demokratie einzustellen. Wir haben lange vor Wilson diese Forderung erhoben; daß Wilson auch dafür eintritt, ist kein Grund für uns, sie nun aufzugeben. Daß hieße in der Tat sich von Wilson in unsere Politik hineinreden lassen. (Sehr wahr!) Das lehnen wir ab. Wenn die Alldeutschen auf Grund der Wilsonschen Aeußerungen sagen: jetzt erst recht nicht! dann sagen wir: jetzt erst recht! Dadurch können wir uns nicht irre machen lassen auf dem Wege, den wir für richtig halten.

Nun ist der Reichstag wieder in einer aktuellen Regierungskrisis auseinandergegangen. Er hat Kanzler und Staatssekretäre auf ihren Platz gelassen, die nicht das Vertrauen der Mehrheit des Parlaments haben. (Sehr richtig!) Das System der Beamtenregierung hat wieder einmal seine völlige Unzulänglichkeit offenbart. Man hat einen guten Verwaltungsbeamten genommen — das kann man Herrn Michaelis nicht abstreiten —, aber dieser gute Verwaltungsbeamte hat sich bis jetzt keineswegs als ein guter Politiker, ein den Aufgaben dieser schweren Zeit gewachsener Staatsmann gezeigt. Auf wen fällt nun die Verantwortung für die gegenwärtige Krisis? Doch auf den Träger der Krone, der den Kanzler auf seinen Platz gehoben hat. Der Träger der Krone sollte sich selbst fragen, ob es denn ein beneidenswertes Vorrecht ist, daß er haftbar gemacht wird für jede Unfähigkeit der Regierung, und daß die ganze Kritik des Volkes, wenn sie sich gegen die Regierung richtet, sich zugleich gegen den Träger der Krone richtet. Die Reaktionäre suchen die Entwicklung zu hemmen, indem sie von einem Kampf der Demokratie gegen die Krone sprechen. Nein, es ist ein Kampf der Demokratie gegen die kleine Clique von Bureaukraten, von bevorrechteten Herren, die es als ihr Monopol ansehen, die leitenden Posten zu besetzen. Auch auf diesem Gebiet ist unser Kurs klar und gut; der Ausgang der gegenwärtigen Krisis kann uns nur befriedigen, wenn er zur raschen Durchführung des parlamentarischen Systems führt. Bei einer Volksabstimmung würde sicher die große Mehrheit des Volkes unserer Auffassung, daß wir kein Vertrauen haben zu den Männern, die an der Spitze stehen, teilen. Das ist ein Kurs des Schwankens und der Unklarheit, ein Kurs,

der versucht, auf eine mittlere Linie durchzukommen, die nicht mehr möglich ist. Bethmann Hollweg konnte diesen Weg eine Zeitlang gehen als die Gegensätze noch nicht so weit waren. Heute ist er unmöglich. Heute muß die Regierung sich entscheiden. Sie muß Front machen gegen die Reaktionäre und die Kriegstreiber und muß sich mit voller Ueberzeugung auf die Seite der großen Mehrheit des Volkes stellen.

Wir verlangen einen festen und klaren Kurs, der uns möglichst bald aus dem Kriegselend herausführt. Wir verlangen, daß in Deutschland Zustände geschaffen werden, auf die wir stolz sein können, die jedem die freudige Mitarbeit im Gesamtinteresse ermöglichen, die auch jeden anfeuern, alle Kräfte anzuspannen, damit wir vor äußerer Verknechtung geschützt werden. Die Alldeutschen beanspruchen für sich, die allein echten Deutschen zu sein. Alle, die nicht in ihr Horn stoßen, sind nach ihrer Ansicht schlechte Deutsche. Wir setzen diesem Pseudoideal ein anderes entgegen. Wir können es nicht als das Wesen des deutschen Mannes ansehen, sich untertänigst allem zu fügen, was von oben kommt. Diese Demut des beschränkten Untertanenverstandes, die oft genug in Bedientenhaftigkeit ausartet, entspricht nicht unserem Ideal von deutschem Wesen und deutscher Mannesehre. Wir setzen ihm das Ideal des freien Mannes entgegen, der mündig ist wie für die Angelegenheiten seines eigenen Schicksals und so für das Schicksal seines Volkes.

Wir sind darüber erfreut, daß unser altes sozialdemokratisches Ideal eines durch internationale Rechtsordnung gesicherten Weltfriedens Anerkennung gefunden hat nicht nur durch den Papst, sondern auch durch den Staatssekretär v. Kühlmann, den Grafen Czernin und andere. Wir sind die Führer gewesen, wir haben den Anstoß gegeben. Wir haben in unseren Thesen schon vom 4. August 1915 gesagt:

„Die furchtbaren Leiden und Zerstörungen, die dieser Krieg über die Menschheit gebracht hat, haben dem Ideal eines durch internationale Rechtseinrichtungen dauernd gesicherten Weltfriedens die Herzen von neuen Millionen gewonnen. Die Erstrebung dieses Zieles muß als höchstes sittliches Pflichtgebot für alle gelten, die an der Gestaltung des Friedens mitzuarbeiten berufen sind. Wir fordern darum, daß ein ständiger internationaler Schiedsgerichtshof geschaffen werde, dem alle zukünftigen Konflikte zwischen den Völkern zu unterbreiten sind."

Wir können mit hoher Genugtuung sagen, daß wir vom ersten bis zum letzten Tage eine klare eindeutige Politik getrieben haben, und daß unsere Ideale weit hinausgegriffen haben über die Kreise unserer Partei. Wir erleben, daß in diesem Weltkriege Fragen, die wir bisher selbst noch fast für utopisch hielten, aktuelle brennende Tagesforderungen geworden sind. Gewiß, der Krieg ist ein Zerstörer, er schafft eine ungeheure Menge Leiden furchtbarster Art und es ist begreiflich, daß viele nur dieses eine Gesicht sehen und eine gedrückte Stimmung nicht loswerden können. Wir als Politiker aber müssen auch die andere Seite betrachten. Wir konnten das Verhängnis nicht abwenden. Nun aber haben wir die Pflicht, die Bahnen, die der Krieg freigelegt hat, zu beschreiten, um die Gestaltung der Dinge in unserem Sinne zu erreichen. Der Krieg ist auch ein Revolutionär. Das Alte und Morsche bricht zusammen, Neues Großes will werden. Seien wir uns dieser großen Aufgaben bewußt, gehen wir mit einem gesunden Optimismus an sie heran. Gewiß, wir werden noch schwere Kämpfe zu führen haben. Aber wir sind doch eine gewaltig gewachsene Macht in diesem Kriege geworden und wir sind Manns genug, auch die schwersten Aufgaben zu lösen. Deshalb fort mit allem Pessimismus, mit dem wir nichts in Bewegung setzen, und heran an die Arbeit mit einem tatkräftigen und tatenfreudigen Optimismus. Das Ziel ist ein freies deutsches Volk mit höchster politischer und sozialer Kultur im Innern, geachtet im Kreise der anderen freien Völker, ein reicher fruchttragender Zweig am Kulturbaum der Menschheit. Das ist unser deutsches, unser sozialdemokratisches Ideal. Dieses Ziel zu verwirklichen, ist die hohe geschichtliche Mission der deutschen Arbeiterbewegung. Werden wir ihr gerecht! (Stürmischer, langanhaltender Beifall.)

Auf Einladung des Lokalkomitees findet am Donnerstagnachmittag ein Ausflug in die Umgebung Würzburgs statt.

Die weiteren Verhandlungen werden auf Mittwoch vormittag 9 Uhr vertagt.

Schluß 6 Uhr.

Dritter Verhandlungstag.

Mittwoch, den 17. Oktober 1917. — Vormittagssitzung.

Vorsitzender **Ebert** eröffnet die Sitzung mit der Mitteilung, daß einige Begrüßungstelegramme von der Front eingegangen sind und auch von einer von 600 Genossinnen besuchten Frauenversammlung in Breslau.

Zum Bericht der Reichstagsfraktion erhält das Wort für die Minderheit der Fraktion:

Hoch: Genosse Dr. David hat gestern seine Rede mit dem Hinweis darauf begonnen, daß die Mehrheit ihr Verhalten während des Krieges bereits wiederholt gerechtfertigt habe. Trotzdem hat er es für notwendig gehalten, gestern noch einmal die Gründe der Mehrheit hier anzuführen. Ich will ihm darin nicht folgen. Die Partei wird zu den Vorgängen des Krieges entscheidend dann Stellung nehmen, wenn wieder alle Parteigenossen in das Parteileben zurückgekehrt sein werden, wenn der Belagerungszustand gefallen und ein unbeschränktes politisches Leben möglich sein wird. Der diesjährige Parteitag hat eine andere Aufgabe. Er hat festzustellen, wie die Lage der Dinge im Augenblick ist, was gegenüber dieser Lage zu tun ist; was die Sozialdemokratie zu tun hat, um möglichst bald den von uns erstrebten Frieden zu erringen.

Freilich hat David insoweit recht: für die Würdigung der jetzigen Lage ist unerläßliche Voraussetzung die Erinnerung an das, was sich seit dem 4. August abgespielt hat. Das Entscheidende, das zu meiner Ueberraschung David gestern gar nicht berührt hat, ist nach meiner Ueberzeugung, daß der Krieg, in dem wir uns befinden, von der herrschenden Klasse in allen Ländern planmäßig als Eroberungskrieg vorbereitet worden ist, und daß er, wenn es nach der Absicht der herrschenden Klasse gegangen wäre, auch als Eroberungskrieg durchgeführt worden wäre. (Sehr richtig!) Das war die Lage der Dinge, in der wir uns am 4. August 1914 befanden. Wir wußten, daß alle Staaten die Absicht hatten, andere Völker zu vergewaltigen, daß also auch bei den Staaten, die uns gegenüberstanden, fraglos der Plan bestand, unser Volk zu vergewaltigen. Hieraus ergaben sich für die Sozialdemokratie zwei Forderungen. Die eine, auf der unsere ganze Auffassung sich aufbaut, war: daß wir alles zu tun haben, um die Vergewaltigung der Völker zu verhindern. Das konnte nur Aussicht auf Erfolg haben, wenn jedes Volk sich selbst verteidigte. Kein Volk kann von anderen geschützt werden in seiner Freiheit, es muß selbst seine Freiheit wahren. Deshalb ist es für einen Sozialdemokraten selbstverständlich, daß jedes Volk die Pflicht zur Verteidigung des eigenen Landes, des Vaterlandes hat. Das ist in unseren Parteitagsbeschlüssen ausgesprochen, ergibt sich überdies aus der sozialdemo-

kratischen Weltauffassung. Die, die diese Pflicht verneinen, scheiden für unsere Betrachtung aus, sie sind keine Sozialdemokraten. (Sehr richtig!)

Ich möchte aber feststellen, daß wir die Auffassung, als wenn wir grundsätzlich nicht die Pflicht zur Vaterlandsverteidigung hätten, in der Fraktion gar nicht gehabt haben. (Widerspruch.) Es hat wohl Genossen gegeben, die unter gewissen Umständen diese Pflicht verneinten, aber grundsätzlich verneint ist sie nicht worden. (Zuruf: Henke, Herzfeld, Liebknecht!)

Wir wollen uns darüber nicht streiten, was dieser oder jener gesagt hat, darauf kommt es nicht an. Wir haben uns jedenfalls gegen die Verneinung der Pflicht zur Vaterlandsverteidigung zu wenden, wo sie auftaucht. Aber ein Mann wie Haase hat sich nie auf den Boden dieser Verneinung gestellt. Und in offiziellen Parteischriften der Unabhängigen — ich denke an die Schrift über die Begründung der Unabhängigen — ist ausdrücklich die Pflicht zur Vaterlandsverteidigung anerkannt und nur gesagt worden, es kommt auf die Umstände an, welche Folgerungen die Partei aus jener Pflicht zu ziehen hat.

Die zweite Forderung, die wir Sozialdemokraten im Auge haben mußten, war, daß wir alles zu tun haben, um zu verhindern, daß unsere eigene Regierung nicht andere Völker vergewaltigt. Am 4. August sahen wir noch nicht den Lauf der Dinge voraus; da hatten wir mit beiden Gefahren zu rechnen: Sowohl mit der Möglichkeit, daß unser Volk von den feindlichen Staaten vergewaltigt wurde — daraus ergab sich die Pflicht der Landesverteidigung —, als auch mit der Möglichkeit, daß unser Staat andere Völker vergewaltigte; und daraus ergab sich die Pflicht für uns, auf die Reichsleitung von Anfang an den Einfluß auszuüben, daß sie nicht in die Lage kam, andere Völker zu vergewaltigen. Was wir zu tun hatten, um diesen beiden Forderungen gerecht zu werden, diese Frage allein war der Anlaß zu den Meinungsverschiedenheiten.

Wir haben auf der einen Seite die Extremen gehabt, die erklärten: Unser Volk wird sich unter allen Umständen verteidigen, wir haben ja die allgemeine Wehrpflicht, durch sie wird jeder in den Krieg hineingetrieben, mag er wollen oder nicht, dadurch ist die Vaterlandsverteidigung genügend gesichert. Daher haben wir unsere ganze Aufmerksamkeit nur darauf zu lenken, daß nicht durch unsere Regierung andere Völker vergewaltigt werden. Aus diesen Gründen waren die Genossen gegen die Kreditbewilligung. Sie sagten uns: der Grund, die Bewilligung der Kriegsforderungen sei notwendig für unsere Vaterlandsverteidigung, sei hinfällig; wenn Ihr die Kredite trotzdem bewilligt, werdet Ihr nur die Regierung aufpeitschen, andere Völker zu vergewaltigen, und Ihr stellt der Regierung zugleich ein Vertrauensvotum aus.

Die Auffassung der entgegengesetzten Seite haben wir gestern von David gehört. Er meint, daß die Rücksicht auf Eroberungen nicht in Betracht komme; solange aber der Krieg dauert, sei unser Vaterland in Gefahr, solange haben wir die Kriegsforderungen zu bewilligen, haben wir alles mitzumachen, um nur immer wieder die Widerstandskraft unseres Volkes zu erhalten.

Zwischen diesen beiden Auffassungen stand die Auffassung, die am 4. August in der Fraktion gesiegt hat. In der Erklärung vom 4. August erkannten wir nur für jenen Augenblick die Notwendigkeit an, die Kriegsforderungen zu bewilligen, um unser Vaterland zu verteidigen. Dr. David hat — ich bin ihm sehr dankbar dafür — aus einem Aufsatz von mir in der „Dachdecker-Zeitung" die Gründe angeführt, die es uns nach meiner Ueberzeugung als unerläßliche Pflicht auferlegten, am 4. August für die Kriegsforderungen zu stimmen. (Zuruf: Auch im Dezember! Dr. David: Der Artikel ist im Mai geschrieben!) Ja, ich bin der Ansicht, daß die Verhältnisse im Dezember genau so waren und bin auch heute noch der Meinung, daß unter den damaligen Verhältnissen, wo wir befürchten mußten, daß unser Volk erdrückt wurde von dem Ansturm der Feinde,

wir alles tun mußten, um uns zu wehren. Aber in unseren Fraktionserklärungen von 1914 steht nicht, daß wir das während der ganzen Dauer des Krieges tun, daß wir uns dabei mit gebundenen Händen den Regierungen ausliefern müssen, daß die Regierungen eine Politik während des Krieges einschlagen dürfen, wie sie wollen und wir trotzdem immer Gefolgschaft leisten müssen, sondern wir haben uns ausdrücklich das Recht gewahrt, bei jeder neuen Kriegsforderung von neuem zu prüfen, wie die Dinge liegen und danach unsere Entscheidung zu treffen. Das haben wir auch getan. Bei jeder neuen Kriegsforderung kamen in der Fraktion die Auseinandersetzungen: Liegen wichtige Gründe vor, unsere bisherige Haltung fortzusetzen, oder liegen Gründe vor, die uns zwingen, eine andere Stellung einzunehmen. Wir haben uns durchaus die Freiheit unserer Entschließung gewahrt. (Sehr richtig!) Immer mit Rücksicht auf das, was wir in der Erklärung vom 4. August gesagt hatten, ob das Ziel der Sicherung erreicht ist, ob ein Frieden möglich ist, ob die Gegner zum Frieden bereit sind. Wenn das eingetreten wäre, wären wir schon nach der Erklärung des 4. August verpflichtet gewesen, eine andere Stellung zu den Kriegsforderungen einzunehmen. Wenn mehrere Parteigenossen, darunter auch ich, im Laufe der Zeit zu der Ueberzeugung gelangt sind, jetzt haben sich die Verhältnisse geändert, jetzt liegen die Voraussetzungen vom 4. August nicht vor, und wenn wir demgemäß zu den Kriegsforderungen eine andere Stellung als am 4. August eingenommen haben, dann haben wir uns nicht in Widerspruch gesetzt zu der Politik vom 4. August. Wir können darüber streiten, ob die Gründe, die für uns maßgebend waren, zutrafen oder nicht, ob der Augenblick richtig gewählt war, eine andere Stellung einzunehmen, aber die veränderte Stellung selbst war kein Widerspruch zum 4. August, sondern nur die notwendige Folge dieser Politik.

Nun sagt freilich Dr. David: eine Abschwenkung von der Bewilligung der Kriegsforderungen sei unberechtigt, weil der Krieg andauert und davon keine Rede sein könne, daß in irgendeinem Augenblick des Krieges Eroberungen gemacht werden könnten. Es ist richtig: Der Krieg hat einen Verlauf genommen, der Eroberungen ausschließt. Ich habe schon in einem Aufsatz in der „Neuen Zeit" vom Januar 1915 nachgewiesen, daß nach dem Verlauf des Krieges darüber gar kein Zweifel bestehen könne. Dieser Krieg werde nicht zu einer Vergewaltigung der einen Seite durch die andere führen. Er könne nur den Erfolg haben, daß sich alle beteiligten Völker mehr und mehr verbluten, und zwar nicht aus irgendwelchen nebensächlichen Gründen, sondern als unvermeidliche Folge der wirtschaftlichen und politischen Entwicklung, die wir erreicht haben. Durch die wirtschaftliche Entwicklung haben die großkapitalistischen Staaten ungeheure Machtmittel erlangt; sie haben Kunstfertigkeit und Wissenschaft so in ihren Dienst gestellt, daß es ihnen möglich ist, ihre Verteidigungsmittel auch während des Krieges immer weiter auszubauen. Dazu kommt, daß auch die politische Entwicklung eine ganz andere geworden ist. Den Massen des Volkes ist die Möglichkeit gegeben, sich bessere Lebensmöglichkeiten zu erringen; die große Masse hat die Hoffnung weiter vorwärtszukommen. Sie fühlt sich als einen wichtigen Teil des Staates. Sie hat die Möglichkeit, für Freiheit im eigenen Hause zu kämpfen und weiß, daß das nur möglich ist, wenn das Volk frei bleibt von Vergewaltigung durch andere Völker. Das ermöglicht den großkapitalistischen Staaten, allen Angriffen Trotz zu bieten.

Das ist der Grund, weshalb in diesem Weltkrieg keine Entscheidung durch die Vergewaltigungen der feindlichen Staaten herbeigeführt werden kann. Je stärker sich die wirtschaftliche und politische Entwicklung vollzieht, desto weniger Aussichten bestehen für eine militärische Entscheidung eines Krieges im Sinne der Eroberungspolitiker. Darin liegt die große kulturgeschichtliche Bedeutung

des Krieges. (Sehr richtig!) Wir erleben jetzt einen Wendepunkt in der Geschichte, dessen Tragweite wir noch gar nicht übersehen können. Die Tatsache, daß keine militärische Entscheidung erzwungen werden kann, muß umstürzend wirken, und die Folgen dieser Revolution werden erst unsere Kinder und Kindeskinder erleben.

Für uns hat diese Entwicklung einen entscheidenden Umschwung in unserer Stellung zum Kriege gebracht. Sie gibt eine ganz andere Grundlage für die Friedensverhandlungen und für die Friedensziele. Wer da glaubt, daß der Krieg doch noch zu einer weltpolitischen Entscheidung nach den Eroberungsplänen einer übermächtigen Gruppe führen kann, für den kann nur der Sieg der einen Gruppe das Kriegsende bringen. Für den aber, der erkannt hat, daß der Sieg der einen Seite über die andere nicht möglich ist, lautet die Frage: wie kommen wir jetzt zu einem Nebeneinander der Staaten, da ein Uebereinander unmöglich geworden ist? Ein solcher Friede wird geschlossen nicht mehr auf dem Boden der Gewalt, sondern auf dem Boden internationaler Rechtsgrundsätze! Jedes Volk hat das Recht, sich in seinem Lande nach seinen eigenen Wünschen zu entwickeln, und im Weltverkehr mit denselben Rechten wie die anderen Völker den friedlichen Wettbewerb aufzunehmen. Wo die Macht entscheidet, da glaubt der Mächtigere möglichst rücksichtslos seine Macht ausnützen zu müssen, den größten Vorteil für den eigenen Staat herauszuholen; der unterlegene Teil muß dem Gegner noch möglichst kräftig zu erscheinen suchen. Bei einem solchen Friedensschluß wird dann auch die Hintertreppenpolitik zu Hilfe genommen, um vom Gegner möglichst viel Vorteile zu erlangen. So haben bisher die Friedensverhandlungen ausgesehen. Die Art, wie bei den zukünftigen Friedensverhandlungen verfahren werden wird, ist ganz anders. Da wird versucht werden müssen, die zwischenstaatlichen Rechtsgrundsätze trotz der verwickelten Verhältnisse überall durchzuführen. Scheidemann hat einmal gesagt: kein Mensch glaube, daß nach diesem Kriege alles beim alten bleiben werde, es würden selbstverständlich Grenzsteine verrückt werden. Das halte auch ich für selbstverständlich. (Hört, hört!) Aber es fragt sich, unter welchen Gesichtspunkten und nach welchen Zielen es geschieht. Bei einem Gewaltfrieden ist allein die größere Gewalt maßgebend. Bei einem Rechtsfrieden aber ist das Ziel des Friedensschlusses: Kein Volk darf vergewaltigt werden, weder in politischer, noch in wirtschaftlicher oder finanzieller Beziehung; keine Annexion und keine Kriegsentschädigung. Bei einem Rechtsfrieden wird, soweit Veränderungen notwendig sind, eine Veränderung nur vorgenommen auf Grund des Selbstbestimmungsrechts, das jedes Volk hat.

Unsere Hauptforderung ist, daß der Krieg beendet werden muß. (Sehr richtig!) Die Angst, daß Eroberungen gemacht werden, brauchen wir nicht mehr zu haben. (Hört, hört!) Jawohl, es ist meine feste Ueberzeugung, daß Eroberungen nicht gemacht, aber nicht wegen des guten Willens der herrschenden Klassen, sondern weil sie es nicht können. Wir aber müssen verhüten, daß der Krieg wegen irgendwelcher Eroberungen verlängert wird. (Richard Fischer: Von wem verlängert?) Ich komme sofort darauf. Man sagt, daß es bei uns nur Friedensfreunde gebe. Gewiß, ich habe noch keinen Menschen gesehen, der sich grundsätzlich gegen den Frieden erklärt hätte, niemand will den Krieg verlängern um des Krieges wegen. Aber es gibt Bestrebungen, die den Krieg verlängern wollen aus sehr gewichtigen Gründen. Genosse Dr. David hat gestern auf die „Illusionen" der Alldeutschen hingewiesen. Aber nicht Illusionen sind entscheidend, sondern der herrschende Klassengegensatz. Er zeigt die Welt zerrissen in zwei Klassen, deren Auffassungen, Ziele und Empfindungen unversöhnlich gegeneinander stehen. Wenn der Krieg so durchgeführt wird, wie er sich uns Sozialdemokraten als unvermeidlich darstellt, dann hat er eine ungeheure

Umwälzung für das innere Leben aller Staaten zur Folge. Der Militarismus baut sich auf der Notwendigkeit auf, mit Waffengewalt das eigene Volk zu verteidigen, mit Waffengewalt andere Völker zu vergewaltigen. Durch diese Voraussetzung hat der Militarismus die Uebermacht in den kapitalistischen Staaten gewonnen, also durch die Voraussetzung, daß der Krieg das Mittel ist, in der Welt den Ausschlag zu geben, die Verhältnisse der Völker auf die Dauer zu regeln und zu ordnen. In dem Augenblick, wo das weggefallen ist, und wo der Krieg aufgehört hat, ein taugliches Mittel für diese Zwecke zu sein, in dem Augenblick ist der Militarismus, wie er bisher bestanden hat, unmöglich. Er hat dann nicht mehr die entscheidende Bedeutung für das Staatswesen, er tritt zurück zu einem Verteidigungsmittel, und wo kein Angreifer ist, da ist schließlich auch kein Verteidigungsmittel mehr nötig. Dann ist es nicht mehr möglich, die bisherige Militärwirtschaft aufrechtzuerhalten.

Nun beruht aber doch die kapitalistische Wirtschaft auf der wirtschaftlichen Ausbeutung des arbeitenden Volkes durch die Großkapitalisten und diese wurde bisher gestützt durch die militaristische Ausbeutung, durch den militaristischen Druck. Die schlimmsten Ausbeuter sind auch die begeistertsten Militaristen, und zwar deshalb, weil sie in der Kanone und in dem Gewehr die ultima ratio nicht nur gegen den äußeren Feind sehen, sondern auch gegen den inneren Feind. Das war die letzte Stütze der rücksichtslosesten Ausbeutungswirtschaft, war die Voraussetzung für die Klassenjustiz, für alle volksfeindlichen und volksschädigenden Einrichtungen. Aber für diesen Kampf gegen den inneren Feind allein wird kein Volk die Opfer für den Militarismus bringen wie früher; diese Opfer waren nur möglich, weil die herrschende Klasse den äußeren Feind vorgeschützt hat, weil das Volk angeblich einen immer stärkeren Militarismus brauche, um sich gegen äußere Feinde zu schützen. In dem Augenblick, wo der Krieg diese Bedeutung verloren hat, ist die Notwendigkeit gegeben für schiedsgerichtliche Einrichtungen im zwischenstaatlichen Verkehr, ist die Voraussetzung geschaffen, daß die Abrüstung durchgeführt wird. Die wirtschaftlichen und finanziellen Schwierigkeiten, in der sich alle Staaten befinden, zwingen sie nach dem Kriege, diesen Weg zu beschreiten. Und so wird auch der herrschenden Ausbeutungsklasse die Möglichkeit genommen, mit Hilfe von militärischen Gewaltmitteln das arbeitende Volk zu unterdrücken. Und das tritt ein, nachdem durch den Weltkrieg das Großkapial in seiner Uebermacht gestärkt ist in einem Maße, wie wir es uns vordem nicht vorstellen konnten. Schon vor dem Kriege war die Macht des Großkapitals bei uns und in den andern Staaten sehr groß; während des Krieges zieht das Großkapital um so mehr Vorteile aus dem Wirtschaftsleben, je größer es ist. Gerade die größten großkapitalistischen Ringe werden im Kriege am stärksten und am gewaltigsten; der Mittelstand wird in einer Weise aufgerieben, für die wir im Frieden keinen Vergleich finden. Jetzt schon ist ein großer Teil des Mittelstandes zugrunde gerichtet; aber warten Sie mal ab, bis der Krieg beendet ist, wenn die sogenannte Uebergangswirtschaft beginnt, wenn es gilt, die zerstörten Betriebe wieder einzurichten und die leer gewordenen Lagerräume wieder zu füllen. Dann wird sich erst herausstellen, wie weite Kreise des Mittelstandes nicht mehr lebensfähig sind und vollständig zugrunde gehen werden. Nun hat man ja erklärt, nach dem Kriege wird der Mittelstand wieder planmäßig aufgebaut. Die so reden, sind entweder bewußte Betrüger oder betrogene Betrüger. Wir sind ein armes Volk geworden, wie auch andere Völker, wir sind nicht mehr in der Lage, uns sozialpolitische Spielereien zu erlauben. Gewiß, jeder von uns hat das größte Mitgefühl mit den zugrunde gehenden Geschäftsleuten. Aber wir sehen doch die Tatsachen, vor die wir gestellt sind. In der Uebergangswirtschaft wird es sich darum handeln, alle Kräfte zu vereinigen, um das Wirtschaftsleben

möglichst schnell wieder in Fluß zu bringen. Dann wird sich auch die große Bedeutung dieses Krieges auf dem Weltmarkt zeigen. Dann sind nicht mehr auf dem Weltmarkt die militärischen Machtverhältnisse in dem Maße entscheidend wie bisher. Eine der notwendigen Folgen des Krieges muß der freie Wettbewerb auf dem Weltmarkt sein; die Vorrechte, die sich einige Staaten bisher, gestützt auf ihre Waffenmacht und die darauf beruhenden Verträge, errungen haben, werden über den Haufen geworfen werden. Nur der hat Aussicht vorwärts zu kommen, der die größte wirtschaftliche Macht entfalten kann. Wir werden auf dem Weltmarkt auf große Schwierigkeiten stoßen. Wollen wir uns den Weltmarkt in der Weise wieder öffnen wie es nötig ist, dann heißt es, alle Kräfte planmäßig zu vereinigen. Das geht nicht durch Aufbau des Mittelstandes, sondern nur dadurch, daß wir uns auf die großen Betriebe stützen. So bekommen wir eine gewaltige Machtstellung des Großkapitals.

Auf der anderen Seite kehrt auch ein arbeitendes Volk zurück, das nicht mehr zu vergleichen ist mit dem vor dem Kriege. Der Krieg hat die weitesten Kreise der Arbeiter und des Mittelstandes zu der Erkenntnis gebracht, welch ein wichtiges Glied unseres Volkes sie sind, welche furchtbaren Opfer sie für die Gesamtheit bringen, und daß sie verpflichtet sind, den Opfern entsprechende Rechte zu verlangen. So hoffe ich, daß das arbeitende Volk nach dem Kriege selbstbewußt und mit unerschütterlicher Kraft in den politischen Kampf eintreten wird, ja, es wird in den Kampf geradezu hineingepeitscht werden. Die teure Lebenshaltung wird nach dem Kriege nicht verschwinden, die Steuern werden die Lage des arbeitenden Volkes erschweren (Zuruf: Das wissen wir ja alles!), und wehe dem Arbeiter, wehe dem kleinen Mann, wenn er das wehrlos über sich ergehen läßt. Dann bekämen wir eine geradezu unerhörte Ausbeutung und deshalb müssen sich die Völker zusammentun, um den Kampf gegen den Kapitalismus mit um so größerer Kraft aufzunehmen.

Nun ist im Kriege gesagt worden, wir Sozialdemokraten müssen grundsätzlich umlernen. Wir haben den Kapitalismus weit unterschätzt. Wir haben geglaubt, der Kapitalismus werde in einem Weltkrieg zusammenbrechen; aber er hat eine große Kraft gezeigt. Es ist nicht daran zu denken, daß der Kapitalismus überwunden sei. Das waren sehr oberflächliche, sehr voreilige Urteile. Der Kapitalismus hat im Kriege eine Erschütterung erlitten, die er nicht mehr überwinden kann. Der Kapitalismus ist doch nicht allein Großbetrieb, sondern der Großbetrieb, der sich in den Händen eines kleinen Teiles des Volkes befindet, der seinen Besitz zur Ausbeutung der großen Masse ausnutzt. Im Kriege hat es sich gezeigt, daß unser Wirtschaftsleben unmöglich den Großkapitalisten überlassen bleiben kann, sondern daß die Gesamtheit sich einmischen muß. Freilich hat die heutige Staatswirtschaft gar keine Aehnlichkeit mit dem Sozialismus, weil sie durchgeführt wird im Sinne des kapitalistischen Staates. Gegen den Kleinen geht man vor, die Großen können wuchern und ausbeuten in unerhörter Weise. Wir wenden uns also dagegen, wie man in das Wirtschaftsleben eingreift, aber daß ein Eingriff nötig ist, kann nicht bestritten werden. Deshalb wird dieser Gedanke nach dem Kriege nicht mehr aus den Köpfen der weitesten Kreise des arbeitenden Volkes herausgehen, und die Forderung, daß das Großkapital unter den maßgebenden Einfluß der Gesamtheit kommen muß, wird immer stärker auftreten.

Und so klug sind auch die Nutznießer der kapitalistischen Ausbeutungswirtschaft, um sich zu sagen, wenn der Krieg ausgeht ohne Eroberungen, dann ist der Ast abgesägt, auf dem wir sitzen, dann ist die Ausbeutungswirtschaft, in der wir unsere Reichtümer aufhäufen, unmöglich geworden. Das erscheint ihnen als das Ende der Welt, in der sie leben. Deshalb können diese Kreise sich nicht mit dem Gedanken abfinden, der Krieg soll ausgehen ohne Eroberungen.

In der ehrlichen Ueberzeugung, daß sie der Gesamtheit die besten Dienste leisten, sind sie der Meinung, den Krieg weiter und weiter fortsetzen zu müssen in der Hoffnung: es muß doch der Augenblick kommen, wo sie Eroberungen machen können.

Aus diesen Gründen ist die sogenannte alldeutsche Bewegung herausgewachsen, nicht aus Illusionen, sondern aus der unerläßlichen Notwendigkeit für die Großkapitalisten, daß der Krieg Eroberungen bringe, wenn nicht ihre ganze Wirtschaft zugrunde gehen soll. Deshalb steht für sie alles auf dem Spiel, es geht jetzt ums Ganze. So wie wir überzeugt sind, daß trotz des furchtbaren Blutvergießens das arbeitende Volk weiter in seinem Freiheitskampf fortschreiten wird, genau leben die Großkapitalisten in dem Gedanken: es muß möglich sein, Eroberungen zu machen, denn die Welt kann doch nicht zugrunde gehen. Das ist der schroffste Klassengegensatz, und der Kampf, den wir jetzt führen um den Frieden, ist der schärfste Klassenkampf, den wir uns denken können.

Es ist uns gestern von David gesagt worden, am 4. August wäre eine Wendung in unserer Taktik eingetreten; wir hätten einen Weg beschritten, der es uns unmöglich macht, wieder umzukehren. Seine Worte waren reichlich unklar. Welcher Weg das ist, hat er mit keinem Worte angedeutet. Freilich haben wir bei anderer Gelegenheit derartige Andeutungen oft genug gehört. Kolb hat gestern gemeint, daß am 4. August die Partei in die Bahn eingeschwenkt sei, in die er sie hinüberzuführen schon lange bestrebt war. Er hat niemals Zweifel gelassen, was er darunter versteht. Er ist der Meinung, wir können nicht zur Macht kommen dadurch, daß wir unsere Gegner überwinden, sondern dadurch, daß wir ihnen Zugeständnisse machen, mit anderen Worten, daß wir uns vor den Wagen der bürgerlichen Parteien spannen lassen (Lachen), bürgerliche Politik treiben unter dem Namen sozialdemokratische Politik. (Erneutes Lachen.) Das hat bisher noch jeder Parteitag abgelehnt, und auch jetzt wieder hat Ebert in seiner Begrüßungsrede ausdrücklich gesagt, wir sind eine Klassenkampfpartei und bleiben eine Klassenkampfpartei. Diese Worte sind mit lebhafter Zustimmung begrüßt worden. Daraus ersehen Sie, daß wir mit der Erklärung vom 4. August in keiner Weise abgeschwenkt sind von dem Boden der Klassenpartei. Wir sind die Klassenpartei. Wir führen den Klassenkampf weiter. Das muß festgestellt werden, und dann ist die Möglichkeit gegeben, daß sich die ganze Partei wieder zusammenfindet.

Was ist denn der Unterschied, wenn es nicht der ist, den Kolb im Auge hat? In dem Artikel des „Vorwärts" vom Sonntag schreibt Stampfer:

> „Im alten Exerzierreglement kann man lesen, der Soldat verschmähe jede Deckung und biete seine Brust männlich dem Feinde dar. Auch im politischen Kampf ändern sich die Verhältnisse und müssen alte Reglements zur Makulatur wandern."

Das ist selbstverständlich. Nun aber weiter:

> „Unser altes politisches Exerzierreglement schreibt uns für die meisten Fälle vor, Vorlagen abzulehnen und Protestresolutionen anzunehmen. Und es gibt in der großen Armee der Arbeiterbewegung noch immer Offiziere und Unteroffiziere, die in diesem Reglement das einzige Heil sehen und von seiner gewissenhaften Anwendung allein den Sieg erwarten."

Ich kenne Stampfer schon seit Jahren, ich zweifle nicht, daß, als er das niederschrieb, er ehrlich und fest von der Richtigkeit überzeugt war. Aber es ist mir einfach unbegreiflich, wie ein Mann wie Stampfer das in dem guten Glauben schreiben konnte. Stampfer steht seit Jahren in engster Fühlung mit

der Reichstagsfraktion. Er kennt ihre Stellung ganz genau. Wie kann ein Mensch, der der Wahrheit die Ehre geben will — und das will Stampfer —, behaupten, daß das in unserem alten politischen Exerzierreglement geschrieben steht? Solches Verfahren schlagen wir doch nur dann an, wenn gar kein Zweifel an der Arbeiterfeindlichkeit einer Vorlage bestehen kann. Nehmen Sie an, es handle sich um einen Gesetzentwurf zur Abschaffung des allgemeinen und gleichen Wahlrechts! Selbstverständlich werden wir den ablehnen. (Heiterkeit.) Selbstverständlich werden wir ein Gesetz zur Einschränkung des Koalitionsrechts ablehnen. Sobald es sich aber um Gesetze handelt, die nur den mindesten Fortschritt für die Arbeiter bringen können, überlegen wir uns sehr genau unsere Stellung. Wir haben darüber die größten und langwierigsten, oft sehr heftigen Kämpfe gehabt und uns immer gefragt: dient das Gesetz als Ganzes dem politischen Fortschritt oder nicht? Selbstverständlich kann man sich auch einmal irren in der Beurteilung. Aber unser altes politisches Parteireglement sagt: was der Arbeiterschaft insgesamt zum Nutzen dient, nimm an, und was ihr zum Nachteil dient, das lehne ab. Wie soll das anders werden? Welche Taktik will uns Stampfer in Zukunft vorschlagen? (Stampfer: Dieselbe, die Sie jetzt ausgeführt haben!) Aber Genosse Stampfer, Sie wissen doch, daß das schon immer so gewesen ist. Wenn ich den Genossen Stampfer nicht so genau kennen würde, so wären mir Zweifel aufgestiegen, ob es nicht unehrlich ist, hinauszurufen, daß wir nicht mehr nach dem von ihm ganz unberechtigterweise angenommenen unvernünftigen Verfahren handeln und deshalb neue Wege einschlagen sollen. Nein, Genosse Stampfer, was ich Ihnen auseinandergesetzt habe, ist Gemeingut der Partei. Und wenn trotzdem der Chefredakteur unseres Hauptblattes, jetzt, wo es sich um das Ende des Krieges handelt und Menschenleben und Menschenglück auf dem Spiele stehen, nichts Besseres zu tun weiß, als uns solches Zeug vorzusetzen, so fragt man sich: was ist das für ein Spiel mit der Partei? Für gute Lehren sind wir zugänglich, aber Stampfer wird mir zugeben: wer als Lehrer auftritt, soll erst mal genau zusehen und uns nicht belästigen mit Sachen, die überhaupt keinen Sinn und Verstand haben, weil sie auf ganz falschen Voraussetzungen beruhen. Deshalb müssen wir uns derartigen Bestrebungen entgegensetzen und klipp und klar fragen: was ist das Neue, das der 4. August 1914 gebracht hat?

Unsere Grundsätze sind festgelegt in unserem Parteiprogramm, in den Beschlüssen der Parteitage und internationalen Kongresse. Kein Mensch hat bis jetzt auch nur den Antrag gestellt, unsere Grundsätze zu ändern. Selbstverständlich wären wir dazu auch gar nicht berechtigt in der Kriegsnotlage, in einer Zeit, wo die meisten Parteigenossen nicht mitarbeiten können. Aber diese Grundsätze sind allein maßgebend und gegenüber denjenigen, die sagen, die Sozialdemokratie habe sich gemausert, sie sei eine andere geworden — diese Behauptung kommt ja nicht nur von einer Seite, sondern von verschiedenen —, müssen wir erklären: keiner hat die Berechtigung, zu sagen, daß wir unsere Grundsätze geändert hätten. Das kann nur durch Parteitagsbeschlüsse geschehen. Solange der Parteitag das nicht tut, hat jeder Parteigenosse die Grundsätze anzuerkennen; werden sie geändert, dann hat jeder sich selbst zu fragen, ob er noch zur Partei steht. Solange aber die Grundsätze aufrecht sind, um deretwillen wir uns der Partei angeschlossen haben, solange haben wir das Recht und die Pflicht, in der Partei mitzuarbeiten, und kein Genosse hat das Recht, andere Grundsätze zu vertreten. Tut er es doch, so ist es eine Frage seines Gewissens, ob er in der Partei bleibt, aber ihre Grundsätze hängen davon nicht ab. (Sehr richtig!) Wenn Sie uns aber eine andere Taktik vorschlagen wollen — bitte, sagen Sie es. Dann gibt es nur zweierlei: entweder wir führen den Klassenkampf so, daß wir unsere Gegner zu überwinden suchen, oder wir lassen uns

vor den Karren der bürgerlichen Parteien spannen. Bisher ist das Gerede von einer neuen Taktik nicht wahr. Wir sind noch in der alten Taktik.

Die gegenwärtigen Verhältnisse können wir daher nur beurteilen von den alten Grundsätzen der Partei aus und von der Taktik, die wir immer eingeschlagen haben und wobei wir niemals gesagt haben: alles oder nichts, sondern alles ergreifen, was den Arbeitern zum Nutzen und zum Fortschritt dient, und alles bekämpfen, was dem entgegengesetzt ist. Die Hauptsorge in diesem Augenblick ist, daß der Krieg weiter verlängert wird. Wir sind uns klar, welches Ziel der Krieg haben muß, und klar auch darüber, daß, solange der Krieg auch hinausgezogen wird, der einzige Erfolg nur sein wird, daß die Völker sich weiter verbluten, daß noch mehr Weh und Unglück in die Familien des arbeitenden Volkes hineingetragen werden, daß die Völker noch mehr verarmen, und die Schwierigkeiten des Neuaufbaues um so größere werden. Deshalb ist es die wichtigste Aufgabe der Sozialdemokratie, ihre ganze Kraft dafür einzusetzen, daß der Krieg nicht verlängert wird. Ein Streit hierüber kann in der Partei nicht möglich sein; die Frage ist nur, welches Verfahren wir einzuschlagen haben. Dieses Verfahren ist uns gegeben durch den Widerstand, den wir finden. Wir müssen den Widerstand der großkapitalistischen Klasse, der Kriegsverlängerer brechen, koste es, was es wolle. (Zuruf: Selbstverständlich!) Und um ihn zu brechen, müssen wir den Kampf mit denjenigen Parteien und Regierungen aufnehmen, die im Dienste dieses Widerstandes gegen den von uns erstrebten Frieden stehen.

Wir sind darüber einig, daß die Kerntruppe der Alldeutschen, der Kriegsverlängerer — denen ich den guten Glauben ebenso zubillige wie dem ersten und letzten unserer Genossen — bei uns in Deutschland wie bei allen Völkern eine ganz kleine Minderheit ist, die ganz unbedeutend wäre, wenn sie nicht den Regierungsapparat in ihrer Hand hätten. Mit Hilfe der Zivil- und Militärregierung haben sie eine große Bedeutung bekommen, und der Kampf, der sich jetzt vollzieht, ist ein Kampf gegen die Regierung; freilich nicht um die Personen der Regierung. Ob der Mann Bethmann Hollweg heißt oder Michaelis, ob Kühlmann oder Tirpitz, das ist nicht entscheidend. Entscheidend ist vielmehr, in welcher Weise jetzt die Aufgaben des Deutschen Reiches gelöst werden. Auf der einen Seite steht die Reichstagsmehrheit vom 19. Juli 1917 und auf der anderen Seite die vereinigten großkapitalistischen Kriegsverlängerer. Die Verhältnisse haben sich so gestaltet, daß wir mit zwei bürgerlichen Parteien in der Friedensfrage Schulter an Schulter marschieren. Es ist uns jetzt empfohlen worden, mit jenen bürgerlichen Parteien in dieser Sache geschlossen zusammenzugehen. Wir müßten ja Idioten sein, wenn wir die Hilfe bürgerlicher Parteien zur Durchsetzung unserer Forderungen ablehnen würden. Es handelt sich aber bei einem Zusammengehen mit anderen Parteien darum, wer dabei auf seine Rechnung kommt, ob dieses Zusammengehen wirklich unseren Zielen dient, oder ob es geeignet ist, uns unseren Zielen abwendig zu machen. Wir haben als Sozialdemokraten die selbstverständliche Pflicht, bei diesem Zusammenarbeiten die Führung zu übernehmen und es so zu leiten, daß es uns auf der Bahn vorwärts bringt, die wir für notwendig halten. Jedes Abweichen von dieser Bahn und jede Verzögerung des Fortschreitens darauf muß verhindert werden. Selbstverständlich nehmen wir die Unterstützung der bürgerlichen Parteien, wo wir sie bekommen, mit Freuden an, aber das kann kein Grund sein, in den Fehler der Liberalen zur Zeit des konservativ-liberalen Blocks unter Bülow zu verfallen und uns vor den Wagen der bürgerlichen Politik spannen zu lassen.

In bezug auf die Friedensfrage habe ich keine Sorge, daß wir von den bürgerlichen Parteien im Stiche gelassen werden könnten. Zentrum und Fortschrittliche Volkspartei müssen und werden in der Friedensfrage neben uns aus-

halten. Weshalb ist denn der plötzliche Umschwung beim Zentrum und bei den Liberalen in der Friedensfrage gekommen? Wenige Wochen vor dem 19. Juli haben noch beide Parteien den entgegengesetzten Standpunkt eingenommen. In der Presse ist viel darüber geschrieben worden, daß im Ausschuß unsere Genossen so entschieden für unsere Forderungen eingetreten sind und daß sie haben durchblicken lassen, wir würden nicht mehr so wie früher die Kredite glatt bewilligen; um aber die Einigkeit aller Parteien in dieser Frage herzustellen, sei Erzberger auf die Idee gekommen, mit den Sozialdemokraten zusammen die Kundgebung vom 19. Juli herbeizuführen. Das sind bloß Aeußerlichkeiten. So ist nicht Erzberger und so sind auch nicht die Verhältnisse im Reichstage, daß die Parteien unter dem Eindruck von Reden dieser oder jener Abgeordneten ihre Taktik ändern. Nein, auch in der Fortschrittlichen Volkspartei, besonders jedoch im Zentrum, sind noch breite Schichten von Arbeitern, Kleinbauern und Kleinhandwerkern vertreten. Da in diesen Kreisen die Sehnsucht nach dem Frieden immer stärker wurde, mußten die beiden Parteien erkennen, daß sie nicht weiter dieselbe Stellung wie bisher einnehmen konnten, sondern einen Vorstoß für den Frieden machen müßten. Deshalb werden trotz aller Schwierigkeiten, die noch auftauchen können, und trotz aller Schwankungen die drei Parteien in der Friedensfrage nebeneinander marschieren, gemeinsam dasselbe Ziel verfolgen. Die Friedenssehnsucht des Volkes wird aber um so größer werden, je länger der Krieg dauert.

Aber wir müssen uns klar sein, daß die Revolution, von der so viel gesprochen wird, nicht mehr zu kommen braucht, sondern auf allen Gebieten bereits da ist. Auch auf parlamentarischem Gebiet. Wer soll die Regierungen in der Hand haben: die große Masse des Volkes, die hinter der Friedensentschließung des Reichstags vom 19. Juli steht, oder die kleine Scharfmacherklique, die hinter der Vaterlandspartei steht? Die Kreise, die hinter der Vaterlandspartei stehen, sind sich klar darüber, daß, wenn es nicht anders geht, ein Staatsstreich gewagt werden muß. Im Widerspruch mit der Reichsverfassung, mit dem Rechtsempfinden der ganzen Menschheit soll eine Gewaltwirtschaft des Militärs aufgerichtet werden. Auf der anderen Seite muß es das Bestreben der großen Masse sein, die Regierungen dazu zu bringen, ihre Geschäfte nach den Forderungen des arbeitenden Volkes zu führen. Das ist auch ein Umsturz der bestehenden Verhältnisse. (Sehr richtig!) Heute hat der Kaiser allein die Entscheidung über Krieg und Frieden, allein das Recht, Minister zu ernennen. Diese Bestimmungen der Verfassung sind unhaltbar geworden. (Sehr wahr!) Wir müssen Zustände durchsetzen, in denen nicht eine Person oder ein kleiner Kreis, sondern die große Masse des Volkes die Entscheidung hat. Deshalb sind alle Verfassungsfragen aufs engste verknüpft mit der Friedensfrage. Ohne diese Verfassungsfragen können wir die Friedensfrage nicht lösen und ohne die Friedensfrage hätten wir jetzt keine Verfassungsfrage. Dieser Kampf muß ausgekämpft werden, in diesem Kampfe aber ist noch alles zu leisten. (Sehr richtig!) Wir haben keine Veranlassung, uns unserer Erfolge zu rühmen, stolz zu sein auf das, was erreicht ist. Gewiß, die Reichstagsentschließung vom 19. Juli ist ein Erfolg. (Zurufe: Na also!) Sie kann aber ein großer und ausschlaggebender Erfolg erst werden, wenn hinter ihr der Kampf um ihre Durchführung steht. (Sehr wahr!) In diesem Kampf hat der Reichstag vollständig versagt. Nicht durch unsere Schuld, wie überhaupt meine Rede keine Vorwürfe gegen die Mehrheit in der Partei enthalten soll. Ich will mich nicht als Richter aufwerfen, sondern nur zeigen, was sich aus den gegenwärtigen Verhältnissen ergibt.

David hat mit Recht gesagt, wir hätten es nicht in der Hand, zu erreichen, daß morgen oder übermorgen der Friede da ist, daß dies auch von den andern

Völkern abhänge. Richtig. Aber was wir tun können ist, daß alles geschieht, um auch auf der deutschen Seite die Friedensfrage zu klären. (Dr. David: Das streitet ja niemand.) Die Uebereinstimmung erfreut mich, hoffentlich kommen wir dann auch zu demselben Schluß. Solange wir von Deutschland nicht alles getan haben, um die Friedensfrage zu klären, haben wir nicht das Recht, anderen Völkern Vorwürfe zu machen. Erst wenn bei uns alles getan ist, wenn von Deutschland nichts zu tun mehr übrig bleibt, dürfen wir uns an die anderen Völker wenden. (Sehr richtig!) Bei uns bestand der unwürdige Zustand, daß ebenso wie im Ausland — vielleicht nicht so schlimm wie im Ausland — unser Reichskanzler in einer Weise zum Frieden Stellung nahm, bei der man niemals wußte, woran man war. Jede Partei konnte in die Kanzlerreden hineinlegen, was sie wollte. (Sehr richtig!) Es war für mich ein schmerzlicher Zustand, daß Genossen von uns im Lande umherreisen mußten, um sich mit Vermutungen abzuquälen über das, was die Aeußerungen des Kanzlers bedeuten können. Es bleibt nur die Annahme übrig, daß diese Aeußerungen absichtlich so unklar gehalten waren, damit jeder hineinlegen konnte, was er wollte. (Sehr richtig!) Das alte Wort, daß die Sprache der Diplomaten nur dazu da ist, um die Gedanken zu verbergen, gilt bei unseren Diplomaten nach wie vor. In der Nacht vor Bethmann Hollwegs Entlassung war ich mit anderen Abgeordneten bei ihm und er hat uns damals im engsten Kreise noch einmal gesagt, was uns ja gar nicht neu war, nämlich, daß er sich nicht binden könne, vielmehr freie Hand haben müsse; er sei Reichskanzler des Deutschen Reiches und müsse beim Friedensschluß für das Deutsche Reich herausschlagen können, was irgend möglich ist. Was bedeutet das? Das bedeutet eine Hinterhältigkeit, das bedeutet, daß man Worte macht, die scheinbar etwas sagen sollen, aber auch zulassen, daß man das Gegenteil herausliest. (Sehr richtig!) Deshalb sind wir nicht weitergekommen. Gewiß, wir haben einen Kanzlersturz gehabt. Aber seine Folge war nichts weiter, als daß die Mittelchen, mit denen Bethmann Hollweg den Reichstag an der Nase herumzuführen gewußt hat, jetzt von Michaelis weiter angewandt werden, nur vielleicht nicht ganz so geschickt. Wir werden nach wie vor mit Redensarten abgespeist. Gewiß, Michaelis hat auf die Reichstagsentschließung vom 19. Juli „wie er sie versteht", Bezug genommen. Aber auch er hat gesagt, er könne sich nicht binden, er müsse freie Hand haben, um beim Frieden Geschäfte zu machen. Also der Frieden soll ein Schachergeschäft sein. Ich gebe gewiß auf die Moral Wilsons und der englischen und französischen Staatsmänner nichts. Gleiche Brüder, gleiche Kappen. (Sehr richtig!) Aber wenn man Deutschland Unehrlichkeit vorwirft, so ist das begreiflich, es wird bei uns nichts offen und unzweideutig gesagt. (Zurufe: Was sagen denn die andern?) Sie sagen dasselbe. (Landsberg: Dann sind sie zu diesem Vorwurf nicht berechtigt!) Wir haben in unserm Lande dafür zu sorgen, daß hier der Weg zum Frieden geebnet wird, Hinterhältigkeit und Unaufrichtigkeit müssen aufhören. Nirgends haben wir ein unbedingt klares Bekenntnis zu dem von uns erstrebten Frieden. Michaelis hat sich in seiner letzten großen Rede auf den positiven Inhalt der Entschließung vom 19. Juli berufen, der die berechtigten Lebensforderungen des deutschen Volkes wahre. Aber er hat nicht klipp und klar die Forderung anerkannt: keine Annexionen und keine Kriegsentschädigung. Er sieht nur die eine Hälfte der Entschließung. Aehnlich war es bei der Rede des Staatssekretärs v. Kühlmann. Was er über Elsaß-Lothringen gesagt hat, daß wir es nicht herausgeben, war für uns ganz selbstverständlich; aber weshalb hat er nicht hinzugefügt, daß Elsaß-Lothringen ein freier und unabhängiger Bundesstaat werden soll? Graf Hertling hat sich dieser Tage gegen dieses Ziel ausgesprochen. Wir müssen also auch in dieser Frage ein zweideutiges Verhalten der Reichsleitung feststellen.

Auch in bezug auf Belgien ist noch immer nicht eine klare Erklärung erfolgt. Man hat gesagt, in der Papstnote sei sie angedeutet. Das ist aber gerade das Unglück, daß wir mit Andeutungen abgefunden werden. Aussprechen klar und bestimmt, das gilt es, und das geschieht nicht. (Sehr richtig!) So geht es auch in allen Verfassungsfragen. Wo sind da die Fortschritte? In der letzten Reichstagssitzung hat Heine sehr eindrucksvoll auf die Mißstände der Zensur hingewiesen und gesagt: man muß sich geradezu schämen, daß immer wieder der Deutsche Reichstag mit denselben Beschwerden kommen muß, ohne daß etwas erreicht wird. Ich erinere auch an das Auftreten des Kriegsministers, des Admirals Capelle. All das zeigt uns, daß wir in der Sicherung unserer Friedens- und Verfassungsforderungen noch so gut wie gar nichts erreicht haben. Auch in den Lebensmittelfragen, wo ja vieles einzelne erreicht ist, wird doch nicht so durchgegriffen, wie es das Volksempfinden mit Recht fordert. Deshalb kann und darf es nicht so weitergehen. David hat uns dargelegt, daß wir jetzt in den vierten Kriegswinter eintreten und noch mit einem ganzen Jahre Krieg rechnen müßten. Ich kann mir nicht denken, wie diese Zeit noch von unserm Volke und von den anderen Völkern durchlebt werden wird. Ich bin überzeugt, daß es nicht so gehen wird, wie es sich die Herren von den Regierungen vorstellen. Die Völker können das nicht mehr ertragen. Die Kraft der Völker ist am Ende, nicht nur bei uns, sondern in allen Ländern. Wenn nicht von oben in diesen Wochen der Frieden gemacht wird, dann wird er erzwungen werden von unten. Die revolutionären Zuckungen, die wir in allen Ländern spüren, in dem Lande und an der Front — wir haben ja einen Ausschnitt davon in den Reichstagsverhandlungen vor aller Oeffentlichkeit zu hören bekommen —, sie werden immer gewaltiger, immer furchtbarer werden, bis die heutige Gewaltwirtschaft zusammenbrechen wird. Dagegen gibt es kein Mittel. Die Regierungen sind gerüstet darauf. Sie haben alle Gewaltmittel auch gegen uns vorbereitet. Ein Vorspiel, um was es sich bei diesem Kampfe handelt, haben wir in dem Vorgehen gegen die Unabhängigen erlebt. Da haben wir gehört, wie dieser fromme Reichskanzler es ruhig aussprach — als wenn es eine Selbstverständlichkeit wäre —, daß die Unabhängigen ausgestoßen werden sollen gleichsam aus der menschlichen Gemeinschaft. Wir haben gesehen, wie Todesstrafen, Zuchthausstrafen verhängt worden sind. Täuschen wir uns nicht; in dem Augenblick, wo sich die revolutionäre Bewegung weiter Bahn bricht und auch wir uns an die Spitze unserer kämpfenden Brüder stellen — und wir werden es nicht gezwungen tun, sondern, wenigstens für mich kann ich das sagen, mit freudigem Herzen —, dann wird man gegen uns genau so mit Gewaltmitteln vorgehen wie jetzt gegen die Unabhängigen. Wie dem auch immer sei, wir dürfen nicht länger warten, dies Unglück müssen wir von unserem Vaterlande abhalten. Das halten wir aber nicht ab mit schönen Mahnungen, die Geschlossenheit und Einigkeit des Volkes hochzuhalten. Es ist ja gar nicht wahr, was David sagte, daß wir ein geschlossenes und einiges Volk haben. Das Volk ist zerrissen in zwei einander auf das erbittertste und schonungslos bekämpfende Teile. Hier muß eine Entscheidung fallen.

Deshalb ist es ein sehr ernster Augenblick, in dem wir stehen. Die letzten Verhandlungen im Reichstag haben fraglos eine ungeheure Erbitterung in allen Kreisen des Volkes hervorgerufen, aber nicht nur eine Erbitterung gegen die Regierung, sondern auch gegen den Reichstag, der sich das gefallen ließ, und gegen die Parteien, die sich das gefallen ließen. Deshalb muß der Kampf mit allen Kräften durchgeführt werden. Ich weiß, die Mehrheit des Reichstags will sich die Behandlung nicht gefallen lassen. Ich weiß, es gilt jetzt die Vereinbarungen der Parteien zu treffen, daß wir beim nächsten Zusammenkommen des Reichstags mit der Reichsleitung abrechnen, die nötigen Schlüsse aus dem

Verhalten der Regierungen ziehen und dann vorgehen, wie es notwendig ist. Deshalb müssen wir uns darüber klar sein, was veranlaßt uns, jetzt noch dieser Regierung zu bewilligen? Nach meiner Ueberzeugung gar nichts. Von irgendeiner Einheitlichkeit durch die Kreditbewilligung kann gar keine Rede mehr sein. Deshalb hat diese Frage jetzt eine ganz andere Bedeutung als am 4. August. (Sehr richtig!) Wir müssen dieser Reichsleitung jetzt erklären, daß wir mit ihr nichts zu tun haben wollen, daß wir mit ihr nicht zusammenarbeiten, daß wir die Kriegsforderungen solange nicht bewilligen, bis eine Reichsleitung kommt, die unseren Anforderungen entspricht. (Sehr richtig!) Aber die Namen allein tun es nicht, es kommt vor allem auf das wirkliche Verhalten der Reichsleitung an. Auch einer anderen Regierung, die in derselben Weise arbeitet, wie die bisherige, können wir die Kriegsforderungen nicht bewilligen. Wir können sie keiner Regierung bewilligen, die sich nicht klar und unzweideutig für den von uns erstrebten Frieden erklärt, die nicht im allgemeinen und in allen wichtigeren Einzelfragen ausdrücklich erklärt: wir wollen unter diesen Bedingungen Frieden schließen, wir wollen die Verfassung in diesen Punkten ändern. Wir können die Kriegsforderungen auch keiner Regierung bewilligen, die zwar Versprechungen abgibt, aber dagegen handelt. Deshalb muß der heutige Parteitag klipp und klar Stellung zu dieser Frage nehmen, er muß hinausrufen in alle Welt, daß wir gearbeitet haben vom ersten bis zum letzten Tage, um den Frieden so schnell wie möglich herbeizuführen, und daß jetzt die Frucht mehr als reif ist. Wir sind bereit, den Kampf bis zum äußersten aufzunehmen. Unser Volk duldet in einer Weise, wie wir es uns nie haben vorstellen können. Man vertröstet das Volk, das sei notwendig, um das Vaterland gegen den äußeren Feind zu verteidigen. Wir an dieser Stelle sind berufen, den Kampf zu führen gegen den inneren Feind. Wir müssen den Leuten, die draußen die Opfer tragen, mit ruhigem Gewissen entgegentreten können. Das können wir nur, wenn wir den Kampf gegen den inneren Feind aufnehmen, wenn wir ihnen sagen können: Was Ihr leidet, sollt Ihr nicht zwecklos leiden. Wir werden rücksichtslos alles tun, den Krieg abzukürzen. Das ist die Aufgabe dieses Parteitags. Wird der Parteitag dieser Aufgabe gerecht, so wird er leuchtend dastehen in der Geschichte unserer Partei und in der Menschheitsgeschichte.

Bei den Voraussetzungen zu diesen Sätzen wurde mir zugerufen: Das sind Selbstverständlichkeiten. Dann sind auch die Schlüsse daraus selbstverständlich. Ich hoffe, daß die von mir vorgelegte Resolution, die fordert, daß wir jetzt auch den Kampf gegen den inneren Feind mit aller Entschiedenheit durchführen, einstimmig vom Parteitag angenommen werden wird. (Teilweiser lebhafter Beifall.)

Vorsitzender **Ebert** teilt mit, daß zu diesem Punkt gehören die Anträge 20 bis 33 und 44, 46, 49, 51, 53, 54.

Unterstützt werden die Anträge 21, 22, 24, 28, 29, 30, 31, 32, 33, 46, 49, 51, 53 und 54.

Nicht unterstützt werden die Anträge: 20, 23, 25, 26, 27, 44.

Zum Antrag 54 ist namentliche Abstimmung beantragt.

Es wird nun in die Debatte über die Referate mit den Anträgen eingetreten.

Roske: Die Rede des Genossen Hoch beweist, wie außerordentlich schwer es ist, eine Politik der Halbheit klar begründen zu wollen. Hoch gehört zu denen, die die Pflicht der Landesverteidigung rückhaltlos anerkennen. Trotzdem schlägt er uns eine Resolution vor, deren entscheidender Satz lautet: Unsere Reichstagsfraktion kann der jetzigen Reichsleitung keine Kriegskredite bewilligen. — Aus Hochs langer Rede akzeptiere ich einen Satz restlos: Für uns als sozialdemokratische Abgeordnete gibt es nur eine Pflicht: der deutschen

Arbeiterklasse zu nützen und nach Kräften Schaden von ihr abzuwehren. Danach haben wir auch die Hochsche Resolution zu bewerten. In diesen Tagen rennen wie seit Monaten, in Flandern Millionen von Franzosen und Engländern gegen die deutsche Front an, um den Rhein zu gewinnen; in den letzten Monaten ist eine Kriegserklärung nach der andern gegen Deutschland erfolgt. Die ernsteste davon war die Kriegserklärung der Vereinigten Staaten von Amerika. Von keiner der Regierungen, die gegen Deutschland Truppen ins Feld schicken, ist bisher die Neigung zur Beendigung des Krieges zum Ausdruck gebracht worden. Hoch erkennt selbst an, daß der Reichstagsbeschluß vom 19. Juli für den Verständigungsfrieden durchaus ehrlich gemeint ist, weil die bürgerlichen Parteien gar nicht eine andere Politik betreiben können. Hoch dient der Sache des Friedens nicht, wenn er die Erklärung der deutschen Regierung und der Papstnote so abfällig beurteilt. Das ist die Politik der Unabhängigen. Die Papstnote, die Erklärung Michaelis' laufen darauf hinaus, daß die deutsche Regierung eine Friedenspolitik betreiben will, die im Rahmen der Entschließung des Reichstags vom 19. Juli sich bewegt. Die Erklärung Michaelis' hätte gewiß klarer lauten können, aber an der Ehrlichkeit der deutschen Friedensbemühungen kann ein ernsthafter Zweifel nicht gehegt werden. Hoch fordert auf, der Regierung keine Kredite mehr zu bewilligen. Demgegenüber stelle ich fest, daß bei jeder Kreditbewilligung durch uns zum Ausdruck gebracht worden ist, daß wir selbstverständlich nicht dieser Regierung die Kredite bewilligen. (Sehr richtig!) Wir haben die Kredite nicht bewilligt, wir haben an unsere Feldgrauen draußen nicht die Aufforderung gerichtet, standzuhalten und an unsere Bevölkerung daheim, nicht zusammenzubrechen, aus Liebe zu den Kapitalisten, zu den Junkern, und ich setze hinzu, weil aus Anlaß der Wilsonnote damit große Stimmungsmache getrieben ist; auch nicht für die Hohenzollern haben die Arbeiter und die deutschen Soldaten sich geschlagen, darüber wollen wir gar keinen Zweifel bestehen lassen. (Sehr gut!) Sondern als der Krieg entbrannte, handelte es sich, so wie heute, noch darum, die Schrecken einer feindlichen Invasion von den deutschen Grenzen und damit von dem deutschen Volk fernzuhalten. Wo der Krieg ausgefochten wird, leidet niemand so schwer darunter wie das Proletariat. Das wissen alle, die die Möglichkeit gehabt haben, im Osten oder Westen Kriegsgebiete zu sehen. Mit der Redensart kommt man uns glücklicherweise jetzt nur noch selten, daß die Arbeiter nichts zu verlieren haben, sondern wir wissen, daß dank unserer Arbeit in den letzten 20, 30 Jahren glücklicherweise die Arbeiter etwas zu verlieren, etwas zu schützen haben. Daß bei langer Dauer des Krieges allmählich ein Abflauen der Stimmung eintreten würde, war zu erwarten; aber was ich außerordentlich beklage, ist, daß eine ganze Anzahl auch von den Kollegen aus der Reichstagsfraktion, die, so wie Hoch, die Pflicht der Landesverteidigung immer mit allem Nachdruck betonen, geglaubt haben, der Volksstimmung soweit Rechnung tragen zu müssen (Sehr richtig!), daß sie zur Kreditverweigerung kamen. Alle, die diese Taktik eingeschlagen haben, haben die Erfahrung machen müssen, daß das die Politik der Halbheit war, die sie zwischen zwei Stühle führte. In dieser Frage gibt es nur eine klare Stellungnahme für oder gegen die Landesverteidigung. Wir dürfen keine Schaukelpolitik treiben unter Berücksichtigung der wechselnden Stimmungen, sondern müssen das tun, was nach unserer Ueberzeugung im Interesse der Arbeiterklasse geboten ist, auch dann, wenn es gelegentlich Späne gibt, wenn man Vorwürfe gegen uns richtet. Die Anerkennung und Durchführung der Pflicht der Vaterlandsverteidigung durch die Kreditbewilligung gehört zu den Aufgaben, die von uns restlos erfüllt werden müssen, nicht zuletzt auch um der Stellung der Sozialdemokratie nach dem Kriege willen. Denn die Frage der

Landesverteidigung wird, je nach dem Ausgang des Krieges, eine außerordentlich entscheidende Rolle bei allen politischen Auseinandersetzungen nach dem Kriege spielen. Es war geradezu eine Tragikomödie, daß eine ganze Anzahl der Kollegen aus der Reichstagsfraktion ausgerechnet in dem Augenblick zu der Erkenntnis kamen, daß Deutschland einen Eroberungskrieg führe, als die italienische Kriegserklärung gegen Deutschland und Oesterreich-Ungarn erfolgte. (Hört! hört!) Natürlich haben wir alles zu tun zur Herbeiführung des Friedens. Ich akzeptiere jedes Mittel, von dem ich die Gewißheit habe, daß es zur raschen Beendigung des Krieges beiträgt. Aber dazu gehört, wenn die Kreditverweigerung und andere Dinge in Frage kommen, die Anerkennung des Grundsatzes: Gleiche Brüder, gleiche Kappen. Die Internationale, wie ich sie verstehe, muß dazu führen, daß in allen Ländern mit gleichen Mitteln und mit annähernd gleicher Aussicht auf Erfolg diese Politik betrieben wird. (Sehr wahr!) Es ist ein großes Verbrechen, das an der Arbeiterklasse, an der Sozialdemokratie begangen ist, daß in Stockholm nicht schon vor Monaten Beschlüsse herbeigeführt werden konnten, die darauf hinausliefen, daß das Proletariat in allen Ländern zu der gleichen Zeit in dieser Weise vorgeht. Davon ist leider bis heute keine Rede. Die Franzosen bewilligen die Kredite, die englische Arbeiterklasse steht mit ihren parlamentarischen Vertretern hinter ihrer Regierung. Unsere Kreditverweigerung hätte zu Beginn des Krieges nicht den Erfolg gehabt, daß die russische Dampfwalze zum Stehen kam, und sie würde heute nicht bewirken, daß die französischen und englischen Massenstürme in Flandern unterlassen würden. Hoch mutet unseren Leuten zu, draußen die Schreckenstage weiter zu erdulden im Trommelfeuer der zehntausende feindlicher Geschütze, sie sollen nach wie vor all diese Höllenqualen der modernen Schlacht erdulden, aber wir zu Hause sollen sagen: Ihr liegt im Dreck und Feuer, aber wir verweigern die Kredite. Das ist eine Politik, die man nicht treiben kann. (Sehr richtig!) Draußen die Leute können ihre furchtbar harte Pflicht im Interesse ihres Landes und unserer Familien nur dann erfüllen, wenn sie die Gewißheit haben, daß sie Leben und Gesundheit tagtäglich für eine Sache einsetzen, die gut und rechtlich ist und die auch von ihren parlamentarischen Vertretern daheim restlos vertreten wird. Verweigerung der Kredite im Augenblick solcher Höllenschlachten wie im Westen bedeutet, die Kampfesfähigkeit unserer Truppen erschüttern, bedeutet die Gefahr der Invasion hervorrufen. Das ist eine Politik, die wir gerade im Interesse der deutschen Arbeiterklasse unmöglich mitmachen dürfen. Deshalb ersuche ich Sie, den Antrag Hoch mit großer Mehrheit abzulehnen. (Beifall.)

Brückner-Berlin: Mit der Politik des 4. August kann man sich durchaus einverstanden erklären. Führt sie uns doch dazu, mehr als bisher praktische Arbeit zu leisten, löst sie uns doch los von der Phrase, die leider nur allzu oft die Politik beherrscht hat. (Zuruf: Und noch beherrscht!) Es ist aber notwendig, die praktische Tätigkeit unserer Fraktion auch der Arbeiterklasse mehr und mehr zum Bewußtsein zu bringen. Man darf sich nicht damit begnügen, daß man den Reichstagsbericht abdruckt oder spaltenlange Leitartikel schreibt, sondern es muß möglichst von einer Zentralstelle aus planmäßig in kurzen Absätzen allwöchentlich, alltäglich über die Tätigkeit der Parlamentsvertretungen Bericht erstattet werden. Das hämmert sich in das Gedächtnis der Arbeiter, nicht aber die ellenlangen Leitartikel. (Sehr richtig!) Wenn wir das planmäßig machen, dann werden wir in den Arbeitern mehr Verständnis für die praktische Arbeit, die zu leisten ist, erwecken, als es bisher der Fall ist. Durch die praktische Tätigkeit werden natürlich unsere Vertretungen in den Parlamenten und in den Gemeinden vor große Aufgaben gestellt. Wir wissen, daß in Deutschland von Preußen aus Politik gemacht wird, und wir müssen

das Ersuchen an den Parteivorstand und an die Preußenkommission richten, den Vorgängen in Preußen mehr Aufmerksamkeit zu widmen. (Zustimmung.) Damit will ich nicht gesagt haben, daß die Preußenfrage ganz und gar vernachlässigt worden ist. Ich bin aber der Meinung, daß durch die praktische Tätigkeit unseres Parteivorstandes und unserer Reichstagsfraktion die Preußenfrage leider mehr und mehr in den Hintergrund gedrängt und nicht so beachtet ist, wie es notwendig wäre. (Sehr richtig!) Unbegreiflich ist es mir, wie Genosse Heilmann seinerzeit, wo es notwendig war den Ruf der Parteigenossen nach Einführung des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts in Preußen zu erheben und diese Forderung zu verstärken, schreiben konnte, diese Frage ist erledigt, diese hat ja Zeit bis nach dem Kriege. Nein, Genossen, man soll das Eisen schmieden, solange es warm ist, und zwar jetzt während des Krieges, wo wir die Macht haben, der Regierung unseren Willen, der getragen ist von dem Willen der breiten Massen der Bevölkerung, aufzudrücken. Keine Vertagung der Wahlrechtsfrage, aber auch nicht Gelegenheit geben der Regierung, sich auf Stimmen aus unseren eigenen Reihen berufen zu können. (Sehr wahr!) Es soll mich nicht wundern, wenn der Artikel von Heilmann bei den Wahlrechtsdebatten im preußischen Abgeordnetenhause von den Konservativen und den anderen Wahlrechtsgegnern gehörig ausgenutzt wird.

Der Krieg hat uns ja nun nicht bloß die russische Revolution gebracht, er hat uns leider auch die Zersplitterung der deutschen Sozialdemokratie gebracht, eine Zersplitterung, die jeder, der mit allen Fasern seines Herzens an der Partei hängt, schmerzlich empfindet. Bedauerlicherweise richtet ein Teil derer, die aus der Partei ausgetreten sind, nunmehr anscheinend ihr Hauptaugenmerk nicht auf die Bekämpfung der bürgerlichen Parteien, sondern sie erblicken ihre Hauptaufgabe in der Bekämpfung der eigenen, früheren Partei, ein Zustand, der dazu geführt hat, daß bei wichtigen Vorlagen ein Gegeneinanderstimmen vorgekommen ist, wie David das gezeigt hat. An den Früchten sollt ihr sie erkennen. Wenn etwas zutrifft, so ist es dieser Satz, denn es ist bei den Abstimmungen zum Ausdruck gebracht, das jene Unabhängigen lieber mit den Heydebrand und Westarp als mit den eigenen Klassengenossen gehen. (Sehr wahr!) Allgemein war nach Kriegsausbruch in der Bevölkerung die Meinung verbreitet, die Fraktion habe mit der Stellungnahme zu den Kriegskrediten recht gehabt. Als ich bei Ausbruch des Krieges von Birmingham zurückkam und durch Deutschland fuhr, von Stadt zu Stadt, da fragte ich mich, was ist denn vorgekommen? Diese Begeisterung auf allen Bahnhöfen, wenn Truppen durchfuhren. Was ist denn geschehen, daß innerhalb vierzehn Tagen die Stimmung in Deutschland so umschlagen konnte. In dem Jubel bei jeder Siegesnachricht kam zum Ausdruck, das, was weite Arbeiterkreise beseelte, denn es war nicht nur die Bourgeoisie, die bei Siegesnachrichten die Fahnen hinausteckte, sondern es waren auch Arbeiter. Hätte da die Fraktion eine andere Stellung eingenommen, wer weiß, welcher Eindruck dann erweckt worden wäre. Daß es jetzt anders geworden ist, hängt zusammen mit den Lebensmittelschwierigkeiten und mit anderen Verhältnissen, die den Unabhängigen den Boden für ihre Tätigkeit bereitet haben. Wir müssen, wie wir das stets getan haben, unsere Meinungsverschiedenheiten austragen, aber das soll kameradschaftlich geschehen, die Geschlossenheit der Partei, die Geschlossenheit ihrer Vertretungen muß erhalten werden. Auf diesem Standpunkte hat ja die Reichstagsfraktion auch vorher schon gestanden. Das galt als selbstverständlich, aber leider ist diese Selbstverständlichkeit in neuester Zeit nicht gehalten worden, und deshalb unterbreiten wir dem Parteitag den Antrag 51, um dessen Annahme wir Sie bitten. Gewiß ist das, was wir

fordern, eine Selbstverständlichkeit, aber wir müssen diese Selbstverständlichkeit zu einem Parteitagsbeschluß erheben, damit nicht mehr Gelegenheit gegeben ist, daß Genossen außer der Reihe tanzen können. Es sei denn, daß sie mit vollem Willen gegen Parteitagsbeschlüsse verstoßen wollen. Die Entschließung Hoch ist sehr vorsichtig abgefaßt, wohl, damit eine möglichst große Zahl von Stimmen auf sie vereinigt wird. Aber der Parteitag kann sie nicht annehmen, denn damit würde er erklären, daß die Kriegskredite der Regierung bewilligt werden, was wir bisher stets bestritten haben. Wenn unsere parlamentarische Vertretung weiter wie bisher für die Interessen der Arbeiter eintritt, dann wird die Entwicklung weitergehen zum Heile der Partei und damit der Arbeiterklasse. (Beifall.)

Emmel-Mülhausen i. Els.: Noske und der Vorredner haben sich darauf berufen, daß bei Kriegsausbruch die Volksstimmung für die Bewilligung der Kredite war. Das wird niemand bestreiten. Aber man muß doch daran erinnern, daß 1870/71 Bebel und Liebknecht die Fenster eingeworfen wurden, während man später die Tat, wegen deren das Volk ihnen die Fensterscheiben zertrümmert hatte, als eine Großtat angerechnet hat. (Sehr richtig!) Also man darf sich nicht immer von der Volksstimmung tragen lassen. (Sehr richtig!) Noske hat weiter gesagt, wenn die anderen die Kredite ablehnen würden, würden wir es auch tun. Die Entwicklung kann sich doch nun aber nicht so vollziehen, daß an einem bestimmten Tage zu gleicher Zeit in allen Ländern die Parlamente zusammentreten und daß überall in demselben Augenblick die Kredite abgelehnt werden. An einem Ende muß doch angefangen werden. (Sehr richtig!) Was wir verlangen, ist, daß in Deutschland der Anfang gemacht wird, weil (Zuruf: Weil Deutschland am gefährdetsten ist!), nein, weil Deutschland uns am nächsten liegt. Aus meiner Erfahrung im Verkehr mit Feldgrauen kann ich mitteilen, daß die Feldgrauen die Ablehnung durchaus verstehen würden. Man hat bestritten, daß die Kriegskredite der Regierung bewilligt werden. Wer kann bestreiten, daß tatsächlich die Regierung die Verfügung über die Mittel hat, die Regierung des Belagerungszustandes, die Regierung, die hinten herum noch immer die Alldeutschen unterstützt, die Werbetätigkeit für den Verständigungsfrieden aber zu hintertreiben sucht. (Sehr richtig!) Daher ist es falsch, wenn man sagt, die Mittel würden dem Volke bewilligt. Die Entschließung Hoch spricht klipp und klar aus, worauf es ankommt. Ebert hat unter der Zustimmung der ganzen Fraktion im Reichstage der jetzigen Regierung den schärfsten Kampf angesagt. Wie kann man uns zumuten, einer Regierung, der man vor der ganzen Welt den schärfsten Kampf angesagt hat, weiter die Mittel für die Kriegführung zu bewilligen. — Wenn der Antrag 51 das will, was bisher Praxis in der Fraktion war, so ist er selbstverständlich. Das einheitliche und geschlossene Vorgehen der Fraktion ist ein Ziel, das aufs innigste zu wünschen ist. Aber es müssen die Kautelen bestehen bleiben, die nach langer Erfahrung sich in der Fraktion herausgebildet haben und die es den Abgeordneten, die gegen ihre Ueberzeugung stimmen müßten, gestattet, der Abstimmung fernzubleiben.

Nun zur elsaß-lothringischen Frage. Auch ich bin für das Selbstbestimmungsrecht der Elsaß-Lothringer, soweit es sich um das Selbstbestimmungsrecht im Rahmen des Deutschen Reiches handelt. Diese Einschränkung liegt nicht zuletzt im Interesse der Elsaß-Lothringer selbst. Sobald man sich auf einen anderen Standpunkt stellt, ergeben sich Fragen, mit denen das Gesamtinteresse eines Volkes nicht in Einklang gebracht werden kann. Wenn wir den Elsaß-Lothringern das Recht geben würden, auch über ihre nationale Zugehörigkeit selbständig zu entscheiden, dann müßten wir den Hessen, Oldenburgern und Mecklenburgern dasselbe Recht geben. (Sehr richtig!) Irgend-

ein thüringischer Kleinstaat hätte dann gleichfalls das Recht, darüber zu entscheiden, ob er zu Rußland, Frankreich oder England gehören will. Das ist ein Unding (sehr richtig!); die ganze Entwicklung seit der Zugehörigkeit Elsaß-Lothringens zum Deutschen Reich ist dahin gegangen, daß Elsaß-Lothringen mit dem Reiche wirtschaftlich eng verwachsen ist. Das allein ist ausschlaggebend für die Zugehörigkeit zu irgendeiner Nation, nicht etwa die Sprachenfrage allein. Elsaß-Lothringen hat sich in das deutsche Wirtschaftsgebiet eingegliedert, jede Losreißung Elsaß-Lothringens von Deutschland würde die Zerrüttung des Wirtschaftssystems Elsaß-Lothringens bedeuten und eine schädliche Rückwirkung auf die deutsche Gesamtwirtschaft haben. (Sehr richtig!) Ich erinnere an die Bedeutung Elsaß-Lothringens für die Versorgung mit Kali und an seine Eisen- und Stahlerzeugung, die für Deutschlands Gesamtwirtschaft von nicht zu unterschätzender Bedeutung ist. (Sehr richtig!) Wenn Sie die elsaß-lothringische Frage unter diesem Gesichtspunkt betrachten, so müssen Sie mit mir Stellung nehmen gegen eine Richtung, die kleinen Teilen unseres Reiches das Recht geben will, über die Frage ihrer nationalen Zugehörigkeit selbständig zu entscheiden. Dann könnte die Folge irgendwelcher Verstimmungen, die sich notwendigerweise während eines Krieges und zumal bei dem Schreckensregiment in einem Operationsgebiet ergeben müssen, eine Entscheidung gefällt werden, die verhängnisvoll für Elsaß-Lothringen und ganz Deutschland sein würde. Wenn über die nationale Zugehörigkeit des Teiles eines Landes entschieden werden soll, dann kann nicht dieser Teil allein entscheiden, sondern die Gesamtheit des Volkes, in diesem Fall hätte die Gesamtheit des deutschen Volkes mitzusprechen. (Sehr richtig!) Das Selbstbestimmungsrecht der Völker ist nicht so aufzufassen, daß irgendein x-beliebiger kleiner Teil eines Volkes das Recht der Entscheidung hat. Der Standpunkt Katzensteins würde dahin führen, daß der eine Teil sich nach diesem, der andere sich nach einem anderen Lande hingezogen fühlt. So kann es nicht gehen. (Sehr richtig!) Die industriellen und landwirtschaftlichen Verhältnisse Elsaß-Lothringens sind mit dem Deutschen Reiche so eng verwachsen, daß beide Teile schwer geschädigt würden, wenn eine Losreißung Elsaß-Lothringens stattfinden würde. Was wir aber von unserer Reichstagsfraktion verlangen müssen, ist, daß sie auf dem bisherigen Wege weitergeht und auf die Beseitigung des unleidlichen Belagerungszustandes in Elsaß-Lothringen hinwirkt. Noch jetzt im vierten Kriegsjahr ist die Bevölkerung in Elsaß-Lothringen rechtlos und von den verschiedensten Militärkommandanten abhängig. Grausamkeiten und Brutalitäten werden damit entschuldigt, daß man sich im Operationsgebiet befinde. Die Sozialdemokratie muß mit aller Entschiedenheit verlangen, daß mit der bisherigen Praxis gebrochen und auch im Operationsgebiet der Belagerungszustand beseitigt wird. Dann wird auch die Verstimmung in der elsaß-lothringischen Bevölkerung verschwinden. Auch in Elsaß-Lothringen muß noch während des Krieges das Volk größere Freiheiten erhalten. Gerechtigkeit und Gesetz müssen an die Stelle der Willkür treten. (Beifall.)

Waigand-Bremen: Kein vernünftiger Mensch kann glauben, daß die Reichstagsfraktion mit einer Ablehnung der Kriegskredite die Herbeiführung des Friedens gefördert hätte. (Sehr richtig!) Wenn wir heute die Kredite ablehnen würden, unsere ganze Stellung in Deutschland würde damit unmöglich werden. (Sehr richtig!) Würden wir nach der Entschließung Hoch verfahren, die Verhältnisse in unserem Lande wären noch schlimmer. Die kapitalistischen Regierungen werden ihr System erst recht nicht ändern und den Belagerungszustand nicht mildern, wenn die Sozialdemokratie die Kredite ablehnt. Die Bremer Genossen waren zuerst mit der Reichstagsfraktion

einverstanden, waren also anderer Meinung als ihr Abgeordneter. Wir hatten uns dahin verständigt, daß jeder seine eigene Meinung in der Partei behalten und gemeinsam arbeiten wollten. So konnte Scheidemann in Bremen im Februar 1915 in einer großen Versammlung seinen Standpunkt darlegen. Aus Rücksicht auf unseren Abgeordneten haben wir lange Zeit davon Abstand genommen, Beschlüsse zu fassen. Wir wollten ihn nicht in eine unangenehme Lage bringen. Wir glaubten auch, daß mit der Zeit die Gegensätze in der Partei sich nicht verschärfen, sondern mildern würden. Die Opposition in Bremen kam nicht aus den Reihen der Reichstagsfraktion, sondern die Verwirrung wurde durch Flugschriften von Rosa Luxemburg und Franz Mehring in die Reihen der Genossen getragen, in denen in gemeinster Weise Parteivorstand und Reichstagsfraktion angegriffen wurden. So kam es, daß in Bremen mit der Zeit die Stimmung der Genossen anders wurde, bis es dann schließlich zur Spaltung kam. Wäre die Reichstagsfraktion nach dem Rezept der Unabhängigen verfahren, die bürgerlichen Parteien und die Regierung wären von der Reichstagsfraktion sicher nicht gezwungen worden, mit uns gemeinsam für den Frieden zu wirken. Glauben Hoch und Emmel, daß, wenn nach ihrer Methode verfahren wäre, uns die bürgerlichen Parteien und die Regierung soweit entgegengekommen wären? Gewiß, unsere Regierung ist eine kapitalistische Regierung, und wenn sie Eroberungen hätte machen können, sie hätte wohl Eroberungen gemacht, denn kapitalistische Politik ist Raubpolitik. Unsere Kapitalisten sind nicht besser, aber auch nicht schlechter als die des Auslandes. Die Politik der Fraktion aber hat die Regierung gezwungen, sich zum Verständigungsfrieden zu bekennen, und ich habe die feste Ueberzeugung, daß unsere Fraktion die Regierung zwingen wird, noch weiterzugehen, wenn die Verhältnisse es erfordern. Eine andere Politik ist gar nicht möglich. Die Reichstagsfraktion muß natürlich die jeweiligen Verhältnisse überschauen und denkbar wäre es ja, daß, wenn einmal ein Reichskanzler Graf Westarp käme, wir einer solchen Regierung die Kredite nicht bewilligen würden. Aber da das nicht der Fall ist, können wir uns mit der Entschließung Löbe einverstanden erklären. Erfreulich ist, daß es der Fraktion durch ihre zielbewußte Arbeit auch gelungen ist Erfolge in der preußischen Politik zu erreichen. Ganz zweifellos ist die Osterbotschaft mit dem Wahlrechtsversprechen ein Erfolg unserer Politik im Reiche. (Sehr richtig!) Der Antrag 25 des 6. hannoverschen Wahlkreises, der ja genügend unterstützt worden ist, entspringt der Stimmung einzelner Genossen im Lande, die da glauben, Erfolge in der inneren Politik wären leichter möglich, wenn die Fraktion die Kredite ablehnen würde. Ich glaube das nicht. Wenn die Umstände es erfordern, wird die Fraktion auch schärfer vorgehen. Ich habe dann noch einen Antrag Bremen zu begründen, der verlangt, daß bei der gesetzlichen Neuregelung der Kriegsbeschädigten-Fürsorge und der Fürsorge für Kriegerhinterbliebene diese Fürsorge der Reichsversicherungsordnung und ihrem Rechtsverfahren unterstellt wird. Unsere Fraktion muß und wird weiterhin positiv tätig sein, dann werden die Kreise, die heute mit den Unabhängigen gehen, bald zu der Ueberzeugung kommen, daß sie nur in unserer Reichstagsfraktion eine Vertretung ihrer Interessen finden können, und sie werden dann den Weg zur sozialdemokratischen Partei zurückfinden. (Bravo!)

Lensch: David charakterisierte die Entscheidung vom 4. August als eine Entscheidung von weltgeschichtlicher Bedeutung. Das ist vollständig richtig. In einem gewissen Gegensatz zu dieser Kennzeichnung steht aber die Behauptung in der Erklärung unserer Fraktion am 4. August, die zum geflügelten Wort geworen ist, nämlich, daß wir mit der Bewilligung wahr machten, was wir immer gesagt hätten. Wenn für die Sozialdemokratie die Entscheidung

vom 4. August wirklich eine Selbstverständlichkeit war, wenn wir mit ihr wahr machten, was wir immer gesagt haben, so wäre ja das ungeheure Aufsehen und diese weltgeschichtliche Bedeutung dieser Abstimmung nicht zu erklären. Man muß es aussprechen, daß die weitüberwiegende Mehrheit des In- und Auslandes eine entgegengesetzte Entscheidung der Reichstagsfraktion am 4. August erwartet hat. Die Zitate aus den Heiligen Schriften von Marx und Engels (Heiterkeit), mit denen man die Entscheidung vom 4. August zu begründen versucht hat, sind nicht durchschlagend. Ich erkläre mich bereit, jedem Zitat, das man für die Entscheidung vom 4. August angeführt hat, drei Zitate gegenüberzustellen, die das Gegenteil beweisen. (Heiterkeit.) Mit Zitaten kann man diese Abstimmung überhaupt nicht rechtfertigen, eine so weltgeschichtliche Entscheidung wie die des 4. August muß aus der geschichtlichen Situation des Augenblicks selbst erklärt werden. (Sehr richtig!) Wir standen am 4. August vor einer völlig neuen weltgeschichtlichen Situation. Da können wir uns nicht auf die verblichenen Altvorderen verlassen. In der Davidschen Rede habe ich die große weltgeschichtliche Basis, auf die man den 4. August stellen muß, vermißt, wenn man diese Abstimmung wirklich als eine Tat von weltgeschichtlicher Bedeutung kennzeichnen will. Auf Grund dieser Abstimmung ist die Internationale zusammengebrochen. Als wir am 8. August die Kredite beriten und ich dagegen sprach, habe ich gesagt, wenn wir die Kredite bewilligen würden, so legen wir die Eingeweide der Internationale auf den Tisch. Mehr oder weniger geistreiche Personen gehen heute noch mit diesem Wort hausieren. Tatsächlich ist ja eingetreten, was ich sagte, eine Internationale, wir wir sie vor dem Kriege hatten, ist nicht mehr, sie ist durch den Krieg und am Kriege in die Brüche gegangen, wir werden zu arbeiten haben, damit sich nach dem Kriege eine neue Internationale erhebt. Aber die geschichtlichen Ursachen, aus denen diese Internationale zusammenbrechen mußte, liegen in der weltgeschichtlichen Stellung Englands. Der allergrößte Teil der Anwesenden wie auch des gesamten deutschen Volkes hat erst in diesem Kriege die wirkliche Bedeutung der englischen Weltherrschaft und ihrer Wirkungen begriffen. Auch das habe ich in dem Referat von David vermißt. Erst in diesem Kriege haben wir erfahren, daß die englische Weltherrschaft mehr ist als eine Phrase, daß sie eine brutale Realität bedeutet. Da die englische Arbeiterschaft an der englischen Weltherrschaft in ihrem eigenen Klasseninteresse nicht rütteln lassen wollte und konnte, kam es zum Zusammenbruch der Internationale. Wir wissen alle, von wie ungeheurer Bedeutung gerade für uns deutsche Sozialdemokraten der Zusammenbruch der Internationale gewesen ist. Ich kann mich darauf berufen, daß ich schon auf dem Parteitag in Chemnitz angedeutet habe, daß die Ausnahmestellung, die England in der Welt einnimmt, uns in einem zukünftigen Kriege noch ganz besonders harte Nüsse zu knacken gibt, und mancher, der mich damals nicht richtig verstanden hat, ist inzwischen zu mir gekommen und hat gesagt, jetzt haben wir eigentlich erst begriffen, wie Du Deine damaligen Ausführungen gemeint hast. Die Solidarität der Arbeiter aller Länder, von der wir vor dem Kriege so viel gesprochen haben, war noch keine Tatsache, sondern sie war erst in statu ascendi, im Werden, sie ist heute noch in der Entwicklung, aber sie wird einmal eine Tatsache werden. Am 4. August war die Solidarität der Arbeiter noch keine Tatsache, und daran ist die Internationale gescheitert. Daraus rechtfertigt sich im geschichtlichen Sinne die Politik der Fraktion.

Aber eine vollkommen glatte und klare Lösung in diesem Kriege gab es für die deutsche Sozialdemokratie überhaupt nicht. Das wollen wir uns doch nicht vormachen. Weder durch glatte Annahme noch durch glatte Ablehnung der Kredite gab es eine solche Lösung. David mußte ja selbst anerkennen, daß es

ohne innere Widersprüche nicht geht; denn es ist ein Widerspruch, wenn wir rechtfertigen wollen, in den ganzen 44 oder 45 Jahren die Militärkredite abzulehnen und wenn es ernst wird, im Kriege, die Kredite zu bewilligen. (Sehr richtig!) Dieser Widerspruch besteht, und ich glaube, David hätte klüger getan, sich die Rechtfertigung dieser Situation nicht so leicht zu machen. David sagte gestern, wer hoffte und wer erwartete denn, daß wir die Kredite ablehnen? Die Franzosen, die Russen und die Engländer. Ganz richtig. Aber auf Grund welcher Tatsachen hofften sie das? Auf Grund unseres Verhaltens in den Friedensjahren. (Sehr richtig!) Wenn es eine Gefährdung der nationalen Interessen war, am 4. August die Kredite abzulehnen, dann war es retrospektiv auch eine Gefährdung der nationalen Interessen, im Frieden so vorzugehen, wie wir vorgegangen sind; so daß also gesagt werden muß, die Situation, in der wir uns befinden, zwingt die Partei, die Bedeutung des 4. August nicht zu vertuschen dadurch, daß man sagt, wir haben ja nur wahrgemacht, was wir immer gesagt haben. Ich erinnere an ein Wort von Friedrich Engels aus den sechziger Jahren, wo er rückblickend auf das Verhalten von Marx und sich selber in den Jahren 1848/49 sagte: „Die geschichtliche Entwicklung hat uns und allen, die ähnlich so dachten, unrecht gegeben.“ Ich möchte, daß es auch einmal innerhalb der deutschen Sozialdemokratie nicht als eine Schande gilt, ein solches Geständnis abzulegen, wie es ein Engels für sich und zugleich auch im Namen von Marx ablegen konnte. (Sehr gut.) Die geschichtliche Entwicklung hat uns unrecht gegeben. Aber freilich: für eine Partei, die so stark auf dem Boden des agitatorischen Bedürfnisses steht, ist eine solche Erklärung sehr schwer. Wir müssen aussprechen, was ist, wir müssen gegen uns selbst, gegen die Partei und gegen die geschichtliche Entwicklung aufrichtig sein. (Sehr wahr!) Das heißt keineswegs, daß wir dadurch Regierungspartei werden. Das ist meine geringste Sorge. Der Krieg ist eine Revolution, und wer den Krieg noch nicht als Revolution empfunden und erkannt hat, der hat ihn noch nicht begriffen, mag er noch so viel sentimentale Redensarten machen, mag er den Krieg noch so sehr vom Standpunkt der Krankenschwester aus betrachten. Die gesamte bürgerliche Gesellschaft befindet sich in einem Zustande völliger Umwälzung, es entstehen neue Klassen, wir erhalten eine ganz neue Kapitalistenklasse, der gesamte Mittelstand zerbröckelt und wird hineingeschwemmt in die Arbeiterschichten, die Arbeiterklasse selbst verändert sich in ihren Elementen, und daraus ergibt sich für uns die Zwangsforderung, aus diesen veränderten Verhältnissen die Konsequenzen zu ziehen. (Sehr richtig!) Die Neuorientierung, die wir von der Regierung und den bürgerlichen Parteien verlangen, dürfen wir selbst am eigenen Leibe nicht außer acht lassen. Diese Neuorientierung wird und muß kommen, wir befinden uns teilweise sogar schon drin in diesem Entwicklungsprozeß der Neuorientierung. Da ist es die geschichtliche Aufgabe der Theorie, den Prozeß, in dem wir uns unbewußt befinden, zu einer bewußten Aktion zu machen, damit wir mit um so weniger Schwierigkeiten die großen Aufgaben lösen können, denen wir entgegengehen. In diesem Sinne können wir die Bedeutung des 4. August überhaupt nicht überschätzen. (Bravo!)

Wierfeld-Köln: Emmel hat geglaubt, sich berufen zu müssen auf die Volks- oder Massenstimmung. Das ist zweifellos in gewissem Sinne berechtigt. Aber es ist nicht immer tapfer und auch nicht immer gerechtfertigt, denn wer ist die Masse? Sind es die Parteifunktionäre, sind es unsere Wähler oder ist es die große Masse des Volkes da draußen, die zum großen Teil unserer Partei noch fernsteht? Es gibt manchen — ich meine damit nicht Emmel —, der sich auf Massenstimmungen beruft, die er zunächst selbst hat schaffen helfen und hinter denen er sich nachher gern verkriecht, um keine Verantwortung zu haben. (Sehr richtig!) Es ist auch nicht die Kreditfrage, die bei den Massen die nieder-

drückende Stimmung geschaffen hat, sondern es sind andere Ursachen, vor allem die Teuerung und die groben Fehler der Regierung. Wir brauchen doch nur festzustellen, daß, je nachdem die Führer denken und die Presse schreibt, auch die Masse unserer Anhänger ihre Stellung zur Kreditfrage orientiert. (Sehr richtig!) In Rheinland-Westfalen stehen Kreise von der gleichen wirtschaftlichen Struktur teils auf dem Boden der Mehrheit, teils auf dem der Minderheit, doch nur deshalb, weil die Führer hier auf dem Boden der Mehrheit, dort auf dem der Minderheit stehen. Wenn die Führer sich immer ihrer Verantwortung bewußt sind, werden sie auch die Massen hinter sich bringen können. Aber es gibt ja leider sogenannte Führer, die sich in dem seichten Wasser der sogenannten Massenstimmung willenlos treiben lassen. (Sehr gut!) Wir haben aus dem stärksten Verantwortlichkeitsgefühl heraus und aus Liebe zu unserem Volke die Taten vom 4. August 1914 getan, wo wir wahr machten, trotz Lensch, was wir immer gesagt hatten. Aus diesem Gefühl heraus war auch die Tat vom 19. Juli geboren. Hoch rennt offene Türen ein, wenn er sich dagegen verwahrt, daß diese Tat eine Folge der Reden unserer Genossen im Hauptausschuß gewesen sei, daß die anderen Parteien sich erst durch diese Reden gezwungen gesehen hätten, uns Gefolgschaft zu leisten und ihre Kriegsziele abzuschwören. Die große Masse der Mehrheitsgenossen hat immer gesagt, daß Zentrum und Fortschrittler neben uns die beiden einzigen Parteien sind, die noch Fühlung mit breiten Volksschichten haben, die die Stimmung dieser Massen kennen gelernt haben, und daß das vor allem maßgebend war für das Zusammengehen mit uns. Dazu sind dann die Reden unserer Genossen und die Andeutungen gekommen, daß man eventuell dieser Regierung keine Kredite mehr bewilligen könne. Der Beschluß vom 19. Juli braucht nicht erst ein Erfolg zu werden, er ist bereits ein Erfolg, und die Regierung, die sich lange gesträubt hat, hat sich ihm doch unterwerfen müssen. (Sehr richtig!) Das geht mit voller Klarheit hervor aus der Antwortnote an den Papst, die Bezug nimmt auf die Kriegszielerklärung des Deutschen Reichstages, das geht aber auch hervor aus der ungemein heftigen Sprache, die die alldeutsche Presse gegen diese Kriegszielerklärung und gegen die Rede Kühlmanns führt. (Sehr richtig!) So wenig ich Hoch beistimme, möchte ich auf der anderen Seite die Fraktion doch auch nicht auf die Entschließung von Winnig festlegen. Unsere Taktik muß beweglich sein. (Sehr richtig!) Ich möchte Winnig bitten, darauf zu verzichten, die Fraktion auf etwas festzulegen, was sich aus der jeweiligen Situation ergeben muß. Die Fraktion hat die Kunst des Möglichen geübt bei der entscheidenden Mitwirkung an der Kriegszielerklärung vom 19. Juli, die sich mehr und mehr als politische Großtat herausstellen muß. Die Agitation der Alldeutschen richtet sich doch nicht gegen die Unabhängigen, sie sagen kein Wort gegen die Ledebour, Stadthagen und Haase, aber um so mehr verleumden sie Ebert und Scheidemann und die gesamte Fraktionsmehrheit. Hier sitzen die wirklichen Feinde der Alldeutschen, und darum gilt ihr ganzer Haß der sozialdemokratischen Mehrheit. Immer noch redet die „Deutsche Tageszeitung" von dem Hungerfrieden der Mehrheit, während sie die Unabhängigen ungeschoren läßt, denn sie weiß, daß dort wohl Meister des Wortes sitzen, aber nicht die Männer der Tat. (Sehr gut!) Sie wissen, daß, wenn es darauf ankommt, diese Leute immer den Heydebrand und Westarp gerührt in die Arme sinken. Die Unabhängigen und die Alldeutschen genießen ja auch in gleichem Maße die Zuneigung des feindlichen Auslandes. Es ist nichts kindlicher und nichts ärmlicher, als das Schimpfwort Regierungssozialist von seiten dieser Herren von links, ein Schimpfwort, das ja schon durch Taten mehr als hinreichend widerlegt ist. Die ganzen Reichstagsdebatten seit Beginn des Krieges, erst recht aber die Debatten der letzten Wochen hallen ja wieder von einem Kampf der Mehrheit gegen die Regierung.

Die Politik der Mehrheit ist noch niemals ein Verzicht auf die Freiheit des Handelns, auf selbständige Politik gewesen. Das beweisen wir erst jetzt wieder. Wir haben jetzt der Regierung Michaelis schärfsten Kampf angesagt, wir betrachten diese Regierung als schädlich für das Volk, als saft- und kraftlos, da sie nicht weiß, was sie will. Die Regierung, deren Haupt einmal gesagt hat, die Führung werde ich mir nicht aus der Hand nehmen lassen, ist völlig steuerlos. Diese Regierung zu unterstützen wäre für uns der denkbar folgenschwerste Fehler, und die Fraktion wird es sich ja zu überlegen haben, ob sie die Mittel zur weiteren Verteidigung in die Hand dieser Regierung zu bewilligen hat. Wir verlangen eine starke Regierung mit scharf umrissenen Friedenszielen. Wir verlangen aber auch von den anderen in Betracht kommenden Organen der Regierung wie vom Militär den Verzicht auf die gefährliche Zweideutigkeit, wir verlangen Garantien gegen die Wiederkehr von Skandalen, wie sie sich im Reichstage ereignet haben durch die Schuld dieser Regierung. Wir verlangen eine Sprache, die im Auslande endgültig jedes Mißtrauen gegen Deutschland fortträumen muß. Wir verlangen Klarheit über die Kriegsziele und vor allem Klarheit über Belgien. Sehen wir uns vor und machen wir uns keine falschen Begriffe davon, was Belgien für die Frage des Kriegsschlusses bedeutet. Mit Recht hat Erzberger Belgien als Liebling der Welt bezeichnet. Aber abgesehen davon, Belgien ist für England der Angelpunkt, aus dem heraus der Krieg beendet werden muß und allein zu beendigen ist. Die Reden von Asquith weisen darauf hin, daß England sein ganzes Schwergewicht auf Belgien gelegt hat, und sie weisen auch darauf hin, daß wir unsere ganze politische Kunst darauf richten müssen, die belgische Frage in dem Sinne zu lösen, daß sie kein Hindernis mehr bilden kann. Der Verständigungsfriede ist das einzig Mögliche und das einzig Annehmbare. Deutschland würde arm, es würde ausgehungert werden, wenn ein Friede im Sinne der alldeutschen Zustände käme. (Sehr richtig!) Ich habe schon gesagt, daß wir der Regierung nicht kritiklos gegenüberstehen. Ich erinnere an das Wort von Prof. Haller, daß der Weltkrieg eine Folge der Einkreisungspolitik Englands gewesen sei, daß aber die Einkreisungspolitik eine Folge der Politik des Fürsten Bülow gewesen ist. Wir waschen die Regierung nicht von Schuld frei, aber darauf kommt es jetzt nicht an. Wir sind in den Mahlstrom hineingerissen und da heißt es unser Volk vor dem Schlimmsten bewahren. (Sehr richtig!) Da rühren uns nicht die Angriffe von rechts und nicht von links, wir haben uns zu verantworten vor dem Richterstuhl der Geschichte, und ich bin überzeugt, daß wir da glänzend gerechtfertigt dastehen. Es beginnt eine neue Epoche der Menschheitsgeschichte, und wir wollen und müssen dabei gewesen sein. (Bravo!)

Stampfer: Ich freue mich, daß Freund Hoch hier nach dem alten Exerzier-Reglement vorgegangen ist. Er hat im Kampfe jede Deckung verschmäht und hat die Brust männlich dem Feinde dargeboten. So ist es auf unseren Parteitagen immer gewesen und so muß es auch bleiben. Wir müssen unsere Meinungsverschiedenheiten hier austragen. Ich stehe nicht auf dem Standpunkt, der gelegentlich in der Debatte durchgeklungen ist: „Um Gottes willen nur keine inneren Kämpfe. Würden wir uns mit den Unabhängigen vereinigen, dann hätten wir innere Kämpfe, die wir nicht vertragen würden!" Wir dürfen den Kampf im Innern ebenso wenig scheuen wie den Kampf nach außen hin. (Sehr richtig!) Als ich hierher kam, hatte ich eine gewisse Sorge, ich könnte hier auf einen Katholikentag geraten. Wir würden in einer Weise einer Meinung sein, daß es gar nicht mehr auszuhalten wäre. (Heiterkeit.) Das ist glücklicherweise nicht der Fall. Es ist Kritik geübt worden, auch Kritik an der Tätigkeit des Zentralorgans. Ich bin dafür dankbar. Wir brauchen diese Kritik. Damit ist

aber natürlich nicht gesagt, daß alles, was kritisch geäußert wird, nun auch unbedingt zutreffen müßte, und am wenigsten gilt das von den Ausführungen Hochs. Hoch hat sich sehr darüber ereifert, daß ich in einem Begrüßungsartikel für den Parteitag im „Vorwärts" geschrieben habe: Es sei ein altes politisches Exerzierreglement, das uns vorschreibt, in den meisten Fällen Vorlagen abzulehnen und Protestresolutionen anzunehmen. Er bestreitet ganz entschieden, daß jemals ein derartiges Exerzierreglement existiert hat, und er hat mir gewissermaßen den Vorwurf gemacht, erstens, eines unserer Kriegsgeheimnisse an die Gegner verraten zu haben (Heiterkeit), und zweitens, das Exerzierreglement nicht richtig zitiert zu haben. Nun, wie stehen die Dinge in Wirklichkeit? Ich möchte den Genossen Hoch als in sozialpolitischen Dingen doch interessierten und kundigen Mann nur an die klassische Frage der Sozialversicherungsgesetze erinnern. Alle diese Gesetze wurden von der Fraktion in den 80er Jahren glatt abgelehnt. Es hat sich darüber, ob diese Ablehnung richtig war oder nicht, ein historischer Streit in der Partei entsponnen, und da habe ich immer auf dem Standpunkt gestanden, diese Ablehnung war unter den damaligen Verhältnissen vollständig angebracht.

Die Partei lag damals in den Fesseln des Sozialistengesetzes, und da war es vollständig begreiflich, daß sie die Gesetze nicht annehmen konnte, die zum Zwecke des Kampfes gegen die Befreiung der Arbeiterklasse gedacht waren, daß sie unter den damaligen Verhältnissen sagte: Wir wollen nicht die Bettelsuppen des sozialen Königtums, wir pfeifen darauf, wir wollen die Befreiung der Arbeiterklasse aus eigener Kraft. Das war also damals vollkommen verständlich, aber wir werden doch alle der Meinung sein: Wenn heute derartige Vorlagen an uns herantreten, so werden wir sie mit ganz anderen Augen ansehen und im ganz anderen Sinne prüfen als damals. Wenn sich die Verhältnisse ändern, ändert sich auch unser Verhalten. Und noch auf ein zweites wollte ich hinweisen, das war für mich das Entscheidende, und das hat Hoch vollständig übersehen. Ich bin durchaus nicht der Meinung, daß wir nun von der Ablehnungstaktik in das entgegengesetzte Extrem verfallen und nun alle Vorlagen annehmen sollten, sondern ich wollte nur sagen, daß wir uns auf diese Politik der Ablehnung, des Protestes, nicht mehr beschränken dürften, weil wir dazu zu groß und zu stark geworden sind und daß wir jetzt eine Politik der positiven Forderungen des unmittelbar wirksamen Kampfes für diese Forderungen führen müssen. Wenn ein kleiner Junge nach Hause kommt und weint und erzählt, er sei geschlagen worden, es sei ihm unrecht geschehen, dann tröstet man ihn. Aber wenn der Junge immer größer und stärker wird und er macht es immer noch so und hat nie etwas anderes zu tun, als über das Unrecht zu klagen, das ihm geschehen ist, und er ist immer der gewesen, der die Schläge bekommen hat, dann ärgert sich die Auffassung über das Verhalten dieses Menschen. (Sehr gut!) Aehnlich liegt es auch mit der Partei. Solange die Partei klein und schwach war, konnte sie das Hauptgewicht ihrer Tätigkeit auf den Protest legen, konnte sie ins Land hinausgehen und sagen: wir haben im Reichstag gekämpft, wir haben dies und jenes abgelehnt, es hat uns nichts geholfen, die Gesetze sind doch angenommen. Aber wenn nun die Wähler fragen, was habt ihr denn geschaffen, was habt ihr durchgesetzt, dann darf eine Partei von der Stärke der unsrigen nicht sagen: nichts! Dazu sind wir zu groß geworden. Positive Arbeit aber, Durchsetzung unserer Forderungen ist nicht möglich durch jenes starre System, von dem ich übrigens in dem Artikel gesagt habe, daß es heute noch von den Unabhängigen befolgt werde und daß es auch seine Vorzüge hat, wie ich da näher ausführe. Allerdings in der Weise, wie es die Unabhängigen anwenden, ist es ein ungeheurer Fehler und hat zu einem vollständigen Ablehnungskoller geführt, wie er in diesen Debatten ja oft zur Er-

heiterung oder zur Empörung des Parteitags gekennzeichnet worden ist. Also wenn wir unsere Forderungen durchsetzen wollen, so müssen wir eine geschmeidige Taktik haben, die sich den Verhältnissen anpaßt. In der Weise, wie die Fraktion gehandelt hat, indem sie den Friedensabschluß vom 19. Juli durchsetzte und das Wahlrechtsversprechen des Königs erkämpfte, in einer solchen Weise, meinte ich — das war der ganze Sinn des Artikels —, muß weitergekämpft werden: volle Geradlinigkeit in der Verfolgung unserer Ziele, volle Freiheit in der Wahl unserer Waffen, so werden wir zu unserem Sieg gelangen. (Bravo!)

Löbe-Breslau: Was ist es, Genossen, was die Aufmerksamkeit des Landes auf den Kriegsparteitag der deutschen Sozialdemokratie lenkt, was ist es, was die Freunde draußen von uns wünschen und was auch die Gegner erwarten? Es ist eine klare Stellungnahme der Partei zu dem gegenwärtigen Stande der Friedensverhandlungen, eine klare Stellungnahme zu der Regierung Michaelis, wie sie sich in den letzten Vorkommnissen enthüllt hat, es ist die Beantwortung der Frage, ob der Parteitag hinter der Fraktion und ihren bisherigen Handlungen steht und ob er ein Antrieb sein soll zur scharfen Zurückweisung jener alldeutschen Kreise, in denen wir die Kriegsverlängerer bei uns erblicken. Um diese Fragen zu beantworten, ist die Resolution eingebracht, die nicht mit 80, sondern 118 Unterschriften gedeckt ist, wobei, da es sich um ein Urteil über die Handlungen der Fraktion handelt, die Namen der Abgeordneten, die ihr zustimmen, weggelassen sind im Gegensatz zu einer anderen Resolution, in der immerhin 16 Abgeordnete sich selbst eine Marschroute geben. (Sehr richtig!) Der Text unserer Resolution ist etwas lang, aber sie soll ja auch eine wichtige Etappe im Fortschritt der Sozialdemokratie bezeichnen, sie soll zu verschiedenen Gegenständen der Tagespolitik Stellung nehmen. Immerhin sind wir dabei, eine Kürzung auszuarbeiten, die Ihnen vorgelegt werden wird und die auch einige Stellen in sachlich schärferer Fassung der darin aufgestellten Forderungen bringt. Wir haben der Resolution einen Rahmen gegeben, der die Lage unseres Volkes im Augenblick der Beschlußfassung kennzeichnet. Dann sprechen wir aus, daß der Parteitag die Gesamttätigkeit und Gesamtauffassung der Sozialdemokratischen Reichstagsfraktion billigt, daß er im allgemeinen der Meinung ist, daß sie den rechten Weg ging, als sie sich auf seiten des Volkes und des Landes stellte. Das will nicht besagen, daß jeder einzelne von uns, auch nicht jeder einzelne der Unterzeichner dieser Resolution nun jeden Akt der Reichstagsfraktion ohne weiteres billigt oder für fehlerlos hält. (Sehr richtig!) Es gibt gewiß viele unter uns, die gewünscht hätten, daß schon im August 1914, als Bethmann die Neutralitätsverletzung Belgiens verkündete, sofort ein protestierendes Wort aus der Fraktion gegen diesen Neutralitätsbruch gefallen wäre. Als ich in der ersten Sitzung des Parteiausschusses im August 1914 diesen Gedanken zum Ausdruck brachte, war es gerade Haase, der mir antwortete, daß nach der gemeinschaftlichen Vereinbarung, die über die Erklärung getroffen war, eine solche Bemerkung über die Neutralitätsverletzung Belgiens nicht möglich gewesen wäre. (Hört, hört!) Und auf die weitere Frage, ob er nicht aus eigenem eine solche Bemerkung gegenüber der Reichskanzlerrede hätte tun können, hat er mir erwidert, daß auch das geschäftsordnungsmäßig nicht mehr möglich gewesen wäre. (Hört! hört!) Sie können die Bestätigung davon im ersten Parteiausschußprotokoll nachlesen. Haase selbst ist mir in dieser Weise entgegengetreten, vielleicht im Einverständnis mit den Genossen des heutigen Parteivorstandes. Jedenfalls war auch er damals dieser Meinung. Ich bin aber noch heute überzeugt, daß die Situation unserer Partei in den späteren Jahren besonders der Internationale gegenüber manchmal günstiger gewesen wäre, wenn ein Protest damals ergangen wäre. Es wird auch manche geben,

die bei der Erklärung des U-Bootkrieges gewünscht hätten, daß die Fraktion, die bis dahin in anerkennenswerter Weise vor diesem Kampfmittel gewarnt hatte, etwas schärfer von der Regierung, die den U-Bootkrieg beschloß, abgerückt wäre. Meine persönliche Ueberzeugung ist weiter, daß der Reichstag im Juli und September 1917 etwas zu rasch auseinandergegangen ist. In dem Augenblick, als die Neugestaltung der Regierung Platz griff, bevor wichtige soziale Forderungen der Soldatenlöhnung usw. endgültig erledigt war. Aber solche einzelne Differenzen dürfen uns nicht den Blick dafür trüben, daß die sozialdemokratische Fraktion und ihre Redner im allgemeinen seit dem 4. August 1914 sich in den Mittelpunkt der deutschen Politik gestellt haben und in den weitesten Kreisen des deutschen Volkes weit über den Rahmen unserer eigenen Parteiangehörigen und Wähler hinaus Zustimmung gefunden haben. Sowohl in den Fragen der Herbeiführung des Friedens wie in den Einzelfragen der Versorgung der Soldaten und deren Familien. Indem unsere Fraktion dem Lande diente, hat sie zugleich unsere eigene Partei in eine günstige Situation gebracht und hat immer, wenn sie sprach, die Aufmerksamkeit des Landes auf sich gezogen. Das ist gewissermaßen dasselbe, was ich am ersten Tage in Würzburg von einem alten Landsturmwachtmeister hörte: Was wollen wir denn anders tun, wir müssen doch zu Scheidemann halten — er hatte eben die Entwicklung unserer Prinzipien in der Scheidemannversammlung gehört.

Das Charakteristische nun, worauf schon verschiedentlich hingewiesen wurde, ist, daß dieser Resonanzboden uns nicht entzogen worden ist durch das Auftreten der Unabhängigen. Im Gegenteil, die Unabhängigen haben nur einmal aus eigenem die Aufmerksamkeit der Oeffentlichkeit auf sich lenken können, als sie das erstemal sich schieden in ihrer Abstimmung von der Gesamtfraktion und eine besondere Erklärung abgaben. Damals erregte das Aufmerksamkeit. Als es sich wiederholte, hat niemand mehr sonderlich Notiz davon genommen, besonders nicht bei den Gegnern, die damit getroffen werden sollten. Ebenso haben sich die Unabhängigen bei ihren Reden sicher nicht die Achtung und Beachtung zu verschaffen gewußt, die sie erwarteten — nicht etwa weil sie klein und schwach sind. Unsere Partei ist sehr lange klein und schwach gewesen und doch haben ihre Reden die Beachtung jahrzehntelang auf sich konzentriert. Es wurde bereits gesagt: die ganze Wucht und der infernalische Haß der Alldeutschen entlädt sich nicht auf die Gruppe der Unabhängigen, sondern auf die Gesamtpartei. Nie wird in den Blättern der Alldeutschen gegen diejenigen gekämpft, die von sich behaupten, daß sie die größten Feinde des bürgerlichen Staates sind, sondern der ganze Kampf der Alldeutschen richtet sich gegen uns. Man könnte im Sinne eines viel mißbrauchten Wortes von Bebel daraus die Ueberzeugung gewinnen, daß dies auch eins der Symptome dafür ist, wie wir auf dem richtigen Wege sind. Deshalb geht unsere Resolution von dem Standpunkt aus, daß wir diesen Haß der Alldeutschen weiter ruhig auf uns ziehen wollen. Wir sagen, daß wir das gewissenlose Treiben derer zurückweisen, die die ihnen zuströmenden Kriegsgewinne zu einer frivolen Agitation gegen die Friedensbestrebungen benutzen und den Namen Vaterland zu ihren Parteizwecken mißbrauchen. Wir sagen ihnen, daß sie den Kriegsverlängerern in den anderen Ländern in die Hände arbeiten und bringen damit deutlich zum Ausdruck das, was Hoch gewünscht hat, den Kampf gegen die imperialistische kapitalistische Gruppe, die in unserem Lande für die Kriegsverlängerung eintritt. Die Resolution bekennt sich dann zu der Formel des russischen Arbeiter- und Soldatenrats, sie billigt den Beschluß des Reichstags vom 19. Juli, den auch Hoch als Erfolg anerkannte, wenn er auch bedauerlicherweise diesen Erfolg nachträglich verkleinerte. Die Resolution nimmt auch mit Genugtuung von der Papstnote Kenntnis. Nachträglich wollen wir noch einfügen, daß der Parteitag die Tätigkeit unserer deutschen Delegation in Stockholm ausdrücklich gutheißt, denn das gehört auch zu den Friedensbemühungen der Partei. Die rückhaltlose Offenheit, die Hoch von der Regierung verlangt hat, in Sachen der belgischen und elsaß-lothringischen Frage, ist ebenfalls in der Resolution verlangt. In dem Neudruck der Resolution wird, um alle Mißverständnisse zu vermeiden, noch ausdrücklich gesagt werden, daß die Fraktion in keiner Weise etwa gebunden werden soll, in Zukunft jeder Kreditbewilligung zuzustimmen. Es ist ein großer Fehler der Resolution Hoch, daß sie die Fraktion nach der Richtung binden will, die Kredite unter allen Umständen abzulehnen. Wir wollen die Fraktion ebensowenig verpflichten, unter allen Umständen zuzustimmen, sondern wir wollen sie verpflichten, so wie bisher ihre Stellungnahme zu der Bewilligung von Krediten davon abhängig zu machen, ob sie im Interesse der Landesverteidigung geboten ist. In dem Augenblick, wo das nicht mehr der Fall ist, muß natürlich auch die Stellung der Fraktion eine andere werden. Dann haben wir noch die Absicht, die beiden Absätze der Resolution, die sich mit inneren Reformen beschäftigen, kürzer zu fassen und noch schärfer zum Ausdruck zu bringen, daß der Parteitag jede Verantwortung dafür ablehnen muß, wenn die Regierung weiterhin die demokratische Neugestaltung des Reichs und der Bundesstaaten verweigert oder verzögert. (Sehr gut!) Wir glauben, daß damit dann auch gegenüber den Genossen der Minderheit soviel sachliche Klarheit geschaffen ist, daß wir mit einer erdrückenden Mehrheit, vielleicht einstimmig, der so veränderten und verschärften Resolution werden zustimmen können. Sie wird dann hinausgehen als ein wichtiges Dokument des sozialdemokratischen Parteitages. Als David von den zerschlagenen Hoffnungen des U-Bootkrieges sprach, als er darlegte, daß die erste Frist, die man ihm gesetzt hatte, vorüber ist, fügte er hinzu, daß auch die zweite Frist, daß der U-Bootkrieg den vierten Kriegswinter vermeiden würde vorüber sei. Genossen, uns schaudert, wenn wir daran denken, daß noch einen vierten Winter die siechen und gebrochenen Menschen draußen all das ungeheure Elend ertragen sollen, und es graust einen, wenn man denkt, daß diesem Winter ein Frühling folgen soll, wieder mit sogenannten Großkampftagen, wo die von Nervenfieber erschütterten Krieger im Trommelfeuer sich aufeinander stürzen, in Schmutz und Schlamm versinken. So wollen wir wenigstens an dieser Stelle zum Ausdruck bringen: Keinen Tag soll dieses entsetzliche Gemetzel durch unsere Schuld, durch die Schuld Deutschlands fortdauern, kein Tag soll vergehen, ohne unsere lebhafteste Gegenarbeit, ohne unseren entschiedensten Widerstand: kein Tag mehr, der nicht der Verteidigung, sondern der Eroberung gewidmet wäre! Mit dieser Parole wollen wir ins Land hinausgehen, mit dieser Parole werden wir nicht nur unsere eigenen Wähler, sondern das ganze Volk auf unsere Seite bringen. (Lebhafter Beifall.)

Davidsohn: Es ist ein Glück für die Arbeiterschaft, für die Partei und die Internationale, die ich im Gegensatz zu gewissen Pessimisten höchstens für scheintot halten kann, daß wir mitten in all den Tagesforderungen hüben wie drüben immer noch eine große Reihe Genossen haben, die sich in erster Linie über das Psychologische und Aetiologische des Krieges auseinandersetzen. Es wäre gar nicht auszudenken, wenn all die Ventile, die dadurch geöffnet worden sind, erst nach dem Kriege mit einem Male hätten geöffnet werden können. Wie weit dabei, um mit Lensch zu reden, heilige Schriften benutzt sind oder Apokryphe eine Rolle gespielt haben, das allerdings wird nach dem Kriege zu untersuchen sein. Diese Dinge symbolisieren übrigens auch die ungeheure Kraft der Partei, die diese Belastungsprobe außer all den übrigen ertragen kann. Stampfer hat vorhin — man weiß ja bei ihm nie, wo die Ironie anfängt — von Hoch als einem unserer ersten Sozialpolitiker gesprochen. Ich

sehe auch das als ein Symptom an, daß dieser Genosse Hoch, der zweifellos einer unserer bedeutendsten Sozialpolitiker ist, hier auf dem Parteitag trotz der unbeschränkten Redezeit keine Gelegenheit fand, auf die wichtigen sozialpolitischen Aufgaben einzugehen, die mit zur Debatte stehen. Dagegen hat der Parteitag doch ein Organ dafür; denn das beweist die Tatsache, daß alle sozialpolitischen Anträge die nötige Unterstützung gefunden haben. Ich hätte gewünscht, daß die Anträge 33 und 46 bis zu dem Referat Wissells zurückgestellt werden, zu dem sie gehören. Antrag 46 zum Beispiel will ein Rentämterverfahren. Hierzu wäre mindestens eine nähere Erklärung nötig, da die Genossen außerhalb Hannovers den Antrag so kaum verstehen werden. Genosse Wissell wird nun wohl sagen, daß auch der Antrag 32, den ich zu vertreten habe, in seinen Darlegungen berücksichtigt worden ist. Ich will nicht leugnen: Theoretisch ist darin alles berücksichtigt, was überhaupt sozialpolitisch gefordert werden kann. Aber das ändert nichts an der Tatsache, daß wir in der Praxis unaufhörlich von den Arbeitern und Arbeiterinnen hören, daß außerordentliche Not, Sorge, Kummer, ja Hunger in den Arbeiterhäusern an der Tagesordnung sind. Dem bevorstehenden österreichischen Parteitag sind auch viele Anträge, die sozialpolitische Aktionen, unmittelbare Eingriffe fordern, unterbreitet. Auf diesem selben Boden ist der Antrag 32 erwachsen. Er kommt aus einem Bezirk, wo die Frauen-, Jugendlichen-, ja Kinderarbeit eine große Rolle spielen. In diesem Bezirk hat zum Beispiel eine mit Militäraufträgen reichbedachte Textilfabrik bis Mitte 1917 noch keinen höheren Lohnaufschlag bewilligt als 10 Proz. (Hört, hört!) Wenn solche Arbeiter Forderungen stellen, sollen wir uns darüber freuen und ihnen entgegenkommen. Der Landrat des Kreises hat, trotzdem er am Orte wohnt und die Frauen ihm bis in die Amtsstube drangen, in der Sache nichts getan, bis eine öffentliche und schließlich eine Textilarbeiterversammlung diese Ungeheuerlichkeit beleuchtete, so daß schließlich die Behörden und dann auch der Fabrikant sich den berechtigten Forderungen der Arbeiterschaft nicht verschließen konnten. Ich bin überzeugt, daß es an vielen Orten im Reiche ebenso liegt, und bitte Sie deshalb, allen sozialpolitischen Anträgen und besonders dem Antrag 32 zuzustimmen.

Winnig: Unsere Partei ist eine Massenpartei. Das ist ihr Glück, denn das sichert ihr die Zukunft. Aber wie keine Rose ohne Dornen, so ist auch diese Eigenschaft unserer Partei nicht ohne Nachteil. Der Nachteil dieser Eigenschaft der Partei ist, daß sie unserer Taktik ein Moment der Schwerfälligkeit gibt, daß wir zu große Mühe haben, unsere Taktik dem Wechsel der Situationen anzupassen. Es ergeben sich daraus gewisse Konzessionen, die wir an die Auffassungsfähigkeit der großen Masse machen müssen. Daraus erklärt sich auch, daß wir in der Begründung der Politik des 4. August nicht allgemein jene Höhe erreicht haben, die notwendig ist, um diese unsere Politik vollinhaltlich zu rechtfertigen. Ich stelle mich da vollständig auf den Standpunkt Lensch's; man kommt nicht damit aus, daß man sagt: Wir haben nur wahr gemacht, was wir immer gesagt haben. Nun ja, wir haben wohl zuweilen gesagt, wir lassen das Vaterland nicht im Stich, aber ich erinnere mich nicht, daß wir jemals gesagt hätten, wir würden die Kriegskredite bewilligen. Wir müssen eingestehen, daß hier ein Bruch in unserer Taktik eingetreten ist. Lensch erklärt diesen Bruch aus der weltpolitischen Situation. Ich folge diesen seinen Gedankengängen immer mit großem Interesse, sehe daneben aber auch ein anderes, nämlich, daß dieser Bruch in der politischen Stellung der Sozialdemokratie sich ergibt aus dem Wandel, der im sozialen Wesen der Arbeiterklasse eingetreten ist. Ich habe das in zahlreichen Artikeln dargelegt. Die Lage der Arbeiterklasse war früher so traurig, daß es uns ungeheuer gleichgültig war, was mit der Volkswirtschaft geschah. Wir waren immer auf das Existenzminimum angewiesen. Erst von

dem Zeitpunkt an, wo wir eine Organisationsmacht geschaffen hatten und dadurch Anschluß erhielten an dem Wellengang der Konjunktur, war es uns nicht mehr gleichgültig, wie die deutsche Volkswirtschaft stand, sondern jetzt bedeutete wirtschaftliche Prosperität auch Begünstigung unseres Kampfes, unseres Strebens nach Aufstieg. Aus alledem mußte sich ergeben, daß die Arbeiterklasse ein Lebensinteresse daran hatte, die Grundlagen der deutschen Volkswirtschaft vor der Zerstörung zu bewahren. Und hieraus müssen wir die Politik des 4. August rechtfertigen, nicht mit dem, „was wir immer gesagt haben". Nein, wir müssen den Massen ruhig sagen: hier hat sich, unter dem ungeheuren Druck der Zwangslage, ein Bruch notwendig gemacht. Durch diese taktische Wendung hat unsere Partei in der inneren Politik eine Position gewonnen, die sie früher niemals hatte. Das hat beigetragen, den Reichstag viel populärer zu machen. Der Reichstag ist heute viel volkstümlicher als früher. Er ist es geworden infolge der Friedensbestrebungen, zu deren Träger er sich gemacht hat, er ist es geworden durch die Haltung zur Zeit der Regierungskrisis. Damit will ich nicht sagen, daß die Haltung des Reichstages in der Regierungskrisis ein Ruhmestitel für ihn sei. Es ist eigentlich etwas merkwürdig: wo der Reichstag zum erstenmal um seine Meinung über die Zusammensetzung der Regierung befragt wurde und diese seine Meinung zum erstenmal von Bedeutung war, hat er diese Gelegenheit benützt, um den einzigen Kanzler zu stürzen, von dem man bisher wünschen konnte, daß er bleibe (Sehr richtig!), den Mann der Neuorientierung, den Mann des Verständigungsfriedens, den Kanzler, der aus der Reihe deutscher Staatsmänner durch seine Bildung und Redlichkeit hervorragte. Man wird das dem Reichstage verzeihen, wenn er den Fehler, der in der Person des jetzigen Kanzlers liegt, bei günstiger Gelegenheit wieder gutmacht. Ich muß erklären, daß die Worte Eberts in der letzten Sturmsitzung des Reichstages, diese offene Kampfansage an das heutige Regiment, wie eine Erlösung auf mich gewirkt haben.

Ich halte es für die dringendste Aufgabe der deutschen Politik, der Volksvertretung einen bestimmenden und maßgebenden Einfluß auf die Reichsregierung zu erobern. Alles andere, die Fragen der Uebergangswirtschaft, die Frage der Demokratisierung der Einzelstaaten — alle diese Fragen hängen letzten Endes damit zusammen, wie das Reich regiert wird und welchen Einfluß die Volksvertretung auf die Regierung hat. Welche Möglichkeit ist gegeben, den Willen der Mehrheit der Volksvertretung auch Achtung zu verschaffen dort an der obersten Stelle? Einige Politiker sind der Meinung, es seien dazu Aenderungen der Verfassung usw. notwendig. Ich kann und will das in diesem Augenblick nicht beurteilen. Sicherlich aber ist notwendig die Schaffung einer zielbewußten, arbeitsfähigen Reichstagsmehrheit. (Sehr richtig!) Ohne das ist keine Parlamentarisierung möglich. Dr. Michaelis kann heute ruhig sagen: „Auf wen soll ich mich denn stützen, mit wem soll ich Politik treiben? Wo ist denn die Mehrheit?" Die ist heute schon zwei- bis dreimal auseinandergefallen bei den Schiffahrtsabgaben, bei dem Mißtrauensvotum gegen den Kanzler. Erst dann, wenn der Reichstag über eine feste Mehrheit verfügt, die sich verpflichtet auf Mindestforderungen politischer und sozialer Natur, erst dann ist die reale Vorbedingung für die Einrichtung einer parlamentarischen oder einer dem Parlament verantwortlichen Regierung gegeben. Das ist ja eigentlich nichts Neues. Wenn wir in unserem Antrag 49 dies der Fraktion als Wunsch übermitteln, so verlangen wir von der Fraktion nicht etwas, was sie bisher nicht getan hätte. Sie hat im letzten Tagungsabschnitt diese Taktik bereits befolgt. Was wir wollen, ist, daß die Reichstagsfraktion künftig mit gutem Gewissen tun kann, was sie bisher immer tun mußte mit dem Bewußtsein,

daß ihre Haltung von einem großen Teil der Partei bekrittelt, benörgelt oder nicht verstanden werde.

Wir hatten heute immer das Gefühl, daß das alles nur Kuhhandel und nicht erlaubt sei, und wir haben es auch immer nur mit scheuem Seitenblick getan. Was wir erreichen müssen, ist, daß wir es in Zukunft mit gutem Gewissen tun können. (Sehr richtig!) Nun wird die Frage aufgeworfen, ob eine solche Mehrheit im Reichstage überhaupt möglich sei. Ich glaube fest, daß eine Mehrheitsbildung mit der Plattform der Demokratisierung im Reichstage möglich ist. Der Gedanke der Demokratisierung ist in Deutschland heute so volkstümlich, daß sich keine Partei, die sich auf Massen stützt, wie das Zentrum und teilweise auch die Liberalen, gegen diesen Gedanken wenden kann. Die Bildung einer arbeitsfähigen Reichstagsmehrheit ist also nicht mehr Utopie, sie ist im Reichstage möglich. (Sehr richtig!) Selbstverständlich geben wir damit einen Teil unserer Bewegungsfreiheit auf. Ein Arbeiter, der sich der Organisation anschließt, gibt ja auch einen Teil seiner Freiheiten auf. Er kann nicht mehr arbeiten, solange er will, wo er will und für welchen Lohn er will, er muß sich der Mehrheit fügen. Aber dafür gewährt ihm der Anschluß andere Vorteile, und bei nüchterner Betrachtung ergibt sich eine einfache Gewinn- und Verlustrechnung, deren Ergebnisse sicher zu unseren Gunsten lauten werden. Auch in einer parlamentarischen Arbeitsgemeinschaft geben wir diese oder jene Freiheit auf, aber wir gewinnen auf anderen Gebieten. Wir können noch so schöne Reden halten, solange wir im Reichstage nicht die Mehrheit für uns haben, ist unsere Arbeit vergeblich. Auch wir sollten uns endlich zu dem Satz bekennen, daß die Politik mit der Bildung einer arbeitsfähigen Parlamentsmehrheit beginnen muß. (Sehr richtig!) Nur dann können wir aus den Verhältnissen herausholen, was in ihnen drinsteckt. Für die Kriegszeit und für die nächste Zeit nach dem Kriege ist das gegebene Kampffeld für uns das Parlament. Es war unser geschichtlicher Irrtum, daß wir vor dem Kriege glaubten, eine Zeit ruhiger organisatorischer Arbeit und aufsteigender wirtschaftlicher Konjunktur, in der sich die unteren Klassen durch zähe organisatorische Arbeit emporkämpften, mit einer revolutionären Ideologie etwas erreichen zu können. Eine Arbeiterklasse, deren Fortschritte durch organisatorische und parlamentarische Arbeit gesichert sind, wird nie zu dem Wagnis einer Revolution zu bewegen sein. (Sehr richtig!) Wir wissen nicht, was die Zukunft bringt, aber sicher wird sie uns vor ein Chaos stellen. Das Gefüge unserer Wirtschaft ist auseinandergefallen und muß neu errichtet werden. Dieses Chaos wird auch den politischen Ueberbau in Bewegung setzen. Dann gilt der Satz, daß bereit sein, alles heißt. Wir müssen bereit sein, im Sturm und Drang das zu stürzen, was gestürzt werden muß. Unsere Entschließung will die Bereitschaft zur parlamentarischen Arbeit sichern, sie will offen aussprechen, was wir bisher zwar schon tun konnten, aber was doch im Widerspruch mit allen Parteiüberlieferungen stand. Scheidemann hat einige Zitate von Bernstein vorgetragen. Bernstein hat nicht nur lauter Unsinn geschrieben. (Heiterkeit.) Mancher Satz von ihm beweist reifes geschichtliches Verständnis. Scheidemann trug nach Bernstein vor, daß die englische Arbeiterklasse ihre großen Erfolge nicht erreicht hat in der Zeit der revolutionären Phrasen, sondern als sie mit dem radikalen Teil des englischen Bürgertums zusammenarbeitete. Dieses Zitat bietet eine geschichtliche Perspektive von hohem Reiz und gibt Parallelen auch für unser Verhalten. (Sehr richtig!) Es gibt eine Politik der Stärke und eine Politik der Schwäche. Es ist nicht richtig, daß das Starke am mächtigsten allein sei. Als Schiller dies schrieb, hatte er wohl keine Zeit, der vielen Aber zu gedenken. Solange wir schwach waren, hatten wir Furcht, ob wir uns in einer Parteigruppierung durchsetzen könnten, ob wir kräftig genug sein würden,

in solcher Gruppierung nicht an die Wand gedrückt zu werden. Gewiß, solange man schwach ist, soll man sich vor Kompromissen hüten. Eine Partei aber, die stark ist und das Bewußtsein ihrer Stärke hat, braucht Kompromisse nicht zu fürchten. Ich bitte, unter diesen Gesichtspunkten unsere Entschließung mit etwas anderen Augen anzusehen. Man hat uns nahegelegt, die Entschließung 49 zurückzuziehen. Wir können das tun, wenn der Parteitag ausspricht, daß er die Taktik billigt, die die Fraktion in der letzten Zeit eingeschlagen hat. Für diese Taktik muß der Parteitag die Bahn frei machen. (Beifall.)

Mittagspause.

Nachmittagssitzung.

Ebert eröffnet die Sitzung mit der Mitteilung, daß über den Antrag 53 namentliche Abstimmung beantragt ist.

In der fortgesetzten Debatte erhält das Wort:

Schreck-Bielefeld: Im Kampfe um die deutsche Selbstbehauptung mußte die Sozialdemokratie als größte politische Partei sich entschlossen zum Volksganzen bekennen. Sie muß gerade deshalb aber auch sich bemühen, nicht nur die militärische, sondern auch die wirtschaftliche Gefahr bannen zu helfen. Die Ernährung von Heer und Volk gehört mit zu den wichtigsten Aufgaben der Landesverteidigung. Die Regierung hat darin ihre Pflicht aufs schwerste vernachlässigt. Hier kommen wichtige Lebensinteressen des Volkes in Frage und daher konnte die Bewilligung der Kriegskredite sehr wohl benutzt werden, um die Regierung zur Pflichterfüllung zu zwingen.

Der Vorwurf der Erpresserpolitik kann keinen Eindruck machen, wenn man bedenkt, wie solche nicht zuletzt von den Agrariern geübt worden ist. Als der Kampf um die deutsche Selbstbehauptung durch die trostlose Lebensmittelversorgung eine Erschwerung erfuhr und den Aushungerungsplänen der Entente Vorschub geleistet wurde, da mußte die Bewilligung der Kredite benutzt werden, um den größten Nachdruck auszuüben, die bestmöglichste Regelung zu erlangen. Zu der traurigen Versorgung, die die Verteidigungskraft schwächt, ist noch der Skandal der Prämienwirtschaft gekommen. Die Druschprämie beim Korn und bei der Kartoffel neben den unverschämt hohen Preisen, die Schnelligkeitsprämie vermehren die Erbitterung, die zu einer Gefahr für die Verteidigungspolitik wird. Welch stumpfsinniger Schematismus bei uns Triumphe feiert, zeigt auch die jetzt in Kraft tretende Belastung im Eisenbahnverkehr. (Sehr richtig!) Der Minderbemittelte bekommt neuen Druck, der Reiche erhält seinen Platz gesichert. Die Erbitterung wächst auch wegen der Einengung der politischen und wirtschaftlichen Betätigung unter dem Belagerungszustand und der Zensur. Es ist ein trauriges Kapitel, wie ein Volk, das um seine äußere Freiheit ringt, im Innern als unmündig behandelt wird. Vor nichts darf zurückgeschreckt werden, um hier freie Bahn zu schaffen und der Demokratisierung schnellstens die Wege zu ebnen. Wenn es Leute gibt, die die Regierung zur Anwendung von Gewalt hiergegen aufreizen, so sollen diese daran denken, daß man Menschen wohl niederknüppeln, sie aber nicht zu nützlicher Tätigkeit zwingen kann. Maschinengewehre vernichten, sie bauen nicht auf. Die Revolution von oben wird ihre Begegnung finden.

In der Kriegszielfrage muß die Regierung gezwungen werden, sich nicht nur eindeutig auf den Boden der Entschließung des Reichstags vom 19. Juli zu stellen, sondern auch danach zu handeln. Da der Verlauf des Krieges ein neues internationales Recht zur Macht verhilft, können die Grenzlinien nicht mehr die Rolle spielen wie bisher und deshalb braucht auch hinsichtlich Elsaß-Lothringens kein starres Prinzip bestehen bleiben. Jeder Ausweg, der da zu

einem besseren Nebeneinander führen kann, sollte beschritten werden. Voraussetzung für eine klare Friedenspolitik wird allerdings mit sein, daß Michaelis, Helfferich und Capelle ausgeschifft werden. Sie haben sich durch ihr Verhalten in der Meutereiaffäre völlig selbst erledigt.

Gegen die alldeutschen Vaterlandsparteiler ist die energischste Abwehr nicht nur, sondern eine entschiedene Offensive nötig. Darin müssen unsere Kräfte noch mehr zusammengefaßt werden, die Massen werden ein noch aktiveres Vorgehen begrüßen, geht es doch hier zugleich um Friede und Freiheit. (Bravo!)

Franz-Waldenburg: Die Genossen des Waldenburger Kreises billigen in ihrer überwiegenden Mehrheit die Stellungnahme der Fraktion zur Kreditfrage. Es ist wohl unbestritten, daß niemals die Tätigkeit der Reichstagsfraktion einen so hohen Grad der Aufmerksamkeit bei den breiten Massen erreicht hat wie im Kriege. Das ist verständlich, ist doch unter der Herrschaft der Zensur und des Belagerungszustandes das Parlament der einzige Ort, wo ungeschminkt die Wahrheit gesagt werden kann. Die Enttäuschung über die Ergebnisse der Verhandlungen der Fraktion waren aber auch niemals größer als in der Gegenwart. Nach den zweifellosen Erfolgen, die durch die kluge Taktik der Fraktion erzielt sind, mögen diese Ausführungen vielleicht unverständlich sein, aber wer mit der breiten Masse in Berührung kommt, wird mir zugeben, daß es sich so verhält. Die Ursache liegt einmal darin, daß weite Kreise der Arbeiterschaft die Macht der Reichstagsfraktion überschätzen, und zweitens an dem gegenwärtig herrschenden Geist, der jede freie Regung der Arbeiterschaft unterdrückt. (Sehr richtig!) Die Versprechungen, die uns seinerzeit bei dem Hilfsdienstgesetz gemacht worden sind, sind nicht gehalten. Den Ausschüssen wird zugemutet, nicht nach dem Gesetz Recht zu sprechen, sondern nach Richtlinien und Erlassen, die zu den klaren Bestimmungen des Gesetzes in Widerspruch stehen. Hier wird es Aufgabe der Fraktion sein, einmal nach dem Rechten zu sehen. Auch die vom Reichstag beschlossene Erhöhung der Familienunterstützung ist noch immer nicht in Kraft getreten, auch ist noch nichts darüber verlautet, in welcher Höhe sie gezahlt werden soll. Das vom Parteivorstand eingerichtete militärische Bureau sollte auch nach dem Kriege bestehen bleiben, wir brauchen auch später noch eine Sammelstelle, denn von dem Material, das uns zugeht, können wir vieles im Augenblick nicht verwerten. Das Material wird für spätere Zeiten eine Fundgrube von unschätzbarem Werte sein. Dann ein paar Worte zum Versammlungsrecht. Obwohl mir Oberst Wriessberg schriftlich versprochen hat, dasselbe Versprechen wurde einem Genossen aus Waldenburg und dem Abg. Sachse mündlich im Kriegsministerium gegeben, daß in Zukunft eine andere Praxis Platz greifen soll, ist uns am vorigen Sonntag wiederum eine Mitgliederversammlung des Bergarbeiterverbandes mit der Tagesordnung „Der deutsche Bergarbeiterverband vor, während und nach dem Kriege" verboten worden. Ferner wurde uns verboten, eine Frauenkonferenz, die mit den Behörden gemeinsam über Kriegswohlfahrtspflege beraten sollte. (Hört, hört!) Die Behörden waren eingeladen, sie hatten auch ihr Erscheinen zugesagt und trotzdem wurde die Konferenz verboten. Ebenso eine Kartellsitzung von 25 Mitgliedern. (Zuruf: Unerhört!) Ich stelle fest, daß das Vertrauen zu den militärischen Stellen durch solche ungerechten Maßnahmen schwinden muß und daß gerade diese Stellen die größten Miesmacher und Stimmungsverderber sind. Von ihnen wird die Stimmung verdorben, nicht aber von der sozialdemokratischen Fraktion und den Zeitungen, wie es oft von den behördlichen Stellen behauptet wird. Wenn die Arbeiterschaft kein Vertrauen zu den Behörden hat, so hat das eine gewisse Berechtigung. Uns wurde z. B. verboten, Kritik daran zu üben, daß von den großen Besitzungen des Fürsten Pleß im Waldenburger Kreise über 2000 Morgen

brach liegen, ein gleiches Verbot erging an die bürgerlichen Zeitungen und auf eine Beschwerde des Gewerkschaftskartells bei dem Ernährungsausschuß des Reichstags wurde uns der Bescheid, daß unsere Behauptungen unwahr seien. (Hört, hört!) Hätte man gesagt, es ist nicht möglich, jetzt das Land zu bebauen aus Mangel an Saatgut oder Arbeitskräften, so hätte man das verstehen können. Daß man aber eine Tatsache, von derem Bestehen sich jeder Einwohner im Kreise durch Augenschein überzeugen kann, einfach ableugnet und die Beschwerdeführer der Unwahrheit zeiht, das ist nur in Preußen möglich. Schließlich noch ein Wort zugunsten der Opfer der mangelhaften Ernährungsfürsorge, die wegen dieser mangelnden Fürsorge mit dem Staatsanwalt in Konflikt geraten sind. Striegau war über eine Woche ohne Brot, weil der Konsumverein einen Teil seines Mehlbestandes an einige Landorte abgeben mußte. Die Frauen, meist Kriegerfrauen und Parteigenossinnen, zogen vor das Landratsamt. Hierbei kam es zu Exzessen. Die Vorkommnisse sind zu verurteilen, aber es ist niemand ernstlich verletzt worden und die ungeheuer hohen Strafen, mit denen arme Kriegerfrauen bis zu einem Jahre belegt wurden, ein Arbeiter wurde sogar zu mehr als zwei Jahren Zuchthaus verurteilt, waren jedenfalls nicht gerechtfertigt. Das geht schon daraus hervor, daß von 23 dieser Sünder und Sünderinnen, die vor das Schwurgericht gestellt wurden, weil nach Ansicht des Militärgerichts Landfriedensbruch vorlag, 17 freigesprochen und die übrigen 6 zu viel geringeren Strafen verurteilt wurden als die, die vor das Militärgericht kamen. Wenn ich den Richtern des außerordentlichen Kriegsgerichts auch nicht Parteilichkeit vorwerfen will, so zeigt sich doch, daß bei Fällung des Urteils nicht die erforderliche soziale Einsicht obgewaltet hat. Wir sind es diesen armen Kriegerfrauen, Mütter armer unschuldiger Kinder, schuldig, daß sich die Fraktion bzw. der Parteivorstand für sie einsetzt, damit sie ihre Strafe nicht voll verbüßen brauchen. Leider ist ein Begnadigungsgesuch abgelehnt worden, und zwar auf Veranlassung desselben Staatsanwalts, der die Anklage vertreten hat. Bei einer späteren Justizreform muß verhindert werden, daß der Ankläger gleichzeitig diejenige Stelle ist, die über ein Begnadigungsgesuch zu entscheiden hat. (Zustimmung.)

Sollmann-Köln: Die beiden Kölner Wahlkreise haben beantragt, daß alle Parteiorgane sich mehr mit der Lage der Staats- und Gemeindebeamten beschäftigen. Meines Wissens ist es das erstemal, daß auf einem Parteitage aus der Masse der Genossen heraus ein derartiger Wunsch laut geworden ist. Ich glaube, die beste Begründung zu unserem Antrage hat Karl Kautsky in seinem „Erfurter Programm" gegeben. Er schreibt darin: „Die Sozialdemokratie ist von vornherein ihrem ganzen Wesen nach eine internationale Partei, sie hat aber gleichzeitig auch die Tendenz, immer mehr ein nationale Partei zu werden, das heißt eine Volkspartei in dem Sinne, daß sie die Vertreterin nicht bloß der industriellen Lohnarbeiter, sondern sämtlicher Arbeitenden und ausgebeuteten Schichten, also der großen Mehrheit der Gesamtbevölkerung wird, dessen, was man gewöhnlich „Volk" nennt. In Konsequenz dieser Auffassung haben wir im Laufe der Jahrzehnte immer mehr Anhänger auch über die Kreise der industriellen Arbeiterschaft hinaus zu werben gesucht. Ich brauche die Gründe nicht darzulegen, die es den Staats- und Gemeindebeamten bisher fast unmöglich gemacht haben, sich organisatorisch öffentlich bei uns zu betätigen. Aber diese Gründe fallen mehr und mehr weg, nachdem ein eingeschriebenes Parteimitglied, Dr. August Müller, Unterstaatssekretär geworden ist. Wenn auch Müller soweit rechts stand, daß er von links aus mit bloßem Auge kaum noch zu erkennen war (Heiterkeit), so steht es doch fest, daß er als eingeschriebenes Parteimitglied ein hohes Staatsamt übertragen bekommen hat. Was dem Herrn Unterstaatssekretär Müller recht ist, muß dem Brief-

träger Meier und dem Schutzmann Schulze billig sein. Nach dem Kriege wird das Heer der Beamten wahrscheinlich stark anwachsen. Es wird also diese Schicht wirtschaftlich, politisch und sozial von größerer Bedeutung sein als vor dem Kriege. Wir wissen, daß die Beamtenschaft bisher immer politisch außerordentlich unzuverlässig und schwankend gewesen ist, es ist möglich, daß sie es auch in Zukunft in ihrer Ueberzeugung ist, aber sicher ist das eine, daß sich eine starke Radikalisierung bei den Beamten bemerkbar gemacht hat. Die Gehaltsbezüge der Beamten bis weit in die Reihen der mittleren, ja der höheren hinein, bleiben weit hinter dem Bedürfnis zurück, ein erheblicher Teil der Beamtenschaft ist in eine wahre wirtschaftliche Katastrophe hineingeraten. Es machen sich Bestrebungen geltend, die Beamten zusammenzuschließen, um ihren Forderungen einen größeren Rückhalt zu gewähren. Diesen Bestrebungen muß die Partei die größte Aufmerksamkeit schenken. Außerordentlichen Unwillen hat unter den Beamten auch die Art und Weise, wie in Preußen die letzte Kriegszulage gegeben ist, hervorgerufen. Es wäre notwendig gewesen, daß unsere Presse diese Angelegenheit nicht nur in Notizen, sondern eingehender behandelt hätte.

Der Vortrag von Hoch hat auf mich sehr wenig überzeugend gewirkt, ich glaube auch nicht, daß er draußen im Lande sehr viele Anhänger dadurch gewonnen hat. Aber wir sind Hoch, Emmel und der ganzen Minderheitsgruppe zu Dank verpflichtet, daß sie ihre Gegensätze innerhalb der Partei kameradschaftlich mit uns austragen. Ein Teil von Genossen im Lande gehören wahrscheinlich nur deshalb noch zu uns, weil sie sehen, daß auch Abgeordnete, die nicht für die Kreditbewilligung sind, ihre Ansichten innerhalb der Partei zum Austrag bringen können. Ich kann mich aber unter keinen Umständen für die Entschließung Hoch erklären. Die Annahme dieser Entschließung würde für die Partei zu einer politischen und moralischen Katastrophe führen und noch mehr Verwirrung in die Köpfe der Genossen hineintragen. Wir würden nur dann für die Resolution Hoch stimmen können, wenn ähnliche Entschließungen auch in der französischen und englischen Partei eine Mehrheit gewinnen würden. Wenn Emmel meint, einer muß doch in der Internationale den Anfang machen, so weise ich darauf hin, daß ja die Unabhängigen diesen Anfang unternommen haben. Wenn die unabhängige Partei ein geschichtliches Verdienst hat, so ist es das, nachgewiesen zu haben, daß ihre Bestrebungen beim Auslande kein Echo gefunden haben. (Sehr richtig!) Die Ausführungen von Winnig haben, wenn man ehrlich sein will, viel Konsequentes für sich. Wer ehrlich sein will, muß zugeben, daß die Politik vom 19. Juli früher oder später zu dem führen muß, was Winnig anstrebt, aber ich halte die Situation nicht für so reif, um der Reichstagsfraktion eine Marschroute in der Richtung vorzuschreiben. Wahrscheinlich überschätzt Winnig auch die Bereitschaft der bürgerlichen Parteien zu einer solchen Arbeitsgemeinschaft. Wir hatten in Köln die Absicht, am nächsten Sonntag gemeinsam mit Fortschrittlern und Zentrum eine Friedenskundgebung im Sinne des Beschlusses vom 19. Juli zu veranstalten. Die Fortschrittler haben sofort zugestimmt, aber das Zentrum hat es glatt abgelehnt, mit uns gemeinsam zu demonstrieren. (Hört, hört!) Wer allerdings der Ansicht ist, daß die Massen des Zentrums die Politik der „Köln. Volkszeitung" billigen, der ist im schweren Irrtum. Auch die Massen, die hinter dem Zentrum stehen, sind durchaus für einen Verständigungsfrieden. Uns sind von christlichen Arbeitern zahlreiche Proteste gegen die Haltung der „Köln. Volkszeitung" zugegangen, und ich kann verraten, daß man im Felde die Abkürzung K. V. allgemein mit „Kriegsverlängerer" übersetzt. Es herrscht eine große Erbitterung über die Politik dieses Blattes. Notwendig ist eine starke Agitation gegen die Vaterlandspartei. Wir sollten draußen auch auf

den Dörfern und nicht nur in den Großstädten unsere Friedensziele propagieren. Wir müssen, wenn wir die Kriegskredite bewilligen, doch andererseits dem Volke klarmachen, daß die Sozialdemokratie nicht das geringste zu tun hat mit der unfähigen Regierung, die nun seit Wochen und Monaten in Deutschland am Ruder ist. (Bravo!)

Brandes-Magdeburg: Es würde des Appells, ins Land hinauszugehen, und unsere Stellungnahme in der Friedensfrage zu propagieren, gar nicht bedürfen, wenn die Möglichkeit solcher Propaganda für alle vorhanden wäre. Eine ganze Anzahl von Parteigenossen und von Mitgliedern der Fraktion hat nicht die Möglichkeit, über die Friedensfrage in öffentlichen oder Mitgliederversammlungen sprechen zu können. Es ist die verdammte Pflicht und Schuldigkeit der Fraktion, dafür zu sorgen, daß jedes Hindernis beseitigt wird und daß allen, auch denen, die noch weiter links stehen, diese Möglichkeit gegeben wird, ihre Ansichten mit aller Deutlichkeit auszusprechen, soweit dabei wichtige militärische Verhältnisse nicht berührt werden. Es kennzeichnet die ganze Stellung der Regierung zur Neuorientierung am besten, wie heute die Opposition behandelt wird. Nach dem Kriege würde zweifellos die alte Praxis gegen jede Opposition wieder eingeschlagen werden, wenn wir nicht unverzüglich die nötigen Sicherungen erkämpfen. Die Stellung der Fraktion hat sich in einigen wichtigen Fragen während des Krieges geändert. Sie ist nicht mehr bedingungslos für Kreditbewilligung. Damit fällt der Standpunkt, daß die Anerkennung der Pflicht der Landesverteidigung die Pflicht der Kreditbewilligung erfordere. Ich freue mich über diesen Fortschritt. Die Kreditverweigerung ist das hervorragendste Mittel, um die Regierung für die Durchführung unserer Forderungen in der Kriegszielfrage und der Neuorientierung gefügig zu machen. Daß die Regierung Eroberungen plant, dafür spricht ihre ganze Haltung seit 1915. Tirpitz ist dafür der beste Beweis. Er hat die Eroberungspläne nach seinem Ausscheiden offen ausgesprochen. Da Bethmann Hollweg dauernd mit diesem Manne zusammengearbeitet hat, ist seine zweideutige Haltung in der Kriegszielfrage durchaus erklärlich. Man hat der Regierung ihre Stellung, uns mit den inneren Reformen auf die Zeit nach dem Kriege zu vertrösten, sehr leicht gemacht. Haben doch zahlreiche Fraktionskollegen sehr lange den Standpunkt vertreten: nur keine Pression ausüben, nur keine „Belehnung" verlangen. (Zuruf: Haase, Kautsky!) Reformen erst nach dem Kriege. Diese Stellung war falsch. Die Herrschenden haben sich nie danach gerichtet. Sie haben ihre Macht stets rücksichtslos ausgenutzt zugunsten einer kleinen Schicht, während unser Verlangen der Gesamtheit des Volkes zugute kommt. Zur Anregung Winnig, der Fraktion das Recht zu geben, mit anderen Parteien eine leistungsfähige Mehrheit zu bilden, bemerke ich, daß nie jemand in der Fraktion ängstlich gegen den Versuch gewesen ist, sich mit anderen Parteien zu verständigen, um gewisse Dinge zu erreichen. (Landsberg: Sehr richtig!) Dieser Mahnung bedarf es also nicht. Wenn Winnig aber will, daß die Fraktion die Beschlüsse solcher Mehrheit auch dann mit durchführt, wenn sie gegen den Willen der Fraktion gefaßt werden, so gehe ich diesen Weg nicht mit. Das würde zur Folge haben, daß die große sozialdemokratische Bewegung nur ein Anhängsel der bürgerlichen Parteien würde. So würde sie nicht die Bedeutung erlangen, die wir für die Zeit nach dem Kriege brauchen und erwarten. Gerade der Krieg mit seinen riesigen Lehren und Erfahrungen, die er der ganzen Menschheit und insbesondere den denkenden Arbeitern bringt, muß die Arbeiterbewegung zu stolzerer Höhe führen als vor dem Kriege. Dazu ist notwendig, daß der Parteitag keinen Zweifel läßt, daß die alten Gesetze, die für die Partei vor dem Kriege gegolten haben, auch nach dem Kriege gelten. Ebert hat darauf hingewiesen, daß der Klassenkampfcharakter der Partei be-

stehen bleiben wird und muß. Auch an dem Grundsatz der Internationalität darf nicht gerüttelt werden. Stimmen Sie der Resolution 54 zu. Sie läßt der Fraktion die nötige Bewegungsfreiheit, verpflichtet sie aber auch zu den Schritten gegen die Regierung, die heute von großen Massen der Parteianhänger mit Recht verlangt werden.

Weißmann-Freiburg i. Br.: Ich möchte die theoretische Seite der Kriegskredite-Bewilligung durch einen Fall aus der Praxis ergänzen. Ich komme aus Freiburg, aus dem bombengesegneten Freiburg, aus der Stadt, die bisher unter allen deutschen Städten am meisten Fliegerangriffe erlitten hat. Wenn man in Berlin oder Leipzig im Tagesbericht liest, daß in Freiburg oder sonstwo in Baden oder Württemberg Bomben gefallen sind, dann liest man darüber hinweg, wie über viele andere Teile des Heeresberichts. Wir aber, die wir die Praxis kennen, beurteilen diese Dinge doch etwas anders. Ich kann hier nicht deutlicher werden, aber das kann ich sagen, daß wir in unserem Grenzgebiet bangen, wenn schönes Wetter ist und wenn wir helle Nächte haben. Wir wissen ganz genau, daß wir zu jeder Stunde dieser schönen Tage und der hellen Nächte mit Fliegerangriffen zu rechnen haben, und daß in manchen Wochen keine drei Nächte sind, wo wir nicht zwei- bis dreimal in die Keller flüchten, unsere Kinder nachts aus dem Schlafe reißen müssen, wo oft auch die Frauen ohnmächtig werden, und was die sonstigen furchtbaren Begleiterscheinungen dieser furchtbaren Fliegerangriffe sind. Wenn wir dann zwei bis drei Stunden, vielleicht im Winter, im Keller sitzen und die feindlichen Flieger über uns surren hören — die vielleicht, wie in Freiburg am 14. April nachmittags, in einer Anzahl von 46 kommen —, dann sagen wir nicht, Gott sei Dank, daß die Reichstagsfraktion die Kriegskredite abgelehnt hat, jetzt haben wir keine Kanonen und keine Flieger, die die feindlichen Flieger vertreiben können, dann sagen wir da unten: Hoffentlich sind unsere Kanonen recht gut und hoffentlich haben wir recht gute deutsche Flieger, damit die feindliche Fliegergefahr abgewehrt werden kann. Und nicht nur etwa Bürgerliche warten da auf die Abwehr und auf den Aufstieg unserer Flieger, sondern auch recht viele Sozialdemokraten und Parteigenossen. Würde die heimische Bevölkerung nicht geschützt, so hätten in der Hauptsache die Arbeiter die Kosten zu tragen, denn nicht die Arbeiter sind aus Freiburg, aus Karlsruhe und aus den anderen Fliegerbezirken weggewandert, sondern die Rentiers, die Privatiers und die Millionäre. In Freiburg hatten wir vor dem Kriege etwa hundert Millionäre, 1916 aber hat der Oberbürgermeister in einer Bürgerausschußsitzung feststellen müssen, daß in dem einzigen Jahre 600 000 Mark Steuern weniger bezahlt wurden, weil so und so viel reiche Leute von Freiburg weggezogen sind. (Hört, hört!) Sehr viele der heute gegen die Kreditbewilligung angeführten Argumente werden durch derartige Tatsachen ad absurdum geführt. Nach Brandes sollen wir einen Eroberungskrieg führen. Bei uns in Freiburg und in den Grenzbezirken ist es eben ein Verteidigungskrieg und wird es bleiben, solange Krieg ist. Darum hoffen und wünschen wir dringend, daß die Fraktion auch ferner die Kriegskredite bewilligt, damit wir nicht schutzlos gegen die furchtbaren feindlichen Angriffe sind, die im nächsten Frühjahr sich wahrscheinlich noch mehren werden.

Hauschildt-Cassel: Brandes glaubte wohl etwas ganz Neues vorzutragen, wenn er verlangte, daß die Kriegskredite nun nicht mehr bedingungslos bewilligt werden dürften. Haben wir das jemals getan? Wir haben bereits am 4. August 1914 mit aller Deutlichkeit erklärt, unter welchen Voraussetzungen wir die Kriegskredite bewilligen. (Sehr richtig!) Auch David hat ausdrücklich gesagt, daß die Bewilligung nicht bedingungslos erfolgen dürfe. Mit aller Schärfe hat ja selbst Hoch den wesentlichen Punkt, bei dem auch er Kriegskredite bewilligen würde, herausgearbeitet, nämlich, wenn unser Volk, unser

Land in Gefahr ist, erdrückt zu werden. Diese von Hoch ins Auge gefaßte Gefahr ist im gegenwärtigen Zeitpunkt für unser Land aber in so großer Stärke vorhanden wie nie zuvor. (Sehr richtig!) Deshalb sind wir verpflichtet, die Entschließung Hochs abzulehnen, das verlangt das Lebensinteresse der Arbeiterklasse und des ganzen deutschen Volkes. (Sehr richtig!) Hoch hat weiter ausgeführt, daß die Politik der Mehrheit die Preisgabe des Klassenkampfes bedeute. Das ist falsch. David hat ausdrücklich hervorgehoben, daß mit der Politik vom 4. August nur der Taktik der Katastrophe der Laufpaß gegeben wurde und er hat dieser Taktik der Katastrophe das Prinzip der organischen Entwicklung, die parlamentarische Taktik, entgegengesetzt und hat gezeigt, wie wir den Klassenkampf durch praktische Arbeit, den Aufstieg der Arbeiterklasse Schritt für Schritt durchsetzen müssen. Damit sprach er den Massen aus dem Herzen, die nichts dringender wünschen, als daß wir uns endlich von der überholten Taktik der Katastrophe abwenden und ihr ein für allemal ein Ende machen. Deshalb erwarten die Massen auch, daß, falls der preußische Landtag bei der Wahlrechtsvorlage versagen sollte, die Reichstagsfraktion das Versprechen des Königs unverzüglich durchsetzen wird. Sie muß der Reichsregierung nachdrücklichst klarmachen, daß jede weitere Vertrödelung der Gleichberechtigung in Preußen in höchstem Maße aufreizend und damit kriegsverlängernd wirken muß. Die Massen des Volkes haben in der kurzen Aera Michaelis erfahren, von welch hoher Bedeutung ein weitgehender Einfluß unserer Partei auf Gesetzgebung und Verwaltung ist. Der Ruf nach Staatsherrschaft durch die Volksvertretung ist noch niemals in so kräftiger Weise von den Massen erhoben worden wie in letzter Zeit. (Sehr richtig.) Merkwürdigerweise haben gerade die Unabhängigen unserem Kampf für den Parlamentarismus den schärfsten Widerstand entgegengesetzt. Nichts wirkt so lächerlich und so widerwärtig wie der Hohn und Spott, mit dem die Unabhängigen unseren Kampf um den politischen Fortschritt zu verunglimpfen suchen. (Sehr richtig!) Hat doch gerade Ledebour seit Jahren sich hervorragend betätigt im Kampfe für die Erweiterung des Parlamentarismus zur parlamentarischen Regierungsform. Wir müssen endlich zur parlamentarischen Regierungsform auch in Deutschland kommen. Man sucht sie bei den Massen dadurch herabzusetzen, daß man sagt, parlamentarische Regierung bedeute die Teilnahme der Sozialdemokratie an der Regierung. Seien wir uns darüber klar, daß wir allerdings letzten Endes auch davor nicht zurückschrecken dürfen. (Hört, hört!) Wollen wir die parlamentarische Regierungsform, dann müssen wir auch an der Regierung selbst teilnehmen. (Hört, hört! und Zustimmung.) Auf dem Internationalen Kongreß in Paris vor 17 Jahren hat unser prächtiger Genosse Auer, als der Fall Millerand zur Verhandlung stand, im Namen der deutschen Vertretung gesagt, einen Fall Millerand habe es in Deutschland noch nicht gegeben, soweit seien wir noch nicht, aber er hoffe, daß wir möglichst bald so weit sein werden. (Hört, hört!) Also Auer äußerte schon damals eine Sehnsucht nach dem Augenblick, wo es heißen würde: deutsche Sozialisten zur Mitregierung an die Front! Derselben Auffassung wie Auer sind heute Millionen im deutschen Volk, die es satt sind, sich weiter so wie gegenwärtig regieren zu lassen. (Sehr richtig!) Wir denken dabei natürlich nicht an ein paar sozialdemokratische Konzessionsschulzen in einer Obrigkeitsregierung. Vorläufig erwarten wir, daß praktische Arbeit im Rahmen der parlamentarischen Regierungsform geleistet wird. Was Winnig gesagt hat, sind Selbstverständlichkeiten für jeden überzeugten Anhänger des Parlamentarismus. (Sehr richtig!) Wir werden dadurch kein Anhängsel einer bürgerlichen Partei, das müßte Brandes in seiner parlamentarischen Erfahrung schon erkannt haben. Keine Partei hat in Deutschland Aussicht, in absehbarer Zeit allein eine Mehrheit

zu bilden. Deshalb ist ein Zusammengehen mit anderen Parteien erforderlich. Natürlich müssen wir an den bürgerlichen Parteien noch ein gutes Stück Erziehungsarbeit leisten. Die Fraktion wird damit fertig werden. Im übrigen soll man nicht immer nur die Schattenseiten dieses Krieges sehen, sondern dem Volke zeigen, welch hohes Maß von praktischer Arbeit in der Richtung zur Demokratie von uns seit Kriegsbeginn geleistet worden ist. Möge die Fraktion den Weg, den sie endlich zu beschreiten begonnen hat, erfolgreich fortsetzen. Sie leistet damit für unsere Partei eine wichtige Werbearbeit. Immer neue Scharen strömen unserer Partei zu, aber weite Volksmassen stehen noch abseits. Bei aller unser Arbeit müssen wir uns vor Augen halten, daß die deutsche Sozialdemokratie nicht stark und groß wird gegen diese Volksmassen, sondern nur mit allen breiten Schichten des Volkes. (Lebhafter Beifall.)

Stolten-Hamburg: Wir können Brandes dafür dankbar sein, daß er den Standpunkt der Minderheit, die sich dort oben so sichtbar gruppiert hat (Heiterkeit), so klar herausgearbeitet hat, viel klarer, als es in der langen und umschweifigen Rede Hochs geschehen ist. Brandes hat verlangt, daß wir die Kreditbewilligung nur noch als Druckmittel gegen die Regierung benutzen sollen. Wir dürfen eine solche Pressionspolitik, die ich an sich nicht abweisen möchte, im Augenblick auf keinen Fall über eine gewisse Grenze hinaus befolgen. Die Grenze ist dadurch gezogen, daß die Pressionspolitik aufhören muß, wenn aus ihrer Anwendung eine Gefahr für die Allgemeinheit entsteht. Und diese Gefahr entsteht, wenn wir durch die Kreditverweigerung unserem eigenen Volk während des Krieges in den Rücken fallen. (Sehr richtig!) Niemand in der Fraktion steht auf dem Standpunkt, daß wir die Kriegskredite bedingungslos, unter allen Umständen, wie lange der Krieg auch dauern und aus welchen Ursachen er verlängert werden möge, bewilligen müssen. Aber wir dürfen den gewachsenen Einfluß unserer Fraktion nicht so weit ausnützen, daß allgemeine Interessen dadurch geschädigt werden können. Hoch hat von der Hinterhältigkeit und Zweideutigkeit unserer Regierung gesprochen. Ich bezweifle, ob man unserer Regierung gegenüber wirklich von Hinterhältigkeit reden kann. Man muß sich doch die ungeheuren Schwierigkeiten vor Augen halten, die der Friedenstaktik unserer Regierung gegenüberstehen. Wir haben es ja am eigenen Leibe erfahren. Wie schwer ist es geworden, die internationale Konferenz in Stockholm soweit zu bringen, daß es schien, als könnte sie stattfinden. (Heiterkeit.) Heute sind wir wieder weit zurückgeworfen und wahrscheinlich wird die Stockholmer Konferenz überhaupt nicht stattfinden. Aber wir sind doch wahrhaftig nicht daran schuld, sondern die Gegenseite. (Sehr richtig!) Genau so liegt es bei den Friedensverhandlungen unserer Regierung. Die Schwierigkeiten liegen viel weniger auf deutscher Seite als auf der Seite der Entente. (Sehr richtig!) Wenn Dr. Michaelis oder wenn schon vor Monaten Bethmann Hollweg Erklärungen abgegeben haben würde, die von der sozialdemokratischen Fraktion vorgeschrieben worden wären, wir würden wahrscheinlich dem Frieden auch noch nicht näher sein (Sehr richtig!), denn die Gegenseite will den Frieden noch nicht. Deshalb sollte man mit solchen Vorwürfen recht vorsichtig sein. Die Kredite wurden niemals der Regierung bewilligt, sondern immer unserem Volke. Lensch hat einen Gegensatz behauptet zwischen unserer Taktik seit dem 4. August und der früheren Taktik, unter der wir jeden Mann und jeden Groschen verweigert haben. Wir haben früher jeden Mann und jeden Groschen für das bestehende militärische System allerdings abgelehnt. Hätten wir aber die Verteidigung unseres Landes nicht gewollt, dann hätten wir in unser Programm nicht hineinschreiben dürfen die Erziehung zur allgemeinen Wehrhaftigkeit. Am 4. August handelte es sich tatsächlich um eine neue Taktik, aber wir standen auch vor einer ganz neuen Situation, der man nur gerecht werden

konnte durch die Politik, die die Fraktion einschlug. Mit dem alten Schema kamen wir nicht aus. Lensch hat auch hingewiesen auf die Hoffnungen, die die Franzosen und Engländer bei Kriegsausbruch auf die deutsche Sozialdemokratie gesetzt hatten. Diese Hoffnungen haben bestanden und konnten sich in gewissem Grade auf unser früheres Verhalten stützen, das darin bestand, daß wir gegen uns selbst, gegen unser Land und gegen unsere staatlichen Einrichtungen immer die strengsten Kritiker gewesen sind. Wir haben uns selbst viel strenger beurteilt, als die staatlichen Einrichtungen und die sozialdemokratische Praxis in anderen Ländern. Weil wir immer streng gegen uns gewesen sind und milde gegen die anderen, hat man geglaubt, diese Strenge müßte soweit gehen, daß wir im Falle des Krieges gegen das Interesse des eigenen Landes tätig werden würden. Davon konnte natürlich keine Rede sein. Aber wir können nur wünschen, daß, wenn dieser Krieg zu Ende sein wird und wieder ein internationales Zusammenarbeiten zwischen den Sozialisten der verschiedenen Länder stattfindet, dann die Sozialisten der anderen Länder gegen sich selbst in der Kritik genau so streng sein werden, wie wir es immer gegen uns gewesen sind. (Sehr gut!) Dann wird das Verhältnis innerhalb der Internationale ein sehr viel besseres werden.

Hoch meinte, was er als politische Taktik empfehle, sei eigentlich immer die alte Praxis der Partei gewesen; die Minderheit habe keineswegs auf dem Standpunkt: „alles oder nichts" gestanden. Ganz so liegen die Dinge aber doch nicht. Hoch hat in der Fraktion, wenigstens in den vier Jahren, in denen ich an den Arbeiten der Fraktion teilgenommen habe, meist zu denen gehört, die für Ablehnung einer Vorlage waren, wenn man nicht im großen und ganzen wenigstens seinen eigenen Willen dabei durchsetzen konnte. Das ist aber eben keine politische Taktik. Wenn man nicht alles erreichen kann, und das können wir im Deutschen Reichstag nicht, weil wir eine Minderheit sind, dann wird man sich eben fragen müssen, ob das, was zu erreichen ist, uns vorwärts bringt. Die Taktik der Ablehnung, weil man nicht alles haben kann, muß zur Folge haben, daß man überhaupt unfruchtbar in der politischen Arbeit wird. Denn dann werden sich die anderen Parteien sagen: wenn Ihr doch hinterher alles ablehnt, auch dann, wenn wir Euch viele Zugeständnisse machen, so haben wir gar keinen Grund, erst solche Zugeständnisse zu machen, sondern können die Vorlage ganz so gestalten, wie es uns gefällt, und es Euch überlassen, sie abzulehnen. Wenn man etwas erreichen will, so muß man sich eben auch dazu verstehen, wenn man Zugeständnisse durchgesetzt hat, schließlich auch für das Ganze zu stimmen und so die Verantwortung dafür mit zu übernehmen. Die von Hoch vertretene Politik führt zu dem Zustand, den wir jahrelang gehabt haben, daß die Sozialdemokratie in der parlamentarischen, der politischen Arbeit vollständig isoliert ist. Diese Isolierung muß aufhören. Wir dürfen uns nicht scheuen, auch die Verantwortung, die uns aus der politischen Arbeit erwächst, voll zu übernehmen. Eine große Partei, die Einfluß auf die Dinge ausüben kann, infolge ihrer Größe und der wirtschaftlich bedeutsamen Kräfte, die hinter ihr stehen, hat die Pflicht, sich nicht selbst auszuschalten, sondern jede Gelegenheit zu benutzen, um für die Arbeiterklasse herauszuschlagen, was irgend möglich ist. Alles können wir nicht haben, weil wir allein keine Mehrheit sind. Alle unsere Politik wird daher mehr oder weniger Kompromißpolitik sein müssen, und die Partei muß bereit sein, verständige Kompromisse zu machen, damit für die Arbeiter wirklich etwas erreicht wird. Das ist das Wesen der Politik. Diese Politik ist schon lange Jahre geübt, aber immer wieder zurückgedrängt worden durch die revolutionäre Demonstrationspolitik. Diese muß in Zukunft aufhören, wir müssen vielmehr wirklich praktische Politik treiben, die auch für die Arbeiterschaft greifbare Erfolge zeitigt. (Beifall.)

Schmidt-Meißen: Der Vorwurf Stoltens gegenüber Hoch, er habe meist für Ablehnung von Gesetzen gestimmt, wenn nicht alles zu erreichen wir, ist, ganz abgesehen davon, daß er nicht zutrifft, so allgemein, daß man damit gar nichts anfangen kann. Da müßte Stolten schon deutlicher reden.

Es blieb gestern bei einem Teil der Parteigenossen nicht ohne Eindruck, als Genosse David mit lauter Stimme in den Saal hineinrief: „Deutschland ist heute stärker bedroht als früher, die ganze Welt steht gegen uns. Es ist mir deshalb unbegreiflich, wie es Leute geben kann, die für eine Ablehnung der Kredite eintreten." Den Genossen der Fraktion, die schon öfter Reden von David für die Kreditbewilligung gehört haben, war das nichts Neues. Wir haben die gleiche Begründung von ihm gehört seinerzeit, wo Deutschland verhältnismäßig viel günstiger dastand und wo die Zahl der Feinde nicht so groß war als heute. Da war es einmal die drohende Kriegserklärung eines neuen Staates, das andere Mal ein bevorstehender Angriff im Osten oder Westen, der zur Begründung herhalten mußte, daß gerade diesmal die Kredite bewilligt werden müßten. Wer diesen Standpunkt einnimmt, der darf den französischen Genossen wegen ihrer Kreditbewilligung keinen Vorwurf machen (Zuruf: Das tun wir auch nicht!), denn Frankreich ist militärisch viel stärker bedroht als Deutschland. Eine solche Argumentation ist ganz unhaltbar. Sie ist allerdings bequem; sie erhebt zugleich gegen die Genossen, die die Kriegskredite ablehnen, den Vorwurf, daß ihnen der Ausgang des Krieges und damit die Niederlage Deutschlands gleichgültig sei. (Zuruf: Zum Teil trifft das auch zu!)

David sagte: so gut wie heute Eroberungsabsichten der Regierung ausgeschlossen wären, sei das bereits unter Bethmann Hollweg der Fall gewesen. Beweis: Bethmann hat sich nie dem Druck der Eroberungspolitiker gefügt. Gewiß, Bethmann hat sich nie den Alldeutschen verschrieben, davon ist nichts bekannt geworden. Dazu war er einmal zu klug, denn er wußte, daß deren Ziele zu überspannt sind, und zum anderen ließ er sich bei seiner Stellungnahme in der Oeffentlichkeit sicher mit davon leiten, wie sich die Arbeiterpartei, die Sozialdemokratie stellte. Wir wissen, daß er einer Deputation unserer Fraktion, die zu ihm ging, um Klarheit bezüglich der Kriegsziele und der Demokratisierung zu verlangen, erklärt hat, daß sein Bestreben ja immer gewesen sei, die Sozialdemokratie bei der Stange zu halten. Darin liegt ja auch die Ursache der Zweideutigkeit seiner Reden. Er wollte es weder mit den Annexionisten, noch mit den Sozialisten verderben (Sehr richtig!), daß er aber alles andere tat, als sich zu unseren Kriegszielen zu bekennen, das hat er doch wiederholt ganz offen erklärt. So auch in einer seiner Reichstagsreden vom 5. April 1916, wo er ausführte: „Zu unserer Verteidigung sind wir ausgezogen, aber das, was war, ist nicht mehr." Nach Bethmann versuchte man dann, das gleiche Spiel Zweideutigkeiten fortzusetzen, um die Sozialdemokratie weiter bei der Stange zu halten. Es wäre vielleicht gelungen, wenn Michaelis nicht gar zu ungeschickt gewesen wäre. Er wurde wenige Tage nach seinem Amtsantritt gleich bei der ersten Mogelei, die er versuchte, erwischt. Alle Deutungen, auch die, die von sozialdemokratischer Seite versucht wurden, konnten ihm nicht mehr aus der Schlinge helfen. Nun fordert auch David, die Regierung solle klar aussprechen, was sie will. Wenn nun aber diese Forderung nicht erfüllt wird, wenn Michaelis trotz der Friedensresolution immer wieder erklärt, daß die Regierung bezüglich Belgiens, Kurlands, Polens freie Hand habe, was will dann David tun? David hat recht, wenn er sagt, das verträgt sich gar nicht mit unserer Friedensresolution, sie schließt solche Deutung aus. Aber wir wissen ja, daß Michaelis die Friedensresolution ganz anders auffaßt als die Mehrheit des Reichstags. Was will David tun, wenn die Regierung auch fernerhin ausweicht, will er dann die Kredite ablehnen? Ach nein, das

wird er nicht tun. Man hat auch hier schon wieder eine Formel gefunden, die man in jeder Situation anwenden kann. Man sagt: wir bewilligen die Kredite doch nicht der Regierung, wir bewilligen sie dem Lande, dem Volke. Also dem Volke bewilligt Genosse David und seine Freunde die Kredite, einem Volke, das gar nichts zu bestimmen hatte über den Anfang und auch nichts zu bestimmen haben wird über das Ende des Krieges, dem Volke, das gar nicht hineinzureden hat in die Kriegführung. Emmel hat das schon sehr richtig gekennzeichnet. In Konsequenz dieser Gedanken müßte man der Regierung auch dann die Kriegskredite bewilligen, wenn sie morgen mit einem Sozialistengesetz kommt. (Lachen.) Wir müssen die Regierung zwingen, sich zu unseren Kriegszielforderungen zu bekennen, indem wir die schärfste Waffe gegen sie ausspielen, die Ablehnung der Kriegskredite, sonst machen wir uns indirekt an der Verlängerung des Krieges mitschuldig. Die Forderung Davids, daß die Regierung Klarheit schaffen soll, können Sie am besten unterstützen, wenn Sie der Resolution Hoch zustimmen.

Ein offenes Bekenntnis der Regierung ist auch notwendig in den Fragen der Demokratisierung. Seit drei Jahren speist man das Volk mit leeren Versprechungen ab. Die Arbeit des Verfassungsausschusses ist gleich Null. Es ist eine Illusion, wenn Genosse Hug glaubt, durch eine Blockpolitik auf diesem Gebiete weiterzukommen. Dazu fehlt es uns an einer wahrhaft demokratischen Partei. Keine der bürgerlichen Parteien will ernsthaft den Parlamentarismus, zum mindesten versteht jede etwas anderes darunter. Das hat sehr treffend das „Berliner Tageblatt" vom Montag glossiert, indem es u. a. schreibt:

„Was macht jener Verfassungsausschuß, den sie eingesetzt haben, und der uns die Neugestaltung des Reiches verschaffen soll? Er hat sich nicht überanstrengt, und immer hören wir nur, wie jeder zur eigenen Entschuldigung auf den anderen deutet: „Die Nationalliberalen sind nicht dafür zu haben" — „das Zentrum will nicht mitmachen" — „die Fortschrittler sind zu schlapp". Die wahre Wahrheit ist, daß der eine dem anderen nicht sehr viel vorzuwerfen hat."

Wenn wir auf dem Gebiet der Demokratisierung vorwärts kommen wollen, so ist das nur dadurch möglich, daß wir der Regierung drohen, wenn sie nicht endlich Farbe bekennt und zu Taten übergeht, daß dann die Fraktion die Kriegskredite nicht weiter bewilligen wird. Dazu führt die Annahme unserer Resolution.

Scholich-Breslau: Stücklen hat sich ein ganz außerordentliches Verdienst erworben dadurch, daß er mit anderen Genossen in der Fraktion und im Reichstage in so hervorragender Weise für die eingetreten ist, deren Vertretung eine ganz besondere Pflicht der Fraktion ist. Die Fraktion und der Parteivorstand hätten schon viel früher an diese Frage herangehen und das Bureau für Militärangelegenheiten errichten sollen. Wir bekommen ganze Stöße von Feldpostbriefen täglich, deren Beantwortung uns gar nicht möglich ist. Stücklen müssen die nötigen Hilfskräfte beigegeben werden, damit alle Eingänge gesammelt und registriert werden, denn zur Begründung unserer Forderung auf Verkürzung der Dienstzeit, allgemeine Wehrhaftmachung, Reform der Besoldungsordnung und des Militärstrafgesetzbuchs u. a. ist hier reiches Material zu finden. Von diesem neuen Bureau können sich die Feldgrauen auch mit Vertrauen sagen, daß da nichts verraten wird. Mancher Soldat, der noch nicht zu uns gehört, wird durch diese Arbeit zu uns kommen. Das Bureau muß auch nach dem Kriege erhalten bleiben, es wird eine wahre Fundgrube für die Fraktion darstellen. Es ist recht erfreulich, daß zunächst im Haupt-

ausschuß die höhere Unterstützung für Kriegerfrauen und Familien durchgesetzt worden ist, ebenso die Erhöhung der Löhne für Mannschaften und Unteroffiziere. Wie stellt sich aber die Regierung dazu? Unterstaatssekretär Wallraff hat wenig Geneigtheit dazu gezeigt, diese Forderungen zu bewilligen. Urlaubsverweigerung wegen borstigen Auftretens kommt immer noch vor, das Recht auf Urlaub ist eine Notwendigkeit, ebenso die Gewährung eines zweiten Putzgeldes. Was den Offizieren recht ist, ist auch der Mannschaft billig.

Leider ist der Fraktion die Aufhebung des Belagerungszustandes noch nicht gelungen. So wie bisher kann es aber nicht weitergehen. Bei uns in Breslau stehen nur die sozialdemokratischen Blätter unter Vorzensur, und manches wird ihnen verboten, was bei den andern ohne weiteres gestattet ist. Geradezu unbegreiflich ist es, daß eine „Arbeiterpartei", wie sich die „Unabhängigen" doch nennen, im Reichstage gegen die Aufhebung der politischen Zensur stimmen konnte, und zwar mit unseren ärgsten alten Volksfeinden, den Konservativen zusammen. Die Presse der Unabhängigen schreibt, es werde unabhängige Politik getrieben, wahre Arbeiterpolitik, nicht wie bei den Regierungssozialisten, und hier stimmt man in einem so arbeiterfeindlichen Sinne! Das auszusprechen ist die Pflicht des Parteitages, damit die unabhängige Arbeiterschaft draußen ihre Führer und Abgeordneten zur Verantwortung zieht.

Uns im Bezirk Breslau wird keine öffentliche Versammlung genehmigt. Als ich nach dreijähriger Abwesenheit vom Militär zurückkam, wollte ich die daniederliegenden Organisationen wieder aufrichten. Das verhinderte das stellvertretende Generalkommando des 6. Armeekorps. Alle öffentlichen politischen Versammlungen sind verboten, wie mir das Generalkommando und auch das Kriegsministerium auf eine fruchtlose Beschwerde mitgeteilt haben. Während aber das Kriegsministerium schrieb, daß Mitglieder- und nichtöffentliche Versammlungen seit August wieder zugelassen seien, werden auch diese in der letzten Zeit bei uns verboten. Weil ich in einer Mitgliederversammlung gesagt habe, daß wir wieder mehr Mitgliederversammlungen abhalten werden, um mehr Mitglieder zu gewinnen, wurde gegen mich eine Untersuchung eingeleitet. (Hört, hört!) Ich bitte die Fraktion, energischer als bisher für dieses unser Vereins- und Versammlungsrecht einzutreten, denn was man in Schlesien tut, bedeutet im Endziele nichs anderes, als die völlige Vernichtung der sozialdemokratischen Organisationen zugunsten der Konservativen und der Vaterlandspartei, die ihre Versammlungen abhalten und täglich neue Vereine gründen dürfen. Keine Kreditbewilligung, wenn das nicht anders wird! So stehen und fordern es die schlesischen Arbeiter, die sonst mit der Haltung der Fraktion vollständig einverstanden sind.

Stücklen: Es kann nichts schaden, wenn hier einmal auf dem Parteitag auch der Arbeit gedacht wird, die die Reichstagsfraktion im Interesse unserer Feldgrauen geleistet hat. Löbe bedauerte heute, daß im Reichstag die Anträge nicht verabschiedet worden sind, die im Haushaltsetat angenommen wurden. Es ist das allerdings etwas auffällig, aber es ist dabei keineswegs etwas verloren, denn die Anträge sind einstimmig beschlossen worden und es unterliegt keinem Zweifel, daß sie auch vom Plenum angenommen werden. Selbstverständlich haben wir mit der Regierung darüber Rücksprache genommen, welche Stellung sie zu den Anträgen einnehmen wird. Zum weitaus größten Teile sollen die Anträge ausgeführt werden. Ueber die Pflichten der Sozialdemokratie gegenüber den Kriegerfamilien und Feldgrauen hat in der Fraktion stets Uebereinstimmung bestanden. Wir haben keine Gelegenheit vorübergehen lassen, um immer wieder darauf hinzuweisen, in welch überaus schlimmer Lage sich weite Kreise der Kriegerfamilien befinden, und daß es die Ehrenpflicht des Reiches ist, dafür zu sorgen, daß die Familien derer, die draußen

kämpfen und dem schwersten Feuer ausgesetzt sind, vor Not und Elend geschützt werden. Wir haben jetzt wieder Anträge durchgebracht auf Erhöhung der Familienunterstützung. Die Regierung verweist darauf, daß es sich um außerordentlich große Summen handelt. Allein, so sehr wir für Sparsamkeit sind, bei den Kriegerfamilien soll jedenfalls nicht gespart werden (Zustimmung), genau so wenig wie an den Soldaten. Wir haben im Laufe der Jahre der Heeresverwaltung eine ganze Menge von Dingen angegeben, bei denen sehr große Ersparnisse gemacht werden können, aber nicht die Soldaten dürfen die Objekte der Sparsamkeit sein. (Sehr richtig!) Die Regierung spricht bei der Erhöhung der Familienunterstützung und Erfüllung unserer Anträge allerdings von 2 Milliarden Mark, was wir nicht nachprüfen können. Aber selbst wenn es stimmt, so hat doch der Krieg so viele Milliarden verschlungen, daß wahrlich nicht gespart werden soll, wenn die Familien der Soldaten in Frage kommen. Wir bezweifeln aber auch die Höhe der Summe. Und dann ist doch zu bedenken, daß diese Summe sich auf viele Millionen Köpfe verteilt, und was dann auf jeden kommt! (Sehr richtig!) Die Fraktion wird jedenfalls in ihrem Bemühen nicht erlahmen.

Im Frieden war ein erheblicher Teil unseres Kampfes gerichtet gegen den Militarismus und seine Begleiterscheinungen. Im Moment des Ausbruchs des Krieges traten nun allerdings zunächst einmal andere Fragen in den Vordergrund. An Stelle des Feldheeres war das Millionenaufgebot des deutschen Volkes getreten. Die Mehrheit derjenigen, die heute draußen kämpfen, hat niemals aktiv gedient und wir haben gesehen, in welch erstaunlich kurzer Zeit es möglich war, Leute, die niemals gedient haben und die in vorgerückten Jahren eingezogen wurden, zu brauchbaren Feldsoldaten auszubilden. Daraus ziehe ich den Schluß, daß nach dem Kriege nie mehr wird gesagt werden können, es seien zwei bis drei Jahre nötig, junge, kräftige Leute auszubilden. Unser Kampf gegen das militaristische System wird weiter gehen, und zwar so lange, bis an die Stelle des stehenden Heeres das Volksheer auf weitgehend demokratischen Grundlagen aufgebaut ist. (Sehr richtig!)

Als der Reichstag zum ersten Male nach Kriegsausbruch wieder zusammentrat, setzte sofort unsere Kritik ein. Wir haben es aber dabei nicht bewenden lassen, wir haben auch positive Vorschläge gemacht und praktisch gearbeitet. Wir Sozialdemokraten haben zunächst im Reichstage Anträge im Interesse der Soldaten gestellt, dann griffen auch die bürgerlichen Parteien ein, ihre Arbeit war aber wesentlich darauf berechnet, die sozialdemokratischen Anträge abzuschwächen oder sie derart umzugestalten, daß praktische Erfolge nicht mehr zu erwarten waren. Das konnte uns nicht entmutigen. Wir haben unsere Anträge immer und immer wieder gestellt und das letztemal die Genugtuung gehabt, daß sämtliche sozialdemokratischen Anträge einstimmig im Hauptausschuß angenommen worden sind. In einer der Tagungen des Parteiausschusses ist kritisiert worden, daß wir nicht scharf genug gegen die Soldatenmißhandlungen usw. aufgetreten seien. Dieser Einwand trifft durchaus nicht zu. Wir haben es an scharfer Kritik in keiner Weise fehlen lassen. Wir waren in der Lage, eine Fülle von Anklagematerial vorzubringen, und der damalige Kriegsminister v. Wandel gab im Ausschuß eine Erklärung über das Kapitel der Soldatenmißhandlungen ab, wie sie in der Schärfe von einem preußischen Kriegsminister niemals geäußert worden war. Es ist die Legende aufgetaucht, die Fraktion hätte absichtlich unterlassen, im Plenum des Reichstages über diese Frage zu reden. Draußen ist erklärt worden, die Fraktion habe mit Mehrheit beschlossen, zu schweigen, obwohl es notwendig gewesen wäre, zu reden. Der Kriegsminister hatte eine Erklärung abgegeben, die er in dieser Form und Schärfe ganz unmöglich im Plenum des Reichstages vor

aller Oeffentlichkeit wiederholen konnte. Wir hatten erreicht, was wir zunächst einmal erreichen wollten, und einzig und allein deshalb hat die Mehrheit dann gesagt, es sei entschieden besser, wenn nicht geredet würde; diese Erklärung könne ja doch nicht wiederholt werden, und man müsse zunächst abwarten, inwieweit die Erklärungen des Kriegsministers in die Tat umgesetzt werden. Tatsächlich können wir verzeichnen, daß das Kapitel der Soldatenmißhandlungen kleiner, die Fälle seltener geworden sind, so daß endlich auf diesem Gebiet nach langen Jahren eine Verbesserung eingetreten ist. Selbstverständlich haben wir vor allen Dingen auf die Kriegsbesoldung hingewiesen. Wir waren in der Lage, als einzige Partei des Reichstages, einmal zu zeigen, wie enorm die Gehälter sind, die oben gezahlt werden im Gegensatz zu der jämmerlich geringen Löhnung, mit der die Soldaten seit Jahren abgefunden werden. Wir erreichten, daß die Krankenlöhnung von 10 auf 33 Pf. täglich erhöht wurde; wir haben nach mehrmaligen Versuchen erreicht, daß jetzt einstimmig der Antrag angenommen wurde, den Soldaten, die bis zu zwei Jahren dienen, eine Erhöhung um 20 Proz. zu geben, denen, die bis drei Jahre dienen, um 40 Proz. und denen, die über drei Jahre im Waffenrock sind, um 50 Proz. Der Schatzsekretär erklärte, daß er jetzt der Frage nähertreten wolle. Es wird die Aufgabe der Fraktion sein, wenn der Reichstag wieder zusammentritt, diese Löhnungserhöhung durchzusetzen und zu verhindern, daß die Erwägungen hinausgezogen werden, bis der Krieg vorbei und die Soldaten am Ende die Geprellten sind. (Sehr gut!) Wir haben weiter schärfste Kritik geübt an der Verpflegung und haben das Verbot der Unteroffizierküchen erreicht. Das Ideal wäre, wenn da draußen alle aus einem Topf essen und aus einer Küche genährt würden; dann würden eine ganze Menge Klagen beseitigt sein. (Sehr richtig!)

Unser Antrag, den Soldaten ein Recht auf Urlaub einzuräumen, ist angenommen. Die Heeresverwaltung war entsetzt darüber, heute ist aber der Urlaub eine Begünstigung, auf die manche ein Jahr und eineinhalb Jahre warten müssen. (Sehr richtig!) Der Urlaub soll nicht eine Belohnung für Wohlverhalten sein, sondern ein wohlerworbenes Recht des Soldaten. Was die Heeresverwaltung tun wird, ist abzuwarten. Namentlich im Kriege darf der Urlaub auf keinen Fall als bloße Begünstigung hingestellt werden. (Sehr richtig!) Die Gewährung der freien Eisenbahnfahrt in die Heimat war ebenfalls ein nicht geringer Erfolg. Wir haben Soldaten geschrieben, daß sie seit einem Jahr draußen sind und sich das Geld zusammengespart haben, um die Reise bezahlen zu können, es aber lieber den notleidenden Familien schicken und darauf verzichten, wieder einmal Frau und Kinder wiedersehen zu können. Dem ist abgeholfen durch die freie Urlaubsreise und darüber hinaus erhalten sie ein Verpflegungsgeld von 2 Mark täglich. Auch diese Anregung ist von uns ausgegangen.

Selbstverständlich haben wir auch die Behandlung der Soldaten in sehr eingehendem Maße erörtert. Wir sind weiter eingetreten für die Besserstellung der aktiven Unteroffiziere und ihrer Familien, der Offiziers- und Beamtenstellvertreter, der Aerzte, für das ganze große Heer derer, die keineswegs im Verhältnis zu ihren Leistungen bezahlt werden. Wir sind aufgetreten gegen die Ausbeutung durch die Kantinen und haben vor allem verlangt, daß die Kantinenüberschüsse, die von den Soldaten aufgebracht sind, zu dem Zweck verwendet werden, für den sie bestimmt sind, nämlich den Mannschaften ausgezahlt zu werden. Auf unseren Antrag wurde beschlossen, daß die Väter kinderreicher Familien von der Front zurückgezogen werden, aber leider ist das nur sehr mangelhaft ausgeführt worden, man hat diese Väter einfach einige Kilometer hinter die Front zurückgenommen, in Stellungen, in denen sie vielleicht

mehr gefährdet waren als vorn, wo Unterstände und andere Schutzmittel vorhanden sind.

Wir haben jetzt beantragt, daß wenn Väter und Söhne oder Vater und Sohn gleichzeitig im Felde stehen, was heute in zahllosen Fällen zutrifft, dann der Vater auf seinen Wunsch von der Front zurückgenommen werden soll.

Wir meinen damit nicht eine Zurücknahme um einige Kilometer, sondern um eine Zurücknahme in die Heimat. Wir haben weiter beantragt, daß die Jahrgänge 1869 und 1870 aus der Armee entlassen werden. Der Krieg dauert solange, daß endlich einmal eine Grenze für die militärische Dienstzeit gezogen werden muß. (Sehr richtig!) Es geht nicht an, daß die Leute draußen 50 Jahre und noch älter werden. Auch im Kriege muß die Dienstzeit mit einem bestimmten Jahr aufhören. (Sehr richtig!) Gewiß steht in der Wehrordnung, daß während eines Krieges niemand aus seiner Formation ausscheiden kann. Aber niemand hat dabei auch an einen Krieg von so unheimlicher Länge gedacht. Ein Vertreter des Kriegsministeriums hat mir mitgeteilt, daß das Kriegsministerium die Absicht habe, die Jahrgänge 1869 und 1870 in die Heimat zurückzuberufen und die Leute so auszutauschen, daß die alten Landstürmer möglichst in ihre Heimatstadt oder in der Nähe ihrer Heimat beim Truppenteil Dienst tun können. Wenn wir damit auch noch nicht ganz zufrieden sein können, so haben wir doch wenigstens etwas erreicht.

Ich glaube, daß mit der Tätigkeit der Reichstagsfraktion für die Feldgrauen allgemeines Einverständnis herrscht. (Zustimmung.) Manche haben gemeint, wir hätten manchmal schärfer auftreten und Faktur reden können. Die Oeffentlichkeit kennt nur unser Vorgehen in der Vollversammlung des Reichstags, nicht was wir im Ausschuß gesagt haben. Unsere Redner müssen immer darauf sehen, daß sie die Klagen, die sie für die Soldaten vorbringen, in eine Form kleiden, aus der unsere Feinde nicht Material schlagen können zum Schaden unseres schwer ringenden Landes. Was sich in der Vollversammlung abgespielt hat, war nie ein Spiegelbild der Ausschußverhandlungen, sondern war auf die Oeffentlichkeit zugeschnitten. Im Ausschuß brauchten wir diese Rücksicht nicht zu nehmen und haben keinerlei Rücksicht genommen. Das wagen selbst die Unabhängigen nicht zu behaupten. Wenn sie uns nachweisen könnten, daß wir nicht scharf genug aufgetreten wären, sie hätten es längst unternommen. Unsere Reden sind von Tagung zu Tagung schärfer geworden. wir haben der Militärverwaltung nichts geschenkt. Die Zuschriften aus dem Felde wurden immer zahlreicher und bewiesen uns, daß die Feldgrauen uns für diese Tätigkeit dankbar sind und anerkennen, was wir in ihrem Interesse geleistet haben. Die Zahl der Zuschriften hat allmählich einen so großen Umfang angenommen, daß wir eine besondere Stelle für die Beantwortung der Briefe schaffen mußten. Das hat sich draußen herumgesprochen und die Folge war, daß die Flut der Zuschriften immer mehr anschwoll. Wir mußten ein Bureau einrichten, das alle diese Fragen sachgemäß behandeln soll. Die Aufgabe dieses Bureaus wird sein, Auskünfte zu erteilen, insbesondere auf den Gebieten des Besoldungs- und Zulagewesens, auf denen sich niemand mehr zurechtfindet. Außerdem soll das Bureau Material sammeln für die Reichstagsfraktion und es gebrauchsfertig machen, und schließlich soll es auch Material sammeln, das in späterer Zeit zu verwenden sein wird. Ich kann mir sehr wohl denken, daß unsere Partei nach dem Kriege einmal ein Buch herausgibt, das nur Feldpostbriefe enthält. (Sehr richtig!) Wir werden dann die wirkliche Stimmung der Soldaten während des Krieges einmal zeigen. Aber das Bureau kann nicht alle Briefe beantworten, die irgendeinem Genossen oder einer Redaktion, einem Arbeitersekretariat oder irgendeiner sonstigen Körperschaft zugehen. Die Bayern haben in der Presse öffentlich er-

klärt, daß sie die ihnen zugehenden zahllosen Briefe gar nicht einzeln beantworten könnten, daß sie aber das darin enthaltene Material im Interesse der Soldaten an geeigneter Stelle verwerten würden. Wir machen es anders. Wir halten es für besser, man gibt den Leuten eine Antwort, und zwar nicht eine formularmäßige Antwort, sondern einen kleinen Brief, aus dem der Soldat sieht, daß seine Beschwerde nicht nach Schema F behandelt wird. (Sehr gut!) Nur die Briefe sollen von dem Bureau beantwortet werden, die der einzelne Genosse nicht beantworten kann, weil ihm das Material dazu fehlt. In besonderen geeigneten Fällen wird das Bureau Eingaben an das Kriegsministerium richten. Ganz unmöglich ist natürlich, in allen Fällen solche Eingaben zu machen. Die Fälle sind ja auch zum großen Teil ganz gleich geartet, 500 bis 600 Fälle laufen auf ganz dasselbe hinaus. Mit den einzelnen Eingaben erreicht man auch gar nicht viel, die Ermittlungen dauern oft Monate, der Beschwerdeführer ist vielleicht dann gar gefallen und die Zeugen auch. Wir wählen vielmehr den Weg allgemeiner Anträge an den Reichstag. Diese neue Einrichtung wird uns in den Stand setzen, den Kampf für unsere Feldgrauen noch energischer zu führen, und zwar gestützt auf Material, das nicht erschüttert werden kann. Wenn die Feldgrauen dann einst wieder heimkehren, dann werden sie sehen, wie die Sozialdemokratie unablässig für sie und ihre Familien gewirkt hat. Sie werden sich unseren Reihen anschließen zum Kampf für das allgemeine Ziel. (Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender **Ebert** teilt mit, daß eine neue Entschließung Löbe eingegangen ist, die die Ziffer 56 erhält. Im dritten Absatz derselben soll der Satz: „Der Parteitag heißt die Tätigkeit der deutschen Arbeiterdelegierten gut“ . . . auf Wunsch der Antragsteller folgende Fassung erhalten: „Der Parteitag heißt die Tätigkeit der Delegierten der Sozialdemokratie und Gewerkschaften Deutschlands in Stockholm . . .“

Cohen-Reuß: Die meisten Redner haben die Frage der Kreditbewilligung in den Mittelpunkt der Erörterungen gestellt. Es dürfte niemand im Saale sein, der der Ansicht wäre, daß die Kredite unter allen Umständen und in jeder Lage bewilligt werden müßten. Dagegen haben sich schon Meerfeld und Löbe ausdrücklich gewendet und ich schließe mich ihnen an. Ich kann mir allerdings in der jetzigen Zeit keine Lage denken, in denen wir die Kredite ablehnen müßten. Wenn Schmidt-Meißen David vorgeworfen hat, daß jedesmal die Fraktion die Bewilligung der Kredite damit begründet hätte, daß Deutschland in höchster Gefahr sei, so möchte ich ihn doch fragen: war das nicht jedesmal richtig? Hat es in diesem Kriege auch nur eine einzige Stunde gegeben, in der Deutschland nicht in der größten Gefahr war? Auch ich bringe dem jetzigen Kanzler und seiner Regierung das schärfste Mißtrauen entgegen. Aber man darf das Kind auch nicht mit dem Bade ausschütten. Und etwas eindeutiger ist bei allem Mißtrauen gegen die Person des jetzigen Kanzlers seine sachliche Stellungnahme in der Friedenspolitik nach der Antwort auf die Papstnote doch geworden, so eindeutig, daß die „Kreuzzeitung“ schrieb: die Möglichkeit, daß die Reichsleitung für die Friedensverhandlungen freie Hand habe, gelte nur mit der Einschränkung, die die Antwort an den Papst und die Friedensentschließung des Reichstages ziehen. Das spricht Bände. Wer ehrlich sein will, muß zugeben, daß über die Bereitwilligkeit der deutschen Zivilregierung, Belgien wieder herauszugeben, es keinen Zweifel gibt. Nur will die Regierung es nicht tun — und darin hat sie recht — ohne jede Bedingung. Sie will darüber am Verhandlungstisch reden, sie will auch die geraubten Kolonien und ähnliche Dinge wieder heraushaben, aber sie will Belgien wieder herausgeben. Die „Westminster Gazette“, das maßgebende

Blatt des englischen Imperialismus, schrieb zu dieser Frage am 29. September wörtlich folgendes:

„Keine Friedensbedingungen können von der Entente auch nur überlegt werden, wenn sie nicht mit der Einwilligung von seiten Deutschlands beginnen, Belgien wieder herauszugeben und Genugtuung zu leisten. Das muß bedingungslos erfolgen und darf in keiner Weise die Gegenwehr für Zugeständnisse sein, die Deutschland in anderen Gegenden der Welt erhielte.“

Das ist doch deutlich, und die belgische Frage könnte für uns ausscheiden. Aber wegen der feindlichen Völker selbst würde es gar nichts schaden, wenn man noch etwas deutlicher spräche. Die deutsche Regierung muß insofern freie Hand behalten, als sie ihre Friedensbereitschaft nur in großen Grundlinien zeigen kann. Angabe von Einzelheiten würden den Krieg nur verlängern. Hoch hat die mich merkwürdig berührende Frage gestellt, warum Staatssekretär v. Kühlmann seinen trefflichen Ausführungen über Elsaß-Lothringen nicht die Versicherung angeschlossen hat, Elsaß-Lothringen würde ein freier Bundesstaat werden. Glaubt denn Hoch, daß das auf die Franzosen irgendwelchen Eindruck machen würde? Den Franzosen ist es gleichgültig, ob Elsaß-Lothringen ein freier Bundesstaat wird oder nicht. Sie wollen es für sich selbst haben. Für uns ergibt sich im Augenblick folgende Lage: die ungeheuren Leistungen unserer Feldgrauen draußen sind vorläufig nur solange denkbar, solange wir hinter ihnen stehen. In dem Augenblick, wo wir die Kredite verweigern, wird dies das Signal sein, was es auch am 4. August gewesen wäre, daß wir Sozialdemokraten mit dem Kriege nichts mehr zu tun haben, daß es uns gleichgültig ist, wie er endet, daß wir einen Frieden um jeden Preis wollen.

Lensch hat bereits auf das charakteristische Merkmal dieses Krieges, die Teilnahme Englands und seine eigenartige Stellung in der Welt hingewiesen. Ein so guter Kenner von England wie Lensch hätte diese Stellung Englands auch schon am 4. August erkennen können, und nicht erst vier Monate später. (Sehr richtig!) Damit erledigt sich seine Kritik an unserer Abstimmung vom 4. August. England steht tatsächlich im Mittelpunkt dieses Krieges. Deshalb genügt es nicht, wenn wir einen Frieden ohne Annexionen und ohne Entschädigungen schließen. Die Lage nach Friedensschluß wird für uns fürchterlich sein, wenn es uns nicht gelingt, aus der gegenwärtigen Isolierung herauszukommen. Möge sich das Kriegsschicksal für uns gestalten wie es will, wenn es uns nicht gelingt, die feindliche Mächtegruppe zu sprengen, sind wir schlimm daran. (Sehr richtig!) Wir müssen daher mit unserer Politik das Ziel verfolgen, dem ungeheuer starken England, hinter dem jetzt auch Amerika steht, eine andere Mächtegruppe, die des europäischen Festlandes, entgegenzustellen. Das können wir nicht erreichen durch das billige Mittel der Erweiterung unserer Grenzen nach beiden Seiten, das ein ganz unpolitisches Mittel wäre. Wir müssen die Gesamtlage Deutschlands nach dem Frieden in Betracht ziehen. Die beiden angelsächsischen Imperien werden nach dem Kriege nicht unsere Freunde sein. Wenn zu dieser angelsächsischen Feindschaft noch die Feindschaft Rußlands käme, wäre unsere Zukunft so düster wie möglich. Wir müssen daher unsere Politik so einrichten, daß wir zu einem guten Verhältnis mit Rußland kommen. Das scheint mir möglich zu sein, wenn wir alle östlichen Fragen nicht gegen Rußland, sondern im Einverständnis mit Rußland entscheiden. Der „Vorwärts“ hat sich dieser Tage erst in der gleichen Richtung ausgesprochen. Mit dem neuen demokratischen Rußland läßt sich über alle wesentlichen Fragen verhandeln. Die Idee der Pufferstaaten Polen, Kurland und Livland wird selbst von einem so mit westlicher Orientierung er-

füllten Blatt wie der „Frankfurter Zeitung" als unglücklich empfunden, weil es Rußland möglich wäre, dann in diesen Pufferstaaten gegen uns zu wühlen. Für die vielen aber, die immer die Freundschaft mit England für notwendig und möglich halten, sei gesagt, daß, wer die Freundschaft zu Rußland erstrebt, gar nicht daran denkt, es in bewußtem Gegensatz zu England zu tun. Wir wollen in keiner Weise aggressiv gegen England Stellung nehmen, wohl aber in defensiver Weise die uns in einer vom Angelsachsentum beherrschten Welt gebührende politische und wirtschaftliche Stellung finden. Wir können das aber nur tun, wenn wir die russische Rückendeckung haben. Wenn wir in dieser Weise Politik treiben, leisten wir dem deutschen Volk den größten Dienst und sorgen dafür, daß es sobald nicht wieder die Waffen zu ziehen braucht. (Beifall.)

Landsberg-Magdeburg: David ist gestern noch einmal auf die am Vormittag abgeschlossene Einigungsdebatte eingegangen. Ich will auf seine Ausführungen zu diesem Punkt nicht zurückkommen, aber die Feststellung muß ich doch treffen, daß sie in Widerspruch gestanden haben zu dem gestrigen Beschluß. In einer Beziehung sind wir, soweit unsere Ansichten auch auseinandergehen mögen, einig, wir bekennen uns samt und sonders zum Prinzip der Landesverteidigung. Hoch hat das Bekenntnis zu diesem Grundsatz auch für die Unabhängigen in Anspruch genommen. Wenn die Frage, ob sie Anhänger des Gedankens der Landesverteidigung sind, zweifelhaft geworden ist, so haben sie sich das selbst zuzuschreiben (Sehr richtig!), denn sie haben mitten im Kriege mit den Spartakusleuten sich politisch verbündet, für die das Bekenntnis zur Landesverteidigung eine „Verwirrungsphrase" ist, und sie konnten zur Einigung mit ihnen nur dadurch gelangen, daß sie in den Richtlinen des Gothaer Einigungskongresses zur Frage der Landesverteidigung überhaupt keine Stellung nahmen. (Sehr richtig!) Das wurde damit begründet, daß diese Frage nicht aktuell sei. (Lachen.) Das Bekenntnis zur Landesverteidigung zwingt uns selbstverständlich nicht, unter allen Umständen Kriegskredite zu bewilligen, und ich weiß nicht, wen Brandes im Auge hat, wenn er meint, daß unter Berufung auf den Grundsatz der Landesverteidigung die Notwendigkeit betont worden sei, Kredite unter allen Umständen zu bewilligen. Es kann gar keinem Zweifel unterliegen, daß keiner von uns Kredite bewilligt hätte, wenn Deutschland unter denselben Umständen wie Italien oder Rumänien in den Weltkrieg hineingegangen wäre. (Lebhafte Zustimmung.) So liegt die Sache aber nicht. Die Auffassung, daß Deutschland sich wie ein Wolf auf die friedlichen Länder der Entente gestürzt hat, ist geradezu unsinnig. Ich billige es durchaus nicht, daß man die völlige Schuldlosigkeit der deutschen Diplomatie an diesem Weltkrieg zu beweisen sucht. (Sehr richtig!) Ich billige das schon deshalb nicht, weil die Noten der Diplomaten für den Ausbruch des Weltkrieges ziemlich gleichgültig gewesen sind. Der Krieg ist hervorgegangen aus den Ausbreitungstendenzen aller an ihm beteiligten Länder. Aber der Sache nach ist dieser Krieg für Deutschland ein Verteidigungskrieg. (Sehr wahr!)

Brandes spricht von Eroberungsabsichten. Gewiß, er hat recht, es gibt einflußreiche Kreise in Deutschland, die diesen Krieg mit Eroberungen ausgehen lassen wollen. Aber Hoch hat ihm schon vorweg widerlegt, indem er ausgeführt hat, daß dieser Krieg mit deutschen Eroberungen gar nicht endigen kann, und Pläne, die nicht verwirklicht werden können, sollten uns in unserer Haltung zu beeinflussen geeignet sein? In einer anderen Beziehung stimme ich mit Hoch nicht überein. Er gibt der Zuversicht Ausdruck, daß Deutschland in diesem Kriege nicht niedergeworfen werden kann. Soviel Vertrauen habe ich zum deutschen Generalstab nicht. (Hoch: Aber zum deutschen Volke!) Ich

habe zum deutschen Volk sehr viel Vertrauen, aber so weit geht mein Vertrauen doch nicht. Die Tätigkeit der deutschen Vaterlandspartei müssen wir nicht zuletzt deshalb mit dem größten Eifer bekämpfen, weil sie imstande ist, eine Niederlage Deutschlands herbeizuführen (Sehr richtig!), denn sie züchtet im Heere und in der Heimat den Zweifel, ob dieser Krieg zur Verteidigung geführt wird, und dieser Zweifel schwächt den Willen zur Verteidigung. (Sehr richtig!) Weil der Sache nach dieser Krieg ein Verteidigungskrieg ist, deshalb haben wir die bisher geforderten Kredite bewilligt. Keiner von uns hat damit die Verpflichtung übernommen, für alle Zeiten Kredite zu bewilligen. Es sind sehr wohl Situationen denkbar, in denen wir sie ablehnen müssen. Die Kreditbewilligung stellt also keine Verletzung unserer Grundsätze dar. Es ist charakteristisch, daß man mehr als sechs Monate gebraucht hat, um sich darauf zu besinnen, daß sie einen Verstoß gegen die Grundsätze bedeute. Wäre der Krieg in sechs oder sieben Monaten beendet gewesen, mit dieser Behauptung hätte sich dann kaum jemand hervorgewagt. (Sehr gut!) Wir haben keine Veranlassung, irgendeinen unserer Grundsätze über Bord zu werfen. Welchen Grundsatz sollten wir denn preisgeben? Etwa den, daß der Weg zur Erreichung unseres Ziels der Klassenkampf ist? Die Preisgabe dieses Grundsatzes wäre nicht angebracht in dem Augenblick, wo wir sehen, wie verschiedene Schichten der besitzenden Klasse wetteifern, sich auf Kosten der breiten Massen zu bereichern, und wie die Regierung mit verschränkten Armen dabeisteht. (Sehr gut!) Oder sollten wir den Gedanken der Demokratie aufgeben? Der Gedanke der Demokratie ist jetzt kein Parteigedanke mehr, Demokratie ist eine Volksnotwendigkeit geworden, jeder Verständige weiß, daß, wie Gierke gesagt hat, der Staat in das Volk zurückverlegt werden muß, wenn er sich erhalten soll. Oder sollen wir den Gedanken des Sozialismus preisgeben? Nach dem Kriege werden die Massen stöhnen unter den Lasten dieses Völkerzusammenstoßes, den sie nicht verschuldet haben. Sollen wir in dieser Zeit des Massenjammers die Besitzenden nicht daran hindern, ihren Profit einzustreichen? Die Zeit weitgehender Monopole wird nach dem Kriege gekommen sein, und das Monopol ist doch die Form des Sozialismus. Oder sollen wir den Gedanken der Internationalität aufgeben in einer Zeit, wo selbst die kapitalistischen Regierungen nach internationalen Verträgen zur Sicherung der Völker verlangen? Nein, wir halten an dem Gedanken der Internationale fest. Freilich stellen wir uns die Internationale nicht so vor, daß wir Deutschen die Proletarier sind und die anderen die Bourgeois. (Lebhafte Zustimmung.) Also unsere Grundsätze sind durch den Krieg nicht erschüttert, sondern vertieft. Nun will man uns aber auf eine bestimmte Taktik festlegen. Demgegenüber erinnere ich an das Wort des alten Liebknecht, daß die Taktik vorher nicht zu bestimmen ist. Er hat bekanntlich gesagt: ändern sich die Verhältnisse den Tag 24mal, so ändere ich meine Taktik 24mal am Tage. Dies Wort gilt heute noch. Wir werden stets das uns geeignet erscheinende Mittel anwenden, um unsere Grundsätze zu verwirklichen, und werden vor keiner Koalition zurückschrecken, die uns auf dem Wege zu unserem Ziele vorwärts bringt. Die Resolution Winnig ist eigentlich ein Mißtrauensvotum gegen uns, es bedarf einer solchen Resolution wirklich nicht. Ebensowenig, wie hervorgehoben zu werden braucht, daß der Abschluß von Bündnissen uns niemals zur Preisgabe von Grundsätzen Veranlassung geben kann. Der Antrag 54 ist meiner Meinung nach unannehmbar. Er bindet uns in seinem Schlußsatz die Hände in einer völlig unerträglichen Weise. Dieser Satz lautet: Unsere Reichstagsfraktion kann der jetzigen Reichsleitung keine Kreditforderung bewilligen und ebensowenig einer anderen Reichsleitung, die sich nicht ausdrücklich und unzweideutig im allgemeinen und in wichtigeren Einzel-

fragen zu unseren Friedensforderungen und den notwendigen Verfassungsänderungen bekennt oder deren Handlungen den Zusicherungen widersprechen. Nun stellen Sie sich folgenden Fall vor, der absolut nicht willkürlich konstruiert ist, sondern wohl eintreten kann: Wir haben eine Regierung, die zu feige und zu schwach ist, während des Krieges schon an die Verwirklichung freiheitlicher Reformen heranzugehen; sie ist aber ehrlich bestrebt, den Frieden herbeizuführen und wird deshalb von den Alldeutschen leidenschaftlich bekämpft; sie kann diesen Kampf nur durchführen, wenn sie von uns gegen die Annexionisten unterstützt wird. Nach dem Wortlaut der Resolution Hoch wären wir verpflichtet, einer solchen Regierung die Kriegskredite zu verweigern, weil sie in der Frage der Neuorientierung völlig passiv ist. Was würden wir durch die Verweigerung der Kriegskredite zuwege bringen? wir würden die Regierung stürzen und würden es dadurch ermöglichen, daß sie abgelöst wird durch eine dem Abschluß eines ehrenvollen Verständigungsfriedens abgeneigte Regierung. Das können wir doch unmöglich wollen. (Sehr wahr!) Es kann eben die Taktik nicht für alle Zeiten und für alle Fälle festgelegt werden. Ihr Schlußsatz macht die Resolution Hoch völlig unbrauchbar. Ich denke, wir können uns alle auf die Resolution 56, die beiden Richtungen Rechnung trägt, einigen. (Lebhafter Beifall.)

Ein Schlußantrag wird angenommen.

David (Schlußwort): Ich glaube, ich kann mich in meinem Schlußwort noch kürzer fassen als in meinem Referat. (Große Heiterkeit.) Der Gang der Debatte hat als Resultat zutage gefördert, daß die Haltung der Reichstagsfraktion und ihr Wirken im Reichstag sich der Zustimmung der großen Mehrheit des Parteitags erfreut. — An meinen Ausführungen ist einige Kritik geübt worden. Ich will mich auf das Wesentliche beschränken.

Lensch meinte, ich habe die weltgeschichtliche Bedeutung unserer Tat vom 4. August 1914 doch nicht ganz richtig eingeschätzt. Er sieht die weltgeschichtliche Bedeutung des ganzen Krieges in dem Zusammenstoß der Zentralmächte mit der englischen Weltherrschaft. Das ist gewiß ein großer Zug im Bilde. Aber wir sollen doch über den Gegensatz, der sich während des Krieges in wachsendem Maße gezeigt hat zwischen den weltwirtschaftlichen Ansprüchen des angelsächsischen Reichs und des aufstrebenden Deutschen Reichs, doch nicht den alten historischen Gegensatz vergessen, der für den Krieg in seiner Verursachung sowohl wie in seinem Verlauf und in seinen Resultaten von ungeheurer Bedeutung ist. Ich meine den Gegensatz des fortgeschrittenen europäischen Westens gegen das in den Fesseln der Despotie gebliebene europäisch-asiatische Weltreich im Osten. Es ging aus von dem moskowitischen Großfürstentum, das das ganze osteuropäische Staatensystem, wie es im Mittelalter bestanden hatte, zerschlug, große, hoch entwickelte Kulturreiche, wie das Polenreich, die Ukraine, die baltischen Staatsbildungen, zertrümmerte und heranrückte an die germanische Volksgruppe Mitteleuropas und auf deren Schicksal durch die Jahrhunderte, bis zum Ausbruch des Weltkrieges, einen bestimmenden Einfluß ausübte im Sinne der Zurückdämmung einer gesunden politischen und kulturellen Entwicklung. Diesen großen Faktor dürfen wir nicht aus dem Auge verlieren. Diese ganze Konstellation ist nun zusammengebrochen; das ist ein ungeheures Resultat dieses Krieges. Eine durchgreifende Neuorientierung des ganzen europäischen Staatensystems im Osten ist damit eingeleitet. Gewiß, wir wollen uns mit dem neuen Rußland gut stellen, wie wir mit allen Völkern hoffen, in ein vernünftiges und, wenn es nach unseren Wünschen geht, ein freundschaftliches Verhältnis zu kommen. Aber die Entwicklung im Osten ist noch keineswegs abgeschlossen, noch herrscht dort ein gärendes

Chaos, und wir wissen nicht, wie das neue Rußland sich gestalten wird. Da müssen wir abwarten; ein Programm schon jetzt aufzubauen, ist verfrüht.

Nun zu den Ausführungen Hochs. Ich finde, daß Hoch die Aufgabe, die ihm eigentlich gestellt war, gar nicht erfüllt hat; er ist daran vorbeigegangen. (Sehr richtig!) Die Frage lautete doch: Warum haben Hoch und seine Freunde im Laufe des Krieges ihre Stellung zu den Kriegskrediten geändert, warum hat er zweimal für die Kriegskredite gestimmt und aus welchen zwingenden Gründen dann dagegen? Er ist uns den Beweis schuldig geblieben, daß er solche zwingende Gründe hat. Den Beweis hätte er führen müssen, wenn er uns von der Richtigkeit seiner Taktik überzeugen und die Unrichtigkeit der unsrigen dartun wollte. Hoch gehört nicht zu der Gruppe 1 in der Fraktion, die prinzipiell die Landesverteidigung ablehnt. Wenn er sagt, es wäre in der Fraktion überhaupt kein Vertreter dieser Richtung gewesen, so ist das falsch. Die Gruppe Liebknecht-Rühle steht auf diesem Standpunkt, sie hat das Wort von der Landesverteidigung als kapitalistische Verwirrungsphrase geprägt. Er zählt auch nicht zur Gruppe 2, Haase und seine Freunde. Die haben am 4. August 1914 bereits die Kredite abgelehnt; deren Stellungnahme ist durch ganz andere Gründe bedingt. Hoch bekennt sich zur Landesverteidigung. Er hat aus denselben Gründen wie wir am 4. August 1914 für die Kredite gestimmt, weil, wie es in unserer Erklärung hieß, wir unser Land in der Stunde der Gefahr nicht im Stich lassen durften. Wann trat nun der Zeitpunkt ein, daß unser Land nicht mehr in der Gefahr war? Diese Frage hat Hoch nicht beantwortet. Waren die Gegner einmal bereit, uns einen ehrenvollen Frieden zu geben, war das Ziel der Verteidigung erfüllt? Oder hat ihn zur Ablehnung veranlaßt die Erkenntnis, daß der Krieg inzwischen aus einem deutschen Verteidigungskriege zu einem Eroberungskriege Deutschlands geworden sei? Auch diesen Beweis ist er uns schuldig geblieben. Er hat zwar gesagt, und Brandes und Schmidt-Meißen haben in dieselbe Kerbe gehauen, die deutsche Regierung habe annexionistische Neigungen gehabt. Damit ist der Beweis aber nicht erbracht. Wir haben ja nicht „der Regierung" die Kredite bewilligt, sondern weil das Land sich am 4. August 1914 und später gegen eine Koalition wehren mußte, die in keiner Phase des Krieges noch bereit war, uns den Frieden der eigenen Unversehrtheit zu geben. (Sehr richtig!) Was die Haltung der Regierung anlangt, so habe ich schon gestern diese Frage eindeutig beantwortet. Die Regierung Bethmann suchte einen Mittelweg zu gehen, sie suchte in dieser Frage rechts und links zusammenzuhalten. Das war das Motiv für sie, sich nicht restlos auf den Standpunkt der Sozialdemokratie zu stellen, denn wir waren doch eine Minderheit in dieser Frage bis zum Juli dieses Jahres. Der Kanzler konnte sich unmöglich restlos auf den Boden der Minderheit stellen; die Folge wäre gewesen, daß er am andern Tage einen Mann an seiner Stelle gesehen hätte, der dem Willen der damals annexionistischen Mehrheit entsprach. Dazu kamen weiter taktische Gründe. Man sagte sich wie heute: das Aussprechen bescheidener Friedensziele wirkt draußen als Schwäche und verlängert so den Krieg erst recht. Wir teilen diese Auffassung nicht, aber sie ist in Regierungskreisen stark verbreitet. Also Bethmann versuchte einen Mittelweg zu gehen, aber unter unserem Druck orientierte er sich von Monat zu Monat weiter nach links. Angesichts dieser Entwicklung kann ich nicht verstehen, wie die Genossen, die am 4. August 1914 für die Kreditbewilligung stimmten, nun dagegen stimmen konnten. Es ist bei Hoch noch ein selisames Moment mit dabei. Die dritte Kreditbewilligung im März 1915 wurde von Hoch noch zur Hälfte bewilligt. Es waren 10 Milliarden angefordert, Hoch war damals bereit, 5 Milliarden zu bewilligen, und als sein Antrag abgelehnt wurde,

stimmte er gegen die 10 Milliarden. Wo liegt da die prinzipielle Begründung? (Sehr richtig!) wo liegt da der triftige Grund? Hoch hat selbst betont, der Verlauf des Krieges habe ihn zu der Erkenntnis gebracht, daß auf deutscher Seite an Eroberungen gar nicht gedacht werden könne, oder, wie er sich ausdrückte, daß man „keine Angst zu haben brauchte", daß etwa von deutscher Seite Eroberungen gemacht würden. Gut, wenn diese Befürchtung gar nicht vorlag, so begreifen wir um so weniger, wie er lediglich, weil die Regierung noch nicht ganz auf unseren Boden gedrängt war, dem Lande die Verteidigungsmittel verweigerte in einer Situation, wo gar nicht daran zu denken war, daß die anderen uns einen Frieden ohne Vergewaltigung gegen uns zu gewähren bereit waren. Aber der Ausdruck, daß man keine Angst vor Eroberungen deutscherseits zu haben braucht, ist sehr charakteristisch. Diese „Angst", daß den mit uns kriegführenden Staaten beim Friedensschluß irgendein Leid geschehen könne, die Besorgnis, daß irgendein feindlicher Staat einen Abbruch, territorial oder sonst, erleiden könnte, erfüllte immer wieder das Gemüt einiger Genossen. Gewiß, wir treten für die Lebensrechte auch der anderen Völker ein, aber es sollte doch für uns der in erster Linie maßgebende Gesichtspunkt sein, daß wir die Sorge zu beheben suchen, daß man keine Eroberungen gegen uns macht, daß wir nicht selbst zu Schaden kommen. (Sehr richtig!) Wenn wir den Vorschlägen des Genossen Hoch gefolgt wären, am 4. August und am 12. Dezember 1914 die Kredite bewilligt hätten, im März 1915 nur noch halb, nachher gar nicht mehr — was wäre das wohl für eine Politik geworden! (Sehr wahr!) Kann man eine große geschichtlich verantwortliche Partei in einer solchen Frage so im Zickzack führen: heute für, morgen dagegen und dann vielleicht mal wieder dafür? Ein solcher Zickzackkurs ist unmöglich. Es ist Hoch nicht gelungen, irgendwie zu erreichende Gründe für eine solche Taktik anzuführen.

Hoch hat mich nicht verstanden, als ich davon sprach, daß die Entscheidung am 4. August 1914 eine für unsere ganze weitere politische Wirksamkeit bestimmende gewesen sei. Ich sprach von dem Kreuzweg, von dem aus sich die beiden möglichen Wege gabelten. Er sagte demgegenüber, wir müßten fest bleiben auf dem Boden der alten Taktik. Wenn wir das näher prüfen, so werden wir finden, daß zwei entgegengesetzte taktische Prinzipien im Schoße der Sozialdemokratie seit Anfang ihres Bestehens bestanden haben. Zunächst überwog das eine: die Einstellung auf die Katastrophe, die sich automatisch vollziehen und nach der wir das Erbe der kapitalistischen Wirtschaft antreten sollten. Allmählich setzte sich unter schweren Kämpfen die zweite Taktik durch, daß wir schon die Gegenwartsarbeit in ganz anderer Weise bewerteten und dann auch erkannten, daß die großen und letzten Ziele nur auf dem Wege einer organischen Entwicklung erreicht werden können; daß der Schritt von der Ohnmacht zur Allmacht kein Sprung ist, sondern ein langsames Werden, ein langer Kampf, Schritt für Schritt vorwärts. Diese beiden Taktiken steckten in der Partei und was ich sagen wollte, war: am 4. August 1914 haben wir uns klar für die letztere Taktik entschieden und diejenigen, die bei der alten blieben, sind in der Unabhängigen Partei. (Sehr richtig!) Das ist damals geschehen. Am 4. August 1914 durften diejenigen, die ihre Hoffnungen oder ihre Taktik auf eine sicher zu erwartende Katastrophe einstellten, gegen die Kredite stimmen, denn wer auf diese Katastrophe eingestellt war, der mußte erkennen, daß damals die große Stunde der Katastrophe gekommen war. Und wenn er nicht positiv etwas tat, um diese Katastrophe zu fördern, so mußte er wenigstens sich passiv verhalten, abwarten und dem Verhängnis seinen Lauf lassen. Das war die konsequente Logik dieser Richtung. Das aber hat die Fraktion abgelehnt. Mit der Kreditbewilligung hat sie erklärt, daß der

Staat, dem wir angehören, wert ist, verteidigt zu werden. Sie hat sich nicht bekannt zur russischen Taktik. Die konnten damals mit Recht sagen: der Staat, dem wir angehören, verdient nicht erhalten zu werden, sondern er muß zusammenbrechen, deshalb müssen wir die Niederlage wünschen und nichts tun, sie zu hindern. Wir sagten: der deutsche Staat ist nicht mehr der russische Staat, er hat eine mächtige Arbeiterbewegung, ein demokratisch gewähltes Parlament, die Arbeiterschaft kann in Deutschland schon von einer gewissen politischen und sonstigen Kultur sprechen. Darum entschieden wir uns, diesen Staat nicht zerstören zu lassen. Wir sagten, das Haus ist gut — lange nicht so gut, wie wir es wünschen, aber doch viel zu gut, um es zerstören zu lassen; darum wollen wir es verteidigen, um es nach unseren Zielen weiter auszubauen. (Lebhafte Zustimmung.) Das war der andere Weg, der einzuschlagen war und den haben wir eingeschlagen.

Hoch hat dann scharf davon gesprochen, daß wir den Klassengegensatz nicht vergessen dürften. Das wäre allerdings ein schwerer Fehler, wenn man die großen Gegensätze vergessen wollte, die naturgemäß liegen zwischen den Interessen der arbeitenden Massen und derer, die von Kapitalinteressen leben. Aber wenn Hoch das auf die Friedensfrage anwendet, so führt das in die Irre. In dieser Frage bilden die kapitalistischen Klasseninteressen nicht die entscheidende Richtlinie. Der schlagende Beweis dafür ist schon die Verständigungsmehrheit im Reichstag, wo wir, die ausgesprochenen Vertreter der Lohnarbeitermassen, neben uns die Fortschrittspartei und die Zentrumspartei sehen. Schon diese Kombination widerlegt die Auffassung, daß der Klassengegensatz hier führende Richtschnur sein kann. Für einen Verständigungsfrieden sind auch große kapitalistische Kreise interessiert; es gibt auch kapitalistische Friedensinteressenten, und vielleicht sogar mehr als kapitalistische Kriegsinteressenten. Die ganze Friedenskultur, die Produktion in weitem Maße, leidet furchtbar Schaden. Auch in weiten Kreisen des besitzenden Bürgertums wird die Frage eines baldigen Friedens als Existenzfrage empfunden. Auf der anderen Seite gibt es auch proletarische Annexionisten und Kriegstreiber. Es gibt auch kurzsichtige Arbeiter, die hinter alldeutschen Vorstellungen herlaufen. Es gibt vor allem kleine Beamte, kleine Leute, die schwere Menge, die von dieser Ideologie befangen sind, die sagen: Was wir haben, geben wir nicht mehr raus und ähnliche unüberlegte Dinge. Also die Klassenkampforientierung führt hier in die Irre.

Hoch widerspricht sich dann selbst in seinen praktischen Schlußfolgerungen. Er fragt: Worum handelt es sich nun jetzt? Die große aktuelle Frage ist, die Regierung zu zwingen, sich zu entscheiden, entweder restlos auf die Seite der Annexionisten zu treten oder sich für die Mehrheit des Volkes zu entscheiden und ein klares, von eigener Ueberzeugung getragenes Friedensprogramm zu entwickeln. Da bin ich ganz Ihrer Meinung, Genosse Hoch. Ich verstehe Sie wohl nicht falsch, daß Sie dabei an die Mehrheit, die sich jetzt im Reichstag gebildet hat, denken, denn wir allein sind ja doch noch keine Mehrheit, und wenn wir verlangen, daß die Regierung auf den Boden der Mehrheit tritt, so muß eine solche Mehrheitsbildung im Reichstag vorhanden sein. Sie sind also für die Erhaltung dieser Mehrheit, um der Regierung die Möglichkeit zu bieten, sich von der Rechten loszureißen. Wenn das gemeint ist, so begrüße ich diese Auffassung Hochs und glaube, daß damit auch das erfüllt ist, was der Antrag Winnig und Genossen meint und daß der Parteitag sich damit einverstanden erklärt, daß wir diese Fühlung mit den in der Friedensfrage nächststehenden Parteien gesucht haben und mit ihnen zusammen versuchen, die Entwicklung Deutschlands vorwärts zu treiben, soweit nur immer

diese Parteien mit uns gehen wollen. Das ist ein außerordentlich erfreuliches Resultat dieses Parteitages.

Nun sagt Schmidt-Meißen, diese Mehrheit hat bis jetzt noch gar nichts erreicht. Aus seinen Worten klang der vollendetste Pessimismus. Er bezog sich dabei auch auf ein Berliner liberales Blatt. Ich kann es nicht als eine glückliche politische oder agitatorische Methode ansehen, die Arbeit, die geleistet wird, die Erfolge, die erzielt werden, als Nichts hinzustellen. (Sehr wahr!) (Schmidt-Meißen: Wo sind denn die Erfolge?) Es wirkt nichts agitatorischer als die Aufweisung von Erfolgen, Erfolge begeistern, Erfolge machen Mut, erzeugen die Stimmung, weitere Erfolge zu erkämpfen, der Appetit kommt mit dem Essen. Im übrigen ist es vollkommen unrichtig, was Schmidt behauptet. Der Verfassungsausschuß hat in der Tat eine Reihe von Beschlüssen auf Ausgestaltung der Verfassung gefaßt, und zwar innerhalb acht Tagen, ohne viel zu reden. Beschlüsse, die wir jahrelang nicht hatten durchsetzen können. Erstens das Verantwortlichkeitsgesetz für den Reichskanzler, dann die Verantwortlichkeit der Staatssekretäre — das ist der erste entscheidende Schritt auf dem Wege zu verantwortlichen Reichsministern. Dann der volle Schutz der Immunität der Abgeordneten. Weiter die Beseitigung der Mitwirkung des Militärkabinetts bei der Bestallung von Offizieren, die vom Kriegsministerium ausgehen soll. Die Reaktionäre auf der ganzen Linie haben über diese Beschlüsse ein furchtbares Geschrei erhoben. Das sei ein Einbruch der Demokratie in die Rechte der Krone.

Aber das war nur der Anfang. Der Verfassungsausschuß hat sich geeinigt auf die Forderung, an die Reichsregierung das Verlangen zu stellen, noch vor der nächsten Reichstagswahl einen Gesetzentwurf einzubringen, der die städtisch-industriellen Wahlkreise mit mehr Mandaten ausstattet. Der Beschluß ist auch im Plenum angenommen worden. Ist das nichts? Wir haben seit Jahren darum gekämpft, wir sind seit Jahren dem entgegengetreten, daß man die städtische Bevölkerung mit einem verschleierten Pluralwahlrecht zugunsten des Landes abfindet. Wir haben auf das Unrecht hingewiesen, das darin besteht, daß man die städtische Bevölkerung, obwohl ihre Leistungen während des Krieges hinter denen des Landes wahrhaftig nicht zurückstehen, schlechter stellt. Es ist uns gelungen, das durchzusetzen. War das nichts? — Dann hat die Mehrheit im Ausschuß durchgesetzt, daß die Regierung eine Erklärung abgab, als königlichen Erlaß, daß das preußische Wahlrecht ein gleiches sein soll. Ich betone ausdrücklich, das ist vom Verfassungsausschuß verlangt worden als Bedingung, und das Versprechen ist gekommen. Ich frage wiederum, war das nichts? Das war alles nichts für den Genossen Schmidt. Für ihn muß die Weltgeschichte gleich bis zum letzten, bis zum vollständig fertigen Zukunftsstaat binnen vierzehn Tagen (Heiterkeit) gehen, und wenn das nicht erreicht wird, alles, was vorher kommt, ist nichts. Alles das steht zunächst mal in den Akten, es sind Erklärungen, es sind Beschlüsse, wir haben eine Unterlage. Das ist doch mehr, als wenn nichts da wäre. Zunächst müssen wir die Beschlüsse haben und müssen von der Regierung verlangen, daß sie ihnen Folge leistet. Aber für ihn ist das alles jetzt noch nicht fertig; für uns auch nicht. Nur sind wir der Ueberzeugung, daß es kommen wird, wenn, wie ich hoffe, die Sozialdemokratie auf dem Plan bleibt. Dann ist der Artikel 9 der Verfassung, der die eigentliche Hemmung für die Einführung des parlamentarischen Systems bildet, vom Verfassungsausschuß aufgehoben worden. Fällt die Bestimmung, daß ein Mitglied der Regierung nicht zugleich Mitglied des Parlaments sein kann, dann haben wir erreicht, daß ein Abgeordneter, der in die Regierung eintritt, Abgeordneter und Vertrauensmann der Gruppe bleiben kann, die er hinter sich hat; dann ist die

organische Brücke geschlagen. Neben solchen Ministern sind die reinen Beamtenminister sehr bald ohnmächtig. Ist das alles nichts? Mit der Schmidtschen Methode macht man keine Politik; das ist die reine Miesmacherei und Flaumacherei (Sehr richtig!), und das tut sich dann auf als Radikalismus. (Sehr gut!) Mit diesem Wort-Radikalismus, hinter dem nichts steckt, lockt man keinen Hund hinter dem Ofen heraus. Eine reformistische Tat ist mehr wert als zehntausend radikale Worte. (Lebhafte Zustimmung.)

Dieselbe Methode wie Schmidt hat Hoch eingeschlagen in der Friedenspolitik. Er erklärte: Bis jetzt ist in der Friedensfrage „noch nichts erreicht", und daraus zieht er den Schluß, deshalb ist man auch nicht berechtigt, den feindlichen Staatsmännern wie Lloyd George oder Renaudel einen Vorwurf zu machen. Das können die feindlichen Staatsmänner gerade zur Verteidigung ihrer Haltung gebrauchen; sie können sich auf Hoch berufen und mit ihm sagen: die Deutschen haben gar kein Recht, uns Vorwürfe zu machen, weil wir noch nicht zum Frieden bereit sind, sie selbst meinen es ja auch nicht ehrlich damit. Nützt Hoch damit der Sache des Friedens, und entspricht das der Wahrheit? War nicht das deutsche Friedensangebot vom 12. Dezember ein Vorsprung vor den feindlichen Mächten? War nichts erreicht, als die Reichstagsmehrheit sich am 19. Juli auf den Boden der Verständigungsresolution stellte? Ist man im englischen, im französischen oder im italienischen Parlament schon so weit? Heißt es nicht geradezu die geschichtliche Wahrheit, die wir alle miterleben, negieren, wenn man so operiert? (Lebhafte Zustimmung.) War die Erklärung Kühlmanns nichts, ist die Erklärung Czernins nichts? Sind wir wirklich nicht berechtigt, denen da drüben zu sagen: bitte, nun sprecht auch Ihr mal ein Wort der Friedensbereitschaft? (Erneute lebhafte Zustimmung.) Wir sind dazu berechtigt. (Zuruf: Verpflichtet!) Was ist das aber für eine Taktik, die uns diesen Boden unter den Füßen wegzieht und uns ins Unrecht setzt, wenn wir diese Forderung erheben? Damit fördert man den Frieden nicht, sondern man erreicht das Gegenteil. Die Wirkung Ihrer Worte, Genosse Hoch, ist genau dieselbe, wie die Wirkung der Ablehnung der Friedensresolution durch Haase und Genossen am 19. Juli. (Sehr richtig!) Dagegen müssen wir scharf protestieren, es darf nicht der Anschein erweckt werden, als ob die deutsche Sozialdemokratie der Meinung wäre, daß deutscherseits nichts für den Frieden geschehen sei. Nein, wir sind der Meinung, daß viel geschehen ist, und wir verlangen, daß die drüben sich auch einmal äußern. Die haben jetzt das Wort.

Die Erklärung der Regierung über Belgien hat noch nicht vollständig befriedigt. Indirekt ist ja unsere Forderung beantwortet worden in der Antwort auf die Papstnote, indirekt hat es auch Kühlmann gesagt als er erklärte, nur Elsaß-Lothringen sei eine Frage, die den Frieden noch hindere. Wir wollen aber auch, daß die Bereitschaft, Belgien freizugeben, positiv und direkt ausgesprochen wird, so daß es allerwärts in der Welt richtig verstanden wird und weder in Deutschland noch drüben irgendwelche Deutungen gemacht werden können. Wir wünschen das namentlich auch mit Rücksicht auf die Stimmung in den neutralen Ländern, denn für die Neutralen ist die belgische Frage eine Frage, die sie selbst angeht. (Sehr richtig!) Das fühlen sie alle, und nichts hat uns bei den Neutralen eine so feindliche Stimmung gemacht, wie die Sache mit Belgien. Deshalb müssen wir dies ausräumen, auch um die Stimmung in der Welt gegen uns zu sanieren.

Weiter sagte Hoch, wir dürfen keiner Regierung die Kredite bewilligen, die nicht unsere Verfassungsforderungen erfüllt. Wir bewilligen nicht „der Regierung" die Kredite. Würden wir der Regierung die Kredite bewilligen, dann hätten Hoch, Brandes, Schmidt-Meißen und andere am 4. August 1914

und später wiederholt der Regierung Bethmann die Kredite bewilligt. Wir bewilligen die Kredite aus der Erkenntnis der Notwendigkeit heraus, je nach der Situation, wenn wir überzeugt sind, daß sie für die Verteidigung des Landes noch notwendig sind. Wir treiben auch keine Pressionspolitik. Dies hat Kautsky uns zugemutet am 4. August 1914; da wurde es einmütig abgelehnt. Haase hat in einer seiner Reden mit Recht erklärt, wir haben die Kreditbewilligung nicht als Handelsgeschäft aufgefaßt, und Ebert hat gesagt, Schachergeschäfte machen wir damit nicht. Die innerpolitischen Fragen sind wichtige Fragen, kommen für uns bei Beurteilung einer allgemeinen politischen Situation natürlich auch in Betracht, und vor allem haben wir zu fragen, wie weit trifft etwa die Regierung die Schuld an einer Kriegsverlängerung? Diese innerpolitischen Fragen gehören also mit hinein, wenn eine gegebene Situation zu beurteilen ist. Das Entscheidende aber, das wir niemals vergessen dürfen, steht schon in unserer Erklärung vom 4. August: Wir fordern, daß dem Krieg ein Ende gemacht wird, sobald das Ziel mit der Sicherung erreicht ist und die Gegner zum Frieden bereit sind. Allein können wir den Frieden nicht schließen. Sind die Gegner zum Frieden bereit, dann ist die Lage ganz neu: Wenn dann die deutsche Regierung darauf nicht einginge, dann stünden wir ganz anderen Verhältnissen gegenüber. Wie die Verhältnisse sein werden, wenn wieder eine Kreditvorlage kommt, wissen wir heute nicht, und deshalb können wir uns auch heute in dieser Frage nicht binden. Der Parteitag muß das Vertrauen zur Reichstagsfraktion haben, daß sie auch die neue Vorlage nach allen Richtungen prüfen wird. Wir können nicht von heute aus eine Bindung für kommende Zeiten aussprechen. (Sehr richtig!) Das will aber die Entschließung Hoch und deshalb ist sie unannehmbar. Wir müssen Bewegungsfreiheit in dieser Frage haben, wenn wir nicht Gefahr laufen wollen, daß wir uns beim besten Willen nach einem Parteitagsbeschluß nicht richten können.

Eine Nebenbemerkung an die Adresse Emmels. Emmel gehört zu den Mitunterzeichnern der Entschließung Hoch. Emmel hat doch neulich erst dem Feldmarschall v. Hindenburg das Gelöbnis abgelegt, durchzuhalten bis zum siegeichen Ende. Wie will er es mit diesem Gelöbnis vereinbaren, daß er Kredite unter allen Umständen ablehnt? (Heiterkeit und Sehr gut!)

Sollmann hat den Antrag 30 empfohlen, der uns empfiehlt, die Lage der Staats- und Gemeindearbeiter und -angestellten mehr zu behandeln. Im Reichstag, in den Landtagen und in den Gemeindevertretungen haben wir der Lage der Beamten und Angestellten großes Interesse entgegengebracht. Aber ich gebe zu, es besteht leider noch eine gewisse Kluft zwischen diesen Schichten und der breiten Masse der organisierten Arbeiter. Wir sind vollkommen damit einverstanden, daß wir uns mit Feuereifer in diese Arbeit hineinwerfen, denn die Gelegenheit ist günstig, die Stimmung in diesen Kreisen und in den Kreisen der geistigen Berufsarbeiter ist für uns außerordentlich günstig. (Sehr richtig!) Auch die geistigen Berufsarbeiter gehören mit in die Arbeiterbewegung hinein. Es handelt sich bei der Arbeiterbewegung nicht um einen Kampf der schwieligen Faust gegen die Hirnarbeiter. Davon ist gar keine Rede. Die Arbeiter und Angestellten aller Art gehören auf die eine Seite, die kapitalistischen Interessenten auf die andere Seite. (Sehr richtig!) Die Sozialdemokra[illegible]st und will sein eine allgemeine Volkspartei. Erst dann wird sie die Wucht und die Kraft haben, ihr Ziel zu erreichen.

Und nun zum Schluß noch ein Wort zur Werbearbeit gegen die Alldeutschen. Die Arbeiterschaft im weitesten Sinne des Wortes, alle, die an der Fortführung des Krieges nicht materiell interessiert sind, alle, die sich nicht als Interessenten des Kapitals fühlen, müssen mit der großen mächtigen

Friedensbewegung für uns gewonnen werden. Niemals war die Lage, agitatorisch betrachtet, für uns so günstig wie jetzt. Wir müssen Versammlungen abhalten, in denen kurze Entschließungen gefaßt werden müssen. Die Versammlungen dürfen nicht ausgehen wie das Hornberger Schießen. Nehmen Sie sich die Gegner zum Muster, die jedesmal eine Entschließung fassen. Von jedem Beschluß muß dem „Vorwärts“ Mitteilung gemacht werden und die Parteiblätter sollten alle diese Entschließungen an besonderer Stelle hervorheben, damit Stimmung in die Sache kommt. Heute ist es in manchen Blättern wie nasses Stroh. Schlagen Sie nur den „Vorwärts“ auf, da wird kaum von den Versammlungen Notiz genommen. Die Presse muß das Abbild dieser Volksbewegung sein und sie dem Volke zum Bewußtsein bringen. Wenn die Behörden die Alldeutschen fördern und unsere Tätigkeit unterbinden, muß das Material sofort nach Berlin geschickt werden. Die Regierung hat sich verpflichtet, die alldeutsche Werbearbeit nicht mehr zu fördern. Wird das Versprechen nicht gehalten, so muß uns sofort Mitteilung gemacht werden, damit wir im Reichstag mit der Regierung abrechnen können. Und wenn wir sechs oder gar zehn Stunden lange Reden halten müssen, wir werden es tun, damit man uns nicht wieder nachsagen kann, wir hätten nur einige Fälle mühsam zusammengesucht. Und nun ans Werk! Zeigen wir den Alldeutschen, wo die Massen des Volkes stehen. Zeigen wir den Volksmassen, die durch den Krieg aufgerüttelt sind, daß der Krieg nicht nur eine schwere, sondern auch eine große Zeit ist. Ein neues gewaltiges Werden umgibt uns, ein Werden in der Richtung der Ziele, die wir seit Jahrzehnten verfechten. Zeigen wir den Massen, daß das Tempo der Weltentwicklung durch den Krieg in eine ganz andere Schnelligkeit gekommen ist als vorher, zeigen wir ihnen, daß die Sozialdemokratie voranmarschiert in dieser Vorentwicklung. Mit Volldampf voraus! Und: mit uns das Volk, mit uns der Sieg. (Stürmischer Beifall und Händeklatschen.)

Es folgen persönliche Bemerkungen.

Kolb-Karlsruhe: Hoch hat mir vorgeworfen, daß ich seit Jahren darauf ausgehe, die Partei an den Wagen der bürgerlichen Parteien zu spannen, sie zu verbürgerlichen, aus der Sozialdemokratie eine bürgerliche Reformpartei mit etwas sozialistischem und demokratischem Anstrich zu machen. Dieser Vorwurf, der seit Jahren gegen mich erhoben wird, ist unberechtigt. Ich lege gegen die Unterstellung, als ob ich jemals eine Verbürgerlichung unserer Partei, eine Preisgabe sozialistischer Grundsätze vertreten hätte, entschieden Verwahrung ein. Die von mir vertretene Politik und Taktik ist im wesentlichen genau dasselbe, was die Reichstagsfraktion seit dem 14. August 1914 getan hat, und es gibt wohl in diesem Saal wenige Genossen, die so aus voller Ueberzeugung und mit innerer Befriedigung diese Politik und Taktik der Fraktion begrüßen können wie ich, dem es zum Verbrechen angekreidet worden ist, weil er sie schon früher vertreten hat. Wenn ich jemals was gesagt hätte, was mir Hoch unterstellt, so hätte ich auch den Mut, mich dazu zu bekennen und daraus alle Schlußfolgerungen zu ziehen. Aber das habe ich nicht nötig. Solange ich politisch denken kann, gehöre ich der sozialdemokratischen Partei an, erkenne ich ihre Grundsätze an und stehe auf dem Boden des Klassenkampfes. Es hat mich starke Ueberwindung gekostet, diese Selbstverständlichkeit vor dem Parteitag feststellen zu müssen. Nachdem ich aber dazu gezwungen war, nehme ich nunmehr an, daß man dieser Versicherung glaubt, und daß man aufhört, mir derartige dumme und törichte Vorwürfe zu machen.

Hoch-Hanau: Ich habe nicht die Absicht gehabt, die Absichten und Ziele des Genossen Kolb irgendwie zu verdächtigen. Was ich ausgeführt habe, habe ich gesagt auf Grund langjähriger Beobachtungen der Bemühungen Kolbs

und auf Grund seiner während des Krieges geschriebenen Broschüre. Ich habe davon nicht das geringste zurückzunehmen. — Dr. David hat behauptet, ich hätte gesagt, in der Friedensfrage hätten wir gar nichts erreicht. Das ist nicht richtig, er hat mich falsch verstanden. Ich habe ausdrücklich erklärt, der Beschluß vom 19. Juli ist ein Erfolg und kann ein größerer Erfolg werden. Also mein Gedankengang ist nicht in dem Sinne gehalten, wie David es dargestellt hat. Er meint wahrscheinlich irgendeinen Ausdruck, den ich gebraucht habe in bezug darauf, daß die Aeußerungen unserer Minister zweideutig sind und im Auslande den Eindruck der Hinterhältigkeit machen. Ich habe dargestellt, wie wir uns bemüht haben, die Reichsleitung zu veranlassen, sich so auszusprechen, daß keiner daraus bösen Willen oder Hinterhältigkeit entnehmen kann. In bezug hierauf habe ich allerdings behauptet, daß wir — ich weiß nicht, ob ich gesagt habe gar nichts, — aber so gut wie gar nichts erreicht haben. Das halte ich aufrecht und das entspricht der Wahrheit. — Dann hat mir David vorgeworfen, daß ich mit meinem Auftreten nicht den Frieden fördere. Was soll ein solcher Vorwurf? Genau mit demselben Recht könnte ich dem Genossen David sagen, sein Auftreten fördere nicht den Frieden. Worauf geht das hin? Wir haben uns alle bemüht, und werden uns weiter bemühen, nach unserer Art den Frieden zu fördern und wenden uns gegen die Art der andern, weil wir annehmen, daß unsere Art richtig ist und die der andern nicht. Dies gibt uns aber nicht das Recht, dem, der es anders meint, jenen Vorwurf an den Kopf zu werfen. Das erinnert an die schlimmsten Zeiten Bismarcks, als er jeden anders Denkenden beschuldigte, im Dienste des Auslandes zu stehen. So unbillige und ungerechte Vorwürfe sollten wir verschmähen.

David hat aus meiner Rede weiter herausgehört, daß ich es als meine Aufgabe betrachtet hätte, Ihnen heute auseinanderzusetzen, weshalb ich am 4. August und im Dezember 1914 für die Kriegsforderungen und seit Anfang 1915 gegen die Kriegsforderungen gestimmt habe. Ich habe im Gegenteil gesagt, auf diese Sache gehe ich hier nicht ein. Es wäre mir geradezu komisch vorgekomemn, wenn ich auf diesem wichtigen Parteitag von meiner Person geredet und auseinandergesetzt hätte, weshalb ich mich so und so benommen habe. Ich habe erklärt, daß über das Vorgehen der einzelnen dereinst der Parteitag zu urteilen haben wird, der dann zusammentritt, wenn alle Parteigenossen in der Lage sind, durch ihre Vertreter dabei mitzuarbeiten. Mit keinem Wort habe ich in meiner Rede mich persönlich zu rechtfertigen gesucht. — David hat bei dieser Gelegenheit einen Vorwurf gegen mich erhoben, dessen Unrichtigkeit er kennen muß, wenn er in der Fraktionssitzung, um die es sich handelt, anwesend war — und er war anwesend — und nicht mit Gewalt die Ohren gegen die Vorgänge geschlossen hat. Der Vorwurf ist wiederholt gegen mich erhoben worden; ich habe ihn u. a. auch in der Fraktion richtiggestellt, so daß ich wirklich den Mut bewundere, mit dem David ihn hier wieder vorgebracht hat. Es handelt sich um meine Abstimmung über die erste Kriegsforderung im Jahre 1915. Ich habe Ihnen schon gesagt: damals war ich mir klar und habe es in der „Neuen Zeit" dargelegt, daß die Gefahr von Eroberungen gegen uns und auch von Eroberungen, die von uns ausgehen könnten, für mich erledigt war; während ich am 4. August 1914 allerdings mit großer Sorge in die Zukunft sah und nicht wußte, ob wir nicht dem Ansturm der übermächtigen Feinde erliegen werden. Aber jetzt trat die große Gefahr auf, daß der Krieg zwecklos verlängert werde. Die Aussprache vor der ersten Bewilligung von 1915 drehte sich gerade darum: Haben wir jetzt nicht besondere Gründe, aus denen wir fürchten müssen, daß bei uns eine Stimmung künstlich erzeugt werden soll, die den Krieg verlängert? Da war ganz besonders der Präsident des preußischen Heerenhauses, Graf v. Wedel, der erklärt hatte, wenn wir nur unser Land zu verteidigen hätten, könnten wir heute Frieden machen, aber es handle sich jetzt um mehr. Damals war mit meiner Zustimmung u. a. der Antrag gestellt worden, daß wir bei der Bewilligung der Kriegsforderungen gegen die Aeußerung des Grafen Wedel, gegen die Eingabe der sechs Wirtschaftsverbände und überhaupt gegen die Bestrebungen der Alldeutschen Front machen sollten. Ein Parlamentarier wie David und die meisten von Ihnen, die Einblick in das parlamentarische Getriebe haben, wissen, daß unsere Fraktion einzig und allein durch eine Kreditvorlage die Sicherheit zu einer allgemeinen Aussprache über den Krieg und seine Beendigung hat. Als wir im Reichstag jene Kriegsvorlage berieten, konnten wir hoffen, daß in wenigen Monaten die Entscheidung über den Frieden kommen werde, nachdem sich herausgestellt haben werde, daß es auf keiner Seite Sieg oder Niederlage gebe. In dieser Lage der Dinge kam die Vorlage, 10 Milliarden zu bewilligen, d. h. auf sechs Monate den Reichstag zu erledigen, während wir bisher bei 5 Milliarden immer in drei Monaten über die Kriegsforderungen verhandeln mußten. Daher bedeutete die Annahme der 10-Milliarden-Vorlage, daß die Regierung sechs Monate den Reichstag nicht mehr zu fragen brauchte. Damit dem Reichstag das Recht gesichert werde, in drei Monaten wieder über diese Frage gehört zu werden, verlangte ich, unter allen Umständen daran festzuhalten, daß wir nur 5 Milliarden bewilligen. Es ist doch ein starkes Stück, wenn das nun so gedreht wird, als ob ich mich nur um die Zahlen herumgestritten hätte. Das zeigt, mit welchen Mitteln Genosse Dr. David hier Stimmung zu machen sucht.

Emmel-Mülhausen i. Els.: David wunderte sich darüber, daß ich, der ich die Resolution Hoch mitunterzeichnet habe und diesen Standpunkt vertrete, ein Telegramm an die Oberste Heeresleitung unterzeichnet habe, in dem aufgefordert sei, durchzuhalten bis zum siegreichen Ende. Ich habe wohl ein Telegramm unterzeichnet, aber darin ist nicht gesagt, „bis zum siegreichen Ende", sondern „bis zum ehrenvollen Frieden". (Heiterkeit.) Das ist die Formel, die immer von unseren Fraktionsrednern angewendet wurde und die freilich in dem Telegramm nicht angewendet worden wäre, wenn ich nicht gegen die Formel „bis zum siegreichen Ende" Einspruch erhoben hätte. Aber, daß ich das Telegramm überhaupt unterzeichnete, liegt daran, daß Dr. Müller-Meiningen — das kann Stücklen bezeugen — uns angelogen hat, indem er behauptete, daß alle Gruppen, die auf die Reise gegangen seien, es waren ja gleichzeitig vier, einen derartigen Dank an die Oberste Heeresleitung abstatten würden. (Große Heiterkeit.) Sie dürfen dabei nicht vergessen, daß wir infolgedessen annehmen mußten, da wir mit niemandem vorher gesprochen hatten, daß das mehr oder weniger alle Abgeordneten machen, und wir wollten nicht dem entgegenhandeln. Mit Grundsätzen hat dieser reine Höflichkeitsakt ja selbstverständlich nichts zu tun. (Heiterkeit.) Wir wollten nicht in einen Gegensatz zu der Fraktion treten und irgendwelche Schwierigkeiten dadurch hervorrufen, daß wir eine unhöfliche Haltung einnahmen. (Heiterkeit.) Wenn wir das taten, so war mitbestimmend, daß die ganze Art der Veranstaltung eine solche ist, daß man bei den Offizieren persönlich zu Gaste ist. Das ist eine ganz unwürdige Art für Reichstagsabgeordnete. (Landsberg: Warum sind Sie mitgefahren? — Heiterkeit.) Weil ich das nicht gewußt habe. Statt auf Kosten des Reichstags zu fahren, ist man persönlicher Gast bei den Offizieren und fühlt sich infolgedessen in einer gewissen Abhängigkeit. (Stürmische Heiterkeit, die einige Augenblicke anhält.) Gewiß, weil man als Gast Rücksichten auf den Gastgeber zu nehmen hat. (Erneute Heiterkeit.) Weil die ganze Veranstaltung derartig ist, daß die Kosten nicht

auf Reichstagskredite laufen, sondern daß man persönlich bei den Leuten zu Gaste ist. Dadurch kommt man leider in die Zwangslage (Lebhafte Heiterkeit), daß man Dingen zustimmt, denen man sonst nicht zugestimmt hätte. (Groß, anhaltende Heiterkeit.)

Dr. **David**: Ich habe Emmel gar keinen Vorwurf machen, sondern nur einen Widerspruch zwischen diesem Telegramm und seinem Verhalten in der Kreditfrage feststellen wollen. Es ist allerdings richtig, daß in dem Telegramm steht: „Im Bewußtsein der Notwendigkeit des Durchhaltens bis zum ehrenvollen Frieden fühlen sich Volk und Heer einig". Ich würde das auch unterzeichnet haben „bis zum ehrenvollen Frieden", in unserer Auffassung natürlich. Aber für Emmel finde ich einen Widerspruch darin. — Für die Genossen, die es nicht wissen können, sage ich weiter zur Richtigstellung: bei den Frontreisen sind wir nicht die Gäste von Offizieren (Sehr richtig!) im Sinne einer privaten Gastfreundschaft. Man muß natürlich in den Offizierkasinos essen, denn sonst ist ja nichts zu haben; das Essen wird aber nicht aus Privatmitteln, sondern aus Reichsmitteln bezahlt, also aus derselben Quelle, wie wenn der Reichstag direkt Gelder dafür bewilligen würde. Das wäre gehupft, wie gesprungen. Daß man aber dadurch in eine Abhängigkeit komme, daß man mit Offizieren speist, begreife ich nicht.

Tatsache ist, daß Hoch für die 5 Milliarden zu stimmen bereit war, die 10 Milliarden aber ablehnte. Das hat er selbst nicht bestritten. Er hat seine Gründe dafür dargelegt. Ich erkenne das Zwingende dieser Gründe nicht an. Da die Tatsache stimmt, war es nicht richtig von ihm, mir den Vorwurf zu machen, daß ich „den Mut habe" usw. Ich habe ihm nichts Ungehöriges angetan.

Vorsitzender **Ebert**: Wir kommen zur Abstimmung. Ich schlage vor, zunächst über die Resolution 54 (Hoch und Genossen), dann über die Resolution 56 (Löbe und Genossen) abzustimmen. Beide Abstimmungen sind namentlich. Je nach dem Verlauf der Abstimmungen würde dann festzustellen sein, ob über den Antrag 22 noch abzustimmen ist. Die Anträge 21 und 24 sind zurückgezogen, ebenso der Antrag 49 (Bravo!), mit der Begründung, daß er sich nach den Ausführungen des Genossen David erledigt habe. Wir kämen dann zur Abstimmung über die Anträge 28, 29, 30, 31, 51 und 55. Antrag 53 ist zurückgezogen. Den Antrag 32 würde ich vorschlagen, der Fraktion zu überweisen, und die Anträge 33 und 46 bei Punkt 4 der Tagesordnung zu erledigen. Nach dem Organisationsstatut haben die Mitglieder der Reichstagsfraktion bei diesem Punkt der Tagesordnung kein Stimmrecht. Außerdem haben kein Stimmrecht die Vertreter von Parteiinstituten und die nicht mit Mandaten versehenen Mitglieder des Parteiausschusses.

Bei der namentlichen Abstimmung stimmen mit Ja 26, mit Nein 257 Delegierte. Antrag 54 ist somit abgelehnt.

Mit Ja stimmen: Bieligk, Dr. Adolf Braun, Dietz, Heinrich Fischer, Rudolf Fischer, Freudenberger, Glattbach, Hester, Hengsbach, Hetzschold, Jochmann, Leber, Menke, Otto, Panzer, Sailer, Scherffig, Schieck, Schirmer, Schmaller, Heinrich Schneider, Schöne, Springer, Stegner, Uhlig, Zopf.

Mit Nein stimmen: Adelung, Adler, Luise Andratschke, Appel, Arndt, Arnemann, Auer, Friedr. Bartels, Heinr. Bartels, Barth, Baßler, Behle, Beims, Benz, Billian, Bischoff, Anna Blos, Blume, Boeske, Bohl, Brandenburg, Otto Braun, Ernst Braune, Brecour, Brinkmann, Bromme, Brückner, Budde, Burgau, Hugo Cohn, Ernst David, Deist, Demtröder, Diefenbach, Dietrich, Dittrich, Donath, Dorschu, Dröner, Dubber, Eberle, Eckardt, Ehrler, Ellerkmann, Endler, Engler, Ernst, Ettwein, Elise Evers, Exner, Faber, Faißt, Friedr. Fischer, Gottl. Fischer, Oswald Fischer, Flaig, Frank, Franz,

Galke, Gallenmüller, Garbe, Gehl, Gehrhard, Geiselhart, Gentner, Giermann, Girbig, Gorgas, Gölzer, Graßl, Grischkat, Groger, Grosse, Gruenwaldt, Güldenberg, Max Günther, Oskar Günther, Güth, Hackelberg, Haese, Hamann, Hausmann, Friedr. Hartmann, Herm. Hartmann, Otto Hartmann, Hatzky, Haubold, Hauschildt, Hertwig, Hörschelmann, Hüffmeier, Hug, Jahn, Jahnke, Jakobsen, Jeuthe, Ischinger, Jünger, Kahmann, Kanter, Kartenberg, Kaul, Keidel, Kenngott, Kirchmayer, Klingler, Klose, Kluger, Knieriem, Koch, Kolaß, Kolb, Köppen, Kriese, Kröger, Franz Krüger, Josef Krüger, Gustav Kühn, Kuhnert, Kuntze, Kürbis, Hedwig Kurt, Kurz, Lamprecht, Lauer, Lehmann, Leinert, Leonard, Lesche, Lesser, Lindemann, Litzinger, Löbe, Lucht, Lübbring, Rich. Meier, Meister, Mellert, Metzger, Metzschke, Ernst Meyer, Jul. Meyer, Michelsen, Mitz, Adolf Müller, Heinr. Müller, Herm. Müller (Lichtenberg), Karl Müller, Max Müller, Mylau, Naegele, Neumann, Nimmerfall, Nitsch, Noitzinger, Ohlendorf, Ostertag, Paeplow, Paetzel, Peikert, Petzold, Pfalzgraf, Pflüger, Heinr. Pieper, Wilh. Pieper, Pohl, Poller, Profit, Proll, Prüll, Raab, Rechtien, Reese, Johanna Reitze, Remmele, Renner, Gustav Richter, Ricke, Rochsburg, Röttger, Roth, Elfriede Ryneck, Salzbrunn, Säckler, Schaal, Schacht, Schadow, Schäfer, Scharr, Schikorr, Minna Schilling, Schimming, Schleicher, Schluchtmann, Schlüter, Hans Schmidt, Rich. Schmidt, Schönwälder, Scholich, Scholz, Schreck, Heinr. Schröder, Schubach, Schuberth, Wilh. Schulz, Seelmann, Seemann, Severing, Siedow, Siebrecht, Siering, Simon, Sollmann, Sommer, Sperka, Staiber, Stelling, Sterdel, Steitz, Stille, Stoessel, Strobel, Strößner, Stühmeyer, Johanna Tesch, Johann Tesch, Thielemann, Thien, Herm. Thomas, Timm, Töneböhn, Treumann, Vesper, Vetters, Voigt, Vollnhals, Helene Wagner, Waigand, Walther, Waßner, Friedr. Weber, Paul Weber, Wedemeyer, Weikart, Weinheber, Weißmann, Weyers, Wiesner, Winkelmann, Winnig, Wirth, Wittich, Wizorowski, Wunderlich, Wuschick, Zeuner, Zink.

Die Abstimmung über die Entschließung 56 ist gleichfalls namentlich. Die Entschließung wird mit 265 gegen 14 Stimmen angenommen.

Mit Ja stimmen: Adelung, Adler, Luise Andratschke, Appel, Arndt, Arnemann, Auer, Friedr. Bartels, Heinr. Bartels, Barth, Baßler, Behle, Beims, Benz, Billian, Bischof, Anna Blos, Blume, Boeske, Bohl, Brandenburg, Otto Braun, Braune, Brecour, Brinkmann, Bromme, Brückner, Budde, Burgau, Hugo Cohn, Ernst David, Deist, Demtröder, Diefenbach, Dietrich, Dittrich, Donath, Dorschu, Dröner, Dubber, Eberle, Eckardt, Ehrler, Ellerkmann, Endler, Engler, Ernst, Ettwein, Elise Evers, Exner, Faber, Faißt, Friedrich Fischer, Gottlieb Fischer, Oswald Fischer, Rud. Fischer, Flaig, Frank, Franz, Freudenberger, Galke, Gallenmüller, Garbe, Gehl, Gehrhard, Geiselhart, Gentner, Giermann, Girbig, Gorgas, Gölzer, Graßl, Grischkat, Groger, Grosse, Gruenwaldt, Güldenberg, Max Günther, Oskar Günther, Güth, Hackelberg, Haese, Hamann, Hausmann, Friedr. Hartmann, Herm. Hartmann, Otto Hartmann, Hatzky, Haubold, Hauschildt, Hertwig, Hetzschold, Hörschelmann, Hüffmeier, Hug, Jahn, Jahnke, Jakobsen, Jeuthe, Ischinger, Jünger, Kahmann, Kanter, Kartenberg, Kaul, Keidel, Kenngott, Kirchmayer, Klingler, Klose, Kluger, Knieriem, Koch, Kolaß, Kolb, Köppen, Kriese, Kröger, Franz Krüger, Josef Krüger, Kühn, Kuhnert, Kuntze, Kürbis, Hedwig Kurt, Kurz, Lamprecht, Lauer, Lehmann, Leinert, Leonard, Lesche, Lesser, Lindemann, Litzinger, Löbe, Lucht, Lübbring, Meier, Meister, Mellert, Menke, Metzger, Metzschke, Ernst Meyer, Jul. Meyer, Michelsen, Mitz, Adolf Müller, Heinrich Müller, Herm. Müller (Lichtenberg), Karl Müller, Max Müller, Mylau, Naegele, Neumann, Nimmerfall, Nitsch, Noitzinger, Ohlendorf, Ostertag, Paeplow, Paetzel, Peikert, Petzold, Pfalzgraf, Pflüger, Heinr. Pieper, Wilh. Pieper, Pohl, Poller, Profit, Proll, Prüll, Raab, Rechtien, Reese, Johanna Reitze,

Remmele, Renner, Richter, Ricke, Rochsburg, Röttger, Roth, Elfriede Ryneck, Sailer, Salzbrunn, Säckler, Schaal, Schacht, Schadow, Schäfer, Scharr, Schikorr, Minna Schilling, Schimming, Schleicher, Schluchtmann, Schlüter, Eduard Schmidt, Hans Schmidt, Rich. Schmidt, Schönwälder, Scholich, Scholz, Schreck, Heinr. Schröder, Schubach, Schuberth, Wilh. Schulz, Seelmann, Seemann, Severing, Siedow, Siebrecht, Siering, Simon, Sollmann, Sommer, Sperka, Staiber, Stelling, Stendel, Steitz, Stille, Stoessel, Strobel, Strößner, Stühmeier, Joh. Tesch, Johanna Tesch, Thielemann, Thien, Thomas, Timm, Töneböhn, Treumann, Uhlig, Vesper, Vetters, Voigt, Vollnhals, Helene Wagner, Waigand, Walther, Waßner, Friedr. Weber, Paul Weber, Wedemeyer, Weikart, Weinheber, Weißmann, Weyers, Wiesner, Winkelmann, Winnig, Wirth, Wittich, Wizorowski, Wunderlich, Wuschick, Zeuner, Zink, Zopf.

Mit Nein stimmen: Bieligk, Dr. Adolf Braun, Dietz, Glattbach, Hefter, Hengsbach, Jochmann, Leber, Scherffig, Schieck, Schneider, Schöne, Springer, Stegener.

Der Abstimmung enthalten sich: Heinrich Fischer, Otto.

Zur Abstimmung erklärt Menke (Burgdamm), daß seine Zustimmung zu der Enschließung Löbe sich nur auf den allgemeinen Teil beziehe, nicht auf die Kreditbewilligung. (Lachen.)

Zu Protokoll erklärt Adolf Cohen, daß er verhindert sei, an der Abstimmung teilzunehmen; er würde sonst gegen die Entschließung 54 und für die Entschließung 56 gestimmt haben.

Der Antrag 22 wird durch die Abstimmungen für erledigt erklärt, Antrag 32 der Reichstagsfraktion überwiesen. Die Anträge 28, 29, 30, 31, 51 und 55 werden angenommen.

Damit ist der Punkt der Tagesordnung: Bericht der Reichstagsfraktion erledigt und der Parteitag vertagt sich auf Donnerstag 9 Uhr.

Vierter Verhandlungstag.

Donnerstag, den 18. Oktober 1917.

9 Uhr, den Vorsitz führt **Auer**.

Der Parteitag nimmt zunächst entgegen den

Bericht der Beschwerdekommission.

Berichterstatter **Blume**-Hamburg: Die Beschwerdekommission hatte sich mit 14 Fällen zu beschäftigen, die sämtlich weit zurückliegen. Es ist ja mit Rücksicht darauf, daß wir bisher noch keinen Parteitag einberufen konnten, erklärlich, wenn die Beschwerden erst jetzt ihre endgültige Erledigung finden können.

Der erste Fall betrifft den Genossen Dunker-Hamborn, der sich im August 1913 an den Parteivorstand wegen Aufhebung einer gegen ihn verhängten Rüge wandte. Er beantragte die Einsetzung eines Schiedsgerichts. Der Grund zur Rüge war das Verlassen einer Sitzung der Beschwerdekommission, zu der er als Zeuge geladen war. Die Zeugen bestanden auf einer vorherigen gemeinsamen Aussprache, die abgelehnt wurde und verließen daraufhin die Sitzung, wodurch diese resultatlos verlief. Der Parteivorstand konnte dem Antrag Dunkers nicht Rechnung tragen. Er konnte eine Filialleitersitzung als eine Organisationseinrichtung, welche Rügen zu erteilen habe, nicht anerkennen. Nur einem Schiedsgericht stehe dieses Recht zu. Die Kontrollkommission hat sich dieser Ansicht angeschlossen. Dunker ist zurzeit Soldat und gehört der Partei weiter an. Die Beschwerdekommission empfiehlt dem Parteitag, ebenfalls anzuerkennen, daß eine Filialleitersitzung keine Instanz im Sinne des Parteistatuts

ist. Der Parteitag erachtet die Parteiehre des Gen. Dunker durch die von einer nichtzuständigen Instanz erteilte Rüge als nicht angegriffen.

Besser-Hagen ist am 20. Juni 1909 von der Parteiorganisation Dortmund-Hörde aus der Partei ausgeschlossen, weil er in den Jahren 1906 bis 1909 mit anderen Parteimitgliedern zusammen lebhafte lokalistische und anarchistische Propaganda betrieben hat. Sein Ausschließ wurde perfekt, da er für das Schiedsgericht keine Beisitzer ernannte. Er war dann Mitglied der anarchistischen Föderation Deutschlands und Delegierter zum Anarchistenkongreß 1911 in Düsseldorf sowie Agitator der lokalistischen Freien Vereinigung. Am 13. Juli 1913 hat er die Wiederaufnahme beantragt. Wie die „Einigkeit" am 2. August 1913 schrieb, hat er der Geschäftsleitung der Lokalisten mitgeteilt, daß er glaube, „seine agitatorische Kraft und geistige Regsamkeit im gegnerischen Lager (Partei und Gewerkschaften) nützlicher für den Syndikalismus an den Mann bringen zu können". Der Bezirksvorstand hat den Aufnahmeantrag einstimmig abgelehnt. Besser soll inzwischen gefallen sein. Um jedoch die Angelegenheit formell zu erledigen, empfiehlt die Beschwerdekommission einstimmig die Ablehnung des Wiederaufnahmeantrages.

In dem Ausschlußverfahren gegen Mallo-Burgsteinfurt hat die Beschwerdekommission einstimmig beschlossen, dem Parteitag zu empfehlen, es bei dem Urteil des Schiedsgerichts vom 19. April 1914 bewenden zu lassen, wonach dem Genossen Mallo eine Rüge erteilt und er für die Dauer von zwei Jahren für unwürdig erklärt wird, Parteiämter zu bekleiden. Der Wahlkreisverein Ahaus-Tecklenburg-Burgsteinfurt hatte den Ausschluß beantragt und nachdem das Schiedsgericht ihn abgelehnt hatte, Berufung beim Parteitag eingelegt. Mallo hat sich zweifellos eines disziplinwidrigen Verhaltens schuldig gemacht, er hat nachgewiesenermaßen Boykottbruch begangen. Aus diesem Grunde wurde ihm eine Rüge erteilt. Eine ehrlose Handlung konnte ihm nicht nachgewiesen werden. Auf Grund der Akten schließt sich die Beschwerdekommission dem Urteil des Schiedsgerichts an und empfiehlt dem Parteitage die Berufung zurückzuweisen.

In dem Ausschlußverfahren Kirschke-Berlin V beschließt die Beschwerdekommission, dem Parteitag zu empfehlen, die Angelegenheit für erledigt zu erklären, nachdem festgestellt ist, daß Kirschke seit etwa drei Jahren keine Parteibeiträge mehr gezahlt und sich damit von selbst außerhalb der Partei gestellt hat. K. hat wegen Veruntreuung von Parteigeldern, die er inzwischen zurückerstattet hat, von der Berliner Schiedskommission eine Rüge erhalten, während die Wahlkreisorganisation Berlin V den Ausschluß forderte. Gegen das Urteil der Schiedskommission hat die Organisation Berufung beim Parteitag eingelegt, die der Parteitag zurückweisen wolle.

Gegen den früheren Genossen Köhler-Neckargemünd lagen Beschuldigungen vor, die bei den Genossen gegenseitige Gehässigkeiten erzeugten und auch den Bezirkssekretär Maier-Heidelberg in Mitleidenschaft zogen. Gegen Köhler wurde das Ausschlußverfahren eingeleitet. Ein solches konnte aber nicht durchgeführt werden, weil Köhler sich diesem durch Austritt entzog, mithin für sich keine Schiedsrichter bestimmte. Die Genossen von Neckargemünd beantragten aber beim Vorstand den Ausschluß, indem sie den Austritt nicht für genügend erachteten. Nach dem Parteistatut ist aber für solche Fälle kein Raum und beschloß die Kommission: Der Parteitag beschließt, das Verfahren erst dann gegen Köhler aufzunehmen, wenn er die Mitgliedschaft wieder erworben hat.

Der Genosse Tewes-Burgsteinfurt war aus der Partei ausgeschlossen, weil er aus Unzufriedenheit mit dem als Kandidaten für die Stadtverordnetenwahlen aufgestellten Genossen Nibbrig, um die Kandidatur zu Falle zu bringen,

ein Flugblatt mit der Ueberschrift: „Die Burgsteinfurter Sozialdemokratie in kritischer Beleuchtung" veröffentlicht hatte. Tewes erhob gegen seinen Ausschluß Einspruch beim Parteivorstand. Ein Schiedsgericht hob das Urteil auf und beschloß, daß Tewes innerhalb zweier Jahre keine Vertrauensämter bekleiden darf. Hiergegen hat die Organisation Einspruch beim Parteitag in Jena erhoben, der Parteitag hat das Urteil des Schiedsgerichts bestätigt. Nach dieser Zeit hat Tewes abermals ein Flugblatt verbreitet mit der Ueberschrift: „100 Mk. Belohnung". Hierin wird die Tätigkeit eines großen Teils derjenigen Genossen kritisiert, die bei dem Verfahren mitgewirkt haben. Die Genossen von Burgsteinfurt haben abermals das Ausschlußverfahren beantragt. Ein Schiedsgericht kam am 14. Juni 1914 zu dem Urteil, den Ausschlußantrag abzulehnen, aber Tewes eine Rüge zu erteilen und ihm auf die Dauer von 3 Jahren das Recht zur Bekleidung öffentlicher Parteiämter abzuerkennen. Gegen dieses Urteil haben die Genossen von Burgsteinfurt Einspruch erhoben. Die Beschwerdekommission schlägt dem Parteitag vor, den Einspruch der Burgsteinfurter Genossen für erledigt zu betrachten. Aus den Akten ergibt sich kein Anhaltspunkt zu einem anderen Vorschlage.

Julian Borchardt-Berlin hat seine am 14. Juli 1914 gegen das Urteil des Schiedsgerichts eingelegte Berufung durch ein Schreiben an den Parteivorstand vom 7. Oktober 1917 zurückgezogen, da er die Partei nicht mehr als die alte Partei anerkennt und ihr kein Recht einräumt, über ihn zu urteilen. Der Fall gilt dadurch als erledigt, er hat uns mehrere tausend Mark gekostet.

In einer Sitzung des Bezirksvorstandes Dresden vom 2. November 1912 sind 12 Genossen, darunter auch der Genosse Spahn-Gröba, wegen Nichtablieferung der Maifeierbeiträge ausgeschlossen worden. Sechs von ihnen haben ein Schiedsgerichtsverfahren beantragt, das zwar den Ausschluß bestätigte, aber sich auf eine Erklärung vereinigte, wonach der Ausschluß unwirksam sein sollte, wenn die Genossen nachträglich die Beiträge bezahlen. Spahn hat das nicht getan, der Ausschluß ist deshalb wirksam geworden. Spahn ist Funktionär des Transportarbeiterverbandes; auf Drängen der Mitgliedschaft beantragte er bei der Bezirksorganisation die Wiederaufnahme in die Partei, aber ohne Erfolg. Am 7. Juli 1914 wurde der Antrag auf Wiederaufnahme an den Parteivorstand gestellt. Die zuständige Bezirksorganisation hat ihn nicht befürwortet, aber später erklärt, daß der Wiederaufnahme nichts im Wege stehe. Die Beschwerdekommission beantragt, dem Antrage auf Wiederaufnahme stattzugeben, nachdem die zuständige Bezirksorganisation eine Einwendung dagegen nicht mehr erhebt. Wir verkennen durchaus nicht, daß Spahn beharrlich gegen zu Recht bestehende Parteitagsbeschlüsse verstoßen hat und daß er eine ernste Rüge verdient. Aber die Sache liegt eine Reihe von Jahren zurück, der Beschluß ist mittlerweile außer Kraft gesetzt und ferner ist bei zahlreichen ähnlichen Fällen seitens der Parteiorganisationen ein Verfahren auf Anschluß aus der Partei nicht durchgeführt worden.

Auch der frühere Genosse Eugen Haueisen-Neukölln wurde 1913 wegen Nichtabführung von Maibeiträgen aus der Partei ausgeschlossen, es wurde aber zugleich beschlossen, daß der Ausschluß rückgängig gemacht werden solle, wenn er innerhalb vier Wochen nachträglich den Beitrag abführt. Haueisen, der Angestellter des Buchbinderverbandes ist, ist dem nicht nachgekommen, der Ausschluß ist deshalb wirksam geworden. Am 4. Januar 1914 beantragte er die Wiederaufnahme in die Partei. Der Kreisvorstand hat nach Anhörung der zuständigen Ortsorganisation dem Antrage die Zustimmung versagt. Am 10. August 1914 hat Haueisen Berufung beim Parteitag eingelegt. Die Beschwerdekommission beantragt: Dem Antrag des früheren Genossen Haueisen ist stattzugeben. Es soll nicht verkannt werden, daß das Verhalten Haueisens

nicht bloß ein bewußtes Zuwiderhandeln gegen legale Parteitagsbeschlüsse darstellt, sondern auch ein schlechtes Vorbild gibt der Parteigenossenschaft gegenüber und deshalb eine scharfe Rüge verdient. Im Hinblick darauf, daß die in Frage kommenden Beschlüsse mittlerweile außer Kraft gesetzt worden sind, ferner in Rücksicht darauf, daß das Ausschlußverfahren nicht gleichmäßig auch gegen andere Genossen, die sich der gleichen Verfehlung schuldig gemacht haben, durchgeführt worden ist, soll dem Haueisen der Wiedereintritt in die Partei nicht verweigert werden, nachdem auch die zuständige örtliche Parteiorganisation einen Einspruch gegen seine Wiederaufnahme nicht mehr erhebt.

Der Genosse Gräser-Zwickau hat gegen die Grundsätze der Partei verstoßen, da er als selbständiger Malermeister seine Gesellen ausgesperrt hat. Es wurde gegen ihn ein Ausschlußantrag gestellt, aber der Bezirksvorstand und das Schiedsgericht haben den Antrag abgelehnt, weil Gräser als Mitglied des Arbeitgeberverbandes unter dem Druck einer Konventionalstrafe zu seinem Vorgehen getrieben war und weil er sich andererseits verpflichtete, sofort aus dem Verbande auszutreten. Auch durch sein sonstiges Verhalten gab er zu erkennen, daß er als langjähriges Mitglied auch jetzt noch großes Interesse für die Partei zeigt. Der Ortsverein Zwickau lehnt den Schiedsgerichtsspruch ab und beantragt Verweisung an die Beschwerdekommission. Die Beschwerdekommission hat sich dem Schiedsspruch einstimmig angeschlossen und ersucht um Bestätigung durch den Parteitag.

In dem Falle Höllein-Jena, dem ein Schiedsgericht eine Rüge erteilt und den es auf die Dauer von zwei Jahren für unwürdig erklärt hat, Ehrenämter zu bekleiden, schließt sich die Beschwerdekommission einstimmig diesem Urteil an. Höllein, der öffentliche Ehrenämter bekleidete, hatte seine schwangere Frau mißhandelt und dadurch die Partei kompromittiert. Zu einem Ausschluß kam das Schiedsgericht nicht, weil das Parteistatut keine genügende Grundlage dafür gibt.

Der nächste Fall betrifft Kondzielnick-Kattowitz. Kondzielnick war bis Juli 1910 1½ Jahre Kassierer für den Wahlkreis Kattowitz-Zabrze, in welcher Eigenschaft er 35,44 Mk. der Partei unterschlug. Er verpflichtete sich, den Betrag ratenweise zurückzuzahlen, was bis auf 10,44 Mk. zunächst auch geschah. Den Rest weigerte er sich zu zahlen, bis ihm für ein vermeintliches Unrecht Genugtuung geschehen sei. Alle Mahnungen zur Rückzahlung der Restschuld waren erfolglos. Der Grund der Weigerung ist kurz folgender: Bei der Delegiertenwahl zur Kreiskonferenz im Juli 1911 war auch K. als Kandidat vorgeschlagen und behauptet er, daß er als Delegierter gewählt worden sei, während aber der Leiter der Versammlung ihm nur das Mandat eines Ersatzmannes zugewiesen habe. Von der durchaus richtigen Handhabung der Wahl war K. nicht zu überzeugen. Ihn auf der Kreiskonferenz zuzulassen, damit er sein vermeintliches Recht vertreten könne, konnte nicht entsprochen werden, worauf sich K., nach unserer Meinung allerdings sehr mit Unrecht, wiederholt zu persönlicher Beschimpfung der verantwortlichen Parteifunktionäre hinreißen ließ. Dieses Verhalten K.s als auch die beharrliche Weigerung, seine Restschuld zu begleichen, führte zu seinem Ausschluß aus der Partei auf Antrag des Wahlvereins Kattowitz durch den Bezirksvorstand. Hiergegen erhob K. Einspruch, worauf sich ein Schiedsgericht mit seinem Ausschluß am 26. Januar 1913 beschäftigte und den vollzogenen Ausschluß mit vier gegen drei Stimmen bestätigte. Jedoch beglich K. am selben Tage seine Restschuld. Kondzielnick beruhigte sich hiermit noch nicht, sondern hat unter dem 26. Juli 1914 an den Parteitag in Würzburg den Antrag gestellt, ihn wieder in die Partei aufzunehmen. Er ist mittlerweile zum Heeresdienst einberufen und hat am 26. September d. J. seinen Antrag erneuert. Da K. in allen seinen Schreiben ein

starkes Interesse an der Partei erkennen läßt, und im weiteren nicht zu verkennen sein dürfte, daß der damalige Parteistreit mit der P. B. S. das Verfahren gegen K. stark beeinflußt haben mag, hat die Beschwerdekommission einstimmig beschlossen, dem Parteitag zu empfehlen, die Mitgliedschaft K.s wieder zuzulassen, wobei sie allerdings ausspricht, daß sich K. in seinen Mitteln für die Wiederherstellung seiner vermeintlich verletzten Ehre wiederholt stark vergriffen hat und daß in der Zukunft grundlose persönliche Verunglimpfungen im Interesse der Partei zu unterlassen sind.

Die Bezirksleitung der sozialdemokratischen Partei des Niederrheins hat am 8. Juni 1913 den Genossen Gerhardt Feldmaier-Essen aus der Partei ausgeschlossen, weil er bei der Staatsanwaltschaft gegen einen Genossen eine Anzeige wegen Meineids eingereicht hatte, ohne einen Beweis dafür zu haben. Er hat sich auch andere Verfehlungen zuschulden kommen lassen. Diesem Urteil der Bezirksleitung ist das Schiedsgericht einstimmig beigetreten. Auch die Kommission empfiehlt auf Grund der Akten einstimmig, die von Feldmaier gegen das Schiedsgerichtsurteil eingelegte Berufung zu verwerfen und es beim Ausschluß zu belassen.

In Oespel bei Dortmund war im Jahre 1912 gegen 14 Genossen wegen Boykottbruchs ein Verfahren auf Ausschluß eingeleitet. Die Bezirkskommission der sozialdemokratischen Partei für das westliche Westfalen lehnte den Antrag ab, erteilte aber allen Beschuldigten eine scharfe Rüge. Dem Genossen Rüter wurde wegen einer anonymen beleidigenden Postkarte an einen Genossen das Recht abgesprochen, im Jahre 1913 weitere Parteiämter neben seinem Posten als Gemeindevertreter zu bekleiden. Der Kreisverein Dortmund-Hörde legte Berufung gegen das die Genossen Rüter und Simon betreffende Urteil ein. Das Schiedsgericht hat gegen drei Stimmen beschlossen, daß Rüter auf zwei Jahre und Simon auf ein Jahr von den Parteiämtern fernzuhalten sei. Beide haben Beschwerde beim Parteitag eingelegt. Die Beschwerdekommission tritt einstimmig dem Schiedsgerichtsurteil bei, hält aber im übrigen die Sache für erledigt, da sie schon so weit zurückliegt. Dem Wiedereintritt der beiden Genossen steht nichts im Wege.

Der Parteitag tritt ohne Debatte den Anträgen der Beschwerdekommission bei.

Es folgt Punkt 4 der Tagesordnung:

Die nächsten Aufgaben der Partei.

Berichterstatter **Scheidemann:** Mit der Einberufung dieses Parteitages sind wir zu den alten äußeren Formen unseres organisatorischen Lebens zurückgekehrt. In dem Augenblick, in dem sich das altgewohnte Bild des Parteitags am Sonntagabend vor unseren Augen wieder entfaltete, drang die furchtbare Größe dessen, was wir seither erlebt haben, erneut mit betäubender Wucht auf uns ein. Ein Parteitag findet wieder statt! Und wir stehen nun drei Jahre und drei Monate in dem ungeheuersten aller Kriege und sehen auch heute nur erst undeutlich das Ende in dämmernder Ferne voraus. Manneskraft und Wirtschaftsgut aller Völker sind zum größten Teil vernichtet worden und kein Rechenmeister wagt zu sagen, wieviel am Ende des Krieges noch übrig sein wird. Ebenso wenig vermögen wir uns heute ein Bild von dem politischen und wirtschaftlichen Kräfteverhältnis der Staaten untereinander zu machen, solange draußen noch um die Entscheidung gekämpft wird. Man hört darüber die verschiedensten Prophezeiungen, von denen jedoch keine auf einer nur halbwegs sicheren Grundlage beruht. Wir stehen in einem Strom der Entwicklung, von dem wir nur wissen, daß er reißend ist, aber nicht sagen können, wo er mündet. Das Wort des alten Philosophen: „Alles

fließt!" hat wohl auf keine Zeit besser gepaßt als auf die unsere, in der nicht nur alles fließt, sondern gleichsam in einem rasenden Wirbel an uns vorüberjagt. Ein Tor, der da glaubt, auf Grund einer besonderen Geheimwissenschaft genau sagen zu können, wann, wo und wie das alles enden wird. Klar in dieser Fülle der Unklarheiten ist nur eins: alles müßte für die Menschheit ein verzweifelt schlechtes Ende nehmen, wenn sie sich von den Ereignissen treiben ließe und auf jeden Versuch verzichtete, diesem geschichtlichen Geschehen die Gesetze ihrer Vernunft und ihren Willen aufzuzwingen. Wie oft haben wir gelesen, daß die Einwohner zerstörter Städte — unglückliche Opfer des Krieges — rein instinktiv, aus Selbsterhaltungstrieb, aus den Trümmern ihrer Habe sich sofort wieder die Grundlagen einer neuen dürftigen Existenz zu zimmern begannen. So handeln alle tatkräftigen, lebenskräftigen Menschen, und nur die alten, abgelebten, hoffnungslos vom Schicksal Zermürbten, setzen sich an den Wegrand, um das Ende abzuwarten. Wir wollen uns nicht an den Wegrand setzen. Wir leben und haben zum Leben auch den Mut und die Kraft. (Beifall.) Wir als sozialdemokratische Partei haben Pflichten zu erfüllen gegenüber unserer großen Familie, der deutschen Volksfamilie, und gegenüber der noch größeren Menschheitsfamilie, die sich in Bruderkämpfen zerfleischt. Und wie die tapferen Ostpreußen, und auch tapferen Belgier und Franzosen des Kriegsgebietes in den Kellern ihrer zerschossenen Wohnstätten fest blieben und bleiben in dem Glauben an eine bessere Zukunft, so müssen auch wir, denen der Krieg alles zertrümmert und zerschlagen hat, an den Morgen denken, der dieser Nacht des Völkerwahnsinns folgen wird, an den Tag des Wiederaufbaus und der Völkerversöhnung und an die unübersehbaren gewaltigen Aufgaben, die sich aus ihm für uns ergeben. Unsere Verantwortung gegenüber dem Kommenden würde viel geringer sein, wenn wir bei der Rückkehr zum Friedenszustand wieder mit denselben politischen Zuständen zu rechnen hätten, unter denen wir vor dem Kriege gelebt haben.

Es scheint ein Widerspruch zu sein, ist aber keiner, wenn ich sage: wir werden uns dann vielleicht manchmal zurücksehnen in die Zeit, in der wir nicht nur rechtlos, sondern sogar verfolgt und unterdrückt waren, denn damals durften wir auf den Bänken der Kritiker sitzen, waren von aller Verantwortung für das, was oben geschah, frei und durften des lautesten Beifalles sicher sein, wenn wir an dem Spiel der Herren in Uniform und Ordensfrack schonungslos Kritik übten. (Heiterkeit und Sehr richtig!) Das darf nicht als ein Zugeständnis an das Wort betrachtet werden, das uns so oft von der Ministerbank entgegengehalten worden ist: Kritisieren ist leicht, bessermachen ist schwer. Unsere Kritik war berechtigt, nützlich und fruchtbar. Sie hat uns zu dem gemacht, was wir beim Ausbruch des Krieges gewesen sind. Aber die Zeiten und Verhältnisse haben sich geändert. Ist es da denkbar, daß sich an uns selbst gar nichts geändert haben sollte, wenngleich wir nichts, gar nichts von unseren Grundsätzen und Zielen aufgegeben haben oder aufzugeben gewillt sind? Ich erinnere mich einiger Bemerkungen, die im Verlaufe der bisherigen Verhandlungen gefallen sind und ich zweifle nicht, daß man unter Hinweis auf diese Worte ganz links schreien wird: Da haben wir's, er gibt zu, daß wir nicht mehr die Alten sind, nun haben wir das Geständnis. Mögen es andere halten, wie sie wollen, wir können auf keinen Fall in einer Zeit der ungeheuersten Veränderungen den Wahlspruch derer von Massow zu Richtlinien unseres Handelns nehmen, der bekanntlich lautet: „Massow, dat is so, dat bliewt so! (Sehr gut!) Wir haben lange genug die Gesetze der geschichtlichen Entwicklung studiert, um zu wissen, daß, wer nicht freiwillig mit der Entwicklung geht, von der Entwicklung am Ohr genommen und mit fortge-

rissen wird. Das werden die ewig Konservativen noch erfahren, die Konservativen von rechts, wie die Konservativen von links. (Heiterkeit und Sehr richtig!) Wir sind in taktischer Hinsicht beweglicher geworden, weil die Stellung der Arbeiterklasse, die wir vertreten, durch den Krieg sich erheblich geändert hat.

In diesem Kriege hat der Imperialismus mit dem Proletariat seine Schlachten schlagen wollen und durch die Welt der Internationale ging ein Schrei des Entsetzens darüber, mit welcher Leichtigkeit der Imperialismus seine Schlachtreihen aus dem Proletariat bildet und aus ihm immer wieder von neuem füllen konnte. Und doch, Parteigenossen, gibt es meines Erachtens keine kurzsichtigere Behauptung als die, daß der Krieg die Klassenherrschaft der Bourgeoisie über das Proletariat gestärkt hätte. Das gerade Gegenteil ist meiner Ueberzeugung nach der Fall. Die Parole gilt überall, daß für ihren Staat alle Proletarier kämpfen im Bewußtsein, daß dieser Staat nicht mehr so ganz allein der Staat ihrer Klassengegner war und es nach dem Kriege noch weniger sein könnte als zuvor. Die herrschenden Klassen aber wußten ganz genau, daß sie es bei der Arbeiterklasse nicht mehr mit einer amorphen Masse, sondern mit einem organisierten Ganzen zu tun hatten, und daß der Kriegsentscheid, der Entscheid über ihr eigenes Sein oder Nichtsein, in hohem Grade von dem Verhalten der organisierten Arbeiterklasse abhing. Die organisierte Arbeiterklasse, ich betone: die organisierte Arbeiterklasse, konnte sich deshalb gar nicht gegen den Staat stellen, aus tausend und mehr Gründen nicht, und weil sie es nicht konnte, hat sie es auch nirgends getan, denn die prinzipielle Verweigerung der Mittel zur Verteidigung des Landes in Serbien, Bulgarien und Rußland, so hoch ihr Mut und ihre Konsequenz anerkannt werden sollen, sie waren nicht Vertreter organisierter Massen des Industrieproletariats im deutschen, englischen oder französischen Sinne. Wo es wirklich Organisationen gab, haben sie sich nirgends gegen den seinen Existenzkampf kämpfenden Staat gestellt. Die gleiche Art ihres Verhaltens läßt auf ein allgemeines Gesetz schließen. Doch ich will in diesem Zusammenhang auf diese Frage nicht näher eingehen.

Die herrschenden Klassen hätten sich furchtbar geirrt, wenn sie etwa angenommen hätten, daß das Proletariat wegen seiner Anerkennung der Landesverteidigung lediglich Kanonenfutter für ihre imperialistischen Kämpfe geworden wäre. Das Proletariat ist vielmehr überall, in dem einen Lande mehr, in dem anderen Lande weniger, mit einem besonderen Bewußtsein in den Kampf gegangen, mit einem besonderen Klassenideal, mit besonderen Klassenzielen. Das Proletariat ist kein Mietsoldat der herrschenden Klassen, sondern ein durch die Not herbeigezogener Bundesgenosse, ein Bundesgenosse, der respektiert werden muß, und der, wenn einmal die Schlußrechnung gemacht wird, sich mit an den Tisch setzen und seine Forderungen stellen wird. (Sehr gut!) So hat sich während des Krieges eine Machtverschiebung zugunsten des Proletariats ergeben, eine Machtverschiebung, an deren Anfang wir erst stehen, und durch dieses Stück Klassenkampf, das sich inmitten der kriegerischen Entwicklung vollzogen hat, hat auch die Sozialdemokratische Partei eine ganz andere Bedeutung gewonnen, als sie vor dem Kriege gehabt hat. Die deutsche Sozialdemokratie — ich will es ganz offen aussprechen — ist durch den Krieg zu einer Partei geworden mit der unmittelbaren Anwartschaft auf die Macht im Staate. So oder so wird sich das parlamentarische System durchsetzen, Deutschland wird nach dem Kriege ein parlamentarisch-demokratisches Staatswesen sein. Und es wird bei uns ebenso sein, wie es in England war, daß nämlich die Partei, der die Mehrheit der Parlamentssitze zufällt, auch die Regierung zu stellen und die Verantwortung zu tragen hat. So werden die ersten Reichstagswahlen nach dem Kriege eine ganz andere Bedeutung haben als jemals

in Deutschland Wahlen zuvor. (Sehr richtig!) Wir werden nach den ersten Friedenswahlen im Reiche das sein, wozu das Volk uns macht, und wir werden die Aufgaben zu übernehmen haben, die das Volk uns auferlegt. Wir wissen heute zwar nicht, wie die Wahlen ausfallen werden, aber wir dürfen, wenn nicht alle Zeichen trügen, damit rechnen, daß wir mit einer sehr bedeutenden Macht daraus hervorgehen werden, mit einer so großen Macht, daß es uns nicht gestattet sein wird, die Annehmlichkeiten der Opposition zu genießen und den anderen die Verantwortung zu überlassen. (Sehr gut!)

Parteigenossen, kann einer von uns wünschen, daß Deutschland in der Zeit nach dem Kriege etwa von einem antisozialdemokratischen Block regiert würde, in dem dann die Konservativen, die Scharfmacher und Alldeutschen die Führung hätten? Die Antwort auf diese Frage ergibt sich von selbst, und so werden wir bei den ersten Wahlen nach dem Kriege und bei allen folgenden um die politische Macht kämpfen müssen, um die wirkliche politische Macht (Sehr richtig!), um den entscheidenden Einfluß im Staate, um die Regierung selbst. Was heißt das aber? Nicht mehr und nicht weniger als folgendes: wir müssen an jedem Tage, an dem das Volk uns dazu beruft, bereit sein, unsere sozialistischen Grundsätze in die Wirklichkeit zu übertragen. Da stehen wir vor einem gewaltigen Problem. Schon in Friedenszeiten haben gewiß viele von uns in Träumen zuweilen Alpdrücken gehabt und sich gefragt: was machen wir, wenn wir durch irgendeinen weltpolitischen Zufall plötzlich zur politischen Macht kommen? Wie werden wir diese Probe bestehen, und wird es uns da nicht gehen wie den törichten sieben Jungfrauen im biblischen Gleichnis? Ach Parteigenossen! Wäre das, wovor wir damals ein gelindes Grausen empfanden, unter den damaligen Verhältnissen Wirklichkeit geworden — was wir da zu leisten gehabt hätten, wäre ein Kinderspiel gewesen im Vergleich zu dem, was jetzt zu leisten uns bevorsteht. Damals strotzte das Land von Reichtümern, es war eine große kapitalistische Prosperitäts-Epoche, Kammern und Scheunen, Kisten und Kasten waren voll bis obenhin. Wenn wir jetzt in unser Land der Verheißung kommen, so wird es wahrscheinlich kein gelobtes Land sein, in dem Milch und Honig fließt. (Sehr richtig!) Es ist, wie alle anderen am Krieg beteiligten Länder, ein armes, entblößtes, aus tausend Wunden blutendes Land, in dem es kaum genug Brot für alle gibt und nicht soviel Leder, daß es für alle zu Schuhen reicht. Drei Jahre lang und länger ist fast die gesamte Bevölkerung, von dem zurückgebliebenen Rest der Landbevölkerung abgesehen, durch den Krieg zu völliger wirtschaftlicher Unproduktivität gezwungen worden. Die sogenannte Kriegsindustrie aber beschäftigte sich mit der Herstellung von Dingen, die das Gegenteil eines vernünftigen Gebrauchswertes haben. (Sehr richtig!) Sie baut keine Häuser, sondern dreht Granaten, mit denen man Ruinen macht. Und in dem sie den Stickstoff statt zu Dünger, zu Explosivstoffen benutzt, schießt sie unser tägliches Brot in die Luft. So sind wir, wie alle anderen, ärmer geworden von Tag zu Tag.

Sie können sich den Prozeß, der sich da vollzieht, vorstellen, indem Sie sich nebeneinander zwei Berge denken. Der eine Berg besteht aus Brot, Fleisch, Fett, Baumwolle, Geräten usw. — kurz aus allen Dingen, die die Menschen zum Leben brauchen, und der andere Berg besteht aus bedrucktem Papier: Bank- und Staatsnoten, Schuldverschreibungen, Darlehnskassenscheinen usw. Das Zusammenschmelzen des einen Berges und das Anschwellen des zweiten zeigen unsere wachsende Verarmung und Verschuldung deutlich genug an. Und nun kommt in diese Wüste, in diesen Trümmerhaufen der Sozialismus, der die Vergesellschaftlichung der kapitalistischen Produktionsmittel will und in seinem Endeffekt ein neues System der Güterverteilung ist. Er soll dafür

sorgen, daß jeder sein Dach über dem Kopf hat, jeder sein Bett und sein Essen, jeder seine Kleider und Schuhe, kurz alles, was er zum Leben braucht. Er soll für alle sorgen, wenn nichts da ist, er soll alle befriedigen, wo es nicht hier langt und nicht dort. Wahrlich, eine schwierige Aufgabe, die auch den Mutigsten schrecken könnte.

Parteigenossen! Der Sozialismus ist nach unserer Ueberzeugung etwas unendlich Großes, aber keine Macht der Idee kann die Menschheit aus der Hölle, die sie sich selbst bereitet hat, mit einem Sprung, mit einem Schlag in das Paradies hinüberführen.

Auch unter dem besten System werden die Wunden nur langsam heilen. Kann die Erholung des verbluteten, erschöpften Volkskörpers nur ganz allmählich vor sich gehen. Da könnte es dem Sozialismus wohl auch ergehen wie dem gewissenhaften Arzt, dem der ungeduldige Patient untreu wird, um sich dem ersten besten Kurpfuscher anzuvertrauen. Kämen wir also nach dem Kriege zur Macht, so würden wir auch mit der Gefahr auf schwere Rückschläge rechnen müssen. Solche Erwägungen müssen uns sehr vorsichtig machen in unseren Verheißungen. Wir werden dem Volke sicher nicht versprechen, daß wir ihm alsbald den Himmel auf Erden bescheren können, wenn es uns zur Macht verhelfen wollte. Aber das werden wir mit gutem Gewissen und aus voller Ueberzeugung sagen dürfen, daß Aufbau und Erholung nach dem Kriege nicht anders denkbar sind, als durch die wohlüberlegte planvolle Anwendung sozialistischer Grundsätze, die methodische Durchdringung der gesamten Wirtschaftsordnung mit den Ideen des Proletariats, mit den sozialistischen Prinzipien. (Sehr richtig!) Das Problem einer sozialistischen Wirtschaftsordnung steht riesengroß vor uns. Auf unsere Schultern ist die ungeheure Aufgabe gelegt worden, nicht mehr nur Theoretiker und Agitatoren, die wir bisher in der Hauptsache waren, sondern Praktiker des Sozialismus zu sein. (Sehr gut!) Da werden wir nicht vergessen dürfen, daß auch der Sozialismus keine Welt für sich, sondern nur ein Mittel zum Zweck ist. (Sehr gut!) Ein Mittel, die Not zu bekämpfen und den materiellen und geistigen Wohlstand des Volkes zu heben. Wir werden uns vor dem Fehler hüten müssen, Prinzipienreiterei zu treiben, und wir werden uns nicht etwa nur jede Maßregel darauf ansehen müssen, ob sie sozialistisch, sondern auch darauf, ob sie praktisch ist. (Sehr gut!) Durch verkehrte Anwendung unserer Prinzipien und durch verkehrte Anwendung an falscher Stelle würden wir diese Prinzipien nur schädigen. Nutzen werden wir nur, wann und wo wir zu zeigen imstande sind, daß das sozialistische Prinzip den breiten Massen greifbare Vorteile bietet. (Sehr richtig!) Man darf sich also das, was nach dem Kriege kommen wird, nicht als eine rein sozialistische Wirtschaftsordnung vorstellen, in der alle Betriebe bis zum letzten Barbierladen vergesellschaftet sein werden. Sicher aber scheint mir zu sein, daß Reich, Staat, Gemeinde, Gewerkschaften und Genossenschaften im Wirtschaftsleben nach dem Kriege eine ganz andere Rolle spielen werden als vor dem Kriege, daß sich der Prozeß, den Karl Renner in seinem neuen vortrefflichen Buch die „Durchstaatlichung der Wirtschaft" nennt, sich in viel schnellerem Tempo vollziehen wird. Ob ein Wirtschaftszweig in die öffentliche Wirtschaft zu übernehmen sein wird oder ob er privater Initiative zu überlassen ist, das ist eine Frage, die von Fall zu Fall entschieden werden muß aus dem Gesichtspunkt der rein wirtschaftlichen Zweckmäßigkeit heraus. Das Ziel aber ist, die Volkskraft auf die möglichst höchste Stufe der Produktivität zu erheben, die Summe der vorhandenen Arbeitskräfte auszunutzen zum Wohle der Allgemeinheit. (Sehr richtig!)

Es wird, darüber wird man sich keinem Zweifel hingeben dürfen — nach dem Kriege kein Schlaraffenleben geben; es wird gearbeitet werden müssen an

jeder Stelle mit voller Hingabe an die Sache, aber auch mit vollster Verachtung des Grundsatzes: ein Volk wird nicht reicher, sondern ärmer, wenn es Raubbau treibt mit der menschlichen Arbeitskraft, dem Quell seiner Reichtümer. (Lebhafte Zustimmung.) Das muß mit aller Kraft hervorgehoben werden. Nach dem Kriege darum erst recht Sozialpolitik! Nach dem Kriege erst recht endlich ernsthaftes Zugreifen in allen Fragen, die wir mit dem Wort „Bevölkerungsproblem" umschreiben. Die Sozialpolitik ist mit der allgemeinen Wirtschaftspolitik so in Verbindung zu bringen, daß das Ergebnis nicht eine Verminderung, sondern im Gegenteil eine gewaltige Erhöhung der Produktivität ist. Das ist die große Aufgabe, mit der sich die beiden Referate der Genossen Wissell und Cunow beschäftigen. Man darf diese Referate nicht als zwei voneinander losgelöste Teile, sondern muß sie als ein zusammenhängendes Ganze betrachten, als Teile eines Systems, in dem ein Rad ins andere greift. Die individualistische Betrachtungsweise der Wirtschaft gestattet es, daß jeder mit einem möglichst geringen Arbeitsaufwand sich einen möglichst großen Anteil an der allgemeinen Gütererzeugung sichert. Die sozialistische Auffassung fordert, daß jeder einen möglichst großen Anteil an dieser Gütererzeugung aus eigener Kraft beizutragen versucht, wofür er den Anspruch erwirbt, als Kulturmensch behandelt, entlohnt und möglichst lange der Allgemeinheit erhalten zu werden.

Aus alledem ersehen Sie, daß wir nicht geneigt sind, den Begriff des Arbeiters zu eng zu fassen und ihn etwa nur auf die körperlich arbeitenden zu beschränken. Die wertvollste Arbeit leistet der, der Arbeit sparen hilft. Die Erfindung der arbeitsparenden Methoden, die Erfindung von Methoden, die es ermöglichen, aus der Arbeitskraft unter sorgfältigster Schonung ihrer selbst die größten Leistungen herauszuholen, das wird die größte und beste Arbeit sein, die für die Allgemeinheit zu leisten sein wird. Den Organisatoren der Arbeit winkt in der Zukunft höchster Ruhm. Hier winkt tatsächlich ein Ziel, wahrhaftig des Schweißes der Edlen wert!

Zur Leistung all dieser unabsehbaren Aufgaben wird — das muß offen ausgesprochen werden — die Kraft unserer Partei nicht ausreichen. Was hier geleistet werden muß, wächst über den Rahmen einer Parteiorganisation, die auf den politischen Kampf eingestellt ist, weit hinaus. Es ist nicht Parteisache, sondern allgemeine Volkssache, ist — ich darf das hier aussprechen, ohne mißverstanden zu werden — eine allgemeine nationale Angelegenheit. Wer in Zukunft seinem Volke dienen will, der wird praktischer Sozialist sein müssen, ob er nun Mitglied unserer sozialistischen Kampfgemeinschaft ist oder nicht. Zu solchem praktischen Sozialismus fordere ich alle auf, die vom Geiste der neuen Zeit einen Hauch verspürt und die begriffen haben, daß die letzte Entscheidung über die Zukunft des deutschen Volkes nicht in den Schützengräben, sondern erst beim wirtschaftlichen Wiederaufbau fällt. (Sehr richtig!)

Eine kleine, aber sehr einflußreiche Schicht, die sich vor dem Kriege und während des Krieges wirtschaftlich sehr wohl befunden hat, schwört freilich noch auf das sogenannte freie Spiel der Kräfte und möchte, wenn erst der letzte Flintenschuß verhallt ist, mit fliegenden Fahnen zu ihm zurückkehren. Sie meinen, nach dem Kriege werde sich schon alles wieder finden, wenn nur der privaten Initiative im Wirtschaftsleben wieder freier Spielraum eröffnet werde, dann gehe alles von selbst. Ich habe schon gesagt, daß es nicht unsere Aufgabe ist, nach einem sozialistischen Schema F jener freien Initiative den Weg zu verbauen. Wo sie sich nützlich betätigen kann, da mag sie weit ausgreifen. Aber ich glaube, kein Einsichtiger zweifelt daran, daß die allgemeine Rückkehr zum freien Spiel der Kräfte einfach zur Katastrophe werden müßte. (Sehr richtig!) Wie sollen denn die notwendigen Rohstoffe ins Land geschafft

werden, ohne staatliche Regelung? Wie würden sich die Preise der notwendigsten Lebensmittel gestalten, wenn durch allgemeine Aufhebung der Höchstpreise einer schrankenlosen Preistreiberei Tür und Tor geöffnet würde. (Sehr richtig!) Denken Sie weiter an die drohende Arbeitslosigkeit der aus dem Felde heimkehrenden Massen, an den mit ihr verbundenen Lohndruck! Das gäbe dann eine so große Summe von Massenelend und Massenverbitterung, die einen gewaltsamen Ausbruch nahezu gewiß machen würde.

So drängt sich der Sozialismus dem Staate ganz von selbst auf. Als eine Notstandsmaßregel staatlicher Selbsterhaltung. Und noch von einer anderen Seite drängt er auf den Staat mit unüberwindlicher Kraft ein. Das ist die Seite, die Genosse Keil in seinem Referat verhandelt hat, die finanzpolitische Seite. Was bedeutet denn die ungeheure Verschuldung des Reichs durch den Krieg? Sie bedeutet, daß ein vielmal größerer Betrag als das allgemeine Volkseinkommen ist, durch die öffentlichen Kassen seinen Weg nehmen muß. Da ist einer, der seine Ersparnisse in Kriegsanleihe angelegt hat. Er erhält seine Zinsen aus den öffentlichen Kassen. Da sind andere, die im Kriege ihre Arbeitskraft ganz oder teilweise eingebüßt haben. Sie erhalten ihre Rente aus öffentlichen Kassen. Renten aus den öffentlichen Kassen werden erhalten Frauen und Kinder, die ihren Ernährer im Felde verloren haben. Der Arbeitslose muß Unterstützung erhalten aus öffentlichen Mitteln, und ein wachsendes Riesenheer von Beamten und Arbeitern erhält Gehälter und Löhne aus öffentlichen Kassen. Es läßt sich keine Lösung des staatlichen Finanzproblems denken, ohne gründliche Vermögensabgabe und ohne Monopole. (Sehr richtig!) Stellen wir uns einmal vor, es hätte nie eine sozialistische Theorie gegeben und nie eine sozialistische Propaganda —, wir würden nach dem Kriege doch in die sozialistische Praxis hineingeraten durch die Notwendigkeit der Entwicklung selbst. (Sehr richtig!) Da haben Sie den besten Prüfstein für unsere Theorie, die ja ihrem eigenen Wesen nach der Entwicklung nicht ihren Lauf willkürlich vorschreiben, sondern ihn nur voraussehen und erleichtern will. Gäbe es keinen Sozialismus dem Namen nach, so wirkte er doch in der Sache. Gäbe es keinen Sozialismus, so müßte er erfunden werden.

Weil wir aber zum Sozialismus gezwungen sind, darum sind wir auch zur Demokratie gezwungen, denn die Machtfülle, die die wirtschaftliche Entwicklung, ob wir wollen oder nicht, dem Staate gegenüber allen einzelnen in die Hand gibt, sie müßte zur unerträglichen Tyrannei ausarten, wenn sie von einer unbeschränkt waltenden Bureaukratie ausgeübt würde. (Sehr richtig!) Gegenüber dem zunehmenden Druck einer wirtschaftlichen Zentralgewalt muß jeder durch den festen Panzer einer staatsbürgerlichen Freiheit gesichert sein. Keiner soll einem Gebot gehorchen müssen, das nicht unter seiner gleichberechtigten Mitwirkung zustande gekommen ist. Behörden, Beamte — auch der Reichskanzler! —, die bei der Lösung der ihnen übertragenen Aufgaben versagen, müssen rasch entfernt werden können. (Sehr gut!) Wir brauchen Demokratie im Staate, wir brauchen Demokratie in der Selbstverwaltung, wenn nicht die fruchtbare Schaffensfreude des einzelnen durch Reglement beengt werden soll. Auf alle die Einzelforderungen, die in der vorausgegangenen Debatte namentlich von David erörtert worden sind, brauche ich nicht mehr einzugehen, namentlich deshalb nicht, weil Ihnen ja die vier gedruckten Referate vorliegen. Das Wort des Genossen Landsberg: „Deutschland braucht Demokratie, um leben zu können" gilt nicht nur für den Krieg, es gilt nicht weniger für die kommende Friedenszeit. (Sehr richtig!) Den Frieden der Welt zu sichern nach diesen maßlosen Greueln, das wird unsere vornehmste Aufgabe sein. Wir haben es in den furchtbaren Schicksalstagen des August

1914 nicht gekonnt, wir sind damals noch zu schwach gewesen. Möge uns das Volk, mögen uns alle Völker die Kraft verleihen, daß wir das in Zukunft können. Das Volk selbst muß der Garant der kommenden Völkerverträge, muß der nimmermüde Wächter des Friedens sein. Nach dem Kriege wird untersucht werden müssen, inwieweit Fehler unserer heimischen Einrichtungen, inwieweit ein bei uns herrschender Geist zu den Ursachen dieser Menschheitskatastrophe zu zählen sind. Wo solche Fehler erkannt werden, da müssen ihre Wurzeln ausgerottet werden mit Stumpf und Stiel, und wo solcher Geist erkannt wird, da muß ein moralischer Pestkordon um ihn gezogen werden. Freiheit jeder Meinung, aber auch Freiheit, jede Meinung, die dem Wohl des Volkes in der ganzen Welt gefährlich ist, rücksichtslos zu bekämpfen, zu bekämpfen mit den Mitteln einer sittlich höheren Weltanschauung, mit geistigen Waffen sie zu bekämpfen bis aufs äußerste. (Bravo!)

Aber wird dieser Kampf überhaupt erst notwendig werden? Erledigt er sich nicht ganz von selbst durch die Einführung demokratischer Einrichtungen? Wenn in Deutschland der Volkswille regiert, wird das deutsche Volk das friedlichste Volk der Welt sein. Ein tüchtiges Volk, das den Willen zur Freiheit hat, ist auch stark genug, friedlich sein zu können. (Sehr gut!) Wenn ich von Stärke spreche, so meine ich nicht die militärische. Was hat denn unseren Hauptgegner in diesem Kriege — das englische Volk — so stark gemacht und was ist unsere schlimmste Schwäche? Ich will es ganz offen aussprechen: Englands größte Stärke besteht darin, daß es verstanden hat, sich in der ganzen Welt Freunde zu gewinnen. Unsere schlimmste Schwäche aber ist, daß wir es verstanden haben, in der ganzen Welt Freunde zu verlieren. (Sehr wahr!) Das soll anders werden. Wir sollen uns rüsten, mit England einen neuen Kampf aufzunehmen, aber nicht um die flandrische Küste, sondern um die Sympathie der Völker, um die Seele der Welt. (Sehr gut!) Dieser Kampf kann auch nicht geführt werden mit Minenwerfern, Tanks und U-Booten, sondern nur durch den wetteifernden Fortschritt freiheitlicher und sozialer Einrichtungen. Sieger wird hier sein, wer mehr zu geben hat. Für diesen friedlichen Wettkampf unter den Nationen eröffnet sich, sobald sich die Kräfte des Krieges ausgetobt haben, ein unendlich weites Feld. Zahllos sind die Probleme, die sich den Völkern nach dem Friedensschluß aufdrängen werden, und sie sind überall derselben Art. Man kann sagen, daß der Krieg eine Krankheit ist, die bei allen Völkern den gleichen Verlauf nimmt, die überall die gleichen Schwächezustände zurückläßt und überall so ziemlich die gleichen Maßnahmen zur Wiederherstellung erfordert: Währungsprobleme, Steuerprobleme, Wirtschafts- und soziale Probleme treten in allen Ländern als Kriegsfolge gleichermaßen in Erscheinung. Wenn man in ausländischen Blättern liest, wie jetzt drüben über Ernährungsfragen, Besteuerung der Kriegsgewinne, den Wiederaufbau der Friedensarbeit und hundert andere uns wohlbekannte Fragen debattiert wird, so ist man versucht, erstaunt auszurufen: Niemals scheinen die Völker sich so ähnlich zu sein, als wenn sie miteinander Krieg führen. Aehnlich, füge ich hinzu, im Guten wie im Bösen. Nirgends aber verdichtet sich diese Aehnlichkeit zu einer nahezu vollkommenen Gleichmäßigkeit wie dort, wo es sich um eigentliche Arbeiterfragen handelt. Ich erinnere Sie an die sozialpolitischen Friedensforderungen, die von der Gewerkschaftskonferenz der Alliierten in Leeds, von der Internationalen Gewerkschaftskonferenz in Bern aufgestellt worden sind! Ueber diese Fragen gibt es gar keine Meinungsverschiedenheit nach nationalen Gesichtspunkten. Das ist ja auch der eigentliche Grund, warum sich die Engländer von Bern fernhielten, weshalb die Franzosen gewaltsam ferngehalten wurden. Es gibt Fragen von lebenswichtiger Bedeutung, in denen die Arbeiter aller Länder einig sein müssen, mögen sie national

auch noch so sehr gegeneinander verhetzt sein. (Sehr richtig!) Bei voller Beschickung der Berner Konferenz wäre diese Tatsache vor aller Welt greifbar deutlich geworden. Darum kamen die Engländer nicht, darum durften die Franzosen nicht kommen.

Ich sage also: Für alle diese Probleme, die in allen Ländern nahezu gleich sind, wird in allen Ländern die Lösung gesucht werden müssen. Von allen Seiten wird man über die Grenzen schauen, um den anderen abzugucken, wie es gemacht werden muß. Und da bin ich — als alter Internationalist — Nationalist genug, um von ganzem Herzen zu wünschen: in Deutschland soll es am allerbesten gemacht werden. (Sehr gut!) Und wenn dann die, die heute unsere Gegner sind, nach Deutschland kommen, um unsere Einrichtungen zu studieren, dann wollen wir sie mit herzlicher Freude aufnehmen und mit stiller Genugtuung darüber, daß auch die, die kein gutes Haar bei uns finden wollten, nun doch bei uns zu Lande und an unseren Einrichtungen Gutes suchen, das sie mit nach Hause nehmen können zum Wohle ihres eigenen Volkes. In diesem Sinne bin ich nicht nur Sozialpatriot, sondern meinethalben auch Sozialchauvinist. (Heiterkeit.) Daß Deutschland nach dem Kriege in der ganzen Welt im sozialen Fortschritt voranschreiten möge, das ist unser heißester Wunsch, das wird unser aller unermüdliches Streben sein.

Aber das alles wird nicht genügen, um uns in der Welt die Sympathien zu erwerben, die wir brauchen, ohne die wir nicht existieren können und die uns durch keine gewaltsame Eroberungen ersetzt werden können. Wir wollen ganz aufrichtig sein und uns sagen, daß wir — oder richtiger gesagt, daß ein kleiner Teil unseres Volkes und seine eigentümliche Sinnesart — nicht ganz unschuldig sind an dem Welthaß, der uns umbrandet. (Sehr richtig!) Ich wiederhole: Damit muß aufgeräumt werden. Das Deutschland nach dem Kriege muß so beschaffen sein, daß an der Freiheitlichkeit seiner Politik im Innern, der Friedlichkeit, Rechtschaffenheit, Offenheit seiner Politik nach außen kein Zweifel möglich ist. Was vor uns liegt, ist wahrhaftig nicht leicht. Harte Zeiten und schwere Entschlüsse stehen uns noch bevor, unserer Partei und unserem ganzen Volke. Und wir könnten unter diesem Werk von Leiden und Sorgen zusammenbrechen, hielte uns nicht eines aufrecht: der Glaube an unsere große Idee, der Glaube an die unerschöpfliche Kraft des schaffenden Volkes. In diesem Sinne sage ich getrost: Großes haben wir erlebt, Größeres steht uns noch bevor. Der Krieg, der uns in allen Tiefen aufrüttelt und erschüttert, ist doch schließlich nur weltgeschichtlicher Alltag. Blättern wir die Geschichte durch von den ältesten Zeiten: über die Völkerwanderungen, Kreuzzüge, Religionskriege, Franzosenkriege — wir finden kaum ein Blatt, das nicht von Blut trieft, keine Zeit, in der nicht Tausende von Menschen starben, ohne zu wissen, wofür. Der Krieg — das ist das hergebrachte Alte, die ewige Wiederkehr des Gleichen, nur durch den Fortschritt der Technik ins Wahnsinnige gesteigert. Aber das, was wir wollen und wofür wir kämpfen, das ist das Unerhörte, das Große, das Neue! Das ist die Erhebung der ganzen Menschheit auf eine höhere Kulturstufe zur internationalen Völkergesellschaft und zum Sozialismus. So erscheint uns dieser Weltkrieg nur als das gewaltige Vorspiel einer noch viel gewaltigeren Begebenheit, einer geistigen und sozialen Umwälzung, wie sie die Welt noch niemals erlebt hat.

Daß uns in diesen werdenden Ereignissen die schwerste Aufgabe zufallen wird, das wollen wir uns nicht verhehlen. Aber hat dieser Krieg nicht auch gezeigt, was ein Volk kann, wenn es muß? (Sehr wahr!) Nach dem Kriege heißt es für uns erst recht: wir müssen! Frieden — das heißt nicht, daß jeder Kampf aufhört, es heißt nur, daß wir nicht mehr wie die Bestien miteinander kämpfen, sondern wie zivilisierte Menschen. Wenn draußen

der letzte Schuß verhallt ist, dann wollen wir ausrufen: Der Krieg ist tot, es lebe der Kampf! Es lebe die Arbeit und der Kampf für ihr Recht. Wir marschieren und — wenn es sein muß — dann stürmen wir. Vorwärts! (Stürmischer langanhaltender Beifall und Händeklatschen.)

Der Antrag 33, dessen Beratung mit diesem Punkte verbunden wird, ist bereits genügend unterstützt. Die zu diesem Punkt weiter vorliegenden Anträge 34, 35, 36 werden genügend unterstützt. Die Aussprache über diesen Punkt soll in der Reihenfolge der vier Referate stattfinden, und zwar findet zunächst die Debatte über die Demokratisierung statt.

Peus-Dessau: Es gab eine Zeit, da man versucht sein konnte, zu sagen, Sozialismus und Demokratie werde auch trotz der Sozialdemokratie kommen. Nach der Rede Scheidemanns kann man das nicht mehr sagen, denn nach dieser Rede öffnet sich ein breites Tor für begeisterte hoffnungsfrohe Arbeit. Es schwebt über diesem Parteitag ein besserer Geist als über manchen Parteitag der Vergangenheit. Ich spreche es offen aus, daß manche, die diesem neuen Geist zuwider waren, heute nicht mehr hier sind und daß dies eine erfreuliche Grundlage für diese Entwicklung ist. (Sehr richtig!) Mit der Demokratie muß sich die Parlamentarisierung verbinden. Sie ist vorhanden, wenn so regiert wird, wie die Volksvertretung es will. Das kann aber nur dann geschehen, wenn sich in der Volksvertretung eine regierungsfähige Mehrheit bildet. Diese regierungsfähige Mehrheit muß nach Möglichkeit eine dauernde Mehrheit sein. Das wird nicht immer möglich sein. Wechselnde Mehrheiten sind unvermeidlich. Aber wir brauchen darum noch nicht zu glauben, daß das Beispiel anderer parlamentarisch regierter Länder für uns maßgebend sein muß. Es hängt vom Volkscharakter, von unseren wirtschaftlichen und politischen Verhältnissen ab, wieweit sich eine feste parlamentarische Regierungsmehrheit herausstellt. Wir werden diese Mehrheit nicht schon sehr bald sein. Selbst aber wenn wir sie werden, und wir haben nicht die entsprechende wirtschaftliche Macht, dann können wir auch nicht so regieren, wie es eine solche Mehrheit möchte. Wir werden in absehbarer Zeit nur mit anderen diese Mehrheit sein und deshalb gilt es, festzustellen, daß unser Verhalten im Parlament — im Reich, im Staat und in der Gemeinde — nicht so sein kann wie unten im Volk, wo wir für unsere Grundsätze lehrend und aufklärend wirken. Wir müssen im Parlament alles tun, damit eine regierungsfähige Mehrheit da ist und selber ein Glied dieser Mehrheit sein. Auch das wird nicht immer möglich sein, es können sich selbstverständlich auch Mehrheiten gegen uns bilden, aber besser, es gibt eine regierungsfähige Mehrheit gegen uns als überhaupt keine. (Sehr richtig!) Das Ziel muß natürlich sein, daß wir bei dieser Mehrheit sind. Dann entsteht ein Mehrheitsprogramm, nach dem die Regierung, die dann dieser Mehrheit direkt oder indirekt entnommen wird, zu regieren hat. Aber dieses Programm kann, solange wir nicht selber die Mehrheit sind, natürlich nicht unser reines Parteiprogramm sein. Wir müssen schon darin einen Erfolg erblicken, wenn in diesem Mehrheitsprogramm einer Volksvertretung möglichst viel von unseren eigenen Zielen enthalten ist. Bisher war es im Reichstage nicht so, darum konnte es auch kein parlamentarisches Regieren geben. Es hat gefehlt an allen Parteien, an den bürgerlichen wie auch an uns. Das ist der Wandel der Zeit, der sich vollziehen muß, daß wir nunmehr uns so verhalten, daß wir das Glied einer Regierungsmehrheit wenigstens sein können. Unseren Parteigenossen im Lande müssen wir begreiflich machen, daß, wenn wir aus taktischen Rücksichten im gegebenen Augenblick von unseren Grundsätzen abweichen müssen, wir darum unsere Grundsätze nicht aufgeben. Der Arbeiter, der als Sozialdemokrat sich von dem Unternehmer ausbeuten läßt, gibt auch darum seine Grundsätze

nicht auf, er fügt sich nur der Notwendigkeit. Man nennt uns beschimpfenderweise Regierungssozialisten. Wir sollten diesen Titel ehrenhalber annehmen und stolz darauf sein, in dem Sinne Regierungssozialisten zu werden, daß wir mitregieren wollen. Wir müssen es satt sein, immer nur zu kritisieren, draußen zu stehen, Lärm zu machen und die Fenster einzuwerfen. Unser ganzes Verhalten in den letzten Jahrzehnten hat sich ja mehr und mehr schon davon abgewendet. Wenn wir Regierungssozialisten in dem Sinne sind, daß wir mit zu regieren haben, dann müssen wir Rücksichten des Augenblicks nehmen, müssen bei unseren Handlungen die Dogmatik aufgeben, wenn wir auch draußen in der Agitation dauernd unsere Grundsätze verkünden. Scheidemann hat mit Recht hervorgehoben, daß der Kapitalismus zwar auf der einen Seite als Großkapitalismus durch den Krieg gesteigert worden ist, daß aber auf der anderen Seite auch die Feinde gegen den Kapitalismus gewaltig zugenommen haben. Darum haben wir die beste Aussicht, daß das Volk uns nach diesem Kriege folgen wird, wenn wir nur geschickt vorgehen und wenn wir uns freimachen von jeder Dogmatik der Vergangenheit. Wir bleiben die Vertreter der Interessen der Arbeiter und führen als solche weiter den Klassenkampf, den Kampf für die Arbeiterklasse. Wir wollen als Arbeiterklasse im Staate die Macht erobern und in unserem Staate regieren. (Beifall.)

Pflüger-Stuttgart begründet den Antrag 34 auf Einsetzung eines Ausschusses mit dem Auftrag, ein volkstümliches und in packender Sprache beschriebenes Aktionsprogramm so rasch wie möglich auszuarbeiten. Die Rede Scheidemanns und die vier Referate zeigen, daß man sich in der Parteileitung der großen Aufgaben der Zukunft in vollem Umfange bewußt ist. Etwas anderes als das, was in der Rede Scheidemanns und in den vier Referaten zum Ausdruck kommt, will der Stuttgarter Antrag eigentlich auch nicht. Er will keine Revision unseres Parteiprogramms an sich. Unser Erfurter Programm hat sich im Kriege als durchaus zutreffend erwiesen. Die Konzentration des Kapitals und damit die Vereinigung der wirtschaftlichen Macht in den Händen weniger hat in der Kriegszeit zugenommen. Breite Schichten des Mittelstandes werden zerrieben und ganz neue Gebilde geschaffen. Der Parteitag zeigt in allen Fragen den ernsten Willen, unter Aufrechterhaltung des bisherigen Charakters unserer Partei als Klassenkampfpartei auf allen Gebieten praktische Arbeit zu leisten und unseren Einfluß in die Wagschale zu werfen. Schon frühzeitig hat die Partei die Notwendigkeit der praktischen Arbeit erkannt und deshalb im zweiten Teil unseres Programmes praktische Gegenwartsforderungen aufgestellt. Wir müssen uns aber darüber klar sein, daß mit dem, was dort an praktischen Gegenwartsforderungen aufgestellt ist, nach dem Kriege nicht auszukommen sein wird. Der entsetzliche Krieg hat alles über den Haufen geworfen und hat ganz neue Verhältnisse geschaffen, zu denen wir Stellung nehmen müssen. Wir haben klar und deutlich auszusprechen, wie wir uns die Ueberwindung der furchtbaren Wirkungen des Krieges auf das Volk denken. Es ist kein Zweifel darüber, daß wir diese entsetzlichen Wirkungen in ihrem ganzen Umfange erst nach dem Kriege erkennen werden. Not und Elend werden — darüber bin ich mir durchaus nicht im unklaren — nach dem Kriege einen weit größeren Umfang annehmen als im Kriege selbst, und wenn dann Not und Elend, Arbeitslosigkeit, Lohndruck, teure Lebenshaltung zusammentreffen, dann wird die Folge davon in weiten Schichten Mutlosigkeit sein, wenn wir nicht imstande sind, dem Einhalt zu gebieten. Wir haben die Aufgabe, dem Volke gerade in diesem Augenblick den Weg aus diesem Elend heraus zu zeigen, so klar und deutlich, daß jeder ihn erkennen kann. Wir müssen in knappen Worten darlegen, wie wir uns die Aufgaben nach dem Kriege denken. Die Frage der Einordnung aller körperlich,

seelisch und wirtschaftlich geschädigten Existenzen in das normale Erwerbsleben ist in den Referaten bereits eingehend behandelt. Ebenso die Frage der finanziellen Gestaltung unserer Verhältnisse und die Frage der Umgruppierung der Industrie im Sinne der Bedürfnisse des Volkes und des Staatswesens, sowie auch die Frage der Beschaffung der Rohstoffe und der Handelsverträge. Es sind dann weiter von Scheidemann eine Reihe anderer Fragen bereits erörtert. Ganz besonders möchte ich die Worte Scheidemanns unterstreichen, daß bei der künftigen öffentlichen Bewirtschaftung die Möglichkeit gegeben sein muß, Kräfte, die sich als ungeeignet für die Arbeit erweisen, rechtzeitig und ohne Rücksicht zu entfernen. Die Ordnung in der Kriegszeit hätte in sehr vielen Fällen wirksamer und praktischer sein können, wenn nicht eine große Zahl von Kräften dabei tätig gewesen wäre, die ihrer Aufgabe in keiner Weise gewachsen waren. Wenn wir hinausgehen und für unsere Grundsätze Propaganda entfalten, dann ist es notwendig, unser schriftliches Agitationsmaterial möglichst kurz und knapp zusammenzufassen und in solche Formen zu bringen, daß jeder uns versteht. Wir glauben, daß das ohne eine Kommission, zusammengesetzt aus Genossen aus allen Teilen des Reiches nicht geschehen kann, damit den verschiedenartigen Verhältnissen Rechnung getragen wird. Aus diesem Grunde haben wir den Antrag 34 gestellt. Wir sind damit einverstanden, daß der Antrag dem Parteivorstand in dem Sinne überwiesen wird, daß dieser die Kommissionsmitglieder auswählt. Die Form ist uns Nebensache, die Hauptsache ist, daß wir bei Beendigung des Krieges gerüstet dastehen, um unseren Aufgaben in vollem Umfange gerecht werden zu können. (Bravo!)

Wilhelm Blos: Ich verstehe den Antrag Stuttgart so, daß wir nicht etwa zwei Programme nebeneinander haben sollen, das eigentliche und noch ein Aktionsprogramm daneben, sondern daß diese beiden Begriffe verschmolzen werden, daß wir ein eigentliches Aktionsprogramm bekommen, wie es ja früher auf dem Erfurter Parteitag schon angeregt worden ist, aber nicht die Billigung des Parteitages gefunden hat. Es ist vielleicht nicht unangebracht, in diesem Augenblick einen kurzen Rückblick zu werfen auf die Art und Weise, wie unsere Parteiprogramme sich verändert haben. Wir haben seit Entstehung der speziell deutschen Sozialdemokratie vier große Programme gehabt. Meine Altersgenossen und ich, wir haben unter drei verschiedenen Programmen der Partei gedient, und die Lehre, die aus diesem Programmwechsel entsteht, ist in erster Linie die, daß ein Programm nichts Unveränderliches ist, daß es den Zeitverhältnissen angepaßt werden muß. (Sehr richtig!) Ich erinnere an den schönen Ausspruch unseres verstorbenen Freundes Bracke, der seinerzeit vor Gericht sagte: „Es ist unser Stolz, die geschichtliche Bewegung zu begreifen und uns ihr anzupassen." Die Programme unserer Partei sind alle kurzlebiger gewesen als das heutige. Das Lassallesche Programm bestand im ganzen etwa 10 Jahre, das Eisenacher Programm von 1869 nur 6 Jahre, darauf folgte das Gothaer Programm von 1875, das 16 Jahre bestanden hat, und das Erfurter Programm besteht schon 23 Jahre, es ist also das greisenhafteste, was wir bis jetzt gehabt haben. (Sehr gut!) Wir stehen vor einer Epoche, in der man unmöglich ein Programm bestehen lassen kann, wie es vor dieser großen Katastrophe geschaffen worden ist. (Sehr richtig!) Es handelt sich nicht darum, Grundsätze aufzugeben, ich will dieser banalen Einwendung schon von vornherein begegnen, sondern es handelt sich darum, im Programm zu berücksichtigen, soweit das geschehen kann, was sich in der Welt geändert hat. Dieser Weltkrieg ist ja der große Kladderadatsch gewesen und ist es noch, von dem so oft geredet worden ist. Und wenn man ihn als eine Revolution betrachtet — und man hat das Recht dazu —, so wird er in

seinen Wirkungen vielleicht die größte Revolution werden, die es jemals gegeben hat. (Sehr gut!) Eine Revolution braucht nicht immer nach dem Muster von 1793 sich zu vollziehen, denn es handelt sich dabei, um einen Ausspruch Alexander v. Humboldts zu gebrauchen, darum, daß die Schwerpunkte sich versetzen, und das ist in dieser großen Katastrophe doch ganz gewiß der Fall gewesen. Auch diejenigen, die absolut der Meinung sind, daß bei einer solchen Umwälzung die Veränderungen in den Regierungsformen das erste sein müßten, können befriedigt sein, denn es sind ja nicht weniger als fünf Monarchien und eine kleine noch dazu gestürzt worden. (Sehr gut!) Lassalle hat uns gelehrt, daß bei einem Programm die Kürze die Würze ist. Mit anderen Worten: je kürzer ein Programm ist, desto größer wird seine Werbekraft sein. Lassalle hat ja bekanntlich in seinem Programm nur zwei Punkte gehabt, und diese Punkte haben eine solche Wirkung auf die Massen ausgeübt, daß wir später, als wir die verschiedenen Anschauungen verschmelzen mußten, genötigt waren, sie wieder in unser Programm aufzunehmen, obwohl wir ja gerade im Gegensatz dazu unser neues Programm gemacht haben. Ich erinnere daran, daß das eherne Lohngesetz, obwohl es wissenschaftlich überwunden war, sich noch im Gothaer Programm behauptet hat. Unser jetziges Programm ist eigentlich eine ökonomische Abhandlung, die mit einigen politischen Punkten verziert ist. (Sehr richtig!) Das müßten wir anders machen. Neben dem Programm ist zu seiner Erklärung noch die Marxsche Scholastik einhergegangen, die bekanntlich alles auf den Index gesetzt hat, was sich nicht buchstabengläubig zu allem bekannt hat, was im Programm enthalten war. Ich selber habe auf dem Erfurter Parteitag, als die Zeit verflossen war, um das Programm noch einmal lange durchzuberaten, beantragt, es der Zeitersparnis wegen en bloc anzunehmen, da ich wußte, daß eine Aenderung nicht mehr zu erzielen war. Allein ich denke, daß wir uns heute im Programm von dieser Marxschen Scholastik freimachen müssen, damit wir uns endlich von dem Einfluß der Leute befreien, die mit einem wahren Mönchsgezänk die Partei erfüllt haben. Es ist ja mit diesen Kuttenträgern schon zum Teil aufgeräumt worden. (Heiterkeit und Sehr gut!) Wir haben die Pflicht, ein neues Programm zu gestalten. Der vorgeschlagene Weg wird der richtige sein; eine solche Sache muß außerordentlich sorgfältig vorbereitet werden. Wir werden unserem Programm den Weg fördern helfen, den dieser Krieg eröffnet hat, die Demokratisierung Deutschlands und damit zusammenhängend die Befreiung unseres Volkes von der Klassenherrschaft. (Lebhafter Beifall.)

Dr. **Grabnauer:** Scheidemann hat mit Recht gesagt, daß Deutschland zu einem parlamentarischen und demokratischen Staatswesen werden wird. Die gesamte Entwicklung geht in dieser Richtung und die Sozialdemokratie hat die Aufgabe, Träger dieser Entwicklung zu sein. Aber es ist wohl in diesem Saale niemand, der sich darüber täuschen wird, daß trotz der gewaltigen Ereignisse des Krieges und trotz aller neuen Ideen die damit eingezogen sind, doch die Widerstände gegen die Entwicklung, wie wir sie für notwendig halten, außerordentlich groß sind und voraussichtlich auch lange Zeit bleiben werden. Es wird ohne Zweifel eines sehr schweren Kampfes bedürfen, um den gewaltigen Widerstand, der von den konservativen Mächten gegen die Demokratisierung und Parlamentarisierung des Deutschen Reichs einsetzen wird, zu überwinden. Die Konservativen und Alldeutschen wollen ja auch nicht zum wenigsten um deswegen den Sieges- und Machtfrieden, daß sie sagen können: Seht, wie haben sich unsere Staatseinrichtungen bewährt, wie Glänzendes haben wir auf Grund dieser Einrichtungen geleistet. Sie wollen durch den Eroberungsfrieden, wie sie ihn erstreben, zugleich den Gedanken der Demokratie niederschlagen. (Sehr

richtig!) Aber sie werden ihr Ziel nicht erreichen und der deutsche Staat wird große Umgestaltungen durchmachen müssen. Daß sich die Staatseinrichtungen Deutschlands, wie sie auf Grund der Verfassung von 1871 bestehen, nicht bewährt haben, nicht vor dem Kriege und nicht während des Krieges, das liegt vor unseren Augen. Die auswärtige Politik hat sich nicht bewährt und ich erinnere auch daran, wie schlecht sich in den Fragen des Ernährungswesens das deutsche Staatswesen bewährt hat. Der Mangel einer einheitlichen Reichsverwaltung, der Kampf der Bundesstaaten untereinander, der Kampf, den Batocki gegen Schorlemer, den Vertreter der preußischen Junkerinteressen zu führen hatte, waren Erscheinungen, die den Krieg für Deutschland ungeheuer erschwert haben und zweifellos beweisen, daß die bisherigen Staatseinrichtungen völlig unzureichend sind. Der Reichstag ist der einzige demokratische Bestandteil der deutschen Verfassung. Er ist aber bisher fast ohnmächtig geblieben, seinen Willen durchzudrücken gegen die Ueberfülle der Macht, die im Bundesrat vereinigt ist und gegenüber den Klassenparlamenten in den Einzelstaaten. (Sehr richtig!) Der Kampf um den Bundesrat und der Kampf um die Klassenparlamente der Einzelstaaten, das sind die nächsten und größten Fragen der Gegenwart und der nächsten Zukunft. (Sehr richtig!) Wenn Peus über die Erringung des parlamentarischen Systems gesprochen hat, so muß ich das, was er sagte, als Zukunftsmöglichkeit gelten lassen. Aber die Schwierigkeiten erscheinen mir auch hier noch sehr groß. Es ist im Laufe der letzten Monate wiederholt der Vorwurf erhoben, daß die Reichstagsfraktion nicht genügend für die Eroberung des parlamentarischen Systems gewirkt hat. Das ist eine falsche Auffassung. Wir sind voll überzeugt von der Notwendigkeit der Erringung des parlamentarischen Systems in Deutschland. Ueber Einzelheiten in der Ausgestaltung der Regierungsweise läßt sich reden, sie braucht nicht voll nach dem Vorbild der westlichen Staaten gemacht zu werden. Aber der Grundsatz, daß die organische Einheit zwischen Volksvertretung und Regierung hergestellt, und daß die Richtung der Politik von der Volksvertretung gegeben werden muß, der ist unzweifelhaft, er beruht auf Lebensnotwendigkeiten des deutschen Volkes. (Sehr richtig!) Da liegen die Dinge noch sehr schwierig. Ich kann nicht näher eingehen auf die jammervollen Erscheinungen, die wir seit dem letzten Wechsel in der Reichsleitung erlebt haben. Ich erinnere aber daran, daß Staatssekretär v. Kühlmann, als er über den neuen Sonderausschuß des Reichstags sprach, erklärt hat, noch nie sei wohl in einem Staate so intim zwischen Regierung und Volksvertretung eine hohe diplomatische Aufgabe gelöst worden. Er hat dabei nur vergessen, daß in demokratischen und parlamentarischen Staaten die Regierung der Vertrauensausschuß der Parlamentsmehrheit ist, so daß dort ein solch zufälliges, vereinzeltes Zusammenarbeiten gar nicht in Frage kommen kann. Die bisherigen Versuche des Reichstages, auf die Zusammensetzung der Reichsleitung und auf ihre Politik mehr Einfluß zu erlangen, sind noch wenig erfolgreich geblieben. Um zum wirklichen Parlamentarismus zu kommen, dazu bedarf es einer festen Mehrheitsbildung im Reichstag. Ich glaube mich darüber nicht zu täuschen, daß es auch damit noch allerlei Schwierigkeiten hat. Wir haben bei der Friedensresolution ein gutes Zusammenarbeiten der Mehrheitsparteien gehabt, aber bei drei wichtigen Vorlagen der letzten Zeit ist die Mehrheit nicht beieinander geblieben. Es wird eine sehr schwierige Aufgabe sein, eine Mehrheit herzustellen, auf Grund deren dann eine dauernde Regierungsarbeit möglich sein wird. Wir Sozialdemokraten können aber keine Sehnsucht danach haben, in der Regierung zu sitzen. Ich bin mit Scheidemann der Auffassung, daß wir Verantwortungen übernehmen müssen, wenn sie an uns herantreten. Aber unnötigerweise und vorzeitig auf Brücken zu treten, die noch nicht ge-

nügend fest sind, das erscheint mir jedenfalls in der gegenwärtigen Situation nicht erforderlich. Die Zeiten überstürzen sich. Was vielleicht schon in Monaten kommen wird, will ich nicht vorausnehmen. Jedenfalls werden wir in diesen Dingen eine große Zurückhaltung bewahren müssen. Wenn das parlamentarische System in Deutschland angestrebt wird, so dürfen wir auch nicht vergessen, daß das damit zugleich tief in die bundesstaatlichen Grundlagen des Reiches eingegriffen wird. Wir erhalten dann eine neue Reichsregierung, während der Bundesrat, der jetzt der eigentliche Träger der Reichssouveränität ist, aus dieser Stellung bedeutend herabgedrückt wird. Dagegen wehren sich gerade auch die süddeutschen Staaten, die doch bisher Preußen gegenüber eine demokratische Entwicklung gefördert haben. (Sehr richtig!) Die entscheidende Frage in der Richtung zur Demokratie ist die preußische Wahlrechtsfrage, ihr muß all unsere Arbeit in der nächsten Zeit gelten. Ich warne davor, zu glauben, daß wir hier schon über den Berg sind. (Sehr richtig!) Wir werden im preußischen Abgeordnetenhause den größten Widerstand zu überwinden haben. Wir müssen alle Kräfte mobilisieren und dürfen die Regierung nicht im Zweifel lassen, daß wir auf diesem Gebiete eine Verschleppung in keiner Weise dulden werden. (Lebhafte Zustimmung.) Hinter allen parlamentarischen Fragen steht aber in letzter Linie ein noch weit größeres Problem, das Problem, unser Volk aus Untertanen zu Staatsbürgern zu machen. Eine großes Erziehungswerk im Volke muß einsetzen, das gesamte Bildungswesen muß mit staatsbürgerlich-demokratischem Geiste durchtränkt werden. Gerade auch in der Kriegszeit ist es erst vielen zum Bewußtsein gekommen, wie wenig Kenntnisse über die einfachsten geographischen, geschichtlichen und volkswirtschaftlichen Tatsachen verbreitet sind. Hier ist eine gewaltige Arbeit zu verrichten, denn noch immer und jetzt erst recht gilt das alte Wort: Wissen ist Macht. Erst wenn das ganze Volk mit Wissen durchdrungen ist, erst dann werden wir die Demokratie in vollkommener Form und in größter Leistungsfähigkeit erreichen können. In dieser furchtbar traurigen Zeit kann es für uns nur den einen Trost geben, daß wir arbeiten, um das Elend und die Wunden zu heilen und wir wollen es tun, indem wir festhalten an unserer alten Losung: Alles für das Volk, aber auch alles durch das Volk. (Lebhafter Beifall.)

Reese-Oldenburg: Würden wir auf die Arbeit der Schule warten müssen, dann würde noch eine lange Zeit vergehen. Es ist klar, daß die Neuorientierung nicht nur eine Parlamentarisierung in sich schließt, sondern daß wir auch dafür sorgen müssen, daß es in der Verwaltung anders wird. Gerade die Verwaltungsarbeit fordert zu Mißtrauen heraus. Wir haben während des Krieges die Erfahrung gemacht, daß Rechtsanwälte und andere Leute, die in Verwaltungsstellen berufen wurden und früher ziemlich freisinnig waren, in ihrer neuen Tätigkeit genau so reaktionär waren wie alle andern. Diese ganzen reaktionären Verwaltungsmaximen sind doch nur möglich, weil noch immer so viel Arbeiter Furcht haben vor Dingen, die gar nicht existieren. Daß sich in letzter Zeit so viele kleine Leute in die Vaterlandspartei hineinzwingen lassen, ist doch ein Beweis dafür. Nicht nur die Beamten, sondern auch die Staatsarbeiter sind äußerst ängstlich. Die Gewerkschaften wissen, daß die Staatsarbeiter für die Durchführung ihrer Forderungen oft sehr wenig tun. Es ist bei den Arbeitern wenig bekannt, daß wir vor hundert Jahren dieselbe Situation hatten. Auch damals hat der Krieg gewaltige Umwälzungen hervorgerufen. Da muß man doch annehmen, daß dieser Krieg, der doch viel gewaltiger ist, noch viel größere Umwälzungen bringen muß. Schon allein aus der Geschichte heraus müßte allen Arbeitern diese Erkenntnis kommen. Noch immer gilt das Wort:

„Der Großen Hochmut wird sich legen,
Wenn unsere Kriecherei sich legt."

Die Erfahrung lehrt, daß unsere Leute in den verschiedensten Vertretungskörperschaften den bürgerlichen Vertretungen gewachsen, ja sogar oft überlegen sind. Von diesem Gesichtspunkt aus brauchten wir auch bei der Uebernahme von Verantwortlichkeiten nicht so ängstlich zu sein, wie manche radikale Kreise.

Brumme-Lübeck: Es erscheint mir unbedingt nötig, daß die Erörterung über die Parlamentarisierung Deutschlands aus dem Zustand nebelhafter Gebilde herausgebracht wird. Auf einen Hieb werden wir sowieso die Widerstände gegen die Parlamentarisierung nicht brechen können. Landsberg hat in seinem Referat mit Recht darauf hingewiesen, daß die Art, wie bisher in Preußen-Deutschland Staatsmänner gemacht werden, unhaltbar ist. Aus diesem Grunde sollten wir fordern, Mitwirkung des Reichstags bei der Wahl des Reichskanzlers. Auch Heilmann hat in seinem bekannten Artikel in der „Glocke" gefordert, daß vor Berufung eines neuen Kanzlers die Parteiführer erst gehört werden sollen. Die Krone könnte ja beim Kanzlerwechsel den Ausschlag geben, aber sie müßte verpflichtet sein, den neuen Mann den Mehrheitsparteien zu entnehmen. Da zurzeit keine der vorhandenen Parteien die Mehrheit im Reichstag hat, müßten sich bei jedem Kanzlerwechsel die Mehrheitsparteien als solche konstituieren, was ein sehr interessantes neues Moment im politischen Leben abgebe und doch ganz aus den Erfahrungen der Gegenwart und Wirklichkeit abgeleitet wäre. Vom demokratischen Standpunkt wäre das ja auch nur ein Kompromiß, aber man bekommt doch jetzt überhaupt so leicht nichts anderes durch als einen Kompromiß. Das demokratische Ideal bleibt natürlich das Recht, den Kanzler selbst zu stellen.

Natürlich muß auch die Entlassung des Reichskanzlers möglich sein. Aber es ist einer Demokratie unwürdig, so vorzugehen, wie gegen Bethmann Hollweg. Der Kanzlersturz muß die Folge eines Mißtrauensvotums des Reichstags sein. Die Ministerverantwortlichkeit würde andernfalls nur auf dem Papier stehen. Eine weitere wichtige Forderung, die einen Fortschritt bedeuten würde, ist das Initiativrecht des Reichstags. Weiter sollte als drittes gefordert werden: die Bundesratssitzungen dürfen nicht mehr geheim sein. Dann würde der Zusammenhang zwischen Einzelstaat und Reich klarer und die Wähler in den Einzelstaaten würden auf das Geschehen im Reich einen größeren Einfluß gewinnen. Ein weniger guter Ersatz dafür wäre das Zusammentagen des Bundesrats mit einem Ausschuß des Reichstags. Es dürfte gar nichts schaden, wenn die Reichstagsabgeordneten irgendwie ihre Stimmen im Bundesrat geltend machen können. Die wichtigste Forderung bleibt natürlich die Einführung des allgemeinen Wahlrechts in allen Bundesstaaten, vor allem in Preußen. Alle Widerstände der Junker müssen gebrochen werden. Im übrigen Deutschland wird das vielleicht nicht so leicht durchzusetzen sein. Im Königreich Sachsen hat man es bereits abgelehnt, in anderen Bundesstaaten zum Teil Ausschüsse eingesetzt. Nur in Hamburg hat man sich grundsätzlich für das gleiche Wahlrecht erklärt. Wir in Lübeck fanden bei den bürgerlichen Vertretern starke Widerstände, vor allem gegen das Frauenwahlrecht. In Sachsen-Altenburg ist noch gar nichts geschehen und in den beiden Mecklenburg sind die Versuche der Großherzöge, eine Verfassungsänderung durchzuführen, noch immer von der Ritterschaft in schroffster Weise zurückgewiesen worden. Hier muß die Reichsgesetzgebung Wandel schaffen.

Die Erwerbung der Staatsangehörigkeit muß ebenfalls erleichtert werden. Der ununterbrochene Aufenthalt mit einer ununterbrochenen Steuerleistung von fünf Jahren, wie das heute noch in den Hansestädten für die Erlangung des Wahlrechts vorgeschrieben ist, kann nicht mehr zeitgemäß genannt werden.

Die Naturalisation der Ausländer, namentlich, wenn sie in Deutschland geboren sind, muß ebenfalls erleichtert werden. Es darf nicht wieder vorkommen, wie in diesem Kriege, daß englische Staatsangehörige, deren Väter schon in Deutschland gelebt, die niemals England gesehen haben und die englische Sprache überhaupt nicht sprechen, als Engländer behandelt und interniert werden. Ferner ist vorgekommen, daß staatenlose Abkömmlinge von Skandinaviern, die ebenfalls schon in der dritten Generation in Deutschland leben und deren Väter schon in Deutschland geboren wurden, Schwierigkeiten bei ihrer Naturalisation hatten, obwohl sie sich freiwillig zum Frontdienst gemeldet haben und für Deutschland ihr Leben einsetzen. Die Demokratisierung in Deutschland wird und muß kommen. (Beifall.)

Donath-Bremen: Ich bin mit Blos der Meinung, daß unser Programm einer gründlichen Nachprüfung unterzogen werden muß. Die Frage ist nur, ob es dazu jetzt nicht noch zu früh ist. (Sehr richtig!) Wir befinden uns noch mitten in der Umwälzung und sollten mit der Einsetzung des Ausschusses lieber warten, bis wir einen Ueberblick über die Entwicklung nach dem Kriege haben. Scheidemann hat in glänzender Weise auseinandergesetzt, daß die Demokratisierung Deutschlands eine Lebensnotwendigkeit des deutschen Volkes ist. Aber wenn wir die Demokratisierung durchsetzen wollen, dann müssen vorher die Rechte des Parlaments erweitert werden. Deshalb ist es außerordentlich bedauerlich, daß sich im letzten Augenblick ein Genosse fand, der in scharfer Weise gegen die Parlamentarisierung zu Felde zog. Ich meine den Artikel Heilmanns in der „Glocke", der im gegenwärtigen Augenblick eine grobe Taktlosigkeit und geeignet ist, die Interessen der Partei schwer zu schädigen. Heilmann hat mit diesem Artikel bei den schärfsten Gegnern der Parlamentarisierung Anklang gefunden. In der vorigen Woche ist er von dem in der großen Mehrheit aus Bürgerlichen zusammengesetzten Werbeausschuß für die Kriegsanleihe in Bremen nach dort gerufen worden und hat dort geredet, was sein gutes Recht ist. Aber niemand von unseren Gegnern in Bremen wäre wohl auf den Gedanken gekommen, gerade ihn zu holen, wenn er nicht vorher den Artikel gegen die Parlamentarisierung geschrieben hätte. Die Reichstagsfraktion muß mit allen Mitteln darauf hinarbeiten, daß in allen Bundesstaaten das gleiche Wahlrecht eingeführt wird. Gewiß, für Preußen ist es versprochen, aber schwere Kämpfe werden noch zu bestehen sein. Wir haben das gleiche Wahlrecht in Preußen noch nicht und wir haben es noch lange nicht in den drei Hansestädten. Eines der rückständigsten Wahlrechte besteht in Bremen und gerade die Bremer Freisinnigen weigern sich, für das Reichstagswahlrecht in Bremen einzutreten. Grundsätzlich sind sie gewiß dafür, aber sie sagen, Bremen sei ein Stadtstaat und sein Parlament nicht nur eine gesetzgebende, sondern auch verwaltende Körperschaft, in der die Sozialdemokratie keinen zu großen Einfluß haben dürfe. Seit Monaten besteht in Bremen ein Ausschuß zur Beratung der Wahlrechtsfrage, der hinter verschlossenen Türen tagt und von dessen Arbeiten wir nichts mitteilen können. Aber wer die Bremer Patrizier kennt, weiß, daß sie nichts freiwillig von ihren Vorrechten aufgeben. Die Bremer Arbeiterschaft will jedoch, wie die preußische und wie die Arbeiterschaft des ganzen Reiches, das gleiche Wahlrecht und wird es sich erkämpfen. In diesem Kampfe hofft sie auf die Unterstützung der Reichstagsfraktion. Dann wird auch der beschämende Zustand ein Ende nehmen, daß beide Mecklenburg gar keine Volksvertretung haben. Wir in Bremen haben einen besonders schweren Stand, weil bei uns die Fortschrittler unter der Führung des früheren freisinnigen Abgeordneten Hormann sich der Vaterlandspartei angeschlossen haben und mit der Begründung für die Vaterlandspartei werben, diese Partei habe die innere Politik aus ihrer Betätigung ausgeschlossen. Wir wissen

genau, daß die Vaterlandspartei diese Parole nur ausgegeben hat, um auch bei den Liberalen Mitglieder zu finden. (Sehr wahr!)

Heinrich Schulz: Bisher sind die nächsten Aufgaben der Partei fast nur nach ihrer gegenständlichen Seite hin behandelt worden. Nur Gradnauer hat auch schon auf die andere wichtige Seite der Angelegenheit hingedeutet. Ich will hierauf etwas näher eingehen. Die Gegenstände, um die es sich hier handelt, sind an sich sehr wichtig, aber Gegenstände werden durch Menschen bewegt; eine Demokratie ist mit Aussicht auf Erfolg nur möglich, wenn der Demos aus Menschen besteht, die wissen, was sie wollen. Die sozialistische Demokratie stellt an die Menschen noch größere Anforderungen. Menschen, die selber ihr Geschick im Sinne des Sozialismus bestimmen sollen, müssen wissen, was der Sozialismus will. Man hat Gradnauer entgegengehalten, die Schule könne dabei so schnell nicht helfen. Darauf ist zu erwidern, daß die Demokratie und der Sozialismus auch nicht Angelegenheiten von morgen und übermorgen sind. Deshalb ist es eine der wichtigsten nächsten Aufgaben der Partei, die Massen sozialistisch zu schulen. Ich verlange mit Scheidemann einen Sozialismus der Tat. Aber um tätig zu sein, muß man wissen, wie eine bestimmte große oder kleine Aufgabe vom Standpunkt des Sozialismus aus gelöst werden muß, und dieses Verständnis müssen wir in den Massen heranbilden. Wenn die zukünftige Gestaltung unserer innerpolitischen Zustände in Deutschland neue politische Mitarbeit für uns erschließt, wenn wir vor hunderte und tausende neuer praktischer Aufgaben gestellt werden, dann ist es notwendig, daß diese Hunderte und Tausende, ja vielleicht Hunderttausende von Arbeitern und Arbeiterinnen, von Männern und Frauen im einzelnen Fall auch wissen, wie sie im Sinne des Sozialismus praktisch die Entscheidung zu treffen haben. Es wäre doch ein gar zu bescheidener Trost, wenn wir sagen würden: wem der Sozialismus ein Amt gibt, dem gibt er auch den nötigen Verstand. Nach dem Kriege ist eine planmäßige sozialistische Bildungsarbeit nötiger als je zuvor. Die Bildungsarbeit ist bisher auf dem Parteitag fast gar nicht behandelt worden. Das ist leider auch eine Kriegswirkung, denn während des Krieges ist unsere Bildungsarbeit fast ganz zusammengebrochen, weil Lehrer und Hörer sich im Felde befinden. Wir können die Bildungsarbeit nach dem Kriege nicht nach dem alten Schema wieder aufnehmen, sie ist durch die Kriegserfahrungen in mannigfacher Weise beeinflußt worden. Wir müssen unsere Methoden sicherlich in vielen Beziehungen ändern; aber darüber müssen wir uns auch klar sein, daß wir eine planmäßige Schulung im Sinne des Sozialismus nach dem Kriege noch nötiger haben als früher. Die Bildungsarbeit der Erwachsenen allein tut es nicht, wir brauchen dazu auch eine solide Jugendbewegung. Unsere Jugendbewegung hat auch viel aus dem Kriege gelernt. Vor kurzem hat in Berlin eine Konferenz unserer Jugendbewegung stattgefunden, die sich mit den Kriegserfahrungen beschäftigt hat. Ihr erfreuliches Ergebnis war die einmütige Feststellung, daß unsere Jugendbewegung in Zukunft noch viel entschiedener und unzweideutiger als früher eine Sache der Erziehung und nicht als eine Sache der Politik angesehen werden muß. Die Erziehung beginnt aber nicht erst mit dem 14. oder 18. Lebensjahr, da hört sie in gewissem Sinne schon auf, soweit es sich um die Einwirkung Erwachsener auf die Jugend handelt. Wir müssen tiefer zur Wurzel hinuntergehen. Von der richtigen Jugenderziehung hängt viel für die zukünftige Gestaltung des Menschen ab. Wir dürfen auch für die Zukunftsaufgaben des Sozialismus die Erziehung in den ersten Kinderjahren nicht unterschätzen. Bisher haben wir darauf viel zu wenig Einfluß ausgeübt. Die Schule war sozialistenfeindlich. Auf Grund von allerhöchsten Erlassen waren die Lehrer gezwungen, im sozialistenfeindlichen Sinne zu unterrichten. Das Arbeiterhaus war in den meisten

Fällen weder objektiv noch subjektiv zur Erziehung geeignet. Die ersten starken Einflüsse aber erhält das Kind im Arbeiterhause und in der Schule. Nun liegt mir nichts ferner, als die Kinder zu Sozialdemokraten zu machen. Das wäre eine pädagogische Barbarei schlimmster Art. (Sehr richtig!) Aber es handelt sich hier gar nicht um die Sozialdemokratie als Kampfpartei, es handelt sich um den Sozialismus als Weltanschauung der Zukunft, als Gestalter der Zukunft unseres Volkes. Die Kinder müßten frühzeitig in die Gedankenwelt dieses Sozialismus eingeführt werden. Der Sozialismus hat im Kriege eine Bedeutung erlangt, die weit in alle Zukunft hineinreichen wird. Diese Bedeutung wird sich auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens zeigen, und auch die Schule wird sich dem Einfluß des Sozialismus nicht entziehen können. Die Schule der Zukunft wird nicht mehr sozialistenfeindlich sein können und sie wird ihre Aufgabe nicht mehr in der Bekämpfung des Sozialismus sehen. Ferner muß das Arbeiterhaus in seiner Erziehungsfähigkeit gestärkt werden. Dazu brauchen wir die Mütter. In diesem Zusammenhange weise ich auf die durch den Krieg ungeheuer gesteigerte Bedeutung der proletarischen Frauenbewegung hin. Ohne die Mütter im Hause ist eine häusliche Erziehung nicht denkbar. Wenn aber die Mütter auch nach dem Kriege in dem bisherigen Umfange in der Industrie und im Handel beschäftigt sein werden, so können sie ihren Erziehungsaufgaben im Hause nicht nachkommen. Daraus ergibt sich, daß von der Gesellschaft neue Maßnahmen getroffen werden müssen, um den Kindern den Segen planmäßiger Erziehungsarbeit zuteil werden zu lassen. So erwächst der Gesellschaft eine Fülle neuer Aufgaben auf dem Gebiete der sozialen Fürsorge. Für alle diese Aufgaben müssen wir uns den notwendigen Einfluß für die Zukunft sichern. Im einzelnen kann ich das jetzt angesichts der engen Schranken der Redezeit nicht ausführen. Ich wollte nur die Aufmerksamkeit des Parteitags auf diese wichtige Frage gelenkt und die Ansprüche der Erziehung im weitesten Sinne des Wortes bei der Lösung der nächsten Aufgaben der Partei angemeldet haben.

Das Schlußwort zum Teil „Demokratisierung" erhält

Landsberg-Magdeburg: Ich brauche nicht lange zu sprechen, denn mein Referat ist von keiner Seite angefochten worden. Es wäre ja auch verwunderlich gewesen, wenn Widerspruch erfolgt wäre; denn wir sind in der Frage der Demokratisierung und auch darin einig, daß über diese Frage nicht mehr zu reden ist, sondern daß die Demokratisierung verwirklicht werden muß. (Sehr richtig!) Ich schlage vor, die Anträge 28, 32 und 33, die sich auf Aktionen der Reichstagsfraktion beziehen, dem Vorstand der Reichstagsfraktion und die Anträge 34 bis 36, die Forderungen an die Gesamtpartei erheben, dem Parteivorstand zu überweisen, wobei ich mitteilen kann, daß der Parteivorstand den im Antrag 34 geforderten Ausschuß einsetzen will.

Ich glaube nicht, daß Sie die Genugtuung, die Peus über die Abwesenheit von Männern geäußert hat, mit denen wir Jahrzehnte hindurch in Reih und Glied gekämpft haben, teilen. (Sehr richtig!) Der Beschluß, in dem Sie Ihrer Sehnsucht nach der Einheit der deutschen Arbeiterklasse Ausdruck gegeben haben, spricht dagegen. (Sehr richtig!) Ich habe schon in der Schule gelernt: Je gewaltiger ein Organismus ist, für desto größere Gegensätze hat er Platz. Peus kann gewiß sein, daß seine Anschauungen den Männern, von denen er spricht, genau so unsympathisch sind, als ihm die ihrigen. (Sehr richtig!) Auf dieser Grundlage müßte eine Verständigung zwischen Peus und den anderen möglich sein. (Heiterkeit und Zustimmung.) Das gewaltige Gebäude der sozialdemokratischen Gedankenwelt muß Männer und Frauen aufnehmen können, deren verschiedenes Temperament, deren verschiedene persönliche Verhältnisse und deren verschiedenes Urteilsvermögen, Verschiedenheiten in der Auffassung bedingen, und es kann all diese Männer und Frauen aufnehmen. Uns ist jeder willkommen, dessen Herz von der Sehnsucht nach einem freien Deutschland, nach einer Gesellschaft ohne Elend und ohne Unwissenheit, nach einem Bunde aller Völker erfüllt ist. (Sehr gut!) Wir erwarten den Sieg des Sozialismus und des Gedankens der Internationale nicht von dem Wohlwollen guter Menschen. Das politisch befreite Volk wird im friedlichen Ringen die sozialistischen Ideale der Vergesellschaftung der Produktionsmittel und der Verbrüderung der Völker verwirklichen. Auch die politische Befreiung ist eine Aufgabe, die wir den arbeitenden Schichten des Volkes selbst zuweisen. Wir werden in diesem Kampf die Hilfe keines Bundesgenossen verschmähen, aber wir lassen auch keinen Zweifel daran, daß wir mit kleinen Zugeständnissen, mit etwas Fassade, die am Wesen des Obrigkeitsstaates nichts ändert, uns nicht abfinden lassen. (Sehr wahr!) Kompromisse in dem Sinne, daß wir auf das Recht, das mit uns geboren ist, verzichten, auch nur teilweise verzichten, kann es nicht geben, darf es nicht geben, denn vom völligen restlosen Sieg der deutschen Demokratie hängt das Schicksal des deutschen Volkes ab. (Beifall.) Richtig ist, daß wir kraftvolle Widerstände werden überwinden müssen. Wir sind uns darüber einig, daß die Gründung der Vaterlandspartei nichts anderes bezweckt, als den Widerstand gegen die notwendig gewordenen Reformen zu organisieren. Man spricht vom deutschen Frieden und man meint das preußische Dreiklassenwahlrecht. (Zustimmung.) Es wäre verhängnisvoll, wenn wir uns auf die Osterbotschaft des Königs von Preußen und ihre Ergänzung verlassen wollten. (Sehr richtig!) Beide Urkunden sind wertvoll, denn sie gestehen zu, daß das Deutschland nach dem Kriege auf dem Selbstbestimmungsrecht des deutschen Volkes beruhen muß. Aber sie sind keine Garantie des Sieges dieses Rechtes. Das Selbstbestimmungsrecht des deutschen Volkes wird erkämpft werden müssen und gerade dieser Kampf, der mit einem Sieg enden muß, wird seinen Wert erhöhen. In der Aussprache ist mehrfach des Schicksals der kleineren Bundesstaaten gedacht worden, die unter ähnlich rückschrittlichen Verhältnissen seufzen wie wir in Preußen. Den Genossen kann ich nur sagen: Fällt das preußische Dreiklassenhaus, so kann es in keinem deutschem Bundesstaat noch ein reaktionäres Wahlrecht geben. (Sehr richtig!) Ist Preußen für die Demokratie erobert, so gibt es keinen Schlupfwinkel mehr für die Reaktion in Deutschland. (Sehr wahr!) Haben wir das Selbstbestimmungsrecht in Staat und Reich, so wird das deutsche Volk die großen Kulturaufgaben lösen können, die heute noch durch die Wahlrechtsfrage zurückgedrängt werden. Der Aufstieg des deutschen Volkes zur Kultur hat zur Voraussetzung die Lösung der Wahlrechtsfrage in Preußen und den anderen Bundesstaaten. (Sehr richtig!) Wir richten an die Massen des deutschen Volkes die Aufforderung: seid bereit, die Stunde ist gekommen, die Festungen der Reaktion zu stürmen. Wir denken nicht daran, mehr Kraft an die Verwirklichung unserer Forderungen zu verwenden, als wir einsetzen müssen. Wir sind geleitet vom ökonomischen Prinzip, das uns lehrt, daß es gilt, den größtmöglichen Erfolg mit Einsatz der denkbar geringsten Kraft zu erreichen. Aber wir sind gewillt, alle Kraft aufzubieten, die nötig ist, um uns zu befreien. Wir haben gestern die herrschenden Gewalten durch Annahme der Entschließung Löbe auf die Verantwortung hingewiesen, mit der sie sich belasten, wenn sie ihren freiheitlichen Versprechungen nicht die Taten folgen lassen. Mögen sie unsere Worte verstehen. Die Geschichte fragt nur danach, ob die Notwendigkeiten der Zeit erfüllt worden sind, nicht danach, mit welchen Mitteln sie erfüllt worden sind. (Sehr richtig!) Und den Massen des deutschen Volkes rufen wir zu: Seid einig, denn die Einigkeit wird Eure Kraft verviel-

sachen und Ihr könnt nicht genug Kraft besitzen in den bevorstehenden Kämpfen. Und seid begeistert, denn Ihr braucht Begeisterung, um große Dinge zu vollbringen. (Stürmischer Beifall.)

Hierauf vertagt der Parteitag die weiteren Verhandlungen auf Freitag vormittag.

Fünfter Verhandlungstag.

Freitag, den 19. Oktober 1917. — Vormittagssitzung.

Auer eröffnet die Sitzung mit der Mitteilung, daß wieder eine große Anzahl von Briefen aus der Front eingegangen sind, die dem Parteitag guten Verlauf wünschen. (Bravo!)

Zum Punkt: Wahl des Parteivorstandes erhält zu einer Erklärung das Wort:

Müller (Parteivorstand): Nach § 14 des Organisationsstatuts hat der Parteitag die Wahl des Parteivorstandes vorzunehmen. Es ist nicht meine Absicht, zur Personenfrage irgend etwas zu sagen, aber die Mitglieder des bisherigen Vorstandes halten doch einige allgemeine Bemerkungen für notwendig. Sie wissen, daß Veränderungen im Parteivorstand dadurch vor sich gegangen sind, daß Mitglieder ausgeschieden sind. Ich verweise ferner darauf, daß nach § 14 die Anzahl der besoldeten Schriftführer im Parteivorstand jeweilig von jedem Parteitag festzustellen ist. Eine Vermehrung der Zahl der Schriftführer hält der Parteivorstand zurzeit nicht für notwendig. In einzelnen Ressorts ist die Arbeit im Laufe des Krieges geringer geworden, aber auf der anderen Seite sind auch eine Reihe von Arbeiten hinzugekommen, so insbesondere der Verkehr mit den Behörden im Interesse der Arbeiter, der Kriegerfrauen, der Kriegerwitwen usw. hat einen ungeheuren Umfang angenommen. Das sind ja Dinge, mit denen wir früher nichts oder sehr wenig zu tun hatten. Auch an die Agitationskraft der Mitglieder werden, besonders in der letzten Zeit, hohe Anforderungen gestellt. Aber wir sind trotzdem der Meinung, daß die bisherige Zahl der Mitglieder des Vorstandes diese Arbeiten erledigen kann, wenn Hilfsarbeiter hinzugezogen werden, die gewisse Dinge, selbstverständlich unter Verantwortung des Parteivorstandes, selbständig erledigen. Andererseits kommt in Betracht, daß nach § 14 des Statuts unter den Schriftführern sich eine Genossin befinden muß. Wir sind der Auffassung, daß diese Bestimmung natürlich aufrechterhalten werden muß, daß also auch in Zukunft wieder eine Genossin unter den Schriftführern im Parteivorstand sein muß. Es wird aber deswegen eine Vermehrung der Zahl der besoldeten Schriftführer trotzdem nicht notwendig sein, weil wir leider in diesem Jahre mit dem Ausscheiden unseres Genossen Gerisch aus dem Vorstand zu rechnen haben. Gerisch ist seit längerer Zeit krank. Er hat sich bemüht, auch während des Krieges, soviel es seine Kräfte irgendwie erlaubten, an den Arbeiten des Vorstandes teilzunehmen. Aber sein Gesundheitszustand ist doch mit der Zeit derart geworden, daß er laufend im Parteivorstand nicht mehr tätig sein kann. Wenn also Gerisch ausscheidet und eine Schriftführerin gewählt wird, so kann die Zahl der besoldeten Schriftführer die gleiche bleiben.

Ich möchte bei der Gelegenheit nicht versäumen, darauf hinzuweisen, welch große Verdienste sich Gerisch in seiner 27jährigen Tätigkeit im Parteivorstand um die Partei erworben hat. (Bravo!) Er ist nach dem Fall des Sozialistengesetzes 1890 bekanntlich gemeinsam mit Paul Singer zum Vorsitzenden der Partei gewählt worden und hat dann später, als Bebel, der damals noch Kassierer war, die Kasse abgab, diese übernommen. Er hat sich als

Kassierer große Verdienste um die Partei erworben, und wenn wir heute in diesem vierten Kriegsjahr mit unserer Organisation und mit unserer Parteipresse noch durchhalten können, so ist das ein Verdienst der Finanzpolitik, die in der Parteigeschichte mit dem Namen Gerisch für immer verknüpft sein wird. (Bravo!) Ich weise besonders darauf hin, wie Gerisch schon frühzeitig immer wieder darauf gedrängt hat, ein Netz von Zeitungen in Rheinland-Westfalen, in der Zentrumsdomäne, zu schaffen, um auch in jener hochindustriellen Gegend erfolgreich für die Ziele der Sozialdemokratie wirken zu können. Aber auch darüber hinaus, möchte ich sagen, daß wir Gerisch in dieser langjährigen Tätigkeit in bezug auf Wissen, Charakter und Gemüt als einen ganz außerordentlichen Menschen kennengelernt haben; in jeder Beziehung ist er uns stets ein treuer Kamerad in diesen langen Jahren gewesen. Ich bin überzeugt, daß Gerisch von den Parteigenossen, die ihn kannten, ebenso gewürdigt worden ist wie von uns. (Allseitige Zustimmung.) Ich hoffe, daß es ihm vergönnt sein wird, noch Jahre zu erleben, in denen er wieder eine einige, geschlossene, starke Partei um sich sehen wird, was immer sein Ideal gewesen ist. Ich bin überzeugt, daß die Partei ihm für das, was er ihr geleistet hat, stets dankbar sein wird. (Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender **Auer:** Zu dem, was Müller über Gerisch gesagt hat, kann ich wohl die einmütige und herzliche Zustimmung des Parteitags feststellen. (Allseitige Zustimmung.)

Von dem Genossen **Heilmann** liegt folgende Erklärung zu Protokoll vor:

Genosse Brückner-Berlin hat im Laufe der Debatte seinem Unwillen darüber Ausdruck gegeben, daß ich geschrieben hätte, das preußische Wahlrecht habe bis nach dem Kriege Zeit. Wenn er hinzugefügt hätte, daß es sich um eine Auslassung in der „Chemnitzer Volksstimme" aus der Anfangszeit des Krieges handelte, wäre diese Bemerkung wohl viel verständlicher gewesen. Genosse Donath-Bremen hat von einer Kriegsanleihe-Versammlung in Bremen gesprochen, zu der ich eingeladen war. Tatsächlich habe ich diese Einladung erst angenommen, als die Bremer Parteileitung mir auf Anfrage mitteilte, daß sie gegen diesen Vortrag nicht das mindeste einzuwenden hätte, und ich habe selbst diese Gelegenheit benutzt, um die Notwendigkeit des gleichen Wahlrechts stark zu betonen. Ueber diesen Sachverhalt hätte sich Genosse Donath bei seinen Bremer Parteigenossen und Redaktionskollegen, die an der Veranstaltung teilnahmen, mühelos unterrichten können. Der Parteitag nimmt die Erklärung zur Kenntnis.

Zur Verhandlung kommt der Punkt:

Finanzfragen.

Quessel-Darmstadt: In der Parteipresse ist wiederholt darauf hingewiesen worden, daß nach der politischen Liquidierung dieses Krieges dessen finanzielle Liquidierung in den Mittelpunkt des politischen Kampfes treten wird. Die nächsten Reichstagswahlen werden sich in der Hauptsache um die finanziellen Aufgaben des Deutschen Reiches drehen. Oder mit anderen Worten: nachdem der Kampf der Nationen beendet sein wird, wird der Kampf der Klassen darum, wie die Lasten dieses Krieges zu verteilen sind, mit voller Gewalt entbrennen. (Sehr richtig!) Wenn wir nun von der Annahme ausgehen, daß dieser Krieg nach sechs bis acht Monaten sein Ende erreicht, so werden wir in die Friedenszeit mit einer Kriegsschuldenlast von 120 Milliarden Mark hinübergehen, zu deren Verzinsung allein 6 Milliarden Mark erforderlich sein werden. Dazu kommen dann aber im ersten Jahrzehnt des Krieges noch mindestens drei Milliarden jährlich für die Renten der Kriegsbeschädigten, der Kriegerwitwen und -waisen. Es ist klar, daß unsere Volkswirtschaft das Bleigewicht der Mehr-

belastung von neun Milliarden Mark jährlich nicht mit sich schleppen kann, wenn ihre produktive Kraft nicht gelähmt werden soll. Es ist daher unsere Aufgabe, nach Mitteln und Wegen zu forschen, um diese ungeheure Kriegsschuld auf ein erträgliches Maß herabzudrücken. Daß dazu tiefe Eingriffe in unsere Eigentumsordnung notwendig sind, hat Scheidemann in seinem Referat schon betont. Aber auch die Finanzpraktiker und -theoretiker der Bourgeoisie sind sich darüber einig, daß ohne tiefe Eingriffe in die Eigentumsordnung dieser Krieg finanziell nicht liquidiert werden kann. Es liegen bereits zwei Vorschläge vor, um die Masse der Kriegsschulden möglichst schnell und gründlich herabzusetzen. Der eine Vorschlag geht dahin, das Reich solle von allen Privatvermögen von 6000 Mk. an aufwärts ein Fünftel, d. h. 20 Proz. zur Schuldentilgung in Anspruch nehmen. Man hat diese teilweise Konfiskation der Privatvermögen als Schuldentilgungsabgabe bezeichnet, und die Steuertechniker haben berechnet, daß diese einmalige Vermögensabgabe 40 Milliarden einbringen kann. Dadurch würde also die Schuldenlast mit einem Schlage von 120 Milliarden auf 80 Milliarden Mark herabgesetzt werden. Die Finanzpraktiker der Bourgeoisie verlangen allerdings, daß das Reich auch von den ganz kleinen Vermögen von 6—10 000 Mk. ein Fünftel für die Staatskasse mit Beschlag belegen soll. Dagegen werden wir uns von unserem sozialistischen Standpunkt aus wenden müssen. Wir werden fordern müssen, daß der Gedanke der Progression auch bei dieser Kriegsschuldentilgungsabgabe zur Geltung gelange. Die Progression gestattet, die größeren Vermögen schärfer und die kleinen möglichst milde anzupacken. Der zweite Vorschlag, der bereits ziemlich gut ausgearbeitet vorliegt, geht auf eine Aenderung des Erbrechtes hinaus: in Zukunft soll das Reich, wenn ein Erblasser stirbt, der nur zwei Kinder hinterläßt, an die Stelle des fehlenden dritten Kindes als Miterbe eintreten. Hinterläßt ein Erblasser nur ein Kind, so soll das Reich für das fehlende zweite und dritte Kind als Miterbe eintreten, und handelt es sich um Erblasser, die weder eine Frau noch Kinder hinterlassen, so soll das Vermögen nicht an die lachenden Erben fallen, sondern das Reich soll als Haupterbe eintreten. Die Finanzpraktiker der Bourgeoisie haben auf Grund von eingehenden Berechnungen festgestellt, daß dieses Erbrecht des Reiches eine Summe einbringen kann, die nicht nur ausreicht, 10 Milliarden der Kriegsschuld zu verzinsen, sondern sie auch in verhältnismäßig kurzer Zeit zu tilgen. Wenn diese beiden sozialistischen Maßnahmen Wirklichkeit werden, dann können 40 Milliarden der Kriegsschuld durch die Schuldentilgungsabgabe alsbald und zehn weitere Milliarden der Kriegsschuld durch das Erbrecht des Reiches in nicht allzu ferner Zeit getilgt werden. Es verbleiben mithin noch 70 Milliarden Mark, für die die Steuerzahler die Mittel zur Verzinsung herbeischaffen müssen. Man darf diese Aufgabe, weil außerdem noch 3 Milliarden Mark für die Renten der Kriegsbeschädigten usw. zu beschaffen sind, als keine kleine ansehen, im Gegenteil, wir haben es hier mit enormen, großen und schwierigen Aufgaben zu tun. Aber sie kann gelöst werden. Aus dem alldeutschen Lager ertönen allerdings täglich Stimmen, die erklären, wenn wir nicht eine große Kriegsentschädigung bekommen, dann gehe das Deutsche Reich seinem Ruin entgegen. Demgegenüber ist es unsere Pflicht, zu zeigen, daß dem nicht so ist, daß das Reich die 6½ Milliarden jährlichen Mehrbedarfs sehr wohl durch Steuern und Abgaben aufbringen kann. Um dieses Ziel zu erreichen, wird es allerdings notwendig sein, daß das Reich mit der Bourgeoisie, mit dem oberen Mittelstand und vor allem mit unseren steuerscheuen Agrariern englisch redet. Wir werden fordern müssen, daß die Besteuerung des Einkommens und Vermögens und der Erbschaften sowie des Wertzuwachses nach englischem Vorbild vorgenommen wird. Der britische

Parlamentarismus hat es tatsächlich fertiggebracht, noch während des Krieges Mehreinnahmen zu erzielen, die ausreichen, 120 Milliarden Kriegsschuld zu verzinsen, während die Finanzpolitik unseres deutschen Obrigkeitsstaates derart erbärmlich ist, daß wir mit neuen Anleihen die Zinsen der alten bisher bezahlt haben. Die Neuordnung der Vermögens-, Einkommens-, Erbschaftssteuer und Wertzuwachssteuer auf reichsgesetzlicher Grundlage kann sehr wohl eine Mehreinnahme von 4 Milliarden Mark ergeben, dazu kommen dann die 1½ Milliarden, die der Reichstag bereits im Kriege an Verkehrs- und Verbrauchsabgaben bewilligt hat. So sind bereits 5½ Milliarden zur Stelle, wenn wir dem englischen Steuervorbild folgen. Die noch fehlende Milliarde wird sich unschwer aus der Monopolisierung geeigneter Industriezweige erzielen lassen. Eine Prüfung der Finanzaufgaben des Reiches ergibt also, daß es möglich ist, eine Steuerpolitik zu betreiben, die es dem Reiche gestattet, alle Verpflichtungen gegenüber den Gläubigern, gegenüber den Kriegsbeschädigten, den Kriegerwitwen und -waisen zu erfüllen. Allerdings ist das nur möglich durch tiefe Eingriffe in unsere heutige Eigentumsordnung und durch eine Neuordnung der direkten Besteuerung auf reichsgesetzlicher Grundlage. Wie schon eingangs meiner Ausführungen erwähnt, werden die nächsten Reichstagswahlen sich gerade um die Finanzaufgaben des Reiches drehen. Daher ist es notwendig, daß unsere Presse weit mehr als bisher sich hiermit beschäftigt. Denn je klarer und gründlicher wir unser Finanzprogramm ausarbeiten, je schärfer wir jede Steuerdogmatik ablehnen, je mehr wir unsere Steuerpolitik mit sozialistischem Geiste erfüllen, um so stärker und siegessicherer wird unsere Position in den großen sozialen Kämpfen der Zukunft sein.

Engler-Freiburg: Mit den Darlegungen Keils werden wir wohl alle einverstanden sein. Vermißt habe ich nur eine Stellungnahme teils zu den Monopolen, obwohl doch sowohl im Reich wie in den Bundesstaaten Monopole nach dem Kriege notwendig sein werden. Gewiß sind Produktionsmonopole nicht so leicht durchführbar, dagegen könnten Handelsmonopole sehr wohl geschaffen werden, ohne daß der Staat besonders große Mittel dafür aufzuwenden hat. Diese Handelsmonopole können dann Produktionsmonopole vorbereiten. Hätten wir z. B. einen guten Bergarbeiterschutz und ein staatliches Kohlenhandelsmonopol in der Hand einer Regierung, die auch die Kohlenproduktion in ihre Hand bekommen will, so könnten die Kohlenbarone sehr leicht dazu gezwungen werden, ihre Aktien etwas billiger abzugeben als heute. Aehnlich liegen die Verhältnisse auf anderen Gebieten. Dann werden wir uns in Zukunft auch nicht mehr gegen alle indirekten Steuern wehren können, sondern werden zu prüfen haben, ob sie für die Arbeiter oder die minderbemittelten Klassen erträglich sind oder nicht. Jeder, der sich mit wirtschaftspolitischen Fragen befaßt, wird mit mir schon die große Lücke empfunden haben, die unsere Parteiliteratur auf diesem Gebiete aufweist. Auf Schippels Buch über die Zollpolitik ist zwar sehr geschimpft worden, aber es hat noch niemand etwas Besseres geschrieben. Wir sind auch heute noch auf Schippel und auf bürgerliche Schriftsteller angewiesen. Das wird hoffentlich anders, wenn jetzt die „Neue Zeit" sich diesen Fragen mehr widmet. Man sollte nicht gleich über jeden Genossen herfallen, der eine Meinung vertritt, die gegen die Ansichten der Kirchenväter verstößt. (Heiterkeit.) Wir stehen vor Aufgaben, die mit der alten Schablone nicht mehr gelöst werden können. (Sehr richtig!) An die Schriftsteller unserer Partei, die Bücher besprechen, möchte ich bei dieser Gelegenheit die Bitte richten, es nicht so zu machen, wie es Stampfer gegenüber Lensch getan hat. Die Kritiken müssen einigermaßen objektiv sein, damit sich die Parteigenossen darauf verlassen können. Stampfer müßte sich sagen, daß auch mit seinen Anschauungen nicht alle Genossen ein-

verstanden sind, und er sollte deshalb nicht gleich auf den Markt laufen und ein großes Geschrei machen, wenn einmal ein Genosse eine andere Ansicht vertritt.

Löbe-Breslau: Die überreiche Fülle gedruckten Materials hat uns leider erst in der letzten Zeit vor dem Parteitag erreicht, und viele werden dieses Material noch nicht haben durchsehen, geschweige durcharbeiten können. Bei der starken Beschäftigung, in die wir wohl alle morgen zurückkehren, liegt die Befürchtung nahe, daß dieses Material auch in Zukunft nicht genügend beachtet wird. Wir müssen aber für die Genossen, die rednerisch für die Partei auftreten, eine Verständigung herbeiführen, wie wir unseren Gegnern am besten entgegentreten können. Wir wissen heute ja noch gar nicht, wie nahe oder wie fern die nächsten Reichstagswahlen liegen. Aber das sehen wir schon heute, daß unsere Gegner den alten Kampf gegen den inneren Feind schon wieder begonnen haben. Die Gründung der Vaterlandspartei dient ausschließlich diesem Zweck. (Sehr richtig!) Den Kampf gegen diese Gegner können wir nach dem Kriege nicht mehr mit demselben Rüstzeug führen wie vor dem Krieg. (Sehr richtig!) Scheidemanns ungemein glücklicher Vortrag, der uns einen Ausblick auf die künftige allgemeine Entwicklung der deutschen Arbeiterbewegung gegeben hat, sollte den Genossen in einem Sonderabdruck zugänglich gemacht werden. Aber auch für die Einzelfragen müssen wir neue Waffen schmieden und uns neue Grundlagen schaffen für unsere künftige Agitation. Denken Sie allein an die Steuerfrage! Wie einfach haben wir früher in der Steuerfrage draußen im Lande geworben! Wir fingen damit an, daß bis 1878 das Deutsche Reich schuldlos war, daß dann die ersten Millionen aufgenommen wurden, daß 1888 beim Regierungsantritt des Kaisers soundso viel Millionen Schulden vorhanden waren, daß 1890 die erste Milliarde erreicht war, und so haben wir die Zuhörer dann mit der Schuldenlast von 5 Milliarden vor dem Kriege in Schrecken versetzt. Im Anschluß daran haben wir dann die Tabak-, Kaffee-, Streichholz- und Branntweinsteuer in den Mittelpunkt unserer Ausführungen gestellt. Heute sind die 5 Milliarden Schulden von damals eine Kleinigkeit und die großen Finanzreformen vor dem Kriege verschwindend gegenüber den Anforderungen, die nach dem Kriege an uns alle gestellt werden. Hier setzt die alldeutsche Werbearbeit ein und die Schlagworte vom „Hungerfrieden" laufen nur darauf hinaus, daß man die Schulden und Lasten des furchtbaren Krieges dem unerwünschten Friedensschluß zuschieben will, um nach dem Kriege auf uns schlagen zu können. (Sehr richtig!) In den alldeutschen Versammlungen hat der frühere Zentrumsabgeordnete Dr. Fleischer wiederholt bei uns in Schlesien ausgeführt, die Arbeiter müßten für einen Entschädigungsfrieden eintreten, weil sonst die Arbeiter und der Mittelstand die Lasten des Krieges zu tragen haben würde, während das Kapital auswandert. Dieser Haltung unserer Gegner gegenüber wird uns das fleißig gesammelte Material und die durchdachten Vorschläge des Genossen Keil von hohem Werte sein, denn sie versetzen uns in die Lage, nicht nur Vorschläge für die Deckung der Lasten des Reiches durch den Besitz zu machen, sondern auch eine überaus volkstümliche Werbetätigkeit in den Wählermassen zu beginnen. Wenn wir mit dem Genossen Keil dem Gegner, der uns hochmütig fragt, wie wir die Kriegslasten tragen wollen, wenn wir keine Entschädigung erhalten, antworten, daß wir zunächst eine Generalinventur aller im Deutschn Reiche vorhandenen Vermögen, einen Vergleich des Vermögensbestandes nach dem Kriege mit dem Bestande vor dem Kriege und eine Aufstellung verlangen, um wieviel und bei wem die Vermögen so riesig gestiegen sind, dann gewinnen wir das Ohr unserer Hörer. (Sehr richtig!) Der Kämmerer von Breslau hat mitgeteilt, daß allein in Breslau im Kriege 160 neue Millionäre entstanden sind.

(Hört! hört!) Wenn man die Angaben fürs Reich verallgemeinert, dann gewinnt man eine Vorstellung von den ungeheuer gewachsenen Vermögen weniger Personen. Wenn wir in der Werbearbeit nun fragen, weshalb der Krieg, der für die einen den Ruin bedeutet, auf der anderen Seite der Gegenstand von Bereicherungen sein kann, dann werden uns von vornherein neun Zehntel unserer Zuhörer zustimmen und jedem Gegner wird eine böse Stunde bereitet. Auf diese Weise können wir die Frage schon während des Krieges für die nächsten finanziellen Aufgaben des Reiches in das Volk werfen. Man schätzt das Ergebnis der gestern abgeschlossenen Kriegsanleihe auf rund 10 Milliarden. Das ist gewiß eine stattliche Summe, aber es sind immerhin drei Milliarden weniger als beim letzten Mal. Bei einem Monatsbedarf von 3 Milliarden wird auch diese Summe nicht lange reichen, und über kurz oder lang wird das Reich von neuem mit einer Anleihe an das Volk herantreten müssen. Man sollte erwägen, schon jetzt an die Stelle der freiwilligen Zeichnungen zu den Kriegsanleihen eine Vermögensabgabe, und zwar eine besonders starke Vermögensabgabe der Kriegsgewinne treten zu lassen. Das wäre zu gleicher Zeit auch ein Mittel zur Dämpfung der Kriegslust der Leute, die an der Spitze der alldeutschen Agitation stehen. (Sehr richtig!) Und einmal in einem Lande angefangen, würde dieses Beispiel sehr bald Nachahmung finden und in allen Ländern ein wirksames Gegengewicht gegen die Kriegstreiber bedeuten. (Sehr richtig!) Ich bitte nochmals, das wertvolle in den vier Referaten enthaltene Material nicht zu übersehen. Wenn wir aus Genossen Landsbergs klaren Formulierungen den aktuellen Satz hervorheben, daß der Krieg nicht mehr von einer einzelnen Person, dem Träger der Krone, erklärt und der Friede geschlossen werden darf, sondern daß die Volksvertretung das tun muß, werden wir überall auf volles Verständnis stoßen und wir können leicht andere demokratische Forderungen daraus ableiten. Wenn wir an der Hand der Untersuchungen Cunows darlegen, wie die Rohstoffversorgung Deutschlands nach dem Kriege, wenn sie nach der alten kapitalistischen Weise erfolgt, zu einer Fortsetzung und Verschärfung der Ausplünderung und des Kriegswuchers führen muß, dann wird auch das seine Wirkung nicht verfehlen, und wenn wir uns Wissells Leitsätze zu eigen machen, daß der Pfeiler aller Sozialpolitik nach dem Kriege Schutz und Pflege des menschlichen Lebens und der Arbeitskraft sein muß, die die Trägerin aller Kultur ist und die höher steht als aller Güterschutz, dann können wir in jedem Turnier mit dem gewandtesten Gegner den Sieg davontragen und uns das Wort zu eigen machen, das uns der alte Liebknecht mit auf den Weg gegeben hat: Niemals in die Defensive drängen lassen, immer in der Offensive! (Lebhafter Beifall.)

Keil (Schlußwort): Wenn es uns gelingt, woran ich nicht zweifeln möchte, die große Frage der demokratischen Neuordnung Deutschlands w ä h r e n d des Krieges zu lösen, so wird n a c h dem Kriege die Deckung der Kriegskosten das alles beherrschende Problem sein. Beide Aufgaben sind aufs engste mit einander verknüpft. Von der Verfassung des Staates hängt die Steuergesetzgebung und die Lastenverteilung ab. Herrscht die Aristokratie im Staate, so haben wir eine aristokratische Steuergesetzgebung, herrscht das Kapital, so haben wir eine kapitalistische Steuergesetzgebung. Wir werden dagegen eine demokratische Steuergesetzgebung haben, wenn wir demokratische Verfassungszustände haben. So ergibt sich also immer wieder, daß alle großen Fragen letzten Endes Verfassungsfragen sind. Das gilt sowohl von den allgemeinen Wirtschaftsfragen wie von den sozialpolitischen Fragen und nicht minder auch, wie uns in den letzten Tagen schon dargelegt ist, von der Frage der auswärtigen Politik.

Es ist völlig unmöglich in diesem Augenblick, ein vollkommenes spezialisiertes Programm der Lastendeckung nach dem Kriege aufzustellen. Es ist unmöglich, die Summen bis auf die Million zu berechnen, die wir brauchen, um den Anforderungen des Reiches gerecht zu werden. Das ist schon deshalb unmöglich, weil heute noch kein Mensch weiß, wie groß schließlich diese Lasten sein werden. Allmonatlich wachsen leider nicht nur 3 Milliarden, wie ich in meinem gedruckten Referat gesagt habe, sondern nach dem gegenwärtigen Stand der Dinge 3½ Milliarden neue Ausgaben hinzu, und um sovielmal dreieinhalb Milliarden werden die Lasten des Krieges höher werden, als der Krieg um Monate sich verlängert. Es ist daher nur möglich, die allgemeine Richtung anzudeuten, in der sich die Finanzpolitik des Reiches in der Zukunft bewegen muß. So sind die Vorschläge und Anregungen in meinem gedruckten Referat aufzufassen. Vor allem haben wir uns der ungeheuren Tragweite der finanzpolitischen Aufgaben der Zukunft bewußt zu sein. Unser gesamtes Wirtschafts- und Kulturleben, vor allem aber die Existenzbedingungen der Arbeiterklasse stehen mit der Kostendeckung und Lastenverteilung in engster Verbindung, und darum müssen wir uns rechtzeitig mit diesem Problem befassen, wir müssen uns gegen jede Ueberraschung und Ueberrumpelung schützen. Wissen wir doch, wie gern Ueberrumpelungen in der Steuerpolitik versucht werden.

Von welchen grundlegenden Gesichtspunkten haben wir nun auszugehen? Der Krieg hat eine beispiellose Vermögensverschiebung im Gefolge. Das Reich verarmt, die breiten Volksmassen verarmen, eine kleine Oberschicht aber bereichert sich in nie dagewesenem Maße. Der gesamte Wirtschaftsverkehr des Deutschen Reiches mit der Welt steht still und wird nach dem Kriege nicht sobald wieder den alten Höhegrad erreichen. Die gesamten wirtschaftlichen Kräfte Deutschlands sind geschwächt, geschwächt ist vor allem die menschliche Arbeitskraft. Millionen in der Blüte der Jahre stehende leistungsfähige Volksgenossen kehren nicht wieder zurück, in die Millionen wird sich die Zahl derer belaufen, die arbeitsunfähig oder mit beschränkter Leistungsfähigkeit zurückkehren. Geschwächt wird die Leistungsfähigkeit des Volkes durch die ungenügende Ernährung, die auch auf den menschlichen Nachwuchs ihre starken Wirkungen äußern wird, auf den menschlichen Nachwuchs, der überdies durch den Geburtenausfall während des Krieges und nach dem Kriege ein starke zahlenmäßige Verminderung erleidet. Soll unser Volk wieder eine größere wirtschaftliche Leistungsfähigkeit erlangen, so ist das oberste Gebot die Schonung der menschlichen Arbeitskraft, der Urkraft unserer Volkswirtschaft. (Sehr richtig!) Ausgeschlossen muß daher bei der künftigen Lastenverteilung sein jede Belastung der notwendigen Nahrungsmittel. Unsere Wirtschaftspolitik muß eingestellt werden auf die Senkung der während des Krieges ungeheuer gestiegenen Nahrungsmittelpreise und nicht auf ihre weitere Steigerung. Das ist nicht eine Arbeiterfrage im engeren Sinne des Wortes, sondern die ganze wirtschaftliche und politische Stellung, die ganze nationale Geltung des deutschen Volkes wie der Welt ist abhängig von der Lösung dieses Problems, von der Entwicklung, von der Pflege und Förderung der organischen Volkskraft.

Wir kommen mit den alten Besteuerungsmethoden bei der Deckung der ungeheuerlichen Summen natürlich nicht aus; wir können aber auf die direkte Steuergesetzgebung selbstverständlich nicht verzichten. Verzichten müssen wir auf die Systemlosigkeit, die unserer bisherigen Steuergesetzgebung, vor allem auch während des Krieges, angehaftet hat. Eine vollkommene Neuordnung der ganzen direkten Steuergesetzgebung des Reichs ist geboten, eine Neuordnung, deren Grundzug die Einheitlichkeit sein muß. Die bundesstaatlichen Finanzminister müssen auch ihrerseits so viel aus dem Kriege lernen, daß das Reich als die oberste Organisation in unserem staatlichen Aufbau, als die Körperschaft, die den Krieg führt und für die Kosten des Krieges haftet, den ersten Anspruch auf die unter die Steuergewalten zu verteilenden Steuerquellen hat. Man hat in der Zeit des Krieges so viel von der Stärkung des Reichsgedankens gesprochen. Bis jetzt ist davon bei den bundesstaatlichen Finanzministern noch wenig zu merken. Niemand von uns denkt an eine finanzielle Erdrosselung der Bundesstaaten. Wir wissen, daß den Bundesstaaten sehr wichtige kulturpolitische Aufgaben zugewiesen sind, die sie nur lösen können, wenn ihnen ausreichende Mittel zur Verfügung stehen, und darum wollen auch wir den Bundesstaaten gestatten, nach wie vor nach Maßgabe ihrer Bedürfnisse aus den Steuerquellen, die ihnen bisher zur Verfügung standen, zu schöpfen. Aber unsere ganze direkte Steuergesetzgebung muß auf eine reichsgesetzliche Grundlage gestellt werden. Zuerst muß für das Reich eine progressiv stark steigende Belastung der Einkommen, der Vermögen und der Erbschaften Platz greifen. Dabei sind natürlich die mannigfaltigsten sozialen Rücksichten zu üben, die bei der Gestaltung der Progression zur Geltung kommen können; daneben sind die dringenden Gebote der Bevölkerungspolitik zu beachten.

Die direkte Steuergesetzgebung muß in viel höherem Grade als bisher darauf zugeschnitten sein, den Luxuskonsum der Reichen und Reichsten zu erfassen und nicht etwa die Kapitalbildung zu unterbinden und einzuengen. Schon Marx hat uns gelehrt, daß innerhalb der kapitalistischen Wirtschaftsordnung die Kapitalbildung ein unerläßlicher Faktor der Produktionsentwickelung ist. Wir wollen die Produktionskraft nicht geschwächt wissen und wollen daher die Kapitalbildung nicht unterbinden, aber unsere Steuergesetzgebung läßt sich so gestalten, daß sie der Kapitalbildung Spielraum läßt und dafür den Luxus desto stärker erfaßt. Gleichzeitig ist eine große allgemeine Vermögensabgabe nicht zu umgehen, und dabei müssen selbstverständlich aus wirtschaftlichen und Gerechtigkeitsgründen die Vermögensgewinne, die während der Kriegszeit in ungeheurem Maße erzielt worden sind, eine Vorausbelastung erfahren. Wir können nicht die gesamte Schuldenlast des Reiches, die sich heute schon auf rund 100 Milliarden Mark beläuft —, sie ist erheblich größer als die Summe der aus den Kriegsanleihen gewonnenen Mittel, es kommt hinzu die schon in die Dutzende von Milliarden gehende Summe, die in schwebenden kurzfristigen Anleihen aufgenommen ist —, wir können diese gewaltige Schuldenlast nicht auf Jahrzehnte hinaus mitschleppen. Das erträgt die Kreditfähigkeit des Deutschen Reiches auf die Dauer nicht, das erträgt aber auch das Rechtsempfinden der breiten Massen des Volkes nicht. Die Millionen unserer Volksgenossen, die aus dem Kriege zurückkehren oder die den Hilfsdienst verlassen, diese Millionen, die vor zerrütteten Existenzen stehen werden, werden sich dafür bedanken, etwa die Hälfte ihres künftigen Einkommens oder noch mehr zu opfern, nur um denen, die im Kriege reich geworden sind, eine mühelos erworbene Kapitalrente auf Lebenszeit zu sichern, die ihnen das Reich garantiert. Es muß also versucht werden, wenigstens einen großen Teil der Kriegsschulden alsbald nach dem Kriege zu tilgen. Aber auch wenn das gelingt, werden die dauernden Lasten immer noch groß genug sein, um uns zur Erschließung aller Einnahmequellen zu zwingen. Die Steuern allein werden dazu nicht ausreichen. Der Staat wird beteiligt werden müssen am Unternehmergewinn. Wir werden die großen Privatmonopole, die vor dem Kriege schon in der Entwickelung waren und die während des Krieges eine gewaltige Ausgestaltung erfahren haben, in Reichsmonopole verwandeln müssen. (Sehr wahr!) Wenn Engler in meinem gedruckten Referat die

Stellungnahme zur Monopolfrage vermißt hat, so scheint es mir, daß er mit der allerdings nicht kurzweiligen Lektüre nicht bis zu Ende gekommen ist. (Heiterkeit.) Es findet sich darin ein Abschnitt, der sich mit der Monopolfrage beschäftigt und worin eine ganze Reihe von großen Wirtschaftszweigen aufgezählt werden, die bereits als reif für das Reichs- oder Staatsmonopol bezeichnet werden. Ich habe es aber nicht als meine Aufabe angesehen, etwa am Schluß eine lange Liste von Wirtschaftsgebieten aufzuführen, die monopolisiert werden sollen und dabei im einzelnen zu berechnen, wieviel Dutzende von Millionen daraus zu gewinnen sind. Soweit sind wir noch nicht, das kann der Parteitag nicht, das kann auch ein einzelner Referent nicht, das ist eine Frage der Entwicklung, die wir allerdings nach Kräften zu fördern suchen müssen. Das Kohlenhandelsmonopol ist von uns im Reichstag schon sehr nachdrücklich vertreten worden, sowohl im Ausschuß bei Beratung der Kohlensteuer als auch im Plenum. Es kommen aber daneben zahlreiche andere wichtige, zum Teil auch ergiebige Gebiete in Frage. Vielleicht wird das Reich auch in anderen Formen als in denen der reinen Staatsmonopole an den Erträgen der Produktion beteiligt werden. Am geeignetsten für die Monopolisierung wäre nach meiner Ueberzeugung die Urproduktion, die Eisenerzeugung, die Kohlenproduktion, und wir dürfen uns durch den Einwand nicht beirren lassen, daß durch die eingeführte Kohlensteuer die Frage des Kohlenmonopols erledigt sei. Im Gegenteil, die Kohlensteuer wird als ein dauernder Druck nicht nur die privaten Haushalte, deren Hausbrand sie enorm belastet, sondern der gesamten Produktion empfunden werden. Sie wird immer wieder in den Mittelpunkt der steuerpolitischen Betrachtungen treten, und unsere Aufgabe wird es dann sein, den Gedanken des Kohlenmonopols, nicht nur des Kohlenhandels-, sondern auch des Kohlenförderungsmonopols mit allem Nachdruck vertreten.

Wir haben also mit neuen Formen, der öffentlichen Abgaben in der Zukunft zu rechnen. Wir dürfen uns — und darin stimme ich mit Quessel überein — nicht auf dogmatische Formeln festlegen. Die formale Unterscheidung zwischen direkten und indirekten Steuern kann für unsere Steuerpolitik nicht maßgebend sein, sie war es schon bisher nicht und darf es in der Zukunft erst recht nicht sein. Denn die Wirkung einer Steuer hängt nicht oder doch nicht immer von der Erhebungsform ab. Entscheidend muß für uns sein die Belastung des Besitzes und die Schonung der Arbeitskraft.

In der bürgerlichen Presse ist infolge der Vorschläge, die ich in meinem Referat gemacht habe, ein Lamento angestimmt worden über die verruchte Sozialdemokratie, die unserem Volke Lasten aufbürden wolle, unter denen es zusammenbrechen müßte, die jede Kriegsentschädigung ablehne und damit unser Volk dem Verderben entgegenführe. Demgegenüber betone ich noch einmal, daß keine der Anregungen, die ich gegeben habe, eine spezifisch sozialdemokratische Idee ist. Der Vorschlag der allgemeinen Vermögensabgabe mit Vorausbelastung der Vermögensgewinne, die während des Krieges erzielt worden sind, ist von Gothein, Professor Jaffé und anderen bürgerlichen Finanzpolitikern gemacht worden. Die Vorschläge, die direkte Steuergesetzgebung zu vereinheitlichen, das Reich an der progressiv gestalteten Vermögens-, Einkommens- und Erbschaftssteuer teilnehmen zu lassen, dem Reich vor allem auch das Miterbenrecht einzuräumen, alle diese Vorschläge sind vor Jahren, zum Teil schon vor Ausbruch des Krieges, von bürgerlicher Seite vertreten worden. Sie haben natürlich an Gewicht durch den Krieg gewonnen, und ihre Ausarbeitung wird jetzt nach dem Kriege eine schärfere sein müssen. Aber wenn uns diese Einwände von bürgerlicher Seite gemacht werden, so haben wir die Gegenfrage zu stellen: Wie sollen sonst die ungeheuren Kosten des

Krieges gedeckt werden? Die Antwort lautet bei den Eroberungspolitikern: Kriegsentschädigung, Abwälzung auf die gegnerischen Staaten. Wir sind uns klar darüber — und die Zahl der Volksgenossen, die zu dieser Einsicht kommen, wächst von Tag zu Tag —, daß es rein unmöglich ist, einen Kriegsabschluß zu erzielen, der es uns ermöglicht, die gesamten Milliardenlasten den Gegnern aufzubürden. Wenn eine solche Möglichkeit überhaupt denkbar wäre, so würde das nur erreichbar sein unter Opferung von weiteren Hunderttausenden von Menschenleben, unter Opferung von weiteren ungezählten Milliarden. Aber es ist unmöglich, die Gegner zur Uebernahme unserer Kriegskosten zu zwingen; mit jeder weiteren Verlängerung des Krieges wachsen nur die Kosten, die wir selbst zu tragen haben. Wenn man uns vorhält, unsre Friedens- und unsere Finanzpolitik bewirkten die künftige Aushungerung und Verelendung des deutschen Volkes, wenn man vom Hungerfrieden spricht, so antworten wir: Das wirksamste Mittel gegen einen Hungerfrieden ist die baldige Beendigung des Krieges. Es gilt daher auch von diesem Gesichtspunkt aus, den Kriegshetzern das Handwerk zu legen und eine weitere Steigerung der ungeheuren Last zu vermeiden. Setzen wir alle Kraft ein für einen baldigen Frieden. Das ist die einzige Möglichkeit, die uns Schutz bietet vor einer Belastung, die das deutsche Volk ins Verderben führt. (Bravo!)

Vorsitzender **Auer**: Damit ist die Verhandlung der Finanzfrage abgeschlossen. Wir kommen zur

Wirtschafts- und Sozialpolitik mit Ausnahme der Lebensmittelfrage.

Gentner-Pegnitz: In den Forderungen zur Uebergangswirtschaft ist auch der Lebensmittelerzeugung gedacht, und es wird ausgeführt, wie notwendig es ist, die Erzeugung im Innern zu steigern, wofür entsprechende Forderungen aufgestellt sind. Die Frage ist aber kümmerlich bedacht, vielleicht hängt das damit zusammen, daß die Behandlung der Agrarpolitik in unserer Partei stagniert. Die von uns eingesetzte Agrarkommission scheint sanft entschlafen zu sein, über ihre Arbeit ist nichts zu hören. Infolge der zurückgegangenen Produktion, die nur langsam wieder gesteigert werden kann, wird nach dem Kriege großer Mangel herrschen. Die Preise werden zunächst hoch bleiben, die Bodenpreise steigen, die Spekulation in Grund und Boden und Produkten wahre Orgien feiern, wenn die Frage der Lebensmittelbeschaffung nach wie vor der privaten Initiative überlassen bleibt. Nach den Kriegserfahrungen scheint mir dies unmöglich zu sein. Die durch die Kriegswirtschaft gebildeten Ansätze müssen in der Richtung der gemeinwirtschaftlichen Erzeugung, Verarbeitung und Verteilung der Lebensmittel folgerichtig ausgebaut werden. Es genügt nicht, daß wir uns gegen die Höhe der Preise wenden. Das hat die Partei stets in der nachdrücklichsten Weise getan, aber die Preise sind immer höher gestiegen. Die in dieser Frage betriebene Politik ist für die Folge ungenügend, sie muß ausgebaut werden. Wenn wir die Ernährungsfrage auf gesunde Grundlage stellen wollen, damit den Konsumenten mehr als bisher genützt wird, dann müssen wir den verschiedenen Phasen der Erzeugung, Verarbeitung und Verteilung nachgehen, müssen in erster Linie versuchen, die Spekulation in Grund und Boden ebenso wie die Spekulation in den Erzeugnissen zu beseitigen. Es müssen an Stelle der heute noch vielfach unrationellen Arbeitsmethoden rationellere Methoden zu setzen versucht werden. Die Ausnützung der Fortschritte der Agrartechnik und Chemie muß in großem Maßstabe ebenso gesichert sein, wie die Erhaltung der reichen Erfahrungen der landwirtschaftlichen Bevölkerung. Den Zug zur rationelleren Wirtschaftsweise haben wir schon immer unterstützt, wir in Bayern vor allem auch durch die Förderung der Genossenschaftsbewegung als

Mittel, dem bei uns vorherrschenden Mittel- und Kleinbesitz die technischen Fortschritte zu vermitteln. Aber die Früchte dieser Unterstützung nützen der großen Masse wenig, so lange es nicht gelingt, die für die ganze Frage grundlegenden Forderungen, nämlich Ausschaltung der Spekulation in Grund und Boden und Ausschaltung der Spekulation in landwirtschaftlichen Produkten zur Anerkennung und Durchführung zu bringen. Auf welchem Wege das zu machen ist, kann ich hier nur kurz andeuten. Zum ersten wird erforderlich sein ein starker Eingriff in das heutige Grund- und Bodenrecht. Das absolut freie Verfügungsrecht über Grund und Boden als Ausfluß des römischen Rechts ist unvereinbar mit dem Volkswohl. Der Grund und Boden muß, soweit er dazu geeignet ist, restlos der Lebensmittelerzeugung dienstbar gemacht werden. Der Anteil der öffentlichen Körperschaften, vor allem der Gemeinden, an Grund und Boden muß planmäßig vermehrt, der Rest unter Kontrolle der öffentlichen Gewalt gestellt werden. Es wäre schon ein großer Fortschritt in der Durchführung dieser Grundsätze, wenn wir ein Enteignungsrecht für vernachlässigte Güter resp. Grundstücke erhielten, nur der Rückenbesitz zugelassen wäre, sowie, wenn bei allen Gütern, die verkäuflich werden und nicht innerhalb der Familie vererbt werden, dem Staate ein Vorkaufsrecht eingeräumt würde. Solche Erwerbungen dürften allerdings nicht auf Grund des heutigen Verkehrswertes erfolgen, sondern es müßte der Ertragswert, vielleicht auf Grund des Ertrags der letzten zehn Jahre oder auf Grund einer anderen annehmbaren Berechnungsart, zugrunde gelegt werden. Ohne diese Voraussetzungen wird auch die Ansiedlung der Kriegsbeschädigten nur sehr problematischer Natur werden. Selbst wenn es gelingen würde, eine große Zahl Kriegsbeschädigter anzusiedeln zu den heute üblichen Verkehrspreisen für Grund und Boden, so werde ein großer Teil derselben die Ansiedlung später schwer bereuen, weil sie ihren Besitz nicht würden halten können, es müßte denn eine weitere Steigerung in den Preisen der landwirtschaftlichen Produkte eintreten, die zu verhindern gerade die Sozialdemokraten allen Anlaß haben.

Zum zweiten ist notwendig, daß, soweit gleichartige, haltbare Produkte in Betracht kommen, wie z. B. Getreide, der Frage der Monopolisierung durch das Reich nähergetreten wird. Ich denke z. B. an die Errichtung eines im Anschluß an die heutige Getreide- und Mehlversorgung einzurichtenden sozialen Reichsgetreidemonopols, nicht etwa ein Monopol nach fiskalischen Grundsätzen, sondern ein Monopol, das geeignet ist, die Preise möglichst niedrig und gleichmäßig zu stellen. Die Frage aufwerfen, heißt den Komplex von Schwierigkeiten andeuten, die mit der praktischen Durchführung verknüpft sind. Aber auf die Dauer werden wir um ihre Lösung nicht herumkommen. — Soweit weniger haltbare und weniger gleichartige Produkte in Betracht kommen, werden die Gemeinden eintreten müssen, deren Aufgabe es sein wird, durch langfristige Lieferungsverträge eine mehr gleichmäßige Preisbildung anzubahnen, durch direkte Verbindung mit dem Produzenten, den landwirtschaftlichen Genossenschaften, den kürzesten und billigsten Weg vom Produzenten zum Konsumenten zu suchen und die verteuernde Wirkung der Zwischenhandelsstufen auszuschalten. Die Gemeinden werden der Weiterverarbeitung der Roh- und Zwischenprodukte nähertreten müssen, eigene Verkaufsstellen errichten, Eigenproduktion in großem Maßstabe treiben müssen, um durch all diese Maßnahmen einen steigenden Einfluß auf die Versorgung und die Preisgestaltung zu bekommen. Gewiß sind diese Fragen vielfach noch sehr ungeklärt und ihre Durchführung wird den größten Widerständen und Schwierigkeiten begegnen, aber das darf uns nicht abhalten, sie in Fluß zu bringen. Die rationell betriebene Gemeindewirtschaft ist das einzige Mittel, die Lebensmittelversorgung auf eine gesunde Grundlage zu bringen. Der

Lösung dieser Frage näherzutreten, damit auch unsere agrarpolitische Stellung unter Berücksichtigung der realen Verhältnisse und der bisherigen Entwicklung derselben aufs sorgfältigste zu untersuchen und zu präzisieren, ist nicht allein vom sozialwirtschaftlichen Standpunkte, sondern auch vom politischen Standpunkte aus von eminenter Bedeutung. In dem Maße als es gelingt, durch eine vom gesunden Sozialismus getragene Agrarpolitik, deren Ergebnisse sowohl den konsumierenden Massen in der Stadt, wie den das Land bearbeitenden Gruppen auf dem Lande, also Landarbeitern und Arbeitsbauern, zugute kommen müssen, ist es auch möglich, in die vielfach geschlossene Front der ländlichen Wählermassen Bresche zu schlagen und dadurch dazu beizutragen, die politische Vorherrschaft der reaktionären Elemente, vor allem des Junkertums, zu brechen.

In inniger Verbindung damit steht die Landarbeiterfrage. Landarbeiter und Dienstboten waren von jeher minderen Rechts. An ihren Schutz hat die Gesetzgebung wenig gedacht. Der Krieg hat ihre Rechtlosigkeit noch ungeheuer verstärkt. Lange vor dem Erlaß des Hilfsdienstgesetzes wurde die Freizügigkeit der Landarbeiter und Dienstboten durch Verfügungen der Stellvertretenden Generalkommandos fast völlig aufgehoben. Wir in Bayern haben versucht, dagegen durch Proteste anzukämpfen, aber ohne Erfolg. Wir haben die Verfügungen zum Teil für zu weitgehend, zum Teil für nicht zweckmäßig gehalten. Was uns aber im Kriege nicht gelungen ist, muß nach dem Kriege sofort möglich sein. Und die landwirtschaftlichen Arbeiter und Dienstboten müssen nach dem Kriege nicht nur rechtlich den gewerblichen Arbeitern gleichgestellt, die Arbeiterschutzbestimmungen müssen sinngemäß den besonderen Verhältnissen entsprechend auf sie ausgedehnt werden. Auch in diesen Fragen will ich nicht auf Einzelheiten eingehen. Ich will nur bemerken, daß wir im bayerischen Landtage bereits einen diesbezüglichen Antrag eingebracht haben. Ich wünschte, daß andererseits ähnlich vorgegangen wird. Ein kräftig durchgeführter Landarbeiterschutz ist zweifellos das beste Mittel, die Landflucht bedeutend zu mildern, und ist im Interesse der Stetigkeit der zukünftigen Lebensmittelversorgung nur erwünscht. Ich bitte Sie, diese Anregungen objektiv nachzuprüfen und diese gewiß nicht unwichtigen Probleme ihrer Lösung näherzubringen. (Lebhafter Beifall.)

Adolf Braun-Nürnberg: Infolge der Parteistreitigkeiten hat die vorjährige Reichskonferenz für die jetzt zur Verhandlung stehenden Fragen leider gar kein Interesse gezeigt.

Vor allem wird die Demobilisierung auf das allertiefste in das Leben der Arbeiterklasse, sowohl der Heimkehrenden wie der Daheimgebliebenen, einschneiden. Sie verdient die allergrößte Aufmerksamkeit. Wir müssen befürchten, daß entweder unsere Soldaten viel zu lange unter den Waffen gehalten werden, oder daß sie lange Zeit arbeitslos sein werden. Wir müssen mit Stillegung der Kriegsindustrie rechnen, wodurch eine Unzahl heute gut oder befriedigend entlohnter Arbeiter arbeitslos werden wird. Das Freiwerden der von der Militärverwaltung beschlagnahmten Vorräte wird einen Ausgleich da nicht schaffen können. Wir müssen rechnen mit der gewaltigen Umschaltung unserer Industrie durch die vom Kriege beflügelte Entwicklung der Technik und Organisation, die eine ganze Masse von Arbeitern überflüssig machen wird. Wir müssen die fortdauernde Konkurrenz der Frauenarbeit gegen die Männerarbeit ins Auge fassen, die wir durch sozialpolitische Gesetze nicht so stark einengen können wie wir das wollen. Die Masse der infolge des Krieges Arbeitsunfähigen und der im Kriege Getöteten schafft natürlich einen ganz ungeheuren Ueberschuß an Frauen und damit verminderte Heiratsmöglichkeit, was jede gesetzliche Einengung der Frauenarbeit erschweren wird. Wir dürfen

freilich in der Zukunft bei der sozialpolitischen Gesetzgebung nicht unbeachtet lassen, daß die Kriegsindustrie einen ungeheuerlichen Geburtenrückgang sowie große Säuglingssterblichkeit herbeigeführt hat. In einer großen Stadt Deutschlands ist vom August 1916 bis zum August 1917 die Säuglingssterblichkeit von 14,9 auf 31,2 Proz. gestiegen. (Hört! hört!) Das ist eine starke Verdoppelung! Eine der gefährlichsten Erscheinungen der Kriegszeit im Lande! (Sehr richtig!) Das spricht für die Notwendigkeit der Einschränkung der Frauenarbeit. Aber wir werden mit dieser Einschränkung nicht so weit kommen können, daß wir allen zurückkommenden Arbeitern Beschäftigung schaffen können. Wir müssen im Gegenteil mit einer Verminderung der Arbeitsgelegenheit rechnen, weil unsere außerordentlich leidende Valuta die Einfuhr von Rohprodukten sehr erschweren, unsere Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt erschweren wird. Wir müssen vor allem damit rechnen, daß eine ungesunde unkluge Valutapolitik, die die Einfuhr von Luxusprodukten aus dem Ausland verbietet, die Ausfuhr unserer Glaswaren, Porzellanwaren, Spielwaren, unserer Hanauer und Pforzheimer Schmuckwaren unmöglich machen, dadurch die Arbeiter aufs äußerste schädigen wird. So einfach geht es mit der Valutapolitik nicht, daß wir nur das aus dem Ausland einführen, was unbedingt notwendig ist. Die Folge wären ähnliche Maßnahmen des Auslandes. Viele von unserer Industrie veredelten Rohstoffe könnten dann keinen Absatz finden. Wir müssen mit einer außerordentlich gefährlichen Retorsionspolitik der ausländischen Zollgebiete rechnen, die überaus bedenklich sein wird, und wir müssen etwas viel Gefährlicheres ins Auge fassen. Auch die erschwerte Einfuhr von Rohprodukten könnte unsere ganze Industrie aufs schwerste belasten. Hier hat England mit einer Reihe ihm verbündeter Staaten gewaltige Machtmittel gegen uns, die wir durch unsere Zollpolitik nach dem Kriege nicht herausfordern dürfen. Diese Fragen können im Friedensvertrag, wenn wir nur einigermaßen vernünftige Friedensunterhändler haben, gelöst werden. Nicht nur der Weltmarkt hat für unsere Arbeit ungeheure Bedeutung, sondern auch der innere Markt wird außerordentlich eingeengt werden, weil wir alle zum Sparen verpflichtet sein werden, schon wegen der gewaltig hohen Steuern. Das Wort Goethes wird nach dem Kriege gelten:

„Welch Unheil muß auch ich erfahren,
Wir sollten alle Tage sparen.
Und brauchen alle Tage mehr
Und täglich wächst mir neue Pein!

Wir müssen wegen der Demobilisierung, wegen unserer Valutapolitik, wegen des Weltmarktes wie wegen des inneren Marktes mit einer Verminderung der Arbeitsgelegenheit rechnen, die besonders stark sein wird in der Periode sofort nach Friedensschluß. Deshalb wird die allerdringendste Aufgabe sein, daß wir eine Arbeitslosenversicherung sofort mit Eintritt des Friedens erhalten. (Sehr richtig!) Es gibt, glaube ich, keine sozialpolitische Aufgabe von größerer Dringlichkeit und Bedeutung. Es ist völlig unmöglich, den Gewerkschaften diese Last aufzuerlegen. (Sehr wahr!) Die Gewerkschaften werden überreich belastet sein mit der Arbeit für die Erhaltung der jetzigen Löhne, mit dem Problem des Arbeiterschutzes, mit der Verteidigung der Rechte der gelernten Arbeiter und mit der ungeheuer schwierigen Frage, wie die Rechte der zurückkehrenden Arbeiter und der fest eingewöhnten Arbeiterinnen gewahrt werden sollen. (Sehr richtig!) Wir müssen damit rechnen, daß die Gewerkschaften einem infolge seiner Konzentration übermächtigen Kapital gegenüberstehen werden. Deshalb ist die Gewerkschaftsbewegung nach dem Kriege in noch viel höherem Maße eine Notwendigkeit als bisher. Deshalb ist es aber

auch ein Verbrechen und die denkbar größte Frivolität, die Gewerkschaftsbewegung sprengen zu wollen, wie man die politische Bewegung gesprengt hat. (Lebhafte Zustimmung.) Die politische Bewegung würde das noch aushalten, sie kann sich nach dem Kriege weit leichter zusammenschließen als eine einmal gespaltene Gewerkschaftsbewegung. Dies Unheil muß von den deutschen Arbeitern ferngehalten werden. Es würde die allergrößte Freude bei den Unternehmern hervorrufen. Es sieht allerdings bald so aus, als wenn unseren Gewerkschaften an manchen Orten der Kampf gegen den Genossen Legien wichtiger werden könnte als der Kampf gegen Herrn Kirdorf. (Sehr wahr!) Diese Stimmung sich unter den Arbeitern weiter verbreiten zu lassen, halte ich für das denkbar größte Unglück. Mögen noch soviel Fehler gemacht worden sein, die Gewerkschaften sind nicht geschaffen, um unserer Stimmung Ausdruck zu geben, sondern um den Kampf zu führen gegen ein nur zu stark gewordenes Unternehmertum. Dazu gehört die Geschlossenheit der Arbeiterbewegung, vor allem auf gewerkschaftlichem Gebiete. (Sehr richtig!) Aber die Gewerkschaften müssen auch wissen, daß bei den ungeheuren Aufgaben, die ihnen nach dem Kriege entstehen, sie die Grenzen der Gewerkschaftsbewegung wohl oft fühlen werden. Weit mehr noch als vor dem Kriege wird die Gewerkschaftsbewegung das Bedürfnis haben, gestärkt zu werden durch eine einheitlich in sich geschlossene sozialdemokratische Bewegung.

Die sozialdemokratische Bewegung wird eine ganze Reihe sozialpolitischer Forderungen, die die Gewerkschaften nicht erfüllen können, in den Parlamenten wie in den Gemeindevertretungen durchzusetzen haben.

Wir müssen den Mut der Arbeiter stärken. Einem übermächtig gewordenen Kapitalismus können wir nicht eine mut- und kraftlose Arbeiterschaft entgegenstellen. Die ganze Wirkung des Krieges wird vor allem nach dem Kriege, weit mehr noch als während des Krieges, ganz wesentlich die Arbeiterklasse empfinden, wobei ich durchaus nicht übersehe, wie sehr das Kleinbürgertum durch den Krieg gelitten hat. Das Wort Voltaires wird nach dem Kriege den Arbeitern sehr deutlich ins Gedächtnis kommen: „Alle vereinigten Laster aller Zeiten und Länder werden nicht dem Unheil gleich kommen, welches ein einziger Krieg verursacht.“ Wir aber wollen diesem Wort Voltaires das Schillerwort entgegenstellen: „Die Welt wird alt und wird wieder jung.“ Wir wollen sie wieder jung machen. (Lebhafter Beifall.)

Krüger-Teltow-Beeskow: Der Antrag 36 wünscht, daß der Parteivorstand eine handels- und wirtschaftspolitische Kommission einsetzen möge. Es kann kein Zweifel sein, daß die Neuregelung, der Wiederaufbau der Weltwirtschaft und des Welthandels sowie der Weltproduktion zu einer der wichtigsten Fragen gehören werden, die beim Friedensschluß zu regeln sind. Der Weltkrieg ist sehr wesentlich als Wirtschaftskrieg geführt worden und wir wissen, daß starke Kräfte in den Ententestaaten am Werke sind, diesen Wirtschaftskrieg auch nach Beendigung des militärischen Krieges fortzusetzen. Das führte auch Cunow in seinem Referat aus. Wenn wir für einen Verständigungsfrieden eintreten, so schließt das natürlich auch die wirtschaftliche Verständigung mit allen Völkern ein. Ich weiß daher nicht, ob es richtig ist, wenn man die Fortsetzung des Wirtschaftskrieges gewissermaßen als eine gegebene Tatsache ansieht, und so, wie das auch in dem Referat Cunows geschieht, dann den Gedanken einer mitteleuropäischen Wirtschaftsannäherung mit der Erweiterung, daß auch neutrale Staaten und Länder wie Rußland und Rumänien dabei herangezogen werden sollen, als Abwehrmittel gegen diesen Wirtschaftskrieg vertritt. Gewiß würde eine solche mitteleuropäische Wirtschaftsannäherung als Abwehrmittel gegen einen Wirtschaftskrieg der gegnerischen Staaten die gegebene Tatsache sein, aber es kann doch dadurch, daß wir von vornherein mit dem Wirtschaftskrieg

als Tatsache rechnen, Verwirrung in den Köpfen der Parteigenossen angerichtet werden, wie das tatsächlich durch die Propaganda des mitteleuropäischen Wirtschaftsbundes schon geschehen ist. Wir hätten daher alle Veranlassung, zunächst alle Kraft darein zu setzen, auch eine allgemeine wirtschaftliche Verständigung beim Friedensschluß herbeizuführen. Cunow betont mit Recht, daß die Sozialdemokratie nach Beendigung des Krieges vor eine große Reihe neuer und ungeheuer wichtiger Aufgaben gestellt sein werde. Wir müssen, wenn wir gewissenhaft sein wollen, zugeben, daß diese Fragen nicht nur für die große Masse der Parteigenossen, sondern auch für eine große Reihe führender Genossen durchaus neue sind. Es müssen daher Einrichtungen geschaffen werden, damit diese Fragen eingehender behandelt werden, alle Materialien über diese Frage gesammelt und auch die Partei mit diesen Materialien versehen wird, daß ferner die Erörterung dieser Fragen in den Parteiorganisationen entsprechend vorbereitet wird. Wir denken uns die Sache allerdings nicht so, daß lediglich eine nebenamtliche Studienkommission eingesetzt wird, sondern halten es für dringend notwendig, daß man vielleicht ähnlich wie die sozialpolitische Abteilung der Generalkommission oder, was noch zweckmäßiger wäre, gemeinsam mit den Gewerkschaften ein Bureau einsetzt, das diese Arbeiten zu erledigen hätte und zu dem als Beirat besonders sachkundige Parteigenossen hinzugezogen werden. Ich bitte, diesen Antrag anzunehmen.

Ferner hätte ich gewünscht, daß der Genosse Wissell in seinem Referat etwas mehr auf die besonderen Forderungen und Interessen der Privatangestellten eingegangen wäre. Wir haben gestern einen Antrag angenommen, der verlangt, daß man sich in den Parlamenten eingehender mit den Fragen der Staats-, Reichs- und Gemeindebeamten beschäftigen solle. Was für diese gilt, gilt in noch viel erhöhterem Maße für das Millionenheer der Privatangestellten, deren Zahl gerade im Laufe der letzten Zeit ungeheuer angewachsen ist. Mit Recht hat Scheidemann in seinem einleitenden Referat gestern betont, daß wir den Begriff der Arbeitnehmer, die wir vertreten, nicht lediglich auf die Handarbeiter beziehen, sondern auf alle Kreise der arbeitenden Bevölkerung, auch die geistigen Arbeiter, die Angestellten in den Bureaus und Kontoren. Die Privatangestellten sind zweifellos während des Krieges ganz wesentlich radikalisiert worden. Hierbei hat auch das Hilfsdienstgesetz wesentliche Dienste geleistet. Gewiß empfinden auch die Privatangestellten die Beschränkungen der persönlichen Freiheit, die ihnen durch das Hilfsdienstgesetz auferlegt sind, außerordentlich schwer und unangenehm. Aber die durch das Hilfsdienstgesetz geschaffenen Angestelltenausschüsse, die Schlichtungsausschüsse, haben doch auch andererseits die Bewegung zur Vertretung der wirtschaftlichen Forderungen der Angestellten auf eine ganz andere Grundlage gestellt als bisher. Die Unternehmer haben sich bisher stets geweigert, mit den Angestelltenorganisationen oder auch nur mit ihren Angestellten selbst korporativ zu verhandeln. Durch die Angestelltenausschüsse sind sie gezwungen worden, mit einer auf gesetzlicher Grundlage laufenden Vertretung der Angestellten zu verhandeln. Und ebenso müssen sie vor den Schlichtungsausschüssen mit den Vertretern der Organisationen verhandeln. Diese Einrichtungen müssen daher auch nach dem Fall des Hilfsdienstgesetzes aufrechterhalten werden. Wir haben infolgedessen zu verzeichnen, daß ein anderer Geist in die Angestellten, die man früher als Stehkragenproletarier bezeichnet hat, die früher das Bollwerk der bürgerlichen Parteien gegen die Sozialdemokratie bildeten, wie ja auch jetzt noch der deutsch-nationale Handlungsgehilfenverband mit den Alldeutschen geht, eingezogen ist. Deshalb hätte ich gewünscht, daß man auch die sozialpolitischen Forderungen der Angestellten, die Schaffung eines einheitlichen Angestelltenrechts, die Umwandlung der Angestelltenversicherung, die sich immer mehr zu einem sozialpolitischen

Skandal auswächst, die Neuregelung der Verwaltung der Krankenkassen durch Beseitigung der Einschränkungen, die man ihrer Selbstverwaltung früher zur Bekämpfung der Sozialdemokratie auferlegt hat, die Beseitigung der Einschränkungen der Rechte der Krankenkassenangestellten, die Beseitigung der Konkurrenzklausel usw., auch in den Leitsätzen Wissells mehr Rechnung getragen hätte. Wenn wir das tun, wenn wir auch den Privatangestellten zeigen, daß sie im Parlament und bei jeder Gelegenheit auf die Unterstützung der Sozialdemokratie rechnen können, daß ihre Forderungen durchaus und ausschließlich von der Sozialdemokratie vertreten werden, dann werden auch die Privatangestellten immer mehr ihre Vertretung in der Sozialdemokratie sehen.

Frau Reitze-Hamburg: Eine außerordentliche Belastungsprobe haben unzweifelhaft während des Krieges die Frauen zu bestehen. Größer und größer wird der Kreis der erwerbstätigen Frauen, die losgelöst von der Familie den größten Teil des Tages bei der Erwerbsarbeit zubringen müssen. Zählten wir vor dem Kriege bereits 9¼ Millionen Arbeiterinnen, so können wir heute die Zahl rund auf 15 Millionen erwerbstätiger Frauen und Mädchen in Deutschland schätzen. Ueberall sehen wir, wie gerade die Frauen sich äußerst schnell in die Arbeitsmethoden hineingearbeitet haben. Auch in Berufen, zu denen früher eine lange Berufsausbildung gehörte, haben sich die Frauen jetzt in ganz kurzer Zeit eingearbeitet. Ich denke an einen besonders krassen Fall hier in Würzburg. Eine Arbeiterin, die allerdings eine besonders gute Schulbildung genossen hatte, aber bisher im Kontor beschäftigt war, trat hier als Maschinensetzerin ein. Sie hat eine vierwöchige Probezeit zurücklegen müssen, wobei sie einen wöchentlichen Zuschuß von 10 Mark erhielt. Darauf hat sie dann noch weitere dreizehn Wochen Lehrzeit zurücklegen müssen, hat aber während dieser Zeit bereits 21 Mark Wochenlohn bekommen. Wenn wir daran denken, daß gerade ein Maschinensetzer eine vierjährige Berufsausbildung zurücklegen muß, so erkennen wir daran die große und schwere Gefahr, die die weibliche Erwerbsarbeit mit sich bringen muß, und zwar nicht nur in gesundheitlicher Beziehung, sondern auch dadurch, daß die Frauen in sehr, sehr vielen Fällen als Konkurrentinnen des Mannes auftreten. Man sagt nun: wenn wir wieder ruhige Zeiten haben, werden die Frauen zurückfluten und mehr als gerne ihre früheren häuslichen Pflichten erfüllen. Das ist leicht gesagt, aber die Durchführung wird außerordentlich schwer sein, denn gerade die wirtschaftlichen Verhältnisse im Arbeiterhaushalt sind durch den Krieg außerordentlich zerrissen. Es ist eben nichts mehr da. Ein Ersatz konnte während des Krieges nicht beschafft werden, alles, was im Arbeiterhaushalt vorhanden war, ist verbraucht, auch kleine Ersparnisse. Wo die Familie das Glück hat, daß der Mann zurückkommt und der Ernährer der Familie sein kann, wird daher bei dieser wirtschaftlichen Notlage die Frau trotzdem gezwungen sein, auch weiter Berufsarbeit zu leisten. Nun ist klar, daß die Frauen der Arbeiter unter den heutigen Umständen besonders belastet sind. Sie haben nicht nur die Erwerbsarbeit zu leisten, sondern sie müssen nebenbei in bestimmten Stunden auch Mutter und Erzieherin ihrer Kinder sein. Es gibt gar nicht Worte genug, um diese doppelte Belastungsprobe zu würdigen. Das beste Gegengewicht würden wir schaffen, wenn wir alle die sozialen und sozialpolitischen Forderungen aufs Nachdrücklichste im Interesse der Frauen vertreten und unseren Frauen einprägen. Unser guter Wille nützt ja so lange nichts, als wir nicht die Ueberzeugung der Frauen selbst gewonnen haben. Die sozialen Fürsorgeeinrichtungen, die wir für die weibliche erwerbstätige Bevölkerung fordern, werden selbstverständlich nur ganz langsam durchgesetzt werden können. Die Forderungen, die Wissell betr. den Wöchnerinnenschutz, den Säuglingsschutz, die Kleinkinderfürsorge aufgestellt hat, werden wir nachdrücklichst in Frauenkreisen

vertreten müssen. Wenn unsere gewerkschaftlichen und politischen Organisationen trotz der vermehrten Frauenarbeit im Kriege nicht den Zustrom erfahren haben, wie wir das alle wünschen, so ist ja eine Erklärung dafür die außerordentliche Belastung der Frauen, sowie die Tatsache, daß sie eben der Politik nicht das Interesse entgegenbringen, das notwendig ist. Aber ich bin überzeugt, wenn wir alle unsere Kräfte einsetzen für die Erweckung und Schulung der Frauen, so wird es dennoch gelingen, in größerem Maße die uns fernstehenden Frauen heranzuziehen. Wir müssen dabei nach dem Rezept arbeiten: doppelt genäht, hält besser, und müssen den Frauen immer wieder von vorn klarmachen und einprägen, daß es ihr eigenes Interesse bedingt, daß sie an unserer Seite kämpfen, um für sich bessere Lebensbedingungen zu erkämpfen.

Wir müssen unsere Aufmerksamkeit ganz besonders der Not der Kriegerwitwen zuwenden. Die Renten der Witwen sind viel zu niedrig. In Hamburg erhalten die Witwen zwar Teuerungszulagen von 6 Mk. für den Monat und 3 Mk. für die Waise, aber trotz dieser Zulagen können die Witwen sich nicht einmal die rationierten Lebensmittel für sich und ihre Kinder kaufen. Die rationierten Lebensmittel sind doch aber das allernotwendigste, was eine Kriegerfamilie braucht. Das Geld fehlt einfach an allem, und an Beiträge für die politische Bewegung ist unter diesen Umständen gar nicht zu denken. Wir müssen immer wieder unsere Stimme dafür erheben, daß die Renten erhöht werden. Frauen, die ohne den Ernährer mit sieben Kindern dastehen, müssen ganz Mutter sein können und nicht außerhalb des Hauses noch der Erwerbsarbeit nachzugehen brauchen. Freilich wird die Kraft unserer in der Bewegung geschulten Frauen nicht ausreichen, um bei den Frauen für das notwendige Verständnis zu sorgen, denn die Zahl der weiblichen Kräfte bei uns ist nur gering. Gewinnen wir aber die Frauen nicht, dann ist all unsere Arbeit vergeblich. Nehmen Sie daher die Entschließung 58 einstimmig an. Wir gedenken damit der Opfer, die die Frauen während des Krieges gebracht haben. Sorgen wir dafür, daß wir die Frauen, die nur mit dem Gefühl bei uns sind, auch mit dem Verstand zu uns herüberziehen. (Lebhafter Beifall.)

Kaul: Leider haben sich bisher die Unternehmer viel mehr mit der Monopolgesetzgebung beschäftigt als die Arbeiter. Und das mit Unrecht. Uns Arbeiter interessiert nicht so sehr die finanzielle Seite der Monopolfrage, weil sie angesichts des ungeheuren Geldbedarfes des Reiches nur eine nebensächliche Rolle spielen kann. Wohl aber ist eine andere Seite der Monopolgesetzgebung für die Arbeiterschaft von größter Bedeutung. Nach dem Kriege, wo so vieles neu aufgebaut werden muß und wo wir verlorene Absatzgebiete wieder und neue dazu suchen werden, wird das Bestreben der Unternehmer sein, die erhöhte Konkurrenzgefahr auf die Arbeiter abzuwälzen, und dann wird es für die Arbeiterschaft schlimme Zeiten geben, wenn wir nicht die sozialpolitische Seite unserer Gesetzgebung, die ja schließlich auch ein Stück Sozialisierung der Gesellschaft ist, fördern und dazu jedes Mittel, auch die Monopolgesetzgebung, benutzen. In den Auseinandersetzungen der letzten Zeit über die Monopolgesetzgebung sind, wohl beeinflußt durch die finanzielle Seite der Frage, immer nur die großen Erträge erörtert worden, die die Monopole bringen sollen. Man sollte die Frage wenigstens einmal prüfen, ob Monopole nicht auch für die Feinindustrie von Bedeutung sein können. In Offenbach besteht eine derart ausgeprägte Feinindustrie wie nirgends sonst in Deutschland. Sie kennen alle die weltberühmten Feinlederwaren aus Offenbach, deren Industrie ausschließlich auf den Export eingestellt war. Die Einwirkung des Kriegsausbruchs auf die Offenbacher Industrie war zunächst furchtbar. Schon in den letzten Tagen vor Kriegsausbruch hatten unsere Unternehmer beschlossen, mit

dem Augenblick der Mobilmachung sämtliche Betriebe stillzulegen. Am Sonnabend kam die Mobilmachung und am Montag früh rauchte in Offenbach kein Schornstein. Für die außerordentlich starke Anpassungsfähigkeit der deutschen Industrie war es nun bezeichnend, daß schon nach wenigen Wochen die gelernten Portefeuiller und Schärfer, Galanteriesattler usw. militärische Ausrüstungsgegenstände herstellten und eine Hochkonjunktur ohne gleichen brach für die Offenbacher Industrie an. Kaum hatte sie sich den neuen Verhältnissen angepaßt, als die Konjunktur auch schon wieder nachließ, und nun kam die zweite Umstellung unserer Industrie. Die Arbeiter, die vorher in Leder gearbeitet hatten, stellten nunmehr Granaten und Zünder her. Das Beispiel zeigt die ungeheure Anpassungsfähigkeit unserer Industrie, und die Offenbacher Unternehmer haben ohne weiteres anerkannt, daß die zweimalige Umstellung ihrer Betriebe nicht möglich gewesen wäre ohne den hochentwickelten Arbeiterstand und die Leistungen der Arbeiterorganisationen. (Hört! hört!) Nun hofft Offenbach, daß nach dem Kriege seine Lederwarenindustrie wieder emporblühen wird. Wegen des harten Konkurrenzkampfes, der dann einsetzen wird, besteht nun die Befürchtung, daß die Sozialpolitik leidet und daß die Arbeiterschaft den Schaden davon hat. Das muß verhütet werden. Die Industrien, die nicht monopolisiert sind, werden in den Hintergrund gedrängt werden, und das wird bei der Feinlederindustrie der Fall werden. Die Offenbacher Industrie beruht zum großen Teil auf Heimarbeit und alle Versuche, die Arbeitsverhältnisse durch tarifliche Abmachungen zu bessern, sind vergeblich gewesen. Wenn es nun nicht gelingen sollte, mit Hilfe der Monopole auch für die Feinindustrien etwas zu erreichen, dann werden alle Anregungen auf möglichst weitgehenden Ausbau des Arbeiterschutzes und der Sozialgesetzgebung aussichtslos sein. Vielleicht auch wird die Frage zu prüfen sein, ob nicht der Weg beschritten werden kann, Industrien mit Kleinbetrieb als Produktionsgenossenschaften der Unternehmer staatlich zu fördern und als Bedingung für die staatliche Förderung die Verpflichtung des Unternehmers für bestimmte sozialpolitische Mindestforderungen zu fordern.

Die Frauen, die auch in der Offenbacher Industrie in großem Umfange beschäftigt werden, müssen vor allem in höherem Maße für unsere Bewegung gewonnen werden. Aber nicht nur dadurch, daß wir sie organisieren, sondern zur öffentlichen Mitarbeit erziehen. Bei der sozialen Kriegsfürsorge sind sie heute meist nur Objekte der Fürsorge, während die Fürsorge selbst von bürgerlichen Frauen ausgeübt wird. Wir müssen daher klipp und klar zum Ausdruck bringen: Sozialpolitik nach allen Seiten, aber vor allem Sozialpolitik für die Frauen und durch die Frauen. (Beifall.)

Frau **Juchacz**-Berlin: Wir brauchen ein festumrissenes Programm für praktische Arbeit auf allen Gebieten der Sozialpolitik und der sozialen Fürsorge. Die Frauenerwerbsarbeit wird wahrscheinlich auch nach dem Kriege noch in sehr weitem Umfange bestehen bleiben. Die Kapitalisten haben es von jeher verstanden, sich die Kräfte der Frauen zum eigenen größten Vorteil nutzbar zu machen und produktiv zu verwerten, sie werden auch später nicht auf die Frauenarbeit verzichten. Wir müssen die gesellschaftlichen Konflikte, die sich aus der Teilnahme der Frauen am Produktionsprozeß ergeben, zu lösen suchen. Unsere praktische Mitarbeit wird ganz besonders in Anspruch genommen sein auf dem Gebiete des Mutter- und Säuglingsschutzes. Es ist ja bekannt, daß sehr viele Maßnahmen, die heute getroffen werden müssen, noch nicht auf gesetzgeberischer Basis beruhen, sondern daß es sich hier um sehr viele Vereinseinrichtungen handele, auf die die klassenbewußten Arbeiter und Arbeiterinnen noch wenig Einfluß haben. Das gilt besonders für die Kinderfürsorge. In Kinderhorten, Krippen und ähnlichen Einrichtungen, wo die

Kinder der arbeitenden Frauen betreut werden müssen, walten Frauen aus den bürgerlichen Kreisen. Die privaten Frauenschulen, die die Frauen für diese Arbeiten vorbereiten, wachsen wie Pilze aus der Erde, aber die Teilnehmer sind zum großen Teil bürgerliche Frauen, denen ich soziales Verständnis selbstverständlich durchaus nicht absprechen will, mit denen wir uns aber doch wiederholt bekämpft haben. Es wäre von allergrößter Wichtigkeit, wenn unsere Frauen, die Frauen der Arbeiterklasse, hier ebenfalls in Zukunft einen starken Einfluß ausüben könnten. (Sehr wahr!) Bei der Pflege, bei der Erziehung, bei der Ernährung unserer Kinder sollen und müssen die Frauen der arbeitenden Klassen selbst etwas zu sagen haben, sie müssen zu praktischer Arbeit herangezogen und herangebildet werden. Auf diese Aufgabe müssen unsere Organisationen in Zukunft ihr größtes Augenmerk richten. Wir wissen genau, daß unsere Bewegung deshalb verhindert ist, auf allen Gebieten praktische und fruchtbare Arbeit zu leisten, weil es uns zum größten Teil noch an den hierfür notwendigen Arbeitskräften fehlt, die wir für solche Zwecke stellen müssen. Darum erwächst eben für uns die Aufgabe, die Frauen hierfür heranzubilden. Es rächt sich gerade auf dem Gebiete der Fürsorge für die Familien der Arbeiter, daß wir nicht schon früher die geeigneten Gesetze bekommen haben. Die Erwerbsarbeit der Frauen war schon vor dem Kriege so groß, daß die Gesetze auf diesem Gebiete schon eine viel größere Vervollkommnung hätten erfahren müssen, als es bei Ausbruch des Krieges der Fall war. (Sehr richtig!) Gerade auf dem Gebiete der Sozialpolitik, in erster Linie auf dem des Mutter- und Säuglingsschutzes, erwachsen uns die größten Aufgaben. Meiner Meinung nach kann es auch in Zukunft unser Erwerbsleben ertragen, daß ein großer Prozentsatz unserer Frauen für die Zeit, wo sie dem neugeborenen Säugling am allernotwendigsten sind, dem Erwerbsleben entzogen werden. Selbstverständlich schließt das ein, daß diese Frauen genügend unterstützt werden, um sich in der allerkritischsten Zeit dem Säugling widmen zu können. (Sehr wahr!) Das sind die Aufgaben, die wir mit Hilfe der Frauen in der Zukunft werden zu lösen haben. Das weist uns aber auch den Weg, den wir einzuschlagen haben in der Organisation: die Frauen heranziehen zu praktischer Mitarbeit, mit den Frauen die Fragen des Wirtschaftslebens durchsprechen, über die Erwerbsarbeit, über das Bevölkerungsproblem, über die Ernährungsfrage mit ihnen sprechen, sie veranlassen, sich auf diesen Gebieten zu betätigen. Es ist ein äußerst dornenvoller und schwieriger Weg, den wir da miteinander zurückzulegen haben, aber das Ziel, das uns winkt, ist tatsächlich ein so schönes, daß wir vor dieser schwierigen Arbeit nicht zurückzuschrecken brauchen. Ich bin der festen Ueberzeugung, daß der Kurs, der von jetzt ab eingeschlagen wird, in der Sozialdemokratie dazu führen wird, uns die Zukunftsaufgaben, die wir zu lösen verpflichtet sind, auch wirklich leicht zu machen und sie der Erfüllung entgegenzubringen. (Lebhafter Beifall.)

Winnig-Hamburg: Ich bitte um Entschuldigung, wenn ich Sie einen Augenblick in der Unterhaltung und der Lektüre störe. (Heiterkeit und Sehr gut!) Ich will nur eine Bemerkung über eine Frage machen, die bisher noch nicht behandelt ist. Wir müssen uns einmal klar zu machen suchen, welcher Katastrophe der Arbeitslohn mit Abbruch des Krieges entgegengeht. Wir werden bei der Rückkehr in die Friedenswirtschaft zunächst eine gewaltige Ueberfüllung des Arbeitsmarktes bekommen. Diese Ueberfüllung kann natürlich auf die Bildung des Lohnes nicht ohne Einfluß sein. Die heutigen Kriegslöhne gleichen einer aufgeblasenen Puppe, und sie werden in dem Augenblick zusammenbrechen, wo auf der einen Seite ein übergroßes Angebot von Arbeitskräften und auf der anderen Seite eine nur sukzessive sich steigernde Nachfrage vorhanden ist. Das wird um so unerträglicher sein, weil dem

Sturze des Arbeitslohnes nicht gegenübersteht ein gleichmäßiger Sturz der Warenpreise: die Kriegslöhne werden gewaltig fallen, aber die Warenpreise werden noch auf längere Zeit hinaus ihre abnorme Höhe behalten. Dann werden wir eine Spannung zwischen dem Einkommen und den notwendigen Ausgaben haben, die zu Erschütterungen führen muß. Ich halte es deshalb für notwendig, daß wir der Frage der Bildung des neuen Reallohnes mehr Aufmerksamkeit widmen und sie zu lösen suchen. In den vorliegenden Referaten kann ich eigentlich nur sehr wenig Anläufe zu einer solchen Lösung sehen. Wissell nimmt in seinem Referat einen Standpunkt ein, den ich für sehr bedenklich halte. Er fordert, daß die Entlassung der Kriegsteilnehmer, sofern die Heeresinteressen es ermöglichen, unverzüglich erfolge und daß dabei auf die Ueberfüllung des Arbeitsmarktes nicht Rücksicht genommen werden solle. (Sehr richtig!) Würde die Entlassung der Kriegsteilnehmer so unverzüglich erfolgen, so würde die Katastrophe des Arbeitslohnes mit unentrinnbarer Gewißheit über die Arbeiterklasse hereinbrechen. Ich muß hier eine mangelnde Uebereinstimmung der Referenten feststellen, denn Cunow steht grundsätzlich auf einem anderen Standpunkt. Er sagt: „So unangenehm das vielen sein mag" — nämlich, daß sie nicht sofort entlassen werden —, „darf daher im eigenen Interesse der Arbeiterschaft die Entlassung der Truppen nur nach und nach und unter Berücksichtigung der Arbeitsgelegenheit erfolgen." Es ist eigentlich nicht sehr imponierend, wenn in einer so wichtigen Frage zwei ganz verschiedene Standpunkte eingenommen werden. Ich habe das deshalb zur Sprache gebracht, damit der Parteitag solche Unterschiede bemerkt und den Wunsch äußert, sie zu korrigieren. Ich gebe zu, daß es für die Leute an der Front, in den Etappen und in den Garnisonen eine sehr harte Zumutung bedeutet, wenn sie nach Friedensschluß noch längere Zeit im Dienst bleiben sollen. (Sehr richtig! — Zuruf: Eine zu harte Zumutung.) Ihre Wünsche werden sicher dahin gehen, möglichst bald entlassen zu werden; aber ihre eigenen Interessen stehen mit diesen Wünschen im Widerspruch. Es ist nun eine Frage für sich, was für uns maßgebend sein soll, die Wünsche oder die Interessen. Ich entscheide mich in diesem Falle dafür, daß die Interessen der großen Massen in erster Linie maßgebend sein müssen. Wozu stehen wir denn auf unserem Posten, wenn wir nicht weiter blicken wollen als die anderen? Im übrigen glaube ich, daß die Art der Entlassung die Bildung des neuen Reallohns zwar stark berührt, aber nicht allein entscheidet. Vollständig gelöst werden kann diese Frage dadurch nicht. Es wird notwendig sein, daß die Gewerkschaften und die Partei diese Frage sehr eingehend studieren, und ich bin überzeugt, daß wir zu irgendwelchen Abmachungen kommen müssen, die für eine Uebergangszeit unter Mitwirkung der Staatsgewalt eine künstliche Stützung der Löhne durch Reglementierung herbeiführt. Sonst wird sich die Katastrophe des Reallohnes nicht aufhalten lassen, und das würde nicht nur für die Volkswirtschaft, sondern auch politisch von äußerst gefährlichem Einfluß sein.

Frau Ryneck-Teltow-Beeskow: Wissell schließt sein schriftliches Referat mit den Worten: „Wohin man auch seinen Blick wendet, überall gilt es auszubauen, neuzugestalten. Daß es sich dabei um eine Arbeit handelt, die Jahre in Anspruch nimmt, ist mir klar, aber wir müssen anfangen zu bauen, je eher, desto besser." Zum Aufbau gehört aber vor allen Dingen die Mitarbeit unserer Frauen. Bei dieser Mitarbeit fehlt uns das Mitbestimmungsrecht. Unsere wichtigste Aufgabe ist es, uns dies Recht zu erkämpfen. Wir Frauen werden, soweit es in unseren Kräften steht, die uns noch fernstehenden Frauen dazu aufrufen, aber allein werden wir diese Arbeit nicht schaffen, wir werden dazu die Mitarbeit unserer Genossen erbitten müssen. Sie müssen uns bei

diesem schweren Kampf unterstützen. Schon jetzt während der Dauer des Krieges hat es ja ein Teil von Genossinnen verstanden, durch ihre Mitarbeit in der Kriegsfürsorge sich einigen Einfluß zu verschaffen. Genossin Juchacz erwähnte, daß in den meisten Fällen der Einfluß der bürgerlichen Frauen größer wäre als der der Genossinnen. Ich möchte deshalb an alle unsere Vertreter in den Gemeinde- und Stadtparlamenten die Bitte richten, die Frauen, die in der Gemeinde mitarbeiten, nicht nur zu unterstützen, sondern auch ihre Mitarbeit weiter auszubauen. Genosse Kaul betonte die Notwendigkeit der Einrichtung von Kursen, damit unsere Frauen vorgebildet werden. Ich glaube aber, daß zu dieser Mitarbeit auch besonders die Mitarbeit unserer Genossen gehört, die unsere Frauen in allen Fragen unterrichten und dafür sorgen müssen, daß sie den nötigen Einfluß bekommen. Wir haben auf unserer Frauenkonferenz zu unserer Freude feststellen können, daß wir in fast allen Bezirken unseres Landes tätige Genossinnen haben, die sich schon etwas Einfluß in ihren Gemeinden durch ihre Mitarbeit in der Kriegsfürsorge verschafft haben. Aber sehr oft müssen wir von den Genossinnen die Klage hören, daß es an der nötigen Unterstützung der Genossen fehlt, und um diese Unterstützung möchte ich alle anwesenden Genossen ersuchen und sie bitten, dafür zu sorgen, daß sie sich, wenn sie nach Hause kommen, mehr für die Mitarbeit der Frauen interessieren und uns bei dieser wertvollen Arbeit unterstützen. Wie wertvoll und notwendig diese Arbeit ist, das brauche ich nicht erst klarzulegen, davon sind wir alle überzeugt. Es genügt aber nicht, daß wir davon überzeugt sind, sondern wir müssen weitergehen und dafür sorgen, daß die Männer Seite an Seite mit den Frauen kämpfen. (Sehr richtig!) Wäre ein Teil unserer Genossen sich dessen während des Krieges schon so recht bewußt gewesen, dann wäre auch der Einfluß der Frauen größer. Und wir sind ja alle überzeugt, durch diesen Einfluß leisten wir Frauen auch ein großes Stück Agitationsarbeit, wir machen die anderen Frauen auf uns aufmerksam und darauf kommt es letzten Endes mit an. (Lebhafter Beifall.)

Dr. Lensch: Wir beraten jetzt gewissermaßen das Programm unserer geistigen Uebergangswirtschaft. Hier, so muß man sagen, hängt das meiste vom Ausgang des Krieges ab. Also bis zu einem gewissen Grade sind alle die Dinge, über die wir zu diesem Punkt reden, noch in suspenso zu halten. Das gilt selbstverständlich auch von der Kolonialfrage, und ich möchte die Aufmerksamkeit des Parteitages in dieser Hinsicht auf die Stellung richten, die die uns vorliegende Denkschrift einnimmt. Sie wissen, daß bereits in der Stockholmer Denkschrift gefordert wird: Rückkehr der deutschen Kolonien in den deutschen Besitz. Die Begründung in der Stockholmer Denkschrift für diese Forderung ist ja nur gegeben aus dem formalen Prinzip heraus, wenn wir keine Vergewaltigung vornehmen wollen, wollen wir auch keine Vergewaltigung leiden. Aber in der uns vorliegenden Denkschrift ist in dem von Cunow bearbeiteten Teil ein Schritt zu verzeichnen, der in der Begründung der gleichen Forderung weitergeht. Es heißt da: „Durch diese engere handelspolitische Verbindung erhält zunächst die Kolonialfrage eine ganz andere Bedeutung als bisher; denn werden von den britischen Kolonien die fremden Länder in ihrem Warenbezug und Warenabsatz gegenüber England benachteiligt, so wird es zur wichtigen Aufgabe eines jeden industriellen Großstaates, sich durch Erwerbung eigener Kolonien möglichst den ungehinderten billigen Bezug der zur Erhaltung und Ausdehnung seiner Industrie nötigen Rohstoffe zu sichern." Hier ist also die Forderung verallgemeinert worden, es wird für die kapitalistischen Staaten ganz im allgemeinen die Erwerbung eigener Kolonien gefordert. Es handelt sich hier um eine wirtschaftliche Notwendigkeit, es handelt sich gewissermaßen um die Durchführung des sozialdemokratischen

Kriegsziels, die wirtschaftliche Entwicklungsfreiheit Deutschlands zu sichern, und hier haben wir in Zukunft in wirtschaftlicher Hinsicht mit vollkommen anderen Verhältnissen zu rechnen, wie zu Beginn des Krieges. Der Freihandel, auf den sehr viele noch bis zu Beginn des Krieges als auf eine Zukunftsmöglichkeit rechneten, ist durch diesen Krieg höchstwahrscheinlich völlig in Scherben geschlagen, wir müssen mit der Wahrscheinlichkeit rechnen, daß die Pariser Wirtschaftskonferenz nicht ein Stück Papier bleiben wird, sondern daß man von England aus versuchen wird, soviel wie möglich die wirtschaftliche Entwicklungsfreiheit Deutschlands zu brechen. Deshalb weist die Denkschrift mit Recht auf die Notwendigkeit der Erwerbung eigener Kolonien hin. Würde in diesem Kriege Deutschland unterliegen, würde es nicht imstande sein, einen Frieden ohne Annexionen zu erringen, also einen Frieden, in dem auch Deutschland nichts verliert, würde England nicht gezwungen werden können, die deutschen Kolonien herauszugeben, so wäre hier in der Tat eine sehr wesentliche Gefahr für die wirtschaftliche Entwicklungsfreiheit Deutschlands gegeben. Wir müssen uns vergegenwärtigen, daß ganze Kontinente in der Gefahr stehen, von England verschlungen zu werden, daß neben Afrika auch Asien sich auf dem Wege befindet, im großen ganzen in eine englische Kolonie verwandelt zu werden. Gerade bei dem wirtschaftlichen Zusammenbruch Rußlands und bei den englischen Erfolgen in Vorderasien ist es von ganz außerordentlicher Wichtigkeit, dem gewaltigen Anwachsen der englischen Vormacht durch die sozialdemokratische Forderung: keine Eroberungen, in dieser Hinsicht also in der Herstellung des früheren Zustandes, zu begegnen. Gelingt es nicht, einen Frieden abzuschließen, der es ermöglicht, neben England in wirtschaftlicher Entwicklungsfreiheit dazustehen, so wäre nicht nur für Deutschland, sondern auch für alle übrigen Staaten eine wirtschaftliche und gleichzeitig eine große kulturelle Gefahr vorhanden. Die Uebermacht Englands, das ist die Anglisierung der gesamten Welt, wäre dann der Wirklichkeit nähergerückt, hätte aufgehört, lediglich ein Wunsch englischer Großkapitalisten und Politiker zu sein. Deutschland ist in eine revolutionäre Rolle hineingezwungen. Bei Beginn des Krieges war es ja eine beliebte Redensart, daß dieser Krieg von deutscher Seite aus ein Freiheitskrieg in erster Linie gegen den russischen Zarismus sei, und die erleuchteten Köpfe, die jetzt in der „Leipziger Volkszeitung" ihr Wesen treiben, waren ja noch Ende 1915 der Meinung, man dürfe keinen Sonderfrieden mit Rußland schließen, das sei ein Verrat an dem freiheitlichen Charakter dieses Krieges. Es wurde damals in dieser Zeitung Protest erhoben gegen den Gedanken eines vorzeitigen Friedens mit Rußland, bevor der Zarismus niedergeworfen sei. Aber der wirkliche Freiheitscharakter dieses Krieges richtet sich nicht so sehr gegen Rußland, der freiheitliche Charakter dieses Krieges, soweit er als solcher überhaupt charakterisiert werden kann, richtet sich geschichtlich und wirtschaftlich gegen England. Es wäre sehr notwendig und wünschenswert, wenn gerade dieser politische Charakter dieses Krieges schärfer herausgearbeitet worden wäre und jetzt noch würde. Das würde die Aufgaben der Partei und des Deutschen Reiches ganz außerordentlich erleichtern. In diesem Sinne also glaube ich die Stellungnahme, die Cunow mit deutlichen Worten ausspricht, begrüßen zu dürfen, sie liegt vollkommen in der Linie der geschichtlichen Entwicklungstendenzen dieses Krieges.

Jäckel: Daß die Kolonialpolitik uns in der Uebergangswirtschaft irgend etwas helfen kann, möchte ich stark bezweifeln. Ich glaube, der Parteitag dürfte sich einig sein, daß das nicht der Fall ist. Ob wir, wie Lensch meint, später Kolonialpolitik treiben müssen und ob die wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands, die Entwicklung seiner Industrie, abhängig ist von der Kolonialpolitik, darüber können wir uns später unterhalten. Ich möchte Ihre Auf-

merksamkeit gleichfalls wenden auf den schon von Winnig hervorgehobenen Widerspruch zwischen Wissell und Cunow. Cunow ist der Meinung, daß bei der Frage der Entlassung der Kriegsteilnehmer nach Friedensschluß lediglich das volkswirtschaftliche Interesse entscheidend sein soll, daß nicht etwa die Kriegsteilnehmer unverzüglich zu entlassen sind, und daß nicht etwa die Soldaten nur zurückgehalten werden dürfen, wenn Heeresinteressen in Frage kommen. Das Urteil darüber, ob sie entlassen werden sollen, soll lediglich den militärischen Behörden überlassen bleiben. Von Arbeitslosenunterstützung sagt er kein Wort. Im Falle der Arbeitslosigkeit soll die Gemeinde sorgen. Umgekehrt sagt Wissell, daß jeder Kriegsteilnehmer sofort entlassen werden müsse, wenn das Heeresinteresse seine weitere Dienstpflicht nicht mehr rechtfertigt, und daß durch eine Arbeitslosenversicherung ein Schutz gegen Arbeitslosigkeit geschaffen wird. Ich möchte den Parteitag dringend ersuchen, sich Wissell anzuschließen. Sonst würde der Fall eintreten, daß die Arbeiterschichten, die schon bisher unter dem Kriege am meisten gelitten haben, auch nach dem Kriege die größten seelischen und materiellen Opfer bringen müssen. (Sehr richtig!) Die Arbeiter in der Landwirtschaft, der Schiffahrt und im Transportgewerbe werden selbstverständlich sofort gebraucht. Im Textilgewerbe aber z. B. wird vielleicht für Jahre hinaus an eine geregelte Beschäftigung nicht zu denken sein. (Sehr richtig!) 300 000 Textilarbeiter stehen im Heere, die dann warten müßten, bis Arbeitsgelegenheit ihre Entlassung aus dem Heeresdienst möglich macht. Das wäre ein schreiendes Unrecht. (Sehr richtig!) Winnig meinte, daß das den Interessen der Arbeiter selbst nicht entsprechen würde. Ich muß das entschieden bestreiten. Winnig meinte weiter: das volkswirtschaftliche Gesamtinteresse müssen wir dem Interesse des einzelnen Arbeiters unbedingt voranstellen. Das volkswirtschaftliche Interesse verlangt Entlassung. Wir müssen sagen, daß der Staat, der im Kriege so viele Milliarden für die Kriegführung aufgebracht hat und so viele Kriegsgewinnler in sich birgt, nun auch die Mittel aufbringen muß, damit nach dem Kriege die Heeresteilnehmer, die keine Arbeit finden können, durch eine ausreichende Arbeitslosenunterstützung über Wasser gehalten werden. (Sehr richtig!) Desgleichen ist die Arbeitslosenunterstützung für die Arbeiterschaft vielleicht die wichtigste Frage der Uebergangswirtschaft. Cunow verweist auf die Möglichkeit, daß die Gemeinden Notstandsarbeiten durch die entlassenen Heeresangehörigen ausführen lassen. Einmal haben die Gemeinden dafür keinerlei Vorarbeiten getroffen und dann sind die Gemeinden überschuldet. Sie werden nur die unbedingt notwendigen Arbeiten ausführen lassen und Notstandsarbeiten nur in ganz geringem Umfange. Weiter sagt Cunow, daß bei der Verteilung der Rohstoffe nach dem Kriege, die natürlich nur kontingentiert hereingelassen werden, auf die Betriebe Rücksicht zu nehmen sei nicht nach ihrer Leistungsfähigkeit vor dem Kriege, sondern zur Zeit des Friedensschlusses. Das wäre außerordentlich gefährlich. Ich halte es für völlig verkehrt, die Leistungsfähigkeit vor dem Kriege als ausschlaggebenden Faktor völlig auszuschalten. Das würde eine Bevorzugung der Betriebe bedeuten, die der Krieg zur höchsten Leistungsfähigkeit auf Kosten anderer Betriebszweige gebracht hat, vor allem auf Kosten der tausende stillgelegter Mittelbetriebe und der zehntausende stillgelegter Kleinbetriebe. Viele dieser Betriebe würden damit dem Untergange entgegengeführt. Das entspricht aber nicht dem Interesse der Arbeiter. Wir haben gewiß keine Veranlassung, den Niedergang kleiner Betriebe k ü n s t l i c h aufzuhalten, aber wir haben erst recht keine Veranlassung, diesen Niedergang mit Staatsmitteln zu beschleunigen. Die sächsische Wirk- waren- und Stickerei-Industrie sowie das gesamte Musikinstrumentengewerbe mit zehntausenden kleinerer und mittlerer Betriebsinhaber, die im Kriege ihr

Vermögen eingebüßt haben, würden völlig ruiniert werden, wenn sie auch nach dem Kriege in der Rohstoffversorgung zurückgesetzt würden. Alle Unternehmer müssen gleichmäßig behandelt werden. (Sehr richtig!) Es könnte sogar eher unserem Interesse entsprechen, zu sagen, daß die stillgelegten Betriebe bevorzugt werden. (Sehr richtig!)

Prüll-Hannover: Die Frage der Staatsmonopole rückt immer mehr in den Bereich der Wirklichkeit. Wir werden uns nach dem Kriege mit ihr ernsthaft befassen müssen, denn wir werden mit indirekten Steuern wie bisher nicht mehr auskommen. Die Kriegslasten müssen auf eine möglichst breite Basis gelegt werden. Ausscheiden müssen aus der Monopolbildung die Industriezweige, deren Produkte in den Tages- und Massenkonsum der Arbeiter übergehen. Sonst könnte die gefährliche Folge eintreten, daß die Finanzmonopole — und um die handelt es sich in erster Linie nach dem Kriege — als indirekte Steuern progressiv nach unten wirken. So wäre zum Beispiel ein Getreidehandelsmonopol die größte Gefahr für die Arbeiterklasse, wenn es ein Finanzmonopol wäre. Um diese Schäden abzuwenden, müßte man das Getreidehandelsmonopol verbinden mit einem Produktionsmonopol, das heißt der Grund und Boden müßte Staatseigentum werden. Die Nahrungsmittel hätten also am besten aus der Monopolbildung auszuscheiden. Weniger drückend für die arbeitende Bevölkerung würde sich die Monopolisierung der Eisenindustrie, der Bergwerke, der Elektrizitäts- und Rüstungsindustrie gestalten. Als Finanzmonopol wird sich allerdings ein Rüstungsmonopol nach dem Kriege nicht eignen, weil dann hoffentlich der Abrüstungsgedanke die Rüstungsindustrie von ihrer heutigen Höhe herabdrücken wird. Zweifellos wird auch die Ablösung der Rüstungsbetriebe wegen ihrer hohen Dividenden Schwierigkeiten bereiten. Gleichwohl müssen wir aus politischen Gründen für die Monopolisierung der Rüstungsindustrie eintreten, schon weil die Kriegshetze eingedämmt würde. (Sehr richtig!) Wir müssen für dieses Monopol sein auch auf die Gefahr hin, daß für die Reichskasse Ausfälle entstehen. Diese Einnahmen müßten übrigens erst ohne Gegenleistung durch die Steuerzahler aufgebracht werden. Verschwinden infolge Rückganges der Rüstungen die Einnahmen, dann natürlich auch für die Steuerzahler die für Rüstungszwecke gemachten Ausgaben. Gewiß sind bei der Monopolfrage noch verschiedene Probleme zu lösen, aber wir müssen an dem Grundsatz festhalten, daß die Monopolbildung ein Weg zur Vergesellschaftung der Produktionsmittel ist. Die Unternehmer werden daher den schärfsten Widerstand entgegensetzen. Wir werden stets der Monopolbildung den Vorzug geben vor den seitherigen indirekten Steuersystemen. In dem Maße, wie die Ansammlung großer Kapitalien in den Händen weniger Leute vor sich geht, werden immer größere Teile des Volkes sich unserem Verlangen nach Staatsmonopolen sympathisch gegenüberstellen. (Zustimmung.)

Wissell (Schlußwort): Im allgemeinen sind Einwendungen gegen meine Forderungen nicht erhoben worden. Im Gegenteil, namentlich die Genossinnen haben ihnen, zumal dem Teil, der sich auf den Kinder- und Frauenschutz bezieht, ausdrücklich zugestimmt. Das ist erklärlich, denn die schwere Beeinträchtigung und Vernichtung der Volkskraft durch den Krieg stellt uns vor sozialpolitische Probleme, die nie und nirgends in dieser Art aufgetaucht sind. Nicht nur bei uns ist es der Fall. In allen kriegführenden Ländern. Wir können die uns hier erwachsenden Aufgaben auf den bisher üblichen Wegen nicht lösen. Bisher fehlte es an einem einheitlichen Vorgehen auf sozialpolitischem Gebiete. Hier wurde ein Loch gestopft und dort eine sich als notwendig herausstellende Aenderung vorgenommen. Das bedingte dann das Stück- und Flickwerk, die Unübersichtlichkeit, das vielfach vorhandene Widerspruchsvolle unserer sozial-

politischen Einrichtungen und Maßnahmen. Die neuen Aufgaben sozialpolitischer Art sind indirekte Kriegswirkungen. Nicht nur soviele von denen, die draußen im Felde standen, sind unserer so schwer geschädigten Volkswirtschaft entrissen, auch im Innern hat der Krieg viele, viele Opfer gefordert. Die weit über das physiologische Maß hinausgehende Anspannung aller Kräfte hat namentlich bei den Frauen schwere gesundheitliche Opfer gefordert. (Sehr richtig!) Wir können diese Opfer zahlenmäßig nicht erfassen, aber wir wissen, daß die Opfer sehr groß sind. Die schweren Geburtenverluste werden auch nach dem Kriege noch anhalten, sie werden sich noch viele Jahrzehnte lang geltend machen und nachteilige Folgen für unsere Volkswirtschaft mit sich bringen. Daher fordern wir höchstmöglichen Schutz alles dessen, was dazu dient, unsere Volkskraft zu schützen, was der Erhaltung und Entfaltung alles menschlichen Lebens und der menschlichen Arbeitskraft, der höchsten Trägerin alles Kulturfortschritts dient. Das sind die Ziele, die uns bei unserer zukünftigen Arbeit auf sozialpolitischem Gebiete vor Augen schweben müssen. Wir werden sie nicht auf einmal erreichen, nur schrittweise wird es vorwärts gehen. Gerade auf dem Gebiete des Frauenschutzes werden wir die größten Widerstände zu überwinden haben. Natürlich wollen wir keine Schutzmaßnahmen, die zu einer Verhinderung der Frauenarbeit überhaupt führen. Wir können die Frauenarbeit nicht entbehren. (Sehr richtig) Aber wir werden sie in Einklang bringen müssen mit der Förderung alles neu entstehenden Lebens, denn die Frau ist die Trägerin dieses Lebens. Wir nehmen, was wir bekommen, aber wir nehmen es nur als Abschlagszahlung. Das gilt insbesondere auch für die Beschlüsse, die der Reichstagsausschuß für Bevölkerungspolitik gefaßt hat. Sie bieten weit weniger, als wir für notwendig halten, ja weniger, als jetzt während des Krieges an Wöchnerinnenschutz gewährt wird. Der Reichstag verlangt einen Wöchnerinnenschutz von 10 Wochen, von denen bis zu 3 Wochen vor der Entbindung liegen sollen. Wir müssen die Forderungen, die auf diesem Gebiete liegen, gerade jetzt besonders propagieren, weil die Beschlüsse des Reichstagsausschusses beim Wiederzusammentritt des Reichstags zur Verhandlung kommen werden. Die Widerstände dagegen dürfen nicht die Oberhand bekommen. Wir müssen darüber hinaus uns mit allen Problemen der Bevölkerungspolitik beschäftigen. Auf diesen Teil meiner Leitsätze brauche ich nicht näher einzugehen, denn er hat gar keinen Widerspruch erfahren.

Nun hat Winnig meine Forderung auf unverzügliche Entlassung der Kriegsteilnehmer, wenn sie im Heere nicht mehr gebraucht werden, angegriffen und hat gesagt, die sofortige Entlassung würde den Interessen der Heeresteilnehmer und der Arbeiter selbst nicht entsprechen. Die Entlassung müsse, wenn sie auf einmal erfolge, zu einem gewaltigen Lohndruck führen. Meine Forderungen schließen sich den Beschlüssen an, die eine Vorständekonferenz der Gewerkschaften gefaßt hat, und sie decken sich auch mit einem einstimmigen Beschluß des Reichstagsausschusses für Handel und Wirtschaftswesen, der dahin geht, daß nach erfolgter Demobilisierung die Wehrpflichtigen gegen ihren Willen nicht länger im Dienste zurückbehalten werden dürfen, als es im Heeresinteresse unbedingt erforderlich sei; jede Verzögerung der Entlassung solle unbedingt vermieden werden. Ganz ausdrücklich wird gesagt, daß die Rücksichtnahme auf den Arbeitsmangel keinen Grund abgeben darf, die Kriegsteilnehmer länger beim Heere zu behalten. Gewiß mag in manchen Punkten das ethische Interesse in Widerspruch geraten mit dem wirtschaftlichen Interesse, mit der Forderung, daß wir auf unsere wirtschaftliche Gestaltung nach dem Kriege besondere Rücksicht nehmen müssen. Bei einem Kriege, der drei oder sechs Monate gedauert hätte, hätte man vielleicht das wirtschaftliche Interesse ausschließlich in den Vordergrund schieben können. Aber bei der jetzigen Kriegsdauer ist es

aus psychologischen Gründen ganz unmöglich, den Kriegsteilnehmern zuzumuten, länger im Heere zu bleiben, als unbedingt notwendig ist. (Zustimmung.) Denken Sie sich nur in die psychologische Verfassung der Frauen hinein, wenn wir ihnen sagen müssen, daß sie ihre Männer nicht bekommen können, weil dann im Lande Arbeitslosigkeit in ungeahntem Maße herrschen würde. Soll es wirklich ein richtiger Grundsatz sein, den Heeresdienst als sozialpolitische Maßnahme gelten zu lassen? Das wäre eine Kriegserrungenschaft eigentümlicher Art. (Sehr richtig!) Es wäre aber auch eine Barbarei den Soldaten gegenüber, wollte man ihnen zumuten, länger beim Heere zu bleiben, als es aus militärtechnischen Gründen nötig ist. (Sehr richtig!)

Ich meine aber auch, daß wirtschaftliche Gründe das längere Verbleiben im Heere in keiner Weise rechtfertigen. Darüber müssen wir uns natürlich klar sein, daß von heute auf morgen aus technischen Gründen die Entlassung der Leute nicht möglich sein wird. Die Auflösung eines Millionenheeres kann nicht das Werk einiger Tage sein, darüber vergehen Wochen, vielleicht Monate. Die Entlassung muß erfolgen, sobald und so schnell es möglich ist. Cunow weist ja auch auf den Ausweg hin, der uns offen steht. Die Arbeiter, die nicht Arbeit finden können, sollen vorläufig mit Staats- und Gemeindearbeiten beschäftigt werden. Auch rein volkswirtschaftlich betrachtet ist die sofortige Entlassung geboten, dringend geboten sogar. Es wäre eine Vergeudung nutzbarer Arbeitskräfte, wenn wir die so notwendig und dringend gebrauchte Arbeitskraft eines jeden Menschen auch nur für wenige Wochen brachliegen lassen würden. (Zustimmung.) Im Interesse der Wiederherstellung aller vernichteten Wirtschaftsgüter müssen wir jede Arbeitskraft der Volkswirtschaft dienstbar machen. (Sehr wahr!) Um einen Lohndruck zu vermeiden, würde ich — ich spreche da nur für meine Person — die Festsetzung zwingender Vorschriften über Mindestlöhne für durchführbar halten. Wie das im einzelnen zu machen ist, ist Sache des Reichstages. Jedenfalls wollte ich mit aller Deutlichkeit ausgesprochen haben, daß die Einwendungen Winnigs nicht durchschlagend sind und im Widerspruch stehen mit dem Verlangen der Gewerkschaftsvorstände und aller Parteien des Reichstages.

Von verschiedenen Seiten ist der Antrag gestellt worden, daß die Feststellung der Militärrenten nicht durch die Behörde mehr erfolgen soll, die zur Zahlung verpflichtet ist, sondern daß besondere Rechtsmittelinstanzen geschaffen werden, die sich in ihrer unteren Instanz an die Oberversicherungsämter und in der höchsten Instanz an das Reichsversicherungsamt anlehnen. Der Reichsausschuß für Kriegsbeschädigtenfürsorge hat, wie auch der Reichstag selbst, auf Anregungen von unserer Seite aus schon Aehnliches gefordert, und es steht zu erwarten, daß die Regierung sich diesem Verlangen nicht widersetzen wird. Es widerspricht unserem heutigen Rechtsempfinden, daß die zur Zahlung verpflichtete Partei allein darüber entscheiden soll, ob und wieviel Rente gezahlt wird.

Weil gegen meine mit den Anträgen übereinstimmende Formulierung kein Widerspruch erhoben ist und der Reichstag den Wunsch der Antragsteller erfüllen wird, tun wir am besten, wenn wir die hierzu vorliegenden Anträge der Reichstagsfraktion überweisen oder durch die Billigung meiner Leitsätze für erledigt erklären. (Lebhafter Beifall.)

Cunow (Schlußwort): Scheidemann hat gestern den Krieg als eine soziale Revolution bezeichnet. Tatsächlich vollzieht sich jetzt ein Umwälzungsprozeß, wie ihn die Geschichte noch nicht gesehen hat. Alle sozialen Lebensverhältnisse, alle Grundlagen des kapitalistischen Wirtschaftssystems sind in einer Umbildung begriffen; die Lohnverhältnisse, die Handelsbeziehungen, die ganze

Klassenschichtung sind durch den Krieg revolutioniert worden. Freilich geht die Umwälzung in anderen Formen vor sich, als wir bisher geglaubt haben. Zu Anfang des Krieges hieß es, daß das kapitalistische Wirtschaftssystem in kurzer Zeit zusammenbrechen und aus dem Chaos dann die sozialistische Wirtschaftsweise aufsteigen würde. Diese Prophezeiung hat sich als irrig erwiesen. Das kapitalistische Wirtschaftssystem steht noch immer ziemlich fest; aber es hat, um sich halten zu können, bei den sozialistischen Organisationsgedanken Anleihen machen müssen. Der Fortbestand der kapitalistischen Wirtschaft ist ein Sieg des sozialistischen Wirtschaftsprinzips. Wie die weitere Entwicklung sich vollziehen wird, läßt sich heute jedoch noch kaum beurteilen; denn noch wissen wir nicht, wie der Krieg ausgeht und unter welchen Bedingungen Frieden geschlossen werden wird. Wir vermögen auch noch nicht zu erfahren, wie die Beziehungen der Staaten zueinander sich gestalten, ob und in welcher Zeit die Regelung der Valuta durchgeführt werden kann und wie sich die Wiederumschaltung gestaltet. Wir wissen vor allem nicht, ob diesem Kriege nicht ein langer offener oder versteckter Wirtschaftskrieg folgen wird. Wohl muß bei den Friedensverhandlungen darauf hingewirkt werden, daß der Wirtschaftskrieg aufhört. Wahrscheinlich wird zwar offiziell kein Wirtschaftskrieg von der englischen Regierung geführt werden, aber einen versteckten Wirtschaftskrieg werden wir trotzdem voraussichtlich haben. Wir brauchen nur die Berichte zu betrachten, die die zur Durchführung der Imperial Federation eingesetzte Kommission vorgelegt hat, um das zu erkennen. Sie hat unter dem Vorsitz von Bonar Law getagt und einstimmig beschlossen, daß jeder Teil des britischen Weltreiches dem Handel der anderen Teile künftighin besondere Erleichterungen und Begünstigungen gewähren soll. Es ist ein großer Zollverband für das britische Reich geplant. Die Wareneinfuhr aus den Kolonien in das Mutterland soll wesentlich erleichtert werden, indem sie Vorzugszölle zugestanden erhalten sowie Differenzierung bei den Hafen- und Lagergebühren und besondere Frachttarife. Als Gegenleistung sollen die englischen Industriewaren besondere Zollerleichterungen beim Eingang in die Kolonien genießen und ferner gewisse Kolonialprodukte der Ausfuhr nach England vorbehalten bleiben. (Hört, hört!)

Vor einigen Wochen hat ferner die Liverpooler Schiffahrtskammer, die maßgebende Reedervereinigung Englands, etwas Aehnliches beschlossen. Allerdings ist im Bericht nicht angegeben, mit wieviel Stimmen. Die Schiffahrt nach Deutschland soll in Zukunft möglichst eingeschränkt werden. Allerdings — so wurde erklärt — nicht deshalb, um gegen Deutschland den Wirtschaftskrieg fortzusetzen, sondern weil man die eigenen Kolonien besonders berücksichtigen und bevorzugen müsse. Die englischen Schiffe müßten künftig vor allem nach den englischen Kolonien dirigiert werden, damit nach dem Kriege die Handelsbeziehungen Englands zu seinen Kolonien möglichst erweitert werden könnten. Das ist keine Ankündigung eines offiziellen Wirtschaftskrieges, läuft aber auf einen versteckten Wirtschaftskrieg hinaus.

Leider sind wir, was das Wirtschaftsleben nach dem Kriege anbelangt, im ganzen noch auf Wahrscheinlichkeitsrechnungen und auf Hypothesen angewiesen. Sicher muß z. B. der Tiefstand der Valuta aufgehoben werden; aber dazu ist nicht allein eine Regelung der Ein- und Ausfuhr nötig, sondern auch, daß wir einen Teil der Kriegsanleihewerte im Ausland unterbringen, daß wir die noch in deutschen Händen befindlichen Wertpapiere abstoßen, und im Auslande Bankanleihen aufnehmen usw. Werden wir das können? Das ist die Frage. Weil wir aber noch vor etwas Unbestimmtem stehen, können auch unsere wirtschaftlichen Forderungen an die Periode nach dem Kriege jetzt noch nicht präzise sein. Wir können nur erst allgemeine Forderungen aufstellen, nicht präzise Einzelforderungen. Deshalb kann nach meiner Auffassung auch der Parteitag nicht die in den Referaten aufgestellten Forderungen ohne weiteres gutheißen. Ich betrachte selbst die in meinem Referat aufgestellten Forderungen als auf einer Wahrscheinlichkeitsrechnung beruhend. Der Ausfall des Krieges wird manche Forderung modifizieren, vielleicht auch heute noch ganz nebensächlich erscheinende in den Vordergrund rücken. Vorerst können wir nur Richtlinien ziehen. Deshalb empfehle ich, daß diese Referate einer Kommission überwiesen werden, die die weitere Entwicklung verfolgt, diese Referate an den Entwicklungstatsachen nachprüft und dann ein wirtschafts- und sozialpolitisches Aktionsprogramm ausarbeitet. Einer solchen Kommission könnte auch eine Reihe anderer Forderungen und Fragen überwiesen werden, die hier gestellt sind, z. B. die Anträge 35 aus Hamburg, 36 aus Teltow-Beeskow und die agrarischen Fragen, die Genosse Geutner hier aufgeworfen hat.

Auch die Kolonialfrage bekommt, wie Genosse Lensch schon bemerkte, durch die englischen Maßnahmen ein anderes Gesicht. Es sind nicht nur besondere Schiffahrts-, Hafen- und Lagerermäßigungen vorgeschlagen, sondern die englische Regierung hat z. B. auch in Australien und Ostindien große Massen von Rohstoffen aufkaufen lassen, und diese Massen von Rohstoffen liegen dort, damit England sie sofort nach Schluß des Krieges einführen und das durch den Krieg von Rohstoffen entblößte Deutschland in Nachteil versetzen kann. Es ist ganz offen ausgesprochen worden, daß England sich diese Rohstoffe sichern muß, damit sie nicht nach dem Kriege von deutscher Seite erworben werden können. (Hört! hört!)

Gegenüber dem Einwand Jäckels in bezug auf die Rohstoffversorgung stelle ich fest, daß ich ausdrücklich gleichmäßige Behandlung aller Fabrikanten verlange. Nur sollen nicht Fabrikanten, die infolge des Krieges in ihrer Leistungsfähigkeit zurückgegangen sind, deswegen besonders begünstigt werden. Eine andere Regelung mag vielleicht aus ethischen Gründen angebracht erscheinen, aber dem volkswirtschaftlichen Gesamtinteresse entspricht das nicht. Wir werden nach dem Kriege volkswirtschaftlich einen so schweren Standpunkt haben, daß wir uns auf Gefühlspolitik nicht einlassen können. (Sehr gut!) Wir müssen gegen die auswärtige Konkurrenz bestehen. Ich bin in der Lage, auch jetzt noch in der Kriegszeit die meisten größeren englischen Blätter lesen zu können, und wenn man aus diesen ersieht, wieviele Fachkommissionen in England eingesetzt werden und in welchem Maße da an der wirtschaftlichen Erstarkung Englands gearbeitet wird, dann kann man sicher nicht den Vorschlag gutheißen, wir sollten die minderleistungsfähigen Betriebe besonders begünstigen. (Sehr richtig!) Auch kleine Betriebe sollen, wenn sie leistungsfähig sind, berücksichtigt werden, aber einen Vorzug vor den größeren sollen sie nicht genießen. Nicht das Einzelinteresse, das volkswirtschaftliche Interesse entscheidet.

Einige Vorredner haben einen Widerspruch zwischen dem Genossen Wissell und mir zu konstruieren versucht. Einen solchen Widerspruch kann ich nicht entdecken, nur eine verschiedenartige Formulierung. Wissell hat gefordert, daß die Entlassung der Arbeiter aus dem Heere unverzüglich erfolgt, dann aber gemeint, daß sie auch einige Monate dauern könnte. Er hat auch als selbstverständlich bezeichnet, daß bei der Entlassung die Wirtschaftslage zu berücksichtigen und zu prüfen sei, ob Industrie und Handel die Entlassenen aufnehmen könnten. Dann heißt es aber weiter in seiner Forderung, auf „eine etwa befürchtete Ueberfüllung des Arbeitsmarktes" dürfe keine Rücksicht genommen werden. Das verstehe ich nicht recht. Die Wirtschaftslage steht doch in engster Verbindung mit dem Arbeitsmarkt. Sie ist doch kein Ding für sich. (Sehr

richtig!) Der Arbeitsmarkt ist ein Teil des ganzen Wirtschaftskörpers. Ich glaube, es soll mit der Forderung etwas ganz anderes gesagt werden, etwas, mit dem ich vollständig einverstanden bin. Der Ausdruck ist wohl nur nicht ganz passend gewählt. Nach meiner Ansicht soll gesagt werden, aus Rücksicht auf den Arbeitsmarkt dürften nicht einfach die Einberufenen so lange bei der Fahne zurückgehalten werden, wie es den Behörden rätlich erscheine, indem erklärt werde: „Es ist für Euch noch keine Arbeitsgelegenheit vorhanden, der Arbeitsmarkt gestatte Eure Entlassung noch nicht, deshalb müßt Ihr noch monatelang bei der Fahne bleiben." Solcher Begründung soll vorgebeugt werden. Das ist durchaus berechtigt. An einer anderen Stelle hat denn auch Genosse Wissell seine Forderung wesentlich anders gefaßt. Da heißt es (Wissells Referat S. 199):

„Volkswirtschaftliche Gründe gebieten dringend, nach Friedensschluß die für Heereszwecke nicht mehr gebrauchte Arbeitskraft jedes einzelnen Soldaten möglichst bald wieder produktiv sich betätigen zu lassen. In erster Linie sind es jedoch die ethischen Wirkungen der baldigen Rückkehr in die Heimat, die die baldige Entlassung der Eingezogenen als dringend zu erstrebendes Ziel erscheinen lassen. Die Rücksichtnahme auf vermeintlichen Arbeitsmangel darf nicht zur Zurückbehaltung der Kriegsteilnehmer führen. Wenn Rücksichten geübt werden müssen, so sind es solche auf die Ingangbringung unseres Wirtschaftslebens."

Diese Stelle kann ich vollständig unterschreiben. Auch ich will durchaus nicht, daß die Soldaten so lange bei der Fahne zurückgehalten werden, bis sich der Arbeitsmarkt allmählich von selbst reguliert. Ich möchte nur nicht, daß die Entlassung „unverzüglich", d. h. ohne weiteres, ohne Rücksicht auf die Wirtschaftslage, erfolgt, und nun plötzlich Millionen den Arbeitsmarkt überfüllen. Die Folge würde eine ungeheure Arbeitslosigkeit sein. Ich habe deshalb den Vorschlag gemacht, es sollten sofort vom Staat und den Gemeinden besondere Staats- und Gemeindearbeiten vorgenommen werden, und die Arbeiter, die kein Unterkommen in Privatbetrieben finden, vorläufig mit solchen Arbeiten, z. B. bei öffentlichen Bauten, bei Aufforstungen, Kanalanlagen usw. beschäftigt werden. Unsere Feldgrauen sollen also durchaus nicht nach Belieben der Behörde bei der Fahne festgehalten werden; sie sollen so schnell wie irgend möglich nach Friedensschluß entlassen werden; aber vorher ist für Arbeitsgelegenheit zu sorgen. Es ist nur allzu begreiflich, daß Soldaten, die jahrelang in den Schützengräben gelegen haben, das dringendste Verlangen haben, wieder nach Hause zu kommen, daß sie, sobald Friedensverhandlungen eingeleitet sind, jede Minute zählen werden, bis sie zur Entlassung gelangen. (Sehr wahr!) Aber das kann uns nicht dazu bestimmen, nun einfach zuzulassen, daß diese ganze Masse ohne Rücksicht auf die wirtschaftliche Lage auf den Arbeitsmarkt geworfen wird. Genosse Wissell fordert nun freilich eine allgemeine Arbeitslosenunterstützung, und Jäckel hat das als Vorzug hervorgehoben. Ich verlange statt dessen Beschaffungg von Arbeitsgelegenheit durch Staat und Gemeinde, und ich glaube, diese werden sich viel leichter dazu verstehen, sogenannte Notstandsarbeiten vorzunehmen, als einfach den Millionen Entlassenen Arbeitslosenunterstützungen, vielleicht monatelang zu gewähren.

Stellen wir uns nur vor, wie in manchen Industriezweigen sich der Uebergang zur Friedenswirtschaft vollziehen wird, z. B. in der Textilindustrie. Es fehlt da an allen Rohstoffen, auch an einem großen Teil der Maschinerie, denn während des Krieges sind viele der Maschinen vollständig abgenutzt. Die Wiederaufnahme der Produktion kann daher nur allmählich erfolgen. Ferner steht uns der niedrige Stand unserer Valuta entgegen. Unsere Mark gilt ja

jetzt im Ausland kaum die Hälfte. Um so teuerer müssen natürlich die Rohstoffe bezahlt werden. Schon im September 1914, als nach Kriegsausbruch die Umschaltung begann, hatten wir eine bedeutende Arbeitslosigkeit, und doch ist damals die Umschaltung unter sehr günstigen Bedingungen erfolgt. Bald liefen beträchtliche Heeresaufträge ein, und zudem waren außerordentlich viele Rohstoffe vorhanden. Wir hatten in den Jahren vor dem Kriege eine Prosperitätsperiode. Im Herbst 1913 setzte dann in der Eisenindustrie eine Krise ein. Es sammelten sich auch große Eisen- und Stahlvorräte auf. Das geht schon daraus hervor, daß im ersten Halbjahr 1914 ein starker Export nach England stattfand. Diese Vorratsanhäufung erleichterte natürlich die Umschaltung. Aehnlich lag es in der Textilindustrie. Nach dem Kriege aber werden wir fast keine Rohstoffe mehr haben. Wir können also in manchen Industriezweigen gar nicht sofort mit der Produktion beginnen, selbst wenn wir die höchsten Preise für Rohmaterialien zahlen. Manche Industriezweige werden noch lange lahmgelegt bleiben.

Ich würde also empfehlen, eine Kommission einzusetzen, die diese ganze Materie nachprüft. Diese Kommission könnte zu gleicher Zeit die Vorarbeiten für eine Programmrevision liefern. Das Erfurter Programm war zum Teil schon, als es angenommen wurde, durch die wirtschaftliche Entwicklung überholt. (Sehr richtig!) Sie drängte schon in andere Bahnen, während noch die Theorie in dem alten Schema beharrte. In einem neuen Programm, das nicht wieder eine ellenlange Auseinandersetzung, keine ökonomische Abhandlung sein darf, müssen die Forderungen entwicklungsgeschichtlich besser substantiiert sein. Ob allerdings jetzt schon die geeignete Zeit zu einer Programmrevision ist, das ist eine andere Frage. Wir befinden uns in einer Umwälzungsperiode, in einer Periode der theoretischen Neufundierung. Der Krieg hat eine Reihe früherer Auffassungen und Illusionen vernichtet, einen sicheren festen theoretischen Boden haben wir aber noch nicht wiedergefunden. Es muß erst eine gewisse Klärung erfolgen, ehe wir an eine Revision des Programms gehen können.

Die Entwicklung hat sich in den letzten Jahren in anderen Formen vollzogen als wir glaubten. Manches, was wir früher als sicher angenommen haben, hat sich als Täuschung herausgestellt. Aber wenn wir den Verlauf der letzten Jahre betrachten, müssen wir doch sagen, wir können heute gewisser sein als jemals, daß die Entwicklung sich in der Richtung zum Sozialismus vollzieht. Wir kommen vorwärts; die Verhältnisse arbeiten restlos für uns. (Beifall.)

Das Schlußwort über die gesamten Zukunftsaufgaben der Partei erhält

Scheidemann: Auch ich empfehle Ihnen, die Anträge teils der Fraktion, teils dem Parteivorstand zu überweisen. Die in einem Antrag geforderte Kommission wird der Parteivorstand berufen, sie wird dann die ihr zugewiesene Arbeit übernehmen. Im übrigen hat die Debatte mir keine Veranlassung gegeben, im Schlußwort noch einmal auf die gestern und heute behandelten Gegenstände eingehender zurückzukommen. Es herrschte vollkommene Uebereinstimmung in der Forderung durchgreifender, der Zeit entsprechender Sozialpolitik. Klarheit trat zutage über die Größe unserer Aufgabe beim Wiederaufbau der Volkswirtschaft. Bei der Behandlung der Steuerfragen hat der eine mehr diese, der andere mehr jene Forderung betont. Restlose Uebereinstimmung bestand darin: Schonung der Schwachen, scharfes Zugreifen da, wo etwas zu holen ist, beim Besitz.

Uebereinstimmung bei der Frage, die die Demokratisierung betrifft, war selbstverständlich. Besonders erfreulich und erhebend ist aber gewesen die Entschlossenheit, mit der von der Demokratisierung und ihrer Durchsetzung

gesprochen worden ist. Vollkommene Klarheit besteht darin: Fort mit allen Hindernissen, die der Demokratisierung des Reiches und der Parlamentarisierung entgegenstehen! Was aber am schnellsten beseitigt werden muß, scheint mir der Reichskanzler Dr. Michaelis zu sein. (Stürmischer langanhaltender Beifall.) Dr. Michaelis hat ohne die geringste Fühlungnahme mit der Volksvertretung, was doch in dieser schlimmen Zeit selbstverständlich gewesen wäre, einen Posten übernommen, dem er in keiner Weise gewachsen ist. (Sehr richtig!) Ich erinnere an ein Wort des früheren Reichskanzlers v. Bethmann Hollweg: „Wehe dem Staatsmann, der die Zeichen seiner Zeit nicht versteht." Ich möchte denen, die ein frivoles Spiel treiben mit der Verschleppung des Wahlrechts in Preußen, die, wie es immer offenkundiger wird, das von uns geforderte und wiederholt versprochene Wahlrecht verschleppen möchten, die sich alle Mühe geben, es zu verwässern und hinauszuziehen, die feilschen wollen mit diesem Wahlrecht, sagen: Finger weg, Ihr spielt mit dem Feuer! (Lebhaftes Bravo!) Wir dulden keinen Aufschub, wir feilschen nicht mehr um das Wahlrecht, wir fordern es vollkommen gleich und fordern es sofort. (Erneute Zustimmung.) Ich nehme an, daß die Resolution, die sich auf das Wahlrecht bezieht, einstimmig angenommen wird.

Ungeheures leistet und duldet das deutsche Volk seit Jahren. (Sehr wahr!) Was unsere Brüder im Waffenrock in diesem Kriege geleistet haben, brauche ich hier nicht zu schildern, jeder einzelne von uns weiß es genau. (Sehr richtig!) Und diesen unseren Brüdern, die ich im Namen der deutschen Sozialdemokratie an allen Fronten auf das herzlichste begrüße (Bravo!), diesen Brüdern im Waffenrock, die das Deutsche Reich verteidigt, die es gerettet haben, diesen unseren Brüdern sollten länger Rechte vorenthalten werden, die jeder, der aus der Not dieser Zeit Gewinn geschlagen hat, besitzt? Das dulden wir nicht. Ein Narr, der sich einbildet, wir könnten es dulden. (Lebhafter Beifall.)

In der sogenannten Vaterlandspartei sitzen die reaktionären Drahtzieher. Unter der Vorgabe, die Interessen des Vaterlandes zu vertreten, spielen sie um das Reich va banque. Mir scheint in dieser Stunde jedes weitere Wort überflüssig zu sein. Wir wissen was wir wollen und wir werden es schaffen. Im Kampf um das gleiche Wahlrecht wird die deutsche Arbeiterschaft gemeinsam und geschlossen marschieren. Den Gegnern aber rufe ich zu: Hört uns, Ihr seid gewarnt! (Stürmischer Beifall.)

Die Abstimmung wird auf den Nachmittag vertagt.

Schluß 1 Uhr.

Nachmittagssitzung.

Vorsitzender **Auer**: Das Bureau hat an den Genossen Gerisch folgendes Telegramm gerichtet: „Dem alten sturmerprobten Kämpfer sendet der Parteitag herzliche Grüße." (Bravo!) Vom Metallarbeiterverband Leipzig ist folgender Brief eingelaufen:

Leipzig, den 18. Oktober 1917.

An den Parteitag zu Würzburg!

In der Generalversammlung der Verwaltungsstelle Leipzig des Deutschen Metallarbeiterverbandes wurde gegen einige Stimmen nachstehende Resolution angenommen und beschlossen, diese dem Parteitag zu Würzburg zur Kenntnis zu bringen.

Resolution.

Nach dem „Vorwärts"-Bericht vom 16. Oktober 1917 über den Würzburger Parteitag hat Mylau-Leipzig auf dem Würzburger Parteitag gesagt:

„Von 20 000 Leipziger Metallarbeitern haben 47 den Austritt aus dem Kartell beschlossen."

Mit dieser Darstellung versucht Mylau eine Irreführung des Parteitags und damit der Oeffentlichkeit. Mylau weiß genau, daß dem Leipziger Gewerkschaftskartell niemals 20 000 Metallarbeiter angehört haben. Als Sekretär des Leipziger Gewerkschaftskartells weiß Mylau, daß zur Zeit, als die Leipziger Metallarbeiter den Austritt aus dem Gewerkschaftskartell beschlossen, die Zahlstelle des Deutschen Metallarbeiterverbandes in Leipzig mit rund 7000 Mitgliedern dem Kartell angeschlossen war. Unwahr ist auch die Behauptung, der Austritt der Metallarbeiter sei von 47 Metallarbeitern beschlossen worden. Wahr ist vielmehr, daß der Austritt in einer sehr gut besuchten, satzungsgemäß einberufenen ordentlichen Generalversammlung des Metallarbeiterverbandes der Verwaltungsstelle Leipzig beschlossen worden ist. Eine Auszählung der Stimmen hat in der Versammlung überhaupt nicht stattgefunden. In der heutigen Generalversammlung ist festgestellt worden, daß höchstens 30 Versammlungsbesucher gegen den Austritt gestimmt haben. In der bewußt falschen Darstellung Mylaus erblickt die am 17. Oktober tagende Generalversammlung der Leipziger Metallarbeiter den Versuch, die Tatsache zu verschleiern, daß gerade die Tätigkeit der Sekretäre Mylau und Lüttich wesentlich mit zum Austritt der Metallarbeiter aus dem Kartell beigetragen hat.

Mylau-Leipzig: Der Vorwurf der bewußt unwahren Darstellung ist eines der unlauteren Kampfmittel, an die man von einzelnen Personenkreisen in Leipzig beinahe schon gewöhnt worden ist. Sachlich stelle ich folgendes fest: Ich habe gesagt, daß gegenwärtig rund 7000 Mitglieder dem Metallarbeiterverband in Leipzig angehören, während etwa 13 000 beim Militär sind, so daß rund 20 000 Mitglieder von der Ortsgruppe Leipzig des Verbandes vertreten werden. Ich habe weiter gesagt, daß der Austritt aus dem Leipziger Gewerkschaftskartell mit 47 Stimmen beschlossen worden ist. Verschiedene einwandfreie Genossen haben diese Tatsache auf wiederholtes Befragen bestätigt. Ihrer wurde auch in einem Kartellbericht Erwähnung getan, den die „Leipziger Volkszeitung" veröffentlicht hat. (Hört! hört!) Es ist ausdrücklich darauf hingewiesen worden, daß die Tatsache, daß 47 Personen den Austritt beschlossen haben, bisher unwidersprochen geblieben ist. Und da sie bereits vor mehreren Wochen veröffentlicht wurde, muß sie wohl auch den Tatsachen entsprechen. Weiter ist Tatsache, daß nach dem Austritt der Metallarbeiter aus dem Kartell am 1. April d. J. Hunderte von Metallarbeitern die Tätigkeit des Sekretariats weiter in Anspruch genommen haben. In dem mit 268 gegen 140 Stimmen gefaßten Beschluß der vorgestrigen Versammlung der Ortsgruppe Leipzig des Holzarbeiterverbandes, beim Kartell zu bleiben, sehen wir ein erfreuliches Zeichen, das zu den besten Hoffnungen berechtigt.

Das Wort zu einer Erklärung erhält:

Davidsohn: Genosse Gentner ist heute vormittag auf die wirkliche oder angemaßte Allmacht der stellvertretenden Generalkommandos zu sprechen gekommen, soweit es sich handelt um Eingriffe in Arbeits- und Arbeiterangelegenheiten. Durch den Schlußantrag wurde es mir leider unmöglich gemacht, einiges darüber zu sagen. Unser Präsidium ist so freundlich gewesen, mir die Möglichkeit zu folgender Mitteilung zu geben:

Kurz vor dem Parteitag fand in Berlin eine Besprechung statt, an der außer Reichstagsabgeordneten aller Fraktionen und Vertretern der Reichsregierung Beauftragte der Verwaltungen des Generalgouvernements Warschau und von Oberost teilgenommen haben. Es handelte sich um die Regelung

von Angelegenheiten der zurzeit in Deutschland befindlichen polnischen und jüdischen Arbeiter russischer Staatsangehörigkeit. Das preußische Kriegsministerium erklärte sich bereit, den Wünschen und Forderungen der fremden Arbeiter und ihrer Vertretungen entgegenzukommen. Dieses Versprechen fand schwachen Glauben, und es wurde den Herren vom preußischen Kriegsministerium entgegengehalten, daß die stellvertretenden Generalkommandos in ihren Korpsbereichen nach wie vor unumschränkt herrschen und sich um Verfügungen von oben nicht im geringsten kümmern würden. Demgegenüber wurde in einer schriftlichen Fassung von seiten des Kriegsministeriums festgestellt, daß gemäß kaiserlicher Verordnung die stellvertretenden Generalkommandos sich in den in Betracht kommenden Arbeiterangelegenheiten den Anordnungen des Kriegsministeriums bzw. des Kriegsamts zu fügen haben.

Gilt dies in Sachen der Angelegenheiten ausländischer Arbeiter, so sollte angenommen werden dürfen, daß auch der deutschen Arbeiterschaft endlich das Joch der Selbstherrlichkeit und Allmacht der stellvertretenden Generalkommandos abgenommen wird. (Beifall.)

Es folgt die Abstimmung über die Anträge, die sich auf die künftigen Aufgaben der Partei beziehen. Die Anträge 33 und 46 werden der Fraktion, die Anträge 34, 35 und 36 werden dem Parteivorstand überwiesen. Antrag 58 wird einstimmig angenommen. Angenommen werden ferner die Anträge 59, 60, 63 und 65.

Es folgt die Behandlung der

Lebensmittelfrage.

Robert Schmidt-Berlin: Ich will den Antrag 57 kurz begründen. Der starke Druck, den der Krieg auf das seelische Empfinden der Menschen ausübt, steigert sich mit der zunehmenden Sorge um das tägliche Brot. Wir sprechen viel von einer ungünstigen Stimmung in der Bevölkerung, die durch die unbefriedigende Lösung der Nahrungsmittelversorgung im wesentlichen verschuldet ist. Die Stimmung der Bevölkerung ist leider durch die große Sorge um das tägliche Brot sehr herabgedrückt, es ist eine Erbitterung in der Bevölkerung hervorgerufen, daß wir es außerordentlich bedauern, daß nicht Maßnahmen getroffen wurden, um eine bessere und gerechtere Versorgung herbeizuführen. Denn es ist schließlich nicht nur der Mangel an Nahrungsmitteln, nicht nur die Absperrung vom Auslandsmarkt, die uns beengen in der Versorgung, sondern es sind vor allem auch die ungeeigneten und unzweckmäßigen Maßnahmen, die die Regierung getroffen hat. Der Parteivorstand und die Generalkommission der Gewerkschaften haben bald nach Beginn des Krieges Vorschläge gemacht, wie und in welcher Weise der Not begegnet werden kann und muß und wie die Schwierigkeiten in der Nahrungsmittelversorgung behoben werden können. Wenn wir heute einen Rückblick tun über die vergangene Zeit, so müssen wir sagen, daß eine große Anzahl unserer Forderungen und Wünsche zur Linderung der Not erfüllt sind, d. h. allerdings nur in ihrer grundsätzlichen Tendenz; in der Ausführung haben wir es leider mit sehr ungenügenden Maßnahmen zu tun, die die Wirkung der von uns empfohlenen Mittel nicht zur vollen Geltung bringen. Das was wir vorgeschlagen haben, ist leider viel zu spät in Angriff genommen worden und erst dann haben die Maßnahmen eingesetzt, wenn leider schon eine lange Zeit schlimmer Unzuträglichkeiten vorbei war. Wir haben leider auch in der Höchstpreisfestsetzung, um eine der wichtigsten Forderungen zu betonen, nicht herbeiführen können, daß der Einfluß großer wirtschaftlicher Interessengruppen von der Regierung ferngehalten wurde, sondern es sind

im Gegenteil alle Maßnahmen in bezug auf die Festsetzung von Höchstpreisen unter dem Druck wirtschaftlicher Interessengruppen gestellt worden. Das kapitalistische Regiment hat den stärksten Widerspruch erhoben gegen alle Tendenzen des staatlichen Eingreifens in unserem Wirtschaftsbetrieb, so starken Widerspruch, daß jede Maßnahme immer wieder aufs neue in ihrer Wirkung zu einem erheblichen Teil aufgehoben wurde. Es fehlt der Regierung die Entschiedenheit in der Durchführung. Das Jagen nach Gewinn steigert sich wie der Mangel an Lebens- und Bedarfsmitteln auf dem Markt zunimmt. Je mehr wir Gesetze schufen, die es möglich machen sollten, die übermäßige Preissteigerung und den Wucher zu fassen, desto mehr tritt in gewissen Kreisen die Tendenz auf, unverschämter und wüster das Treiben zu begünstigen, um schließlich zu übermäßigen Kriegsgewinnen zu kommen, und die Kriegskonjunktur rücksichtslos auszunützen. Es fehlen die Schranken in der Kriegswirtschaft, die einem solchen Treiben gesetzt werden müßten. Wir sehen bei diesem außerordentlichen Widerstand, den die kapitalistischen Tendenzen unserer ganzen Kriegswirtschaftsordnung hervorrufen, ein Versagen wichtiger und bedeutsamer Mittel in unserem ganzen Verwaltungsapparat. Der Verwaltungsapparat hängt viel mehr mit den großen kapitalistischen Interessengruppen und ihren Ansprüchen zusammen als mit den Gesamtinteressen der Bevölkerung. So ist fast jede Verordnung, die erlassen wurde, sehr bald wieder durch eine neue ersetzt worden, weil immer wieder der Versuch gemacht werden mußte, aufs neue einzugreifen gegen diejenigen Bestrebungen, die darauf hinausgehen, die Durchführung der planmäßig geordneten Verteilung unserer Lebensmittel sich zu widersetzen. In der Regierung zeigt sich das Bestreben, immer wieder die Preise aufs neue in die Höhe zu treiben. Was durch die Ausschließung der freien Konkurrenz nicht möglich war, die Preise hinaufzubringen, das wird mehr oder weniger durch die amtlichen Höchstpreise erzielt. Auch bei der diesjährigen Ernte sind wieder für einige wichtige Nahrungsmittel besondere Prämien und Zuschüsse an die Erzeuger gezahlt worden. Es ist geradezu unerhört, daß wir für unser Brotgetreide eine sogenannte Frühdruschprämie von 60 Mk. für die Tonne zahlten. Unerhört ist es auch, daß bei den hohen Kartoffelpreisen, die heute schon trotz einer so günstigen Ernte eine Höhe erreicht haben, wie noch niemals im Kriege, dennoch abermals eine besondere Prämie von 50 Pf. für den Zentner für schnelle Ablieferung und noch besondere Beförderungsprämien dem Erzeuger gezahlt werden, so daß damit zu rechnen ist, daß der Kleinverkaufspreis bis auf 9 bis 10 Mk. für den Zentner hinaufgesetzt wird. Mit Recht ist in der ganzen Bevölkerung der Unwille über diese Maßnahmen zum Ausdruck gekommen.

In Anbetracht dieser Erscheinungen haben wir gefordert, daß die Regierung zur Senkung der Preise aus Staatsmitteln Aufwendungen machen soll, um für die minderbemittelte Bevölkerung Preise für die notwendigsten Lebensmittel zu erreichen, die es möglich machen, daß wenigstens die zugeteilten Rationen auch erworben werden können. Wir sagen in unserer Resolution, daß wir grundsätzliche Bedenken haben, aus Staatsmitteln zur Senkung der Lebensmittelpreise Aufwendungen zu machen, denn die Folge ist natürlich die, daß wir großen bedeutsamen Interessentengruppen, hinter denen ja auch politische Interessen stehen, Staatssubventionen zur Verfügung stellen. Ich darf darauf hinweisen, daß uns die Fleischzulage im Frühjahr dieses Jahres aus Staatsmitteln eine Subvention von rund 500 Millionen Mark gekostet hat, und daß gegenwärtig die Ablösung der Frühdruschprämie und der Schnelligkeitsprämie für Kartoffeln rund abermals 400 Millionen kosten wird, die in die Taschen der landwirtschaftlichen Interessenkreise fließen, die solche

Zuwendung nicht beanspruchen können, die sich nicht in einer Notlage befinden, sondern reichlich in der Kriegszeit ihre Gewinne eingeheimst haben. (Sehr richtig!) Aber wir befanden uns in einer besonderen Notlage, so daß wir unter dem Zwang der Verhältnisse den Anspruch, aus Staatsmitteln Deckung zu schaffen, erheben mußten. Wir müssen dazu greifen, um das Interesse der Finanzverwaltung wach zu rufen an der Gestaltung der Preise. Vielleicht gelingt es uns auf diesem Wege eher als mit den bisherigen Mitteln zu erreichen, daß zu einem Abbau der Preise übergegangen wird, anstatt zu einer fortgesetzten Steigerung.

Im einzelnen kann ich Ihnen hier unsere grundsätzliche Stellung nicht darlegen. Sie kennen unsere Auffassung, die im wesentlichen darauf hinausgeht, in der Zeit des Krieges die freie Konkurrenz auf dem Wirtschaftsmarkt aufzuheben und an deren Stelle die Einführung der Beschlagnahme und Verteilung der Produkte und die Festsetzung von Höchstpreisen treten zu lassen. Die Sorge für die Zukunft ist nicht gering, die Klagen unserer Hausfrauen werden leider noch lange nicht verschwinden, wir werden noch eine Zeit durchleben, die uns in Sehnsucht zurückblicken läßt auf die Tage vor dem Kriege. (Sehr richtig!) Wir haben die große Aufgabe, die Erstarkung unserer Volkskraft herbeizuführen. Das wird eine der bedeutendsten, der schwierigsten aber auch der lohnendsten Aufgaben für die Zukunft sein, es wird eine Aufgabe für die Sozialdemokratie sein, die ihr die Unterstützung auch der Kreise sichern wird, die ihr bisher fernstanden, wenn in wirtschaftlicher Beziehung die Bedingungen eines gesunden Aufstiegs geschaffen sind, dann wird das deutsche Volk zu neuem Leben erwachen und dann wird seine Zukunft auf festen Grund und Boden gebaut sein. (Lebhafter Beifall.)

Giermann-Nürnberg: Die Regelung der Lebensmittelversorgung hat die größte Unzufriedenheit heraufbeschworen und neben all dem sonstigen Kummer und Leid die größte Sorge verursacht. In der Resolution vermisse ich etwas, was in letzter Zeit von unserer Reichstagsfraktion angeregt ist, und zwar die Forderung, daß man zur Abgabe von Lebensmitteln an Minderbemittelte Staatsbeihilfen zur Verfügung stellen muß. Die Reichsregierung hat erklärt, daß sie über die verfügbaren Mittel, die für diesen Zweck bereitgestellt werden müssen, noch keine definitive Auskunft geben könne, und die Gemeinden haben nun keine Möglichkeit, sich einzurichten. Leider hat man mit derartigen Maßnahmen allzu lange gewartet und die Folge davon ist, daß unsere Genossen, die zu Hunderten und zu Tausenden in den Gemeinden mitwirken, mit gebundenen Händen dabeistehen. Dieser Frage muß unbedingt eine größere Bedeutung beigemessen werden. (Sehr richtig!) Ich bin mit Schmidt der Meinung, daß es grundsätzlichen Bedenken begegnet, Reichsmittel zur Preissenkung im allgemeinen zur Verfügung zu stellen, aber für Minderbemittelte müssen Reichsmittel gewährt werden. Die Lebensmittelversorgung darf nicht so geregelt werden wie bisher, indem vom grünen Tisch in Berlin aus die Höchstpreise für das ganze Reich diktiert werden. Bei uns haben die Landwirte selbst zugegeben, daß die Preise viel zu hoch sind, weil die Reichsleitung auf Posen und Ostpreußen zu große Rücksicht nimmt, unbekümmert um die Verhältnisse in anderen Landesteilen. (Hört! hört!) Diese schablonenhafte Festsetzung der Preise nach den Berliner Verhältnissen darf nicht beibehalten werden, das ist tatsächlich ein Zustand, den man nicht verantworten kann. Notwendig ist ferner ein Abbau der Lebensmittelpreise. Wir haben schon einen Abbau im Laufe dieses Jahres erlebt, aber einen Abbau, der nicht ein Abbau, sondern ein Preissturz war und die Fleischversorgung bedenklich in Frage gestellt hat. Diese Preispolitik, wie sie von Berlin aus betrieben wird, liegt weder im Interesse der Produzenten noch der Konsumenten, sondern sie war ein Angstprodukt der Regierung in Berlin. Ein weiterer Mangel ist es, daß die Regierung nicht sagt was ist. Man soll mit größerer Offenheit der Gesamtbevölkerung sagen, wie die Verhältnisse liegen und nicht mit Rücksicht auf das Ausland Zahlen mitteilen, die das Gegenteil von dem sind, was in Wirklichkeit ist. Das Ausland ist sehr gut informiert, aber die Bevölkerung wird stets auf Grund der Mitteilungen, die doch zum größten Teil nur auf Schätzungen beruhen, der Meinung sein, nun ist alles in Ordnung, die Ernte ist sehr günstig ausgefallen. Um so schlimmer ist die Enttäuschung, wenn die Ergebnisse nach einigen Wochen ganz andere sind und wenn die Bevölkerung sich dann noch mehr einschränken muß. Ich erblicke darin eine große Gefahr und wünsche, daß unsere Vertretungen darauf hinarbeiten, daß in Zukunft der Berechnung richtige Zahlen zugrundegelegt werden. Jetzt ist von Berlin aus das Schweinemorden wieder angekündigt worden als eine dringend gebotene Notwendigkeit. Vertreter der Landwirtschaft in Bayern haben diese Verordnung als hellen Wahnsinn bezeichnet und erklärt, noch niemals war die Schweinemast so vorteilhaft wie in diesem Jahre. (Hört! hört!) Wenn von Berlin aus Verordnungen kommen, die unmöglich durchgeführt werden können, so muß das Widerspruch auslösen bei allen denen, die mitarbeiten sollen. Alle diese Erscheinungen führen dann zu der bekannten Schwarzschlächterei, der viel zu wenig entgegengewirkt wird. Ich möchte nur wünschen, daß diesen Fragen mehr Bedeutung beigelegt wird. (Bravo!)

Frau **Wagner**-Chemnitz: Die Schwierigkeiten der Nahrungsmittelversorgung haben vor allem die Frauen furchtbar verbittert. Es liegt im Wesen der Frauen, daß wenn sie etwas materiell berührt, sie das meist unserer Organisation entgelten lassen. Tausende von Frauen erklären uns heute: Hättet Ihr richtiger eingegriffen, dann würde es ganz anders aussehen um die Lebensmittelversorgung, aber Ihr tut ja nichts. Auch erklären die Frauen, bei dem langen Warten, bei dem „Anstehen" haben sie keine Zeit, Versammlungen zu besuchen und bei der Teuerung kein Geld, die Parteizeitung zu bezahlen. Freilich für bürgerliche Zeitungen ist immer noch ein Groschen übrig, weil diese bürgerlichen Zeitungen mitunter in einer Art und Weise schimpfen, die sie selbst nicht verantworten können, und die davon zeugt, daß sie von der ganzen Sache nichts verstehen. Wenn man in den Lebensmittelkorporationen sitzt, sieht man, wie die Vertreter der Landwirtschaft schon heute hübsch vorarbeiten für die Zeit nach dem Kriege, damit die Landwirtschaft recht geschützt wird. Da heißt es: Dort ist nicht genügend geschützt worden, da ist die Grenze nicht genug abgesperrt worden. Kurz, nach dem Kriege werden sich diese Leute mit erneutem Schwung dafür einsetzen. Tatsache ist, daß unsere Vertreter, die männlichen und weiblichen, sich ganz energisch für die Nahrungsmittelversorgung ins Zeug gelegt haben. Das muß denen, die es angeht, bei jeder Gelegenheit ins Hirn hineingetrommelt werden. Wenn unsere Vertreter nicht mitgearbeitet hätten, stände es heute noch bedeutend schlechter, dann wären nicht einmal die Nahrungsmittel rationiert worden, die jetzt erfaßt sind. (Sehr richtig!) Aber es kommt ja auch vor, daß uns vorgehalten wird: Wenn Ihr nicht in der Lebensmittelversorgung mitgearbeitet hättet, so wäre der Krieg längst zu Ende. So ein Blödsinn wird geredet. Das kommt davon, wenn die Frauen nicht richtig aufgeklärt werden. Man muß sie aber auch in verständiger Weise aufklären. Ich kann es nicht verantworten, die Frauen aufzuwiegeln, daß sie Spektakel machen und Fensterscheiben einschlagen. Dann kommt die Frau ins Gefängnis und die Kinder müssen ins Versorgungshaus. Wir müssen alles daran setzen, um die Frauen vor Unbesonnenheiten zu bewahren. Die Hauptschuld an den Zuständen

trägt die Landwirtschaft, die nie genug bekommen kann für ihre Produkte. Die Preise werden immer höher, aber deswegen kommt kein Pfund Nahrungsmittel mehr auf den Markt. (Sehr wahr!) Im Gegenteil, es verschwindet noch mehr hinten herum im Schleichhandel, und ich kann es auch den Landwirten wirklich nicht übel nehmen, wenn sie dann für die hohen Preise die Waren hinten herum abgeben. Die Leute mit viel Einkommen brauchen auch heute noch keine Not zu leiden, aber die Minderbemittelten können nicht einmal das Rationierte kaufen. Eine arme Kriegerfrau, ein armer Textilarbeiter, der mit der armseligen Textilarbeiterfürsorge auskommen muß, kann sich nicht das Notwendigste kaufen. Mir kommt es so vor, als wenn heute schon vorgearbeitet würde für später, damit die Unternehmer recht niedrige Löhne zu zahlen brauchen, weil die Leute schon ans Sparen gewöhnt sind. Dann braucht keine Sparagnes mehr Rezepte hinauszugeben. (Sehr gut!) Man sagt, wir hätten früher zuviel Fleisch gegessen, unsere Ernährung wäre falsch gewesen. Nun, wenn das richtig wäre, dann wären unsere Krieger draußen schon längst zusammengebrochen. (Sehr wahr!) — Um die Preise zu überwachen, haben wir die Preisprüfungsstellen. Nun, wer das „Vergnügen" hat, daran mitzuarbeiten, wird wohl schon manchmal gesagt haben: Schade um die Zeit. (Sehr richtig!) Es ist geradezu skandalös, wie da der Wucher seine Feste feiert. Hier heißt es wirklich: die kleinen Diebe hängt man und die großen bekommt man nicht, die sind zu schlau, sich fangen zu lassen. Ein Kleinhändler, der mal die Höchstpreise um 3 oder 5 Pf. überschreitet, wird gefaßt, aber bei denen, die Tausende von Gewinnen einstecken, versagt bei der Nachforschung die eine oder andere Stelle oder es kommt irgendein Sachverständiger, der begründet, daß den Leuten der Gewinn bleiben muß. Wo hat uns die Preispolitik hingeführt? Trotz der guten Kartoffel- und der vorzüglichen Obsternte sind die Preise für diese Lebensmittel so hoch, daß arme kinderreiche Familien sich nicht an Kartoffeln sattessen können. Wir in Sachsen bekommen z. B. die zweite Sorte Birnen, die 40 Pf. kosten, nur ganz wenig, die wandern in die Marmeladenfabriken. Das Obst, das aus Baden und Bayern kommt, kostet bei uns 70—80 Pf. das Pfund. Das kann eine Kriegerfrau, eine Arbeitslose, nicht für ihre Kinder kaufen. Wenn in der Resolution gesagt wird, es sollen Gelder aus öffentlichen Mitteln bereitgestellt werden, um den Leuten ihre Lage zu erleichtern, so bin ich ja nicht sehr erbaut davon, aber es ist schließlich das kleinere Uebel, um den Leuten über die allerelendeste Zeit hinwegzuhelfen. Allerdings wird hier aus öffentlichen Mitteln den Herrschaften der Beutel gefüllt, denn letzten Endes müssen wir das doch bezahlen. (Sehr richtig!) Die Stimmung in der Bevölkerung ist: Wir müssen die Kriegsanleihe zahlen — und andere zeichnen sie. Der allerschönste Protest gegen diese schlechte Versorgung mit Lebensmitteln wäre, wenn unsere Organisationen alle Woche einige tausend neue Anmeldungen zu verzeichnen hätten. (Sehr gut!) Davor hat die Regierung mehr Angst, als wenn zehn Frauen Fenster einwerfen. Wenn man mehr Verordnungen verlangt, so sage ich: Verordnungen haben wir mehr als genug, sie werden bloß nicht durchgeführt. Die Bevölkerung muß dafür sorgen, daß mehr Anzeigen erstattet werden und mehr Protest erhoben wird. Unerhört ist, daß uns von Nahrungsmittelstellen solche Dinge wie das schlechte Kohlrübenmehl zum Verzehr angeboten werden, das die Landwirte als Schweinefutter abgelehnt haben, weil es ihnen zu teuer war. Sorgen Sie dafür, daß die Bevölkerung allenthalben erfährt, in wie hohem Maße die sozialdemokratischen Vertreter und Vertreterinnen in den bestehenden Körperschaften für eine bessere Nahrungsmittelversorgung eintreten und daß bei allen Gelegenheiten für unsere Organisationen agitiert wird. Je stärker

unsere Partei wird, desto mehr Angst werden die maßgebenden Stellen bekommen. Dann werden sie auch wirklich etwas Durchgreifendes tun. (Lebhafter Beifall.)

Rudolf Fischer-München: In Norddeutschland denkt man allgemein, daß wir in Bayern in dem Lande sind, wo Milch und Honig fließt. (Lebhaftes Sehr richtig! und Heiterkeit.) Und ich bin überzeugt, daß auch mancher unserer Genossen mit dem freudigen Gefühl nach Würzburg gefahren ist, sich von hier eine große Butterdose mitzubringen. (Heiterkeit und Sehr richtig!) In Wirklichkeit liegt es auch bei uns in Bayern ganz anders, als man in Norddeutschland denkt. Allerdings, weite bäuerliche, Landwirtschaft betreibende Bezirke haben keine Not an Lebensmitteln, aber in den großen Städten, vor allem in den Industriebezirken, in den oberfränkischen Bezirken, haben wir die gleiche Not wie in Mittel- und Norddeutschland. Einig sind wir alle darin, daß wir die Höchstpreise für die notwendigen Lebensmittel unbedingt brauchen. Den Bestrebungen der Händlerkreise, die Preise wieder dem freien Spiel der Kräfte zu überlassen, muß mit allem Nachdruck entgegengetreten werden. Aber die jetzige Höchstpreispolitik schematisiert zuviel. Es werden in der Regel Höchstpreise festgesetzt für die Erzeuger gleichmäßig für das ganze Reichsgebiet. Das ist ein großer Fehler, denn die Bedingungen sind in den verschiedensten Gebieten ganz verschieden. Ein Preis von 8 Mk. für den Zentner Kartoffeln ist zum Beispiel für die armen Weber in Oberfranken ein ganz unerhörter und unverschämter, und eine Familie mit 8 Köpfen muß rund 200 Mk. für ihre Winterkartoffeln ausgeben. Das können solche armen Leute nicht erschwingen. Der Preis für Frischmilch wird aufs neue gesteigert, er ist zum Teil bedingt durch den hohen Preis für Heu. Das Heu kostet sonst 8 Mk., in Bayern 6,50 Mk. für den Zentner. Aber man bekommt für diesen Preis in Bayern kein Heu, weil die Militärbehörde auf den niedrigeren bayerischen Preis keine Rücksicht nimmt, sondern jeden Preis zahlt. Die Bauern rechnen nun aus wie viel sie einnehmen, wenn sie Milchwirtschaft treiben, und was dann, wenn sie die Milchkühe abschaffen, und das Heu anstatt zu verfüttern, verkaufen. Weil sie bei der Milchwirtschaft schlechter wegkommen, verlangen sie nun den höheren Preis, der ihnen auch bewilligt wird. So treibt ein hoher Preis den anderen. Es wäre weit richtiger, die Erzeugerpreise bezirksweise festzusetzen. Natürlich muß dann auch die Versorgung bezirksweise geregelt werden. Das ist ganz gut durchführbar. Wir sind keine Partikularisten, wir wissen, daß Bayern auch zum Deutschen Reich gehört und sind durchaus dafür, daß die überschüssigen Produkte eines Bezirks mit anderen Bezirken ausgetauscht werden. Natürlich kann es nicht angehen, daß die reichen Leute aus Norddeutschland für teures Geld die Produkte aus Bayern herausholen, indem sie die Preise ins Ungeheuerliche in die Höhe treiben. Beim Obst ist es so gegangen, daß trotz der Riesenernte die Preise für breite Volksmassen unerschwinglich hoch sind. Einzelne Bauern haben 4000 bis 5000 Mk. eingenommen, wo sie nur mit 500 bis 600 Mk. gerechnet hatten. Die Preisprüfungsstellen hat die Vorrednerin schon richtig beleuchtet. Die Verbraucher sind hier viel zu wenig vertreten. Dazu kommt, daß die Vertreter des Handels und der Landwirtschaft in diesen Kommissionen noch außerdem meist viel sachkundiger sind, so daß die Vertreter der Verbraucher gegen ihre Argumente nicht immer aufkommen. Bei allen Verordnungen wird viel zu viel Rücksicht auf die Erzeuger und fast gar keine auf die Verbraucher genommen. Gegen dieses System müssen wir auf das nachdrücklichste protestieren. Deshalb begrüße ich die Resolution 57. Bei der Uebergangswirtschaft wird darauf zu achten sein, daß die vorhandenen Kräfte sparsam ausgenutzt werden. Dem

Handel darf nicht freie Hand gelassen werden, eine gewisse Kommunalwirtschaft wird auch nach dem Kriege noch längere Zeit bestehen bleiben müssen, ebenso das System der Höchstpreise. Bei der Verteilung müssen wir mit der geringsten Kraft die höchste Leistung erzielen. Hierbei verdienen vor allem die Genossenschaften Beachtung. Sie haben im Kriege die Hoffnung erfüllt, die man auf sie gesetzt hat. Sie tragen auch dazu bei, um unsere Genossen praktisch durchzubilden auf dem Gebiete der Verteilung, was wir nach dem Kriege sehr gut brauchen werden können. Die Resolutionen von Kopenhagen und dem Parteitag zu Magdeburg, die die Parteigenossen und -genossinnen verpflichten, sich den Konsumgenossenschaften anzuschließen, müssen weit mehr beachtet werden als bisher. (Sehr richtig!) Vor allem muß sich unsere Partei dafür einsetzen, daß die Absicht, die Preise für die notwendigsten Lebensmittel noch mehr zu erhöhen, auf keinen Fall durchgeführt wird. Wir müssen dem ganzen Gebiet der Lebensmittelversorgung und der Preisgestaltung noch viel mehr Aufmerksamkeit schenken als in der letzten Zeit. (Bravo!)

Geyer-Neukölln: Es ist unmöglich und kann auch nicht Aufgabe des Parteitags sein, die ganze Misere der Lebensmittelfrage hier zu erörtern. Parteivorstand und Generalkommission haben jedenfalls alles Mögliche geplant, um die gröbsten Mißstände zu beseitigen. Wenn nicht alles geschehen ist, was auch die Gemeinden dringend gewünscht hätten, so dürfen wir nicht vergessen, daß die Lebensmittelfrage auch eine Machtfrage ist, die in das Gesamtgebiet der Politik hineingehört. (Sehr wahr!) Sehr bedauerlich ist, daß unsere Vorschläge in den Massen des Volkes noch nicht genügend bekannt sind und daß infolgedessen die Mißstimmung zum großen Teil auf uns abgewälzt worden ist. Da muß es vor allem anderen unsere Aufgabe sein, den großen Massen noch mehr als bisher von unserer Tätigkeit und unseren Forderungen Kenntnis zu geben.

Woher kommt nun im wesentlichen dieser unsägliche Jammer? Daher, daß die Maßnahmen der Regierung in der Hauptsache versagt haben. Die mangelhafte Erfassung der Lebensmittel hat in den großen Städten gefährliche Zustände erzeugt und den Warenwucher großgezogen. Selbst öffentliche Körperschaften haben sich in erheblichem Maße daran beteiligt. Die Gemeinden müssen als Aufkäufer der Lebensmittel die Höchstpreise oft überschreiten und das Defizit, das aus dem Verkauf zu Höchstpreisen entspringt, aus dem Gemeindesäckel decken. Bei der Lieferung von Obst und Gemüse haben die Produzenten von den Gemeinden vielfach Zuschläge verlangt. So haben z. B. Landwirte ihre Lieferungsverträge über Gemüse nur erfüllt, wenn ihnen zugleich Ammoniak zur Düngung geliefert wurde. Die Gemeinden bekamen also ihr Gemüse nicht, oder sie mußten den Militärfiskus betrügen. Die Kommissionäre der Gemeinden haben sich gegenseitig überboten, und die Gemeinden mußten ihnen ungeheure Provisionen zahlen, um überhaupt Waren zu bekommen. Namhafte Rittergutsbesitzer haben nur noch geliefert, wenn ihnen fingierte Arbeitsleistungen hoch bezahlt wurden; sonst erklärten sie, lieber ihre Schafe über den Gemüseacker laufen zu lassen. (Hört! hört!) Im Schleichhandel haben die Gemeinden vielfach Lebensmittel zu sehr hohen Preisen gekauft, z. B. Käse, Speck, Fleischwaren und Hühner. Aber die J.G.G. hat ihnen dieselben Waren zu noch höherem Preise angeboten, als der Schleichhandel sie lieferte. Auf diese und ähnliche Weise werden die Höchstpreise umgangen. So bedeutend der Erfolg war, den Parteivorstand und Generalkommission mit der Festsetzung der Höchstpreise erzielt haben, so ist er doch im wesentlichen wieder illusorisch gemacht worden. (Sehr wahr!) Vor jeder Senkung der Höchstpreise werden die Gemeinden mit Gemüse und

Kartoffeln überschüttet. Trotzdem verbietet die Regierung, diese Kartoffeln ohne Karten abzugeben. Jetzt, wo der Preis der Fabrikkartoffeln erhöht wird, wird wieder ein Mangel an Speisekartoffeln eintreten. Im Gegensatz zum Genossen Giermann halte ich die Abschlachtung der Schweine für eine notwendige Maßnahme. Sonst würde die Versorgung der Großstädte mit Lebensmitteln noch viel größere Schwierigkeiten machen. Die Stadtverordnetenversammlungen sind vielfach gerüffelt worden, wenn sie an der Lebensmittelversorgung offenherzige Kritik übten. Dabei wissen wir ganz genau, daß nur öffentliche Besprechungen Abhilfe schaffen können. Dringen wir also mit der größten Energie auf Abhilfe, und bringen wir den Parteigenossen bei, daß die Lebensmittelfrage als Machtfrage behandelt werden muß. (Beifall.)

Vorsitzender **Ebert:** Die Abstimmung über die Wahl des Parteivorstandes und der Kontrollkommission ist geschlossen. Ich ersuche die Mandatsprüfungskommission, das Ergebnis festzustellen.

Frau **Schilling**-Döbeln: Hätte die Regierung unsere Vorschläge rechtzeitig angenommen, hätten wir nicht ein solches Lebensmittelelend. Diese Verzögerung und Halbheit fordert den schärfsten Protest heraus. Die Folgen hat die Arbeiterklasse in gesundheitlicher und moralischer Beziehung zu tragen. Während der Wöchnerinnenschutz die Säuglingssterblichkeit zurückgedrängt hat, leiden gerade die Kinder im schönsten Wachstum schwer unter der Lebensmittelnot und brechen häufig in der Schule vor Schwäche zusammen. Ebenso schlimm geht es den erwerbstätigen Frauen. Denn in der Arbeitszeit können sie sich nicht besorgen, was ihnen zusteht und was einem bei Gelegenheit noch zufällt. Man weist diese Aermsten der Armen auf die Massenküchen. Aber diese sind noch immer eine Art Wohltätigkeitsanstalt: das Gebotene entspricht nicht den Preisen und die Preise entsprechen nicht den Unterstützungen und Löhnen der Arbeiter und Arbeiterinnen. Am schwersten machen sich die Wirkungen der Unterernährung bei den Heimarbeiterinnen bemerkbar. Bei meiner Agitation als Tabakarbeiterin schauderte mir beim Anblick der blassen, verhärmten Frauen und der unterernährten Kinder manches Mal die Seele. Dabei sind von den Tabakarbeitern schon in Friedenszeiten 50 Proz. tuberkulös. Wie soll das in Zukunft werden? Unzählige Frauen und Kinder verführt die Not zum Diebstahl. So hatte ich jüngst in unserem Auskunftsbureau eine Mutter von sechs Kindern, die aus Not sich an einem Kartoffeldiebstahl beteiligt hatte und dafür zu drei Monaten Gefängnis verurteilt worden war. (Hört! hört! und Pfuirufe.) Wir haben wenigstens erreicht, daß ihr die Strafe bis nach dem Kriege gestundet wurde. Nicht selten kommen zu uns Frauen mit ärztlichen Zeugnissen, daß ihnen Hände und Füße absterben oder die Kinder im Mutterleibe nicht zur Entwickelung gelangen. Gewiß ist nicht genug da, aber wenn der Schleichhandel nicht wäre und alles gleich verteilt würde, hätten noch alle satt zu essen. (Sehr richtig!) Die Behörden sind oft noch ungeheuer rückständig und unsozial. So besteht in unserer Amtshauptmannschaft eine Verordnung, daß alles durch Aehrenlesen gewonnene Getreide an den Kommunalverband abgeliefert werden muß. Da hatten wir nun eine Frau mit vier Kindern, die insgesamt 70 Mk. Kriegsunterstützung bezieht, der Mann ist seit 1914 im Felde. Nun hatte er seinen Urlaub angezeigt, und die Kinder hatten, um ihm eine Freude zu machen, die Ernteferien fleißig ausgenutzt, um Aehren zu lesen. Eine neidische Nachbarin hat sie aber angezeigt, und der Kommunalverband hat sie angewiesen, das gesammelte Getreide ohne einen Pfennig Entschädigung abzuliefern. So werden auf der einen Seite Tausende von Mark an Druschprämien hinausgeworfen, und auf der anderen Seite verfährt man mit armen Leuten so

streng. (Bewegung.) Ich muß immer lachen, wenn die Behörden eine Versammlung verbieten, weil sie befürchten, daß wir die Massen aufreizten. Aufreizender kann doch beim Teufel nichts wirken als die Zustände, wie sie wirklich sind. Aber ich möchte den Genossen und Genossinnen ans Herz legen, jedesmal, wenn ihnen derartige Unterlagen zur Verfügung stehen, sie für unsere Sache auszunutzen, dann wird die Zeit unserer Erfolge nicht fern sein. (Lebhafter Beifall.)

Frau **Evers**-Hannover: Die Höchstpreise werden auch noch nach dem Kriege ein wichtiges Kapitel bleiben. Deshalb müssen wir alles daran setzen, um auf die Preise einzuwirken. Die Frauen sind nicht so empört, wenn keine Waren da sind, als wenn sie unerschwinglich viel kosten, so daß sie sie nicht kaufen können. Wir müssen alle Hebel in Bewegung setzen, um endlich der ewigen Preistreiberei Einhalt zu gebieten. Wir in Hannover haben selbst Gemüse eingekauft und es zum Einkaufspreis wieder abgegeben. Damit haben wir den Frauen einen wirklichen Gefallen getan und die Händler doch ein wenig erzogen. Sie haben gesagt: Was der Leinert kann, können wir auch und sind mit ihren Preisen heruntergegangen. Das sind natürlich kleine Mittelchen, aber nützen doch der Sache und uns selbst und zeigen unmittelbar greifbar, daß wir etwas erreichen können. (Beifall.)

Ein anderes wichtiges Kapitel ist die Kohlenfrage. Bei uns haben sich im letzten Winter manche Kinder die Hände und Füße erfroren. (Hört! hört!) Jetzt sollen wir auch noch an Gas sparen. Aber wie soll es möglich sein, dann noch etwas zu kochen? Hier müssen wir mit aller Macht eingreifen, dann werden wir uns Zuneigung und Dank der Arbeiterfrauen erringen. (Bravo!)

Remmele-Mannheim: In der Resolution Schmidt und Braun heißt es: „Gegen die Bereitstellung öffentlicher Mittel zur Herabsetzung der Kleinhandelspreise müssen grundsätzliche Bedenken erhoben werden. Ausnahmen davon werden nur von Fall zu Fall zugelassen, um der schlimmsten Notlage zu steuern. Diese Auffassung war bisher allgemein vorherrschend, aber es fragt sich doch, ob wir sie aufrechterhalten können. Im letzten Sommer ging eine große Welle der Erregung wegen des großen Gegensatzes zwischen Einkommen und Lebensmittelpreisen durch das Volk. Nach den erfolgreichen Ausständen flachte diese Welle ab, aber jetzt geht eine zweite Welle ähnlicher Art über das deutsche Volk. In den letzten drei bis vier Wochen haben nämlich sämtliche Nahrungsmittel, insbesondere Brot und Kartoffeln, eine außerordentlich starke Neigung zur Preiserhöhung gezeigt. Es unterliegt gar keinem Zweifel, daß trotz aller Proteste diese Bewegung nicht aufzuhalten ist. Die im letzten Sommer errungenen Löhne bieten schon heute kein Aequivalent für diese Erhöhung, und neue Lohnbewegungen und Ausstände werden die Folge sein. Nun wissen Sie ja, wie das gedeutet wird. Die herrschenden Schichten legen es der Arbeiterschaft als bösen Willen aus, und machen ihr den Vorwurf, daß sie nicht durchhalten wollen; und unsere Freunde von links benutzen diese Gelegenheit, um für sich Propaganda zu machen. Nun wird es ja den Arbeitern der Kriegsindustrie wohl möglich sein, einen Lohnausgleich zu finden, aber damit wird all denjenigen Gliedern unseres Volkes nicht geholfen, die nicht in der Kriegsindustrie zu arbeiten in der Lage sind und schon jetzt bitter schwere Not leiden. Der Abstand ihrer Löhne von der Höhe der notwendigen Ausgaben ist so groß, daß sie auf die Dauer unmöglich leben können. Angesichts einer solchen Entwickelung müssen wir uns doch fragen, wie wir diesen Leuten entgegenkommen. Wir dürfen ihnen nicht erst von Fall zu Fall gezwungen beispringen, sondern

müssen systematisch diesem Bevölkerungsteil zu helfen suchen. Augenblicklich leben wir von Kartoffeln und dem reichen Obstsegen, alle Dauernahrungsmittel werden zurückgehalten. Soweit sie aber auf den Markt kommen, werden sie wesentlich teurer sein als im vorigen Jahre. Da wäre es eine Unterlassungssünde schlimmster Art, wenn die Genossen in den Gemeindevertretungen sich nicht die Frage vorlegten, was angesichts dieser Kreise für die schlecht entlohnten Arbeiter und Angestellten und die Kriegerfamilien getan werden muß.

Daß für die Minderbemittelten eine Sonderbehandlung notwendig ist, hat der Reichstag bei der Kohlensteuer ja auch anerkannt. Dem Vorbild Hamburgs folgend, haben wir in Mannheim versucht, unserer minderbemittelten Bevölkerung den zehnprozentigen Steuernachlaß zu verschaffen. Als das Kohlenkontor beanstandete, daß wir 80 Proz. der Einwohner als Minderbemittelte rechnen wollten, haben wir ihm erklärt, daß das unsere Sache sei und das Kohlenkontor gar nichts angehe. Das Kohlensyndikat hat sich dann geweigert, die von uns genannten Händler zu beliefern. (Hört! hört!) Wir haben uns darauf bereit erklärt, die Kohle in Sammelladungen auf dem Wasserwege entgegenzunehmen. Das Braunkohlensyndikat hat diese Regelung ohne weiteres angenommen, das Kohlensyndikat aber hat alle unsere Vorschläge mit der brutalen Erklärung abgelehnt, es liefere keine Kohlen mit Steuernachlaß. (Hört! hört!) Die badische Regierung hat unsere Sache zu der ihrigen gemacht, diese Sache schwebt jetzt beim Reichskommissar. Seit dem 10. August geht jetzt dieser Kampf und es wird wohl Frühling werden, bis wir recht bekommen, aber einen praktischen Erfolg werden wir inzwischen nicht haben. Dies nebenbei! Ich wollte es nur sagen, um darauf hinzuweisen, daß es in der Lebensmittelfrage erst recht notwendig ist, etwas für die minderbemittelten Kreise zu tun. Ich würde es deshalb für zweckmäßig halten, den prinzipiellen Widerspruch gegen die Verwendung von Mitteln der Allgemeinheit für diesen Zweck aus der Resolution zu streichen; denn ich glaube, daß wir im Winter und Frühjahr Zeiten entgegengehen werden, die bedeutend schwerer sind als jemals in der Vergangenheit. In der Resolution wird von dem wucherischen Schleichhandel gesprochen, den die Händler treiben. Es ist aber notwendig, auch auf den Schleichhandel hinzuweisen, den die Bevölkerung in so wirksamer Weise unterstützt und der gleichbedeutend ist mit dem Schleichhandel der Händler. Ich weiß, daß man da, wo die Behörden der Bevölkerung nicht mehr die genügenden Nahrungsmittel zur Verfügung stellen, gegen den Schleichhandel privater Personen nicht ankämpfen darf, denn wo der Hunger anfängt, da hört die Gemütlichkeit auf und sucht jeder zu finden, wo er finden kann. So liegt es aber nicht in ganz Deutschland. Meiner Meinung nach kommen wir bei der Preisbildung mit den allgemeinen Redensarten nicht mehr durch. Wir haben im letzten Winter in Baden den kleinen Bauern das letzte Pfund Getreide, das letzte Pfund Kartoffeln weggeholt und diese Leute waren in diesem Vorsommer genötigt, alles, was sie für die Fütterung des Viehes brauchen, zu kaufen. Wie hoch die Preise sind, wissen Sie, und so haben wir die Tatsache zu verzeichnen, daß zwar die Landwirtschaft im allgemeinen gut floriert, die kleinen Bauern aber bereits wieder beginnen, schwere und bittere Not zu leiden, vor allem jene Bauern, die nicht in der Lage sind, Waren in größeren Mengen zu verkaufen. Hier zeigt sich genau dasselbe Bild wie in der Friedenswirtschaft. Man kann es deshalb sehr wohl verstehen, wenn da und dort bei der Preisbildung Wege eingeschlagen werden, die wir zwar nicht billigen, die aber Voraussetzungen haben, über die man heute nicht mehr hinwegkommt. Wir haben in keiner Stadt heute ausreichende Milch für die Säuglinge. Wo die Städte Eigen-

produktion treiben, kostet sie die Milch 55 bis 60 Pf. in den Gegenden, wo der normale Erzeugerpreis 28 Pf. ist. Wenn die Bauern nun hören, wie hoch die Selbstkosten der Städte sind, dann werden sie die ständige Klage, daß man mit 28 Pf. Erzeugerpreis nicht mehr auskommen kann, verstehen. Dazu kommt, daß, wenn der Butterpreis in Preußen höher ist als in Süddeutschland, die Butter abwandert. Solchen Dingen kann man nicht mit allgemeinen Protesten begegnen, sondern man muß versuchen, die höheren Betriebskosten auszugleichen, indem man sie auf die öffentlichen Körperschaften überwälzt. Gewiß reizen wir dadurch die Landwirte, die Preisschraube immer schärfer anzuziehen, aber auf der anderen Seite werden die Oberbürgermeister dadurch veranlaßt, ernster als bisher vorzugehen. So wird das, was wir aus Not tun müssen, das ein oder andere Gute haben, daß die Herren, die sich bisher noch nicht auf ihre Pflicht besannen, zur Besinnung kommen und daß sie mit uns dafür kämpfen, daß mindestens einmal eine Stabilität in der Preisbildung zu erreichen gesucht wird. (Bravo!)

Leinert-Hannover: Gewiß müssen wir uns in der Ernährungsfrage, was die Produktionskosten und die Preisfrage für die Verbraucher betrifft, großer Objektivität befleißigen. Wir müssen in verschiedener Beziehung eine Verteuerung der Produktion anerkennen. Auch eine Verteuerung, die im Transportwesen liegt, können wir nicht abstreiten und müssen auch darauf die gebührende Rücksicht nehmen. Anderer Ansicht bin ich dagegen wie Remmele, der meint, daß der in der Resolution vorgeschlagene Weg, wonach die Bereitstellung von öffentlichen Mitteln zur Herabsetzung der Kleinhandelspreise grundsätzlich nicht zu billigen sei, eine falsche Auffassung wäre. Diese grundsätzliche Mißbilligung dürfte nicht ausgesprochen werden. Da möchte ich folgendes sagen: Zunächst einmal muß die Bewilligung von Mitteln zur Herabsetzung der Kleinhandelspreise notwendigerweise zur Voraussetzung haben, daß für jede Familie eine bestimmte Summe Geld für die Ernährung festgesetzt und dort, wo die Einnahme zu gering ist, der Zuschuß aus öffentlichen Mitteln gegeben werden. Die Festsetzung dieses Existenzminimums würde in den verschiedenen Gemeinden wieder verschieden sein und der Erfolg würde natürlich nicht der sein, daß den betreffenden Arbeiterfamilien geholfen wird, sondern nur der, daß die Erzeugerpreise bemessen werden nach dem Unterhaltungsminimum der Stadt, die sie am höchsten heraufgebracht hat und am liberalsten gegen die Einwohner handelt. Dieser Weg kann nicht beschritten werden. Wohl aber ist es möglich, daß die Städte ihre Waren an Einwohner mit geringerem Einkommen billiger abgeben. Aber auch dies Mittel läßt sich nicht überall durchführen, denn es gibt Städte mit 98 Proz. Proletariern und dort ist natürlich eine Schichtung der Bevölkerung mit Erfolg für die ärmere Bevölkerung nicht zu machen. Deshalb müssen die Gemeinden die Möglichkeit haben, selbst Zuschüsse zu geben und die Waren denjenigen billiger abzulassen, die vielleicht außerhalb der Kriegsindustrie beschäftigt sind und mit geringerem Einkommen fürlieb nehmen müssen. Was in der Resolution gesagt ist, ist ja auch im Reichstag beantragt worden. Dort hat unsere Fraktion beantragt, die Mehrkosten für die Herstellung der Lebensmittel auf das Reich zu übernehmen, und deshalb ist die Druschprämie für Getreide und die Kartoffelprämie auf das Reich übernommen. Diese Anträge waren notwendig, denn eine weitere Steigerung des Brot- und Kartoffelpreises bringt naturgemäß eine weitere Steigerung der daraus hergestellten Produkte hervor. Leider haben wir nun aber trotzdem eine sehr bedeutende Erhöhung des Brotpreises und der übrigen Lebensmittelpreise feststellen können.

Nun ist weiter gesagt, die Höchstpreise für die Erzeuger können unmöglich über das ganze Reich einheitlich festgestellt werden und es ist eine bezirksweise Festsetzung empfohlen worden. Das ist nach meiner Meinung ganz unmöglich, die heutigen Höchstpreise sind so hoch, daß selbst der mit der teuersten Produktion auch noch ein gutes Stück Geld daran verdienen kann. (Sehr richtig!) Deshalb darf man es nicht einzelnen Bezirken überlassen, die Höchstpreise noch höher festzusetzen. (Zuruf: Aber niedriger!) Sie rufen niedriger. Können Sie jemals gegen die Absicht der Agrarier durch die Verwaltungsbehörden eine niedrigere Festsetzung der Höchstpreise erreichen? Können Sie einen einzigen Fall in Deutschland feststellen? Das ist unmöglich, weil bei einer niedrigeren Festsetzung sofort die Korrektur durch das Kriegsernährungsamt oder durch andere Reichsstellen eintritt. Wenn man dies Ziel im Auge hat, so wird das Gegenteil erreicht. Das haben die Bestimmungen über die Höchstpreise für Gemüse so deutlich gezeigt, daß jeder davon überzeugt sein muß, daß nur ein einheitlicher Erzeugerpreis für ganz Deutschland das Richtige sein kann. Gerade beim Gemüse hat es sich gezeigt, wie man auf die Agrarier ungerechtfertigte Rücksichten nimmt. (Sehr richtig!) Die Bestimmungen der Reichsstelle für Obst und Gemüse konnten gar nicht eingehalten werden. In dieser Beziehung müssen wir verlangen, daß die Regelung der Preise eine größere Stetigkeit hat und vor allem, daß die Preisregulierung nicht erfolgen darf in der einen Gegend nach diesen, in anderen nach jenen Grundsätzen, sondern daß hier ganz bestimmte Richtlinien ein für allemal festgelegt werden. Gerade beim Gemüse und Obst hat es sich herausgestellt, daß die Reichsstelle den Einflüsterungen und dem Verlangen der Erzeuger ungeheuer entgegengekommen ist. So sind für das Herbstgemüse schon im Frühjahr Preise festgesetzt, die für Lieferungsverträge gelten sollen mit der Bestimmung, daß die Preise für Gemüse und Obst, das nicht auf Lieferungsverträge in die Gemeinde kommt, geringer sein sollen, um damit den Abschluß der Lieferungsverträge zu ermöglichen. Es sind Lieferungsverträge abgeschlossen, es sind die Preise für das Gemüse im freien Verkehr, aber nicht niedriger geworden, sondern höher als die Richtpreise vom Frühjahr. So sind mit einem Mal Hunderte von Millionen denen gegeben, die auf Grund der angekündigten Preise ihr Gemüse angebaut haben.

Ich begrüße das in der Resolution Gesagte, daß wir unmöglich dem freien Handel noch weiteren Spielraum lassen können als jetzt. Der freie Handel hat nicht dazu beigetragen, die Bevölkerung zu versorgen, sondern er hat lediglich die Konjunktur ausgenutzt, um so viele Gewinne wie möglich zu erzielen, und da ist es ihm gleichgültig, ob die Waren in eine Stadt kommen, die schon überfüllt ist und ob sie herausgenommen werden aus einer Stadt, die ungeheure Not erlitten hat.

Diese Absicht, lediglich Gewinne zu erzielen, bestreitet der Handel natürlich. Man weist auf die soziale Bedeutung des Handels hin. Das ist vollkommen falsch. Der Handel hat als soziales Element in der Ernährung des Volkes vollkommen versagt. (Sehr richtig!)

In der Frage der Preisfestsetzung muß ich noch hinweisen auf die maßlose Begünstigung und Bereicherung der Großgrundbesitzer. (Sehr richtig!) Auch bei aller objektiven Betrachtung der Steigerung der Produktionskosten muß man sagen, hier liegt eine maßlose Gefährdung der Gemeininteressen und der Aufrechterhaltung der Stimmung des Volkes vor. Ein Genosse hat gegen den Schweinemord gesprochen. Ja, wollen wir denn die Schweineernährung auf Kosten unserer Bevölkerung! Wir dürfen nicht mehr Vieh halten, als Futtermittel vorhanden sind. Sonst kommen wir zu einer Ge-

fährdung der menschlichen Ernährung. (Sehr richtig!) Darum ist das Abschlachten der jungen Schweine jetzt durchaus zu begrüßen. Nur sollten diese Schweine lediglich an die Gemeinden abgegeben werden, damit diese sie zur Verteilung an die Bevölkerung bringen. Die Folge des jetzigen wahllosen Verkaufs ist, daß die Agrarier für ihre Schweine unerhörte Preise erzielen können. Man versteht es ja immer in Preußen, die Interessen der Agrarier vor allem wahrzunehmen. So wurden in Preußen die höheren Preise für Vieh noch einen vollen Monat länger bezahlt als im Reich, nämlich für das Vieh, das schon vor dem Termin der Preisherabsetzung den Viehhandelsverbänden zum Verkauf gestellt wurde, und das war fast alles, was die Agrarier hatten. Die Agrarier haben in diesem Jahre mindestens zwei Milliarden Mark Mehreinnahme durch die Erhöhung der Preise gemacht, und die sind wohl kaum restlos als Kriegsanleihe gezahlt worden. Während es früher hieß, man frage bei allen Gesetzen, wie sie auf die Sozialdemokratie wirken, so fragt man jetzt nur noch: können denn die Großgrundbesitzer auch genug Geld dabei verdienen? Vor einigen Tagen habe ich gelesen, daß zur Herstellung von Alkohol Gerste zur Verfügung gestellt wird, und zwar für einen Hektoliter Alkohol 30 Kilogramm an kleine Betriebe, 22 Kilogramm an mittlere und 16 Kilogramm an Großbetriebe. Dagegen müssen wir Einspruch erheben. Wenn ein Hektoliter Alkohol mit 16 Kilogramm Gerste hergestellt werden kann, dann darf man auch nicht ein Gramm mehr dafür geben. (Sehr richtig!) Man ist ja auch sonst immer dafür, die kleinen Betriebe zugunsten der großen stillzulegen. Im übrigen hat die Debatte gezeigt, daß wir in der Ernährungsfrage alle einig sind. (Beifall.)

Pflüger-Stuttgart: Wir haben in der Nahrungsmittelversorgung zweifellos geringe Erfolge zu verzeichnen. An Bemühungen unsererseits hat es nicht gefehlt. Aber wir haben eben noch nicht die nötige Macht, um unseren Willen auch in diesen Fragen durchzusetzen. Es ist in der Nahrungsmittelversorgung mit der Bevölkerung in unerhörtestem Maße Schindluder getrieben worden. Die Preise sind weit über die Erzeugungskosten hinaus gestiegen. Ich warne, allzusehr den Weg zu gehen, den Genosse Remmele zeigen wollte. Wenn eine Stadtgemeinde zur Erzeugung von Kindermilch gezwungen wird, selbst Landwirtschaftsbetrieb einzurichten, und dann unter ganz außergewöhnlich ungünstigen Verhältnissen arbeitet, wobei natürlich ein besonders hoher Preis für die Milch herauskommt, so wäre es sehr verfehlt, daraus Schlüsse auf die allgemeinen Produktionskosten zu ziehen. Die Frage der Produktionskosten spielt heute bei der Preisfestsetzung gar keine Rolle mehr. Der Preis wird einfach regelmäßig von Zeit zu Zeit erhöht. Ich muß Leinert widersprechen, daß wir unter allen Umständen ein Interesse an der einheitlichen Festsetzung der Preise für das ganze Reich hätten. Wir haben in diesem Jahre eine Obsternte, wie seit Jahrzehnten nicht. Unsere Landwirte am Bodensee haben allein für Fallobst, das sonst verfüttert wurde, viel mehr eingenommen als sonst für die ganze Obsternte. Nicht einmal große Höfe am Bodensee haben 10 000 bis 15 000 Mk. allein durch den Obstverkauf eingenommen, einfach deshalb, weil uns die Preise von Berlin aus vorgeschrieben sind. Wir können nur ganz wenig davon abweichen. Man sollte meinen, daß Tollhäuser und keine vernünftige Menschen eine solche Ordnung vorgenommen habe. Das Gefährliche ist: je höher die Preise jetzt steigen, desto höher werden sie auch im Frieden bleiben. Bereits beginnen die Preise für Grund und Boden zu steigen. Das führt natürlich zur Erhöhung der Produktionskosten und zur Steigerung der Preise auf die Dauer. Also gerade in Berlin müßte mit aller Schärfe den endlosen Preissteigerungen

entgegengewirkt werden. Bei uns in Württemberg soll jetzt der Milchpreis erhöht werden mit der einzigen Begründung: im Reiche hat man schon lange aufgeschlagen, jetzt muß auch bei uns aufgeschlagen werden. Nehmen wir also die Resolution an und wirken wir bei jeder Gelegenheit dahin, daß der schamlosen Aussaugung des Volkes endlich ein Ende bereitet wird. (Bravo!)

Der Antrag 57 wird einstimmig angenommen, ebenso der Antrag 67.

Vorsitzender **Ebert** gibt das Ergebnis der Wahlen zum Parteivorstand und zur Kontrollkommission bekannt. Für die Parteivorstandswahl wurden abgegeben 326 Stimmen. Als Vorsitzende sind gewählt Ebert mit 311, Scheidemann mit 312 Stimmen, als Kassierer Otto Braun mit 308 Stimmen, als Schriftführer Bartels mit 313, Molkenbuhr mit 316, Hermann Müller mit 315, Pfannkuch mit 315, Marie Juchacz mit 310 Stimmen, als Beisitzer Eugen Ernst mit 313 und Otto Wels mit 308 Stimmen. Weitere Stimmen sind nicht abgegeben.

Bei der Wahl der Kontrollkommission wurden abgegeben 326 Stimmen, davon waren 9 ungültig. Es erhielten Stimmen: Brühne-Frankfurt a. M. 288, Brey-Hannover 251, Gradnauer-Dresden 272, Timm-München 290, Grünwaldt-Hamburg 279, Müller-Niederbarnim 249, Fischer-Stuttgart 263, Löbe-Breslau 285, Hengsbach-Köln 131; diese sind gewählt. Außerdem erhielten Kolb-Karlsruhe 92 Stimmen, Deichmann-Bremen 97, Hörschelmann-Jena 36, Hoch-Hanau 58, Schmidt-Meißen 41, Reißhaus 36, Brandes-Magdeburg 39, Landsberg 30, Hug 2, Brückner-Berlin 1 Stimme. (Heiterkeit.)

Brühne: Im Einverständnis von Kontrollkommission und Parteivorstand beantrage ich der neugewählten Sekretärin Juchacz das bisherige Gehalt, das mit der Teuerungszulage 4500 Mk. beträgt, auch als neue Sekretärin zu gewähren.

Dieser Antrag wird ohne Erörterung angenommen.

Vorsitzender **Ebert:** Unsere österreichische Bruderpartei, die Deutschen in Oesterreich, sind zu ihrem Parteitag zusammengetreten. Ich schlage Ihnen vor, ein Begrüßungstelegramm namens des deutschen Parteitages an den österreichischen Parteitag zu schicken, und zwar mit folgendem Wortlaut: „Der Würzburger Parteitag der deutschen Sozialdemokratie sendet der Wiener Tagung der deutsch-österreichischen Bruderpartei die herzlichsten Grüße und zugleich das Gelöbnis, mit ihr weiter wie bisher in gemeinsamer Arbeit für die rasche Herbeiführung eines dauernden Friedens und für die Wiederaufrichtung der Arbeiterinternationale wirken zu wollen." (Lebhafter Beifall.)

In den letzten Tagen hat sich im westlichen Industriegebiet ein schweres Grubenunglück ereignet, das leider mehr Opfer gefordert hat als nach den ersten Nachrichten anzunehmen war. (Die Versammlung erhebt sich.) Nach den neuesten Mitteilungen haben 17 Arbeiter, darunter 6 Kriegsgefangene, 4 französische und 2 russische Arbeiter, den Tod im tiefen Schacht gefunden. Wir betrachten es als unsere Pflicht, diesen Opfern und ihren Hinterbliebenen unsere Teilnahme zum Ausdruck zu bringen. Außerdem wird mitgeteilt, daß das erschütternde Eisenbahnunglück, das sich in diesen Tagen im Westen ereignet hat, 25 Schulkindern, die vom Landaufenthalt in die Heimat zurückkehrten, das junge Leben gekostet hat, eine Schaffnerin und 17 weitere Kinder sind schwer verletzt. Auch diesem Unglück gegenüber bekundet der Parteitag seine aufrichtige Teilnahme. (Beifall.)

Der Genosse **Hüttmann** bittet, folgende Erklärung zu Protokoll geben zu können:

„In der Debatte zum Vorstandsbericht wurden die Preßstreitigkeiten in Frankfurt a. M. angezogen. Hierbei sind Irrtümer dem Parteitag mitgeteilt worden, die ich richtigstelle. Es ist falsch, daß ich als Bezirks-

vorsitzender ein Flugblatt herausgegeben habe. Das Flugblatt ist erschienen im März 1916, als Bezirksvorsitzender wurde ich im Juli 1916 gewählt. Das Flugblatt wurde vom erweiterten Bezirksvorstand beschlossen und von einer besonders für diesen Zweck eingesetzten Zeitungskommission herausgegeben. Auch auf die Bezahlung dieses Flugblatts konnte ich als Bezirksvorstandsmitglied einen Einfluß nicht ausüben. Der Bezirksvorstand war in der Streitsache geteilter Meinung, 4 Genossen standen 2 gegenüber.

Hüttmann."

Die Weiterberatung wird auf Sonnabend vormittag 9 Uhr vertagt, Schluß gegen 6 Uhr.

Sechster Verhandlungstag.

Sonnabend, den 20. Oktober 1917.

Zur Verhandlung steht Punkt 5 der Tagesordnung:

Anträge.

Von den noch nicht erledigten Anträgen werden unterstützt die Anträge 61 und 64. Antrag 37 wird nicht unterstützt, Antrag 39 ist zurückgezogen.

Für den Antrag 64 erhält das Wort

Heinrich Schulz: Durch die Spaltung der Partei sind auch einige Mitglieder des Zentral-Bildungsausschusses aus dieser Körperschaft ausgeschieden. Der Parteitag hätte daher eigentlich eine Ergänzungswahl vorzunehmen. Wir schlagen Ihnen jedoch vor, die Mitglieder nicht jetzt hier zu wählen, sondern für die Zukunft eine andere Zusammensetzung des Zentral-Bildungsausschusses in Erwägung zu ziehen. Alle Orts-Bildungsausschüsse und die meisten Bezirks-Bildungsausschüsse sind paritätisch zusammengesetzt, zur Hälfte aus Mitgliedern der Partei und zur anderen Hälfte aus Mitgliedern der Gewerkschaften. Diese paritätische Zusammensetzung fehlt bisher in der Zentrale unserer Bildungsbewegung, während sie in der Zentrale der Jugendbewegung von Anfang an vorhanden gewesen ist. Wir können heute nicht beschließen, diese paritätische Zusammensetzung sofort herbeizuführen; zu einer solchen Aenderung müssen erst die Gewerkschaften von sich aus Stellung nehmen. Wir können aber den Wunsch zum Ausdruck bringen, daß in Zukunft eine solche Zusammensetzung des Zentral-Bildungsausschusses herbeigeführt werden möge. Das bezweckt der vorliegende Antrag.

Durch die Einberufung fast aller Angestellten war die Tätigkeit des Zentral-Bildungsausschusses vorübergehend lahmgelegt worden. Dadurch, daß ich jetzt des Reichstags wegen fast ständig in Berlin bin, kann die Tätigkeit in bescheidenem Maße wieder aufgenommen werden. Vor allem handelt es sich darum, das wertvolle Material für Lichtbildervorträge, das in der Zentrale vorhanden ist, den Genossen zur Verfügung zu stellen. Lichtbildervorträge sind in dieser Zeit oft fast das einzige, das noch ein Publikum findet. Wir bitten daher, von unserem Lichtbildermaterial fleißig Gebrauch zu machen.

Der Antrag wird angenommen.

Zur Begründung des Antrags 61 erhält das Wort

Anna Blos-Stuttgart: Die weiblichen Delegierten des Parteitags haben bei einer Besprechung den Beschluß gefaßt, an den Parteitag das Ersuchen zu richten, daß auf die Tagesordnung des nächsten Parteitags die Frage der Frauenarbeit und des Frauenschutzes gesetzt wird. Wir sind zu diesem Beschluß gekommen, weil wir überzeugt sind, daß die Frauenfrage noch nie so ungeheuere Bedeutung gehabt hat, wie während des Krieges. Sie ist in ein

vollkommen neues Licht gerückt worden. Wir werden die Frauen für uns gewinnen, wenn wir die Frauenfrage behandeln vom Standpunkt der Frauenarbeit und des Frauenschutzes. Die Frauen bringen namenlose Opfer, sie ertragen die schwerste Not. Die Arbeiterinnen sind in alle Lücken eingesprungen und haben sich fast durchweg bewährt, sogar in Berufen, die ihnen bisher völlig verschlossen waren und von denen man nie geglaubt hätte, daß sie sie ausüben könnten. Dadurch ist die Bewertung der Frauenarbeit eine andere geworden als vor dem Kriege. Vor dem Kriege waren die Frauen bereit, überall die schlechtbezahlteste Arbeit unter den ungünstigsten Bedingungen anzunehmen. Heute ist allmählich das Bewußtsein in den Frauen erwacht, daß sie Ansprüche machen, daß sie bei gleichen Leistungen gleiche Rechte wie die Männer verlangen können. Je mehr aber die Frauenarbeit sich ausdehnt, um so gefährlicher wird ihre Konkurrenz für die Männer. Diese haben daher alle Ursache dazu Stellung zu nehmen. Sie dürfen nicht glauben, daß die Frauenarbeit nach dem Kriege geringer werden wird. (Sehr richtig!) Es ist gar nicht daran zu denken, daß die Frauen dann wieder allgemein in das Haus zurückkehren können. Sie werden gezwungen sein, mitzuhelfen beim Verdienen. Da, wo der Ernährer fehlt, wo er im Kriege verstümmelt ist, oder wo es infolge der ungünstigen Lebensbedingungen, die die Folge des Krieges bleiben werden, notwendig ist. Aber die Frau, die den Wert der Arbeit erkannt hat, will auch gar nicht zurück, selbst wenn die Not sie nicht mehr zur Arbeit außerhalb des Hauses drängen wird. Der Krieg hat bewirkt, daß die Frau zur selbständig denkenden Persönlichkeit geworden ist. Sie hat den Wert des Zusammenschlusses kennengelernt. Es wäre daher ganz vergeblich, wenn jetzt etwa ein Kampf gegen die Frauenarbeit einsetzen würde. Der Kampf hat nur Aussicht auf Erfolg, wenn die Frauen für unsere Organisation gewonnen werden und dann den Kampf um besser bezahlte Arbeit und bessere Arbeitsbedingungen in Gemeinschaft mit den Männern führen. Darum muß alles geschehen, um die Frauen für diesen gemeinsamen Kampf in den Organisationen zu gewinnen. Bisher war die Arbeit nicht das, was sie sein soll für die Frau, nicht die Befreierin des Weibes. Sie war eine schwere Kette, die die Arbeiterin zu Boden gedrückt, sie zur Sklavin gemacht hat. Natürlich nicht die Arbeit selbst, sondern die Bedingungen, unter denen die Frauen haben arbeiten müssen. Diese müssen geändert, müssen menschenwürdig gestaltet werden, damit die Arbeit auch für die Frau eine wirkliche Befreierin wird. Hier hat die Arbeit der sozialdemokratischen Partei ein ungeheures Tätigkeitsfeld vor sich. Es sind genau 40 Jahre her, daß die Sozialdemokratische Partei zum erstenmal für einen ausgedehnten Arbeiterinnenschutz eingetreten ist. Es waren die Ritter der Arbeit, die ritterlich gekämpft haben für den Schutz ihrer Arbeitsgenossinnen. Damals sind diese Anträge in den Reichspapierkorb gewandert, die bürgerlichen Parteien haben kein Verständnis dafür gehabt. Ist es doch soweit gekommen, daß im Reichstag die Mehrheitsparteien Gelder für Wöchnerinnenschutz verweigert haben, aber am gleichen Tage große Summen für die Bekämpfung der Maul- und Klauenseuche bewilligt haben. Die Sozialdemokratische Partei aber hat in diesen 40 Jahren unentwegt für den Ausbau des Arbeiterinnenschutzes gearbeitet. Sie hat allerdings nicht viel erreichen können, aber auch dieses Wenige ist durch das Notgesetz vom 4. August wieder zweifelhaft geworden. Erst dadurch, daß der Krieg so ungeheure Lücken in die ganze Bevölkerung gerissen hat und daß der Geburtenrückgang so bedenklich groß geworden ist, ist das Interesse von Reich, Staat und Gesellschaft an einem ausgedehnteren Frauenschutz wieder rege geworden. Im Dezember tritt der Ausschuß für Bevölkerungspolitik zusammen, um zu beraten, was zum Schutz der Frauen

und Mütter geschehen soll. Auch hier wird es die Sozialdemokratische Partei sein, die für weitesten Schutz der Arbeiterinnen und Frauen eintritt. Es genügt aber nicht, daß die Arbeiterinnen die Männer für sich kämpfen lassen. Noch sind die Arbeiterinnen, die Frauen politisch rechtlos. Aber bei allem, was den Arbeiterinnen- und Frauenschutz betrifft, muß man den Frauen Rechte und Pflichten geben, damit sie sich interessieren für die Politik und danach streben, überall mitzuarbeiten, wo es nötig ist. Es ist ein großer Fehler, daß die Frauen von der Vertretung in den Kriegsämtern ganz ausgeschlossen sind. Keine Fürsorgetätigkeit auf diesem Gebiete dürfte ohne Mitwirkung der Arbeiterinnen erfolgen. Bleiben diese Einrichtungen, Säuglingsheime, Krippen, Horte, Schulen, ohne den Einfluß der Mütter, der Arbeiterinnen, dann werden uns die Kinder unter fremdem Einfluß fremd. Das bedeutet eine große Gefahr für die ganze Sozialdemokratische Partei. Wir müssen die Frauen zu überzeugten Sozialistinnen machen und dahin wirken, daß sie ihre Kinder in unserem Sinne erziehen. Ich kann den Männern den Vorwurf nicht ersparen, daß sie nicht genügend dahin gewirkt haben, daß der sozialistische Geist in die Familien getragen worden ist. Das wird geschehen, wenn die Frau überzeugte, denkende Sozialistin ist. Je mehr wir also die Frauen gewinnen, um so stärker und mächtiger wird unsere Partei. Die Frauen sind die Trägerinnen der Zukunft und die Kinder sind die Zukunft selbst. Wenn wir die Mütter haben, haben wir die Kinder, und wenn wir die Kinder haben, so haben wir die Zukunft. (Sehr wahr!) Deshalb bitte ich, daß als äußerst wichtiger Punkt auf die Tagesordnung des nächsten Parteitages die Behandlung der Frauenfrage gesetzt wird. (Lebhafter Beifall.)

Der Antrag 61 wird angenommen.

Vors. **Ebert:** Die Kontrollkommission teilt mit, daß sie zu ihrem Vorsitzenden den Genossen Brühne gewählt hat.

Die vorhin nicht genügend unterstützten Anträge 37a, b, c haben nachträglich ausreichende Unterstützung gefunden. Gegen ihre Behandlung wird ein Widerspruch nicht erhoben.

Zur Begründung dieser Anträge erhält das Wort

Grosse-Hamburg: Die Erfahrungen der letzten drei Jahre in der Partei haben uns zu diesen Anträgen veranlaßt. Ich kann begreifen, daß man auf diesem Parteitag vielleicht nicht geneigt ist, in eine Aenderung des Organisationsstatuts einzutreten, deshalb haben wir uns auch auf diese wenigen Anträge beschränkt, die wir für eine absolute Notwendigkeit halten. Die Bedenken, die gegen ein Beschlußrecht des Parteiausschußes geltend gemacht worden sind, können gegenüber diesen Erfahrungen nicht mehr volle Geltung haben. Vier Jahre hat kein Parteitag stattgefunden; welches Chaos haben wir in der Partei hinsichtlich der Organisationsverhältnisse erlebt! Denken wir nur, daß die Oppositionsmänner im Parteivorstand und in der Kontrollkommission die Mehrheit gehabt hätten, dann wäre die Parteiorganisation für uns flöten gegangen. Aus Presseäußerungen der Opposition haben wir heraushören können, daß es ihr in den einzelnen Wahlkreisen in der Hauptsache nur darum zu tun war, die Kasse in die Hand zu bekommen. Wir haben das ja in den meisten Fällen verhindern können, aber diese Schadenfreude hätte ich sehen mögen, wenn es der Opposition gelungen wäre, die Kassen der Partei in die Hand zu bekommen. Abgesehen noch von dem moralischen Schaden, den die Partei davongetragen hätte. Solche Zustände dürfen sich nicht wieder ereignen und deshalb müssen wir organisatorische Maßnahmen treffen, um das zu verhindern. Selbst der Reichskonferenz wurde von der

Opposition das Recht abgesprochen, bindende Beschlüsse für die Partei zu schaffen, ebenso dem Parteiausschuß, aber die Opposition ging hin und faßte Beschlüsse. Wir sind zu tolerant gewesen gegenüber der Opposition und diese Toleranz hätte uns bald die Partei gekostet. Wir müssen es in Zukunft ausschließen, daß Personen mit hinterhältigem Charakter in Parteiämtern verbleiben und die größte Verwirrung in der Partei herbeiführen können. Ist es nicht ein unerträglicher Zustand, daß Personen jahrelang keine Beiträge an die Partei bezahlen und trotzdem die höchsten Ehrenämter in der Partei haben. Ist es nicht unerträglich, daß ein Vorsitzender der Partei, der genau weiß, welche Beschlüsse der Parteivorstand gefaßt hat, versucht, die Beschlüsse des Parteivorstandes zu durchkreuzen, wie es mit dem Aufruf „Das Gebot der Stunde" geschehen ist; und was ist beim Prozeß der „Vorwärts"-Redakteure gegen den Parteivorstand vorgekommen? Wo in aller Welt kann es sich in einer Organisation ereignen, daß einzelne Vorstandsmitglieder das Recht in Anspruch nehmen, als gemeinsam Beklagte eine selbständige Prozeßführung zu betreiben. (Sehr richtig!) Leider war es bei uns in der Partei möglich, daß unter der Toleranz, die immer in der Partei geübt worden ist, Personen an die Spitze kamen, denen die Organisation Hekuba war, während die Genossen, die jahrzehntelang an der Organisation gearbeitet haben, mit ihrem ganzen Sein an der Partei hängen. Dem Parteiausschuß muß das Beschlußrecht gegeben werden, damit er nicht allein in organisatorischen, sondern auch in taktischen und prinzipiellen Fragen mit dem Parteivorstand zusammen über das Wohl und Wehe der Partei wachen kann. Meinungsdifferenzen zwischen dem Ausschuß der Partei und ihrer Leitung sind ja in der Parteigeschichte vorgekommen, aber das kann uns nicht abhalten, heute das Notwendige zu tun. Das Referat Scheidemanns hat uns die großen Aufgaben vor Augen geführt, die der Partei in Zukunft bevorstehen. Auch deshalb ist ein Mitbestimmungsrecht des Parteiausschusses erforderlich. Wenn es in Zukunft möglich sein wird, jedes Jahr einen Parteitag abzuhalten, dann kann er ja auch immer die Beschlüsse des Parteiausschusses eventuell korrigieren. Wir in Deutschland sind nicht in der Lage binnen kurzer Zeit einen außerordentlichen Parteitag berufen zu können, wie das in Dänemark und anderen kleineren Ländern möglich ist. Den Wahlkreisen legt die Beschickung eines Parteitags immerhin ziemlich erhebliche Opfer auf, und da der Parteiausschuß aus allen Bezirken Deutschlands zusammengesetzt ist, so ist der Vorstand auch in der Lage, durch ihn stets die Meinung der Parteigenossen im ganzen Lande zu erfahren. Der heutige Zustand ist unhaltbar. Wenn wir nicht ein festeres Gefüge in der Partei schaffen, dann können — sie sollen und brauchen es nicht — Zustände sich wiederholen, wie wir sie leider haben erleben müssen. Unser Antrag will eigentlich nur das feststellen, was ist. Die Kontrollkommission war bis auf die Hälfte zusammengeschmolzen, es war aber keine Körperschaft vorhanden, die die Kontrollkommission hätte ergänzen können. Dazu ist der Parteiausschuß die gegebene Instanz, genau so wie dafür, Vorstandsmitglieder zu entheben, die sich als unwürdig für ihr hohes Amt erwiesen haben. Nehmen Sie unsere Anträge zur Abwendung solcher Gefahren an, wie wir sie leider in den letzten Jahren haben durchmachen müssen. (Beifall.)

Schmidt-Meißen: Ich bitte Sie, alle Anträge abzulehnen, die die Partei auf die Zeit nach dem Kriege binden können. Dafür spricht vor allem die Zusammensetzung des Parteitags, die durch die Kriegsverhältnisse stark beeinflußt ist. Der diesmalige Parteitag gibt kein Stimmungsbild. (Lebhafte Oho-Rufe und Unruhe.)

Vors. Ebert: Ich muß diesen Vorwurf gegen den Parteitag mit aller Entschiedenheit zurückweisen. (Lebhafte Zustimmung.) Es ist eine ganz willkürliche Behauptung, die hier Genosse Schmidt ausgesprochen hat. (Erneute lebhafte Zustimmung.) Der Parteitag ist zusammengesetzt auf Grund des Organisationsstatuts, die Mandatsprüfungskommission hat jedes Mandat geprüft, nicht gegen ein einziges Mandat lag eine Einwendung vor. (Sehr wahr!) Dieser Vorwurf gegen den Parteitag in letzter Stunde hat offenbar seinen besonderen Zweck, ich weise ihn zurück. (Lebhafte Zustimmung, empörte Zurufe gegen Schmidt-Meißen.)

Schmidt-Meißen (fortfahrend): Diese Erregung des Vorsitzenden ist ganz unbegründet.

Vors. Ebert: Ich bin gar nicht erregt, ich wahre lediglich die Interessen der Partei. (Lebhafter Beifall.)

Schmidt-Meißen: Ich nehme dieses Recht, die Interessen der Partei zu wahren, auch für mich in Anspruch. Manche Delegierte sind nur von 400 Mitgliedern entsandt, das war früher auch nicht der Fall. (Widerspruch, Zurufe: Rosa Luxemburg.) Ich bitte deshalb, von einer Bindung der Partei für die Zeit nach dem Kriege abzusehen. Wenn wir diese Anträge annehmen, so werden sofort nach dem Kriege neue Stürme auf Aenderung des Parteistatuts kommen. Der Antrag ist auch deshalb unmöglich, weil der Parteiausschuß gar nicht auf demokratischer Grundlage zusammenberufen ist; da müßten Sie erst einmal eine ganz andere Grundlage für den Parteiausschuß schaffen! Er besteht zum Teil aus Delegierten der zwei bis fünf Personen starken Bezirksvorstände. (Oho! und Rufe: Wer wählt den Bezirksvorstand?) Das ist in einer ganzen Reihe von Fällen so. Bitte sehen Sie von dieser Gelegenheitsgesetzmacherei ab; ich glaube, Sie dienen dadurch den Interessen der Partei am besten. (Anhaltende Unruhe.)

Hermann Müller (Parteivorstand): Ich glaube, wir sind es uns schuldig, in aller Ruhe und Sachlichkeit uns über diesen Antrag auszusprechen. Das Organisationsstatut ist unsere Verfassung und deshalb ist es notwendig, daß eine ordentliche Prüfung des Antrags vorgenommen wird. Deshalb bitte ich Sie, sich nicht etwa durch die Rede des Genossen Schmidt dazu verleiten zu lassen, die Anträge anzunehmen. Diese zielen in ihrem Hauptstück darauf, dem Parteiausschuß beschließende Stimme zu geben. Der Parteivorstand steht diesem Gedanken nicht ablehnend gegenüber. Sie wissen, daß vor der letzten Aenderung des Organisationsstatuts in Chemnitz der Parteivorstand eine Vorlage gemacht hatte, wonach der Parteiausschuß Beschlußrecht haben sollte. Die Debatten damals haben dazu geführt, daß diese Vorlage in der vom Parteitag eingesetzten Kommission geändert und der Parteiausschuß nur als beratende Körperschaft eingesetzt worden ist. Grosse hat die Hamburger Anträge damit begründet, daß kommenden Gefahren vorgebeugt werden müsse. Wenn diese Gefahren da wären, wäre ich der erste, der dafür eintreten würde, daß wir noch in diesem Jahr das Organisationsstatut änderten. Aber diese Gefahren sind im Augenblick nicht da, und ich glaube, daß, bevor der nächste Weltkrieg ausbricht, wir zu einer Aenderung des Organisationsstatuts kommen werden. Wir können in diesem Jahre die Anträge aber auch deshalb nicht annehmen, weil die Aufrollung dieser einen Frage eine Anzahl weiterer Aenderungen des Organisationsstatuts automatisch mit sich bringen muß, so des § 23 über die Kompetenzen der Kontrollkommission, des § 7 über die Zusammensetzung des Parteitages, denn es müßte dann auch der Parteiausschuß zur Teilnahme am Parteitag berechtigt sein, und des § 11, wo von den Berichten die Rede ist. Das kann man nicht alles aus dem Handgelenk

heraus ändern. In dem Augenblick, wo wir diese Aenderung vornähmen, würden alle die Fragen wieder aufgeworfen werden, die uns damals in Chemnitz beschäftigten. Jetzt ist es so, daß große und kleine Organisationen im Parteiausschuß gleich vertreten sind. Ja wir haben den Zustand, daß die großen Landesorganisationen Preußens, Sachsens und Bayerns ohne Rücksicht auf die Mitgliederzahl besonders im Parteiausschuß vertreten sind. (Auer: Entsprechend unserer Wichtigkeit. — Heiterkeit.) Das wird unter Umständen bestritten, ich weiß nicht, lieber Auer, ob das so ohne weiteres allgemein anerkannt wird. (Heiterkeit.) Wenn der Parteiausschuß eine beschließende Körperschaft wird, muß auch in bezug auf die Stellvertretung eine Aenderung eintreten.

Es kommt weiter in Betracht, daß nach § 21 der Parteiausschuß gehört werden muß in allen wichtigen, die Gesamtpartei berührenden politischen Fragen. Würde der Parteiausschuß beschließende Körperschaft werden, dann müßte man dazu übergehen, den Begriff „politische Fragen" schärfer abzugrenzen. Der Parteivorstand kann mit Freuden feststellen, daß er stets in bester Weise mit dem Ausschuß zusammengearbeitet hat, und wir möchten nicht, daß bei einer Aenderung durch Kompetenzschwierigkeiten dies Verhältnis getrübt werden könnte. Ich glaube aber auch nicht, daß es aus politischen Gründen notwendig ist, schon auf diesem Parteitag die Aenderung zu treffen. Der Parteiausschuß selbst kann sich nicht beklagen, er hat eine Bedeutung bekommen weit über das hinaus, das damals auf Vorschlag der Kommission der Chemnitzer Parteitag beschlossen hat, er hat Beschlüsse gefaßt, die geradezu geschichtliche Bedeutung bekommen haben. Ich erinnere nur an den Beschluß vom 8. und 9. April dieses Jahres, wo wir die Sowjetformel akzeptierten und in die Welt hinausgehen ließen. (Sehr richtig!)

Dann noch ein paar Bemerkungen zum Antrag 37. Ziffer a verlangt, daß Mitglieder des Parteivorstandes, die das Parteiinteresse schädigen oder Handlungen begehen, die mit demselben unvereinbar sind, auf Beschluß der Kontrollkommission ihres Amtes enthoben werden können. Der Antrag kann in dieser Fassung nicht angenommen werden und nach der Begründung von Grosse erst recht nicht. (Sehr wahr!) Was heißt es, ein Parteivorsitzender mit einem hinterhältigen Charakter muß entfernt werden? (Grosse: Sehr richtig!) An und für sich ist das sehr richtig, aber diese Fassung genügt nicht. Wir müssen verlangen, daß auch Parteivorstandsmitglieder, die beschuldigt werden, das Parteiinteresse geschädigt zu haben, im ordentlichen Verfahren darüber gehört werden. Dasselbe trifft auf Ziffer c zu, wo das gleiche für die Mitglieder der Kontrollkommission verlangt wird. Nach Ziffer b soll § 22a dahin geändert werden: „Scheidet ein Mitglied der Kontrollkommission vorzeitig aus, so hat der Parteiausschuß nach Anhörung des Parteivorstandes und der Kontrollkommission eine Ersatzwahl vorzunehmen." Ich gebe zu, daß in dieser Beziehung eine Lücke im Statut ist, insofern Ersatzwahlen zur Kontrollkommission überhaupt von keiner Körperschaft vorgenommen werden können. Ich hätte gegen diesen Antrag nichts einzuwenden, aber wenn er angenommen wird, müßte doch auch bestimmt werden, daß für den Fall des Ausscheidens eines Parteivorstandsmitgliedes die Ersatzwahl in gleicher Weise vorzunehmen sei. Im ganzen bin ich der Meinung, daß so notwendig eine Aenderung des Organisationsstatuts sein wird, wenn wir wieder einen Parteitag unter Friedensverhältnissen haben, wir doch in diesem Jahre von einer Aenderung absehen können.

Löbe-Breslau: Ich möchte mich den Ausführungen von Müller anschließen. Ich habe nur um das Wort gebeten, um Schmidt-Meißen zu fragen, mit welchem Recht er diesem Parteitag die Kompetenz abspricht. (Schmidt-Meißen:

Weil die Mehrheit der Genossen im Felde ist.) Soweit die Genossen zu Hause Wahlen vorgenommen haben, haben Sie gegen die Korrektheit nichts einzuwenden, und was die Genossen im Felde betrifft, so ist dieser Parteitag seit vier Monaten öffentlich angekündigt, länger als irgendein anderer Parteitag der deutschen Partei, weil er mehrfach verschoben werden mußte. In dieser Zeit haben zweifellos alle politischen Genossen im Felde Kenntnis davon erhalten. Gerade wir, die wir täglich ungefähr 300 Briefe aus dem Felde bekommen, haben mit großem Interesse verfolgt, ob ein einziger Genosse im Felde Einspruch gegen den Parteitag erheben würde. Es ist nicht ein einziger Fall vorgekommen, und wie ich mich eben überzeugt habe, ist auch dem Parteivorstand nicht ein einziger Brief aus dem Felde zugegangen, der Protest erhebt gegen die Rechtsgültigkeit des Parteitages. Was aber gekommen ist, sind unzählige Begrüßungsschreiben an viele einzelne von uns, die wir auf den Parteitag gingen, und wie wir aus dem Munde von Ebert gehört haben, auch an das Bureau des Parteitages. Wir wissen also, daß niemand gegen den Parteitag protestiert hat und wir dürfen aus den Zuschriften entnehmen, daß die Genossen ihn begrüßen. (Zustimmung.)

Hiermit schließt die Debatte.

Der Antrag 37 wird in Absatz b in folgender Fassung angenommen:

Scheidet ein Mitglied des Parteivorstandes oder der Kontrollkommission vorzeitig aus, so hat der Parteiausschuß nach Anhörung des Parteivorstandes und der Kontrollkommission eine Ersatzwahl vorzunehmen.

Die Absätze a und c werden abgelehnt.

Antrag 38 ist zurückgezogen.

Die übrigen Anträge sind nicht unterstützt.

Damit ist dieser Punkt der Tagesordnung erledigt.

Zur

Wahl des Ortes für den nächsten Parteitag

bemerkt **Ebert:** Ich möchte vorschlagen, einen Beschluß nicht zu fassen. (Sehr richtig!) Wir sind noch im Kriege, das Ende ist leider noch nicht abzusehen, wir wissen nicht, unter welchen Verhältnissen wir wieder einen Parteitag abhalten können. Wenn es notwendig und möglich ist, wird es natürlich geschehen, aber über den Ort bitte ich Sie, den Parteivorstand im Einvernehmen mit dem Parteiausschuß entscheiden zu lassen.

Der Parteitag schließt sich einmütig diesem Vorschlage an.

Ebert: Soweit ich übersehen kann, sind damit die Geschäfte des Parteitages erledigt. Gestatten Sie mir ein kurzes Wort zum Schluß. Zunächst ist es unsere Pflicht, unseren Würzburger Parteifreunden für ihre Gastfreundschaft aufs herzlichste zu danken. (Lebhafter Beifall.) Es ist schwierig, inmitten der Kriegsnöte eine so große Zahl von Gästen unterzubringen, zu verpflegen und die gute Erledigung der Parteitagsgeschäfte zu gewährleisten. Diese schwere Aufgabe haben unsere Würzburger Freunde vortrefflich erfüllt. (Bravo!) Alle Teilnehmer des Parteitages sind voll des Lobes über die freundliche und gute pflegliche Aufnahme, die sie hier gefunden. (Bravo!) Gern benutze ich die Gelegenheit, dafür unseren Quartierwirten, auch dem Inhaber unseres Tagungslokales, besonders zu danken. (Bravo!) Dank der guten organisatorischen Vorarbeit des Lokalkomitees und seiner umsichtigen Mithilfe konnten wir unsere umfangreichen Arbeiten glatt erledigen. — Die vielbesungene Gemütlichkeit des weingesegneten Würzburg, die eigenartigen Reize des Frankenlandes, die wir auf unserem Ausflug kennen lernten, haben dazu beigetragen, die alte schöne Kameradschaft unter den Delegierten neu zu beleben und zu festigen. Unsere Würzburger Freunde dürfen versichert

sein: wir scheiden mit den besten Erinnerungen an sie und das schöne Würzburg. (Beifall.) In diesem Sinne entbieten wir ihnen unseren Abschiedsgruß.

Auch den Mitgliedern der Ausschüsse und den Vertretern der Presse danke ich für die Arbeit, die sie dem Parteitag geleistet haben. —

Die Verhandlungen unseres Parteitages sind mit Ernst und Sachlichkeit geführt. Sie standen auf erfreulicher Höhe und haben uns alle voll befriedigt. Die Gesamttätigkeit der Partei während der letzten vier Jahre haben wir offen und vor aller Welt verhandelt. Wir hatten nichts zu verbergen, wir brauchten keiner Entscheidung auszuweichen. (Sehr richtig!) In allen großen Fragen sind klare, unzweideutige Entscheidungen herbeigeführt. Die Richtlinien für die künftige Politik der Partei sind klar und fest umrissen. Unsere feste Ueberzeugung ist, daß unsere Verhandlungen bei der Arbeiterschaft in der Heimat und an den Fronten freudigen Widerhall gefunden haben. (Zustimmung.) Das wichtigste Merkmal unserer Würzburger Tagung, der Grundzug aller Verhandlungen war die starke innere Geschlossenheit der Partei; eine feste Geschlossenheit, die uns alle mit Zuversicht, Begeisterung und Siegessicherheit erfüllt. (Lebhafte Zustimmung.) Niemand in der Partei hat den Parteitag so sehr herbeigesehnt wie die Parteileitung. Die lange Dauer des Krieges, die Unmöglichkeit einen Parteitag abhalten zu können, zwang uns, das uns übertragene Vertrauensamt weit über den festgesetzten Zeitpunkt hinaus auszuüben. Auf eigene Verantwortung hin mußten wir vielfach schwierige Entscheidungen treffen, die in normaler Zeit dem Parteitag vorbehalten waren. Um so mehr erfüllt es uns mit Genugtuung, nun für unsere Tätigkeit die volle Zustimmung des Parteitages gefunden zu haben. —

Noch einmal haben wir hier die Stellung der Partei zu den Kriegsfragen gründlich erörtert, noch einmal ist das Für und Wider ernst und sachlich erwogen worden. Wenn in der Presse, besonders in der alldeutschen, der Beschluß des Parteitages in dem Sinne ausgelegt wird, er verlange die Kreditbewilligung unter allen Umständen, so ist diese Auslegung durchaus falsch. (Sehr wahr!) Die Partei wird auch in Zukunft bei jeder Kreditforderung prüfen, ob die Voraussetzungen der Bewilligung gegeben sind. (Sehr richtig!)

Parteigenossen! Die Entscheidung des Parteitages über die so sehr umstrittene Stellung zum Kriege ist mit überwältigender Mehrheit erfolgt. Nun ist die bisherige Haltung der Reichstagsfraktion in der Partei fest verankert. Jetzt gilt es, die bisher geführten Meinungskämpfe zurücktreten zu lassen, den Blick vorwärts zu richten. Unsere Hauptarbeit lag in den Verhandlungen über die nächsten Aufgaben der Partei. Ihr Höhepunkt war das Referat Scheidemanns. Will Deutschland seine Stellung in der Weltwirtschaft wieder erringen, dann muß seine Volkswirtschaft neu aufgebaut werden. Dieser Aufbau muß getragen und gefestigt werden von großzügiger, tiefgreifender Sozialpolitik. Was hier zur Sicherung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der Arbeiter geschehen muß, hat der Parteitag entschieden zum Ausdruck gebracht. Die ungeheuerlichen finanziellen Lasten des Krieges sind nur zu tragen, wenn sie zunächst jenen aufgebürdet werden, für die der Krieg Gewinn brachte. Aber auch der Besitz, den der Krieg erhalten, der durch den Krieg geschützt worden ist, muß im stärksten Maße zu den Lasten herangezogen werden. (Sehr richtig!)

Vor allem aber muß das neue Deutschland ein freies Deutschland sein! (Lebhafte Zustimmung.) Frei von allen Klassenprivilegien, frei von allen politischen und geistigen Hemmungen und Bevormundungen. Freie Entfaltung unserer vollen Volkskraft auf allen Gebieten ist für die Arbeiterklasse und das Reich Lebensnotwendigkeit. (Erneute lebhafte Zustimmung.)

Mit ernstem Nachdruck hat der Parteitag mehrfach auf die große Verantwortung hingewiesen, die hier auf der Regierung lastet. Man soll sich nicht täuschen über die große Gefahr, wenn es hier zu Enttäuschungen kommen sollte. (Sehr richtig!) Auch das, was der Parteitag nicht ausgesprochen hat, ist charakteristisch für die Haltung der Partei.

Parteigenossen! Rückhaltlos haben wir unsere Beziehungen zur proletarischen Internationale besprochen. Der Haß, der allenthalben in der Welt Orgien feiert, hat Zugang zu unseren Herzen nicht gefunden. (Sehr richtig!) Seiner Unfruchtbarkeit setzen wir die Liebe und Achtung entgegen, die allein imstande ist, aufzubauen den Bund der freien Völker, die allein imstande ist, aufzubauen die Macht, die der Welt den Frieden erkämpfen und sichern kann! (Lebhafte Zustimmung.) Verblendung hat zur Spaltung der Sozialdemokratie Deutschlands geführt. Möge das klare Auge der deutschen Arbeiter sich nicht trüben lassen durch den Nebel unwahrer Phrasen! Die Arbeiterbewegung muß ein einziger Strom sein, auf dem unser Schiff stolz in das Meer der Zukunft hinausgleitet. Mit dem festen und entschlossenen Willen, dafür unser bestes einzusetzen, wollen wir uns trennen mit dem alten Ruf: Die völkerbefreiende Sozialdemokratie, sie lebe hoch! (Die Teilnehmer des Parteitages haben sich erhoben, stimmen begeistert dreimal in das Hoch ein und singen stehend den ersten Vers der Arbeitermarseillaise.)

Schluß 10½ Uhr.

Präsenzliste des Parteitages.

Name	Wohnort	Bezeichnung des Wahlkreises oder der Stellung in der Partei, die nach dem Organisationsstatut zur Teilnahme berechtigt
Adelung, Bernh.	Mainz	Mainz-Oppenheim
Adler, Eduard	Kiel	6. schleswig-holsteinischer Wahlkreis
Andratschke, Luise	Kiel-Gaarden	7. schleswig-holsteinischer Wahlkreis
Antrick, Otto	Braunschweig	M. d. R.
Appel, Ludwig	Ingolstadt	Ingolstadt
Arndt, Gottlieb	Leopoldshall	Anhalt II
Arnemann, Hermann	Geestemünde	19. hannoverscher Wahlkreis und Stadt Bremerhaven
Auer, Erhard	München	München I
Bartels, Friedrich	Berlin	Parteivorstand
Bartels, Heinrich	Dortmund	Dortmund-Hörde
Barth, Adolf	Senftenberg	Kalau-Luckau
Baßler, Karl	Heilbronn	3. württembergischer Wahlkreis
Baudert, F. A.	Weimar	M. d. R., Parteiausschuß
Bauer, Gustav	Berlin-Neukölln	M. d. R.
Behle, Karl	Bremen	7. hannoverscher Wahlkreis
Beims, Hermann	Magdeburg	Magdeburg
Benz, Wilhelm	Heidenheim	14. württembergischer Wahlkreis
Bielitz, Oswald	Freiberg i. S.	9. sächsischer Wahlkreis
Billian, Albert	Kiel	7. schleswig-holsteinischer Wahlkreis
Bischoff, C.	Altona	8. und 10. schleswig-holst. Wahlkreis
Blos, Anna	Stuttgart	15. württembergischer Wahlkreis
Blos, Wilhelm	Stuttgart	M. d. R.
Blume, Georg	Hamburg	Hamburg II
Boeske, Emil	Neukölln	Ruppin-Templin
Böhle, Bernhard	Straßburg i. E.	M. d. R.
Bohl, Georg	Nürnberg	Nürnberg-Altdorf
Brandenburg, Ernst	Stendal	Salzwedel-Gardelegen
Braun, Dr. Adolf	Nürnberg	Nürnberg-Altdorf
Braun, Otto	Berlin	Parteivorstand
Braune, Ernst	Radeberg (Sachsen)	4. sächsischer Wahlkreis
Brandes, Alwin	Magdeburg	M. d. R.
Brecour, Wilhelm	Kiel	7. schleswig-holsteinischer Wahlkreis
Brey, August	Hannover	M. d. R.
Brinkmann, Emil	Roßlau	Anhalt I
Bromme, William	Lübeck	Lübeck
Brückner, Eugen	Berlin	Friedeberg-Arnswalde
Brühne, Friedrich	Frankfurt a. M.	Kontrollkommission
Buck, Wilhelm	Dresden	M. d. R.
Budde, Ewald	Lüdenscheid	Altena-Iserlohn
Buhl, Karl	Leipzig	Parteiausschuß
Burgau, Michael	Regensburg	Straubing
Cohen, Adolf	Berlin	Züllichau-Crossen
Cohen, Max	Neubabelsberg	M. d. R.
Cohn, Hugo	Görlitz	Löwenberg
Cunow, Heinrich	Berlin	„Neue Zeit“
David, Eduard	Berlin	M. d. R.
David, Ernst	Posen	Posen (Ost und West)
Davidsohn, Georg	Berlin	M. d. R.
Deichmann, Karl	Bremen	M. d. R.

Name	Wohnort	Bezeichnung des Wahlkreises oder der Stellung in der Partei, die nach dem Organisationsstatut zur Teilnahme berechtigt
Deist, Heinrich	Dessau	Anhalt I, Dessau-Zerbst
Demtröder, Ewald	Lünen	Dortmund-Hörde
Diefenbach, Wilhelm	Güstrow	Güstrow i. M.
Dietrich, Karl	Breslau	Liegnitz-Goldberg
Dietz, Wilhelm	Langendiebach	Hanau-Gelnhausen
Dittrich, Wilhelm	Rostock	Mecklenburg-Schwerin V
Donath, Hans	Bremen	Bremen
Dorschu, Leonhard	Frankfurt a. M.	Marburg-Frankenberg
Dröner, Ernst	Elberfeld	Elberfeld-Barmen
Dubber, Erdmann	Hamburg	Hamburg I
Eberle, Hugo	Görlitz	Bunzlau-Lüben und Sagan-Sprottau
Ebert, Fritz	Berlin	Parteivorstand
Eckardt, Heinrich	Salzungen i. M.	Meiningen I
Eckert, Hans	Kitzingen	Kitzingen
Ehrler, Lorenz	Ravensburg	17. württembergischer Wahlkreis
Ellerkmann, H.	Massen	Hamm-Soest
Emmel, L.	Mülhausen i. Elsaß	M. d. R.
Endler, O.	Mittweida	15. sächsischer Wahlkreis
Engler, Wilh.	Freiburg i. B.	Freiburg (5. Bad. Wahlkreis)
Ernst, Eug.	Berlin	Kontrollkommission
Ettwein, Mathias	Offenburg i. B.	7. badischer Wahlkreis (Offenburg)
Evers, Elise	Linden	Hannover-Linden
Ewald, Ferdinand	Berlin	M. d. R.
Exner, Robert	Herischdorf	Hirschberg-Schönau
Faber, Emil	Frankfurt a. O.	Frankfurt-Lebus
Faißt, Mathäus	Villingen	Donaueschingen-Villingen (2. bad. W.)
Feuerstein, Franz	Stuttgart	M. d. R.
Fischer, Friedrich	Stuttgart	13. württembergischer Wahlkreis
Fischer, Gottlieb	Cannstatt	Cannstatt
Fischer, Gustav	Hannover	M. d. R.
Fischer, Heinrich	Weimar	Weimar I
Fischer, Oswald	Greiz	Reuß ä. L. und j. L.
Fischer, Richard	Berlin	M. d. R.
Fischer, Rudolf	München	München II
Fischer, Theodor	Berlin	Parteiausschuß
Flaig, Math.	Schwenningen	9. württembergischer Wahlkreis
Frank, Otto	Berlin	Berlin VI
Franz, Julius	Waldenburg i. Schles.	Waldenburg i. Schles.
Freudenberger, Felix	Würzburg	Würzburg-Heidingsfeld
Frohme, Karl	Hamburg	M. d. R.
Fuchs, Richard	Straßburg	M. d. R.
Galle, Otto	Guben	Guben-Lübben
Gallenmüller, Georg	München	München II
Garbe, Hermann	Halle a. S.	Halle und Saalkreis
Geck, Oskar	Mannheim	M. d. R.
Gehl, Julius	Danzig	Danzig (Stadt und Land)
Gehrhard, Ernst	Pößneck	Sachsen-Meiningen II
Geiselhart, Otto	Burgau	Dillingen
Gentner, Hans	Pegnitz	Forchheim-Kulmbach
Giebel, Karl	Pankow	M. d. R.
Giermann, Karl	Nürnberg	Nürnberg-Altdorf
Girbig, Emil	Berlin	Rothenburg-Hoyerswerda
Glattbach, Heinrich	Mülhausen i. E.	Mülhausen II (Elsaß-Lothringen)
Gorgas, Albert	Magdeburg	Magdeburg
Götzer, Heinrich	Kempten	Immenstadt
Gradnauer, Georg	Dresden	M. d. R.
Graßl, Alois	Landshut	Landshut-Bilsbiburg-Dingolfing
Grenz, Ernst	Leipzig	M. d. R.
Grischkat, Friedrich	Göppingen	10. württembergischer Wahlkreis
Grotzer, Max	Neukölln	Teltow-Beeskow-Storkow-Charlottenb.

Name	Wohnort	Bezeichnung des Wahlkreises oder der Stellung in der Partei, die nach dem Organisationsstatut zur Teilnahme berechtigt
Grosse, Berthold	Hamburg	Hamburg III
Gruenwaldt, L.	Hamburg	Hamburg I
Güldenberg, Mathias	Hamburg	Hamburg III
Günther, Max	Bernburg	Anhalt II (Bernburg)
Günther, Oskar	Putznitz	Bautzen-Kamenz
Güth, Louis	Erfurt	Erfurt-Schleusingen-Ziegenrück
Haberland, Karl	Barmen	M. d. R.
Hackelberg, Rudolf	Altona-Ottensen	6. schleswig-holsteinischer Wahlkreis
Haese, Otto	Wiesbaden	Wiesbaden-Rheingau-Untertaunus
Hahn, Karl	Mannheim	Parteiausschuß
Hamann, Max	Dresden-Altstadt	5. sächsischer Wahlkreis
Hausmann, Heinr.	Eichlinghofen	Dortmund-Hörde
Hartmann, Friedr.	Mühlhausen i. Odw.	Erbach-Bensheim
Hartmann, Herm.	Neustadt a. Haardt	2. pfälzischer Wahlkreis
Hartmann, Otto	Höchst a. Main	Höchst-Homburg
Hasenzahl, Ludw.	Erbach (Hessen)	M. d. R.
Hatzky, Fr.	Werden	6. hannoverscher Wahlkreis
Haubold, Emil	Chemnitz	16. sächsischer Wahlkreis
Hauschildt, Rich.	Cassel	Cassel-Melsungen
Hefter, Ernst	Mühlhausen i. Thür.	Mühlhausen-Langensalza-Weißensee
Hengsbach, Kl.	Köln a. Rh.	Kontrollkommission
Hertwig, Max	Dresden	6. sächsischer Wahlkreis
Hetzschold, Karl	Berlin	Ost-Priegnitz
Heymann, Berthold		Redaktion des „Wahren Jacob"
Hierl, Mich.	Schwabach	M. d. R.
Hildenbrand, Karl	Hamburg	M. d. R.
Hoch, Gustav	Hanau	M. d. R.
Hörschelmann, Adolf	Jena	Weimar III
Hofmann, Artur	Rudolstadt	M. d. R.
Hoffmann, Joh.	Kaiserslautern	M. d. R.
Hüffmeier, Emil	Hamburg	Hamburg III
Hüttmann, Heinr.	Frankfurt a. M.	M. d. R.
Hug, Paul	Rüstringen	2. oldenburgischer Wahlkreis
Hügel, Karl	Bayreuth	M. d. R.
Jäckel, Hermann	Berlin	M. d. R.
Jahn, Ernst	Zielenzig	Ost- und West-Sternberg
Jahnke, Fritz	Linden	Hameln-Springe
Jakobsen, Johann	Lockstedt	6. schleswig-holsteinischer Wahlkreis
Jeuthe, Gustav	Dessau	Dessau-Zerbst
Jochmann, August	Zittau	Zittau
Ischinger, Hans	München	Traunstein
Jünger, Otto	Eckernförde	Schleswig-Eckernförde
Juchacz, Marie	Berlin	Redaktion der „Gleichheit"
Kahmann, Hermann	Potschappel	6. sächsischer Wahlkreis
Kanter, H.	Wismar	2. mecklenburgischer Wahlkreis
Käppler, Hermann	Berlin	M. d. R.
Kartenberg, Karl	Radbod	Beckum-Lüdinghausen
Katzenstein, Simon	Charlottenburg	Stralsund-Rügen
Kaul, Georg	Offenbach a. M.	Offenbach-Dieburg
Keidel, Philipp	Pirmasens	Zweibrücken-Pirmasens
Keil, Wilhelm	Ludwigsburg	M. d. R.
Kenngott, Gottlieb	Eßlingen	Eßlingen
Kirchmayer, Josef	Lechhausen	Aichach-Friedberg-Dachau
Klingler, Karl	Berlin	Berlin IV
Klose, Adolf	Königshütte	Bezirk Oberschlesien
Kluger, Josef	Neustadt Ober-Schl.	Neustadt-Falkenberg-Brieg
Knieriem, Konrad	München	Kehlheim
Koch, Julius	Magdeburg	Wanzleben
König, Max	Dortmund	M. d. R.
Kolaß, Karl	Bonn	Bonn-Rheinbach, Neuwied, Koblenz-St. Goar, Mayen-Ahrweiler

Name	Wohnort	Bezeichnung des Wahlkreises oder der Stellung in der Partei, die nach dem Organisationsstatut zur Teilnahme berechtigt
Kolb, Wilhelm	Karlsruhe	Karlsruhe-Bruchsal, 10. bad. Wahlkreis
Köppen, Franz	Rathenow	Brandenburg-Westhavelland
Körner, Bruno	Ludwigshafen	Parteiausschuß
Körsten, Alwin	Berlin	Randow-Greifenhagen
Krätzig, Hermann	Berlin	M. d. R.
Kriese, Friedrich	Königsberg	Königsberg
Kröger, Wilhelm	Rostock	1. mecklenburgischer Wahlkreis
Krüger, Franz	Köpenick	Teltow-Beeskow-Storkow-Charlottenb.
Krüger, Josef	Malchin	Mecklenburg-Schwerin IV
Kühn, Gustav	Friedberg	Friedberg-Büdingen
Kühn, Otto	Dresden	Parteiausschuß
Kuhnert, Paul	Lößnitz	19. sächsischer Wahlkreis
Kunze, Alex.	Stettin	Stettin
Kürbis, H.	Altona	4. schleswig-holsteinischer Wahlkreis
Kurt, Hedwig	Dresden	6. sächsischer Wahlkreis
Kurz, J.	Reutlingen	6. württembergischer Wahlkreis
Lamprecht, Fritz	Stendal	Stendal-Osterburg
Landsberg, O.	Magdeburg	M. d. R.
Lauer, Oswald	Aschaffenburg	Aschaffenburg
Leber, Herm.	Jena	Eisenach-Dermbach
Legien, Karl	Berlin	M. d. R.
Lehmann, Gustav	Frankfurt	Wetzlar-Altenkirchen
Leinert, Robert	Hannover	Hannover-Linden
Lensch, Paul Dr.	Berlin	M. d. R.
Leonhard, Wilh.	Haspe i. W.	Hagen-Schwelm
Lesche, Friedrich	Hamburg	17. hannoverscher Wahlkreis
Lesser, Hermann	Berlin	Berlin V
Leutert, Paul	Apolda	M. d. R.
Lindemann, Dr. Hugo	Stuttgart-Degerloch	12. württemb. Reichstagswahlkreis
Litzinger, Konrad	Minden i. W.	Minden-Lübbecke
Löbe, Paul	Breslau	Breslau-Ost und -West
Lucht, Franz	Berlin	Berlin I
Lübbring, Jos.	Königsberg	Königsberg-Land und Oletzko-Lyck-Johannisburg
Meerfeld, Joh.	Köln	M. d. R.
Mehnert, Bruno	Chemnitz	Parteiausschuß
Meier, Richard	Zwickau	Zwickau (18. sächsischer Wahlkreis)
Meister, Heinrich	Rüstringen	2. oldenburgischer Wahlkreis
Mellert, D.	Rastatt	Bühl-Baden-Rastatt (8. bad. Wahlkr.)
Menke, Albert	Burgdamm	18. hannoverscher Wahlkreis
Metzger, Centa	München	München I
Metzschke, Alfred	Altenburg i. S.	Sachsen-Altenburg
Meyer, Ernst	Lüneburg	Lüneburg
Meyer, Julius	Rüstringen	3. oldenburgischer Wahlkreis
Michelsen, Peter	Flensburg	Flensburg-Apenrade-Sonderburg
Miß, Konrad	Köln-Mülheim	Mülheim-Wipperfürth-Gummersbach
Molkenbuhr, Hermann	Berlin	Parteivorstand
Müller, Adolf	München	München I
Müller, Heinrich	M.-Gladbach	M.-Gladbach-Stadt und Land, Kempen und Cleve-Geldern
Müller, Hermann	Lichtenberg	Niederbarnim
Müller, Hermann	Berlin	Parteivorstand
Müller, Karl	Mörs	Mörs-Rees
Müller, Max	Chemnitz	16. sächsischer Wahlkreis (Chemnitz)
Mylau, Otto	Leipzig	12. und 18. sächsischer Wahlkreis
Nagele, Anton	Memmingen	Illertissen
Neumann, Hermann	Offenbach a. M.	Alsfeld-Lauterbach
Nimmerfall, Hans	Pasing	Pfarrkirchen
Nitsch, Richard	Magdeburg	Wolmirstedt-Neuhaldensleben
Nöllinger, Josef	Hanshem	Rosenheim
Noske, Gustav	Chemnitz	M. d. R.

Name	Wohnort	Bezeichnung des Wahlkreises oder der Stellung in der Partei, die nach dem Organisationsstatut zur Teilnahme berechtigt
Ohlendorf, Fritz	Braunschweig	Braunschweig I
Ostertag, Konstantin	Düsseldorf	Düsseldorf
Otto, Ernst	Rudolstadt	Schwarzburg-Rudolstadt
Paeplow, Fritz	Hamburg	Hamburg III
Paetzel, Wilh.	Neukölln	Landsberg-Soldin
Panzer, Joh.	Bayreuth	Bayreuth-Wunsiedel
Peirotes, Jakob	Straßburg	Colmar i. E.
Peikert, Alfred	Breslau	Breslau-Ost und West
Petzold, Richard	Netzschkau i. V.	22. sächsischer Wahlkreis
Peus, Heinrich	Dessau	Brandenburg-Westhavelland
Pfalzgraf, Mich.	Penzberg	Weilheim
Pfannkuch, Wilh.	Berlin	Parteivorstand
Pflüger, Albert	Stuttgart	Stuttgart
Pieper, Heinr.	Detmold	Lippe und Schaumburg-Lippe
Pieper, Wilh.	Spandau	Potsdam-Osthavelland
Pinkau, Karl	Leipzig	M. d. R.
Poetzsch, Hugo	Berlin	Parteiausschuß
Pohl, August	Berlin	Berlin III
Polter, Wilh.	Kiel	Kiel-Rendsburg
Profit, Friedrich	Ludwigshafen	Ludwigshafen
Proll, Gustav	Landeshut	Jauer-Landeshut-Bolkenhain
Prüll, Sebastian	Hannover	Hannover-Linden
Quarck, Max	Frankfurt a. M.	M. d. R.
Quessel, Dr. Ludw.	Darmstadt	M. d. R.
Raab, Georg	Pfungstadt	Darmstadt-Groß-Gerau
Rädonte, Herm.	Hersfeld	Hersfeld-Hünfeld-Rotenburg
Rauch, Fr.	Linden-Hannover	M. d. R.
Rechtien, Bernh.	Worms a. Rh.	Worms-Heppenheim-Wimpfen
Reese, Gottlieb	Oldenburg	1. oldenburgischer Wahlkreis
Reißhaus, P.	Erfurt	M. d. R., Parteiausschuß
Reitze, Johanna	Hamburg	Hamburg III
Remmele, Adam	Mannheim	11. badischer Wahlkreis (Mannheim)
Renner, Ludw.	Augsburg	Donauwörth-Nördlingen
Richter, Gustav	Lahr (Baden)	Lahr-Wolfach, 6. badischer Wahlkreis
Ricke, Heinr.	Braunschweig	Wolfenbüttel-Helmstedt
Rochsburg, Gg.	Plauen i. V.	23. sächsischer Wahlkreis
Röttger, H.	Einbeck	Einbeck-Osterode
Roth, Bruno	Werdau i. S.	18. sächsischer Wahlkreis
Rynek, Elfriede	Berlin-Treptow	Teltow-Beeskow-Storkow-Charlottenb.
Sachse, Hermann	Bochum	M. d. R.
Sailer, Alex	Luckenwalde	Zauch-Belzig-Jüterbog-Luckenwalde
Salzbrunn, Th.	Burgsteinfurt i. W.	Steinfurt-Ahus-Tecklenburg und Münster-Coesfeld
Säckler, Joh.	Schweinfurt	Schweinfurt
Schaal, Hugo	Solingen	Solingen
Schacht, Wilhelm	Goslar	Goslar-Zellerfeld-Ilfeld
Schadow, Wilhelm	Kottwitz	Cottbus-Spremberg
Schäfer, Valentin	Saarbrücken	Saarbrücken
Scharr, Gottfold	Oberndorf a. N.	8. württembergischer Wahlkreis
Scheidemann, Philipp	Berlin	Parteivorstand
Scherffig, Adolf	Riesa	7. sächsischer Wahlkreis
Schieck, Oskar	Schwarzenberg	Annaberg-Eibenstock
Schikorr, Friedrich	Königsberg	Gumbinnen-Insterburg
Schilling, Minna	Döbeln	10. sächsischer Wahlkreis
Schimming, Max	Dresden	4. sächsischer Wahlkreis
Schirmer, Georg	Fürth	Fürth-Erlangen-Hersbruck-Lauf
Schleicher, Emil	Meerane	17. sächsischer Wahlkreis
Schluchtmann, Wilh.	Duisburg	Duisburg-Mülheim-Oberh.-Hamb.
Schlüter, Wilh.	Herford	Herford-Halle

Name	Wohnort	Bezeichnung des Wahlkreises oder der Stellung in der Partei, die nach dem Organisationsstatut zur Teilnahme berechtigt
Schmaller, Emil	Kaiserslautern	6. pfälzischer Wahlkreis
Schmid, Eduard	München	Deggendorf
Schmidt, Hans	Herten	Borken-Recklinghausen
Schmidt, Richard	Berlin	Königsberg-Neumark
Schmidt, Robert	Berlin	M. d. R.
Schmidt, Richard	Meißen	M. d. R.
Schmitt, Franz	München	M. d. R.
Schneider, Heinrich	Hannover	Celle-Peine-Gifhorn
Schöne, Gustav	Meißen	7. sächsischer Wahlkreis
Schönwälder, Wilh.	Ober-Langenbielau	Reichenbach-Neurode
Schöpflin, Georg	Berlin	M. d. R.
Scholich, Gustav	Breslau	Ohlau-Oels-Guhrau
Scholz, Gustav	Breslau	Breslau-Land-Neumarkt
Schreck, Karl	Bielefeld	Bielefeld-Wiedenbrück
Schröder, Karl	Hamburg	Hamb. Buchdruckerei und Verlagsanstalt Auer u. Co. in Hamburg
Schröder, Heinrich	Berlin	Berlin II
Schubach, Adam	Heidelberg	Heidelberg-Eberbach, 12. bad. Wahlkreis
Schuberth, Kurt	Grotzsch	14. sächsischer Wahlkreis
Schulz, Heinrich	Berlin	M. d. R., Zentral-Bildungsausschuß und Redaktion der „Gleichheit"
Schulz, Wilhelm	Bromberg	Czarnikau-Kolmar-Filehne-Schneidemühl
Schumann, Oswald	Berlin	M. d. R.
Seelmann, Josef	Kronach	Kronach-Lichtenfels
Seemann, Friedrich	Königsberg i. Pr.	Memel-Heydekrug und Tilsit-Niederung
Sewering, Karl	Bielefeld	Bielefeld-Wiedenbrück
Siebow, Otto	Brandenburg	Brandenburg-Westhavelland
Siebrecht, August	Holzminden	Braunschweig III
Sering, Wilhelm	Berlin	Westpriegnitz
Silberschmidt, Herm.	Köpenick	M. d. R.
Simon, Georg	Augsburg	Augsburg
Sollmann, Wilhelm	Köln	Köln-Stadt und -Land
Sommer, Moritz	Forst	Sorau-Forst
Sperka, Karl	Stuttgart	4. württembergischer Wahlkreis
Spiegel, Karl	Düsseldorf	M. d. R.
Springer, Robert	Amberg	Amberg
Stahl, Emil	Spandau	M. d. R.
Staiber, Wilhelm	Bruchsal	13. badischer Wahlkreis
Stampfer, Friedrich	Berlin	Redaktion des „Vorwärts"
Stegner, Johann	Coburg	Coburg
Stelling, Joh.	Lübeck	Lübeck
Stendel, Herm.	Burg b. Magdeb.	Jerichow I und II
Steitz, Joh.	Bamberg	Bamberg-Herzogenaurach
Stille, Wilhelm	Linden	Hannover-Linden
Stoessel, Paul	Bromberg	Bromberg
Stolten, Otto	Hamburg	M. d. R.
Strobel, Georg	Mannheim	Mannheim-Weinh., 11. bad. Wahlkreis
Strößner, Adam	Nürnberg	Ansbach-Schwabach
Stubbe, Heinrich	Hamburg	Kontrollkommission
Stücklen, Daniel	Berlin	M. d. R.
Stühmeyer, Karl	Bochum	Bochum-Gelsenkirchen-Hattingen-Witten
Südekum, Dr. Alb.	Berlin-Zehlendorf	M. d. R.
Taubadel, Paul	Görlitz	M. d. R.
Tesch, Johanna	Frankfurt a. M.	Frankfurt a. M.
Tesch, Johann	Wolgast	Greifswald-Grimmen
Thiele, Adolf	Halle	M. d. R., Naumburg-Zeitz
Thielemann, Karl	Düsseldorf	Melle-Diepholz
Thien, Heinr.	Emden	1. hannoverscher Wahlkreis
Thöne, Georg	Kassel	M. d. R.
Thomas, Herm.	Altona	Altona (8. u. 10. schlesw.-holst. Wahlkr.)
Timm, Johannes	München	Kontrollkommission

Name	Wohnort	Bezeichnung des Wahlkreises oder der Stellung in der Partei, die nach dem Organisationsstatut zur Teilnahme berechtigt
Töneböhn, Heinr.	Recklinghausen	Borken-Recklinghausen
Treumann, Wilh.	Hildesheim	Hildesheim
Uhlig, Paul	Ehrenfriedersdorf	20. sächsischer Wahlkreis
Ulrich, Karl	Offenbach a. M.	M. d. R.
Vesper, Otto	Osnabrück	Osnabrück
Vetters, Friedrich	Gießen	Gießen-Nidda
Voigt, August	Dresden	5. sächsischer Wahlkreis
Vollnhals, Karl	München	Wasserburg
Wagner, Helena	Chemnitz	16. sächsischer Wahlkreis
Waigand, Ludwig	Bremen	Bremen
Walther, Max	Lausamholz	Neunburg v. W.
Wasner, Otto	Stuttgart	7. württembergischer Wahlkreis
Weber, Frd.	Durlach	9. badischer Wahlkreis (Pforzheim)
Weber, Paul	Halberstadt	Oschersleben-Halberstadt-Wernigerode
Wedemeyer, Fr.	Göttingen	Göttingen
Weikart, Herm.	Zeitz	Naumburg-Weißenfels-Zeitz
Weinheber, Paul	Hamburg	Hamburg II und Plön-Oldenburg
Wels, Otto	Berlin	Parteivorstand
Weißmann, A.	Freiburg i. B.	3. bad. Wahlkr. Schopfheim-Säckingen
Weyers, Caesar	Essen	Essen
Wiesner, Wilh.	Hamburg-Bergedorf	Hamburg III
Winkelmann, Karl	Bremen	5. schleswig-holsteinischer Wahlkreis
Winnig, Aug.	Hamburg	8. u. 10. schleswig-holsteinischer Wahlkr.
Wirth, Robert	Dresden	4. sächsischer Wahlkreis
Wissell, Rudolf	Berlin	Referent
Wittich, Heinr.	Frankfurt a. M.	Frankfurt a. M.
Wizorowski, Gg.	Staßfurt	Quedlinburg-Aschersleben-Calbe
Wunderlich, Rob.	Regensburg	Regensburg
Wuschick, Adolf	Lichtenberg	Prenzlau-Angermünde
Zeumer, Paul	Penzig O.-L.	Görlitz-Lauban
Zink, Gg.	Niederingelheim	Bingen-Alzey
Zörgiebel, Karl	Köln	Parteiausschuß
Zopf, Philipp	Eberswalde	Oberbarnim

Wortlaut der auf dem Parteitage angenommenen Anträge.

Beilegung des Parteistreits.

Im Bewußtsein der unbedingten Notwendigkeit einer ungebrochenen Front — eine Notwendigkeit, die für die kommenden schweren Kämpfe der Arbeiterschaft auf politischem, wirtschaftlichem und kulturellem Boden Voraussetzung jeder erfolgreichen Wirksamkeit ist, fordert der Parteitag alle Genossen auf, den Willen zur Parteieinheit zu stärken und diesem Willen alle anderen Gegensätze zu unterwerfen. Nur so kann dem sinnwidrigen Zustande ein Ende bereitet werden, daß unsere Bewegung, die immer Ausdruck eines auf die Zukunft gerichteten Strebens war, sich um etwa verscherzte Gelegenheiten der Vergangenheit zankt und um diesen Zank auf dem Sprunge steht, wichtige Gegenwarts- und Zukunftsmöglichkeiten der Arbeiterschaft zu verspielen.

Eine Partei, die für die Verständigung der Völker wirkt und für den Frieden der Nationen eintritt, darf nicht um Mittel und Wege verlegen sein, in die eigenen Reihen einheitlichen Sinn und Willen, unbeschadet der abweichenden Auffassungen im Einzelfall, zu bringen.

Es ist eine der wichtigsten Aufgaben der Zeit, den Parteistreit beizulegen, indem das große Ziel unserer Bewegung wieder ins Gesichtsfeld der Massen gerückt wird — die einheitliche Aktion der Proletarier aller Länder!

In diesem Sinne beauftragt der Parteitag alle Parteiorganisationen und vor allem die Parteipresse und den Parteivorstand bei günstiger Gelegenheit zu handeln.

Verfassung in Mecklenburg.

Der Parteitag wolle beschließen, die sozialdemokratische Fraktion im Reichstage zu beauftragen, dahin zu wirken, die Mecklenburgische Verfassungsfrage im Reichstage auf Grundlage des allgemeinen, gleichen und geheimen Wahlrechts zur Verhandlung zu bringen.

Aufhebung des Belagerungszustandes. — Arbeiterschutzgesetz.

1. Der Parteitag wolle beschließen: Parteivorstand und Reichstagsfraktion mögen alle Kraft einsetzen, daß der Belagerungszustand aufgehoben wird.
2. Der Parteitag wolle beschließen: Parteivorstand und Reichstagsfraktion wollen dahin wirken, daß die Arbeiterschutzbestimmungen bald wieder in Kraft gesetzt werden.

Staats- und Gemeindebeamte.

Der Parteitag ersucht den Parteivorstand, unsere parlamentarischen Fraktionen, Presse und Parteiorganisationen, sich mit der Lage der Staats- und Gemeindebeamten zu beschäftigen. Insbesondere sind den Fragen der Besoldung, der Arbeitsweise und der Wahrung der staatsbürgerlichen Rechte größere Aufmerksamkeit zuzuwenden.

Amnestie-Erlaß.

Der Parteitag beschließt: Parteivorstand und Reichstagsfraktion sollen von der Reichsregierung eine völlige Amnestie und sofortige Freilassung aller wegen politischer Vergehen verurteilten und inhaftierten Personen verlangen.

Der Parteitag ersucht ferner den Parteivorstand, auch auf eine solche Amnestie hinzuwirken, die alle diejenigen umfassen soll, die in einer durch die Kriegsverhältnisse hervorgerufenen Notlage strafbare Handlungen begangen haben.

Das Organisationsstatut wie folgt zu ändern:

Ausscheiden eines Mitgliedes aus dem Vorstand.

§ 22a. Scheidet ein Mitglied des Parteivorstandes oder der Kontrollkommission vorzeitig aus, so hat der Parteiausschuß nach Anhörung des Parteivorstandes und der Kontrollkommission eine Ersatzwahl vorzunehmen.

Wiederaufnahme in die Partei:

Hermann Spahn in Gröba, Eugen Haueisen in Neukölln, Kondziemik in Kattowitz.

Parteieinheit.

Durchdrungen von der Ueberzeugung, daß eine erfolgreiche Wirksamkeit der Arbeiterbewegung nur durch ihre Geschlossenheit und Einheitlichkeit möglich ist, teilt und unterstützt der Parteitag alle Bestrebungen, die auf die Herbeiführung der Parteieinheit gerichtet sind. Die Parteieinheit setzt in einer demokratischen Partei bei größter Duldung aller Meinungsverschiedenheiten jedoch die Unterordnung der Minderheit unter die Beschlüsse der Mehrheit voraus. Wer diesen Grundsatz nicht anerkennt, verneint eine der Lebensquellen der Partei, die alle Kräfte zu einem einheitlichen Wollen zusammenfassen muß. Alle Bestrebungen auf Herstellung der Parteieinheit müssen deswegen die Forderung auf Anerkennung des Mehrheitsprinzips in sich schließen.

Das beste Mittel zur Herbeiführung der Parteieinheit erblickt der Parteitag in der Stärkung der sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Er fordert darum die klassenbewußte Arbeiterschaft Deutschlans auf, sich ihr anzuschließen. Die Ausbreitung ihrer geschlossenen Organisation bildet die sicherste Gewähr dafür, daß die schweren politischen Kämpfe der Zukunft erfolgreich für die Arbeiterschaft ausgehen werden.

Mit der Annahme dieser Entschließung hält der Parteitag die Anträge 3—14 für erledigt.

Einheitliches Auftreten in Parlamenten.

Der Parteitag macht den parlamentarischen Vertretungen der Partei ein einheitliches geschlossenes Auftreten in den Parlamenten zur Pflicht.

Hilfsdienstgesetz.

Der Parteitag beauftragt den Parteivorstand und die Reichstagsfraktion, dafür zu wirken, daß allen Personen, die in Anwendung des Hilfsdienstgesetzes oder anderer militärischer Anordnungen außerhalb des Ortes ihres Unterstützungswohnsitzes tätig sind, der erlangte Unterstützungswohnsitz dort auch dann erhalten bleibt, wenn die Ortsabwesenheit länger als ein Jahr dauern sollte.

Kreditbewilligung.

Der Parteitag erklärt: Mehr als drei Jahre währt der unheilvolle Weltkrieg und immer noch sind die herrschenden Mächte außerstande, den Ausweg zur Herbeiführung des Friedens zu finden.

Die sozialdemokratische Partei Deutschlands hat sich in Uebereinstimmung mit ihren Grundsätzen zur Pflicht der Verteidigung ihres Landes bekannt.

Das war eine harte Notwendigkeit, um eine Niederlage Deutschlands und eine dauernde wirtschaftliche Verelendung unseres Volkes, im besonderen der deutschen Arbeiterschaft, fernzuhalten. Der Parteitag billigt daher die von der Reichstagsfraktion während der Kriegszeit vertretene Politik. Er verpflichtet die Fraktion, wie bisher, so auch fernerhin ihre Stellungnahme zu der Bewilligung von Krediten davon abhängig zu machen, ob sie im Interesse der Landesverteidigung geboten ist.

Der Parteitag bekräftigt von neuem die Ueberzeugung, daß ein Frieden zu erstreben ist, durch den kein Volk politisch oder wirtschaftlich oder finanziell vergewaltigt wird. Nur die Aufstellung eines solchen Friedenszieles ist geeignet, bei allen Völkern die zur Fortsetzung des Krieges treibenden Kräfte zu überwinden und die Friedensbestrebungen siegreich zu machen. Und nur ein solcher Frieden kann die Gewähr der Dauer in sich tragen. Der Parteitag heißt die Tätigkeit der Delegierten der Sozialdemokratie und Gewerkschaften Deutschlands in Stockholm gut, billigt die Entschließung des Reichstags vom 19. Juli d. J. und erblickt in den Vorschlägen, die in der Note des Vatikans und in der deutschen Antwortnote gegeben sind, eine geeignete Grundlage für die Einleitung von Friedensverhandlungen. Er fordert die Reichsleitung auf, mit rückhaltloser Offenheit für die Wiederherstellung Belgiens als eines nach allen Seiten neutralen Staates einzutreten. Er protestiert mit größter Entschiedenheit gegen Pläne, die auf eine Aufteilung Elsaß-Lothringens unter deutsche Bundesstaaten ausgehen, und hält daran fest, daß ohne Verzögerung die Autonomie und Gleichberechtigung als Bundesstaat im Rahmen des deutschen Reiches an Elsaß-Lothringen verliehen wird.

Der Parteitag erhebt den schärfsten Einspruch gegen die fortdauernden Eroberungsbestrebungen der Alldeutschen, der sogenannten Vaterlandspartei und verwandter Richtungen. Er weist das gewissenlose Treiben derer zurück, die die ihnen zuströmenden Kriegsgewinne zu einer frivolen Agitation gegen die Friedensbestrebungen benutzen und den Namen des Vaterlandes zu ihren Parteizwecken zu mißbrauchen sich erdreisten. Diese Kreise nehmen die ungeheure Schuld auf sich, den Kriegsverlängerern in den gegnerischen Ländern immer von neuem Anlaß und Vorwand zur Aufpeitschung der Kriegsleidenschaft ihrer Völker zu geben. Zugleich laden sie die schwere Schuld auf sich, die Einigkeit unseres Volkes im Verteidigungskampf zu schwächen und zu gefährden. Es ist die Pflicht der Reichsleitung, jeder amtlichen Beeinflussung zugunsten der Annexionspolitik entgegenzutreten und sich von den Vertretern dieser Politik in voller Unzweideutigkeit loszusagen.

Der Parteitag verlangt die sofortige Verwirklichung der Sehnsucht des deutschen Volkes nach Demokratie. Er ist der Ansicht, daß nichts so sehr geeignet sein würde, die Widerstandskraft und den Verteidigungswillen des deutschen Volkes zu stärken, als die Verwirklichung der vollen staatsbürgerlichen Gleichberechtigung. Insbesondere erblickt der Parteitag in der unverzüglichen Durchführung des gleichen Wahlrechts in Preußen sowie in der entscheidenden Mitwirkung des Reichstags bei allen großen Fragen der Zeit Lebensnotwendigkeiten des deutschen Volkes.

Die Verantwortung für alle Folgen, die sich aus der Verzögerung der demokratischen Neugestaltung ergeben können, lehnt der Parteitag ab. Sie fällt auf diejenigen, die die Zeichen der Zeit nicht erkennen.

Von diesen Anschauungen geleitet, fordert der Parteitag das deutsche Volk auf, unter dem Banner der sozialdemokratischen Partei einig und geschlossen den Kampf zu führen für Frieden und Freiheit, für die deutsche Zukunft und für die höchsten Güter der Menschheit.

Lebensmittelversorgung.

Die ausreichende Versorgung des deutschen Volkes mit den notwendigsten Nahrungsmitteln ist für die Erhaltung seiner Widerstandskraft unerläßlich.

Der Parteitag billigt daher die Forderungen zur Sicherstellung der Volksernährung, die der Parteivorstand gemeinsam mit der Generalkommission der Gewerkschaften und die Reichstagsfraktion sogleich nach Ausbruch des Krieges und später wiederholt an die Regierung gerichtet haben, und verurteilt es auf das schärfste, daß diese Forderungen nicht in dem Umfange und nicht so schnell und durchgreifend zur Durchführung gelangten, wie es die Lage des vom Weltmarkt abgesperrten Deutschen Reiches gebot.

Die von der Regierung betriebene Politik der Halbheit und Verspätung, die den kapitalistischen Gewinninteressen weitgehend Rechnung trägt, hat die Regelung unserer Nahrungsmittelversorgung unheilvoll beeinflußt und nicht zum wenigsten dazu beigetragen, daß sich auf dem Lebensmittelmarkt Zustände herausgebildet haben, die es den Erzeugern und Händlern ermöglichen, sich in unerhörtem Maße zu bereichern, während die minderbemittelte Bevölkerung bitterste Not leidet.

Gegen die auf fortgesetzte Preissteigerungen gerichtete Preispolitik des Kriegsernährungsamts, die auch die neuerdings eingetretene, jeder Berechtigung entbehrende Erhöhung der Kartoffel- und Brotpreise bewirkt und zu einer fast unerträglichen Verteuerung aller Lebensmittel geführt hat, erhebt der Parteitag entschiedensten Protest und fordert wirksamen Abbau der Lebensmittelpreise. Gegen die Herabsetzung der Kleinhandelspreise durch Bereitstellung von öffentlichen Mitteln müssen grundsätzlich Bedenken erhoben werden, da dieses Verfahren dahin führt, den Lebensmittelerzeugern hohe Kriegsgewinne zu sichern und sonach ihrer Bereicherung auf Kosten der Allgemeinheit gleichkommt. Nur um der schlimmsten Notlage der ärmeren Volksschichten zu steuern, kann diesem Verfahren als kleineres Uebel von Fall zu Fall zugestimmt werden.

Die Lebensmittelerzeugung kann lediglich durch Bereitstellung hinreichender Arbeitskräfte, Düngemittel, Saat, Geräte und Betriebsmaterialien gefördert werden. Hohe Preise erhöhen wohl die Riesengewinne der Erzeuger, nicht aber die Menge der erzeugten Lebensmittel. Sie ermöglichen den besitzenden Kreisen eine ausreichende Ernährung, wohingegen sie den breiten Volksschichten immer größere Entbehrungen auferlegen.

Da auch die Händler durch spekulative Preistreibereien und wucherischen Schleichhandel zur Lebensmittelteuerung nicht unerheblich beitragen, kann dem Verlangen der Handelsinteressenten, den Vertrieb der wichtigsten Lebensmittel wieder dem freien Handel zu überlassen, nicht zugestimmt werden. Im Gegenteil müssen alle für die Volksernährung wichtigen Lebensmittel beim Erzeuger durchgreifender als bisher erfaßt und im Wege öffentlicher Bewirtschaftung sachgemäßer als das bisher durch einzelne Kriegsgesellschaften geschah, zu angemessenen erschwinglichen Preisen allen Kreisen der Bevölkerung gleichmäßig zugeführt werden.

Der Parteitag fordert die Parteigenossen in den Parlamenten des Reiches und des Staates sowie in den gemeindlichen Körperschaften auf, wie bisher auch in Zukunft in diesem Sinne tatkräftig zu wirken, damit der schamlosen Bereicherung der Lebensmittelwucherer gesteuert und die Not des Volkes gemildert werde.

Wirtschafts- und Sozialpolitik.

Die praktische, soziale und politische Tätigkeit der Frauen ist durch den Krieg noch umfangreicher geworden, im Erwerb, in der Sorge für die Ernährung, bei der Erziehung der Kinder und in der Gemeinde.

Die vermehrte Anspannung wird auch nach dem Kriege weiter zu leisten sein. Weitere Zweige der Fürsorgetätigkeit werden nötig werden. Wir erinnern nur an die vielen Witwen und Waisen und an die Frauen der Kriegsinvaliden, denen die Last der Ernährung der Familie aufgeladen wird, desgleichen an die zahlreichen verheirateten Frauen, die durch das ungenügende Einkommen des Mannes auch weiterhin zur verstärkten Erwerbsarbeit gezwungen werden.

Die daraus erwachsenden Aufgaben können nur ganz erfüllt werden unter Mitwirkung der Gemeinde und des Staates, wobei die Frau ein Mitbestimmungsrecht haben muß. Da sie bis heute auf diesem Gebiet noch rechtlos blieb, ist es ihre erste und vornehmste Aufgabe, dahin zu wirken, daß sie in ihren wirtschaftlichen und politischen Rechten dem Manne gleichgestellt wird. Gleiches Recht für alle — für Mann und Frau! Wollen sie dieses gleiche Recht erreichen, so müssen alle Frauen sich den sozialdemokratischen Organisationen anschließen.

Der Parteitag fordert die Genossen und Genossinnen in Stadt und Land auf, ihre ganze Kraft für die Erringung des Frauenwahlrechtes für alle sozialen und politischen Körperschaften einzusetzen und nach Möglichkeit für die Gewinnung und Schulung der Frauen zu wirken, ebenso verlangt er, daß die Frauen weit mehr als bisher zur praktischen, sozialen und politischen Arbeit heranzuziehen sind.

Lebensmittelversorgung.

Die ins Ungemessene gestiegenen Preise der Lebensmittel und aller übrigen Bedarfsartikel haben die öffentlichen Körperschaften sowie einsichtige Privatunternehmer veranlaßt, den Angestellten und Arbeitern mehr oder weniger entsprechende Teuerungszulagen zu gewähren. Ebenso hat der Reichstag, sozialdemokratischen Anregungen folgend, wiederholt Erhöhung der Familienunterstützung für die Familien der Kriegsteilnehmer beschlossen. Die Bezüge der Kriegerwitwen und -waisen sind aber unberührt geblieben, so daß die zahllosen Familien, deren Ernährer ihr Leben für das Vaterland hingaben, in bitterster Not sind. Dasselbe gilt für die Zahl der Kriegsverletzten, deren Renten ebenfalls die gleichen geblieben sind wie vor der ungeheuren Teuerung. Die Pflicht gebietet der sozialdemokratischen Partei, dafür zu sorgen, daß die Renten für die Kriegerwitwen, -waisen und -invaliden so schnell wie nur möglich so erhöht werden, daß diese Unglücklichen, die dem Vaterland das Beste gegeben haben, vor Not geschützt sind. Der Parteitag beauftragt die sozialdemokratischen Vertreter in den gesetzgebenden Körperschaften, in diesem Sinne zu wirken.

Eisenbahnfahrpreise.

Der Parteitag erhebt Protest gegen die ohne Befragen der Gesetzgebung vorgenommene Erhöhung der Fahrpreise für Fernzüge. Diese Maßnahme wird zur Folge haben, daß der ohnehin überlastete Lokalverkehr noch mehr erschwert wird. Die Reisenden, die aus geschäftlichen Gründen auf die Benutzung dieser Züge nicht verzichten können, werden die Erhöhung abzuwälzen suchen. Dagegen werden Familienangehörige, die den zum Heeresdienst einberufenen Verwandten besuchen wollen, in hunderttausenden Fällen aufs härteste getroffen. Die mit der Erhöhung angeblich bezweckte Unterbindung der Schleichversorgung wird nur für Minderbemittelte erreicht.

Der Parteitag verpflichtet unsere parlamentarischen Vertretungen, gegen diese Maßnahme Stellung zu nehmen und auf schleunigste Aufhebung hinzuwirken.

Frauenarbeit und Frauenschutz.

Die Unterzeichneten ersuchen den Parteitag, auf die Tagesordnung des nächsten Parteitages den Punkt Frauenarbeit und Frauenschutz zu setzen.

Kriegslasten.

Riesengroß und gräßlich sind die Opfer an Blut, Lebensglück und Gesundheit, die durch den Krieg der Mehrheit der deutschen Familien auferlegt worden sind. Derselbe Krieg hat jedoch einem kleineren Personenkreise unsinnige Reichtümer durch Kriegsgewinne gebracht. — Der Gedanke ist unerträglich, daß für die Mehrheit der Krieg die Quelle dauernden Elends und Schmerzes, für eine Minderheit die Quelle dauernden wirtschaftlichen Ueberflusses sein soll.

Der Parteitag fordert deshalb, daß das Reich zur Linderung des Kriegselends, für das es aufzukommen hat, in erster Linie die im Kriege erworbenen Reichtümer heranzieht. Das soll unter Anerkennung des Grundsatzes geschehen, daß niemand beanspruchen darf, nach dem Kriege wohlhabender zu sein, als er vorher gewesen ist.

Zentralbildungsausschuß.

Der Parteitag beauftragt die bisherigen Mitglieder des Zentralbildungsausschusses: David, Heimann, Korn, Löbe, Müller, Schulz, mit der Fortführung der Arbeiten des Zentralbildungsausschusses während der Dauer des Krieges. Zugleich ersucht der Parteitag den Parteivorstand, in Gemeinschaft mit dem Zentralbildungsausschuß eine Verständigung mit der Generalkommission der Gewerkschaften über eine zukünftige Mitarbeit der Gewerkschaften im Zentralbildungsausschuß herbeizuführen.

Eisenbahnfahrpreise.

Der Parteitag erhebt den schärfsten Einspruch gegen die am 18. d. M. in Kraft getretene ungeheuerliche Verteuerung der Personentarife im Eil- und Schnellzugsverkehr sowie im gesamten Sonntagsverkehr der deutschen Staatseisenbahnen.

Er verkennt nicht die Schwierigkeiten, in die unsere Eisenbahnen durch den Krieg geraten sind, verwirft jedoch die jetzt zu ihrer Hebung angewandten tarifpolitischen Mittel wegen ihres rein plutokratischen, die Interessen der unteren Volksschichten aufs schwerste schädigenden Charakters.

Der Parteitag hält den bestehenden Zustand der Tarifgestaltung auf dem Verwaltungswege für völlig unhaltbar und fordert für die gesetzgebenden Körperschaften nachdrücklichst das Recht der Mitwirkung bei der Aufstellung der Tarife.

Preußisches Wahlrecht.

Zu: Nächste Aufgaben. Nach den Erfahrungen dieses Weltkrieges ist für Klassenwahlrechte in Preußen kein Raum mehr. Ein halbes Jahr ist seit dieser Osterbotschaft des Königs von Preußen vergangen und noch immer besteht das elendeste aller Wahlsysteme, das Dreiklassenwahlsystem.

Gegen seine Ersetzung durch das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht wagen die Reaktionäre nicht mehr offen aufzutreten, sie versuchen vielmehr, die dringend notwendige Reform durch unehrliche Verschleppungsmanöver zu vereiteln.

Das arbeitende Volk kann die ungeheuren Opfer, welche die Verteidigung Deutschlands von ihm mehr als von jeder anderen Klasse der Gesellschaft verlangt, nur bringen, wenn ihm schnellstens die volle politische Gleichberechtigung gewährt wird.

Die Erfüllung dieser Forderung verträgt keinen Aufschub. Jeder Versuch einer weiteren Verschleppung gefährdet die Widerstandskraft Deutschlands und bildet ein Hindernis für einen baldigen Frieden.

Die sozialdemokratische Partei, Vertreterin des arbeitenden Volkes Deutschlands, erhebt zugleich im Namen der Tapferen an der Front flammenden Protest gegen deren Erhaltung in Rechtlosigkeit durch ein von allen Parteien preisgegebenes Wahlrecht und fordert mit Nachdruck ungesäumte Einführung eines wirklich freien demokratischen Wahlrechts in Preußen. Sie ist entschlossen, alle Kraft anzuwenden, um ein solches Wahlrecht noch während der Dauer des Krieges durchzusetzen.

Sprechregister des Parteitages.

Auer 229, 263, 266, 284, 424, 425, 433, 454

Blos 415
Blos, Anna 470
Blume 400
Brandes 373
Braun-Berlin 244, 312, 314
Braun-Nürnberg 254, 313, 435
Bromme 260, 419
Brückner 353
Brühne 251, 469

Cohen-Reuß 384
Cunow 449

David 316, 388, 398
Davidsohn 365, 455
Donath 420

Ebert 224, 229, 307, 315, 339, 351, 369, 384, 398, 463, 469, 472, 474, 476
Emmel 355, 397
Engler 272, 427
Ebers 464

Fischer, Richard 306
Fischer, Rudolf 291, 461
Franz 370
Freudenberger 222

Geutner 433
Giermann 292, 458
Glatzbach 265
Gradnauer 416
Grenz 285
Groger 462
Große 472

Hester 276
Hoch 339, 395
Hug 266
Hüttmann 252, 313, 314, 315

Jaeckel 286, 445
Juchacz 265, 441

Katzenstein 263, 313
Kaul 440
Keil 429
Kolb 281, 395
Krätzig 296
Krüger 437

Landsberg 300, 386, 422
Leinert 302, 466
Lensch 312, 357, 444
Löbe 269, 363, 428, 475

Meerfeld 359
Menke 305
Molkenbuhr 289
Müller-Berlin 294, 424, 474
Mylau 283, 455

Noske 351

Peus 413
Pflüger 414, 468
Prüll 291, 447

Quessel 425

Reese 418
Reitze 439
Remmele 464
Rymeck 443

Scheidemann 277, 404, 453
Schilling 463
Schirmer 287
Schmidt, Robert 456
Schmid-München 207
Schmidt-Meißen 315, 373, 473, 474
Scholich 379
Schöpflin 271
Schreck 369
Schulz, Heinrich 421, 470
Sebering 274
Sollmann 260, 371
Springer 259
Stampfer 361
Stelling 284
Stolten 376
Stücklen 380

Vetters 288

Wagner 459
Waigand 356
Walther 304
Weißmann 374
Winkelmann 299
Winnig 366, 442
Wissell 447

Sachregister des Parteitages.

(A I und A II siehe Anhang I und Anhang II am Schluß des Protokolls.)

Abrüstungsfrage, Erklärung der deutschen Delegation in Stockholm 42
Abstimmung, namentliche, über Antrag 54 398
— über Antrag 56 399
Agitation 27, A I 14
Agitationsschriften 25, 28
Agrarkommission 11
Alldeutsche (siehe Vaterlandspartei)
Altersrente 87
Anfragen 121, A II 64
Angestelltenversicherung A II 20
Annexionisten 34
Anträge auf Ausschluß 11
— zum Bericht der Reichstagsfraktion 210
— Bericht des Parteivorstandes 208
— betr. Lebensmittelversorgung 218, 220
— Organisation 213
— nachträglich eingegangene 214
— dem Parteivorstand überwiesene 11, A I 4
— sonstige 470
— zur Sozialpolitik 219
— zur Tagesordnung des Parteitages 208
— betr. Wiederaufnahme in die Partei 213
— zur Wirtschaftspolitik 219
„Arbeiter-Jugend" 13
Arbeiterschutz 189
— Versicherung 87, 192
Arbeitslosenfürsorge A II 55
— Unterstützung 196
— Versicherung 196
Arbeitsrecht 194
Arbeitsvermittlung 196
Arbeitswilligenschutz A II 7
Armenpflege 197
Aufgaben der Partei, Anträge 212
Außenhandel 160
Ausländische Arbeiter A II 66
Ausschlüsse aus der Partei 11
Ausschußberatungen 122
Ausschüsse für Beamte usw. A II 27
Auswärtige Politik A II 6, 38

Bäckereiverordnung A II 70
Bekleidungsämter A II 30, 45
Belagerungszustand 27, 102
Belgische Frage 241
Bericht der Beschwerdekommission 400
— — Kontrollkommission 49, 251, 312
— — Mandatsprüfungskommission 284
— über den Parteiausschuß 29
— — Parteikasse 44
— des Parteivorstandes 5, 229, A I 1
— der Reichstagsfraktion 63, 315
Beschwerdekommission: Bericht 400
— Wahl 228
Beschwerderecht 91
Besoldungsgesetz A II 52, 81
Bevölkerungsausschuß 122
Bildungsarbeit 421
Bildungsausschuß 15 u. ff.
Bildungsfrage 288
Binnenschiffahrt A II 16
Branntweinsteuerrückvergütung A II 70
Buchhandlung Vorwärts 25, A I 25

Christliche Gewerkschaften A II 12

Dampfersubvention A II 73
Delegationsrecht zum Parteitag 11
Demokratisierung 6, 133, 336, 348, 416
Diamantenfrage A II 33
Disziplinarverfahren (Wiederaufnahme) A II 88
Duala-Enteignung A II 36, 52
Duellgesetz A II 59, 88

Eberts Erklärung zur Kreditbewilligung 69
Einigungsämter 195
Einjährig-freiwilliger Dienst (Stöcker) A II 42, 65
Einkommenbesteuerung 179
Elsaß-Lothringische Frage 240, 263, 277, 289, 294, 297, 355
Elsaß-Lothringen, Erklärung der deutschen Delegation in Stockholm 41
Erbschaftssteuer 181
Erfinderschutz A II 19
Erklärung Davidsohn 455
— der deutschen Delegation in Stockholm 39
— Heilmann 425
— Hüttmann 469
— des Leipziger Metallarbeiterverbandes 454
Ernährungsfragen 8, 87, 332
Etatsberatungen 105, A II 5, 9, 50
Etatsnotgesetz A II 9

Fall Hamm in Flandersbach A II 24
— Zabern A II 40, 60
Finanzfragen 95, 425
Finanzpolitik 164
Finanzverwaltung A II 50
Fleischeinfuhr A II 65
Fraktion, sozialdemokratische A II 3
Fraktionsangelegenheiten 124
— bericht 63
— Erklärung zur Spaltung 128
— Spaltung 32, 126, 233
Frauenagitation 12
— Arbeit 435, 439
— Arbeit und Frauenschutz 470
— Bewegung 11, 236, 265, A I 9
„Frauen-Bibliothek" 25
— Konferenz 12
— Versammlungen 12
— Wahlrecht 12, 124, 140
Freiheitsstrafen-Entscheid A II 70
Fremdenlegion A II 68
Friedensangebote 324
Friedensarbeit der Partei 5, 238
— der Fraktion 71
Friedensfrage 28
Friedenskonferenz, Erklärung der deutschen Delegation 39
Friedenswirtschaft 147

Geburtshilfe A II 19
„Gemeindebibliothek" 25

Gemeindevertretungen, Sozialdemokraten in 20, A I 19
Geschäftsordnung des Parteitages 228
Gesundheitsamt A II 18
Gesundheitsschutz 198
Gewerbeordnungs-Aenderung A II 85, 90
Gewerbliches Einigungswesen 195
„Gleichheit" 12, 13, 25, 307, A I 25
Grenzverkehr mit Lebensmitteln A II 72

Haases Erklärung zur Kreditbewilligung 65
Hamm in Flandersbach A II 24
Handelsverträge A II 65, 84
Handel und Gewerbe, Ausschuß 122
Handelsflotte 153
Handelspolitik 162
Handwerksblatt A II 22
Hebammenwesen A II 19
Heeresangelegenheiten 89, 333, 379
Heimarbeit 191
Heimatwesen A II 17
Hilfsdienstgesetz 115
Hinterbliebenenversorgung A II 16
Hüttenarbeiterschutz A II 13, 71

Impffrage A II 72
Innere Politik 332, A II 6
Interpellationen 119, A II 55
Interpellation über Friedensbedingungen 76
Internationale 6, 238, 294
Internationales A I 40
Internationale Friedenskonferenz, Erklärung der deutschen Delegation 39
Internationale Verständigung 37
Jugendausschüsse 15
Jugendbewegung 13, 237, 261, 421, A I 12, A II 14
Jugendfürsorge 157
Jugendgefährdung A II 90
Jugendgerichte A II 85
Jungvolk-Kalender 14

Kaiserhoch A II 91
Kaligesetz A II 17
Kanalamt A II 20
Kanalisation der Saar und Mosel A II 29
Kapitalabfindungsgesetz 114, 334
Kassenbericht 44, 244, 312, A I 44
Kinderschutz A II 17
Koalitionsrecht 194, A II 7—12, 23, 51, 72
Kohlensteuer 100
Kolonialamt A II 31
Kolonialfrage 444, 451
Kolonialgerichtshof A II 85
Kommandanturen A II 48
Konferenz der Frauen 12
Konferenzen der Redakteure 23
Konkurrenzklausel A II 78
Konsumvereine A II 68
Kontrollkommission, Bericht 49, 251
— Vorschlagsliste 221
— Wahl 469
Krankenpersonal A II 18
Krankenversicherung A II 58
Kreditbewilligung, Haases Erklärung 65
Krieger, Heimkehrende 155
Kriegsaufgaben der Partei 230
Kriegsbeschädigte, Maßnahmen für 198
Kriegsbesoldungsordnung 90
Kriegsgewinnsteuer 95, 334
Kriegskredite 5, 29, 63, 316, 339, 351
Kriegsteilnehmer, Maßnahmen für 198
Kriegsrenten 440

Landarbeiterschutz A II 10
Landbriefträger A II, 52, 81
Landesverteidigung (siehe Kriegskredite)
Landtagswahlen 20, A I 18
Lebensmittelbeschaffung 150
— frage 433, 456
— frage, Parteiausschuß über 31
— Teuerung 28, 81
— Versorgung 11
— Versorgung, Antrag 218, 220
Liebknecht 124
Löhnung der Soldaten 92
Luftverkehrsgesetz A II 87

Maifeier A I 21
Mandatsprüfungskommission, Bericht 284
— — Wahl 228
Mannschaftsbehandlung 90
Marine 109, A II 29
Massenstreik A II 8, 51
Mehring, Beschwerde über „Neue Zeit" 51
Militär-Boykott A II 45, 71
— Etat A II 42
— Erkrankungen A II 68
— Handwerker A II 46
— Intendanturen A II 44, 66
— Justiz A II 44
— Kabinett A II 48
— Kapellen A II 45
— Seelsorge A II 44
MilitärStrafgesetz 117, A II 77
— Werkstätten A II 47
Militärische Jugendausbildung 14
Mißchehen in den Kolonien A II 53
Mißtrauensvotum A II 61
Mitgliederzahl in einzelnen Bezirken 10
Monopolfrage 446, 447
„Mülhauser Volkszeitung" 54
Mutterschutz 196
Mutterschaftsversicherung 192

Nächste Aufgaben der Partei 404
Nächster Parteitag 476
Namentliche Abstimmung siehe Abstimmung
„Neue Zeit" 25, 254, 289, 297, 308, 307, 312
— Anträge 214
— Mehrings Beschwerde 51
Notgesetze 111

Olympische Spiele A II 22
Organisation 9, A I 5
Organisationsstatut 11, 424, 472
Organisation, Anträge 213
Ostmarkenzulage A II 25, 52

Papstnote 325
Parlamentarisches System (siehe Demokratisierung)
Parteiausschuß, Bericht 29
— — Fraktionsspaltung 32
— — Kriegskredite 29
— — Lebensmittelfrage 31
— — Sonderkonferenz 35
— — Stockholmer Konferenz 37
— — Verständigungsfrieden 30
Parteiausschuß, Mitglieder auf dem Parteitage 228
„Partei-Korrespondenz" 28, 288
Parteimitglieder 9, 235, A I 6
— im Heeresdienst 9
Parteiorganisation (siehe Organisation)
Parteipresse 21, 246, A I 21
— Zuschüsse 45
Parteiprogramm, Aenderung 414, 453
Parteischriften 25
Parteisekretariate 10
Parteischule A I 27
Parteispaltung 8, 28
Parteistellung zum Kriege 230
Parteitag, nächster 476
Parteivereinigung, Anträge 208

Parteivorstand, überwiesene Anträge 11
— Bericht Eberts 229
— Wahl 469
— Wahlliste 220
Patentamt A II 19
Petitionen 120, A II 68
Petroleum-Verkaufsmonopol A II 89
Politischerklärung der Gewerkschaften A II 13, 40
Postscheckgesetz A II 73
Post- und Telegraphengebühren 96
— — Verwaltung A II 25
Pressebureau 22, A I 22
— des Kriegsministeriums A II 43, 44
Preußisches Wahlrecht 221
Privatmonopol 159

Quittungsstempelgesetz 97

Rechnungswesen A II 41
Reblausgesetz A II 16
Redakteurkonferenzen 23
Reichsamt des Innern A II 9
— für Sozialpolitik 158
Reichs-Berggesetz A II 17
— Druckerei A II 27
— Einkommensteuer 179
— Eisenbahnamt A II 27
— Eisenbahnen A II 28
— Haushaltsetat für 1914 A II 53
— Justizamt A II 23
— Kanzler A II 40
— Konferenz 8
— Schatzamt A II 49
Reichstagsetat A II 37
— Fraktion (siehe Fraktion)
— Kundgebung für den Frieden 6
— Neuwahlen 19, A I 17
Reichsvermögenssteuer 179
— Versicherungsamt A II 19
— Versicherungsordnung 87, A II 16
Reinweitgesetz A II 87
Reservistenfamilien-Unterstützung A II 16
Rohstoffversorgung 148
Ruandabahn A II 34
Rüstungswesen A II 46, 56
Schriftführer, Wahl 228
Schul- und Bildungswesen A II 16, 51, 66
Schutz auf See A II 83
Seefischerei A II 15
Sonderkonferenz 35
Sonderorganisationen 32
Sonntagsruhe im Handelsgewerbe A II 86
Sonstige Anträge 470
Sozialdemokraten in Gemeindevertretungen 20
Sozialdemokratische Fraktion A II 3
Sozialpolitik 86, 332, A II 9
Sozialpolitik, Antrag 219
Sozialpolitische Aufgaben 189
Spaltung der Fraktion 126
Spionagegesetz A II 75
Staats- und Gemeindebeamte 371, 394
Staatsmonopol 155
Statistisches Amt A II 17
Stockholm, Erklärung der deutschen Delegation 39
Stockholmer Konferenz 37
Straßenbahner A II 67
Streikpostenstehen A II 7, 12, 23
Stuttgarter Konflikt 54

Tabakabgabe, Erhöhung 96
Tabakarbeiter A II 67
Tabakkraft A II 65
Tagesordnung des Parteitages 228
Theatergesetz A II 67
Toten, Unsere A I 40
Typhusbekämpfung A II 22

U-Bootfrage 110
U-Bootkrieg 327
Uebergangsorganisation 156
Uebergangswirtschaft 11, 367, 442
Unabhängige im Reichstag 334
Unfallversicherung 192
Urlaubserteilung 91

Valutahebung 151
Vaterlandspartei 325, 347, 394, 423
Verbrauchssteuern 183
Vereinsgesetz 111
Vereins- und Versammlungsrecht A II 13, 41
Vereinsgesetznovelle 334
Verfassungsausschuß 123, 142
Verhältniswahlrecht 140
Vermögensbesteuerung 180
Verpflegung der Soldaten 93
Versammlungen während des Krieges 28
Verständigungsbemühungen, internationale 37
Verständigungsfrieden 6, 30, 37
— Erklärung der deutschen Delegation in Stockholm 39
Veteranenbeihilfe A II 49
Volksernährung 8, 28
Volksfürsorge A II 21
Vorsitzende, Wahl 228
Vorversammlung 222
„Vorwärts" 28, 277
„Vorwärts" - Abrechnung A I 23
„Vorwärts"-Boykott 24
„Vorwärts"-Konflikt 56, 58, 247

Waffengebrauch des Militärs A II 40, 64
Waffenindustrie A II 64
Wahl der Beschwerdekommission 228
— — Kontrollkommission, Vorschlagsliste 221
— — Kontrollkommission 469
— — Mandatsprüfungskommission 228
— des Parteivorstandes, Vorschlagsliste 220
— — Parteivorstandes 463, 469
— — Parteivorstandes, Erklärung Müllers 424
Wahlprüfungen A II 4
Wahlrecht für Frauen A II 70
— — Mecklenburg A II 58
Wahl der Schriftführer 228
— des Vorsitzenden 228
Wahlen zu den Landtagen 20
— zum Reichstag 19
Wahlrechtsfragen 140
„Wahrer Jacob" 25, A I 24
Wandergewerbebeschränkung A II 71
Weibliche Parteimitglieder A I 7
Werftarbeiter A II 60
Wiederaufnahme in die Partei, Anträge 213
Wirtschaftspolitik 145, A II 12
Wirtschaftspolitik, Antrag 219
Wirtschafts- und Sozialpolitik 433
Wohnungsfürsorge 198
Wohnungswesen A II 65, 74

Zabernaffäre A II, 40, 60
Zahl der Mitglieder in einzelnen Bezirken 10
Zensur 102
Zentralbildungsausschuß 15, 470, A I 28
Zeugengebührengesetz A II 76
Zollpolitik A II 50, 53
Zuckersteuer A II 50
Zuschüsse an Parteipresse 45

Ergebnis der Abstimmungen
über die dem Parteitag vorgelegten Anträge.

(Wortlaut der Anträge Seite 208—221. Zusammenstellung der angenommenen Anträge Seite 486—492. Die Zahlen in Klammern bezeichnen die Seitenzahlen, auf denen die Resultate der Abstimmungen zu finden sind.)

Nicht genügend unterstützte Anträge:
20, 23, 25, 26, 27 (351), **40** (476), **44** (351).

Durch Abstimmung oder Erklärung erledigte Anträge:
1 (328), **3, 4, 5, 6, 7, 8, 9, 10, 11, 12, 13, 14** (315), **16, 17, 18, 19** (252), **22** (400), **45** (252), **50** (315), **62, 66** (469).

Zurückgezogene Anträge:
21, 24 (398), **38** (476), **39** (470), **49** (398), **53** (398).

Abgelehnte Anträge:
37a, 37c (476), **42** (401), **54** (398).

An den Parteivorstand überwiesene Anträge:
15 (315), **34, 35, 36** (456).

Der Reichstagsfraktion überwiesene Anträge:
32 (400), **33, 46** (456).

Angenommene Anträge:
2 (315) Parteieinheit, **28** (400) Wahlrecht in Mecklenburg, **29** (400) Aufhebung des Belagerungszustandes und Arbeiterschutzgesetz wieder in Kraft setzen, **30** (400) Lage der Staats- und Gemeindebeamten, **31** (400) Amnestieerlaß, **37b** (476) Ausscheiden eines Parteivorstandsmitgliedes, **41** (402) Wiederaufnahme, **43** (402) Wiederaufnahme, **47** (404) Wiederaufnahme, **48** (315) Parteieinheit, **51** (400) Geschlossenheit in Parlamenten, **52** (315) Abänderung zu 48, **55** (400) Hilfsdienstgesetz, **56** (399) Weltkrieg, **57** (469) Lebensmittelversorgung, **58** (456) Wirtschafts- und Sozialpolitik, **59** (456) Lebensmittelversorgung, **60** (456) Eisenbahnfahrpreise, **61** (472) Frauenarbeit, **63** (456) Kriegslasten, **64** (470) Zentral-Bildungsausschuß, **65** (456) Eisenbahnfahrpreise, **67** (469) Wahlrecht in Preußen.

Anhang I

Bericht des Parteivorstandes
an den
Parteitag zu Würzburg 1914.

Allgemeines.

Das Berichtsjahr war ein Jahr der wirtschaftlichen Krise und der politischen Reaktion. Freilich ist bei uns zulande das eine kaum noch denkbar ohne das andere. Für die Dunkelmänner aller Arten ist es längst zur Regel geworden, Zeiten größerer Arbeitslosigkeit zu reaktionären Vorstößen zu benützen. Und so meldeten sie denn auch alle ihre Forderungen an: Schutz der Jugend vor der Unsittlichkeit in Wort und Bild! Schutz der Jugend vor der Sozialdemokratie! Schutz der Arbeitswilligen vor dem Terrorismus der Gewerkschaften! Politischerklärung der Gewerkschaften! Verstärkung der Kommandogewalt des Kaisers! Kräftigung des Militarismus! Stillstand der Sozialpolitik!

Was die Dunkelmänner Schutz der Jugend vor dem Unsittlichen nennen, ist nichts anderes als ein dreistes Attentat auf die Kunst selbst — die Forderung einer neuen Lex Heinze. Was Schutz der Jugendlichen und Arbeitswilligen genannt wird, das sind niederträchtige Attentate auf die wertvollsten Rechte der Arbeiter, auf Vereins-, Versammlungs- und Koalitionsrecht.

Die Bestimmungen des Reichsvereins- und Versammlungsgesetzes sind trotz aller Auseinandersetzungen im Reichstage im verflossenen Jahre noch schlimmer mißachtet worden als in den vorausgegangenen Jahren. Versammlungen werden ohne jeden gesetzlichen Grund von vornherein verboten oder aufgelöst. Dem Koalitionsrecht sind Fesseln angelegt worden, für die es gesetzliche Handhaben nicht gibt. Man hat durch Polizeiverordnungen das Streikpostenstehen vielerorts unmöglich gemacht. Freie Gewerkschaften sind für politisch erklärt worden, zu dem Zweck, den Gewerkschaften die jugendlichen Arbeiter unter 18 Jahren entfremden zu können.

Der Sozialdemokratie soll der jugendliche Zufluß abgesperrt werden durch die brutale Unterdrückung der proletarischen Jugendbewegung. Himmel und

Hölle werden dagegen in Bewegung gesetzt, die jugendlichen Arbeiter den „patriotischen" Jugendvereinen zuzuführen.

Zu alledem beachte man die neuzeitliche Rechtsprechung, die unerhörte Urteile „Im Namen des Königs" in großer Anzahl zeitigte. Ein Streikbrecher, der einen braven, klassenbewußten Arbeiter niedergestochen hat, wurde freigesprochen. Organisierte Arbeiter, die Streikbrecher beleidigt haben sollen, wurden mit geradezu drakonischen Strafen bedacht. Studenten, die Polizeiwachen stürmen, Polizisten prügeln, Denkmäler beschmutzen und beschädigen, werden herkömmlicherweise mit geringen Geldstrafen belegt. Einige Berliner Arbeiter, die unter Mißbilligung der ganzen Partei die Worte „Rote Woche" an den Unterbau eines Denkmals gemalt haben, ohne daß dadurch auch nur der geringste bleibende Schaden entstanden ist, wurden zu der unerhört harten Strafe von je 1½ Jahren Gefängnis verurteilt. Der Frankfurter Prozeß gegen die Genossin Luxemburg war die Einleitung zu einer ganzen Serie von Prozessen wegen angeblicher Beleidigung des Offizierkorps und des Kronprinzen. Die Angeklagten sind durchweg zu sehr schweren Strafen verurteilt worden. Dagegen wurden die Offiziere, die für die Zaberner Vorgänge die Verantwortung in erster Linie zu tragen haben, freigesprochen!

Die „Erfolge", die der Militarismus bei den Gerichten gegen sozialdemokratische Redner und Redakteure erzielte, machten den Kriegsminister übermütig. Wegen folgender Aeußerung, die Genossin Luxemburg in einer Rede in Freiburg über die Soldatenmißhandlungen getan hatte:

„Was auch in Metz passiert ist — eins ist klar: Es ist sicher eines jener Dramen, die tagaus, tagein in den deutschen Kasernen sich abspielen, und bei denen das Stöhnen der Beteiligten nur selten an unsere Ohren gelangt."

stellte der Kriegsminister Strafantrag.

Die Sozialdemokratie war gern bereit, sich über dieses Thema mit dem Kriegsminister in vollster Oeffentlichkeit vor Gericht auseinanderzusetzen. 1013 Zeugen meldeten sich sofort, um aus eigener Wahrnehmung über bittere Erfahrungen ihrer Militärdienstzeit vor Gerichtsstelle Zeugnis abzulegen. Täglich meldeten sich weitere Zeugen. Auf Antrag des Staatsanwalts wurde der Prozeß vertagt und soll bald nach den Gerichtsferien wieder aufgenommen werden. Hoffentlich bleibt es dabei. Die Sozialdemokratie hat noch nie eine so schöne Gelegenheit gehabt, die schlimmsten Begleiterscheinungen des militaristischen Systems vor der breitesten Oeffentlichkeit aufzuzeigen. Der Regierung scheint es aber nach weiteren Prozessen ähnlicher Art nicht zu gelüsten, denn das Strafverfahren gegen den „Vorwärts"-Redakteur Meyer wegen Kritik militärischer Zustände ist bereits eingestellt worden.

Charakteristisch für die Reaktion im Innern ist auch der Regierungswechsel in Elsaß-Lothringen, die Ernennung des ultrareaktionären Herrn v. Dallwitz zum Statthalter und die Ernennung seines Gesinnungsgenossen v. Loebell zum Minister des Innern in Preußen.

Die Hoffnungen, die die Liberalen an die Ernennung dieses Bülow-Handlangers aus der Blockära knüpften, hat er sofort unter dem Jubel der Junker vernichtet, indem er die Frage aufwarf, er wisse nicht, wodurch er es verdient habe, daß man von ihm eine Wahlrechtsreform erwarte.

Welche Blüten die herrschende Reaktionswirtschaft zeitigt, das trat zutage, als der Ordens- und Titelschacherer aufgedeckt, bestechliche Gendarmen zur Verantwortung gezogen und der Kölner Polizeisumpf bloßgelegt wurde.

* * *

Erhebend ist die wiederum glänzend bewährte Festigkeit der Organisationen des klassenbewußten Proletariats, sowohl der gewerkschaftlichen, wie auch der politischen. Es ist selbstverständlich, daß als Folge der Arbeitslosigkeit und der damit verbundenen Abwanderung der ledigen Arbeiter die Organisationen große Verluste und die Parteiblätter erheblichen Abgang an Abonnenten zu verzeichnen hatten. Aber gering sind diese Verluste im Vergleich zu den früheren Wirkungen wirtschaftlicher Krisen beispielsweise auf die Gewerkschaftsorganisationen. Und mit einem Schlage wurden alle diese Verluste der politischen Organisationen wett gemacht durch die glänzenden Erfolge der Roten Woche.

Bei den Nachwahlen zum Reichstag ist mit erfreulicher Klarheit erneut bewiesen worden, wie wenig die Rederei von den sozialdemokratischen Mitläufern bedeutet. Zwar konnte das unter ganz ungewöhnlichen Verhältnissen gewonnene Mandat von Jerichow II in der Nachwahl trotz der Stimmenzunahme nicht gehalten werden, um so glänzender aber waren unsere Siege bei den Nachwahlen in Zauch-Belzig und Borna-Pegau. In beiden Kreisen wurden die Mandate von unserer Partei erobert.

Zur Feier des zehnjährigen Bestehens des Reichsverbandes zur Bekämpfung der Sozialdemokratie wurde der kommandierende General dieser Organisation, v. Liebert, aus dem Reichstage herausgeholt und durch einen Sozialdemokraten ersetzt — den 111.!

Wir überschätzen die Reichstagsmandate gewiß nicht, wir wissen vielmehr, daß die Kraft unserer Partei auf der Zahl ihrer Anhänger im Lande beruht. Aber was doch j e d e s Mandat im Reichstage bedeutet, das hat niemand besser dargestellt, als der konservative Führer Graf Westarp in einer Rede vom 6. Juni d. J. in Güstrow im konservativen Landesverein für Mecklenburg-Schwerin. Hätten wir Sozialdemokraten in der jetzigen Zeit nicht die große Anzahl von Mandaten im Reichstage, dann wäre es fraglich, ob die reaktionären Vorstöße nicht längst durch entsprechende Gesetze realisiert worden wären. So aber mußte der oben genannte Junker unter Hinweis auf die 111 Sozialdemokraten gar beweglich über das „bittere Brot der Minderheit" klagen, das seine Partei im Reichstage essen müsse. Diese Minderheit in eine Mehrheit zu verwandeln, ist das eifrigste Bestreben der Parteien, die die Arbeiter noch fester an die Kette legen wollen. Trompeter, die zum Sammeln blasen, haben wir nicht nur aus den konservativen Parteien und dem Zentrum, sondern auch aus den Kreisen der Nationalliberalen vernommen.

Die „echten Christen" sehen schon in den christlichen Gewerkschaften eine große Gefahr für den kapitalistischen Profit, sie wollen die christlichen Organisationen zersplittern durch eine reinliche Scheidung katholischer Arbeiter von den evangelischen. Die Verhätschelung der nationalen und gelben Organisationen zeigt, wie sehr man bestrebt ist, die alte Lehre vom Teilen und Herrschen gegenüber den Gewerkschaften in Anwendung zu bringen.

Die klassenbewußte Arbeiterschaft weiß, was für sie auf dem Spiele steht, sie weiß, daß sie nur durch starke Organisationen dem Drängen der Reaktionäre wirksam Widerstand zu leisten vermag. Ja, mehr noch. Sie weiß auch, daß starke Organisationen die Voraussetzung sind für jeden weiteren Fortschritt auf dem Wege zum endgültigen Siege über den Kapitalismus. Unausgesetzt ist denn auch im Berichtsjahre am Ausbau der Parteiorganisationen gearbeitet worden. Die organisierten Arbeiter zu zielklaren Sozialdemokraten zu erziehen, sie also auch zu dem schwersten Opfer bereit zu machen, ist in diesen Zeiten der Reaktion unsere wichtigste Aufgabe. Kein verständiger Mensch kann im

Zweifel darüber sein, daß uns schwere Kämpfe bevorstehen, Kämpfe, die an die Parteigenossen die höchsten Ansprüche an Opferwilligkeit, Charakterstärke und Tapferkeit stellen. Möge jeder wirken für die Partei in der Ueberzeugung: Bereit sein ist alles!

Dem Parteivorstand überwiesene Anträge.

Auf Grund des Beschlusses 96 des Jenaer Parteitags hat der Parteivorstand in Uebereinstimmung mit dem Parteiausschuß folgende neun Genossen in die Agrarkommission gewählt: Braun-Berlin, David-Berlin, Geisler-München, Hofer-Pleinlauken, Hoffmann-Kaiserslautern, Kautsky-Charlottenburg, Leinert-Hannover, Schmidt-Landarbeiterverband und Schulze-Cossebaude. Die Agrarkommission hat ihre Arbeiten begonnen und für ihre Untersuchungen auch außerhalb der Kommission stehende Mitarbeiter herangezogen. Die Ergebnisse der Untersuchungen der Kommission werden veröffentlicht werden.

Dem Antrag 15 ist Rechnung getragen. Die Zahl der Wanderlehrer für die Bildungs- und Unterrichtskurse konnte vermehrt werden. — Die Anträge 16, 53 und 77, nach denen mehr für die Jugendbewegung, insbesondere für die Gewinnung der weiblichen Jugendlichen, getan werden soll, haben die „Zentralstelle für die arbeitende Jugend Deutschlands" beschäftigt. Zur Gewinnung der weiblichen Jugendlichen erschien die Broschüre: „Komm zu uns! Ein Weckruf an die junge Arbeiterin." Ueber die sozialistische Erziehung in Schule und Haus erschien in der sozialistischen Frauenbibliothek eine Broschüre. Das Rundschreiben der Zentralstelle wird erweitert, damit es den Jugendhelfern und Agitationsleitern noch bessere Dienste leisten kann. Für die Jugendfunktionäre hält die Zentralstelle in den einzelnen Bezirken Kurse ab. Diese Kurse geben eine gute Gelegenheit zum Austausch der Erfahrungen. — In Erledigung des Antrags 17 wurde nach Schluß der Reichstagssession über deren Ergebnisse ein vierseitiges Flugblatt herausgegeben. Zur Agitation gegen die Angriffe der Scharfmacher auf das Koalitionsrecht wurde die Rede des Genossen Heine vom 22. Januar 1914 unter dem Titel: „Der Kampf um das Koalitionsrecht" zur Massenverbreitung herausgegeben. Die Broschüre „Sozialdemokratie und Militärvorlage" behandelte die Verabschiedung der Militärvorlage (Antrag 17, Absatz 2).

Mit den Anträgen 79 und 99, die eine anderweitige Regelung des Delegationsrechts zum Parteitag verlangten, haben sich Parteivorstand und Parteiausschuß beschäftigt. Das Ergebnis ihrer Beratungen wird dem diesjährigen Parteitag als Antrag zur Beschlußfassung vorgelegt werden. Ueber die Anträge 38, betreffend das Bestehen von zwei Filialen eines sozialdemokratischen Vereins in einem Orte, 40 und 41, betreffend Aenderung des Ausschlußverfahrens, 43 und 93, betreffend Einführung der Urwahlen, und 44, betreffend die Kosten der Delegation zum Parteitag, soll bei der nächsten allgemeinen Revision des Organisationsstatuts beraten werden. — Den Nürnberger Beschluß über die der Freien Vereinigung angehörenden gewerkschaftlichen Sonderorganisationen aufzuheben (Antrag 42), liegt kein Anlaß vor, da diese Vereine auf der Londoner Syndikalistenkonferenz erneut ihre antiparlamentarische Auffassung bekundeten. — Entsprechend dem Antrag 51 wird

die „Gleichheit" mehr dem Verständnis der neueinkretenden Genossinnen angepaßte Artikel bringen. Die Kinderbeilage der „Gleichheit" separat in gebundener Form herauszugeben (Antrag 57), ist nicht notwendig, weil ihr Inhalt durch vermehrte Agitation für die „Gleichheit" allen sozialistischen Müttern zur Kenntnis gebracht werden kann. Vielleicht könnte aus den Beiträgen der verschiedenen Jahrgängen der Kinderbeilage einmal eine Auslese in Buchform herausgegeben werden. — Ueber den Ausbau der „Neuen Zeit", den Antrag 55 verlangte, haben Parteivorstand und Parteiausschuß beraten. Der Umfang der „Neuen Zeit" ist erweitert worden, damit die „Neue Zeit" neben ihrer Aufgabe, wissenschaftliches Organ der Partei zu sein, auch den aktuellen Fragen der Politik mehr Raum widmen kann. Die „Neue Zeit" bringt jetzt auch in jeder Nummer Feuilletonstoff. — Die Abfassung eines Buches, das statistisches Material über die Volkswirtschaft enthalten soll, hat ein geeigneter Parteigenosse übernommen (Antrag 52). — Die Anträge 80 und 83 sind dadurch erledigt, daß Parteiausschuß und Parteivorstand sich einigten, den diesjährigen Parteitag in Würzburg abzuhalten.

Organisation.

Die schlechte Wirtschaftskonjunktur der letzten Jahre hat auf unseren Mitgliederzuwachs recht hemmend gewirkt. Im vorjährigen Bericht mußte konstatiert werden, daß die prozentuale Steigerung unserer Mitgliederzahl seit Jahren nicht so niedrig gewesen sei, wie am Abschluß des vorigen Geschäftsjahres. Die Steigerung, welche 1910: 13,6, 1911: 16,1, 1912: 15,9 Proz. betragen, bezifferte sich 1913 nur auf 1,3 Proz.

Wesentlich günstiger, wenn auch nicht befriedigend, ist der Mitgliederstand am Schlusse dieses Berichtsjahres. Die Mitgliederzahl stieg von 982 850 am 31. März 1913 auf 1 085 905 am 31. März 1914. Wir haben sonach eine Zunahme von 103 055 Mitgliedern oder 10,5 Proz. zu verzeichnen, es hat damit die politische Organisation des deutschen Proletariats die erste Million überschritten.

Dieser Zuwachs ist zurückzuführen auf die Erfolge der „Roten Woche", in welcher 148 109 Aufnahmen für die Parteiorganisation erfolgten. Der größte Teil dieses Zuganges ist bereits in der Mitgliederziffer dieses Jahresabschlusses enthalten.

Die „Rote Woche", welche der Agitation für Partei und Presse diente, wurde vom 8. bis 15. März durchgeführt. Sie wirkte außerordentlich belebend auf unsere Parteiarbeit. Außer der genannten Zahl von neugeworbenen Mitgliedern, unter denen sich 32 298 weibliche befanden, wurden 83 784 Leser für die Parteipresse gewonnen.

In 3 Bezirken mit 32 Wahlkreisorganisationen hat sich trotz der Agitationswoche die Mitgliederzahl verringert, alle übrigen Bezirke weisen Steigerungen auf.

Nach der Größe der Wahlkreisorganisationen gruppieren sich die Mitglieder wie folgt:

Zahl der Wahlkreise 1913	Zahl der Wahlkreise 1914	Mitglieder-Staffel	Mitgliederzahl 1913	Mitgliederzahl 1914	Prozent der gesamten Mitgliederzahl 1913	Prozent der gesamten Mitgliederzahl 1914
129	116	Unter 300	15 046	13 537	1,53	1,24
24	31	301 bis 500	9 540	12 063	0,98	1,11
58	54	501 „ 1000	40 493	40 060	4,13	3,70
38	35	1001 „ 1500	45 741	43 896	4,67	4,04
26	25	1501 „ 2000	45 076	42 691	4,58	3,93
15	18	2001 „ 2500	33 836	37 849	3,45	3,50
14	13	2501 „ 3000	38 308	36 066	3,94	3,32
16	15	3001 „ 3500	51 257	48 475	5,22	4,46
9	12	3501 „ 4000	33 103	43 960	3,43	4,04
10	6	4001 „ 4500	42 442	25 118	4,14	2,31
5	8	4501 „ 5000	23 884	37 529	2,43	3,45
9	11	5001 „ 6000	51 030	60 082	5,19	5,53
8	11	6001 „ 7000	51 556	71 633	5,28	6,60
7	7	7001 „ 8000	52 467	52 772	5,33	4,86
4	6	8001 „ 9000	33 397	41 901	3,39	3,85
7	4	9001 „ 10000	56 851	38 171	5,78	3,51
5	6	10001 „ 12000	65 281	54 035	6,64	5,00
0	2	12001 „ 14000	—	25 324	—	2,33
1	4	14001 „ 16000	15 823	44 988	1,61	4,14
2	1	16001 „ 18000	34 106	16 746	3,47	1,54
4	4	18001 „ 20000	56 362	55 692	5,75	5,13
2	4	20001 „ 25000	43 892	86 677	4,47	7,98
0	1	25001 „ 30000	—	29 459	—	2,71
8	1	30001 „ 40000	98 890	37 742	10,06	3,48
1	2	40001 „ 50000	44 459	89 439	4,53	8,24
397	397	Summa . .	982 850	1 085 905	100,00	100,00

Um den gesteigerten Ansprüchen an die Finanzen der Organisation gewachsen zu sein, hat ein Teil der Kreisorganisationen eine Beitragserhöhung vorgenommen. Erheblich gewachsen ist die Zahl der Kreise, die den Wochenbeitrag von 10 Pfennigen eingeführt haben. Der im § 5 des Organisationsstatuts vorgeschriebene monatliche Mindestbeitrag für männliche Mitglieder von 30 Pf. ist jetzt überall durchgeführt, dagegen wird in 5 Kreisen von den weiblichen Mitgliedern noch ein geringerer Beitrag erhoben, als im Organisationsstatut vorgeschrieben ist. Auch diese Kreise müssen nunmehr ihren Beitragssatz mit dem Parteistatut in Einklang bringen.

Männliche Mitglieder.

Beitragshöhe	Zahl der Wahlkreise 1913	Zahl der Wahlkreise 1914	Zahl der Mitglieder 1913	Zahl der Mitglieder 1914	Prozent der gesamt. Mitgliederzahl 1913	Prozent der gesamt. Mitgliederzahl 1914
Monat 30 Pf.	198	172	164087	164222	19,49	18,02
„ 35 „	2	3	19607	20094	2,34	2,19
„ 40 „	50	52	279191	291244	33,17	31,96
„ 50 „	6	7	46120	55281	5,47	6,07
„ 20—30 „	4	2	4925	2626	0,59	0,30
„ 30—40 „	2	7	7800	8603	0,92	0,94
Woche 10 „	118	135	284382	327950	33,79	36,00
„ 10 „ Monat . 30 Pf.	14	16	31558	37170	3,74	4,08
„ 10 „ „ 30—40 „	3	3	4085	3961	0,49	0,44
	397	397	841735	911151	100,00	100,00

Weibliche Mitglieder.

Beitragshöhe	Zahl der Wahlkreise 1913	Zahl der Wahlkreise 1914	Zahl der Mitglieder 1913	Zahl der Mitglieder 1914	Prozent der gesamt. Mitgliederzahl 1913	Prozent der gesamt. Mitgliederzahl 1914
Monat 10 Pf.	4	5	179	690	0,15	0,39
„ 15 „	172	174	51587	67504	36,55	38,63
„ 20 „	104	94	41393	46866	29,33	26,82
„ 25 „	4	8	2814	4978	1,99	2,85
„ 30 „	16	7	12475	9803	8,84	5,61
„ 10—20 „	2	1	490	215	0,35	0,12
„ 15—20 „	1	1	370	370	0,26	0,21
„ 15—25 „	1	1	141	466	0,10	0,27
Woche 5 „	62	78	26750	36299	18,95	20,77
„ 10 „	21	16	1749	1899	1,24	1,09
„ 5 „ Monat . 15 Pf.	8	11	1856	5379	1,30	3,08
„ 5 „ „ 15—25 „	2	1	1311	285	0,94	0,16
	397	397	141115	174754	100,00	100,00

In Ausführung des in Chemnitz gefaßten Parteitagsbeschlusses über Aenderungen in der Abgrenzung der Bezirksorganisationen konnten wieder einige Zusammenlegungen erfolgen. Die Landesorganisationen Thüringens schlossen sich zu einem Bezirk Groß-Thüringen zusammen. Der Bezirk Saargebiet wurde dem Bezirk Oberrhein angegliedert. Mit dem 1. April 1914 schloß sich Anhalt dem Bezirk Magdeburg und Lübeck dem Bezirk Mecklenburg an.

Für Elsaß-Lothringen wurde im Laufe des Jahres der Genosse Offerlé als zweiter Bezirkssekretär mit dem Sitze in Metz angestellt. Für den auf dem letzten Parteitag in den Parteivorstand gewählten Genossen Bartels ist der Genosse H. Kürbis als Bezirkssekretär für Schleswig-Holstein gewählt. Zur Agitation unter der polnischen Bevölkerung wurde im Bezirk Oberschlesien der Genosse Bias als zweiter Sekretär angestellt. — Die Zahl der von den Kreisorganisationen angestellten Sekretäre beträgt jetzt 106 gegenüber 100 im Vorjahre.

Die Zahl der Bildungsausschüsse, die im Vorjahre 791 betrug, beziffert sich jetzt auf 854; Jugendausschüsse bestehen 837 gegen 655 im Vorjahre. In 252 Orten arbeiten Kinderschutzkommissionen, im Vorjahre waren solche in 200 Orten zu verzeichnen.

Anträge auf Ausschluß aus der Partei wurden bei den Bezirksvorständen 280 gegen 287 im Vorjahre gestellt. In 207 Fällen wurde auf Ausschluß erkannt. In 9 Fällen traten die Angeschuldigten vorher aus der Partei aus, 5 Fälle wurden durch Vergleich erledigt, 2 von der antragstellenden Organisation zurückgenommen, 2 an diese zurückverwiesen und in 3 Fällen das Verfahren eingestellt. Auf eine Rüge wurde in 38 Fällen erkannt, in 8 weiteren auf Rüge und Aberkennung der Fähigkeit zur Bekleidung von Ehrenämtern. In 4 Fällen erfolgte Freispruch, 2 waren beim Schlusse des Berichtsjahres noch nicht erledigt.

Berufungen kamen 17 vor gegen 27 im Vorjahre, aus dem noch 4 Sachen zu erledigen waren. Am Ende des Berichtsjahres war noch eine Sache in der Schwebe. An den im Berichtsjahre erledigten 20 Sachen waren 31 Genossen beteiligt. Die Schiedsgerichte erkannten auf Ausschluß gegen 10,

auf zeitweise Aberkennung des Rechts, Vertrauensämter zu bekleiden gegen 7, auf eine Rüge gegen 13 Genossen. Eine Sache wurde durch Vergleich erledigt.

Agitationsbezirke	Zahl der Wahlkreise, die zum Bezirke gehören	Zahl der Ortsvereine	Mitgliederzahl der Parteiorganisation 1913 überhaupt	1913 weibliche	1914 überhaupt	1914 weibliche	Mitgliederzunahme od. Abnahme in Prozenten	Auf 100 sozialdemokratische Stimmen kommen Mitgl.
Ostpreußen	17	15	9 181	1 617	10 488	2 120	+ 14,2	20,3
Westpreußen	13	36	3 472	359	4 407	909	+ 26,9	15,5
Groß-Berlin	8	89	118 828	21 105	121 689	22 580	— 2,4	21,2
Brandenburg	18	195	28 842	3 565	34 783	5 198	+ 20,6	21,3
Pommern	14	89	12 429	1 998	12 319	2 380	— 0,8	15,8
Posen	15	27	1 069	146	1 030	132	— 3,6	7,9
Breslau	13	64	19 191	3 003	20 072	3 720	+ 4,5	22,3
Görlitz	6	75	8 283	1 559	8 986	1 588	+ 8,4	17,9
Oberlangenbielau	7	83	11 918	2594	13 222	3 108	+ 10,9	22,8
Kattowitz	9	37	2 327	367	2 724	357	+ 17,0	7,1
Magdeburg	8	120	23 969	3 982	26 331	4 964	+ 9,8	22,6
Halle a. S.	8	185	23 818	3 720	26 089	4 454	+ 9,5	23,8
Erfurt	4	46	7 383	1 220	9 326	1 857	+ 26,3	23,1
Schleswig-Holstein	10	133	50 441	8 981	55 037	11 044	+ 9,1	43,2
Hannover	12	171	30 754	4 621	33 140	6 186	+ 7,7	25,6
Oestliches Westfalen	9	135	12 882	1 191	14 821	1 736	+ 15,0	31,0
Westliches	8	202	21 802	4 590	25 079	5 761	+ 15,0	17,6
Frankfurt a. M.	11	319	27 765	3 292	32 955	4 563	+ 18,6	29,3
Kassel	6	118	6 421	317	6 798	326	+ 5,8	14,9
Oberrhein	22	78	15 778	1 700	17 360	1 902	+ 10,0	18,8
Niederrhein	14	130	41 390	6 860	48 190	8 819	+ 16,4	18,0
Nordbayern	21	306	44 724	3 802	49 063	4 927	+ 9,7	32,8
Südbayern	21	121	28 425	2 723	29 741	3 292	+ 4,6	23,6
Pfalz	6	143	11 547	968	12 805	903	+ 10,9	22,6
Dresden	9	192	59 274	6 314	64 571	8 462	+ 8,9	36,6
Chemnitz	7	225	37 046	4 680	44 577	6 868	+ 20,3	29,7
Leipzig	4	105	43 323	6 898	50 352	9 418	+ 16,2	43,0
Zwickau	3	57	18 270	3 326	18 215	3 676	— 0,3	26,2
Württemberg	18	366	38 856	3 264	39 914	3 856	+ 2,7	25,9
Baden	14	225	21 311	2 119	25 456	2 701	+ 19,4	21,7
Hessen	9	271	21 447	1 854	23 896	2 099	+ 11,1	24,3
Mecklenburg	7	72	9 391	1 093	11 002	1 239	+ 17,1	19,4
Groß-Thüringen	12	368	32 793	4 202	36 947	5 566	+ 12,6	23,7
Oldenburg	5	37	8 741	1 512	9 080	1 632	+ 3,8	26,6
Braunschweig	3	74	12 243	1 918	13 993	2 278	+ 14,2	29,0
Anhalt	2	24	10 118	3 157	11 523	3 523	+ 13,8	36,6
Hamburg	3	1	61 823	9 335	67 862	11 684	+ 9,8	49,0
Nordwest	5	60	33 545	6 048	36 490	6 940	+ 8,7	44,0
Lübeck	1	9	5 801	720	8 034	1 348	+ 38,5	60,0
Elsaß-Lothringen	15	119	6 229	445	7 538	588	+ 21,0	6,8
Zusammen	397	5122	982 850	141 115	1 085 905	174 754	+ 10,5	25,5

Frauenbewegung.

Das verflossene Jahr lieferte eine drängende Fülle Agitationsstoff. Seine gründliche Ausnutzung hat stark aufrüttelnd auch auf die proletarische Frauenwelt gewirkt.

Das scharfe Einsetzen der Wirtschaftskrise, deren schwerer Druck auf die Arbeiterklasse noch verstärkt wurde durch die hohen Lebensmittelpreise, gab Gelegenheit, den ganzen Widersinn unserer Eigentumsordnung erneut aufzuzeigen. Bei allen Aktionen, die zugunsten der Arbeitslosen unternommen wurden, stellten die Frauen, die als Mütter, als Hausfrauen und als Arbeiterinnen am schlimmsten von der Not gepeitscht werden, ein hohes Kontingent der interessiertesten Teilnehmer.

Und als Reichs- und Landesregierung und mit ihnen im Bunde die bürgerlichen Parteien sich gegen eine gesetzliche Arbeitslosenfürsorge wandten, ist es tausenden Frauen offenbar geworden, daß nur die Sozialdemokratie die Schirmerin der Armen und Bedrückten ist. Weite Frauenkreise haben auch leidenschaftlichen Anteil genommen am Kampf gegen die empörenden, immer erneut einsetzenden Angriffe auf das Koalitionsrecht; und nicht minder aufwühlend haben die sich förmlich häufenden Schreckensurteile gewirkt. Just bei den Protestaktionen gegen diese Klassenurteile und bei den leidenschaftlich erregten Kundgebungen gegen die Zabernaffäre mit all ihren Begleit- und Folgeerscheinungen haben tausende Frauen den Weg zur Parteiorganisation gefunden.

Selbstverständlich haben die Genossinnen auch bei allen Nachwahlen lebhaften Anteil genommen.

Außer den allgemeinen Aktionen der Partei dienten der Erweckung und Organisierung der Frauen noch 39 Agitationstouren und 100 Einzelversammlungen, zu denen vom Vorstand die Referentinnen vermittelt wurden. Die Agitation, die in den Bezirken mit den zur Verfügung stehenden Kräften ausgeführt wurde, ist dabei unberücksichtigt geblieben.

Der sozialdemokratische Frauentag leitete die „rote Woche" ein. Viele Orte, für die der Sonntag kein günstiger Versammlungstag ist, hatten dafür einen der nächsten Wochentage gewählt, um für das Frauenwahlrecht zu demonstrieren und gleichzeitig die Werbearbeit der Agitationswoche zu beleben.

Der über Erwarten glänzende Erfolg des Frauentages und der „roten Woche" über den an anderer Stelle berichtet ist, zeigt deutlich, wie wertvoll die Verbindung einer großen Begeisterung auslösenden Aktion mit einer allgemeinen intensiven Werbearbeit ist. Indem am Frauentag der Blick der Proletarierinnen auf ein hohes Ideal gelenkt wurde, ist auch ihre Arbeitsfreudigkeit neu belebt, der Glaube an die eigene Kraft gestärkt und danach im lebhaften Wettbewerb der Kräfte das prächtige Resultat erzielt worden.

So wurde der Frauentag eine besonders wuchtige Kundgebung für das Bürgerrecht der Frau, ein erneutes unerschütterliches Bekenntnis der Proletarierinnen zum Sozialismus und ein kräftiger Fanfarenruf, dem Heer unserer Streiter neue und immer größere Scharen zuzuführen.

Eine kräftige Protestbewegung wurde ausgelöst durch einen parlamentarischen Antrag der bürgerlichen Reichstagsabgeordneten. Um dem Geburtenrückgang entgegenzuwirken, hatten 200 bürgerliche Parlamentarier die

Regierung ersucht, den Entwurf eines Gesetzes vorzulegen, das den Verkauf und die Anpreisung antikonzeptioneller Mittel verbietet und unter Strafe stellt. Diesen ungeheuerlichen und törichten Antrag hat die Parteipresse in gebührender Weise gebrandmarkt und in vielen überfüllten, namentlich von Frauen stark besuchten Versammlungen wurde schärfster Protest gegen den „staatlichen Gebärzwang" erhoben.

Eine prächtige internationale Kundgebung für den Weltfrieden wurde eine Berliner Riesenversammlung, in der die englische Genossin Longman, die holländische Genossin Ankersmit, die österreichischen Genossinnen Boscheck und Popp und von Deutschland die Genossinnen Zetkin und Zietz dem glühenden Haß der Sozialdemokratinnen gegen den Krieg Ausdruck gaben und im Sozialismus den Friedensbringer grüßten. Begeisterte Zustimmungskundgebungen waren eingegangen von Frankreich, Rußland, den skandinavischen Ländern und Finnland.

Die Kundgebung fand statt anläßlich einer Vorbesprechung der Genossinnen über das Arrangement der internationalen Frauenkonferenz in Wien.

Im verflossenen Jahr fanden zum ersten Male die Krankenkassenwahlen nach den neuen Bestimmungen der Reichsversicherungsordnung statt. Dank der Einführung des Proporzes war der Wahlkampf ein ungemein heftiger, bei dem um jede Stimme gerungen wurde. Hatten weite Schichten der bürgerlichen Frauen bereits ihre soziale Rückständigkeit dokumentiert durch ihren Protest gegen die Unterstellung der Dienstboten unter die Krankenversicherung, so zeigte sich ihre reaktionäre Gesinnung in noch höherem Maße bei den Ausschußwahlen der Krankenkassen. Unter der Vortäuschung: Fraueninteressen zu vertreten, riefen die Damen, unter Führung bürgerlicher Frauenstimmrechtsvereine, die Dienstboten und die Arbeiterinnen auf, für die von ihnen bezeichneten Wahllisten zu stimmen, weil diese mehr weibliche Kandidaten aufwiesen. Das geschah, trotzdem die Damen wissen mußten und während der Wahlbewegung oft genug gesagt bekamen, daß die von ihnen befürworteten Listen von den sozial rückständigsten Gruppen der Versicherten aufgestellt worden; von den Gruppen, die sich sonst in schroffster Form gegen Frauenrechte wenden und jetzt nur eine größere Anzahl weiblicher Kandidaten auf ihre Liste nahmen, um die politisch ungeschulten weiblichen Wähler zu kapern, die durch die Reichsversicherungsordnung erst versicherungspflichtig geworden sind. Daß die Damen an einer Reihe von Orten mit diesem Trick Erfolg hatten, ist ein Beweis für die Notwendigkeit einer intensiveren Aufklärungsarbeit auch in diesen Fragen.

Die Betätigung der Genossinnen bei den ehrenamtlichen Arbeiten in der Gemeinde nimmt langsam aber stetig zu. Eine kürzlich von uns veranstaltete Erhebung hat ergeben, daß zurzeit 329 Genossinnen als Armen-, als Waisenpflegerinnen, als Mitglieder der Schulkommissionen, in der Wohnungspflege, bei der Beaufsichtigung der Ziehkinder, in der Wohlfahrtspflege usw. tätig sind. Alles Tätigkeitsgebiete, bei der nicht nur Frauen überhaupt, sondern besonders Arbeiterfrauen überaus Wertvolles zu leisten vermögen. Die Förderung dieser Tätigkeit ist deshalb eine wichtige Aufgabe der Partei. Drei Bezirke haben erfreulicherweise Kurse zur theoretischen Schulung für diejenigen Genossinnen eingerichtet, die Zeit und Lust haben, auf diesem Gebiete zu arbeiten. Daneben sollte das Interesse der proletarischen Frauenmassen für die Kommunalpolitik mehr geweckt werden, besonders bei den Kommunalwahlen. Es könnte dabei u. a. das wertvolle Material, welches von unseren Kinderschutzkommissionen gesammelt wird, nutzbar gemacht

werden, um eine kräftige Propaganda zu entfalten für jene Forderungen unseres Kommunalprogramms, die besonders innerhalb der Interessensphäre der Frau liegen: Errichtung von Entbindungs- und Säuglingsheimen, von Kindergärten, Kinderhorten, Ferienkolonien, Wald- und Wiesenspielplätzen, obligatorischer Schulspeisung usw. Mit der Nutzbarmachung des gesammelten Materials spornen wir auch unsere Genossinnen bei ihrer segensreichen aber sehr schweren Arbeit in den Kinderschutzkommissionen an.

Zurzeit arbeiten 252 solcher Kommissionen und leisten ein gutes und großes Stück Kulturarbeit. Verschiedene Fabrikinspektoren, so in Sachsen, Baden und Oldenburg anerkennen ausdrücklich ihre Verdienste beim Kampf gegen die gesetzwidrige Erwerbsarbeit der Kinder. Wer wollte nicht dankbar ihr Wirken im Interesse der armen Mißhandelten und Verwahrlosten hervorheben! Was aber besondere Freude erweckt und ungeteilte Zustimmung erfährt, sind die Ferienausflüge und die Veranstaltung von Spiel und Unterhaltung für die Arbeiterkinder auch im Winter. Schnell hat sich dieser Brauch von Ort zu Ort verbreitet und immer größer ist der Zustrom der Kinder geworden, die glückstrahlenden Auges dem Ruf der Kommissionen folgen, um sich an dem Grün der Wiesen, an dem Schatten des Waldes, am herrlichen Sonnenschein zu laben. Bis zu 6000 Teilnehmern haben sich an den einzelnen Orten zusammengefunden.

Die Mitarbeit der Genossinnen gewinnt ständig an Umfang und Bedeutung. Diese Tatsache zeigt, daß die Kerntruppe unserer weiblichen Mitglieder politisch reif ist und zu ernster politischer Arbeit befähigt und bereit. In 236 Kreisen sind 936 Genossinnen als Vorstandsmitglieder an der Leitung beteiligt.

Auch in der Jugendbewegung nimmt die Beteiligung der Genossinnen andauernd und stetig zu. Je mehr sie in den Schulungsabenden mit sozialistischer Erkenntnis erfüllt werden, desto mehr bemühen sie sich, ihren eigenen Kindern eine sozialistische Erziehung zu geben und außerdem in der Jugendbewegung dem proletarischen Nachwuchs Erzieherin, Freundin und Beraterin zu sein.

Mit dem Erstarken der proletarischen Frauenbewegung wachsen ihre Aufgaben, aber auch ihre Kräfte. Die Kräfte zu wecken und zu entwickeln ist die wichtigste Aufgabe der Partei, die sie neben der Aufrüttelung der Indifferenten zu erfüllen hat. Im Berichtsjahr wuchs die Zahl der weiblichen Parteimitglieder von 141 115 auf 174 754. Zunahme: 33 639.

Die „Gleichheit" hat eine Auflage von 125 000 Exemplaren erreicht.

An Flugblättern sind von der Zentrale bezogen: „Frauen und Mädchen seid auf der Hut!" „Frauen und Mädchen wahret Eure Rechte!" „Auf zur Krankenkassenwahl!" „Auf zum Frauentag!" „Frauen rührt Euch!"

Die Frauenbibliothek ist um drei Broschüren vermehrt. Heft 6: „Die Arbeiterinnen und die Gewerkschaften." Heft 7: „Sozialistische Erziehung im Hause." Heft 8: „Gewinnung und Schulung der Frau für die politische Betätigung." Außerdem ist die kleine Agitationsschrift: „Bist Du eine der Unsrigen?" neu aufgelegt und eine andere kleine Schrift: „Warum sind wir arm?" zur Agitation unter den erwerbstätigen Frauen und Mädchen neu herausgekommen.

Dem Ausbau der Diskussions- und Leseabende wird dauernd die größte Aufmerksamkeit gewidmet. In 166 Kreisen sind diese Schulungs-

einrichtungen geschaffen. Auch bürgern sich mehr und mehr die Kurse ein, die der Weiterschulung der weiblichen Funktionäre dienen.

19 Bezirkskonferenzen, die sämtlich vom Vorstand beschickt waren, haben wesentlich die Agitations- und Schulungsarbeit unter den Genossinnen gefördert. Außer den allgemeinen Agitationsfragen, die stets unter weitgehendster Berücksichtigung der örtlichen Verhältnisse behandelt wurden, ist fast überall auch noch irgendein politisches Tätigkeitsgebiet besprochen und damit in den Vordergrund des Interesses gerückt worden. Das politische Verständnis der Genossinnen gewinnt durch diese Aussprachen und ihre Arbeitsfreudigkeit wächst. Wo in den vorhergehenden Jahren bereits solche Konferenzen stattgefunden haben, zeigte sich deutlich ihre Wirkung in der fortgeschrittenen Erkenntnis und der praktischen Betätigung der Genossinnen. Die mündliche Agitation ist unterstützt worden durch eine entsprechende schriftliche. Die Parteipresse wendet der Frauenbewegung in steigendem Maße ihre Aufmerksamkeit zu. Bei zentralen Veranstaltungen wird sie auch vom Vorstand mit Material versehen. Ebenso werden Agitationskalender und Monatsschriften mit Artikeln und Notizen versehen.

Jugendbewegung.

Die proletarische Jugendbewegung hat trotz der bekannten Bekämpfung durch Polizei, Schule, Gerichte, Unternehmertum und bürgerliche Jugendbewegung einen weiteren Aufschwung zu verzeichnen.

Die Abonnentenzahl der „Arbeiter-Jugend" ist von 89 409 auf 102 726 gestiegen. Die Zeitung hat in nahezu 700 (560)*) Orten Eingang gefunden.

Jugendausschüsse bestehen in 837 (655) Orten. 519 (409) Ausschüsse haben über ihre Tätigkeit der Zentralstelle für die arbeitende Jugend Deutschlands berichtet. Aus dem Jahresbericht der Zentralstelle seien die folgenden Feststellungen entnommen:

Jugendheime gibt es in 391 (291) Orten. 261 (196) Heime besitzen nur einen Raum, 83 zwei, 28 drei, 10 vier, 1 fünf, 6 sechs und 2 sieben Räume. 271 (186) Heime befinden sich in Wirtschaften. Natürlich ist hier wie bei den übrigen Heimen der Genuß von Alkohol und Tabak nicht erlaubt. Die jährliche Miete beträgt in 292 (177) Orten 71 886,40 (45 010,60) Mark. Berlin zahlt den höchsten Mietsbetrag, nämlich 9588 Mk. pro Jahr, Dresden 6488 Mk., Hamburg 3400 Mk., Neukölln 3240 Mk., Kiel 3036 Mk., Köln 2060 Mk., Frankfurt a. M. 2000 Mk., sechs weitere Orte zahlen 1000 Mk. bis 2000 Mk., 14 (8) Orte haben mehrere Heime: Hamburg 4, Berlin, Kiel, Stuttgart je 3, M.-Gladbach, Hannover, Neukölln je 2 Heime. In 216 Heimen sind Bibliotheken vorhanden, die insgesamt 31 210 Bände umfassen. Außer diesen Büchereien bestehen noch in 81 Orten eigene Jugendbibliotheken, die 17 287 Bände aufweisen können.

*) Die Ziffern in Klammern sind die des Vorjahres.

An Veranstaltungen wurden getroffen:

Art der Veranstaltung	Zahl		Teilnehmer insgesamt	Jugendliche* männl.	Jugendliche* weibl.	Erwachsene
Einzelvorträge	4756		196 884	86 199	24 928	13 019
im Vorjahr	(3309)		(134 286)	—	—	(14 549)
Künstler. Veranstaltungen	1859		199 391	40 326	21 257	53 900
im Vorjahr	(2405)		(148 818)	—	—	(59 471)
Führung in den Museen usw.	849		20 088	11 290	2 740	2 012
im Vorjahr	(672)		(19 912)	—	—	(2 993)
Wanderungen	5467		97 719	73 341	17 040	7 338
im Vorjahr	(3630)		—	—	—	—
	Zahl der Kurse	Zahl der Vorträge				
Wissenschaftliche Kurse	146	838	24 129	11 581	3 235	1 443

* Alter und Geschlecht der Teilnehmer haben nicht alle Berichterstatter angegeben.

Jugendschutzkommissionen, die in Gemeinschaft mit den Arbeitersekretariaten und Gewerkschaften die Jugendlichen auf wirtschaftlichem Gebiete zu schützen haben, sind in 69 (49) Orten eingesetzt worden.

Außer den Wanderungen wurden an den Sommerabenden Spiele im Freien zur Pflege des Körpers veranstaltet. Die Zahl der Spiele und Teilnehmer läßt sich in den größeren Städten kaum feststellen. Nach den Berichten aus 151, meist kleineren Orten fanden hier 4181 Spielabende statt, an denen sich 43 614 männliche, 8150 weibliche Jugendliche und 2718 Erwachsene beteiligten.

Die Finanzen der Jugendausschüsse bessern sich von Jahr zu Jahr. Die Einnahmen betragen in 383 Orten 239 485,26 Mk. (182 994,71 Mk.), die Ausgaben 235 940,11 Mk. (186 747,13 Mk.).

Die Bezirkseinteilung ist vollständig durchgeführt, für alle 38 Agitationsbezirke bestehen Bezirksleitungen. 28 (25) haben über ihre Tätigkeit berichtet. Sie veranlaßten 417 (328) Versammlungen, vermittelten 669 (438) Vorträge, hielten 236 (198) Sitzungen und 83 (44) Konferenzen ab.

8 (6) Bezirksleitungen haben 10 (8) verschiedene Flugblätter herausgegeben, die in 183 400 (131 200) Exemplaren abgesetzt wurden. Der Ausbildung von Funktionären dienten 15 Konferenzen und Kurse. Die Gesamtausgaben der Bezirksleitungen beliefen sich auf 51 117,52 Mk. (20 950,73 Mk.).

Für die Bezirke Oberrhein, Niederrhein, westliches Westfalen wurde am 1. Januar 1914 ein Jugendsekretär angestellt. Die Kosten des Sekretariats trägt die Zentralstelle.

Die Zentralstelle für die arbeitende Jugend Deutschlands hat die Agitations- und Bildungsarbeit der Jugendfunktionäre nach Möglichkeit unterstützt. Zur Gewinnung von Abonnenten für die „Arbeiter-Jugend" hat sie ein neues Flugblatt geschaffen, das, gegen Ende des Geschäftsjahres herausgegeben, in 36 000 Exemplaren verlangt wurde. Einige der älteren Flugblätter wurden neu herausgegeben. Die Agitation unter der weiblichen Jugend wurde angeregt und gefördert durch das Flugblatt: „An die junge Arbeiterin" und die Schrift: „Komm zu uns!" Das Flugblatt fand 8500, die Schrift 46 810 Abnehmer. Die Agitationsbroschüre „Gehörst Du zu uns?" wurde in 68 955 Exemplaren verbreitet. Flugblätter versandte die Zentralstelle insgesamt

560 500. Der Kampf gegen den Alkoholgenuß, der mit Beginn der proletarischen Jugendbewegung von ihren Funktionären eifrigst betrieben wird, erhielt in dem Flugblatt: „Die Jugend und das Trinken" eine neue wirkungsvolle Waffe. Das Blatt fand 73 000 Abnehmer. Auf die Ausgestaltung der Jugendwanderungen wurde durch Herausgabe der Schrift: „Wie soll man wandern?" einzuwirken gesucht. Die Wanderungen der proletarischen Jugend sollen nicht nur der körperlichen Erholung, sondern auch der geistigen Erfrischung und Belehrung dienen. Die Schrift wurde in 7100 Exemplaren abgesetzt. — Der Almanach für die arbeitende Jugend „Jung-Volk", der im vorigen Jahre eine freudige Aufnahme bei der Jugend gefunden hat, wurde für das Jahr 1914 neu herausgegeben. Seine Auflage betrug 33 000 Exemplare, die bald nach dem Erscheinen vergriffen war. Die Schriften „Der gesetzliche Arbeiterschutz für Jugendliche" und „Katalog für die Jugendbibliotheken" wurden in erweiterter Form neu herausgegeben. Vom Jugendliederbuch wurden 30 400 Exemplare verkauft. Eine neue Volksliederausgabe mit Noten und Gitarrebegleitung erscheint im Laufe des Sommers. Ferner ist die Herausgabe einer Jugendbibliothek in Vorbereitung, die die Jugendlichen in die wichtigsten Wissensgebiete einführen soll. Die ersten Bände werden Ende des Sommers erscheinen.

Als eine ihrer wichtigsten Aufgaben betrachtet die Zentralstelle die Ausbildung von Jugendleitern. Die für die einzelnen Arbeitsgebiete vorhandenen gedruckten Ratgeber werden durch das in zwangloser Reihenfolge erscheinende Rundschreiben, das Funktionäre unentgeltlich erhalten, ergänzt. In der Erkenntnis, daß die schriftliche Belehrung der Funktionäre nicht genügt, wurden zunächst zwei zentrale Kurse für Jugendleiter in Berlin abgehalten. Jeder dieser Kurse dauerte eine Woche und zählte zirka 30 Teilnehmer aus allen Gegenden Deutschlands. 10 Lehrer unterrichteten über die wichtigsten Fragen der proletarischen Jugendarbeit. Die Vorträge wurden teilweise durch Exkursionen und Vorführung praktischer Beispiele wirkungsvoll unterstützt. Die Kurse fanden Anerkennung und Lob der Teilnehmer und haben schon relativ gute praktische Erfolge gezeitigt.

Neben dem zentralen Jugendleiterkursus wurden seit Februar Kurse in den einzelnen Bezirken abgehalten. Die Bezirkskurse sollen den in die Bewegung neu eingetretenen Funktionären die wichtigsten Kenntnisse proletarischer Jugendarbeit vermitteln. Dieser Kursus dauert zwei Tage. Der Unterricht erstreckt sich auf Pädagogik, Bildungsarbeit, Verwaltung, Agitation, bürgerliche Jugendbewegung, Jugendschutz, Wanderungen, Spiele im Freien, Jugendheim. Bis zur Abfassung des Berichts haben 10 Kurse mit 457 Teilnehmern stattgefunden. Auch diese Kurse haben eine gute Aufnahme gefunden.

Die Ausgaben der Zentralstelle betrugen 39 106,78 Mk (13 929,34 Mk.), für gerichtliche Prozesse wurden 1744,75 Mk. (896,97 Mk.), für Jugendleiterkurse 10 488,85 Mk. ausgegeben. Bezirksleitungen erhielten Zuschüsse in Höhe von 8514 Mk. (2900 Mk.).

Agitation.

Im Berichtsjahre wurde zunächst die im Vorjahre begonnene Agitation gegen den Militarismus fortgesetzt. Anläßlich der Verabschiedung der Milliardenvorlage im Reichstage erschien das Flugblatt: „Der Kampf ist aus, es lebe der Kampf." Dem gleichen Thema war eine zur Massenverbreitung bestimmte 16seitige Flugschrift gewidmet. Mit dem

Militarismus und seinen Nutznießern, den Rüstungsinteressenten, beschäftigten sich die beiden Flugblätter „Krupp vor Gericht" und „Die Rolle der Sozialdemokratie im Krupp-Prozesse". Beide Flugblätter waren gleichzeitig Antworten auf Verleumdungsflugblätter des Reichsverbands.

Zu einer die breitesten Schichten der Bevölkerung erfassenden Agitation gegen den Militarismus führten dann im Dezember vorigen Jahres die aufreizenden Vorgänge in Zabern. Die zur Kennzeichnung der Militärdiktatur einberufenen Protestversammlungen erfreuten sich in Stadt und Land eines ganz außerordentlichen Zulaufs. Zur Agitation für diese Versammlungen wurde das Flugblatt „Nieder mit der Säbelherrschaft" verbreitet, dem dann nach dem schmählichen Umfall der bürgerlichen Parteien das Flugblatt „Das Vaterland in Gefahr" folgte.

Die außerordentlich große Arbeitslosigkeit im Winter 1912/13 veranlaßte Partei und Gewerkschaften zur Einleitung einer Aktion gegen die Untätigkeit des Reichs, der Einzelstaaten und der meisten Gemeinden in der Fürsorge für die Arbeitslosen. Bei dieser Aktion wurde besonders Wert gelegt auf die Propagierung der Forderungen, welche die Sozialdemokratie zugunsten der Arbeitslosen erhebt. Zu diesem Zwecke wurde die Jenaer Parteitagsrede des Genossen Timm als Flugschrift zur Massenverbreitung neben einem Flugblatt „Hilfe den Arbeitslosen" herausgegeben.

Die Scharfmacher hetzten im letzten Jahre gegen das Koalitionsrecht der Arbeiter und Angestellten ungenierter denn je. Sie schienen zu hoffen, daß die systematischen Verdächtigungen der Arbeiter ihnen wenigstens einen Teilerfolg in ihrem Kampfe für Einschränkung der Grundrechte der Arbeiter bringen könnten. Partei und Gewerkschaften haben diese Hetze mit einer Versammlungsagitation beantwortet, in deren Mittelpunkt die Forderungen für Verbesserung des Koalitionsrechts gestellt wurden. Zwei Flugblätter: „Das Koalitionsrecht in Gefahr" und „Auf zum Kampfe für das Koalitionsrecht" wurden durch die Parteiorganisationen verbreitet. Im Januar wurde dann noch die Reichstagsrede des Genossen W. Heine vom 22. Januar 1914 in Massenauflage als Flugschrift herausgegeben und den Organisationen gratis zur Verfügung gestellt.

Zur Bekämpfung der gelben Werkvereinsbewegung, die das gehegte und gepflegte Schoßkind des Großkapitalismus geworden ist, wurde die Broschüre „Die Gelben" und „Kriechen oder kämpfen?" herausgegeben. Als Erwiderungen auf Lügenflugblätter des Reichsverbands erschienen zehn neue Antwortflugblätter. Anläßlich des Jubiläums der Leipziger Völkerschlacht, das von den Chauvinisten gegen die Partei auszuschlachten versucht wurde, wurde das Flugblatt „Die Völkerschlacht und das Volk" herausgegeben. Nach der die Forderungen des Volkes glatt abweisenden Rede des neuen Ministers des Innern in Preußen wurden in Uebereinstimmung mit dem geschäftsführenden Ausschuß der preußischen Landesorganisation Protestversammlungen angesetzt, die zum Teil sehr zahlreich besucht waren, und dazu ein Flugblatt zur Belebung der preußischen Wahlrechtsbewegung herausgegeben.

Der allgemeinen Agitation für die Parteiorganisationen und die Parteipresse war die „Rote Woche" gewidmet, die vom 8. bis 15. März stattfand und durch den Frauentag eingeleitet wurde. Dank der überaus rührigen Kleinarbeit von Zehntausenden von Genossinnen und Genossen und dank der Vorarbeit der Parteipresse, die Tag für Tag vor und in der „Roten Woche" auf die Wichtigkeit dieser Werbewoche aufmerksam machte, war der Erfolg der Partei ein über Erwarten großer. Die Agitation von Haus zu Haus und

die Agitation unter den der politischen Organisation noch fernstehenden Gewerkschaftern durch Veranstaltung von Werbeversammlungen, durch Verbreitung von Handzetteln und Flugblättern, durch Herausgabe von Plakaten, durch Gratisverteilung der Parteipresse, durch persönliche Fühlungnahme mit den noch Unorganisierten brachten der Partei 140 096 neue Mitglieder und 82 537 neue Abonnenten. Es wird die wichtigste Aufgabe sein, diese Neugeworbenen nun der Partei zu erhalten. Um dies zu erreichen, muß die Organisation mit den Neugewonnenen gute Fühlung halten, ihnen aufklärende Broschüren zustellen und sie besonders auch auf die Bildungsveranstaltungen der Partei aufmerksam machen.

In der Serie sozialdemokratischer Flugschriften erschien neu die Nummer 20: „Sozialdemokratie und Militärvorlage" und Nr. 21: „Sozialdemokratie und Arbeitslosenfürsorge". Die Flugschrift: „Christentum, Zentrum und Sozialdemokratie" wurde völlig umgearbeitet und durch neuestes Material ergänzt. Diese Broschüren werden ohne Umschlag das Tausend zu zehn Mark abgegeben.

Die 14täglich erscheinende „Sozialdemokratische Parteikorrespondenz", die aus allen Gebieten den agitatorisch tätigen Genossen Material für die Sammelmappen liefert, erscheint jetzt in einer Auflage von 5550 Exemplaren.

In dem „Sozialdemokratischen Bureau für Rheinland-Westfalen", das Agitationsmaterial besonders zur Bekämpfung des Zentrums und der rheinisch-westfälischen Scharfmacher liefert, wurde die Stelle eines volkswirtschaftlichen Redakteurs neu geschaffen. Neben dem Material für die Agitation, das in einer Auflage von 7500 gratis abgegeben wird, versendet das Bureau nach Bedarf informatorische Berichte an die Parteipresse. Das Bureau gab ferner mehrere Flugblätter und einige Broschüren heraus: „Die rheinische Landgemeindeordnung", „Die gelben Gewerkschaften", „Wider die zentrums-christlichen Terrorismusschreier", „In den Fesseln Roms" (Rede des Rechtsanwalts Genossen W. Heine im Kölner Gewerkschaftsprozeß), „Der Kölner Enzyklikaprozeß" (die Gerichtsverhandlung).

Agitationskalender, zu denen die Zentralkasse zum Teil Zuschüsse leistete, gaben 31 Bezirksvorstände heraus.

Für die Schiffer- und Fischerbevölkerung erschien wieder in einer Auflage von 60 000 „Der Kalender für die Binnen-, Küstenschiffahrts- und Fischereibevölkerung". — Auf die Notwendigkeit der Agitation unter den Privatangestellten wurden die Parteiorganisation und die Parteipresse besonders aufmerksam gemacht.

Zur Agitation unter der ländlichen Bevölkerung wurden von 22 Landes- und Bezirksvorständen Zeitungen herausgegeben, die fast alle gratis verbreitet wurden. Von diesen erschienen 1 viermonatlich, 3 dreimonatlich, 4 zweimonatlich, 13 monatlich einmal und 1 wöchentlich.

Ueber die Zahl der im Berichtsjahre in den einzelnen Bezirken veranstalteten Versammlungen und unentgeltlich verteilten Flugschriften und Flugblätter geben die dem Bericht angefügten Tabellen genaue Auskunft. Insgesamt wurden im Reiche 45 376 Mitglieder-, 1940 Frauen- und 12 877 öffentliche Versammlungen abgehalten und 45 283 383 Flugblätter, Broschüren und Kalender unentgeltlich verteilt.

Reichstagsnachwahlen.

Selten haben in einem Berichtsjahre so viel Nachwahlen zum Reichstag stattgefunden wie in diesem. In 17 Wahlkreisen waren die Mandate durch Tod des bisherigen Abgeordneten, oder durch Ungültigkeitserklärung, oder durch Niederlegung des Mandats erledigt. In drei Fällen kamen Mandate unserer Partei in Frage. Dresden-Neustadt und Hamburg I, die durch den Tod der Genossen Kaden und Bebel erledigt waren, wurden der Partei erhalten. In Jerichow I und II, wo Genosse Haupt im Januar 1912 bei der Stichwahl 7 Stimmen mehr als sein konservativer Gegner erhalten hatte, war eine Nachwahl nötig, weil der Reichstag das Mandat für ungültig erklärt hatte. Hier entbrannte ein Wahlkampf, wie er in gleicher Schärfe selten geführt ist. Unsere Genossen errangen im ersten Wahlgange 693 Stimmen mehr als im ersten Wahlgange 1912, in der Stichwahl gelang es aber den Konservativen, uns das Mandat zu entreißen. Ueber den „Erfolg" herrschte großer Jubel im schwarzblauen Lager. Kurze Zeit zuvor war es dem Zentrum gelungen, den Kreis Offenburg zurückzuerobern. Die Freude an dem Umschwung nach rechts sollte aber nur von sehr kurzer Dauer sein. Denn bald nachher fiel der Reichsverbandsgeneral Liebert in Borna-Pegau durch, wo unser Genosse Ryssel gewählt wurde. So mußte Liebert, der so oft prahlte, daß die Sozialdemokratie durch den Reichsverband vernichtet werden würde, selbst seinen Reichstagssitz einem Sozialdemokraten überlassen. In diesem Wahlkampf hatte der Reichsverband seine fähigsten Leute aus ganz Deutschland zusammengezogen. Alle Praktiken des Reichsverbandes versagten. Einen weiteren empfindlichen Verlust hatten die Konservativen im Kreise Stendal-Osterburg. Hier unterlag der konservative Scharfmacher Hoesch dem liberalen Bauernbündler Wachhorst de Wente in der Stichwahl.

Stellt man die Resultate der Nachwahlen neben die Resultate der Hauptwahl, so ergibt sich folgendes Bild:

	Hauptwahlen 1912			Nachwahlen v. August 1913 b. Ende Mai 1914		
	abgegebene Stimmen	für Sozialdemokr.	Prozent	abgegebene Stimmen	für Sozialdemokr.	Prozent
Weilheim	23 483	3 794	16,2	22 574	3 321	14,7
Ragnit-Pillkallen	19 220	2 964	15,4	18 723	3 248	17,3
Landshut	17 583	1 871	10,6	16 595	1 535	9,2
Bühl-Rastatt	25 326	5 217	20,6	21 770	4 580	21,0
Dresden-Neustadt	58 223	31 640	54,3	56 441	31 202	55,3
Hamburg I	30 486	20 633	67,7	26 050	17 532	67,3
Neumarkt	15 904	661	4,2	13 392	527	3,9
Leobschütz	10 094	899	8,9	7 954	33	—
Rosenberg-Löbau	20 255	309	1,5	19 608	—	—
Offenburg	24 295	3 705	15,2	24 914	3 032	12,1
Jerichow I u. II	30 181	11 992	39,7	31 692	12 684	40,0
Stichwahl	30 519	15 263	50,0	31 936	15 267	47,8
Köln-Land	66 598	24 288	36,5	66 770	24 512	36,7
Borna-Pegau	26 126	11 566	44,3	27 239	12 077	44,3
Stichwahl	26 139	13 058	50,0	27 054	14 321	52,9
Samter-Obornik	30 222	1 084	3,6	30 102	630	2,1
Schwetz	16 974	161	1,0	15 882	107	0,7
Braunsberg-Heilsberg	15 871	398	2,5	11 930	227	1,9
Stendal-Osterburg	26 619	7 434	27,9	26 108	6 911	25,7

Landtagswahlen.

Geringere Erfolge als in den letzten Jahren hatten wir bei den Landtagswahlen. Am 21. Oktober waren die Landtagswahlen in **Baden**. Im Jahre 1909 hatten die badischen Genossen der Partei eine freudige Ueberraschung bereitet, insofern als die Wahlen ein unerwartet günstiges Resultat brachten. 1905 wurden bei der allgemeinen Wahl 281 813 Stimmen abgegeben, wovon 50 431, also 22,5 vom Hundert, auf unsere Genossen entfielen. 1909 stieg die Gesamtstimmenzahl auf 300 619, aber die unserer Genossen auf 86 184 = 28,6 vom Hundert. Bei den letzten Wahlen hatten wir nur in den vier industriellen Bezirken Stimmenzuwachs, während die rein ländlichen Bezirke fast überall einen Rückgang an Stimmen hatten, und zwar einen so starken Rückgang, daß das Gesamtresultat einen Stimmenverlust aufwies. Stellt man die Resultate der letzten drei allgemeinen Wahlen nebeneinander, dann ergibt sich folgendes Bild:

	1905	1909	1913
Abgegebene Stimmen	281 818	300 619	331 429
Für Sozialdemokraten	50 431	86 184	74 688
Zentrum und Konservative	125 458	117 102	146 496
Liberale Parteien	105 929	97 333	110 295

Wir verloren sieben Mandate. Die Zusammensetzung der Kammer ist jetzt folgende:

	Nach den Wahlen von 1913	In der vorigen Legislaturperiode
Sozialdemokraten	13	20
Nationalliberale	20	17
Fortschrittler	5	7
Zentrum	30	26
Konservative	5	3
Zusammen	73	73

Unter den 20 Nationalliberalen sind drei, die mit Hilfe des Zentrums gewählt sind und die in wichtigen Fragen auch mit dem Zentrum stimmen.

Am 25. Oktober fand in Stuttgart-Amt eine Nachwahl zum Landtag statt, weil Genosse Hildenbrand aus Württemberg verzogen ist. Bei der Hauptwahl 1912 hatte Genosse Hildenbrand von 9408 abgegebenen Stimmen 6715 erhalten. Jetzt erhielt Genosse Pflüger 5647 von 9845 abgegebenen Stimmen. Der Bezirk gehört zu dem sichersten Besitzstande unserer württembergischen Genossen.

Bei einer Nachwahl in Altenburg in Schmölln am 3. November behaupteten unsere Genossen das Mandat. Unser Genosse erhielt 1671, der Gegner 488 Stimmen.

In **Lübeck** wurde ein Teil der dortigen Bürgerschaft (Lübeckischer Landtag) neugewählt. Man hat ein Wahlrecht geschaffen, wodurch es den Arbeitern höchstens gelingt, einen geringen Bruchteil der Abgeordneten zu wählen. Im Landbezirk eroberten unsere Genossen ein neues Mandat. Im Stadtbezirk hatten unsere Genossen vier Mandate der sogenannten zweiten Wählerklasse zu verteidigen. Diese Mandate waren bei der vorigen Wahl mit 3962 gegen 1061 gegnerische Stimmen erobert. Jetzt erhielten unsere Genossen 4218 Stimmen, während die Zahl der gegnerischen Stimmen auf 952 zusammenschmolz. In der sogenannten ersten Wählerklasse, in der die Bürger wählen, die drei Jahre hintereinander ein Einkommen von mindestens 2000 Mk. versteuert haben, wurden 33 Abgeordnete gewählt. Auch hier stiegen die Stimmen unserer Genossen um reichlich ein Drittel, während die Stimmen der Gegner zurückgingen. Mandate dieser Klasse wurden nicht gewonnen. Die Zahl der Abgeordneten unserer Partei stieg von 12 auf 18.

In **Reuß j. L.** fand nach dem Wahlrechtsraub (Einführung des Pluralwahlrechts) am 10. Dezember die erste allgemeine Wahl statt. Bei der Reichstagswahl 1912 hatte das Fürstentum 34 192 eingeschriebene Wähler, wovon 17 009 für die Sozialdemokratie und 14 386 für deren Gegner stimmten. Jetzt bei der Landtagswahl wurden 41 770 Stimmen abgegeben, weil die Besitzenden mehr Stimmen abgeben können. Von diesen Stimmen erhielten unsere Genossen 14 081. Ein Genosse wurde gewählt und vier Genossen kamen in Stichwahl, von denen ein Genosse am 30. Dezember gewählt wurde. Die Gegner haben also ihren Zweck erreicht, indem sie Mandate, die sie in ehrlichem Kampfe nicht erringen können, durch Wahlrechtsverschlechterung ergattern.

Bei Nachwahlen verloren wir in Sachsen das Mandat des verstorbenen Genossen Riem und in Oldenburg das Mandat für das Fürstentum Lübeck.

In Fürth, wo unsere Genossen das Mandat des verstorbenen Genossen Klampfer zu verteidigen hatten, wurde am 27. Juni Genosse Endres gewählt.

Unsere Partei ist in den Landtagen der Bundesstaaten in folgender Stärke vertreten:

Bayern	30	Schwarzburg-Rudolstadt	9
Sachsen	25	Gotha	8
Hamburg	20	Hessen	8
Württemberg	17	Sachsen-Altenburg	7
Bremen	16	Sachsen-Weimar	4
Baden	13	Reuß ä. L.	3
Lübeck	13	Reuß j. L.	2
Oldenburg	11	Anhalt	1
Elsaß-Lothringen	11	Schaumburg-Lippe	1
Preußen	10	Lippe	1
Sachsen-Meiningen	9	Schwarzburg-Sondershausen	1

Die Zahl der sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten beträgt also 220 gegen 231 im Vorjahre.

Die Sozialdemokratie in den Gemeindevertretungen.

In welchem Maße die Sozialdemokratie in der Lage ist, in den kommunalen Vertretungskörpern im Interesse der arbeitenden Klassen ihren Einfluß geltend zu machen, zeigt folgende am Ende des Berichtsjahres aufgenommene Statistik:

Agitationsbezirke	Vertreter der Partei in Stadtverordneten-versammlungen und Gemeindevertretungen Zahl der Städte	Vertr.	Landg.	Vertr.	Vertreter der Partei im Magistrat, Stadtrat und Gemeindevorstand Zahl der Städte	Vertr.	Landg.	Vertr.
Ostpreußen	3	24	5	6	—	—	—	—
Westpreußen	1	15	8	12	—	—	—	—
Groß-Berlin	10	176	98	362	—	—	—	—
Brandenburg	31	174	105	307	—	—	1	2
Pommern	4	32	23	51	—	—	—	—
Posen	—	—	2	5	—	—	—	—
Breslau	7	39	57	121	—	—	—	—
Görlitz	5	32	63	190	—	—	—	—
Oberlangenbielau	1	2	81	165	—	—	—	—
Kattowitz	—	—	7	11	—	—	—	—
Magdeburg	19	89	38	84	—	—	—	—
Halle a. S.	20	82	171	408	—	—	—	—
Erfurt	6	9	30	79	—	—	—	—
Schleswig-Holstein	22	90	102	233	—	—	2	2
Hannover	7	11	58	137	—	—	—	—
Westl. Westfalen	10	39	60	140	—	—	1	1
Westl.	1	5	67	138	—	—	—	—
Frankfurt a. M.	12	52	103	267	1	1	11	12
Kassel	6	16	61	161	—	—	3	3
Oberrhein	3	10	10	21	—	—	—	—
Niederrhein	23	138	23	50	—	—	—	—
Nordbayern	35	188	101	318	16	29	14	14
Südbayern	11	47	16	75	4	8	1	1
Pfalz	18	110	50	181	—	—	14	17
Dresden	18	70	432	973	—	—	—	—
Chemnitz	34	141	152	482	1	2	1	2
Leipzig	15	69	142	289	—	—	1	1
Zwickau	16	62	89	218	—	—	—	—
Württemberg	32	131	164	542	12	52	29	23
Baden	44	454	142	1421	21	56	56	95
Hessen	13	81	163	440	1	1	—	—
Mecklenburg	9	46	2	2	—	—	—	—
Groß-Thüringen	43	145	240	631	2	2	14	14
Oldenburg	5	47	13	43	2	3	—	—
Braunschweig	11	39	69	122	—	—	—	—
Anhalt	11	74	34	95	—	—	—	—
Hamburg	2	4	10	29	—	—	2	2
Nordwest	4	33	53	170	—	—	—	1
Lübeck	1	13	—	—	—	—	—	—
Elsaß-Lothringen	10	37	29	80	—	—	—	—
1914 zusammen	528	2821	3082	9059	60	154	150	190
1913 „	509	2753	2973	8928	65	133	120	187
1914 + oder —	+ 14	+ 68	+109	+131	— 5	+ 21	+ 30	+ 3

Maifeier.

Die Maifeier fand in diesem Jahre in einer Zeit der Krise und damit verbundener großer Arbeitslosigkeit statt. In solchen Zeiten sind zwar die Feiernden durch die Zahl der Arbeitslosen vermehrt, aber andererseits trägt die vermehrte Unsicherheit in der Beschäftigung der Arbeiter dazu bei, daß die Feier durch Arbeitsruhe keine Ausdehnung erfährt.

Zur Propaganda für die Maifeier gab der Parteivorstand ein Flugblatt heraus: „Auf zur Jubelfeier des 1. Mai!" Die 25. Maifeier war besonders dem Kampfe gegen die Verhetzung der Völker gewidmet und dem Kampfe für eine Erweiterung des Arbeiterschutzes, der in dieser Zeit des Stillstandes aller Sozialreform in Deutschlands besonders nötig ist.

Wenn in einigen Städten die Behörden die Maifeier durch Verbot von Umzügen und ähnliche Schikanen zu beeinträchtigen suchten, so haben sie dem die Massen der Maifeiernden beseelenden Gedanken damit keinen Abbruch tun können.

Parteipresse.

Auf dem Gebiet der Presse machten sich die Folgen der Wirtschaftskrise noch stärker bemerkbar als in der Organisation. Wenn es gleichwohl gelungen ist, den Abonnentenrückgang aufzuhalten und eine Steigerung der Abonnentenzahl zu erzielen, dann ist das wohl vornehmlich auf die intensive Werbetätigkeit der Genossen in der roten Woche zurückzuführen. Die Zahl der Abonnenten der Parteipresse einschließlich der „Gleichheit" stieg von 1 465 212 am 31. März 1913 auf 1 488 345 am 31. März 1914. Sonach war eine Zunahme um 23 133 Abonnenten zu verzeichnen, wovon freilich 13 000 auf die „Gleichheit" entfallen, so daß die Tagespresse einen Zugang von nur 10 133 Abonnenten aufweist. Damit ist der Rückgang vom vorigen Jahre, der 12 830 betrug, noch nicht einmal wettgemacht. Es wird zäher, energischer Propaganda der Genossen bedürfen, soll der Parteipresse wieder eine aufsteigende Entwicklung gesichert werden.

Täglich erscheinende Parteizeitungen hatten wir am Ende des Berichtsjahres 91 gegen 90 im Vorjahre. Es sind hinzugekommen die „Volkswacht" in Danzig und die „Freie Presse" in Kattowitz. Die „Dziennik Robotnicza" in Kattowitz kann als Parteizeitung nicht mehr anerkannt werden, weil dieses Blatt der polnischen Separatisten unsere Partei in der gehässigsten Weise bekämpft.

Außer diesen täglich erscheinenden Organen erscheint noch der „Proletarier aus dem Eulengebirge" dreimal wöchentlich in Oberlangenbielau und einmal wöchentlich das „Bayerische Wochenblatt" in München. An Zeitschriften erscheinen einmal wöchentlich die „Neue Zeit" in Stuttgart und die „Kommunale Praxis" in Berlin, außerdem vierzehntägig für die Agitation unter den Frauen die „Gleichheit" und als Witzblatt der „Wahre Jakob" in Stuttgart.

Neue Parteidruckereien sind in Altenburg, Königsberg und Kattowitz errichtet worden, so daß jetzt insgesamt 65 Parteidruckereien bestehen. Von diesen haben sich im Berichtsjahre einige eigene Betriebsgebäude errichtet, andere ihre Betriebe den steigenden Anforderungen entsprechend erheblich erweitert, so daß sie gezwungen waren, Darlehen der Hauptkasse in Anspruch zu nehmen. Fünf Parteiblätter werden noch in Privatdruckereien hergestellt.

Durch unsere beiden Revisoren wurden im Berichtsjahre 68 Parteigeschäfte revidiert, und zwar 60 einmal, 1 zweimal, 1 dreimal und 6 viermal. Außerdem wurden die Revisoren als Berater bei technischen und geschäftlichen Neueinrichtungen oft in Anspruch genommen. Kosten erwuchsen der Hauptkasse durch diese Einrichtung, die von großem Nutzen für die Geschäfte ist, an Gehalt, Fahrkosten und Spesen insgesamt 16 241,45 Mk.

Pressebureau.

1. April 1913 bis 31. März 1914.

	April bis Juni 1913	Juli bis Septbr. 1913	Okt. bis Dezbr. 1913	Jan. bis März 1914	Summa für 1913/14	Im Vorjahre 1912/13 9 Monate
Einnahmen:	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.
Aus der Hauptkasse erhalten . . .	12000,—	9000,—	8000,—	—	29000,—	17000,—
Im Umlageverfahren erhoben	2935,—	8571,—	8735,—	14365,—	34606,—	28807,—
Sonstig. Einnahmen	—	46,75	—	6000,—	6046,75	4539,90
Summa	14935,—	17617,75	16735,—	20365,—	69652,75	50346,90
Ausgaben:						
Gehälter	7107,84	7043,53	7214,98	7187,85	28554,20	21783,08
Korrespondenten:						
a) Politische . .	4410,89	3043,01	3660,18	5778,35	16892,43	12334,16
b) Gewerkschaftl.	1168,45	1139,45	988,25	946,85	4242,50	3128,10
Telephongebühren .	712,—	71,40	530,50	64,25	1378,15	675,95
Telegrammgebühren	140,90	249,15	12,15	13,85	416,05	175,20
Porti	765,08	775,65	871,—	875,22	3286,95	2551,84
Laufende Ausgaben	2500,11	2658,41	2072,90	2219,71	9451,13	6126,27
Diverse	—	—	—	—	—	1139,08
Kranken-, Inv.- u. Angest.-Versich. .	636,14	638,05	576,90	373,55	2224,64	1074,16
Summa	17441,41	15618,65	15926,86	17459,13	66446,05	48987,84

Bilanz:

Bestand am 31. März 1913		5 893,19 Mk.
Einnahmen 1. April 1913 bis 31. März 1914		69 652,75 „
		75 545,94 Mk.
Ausgaben 1. April 1913 bis 31. März 1914		66 446,05 „
Kassenbestand am 1. April 1914		9 099,89 Mk.

„Vorwärts".

Uebersicht über die Einnahmen und Ausgaben des „Vorwärts" 1913/1914.

	April/Juni 1913	Juli/Sept. 1913	Oktob./Dez. 1913	Jan./März 1914	Summa
A. Eingänge:					
Abonnementsgelder durch die Expedition . . .	332 947,45	328 428,08	315 672,49	318 005,06	1260 053,08
Abonnementsgelder durch die Post	16 000,12	15 665,97	15 803,15	15 807,51	63 276,75
Inserateneinnahme . .	171 284,60	125 188,98	170 264,66	168 869,88	635 608,02
Ueberschuß aus dem Broschürenverkauf durch die Expedition	—	—	4 298,60	—	4 298,60
Speditionen	45 083,57	65 270,40	94 816,60	70 492,32	275 612,89
Diverse	106,—	—,—	10,22	49,18	165,40
Gesamteinnahme . .	565 371,71	529 553,38	600 865,72	573 228,90	2269 014,74
B. Ausgänge:					
Diverse Unkosten: Miete, Zeitungsabonnement, Porto für Kreuzbänder, Gebühren für Ueberweisungen, Porto u. Depeschen der Redaktion, Telephon, Steuern, Beleuchtung, Redaktionsboten, Schreibutensilien, Formulare usw. . . .	48 337,21	24 535,—	25 360,93	21 397,40	118 946,94
Mitarbeiter:					
Politik	12 522,43	12 649,—	10 709,70	12 261,35	48 142,48
Sozialesu. Gerichtliches	2 254,35	2 488,96	3 009,22	2 443,62	10 191,15
Gewerkschaftliches . .	1 834,25	2 303,45	1 776,10	1 293,30	7 207,10
Versammlungen . . .	685,80	538,—	835,—	205,—	2 213,80
Lokales	2 534,90	3 506,20	2 778,45	3 193,85	12 013,40
Vorort	1 301,80	943,15	1 721,45	1 547,20	5 513,60
Feuilleton	4 048,48	5 251,35	5 817,10	4 965,40	20 082,33
Depeschen und Parlamentsberichte . . .	1 035,—	1 080,—	1 100,—	1 035,—	4 250,—
„Neue Welt"	18 567,—	18 162,—	18 513,—	18 160,20	73 402,20
Gerichtskosten	1 285,44	551,55	746,59	361,—	2 894,58
Redaktionsbibliothek .	215,—	302,10	453,35	509,60	1 480,05
Redaktion: Gehälter und Löhne	23 356,62	21 694,71	23 636,88	23 186,74	91 874,95
Expedition: Gehälter und Löhne	9 182,55	8 853,61	7 972,20	9 090,20	35 098,56
Speditionen: Löhne und Diverse	70 622,29	93 126,52	112 655,11	102 253,27	378 657,19
Druckrechnung . . .	362 370,55	331 431,15	366 735,95	358 722,20	1 419 259,85
Gesamtausgabe . .	560 053,67	527 411,75	583 821,08	560 625,33	2 281 228,18
Gewinn	5 318,07	2 141,63	17 044,69	12 598,57	37 786,56
wie oben unter A. .	565 371,74	529 553,38	600 865,72	573 223,90	2 269 014,74

Die Auflage des „Vorwärts" betrug am 1. April 1914 161,000 gegen 157 100 am 31. März 1913. Der Ueberschuß betrug in dem abgelaufenen Geschäftsjahr

allerdings nur 37 786,56 Mk. gegen 196 064,94 Mk. im Vorjahre. Diese Gewinnverminderung erklärt sich aber ganz natürlich daraus, daß seit dem 1. April 1913 der „Vorwärts" ohne Erhöhung des Abonnementsbetrages auch Montags erscheint und diese Montagsausgabe eine

Erhöhung der Botenlöhne	um	57 960,—	Mk.
„ „ Spediteurgehälter	„	6 176,—	„
„ „ staatlichen Versicherungsbeiträge	„	4 465,—	„
„ „ Automobil- und Transportkosten	„	7 181,—	„
„ „ Mitarbeiter- und Redaktionskosten	„	22 529,40	„
„ „ Satz-, Druck- und Papierkosten	„	99 870,05	„
	Insgesamt also um	198 181,45	Mk.

im Gefolge hatte, denen aus Inseraten und Einzelverkauf nur eine Einnahme von 23 821,50 Mk. gegenübersteht, so daß also eine Gesamtmehrausgabe von 174 359,95 Mk. gegenüber den Unkosten der früheren Jahre entstanden ist. Rechnet man diese Mehrausgabe zu dem diesjährigen Gewinn hinzu, so ergäbe sich für das letzte Geschäftsjahr ein Gewinn von 212 146,51 Mk., welcher der höheren Auflage entsprechen würde.

Die Behauptung der Gegner von einem angeblichen Rückgang des „Vorwärts" ist also, was den Gewinn des „Vorwärts" anbetrifft, dummes Gerede, denn der Zweck des „Vorwärts" ist niemals wie bei den bürgerlichen Blättern die bloße Profiterzeugung gewesen, sondern in erster Linie die Aufklärung der Massen und die Propaganda für den sozialdemokratischen Gedanken. Aber auch in bezug auf den Abonnentenstand ist das Gerede von einem „Rückgang" durch die Tatsache der Abonnentensteigerung widerlegt. Gewiß ist unter dem Einfluß der Krisis, die in Berlin namentlich in der Eisen-, Bau- und Holzindustrie geradezu verheerend für die Arbeiter wirkte, vorübergehend der Abonnentenstand gesunken, wie das auch bei früheren Krisen regelmäßig zu verzeichnen war, aber die unermüdliche Agitationsarbeit der Berliner Parteigenossen hat auch diesmal diese Schwierigkeit überwunden.

„Der Wahre Jacob".

1. Januar bis 31. Dezember 1913.

	Mk	Pf.
A. Eingänge:		
Abonnements und Inserate netto	384 088	52
B. Ausgänge:		
Satz, Druck, Stereotypie usw.	129 895	20
Papier	137 939	10
Reproduktion, Aetzungen	9 128	10
Galvanos	2 950	08
Redaktion und Mitarbeiter	39 845	98
	319 758	41
Gewinn-Saldo	64 330	11
	384 088	52

Zahl der Abonnenten am:

31. März 1913	371 000	
31. „ 1914	366 000	
	—	5 000

* * *

„Die Neue Zeit".

1. Januar bis 31. Dezember 1913.

	Mk.	Pf.
A. Eingänge:		
Abonnements	68 048	46
B. Ausgänge:		
Satz, Druck, Stereotypie	21 144	80
Papier	11 403	20
Buchbinder	4 872	55
Redaktion und Mitarbeiter	29 909	66
	67 330	21
Gewinn-Saldo	718	25
	68 048	46

Zahl der Abonnenten am:

31. März 1913	10 500	
31. „ 1914	10 600	
	+	100

* * *

„Die Gleichheit".

1. Januar bis 31. Dezember 1913.

	Mk.	Pf.
A. Eingänge:		
Abonnements netto	90 829	38
B. Ausgänge:		
Satz, Druck, Stereotypie	26 929	70
Papier	35 382	—
Redaktion und Mitarbeiter	15 155	76
	77 467	46
Gewinn-Saldo	13 361	92
	90 829	38

Zahl der Abonnenten am:

31. März 1913	112 000	
31. „ 1914	125 000	
	+	13 000

Buchhandlung Vorwärts.

Im Geschäftsjahr vom 1. April 1913 bis 31. März 1914 hat die Buchhandlung Vorwärts über folgende Neuerscheinungen zu berichten:

Von der „Arbeiter-Gesundheits-Bibliothek" wurden folgende Hefte neu herausgegeben: Heft 34, „Die Berufskrankheiten der Gasarbeiter" von Dr. W. Hanauer (5000); Heft 35, „Die Berufskrankheiten der Schneider und Textilarbeiter" von Prof. Dr. Grotjahn (5000); Heft 36, „Die Berufskrankheiten der Maurer und Bauarbeiter" von Dr. E. Thesing (5000); Heft 37, „Die Krebskrankheit" von Dr. J. Jadek jun. (5000); Heft 38, „Unsere Genußmittel"

von Dr. A. Lipschütz (5000); Heft 39, „Die Berufskrankheiten der Maler, Anstreicher und Lackierer" von Dr. Fleck (5000).

Nachgedruckt wurden: Heft 1, „Die erste Hilfe bei Unglücksfällen" von Dr. Christeller (5000); Heft 11, „Frauenleiden und deren Verhütung" von Dr. Zadek (21 000). Von Band I der „Arbeiter-Gesundheits-Bibliothek", der die ersten 20 Hefte umfaßt, machte sich eine neue Auflage in Höhe von 3000 Exemplaren notwendig.

In der Serie „Sozialdemokratische Flugschriften" sind neu erschienen: Heft 17, „Weckruf zur Preußenwahl" (78 000); Heft 18, „Das Wahlrecht und die Parteien" (25 000); Heft 19, „Dichtung und Wahrheit über 1813" (60 000); Heft 20, „Sozialdemokratie und Militärvorlage" (135 000). Nachgedruckt wurde: Heft 16, „Der Wahlrechtskampf vor dem Reichstage" (10 000).

In der Sammlung „Sozialdemokratische Frauen-Bibliothek" sind neu erschienen: Heft 4, „Die Frau in der Industrie und Landwirtschaft Württembergs" (4000); Heft 5, „Die Frauen und der preußische Landtag" (11 000); Heft 6, „Die Arbeiterinnen und die Gewerkschaften" (3000); Heft 7, „Sozialistische Erziehung im Hause" (20 000); Heft 8, „Gewinnung und Schulung der Frau für die politische Betätigung" (11 000).

In der Serie „Sozialdemokratische Gemeindepolitik" sind neu erschienen: „Kommunale Kunstpflege" von Hugo Hillig und „Gemeinde und Alkohol" von Ernst Mehlich.

Führer durch die Reichs-Versicherungs-Ordnung: „Die See-Unfall-Versicherung" (5000).

Sonstige Gesetzesführer: Neu sind erschienen: „Die Verfassungsurkunde für den preußischen Staat" (5000); „Führer durch das preußische Gesinderecht" (5000). Nachgedruckt wurden: „Führer durch das Mietrecht" (5000); „Führer durch das preußische Einkommensteuergesetz" (3000); „Führer für den Militärpflichtigen" (5000); „Führer durch das Vereins- und Versammlungsrecht" (10 000); „Wie wird die Staatsangehörigkeit erworben?" (5000).

Im Rahmen der Vorwärts-Bibliothek sind neu erschienen: „Der Pariser Garten" von Minna Kautsky; „Mutter", ein Frauenschicksal von J. Ferch; „Der Morgen graut" von Andersen-Nexö; „Tausend Mark Belohnung" von Hans Hyan.

Der „Arbeiter-Notiz-Kalender" wurde in einer Auflage von 30 000 Exemplaren gedruckt.

Von dem im Vorjahre mitgeteilten neuen Verlagsunternehmen „Internationales Jahrbuch für Politik und Arbeiterbewegung" sind im Berichtsjahre 4 Quartalshefte erschienen.

Das Protokoll vom Parteitag in Jena erschien in einer Auflage von 24 500 Exemplaren. Vom Protokoll des Internationalen Kongresses zu Basel wurden 1000 Exemplare nachgedruckt.

Klassiker: Neu herausgegeben wurden Goethes Werke, Auflage 20 000 Exemplare.

Außerdem sind folgende Schriften neu herausgegeben worden: Cunow, „Ursprung der Religion und des Gottesglaubens" (5000); Kuttner, „Klassenjustiz" (5000); Conrady, „Völkerschlachten und Klassenkämpfe", Teil 1 und 2 (5000); „Die Organisation des Generalstreiks in Belgien" (8000); Engels, „Grundsätze des Kommunismus" (12 000); Marx, „Enthüllungen über den Kommunistenprozeß in Köln" (3500); Bernstein, „Die Steuerpolitik der Sozialdemokratie" (5000); Kautsky, „Der politische Massenstreik" (3000); Eisner, „Fichte", zum Gedächtnis des 100. Todestages (7500); Bericht der Berliner Stadtverordnetenfraktion (3000); Lessen, „Kreuz und quer durch den Balkan" (5000).

Neu aufgelegt resp. nachgedruckt wurden folgende Schriften: Kautsky-Schoenlank, „Grundsätze und Forderungen" (70 000); „Programm und Organisation der Partei" (20 000); „Winke für die Reichstagswahlen" (1500); Lassalle, „Meine Assisenrede" (3500); Bebel, „Christentum und Sozialismus" (10 000); Bebel, „Unsere Ziele" (3000); Brand, „Ulenbrook" (3000); Grottewitz, „Sonntage eines Großstädters" (3000); Zietz, „Bist Du eine der Unsrigen?" (13 000).

Im Auftrage der Zentralstelle für die arbeitende Jugend Deutschlands wurden im Nachdruck herausgegeben: Schmidt, „Der gesetzliche Arbeiterschutz für Jugendliche" (5000); Heinrich Schulz, „Gehörst Du zu uns?" (70 000); Luise Zietz, „Komm zu uns!" (70 000); Graf, „Wie soll man wandern?" (10 000); „Jungvolk 1914" (33 000); „Jugendliederbuch" (50 000).

Die Maizeitung erschien in einer Auflage von 400 000 Exemplaren.

Zum Andenken Bebels erschien ein Bebel-Gedenkblatt (253 000) und die Broschüre: August Bebel von Hermann Wendel (32 000).

Der Warenumsatz der Buchhandlung Vorwärts betrug

im letzten Geschäftsjahre	767 948,68	Mk.
im gleichen Zeitraum des Vorjahres	819 153,06	„
mithin weniger	51 204,38	Mk.

Die „Kommunale Praxis" zeitigte im Jahre 1913 folgendes Ergebnis:

a) Eingänge:

Abonnements	33 406,80	Mk.
Inserate und Beilagen	269,85	„
	33 676,65	Mk.
Zuschuß der Buchhandlung Vorwärts	100,39	„
	33 777,04	Mk.

b) Ausgänge:

Redaktion	6 718,91	Mk.
Mitarbeiter	6 102,78	„
Druck und Buchbinderei	17 344,25	„
Expedition und Agitation	3 545,90	„
Remittenden	70,80	„
	33 777,04	Mk.

Die Abonnentenzahl betrug am 31. Dezember 1913 3574 Exemplare.

Parteischule.

(Achter Jahresbericht 1913/14.)

Der siebente Kursus der Parteischule (der vorjährige Kursus ist versehentlich als siebenter Kursus bezeichnet worden) dauerte vom 1. Oktober 1913 bis zum 31. März 1914. Es haben 30 Genossen und 1 Genossin, also im ganzen 31 Teilnehmer, den Kursus besucht. Davon waren 21 Genossen und eine Genossin von den Bezirksorganisationen der Partei, 8 Genossen von den Zentralvorständen der Gewerkschaften und ein Genosse von der Zentralstelle für die arbeitende Jugend entsandt. Unter den von den Bezirksorganisationen der Partei entsandten Schülern befanden sich 7 Angestellte der Partei und ein Gewerkschaftsbeamter. Der Bauarbeiterverband hatte 2 Mitglieder, der Bergarbeiter-, Holzarbeiter-, Textil-, Transportarbeiter-, Dachdecker- und Friseur-

gehilfenverband (letztere beiden zum ersten Male) hatten je ein Mitglied entsandt. Das Alter der Schüler bewegte sich zwischen 22 und 40 Jahren.

Der Lehrplan hat den Unterrichtsstoff gegenüber dem Vorjahre eingeschränkt, da in den früheren Kursen von den Schülern öfter über zu starke Belastung geklagt worden war. Die Stundenzahl wurde deshalb von 778 im Vorjahre auf 720 herabgesetzt, und zwar wurden hauptsächlich die Stunden über Arbeiterrecht, Strafrecht, Rhetorik, Stilistik und Zeitungstechnik vermindert. Es entfielen auf Wirtschaftsgeschichte und Nationalökonomie (Rosa Luxemburg) 240, auf Geschichte der gesellschaftlichen Entwicklung (Cunow) 96, auf deutsche Geschichte (Conrady) 96, auf Geschichte des Sozialismus (Duncker) 72, auf materialistische Geschichtsauffassung (Cunow) 24, auf das Erfurter Programm (Wurm) 48, auf Arbeiterrecht (Stadthagen) 56, auf Strafrecht (Heinemann) 16, auf Rhetorik, Stilistik und Zeitungstechnik (Schulz) 56 Stunden.

Zur Erledigung der Schulangelegenheiten haben drei Lehrerkonferenzen stattgefunden. Mit dem Ergebnis des diesjährigen Kursus waren Lehrer und Schüler zufrieden. —

Zentralbildungsausschuß.

(Achter Jahresbericht 1913/14).

1. Allgemeines.

Die wirtschaftliche Krise hat auch auf die Bildungsarbeit zurückgewirkt. Zwar ist ein eigentlicher und allgemeiner Rückschritt nicht zu bemerken. Doch ist der Fortschritt nicht so stark, wie er hätte sein können. Besonders die Bildungsveranstaltungen, die größere Anforderungen an die Kasse des Einzelnen und der Organisation stellen, die wissenschaftlichen Vortragskurse, haben sich gegen das Vorjahr nicht vermehrt. Ihre Zahl ist sogar zurückgegangen, wenn auch die Zahl der Besucher teilweise gestiegen ist. Die Veranstaltungen künstlerischer und unterhaltender Art weisen zwar einen Zuwachs auf, doch hat er keine besondere Bedeutung, da dieser Zweig der Bildungsarbeit erst von Jahr zu Jahr fester durch die Statistik erfaßt wird. Infolgedessen werden jetzt manche Veranstaltungen mit aufgeführt, die sich in früheren Jahren aus verschiedenen Gründen der statistischen Erhebung mehr oder weniger entzogen. Darauf ist auch die Zunahme von Veranstaltungen ohne besonderen künstlerischen Charakter zurückzuführen.

Allerdings ist diese letztere wenig erfreuliche Tatsache zugleich die Folge einer weniger strengen Auffassung über den Charakter einer künstlerischen Veranstaltung. Es ist den Bildungsausschüssen dringend zu empfehlen, den reinen Unterhaltungsabend seiner ganzen Anlage nach von vornherein als solchen aufzufassen und einzurichten und seine heute beliebte Vermischung mit einem künstlerischen Abend zu vermeiden. Ein Abend zur künstlerischen Erbauung der Arbeiter muß Selbstzweck sein. Er darf nicht nur die Einleitung eines nachfolgenden geselligen Abends mit Tanz sein. Sonst wird er von vielen Besuchern nur als ein überflüssiger Ballast betrachtet und verfehlt dadurch seinen hohen volkserzieherischen Zweck.

Das Bildungsbudget der deutschen Arbeiter bewegt sich gegenwärtig um 900 000 Mark herum. Davon nehmen die Ausgaben für wissenschaftliche Veranstaltungen, die durchweg Zuschüsse der Organisation erfordern, nur einen

kleinen Teil ein. Das ist begreiflich, da sich an solchen Veranstaltungen immer nur ein kleiner Teil der organisierten Arbeiter beteiligt. Die verständnisvolle und gewissenhafte Teilnahme an wissenschaftlichen Vortragskursen setzt schon einen erheblichen Grad von geistiger Reife und von Willenskraft voraus. Eben deshalb verdient dieser Zweig der Bildungsarbeit auch die Unterstützung aus den Mitteln der Allgemeinheit. Die künstlerischen und unterhaltenden Veranstaltungen kommen mehr für größere Massen in Frage; sie sollen sich in Einnahme und Ausgabe decken, so daß für sie Unterstützungen durch die Organisationen in der Regel gar nicht, sondern nur in Ausnahmefällen in Betracht kommen. Wenn die Ausgaben für diese Veranstaltungen steigen, so zeigt sich darin insofern eine sehr erfreuliche Entwicklung, als jeder Groschen mehr für sie minderwertigen Belustigungen der Arbeiter, Privatvergnügungen, dem Kartenspiel, dem Alkohol, dem „Kientopp" entzogen worden ist.

Es ist zu hoffen, daß mit dem Nachlassen des wirtschaftlichen Drucks der in diesen Zahlen sich ausprägende kulturelle Aufstieg der deutschen Arbeiter noch ein rascheres Tempo einschlagen wird.

2. Organisatorisches.

Die Organisation der Bildungsarbeit nach Bezirken, Wahlkreisen und Orten kann im wesentlichen als abgeschlossen gelten. Wahlkreise und Orte, in denen heute noch keine Bildungsausschüsse bestehen, haben aus besonderen Gründen davon absehen müssen. Teilweise ist die politische Organisation noch zu unentwickelt, um eine besondere Bildungsorganisation zu tragen, teilweise halten Zweckmäßigkeitsgründe Wahlkreise von der Einsetzung von Kreisbildungsausschüssen zurück. In beiden Fällen wird die Entwicklung im Laufe der Jahre das Fehlende schaffen.

Nicht überall arbeitet die Bildungsorganisation schon in dem wünschenswerten Maße. In einigen Bezirken, besonders dort, wo eine gute Fühlung der Bezirksbildungsausschüsse mit der Bezirksorganisation der Partei besteht, wird die Bildungsarbeit in musterhafter Weise erledigt; in anderen Bezirken haperts leider noch oft.

Eine gute Verbindung aller Bildungsausschüsse untereinander und mit dem Zentralbildungsausschuß stellt das nach Bedarf erscheinende Mitteilungsblatt her, von dem in der Berichtszeit 5 Nummern erschienen sind.

Die nachfolgenden Zahlen ergeben einen Ueberblick über den Geschäftsverkehr des Zentralbildungsausschusses, soweit er durch die Post erfolgt. Des Vergleichs halber setzen wir in Klammern die Zahlen des Vorjahres, die sich aber nur auf einen Zeitraum von 9 Monaten erstrecken. Es sind eingegangen: 1583 (1473) Karten, 3050 (2045) Briefe, 927 (633) Drucksachen, 465 (93) Pakete, 16 (25) Telegramme, 345 Geldsendungen. Ausgegangen sind 525 (295) Karten, 3202 (3009) Briefe, 5745 (3146) Drucksachen, 513 (143) Pakete, 48 (15) Telegramme, 188 (67) Geldsendungen.

Der Zentralbildungsausschuß hat im verflossenen Jahre 5 Vollsitzungen abgehalten.

3. Konferenzen.

Eine Reichskonferenz der Bezirksbildungsausschüsse ist auch in diesem Jahre wieder abgehalten worden. Umstände halber konnte sie allerdings erst im April stattfinden, so daß sie eigentlich außerhalb der Berichtsperiode, zu der sie sachgemäß gehört, liegt. Diese Konferenzen sollen nicht alljährlich stattfinden, sondern nur dann, wenn sie aus bestimmten Gründen

notwendig sind. In diesem Jahre wurde die Konferenz durch den Wunsch der Zentrale veranlaßt, die noch in den Anfängen befindliche Arbeit der Bezirksbildungsausschüsse zu befestigen und sie zugleich mit neuen Unternehmungen des Zentralbildungsausschusses, besonders mit den Lichtbild- und Kinozentralen, bekanntzumachen.

Innerhalb der einzelnen Bezirke finden fast überall jährlich Konferenzen der zum Bezirk gehörigen Kreis- und Ortsbildungsausschüsse statt. Sie haben sich für die Organisation der Bildungsarbeit und zur Klärung der Ansichten über einzelne Bildungsaufgaben als sehr nützlich erwiesen.

Einige Konferenzen von Fachleuten dienten der Arbeit am Wegweiser für Bibliothekare; zur Hebung der praktischen Arbeit im Bibliothekswesen ist für August 1914 eine Konferenz der Arbeiterbibliothekare Deutschlands in Aussicht genommen.

Die erste internationale Konferenz für das Bildungswesen der organisierten Arbeiter fand im Dezember 1913 in Brüssel statt. Vertreten waren die Zentralbildungsausschüsse von Belgien, der Schweiz und Deutschland. Außerdem waren Vertreter aus England, Frankreich und Holland anwesend. Zur Sicherung der ersten erfolgreichen Versuche in internationaler Verständigung und Unterstützung auf dem Gebiete der Bildungsarbeit und zur Propaganda in anderen Ländern soll eine zweite internationale Konferenz in Verbindung mit dem internationalen Sozialistenkongreß in Wien im August 1914 stattfinden.

4. Die statistischen Erhebungen 1913/14.

Wie schon im vorigen Jahre sind auch in diesem Jahre die Fragebogen für die alljährliche statistische Erhebung über die örtliche Bildungsarbeit nur an die Bildungsausschüsse, nicht auch an die Gewerkschaftskartelle, geschickt worden.

Es wurden 563 Fragebogen (gegen 531 im Vorjahre) verschickt. Bis zum Abschluß der Erhebung ist der Fragebogen von 401 (364) Bildungsausschüssen beantwortet worden.

327 (331) Bildungsausschüsse haben über ihre Einnahmen und Ausgaben genaue Mitteilungen gemacht. Die Summe ihrer gesamten Einnahmen betrug 927 413,02 Mk. (761 202,42 Mk.), die Gesamtsumme der Ausgaben betrug 877 076,12 Mk. (732 479,98 Mk.). In der Gesamtsumme der Einnahmen befindet sich auch der Gesamtbetrag der Zuschüsse, die die örtlichen Bildungsausschüsse von den Partei- und Gewerkschaftsorganisationen erhalten haben. Ueber diese Zuschüsse haben 254 (237) Bildungsausschüsse Angaben gemacht. Die Gesamtsumme der Zuschüsse betrug 158 214,39 Mk. (129 325,22 Mk.). Von den Zuschüssen sind 64 829,47 Mk. (55 658,90 Mk.) von den Parteiorganisationen, 77 000,06 Mk. (60 777,97 Mk.) von den Gewerkschaftsorganisationen (die vorjährige Angabe von 6077,97 Mk. beruhte auf einem Druckfehler), 11 384,86 Mk. (12 893,35 Mk.) von Konsumvereinen, von einer Parteidruckerei und von anderer Seite geleistet worden.

Zuschüsse von Stadtverwaltungen wurden geleistet in Apolda 200 Mk., in Delmenhorst 1500 Mk. (für gute Theatervorstellungen), Dresden 100 Mk., Pfungstadt 100 Mk., Rüstringen 350 Mk.

Ueber die Zahlung einer Lustbarkeitssteuer berichten 127 Orte, darunter 118 Orte über einen Steuerbetrag von insgesamt 2668,95

Mark. Von Königsberg in Preußen wird berichtet, daß für Kunstabende und Theatervorstellungen, die zusammen eine Einnahme von 6380 Mk. ergaben, eine Lustbarkeitssteuer von 450 Mk., also 7 Proz. der Einnahme gezahlt werden mußte.

In 215 (215) Orten wurden 357 (420) Vortragskurse mit 2152 (2519) Vorträgen vor 60 450 (48 133) Teilnehmern abgehalten. Die Verteilung der Kurse auf die einzelnen Wissensgebiete und die Zahl der Teilnehmer ist aus der folgenden Tabelle ersichtlich:

Wissensgebiet	Zahl der Kurse	Vorträge	Teilnehmer
Nationalökonomie	11 (28)	90 (199)	1886 (2696)
Wirtschaftsgeschichte	49 (33)	292 (188)	4445 (3490)
Geschichte (allgemeine)	41 (32)	208 (222)	8130 (3485)
Parteigeschichte	8 (17)	62 (102)	698 (1827)
Literatur und Kunstgeschichte	21 (22)	87 (113)	3820 (2549)
Sozialismus	53 (48)	310 (267)	9891 (4488)
Erfurter Programm	33 (22)	183 (120)	2822 (2061)
Politik und Verfassung	12 (40)	57 (185)	1043 (3636)
Bürgerliche Parteien	6 (10)	30 (41)	898 (632)
Gewerkschaftsbewegung	14 (11)	93 (67)	1167 (1186)
Genossenschaft	2 (1)	11 (8)	51 (65)
Sozialpolitik	8 (2)	53 (18)	5080 (191)
Rechts- und Gesetzeskunde	5 (20)	22 (96)	307 (2069)
Naturwissenschaft u. Gesundheitslehre	58 (64)	268 (285)	18185 (12818)
Erziehung	7 (11)	28 (44)	1190 (1882)
Rede und Stillehre	7 (11)	87 (64)	470 (1434)
Elementarfächer	19 (40)	266 (459)	601 (1244)
Technik	3 (13)	10 (41)	321 (2430)
Insgesamt	357 (420)	2152 (2519)	60450 (48133)

Ueber ihre Einnahmen und Ausgaben bei den Kursen haben 180 (181) Orte Angaben gemacht. Die Gesamteinnahmen betrugen 25 109,95 Mk. (27 674,47 Mark), die Ausgaben 45 160,53 Mk. (41 769,38 Mk.).

Aus 228 (188) Orten wird über 580 (599) wissenschaftliche Einzelvorträge, darunter 200 (188) Lichtbildervorträge, berichtet. Ueber 12 Vorträge lagen keine Angaben über die Besucherzahl vor, an den übrigen Vorträgen beteiligten sich 104 372 (117 962) Besucher. 207 (188) Orte berichteten über ihre Einnahmen und Ausgaben bei den Einzelvorträgen. Die Gesamteinnahmen betrugen 17 790,86 Mk. (17 592,01 Mk.), die Ausgaben 24 081,98 Mk. (22 142,24 Mk.).

Führungen durch Museen fanden 80 in 43 Orten, durch industrielle Unternehmungen 49 in 31 Orten statt. Im Vorjahre wurde über insgesamt 67 Führungen berichtet.

Ueber künstlerische Veranstaltungen berichten 267 (254) Orte, und zwar haben 675 (668) stattgefunden, an denen sich 302 306 (269 748) Besucher beteiligten. Unter den Veranstaltungen waren

a) Dichterabende, darunter: Busch, Falke, Fichte, Goethe, Groth, Hauptmanns Jahrhundertfestspiel, Hebbel, Heine, Reuter, Rosegger, Sachs, Schiller, Strindberg, Thoma; insgesamt 32 (28) Abende mit 15 223 (8556) Besuchern.

b) Musikalische Veranstaltungen, darunter: Beethoven: IX. Sinfonie, Schubert, Schumann, Verdi, Wagner, Weiser: die Hekatoncheiren, Vokal- und Instrumentalkonzerte, Liederabende; insgesamt 211 (159) Veranstaltungen mit 112 045 (84 513) Besuchern.

c) Rezitations- und Kunstabende ohne bestimmtes Programm: Lieder zur Laute, Balladen, Bunte Abende, Heitere Abende, Simplicissimusabende, Unterhaltungsabende; insgesamt 167 (297) Abende mit 68 428 (104 271) Besuchern.

d) Feiern im künstlerischen Rahmen, 50jährige Gründungsfeier der deutschen Sozialdemokratie, Bebel-Gedächtnisfeiern, März-, Mai-, Frühlings-, Sommer-, Herbst- und Winterfeiern, Weihnachts-, Oster-, Stiftungs- und Gewerkschaftsfeste, Jugendfeiern; insgesamt 86 (66) Veranstaltungen mit 29 036 (28 215) Besuchern. (Die vorjährige Besucherzahl war durch einen Druckfehler zu hoch angegeben.)

e) Lieder- und Märchenabende für Kinder 108 (99), davon 29 mit Lichtbildern, mit 51 676 (33 340) Besucher.

f) Verschiedene Veranstaltungen 72 (19) mit 25 898 (10 853) Besuchern.

Ueber ihre Einnahmen und Ausgaben bei künstlerischen Veranstaltungen vorstehender Art haben 240 (234) Orte Angaben gemacht. Die Gesamteinnahmen belaufen sich auf 86 200,01 Mk. (76 594,60 Mk.), die Gesamtausgaben auf 105 883,31 Mk. (82 357,98 Mk.).

Ueber Volksvorstellungen und Theaterabende berichten 170 (165) Orte, und zwar veranstalteten sie insgesamt 769 (848) Vorstellungen mit insgesamt 604 405 (559 199) Besuchern. Davon sind in 31 (29) Orten 38 (52) Kindervorstellungen mit 25 465 Besuchern. Aus 154 (149) Orten liegen Angaben über Einnahmen und Ausgaben bei den Theatervorstellungen vor. Die Einnahmen betrugen 538 433,94 Mk. (409 057,35 Mk.), die Ausgaben 552 193,79 Mk. (464 642,49 Mk.).

Die vom Bildungsausschuß herausgegebenen Einführungen in Opern und Dramen wurden bei 22 (25) Vorstellungen benutzt.

Ueber kinematographische Aufführungen berichten 29 (27) Orte, und zwar über 54 (62) Vorführungen. Diese fanden in 11 Orten in Versammlungssälen und in 18 Orten in Kinotheatern statt. In 5 Orten wurden den Genossen wegen der Benutzung von Versammlungssälen baupolizeiliche Schwierigkeiten gemacht.

Die Leihzentrale für Lichtbilder des Zentralbildungsausschusses wurde von 90 Orten in Anspruch genommen. Eigene Lichtbilderapparate besaßen 16 Orte, die übrigen entliehen im Bedarfsfalle den Apparat vom Bezirks- oder Kreisbildungsausschuß oder von privaten Geschäftsleuten, wofür sie Leihgebühren, die zwischen 5 und 65 Mk. schwankten, zahlen mußten.

In 139 (108) Orten wurden Jugendschriften- und Wandschmuckausstellungen veranstaltet. 96 Orte berichten über den bei den Ausstellungen erzielten Umsatz. Sie verkauften 15 396 Jugendschriften und 3171 Bilder. Der Verkaufspreis betrug insgesamt 42 527,61 Mk.

Gesellschaftsreisen für Arbeiter wurden von 30 verschiedenen Orten im ganzen 49 unternommen.

5. Die wissenschaftlichen Wanderkurse.

Da die Wanderkurse sich nicht genau mit dem Geschäftsjahr abgrenzen lassen, weil dessen Abschluß mitten in die Zeit der laufenden Kurse fällt, so erstreckt sich die Berichterstattung über die Wanderkurse auf die Zeit vom Juni 1913 bis Ende Mai 1914.

Aus den schon in der Einleitung erwähnten Gründen zeigen auch die von den wissenschaftlichen Wanderrednern des Zentralbildungsausschusses abgehaltenen Wanderkurse einen kleinen Rückgang. Doch hat die Zahl der Vorträge zugenommen, woraus sich der erfreuliche Schluß ableiten läßt, daß die Kurse mit einer größeren Vortragszahl zugenommen haben. Leider ist die Zahl der Besucher infolge der geringeren Zahl der Kurse und ebenso die Zahl der von den Kursusteilnehmern gekauften Schriften zurückgegangen; man darf hierin wohl eine unmittelbare Folge der Krise erblicken.

Zu den Kursen, die an Zahl gegen das Vorjahr zugenommen haben, gehören in erster Linie Kurse über Wirtschaftsgeschichte, Nationalökonomie, Geschichte des Sozialismus und politische Geschichte, während die Kurse über das Erfurter Programm, über die bürgerlichen Parteien und über Verfassungswesen zurückgegangen sind. Das ist eine an sich ebenso begreifliche wie erwünschte Verschiebung. Die letzteren Kurse treten in Wahlzeiten, wenn es sich mehr um praktische Politik handelt, in den Vordergrund, während in den von Wahlkämpfen freien Zeiten die theoretischen und historischen Kurse vorgezogen werden. Es ist zu wünschen, daß diese Kurse im nächsten Jahre eine noch größere Steigerung aufweisen.

Eine Zunahme haben die Kurse über Literatur und Kunst, eine erhebliche Verminderung die naturwissenschaftlichen Kurse erfahren. Letzteres ist darauf zurückzuführen, daß sich einer unserer Wanderredner über Naturwissenschaft für den größten Teil des Jahres wissenschaftlicher Universitätsstudien halber hatte beurlauben lassen.

In der Finanzierung der Wanderkurse ist eine Änderung nicht eingetreten. Die Kosten sind so berechnet, daß sie für die Wanderredner eine Jahreseinnahme ergeben, die den Jahresgehältern von Parteiredakteuren entspricht. Die gesamten Kosten eines Kursus haben indes nur große und leistungsfähige Orte zu zahlen, während kleineren Orten die Kosten ermäßigt werden. Den hierdurch entstehenden Einnahmeausfall deckt die Zentralkasse der Partei, die dafür im verflossenen Jahre 7972,80 Mk. (gegen 9473,40 Mk. im vorhergehenden Jahre) ausgegeben hat. Die Orte selber haben noch 31 257 Mk. (25 660,51 Mk.) zu zahlen gehabt, so daß die gesamten wissenschaftlichen Wanderkurse des Zentralbildungsausschusses einen Aufwand von 39 229,80 Mk. (33 685,76 Mk.) erfordert haben.

Aus den statistischen Feststellungen über die Wanderkurse teilen wir einige der wichtigsten Ergebnisse mit.

Ueber die behandelten Stoffgebiete, die beteiligten Orte und die Zahl der Teilnehmer an den einzelnen Orten gibt die folgende Zusammenstellung Aufschluß:

Die wirtschaftlichen Grundlagen des Sozialismus (Erfurter Programm) wurden behandelt in 24 Kursen (143 Vorträgen) vor 2670 Teilnehmern, davon vom Genossen Duncker in 8 Kursen (62 Vorträgen) vor 1244 Teilnehmern, und zwar in Augsburg (157 Teilnehmern), Bromberg (104), Elbing (122), Essen (270), Freising (49), Gevelsberg (259), Halle (222), Solingen (61). Vom Genossen Reimes wurde das Thema behandelt in 2 Kursen (50 Vorträgen) vor 918 Zuhörern, und zwar in Blankenburg (44),

Braunschweig (105), Grünstädtel (125), Höchst (65), Limbach (161), Mühlhausen i. Th. (152), Wetzlar (70), Wolfenbüttel (131). Genosse Borchardt behandelte das gleiche Thema in 6 Kursen (27 Vorträgen) vor 480 Teilnehmern, und zwar in Höhr (128), Meuselwitz (86), Möhringen (35), Neckarsulm (40), Neuruppin (89), Schmölln (102). Von dem Genossen Eichhorn wurde das Thema außerdem noch in einem Kursus (4 Vorträgen) vor 28 Teilnehmern in Werder a. H. behandelt.

Ueber die Entwicklungsstufen des Wirtschaftslebens wurden 25 Kurse (144 Vorträge) vor 1809 Teilnehmern abgehalten, davon vom Genossen Duncker 3 Kurse (21 Vorträge) vor 352 Teilnehmern, und zwar in Erfurt (109), München (163), Potsdam (80). Genosse Reimes trug über das gleiche Thema in 22 Kursen (117 Vorträgen) vor 1457 Teilnehmern vor, und zwar in Aschersleben (93), Durlach (31), Effelder (32), Frankenthal-Pfalz (70), Goldlauter (198), Göttingen (125), Herborn (56), Karlsruhe (64), Koburg (86), Ludwigshafen (62), Marburg (41), Neuhaus Kr. Sonneberg (38), Offenbach (39), Offenbach-Dieburg (31), Pforzheim (59), Schönebeck a. E. (67), Siegen (55), Sonneberg (48), Speyer (67), Steinach (45), Stendal (96), Zschopau (54).

Ueber volkswirtschaftliche Grundbegriffe wurde in 5 Kursen (33 Vorträgen) vor 574 Teilnehmern vorgetragen, und zwar vom Genossen Duncker in 3 Kursen (24 Vorträgen) vor 414 Teilnehmern in Danzig (210), Mannheim (152), Zuffenhausen (52), vom Genossen Borchardt in 2 Kursen (9 Vorträgen) vor 160 Teilnehmern in Riesa (98), Wiesbaden (62).

Die Teuerung und die bürgerliche Nationalökonomie behandelte Genosse Borchardt in 3 Kursen (9 Vorträgen) vor 419 Teilnehmern in Altenburg (226), Heilbronn (84), Stuttgart (109).

Deutsche Wirtschaftsgeschichte (Von der Urzeit bis zum Ausgang der Stauffer) behandelte Genosse Borchardt in einem Kursus (4 Vorträgen) in Frankfurt a. O. vor 221 Teilnehmern.

Ueber den historischen Materialismus sprach Genosse Borchardt in 7 Kursen (21 Vorträgen) vor 461 Teilnehmern in Cannstatt (83), Göppingen (42), Groß-Schönau (96), Oderwitz (84), Reichenau (54), Senftenberg (81), Zittau (231).

Geschichte des Sozialismus bis zum Beginn des 19. Jahrhunderts behandelte Genosse Duncker in 6 Kursen (48 Vorträgen) vor 1161 Teilnehmern in Gotha (88), Jena (192), Königsberg (217), Magdeburg (319), Memel (106), Tilsit (239).

Geschichte des Sozialismus im 19. Jahrhundert wurde vom Genossen Duncker in einem Kursus (8 Vorträgen) von 158 Teilnehmern in Stuttgart behandelt.

Ueber die Geschichte der deutschen Sozialdemokratie trug Genosse Rühle in 2 Kursen (10 Vorträgen) vor 286 Teilnehmern in Kamenz (145) und Reichenbach i. V. (141) vor.

Deutsche Geschichte vom Ausgang des Mittelalters bis zur französischen Revolution behandelte Genosse Rausch in 20 Kursen (120 Vorträgen) vor 1943 Teilnehmern, und zwar in Bernburg (78), Bunzlau (91), Dessau (136), Frankfurt a. O. (405), Fürstenberg a. O. (85), Gassen (102), Görlitz (98), Kottbus (49), Krimmitschau (51), Lüdenscheid (69), Penzig (59), Plauen i. V. (86), Raguhn (58), Roßlau (90), Sorau (131), Spremberg (65), Stettin (47), Zerbst (87), Züllchow (56), Zwickau (100).

Das Zeitalter der großen französischen Revolution und die Freiheitskriege wurde vom Genossen Rausch in 10 Kursen (60 Vorträgen) vor 1260 Teilnehmern behandelt, und zwar in Elberfeld-Barmen (159), Essen (80), Greifswald (73), Greiz (96), Hagen (95), Köslin (94), Krefeld (141), Prenzlau (60), Rathenow (210), Stralsund (252).

Preußische Zustände (Steuerwesen, Verwaltung und Kulturaufgaben) behandelte Genosse Borchardt in 2 Kursen (8 Vorträgen) vor 256 Teilnehmern in Höchst a. M. (188) und Rödelheim (68).

Ueber die Theorien und Programme der bürgerlichen Parteien in Deutschland trug Genosse Borchardt in einem Kursus (4 Vorträgen) vor 66 Teilnehmern in Bieberich a. Th. vor.

Ueber das Thema „Vom Söldnerheer zur Volkswehr" sprach Genosse Lensch in einem Kursus (4 Vorträgen) vor 98 Teilnehmern in Köln a. Rh.

Grundfragen der Erziehung behandelte Genosse Rühle in 6 Kursen (24 Vorträgen) vor 798 Teilnehmern, und zwar in Kempten (99), München (230), Plauen (149), Regensburg (192), Reichenbach i. V. (141), Schedewitz (117).

Die deutsche Dichtung im Zeitalter der Klassiker behandelte Genosse Poensgen-Alberty in 9 Kursen (35 Vorträgen) vor 1155 Teilnehmern, und zwar in Aue i. Erzgeb. (100), Chemnitz (318), Döbeln (112), Eschwege (73), Gersdorf (50), Hann.-Münden (67), Hohenstein-Ernstthal (105), Johanngeorgenstadt (144), Schmalkalden (186).

Die deutsche Dichtung im 19. Jahrhundert behandelte Genosse Poensgen-Alberty in 8 Kursen (47 Vorträgen) vor 1511 Teilnehmern, und zwar in Frankenthal (68), Kaiserslautern (147), Kassel (289), Kiel (247), Kiel-Gaarden (159), Kiel-Friedrichsort (184), Ludwigshafen (337), Olbernhau (80).

Die Hauptstile in der bildenden Kunst bis 1800 behandelte Genosse Poensgen-Alberty in einem Kursus (4 Vorträgen) vor 230 Teilnehmern in Magdeburg.

Stil- und Redekunst behandelte Genosse Poensgen in 4 Kursen (44 Vorträgen) vor 175 Teilnehmern in Chemnitz (43), Dresden (43), Dresden-Johannstadt (46), Dresden-Löbtau (43).

Ueber das klassische und moderne Drama sprach Genosse Conrad Schmidt in 4 Kursen (16 Vorträgen) von 288 Teilnehmern, und zwar in Forst (75), Grabow (24), Guben (114), Stettin (75).

Naturwissenschaftliche Kurse mit Lichtbildern wurden 51 (232 Vorträge) mit 9464 Teilnehmern abgehalten. Darunter vom Genossen Graf über „Die Geschichte des Entwickelungsgedankens in der Naturwissenschaft" (Von Moses bis Darwin) in 12 Kursen (49 Vorträgen) vor 1470 Teilnehmern, und zwar in Brake (70), Delmenhorst (124), Dessau (128), Emden (108), Güstrow (164), Haan (89), Langerfeld (123),

Lübeck (162), Oldenburg (82), Rüstringen (169), Schwerin (140), Wiesbaden (121). Ueber „Entwickelungsgeschichte der Erde" (Einführung in die Geologie) sprach Genosse Graf in 8 Kursen (48 Vorträgen) vor 1756 Teilnehmern, und zwar in Bünde (155), Detmold (168), Hagen (84), Iserlohn (111), Lüdenscheid (182), Oeynhausen (93), Schiltigheim (424), Straßburg (539). „Vom Urtier zum Menschen" (Entwickelungsgeschichte der Lebewesen) behandelte Genosse Graf in 4 Kursen (24 Vorträgen) vor 816 Teilnehmern, und zwar in Elberfeld-Barmen (483), Gotha (148), Ohrdruf (93), Waltershausen (142). „Der Mensch der Vorzeit" wurde vom Genossen Graf in 2 Kursen (12 Vorträgen) vor 520 Teilnehmern in Frankfurt a. M. (299) und Schwelm (221) behandelt. Ueber „Deutschlands Schicksale in den verschiedenen Perioden der Erdgeschichte" (Geologie Deutschlands) sprach Genosse Graf in 4 Kursen (14 Vorträgen) vor 773 Teilnehmern, und zwar in Kolmar (Elf.) (97), Koswig (339), Köthen (163), Mülhausen (Elf.) (174). Genosse Drucker sprach über „Einführung in die Biologie" in einem Kursus (6 Vorträge) vor 42 Teilnehmern in Weimar. Ueber „Menschenkunde" sprach er in 20 Kursen (79 Vorträgen) vor 4791 Teilnehmern, und zwar in Apolda (44), Bochum (284), Breslau (955), Danzig (227), Dortmund (153), Flensburg (190), Graudenz (176), Groß-Rosen (155), Hildburghausen (131), Kiel (465), Kiel-Gaarden (383), Meiningen (70), Neumarkt (543), Peisterwitz (230), Pößneck (59), Rendsburg (172), Salzungen (104), Thorn (77), Unterneubrunn (170), Wasungen (203).

Ueber „Krankheit und Proletariat" sprach Genosse Drucker in 5 Kursen (28 Vorträgen) vor 1222 Teilnehmern, und zwar in Düsseldorf (242), Langenbielau (342), Neumünster (310), Neustadt (O.-Schl.) (128), Schwelm (200). „Volksgesundheitliche Tagesfragen" behandelte Genosse Biging in einem Kursus (3 Vorträgen) vor 45 Teilnehmern in Luckenwalde.

Ueber die Gesamtzahl der von den einzelnen Wanderrednern abgehaltenen Kurse und der Teilnehmer sowie über die Altersverhältnisse der Teilnehmer und den Schriftenverkauf gibt die nachfolgende Tabelle Aufschluß:

Redner	Zahl der Kurse	Zahl der Vorträge	Zahl der Teilnehmer insgesamt	Zahl der Teilnehmer darunter Frauen	Alter der Teilnehmer 15—20	21—30	31—40	41—50	über 50	ohne Angabe	Schriftenverkauf Zahl	Schriftenverkauf Preis M	Schriftenverkauf Preis ₰
Dunckel	21	168	3329	368	289	1355	1170	351	94	70	7041	4193	28
Drucker	26	118	6055	1226	498	1628	1523	538	198	1612	532	288	01
Graf	30	147	5335	816	761	1400	1340	490	135	1069	1277	1284	50
Poensgen-Alberty	22	130	3071	447	456	1085	934	286	75	275	602	281	55
Rausch	30	180	3208	398	510	1049	885	345	104	274	126	158	05
Reimes	30	167	2310	180	292	884	708	280	55	108	3160	1677	66
Biging	1	3	95	19	6	36	35	10	2	6	—	—	—
Borchardt	22	82	2068	151	170	795	785	348	141	52	278	45	92
Eichhorn	1	4	28	4	1	12	5	4	5	1	—	—	—
Lenich	1	4	98	10	9	55	25	7	1	1	—	—	—
Rühle	8	34	1214	444	82	343	345	149	22	237	268	114	55
Conrad Schmidt	4	16	288	90	50	100	91	88	12	2	—	—	—
Zusammen	197	1043	27089	4155	3119	8742	7796	2621	839	3707	18279	7973	52

Außerdem wurden noch 46 Einzelvorträge für 46 Orte vermittelt. Davon hielten Genosse Drucker 14, Genosse Poensgen-Alberty 28, Genosse Rausch 1, Genosse Borchardt 2 und Genosse Biging 1 Vortrag ab.

Die folgende Tabelle gibt eine Uebersicht über die gesamten Kurse, die der Bildungsausschuß seit seinem Bestehen vermittelt hat.

1907/08	44 Kurse mit	323 Vorträgen u.		5493 Teilnehmern,		darunter 200 Frauen
1908/09	57 „	„ 419	„	„ 8969	„	„ 666	„
1909/10	128 „	„ 682	„	„ 24860	„	„ 1775	„
1910/11	122 „	„ 733	„	„ 21529	„	„ 2759	„
1911/12	128 „	„ 654	„	„ 19844	„	„ 2947	„
1912/13	206 „	„ 941	„	„ 29886	„	„ 4754	„
1913/14	197 „	„ 1043	„	„ 27089	„	„ 4153	„

Zus. 882 Kurse m. 4795 Vorträgen u. 137120 Teilnehmern, darunt. 16554 Frauen

6. Eine Umfrage über die deutschen Arbeiterbibliotheken.

Um für die im August 1914 stattfindende Bibliothekarkonferenz zuverlässiges Zahlenmaterial über den gegenwärtigen Stand der deutschen Arbeiterbibliotheken zu erhalten, veranstaltete der Zentralbildungsausschuß im Frühjahr 1914 eine statistische Erhebung bei allen seiner Umfrage zugänglichen Arbeiterbibliotheken, deren Hauptergebnisse folgende sind:

In 748 Orten gibt es 1147 Arbeiterbibliotheken; davon sind 591 Zentralbibliotheken, 556 gehören einzelnen Organisationen.

Sämtliche Arbeiterbibliotheken enthalten 833 857 Bücher; davon kommen 532 904 auf die Zentral-, 300 953 auf die Einzelbibliotheken.

Nach der Zahl der Bände verteilen sich die Bibliotheken wie folgt:

Bände	besaßen Zentralbibliotheken	besaßen Einzelbibliotheken
bis zu 100	39	58
von 101 bis 200	77	44
„ 201 „ 500	198	43
„ 501 „ 1 000	120	22
„ 1 001 „ 2 000	69	19
„ 2 001 „ 5 000	27	9
„ 5 001 „ 10 000	17	4
„ 10 001 „ 20 000	3	1
über 20 000	2	—

Insgesamt wurden 2 156 014 Bücher entliehen; von den Zentralbibliotheken 1 489 657, von den Einzelbibliotheken 666 357. (Die Zahlen bleiben hinter der Wirklichkeit zurück, da oft mehrere Entleihungen des gleichen Buches nur als eine Entleihung gezählt worden sind.)

Für die deutschen Arbeiterbibliotheken wurden im letzten Jahre 284 357,97 Mark ausgegeben; davon entfielen 225 749,39 Mk. auf die Zentral-, 58 608,38 Mark auf die Einzelbibliotheken.

Von insgesamt 670 Bibliotheken beider Arten sind geöffnet 4 monatlich einmal, 6 monatlich zweimal, 301 wöchentlich einmal, 149 wöchentlich zweimal, 43 wöchentlich dreimal, 14 wöchentlich viermal, 6 wöchentlich fünfmal, 60 wöchentlich sechsmal, 87 wöchentlich siebenmal. (Bei den letzten 87 handelt es sich meistens um kleine Bibliotheken in Privatwohnungen.)

Insgesamt 365 Bibliotheken beider Arten zahlen Entschädigungen für die Bibliotheksverwaltung, und zwar 234 Bibliotheken unter 50 Mk. jährlich, 75 von 50 bis 100 Mk., 23 von 100 bis 200 Mk., 10 von 200 bis 500 Mk., 7 von 500 bis 1000 Mk., 5 von 1000 bis 2000, 10 von zweitausend bis fünftausend Mark, 1 über 7500 Mk.

7. Leihzentralen für Lichtbilder.

Die schon im vorigen Jahresbericht angekündigte Einrichtung einer Leihzentrale für Lichtbilderserien konnte im Spätherbst 1913 der Benutzung übergeben werden. Bis jetzt ist die Benutzung noch schwach, was besonders darauf zurückzuführen ist, daß die Orte sich im vorigen Jahre bei der Zusammenstellung ihrer Winterprogramme noch nicht auf die neue Zentrale einrichten konnten, und ferner darauf, daß es fast noch überall in den Orten und Bezirken an Projektionsapparaten fehlt. Es ist zu erwarten, daß die größeren Städte und die Bezirke inzwischen eigene Apparate angeschafft haben, so daß das reiche Lichtbildermaterial unserer Leihzentrale in wünschenswertem Maße ausgenutzt werden kann. Wir haben zurzeit im ganzen 104 Serien mit 4951 Bildern; davon entfallen auf

Gruppe I	Geschichte (Kultur-, politische, Literatur-)	6 Serien	mit 563*)	Bildern
„ II	Völkerkunde, Geographie, Reisen	8 „	„ 573*)	„
„ III	Naturwissenschaft, Gesundheitspflege	26 „	„ 1370*)	„
„ IV	Gesellschaftswissenschaften	4 „	„ 161	„
„ V	Technik, Berufswesen	14 „	„ 842*)	„
„ VI	Erziehung, Jugendbewegung, Sport, Spiel	4 „	„ 139	„
„ VII	Kunst und Kunstgeschichte	24 „	„ 639	„
„ VIII	Märchen	18 „	„ 664*)	„

*) In diesen Gruppen sind einige Serien doppelt, bei den Märchen alle Serien mehrfach vorhanden.

Zu den meisten Serien sind von sachkundiger Seite Vortragsgrundrisse verfaßt worden, die die eigene Ausarbeitung des Vortrages durch den Redner zwar nicht überflüssig machen, diese Arbeit aber durch Skizzierung der wichtigsten Gedankengänge und durch Angabe der Literatur wesentlich erleichtern. Für die Märchenserien sind fertige Texte zum Vorlesen gedruckt worden.

Ueber die Zahl der Entleihungen und Vorführungen gibt die nachfolgende Aufstellung Auskunft:

Gruppe I	26	Entleihungen für		47	Vorführungen
„ II	29	„	„	39	„
„ III	27	„	„	29	„
„ IV	7	„	„	9	„
„ V	14	„	„	36	„
„ VII	8	„	„	8	„
„ VIII	183	„	„	248	„
zusammen	294	Entleihungen für		411	Vorführungen

Diese Aufstellung läßt noch keinen genauen Vergleich für die Benutzung der einzelnen Serien zu, weil in den verschiedenen Gruppen die Serien erst nach und nach fertiggestellt wurden; besonders trifft dies auf die Gruppen „Sport und Spiel" und „Kunst und Kunstgeschichte" zu.

Den Orten und Bezirken beschaffen wir gute und leistungsfähige Lichtbilderapparate zu ermäßigten Preisen. Bisher sind von uns 6 Lichtbilderapparate zu einem Gesamtpreise von 2515,65 Mk. vermittelt worden.

In ähnlicher Weise wie für die stehenden Lichtbilder soll auch für lebende Bilder (Filme für Kinoveranstaltungen) eine Leihzentrale eingerichtet werden. Mit den Vorbereitungen ist der Zentralbildungsausschuß schon seit längerer Zeit beschäftigt.

8. Sonstige Arbeiten.

Am Wegweiser für Arbeiterbibliothekare wird von den verschiedenen Abteilungen eifrig gearbeitet. Einzelne Gruppen sind bereits fertig. Eine Veröffentlichung einer ganzen Abteilung hat sich leider noch nicht ermöglichen lassen, da noch von keiner Abteilung alle dazu gehörigen Gruppen fertig sind.

Der kleine Musterkatalog für Arbeiterbibliotheken ist vergriffen. Eine neue Ausgabe ist in Vorbereitung.

Das alte Jugendschriftenverzeichnis wird zurzeit durchgesehen, um inzwischen veraltete oder durch bessere Ausgaben überholte Bücher auszuschalten und zugleich eine Abrundung in den einzelnen Altersstufen herbeizuführen.

9. Schlußbemerkung.

Trotz der Hemmungen, die die Krise dem Bildungsbestreben der Arbeiter in den Weg legt und trotz der behördlichen Schwierigkeiten, die der Organisation unserer Bildungsarbeit in neuerer Zeit mehr als früher bereitet werden, geht unsere gute Sache ihren Weg weiter. Die Eingriffe von Polizei und Justiz werden auch bei der Bildungsarbeit die gleiche Wirkung haben, die sie bei anderen Zweigen der modernen Arbeiterbewegung bisher noch jedes Mal gehabt haben: sie werden sie unmittelbar beleben und stärken. Aber auch die Schwierigkeiten in Zeiten wirtschaftlichen Druckes müssen überwunden werden. Die planmäßige Bildungsarbeit der organisierten Arbeiterklasse ist kein Zierat für Zeiten wirtschaftlichen Wohlergehens, sondern sie ist ein wichtiges Kampfmittel von dauernder Notwendigkeit, das gerade in Zeiten wirtschaftlicher Depression zugleich vortrefflich geeignet ist, die moralische Kraft der Arbeiter aufrecht zu erhalten und zu stärken.

Die besten Wirkungen der systematischen Arbeit unserer Bildungsausschüsse sind zahlenmäßig nicht zu erfassen. Sie müssen in der Anteilnahme der Arbeiter am Befreiungskampfe des Proletariats, in ihrer Schlagfertigkeit, ihrer Zielklarheit, ihrer Opferwilligkeit zum Ausdruck gelangen. Denn die Arbeiterbildung, wie wir sie auffassen und pflegen, ist nicht Selbstzweck, sondern Mittel zum Zwecke der Erhebung des Proletariats aus wirtschaftlicher und geistiger Not.

Internationales.

Die deutsche Sozialdemokratie hat von jeher die sozialistische Bewegung in den anderen Ländern aufmerksam verfolgt. Es war uns in diesem Jahre eine große Freude, den sozialistischen Parteien Englands unsere lebhafte Genugtuung über die erfolgreichen Verhandlungen aussprechen zu können, die unter Teilnahme des Internationalen Sozialistischen Bureaus zur Einigung der englischen Bruderparteien unternommen worden sind. Das Internationale Sozialistische Bureau hat dann auch Schritte zur Einigung der im russischen Reiche kämpfenden Parteien eingeleitet. Wir wünschen, daß auch diese von den besten Wünschen der gesamten Arbeiterinternationale begleitete Aktion im Interesse des russischen und polnischen Proletariats bald Erfolg haben möge.

Wenn die deutsche Sozialdemokratie im Berichtsjahre nicht so oft gemeinsame Aktionen mit den Bruderparteien der anderen großen europäischen Reiche zu veranstalten brauchte, als in den beiden Jahren vorher, so lag das daran, daß nach dem Abschluß der Balkankriege die Gegensätze zwischen den beiden großen europäischen Mächtegruppen weniger scharf hervortraten. Besonders in dem Verhältnis Deutschlands zu England war eine Entspannung eingetreten. Das deutsche und das englische Proletariat haben freilich niemals einem deutsch-englischen Gegensatz auch nur die geringste Berechtigung zuerkannt. Zur Förderung der deutsch-französischen Annäherung fand zu Pfingsten wieder eine Zusammenkunft französischer und deutscher Parlamentarier — diesmal in Basel — statt, an der sich auch sozialdemokratische Abgeordnete der Parlamente beider Länder beteiligten. Mit dem Ergebnis dieser Zusammenkunft waren die Vertreter der Partei zufrieden. Von größter Bedeutung für die deutsch-französische Annäherung war der glänzende Wahlsieg unserer französischen Genossen bei den allgemeinen Kammerwahlen, bei denen 101 sozialistische Deputierte gewählt wurden.

Mehreren ausländischen Bruderparteien, die unter besonders schwierigen Verhältnissen zu kämpfen hatten, haben wir auch im abgelaufenen Jahre wieder Unterstützungen bei Wahlkämpfen oder für gefährdete Preßorgane gewährt.

An das Internationale Sozialistische Bureau in Brüssel zahlt die deutsche sozialdemokratische Partei jährlich 2500 Frank.

Unsere Toten.

Eine große Anzahl braver Kampfgenossen ist im vergangenen Jahre aus unseren Reihen geschieden. Darunter waren viele, die auf verantwortungsvollem Posten treu ihre Pflicht erfüllten.

Genosse Hermann Faber in Oberstein erreichte nur ein Alter von 52 Jahren. Am 11. Juli erlag er einem tückischen Krebsleiden. In rühriger Tätigkeit hat Faber sein Können der Partei- und Gewerkschaftsbewegung gewidmet. — Als ein Veteran der Bewegung schied Genosse Wilhelm Bartels in Magdeburg am 13. Juli von uns. Er erreichte ein Alter von 77 Jahren. Besonders unter dem Ausnahmegesetz stand er seinen Mann.

In Hamburg starb am 21. Juli der Lehrer Harri Köhnke. 20 Jahre lang wirkte er als Volksschullehrer. Er war ein Vorkämpfer der Hamburger Lehrerschaft, deren Organ „Die Pädagogische Reform" er leitete. Nach seiner

Pensionierung wirkte Köhnke fast ausschließlich für die Partei, hauptsächlich in der Bürgerschaft, in die ihn die Genossen 1907 wählten. — In den letzten Julitagen ereilte der Tod die drei sächsischen Genossen Max Brenner und August Hermann in Leipzig und Gustav Kaufmann in Zwönitz. Die beiden ersten erreichten ein Alter von 63 bezw. 58 Jahren. Beide gehörten zu den zwar stillen, aber zuverlässigsten Genossen unter dem Sozialistengesetz. Kaufmann war fast 24 Jahre Kassierer des Wahlvereins des 19. sächsischen Wahlkreises. — In der gleichen Zeit verschied Genosse Karl Attinger, Sekretär des Wahlvereins des ersten badischen Wahlkreises. Auf einer Radtour ereilte ihn der Tod. — Der furchtbare Schlag, den die Partei am 13. August durch den Tod unseres Bebel erlitt, ist schon auf dem vorigen Parteitag gewürdigt worden. Genosse Molkenbuhr hat damals im Auftrage des Parteivorstandes dem toten Kämpfer und Führer den im vorjährigen Parteitagsprotokoll wiedergegebenen Nachruf gewidmet. — Genosse Hermann Müller, von Beruf Böttcher, der mehr als 20 Jahre in den Unterweserorten wirkte, starb am 19. August in Bremerhaven. Er war unermüdlich für die Partei, die Gewerkschaften und die Genossenschaften tätig. — Am gleichen Tage schloß nach langem qualvollen Leiden Genosse Fritz Eckardt in Salzungen für immer die Augen. 16 Jahre gehörte Eckardt dem meiningischen Landtag an. Als langjähriger Reichstagskandidat hat er die Pionierarbeit mitgeleistet, die zu der Eroberung des Kreises Eschwege-Witzenhausen-Schmalkalden geführt hat. — Im 73. Lebensjahre schied Genosse Heinrich Baerer-Harburg aus dem Leben, das dem schwergeprüften Genossen oft hart mitgespielt hatte. Baerer war noch einer von den wenigen, die alle Phasen der Partei von ihrer Gründung an mit durchlebt und durchgekämpft haben. Die Ausweisung blieb ihm nicht erspart, sie wurde ihm als Weihnachtsgabe 1884, am „heiligen Abend" präsentiert. Zum ehrenden Gedenken trägt das Harburger Geschäft Baerers Namen. — Auch ein treuer Kämpfer aus sozialistengesetzlicher Zeit war Genosse Fritz Lauber, der, 75 Jahre alt, am 13. September in Heidelberg starb. Er gehörte dem Bürgerausschuß und vordem dem Stadtrat in Pforzheim an. — Ein Alter von nur 40 Jahren erreichte der Genosse Otto Schäfer in Mühlhausen, der am 18. September in Nordhausen verstarb. Elf Jahre war der Genosse Kreisleiter und eifriger Förderer des Wahlvereins. — Drei Tage später starb Genosse Edmund Buchwald-Altenburg, der 65 Jahre alt geworden ist. 21 Jahre gehörte er dem Altenburgischen Landtage an. 6 Jahre war er Stadtverordneter. 1903 eroberte er das Reichstagsmandat. Durch reaktionären Gewaltakt für ungültig erklärt, ging das Mandat in der Nachwahl verloren. — 50 Jahre alt erlag am 23. September einem Herzleiden Genosse Robert Klein-Mannheim. Als äußerst rühriger Genosse war er Stadtverordneter und Vorsitzender der Ortskrankenkasse, auch gehörte er dem Vorstand des Wahlvereins an. — Mit Wilhelm Gewehr ist am 29. September ein Kämpfer aus unseren Reihen geschieden, der jedem, der mit ihm in Berührung kam, Hochachtung abnötigte. Er war während seines Lebens nie auf Rosen gebettet. Stets stand er auf exponierten Posten, sein Bestes für die Förderung der Parteibewegung gebend. Was er als seine Pflicht empfand, tat er. Daran hinderte ihn auch nicht das Leiden, das ihn die letzten Jahre seines Lebens schwer drückte. Gewehr ist kaum 55 Jahre alt geworden. Sein Name ist für alle Zeiten mit der Parteibewegung des Niederrheins verknüpft. — In dem Genossen Wilhelm Eggen verloren die Genossen des lippischen Ländchens ihren Führer. Er war nur 33 Jahre alt geworden, genoß aber das unbedingte Vertrauen der Parteigenossen. — Im Sanatorium Schledehausen bei Osnabrück, in dem er Heilung von einem Darmleiden suchte, starb am 8. November Wilhelm Schröder, der Redakteur unserer „Parteikorrespondenz". Wäh-

rend seiner zwölfjährigen Tätigkeit als Redakteur am „Vorwärts" mußte er öfters Ferienaufenthalt hinter schwedischen Gardinen nehmen. Schröder, ein außerordentlich begabter Genosse, gehörte dem Stadtverordnetenkollegium in Wilmersdorf an. Besonders die von ihm zusammengestellten „Beschlüsse der deutschen Parteitage" sind ein verdienstliches Werk. — Der Wahlverein des 2. Berliner Reichstagswahlkreises erlitt am 6. November einen herben Verlust durch den Tod des Genossen Hermann Werner. W. war Vertrauensmann und später Vorsitzender des Wahlvereins. Treu wie Gold, wurde er besonders in Organisationsfragen geschätzt. — Der einzige Vertreter, den die Genossen in Kalbe an der Saale in der Gemeindevertretung besaßen, Genosse August Engler, starb am 9. Dezember. Genosse Engler, der von den Genossen allgemein geehrt wurde, erreichte ein Alter von 64 Jahren.

Genosse Gustav Riem, der am 18. Dezember in Dresden starb, ist nur 46 Jahre alt geworden. Von Hause aus Schriftsetzer, wurde er später Redakteur. 14 Jahre lang gehörte Riem dem Verbande der „Dresdener Volkszeitung" an. 1909 zog er als Abgeordneter in den sächsischen Landtag ein. — Am 1. Januar 1914 verlor der dritte Berliner Wahlkreis seinen Schriftführer. Genosse Oswald Ayſche erlag einer Operation, die eine Bauchfellentzündung nötig gemacht hatte. Der kräftige Mann hat nur ein Alter von 40 Jahren erreicht. Mit Vorliebe betrieb Ayſche die Agitation auf dem Lande. — Vom Rheumatismus gelähmt, endete Genosse Karl Gloger in Glatz im Hospital sein sorgenvolles Leben. Der aufrechte Sozialdemokrat erlag der Hetze der Unduldsamen schwarzer Couleur. — Nach vielen Wechselfällen des Lebens kam Genosse Hermann Trilſe 1904 als Gewerkschaftssekretär nach Elbing. Die Arbeiter ehrten seine eifrige Tätigkeit durch die Wahl zum Stadtverordneten. Der Tod setzte seinem Wirken am 9. Januar ein Ende. — Der Geschäftsführer des Leipziger Volkshauses, Genosse Richard Beyer, starb am 13. Januar, erst 54 Jahre alt. In allen Parteiinstanzen, denen die Förderung der Bewegung oblag, war Genosse Beyer mit Erfolg tätig. Seit 1902 gehörte er dem Stadtverordnetenkollegium an. — Ein alter braver Genosse, der Barbier Nowagrotzki, ist in Königsberg am 14. Februar verschieden. Er mußte wegen angeblicher Geheimbündelei vor zehn Jahren 5½ Monate in Untersuchungshaft sitzen, obwohl er schließlich nur zwei Monate und zwei Wochen Gefängnis erhielt. Die Strafe wurde nicht einmal voll durch die Untersuchungshaft als verbüßt erachtet. — Ende Februar hatten die Hamburger Genossen den Verlust zweier verdienter Genossen zu beklagen. Genosse Albert Tobler, Vorsitzender des Malerverbandes, starb in den Sielen. Bis 24 Stunden vor seinem Tode suchte er seine Pflichten zu erfüllen. Er ist 57 Jahre alt geworden. Der andere Genosse, Ludwig Kimmel, von Beruf Tischler, fiel einem Blutsturz zum Opfer. Genosse Kimmel war organisatorisch unermüdlich tätig. — Wilhelm Opificius starb am 2. März in Frankfurt a. M. Vor zehn Jahren gehörte Opificius dem badischen Landtag an. — Am 15. März starb in Ottensen Genosse Albert Fichtner, 69 Jahre alt. F. war als tätiger Genosse unter dem Ausnahmegesetz mit sechs Monaten Gefängnis bestraft und ausgewiesen worden. — Genosse Georg Kirſten ist am 20. März in Stuttgart, 60 Jahre alt, verschieden. Er war der Gründer des Süddeutschen Eisenbahn-Werkstättenarbeiter-Verbandes. — Am 29. März ereilte der Tod ganz unerwartet den Genossen Wehner in Salzungen, bekannt unter dem Namen der „rote Schuster". Von 1900 bis 1902 gehörte Wehner dem Meininger Landtag an. — Die Genossin Auguste Raſchke ist am 30. März in Berlin verschieden. Die tüchtige und aufopferungsfähige Genossin erfreute sich infolge ihrer erprobten Zuverlässigkeit allgemeiner Beliebtheit unter den Genossen des 6. Berliner Kreises. — In

Apolda verstarb Gen. Emil Petermann, den alten Genossen wohlbekannt als Erprobter unter dem Sozialistengesetz. Das gleiche gilt von dem am 2. April in Halle verstorbenen Genossen Julius Ebeling. — Ein Schlaganfall setzte dem Leben des Genossen Gustav Lutz in Frankfurt a. M. am 10. April ein Ende. 1886 war Lutz aus Frankfurt ausgewiesen worden. — Einem tragischen Geschick verfiel der Genosse Reinhold Schebs, der am 23. April in der Irrenanstalt Lüben verstorben ist. Nach einer dreijährigen Redaktionstätigkeit an der „Volkswacht" in Breslau, die ihm zahlreiche Strafen einbrachte, zog sich Schebs nach Bunzlau zurück, wo er fast 16 Jahre lang ein Bierverlagsgeschäft betrieb. Dasselbe mußte er 1912 wieder aufgeben. In Bunzlau gehörte Schebs dem Stadtverordnetenkollegium an. — Der zweite Geschäftsführer der „Leipziger Volkszeitung", Genosse Julius Lehmann, verstarb am 21. April im Alter von 49 Jahren. Lehmann gehörte seit 1896 dem Stadtverordnetenkollegium an, in dem er hervorragende Arbeit leistete. — Ein treuer Mann ist mit dem Genossen Albert Harndt am 28. April aus dem Leben geschieden. 20 Jahre hat Genosse Harndt das Amt des Kassierers des Wahlvereins des 3. Berliner Wahlkreises verwaltet. Harndt war ein aufrechter und liebenswürdiger Genosse. — Am 2. Mai starb in Kirndorf bei Nürnberg Genosse Klampfer, Landtagsabgeordneter und Magistratsrat. — Einer der Gründer der Parteiorganisation in Bayreuth, Genosse Reukom, ist am 11. Mai verschieden. — Am gleichen Tage verschied Genosse Richard Hackelbusch in Berlin. Er erreichte nur ein Alter von 44 Jahren. Die Genossen des 4. Kreises verlieren in Hackelbusch einen tüchtigen Organisator. Er verwaltete zuletzt eine Spedition des „Vorwärts". — Ludwig Schröder, der Ehrenvorsitzende des Bergarbeiterverbandes, ist am 18. Mai verschieden. Er erreichte ein Alter von 65 Jahren. Der unschuldig ins Zuchthaus geworfene Mann ist der zweite von den drei „Kaiserdelegierten" aus dem Jahre 1889, den der Tod ereilt hat. — Der Führer der schlesischen Weberdeputation aus dem Jahre 1864, Florian Paul, wurde am 18. März in New York eingeäschert. Paul, dem bei jener Audienz die gesetzliche Regelung der Arbeiterfrage versprochen wurde, war mit einer der ersten, die unter dem Sozialistengesetz ausgewiesen wurden. Paul erreichte ein Alter von 81 Jahren. — Im 51. Lebensjahre starb in Hamburg Hugo Kober, der Sekretär des Bauarbeiterverbandes, den sich die Genossen des 1. mecklenburgischen Wahlkreises zum Reichstagskandidaten erwählt hatten und der in Stadt und Land allezeit eifrig für die Sache der Arbeiterklasse wirkte. — In Osnabrück schied Genosse Wilh. Wente im 65. Jahre freiwillig aus dem Leben. Er wurde 1884 aus Hamburg ausgewiesen, nachdem er wegen Verbreitung sozialdemokratischer Schriften zwei Monate Gefängnis verbüßt hatte. In Osnabrück war er eifrig für unsere Sache tätig. Sein Andenken werden die Genossen stets in Ehren halten. — Ein Alter von 78 Jahren erreichte Wilhelm Zapke, der am 29. Juni in Breslau starb. Er wurde 1875 im Geheimbundsprozeß zu drei Monaten Gefängnis verurteilt. Bis ins hohe Alter hinein gab er den Jüngeren ein Beispiel treuer Pflichterfüllung.

Kassenbericht.

Der Kassenabschluß des Berichtsjahres muß als sehr ungünstig bezeichnet werden. Einer Ausgabe von 1 721 806,98 Mk. steht eine Einnahme von nur 1 405 454,94 Mk. gegenüber, so daß sich ein Defizit von 316 352,04 Mk. ergibt, zu dessen Deckung 123 583,38 Mk. dem Vermögen entnommen werden mußten und 192 768,66 Mk. dem Kassenbestand, der am Jahresschluß um diesen Betrag niedriger war als am Beginn des Jahres. Da wir im vorigen Jahre mit einem Ueberschuß von 394 166,75 Mk. abschlossen, bleiben wir in diesem Jahre um 710 518,79 Mk. hinter dem vorjährigen Abschluß zurück. Dieses unliebsame Ergebnis ist auf eine erhebliche Steigerung der Ausgaben und einen Rückgang der Einnahmen zurückzuführen.

Die Einnahme, die in den drei Quartalen des vorigen Berichtsjahres insgesamt 1 469 718,63 Mk. betrug, ging in den vier Quartalen dieses Jahres auf 1 405 454,94 Mk. zurück. Normal hätte sie um 33⅓ Proz., also um 489 906,21 Mk., steigen müssen; sie ist indes um 64 263,69 Mk., das sind 4,3 Proz., gesunken. Dieser erhebliche Einnahmeausfall ist vornehmlich auf den Rückgang der Geschäftsüberschüsse zurückzuführen. Betrugen diese im Vorjahre noch 579 787,34 Mk., so ergaben sie in diesem Jahre nur 217 102,96 Mk., also ein Weniger von 362 684,38 Mk., woran der „Vorwärts" mit einem Mindererertrag von 242 684,38 Mk. beteiligt ist. Auch die Beiträge aus den Organisationen weisen, wohl infolge der Wirtschaftskrise, einen relativen Rückgang auf. Bei gleichbleibendem Organisationsstande sollten sie um 33⅓ Proz. steigen, sind indes nur um 16 Proz. gestiegen.

Die Ausgabe, die in den drei Quartalen des Vorjahres insgesamt 1 075 551,88 Mk. betrug, ist in den vier Quartalen dieses Berichtsjahres auf 1 721 806,98 Mk., sonach um 646 255,10 Mk. oder 60 Proz. gestiegen. Für allgemeine Agitation wurden 45 Proz., für Wahlagitation 93 Proz., für das rheinisch-westfälische Bureau 118 Proz. und für den Zentralbildungsausschuß 98 Proz. mehr als im Vorjahre aufgewendet. Die Mehraufwendung auf Darlehnskonto von 294 807,19 Mk. wird durch eine Mehreinnahme des gleichen Kontos von 209 799,23 Mk. bis zu diesem Betrage kompensiert. Die nicht unerhebliche Mehrausgabe für Gehälter und Verwaltung ist zum Teil durch die Kosten baulicher Aenderungen in den Bureaus verursacht worden.

Um die Einnahmen und Ausgaben wieder in Einklang zu bringen und die für Wahlen und sonstige zukünftige Kämpfe erforderlichen Mittel zurücklegen zu können, ist es dringend notwendig, der Hauptkasse neue Einnahmequellen zu erschließen. Denn durch Ersparnisse bei den Ausgaben, die gewiß angestrebt werden müssen, allein ist das Ziel nicht zu erreichen.

Pressezuschuß erhielten folgende Blätter:

Arnstadt, „Volkzeitung für Schwarzburg-Sondersh."	3 950,—	Mk.
Bayreuth, „Fränkische Volkstribüne"	515,08	„
Berlin, „Blindenorgan"	500,—	„
Coburg, „Volksblatt"	2 500,—	„
Danzig, „Volkswacht"	8 184,80	„
Freiburg, „Volkswacht"	12 000,—	„
Kassel, „Volksblatt"	9 024,70	„
Kattowitz, „Freie Presse"	2 100,—	„
Königsberg, „Königsberger Volkszeitung"	4 000,—	„
Lüdenscheid, „Volksstimme"	2 750,—	„
Mülhausen i. E., „Volkszeitung"	9 205,25	„
Nordhausen, „Volkszeitung"	2 000,—	„
Reutlingen, „Freie Presse"	2 000,—	„
Ulm, „Donauwacht"	5 700,—	„
Waldenburg, „Schles. Bergwacht"	3 000,—	„
Würzburg, „Fränk. Volksfreund"	682,08	„

Ueber den Abschluß der Hauptkasse und über die Finanzen der Bezirks- und Kreisorganisationen geben die nachfolgenden Tabellen Auskunft.

Abschluß der Hauptkasse für die Zeit vom 1. April 1913 bis 31. März 1914

mit Zahlen des Vorjahres zum Vergleich.

Einnahme.

	1912/13 Mark	1912/13 Pf.	1913/14 Mark	1913/14 Pf.
Beiträge a) der Organisat.	674 242	73	786 467	28
b) sonstige	59 556	85	37 307	91
„Vorwärts"	279 787	34	37 102	96
Buchhandlung Vorwärts	20 000	—	10 000	—
„Wahre Jakob", „Neue Zeit" und „Gleichheit"	100 000	—	120 000	—
Nord. Wasserkante u. x. y. z.	180 000	—	50 000	—
Darlehnskonto	99 242	80	309 042	03
Zinsen	53 740	98	52 607	54
Diverse	3 147	98	2 927	22
Gesamteinnahme	1 469 713	63	1 405 454	94
Dem Vermögen entnommen	—	—	129 583	38
Bestand am Jahresbeginn	217 558	26	290 676	56
Summa	1 687 276	89	1 825 714	88

Ausgabe.

	1912/13 Mark	1912/13 Pf.	1913/14 Mark	1913/14 Pf.
Allgemeine Agitation	281 405	48	413 710	11
Parteischule	42 824	90	51 986	40
Pressebureau	17 000	—	29 000	—
Partei-Correspondenz	31 001	70	42 827	69
Soz. Bur. f. Rheinl.-Westf.	17 388	15	38 000	—
Archiv	9 850	08	10 726	06
Bildungsausschuß	25 990	47	51 674	50
Pressesuchschüsse	72 804	92	68 061	91
Wahlagitation	74 044	25	143 503	—
Prozeß- u. Gefängniskosten	5 676	08	3 697	96
Unterstützungen	4 150	—	6 764	42
Darlehnskonto	390 543	53	691 350	72
Gehälter und Verwaltung	83 963	25	155 150	24
Diverse	10 508	14	15 343	97
Gesamtausgabe	1 075 551	88	1 721 806	98
Dem Vermögen zugeführt	315 048	45	—	—
Bestand am Jahresschluß	296 676	56	103 907	90
Summa	1 687 276	89	1 825 714	88

Berlin, den 4. Juni 1914.

Revidiert und richtig befunden

Die Kontrollkommission.

Fr. Brühne. Kl. Hengsbach. Clara Zetkin. E. Erust. F. Geyer. H. Stubbe. W. Pork.

Agitations-Bezirke	Zahl der Wahlkreise	Beiträge an die Hauptkasse abgeführt Mk.	Von der Hauptkasse erhalten Mk.	Verwendungszweck: Zur Allgem. Agitation Mk.	Zur Wahlagitation Mk.	Unterstützung Mk.	Prozeßkosten Mk.	Darlehen Mk.	Presse Mk.	Agitationsmaterial Mk.
Preußen	—	—	70600,—	5000,—	65600,—	—	—	—	—	—
Ostpreußen	17	5647,33	100084,12	9253,12	3600,—	—	—	81250,—	4000,—	1981,—
Westpreußen	19	2341,—	17921,84	8166,64	—	264,—	—	—	8134,80	1356,40
Groß-Berlin	8	105000,—	—	—	—	—	—	—	—	—
Brandenburg	18	22744,62	25425,—	12925,—	12500,—	—	—	—	—	3631,55
Pommern	14	7051,74	10171,55	6540,—	—	—	—	—	—	1257,25
Posen	15	449,01	8786,—	5326,30	1400,—	—	802,45	—	—	306,60
Breslau	13	12622,09	9288,19	7668,30	—	890,—	423,29	—	—	108,60
Görlitz	6	5144,01	2108,60	2000,—	—	—	—	—	—	—
Oberlausitz	7	6006,62	18473,70	4765,—	—	—	708,70	10000,—	3000,—	—
Kattowitz	9	1212,15	33422,80	13850,25	—	—	1150,—	15000,—	2100,—	1322,55
Magdeburg	8	14607,38	20333,—	—	20333,—	—	—	—	—	—
Halle	8	6044,25	—	—	—	—	—	—	—	—
Erfurt	4	4871,58	4100,—	2100,—	—	—	—	—	2000,—	—
Schlesw.-Holst.	10	40268,13	7018,50	7000,—	—	—	—	—	—	18,50
Hannover	12	25862,67	520,—	520,—	—	—	—	—	—	—
Westf. Westfal.	9	8374,20	13100,40	2900,—	—	—	—	10000,—	—	200,40
Westf. „	8	21703,96	4236,40	3585,—	—	—	—	651,40	—	—
Frankf. a. M.	11	21593,08	13650,—	8650,—	—	—	—	5000,—	—	—
Kassel	6	6019,88	10234,70	210,—	1000,—	—	—	—	9024,70	—
Oberrhein	22	7988,73	24672,96	18853,11	5000,—	—	—	—	—	819,85
Niederrhein	14	33503,28	26920,13	4680,—	—	—	—	19488,68	2750,—	1,45
Bayr. Ges.-P.	—	—	17000,—	17000,—	—	—	—	—	—	—
Nordbayern	21	30586,97	5548'41	4350,—	—	—	—	—	1197,16	1,25
Südbayern	21	19652,82	514,55	—	—	—	—	—	—	514,55
Pfalz	6	7275,18	30,70	—	—	—	—	—	—	30,70
Dresden	9	52921,45	230081,75	—	—	—	—	230000,—	—	81,75
Chemnitz	7	32513,36	379,90	—	—	—	—	—	—	379,90
Leipzig	4	38439,23	—	—	—	—	—	—	—	—
Zwickau	3	12372,50	864,60	750,—	—	—	—	—	—	114,60
Württemberg	18	29247,47	16357,85	2072,82	—	400,—	93,98	6000,—	7700,—	91,05
Baden	14	15851,21	41696,99	—	20000,—	—	141,59	9500,—	12000,—	55,40
Hessen	9	10493,08	4594,53	4549,98	—	—	—	—	—	44,55
Mecklenburg	7	10219,41	4004,45	—	—	—	—	1500,—	—	2504,45
Groß-Thür.	12	21924,59	35860,75	5150,—	—	—	—	24000,—	6450,—	260,75
Oldenburg	5	7418,15	—	—	—	—	—	—	—	—
Braunschweig	3	7518,78	87,50	—	—	—	—	—	—	87,50
Anhalt	2	6726,—	—	—	—	—	—	—	—	—
Hamburg	3	89000,—	—	—	—	—	—	—	—	—
Nordwest	5	26966,07	1761,20	1700,—	—	—	—	—	—	61,20
Lübeck	1	4612,10	—	—	—	—	—	—	—	—
Elsaß-Lothr.	15	3773,20	252880,37	5348,75	—	—	—	237548,97	9205,25	782,40
Diverse	—	—	27817,09	9786,67	14070,—	4010,42	—	—	—	—
P. P. S.	—	—	3077,95	1500,—	—	1200,—	377,95	—	—	—

Anhang II

Bericht
über die Tätigkeit der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion.

Dritter Abschnitt der 1. Session der 13. Legislaturperiode 1913/14.

Inhalts-Uebersicht.

Seite

Einleitung 3

Die Zusammensetzung des Reichstags 3
- I. **Die sozialdemokratische Fraktion** 3
- II. **Wahlprüfungen** 4

Die Etatsberatung 5
- I. **Die erste Lesung des Etats** 5
  - 1. Die auswärtige Politik 6
  - 2. Die innere Politik 6
  - 3. Etatsnotgesetz 9
- II. **Die zweite Lesung des Etats** 9
  - 1. Reichsamt des Innern 9
    - a) Generaldebatte 9
    - b) Vereins- und Versammlungsrecht 13
    - c) Allgemeine Fonds 15
      Seefischerei — Reblausbekämpfung — Reichsversicherungswesen — Reservistenunterstützung — Binnenschiffahrt.
    - d) Reichsschulkommission 16
    - e) Heimatwesen 17
    - f) Kaligesetz 17
    - g) Statistisches Amt 17
    - h) Reichsgesundheitsamt 18
    - i) Patentamt 19
    - k) Reichsversicherungsamt 19
    - l) Kanalamt 20
    - m) Reichsversicherungsamt für Angestellte 20
    - n) Typhus-Bekämpfung 22
    - o) Handwerksblatt 22
    - p) Olympische Spiele 22
    - q) Resolutionen 23
  - 2. Reichsjustizverwaltung 23
    - a) Generaldebatte 23
    - b) Fall Hamm 24
  - 3. Postverwaltung 25
    - a) Generaldebatte 25
    - b) Einzelberatung 26
  - 4. Reichsdruckerei 27
  - 5. Reichseisenbahnamt 27
  - 6. Reichseisenbahnen 28
  - 7. Marine 29
    - a) Generaldebatte 29
    - b) Einzelberatung 30
  - 8. Kolonien 31
    - a) Generaldebatte 31
    - b) Einzelberatungen 33
    - c) Ruandabahn 34
    - d) Kamerun und Duala 36

	Seite
9. Reichstag	
10. Auswärtiges Amt	37
11. Reichskanzler	38
12. Rechnungshof	40
13. Heeresverwaltung	41
a) Generaldebatte	42
b) Einzelberatung	42
c) Reichstag und Militärkabinett	44
14. Reichsschatzamt	48
15. Allgemeine Finanzverwaltung	49
III. Die dritte Lesung des Etats	50
1. Generaldebatte	50
2. Einzelberatungen	50
IV. Reichshaushaltsetat für 1914	51
Interpellationen	53
I. Die sozialdemokratischen Interpellationen	55
1. Arbeitslosigkeit und Arbeitslosenversicherung	55
2. Rüstungskommission	55
3. Wahlrecht für Mecklenburg	56
II. Die bürgerlichen Interpellationen	58
1. Hinausschiebung der Krankenversicherung	58
2. Das Duell in Metz	58
III. Die Zabern-Affäre	59
Kurze Anfragen	60
Petitionen	64
Gesetzentwürfe	68
1. Postscheckgesetz	73
2. Dampfersubvention	73
3. Kleinwohnungsbau	73
4. Spionagegesetz	74
5. Zeugengebühren	75
6. Aenderung des Militärstrafgesetzes	76
7. Konkurrenzklausel	77
8. Besoldungsgesetz	78
Kleinere Vorlagen	81
1. Schutz auf See	83
2. Handelsbeziehungen zu England	83
3. Aenderung der Zivilprozeßordnung	84
4. Verträge mit Japan, China und der Türkei	84
Unerledigte Gesetzentwürfe	84
1. Kolonialgerichtshof	85
2. Verfahren gegen Jugendliche	85
3. Gewerbeordnung §§ 56 und 56c	85
4. Sonntagsruhe im Handelsgewerbe	85
5. Rennwettgesetz	86
6. Luftverkehrsgesetz	87
7. Wiederaufnahme im Disziplinarverfahren	87
8. Duellgesetz	88
9. Petroleummonopol	88
Schlußbemerkungen	89
Sachregister	90
	92

Einleitung.

Der Reichstag hatte nach einer übermäßig langen Unterbrechung von viereinhalb Monaten erst am 25. November 1913 seine Arbeiten wieder aufgenommen. Durch diese späte Berufung war, wie schon so oft, die Gefahr gegeben, daß unter der Last der vielen notwendigen Aufgaben ein wirklich neu schaffendes parlamentarisches Wirken schwer aufkommen würde. Den reaktionären Parteien und den Regierungen scheint es ja in der Tat darauf anzukommen, den Reichstag als bloßen Bewilligungsautomat zu behandeln und ihn von eigener Initiative nach Möglichkeit fernzuhalten. Die vom Reichstag oft genug an die Regierung gestellte Forderung der früheren Einberufung des Reichstags wird fortgesetzt mißachtet, so ergibt sich von selbst die stete Hast, in der gearbeitet werden muß und unter der natürlich die Ansprüche und das Wohl des Volkes am allermeisten leiden. Ebenso hastig wickelten sich die Arbeiten des Reichstags im dritten Sessionsabschnitt der 13. Legislaturperiode ab, über den nachstehend berichtet wird.

Hierbei ist nach Möglichkeit der Hauptwert weniger auf die von unseren Genossen gehaltenen Reden gelegt, als vielmehr darauf, aus diesen den von uns vertretenen Standpunkt und unsere Forderungen zu erkennen. Die Reden der Gegner sind nur soweit inhaltlich wiedergegeben, als es zum Verständnis der Debatte oder zur Kennzeichnung der Gegner und der Situation erforderlich war. Es sei aber gleich an dieser Stelle darauf hingewiesen, daß sich die parlamentarische Tätigkeit unserer Fraktionsgenossen in dem Vorbereiten und Halten von Reden bei weitem nicht erschöpft. Wohl ausnahmslos waren alle Fraktionsmitglieder von ständigen oder vorübergehenden Kommissionsarbeiten überaus stark in Anspruch genommen, so daß ihre Tätigkeit als Redner nicht immer ein richtiges Bild ihrer Arbeitsleistung gibt.

Die Zusammensetzung des Reichstags.

I. Die sozialdemokratische Fraktion.

Beim Wiederzusammentritt des Reichstags am 25. November 1913, erschien unsere Fraktion mit 111 Mitgliedern. Bald danach mußte freilich der Genosse Haupt ausscheiden, weil seine Wahl für ungültig erklärt wurde. An Stelle des verstorbenen Genossen Bebel war inzwischen Genosse Stolten und an Stelle des gleichfalls verstorbenen Genossen Kaden der Genosse Buck gewählt worden.

Der bekannte Vorsitzende des Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie, der Abgeordnete v. Liebert, hatte sein Mandat niedergelegt, um der Ungültigkeitserklärung zuvorzukommen. Bei der Nachwahl gelang es uns, mit dem Genossen Ryssel den Kreis für uns zu erringen. Mit Ryssel zog wieder der 111. Sozialdemokrat in den Reichstag ein.

Im Januar 1914 hat sich die Fraktion an Stelle des leider so früh verstorbenen Genossen Zietsch in dem Genossen Keimling (Leipzig) einen neuen Fraktionssekretär gewählt, der Anfang März seine neue Tätigkeit aufnahm.

II. Wahlprüfungen.

1. Allgemeines.

Bei den Wahlprüfungen ergeben sich seit Jahren zahlreiche Fälle, in denen Wähler, die in die Wählerliste eingetragen, aber später verzogen waren, bei Nachwahlen von der Ausübung ihres Wahlrechts ausgeschlossen worden sind. Die Wahlprüfungskommission hatte daher diese Frage geprüft, um darüber zu einer grundsätzlichen Beschlußfassung zu kommen und mit Hilfe des Reichstags dahin zu wirken, daß dergleichen Entrechtungen künftig vermieden werden. Die Wahlprüfungskommission legte danach in der 186. Sitzung vom 10. Dezember 1913 folgenden Antrag vor:

Der Reichstag wolle beschließen:

I. die in die Wählerliste eingetragenen Wähler sind bei einer Nachwahl zur Ausübung des Wahlrechts auch dann berechtigt, wenn sie inzwischen ihren Wohnsitz verlegt haben;

II. der Beschluß zu I ist dem Herrn Reichskanzler zur Kenntnisnahme mitzuteilen.

Die Konservativen wendeten sich gegen den Antrag und suchten schließlich die Entscheidung darüber zu verzögern, der Reichstag stimmte jedoch dem Antrag mit großer Mehrheit zu.

2. Einzelne Wahlprüfungen.

Bei der Prüfung der Wahl des konservativen Abgeordneten Dr. Hegenscheidt hatte die Kommission festgestellt, daß Wahlbeeinflussungen dadurch erfolgt waren, daß der Kandidat zwei für ihn selbst werbende Flugblätter mit seinem Amtscharakter als Landrat unterzeichnet hatte. Trotzdem war von der Kommission mit 7 gegen 6 Stimmen die Gültigkeitserklärung empfohlen worden. Genosse Stadthagen vertrat die von uns beantragte Ungültigkeitserklärung der Wahl mit der Begründung, daß es ständige Praxis des Reichstags ist, in den Fällen, wo ein Beamter mit seinem Amtscharakter derartige Flugblätter unterzeichnet, eine Wahlbeeinflussung zu erblicken und zur Wahlkassierung zu kommen. Auf die Einsprüche der konservativen Seite hin trat noch Genosse Fischer (Berlin) für die Ungültigkeitserklärung ein. Solange weder der Beamte den guten Geschmack besitzt, nicht für sich selbst seinen Amtscharakter auszuspielen, noch die Regierung aus Reinlichkeitsgefühl erklärt: Landratskandidaturen und Landratspropaganda, wie in diesen und jenen Fällen, sind unzulässig, solange muß der Reichstag aus Notwehr und aus Reinlichkeitsgefühl diese Kandidaturen ablehnen. — Die Mehrheit des Reichstages erklärte trotzdem die Wahl für gültig. (177. Sitzung vom 28. November 1913.)

Die Wahl des Abgeordneten Haupt war im Februar 1913 an die Wahlprüfungskommission zurückverwiesen worden, um in gewissen Protestpunkten eine Nachprüfung vorzunehmen. Die Nachprüfung ist vorgenommen, aber der Mehrheitsstandpunkt aufrechterhalten worden, so daß sich die Ungültigkeitserklärung der Wahl Haupts ergab. Unsere Genossen hatten Beweiserhebungen über eine Wahlbeeinflussung für nötig gehalten, die das Stimmenverhältnis wesentlich zuungunsten Haupts beeinflußte. Der dahingehende Antrag wurde vom Genossen Reißhaus begründet. Er stellte diesem Fall der Verletzung des Wahlreglements die anderen Beschlüsse der Kommission gegenüber und erklärte, daß die Nachprüfung und Beweiserhebung zur Gültigkeit der Wahl Haupts führen mußte. — Die weitere Beweiserhebung wurde abgelehnt und die Wahl des Genossen Haupt für ungültig erklärt. (177. Sitzung vom 28. November 1913.)

Ueber die Wahl des Abgeordneten Kuckhoff (Zentrum) hatte die Kommission beschlossen, die Entscheidung auszusetzen und verschiedene Beweiserhebungen ausführen zu lassen. — Genosse Stadthagen brachte jedoch im Plenum zwei Fälle zur Sprache, in denen das Wahlgeheimnis nicht genügend durch die Wahlzellen geschützt war. Aus diesen Umständen kam er dazu, daß für Kuckhoff keine Majorität mehr übrig blieb und daher die Wahl für ungültig erklärt werden müsse. Der Reichstag ist unserem Antrag gefolgt und hat die Wahl für ungültig erklärt. (177. Sitzung vom 28. Nov. 1913.)

Die Wahl des Abgeordneten Genossen Dr. Cohn beantragte die Kommission für gültig zu erklären. Von fortschrittlicher Seite wurde die Aussetzung der Entscheidung und die Vornahme von Beweiserhebungen gewünscht, weil es sich nach den drastischen Schilderungen der um ihr „Fahnenband" kämpfenden Kriegervereine um eine — „amtliche Kandidatur" des Genossen Dr. Cohn gehandelt habe. Die damit von vornherein der Wahlprüfung gegebene humoristische Färbung wurde vom Genossen Stücklen in helles Licht gerückt und gezeigt, daß es sich weder um amtliche Wahlbeeinflussung zugunsten Cohns, noch um sonstige Unregelmäßigkeiten handeln kann. Die Wahl wurde für gültig erklärt. (177. Sitzung vom 28. November 1913.)

Die Wahl des Abgeordneten v. Lieberi (Reichspartei) hatte die Kommission wegen grober Verstöße, die das Wahlresultat zugunsten v. Lieberts verschoben, für ungültig erklärt. v. Liebert kam der Ungültigkeitserklärung durch den Reichstag dadurch zuvor, daß er am 20. Januar 1914 sein Mandat niederlegte.

Bei der Wahl des konservativen Abgeordneten Hoesch waren derartig grobe Beeinflussungen der Wähler festgestellt worden, daß die Kommission die Ungültigkeitserklärung beantragte. Dieses Votum wurde von unserer Seite durch den Genossen Schmidt (Meißen) eingehend damit begründet, daß neben den Uebergriffen von Amtsvorstehern und Bürgermeistern die Eisenbahndirektion Hannover mitten in der Wahlbewegung zwei Bekanntmachungen an die 2000 von ihr abhängigen Arbeiter und Angestellten erlassen hatte, in denen ihnen bei Strafe der Kündigung der Besuch sozialdemokratischer Versammlungen usw. verboten wurde. Dieser Terrorismus ist natürlich auf den Ausgang der Wahl von großem Einfluß gewesen. Die Wahl wurde für ungültig erklärt. (241. Sitzung vom 26. März 1914.)

Die Etatsberatung.

I. Die erste Lesung des Etats.

(180. Sitzung vom 2. Dezember und 185. bis 188. Sitzung vom 9. bis 12. Dezember 1913.)

Beim Zusammentritt des Reichstages waren gegenüber dem Vorjahr die Verhältnisse auf dem Balkan insofern in ein neues Stadium getreten, als der zweite Balkankrieg beendet, der Vertrag von Bukarest und der Friedensschluß der Türkei mit ihren Gegnern im ersten Feldzug vollzogen war. Für das politische und das Wirtschaftsleben Deutschlands handelte es sich nach wie vor um sein Verhältnis zu den anderen Großmächten, insonderheit zu Frankreich, England und Rußland. Hierüber einige Klarheit zu gewinnen, mußte der Wunsch des Reichstages sein. Freilich war er ja gewöhnt, und die bürgerlichen Parteien nahmen es stets als eine Art Schicksal hin, über die Absichten und das Wirken der Diplomatie nur ganz weniges in dürftigen Redensarten zu hören.

1. Die auswärtige Politik.

Die Erklärungen des Reichskanzlers über die auswärtige Lage registrierten in der Hauptsache nur das, was jedermann aus den Zeitungen bekannt war. Das Hauptverdienst an der Verständigung der Mächte schrieb der Reichskanzler der Londoner Konferenz zu. Nach Abschluß des Bukarester Friedens habe sich Deutschland den Mächten zugesellt, die eine Einmischung und eine Revision oder Kassation des Vertrages verwarfen. Der Dreibund habe sich auch in der Balkanfrage bewährt. Unter allen Großmächten bestünde Einvernehmen darüber, die Aufrechterhaltung und Sicherung des türkischen Gebiets und Ansehens in Asien zu erreichen und innere Reformen herbeiführen zu helfen. Dem guten Verhältnis zu Frankreich und der fortschreitenden Besserung unseres Verhältnisses zu England wurden noch einige Worte gewidmet, und damit glaubte der Reichskanzler die Wünsche des Reichstages nach Aufschlüssen über die auswärtige Lage genügt zu haben. Er mußte sich aber beim Abtreten durch Zurufe belehren lassen, daß der Reichstag auch über Zabern, Donaueschingen usw. noch etwas zu hören verlangte. Der Wunsch blieb zunächst unerfüllt.

Im Lauf der weiteren Debatte antwortete Genosse Dr. David dem Reichskanzler auf seine politischen Betrachtungen. Das Verhältnis zu England dauernd freundlich zu gestalten, liege besonders im Interesse Deutschlands. Gerade die Sozialdemokratie habe diese und jede friedliche Verständigung über wirtschaftliche und politische Interessen stets gefördert. Dagegen habe die englische Erörterung über Rüstungsbeschränkungen besonders in Deutschland kein Echo gefunden. Bezüglich Frankreichs seien wir der Meinung, daß das Verhältnis Deutschlands zu Frankreich den Schlüssel zu einer wahren Friedenspolitik auf dem europäischen Kontinent bildet. Die Berner Friedenskundgebung habe von Frankreich besonders viele Teilnehmer herangezogen. Schließlich wies unser Redner auf den für Deutschland beschämenden Fall Amundsen hin und verlangte, daß ferner auch Rußland zu menschenwürdiger Behandlung seiner Gefangenen bewogen werde. — Auf einige Bemerkungen der Vorredner über die braunschweigische Frage bzw. die Annexion Hannovers antwortete Dr. David mit einer treffenden Kritik des sogenannten „dynastischen Rechts".

Als Abgeordneter des ersten braunschweigischen Wahlkreises nahm auch Genosse Blos Anlaß, die braunschweigische Angelegenheit gegenüber ihrer Behandlung durch die bürgerlichen Parteien und den Bundesratsbevollmächtigten für Braunschweig in ein anderes Licht zu rücken. Nach interessanten historischen Darlegungen kam er zu dem Schluß: „Im Namen von 48 000 braunschweigischen Wählern, Republikanern und Sozialdemokraten protestieren wir gegen diese ihnen aufgeheiratete Dynastie".

2. Die innere Politik.

Zur Einleitung der Generaldebatte über die innere Politik gab der Staatssekretär des Reichsschatzamts Kühn eine Schilderung der Finanzlage, die nicht allzu glänzend ausfallen konnte. (180. Sitzung vom 2. Dezember 1913.) Was der beschlossene Wehrbeitrag, der noch für Jahre den Etat wesentlich beeinflussen muß, bringen wird, kann sich erst im Laufe des Jahres 1914 zeigen. Das zweite ungewisse Moment ist die weitere Entwickelung des Geschäfts- und Arbeitsmarktes. Beeinflußt durch die Entwickelung unserer Ausfuhr und Einfuhr ist zwar die Geldlage zurzeit eine günstigere, diesem Umstand steht dafür ein erkennbares Abflauen der Erwerbstätigkeit gegenüber. Da die reichliche Körnerernte im Jahre 1912 und die noch ergiebigere von 1913 den Bedarf Deutschlands an ausländischem Getreide gemindert hat, ist mit einem

Ausfall an Getreidezöllen zu rechnen. — Mit seinen Ermahnungen zur Sparsamkeit wendete sich der Staatssekretär freilich nicht an die Ressorts des Krieges und der Marine, sondern — an den Reichstag.

Die Debatte wurde in der Hauptsache weniger von finanziellen Fragen beherrscht, als vielmehr von der Zaberner Angelegenheit, die noch ihrer Erledigung harrte, und von den drohenden Angriffen auf das Koalitionsrecht.

Genosse Scheidemann, der zuerst die Stellungnahme unserer Partei zur inneren Politik zu kennzeichnen hatte, nahm besonders mit dem Reichskanzler eine strenge Abrechnung vor, indem er ihn freilich weniger als die Triebkraft, wie vielmehr als das Werkzeug der reaktionären Politik hinstellte. In Fragen des allgemeinen Volkswohls, wie dem Wahlrechtsversprechen für Preußen, zuletzt zur Forderung der Arbeitslosenversicherung und der Verlängerung des Fleischeinfuhrgesetzes hat der Kanzler das Volk im Stich gelassen. Desto mehr markiert er den steifen Nacken, wenn es gilt, die Vorrechte der Soldateska zu schützen und sich selbst für das Verdikt der großen Mehrheit des Reichstages unempfindlich zu zeigen. Ein solcher Minister kann auch dem Ausland keine Achtung für sich abnötigen. Diese ganze Situation ist für den Reichstag wie für den Reichskanzler keine würdige. Was den Reichskanzler hindert, seine Konsequenzen zu ziehen, was ihn fesselt, das ist der Fetisch des persönlichen Regiments. Demgegenüber muß der Reichstag pflichtgemäß erklären: ein Zusammenarbeiten mit Herrn von Bethmann Hollweg ist unmöglich geworden! Wenn der Reichstag nicht diese Konsequenz zieht, dann bezichtigt er sich selbst der unüberlegten Beschlußfassung. Auch die bürgerlichen Oppositionsparteien müßten unsere Anträge auf Streichung der Gehälter des Reichskanzlers und des Kriegsministers annehmen. Ihr Zurückweichen bedeutet sonst ein Steigen der roten Flut. Ihr Versagen wäre unser Erfolg, denn in der Uebereinstimmung unserer Anschauungen und Forderungen mit dem Bedürfnis einer aufsteigenden Volksklasse liegt das Geheimnis unseres Erfolges!

Der Reichskanzler bemühte sich in seiner sofortigen Antwort, die Bedeutung des von der Sozialdemokratie und den Fortschrittlern beantragten Mißtrauensvotums abzuschwächen. Es dürfe damit weder eine Machterweiterung des Reichstages verbunden werden, noch die Ausübung eines Druckes auf die Entscheidungen des Kaisers. Sonst bedeute das die Aufrichtung der Parlamentsherrschaft. Jedenfalls denke er, der Kanzler, nicht daran, wegen des Mißtrauensvotums seinen Abschied zu nehmen.

Die folgenden bürgerlichen Redner zogen bereits die Frage des sogenannten „Arbeitswilligenschutzes" in den Kreis ihrer Erörterungen. Der Redner des Zentrums, Dr. Spahn, erklärte, an dem Koalitionsrecht dürfe nicht gerüttelt werden, die vorkommenden Ausschreitungen ließen sich vom Boden des gemeinen Rechts aus bekämpfen. Auch der nationalliberale Redner Abg. Bassermann gab eine ähnliche Erklärung ab, lehnte den Weg der Ausnahmegesetzgebung ab, ließ aber gleichfalls die Aenderung des „gemeinen Rechts" offen. (185. Sitzung.) Die gleiche Stellung nahmen der Reichsparteiler Gamp und der Konservative Graf Westarp ein. Dieser wollte sich mit sanften Maßregeln allerdings nicht begnügen und trat mit den bekannten Scharfmachergründen für den konservativen Antrag auf Verbot des Streikpostenstehens ein.

Besonders dem konservativen Drängen auf schärferes Vorgehen suchte der Reichskanzler gerecht zu werden. Er sagte eine Verschärfung des gemeinen Rechts zu, stellte die zivilrechtliche Haftung der Koalitionen für die Folgen des

Terrorismus, sowie strafgesetzlichen Schutz des Selbstbestimmungsrechts des Individuums in Aussicht, will aber bei alledem — völlige Parität gewahrt wissen. (186. Sitzung.)

Genosse Hoch hatte als zweiter Redner unserer Fraktion die dankbare Aufgabe, auf alle die Ungeheuerlichkeiten zu antworten, die von der Regierung und den meisten bürgerlichen Rednern zur Zabern-Affäre und zum Arbeitswilligenschutz vorgebracht worden waren. Der Reichskanzler, so erklärte er, der dazu da sei, Recht und Gesetzlichkeit zu schützen, habe eigentlich nur zur Entschuldigung der Uebergriffe das Wort genommen. Er habe es auch ruhig geschehen lassen, daß der neue Kriegsminister im Reichstag dem Offizier das Recht zusprach, seinen Beleidiger niederzustechen, wenn er keine Möglichkeit hat, ihn verhaften zu lassen. Wir müßten dem Mißtrauensvotum seinen eigentlichen Sinn geben und erklären, daß wir an der Stelle des verantwortlichen Reichskanzlers nicht einen Mann dulden, der nicht imstande oder nicht willens sei, gegen die betreffenden Ausschreitungen mit Nachdruck vorzugehen. — Den erfolgten Angriffen auf das Streik- und Koalitionsrecht der Arbeiter gegenüber wies der Redner auf das Streikbrechertum hin, das sich unter bürgerlichem Schutz besonders stark entwickeln konnte, und schleuderte den Parteien der Konservativen und Nationalliberalen, dem Hansabund und dem Zentralverband deutscher Industrieller den berechtigten Vorwurf entgegen, daß sie den Terrorismus selbst in viel größerem Maße üben, als sie den Arbeitern vorwerfen können. Die Fälle Schumeier in Wien und Brandenburg in Stettin ließ Redner als treffende Beweise Revue passieren. Den konservativen Anzapfungen wegen des Massenstreiks begegnet der Redner mit der Erklärung, daß wir darin einig sind, daß der Massenstreik nicht willkürlich herbeigeführt werden kann, aber ebenso einig darin, daß, wenn man dem Volke seine wichtigsten Rechte raube, es sich das nicht feige gefallen lassen, sondern mit allen Mitteln Widerstand leisten wird.

Genosse Dr. David ging nach seinen schon erwähnten Ausführungen zur auswärtigen Politik kurz auf die Finanzlage des Reichs ein, die, wie dem Genossen Hoch gegenüber bestritten worden war, fast ganz unter dem Einfluß der Ausgaben für militärische Zwecke steht, so sehr sogar, daß nicht einmal die Mittel dazu da sein sollen, die Witwen und Waisen einigermaßen ausreichend zu versorgen und die Invalidenaltersgrenze vom 70. auf das 65. Jahr herabzusetzen. Gegenüber dem erneuten Vorwurf von Zentrumsseite, daß die Sozialdemokratie gegen die Sozialgesetze gestimmt habe, betonte der Redner, daß vom Zentrum nur ganze 13 Mann dafür gestimmt haben. Die übrigen Zentrumsstimmen fielen gegen die Gesetze, weil sie den Arbeitern zuviel gaben, unsere Stimmen, weil die Gesetze zu wenig boten! Dr. David bezeichnete „Habsucht und Herrschsucht" als die Triebfedern der Hetze gegen das Koalitionsrecht. Der Reichskanzler möge zunächst dafür sorgen, daß der Terrorismus, der von den Staatsbetrieben und Staatsbehörden ausgeübt wird, endlich aufhöre. Wenn von einem Terrorismus der Sozialdemokratie geredet werde, dann stehen dieser Behauptung neuerdings auch die Erklärungen des christlich-nationalen Arbeiterkongresses in Berlin gegenüber, wie es ebenso erfreulich sei, daß die Angestelltenverbände die Solidarität ihrer Interessen gegenüber den Knebelungsversuchen der Scharfmacher erkannt haben. — Zur Zabern-Angelegenheit resümierte Dr. David unsere Stellungnahme dahin: es ist nötig, Elsaß-Lothringen eine autonome Verfassung zu geben, wie sie andere Bundesstaaten auch haben, die Militärgewalt ist in der gleichen Weise wie in anderen Staaten unter die Zivilgewalt zu stellen. Der Reichstag kann aus seinem Votum zunächst nur die eine Konsequenz ziehen, daß er das Budget ablehnt. Der Reichskanzler sagte, er glaube nicht, daß die Mehrheit des

deutschen Volkes wünsche, daß die Rechte des Kaisers unter die sozialdemokratische Zwangsgewalt gebracht werden. Wir Sozialdemokraten treiben aber keine Gewaltpolitik. Wir wollen weder Gewaltpolitik, noch Minderheitsherrschaft. Wir wollen keine Klassenherrschaft, sondern unser Kampf richtet sich gegen die bestehende Klassenherrschaft!

3. Etatsnotgesetz.

(238. und 239. Sitzung vom 21. und 23. März 1914.)

Die späte Einberufung des Reichstags nötigte die Regierung, auch in diesem Jahre zur Weiterführung der Geschäfte ein Notgesetz einzubringen, da es nicht möglich wurde, den ganzen Etat bis zum 31. März zu beraten. Mit unwesentlichen Aenderungen wurde dem Gesetz zugestimmt. Von unserer Seite war bei anderer Gelegenheit bereits das Unhaltbare dieser immer wiederkehrenden Mißstände hervorgehoben worden.

II. Die zweite Lesung des Etats.

1. Das Reichsamt des Innern.

a) Generaldiskussion.

(193. bis 197. Sitzung vom 17. bis 22. Januar und 200. bis 208. Sitzung vom 28. bis 31. Januar 1914.)

Vor Eintritt in die Beratung wurde der Versuch gemacht, die Materien derart zu trennen, daß in erster Linie die sozialpolitischen, in zweiter die wirtschaftlichen zu behandeln seien. Dieser Weg erwies sich jedoch sehr bald als ungangbar und daher wurde die Trennung wieder aufgegeben. Dagegen wurde die Beratung über die Handhabung des Vereins- und Versammlungsrechts zunächst ganz ausgeschieden und dafür eine Reihe besonderer Sitzungen verbehalten.

Die im Anschluß an den Ausgabetitel „Staatssekretär" geführte Generaldiskussion wurde vom Genossen Schmidt (Berlin) eröffnet. Er stellte zunächst eine allgemeine Betrachtung unserer Wirtschaftspolitik an und bestritt lebhaft, daß die sogenannte nationale Wirtschaftspolitik den Aufschwung der Industrie gebracht habe. Die Kreise des kleinen Handwerkerstandes und der Gewerbetreibenden zum Beispiel haben von der Hochschutzpolitik gar keinen Nutzen. Ebensowenig ist bei dieser Periode des wirtschaftlichen Aufschwungs für die Arbeiterschaft herausgekommen, das trete besonders bei den landwirtschaftlichen Arbeitern und den Bergarbeitern deutlich hervor. In der Presse und in der Oeffentlichkeit, besonders aber von den eng verbundenen großen Interessentengruppen der Unternehmer ist ganz systematisch dafür Stimmung gemacht worden, mit der Sozialpolitik endlich Halt zu machen. Der Beirat für Arbeiterstatistik ist ganz beiseite geschoben worden und seit Jahr und Tag nicht mehr zusammengetreten. Die Erhebungen über den Fuhrwerksbetrieb, über die Verhältnisse in Wasch- und Plättanstalten, über die im Binnenschiffahrtsverkehr sind so gut wie vergeblich gewesen und unbenutzt geblieben. Andere Arbeiten, wie die Erhebungen für die Großeisenindustrie und die Untersuchungen der Gesundheitsschädigungen in der chemischen Industrie sind dem Beirat für Arbeiterstatistik ganz entzogen worden. Demgegenüber zeigen die Berichte der Fabrikinspektoren, wie ungeheuer viel noch zu tun ist, besonders für Minderung der überlangen Arbeitszeiten und zum Schutz der jugendlichen Arbeiter. Die Heimarbeitsgesetzgebung im Anschluß an das Hausarbeitsgesetz ist vergeblich erwartet worden, während für eine ganze Reihe von Fabrikationszweigen das Verbot oder die Beschränkung der

Heimarbeit unbedingt erforderlich ist, wie bei der Hasenhaarscherei, Konservenfabrikation usw. — Das Gebiet des Bauarbeiterschutzes ist von der Regierung ganz unbeachtet geblieben, ebenso bedarf der Mühlenbetrieb dringend der sozialen Fürsorge. Von der Gastwirtsverordnung und den Schutzmaßnahmen des Handelsgesetzbuches werden nur kleine Teile der betreffenden Angestelltenkreise geschützt. — In den herrschenden Kreisen ist das Verlangen nach einer Entrechtung der Arbeiter in demselben Maße gestiegen, wie die Abneigung, die soziale Stellung der Arbeiter zu heben. Während die Koalitionsfreiheit der Arbeiter beschränkt werden soll, ist für die Zwangsinnungen der Zwang zur Koalition ausgesprochen. Das Koalitionsrecht muß auf die Landarbeiter ausgedehnt werden, also das Recht auf Koalition weiter ausgestaltet werden. Die Rechtsprechung, die die Unternehmer weit milder behandelt als die Arbeiter, hat noch nie auf einem so tiefen Niveau gestanden wie gegenwärtig. Kurzum: „Der Sozialpolitik ist Halt geboten, die Vorteile einer Politik der wirtschaftlichen Bereicherung sind in die eigenen Taschen kapitalistischer Interessenten lanziert, zur Verfolgung der Arbeiter wird die Justiz aufgehetzt, und die Gesetzgebung soll diesem Programm dienstbar gemacht werden. Brutaler und roher kann sich die kapitalistische Ausbeutung nicht gebärden!"

Ehe der Staatssekretär auf diese Fülle schwerster Anklagen sich verantwortete, ergriff in unserem Namen noch Genosse Krätzig das Wort und fertigte zugleich eine Reihe gegnerischer Einwendungen ab. Es gibt Leute, so erklärte er, die deshalb nichts von Sozialpolitik wissen wollen, weil sie die Arbeiter in eine Notlage treiben möchten, die zu Verzweiflungsakten führt. Ganz im Sinne des Heydebrandschen Wortes: „Machen Sie doch endlich Ernst mit der Revolution!" Krätzig kritisierte die mangelhafte Witwen- und Waisenversorgung, die arbeitsrechtlichen Mißstände auf dem Gebiet der Strafen und Lohnabzüge — besonders in der Textilindustrie die Lohnabzüge für Schadenersatz —, und antwortete dann eingehend einem konservativen Redner durch Schilderung der wirklichen Lage der Landarbeiter. Für die Landarbeiter wollen die Junker natürlich kein Koalitionsrecht zugestehen, dagegen helfen sie selbst durch unerhörte Arbeiterverträge die Landflucht fördern. Die Rechtsverhältnisse der Landarbeiter, denen bei kündigungsloser Entlassung der Rechtsweg versperrt wird, sind geradezu beschämend, und ebenso skandalös sind ihre Lohn- und Arbeitsverhältnisse. Gegen Regulative über die Landarbeiterwohnungen haben die Großgrundbesitzer wiederholt mit Erfolg protestiert. — Wir Sozialdemokraten sind ohne Schuld an dem Elend dieser Landarbeiterschichten, wir haben seit jeher darauf gedrungen die Gesindeordnungen und Ausnahmegesetze der Einzelstaaten zu beseitigen und die Landarbeiter und das Gesinde rechtlich und sozialpolitisch den Industriearbeitern gleichzustellen. Hier muß das Reich eingreifen und endlich geordnete Rechtsverhältnisse schaffen!

Der Staatssekretär Dr. Delbrück faßte seine Erwiderung von vornherein in die Worte zusammen: Wir sind mit der Verabschiedung der Reichsversicherungsordnung in unserer sozialpolitischen Gesetzgebung zu einem gewissen Abschluß gelangt! Jetzt ist die Regierung noch mit der Ausarbeitung einer Denkschrift beschäftigt, in der das Material über die Wirkung der sozialpolitischen Gesetzgebung gesammelt wird. Zudem müsse sich eine verständige Sozialpolitik in den Grenzen des wirtschaftlich Möglichen halten, und das treffe nur zu, wenn nicht nur dem Arbeiter, sondern auch dem Arbeitgeber das nötige Maß von wirtschaftlicher und moralischer Ellbogenfreiheit gewährt wird. Den vom Staatssekretär zahlenmäßig geschilderten wirtschaftlichen Aufschwung schrieb er teils der Wirkung der Sozialgesetzgebung zu, teils suchte er

zu beweisen, daß die Lohnsteigerung durchaus nicht geringer sei als die indessen erfolgte Verteuerung der Lebenshaltung. Nachdem Redner den Agrarschutzzöllen und den Einfuhrscheinen eine warme Verteidigung hatte zuteil werden lassen, erklärte er den Standpunkt der Reichsregierung dahin, daß unser bisheriger Zollschutz „im allgemeinen" genügt, aber auch aufrechterhalten werden muß, und daß ferner die Richtung unserer Handelsvertragspolitik im wesentlichen dieselbe bleiben muß. — Das hieß also: wirtschaftlich und sozialpolitisch bleibt alles beim alten!

Der dritte Redner unserer Fraktion, Genosse Heine, ließ es sich vor allem angelegen sein, unsere Stellungnahme gegen den wieder eingebrachten konservativen Antrag auf Beschränkung des Koalitionsrechts, Verbot des Streikpostenstehens usw. zu kennzeichnen. Heine schilderte anschaulich, wie wenig Bedeutung den Streikexzessen zuzuschreiben ist. Ihre Verminderung ist notorisch, ihre Beseitigung aber nicht die Aufgabe einer sonst unmotivierten Gelegenheitsgesetzgebung, sondern eine Frage der Volksbildung und der Disziplin in der Organisation. Zudem ist gegenüber der parteiischen Stellungnahme der Behörden und dem Auftreten des Streikbrechertums der Zorn der Arbeiter nur zu berechtigt. Es gibt ganze Streikbrecheragenturen, die ihre gedungenen Elemente unter den Augen der Polizei mit gefährlichen Waffen loslassen können. (Redner legte einen Gummischlauch, der mit Sand gefüllt und an beiden Enden mit schweren Eisenstücken versehen war, dem Reichstag vor.) Wirkliche Streikexzesse kommen nur in geringer Zahl vor, wo sie vorkommen, sind sie häufig durch Streikbrecher provoziert. Gegen solche Exzesse reichen die bestehenden Strafgesetze vollkommen aus. Eine Gesetzesänderung muß sich vielmehr nach unserem Antrag richten, der verlangt: Der Reichstag wolle beschließen: den Reichskanzler zu ersuchen, dem Reichstage baldigst einen Gesetzentwurf zugehen zu lassen, wodurch alle das Koalitionsrecht einschränkenden ausnahmegesetzlichen Vorschriften in den Reichs- und Landesgesetzen aufgehoben werden und ferner für alle Personen, die ihre körperliche oder geistige Arbeitskraft gegen Lohn oder Gehalt in den Dienst eines anderen stellen, das Koalitionsrecht gesichert wird. Insbesondere wird gefordert:

1. Aufhebung des § 153 der Gewerbeordnung.
2. Ausdehnung des § 152 Abs. 1 ebenda auf alle Angestellten und Arbeiter, denen dieses Recht nach den geltenden Gesetzen vorenthalten wird.
3. Um die Anwendung des § 253 des Strafgesetzbuchs auf Lohn- und Arbeitskämpfe auszuschließen, ist im Gesetz zum Ausdruck zu bringen, daß unter der Absicht der Verschaffung eines rechtswidrigen Vermögensvorteils nur die Absicht zu verstehen ist, sich oder einem Dritten einen dem Recht zuwiderlaufenden Vermögensvorteil zu verschaffen. Es ist ferner zum Ausdruck zu bringen, daß die Ankündigung der Arbeitsniederlegung keine Drohung im Sinne des Gesetzes darstellt.
4. Es ist im Gesetz ausdrücklich auszusprechen, daß jede Abrede und jedes Rechtsgeschäft als gegen die guten Sitten verstoßend nichtig sind, wonach der Dienstverpflichtete gezwungen wird, bestimmten Organisationen beizutreten, oder gezwungen wird, bestimmten Organisationen nicht beizutreten oder aus ihnen auszuscheiden.

Die Regierung erklärt zwar, sie wünsche keine Ausnahmegesetze, sie will das allgemeine Recht in das neue Strafgesetzbuch hineinarbeiten. Aber der geltende § 153 der Gewerbeordnung ist bereits ein Ausnahmegesetz, das sich in Wahrheit nur gegen die Arbeiter richtet. Er zielt darauf ab, die Streikbrecher zu schützen und das Koalitionsrecht lahm zu legen. Die Resolution des Grafen Westarp: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, noch vor der in Aussicht gestellten

allgemeinen Revision des Reichsstrafgesetzbuchs dem Reichstag einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch welchen ein wirksamer gesetzlicher Schutz gegen den zunehmenden Mißbrauch des Koalitionsrechts geschaffen, dem immer schärfer ausgeübten Terrorismus gegenüber arbeitswilligen Arbeitern entschieden entgegengetreten, insbesondere aber das Streikpostenstehen verboten wird, — nimmt vor allem Stellung gegen das Streikpostenstehen. Das Streikpostenstehen ist für die Arbeiter unentbehrlich, es ist notwendig zur Herstellung des Gleichgewichts zwischen Arbeiter und Arbeitgeber im Lohnkampf. Der Arbeitgeber braucht ein solches Mittel der Verständigung nicht, seine Versagung richtet sich also nur gegen die Arbeiter. Zudem möchte das Scharfmachertum mit Hilfe des Bürgerlichen Gesetzbuchs den Gewerkschaften die Rechtsfähigkeit versagen, soweit sie einen Vorteil davon haben, ihnen aber die Rechtsfähigkeit auferlegen, soweit sie einen Schaden davon haben. Das Unternehmertum geniert sich nicht, gegen Arbeiter und Angestellte Zwang auszuüben, aus ihren Organisationen auszutreten und in die gelben hineinzugehen. Es ist dasselbe, was man bei den Arbeitern „Erpressung" nennt. Dazu kommen die öffentlichen Vertrufserklärungen und die schwarzen Listen. Außerdem richtet sich der Terrorismus der Arbeitgeber nicht nur gegen ihre Arbeiter, sondern auch gegen andere Arbeitgeber. Wir wollen dagegen, daß das Koalitionsrecht sichergestellt und daß es ausgedehnt werde auf die Kategorien, denen es bisher bestritten wurde. In Wirklichkeit besteht das Koalitionsrecht der Arbeiter mehr auf dem Papier als in Wirklichkeit. Jetzt handelt es sich darum, erst einmal Gleichheit zwischen Arbeitern und Arbeitgebern in der Ausübung ihrer Rechte zu schaffen!

Genosse Dr. Erdmann hatte als vierter Vertreter unserer Fraktion zunächst mit einigen Entstellungen abzurechnen, die sich die Vertreter der christlichen Gewerkschaften in der Debatte geleistet hatten. Den Klagen des Zentrumsredners über den Terrorismus der Unternehmer stellte er den Terrorismus gegenüber, der von der kirchlichen Autorität gegen das Koalitionsrecht der katholischen Arbeiter verübt wird. Die Sonderbestrebungen der christlichen Gewerkschaften haben die freien Gewerkschaften in ihrem Wachstum nicht aufgehalten. Aber die christlichen selber schweben in steter Beängstigung vor Eingriffen von außen und von oben. Daher die Vorschläge, sich „national" statt christlich zu nennen, und sich vor den Fängen der Kirche unter die Fittiche der preußisch-deutschen Regierung zu flüchten. Dem Staatssekretär trat unser Redner mit dem Bemerken entgegen, daß ihm der erreichte „Abschluß" scheinbar nicht hindere, seine Sozialpolitik rückwärts zu schieben, wie das Verhalten der deutschen Vertretung auf der Berner Staatenkonferenz und ihre Erklärung gegen die Heraufsetzung des Schutzalters von 16 auf 18 Jahre gezeigt hat. Bezüglich der Beschäftigung jugendlicher Arbeiter in Steinkohlenbergwerken sind sogar durch die Bekanntmachung des Bundesrats vom 7. März 1913 die Schutzbestimmungen verschlechtert worden. Es ist eine der vornehmsten Pflichten, durch Herabsetzung der Arbeitszeit auch auf das geistige und seelische Befinden der Arbeiter und Angestellten günstiger einzuwirken. Sonst werden mehr noch als die lebenden die kommenden Geschlechter darunter zu leiden haben, was jetzt gesündigt wird. Wir wollen diejenigen, die im Schatten leben, wieder zu gesunden und lebensfrohen Menschen machen.

Den von den Schutzzöllnern gehaltenen Reden zur Verherrlichung unserer Wirtschaftspolitik konnte Genosse Molkenbuhr mit einer Reihe gewichtiger Gründe begegnen. Er hielt es für sehr nötig, zu untersuchen, ob denn die Hoffnungen und Versprechungen der Hochschutzzöllner so der Reihe nach erfüllt wurden. Jedenfalls habe sich gezeigt, daß die wechselnden Krisen auch vor den Schutzzolländern nicht Halt gemacht haben, wie wir auch jetzt wieder nicht weniger davon betroffen sind, als ein Freihandelsland. Die Ziffern

der Arbeitslosigkeit sind dabei in England geringer als bei uns, und dort sind fast alle Berufe, namentlich diejenigen gegen Arbeitslosigkeit versichert, die von ihr am meisten betroffen werden. Mit unserer Wirtschaftspolitik haben wir eine Steigerung der Bodenpreise und der Grundrente herbeigeführt und auf industriellem Gebiet die Syndikatbildung, den Uebergang zu Trusts stark gefördert. Wäre der wirtschaftliche Aufschwung die Folge unserer Wirtschaftspolitik, dann würde er sich nicht auch in England zeigen und bei uns nicht in den Industrien, die noch ungeschützt sind. Wir Sozialdemokraten haben an unserer Stellung gegen die Zollpolitik und für die Handelsverträge nichts zu ändern. Für uns kommt es darauf an, die Leistungsfähigkeit der Arbeiter zu steigern, dem aber steht die Zollpolitik im Wege!

Genosse Spiegel nahm endlich noch Anlaß, unsere Forderung eines ausreichenden Hüttenarbeiterschutzes zu begründen. War doch eben dem Reichstag die Nachricht von dem erneuten Grubenunglück auf der Zeche „Achenbach" bei Dortmund geworden. Genosse Spiegel mußte die Anklage erheben, daß gerade die Kohlenbarone eifrig arbeiten, damit die gesetzlich vorgeschobenen Sicherheitsmänner ausgeschaltet werden. Den Bundesrat trifft der Vorwurf, daß er zu den vom Reichstag in letzter Session angenommenen Resolutionen auf Schaffung eines Reichsberggesetzes sich ablehnend verhält. Dabei wird auch von den Unternehmern im Bergbau der schlimmste Terrorismus geübt. Nach einem Vertrage der Nordwestlichen Gruppe der Eisen- und Stahlindustriellen für Düsseldorf und Umgegend werden Arbeiter, die auf einem Werk aufhören oder entlassen werden, ohne Ueberweisungsschein in einem anderen Werk nicht angenommen. Schließlich nahm sich Genosse Spiegel noch der Gastwirtsgehilfen an, auf die nur zum Teil die Bundesratsverordnung von 1902 Anwendung findet. Die Wirkung eines ordentlichen Schutzes muß auf alle im Gastwirtsgewerbe beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen ausgedehnt werden!

b) Vereins- und Versammlungsrecht.

(205. bis 207. Sitzung vom 4. bis 6. Februar 1914.)

Nachdem ein polnischer Abgeordneter die gegen die Polen gerichtete willkürliche Handhabung des Vereinsgesetzes eingehend besprochen hatte, brachte der Genosse Legien im Anschluß an eine große Zahl von Einzelfällen den Standpunkt und die Forderungen der Partei zu dieser Frage zur Sprache. Wie der Vorredner, erinnerte auch Legien an die Zusagen des damaligen Staatssekretärs (jetzigen Reichskanzlers) von Bethmann Hollweg, alle chikanösen Anwendungen und kleinlichen Auslegungen des Vereinsgesetzes zu verhindern. Jetzt aber gewährt es, entgegen seiner Bestimmung, keinerlei Schutz gegen die Entrechtung mißliebiger Vereine. So werden nach wie vor, selbst von Behörden, Säle abgetrieben; die Meldepflicht für Versammlungen, und damit das Ueberwachungsrecht der Polizei wird gerade entgegengesetzt ausgelegt, als das Gesetz es will, indem z. B. die Erörterung von Lohn- und Arbeitsbedingungen als politische Angelegenheit betrachtet wird. Man hat selbst Betriebsversammlungen der Polizeiaufsicht unterstellt, und alle diese Uebergriffe der Polizei wurden, wie Redner an zahlreichen Beispielen dartat, stets von den Gerichten gutgeheißen. Wir wollen deshalb das ganze Ueberwachungsrecht beseitigt wissen. Dazu kommt die Frage der „politischen Vereine". Der „Arbeiter-Turnerbund" wurde für einen politischen Verein erklärt, mit der Begründung, daß er sich „im Sinne einer bestimmten Partei" betätige. Auch dieses Vorgehen der Behörden widerspricht dem Sinn des Vereinsgesetzes! Unser Redner besprach dann die Versuche, die gewerkschaftlichen Organisationen zu politischen Vereinen zu erklären, natürlich

nicht alle, sondern nur die der Generalkommission angeschlossenen. Die einzelnen bisher vorliegenden Fälle und die hierzu benutzten „Gutachten" wurden vom Genossen Legien einer rücksichtslosen Kritik unterzogen, und weiter zeigte er das einseitige Vorgehen gegen unsere Jugendbewegung, an die ein anderer Maßstab angelegt wird als an die bürgerliche Jugendbewegung. Das alles wird zu einer schweren Anklage gegen das mangelhafte Gesetz und gegen die, die es rechtwidrig auslegen und anwenden. Was die bürgerlichen Parteien 1908 an diesem Gesetz gesündigt haben, müssen alle Parteien zu beseitigen und wieder gut zu machen suchen!

Der Regierungsvertreter schien die Aufgabe zu haben, alle Mißgriffe und Rechtsbeugungen, die die Arbeiterorganisationen betrafen, zu verteidigen. Dem Arbeiter-Turnerbund war nach seiner Meinung besonders recht geschehen, trotzdem ihm, wie ein Zwischenruf den Redner belehrte, nicht mehr vorgeworfen worden war, als was bei den Kriegervereinen alltäglich ist. Die gewerkschaftliche Bewegung für eine politische zu erklären, hielt der Regierungsvertreter für sehr wohl angängig, „jedermann, ohne die Sache juristisch ganz tief zu prüfen, hat die Ueberzeugung: Sozialdemokratie und freie Gewerkschaften sind dasselbe." Punktum. Jetzt wissen die Gerichte, wie sie entscheiden können! Im übrigen gab der Redner seinen Ausführungen das Leitmotiv: auch beim Vereinsgesetz gehört die Ausführung und Handhabung ausschließlich zur Kompetenz der einzelnen Bundesregierungen!

Dieser Verschiebung des Kampffeldes konnte unser zweiter Redner, Genosse Landsberg, mit vortrefflichen Gründen begegnen. Das Gesetz gibt zu Klagen Veranlassung, — das ist zweifellos, und darauf kommt es an. Zwei große Flecken hat das Gesetz: den Sprachen- und den Jugend-Paragraph, und diese vor allem wollen wir beseitigt wissen. Den Vorwand, der Sprachenparagraph sei aus „nationalen" Gründen geschaffen, wies unser Redner mit der Feststellung zurück, daß es sich dabei vielmehr um einen Erfolg der westfälischen Großindustriellen handelte, die die herangeschleppten fremdländischen Arbeiter von wirtschaftlicher Aufklärung fernhalten wollen. Die Anwendung des Jugend-Paragraphen auf die freien Jugendorganisationen im Gegensatz zum Jungdeutschlandbund wurde von Landsberg nochmals ins rechte Licht gerückt. Danach kritisierte er besonders die Gerichtsentscheidungen, die das Verhältnis des Landespolizeirechts zum Reichsvereinsgesetz betreffen. Aber zu den meisten Beschwerden geben die Exekutivbehörden Anlaß, besonders die Gleichstellung von Versammlungen politischer Vereine mit öffentlichen politischen Versammlungen. Die Ueberwachung der ersteren erfolge, trotzdem auch der Reichskanzler bei der Beratung des Gesetzes erklärt hatte, es falle ihm gar nicht ein, das zuzulassen. Ein Hauptfehler liegt darin, daß das Reichsvereinsgesetz keine brauchbare Auslegung des Begriffes „politischer Verein" hat. Wir verlangen Schutz gegen alle diese Gesetzesverletzungen und polizeilichen Ausschreitungen. Darum ist es uns mit unseren Anträgen bitter ernst. Vor allem möge der Reichskanzler als preußischer Ministerpräsident seine Schuldigkeit tun, dem Gesetz Achtung zu verschaffen.

Bei den folgenden Abstimmungen wurden angenommen:

1) die von uns beantragte Resolution, die besagt:

die verbündeten Regierungen werden ersucht, dem Reichstag einen Gesetzentwurf zur Abänderung des Vereinsgesetzes vom 19. April 1908 vorzulegen, welcher das Gesetz in folgender Weise abändert:

1. die Geltung landesrechtlicher polizeilicher Befugnisse über den in § 1 Abs. 2 des Vereinsgesetzes bezeichneten Umfang hinaus ist unbedingt auszuschließen;

2. aufzuheben sind:
   a) die Bestimmungen über die Anmeldung und Ueberwachung politischer Versammlungen,
   b) das Verbot des Gebrauchs fremder Sprachen,
   c) das Verbot der Teilnahme jugendlicher Personen an Vereinen und Versammlungen;
3. die für politische Vereine gegebenen Bestimmungen sind zu beschränken auf Vereine, welche die Erörterung politischer Anlegenheiten in Versammlungen bezwecken.

2) eine Resolution des Zentrums:

die verbündeten Regierungen zu ersuchen, dem Reichstag einen Gesetzentwurf vorzulegen, welcher das Reichs-Vereinsgesetz vom 19. April 1908 in freiheitlichem Sinne abändert, insbesondere

1. das Verbot des Gebrauchs einer nichtdeutschen Sprache in öffentlichen Versammlungen (§ 12) aufhebt;
2. das Verbot der Teilnahme jugendlicher Personen an politischen Vereinen und Versammlungen (§ 17) beseitigt;
3. das Recht der Polizeibehörden, Beauftragte in öffentliche Versammlungen zu entsenden (§ 13) in einschränkendem Sinne klarstellt;
4. die Ausübung des Versammlungsrechts gegen Verhinderung durch polizeiliche Anordnungen über die Polizeistunde schützt;
5. für die öffentliche Bekanntmachung einer Versammlung (§ 6), deren Bekanntgabe in einer Zeitung, welche in dem betreffenden Reichstagswahlkreis herausgegeben wird, als genügend erklärt.

3) eine Resolution der Polen:

den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, dem Reichstage alsbald einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch welchen das Reichs-Vereinsgesetz vom 19. April 1908 in folgender Weise abgeändert wird:

I. Die §§ 12, 17, 18 Ziffern 5 und 6, sowie 19 Ziffer 3 werden aufgehoben.

II. Hinter § 19 wird folgender § 19a eingefügt:

§ 19a.

Insoweit in einem Bundesstaat auf Grund des § 9 des Einführungsgesetzes zum Gerichtsverfassungsgesetz ein oberstes Landgericht besteht, ist dieses in allen Strafsachen wegen Zuwiderhandlungen gegen die §§ 18 und 19 für die Verhandlung und Entscheidung der den Oberlandesgerichten zugewiesenen Revisionen und Beschwerden ausschließlich zuständig.

Mit Ausnahme der „Väter des Vereinsgesetzes" haben sich alle Redner und Parteien zu einer gemeinsamen Verurteilung des Vereinsgesetzes und der von den Behörden geübten Praxis vereint. Wir besonders dürfen und werden keinen Anlaß versäumen, diese Art der Klassengesetzgebung und Klassenjustiz an den Pranger zu stellen.

Einzelberatungen.

c) Allgemeine Fonds.

Zu dem Titel Seefischerei erkannte Genosse Noske zwar die Bemühungen zur Förderung der Fischerei an, hob aber hervor, wieviel angesichts der großen Vermehrung der Fischereifahrzeuge noch geschehen muß. An der Ostseeküste fehlt es auf weiten Strecken ganz an Fischereihäfen. Die Zahlen der Unfallstatistik lassen uns immer dringender einen gründlichen Arbeiterschutz in der Fischerei fordern. Zu bekämpfen ist ferner die Art der Bezahlung, die sich auf den deutschen Heringsdampfern aus ganz niedrigem Lohn und Anteil am Fang zusammensetzt. Zur Eingehung solcher unwürdigen Bedingungen werden

die Fischer durch Agenten überredet und durch teilweise geradezu rechtsungültige Verträge gezwungen. Hier verlangen wir schleunige Abhilfe. Genosse Körsten nahm sich gleichfalls der Interessen der Fischer warm an. Auf seine vorjährigen Klagen ist noch nichts geschehen. Auch die Strafpraxis ist unverändert geblieben. Die großen Ueberschwemmungen im Haff zwingen uns immer wieder, auf die endliche Errichtung von Dämmen zu dringen, womit allzu lange gezögert worden ist. (204. Sitzung vom 3. Februar 1914.)

Bezüglich des Reblausgesetzes verlangt Genosse Peirotes eine Abänderung oder doch zunächst eine weniger schablonenhafte Anwendung. Unter eingehender Darlegung der elsaß-lothringischen Verhältnisse wird das von ihm begründet. Der Regierungsvertreter lehnte wieder wie im Vorjahr eine Abschwächung des Reblausgesetzes ab und erklärte, daß wegen weiterer Schritte noch keine Entscheidung getroffen sei. (204. Sitzung vom 3. Februar 1914.)

Zum Titel Reichsversicherungsordnung hatte der Reichstag im Vorjahr unserer Resolution zugestimmt, die neue Berechnungen über die Belastung des Reiches und der Versicherten aus der Hinterbliebenenversorgung aufzustellen verlangte. Wenn sich hieraus die zahlenmäßige Möglichkeit ergibt, sollen durch eine neue Vorlage die Renten entsprechend erhöht werden. Der Bundesrat hatte hierauf erklärt, daß die betreffende Untersuchung erst im Jahre 1914 begonnen werden könne.

Genosse Molkenbuhr kritisierte scharf die in der Antwort in Aussicht gestellte Verzögerung dieser für die Hinterbliebenenversorgung überaus wichtigen Frage. Darüber, ob gegebenenfalls dem Reichstag eine Vorlage zur Beseitigung der Mängel zugehen soll, schweigt sich aber der Bundesrat aus. Genosse Molkenbuhr stellte den phantastischen Zahlen, mit denen die verbündeten Regierungen in der Begründung der Reichsversicherungsordnung rechneten, die Wirklichkeitsrechnungen gegenüber, die dazu führen müssen, eine Erhöhung der Renten vorzunehmen. (207. Sitzung vom 6. Februar 1914.)

Bei den Titeln: Unterstützung von Reservistenfamilien und Aufwandsentschädigung an soldatenreiche Familien wurde vom Genossen Rauch die Geringfügigkeit der an die Familien der zu Friedensübungen einberufenen Mannschaften bezahlten Unterstützungen hervorgehoben. Rauch drängte darauf, daß die schon im Vorjahr verlangte Erhöhung der Sätze nicht auf die lange Bank geschoben werde, und Genosse Thöne befürwortete, daß die Auszahlung der Aufwandsentschädigungen vierteljährlich erfolge. (207. Sitzung vom 6. Februar 1914.)

Zur Lage der Nacht- und Sonntagsruhe in der Binnenschiffahrt erinnerte Genosse Bender erneut an die Notwendigkeit einer schleunigen Regelung; die Regierung möge von Verhandlungen und Erwägungen endlich einmal zu Taten, d. h. zur Einführung der Nacht- und Sonntagsruhe übergehen. (207. Sitzung vom 6. Februar 1914.)

d) Reichsschulkommission.

Zu diesem Titel beantragten wir wiederum die Vorlegung eines Gesetzentwurfs, durch den die Reichsschulkommission in ein selbständiges Reichsamt für das Schul- und Bildungswesen des Deutschen Reichs umgewandelt. Genosse Schulz, der diesen Antrag eingehend begründete, begrüßte zwar den eingegangenen, ähnlich lautenden Antrag der Fortschrittler, hob aber die Unterschiede der beiden Anträge deutlich heraus. Wir verlangen vor allem prinzipiell jene Umwandlung, ohne Einzelheiten zu sagen, — denn auch die Einzelheiten des fortschrittlichen Antrags sind unzureichend, besonders bedenklich aber seine Einschränkungen, daß das Reichsamt nicht mit

legislativen, administrativen und disziplinaren Befugnissen ausgerüstet sein soll. Der weitere Schritt müsse ein Reichsschulgesetz sein. Redner berührte dann noch die Frage eines Reichsschulmuseums und vertrat besonders warm die von uns gestellte Forderung der „nationalen Einheitsschule", zu der sich auch der diesjährige Kongreß der deutschen Volksschullehrer bekannt hat. — Den Einwendungen, die besonders von dem Redner des Zentrums gegen unsere Forderungen erhoben wurden, konnte dann Genosse Schulz entgegenhalten, daß es sich für uns nicht um eine falsche Schablonisierung und Zentralisierung handeln kann. Wenn es zur Verhandlung unseres Initiativantrags betreffend die Schaffung eines Reichsschulgesetzes kommen wird, werden wir auch den Gegnern Gelegenheit geben, sich zu unseren Schulforderungen materiell zu äußern. Wir wissen, daß die Stimmen gerade der sozialdemokratischen Eltern in Erziehungsfragen nicht gehört werden. Weil das der Fall ist, bringen wir unsere Schulwünsche vor das Forum des Reichstags, und machen auch von hier aus die Eltern auf die große Wichtigkeit der Schulfragen aufmerksam.

Unsere Resolution wurde abgelehnt, dagegen kam die erwähnte ganz unzureichende fortschrittliche Resolution zur Annahme. (207. Sitzung vom 6. Februar 1914.)

e) Bundesamt für das Heimatwesen.

Hierzu lag eine nationalliberale Resolution vor:

den Herrn Reichskanzler um Vorlegung eines Gesetzentwurfs über den Ausbau des Bundesamts für das Heimatswesen zu einem Reichsamt für das Heimats- und Finanzwesen behufs Uebernahme der letztinstanzlichen Entscheidungen in Rechtsstreitigkeiten aus dem Wehrbeitragsgesetze und dem Besitzsteuergesetze zu ersuchen.

Für diese Resolution erklärte Genosse Dr. Frank die Zustimmung unserer Fraktion. Was uns, im Gegensatz zu den Konservativen, daran gefällt, ist, daß wir auf diesem Wege zu einem Reichsverwaltungsgerichtshof kommen können. Bei der Häufung der Reichsgesetze sei es unbedingt erforderlich, für eine einheitliche Anwendung zu sorgen. — Die Resolution wurde angenommen. (207. Sitzung vom 6. Februar 1914.)

f) Kaligesetz.

Die durch das Kaligesetz vom 25. Mai 1910 festgesetzten Abgaben der Kaliwerke dienen zur Deckung der Kosten für Durchführung des Gesetzes und zur Hebung des Kaliabsatzes. Immer mehr stellt sich heraus, welche Fehler begangen worden sind, als man die sozialdemokratischen Anträge ablehnte, die dem Reich die Verwertung der Kalischätze vorbehalten wollten.

Genosse Sachse tadelte in unserem Namen, daß die schon längst von der Regierung zugesagte Novelle zum Kaligesetz noch nicht erschienen ist, ebensowenig die Denkschrift, die gleichzeitig erscheinen sollte. Er schilderte eine Reihe von Mißständen, die durch das neue Gesetz beseitigt werden müssen. Wir sind für Beibehaltung, ja sogar für Erhöhung der Kaliabgabe. Durch das ferner schon oft verlangte Reichsberggesetz muß auch die Salinenindustrie geschützt werden und alle Salz- und Kaliunternehmungen sollen dem Reiche zukommen. (208. Sitzung vom 7. Februar 1914.)

g) Statistisches Amt.

Der Titel Statistisches Amt gab dem Genossen Rühle Anlaß, die dringende Frage an die Regierung zu richten, wann endlich das Ergebnis der Erhebungen über Umfang und Art der Kinderarbeit im Haushalt, in forst- und landwirtschaftlichen Betrieben zu erwarten sei. Seit 10 Jahren warten wir

darauf. Was inzwischen über diese Kinderarbeit bekanntgeworden ist, läßt allerdings darauf schließen, daß besonders die Kinderfreundlichkeit des Klein- und Großagrariertums eine gesetzliche Regelung dieser Materie dringend nötig macht. In wie hohem Maße besonders die preußische Regierung die dienstbereite Helferin des Agrariertums ist, geht aus den Vorschriften für die Erteilung der Hüteerlaubnis an Schulkinder deutlich hervor. Der Schulbesuch dieser Hütekinder wird den betr. Interessen ebenfalls untergeordnet. Alle diese Zustände und Gefahren drohen noch eine Steigerung zu erfahren, denn auch die Landwirtschaftskammern suchen den Umfang der Kinderarbeit noch zu erweitern. In Süddeutschland werden im Interesse der Landwirtschaft förmlich Kindermärkte abgehalten. Wir verlangen, daß dieser Kinderausbeutung endlich ein Ende gemacht wird.

Staatssekretär Delbrück lehnte die Verantwortung für die Verzögerung der Veröffentlichungen ab, zwei Bundesstaaten hätten ihre Erhebungen noch nicht eingesandt. —

Genosse Thiele erklärte diese Erwiderung vom Regierungstisch für ungenügend und unterstrich nochmals das Verlangen nach Kinderschutz. Weiter wünschte er eine Erweiterung der statistisch behandelten Gebiete dahin, daß eine Statistik über Entmündigungen vorgelegt wird, und regte eine Verbesserung der Statistik über Handel und Industrie an.

Genosse Legien brachte den Jammer der Streikstatistik zur Sprache, die mit den tatsächlichen Verhältnissen gar nicht übereinstimmt und daher ein ganz falsches Bild gibt. Die Erwägungen über eine Aenderung dieser Statistik schweben bereits vier Jahre. — Der Staatssekretär gab zu, daß hier Mängel vorhanden sind, konnte aber einen bestimmten Zeitpunkt der Abhilfe nicht nennen. (209. Sitzung vom 9. Februar 1914.)

h) Reichsgesundheitsamt.

Hierbei begründete Genosse Antrick die von uns gestellte Resolution, die dahin ging,

die verbündeten Regierungen zu ersuchen, durch gesetzgeberische Vorschläge im Interesse des Kranken- und Pflegepersonals folgenden Anforderungen stattzugeben:

1. Obligatorische Ausbildung des im Pflegeberuf tätigen Personals, einschließlich des Massagepersonals. — Neuregelung der bestehenden Prüfungsvorschriften.
2. Unterstellung des Personals unter die Reichsgewerbeordnung. — Aufhebung der im § 154 enthaltenen Ausnahmebestimmungen (unter Ausschluß des § 137).
3. Festsetzung einer 12stündigen Dienstzeit (Tag- und Nachtschicht). — Allwöchentliche Mindestruhezeit von 24 Stunden. — Beseitigung des Kost- und Logiszwangs in der Anstalt, soweit nicht unüberwindliche Hindernisse dem im Wege stehen.
4. Unterstellung des gesamten Pflege-, Massage- und Badepersonals unter die Reichsversicherungsordnung.
5. Erlaß gesetzlicher Vorschriften auf Gewährung eines jährlichen Erholungsurlaubs von mindestens 14 Tagen unter Fortzahlung des Lohnes und Entschädigung für sonstige Bezüge.

Unser Redner erläuterte jede einzelne dieser Forderungen durch reiches Material, das er aus den Zuständen in Dresden, Neuruppin, Königsberg, Chemnitz, Leipzig usw. schöpfte. Im übrigen beschränke sich unser Antrag auf die Anfänge des notwendigen Schutzes, hierbei sei aber eine weitere Verzögerung nicht zu dulden, habe doch selbst der Präsident des Reichsgesundheitsamts als nötig anerkannt, daß hier eine bessernde Hand angelegt werden müsse. — Der

Staatssekretär erklärte, die verbündeten Regierungen hätten sich über gewisse Grundsätze für Ausbildung und Prüfung des Krankenpflegepersonals verständigt. Für die Gestaltung der Anstellungsverhältnisse und Arbeitszeiten habe man sich zunächst auf außergesetzliche Verständigung beschränkt. —

Genosse Büchner vertrat den von uns gestellten Antrag auf reichsgesetzliche Regelung des Hebammenwesens. Hier gelte es, zur Beseitigung der großen Kindersterblichkeit die Lebenden zu schützen. Um diese Wohltat allen Kreisen der Bevölkerung zuteil werden zu lassen, verlangen wir die Unentgeltlichkeit der Geburtshilfe.

Vom Genossen Jäckel wurde besonders auf den notwendigen Gesundheitsschutz der Frauen und Mädchen in der Textilindustrie hingewiesen. Der Mangel eines Ruhetages für die in Fabriken arbeitenden Frauen und Mädchen trägt viel zu der hohen Säuglingssterblichkeit bei! —

Unsere Resolution über die gesetzliche Regelung der Verhältnisse des Kranken- und Pflegepersonals wurde abgelehnt, dagegen unsere Forderung der reichsgesetzlichen Regelung des Hebammenwesens angenommen. Ebenso wurden angenommen eine Resolution des Abg. Graf Posadowsky,

die verbündeten Regierungen zu ersuchen, auf der nächsten internationalen Konferenz von Bern dafür einzutreten, daß, vorbehaltlich von Ausnahmen im technischen Interesse einzelner Industrien die Nachtarbeit für Jugendliche unter achtzehn Jahren verboten wird

und eine Resolution Behrens:

die verbündeten Regierungen zu ersuchen, auf Grund des § 120f der Gewerbeordnung baldigst eine Bundesratsverordnung zu erlassen, durch welche die Arbeitszeit, insbesondere die Sonntags- und Nachtruhe der in der Binnenschifffahrt und Flößerei beschäftigten Personen geregelt wird.

(210. Sitzung vom 10. Februar 1914.)

i) Patentamt.

Genosse Giebel kam hierbei auf den dem Reichstag zugegangenen Vorentwurf zum Patent- und Gebrauchsmustergesetz zu sprechen und gab eine Reihe Anregungen zum Patentgesetz hinsichtlich der Interessen der technisch-industriellen Beamten. Minderbemittelte oder gar mittellose Erfinder müssen die Möglichkeit haben, anerkannte Erfindungen im Interesse der allgemeinen Volkswirtschaft zu verwerten. Besonders muß aber das Erfinderrecht der Angestellten geschützt werden. — Der Regierungsvertreter stellte die Einbringung eines definitiven Gesetzentwurfs für nächsten Winter in Aussicht. (211. Sitzung vom 11. Februar 1914.)

k) Reichsversicherungsamt.

Dieser Titel gab dem Genossen Bauer Gelegenheit, in eingehenden Ausführungen sich mit der Rechtsprechung des Reichsversicherungsamts, besonders mit der Beschränkung der Entschädigungspflicht bei Unfällen zu befassen. Besonders bekämpfte er die immer mehr hervortretende Tendenz, die „Gewöhnung" an die Folgen des Unfalls zur Rentenkürzung zu gebrauchen. Die Regelung der Krankenversicherung der Hausgewerbetreibenden bezeichnete der Redner mit Recht als durchaus unzureichend und schilderte mit zahlreichen praktischen Beispielen die in der gesamten Krankenversicherung gemachten trüben Erfahrungen. Dazu gehört auch die erhebliche Einschränkung der Selbstverwaltung. Hier unternimmt besonders die preußische Regierung ganz energische Vorstöße. Sie bemüht sich, die Angestellten der Krankenkassen unter

ihre Botmäßigkeit zu bringen, indem ihnen die Rechte und Pflichten der Staats- und Gemeindebeamten übertragen werden sollen. Durch die Reichsversicherungsordnung ist im § 171 die Rechtslage für die Angestellten und für die Krankenkassen weit ungünstiger geworden. Das Vorrecht des § 171 ist besonders in Preußen einer Reihe gemeinnütziger Unternehmungen, aber auch Erwerbs- und Versicherungsgesellschaften eingeräumt worden. Dadurch wird den Angestellten eine gründliche Fürsorge genommen, die Krankenkassen aber werden aufs schwerste geschädigt. Daher muß die Beseitigung des § 171 gefordert werden. Schließlich begründete Redner eine große Anzahl von Klagen über die Handhabung der Wahlen und besonders über den bei den Wahlen der Betriebskrankenkassen geübten Terrorismus.

Von seiten der Regierung wurde hierauf nur erwidert, daß die Gründe zu allen diesen Klagen nicht im Gesetz, sondern in dessen Ausführung lägen. Den Betroffenen ist hiermit natürlich ebensowenig gedient.

Genosse Feldmann erhob gewichtige Klagen über das Verfahren in Invalidensachen. In Schlesien ist z. B. die Zahl der Invalidenrenten erheblich geringer geworden, es sind nämlich von den Anträgen nur 52 Prozent bewilligt, also fast die Hälfte abgewiesen worden. Für die Bemessung der Invalidenrente muß ein bestimmtes Existenzminimum geschaffen werden. Die ganze Praxis gegenüber den Versicherten muß günstiger gestaltet werden.

Genosse Hoch begründete die (später angenommene) Resolution:

dem Reichstag eine Denkschrift darüber vorzulegen, wie sich die Grundsätze für die Gewährung und die Durchführung des Heilverfahrens nach §§ 1269 ff. Reichsversicherungsordnung bewährt haben.

Die zahlreichen ungerechten Entscheidungen in Versicherungssachen führte unser Redner nicht auf bösen Willen der zuständigen Stellen zurück, sondern auf die fortwährende Agitation der Unternehmer und der Berufsgenossenschaften. Es ist falsch, daß die Mängel in der Ausführung der Reichsversicherungsordnung nicht im Gesetz selbst liegen. Sie erwachsen zum Teil gerade daraus, daß man den Arbeitern den letzten Rest der Selbstverwaltung genommen hat. Man hat angeblich die Politik aus den Krankenkassen herausbringen wollen, in Wahrheit hat man die Politik hineingebracht. (211. und 212. Sitzung vom 11. und 12. Februar 1914.)

l) Kanalamt.

Genosse Legien erinnerte an die von ihm im Dezember 1913 an den Staatssekretär gerichtete Eingabe, angesichts der unter den Maschinisten und Heizern herrschenden Arbeitslosigkeit die Ausländer durch deutsche Arbeiter zu ersetzen. Sodann verlangte unser Redner für das Kanalarbeiterkorps Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen. Die Rentabilität des Nord-Ostsee-Kanals muß höhere Aufwendungen im Interesse der Arbeiter erst recht möglich machen. (213. Sitzung vom 13. Februar 1914.)

m) Reichsversicherungsanstalt für Angestellte.

Genosse Giebel sprach über die durch das Gesetz geschaffenen neuen Organe der Angestelltenversicherung. Die Rechtsprechung gibt schon jetzt zu Klagen Anlaß. Viele Schattenseiten des Gesetzes haben sich gezeigt, die auf die starke Zentralisation der Reichsversicherungsanstalt zurückzuführen sind. Im einzelnen werden u. a. in den Mittelstandssanatorien den Angestellten, von denen über zwei Drittel weniger als 2000 Mk. Jahreseinkommen haben, ziemlich große Verpflichtungen auferlegt. Sodann wünschte der Redner Auskunft, wieviel Anträge auf Heilverfahren im ersten Jahr gestellt wurden. Das

ist wichtig, weil das Unternehmertum bereits anfängt, gegen dieses Heilverfahren zu opponieren. Schließlich verbreitete sich unser Redner über die Anstellungsverhältnisse in der Reichsversicherungsanstalt. Der Dienstordnungsentwurf ist bureaukratischen und militärischen Charakters. Die Besoldungsgruppen und die Arbeitszeiten sind überaus reformbedürftig. Auf die obige Anfrage wurde später vom Regierungstisch geantwortet, daß in dem ersten Geschäftsjahr bei etwa 1½ Millionen Versicherten 10 464 Heilverfahrenanträge gestellt worden seien.

Genosse Hildenbrand besprach die Geschichte und die neueren Erscheinungen der deutschen Volksversicherung und klagte mit Recht die Reichsregierung an, daß sie hier ihre sozialpolitischen Aufgaben ganz außer acht gelassen hat. Die Ausnutzung eines großen Teiles der Arbeiterschaft durch die Versicherungsgesellschaften habe die Genossenschaften und Gewerkschaften bewogen, zur Selbsthilfe zu schreiten. Der Staatssekretär Dr. Delbrück hat freilich, wie er selbst zugab, demgegenüber sich bemüht, eine gemeinsame bürgerliche Front gegen die „Volksfürsorge" zu schaffen. Nachdem man letztere systematisch als eine sozialdemokratische Parteigründung hinzustellen suchte, wurde in Sachsen sogar der Versuch gemacht, es „gerichtskundig" zu machen, daß die „Volksfürsorge" eine „politische Einrichtung" sei, was besonders auch in dem Klageverfahren der „Volksfürsorge" gegen Dr. Kapp wegen unlauteren Wettbewerbs eine Rolle spielt. Jedenfalls haben der Reichskanzler und seine Vertreter die Pflicht, allen sozialpolitischen Einrichtungen mit Unparteilichkeit und Gerechtigkeit zu begegnen.

Genosse Heine ging auf die vom Staatssekretär berührte Rechtsfrage bezüglich der Klage gegen Dr. Kapp ein. Er wandte sich wider die gegnerischen Behauptungen, daß von der „Volksfürsorge" andere als nur humanitäre Zwecke verfolgt würden, und gegen die fernere Behauptung, daß es darauf ankäme, den Sozialdemokraten billige Hypotheken zu verschaffen. Die vom Aufsichtsamt aufgestellten Grundsätze für die Beleihung werden aufs gewissenhafteste befolgt. Die öffentlich-rechtlichen Versicherungsgesellschaften aber sträuben sich dagegen, dem Aufsichtsamt für Privatversicherung unterstellt zu werden. Sie nehmen eben eine außergewöhnliche Stellung ein, und die Regierungen denken nicht daran, an dieser Stellung etwas zu ändern.

Die Debatte hatte den Erfolg, daß die Resolutionen der Fortschrittlichen Volkspartei und des Zentrums angenommen wurden, die besagten:

Der Reichstag wolle beschließen:

die verbündeten Regierungen um Vorlegung eines Gesetzentwurfs zu ersuchen, durch welchen das Gesetz über die privaten Versicherungsunternehmungen vom 12. Mai 1901 dahin geändert wird, daß auch die öffentlich-rechtlichen Versicherungsunternehmungen, deren Geschäftsbetrieb sich über mehrere Bundesstaaten oder Provinzen eines Staates erstreckt, der Aufsicht des Kaiserlichen Aufsichtsamtes für Privatversicherung unterstellt werden;

und: Der Reichstag wolle beschließen:

den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, nötigenfalls durch Verhandlung mit den Landesregierungen dafür zu sorgen:

1. daß die öffentlich-rechtlichen Versicherungsunternehmungen (Lebensversicherung und Volksversicherung), die nicht der Aufsicht des Kaiserlichen Aufsichtsamtes für Privatversicherung unterstellt sind, bei ihrer Propaganda und Versicherungswerbung die Grundsätze beachten, die das Kaiserliche Aufsichtsamt für Privatversicherung für die privaten Versicherungsunternehmungen aufgestellt hat.
2. daß den Behörden, Staats- und Gemeindebeamten und Lehrern untersagt wird, ihren amtlichen Einfluß zugunsten irgendeiner Lebensversicherungsform geltend zu machen.

(213. und 214. Sitzung vom 13. und 14. Februar 1914.)

n) Typhusbekämpfung.

Genosse König wies darauf hin, daß bei der Wittener Epidemie die Hälfte der Erkrankungsfälle auf verseuchte Milch zurückgeführt worden war, und wie das rheinisch-westfälische Industriegebiet unter Milchverunreinigung und Milchverfälschung leidet. Zur Abhilfe verlangen wir ein Reichsmilchgesetz. Eine ebenso große Gefahr bedeutet das schlechte Trinkwasser vieler Städte und vieler industrieller Unternehmungen wie z. B. Thyssens. Hier muß das Reich eingreifen und u. a. das bakteriologische Institut in Gelsenkirchen aus Reichsmitteln unterstützen. Der Regierungsvertreter verwies diese Dinge wiederum auf das Gebiet der Landessachen und nahm Preußen natürlich in Schutz. (214. Sitzung vom 14. Februar 1914.)

Zum Titel:

o) Reichszuschuß für das „Deutsche Handwerksblatt"

verlangte Genosse Brühne, daß auch die Innungen zur weiteren Ausbildung des Handwerksblattes einen Zuschuß leisten, sowie daß, wie schon vor mehreren Jahren, baldigst eine neue Statistik für das Innungswesen geschaffen und bekanntgegeben wird. (214. Sitzung vom 14. Februar 1914.)

p) Beitrag des Reichs für die Olympischen Spiele.

Zur Förderung der Olympischen Spiele hatte die Regierung 46 000 Mark als erste Rate einer 200 000 Mark betragenden Beihilfe in den Etat eingestellt. Die Budgetkommission hatte den Posten abgelehnt. Von unserer Seite war hier bereits geltend gemacht worden, daß wir einem vernünftigen Sport jede mögliche Förderung zuteil werden lassen, daß aber, wenn hierzu öffentliche Mittel verwendet werden sollen, kein Klassenunterschied gelten darf. Vor der zweiten Lesung im Plenum des Reichstags waren jedoch allerlei Kräfte am Werk gewesen, die ablehnenden bürgerlichen Parteien zum Umfall, d. h. zur Bewilligung zu bewegen. Es geschah mit Erfolg.

Der Standpunkt unserer Partei wurde zuerst vom Genossen Rühle deutlich hervorgehoben, und zwar in dem oben bezeichneten Sinne. Bei Verteilung der gewünschten Summe hat man von der Existenz der Arbeiterturnvereine und der Arbeitersportvereine gar keine Notiz genommen, gerade sie sind von dem Mitgenuß der öffentlichen Mittel ausgeschlossen. Weiter hat aber in den bürgerlichen Sportkreisen der Sport eine Entwicklung genommen, die an die Grenze des Ungesunden führte. Erst recht ist es uns unmöglich, die Reichsbeihilfe zu gewähren, solange von gegnerischer und behördlicher Seite alles aufgeboten wird, jenen Vereinen die Existenz so schwer wie möglich zu machen und sie sogar rechtswidrig für politische Vereine zu erklären. Die Regierung gibt uns auch keine Garantie, daß das in Zukunft anders wird.

Den Beschönigungsversuchen der Gegner trat noch Genosse Heine energisch entgegen. Er bestritt, daß nicht auch die Deutsche (bürgerliche) Turnerschaft an der Hetze gegen die Arbeiterturnvereine teilnimmt. Die in der Debatte erwähnte „internationale Courtoisie" wird auch von uns geübt, aber unsere nichtdeutschen Gäste wirft man mit Hilfe der Polizei aus dem Lande heraus. Dasselbe, was man bei Arbeiterturn- und -Sportvereinen als politische Betätigung ansieht, läßt man bei anderen passieren. Die Beteiligung von Personen unter 18 Jahren verbietet man den Arbeiterturnvereinen. Diese ganze Summe von Ungerechtigkeiten, die sich gegen das Turnen der Arbeiterklasse richten, verbietet uns, für die gewünschte Summe zu stimmen.

Die Position wurde von den bürgerlichen Parteien bewilligt und so der Beschluß der Budgetkommission preisgegeben! (214. Sitzung vom 14. Februar 1914.)

q) Resolutionen.

Von den nach diesen Beratungen noch nicht erledigten Resolutionen wurden unsere Resolutionen betreffend „internationale Vereinbarungen über den Schutz der Jugendlichen und Arbeiterinnen," ferner betreffend die „Aufhebung aller das Koalitionsrecht einschränkenden ausnahmegesetzlichen Vorschriften in den Reichs- und Landesgesetzen," weiter betreffend die „Regelung der Arbeitszeit und Ruhepausen aller Angestellten im Gastwirtsgewerbe und Ausdehnung der Bundesratsverordnung vom 28. Januar 1902 auf das gesamte Personal," endlich die Resolution betreffend reichsgesetzliche Regelung der Bemannungs- und Arbeitsverhältnisse in der Binnenschiffahrt" abgelehnt. Ebenso wurden abgelehnt: Die bereits erwähnte Resolution der Konservativen (Graf Westarp), die sich gegen das Koalitionsrecht, insonderheit gegen das Streikpostenstehen richtet (siehe Generaldebatte des Reichsamts des Innern), sowie eine von nationalliberaler Seite beantragte Resolution, die eine Denkschrift verlangt über „Auswüchse des Koalitionsrechts" und deren gesetzliche Bekämpfung, besonders auch auf dem Wege zivilrechtlicher Haftung, in Erwägung zieht. Dagegen wurde angenommen eine nationalliberale Resolution, die die Vorlegung einer Denkschrift wünscht, über das Arbeits- und Rechtsverhältnis der außerhalb des Beamtenverhältnisses in Reichs- und Staatsbetrieben beschäftigten Personen.

(214. Sitzung vom 14. Februar 1914.)

2. Reichsjustizverwaltung.

(215. bis 217. Sitzung vom 16. bis 18. Februar 1914.)

a) Generaldebatte.

Der Genosse Dr. Cohn hatte als erster Redner die Aufgabe, die prinzipiellen Forderungen der Partei zur Rechtspflege auf neue hervorzuheben und brachte zum Thema Justiz und Klassenjustiz ein reiches Erfahrungsmaterial. Wir fordern eine grundsätzliche Aenderung in der Auswahl der Schöffen und Geschworenen. Dazu gehört, daß der zur Auswahl berufene Ausschuß selbst aus allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlen hervorgeht. Danach berührte der Redner kurz einige Forderungen, die die Regelung des Wettbewerbsverbots und das Gesetz über die Jugendgerichte betreffen. So langsam und zaghaft hier vorgegangen wird, so schnell ging es bei der von den Agrariern verlangten Abschwächung der Haftung des Tierhalters. Die Reformbestrebungen auf dem Gebiet des Strafrechts ziehen sich überaus in die Länge. Aus Aeußerungen der Regierung und aus den Arbeiten der Kommission geht hervor, daß unter der Maske des gemeinen Rechts die Ausnahmegesetzgebung gegen die Arbeiterklasse verewigt werden soll, namentlich auf dem Gebiet des Koalitionsrechts. Genosse Dr. Cohn schildert dann die Notwendigkeit einer Aenderung der Eidesformel, die sich aus den Zehntausenden von Kirchenaustritten besonders als nötig ergibt, so daß jede religiöse oder konfessionelle Formel beseitigt und der Eid rein zu einem weltlichen Geschäft gemacht wird. Besonders dringend fordern wir immer wieder die Neuordnung des Wiederaufnahmeverfahrens und des Strafvollzugs. Die Kapitel der Klassenjustiz, der Stellung der Polizeibehörden im Strafprozeß und der verschiedenen Korruptionserscheinungen wurden von unserem Redner eingehend behandelt und von ihm erklärt, daß wir die Einrichtungen erst schaffen müßten, um die Justiz unter Mitwirkung aller Volksklassen vom Klassenstaat unabhängig zu machen.

Der Staatssekretär ging bezeichnenderweise auf diese unsere grundsätzlichen Forderungen gar nicht ein.

Genosse Landsberg wendete sich zunächst gegen die von konservativer Seite neu angeregte Frage der Beschränkung der freien Advokatur und widerlegte die Behauptung, daß diese von der Mehrheit der deutschen Anwälte gefordert werde. Das Gegenteil ist richtig. Zu einem vorliegenden nationalliberalen Antrag, der eine ganze Reihe einzelner Materien geprüft und durch Novellen geändert wissen will, erklärte unser Redner, daß wir nur mit großem Mißtrauen an solche Aufgaben herantreten, weil die Erfahrung gezeigt hat, daß kleine Verbesserungen stets durch große Verschlechterungen erkauft wurden. Für die Unzulänglichkeit unserer Gesetzgebung machen wir vor allem den unheilvollen Einfluß Preußens verantwortlich. Daher muß allen anderen größeren Reformen die Reform des preußischen Wahlrechts vorangehen. Nachdem Landsberg noch unsere Stellungnahme zur Verfolgung des „Schmutzes in Wort und Bild" präzisiert hatte, fügte er dem Kapitel Klassenjustiz noch einige wichtige Betrachtungen hinzu. Der ganze Geist, der uns in Majestätsbeleidigungs- und Streikprozessen entgegenweht, fordert Widerspruch und Abhilfe.

Genosse Heine berührte sodann die Frage nach dem „Schutz der persönlichen Ehre". Für eine ganze Reihe von Verurteilungen schrieb Redner dem Reichsgericht die Schuld zu, das den Begriff der formellen Beleidigung derart ausgedehnt hat, daß jeder Scherz, jeder Spott als formelle Beleidigung gilt. Die Möglichkeit, die Wahrheit festzustellen, wird andererseits dem Beleidigten oft mit Hilfe des § 185 des Strafgesetzbuches abgeschnitten. Auch Genosse Heine besprach und präzisierte die Frage der Klassenjustiz und die Zugänglichkeit der Justiz für politische Einflüsse. Politische Prozesse sind der Tod der Gerechtigkeit und müssen dann auch auf die Gerechtigkeit in unpolitischen Sachen zurückwirken. Auch an der Verwirrung über den Begriff des Unzüchtigen ist das Reichsgericht schuld. Die ganze Frage ist eine Frage der Bildung. Gegen wirkliche Gefahren reicht die bestehende Gesetzgebung aus!

Genosse Sachse wandte sich schließlich gegen die zuvor vom Abg. Mertin gegebene falsche Schilderung der Umstände, die zu einem von Sachse gestellten Klageantrag bei der Staatsanwaltschaft in Waldenburg geführt hatten. Der Abg. Mertin hatte u. a. gerügt, daß dem Klageantrag überhaupt stattgegeben worden ist. Bald nach der Kritik seitens des Abg. Mertin hat der Staatsanwalt übrigens den Strafantrag wieder zurückgezogen. Eine nationalliberale Resolution gelangte soweit zur Annahme, als sie folgende Materien gesetzlich geregelt wissen wollte: Die Behandlung der Geisteskrankheit im Zivilprozeß und im Strafrecht, die Ausdehnung der schöffengerichtlichen Zuständigkeit, die Zulassung der Volksschullehrer als Schöffen und Geschworene, die religiöse Erziehung der Kinder aus Mischehen.

b) Fall Hamm in Flandersbach.

(217. und 218. Sitzung vom 18. und 19. Februar 1914.)

Der Fall der offenbar unschuldig verurteilten Wittwe Hamm in Flandersbach war von der Beratung aller übrigen Justizfragen losgelöst worden, um besonders erörtert zu werden. Der Staatssekretär des Reichsjustizamts erhob allerlei Bedenken dagegen und erklärte, sich an der Besprechung nicht weiter beteiligen zu können.

Als Redner unserer Partei gab Genosse Dittmann ein anschauliches, auf gewissenhaftem Aktenstudium beruhendes Bild des Tatbestandes. Die unschuldige Verurteilung ist danach nicht zum geringsten Teil dem Wirken des Kriminalkommissars v. Treskow II zuzuschreiben, der u. a. mehrere Zeugen zu falschen eidlichen Aussagen zu verleiten suchte. Das allein ergibt schon die

Notwendigkeit, den Fall einer Nachprüfung zu unterziehen. Es ist klar, so schloß unser Redner seine gewichtigen Anklagen gegen die Justizverwaltung, die Staatsanwaltschaft will kein Wiederaufnahmeverfahren im Fall Hamm. Aber auch der Untersuchungsrichter machte diese Frage zu einer Frage des Ansehens und der Autorität des Gerichts, das Frau Hamm verurteilt hat. Das darf nicht geschehen, daher verlangen wir freie Bahn für Recht und Gerechtigkeit.

Die Ausführungen unseres Redners fanden noch durch einen Redner des Zentrums und einen Redner der Fortschrittlichen Volkspartei Unterstützung. Dagegen bezeichnete ein konservativer Redner die ganze Debatte als einen Eingriff in ein schwebendes Gerichtsverfahren, d. h. die unschuldig Verurteilte sollte nach wie vor im Zuchthaus auf das Wohlwollen der Justiz warten. — (Bemerkt sei, daß die Wittwe Hamm kurze Zeit nach dieser Reichstagsdebatte aus dem Zuchthaus entlassen worden ist, und nunmehr das Wiederaufnahmeverfahren seinen Gang nehmen dürfte.)

3. Reichs-Post- und Telegraphenverwaltung.

(225. bis 229. Sitzung vom 2. bis 6. März und 260. Sitzung vom 16. Mai 1914.)

a) Generaldebatte.

Genosse Ebert brachte als erster Redner eine ganze Reihe unserer Forderungen zur Sprache, die wir seit langem an die Postverwaltung stellen und bisher noch nicht vermocht haben, sie aus ihrer Gleichgültigkeit den wachsenden Verkehrsansprüchen gegenüber aufzurütteln. Unser Vertreter konnte nur eine einzige postalische Neuerung konstatieren — Postsparkassen in Deutsch-Ostafrika, um bei den farbigen Arbeitern den Sparsinn zu fördern. Für die Interessen dieser Arbeiter wäre Wichtigeres zu tun. Die geplanten Postkreditbriefe halten wir für erwünscht. Ferner aber auch eine weitere Umwandlung von Landbestellbezirken in Ortsbestellbezirke, sowie die allgemeine Paketbeförderung mit Schnellzügen. Die Art der Beförderung der Tageszeitungen entspricht nicht mehr der Entwicklung des Zeitungswesens. Besonders dringend ist die Einführung eines niedrigen einheitlichen Weltportos. Die Vorgänge auf dem Zaberner Postamt und die eigentümliche Haltung der obersten Postbehörden hierzu, gaben dem Genossen Ebert Anlaß, die ganze Personalpolitik der Postverwaltung zu kritisieren. Wir halten die Schaffung von Beamtenausschüssen für dringend nötig. Die Anstellungsverhältnisse der mittleren Beamten sind erheblich schlechter geworden, und bei den Unterbeamten wird die etatsmäßige Anstellung immer weiter hinausgeschoben. Den Post- und Telegraphengehilfinnen muß die vom Bundesrat abgelehnte unkündbare Anstellung gewährt werden. Die wiederum verlangte Ostmarkenzulage werden wir wie in den Vorjahren ablehnen. Wir betrachten sie nach wie vor als eine Maßregel der Drangsalierungspolitik gegen die polnische Bevölkerung.

Der Staatssekretär fand gegenüber diesem Hagel von Vorwürfen und Anklagen nur einige Worte der Entschuldigung für — den Oberst von Reuter in Zabern, dessen Beschuldigung der Postbeamten er in ein recht mildes Licht rückte.

Unser zweiter Redner, Genosse Zubeil, fügte den Ausführungen Eberts eine lange Reihe Beschwerden hinzu. Gegen die Ausdehnung der Anstellung von Beamtinnen haben wir nichts einzuwenden und halten sie auch zu Vorgesetzten für geeignet. Geklagt wird über die große Vermehrung der Aufsichtsorgane auf den Telegraphenämtern. Bei der Regelung der Tagegelder treten erhebliche Ungleichheiten auf. Die Teilnahme an den Krankenkassen wird mehr oder weniger erzwungen, besonders durch Sperrung der freien Behandlung

durch Postvertrauensärzte. Die Behandlung erkrankter Unterbeamten spottet jeder Beschreibung. Schließlich gab die Behandlung der Beamten überhaupt unserem Redner Anlaß zu vielen spezialisierten Klagen, die aus den einzelnen Postämtern kommen. Eine kurze nichtssagende Erwiderung des Staatssekretärs Kraetke zog diesem eine Rektifizierung durch den Präsidenten zu!

Genosse Noske trat dieser Gleichgültigkeit des Staatssekretärs unseren Beschwerden gegenüber in wirksamen Worten entgegen und unterstrich nochmals deutlich unsere Forderungen. Für die weiblichen Beamten fordern wir Befreiung vom Nachtdienst. Bei Beschwerden der Beamten ist ein wirksamer Schutz gegen Benachteiligung nur in Beamtenausschüssen zu erblicken. Zu den Zaberner Vorgängen wies auch Genosse Noske darauf hin, daß der Staatssekretär die Beamten gegen jene Beschuldigungen gar nicht erst zu schützen versucht, sondern sie glatt preisgegeben hat.

Herr Kraetke erhob in seiner Antwort die erneute Beschuldigung gegen unsere Genossen Sachse und Haase, daß sie ungerechte Angriffe gegen Beamte zurückzunehmen sich geweigert hätten. Außer einer in Sachse's Namen von Noske abgegebenen Gegenerklärung, zog das dem Staatssekretär eine sachlich begründete derbe Zurückweisung des Genossen Haase zu, aus der hervorging, daß der Staatssekretär nicht einmal sachlichen Berichtigungen zugänglich ist, während er sich für die in Zabern seinen Beamten zugefügten Beleidigungen ganz unempfindlich zeigte.

b) Einzelberatung.

Die unter dem Namen Ostmarkenzulage von der Postverwaltung gewünschte Korruptionsprämie für den Nationalitätenkampf wurde von den Genossen Noske und Ledebour in ihrem wahren Charakter trefflich gekennzeichnet. Ersterer stellte fest, daß es sich hierbei gar nicht um eine Maßregel handelt, die den Zweck hat, die Lage bedrängter und notleidender Unterbeamten zu verbessern. Wenn Preußen den Wunsch hat, sich seine fremdsprachigen Bürger mehr anzugliedern, dann mag es ihnen gegenüber eine Politik der Gerechtigkeit, Humanität und Demokratie betreiben. — Ledebour zeigte die jämmerlichen Erfolge der Germanisierungspolitik. Nicht ein einziger Pole ist germanisiert. Die Beamten sollen sich angeblich in beiden Sprachen verständigen können, dagegen wird die Benutzung der polnischen Sprache verhindert und verfolgt, wo nur möglich. Die Korruptionstendenz dieser Ostmarkenzulage liegt gerade darin, daß die Beamten im Interesse ihrer Stellung und ihres Avancements sollen zu germanisieren suchen.

Die Ostmarkenzulage, sowie eine konservative Resolution, die die gleiche Maßregel auch auf andere gemischtsprachige Gebiete angewandt wissen wollte, wurden in namentlicher Abstimmung gegen die Stimmen der Konservativen und der liberalen Parteien abgelehnt. —

Beim Titel „Telegraphen- und Fernsprechanlagen" wurde von uns durch Genosse Dr. Quarck die weitere Ausdehnung des unterirdischen Leitungsnetzes befürwortet, und Genosse Dr. Gradnauer führte unter Darlegung der Einzelheiten lebhafte Klage über die Zustände des Dresdener Fernsprechverkehrs.

Genosse Taubadel gab den Klagen Ausdruck, die von den Telegraphen-Arbeitern, -Vorarbeitern und -Handwerkern ausgehen und ihre Lohnverhältnisse betreffen. Sie werden stets nur mit dem Hinweis auf „Erwägungen" vertröstet, statt daß solange wenigstens Ausgleichszulagen gewährt werden. Noch größer sind die Nachteile für die ehemaligen Telegraphenarbeiter beim Ruhegehalt, das erst nach dem 22. Dienstjahr mit 591 Mk. beginnt. Unser Redner verlangte schließlich einen Reichsarbeiterausschuß, sowie die noch

immer ausstehende Denkschrift über die Errichtung einer Pensionskasse für die Arbeiter und Handwerker im Telegraphendienst.

Herr Kraetke lehnte in seiner Antwort andere als Ortsausschüsse und andere Lohnsätze als die nach den Ortslöhnen bemessene ab.

Die Genossen Zubeil und König kritisierten bei den betreffenden Titeln die Art der Grundstückserwerbung und der Postbauten in Weißensee bei Berlin, bezw. in Schwelm.

Bei dem ersten Einnahmetitel kam Genosse Göhre eingehend auf die mißlichen Strafportoverhältnisse und die Anwendung des Nachbarorttarifs in Groß-Berlin zu sprechen. Besonders zeigte er die Mißstände an dem Beispiel Zehlendorf und verlangte generell eine Revision der betreffenden Bestimmungen.

Genosse Antrick kommt auf die schon im Vorjahr gerügten Mißstände in der Oberpostdirektion Braunschweig zurück, die seitdem noch keinerlei Abhilfe erfahren haben. Die Dienstzeit der Unterbeamten ist stark ausgedehnt und so ungünstig geregelt, daß auf das Familienleben nicht die geringste Rücksicht genommen ist. Unzureichende und unhygienische Arbeitsräume tragen zur Hemmung des Verkehrs bzw. zu Erkrankungen des Personals erheblich bei. Den Unterbeamten wird auch in ihren persönlichen Verhältnissen nicht das geringste Entgegenkommen gezeigt. Viele der Klagen sind besonders auf die Person des Oberpostdirektors zurückzuführen. Der Staatssekretär möge sich mehr als bisher um diese Dinge kümmern. Vor allem sind Beamtenausschüsse nötig, durch die viele, freilich nicht alle Klagen beseitigt werden würden.

Ueber die Beamtenverhältnisse auf dem Telegraphenamt in Frankfurt a. M. führte schließlich Genosse Brühne Klage. Auch hier schwere und schlecht eingeteilte Dienstzeit, Ueberwachung und unnötige Beschränkung der persönlichen Freiheit!

Im Anschluß an die zweite Lesung wurde die folgende Resolution angenommen, die die Budgetkommission beantragt hatte:

„Den Herrn Reichskanzler erneut zu ersuchen, in den einzelnen Verwaltungen, insbesondere bei der Reichsmarine, der Reichspost- und Telegraphenverwaltung und der Betriebsverwaltung der Reichseisenbahnen Beamten- und Angestelltenausschüsse zu errichten."

4. Reichsdruckerei.

(229. Sitzung vom 6. März 1914.)

In unserem Namen erklärte Genosse Fischer (Berlin) die Zustimmung für die zur Erweiterung der Reichsdruckerei im Etat geforderten Mittel. Hierbei verlangte er, daß endlich die Reichsdruckerei dazu komme, die Tarifvereinbarungen im Buchdruckergewerbe anzuerkennen. Für die Weigerung sind wohl weniger finanzielle Gründe maßgebend als vielmehr der Herrenstandpunkt des Scharfmachertums, wie er im Reiche Kraetkes zu Hause ist. Daher auch die Forderung von Leumundszeugnissen und die Verfolgung solcher Arbeiter, die der sozialdemokratischen Gesinnung verdächtig sind.

5. Reichseisenbahnamt.

(221. und 222. Sitzung vom 25. und 26. Februar 1914.)

Das Reichseisenbahnamt zur vollen Erfüllung der ihm durch die Verfassung gestellten Aufgaben anzuregen, war seit jeher unser Bemühen. Im Auftrage der Fraktion tat das Genosse Hasenzahl unter Anführung einer Reihe von wichtigen Fragen, die der Lösung noch harren. Die schon im Vorjahr aufs neue verlangte Denkschrift über die Wirkungen des Staatsbahn-

wagenverbandes steht noch immer aus. Die weitere Vereinheitlichung der deutschen Eisenbahnen hat keine neuen Fortschritte gemacht. Zu besonderen Klagen hat immer wieder das Verhalten Preußens und die Ausnutzung seines Uebergewichts gegenüber den übrigen deutschen Staatsbahnen Anlaß gegeben. Außer der Erhöhung der Betriebssicherheit und der Verbesserung der Fahrzeiten soll das Reichseisenbahnamt auch der Regelung der Dienst- und Ruhezeit der Eisenbahner mehr Aufmerksamkeit schenken. Die Resolution, in der der Reichstag letzteres forderte, ist vom Bundesrat ablehnend beantwortet worden. Wir werden uns dabei nicht beruhigen und fordern vor allem auch für die Eisenbahner die Ausübung des Koalitionsrechts.

Diesen Klagen und Forderungen gegenüber bleibt das Reichseisenbahnamt nach den Worten seines Vertreters auf dem alten Standpunkt stehen. Es war daher für den Genossen Stolle, den zweiten Redner unserer Fraktion, eine dankbare Aufgabe, die herrschenden Zustände diesem Bureaukratismus gegenüberzustellen. Die vermeintliche erhöhte Betriebssicherheit widerlegte er durch die Schilderung der neuesten Eisenbahnkatastrophen bei Cochem, bei Dortmund und am Harrasfelsen. Die Dienstfreudigkeit der Beamten ist für die Sicherheit die beste Gewähr, und diese suchen wir zu heben durch Regelung ihrer Arbeits- und Ruhezeiten und Gewährung des Koalitionsrechts.

Genosse Fischer-Hannover vertrat unsere Forderungen nach Verbilligung der Personentarife und Aufhebung der Fahrkartensteuer. Die Zone der Arbeiterfahrkarten muß auf 100 Kilometer erweitert werden.

Diese letzteren Wünsche wurden vom Regierungstisch wiederum als unerfüllbar bezeichnet.

6. Verwaltung der Reichseisenbahnen.

(222. bis 224. Sitzung vom 26. bis 28. Februar 1914.)

Die zu diesem Etat notwendig vorzubringenden Feststellungen und Wünsche sind seit Jahren fast unverändert dieselben. Die Verwaltung liegt in den Händen des preußischen Eisenbahnministers, und damit ist ihr Charakter in Verkehrsfragen und erst recht in Arbeiterfragen hinreichend gekennzeichnet. — Genosse Fuchs, der in unserem Namen zu den wichtigsten Fragen Stellung nahm, mußte die lange Liste der Verkehrs- und Arbeiterforderungen dem Minister aufs neue vorhalten. Aber sie finden nur Widerstand und Mangel an Einsicht. Dazu gehört auch die Frage der Saar- und Moselkanalisation, die noch besonders zu behandeln sein wird. Unser Redner vertrat energisch die Verlangen der verschiedenen Unterbeamtenkategorien nach Gehaltsaufbesserung und Beamtenausschüssen, nach neunstündiger Arbeitszeit, Urlaubgewährung und Regelung der Wochenfeiertage für die Arbeiter. Ferner gebührt den Staatsarbeitern das Koalitionsrecht ebenso wie den Privatarbeitern.

Der Minister v. Breitenbach zeigte auch diesmal keinerlei Neigung, auf diese Wünsche einzugehen. Er hält alles aufs beste bestellt. „Die Frage der Beamtenausschüsse ist für mein Ressort erledigt", — natürlich in ablehnendem Sinne. Und ähnlicher Bescheid erfolgte auf die übrigen Verlangen.

Genosse Peirotes machte dem Minister begreiflich, daß jene Forderungen für uns deshalb noch lange nicht erledigt sind. Für die Staatsbetriebe, wenn sie Musterbetriebe sein sollen, reklamierte er, daß sie auch Tarifverträge anerkennen müssen. Das Verlangen des Ministers, daß sich die Staatsarbeiter von der Sozialdemokratie und von dem Streikrecht trennen, bedeutet die Aufhebung der Koalitionsfreiheit. Für Elsaß-Lothringen nahm unser Redner einen Anteil an den Ueberschüssen der Bahnen in Anspruch. Endlich besprach er die Einwirkung strategischer Rücksichten auf den Ausbau der Bahn von

Straßburg nach Basel, den Vogesentunnel und andere Verkehrsfragen, bei denen das Interesse des Landes und der Bevölkerung schlecht gewahrt blieb.

Genosse Dr. Weill kam noch auf die Betriebssicherheit im Eisenbahnverkehr zu sprechen und gab an der Hand der Katastrophe vom 2. Januar d. J. am Bahnhof Woippy bei Metz einige Hinweise auf Mängel, die der Abstellung bedürfen. Hierzu gehört besonders die Stellung der dortigen Signale, ferner aber die hier außer acht gelassene Notwendigkeit, die Strecke nur von ortskundigen Zugführern befahren zu lassen. Vom Minister wurden diesen Einwendungen bestritten und im übrigen Untersuchungen in Aussicht gestellt.

Beim Einnahmetitel aus Güterverkehr kam Genosse Dr. Weill eingehend auf die Frage der Kanalisation der Mosel und Saar zu sprechen. Für sie machte er zunächst geltend, daß neben den volkswirtschaftlichen auch militärische Erwägungen in Betracht kommen. Es wird die lebhafte Befürchtung an der Saar geäußert, daß im Kriegsfall sofort bei der Mobilmachung die Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln in arge Gefahr geraten muß. Der Verlust an Eisenbahneinnahmen wird dagegen äußerst gering sein. Die vom Minister in der Kommission entgegengehaltenen höheren volkswirtschaftlichen Gesichtspunkte bestehen wohl in der Absicht, vor allem das Interesse des Niederrheins, der rheinisch-westfälischen Industrie zu schützen. Für Abwanderungen der Industrie aus jener Gegend ist aber Lothringen gar nicht mehr aufnahmefähig, und der Niederrhein selbst ist durchaus Gegner der Kanalisation. Schließlich müssen doch aber Eisenbahnen und Wasserstraßen gemeinsam dem höheren Verkehrsinteresse dienstbar gemacht werden.

Der Minister wollte alle diese Gründe nicht gelten lassen. Von einem Vertreter der elsaß-lothringischen Regierung wurde freilich auch deren Zustimmung zu dem Kanalprojekt ausdrücklich konstatiert.

Genosse Ledebour hob hervor, daß also der Hauptwiderstand von der preußischen Regierung ausginge. Während bei überseeischen Interessen die Hebung oder Schaffung aller möglichen Verkehrswege befürwortet wird, sollen alle wichtigen volkswirtschaftlichen Interessen, die Möglichkeit, daß ein wichtiges Erzgebiet für das ganze Reich nutzbar gemacht wird, durch den engherzigen preußischen Partikularismus überwältigt werden.

Eine Resolution des Verbandes der Eisenbahnarbeiter Elsaß-Lothringens und Luxemburgs, die Verkürzung der Arbeitszeit und andere Schritte zur Verbesserung der Arbeitsverhältnisse wünschte, wurde vom Genossen Fuchs in ihren wichtigsten Teilen zur Berücksichtigung empfohlen. Es erfolgte schließlich deren Ueberweisung an die Regierung als Material.

7. Marine.

(218. bis 220. Sitzung vom 19. bis 21. Februar 1914.)

a) Generaldebatte.

Die Debatte wurde vom Genossen Noske wirksam eingeleitet. Er zeigte, wie trotz der vielen Erörterungen über eine notwendige Rüstungsbeschränkung die Rüstungen selbst fortdauernd zunehmen. Das trifft besonders bei der deutschen Flotte zu; bei der Luftflotte bedeuten die Ausgaben obendrein erst den Anfang größerer Aufwendungen. Mit der Flotte selbst mehren sich auch wieder die Klagen über schlechte Behandlung der Mannschaft. Auch die Unfälle nehmen erheblich zu, wie u. a. die beiden schrecklichen Luftschiffkatastrophen zeigen. Das Unternehmertum sucht natürlich fortgesetzt außergewöhnliche Gewinne aus den Rüstungslieferungen zu ziehen. Der sogenannte Marineverständigungskonzern ist dafür das klassische Beispiel. Die Rüstungsinteressenten und ihre Presse üben die systematische Verhetzung der Völker.

Sowohl das im Vorjahr behandelte Verhältnis der deutschen und der englischen Flottenstärke von 16: 10, wie auch das angeregte Rüstungs-Feierjahr hat vom Staatssekretär eine recht laue Behandlung erfahren. Indessen tauchen Vermutungen auf, die eine neue Flottenvorlage betreffen. Wenn bei uns besonders wenig Neigung zur Verständigung zu bestehen scheint, dann liegt das an den imperialistischen Bestrebungen, die natürlich kein rechtes Vertrauen aufkommen lassen. Bei gutem Willen ist nicht nur das Verhältnis zu England, auch das zu Frankreich leicht zu bessern.

Der Staatssekretär v. Tirpitz ging zwar auf eine Reihe der von unserem Redner erwähnten Fälle ein, in der prinzipiellen Frage der Rüstungsbeschränkungen begnügte er sich jedoch mit Wiederholung bekannter Einwendungen.

Unser zweiter Redner, Genosse Vogtherr, kennzeichnete zunächst die verstärkte Flottenbegeisterung aller bürgerlichen Parteien, die in der vorangegangenen Debatte zutage getreten war. Der Redner brachte dann einen Fall besonders schwerer Soldatenmißhandlung auf dem Kreuzer „Stralsund" zur Sprache, der anfangs vom Staatssekretär als unmöglich hingestellt, aber dann doch erwiesen worden war. Es bestätigte sich sogar, daß solche Vorfälle (Anbinden bezw. Fesseln an Stelle strengen Arrests) an der Tagesordnung sind. Der von der Marineverwaltung aufgestellten Behauptung, daß die Entspannung zwischen Deutschland und England auf die gewachsene Stärke unserer Flotte zurückzuführen sei, wurde dadurch widerlegt, daß unsere Flottenvermehrung seinerzeit vielmehr erst die Spannung geschaffen hat. Die vom Staatssekretär aufgestellten beiderseitigen Steigerungsziffern konnte Vogtherr leicht als auf willkürlich gewählten Jahrgängen beruhend nachweisen. Die das Feierjahr betreffende Anregung Englands fand bei uns seitens der Marineverwaltung und erst recht seitens der Rüstungsinteressenten eine glatte Ablehnung, daher konnte England gar nicht mit einem offiziellen Anerbieten kommen. Auch in Frankreich besteht, wie der Redner nachwies, eine große Neigung, das Feierjahr einzuführen. Zur Frage des Seebeuterechts sollten wir den jetzt auch in England auftretenden Bestrebungen entgegenkommen, die von der englischen Regierung eine andere Stellungnahme als 1907 und 1909 verlangen. Den von den bürgerlichen Rednern an den Staatssekretär adressierten Dank für die hohen Flottenleistungen nehmen wir für das Volk in Anspruch, das in unglaublicher Geduld die unerhörten Lasten für Militarismus und Marinismus auf seine Schultern nimmt.

b) Einzelberatung.

Beim Titel „Bekleidungsämter" hatte Genosse Albrecht Anlaß eine lange Reihe bitterer Klagen über die Lohnverhältnisse, die Gesundheitsverhältnisse, die Erhöhung der Rapporte u. a. zu erheben. Die Lohnverhältnisse bei den Bekleidungämtern lassen namentlich bei den Handwerkern, die als selbständige oder als Hilfshandwerker beschäftigt werden, viel zu wünschen übrig. Der Durchschnittslohn beträgt bei der in den Hafenorten meist bestehenden Teuerung noch nicht 5 Mk. Auf diese Lohnverhältnisse, aber auch auf die mangelhaften Arbeitsräume und deren nicht gründliche Reinigung sind die bestehenden schlechten Gesundheitsverhältnisse zurückzuführen.

Der Vertreter des Reichsmarineamts erklärte, daß die Löhne den jeweiligen Ortslöhnen entsprächen. Die schlechten Gesundheitsverhältnisse im Bekleidungsamt gibt er zu, will sie aber darauf zurückführen, daß „aus Gutmütigkeit" auch ungesunde Arbeiter eingestellt wurden.

Beim Kapitel „Werften" mußte Genosse Brandes wiederum die sozialpolitische Rückständigkeit der Marineverwaltung in den Vordergrund stellen.

Die überaus notwendigen Angestelltenausschüsse, die der Reichstag schon im Vorjahr verlangte, sind über den ersten Versuch nicht hinausgekommen. Redner wiederholte dann die auch im Vorjahr vom Reichstag beschlossene Forderung, aus der Arbeitsordnung die Bestimmungen zu streichen, die die Angehörigen gewisser politischer Parteien von der Beschäftigung ausschließt. Der Bundesrat hat dem nicht zugestimmt. Die Folgen dieses politischen Terrorismus zeigte unser Redner an verschiedenen Beispielen. Eine Verringerung der Ueberstunden ist auch noch nicht eingetreten, ebenso sind die Bestimmungen über die Akkordarbeit revisionsbedürftig. Ebenso nötig ist eine Prüfung der Lohnverhältnisse. Der Abzug von den Invalidenunterstützungen, auch wenn die Leute Unterstützung aus der Reichsversicherung erhalten, müßte unterbleiben. Ferner trat unser Redner aufs neue für eine Erweiterung des Erholungsurlaubs ein. Der Marineverwaltung mußte er schließlich den Vorwurf machen, daß sie sich gelegentlich des Werftarbeiterstreiks in der Anstellung von Arbeitern von den Berichten der Privatwerften abhängig gemacht habe.

Im allgemeinen wurde das letztere vom Marineamt bestritten, aber in Einzelfällen zugegeben und für diese Abhilfe zugesagt. Die weiteren Klagen unseres Redners fanden auch keine genügende Antwort. Das veranlaßte den Genossen Brandes nochmals dringend, auf unseren Forderungen zu bestehen.

Eine bemerkenswerte Aenderung des Etats erfolgte bei diesen Titeln insofern, als mit unserer Befürwortung 19 von der Kommission gestrichene Werkmeister wieder in den Etat eingestellt wurden.

8. Reichskolonialamt.

(230. bis 233. und 226. bis 238. Sitzung vom 7. bis 11. u. 19. bis 21. März 1914.)

a) Generaldebatte.

Der Kolonialetat nahm in diesem Jahre einen größeren Zeitraum in Anspruch als sonst. Neben den üblichen nötigen Erörterungen waren die Fragen der Kolonialbahnen und die der Duala-Enteignung von großer Wichtigkeit. Die ersteren beherrschten z. T. gleich die Generaldebatte und gaben auch unserer Fraktion Anlaß zu wiederholten Vorberatungen.

Als unser Redner gab Genosse Dittmann ein detailliertes Bild der erschreckenden Wirkungen, die unsere kapitalistische Kolonialpolitik zeigt. Das Aussterben der Eingeborenen weist auf die drohende Vernichtung der Produktivkräfte unserer Kolonien hin. Dabei ist schon durch die Bodenbeschaffenheit und die klimatischen Verhältnisse die dauernde Ansiedelung größerer Massen Weißer ausgeschlossen. Hingegen ist Deutschland, aus dem sich ein Strom von Auswanderern in die Kolonien ergießen soll, selbst ein Einwanderungsland für Arbeitskräfte geworden. Die Wirkung der kapitalistischen Ausbeutungsherrschaft auf die Eingeborenen zeigt, daß eine Dezimierung der eingeborenen Bevölkerung mit ihr parallel geht. Diese wird zur Arbeit auf den Plantagen gezwungen, wo sie dann in Massen hinstirbt. Die Lohnverhältnisse sind geradezu elend. Pro Kopf und Tag betrugen die Löhne 52 Pf. im Jahre 1907, und stiegen bis 1912 auf ganze 53 Pf. Neben schlechter Behandlung die Rechtlosigkeit der Neger. Gegen die Abschaffung der Hausklaverei, die der Reichstag für das Jahr 1920 verlangte, sträubt sich die Kolonialverwaltung, mit dem Einwand, daß dadurch wirtschaftliche Existenzen gefährdet würden! Unser Redner wendet sich schließlich gegen die Unterjochung von Ruanda und Urundi, die jetzt durch den Bau der Bahn zum Kagera-Knie eingeleitet werden soll. Dort sitzen etwa 3½ Millionen Einwohner, d. h. ebensoviel wie in dem 18mal so großen Deutsch-Ostafrika. Man will dort Kopfsteuer einführen und die Eingeborenen im europäischen Sinne zur Arbeit zwingen. Aus dieser Profit-

wirtschaft werden sich gar bald die gefährlichsten Folgen zeigen. Gegen die Aufstände, die sich hier von selbst ergeben, dürfte die Herero-Tragödie ein Kinderspiel gewesen sein. Wir sind bereit, die Kulturfähigkeit der Eingeborenen auf friedlichem Wege zu fördern, dringen aber immer darauf, daß der kapitalistischen Ausbeutung und Unterdrückung Schranken gesetzt werden im Namen der Kultur und Menschlichkeit.

Der Staatssekretär ergriff erst in der folgenden Sitzung das Wort, um „beruhigende" Erklärungen gegenüber den Anklagen unseres ersten Redners abzugeben. Sachlich war an den Feststellungen Dittmanns nichts zu ändern. Das wurde von unserem zweiten Redner mit weiteren Nachweisen ganz ausdrücklich festgestellt.

Genosse Henke wandte sich dann besonders dem Projekt der Ruanda-Amholandbahn zu. Der Bahnbau wird in erster Reihe für das Schutzgebiet eine so hohe Belastung bedeuten, daß das Schutzgebiet die Zinsen und Amortisation nicht wird tragen können. Aber die Bahnbauten führen vor allem zur Vernichtung einer ganzen Kultur. Sie führen zur Proletarisierung und Verelendung großer Massen von Eingeborenen, mit Zunahme der Krankheitsziffern und Vermehrung der Sterblichkeit. Daher sind wir nicht nur gegen die Ruanda- und Amholandbahn, sondern gegen den Bahnbau überhaupt, wie er in den Kolonien üblich ist. Henke kam dann auf die kolonialen Arbeiterverhältnisse zurück, die der Staatssekretär beschönigt und dabei besonders die Existenz eines Arbeitszwanges bestritten hatte. Dieser Zwang liegt schon darin, daß die Eingeborenen einfach zur Anwerbung beordert werden. Wir verlangen eine wirkliche Eingeborenenkultur, und solange Deutschland Kolonialpolitik treibt, sind wir bemüht, eine proletarische Sozialreform in den Kolonien einzuführen, mit durchgreifendem Schutz auch der farbigen Arbeiter. Damit verträgt sich weder Haussklaverei noch Plantagenwirtschaft mit allen ihren Greueln. Bei unserer Kolonialbilanz kommen eben nicht nur Ein- und Ausfuhrzahlen in Betracht, sondern die Menschenleben, ihre Gesundheit und ihr Glück.

Genosse Noske besprach die Denkschrift über die Kolonialverwaltung der kolonisierenden Länder. Darin befindet sich im allgemeinen das, was wir schon immer über die Selbstverwaltung gesagt haben. Zur kulturellen Entwicklung der Kolonien gehört neben dem Menschenschutz auch der Tierschutz. Hier verlangen wir z. B. eine langjährige Schutzfrist für den Paradiesvogel. Die Sklaverei in Ostafrika besteht noch immer, und das tollste ist, daß von der deutschen Behörde noch jetzt regelrechter Menschenhandel abgeschlossen wird. Von Wichtigkeit muß immer für uns sein, die Verringerung der Militärkosten in den Kolonien mit allem Nachdruck zu erstreben. Die vom Staatssekretär beklagte, im Reichstag zutage getretene Stimmung gegen die Weißen ist erklärlich. Gegen die von ihnen betriebene Prügelkultur tritt nicht einmal die Regierung energisch auf. Die Besiedelung Südwestafrikas in größerem Stile ist eine Illusion. Hier zeigt sich vielmehr eine Entwickelung zum Latifundienbesitz. Außer den Farmgesellschaften haben auch die katholischen Missionen Hunderttausende von Hektar Grundbesitz. Für die Bahnbauten sind wir nicht zu haben, ehe uns nicht mindestens die Erfüllung gewisser Bedingungen sichergestellt ist. Wir wollen nicht mit der Bahnbewilligung die Verantwortung und die Kosten für neue Aufstände übernehmen. Wir verlangen die Regelung der Arbeiterverhältnisse, den Schutz des Eigentums der Eingeborenen gegen Enteignung, ihren Schutz gegen Arbeitszwang und für die Bahnbauten bessere sanitäre Zustände. Weil wir auch annehmen und wissen, daß Kultur und Menschlichkeit nicht genügend zu ihrem Recht kommen, lehnen wir den Etat ab, bemühen uns aber und verlangen, daß endlich eine gründliche Humanisierung der Kolonialpolitik herbeigeführt wird.

Von den nach der Generaldebatte zur Annahme gelangten Resolutionen der Budgetkommission ist die wichtigste und umfassendste, die verlangt, „durch eine alsbald zu erlassende Kaiserliche Verordnung Leben, Freiheit und Eigentum der Eingeborenen der Schutzgebiete sicher zu stellen"; das ist ein Eingeständnis auch der Mehrheit des Reichstags, daß eine solche Sicherung bislang nicht besteht!

b) Einzelberatungen.

Beim Etat für Neuguinea waren 100 000 Mk. eingesetzt für Untersuchungen auf Petroleum. Die Budgetkommission hat diese Summe auf 500 000 Mk. erhöht, und zwar mit unserer Zustimmung und der des Zentrums. Genosse Dr. Frank verteidigte diese Erhöhung mit der Begründung, daß wir für die Zukunft verhindern wollen, daß die Kulturschätze, die sich in unseren Kolonien befinden, durch das Privatkapital ausgebeutet werden. Wir haben übrigens früher schon für ähnliche Ausgaben gestimmt, z. B. für Baumwollforschungen.

Genosse Noske ging nochmals auf den notwendigen Schutz der Paradiesvögel ein. Besonders bestritt er die Richtigkeit des Einwands, daß der deutschen Federindustrie daraus Schaden erwachse.

Beim Etat für Samoa wurde vom Genossen Ledebour die Mischehenfrage neu zur Beratung gebracht. Im Jahre 1912 hat der Reichstag einen Gesetzentwurf verlangt, der die Gültigkeit der Mischehen ausspricht. Der Reichstag hat hierauf noch keine Antwort erhalten. Der Staatssekretär hat dagegen in einem bestimmten Fall erklärt, ein Verbot habe niemals bestanden, es sei nur das Gesetz als nur für die Weißen geltend ausgelegt worden. Es handelte sich also hier um eine falsche Verwaltungspraxis, für die der Staatssekretär die Verantwortung trägt. Auf wiederholtes Fragen, wie er das vermeintliche Ehehindernis gesetzlich rechtfertigen könne, schwieg sich der Staatssekretär hartnäckig aus.

Beim Etat für Ostafrika kam Genosse Noske auf die Vorwürfe zurück, die gegen Pflanzungsunternehmungen gemacht wurden. Hierzu haben die Denkschrift der Regierung selbst bekannt, daß eine Menge grober Ungehörigkeiten vorkommen. Für die Aufhebung der Sklaverei einen noch späteren Zeitpunkt festzusetzen als 1920, ist für unsere Partei ganz undiskutabel. Der Etat für Südwestafrika, der in seinem Nachtrag für 1913 eine Mehreinnahme von 16 Millionen Mark aus der Diamantensteuer aufweist, gab dem Genossen Hoch Gelegenheit, auf die im Vorjahr gegen die Kolonialverwaltung gerichteten Vorwürfe zurückzukommen, weil sie von diesen unbeachtet geblieben sind. Sie betreffen zunächst die Art der Diamantenvergebung, die nicht immer nur auf ein Jahr erfolgen darf. Eine öffentliche Ausschreibung muß aber auch wirklich öffentlich sein. In die Regie gehören in erster Reihe die Förderer, dann aber auch Vertreter der deutschen Diamanten-Arbeiter. Der Preisabschlag von 5 Proz. als Begünstigung der deutschen Diamantenindustrie hat nicht verhindert, die Löhne zu drücken. Bei der bevorstehenden Neuregelung der Verhältnisse mögen diese und andere Wünsche beachtet werden, damit Besseres geschaffen wird. Das ist aber nur möglich, wenn die Kolonialverwaltung ohne Rücksicht auf die Großbanken ihre eigenen Wege geht. Später hatte Genosse Hoch noch zu kritisieren, daß der Staatssekretär bezüglich der Diamanten-Arbeiter eine ganz unbefriedigende Antwort gab, und daß er gar keine Antwort auf die Frage gab, was Wahres daran ist, daß der Vorsitzende des Regieaufsichtsrats wegen gewisser Vorkommnisse sein Amt niedergelegt habe.

Genosse Dr. Quessel behandelte kurz die Produktivität der Kolonie und wandte sich dann erneut der Eingeborenenpolitik zu, über die keiner der

bürgerlichen Redner ein Wort verloren hatte. Sie beschränkt sich in der Hauptsache auf eine systematische Lohndrückerei. Jede Selbständigkeit als Farmer oder dergl. wird den Eingeborenen vorenthalten. Die soziale Schicht der weißen Angestellten, Handwerker und Arbeiter ist bisher ohne jeden Schutz geblieben. Der Unternehmerterror ist auch dort zuhause, schwarze Listen sind gang und gäbe. Die kaufmännischen Angestellten sind am schlimmsten daran, jedes Weiterkommen ist ihnen durch geheime Abkommen der Unternehmer gesperrt. Das örtlich geregelte indirekte Wahlverfahren hindert die Entwickelung einer guten Verwaltung, wir fordern die Einführung der direkten Wahl auch in den Kolonien. Gegen die geplante Ambolandbahn werden wir stimmen, auch deswegen, weil auch hierbei jeder Arbeiterschutz versagt wird.

Genosse Henke betonte gleichfalls zu unserer Stellung gegen die Ambolandbahn, daß uns keinerlei Garantien gegeben wurden. Wir sind nicht der Meinung, daß die Bahn rein kulturelle Zwecke verfolgt. Es ist höchstens die kapitalistische Kultur, die die Arbeiter schon daheim an ihrem eigenen Leibe verspüren. Wir glauben weder an eine friedliche Eroberung, noch an eine friedliche Entwickelung. Eine amtliche Anwerbung von Minenarbeitern haben wir in Südwestafrika schon heute, unter einem gewissen Arbeitszwang werden die Leute dort später erst recht zu leiden haben.

Zu den von der Budgetkommission beschlossenen Verminderung der Polizei von 500 auf 450 Mann erklärte Genosse Ledebour, daß nach unserer Meinung auch die Zahl von 2000 Mann Schutztruppen viel zu groß ist. Wir werden auch auf deren Herabsetzung dringen.

Der „Entwurf eines Gesetzes betreffend Aenderung des Gesetzes über die Einnahmen und Ausgaben der Schutzgebiete" will der Verwaltung „die Möglichkeit" geben, bei Bahnbauten und dergl. die Anlieger nach Maßgabe ihres Interesses zu Vorausleistungen heranzuziehen.

Genosse Ledebour bezeichnete den Gesetzentwurf als einen Ausläufer unseres langjährigen Kampfes gegen die Landgesellschaften. Das Gesetz kann aber nur dann volle Wirkung üben, wenn es nicht nur die Möglichkeit der Heranziehung zu Vorausleistungen gibt, sondern den Zwang dazu ausdrücklich ausspricht. Daher muß die Fassung des Gesetzes das deutlich ausdrücken, wenn es seinen Zweck ernsthaft erfüllen soll.

Der Gesetzentwurf blieb schließlich unerledigt, weil der Bundesrat dazu noch Stellung zu nehmen hatte.

c) Die Ruandabahn.

Diese Bahn soll die etwa 1200 Meter hoch gelegene Station Tabora, in allmählicher Steigung durch das westliche Unjamwesi-Gebiet, mit dem sogenannten Kageraknie verbinden, d. h. dahin führen, wo der Kageraflüß, nachdem er die Landschaft Ruanda durchzogen hat, nach Norden umbiegt. Die Gesamtkosten der 481 Kilometer langen Bahn sind auf 50 Millionen Mark veranschlagt, die Verzinsung und Tilgung auf jährlich 2 300 000 Mark. Letztere Summe soll außer durch die Einnahmen der Bahn durch Mehrerträge einer Kopf- und Hüttensteuer gedeckt werden. Die Denkschrift berechnet den Ertrag dieser Steuern auf 2 900 000 Mk., will also hiermit schon einen Ueberschuß von 600 000 Mk. herausschlagen. Der Bahnbau soll vor allem, nach seiner Begründung, der weiteren Erschließung Deutsch-Ostafrikas für Kultur und Handel dienen. Freilich sagt schon die Denkschrift: „Viehzucht und Ackerbau werden auch in Zukunft die wirtschaftlichen Grundlagen für die Wirtschaft und dem Handel Ruandos und Urundis bleiben; für Großplantagen und Großfarmen bieten die dichtbesiedelten Gebiete keinen Platz".

In der Fraktion war eingehende Beratung darüber, ob die Bahnprojekte in den Kolonien rundweg zu verwerfen oder die Bewilligung an bestimmte Bedingungen zu knüpfen sei. Die Fraktion faßte folgenden Beschluß:

„Die für den Bau von Kolonialbahnen geforderten Kredite sind zu bewilligen unter der Voraussetzung, daß die Regierung sich verpflichtet, die folgenden Forderungen zu erfüllen:

1. kein Arbeitszwang bei dem Bau der Eisenbahnen;
2. ausreichende Verpflegung und ärztliche Versorgung der bei den Bahnbauten beschäftigten Arbeiter;
3. keine Verschleppung von Eingeborenen aus den zu erschließenden Gebieten in die Plantagen;
4. keine Zulassung neuer Plantagen durch die Regierung;
5. Unterdrückung des von den Behörden und den weißen Ansiedlern geübten Arbeitszwanges;
6. Regelung der Arbeiterverhältnisse in den Schutzgebieten, insbesondere hinsichtlich der Arbeitszeit und der Minimallöhne durch eine von der Regierung zu erlassende und zu kontrollierende Arbeitsordnung auf Grundlage des freien Arbeitsvertrages. Diese Arbeitsordnung ist vor ihrer Einführung dem Reichstage vorzulegen;
7. Schutz des Eigentums der Eingeborenen gegen Enteignung zugunsten privater Erwerbsgesellschaften."

Die bürgerlichen Parteien lehnten es ab, an den Bahnbau diese Bedingungen zu knüpfen und zeigten damit, daß sie auch dem neuen Kolonialgebiet den Charakter einer nackten kapitalistischen Profitwirtschaft aufdrücken wollen.

Angenommen wurden von der Kommission und dem Plenum des Reichstags eine Resolution, „den Reichskanzler zu ersuchen, im Interesse der Erhaltung der Eingeborenenbevölkerung in den Arbeiter-Anwerbungsverordnungen für die Schutzgebiete Bestimmungen zu treffen, wonach 1. der staatliche Arbeitszwang in jeder Form ausgeschlossen ist, 2. die Arbeiter angesiedelt werden bei Schaffung ausreichender Eingeborenenreservate als freies Eigentum für diese, 3. die Frauen von den eingeborenen Arbeitern nicht getrennt werden; ferner eine Resolution des Zentrums, die aber keine Bindung der Regierung enthält, sondern lediglich die Erwartung ausspricht, „daß beim Bau der Eisenbahn keinerlei staatlicher Arbeitszwang ausgeübt wird; für die beim Bahnbau beschäftigten Arbeiter genügende Arbeiterschutzbestimmungen erlassen und solche innegehalten werden; eine Besiedelung der dichtbevölkerten Gebiete von Ruanda und Urundi durch Weiße ausgeschlossen bleibt, und endlich, daß die Residenturverwaltung dieser Gebiete vorerst beibehalten bleibt."

In der zweiten Plenarberatung (233. Sitzung vom 11. März 1914) wurde unsere Stellungnahme vom Genossen Ledebour vertreten. Er wies gleich einleitend darauf hin, daß wir zunächst deswegen an dem Bahnbau Anstoß nehmen, weil die Arbeiterfrage nicht geregelt worden ist. Weiterhin ergibt sich, daß die Bahn die Unterjochung der Ruanda- und Urundibevölkerung zur Folge haben wird. Die geplante Besteuerung läßt sich nur mit Hilfe der bewaffneten Macht durchführen. Die Landverhältnisse werden sofort ein anderes Gepräge erhalten, wenn erst die Geldwirtschaft dort eingeführt wird und die Häuptlinge die Möglichkeit haben, ihren fiktiven Landbesitz in Geldwert umzusetzen. Ueber die Art des geplanten Vorgehens in Ruanda hat schließlich der Staatssekretär in der Budgetkommission sehr wichtige Angaben gemacht. Er sagte, im Gegensatz zu Ruanda handele es sich im Ovamboland um eine „pénétration pacifique", also um eine friedliche Durchdringung mit friedlichen Mitteln. In Ruanda soll es sich also nicht um eine friedliche, sondern um eine gewaltsame Erschließung durch Militärgewalt handeln. Das ist es, was

wir vorausgesagt haben, und der Staatssekretär selbst ist unser Zeuge geworden, daß es sich um eine Unterjochungsbahn nach Ruanda handelt. Das ist es, was uns zwingt, die Bahn unter allen Umständen abzulehnen.

Der Staatssekretär hatte auf diese Feststellung kein Wort der Erwiderung, bestätigte sie also schweigend als zutreffend. Auch sonst schien er keiner Verteidigung der Vorlage mehr zu bedürfen. Er war seiner kolonialfreudigen bürgerlichen Parteien, von den Konservativen bis zu den Fortschrittlern sicher. Der Bahnbau wurde von ihnen bewilligt.

d) Kamerun und die Dualaenteignung.

(255. und 256. Sitzung vom 12. und 13. März 1914.)

In dem Mittelpunkt der Verhandlungen über den Etat für Kamerun stand von vornherein die Frage der Enteignung und Sanierung von Duala. Ueber die Notwendigkeit einer Sanierung war man sich in der Budgetkommission fast einig, nicht aber, ob dazu die Enteignung überhaupt oder in dem Umfange nötig sei, wie die Regierung es vorschlug. Die Dualas sollen von ihren jetzigen Wohnplätzen vertrieben und an deren Stelle eine europäische Stadt mit sanitären Einrichtungen errichtet werden, in der nur besonders auserlesene Schwarze zur Bewohnung zuzulassen sind. Die übrigen Dualas sollen entfernt vom Fluß Land zur Ansiedelung angewiesen bekommen. Die Mehrheit der Budgetkommission, mit Ausnahme unserer Vertreter, empfahl die Annahme des Regierungsvorschlages. Die Mehrheit suchte aber ihr Gewissen durch folgende Resolution zu salvieren, die in der Kommission und im Plenum gegen unseren Widerspruch zu 3 Annahme fand:

„Der Reichstag stimmt der Vorlage zu mit der Maßgabe, daß

1. nicht nur für das zu enteignende Land genügende Entschädigung gewährt wird, sondern auch für alle anderen den Enteigneten durch die Enteignung entstehenden Schäden;
2. das durch die Enteignung vom Fiskus erworbene Land nur unter Bedingungen weiter veräußert wird, die dem Fiskus den angemessenen Anteil an künftiger Wertsteigerung des Grund und Bodens sichern;
3. mit allem Nachdruck in Kamerun jeder Agitation gegen die von Regierung und Reichstag endgültig beschlossene Enteignung entgegengetreten wird, sobald diese Agitation Formen annimmt, durch welche die politische Ruhe gefährdet wird."

Der erste Redner unserer Partei zur Plenarverhandlung, Genosse Weis, schickte in seiner Rede einige wichtige Bemerkungen voraus, die die allgemeine Verwaltung von Kamerun betrafen. Die Entwickelung Kameruns sei bereits in der Kommission z. T. sehr absprechend beurteilt worden. Durch die unzulängliche Verwaltung sei die ständige Gefahr bevorstehender Aufstände geschaffen. Im Norden Kameruns, im Bezirk Rio del Rey übt die Deutsch-Westafrikanische Handelsgesellschaft ein Handelsmonopol und Generalherrschaft aus. Jede andere Interessensphäre, auch die der Eingeborenen, wird von ihr zurückgedrängt. Die Regierung muß sich daher beeilen, die Besitztitel der Gesellschaft zu prüfen. Zur Duala-Angelegenheit erinnerte unser Redner an die ähnlichen Fälle des Jahres 1906. Dann hat im Juni des vorigen Jahres der Reichstag eine Petition der Häuptlinge von Duala auf Aufhebung des Enteignungsverfahrens dem Reichskanzler zur Erwägung überwiesen. In den Jahren 1909 bis 1910 hatte man die Eingeborenen über die Absichten der Enteignung ganz im unklaren gelassen, und dem Reichstag hat man noch heute den betreffenden Briefwechsel zwischen Gouvernement und Regierung vorenthalten. Unser Redner ging dann auf die weiteren Schritte der Regierung ein, die die Dualas in der Wahrnehmung ihrer Rechte hinderten. Die Regierung erwärmt sich auch für Bodenreform und Bekämpfung des Bodenwuchers in Afrika, aber leider nicht in Deutschland, wo es weit nötiger wäre. Schließlich verwies Weis auf die ungeheuerliche Tatsache, daß dem Reichstag nicht nur durch seinen Präsidenten eine zu seiner Information bestimmte Petition vorenthalten worden ist, sondern auch durch die Regierung ein Telegramm, das den Reichstag informieren sollte, daß in Duala trotz des fehlenden Enteignungsbeschlusses die Enteignungsbewegung fortschreite. —

Das Vorgehen des Präsidenten wurde sogleich von den Genossen Dr. Frank und Ledebour als unbegründet und unberechtigt energisch zurückgewiesen.

Unser zweiter Redner war Genosse Davidsohn. Er verstand es, nach Zurückweisung einiger Einwendungen in der Debatte, unsere Stellungnahme noch einmal mit neuem Material deutlich zu kennzeichnen. Den von der Regierung so oft betonten Gesichtspunkt der Rechtmäßigkeit stellte er ins rechte Licht. Eine mildere Form der Enteignung wird nicht gegen die angesessenen Eingeborenen angewandt, sondern gegen die Neuhinzugekommenen — statt umgekehrt. Natürlich konnten auch die Entschädigungsverhältnisse nicht mehr so bleiben wie bis 1910, wo man eine Flasche Schnaps als Kaufgeld für Land benutzte. Noch weniger ist bei der Regierung von „Pietät" die Rede, wenn sie die Dualas als Räubervolk bezeichnet, das gleichsam vogelfrei sei. Die Prüfung der räuberischen Besitztitel in Deutschland würde zu einer weit umfassenderen Enteignung führen müssen. In der Denkschrift liest man vieles, was bekannt ist, und vermißt man vieles, was zu wissen sogar die Budgetkommission gefordert hat. Es fehlen u. a. die wirklichen Protokolle. Die, die wir erhielten, sind Potemkin-Protokolle. — „Kein Mitleid mit den Dualas", das ist für die Denkschrift und für die ganze Eingeborenenpolitik das Stichwort. Bei der Sanierung will man nicht alle Schwarzen von den Weißen trennen, sondern doch die Möglichkeit geben, daß besonders vertrauenswürdige Eingeborene die neue sanierte Stadt bewohnen, — vor allem auch die nötigen Bediensteten und Arbeiter. Vor diesen Interessen der Weißen macht die Sanierung halt. Die bürgerlichen Parteien wollen trotz aller dieser Umstände und trotz Vorenthaltung der wichtigsten anderen Gegenbeweise die Wünsche der Eingeborenen unbeachtet lassen. Nach dem letzten Absatz der Resolution wollen sie sie auch mundtot machen. Wir lehnen eine solche Kolonialpolitik und eine solche Eingeborenenpolitik ab.

Die Duala-Enteignung wurde beschlossen. Selbstverständlich wurde außer diesem Gewaltstreich auch die obige Resolution von uns abgelehnt.

9. Etat des Reichstags.

(259. Sitzung vom 16. Mai 1914.)

Genosse Ledebour zeigte, wie der Reichstag an einer Reihe von Kalamitäten leidet, die hauptsächlich in den Bestimmungen der Geschäftsordnung ihren Grund haben, die dem Abgeordneten bei weitem nicht die Möglichkeit der freien Disposition gibt, wie es in anderen Parlamenten der Fall ist. Eine andere Regelung des Diätenbezugs muß den Reichstag arbeitsfähiger machen. Jetzt führt das Diätengesetz zu einer Verminderung der Arbeitstage und Verlängerung der Ferien. Unter der jetzigen Ordnung der Dinge haben auch die Beamten des Hauses, die Stenographen und die Journalisten schwer zu leiden. Die Dispositionen müssen ermöglichen, daß neben den Vorlagen auch die Initiativanträge mehr zu ihrem Recht kommen. Ebenso müssen endlich die

Freifahrtkarten, den wiederholten Wünschen des Reichstags entsprechend, für die ganze Legislaturperiode Gültigkeit erhalten, u. a. damit der Reichstag nicht in den Verdacht kommt, als ließe er seine Dispositionen von der Aussicht auf Benutzung der Fahrkarten beeinflussen.

Ein nationalliberaler Antrag, für die Bearbeitung derjenigen Geschäfte, die den Handel und die Gewerbe betreffen, eine besondere Kommission von 28 Mitgliedern einzusetzen, wurde angenommen; ein anderer Antrag, für die sozialen und Arbeiterangelegenheiten eine ebensolche Kommission einzusetzen, wurde abgelehnt.

10. Auswärtiges Amt.

(257. und 258. Sitzung vom 14. und 15. Mai 1914.)

An Stelle des Reichskanzlers gab der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Jagow eine kurze Uebersicht der augenblicklichen auswärtigen Lage und der zuletzt von Deutschland befolgten Politik.

Genosse **Wendel** konnte dieser Darlegung mit gutem Recht das Zeugnis ausstellen, daß ihr Inhalt nicht mehr sagte, als was jedem Zeitungsleser bereits bekannt war. An einem kurzen Rückblick auf die Zaberner Angelegenheit zeigte unser Redner, daß das äußere Ansehen Deutschlands mehr durch die bürgerliche Freiheit, als durch Bajonette, Kanonen und Panzerschiffe gewinnen würde. Im Gegensatz zum Staatssekretär gab Wendel von der auswärtigen Politik ein ungeschminktes nüchternes Bild. In der Balkanpolitik war Deutschland in der Hauptsache der Schleppenträger Oesterreichs und hat dessen Interessenpolitik blindlings mitgemacht und sich auch daran mitschuldig gemacht, daß wir monatelang in der Gefahr eines Weltkrieges geschwebt haben. Für Albanien gab es lange zwei Anwärter: den österreichischen und den italienischen Imperialismus; ein solches Albanien aus der Taufe gehoben zu haben, rechnen wir unserer auswärtigen Politik als schweren Fehler an: Für jenen zurückgebliebensten Volksstamm konnte sich natürlich nur ein feudaler Herr vom preußischen Kasernenhof zum Oberhäuptling eignen. Keinesfalls darf dieses Privatabenteuer des Prinzen zu Wied, wenn es mißglückt, zu einer deutschen Angelegenheit gemacht werden. Die Entsendung der Militärmission nach der Türkei hat sowohl unserem Verhältnis zu Rußland wie zu England geschadet. Was der Türkei nottut, sind innere Reformen. Die Besserung des Verhältnisses zwischen Deutschland und England begrüßen wir; besonders beteiligt an dieser Entspannung sind freilich die beiderseitigen Arbeiterklassen, deren Einvernehmen die beste Friedensbürgschaft ist, und alle Kriegshetzereien der inaktiven Generäle können dagegen nichts ausrichten. Sie sind höchstens profitabel für die Rüstungsfirmen. Jener wüsten Kriegshetze dient besonders auch die schnöde Hetze gegen Frankreich. Aber auch das französische Volk hat einen entschiedenen Willen zum Frieden und zur Verständigung mit Deutschland und hat beides bei den letzten Kammerwahlen gezeigt. Es gibt keine Vogesen mehr, die die beiden Völker trennen, höchstens ein paar bunte Grenzpfähle. Diese Ausführungen schloß unser Vertreter mit den von der chauvinistischen Presse später reichlich entstellten und für ihre Zwecke mißbrauchten Worten:

„In diesem Sinne, im Sinne der heiligen Allianz der Völker, von der schon Heinrich Heine schwärmte, gilt es dem Frankreich der arbeitenden Massen, dem Frankreich des Friedenswillens, dem Frankreich der Verständigungssehnsucht, aus dem es zu uns herüberschallt: „Es lebe Deutschland!", wenn ich schließe mit dem Rufe: „Vive la France!""

Als unser zweiter Redner in der allgemeinen Besprechung rügte Genosse **Bernstein**, daß wir über wichtige Verhandlungen und Vorkommnisse nicht unmittelbar unterrichtet werden, sondern uns mit offiziösen Zeitungsnachrichten begnügen sollen, wie es auch gelegentlich der Erneuerung des Dreibundes Ende Dezember 1912 geschah. Der Bukarester Friede wurde in seinen Wirkungen von Bernstein eingehend geschildert und festgestellt, daß es sich nur um einen Scheinfrieden handelt. Zahlreiche Beispiele zeigen, wie der Bevölkerung der besetzten Gebiete das politische Recht geraubt und sie sozial ausgebeutet wird; so in Silistrien, dem bulgarisch bevölkerten Serbien und Armenien. Deutschland hätte von jeher seine Beziehungen zur Türkei dazu benutzen müssen, daß diese in Armenien Reformen durchführe. Die guten Beziehungen zu England werden von uns mit Freuden begrüßt. Wenn den Engländern die Steigerung ihrer Rüstungen zum Vorwurf gemacht wird, so können sie mit einer großen Gegenrechnung kommen. Danach kritisierte Bernstein die Aeußerungen des christlichen Zentrums, das durch seinen Redner (Spahn) von dem „Evangelium der Machtpolitik" reden und die Haager Schiedsgerichtsidee als verfehlt bezeichnen läßt. Das geht ja noch über den Nationalliberalismus hinaus. Unser Redner widerspricht auch dem von gegnerischen Rednern aufgestellten Satz, daß der vierzigjährige Friede unseren Friedenswillen genügend kennzeichne. Wir haben keinen wirklichen Frieden, wenn wir ständig weiter rüsten und alle Bestrebungen nach Rüstungsverminderung unbeachtet lassen. Die bürgerlichen Vorredner hatten sich über Wendels Schlußworte aufgehalten. Dazu erklärte Bernstein in unserem Namen, daß es uns nicht einfiele, diese Worte abschwächen zu wollen. „Dem friedliebenden Frankreich, dem Frankreich der arbeitenden Klassen, dem Frankreich, das die Ideen der Freiheit, der Freiheit der Völker aufrechterhält, gelten nach wie vor unsere vollen Sympathien. Dem beiderseitigen Friedenswunsch hat ja besonders auch die vorjährige deutsch-französische Verständigungskonferenz in Bern Ausdruck gegeben. Alle, die in unserem Sinne kämpfen, bedeuten eine immer größere Macht, gegen die die eigenen Regierungen schließlich nicht mehr anzukämpfen wagen.

Beim Titel „Botschaft in St. Petersburg" tadelte Genosse Dr. **Liebknecht**, daß in dem Fall des von der russischen Regierung prozessierten Deutschen Holzmann die deutsche Regierung nicht zu seinem Schutz eingegriffen hat. Es handelte sich um einen Mann, der infolge der schlechten Behandlung in russischen Gefängnissen in Geisteskrankheit verfallen ist.

Der Staatssekretär erklärte die Vorwürfe gegen das Auswärtige Amt für unberechtigt. Man habe von unzulässiger Behandlung in russischen Gefängnissen keine Kenntnis gehabt; dem Bruder des Holzmann sei vom Generalkonsulat in der Begnadigungssache ein Empfehlungsschreiben gegeben worden.

Genosse Dr. **Liebknecht** wandte sich noch gegen die in diesem Zusammenhange proklamierten Grundsätze, daß bei politischen Delinquenten ein offizielles Eintreten grundsätzlich nicht erfolge, und daß auch ein Eingreifen in die inneren Zustände ausländischer Staaten niemals erfolge. In beiden Beziehungen gibt es Beispiele, daß man geeignete Mittel anzuwenden wußte.

Beim Titel des „Generalkonsulats Yokohama" bringt Genosse Dr. **Liebknecht** die offene Parteinahme des Generalkonsulats in Verbindung mit dem Auswärtigen Amt im Fall Siemens-Schuckert zur Sprache. Das Auswärtige Amt und das Generalkonsulat hätten hier bei der Unterdrückung von Beweisdokumenten mitgewirkt und ihre schützende Hand über Siemens-Schuckert gehalten.

Von einem Regierungsvertreter wird erklärt, daß es sich nur um die Erteilung eines sachgemäßen Rates gehandelt habe, was von Liebknecht mit Hilfe weiterer Gegenbeweise bestritten werden konnte.

11. Reichskanzler.

(258. Sitzung vom 15. Mai 1914.)

Die Beratung des Reichskanzleretats mußte sich in diesem Jahr in Abwesenheit des Reichskanzlers vollziehen, der, durch einen Trauerfall verhindert, seinen Stellvertreter Dr. Delbrück entsandt hatte.

Die Debatte wurde vom Genossen Scheidemann durch eine wuchtige Abrechnungs- und Anklagerede eröffnet. Er ließ, fast am Ende der Reichstagssession, alle wichtigeren Ereignisse des Jahres, die Taktik und Praxis der Regierung und ihrer Organe und das Verhalten der bürgerlichen Parteien Revue passieren. Die letzte Parlamentspause ist benutzt worden, die Zabern-Angelegenheit zum Abschluß zu bringen. Man hat Elsaß-Lothringen in dem ultrareaktionären v. Dallwitz einen neuen Statthalter gegeben und fast zugleich die neuen Vorschriften über den Waffengebrauch des Militärs erlassen. Ein Reichsgesetz, wie wir es verlangt haben, würde einen solchen Erlaß ohne Zustimmung des Reichstages unmöglich machen. Unser Vertreter erhob danach Einspruch gegen die willkürliche und unrechtmäßige Anwendung der Gesetze zuungunsten der Arbeiterklasse. Für die von vielen Behörden unter den Augen des Reichskanzlers geübte Mißachtung des Vereinsgesetzes gegen über Erwachsenen und Jugendlichen brachte Scheidemann weitere treffende und empörende Beispiele. Nicht anders liegen die Dinge bei der Politischerklärung der Gewerkschaften. Ein System politischer Schikanen, in dem man willkommene bürgerliche Organisationen wie den Ostmarkenverein, Bund der Landwirte, Reichsverband, Kriegervereine, die fortgesetzt Politik treiben, ruhig gewähren läßt, — Gewerkschaften und Turnvereine erklärt man für politisch. Eine gleiche Parteilichkeit zeigt sich bei Behandlung der „Volksfürsorge". Sie wird selbst vom Staatssekretär Dr. Delbrück in amtlichen Akten als sozialdemokratisch bezeichnet, im Fall Kapp in ihren Rechten beschränkt,— daneben die Unterstützung der „Gelben" aus den Mitteln der amtlich abgestempelten öffentlich-rechtlichen Lebensversicherungsanstalten. Zum Kapitel der Behandlung der Arbeiterbewegung gehört auch die Verletzung des gesetzlichen Rechtes zum Streikpostenstehen und die Verleihung der Beamtenqualität an die Angestellten der Krankenkassen, um auch diese Leute um ihre Rechte zu bringen. Weiter die politischen Tendenzprozesse — alles Erscheinungen, die allein genügen, uns mit einem gesunden Haß gegen solche Zustände zu erfüllen. Diese Stimmung des Volkes kommt bei den Wahlen noch gar nicht genügend zum Ausdruck, die ungerechte Wahlkreiseinteilung mit ihren vielen ganz kleinen und ihren Riesenwahlkreisen verhindert das. Trotzdem setzen wir nach wie vor unsere Hoffnung nicht auf Minister, sondern auf das Volk. Mit ihm kämpfen wir weiter, denn der Kampf, der Vater aller Dinge, ist unser Element! —

Die Rede Scheidemanns veranlaßte beim Staatssekretär Dr. Delbrück, daß er sich wieder wie schon früher auf die Formel beschränkte, auf die Ausführung der Gesetze habe der Reichskanzler keinen Einfluß. Damit hielt er alle Klagen über die vielen Rechtsverletzungen für erledigt.

Unser zweiter Redner, Genosse Dr. Gradnauer, konnte dem Staatssekretär zunächst den großen Widerspruch nachweisen, daß er stets die Neutralität und Objektivität der Regierung betont, aber doch zugleich erklärt, die Sozialdemokratie müsse mit anderen Augen angesehen werden. Dieser Widerspruch zeigt sich besonders in der Behandlung der Jugendlichen und der Gewerkschaften. Bei beiden handelt es sich um die Dehnbarkeit des Begriffes „politisch". Bei der Beratung des Vereinsgesetzes hat aber gerade der jetzige Reichskanzler als damaliger Staatssekretär des Innern erklärt: „Die verbündeten Regierungen bezwecken mit der gegenwärtigen Vorlage, wie auch bereits in der Begründung bemerkt, gerade die Beseitigung aller dehnbaren und nicht durchaus gebotenen Beschränkungen, und es besteht ihr fester Wille, allen Versuchen einer kleinlichen Auslegung oder Ausführung der Vorschriften entgegenzutreten." Durch die Praxis wird das Gegenteil gezeigt. Auch in bezug auf das Streikpostenstehen hat der Staatssekretär kein Unrecht zugeben wollen, wie auch gegenüber der „Volksfürsorge". Selbst die Kunstbestrebungen der Arbeiterschaft werden, wie die Erfahrungen der Berliner „Freien Volksbühne" lehren, mit allen Mitteln polizeilicher Macht geschädigt. Bei der Sozialpolitik konstatierte unser Redner ein vollständiges Versanden. Wir wissen, daß es besonders das Unternehmertum ist, das den Stillstand der Sozialpolitik fordert, und sich dafür lebhaft für Aufhebung des Koalitionsrechts interessiert. Die Forderungen der Herabsetzung der Altersgrenze vom 70. auf das 65. Lebensjahr, bzw. der Heraufsetzung der Invaliditätsgrenze auf die Hälfte der Erwerbsunfähigkeit hätten längst erfüllt werden müssen. Es ist eine Schmach unserer Zeit, daß auch dieser Reichstag das große Problem der Arbeitslosenfürsorge nicht gefördert hat. Der Zustand unserer Regierungs- und Parteipolitik wurde von unserem Redner gekennzeichnet durch den Hinweis auf den Ruf nach einem starken Mann und einer reaktionären Sammlungspolitik, für die man die liberalen Parteien einfangen möchte. Aber wenn sich auch alle Reaktionäre zusammenfinden, wir werden unsern Mann stehen und alle unsere Grundsätze weiter vertreten. —

An diese Debatte knüpfte sich noch eine vom Staatssekretär inszenierte künstliche Entrüstung wegen Wendels Wort: „Vive la France", nach der sich der Staatssekretär eine treffende Abfertigung des Genossen Scheidemann gefallen lassen mußte.

Schließlich gelangte eine nationalliberale Resolution zur Annahme:

den Herrn Reichskanzler um Vorlegung eines Gesetzentwurfs zum Schutze des Wahlgeheimnisses gegen amtliche und private Nachforschungen über die Ausübung eines auf Gesetz beruhenden geheimen Wahlrechts zu ersuchen.

12. Rechnungshof.

Bei der Beratung der Reichshaushaltsrechnungen für 1909 rügte Genosse Noske das langsame Tempo der Rechnungsprüfungen, das letzten Endes auf die Preisgabe des wichtigen Kontrollrechts des Reichstages hinausläuft. Noske zeigte das u. a. durch die Feststellung, daß an einigen Stellen in der Marineverwaltung gegen das Etatsrecht des Reichstages wiederholt recht grob verstoßen wurde, indem Ausgaben, die in dem einen Jahr gemacht wurden, erst im nächsten Jahre verrechnet worden sind. —

Die Reichshaushaltsrechnung für 1911 gab dem Genossen Thöne Anlaß, eine darin enthaltene Mehrausgabe von 60 000 Mk., die auf mangelhafte Bauausführung eines Bahnüberganges zurückzuführen ist, fachmännisch zu kritisieren. Das Gutachten, das die Mehrzahlung begründete, war unhaltbar; unter allen Umständen hätte die Schadenersatzpflicht des Unternehmers ausgesprochen werden müssen.

13. Heeresverwaltung.

(249. bis 255. Sitzung vom 5. bis 12. Mai 1914.)

a) Generaldebatte.

Um bei den Freunden des Militarismus gleich von vornherein einen Stein im Brett zu haben, leitete der Kriegsminister die Beratung ein mit einem kurzen Bericht über die bisher erfolgte Ausführung der letzten großen Heeresvermehrung. Mit Hilfe der Milliarde wurde das Wunder vollbracht, daß „alles geklappt" hat. Die Rekrutierung hat sogar noch 38 000 Mann mehr ergeben, als man brauchte, — wohl eine kleine Ankündigung einer großen neuen Militärvorlage, durch die auch dieser Ueberschuß unter die Gewehre kommt.

Genosse Schulz hat als unser erster Redner die dankbare Aufgabe erfüllt, bei dieser Gelegenheit das ganze militaristische System, alle seine alten und neuen Erscheinungen zu kritisieren. Er schilderte, wie das deutsche Volk vor der Bewilligung der großen Heeresvorlage durch falsche Schilderungen der politischen Lage, angebliche Kriegsgefahren usw. düpiert worden ist. Der rasche Wechsel im Kriegsministerium hat daneben die Verantwortlichkeiten einem neuen Mann übertragen. Eine neue Erscheinung unseres heutigen Militärsystems ist die Politisierung des Offizierkorps. Sie äußert sich in der politischen Schriftstellerei vieler aktiven und inaktiven Generäle, deren Arbeiten meist auf gewissenlose Kriegshetze hinauslaufen. Dazu kommen politische Reden an die Reservisten, meist gegen die Sozialdemokratie gerichtet — kurzum, während man früher bemüht war, die Politik von der Armee ängstlich fernzuhalten, wird sie jetzt in die Armee hineingetragen. Die Kriegshetze geht natürlich auch von der chauvinistischen Presse, vom Alldeutschen Verband und besonders von der Rüstungsindustrie aus. Die erste „Tat" des neuen Kriegsministers war die Anpreisung seiner „Kontorleutnants", auf die aber glücklicherweise Handel und Industrie nicht reagiert haben. Der Kriegsminister hätte sich lieber zunächst, wie sein bayerischer Kollege, mit den noch immer grassierenden Soldatenmißhandlungen befassen müssen. Der Redner kam dann auf den Fall des Genossen Walter Stöcker in Köln-Deutz zu sprechen, dem der Berechtigungsschein zum Einjährigfreiwilligendienst entzogen wurde, weil man ihn seiner sozialdemokratischen Betätigung wegen für „moralisch minderwertig" erklärte. Diese, gegen alle Sozialdemokraten gerichtete anmaßende Beleidigung wies unser Redner mit gebührender Schärfe zurück und schilderte die in dem Fall zur Geltung gekommene Willkür und Ungerechtigkeit. Aehnliches zeigte sich im Fall Koeppen, der für den Geist des Offizierkorps charakteristisch ist. Schließlich wird es auf den Reichstag ankommen, ob er dem Militarismus den Triumph lassen will, den er durch die neue Vorschrift zum Waffengebrauch des Militärs zu erringen gedenkt. Es handelt sich hierbei in Wirklichkeit um einen gefährlichen Rückschritt, um die Auslieferung der bürgerlichen Freiheit an die Militärgewalt und die Unterwerfung der Zivilgewalt unter militärisches Kommando. Wie hier, hat auch der Bundesrat von den Wünschen des Reichstages, die er leider nur in Resolutionen, nicht, wie wir verlangten, im Gesetz zum Ausdruck brachte, gar keine Notiz genommen. Unsere Stellung gegen den herrschenden Militarismus zeigen wir durch Bekämpfung der ganzen heutigen Heeresorganisation. Wir wollen eine bessere Form der Landesverteidigung an die Stelle der jetzigen setzen. Wenn man deswegen die Sozialdemokraten für „moralisch minderwertig" erklärt, dann müßte man etwa ein Drittel des jetzigen stehenden Heeres den bunten Rock ausziehen lassen.

Der Kriegsminister mußte natürlich außer der Waffenvorschrift auch den Fall Stöcker zu entschuldigen suchen. Letzteren glaubte er mit falschen Zitaten aus den Verhandlungen der Stuttgarter internationalen Jugendkonferenz von 1907 begründen zu können. Seine eigene Bewertung der Kultur ging aus seinem klassischen Wort hervor: Wenn unsere Kulturfortschritte es dahin gebracht hätten, daß wir nicht mehr mit dem alten Vertrauen in den Krieg ziehen können, dann kann mir die ganze Kultur gestohlen bleiben. Dieses schöne Wort wird man sich merken müssen! —

Genosse Liebknecht konnte dem Kriegsminister nachweisen, daß er sich bei seinen Zitaten nicht an das Protokoll der Jugendkonferenz, das ganz anders lautet, gehalten hat, sondern wahrscheinlich an die Angaben von Spitzeln und Reichsverbändlern.

Unser zweiter Redner, Genosse Stücklen, ging auf die durch die letzte große Heeresvermehrung geschaffene Lage näher ein und stellte den dem Kriegsminister von den bürgerlichen Parteien gewidmeten Lobhudeleien die Tatsache gegenüber, daß unser Militäretat nebst Pensionen jetzt die Jahressumme von 1200 Millionen Mark verschlingt. Dabei sind die vorjährigen Forderungen des Reichstags noch unerfüllt geblieben. Für die Beseitigung der Soldatenmißhandlungen forderte unser Redner anstatt der vielen Worte die Tat der Entfernung aus dem Heere für alle Soldatenschinder. Den Beschönigungen dieser Mißstände stehen die hohen Selbstmordziffern gegenüber, hat doch die Zahl der Selbstmorde von 1870 bis 1911 die Höhe von 10 439 erreicht. — Danach ging Stücklen auf die Forderung der Militärverwaltung ein, ähnlich wie die Marineverwaltung ein „Pressebureau" für militärische Nachrichten zu etablieren. Die öffentliche Meinung soll von da aus beeinflußt werden, um für neue Forderungen systematisch Stimmung zu machen. Natürlich würde damit auch auf die Wahlen eingewirkt werden. Wir werden also gegen diese militärische Meinungsfabrik stimmen. In dem Bestreben, verabschiedete Offiziere in Zivilstellungen unterzubringen, hat man sich sogar u. a. an die freie Gewerkschaft „Verband der Lithographen" in Berlin gewendet. Man möge vielmehr in der Pensionierung zurückhaltender und sparsamer sein. Mit der erwähnten Inanspruchnahme freier Gewerkschaften steht freilich die Haltung im Fall Stöcker in Widerspruch. Die dabei verübte Beleidigung unserer Partei verbitten wir uns. Schließlich warf unser Redner interessante Streiflichter auf die Bevorzugung des Adels, auf die Frage der Verproviantierung im Kriegsfall und auf die Kriegshetzerei der Rüstungstreiber aller Art. Wir sind grundsätzliche Gegner des Militarismus, aber nur im Interesse des Volkes und des Reiches führen wir den Kampf, in dem wir Sieger sein werden.

Der Kriegsminister suchte seine Position im Fall Stöcker wiederholt zu stützen, freilich durch Angaben, die Genosse Liebknecht sofort als falsch und als aus einem in der „Tägl. Rundschau" getreulich abgedruckten Reichsverbands-Flugblatt herrührend nachweisen konnte.

Genosse Schöpflin führte als unser dritter Redner zunächst eine wirksame Polemik gegen einige Redner in der Debatte. Er wies die Späße des Kriegsministers energisch zurück, die er sich gegen unsere grundsätzliche Milizforderung erlaubt hatte, verwies den konservativen Redner auf einen Brief Blüchers, in dem er sich bereit erklärte, „die Fürsten wegzujagen", als historischen Beweis, daß schon andere Leute nötigenfalls gegen die Fürsten Politik machen wollten, und befaßte sich dann eingehend mit dem Thema: Soldatenmißhandlungen. Durch die Worte des Kriegsministers lassen wir uns nicht beruhigen. Er allein kann ja gar nicht einmal etwas

Wirksames tun, weil er in die Truppenführung gar nicht hineinreden darf. Wenn er aber die Mißhandlungen „verurteilt", dann mag er die vollen Konsequenzen ziehen und sein Amt niederlegen, wenn er im Reichstag die Verantwortung für die Fehler anderer nicht tragen kann oder will. —

b) Einzelberatungen.

Pressereferat. Die jetzt bestehende Einrichtung des kriegsministeriellen Pressereferats soll zu einem Pressebureau in größerem Stile ausgebaut werden. Das stieß schon in der Budgetkommission auf lebhaften Widerspruch und wurde dort abgelehnt. Im Plenum wurde unsere ablehnende Haltung (wie schon in der Generaldebatte) vom Genossen Stücklen begründet. Der Kriegsminister hat ja nicht einmal in der Kommission deutlich sagen können, was das vergrößerte Pressebureau eigentlich leisten soll. Wir befürchten auf Grund von Erfahrungen, daß die Presse so beeinflußt wird, daß sie auch die Kritik amtlicher Handlungen unterläßt. — Das Pressebureau wurde abgelehnt. —

Zum Kapitel Militärintendanturen brachte Genosse Kunert wohlbegründete Klagen darüber vor, daß die seit fünf Jahren verlangte Reform der Militärintendantur noch keinerlei Fortschritte gemacht hat. Nicht einmal die betreffende Denkschrift sei bisher erschienen. Für eine Vereinfachung, Verbilligung und bessere Organisation liegen zudem mehrere sachverständige Unterlagen vor. Da aller Erfolg in einem etwaigen Kriege nicht zum wenigsten von genügender Verpflegung der Riesenheere abhängt, verlangen wir im Interesse des Reiches und seiner Soldaten, daß hier schleunigst Durchgreifendes geschieht, vor allem fordern wir die Vorlage der von der Regierung versprochenen Denkschrift.

Genosse Schulz brachte einige Fälle des Mißbrauchs militärischer Seelsorge zur Sprache, in denen Rekruten zum Besuch des Konfirmandenunterrichts veranlaßt wurden. Dieser religiösen Proselytenmacherei stehen auf der anderen Seite erfreulicherweise Fälle gegenüber, in denen Dissidenten von dem religiösen Fahneneid und damit vom Kirchgang dispensiert wurden.

Militärjustiz. Genosse Hofrichter hob die große Zahl der Verurteilungen wegen Fahnenflucht hervor, die sich besonders bei der 16. Division bemerkbar macht und um so höher veranschlagt werden muß, als die Statistik nur diejenigen Fälle enthält, in denen die Fahnenflüchtigen abgefaßt wurden oder sich freiwillig stellten. Einen besonders großen Prozentsatz stellte die Garnison Trier. Eine leichtfertige Fahnenflucht wird nur in seltenen Fällen vorkommen, fast immer werden verzweifelte Stimmungen dazu antreiben. Unser Redner fand die Ursachen davon vor allem in Mißhandlungen und führte dafür einige Belege an. In der Trierer Garnison sind aus den Kreisen der Unteroffiziere und selbst der Offiziere mehrfach Fälle bekannt geworden, wo die Betreffenden im Mittelpunkt recht peinlicher, recht unangenehmes Aufsehen erregender Vorkommnisse standen. Durch den Ausschluß der Oeffentlichkeit kommt außerdem aus den Gerichtsverhandlungen nur sehr wenig ans Tageslicht. Die bloßen Erlasse gegen Mißhandlungen genügen natürlich nicht. Diese Dinge liegen im System. Um sie leichter zu bekämpfen, gebe man den Soldaten das Recht der Notwehr und schaffe für die Mißhandelnden Strafen, wie sie bis zum Jahre 1872 in Bayern gültig waren. Ein großer Teil der Fahnenflüchtigen landet bei der Fremdenlegion. Für Fahnenflucht im Rückfall sind ja Strafen von 5 bis 10 Jahren Zuchthaus vorgesehen. Auch diese Abschreckungstheorie nützt nichts. Das Kriegsgericht der genannten 16. Division hat im Jahre 1913 allein auf insgesamt 20 Jahre Zuchthaus erkannt. Ebenso grausam und in ihrer Wirkung verfehlt ist die

Versetzung in die zweite Soldatenklasse mit der Entziehung der Kokarde, wodurch die Betroffenen geradezu an den Pranger gestellt werden. Einen besonders schweren Fall, den des Musketiers Piestor vom 69. Infanterieregiment, zeigte unser Redner als Beispiel ungewöhnlicher Härte. Alle diese unsere Kritiken soll die Militärverwaltung durch praktische Maßnahmen, wie entsprechende Aenderung des Militärstrafgesetzbuchs, endlich zu beseitigen suchen.

Ein Vertreter des Kriegsministers suchte das von unserem Genossen Vorgebrachte abzuschwächen. Der Ausschluß der Oeffentlichkeit sei durch eine Kabinettsorder geregelt, und die Soldatenmißhandlungen hätten bereits wesentlich abgenommen.

Genosse Kunert konnte diese Antwort auf Grund einer langen Reihe neuer Tatsachen als ungenügend kennzeichnen. Das Militärstrafgesetzbuch zu ändern, kann nur vorübergehend helfen. Das volle Notwehrrecht für die Mannschaften sowie die Aufhebung der ganzen Militärjustiz streben wir deshalb an. Besonders sind ferner das militärische Beschwerderecht, das ehrengerichtliche Verfahren und der Strafvollzug überaus reformbedürftig. Die Abweisung der nach diesen Richtungen vom Reichstag gefaßten Beschlüsse wurde von unserem Redner scharf kritisiert. Ein rechtes Bild der Zustände gibt gerade die ganze militärische Kriminalstatistik, aus der der Redner die markantesten Ergebnisse anführte. Wir halten es für unsere Pflicht, diese kulturwidrigen Zustände immer wieder der Oeffentlichkeit vor Augen zu führen.

Die Frage des Militärboykotts forderte wiederum eine besonders gründliche Behandlung, die sich zunächst der Genosse Schmidt (Meißen) angelegen sein ließ. Er räumte mit dem Märchen auf, daß hierin die Zustände in Sachsen irgendwie besser seien als in Preußen und verwies auf ein Verzeichnis von über 100 Lokalen und Geschäftsinhabern, die in Sachsen dauerndes Militärverbot haben. In Wurzen wurde auch bei Konsumvereinsversammlungen das Militärverbot verhängt. Hier, wie in andern Fällen, waren keine Gründe der „Disziplin", sondern politische Gründe maßgebend. Viele Betroffene kennen gar nicht die Gründe. Zudem üben oft auch die Gendarmen Saalabtreiberei. — Genosse Keil bemerkte, daß dasselbe, was auf Sachsen auch auf Württemberg zutreffe. Der betreffende Fall eines Gesangvereins in Ludwigsburg zeigte das besonders deutlich. Schließlich wendete sich Genosse Schöpflin an den Kriegsminister, daß er die jetzige Handhabung des Militärboykotts mildere. An eine völlige Beseitigung, die wir grundsätzlich fordern, sei ja leider für den Augenblick nicht zu denken.

Genosse Zubeil nahm sich wieder besonders warm der Zivilberufsmusiker an, deren Existenz durch die Militärkapellen schwer geschädigt wird. Dazu kommt die Sonderstellung, die die Militärmusiker in der Reichsversicherungsordnung einnehmen und sie weiterhin bevorzugt. Mindestens muß zunächst einmal die sogenannte Kleinarbeit der Militärmusiker eingeschränkt werden, wie die Petition der Zivilberufsmusiker u. a. verlangt. Wir werden die Rechte der Zivilberufsmusiker demnächst in besonderen Anträgen zu wahren suchen.

Bekleidungsämter. Genosse Thöne wiederholte unsere alte Forderung, die auch durch Resolutionen, bisher vergebens, angenommen worden ist, daß bei Vergebung von Arbeiten an Privatunternehmer nur solche Unternehmer berücksichtigt werden sollen, die den Arbeitern angemessene Lohn- und Arbeitsbedingungen gewähren. Besondere Mißstände bestehen gegenüber den in der Segeltuchindustrie beschäftigten Arbeitern. Soweit Akkordlöhne gezahlt werden, zeigen sie große, unbegründete Unterschiede. Die Stundenlöhne sind besonders in der Ausrüstungsindustrie in Kassel sehr niedrig. Hier muß die Militärverwaltung die von ihr so oft betonte Sozialpolitik betätigen.

Genosse Albrecht kam auf das herrschende System der Oekonomiehandwerker eingehend zu sprechen. Seit vielen Jahren verlangt der Reichstag die Abschaffung dieses Systems. Die Zahl der Oekonomiehandwerker ist zwar inzwischen wesentlich verringert worden, aber noch immer werden Zehntausende von Arbeitern und Kleinhandwerkern durch dieses System geschädigt. Auch läßt man noch immer Bekleidungs- und Ausrüstungsstücke in Strafanstalten anfertigen. In einer Denkschrift des vorigen Kriegsministers sind alle diese Mißstände zugegeben und betont worden, daß die Arbeiten der Zivilarbeiter wesentlich sauberer und besser sind. Die Löhne in den Bekleidungsämtern sind sehr verschieden, meist recht niedrig. Die Lohnzahlung muß wöchentlich erfolgen, wie es die Marineverwaltung bereits eingeführt hat. Von fast allen Bekleidungsämtern wird berichtet, daß den Arbeitern verboten ist, sich zu organisieren. Wir verlangen, daß den Zivilarbeitern ihre bürgerlichen, durch die Gewerbeordnung gewährleisteten Rechte nicht geraubt werden. Die Arbeiterausschüsse gelten oft nur als ein Dekorationsstück. — Das beste System für alle Teile ist die Herstellung in Großbetrieben mit Zivilhandwerkern, hierbei, aber auch wenn die Arbeiten an das Kleinhandwerk oder die Heimarbeit vergeben werden, müssen den Arbeitern alle ihre Rechte und ausreichende Löhne garantiert werden.

Beim Kapitel „Ersatzmannschaften" brachte Genosse Thöne das Verlangen zum Ausdruck, die Uebungen so zu legen, daß die eingezogenen Lohnarbeiter den Sonntag außer Dienst sind, um ihre Arbeitsinteressen besser wahrnehmen zu können.

Für das „Militärbildungswesen" verlangte Genosse Schulz eine Aenderung in der Beschaffung und Ausleihung besserer Schriften und Bücher und die Schaffung bzw. Erweiterung von Mannschaftsbibliotheken. Er ging hierbei der Militärverwaltung mit speziellen Vorschlägen zur Hand, um die Soldaten nicht mit ausrangierten Schmökern aus Privatbibliotheken, sondern mit wirklich guter Literatur zu versorgen.

Rüstungswesen. Genosse Dr. Liebknecht gab im Anschluß an die Ereignisse des Vorjahres und zu deren weiterer Erläuterung ein umfassendes Bild der Zustände auf dem internationalen Rüstungsmarkt. Er zeigte die ganzen Zusammenhänge der großen Rüstungsfirmen, ihre Gruppierung und die Mittel, mit denen sie gemeinsam die Völker für ihre eigenen Interessen ausbeuten. Die deutsche Rüstungsindustrie arbeitet mit einem nominellen Kapital von 270 Millionen, in Wahrheit sind ihre Aktien eine halbe Milliarde wert. Weder im Handel noch in der Korruption beschränke sich Krupp auf Deutschland, er ist der Matador des internationalen Waffenhandels und der mit ihm liierten Firmen. So besteht ein Kartell- und Konzernverhältnis zwischen Krupp und Firmen in Oesterreich, Frankreich und Rußland. Auch der Loewekonzern breitet sich fast über die ganze Welt aus. Mit ihm wird der internationale Kriegstrust geschlossen, der ganze Erdball ist in Interessensphären zur Ausnützung des Völkermordes in Entreprise genommen. Dazu kommt das Hinüberwechseln aus der Privatindustrie zu staatlichen Stellungen, wodurch die Möglichkeit zu Schleichwegen behufs Ergatterung von Aufträgen gegeben ist. Auch die optische Kriegsindustrie ist international. Die Rüstungsinternationale ist aber nicht nur die der Produktion. Es tritt auch die Internationale des Handels, auch die mit Patenten und Konstruktionen und die Internationale des Finanzkapitals hinzu. Im Krupp-Prozeß haben die Gerichte festgestellt, daß das Brandsche Bureau ein echtes Bestechungsbureau war, das in den Jahren 1910 bis 1912 schätzungsweise 1600 durch Bestechung erlangte Geheimberichte geliefert hat. Der ganze

Krupp-Prozeß hat nicht nur an der Peripherie, wie die neuesten Polizeiskandale, sondern die beginnende Kernfäule der Militär- und Marineverwaltung gezeigt. Wenn das Kruppsche Traktiersystem jetzt abgestellt zu sein scheint, so sind doch die Beziehungen zur Presse, Zeitungskäufe usw. geblieben. — Als einen besonderen Korruptionsherd bezeichnete Liebknecht die Firma Goerz. „Geschmiert wird überall," so hat sich ein Direktor dieser Firma vor Gericht ausgesprochen. Ferner ist ein Fall bekannt, wo die Firma das Reich bei einem Auftrag von vielen tausend Fernrohren um je 150 Mk. zu überteuern versuchte. Weiter sind die Praktiken der Firma Siemens-Schuckert durch die Bestechung japanischer Offiziere an den Tag gekommen. Als unser Redner dann noch erwähnte, daß der verstorbene General v. Lindenau mit der Gunst des Kaisers einen einträglichen Handel getrieben, indem er Titel und dergleichen für Geld verkauft hat, — führte das zu einer besonders theatralischen Entrüstung der Bürgerlichen und den Regierungsvertretern. Schließlich konnte Liebknecht in einer Entgegnung auf Bemerkungen militaristischer „Arbeiterfreunde" feststellen, daß der Kampf gegen den Militarismus und gegen die herrschende Korruption auch von den englischen und französischen Arbeiterklassen geführt wird. Den vermeintlichen Schädigungen der Arbeiter durch die Bloßstellung der Rüstungsindustrie werden wir zu begegnen wissen. Wer die Tatsachen, die gegen die Rüstungsindustrie sprechen, nicht erkennen will, macht sich zum Hehler und Mitschuldigen der schamlosen Rüstungsindustrie! —

Militärwerkstätten für Waffenwesen. Genosse Büchner brachte hier die von uns gestellten Forderungen für die Besserung der betreffenden Arbeiterverhältnisse zur Sprache. Die Art der Arbeitereinstellung bedarf dringend der Aenderung. Die Probezeit von 28 Tagen wird dazu benutzt, über die Arbeiter Auskünfte einzuholen, wobei die schwarzen Listen der Polizei eine wichtige Rolle spielen. Gesinnungsschnüffelei und Terrorismus werden selbst von den Meistern geübt. Den Arbeiterausschüssen muß mehr Bewegungsfreiheit gegeben werden, man hat durch besondere Befehle u. a. das Inverbindungtreten der Ausschüsse verschiedener Betriebe verboten. Ebenso gibt die ungerechte Einteilung der aus dem Unterstützungsfonds geleisteten Zahlungen zu Beschwerden Anlaß, desgleichen harte Strafen für ganz nichtige Vergehen. Die Akkordsätze sind zum Teil so niedrig bemessen, daß der Tagelohn nicht verdient werden kann. Endlich warten die Arbeiter noch immer auf die neue Arbeitsordnung! —

Genosse Dr. Erdmann polemisierte gegen das Bestreben, die Löhne der Geschoßfabrik Siegburg durch Rücksichtnahme auf die Privatindustrie zu beschränken, was von einem Zentrumsredner befürwortet worden war.

Soweit die Beschäftigung von Privatbetrieben in Frage kommt, verlangte Genosse Haberland, daß die Militärverwaltung (besonders auch gegenüber der Rheinischen Metallwarenfabrik in Düsseldorf) bei Erfüllung der Lieferungsverträge die Ansprüche der Arbeiter schützt und Genosse Raute wandte sich gegen die Praxis, bei Beschaffung der Geschoßkörbe stets die billigsten Angebote anzunehmen und derart die Löhne zu drücken, daß sie dem ortsüblichen Lohne nicht mehr entsprechen.

Bei den Garnisonbauten forderte Genosse Hüttmann einen besonderen Schutz gegen Unfälle im Tiefbaugewerbe. Hier hat die Zahl der Arbeiter um 45 Proz. zugenommen, dagegen die Zahl der Unfälle um 100 Proz., die der schweren Unfälle um 50 Proz.

Die Forderung eines Gebäudes für das Frankfurter Generalkommando veranlaßte den Genossen Quarck, auf die eigenartige Methode

hinzuweisen, die die Militärverwaltung eingeschlagen hat, um die im vorigen Jahre abgelehnte Forderung jetzt durchzudrücken. Man drohte mit der Versetzung des Generalkommandos nach Wiesbaden, wenn die Stadt Frankfurt nicht einem Tauschgeschäft zustimmte, bei dem sie für Bauunkosten 250 000 Mk. draufzahlen mußte. Dabei ist der Bedürfnisnachweis heute ebensowenig erbracht wie im Vorjahr.

Die von der Regierung geforderten Kommandantenstellen in Karlsruhe, Darmstadt, Königstein, Dresden und Stuttgart wurden vom Reichstag gestrichen.

Der Reichstag hatte sich mit der Heeresverwaltung schließlich noch wegen Ankaufs und Verwendung des Grundstücks in Berlin, Viktoriastraße 34, auseinanderzusetzen.

c) Reichstag und Militärkabinett.

(239. und 244. Sitzung vom 23. März und 29. April 1914.)

Das Kriegsministerium hat im Jahre 1911 eine Villa auf dem Grundstück Berlin, Viktoriastraße 34 nebst großem Gartengrundstück gegen andere dem Militärfiskus gehörige Grundstücke eingetauscht. Die Villa wurde den Wünschen des Chefs des Militärkabinetts, General v. Lyncker, entsprechend umgebaut und auf dem Gartengrundstück ein großes Gebäude mit Dienstwohnungen und Amtszimmern errichtet. Man hatte also große Ausgaben ohne ja sogar gegen den Willen des Reichstags gemacht. Als man hinterher die Zustimmung des Reichstags einholen wollte, lehnte dieser die Forderung ab; damit war u. a. eine dem Bankdirektor v. Winterfeld zugesicherte Provision von 2 600 000 Mk. abgelehnt worden. Danach hat ein Schiedsgericht den Militärfiskus verurteilt, entweder an die Dresdner Bank eine Entschädigung von 3 137 483 Mk. zu zahlen oder von ihr das Grundstück Viktoriastraße 34 für 5½ Millionen Mark zu kaufen. Darauf ging dem Reichstag ein Nachtragsetat zu, der die Bewilligung von 6 Millionen Mark verlangte. — Die Budgetkommission ersah bei der Beratung dieser Vorlage aus der Feststellung des Tatbestandes, daß die Regierung den Reichstag bewußt und gewollt zu hintergehen versuchte. Es wurde ganz offen erklärt, daß, „da mehrere diesbezügliche Vorlagen vom Reichstag abgelehnt worden waren, im Ministerium der Plan entstand, das Vorhaben außeretatsmäßig durchzuführen". Der Schiedsgerichtsspruch hat schließlich alle vom Kriegsministerium erhobenen Einwände, daß es sich um keine bindenden Abmachungen handelte, zurückgewiesen. Damit war das Reich in eine sehr unangenehme und kostspielige Zwangslage versetzt. In der Budgetkommission bezeichnete der Kriegsminister die Einbringung des Nachtragsetats als Nachsuchen um Indemnität, was die Kommission wenigstens als eine Anerkennung der Budgetrechte des Reichstags entgegennahm. Es wurde beschlossen, das fragliche Grundstück bzw. den betreffenden Etatstitel vom Etat der Heeresverwaltung auf den Etat des Reichsschatzamts zu übernehmen und damit der Militärverwaltung das Verfügungsrecht über das Grundstück zu nehmen. Die Zweckbestimmung des Grundstücks wurde der Beschlußfassung des Reichstags vorbehalten. Drei Resolutionen verlangen: Die Frage der Regreßansprüche des Reichs soll näher geprüft werden, Grundstückstauschgeschäfte sollen in Zukunft etatsrechtlich wie Kaufgeschäfte behandelt werden, und endlich soll dem Reichstag baldigst ein Reichswirtschaftsgesetz vorgelegt werden.

Die Verhandlung im Plenum diente dazu, die ganze Angelegenheit noch einmal darzulegen, was in unserem Namen Genosse Stücklen als erster Redner gründlich besorgte. Er gab eine genaue Schilderung der Vorgänge,

bei denen die Heeresverwaltung eine ganz ungewöhnliche Selbstherrlichkeit zeigte. Es handelt sich um einen Vorstoß gegen das Budgetrecht des Reichstags, um den Versuch einer direkten Verletzung der Verfassung. Wir erblicken in der ganzen Einrichtung des Militärkabinetts eine militärische Nebenregierung. Die oben geschilderten Vorgänge wurden von unserem Redner einzeln kritisiert und damit bewiesen, wie notwendig es ist, daß der Reichstag sich im Sinne der Beschlüsse der Budgetkommission gegen dergleichen Eingriffe schützt.

Genosse Ledebour zeigte, wie der Reichstag nur durch Ausnutzung seines Budgetrechts wirklich etwas erreichen kann. Es handelt sich hier um einen Kampf um die Macht, in dem der Reichstag stets den kürzeren zog, weil er seine Machtbefugnisse nicht ausnutzte. Wenn wir wirklich ein konstitutionelles Leben einführen wollen, dann muß der Reichstag dafür sorgen, daß er Herr in diesen Fragen ist und die Regierung das ausführende Organ des Reichstags und damit auch des Volkes. Ledebour hob noch hervor, daß ohne Widerspruch der Beschluß der Kommission so definiert worden ist, daß das Grundstück unter keinen Umständen für das Militärkabinett verwendet werden darf. Wollte eine Majorität das dennoch zulassen, so wäre das eine Handlung wider Treu und Glauben im Reichstag.

Den Beschluß der Budgetkommission machte der Reichstag zu seinem eigenen und nahm auch die oben genannten Resolutionen an.

Nach Verlauf von vier Wochen erhielt der Reichstag einen Ergänzungsetat für die Verwaltung des Reichsheeres für das Jahr 1914, nach dem durch eine Forderung von 3 Millionen Mark, als erste Rate einer Gesamtforderung von 6 060 000 Mk., das Grundstück Viktoriastraße 34 nun doch dem Militärfiskus übertragen werden sollte. In der Besprechung dieses ungeheuerlichen Vorschlags, den der Kriegsminister gern nicht als eine politische, sondern als nüchterne Geschäftsfrage behandelt wissen wollte, erinnerte Genosse Stücklen nochmals an den ganzen Verlauf der Angelegenheit und die letzten bezüglichen Beschlüsse. Das, was die Regierung hier vorschlug, wollten die Budgetkommission und der Reichstag durch ihre früheren Beschlüsse gerade verhindern. Wenn der Reichstag zu dem Schaden, den das Reich sowieso schon hat, nicht auch noch den Spott der ganzen Welt auf sich laden will, muß er verhüten, daß das Militärkabinett seinen Willen durchsetzt.

Die Budgetkommission, an die der Nachtragsetat verwiesen wurde, blieb auf ihrem Beschluß bestehen, und der Reichstag folgte ihm und lehnte die obige Forderung in namentlicher Abstimmung mit 268 gegen 75 Stimmen ab.

14. Reichsschatzamt.

(239. Sitzung vom 23. März 1914.)

Genosse Stolle ging bei der Beratung auf die neueren Erscheinungen und Folgen der Zollpolitik ein. Es sind für dieses Jahr über 712 Millionen an Zolleinkünften weniger angesetzt als im Vorjahr, — begründet wird das durch die Ernteverhältnisse des Jahres 1911. — Einen bedeutenden Ausfall erleidet die Reichskasse durch die immer noch bestehenden Ausfuhrscheine. Diesen widmete unser Redner wieder eine eingehende Besprechung, um unsere Forderung ihrer Abschaffung zu begründen.

Beim Titel „Veteranenbeihilfe" nahm sich Genosse Dr. Südekum in unserem Namen der bedrängten Lage der Kriegsveteranen an. Er erklärte, daß sich besonders in einigen Verwaltungsbezirken eine große Härte in der Auslegung des Gesetzes bemerkbar macht. Die Berücksichtigung politischer Gesichtspunkte bei der Zusprechung der Veteranenbeihilfe spielt noch

immer eine Rolle. Den Kranken und Bettlägerigen ist mit der bisherigen Unterstützung nicht gedient, für sie muß besser gesorgt werden, eventuell durch Gewährung von Krankenpflege und Krankenhilfe in natura. Das mag dann der erste Schritt dazu sein, auch den Invaliden der Arbeit, die überhaupt besser versorgt werden müssen, eine solche Hilfe zuzuwenden. —

Folgende Resolution der Budgetkommission wurde vom Reichstag einstimmig angenommen:

„Die verbündeten Regierungen zu ersuchen, tunlichst bald eine Novelle zu dem Gesetz betreffend die Gewährung von Beihilfen an Kriegsteilnehmer vorzulegen, welche die Anwartschaft auf die Veteranenbeihilfe auch für Nichtkombattanten begründet, die in den Kriegsjahren die feindliche Grenze überschritten haben oder im eigenen oder begründeten Lande auf dem Kriegsschauplatz verwendet worden sind."

15. Allgemeine Finanzverwaltung.

(260. Sitzung vom 16. Mai 1914.)

Hierbei wurde von nationalliberaler Seite über die Lage der Zuckerindustrie geklagt. Genosse Wurm wies die Nationalliberalen und alle, die die hohe Zuckersteuer selbst mit beschlossen haben, darauf hin, daß es darauf ankommt, den Inlandskonsum zu heben. Wie man mit der Prämienwirtschaft eine Industrie zugrunde richtet, zeigt ja auch die Spiritusindustrie. In beiden Industrien kommt es den Produzenten nur darauf an, die Preise möglichst hoch zu halten. Die kapitalistische Produktion muß vor allem Rente aus dem Boden herauswirtschaften, — die sozialistische dagegen wird aus dem Boden Nahrung fürs Volk gewinnen. — Genosse Molkenbuhr ging auf die Klagen ein, die von konservativer Seite über den Rückgang des Mühlengewerbes und die zollfreie Einfuhr von Kleie angestimmt wurde. Er erinnerte daran, daß gerade von den Müllern die Aufhebung der Einfuhrscheine gewünscht wird, wie das Getreide, das die Müller nötig gebrauchen, über die Grenze geht. Gerade wo wegen Mangels an Futtermitteln der Viehstapel zurückgeht, klagt man, daß zu viel Viehfutter eingeführt werde. Der konservative Vorstoß ist aber nichts anderes als ein Vorstoß gegen die Steigerung unseres Viehstapels und gegen die Verbilligung des Fleisches! —

III. Die dritte Lesung des Etats.

(262. und 263. Sitzung vom 19. und 20. Mai 1914.)

1. Generaldebatte.

Die bürgerlichen Parteien, die nach schleuniger Beendigung der Reichstagsarbeiten drängten, schienen kein Bedürfnis zu haben, sich noch an der Generaldebatte der dritten Lesung zu beteiligen. In unserem Namen entwarf Genosse Ledebour noch ein zusammenfassendes Bild der markantesten Ereignisse der Session und der politischen Situation, in der der Reichstag im Begriff war auseinander zu gehen. Er kennzeichnete zunächst die geschäftliche Lage des Reichstags, seine Behandlung durch die Regierung, die ihn bis zum Ende in der Ungewißheit ließ, ob sie den Reichstag zu schließen oder zu vertagen beabsichtige. Das ist um so unerhörter, als das Verhalten der Regierung aus der Annahme herrührt, sie könne den Reichstag durch Gewährung von Fahrkarten für die Ferien zu gewissen Konzessionen bewegen. Die Debatte über die sozialpolitischen Fragen haben ergeben, daß die Regierung mit Rücksicht auf das Unternehmertum zu einem Abschluß der Sozialpolitik gekommen ist. Zu derselben Zeit, da die Sozialpolitik mit Zustimmung und Hilfe der bürgerlichen Parteien ins Stocken geriet, sind dieselben Parteien vor der Militärmacht zurückgewichen. Dazu haben die Verhandlungen im preußischen Abgeordnetenhaus gezeigt, daß auch dort zunächst auf keine Fortschritte zu rechnen ist. Auch die Zentrumspartei hat dort erklären lassen, daß sie für das Reichstagswahlrecht in Preußen nicht zu haben ist. Der „Block gegen die Sozialdemokratie" ist jetzt nach Zentrumsmeinung die große Frage der Zeit. Wenn diese Blocksehnsucht auch bei den Freisinnigen ein Echo weckt, dann haben die Konservativen gewonnenes Spiel. Ledebour charakterisierte danach die letzten größeren Aktionen, die Dampfersubventionen, die Enteignung der Dualas usw. — Die letztere hat besonders gezeigt, daß der bürgerliche Glaube an die Heiligkeit des Eigentums ein Aberglaube ist. So wird unsere aufklärende Arbeit, unsere revolutionierende Tätigkeit von den Gegnern wider ihren Willen unterstützt. Wir sind Revolutionäre, weil wir als Werkzeuge der geschichtlichen Entwicklung an der Revolution unserer Zustände mitarbeiten. Man lauert darauf, Putschversuche mit Gewalt niederzuschlagen. Die Arbeiterklasse hat andere Mittel, vor allem den politischen Massenstreik, um sich Geltung zu verschaffen. Nach außen hin entspricht nicht die Gegnerschaft gegen andere Völker unserer Vaterlandsliebe, sondern das Bestreben, im Bunde mit allen Völkern für alle Welt, auch für unser Volk, volle Freiheit und Wohlfahrt zu erkämpfen.

2. Einzelberatungen.

Beim Reichsamt des Innern kam Genosse Bauer darauf zurück, daß die Bestimmungen der Reichsversicherungsordnung, die die Krankenversicherungspflicht der Hausangestellten regeln, ganz unzulänglich sind. Es ist eine Ergänzung des Gesetzes nach dieser Richtung dringend nötig. Genosse Bauer erklärte dann unsere Ablehnung der konservativen Resolution, die nur solche Familienangehörige des Arbeitgebers als versicherungspflichtig zur Krankenversicherung heranziehen will, die zum Arbeitgeber in einem festen Arbeitsverhältnis stehen. Dagegen erklärte er unsere Zustimmung zu der Resolution des Zentrums, die einen besseren Ausbau und Schutz des Koalitionsrechts will. (Beide Resolutionen wurden angenommen.)

Zum Kapitel „Reichsschulkommission" hatten wir eine Resolution eingebracht, die für den Ausbau der Reichsschulkommission im Sinne des Beschlusses vom 6. Februar dieses Jahres Etatsmittel für nächstes Jahr verlangt. Diese Resolution wurde, nach eingehender Begründung durch den Genossen Schulz, abgelehnt, dagegen einer Resolution zugestimmt, die im nächstjährigen Etat Beiträge für das Preußische Zentralinstitut für Erziehung und Unterricht vorsieht.

Beim Kapitel „Heeresverwaltung" kam Genosse Schöpflin auf seine frühere Frage zurück, ob nicht die Gefahr besteht, daß die Einstellung in die Arbeiterabteilungen auch auf Leute ausgedehnt wird, die polizeiliche und politische Strafen erlitten haben. Ferner verlangte Schöpflin Auskunft darüber, ob es richtig ist, daß der Selbstmordfall in Montigny auf schlechte Behandlung des Betreffenden durch den Hauptmann zurückzuführen war; endlich wünschte er Aufschluß über eine vom Kriegsminister vorgenommene Stenogrammkorrektur, mit der er seine Aeußerung, daß es verfassungswidrig „ist", wenn seit 1885 keine jüdischen Reserveoffiziere im Heere vorkommen, — in „scheint verfassungswidrig" geändert hat. — Diese Aenderung wurde als unwesentlich vom Kriegsminister zugegeben. Ueber die anderen beiden Fälle schweben noch Untersuchungen. — Um die Frage des Militärpressebureaus nochmals zur Abstimmung zu bringen, war ein entsprechender Antrag von nationalliberaler Seite gestellt. Dieser wurde vom Genossen Ledebour wirksam bekämpft und vom Reichstag abgelehnt.

Beim Etat der Reichsjustizverwaltung brachte Genosse Thiele einige Fälle von Rechtsverletzung gegenüber geistig Gesunden zur Sprache, die man für geisteskrank erklärte, weil sie behördlichen Organen lästig fielen. Er schilderte die reichsgesetzliche Regelung des Irrenwesens aufs neue als überaus notwendig und dringend.

Bei der Abstimmung wurde von den im Etat vorgesehenen 6 Reichsanwälten eine Stelle gestrichen, also nur das Gehalt für 5 Reichsanwälte bewilligt.

Der Etat für das Reichsschatzamt gab dem Genossen Emmel Gelegenheit, eine von ihm bei der Beratung des Wehrbeitrags in der Budgetkommission gemachte irrtümliche Angabe bezüglich der Abtei Oelenberg richtigzustellen.

Reichskolonialamt. Genosse Dr. Frank kam auf die Vorgänge zurück, durch die bei der Behandlung der Dualaangelegenheit die Rechte des Reichstags verletzt worden sind, indem man den Reichstag planmäßig von jeder direkten Information abschneiden wollte. Von einflußreicher Seite ist außerdem der Versuch gemacht worden, diejenigen Weißen, die sich der Neger annehmen, gesellschaftlich zu ächten und in Verruf erklären zu lassen. Die „Rheinisch-Westfälische Zeitung" verlangte, daß die Anwaltskammer ihren Mitgliedern verbietet, sich Andersrassigen zur Verfügung zu stellen. Und die „Leipziger Neuesten Nachrichten" machten wider alle Berufssolidarität den Vorschlag, die Regierung möge den Verkehr von Berichterstattern mit den Dualas verhindern und nötigenfalls von ihrem Ausweisungsrecht Gebrauch machen. Endlich kritisierte Dr. Frank die Verhaftung und Mißhandlung des Negers Din, der nichts anderes beabsichtigte, als die Zivilrechte und öffentlichen Rechte seiner Stammesgenossen beim Deutschen Reichstag zu wahren. Wir fordern, daß der Reichstag auch für die Negerbevölkerung Gerechtigkeit verlangt. — Genosse Davidsohn fertigte mit durchschlagenden Gründen den Staatssekretär Solf ab, der in seiner Erwiderung dem Genossen Dr. Frank einen Vorwurf daraus gemacht hatte, daß er sich zu sehr von dem „Gleichheitsstandpunkt" gegenüber den Negern habe leiten lassen. Wo die Regierung Hand in Hand mit den Missionen zu missionieren anzufangen pflegt, wird niemals von der Ungleichheit der Menschen gesprochen. Genosse Noske kam schließlich auf den Fall des Kommandeurs v. Schleinitz zurück, den die Schuld dafür trifft, daß schwere Ausschreitungen von Askaris und aufgebotenen Hilfsvölkern verübt wurden.

Beim Postetat wurde vom Genossen Zubeil eine in seiner letzten Rede unterlaufene Personenverwechselung bezüglich eines Post-Vertrauensarztes richtiggestellt. Außerdem wandte sich unser Genosse gegen den vom Staatssekretär Kraetke gemachten Versuch, durch gerichtliches Ermittelungsverfahren das Immunitäts- und das Verschwiegenheitsrecht des Abgeordneten zu verletzen. Der Versuch ist natürlich mißlungen.

Von konservativer Seite wurde der Versuch gemacht, die Ostmarkenzulage wieder herzustellen. Der Antrag wurde in namentlicher Abstimmung mit 201 gegen 131 Stimmen wiederum abgelehnt.

Beim Kapitel 85 Titel 26 der Ausgaben kam unser Antrag zur Verhandlung, der an Stelle der gescheiterten Besoldungsvorlage den Unterbeamten der Landbriefträgerklasse je 100 Mark außerordentliche Zulage gewähren wollte. Der Antrag wurde gegen unsere Stimmen abgelehnt. (Debatte hierüber siehe „Besoldungsvorlage".)

In letzter Stunde vor dem Auseinandergehen des Reichstags mußte noch eine agrarische Resolution beraten werden, die eine strengere Durchführung

des Gesetzes, die zollwidrige Verwendung von Gerste betreffend, verlangt. Der agrarische Vorstoß bezweckte, weil angeblich als Futtergerste eingeführte Gerste zu Brauzwecken verwendet wird, die zolltarifliche Differenzierung der Gerste zu beseitigen und den höheren Zollsatz für die gesamte Gerste einzuführen. Genosse Stolle, der hiergegen unseren Standpunkt wahrnahm, erinnerte daran, daß seinerzeit die Differenzierung der Gerste die Einigungsformel für den Zollwucher abgab. Die beabsichtigte weitere Verteuerung der Futtermittel bekämpfen wir aufs heftigste, weil wir das Gesamtinteresse des Volkes den agrarischen Sonderinteressen voranstellen. —

Die Abstimmung über die Resolution führte zu keinem Resultat, da sich dabei die Beschlußunfähigkeit ergab und kurz danach der Reichstag geschlossen wurde.

Der Gesamt-Reichshaushaltsetat für 1914 wurde von uns abgelehnt.

IV. Der Reichshaushaltsetat für 1914.

Nach den Beschlüssen dritter Lesung gestaltete sich der Reichshaushaltsetat folgendermaßen:

a) Ordentlicher Etat.

I. Einnahmen:

Reichspost- und Telegraphenverwaltung	Mk.	881 286 500
Reichsdruckerei	„	13 885 000
Reichseisenbahnverwaltung	„	162 246 000
Verschiedene Verwaltungseinnahmen	„	81 961 006
Allgemeine Finanzverwaltung	„	2 265 799 844
Summe	Mk.	3 405 178 350

In dem Etat der Allgemeinen Finanzverwaltung finden sich die folgenden einzelnen Einnahmeposten:

Zölle	Mk.	712 930 000
Tabaksteuer	„	10 876 000
Zigarettensteuer	„	39 202 000
Zuckersteuer	„	163 252 000
Salzsteuer	„	61 144 000
Branntweinsteuer	„	193 995 000
Essigsäureverbrauchsabgabe	„	825 000
Schaumweinsteuer	„	9 970 000
Leuchtmittelsteuer	„	15 866 000
Zündwarensteuer	„	21 035 000
Brausteuer und Uebergangsabgabe von Bier	„	128 950 000
Spielkartenstempel	„	2 082 950
Wechselstempel	„	19 100 000
Reichsstempelabgabe von:		
Wertpapieren	„	20 090 000
Gewinnanteilscheinen und Zinsbogen	„	9 800 000
Kauf- usw. Geschäften	„	20 090 000
Gesellschaftsverträgen	„	41 860 000
Lotterielosen	„	10 535 000
Frachturkunden	„	18 620 000
Personenfahrkarten	„	23 520 000
Erlaubniskarten für Kraftfahrzeuge	„	4 214 000
Vergütungen an Mitglieder von Aufsichtsräten	„	5 880 000
Schecks	„	3 136 000
Grundstücksübertragungen	„	36 260 000

Versicherungen	Mk.	14 580 000
Zuwachssteuer	„	100 000
Erbschaftssteuer	„	50 000 000
Statistische Gebühr	„	1 919 950
Ausgleichungsbeträge für Zölle und Steuern	„	33 535 559
Andere Ausgleichungsbeträge	„	18 775 228
Bankwesen	„	18 271 000
Sonstiges	„	68 173 492
Matrikularbeiträge	„	51 940 794
Wehrbeiträge	„	393 820 871

II. Ausgaben.

a) Fortdauernde Ausgaben.

Reichstag	Mk.	2 269 850
Reichskanzler und Reichskanzlei	„	324 290
Auswärtiges Amt	„	20 579 867
Reichsamt des Innern	„	107 884 374
Reichsheer	„	870 559 735
Reichsmilitärgericht	„	537 415
Marine	„	220 861 497
Reichsjustizverwaltung	„	2 805 045
Reichsschatzamt	„	47 873 893
Reichskolonialamt	„	2 971 239
Reichseisenbahnamt	„	478 690
Reichsschuld	„	249 413 808
Rechnungshof	„	1 340 058
Allgemeiner Pensionsfonds	„	145 276 920
Reichspost- und Telegraphenverwaltung	„	749 502 248
Reichsdruckerei	„	10 123 691
Reichseisenbahnverwaltung	„	114 516 860
Allgemeine Finanzverwaltung	„	121 470 535
Summe	Mk.	2 668 740 013

b) Einmalige Ausgaben.

Auswärtiges Amt	Mk.	633 800
Reichsamt des Innern	„	16 308 000
Reichspost- und Telegraphenverwaltung	„	30 287 321
Reichsdruckerei	„	437 084
Reichsheer	„	338 034 393
Marine	„	234 652 950
Reichsschatzamt	„	30 000
Reichskolonialamt	„	22 974 857
Reichsschuld	„	5 976 384
Reichseisenbahnverwaltung	„	17 517 071
Allgemeine Finanzverwaltung	„	69 586 527
Summe	Mk.	736 438 387
Hierzu Summe der fortlaufenden Ausgaben	„	2 668 740 013
Summe der Ausgaben des ordentlichen Etats	Mk.	3 405 178 350

Hierzu kommen noch die Summen des außerordentlichen Etats, die in Einnahme und Ausgabe mit 92 752 000 Mk. abschließen, so daß sich der Gesamtetat auf 3 497 930 350 Mk. beläuft.

Interpellationen.

An der Spitze unserer Interpellationen stellen wir, neben der Frage der Besetzung der Rüstungskommission, die Forderung der Reichs-Arbeitslosenversicherung. Damit sollte zugleich der Behandlung sozialpolitischer Fragen in der neuen Sitzungsperiode ein kräftiger Auftakt gegeben werden.

Von besonderer Wichtigkeit war die durch die Zabern-Interpellationen geführte Abwehr der militärischen Uebermacht. Diese Verhandlungen, die mit einem dem Reichskanzler erteilten Mißtrauensvotum endeten, führten zu einer neuen theoretischen Erörterung, ob ein solches Votum ein richtiges Mißtrauensvotum sei, oder nur die Erklärung mangelnder Uebereinstimmung mit der Regierung in gewissen Einzelfragen. Die bürgerlichen Eintagsopponenten suchten gar bald ihren vorübergehenden Mut mit der letzteren Erklärung zu entschuldigen. Jedenfalls war in diesem und ist in ähnlichen anderen Fällen der Sinn des Votums kein anderer, als er von der großen Masse der Wähler verstanden wird: Zu dieser Regierung haben wir kein Vertrauen!

I. Die sozialdemokratischen Interpellationen.

1. Die Arbeitslosenversicherung.

(183. und 184. Sitzung vom 5. und 6. Dezember 1913.)

Gleich nach Wiederzusammentritt des Reichstags wurde von unserer Fraktion eine Interpellation eingebracht, die die Arbeitslosigkeit und den Arbeitslosenschutz betraf. Sie hatte folgenden Wortlaut:

„Welche Maßregeln gedenkt der Herr Reichskanzler zu ergreifen, um den schlimmen Folgen der Arbeitslosigkeit entgegenzuwirken, die durch immer wiederkehrende wirtschaftliche Krisen verschärft werden?

Ist er insbesondere bereit, eine alle Arbeiter und Angestellte umfassende reichsgesetzliche Arbeitslosenversicherung in die Wege zu leiten, sowie zur Bekämpfung der zurzeit besonders sich geltend machenden nachteiligen Folgen der Arbeitslosigkeit geeignete Abhilfsmittel zu ergreifen?"

Mit der Begründung der Interpellation war Genosse Silberschmidt betraut worden. Er gab einen kurzen geschichtlichen Rückblick, wie die Frage der Arbeitslosenfürsorge und Arbeitslosenversicherung bisher im Reichstag behandelt worden ist. Daneben erinnerte er an die neuesten Kundgebungen der Internationalen Konferenz zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und im bayerischen Landtag zugunsten einer Arbeitslosenfürsorge. Als Ergebnis der zwanzigjährigen Besprechung der Frage stellte der Redner fest, daß, während die Stadtverwaltungen, die Landtage und der Reichstag sich über die Pflicht der Unterstützung stritten, im Schoße der Arbeiterbewegung aller Schattierungen die Frage der Arbeitslosenunterstützung zum Teil bereits ihrer praktischen Lösung entgegengeführt worden ist. Nach eingehender Schilderung der Ursachen der Arbeitslosigkeit und ihrer Wirkung besonders auch auf den allseitig beklagten Geburtenrückgang faßte der Redner unsere Forderungen dahin zusammen, daß zu verlangen ist: Schleunige Inangriffnahme öffentlicher Arbeiten, Herabsetzung der Lebensmittelzölle, Erleichterung der Einfuhr, Einführung der Reichsarbeitslosenunterstützung unter der Voraussetzung, daß die gegenwärtigen Gewerkschaftsorganisationen die Träger der Arbeitslosenunterstützung sind. Dem sogenannten Genter System stünde die Arbeiterschaft aller Kategorien freundlich gegenüber.

Der Staatssekretär Dr. Delbrück erklärte zunächst in Beantwortung der Interpellation, daß die Frage der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit zu ihrer Lösung nach Ansicht der Regierung noch nicht reif sei. Ueber den Umfang der

Arbeitslosigkeit hat sich die Regierung sonderbarerweise weder aus den Zählungen der Gewerkschaften und der Arbeitsnachweise noch aus Umfragen bei der Industrie ein genügendes Bild schaffen können. Der Minister glaubte das Bestehen einer verschärften Krisis bestreiten zu können. „Die Arbeitslosenunterstützung der Gewerkschaften" — so erklärte Herr Dr. Delbrück — „ist zweifellos eine anerkennenswerte Leistung, jedenfalls die wirksamste von allen, die bisher in dieser Beziehung getroffen worden sind," — mit dieser Anerkennung scheint er sich aber zunächst begnügen zu wollen. Nicht einmal die Frage, ob für die Städte oder für einzelne Städte in irgendeiner Form die Grundlage zu einer Zwangsversicherung zu schaffen ist, hält die Regierung für reif. Schließlich sei es ausgeschlossen, so hohe Lasten dem Lande aufzuerlegen, da Landwirtschaft, Handel, Handwerk und Industrie die Lasten der Versicherungsordnung noch nicht „verdaut" hätten. Also bis nach dieser Verdauung mögen die Arbeitslosen weiter entbehren und hungern, — das ungefähr ist das Endurteil! — Von dem Redner des Zentrums, Abg. Giebberts, wurde u. a. abgelehnt, die gewerkschaftlichen Organisationen mit der Reichsarbeitslosenversicherung zu betrauen. Der nationalliberale Redner suchte unsere Wirtschaftsordnung von der Schuld an der Arbeitslosigkeit weiß zu waschen und hatte im übrigen für ein Eingreifen des Reichs nur Ablehnung. Die konservativen Vertreter schilderten die verlangte Arbeitslosenfürsorge als eine Art Prämie auf Arbeitsscheu und forderten natürlich auch in diesem Zusammenhang „Schutz der nationalen Arbeit und Förderung der Landwirtschaft", d. h. Begünstigung der Besitzenden. — Der Genosse Brandes hielt dem Staatssekretär entgegen, wie man zu militärischen Zwecken stets bei der Hand gewesen ist, dem Volke neue Milliardenlasten aufzubürden, ohne erst die alten Lasten „verdauen" zu lassen. Die großen und ständigen Risiken der Arbeiter, die Schäden der Arbeitslosigkeit, die Aussperrungen, die oft unbegründeten Arbeiterentlassungen rückte der Redner in ein helles Licht. Dem konservativen Redner, der für eine Beschränkung der Freizügigkeit eintrat, und naiver Weise den Gewerkschaften zumutete, erst einmal ihre gesamten Fonds für Arbeitslosenunterstützung zu verausgaben, erteilte Brandes eine gründliche Lektion und wies schließlich daraauf hin, daß gerade die Reichsarbeitslosenversicherung erst zu einer umfassenden Arbeitslosenstatistik und zu einer besseren Regelung des Arbeitsnachweises führen werde. — Seitens der Regierung und der bürgerlichen Parteien blieb es also dieser wichtigen Frage gegenüber bei dem berühmten „warmen Herzen". Die Arbeiterschaft muß deshalb ihre Forderungen unermüdlich wiederholen.

2. Die Rüstungskommission.

(188. Sitzung vom 12. Dezember 1913.)

Für die in der letzten Session im Anschluß an die Krupp-Affäre eingesetzte Kommission zur Prüfung der Rüstungslieferungen hatte unsere Fraktion die Genossen Liebknecht und Noske als Mitglieder bestimmt. Während der Ferien sind dann die Regierung und interessierte Lieferantenkreise am Werke gewesen, um die Teilnahme Liebknechts an den Kommissionsverhandlungen zu hintertreiben. Es folgte ein Briefwechsel zwischen dem Reichsamt des Innern und unserem Fraktionsvorstand, worin das Ansinnen an die Fraktion gestellt wurde, an Stelle Liebknechts ein anderes Fraktionsmitglied als Kommissionsmitglied zu nominieren. Daneben erklärte sich das Reichsamt des Innern bereit, Liebknecht „als Sachverständigen" in der Kommission zu vernehmen. Diese Zumutungen hatte der Fraktionsvorstand bereits brieflich zurückgewiesen und auf der Einberufung Liebknechts als Mitglied der Kommission bestanden. Wenngleich sich die Fraktion mit diesem

Vorgehen auf dem Wege schriftlicher Abstimmung bereits einverstanden erklärt hatte, hielt es der Vorstand doch für nötig, hierüber und über die weiteren Schritte noch vor dem Wiederzusammentritt des Reichstags eine mündliche Aussprache der Fraktion herbeizuführen. Zu diesem Zwecke fand am 13. November 1913 in Berlin eine außerordentliche Fraktionssitzung statt. In dieser wurde beschlossen, das Vorgehen des Vorstandes zu billigen, — Liebknecht zu empfehlen, die Vernehmung als „Sachverständiger" abzulehnen, — Noske nahezulegen, unter vorliegenden Umständen seine Teilnahme an den Kommissionsberatungen mit entsprechender Begründung gleichfalls abzulehnen, und endlich: sofort nach Zusammentritt des Reichstags eine den Fall behandelnde Interpellation einzubringen.

Diese Interpellation lautete:

„Weshalb ist entgegen der Zusicherung des Herrn Staatssekretärs des Innern in der Sitzung des Reichstags vom 23. April 1913, daß von dem Herrn Reichskanzler die Wünsche der Parteien bei Besetzung der Kommission zur Prüfung der Rüstungslieferungen Berücksichtigung finden sollen, der von der sozialdemokratischen Fraktion bestimmte Abgeordnete Dr. Liebknecht nicht als Mitglied in die Kommission berufen worden?"

In der Begründung der Interpellation wies Genosse Ledebour auf die Vorgeschichte des Falles hin. Eine Resolution des Reichstages hatte die Berufung der Prüfungskommission verlangt, zu der „vom Reichstag zu wählende Mitglieder des Reichstags und Sachverständige zuzuziehen sind". Dagegen, daß der Reichstag seine Teilnehmer wählt, hatte die Regierung zwar später Einspruch erhoben, sich aber bereit erklärt, eine entsprechende Anzahl von Reichstagsmitgliedern zu berufen, „wobei die Wünsche der Parteien Berücksichtigung finden sollen". Während die Regierung bei den anderen Parteien hiernach verfuhr, hat sie auf Grund ihrer eigenen Erwägungen zwei unserer Fraktionsmitglieder (Noske und Dr. Südekum) aufgefordert, in die Kommission einzutreten. Dem entgegen hatte die Fraktion gewünscht, daß Liebknecht neben Noske in der Kommission mitarbeiten solle, weil gerade er das Hauptverdienst an der Enthüllung gewisser Korruptionserscheinungen hat. Das, was man von gegnerischer Seite Liebknecht zum Vorwurf macht, so erklärte Ledebour, macht ihn zum Kommissionsmitglied gerade geeignet, nämlich, daß er „eine prononcierte Stellung in der Oeffentlichkeit zu der Sache eingenommen" hat. Endlich gehe man damit krebsen, daß Liebknecht — nicht wegen Landesverrats, wie die „Deutsche Tageszeitung" schwindelte —, sondern wegen „Vorbereitung eines hochverräterischen Unternehmens" zu Festungshaft verurteilt worden ist, also zu einer Strafe, die auch den Duellanten zuteil wird. Endlich wies unser Redner darauf hin, daß es sich bei der ganzen Frage nicht nur um ein Recht der Sozialdemokraten handelt, sondern darum, ein Recht des ganzen Reichstages zu wahren. — Staatssekretär Dr. Delbrück konnte als Beantwortung der Interpellation nur die irrigen Gesichtspunkte wiederholen, die er bereits in dem oben erwähnten Briefwechsel und im Reichstag zum besten gab, — das vermeintliche Vorrecht der Regierung gegenüber den Rechtsansprüchen des Reichstags. Diese Rechte des Reichstags wurden dann von den bürgerlichen Rednern leichter Hand preisgegeben und das Vorgehen der Regierung gebilligt. — Zur Endabrechnung mit den vorangegangenen gegnerischen Rednern, die sich genötigt sahen, die ganze Krupp-Affäre nochmals aufzurollen, nahm noch Genosse Noske das Wort. Er wiederholte die früher gerade auch von den Bürgerlichen getanen Aeußerungen des Mißtrauens in bezug auf die Rüstungslieferungen und zeigte, wie wenig die Regierung dieser einmütigen Meinung Rechnung trägt. So wenig es sich für uns um die Person Liebknechts

handelt, so sehr um eine Ehrenfrage der Fraktion und um eine Rechtsfrage des Reichstags. Neben den Ergebnissen des Krupp-Skandals wies Noske noch auf andere Korruptionserscheinungen in der Militärverwaltung (Ankauf des Truppenübungsplatzes bei Zossen usw.) hin. Dabei hat die Regierung gerade wieder in diese Kommission Leute berufen, die an Geschäften mit dem Reiche lebhaft interessiert oder wenigstens sonst enragierte Vertreter kapitalistischer Interessen sind. Alle diese Maßnahmen wurden jetzt von den bürgerlichen Parteien rückhaltlos verteidigt.

Diese siebenmal gesiebte Kommission ist inzwischen an die „Arbeit" gegangen, ohne daß bei der Mohrenwäsche bisher Nennenswertes herausgekommen ist.

3. Wahlrecht für Mecklenburg.

(245. Sitzung vom 30. April 1914.)

Zur Erringung eines vernünftigen Wahlrechts zur Volksvertretung in Mecklenburg brachte unsere Fraktion folgende Interpellation ein:

„Ist der Herr Reichskanzler bereit, dem Reichstag einen Verfassungsentwurf für die mecklenburgischen Großherzogtümer vorzulegen, in dem für die Wahlen zur Volksvertretung das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht vorgesehen ist?"

Die Interpellation wurde vom Genossen Dr. Herzfeld ausführlich begründet. Er wies besonders darauf hin, daß es in Mecklenburg eigentliche politische Rechte von Staatsbürgern überhaupt nicht gibt, sondern nur politische Rechte von Grund und Boden. Die Stände haben in ihrem langen Streit mit dem Großherzog alle Verfassungsentwürfe abgelehnt und schließlich alles beseitigt, was ihn auf absehbare Zeit veranlassen könnte, neue Verfassungsverhandlungen einzuleiten. So bleibe ein Reichsgesetz als einziger Weg, geordnete Zustände in Mecklenburg zu schaffen, auch ohne den föderativen Charakter des Reiches zu verletzen. Dazu fordern wir nicht nur, wie die Liberalen, ein „Wahlgesetz auf Grund von Wahlen der Bevölkerung", sondern ein Verfassungsgesetz auf Grund des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts. Die Regierung ließ nur kurz erklären, daß sie nach wie vor ablehnt, der in der Interpellation gegebenen Anregung zu folgen. Darin wurde der Regierungsvertreter von den Rednern des Zentrums und der Konservativen ausdrücklich unterstützt, von den Liberalen wurde wenigstens im Prinzip die Notwendigkeit eines Reichsgesetzes zugegeben, aber das Reichstagswahlrecht abgelehnt.

(Die Zabern-Interpellation siehe unter „Die Zabern-Affäre".)

II. Die bürgerlichen Interpellationen.

1. Die Hinausschiebung des Inkrafttretens der Bestimmungen über die Krankenversicherung in der Reichsversicherungsordnung.

(184. Sitzung vom 6. Dezember 1913.)

Zur Begründung dieser von den Konservativen eingebrachten Interpellation erklärte der konservative Redner, daß die ärztliche Versorgung der Landkrankenkassen, wenn diese am 1. Januar 1914 ins Leben treten sollen, noch in keiner Weise sichergestellt sei. Schließlich gab der Redner aber offen zu, daß die durch Hinausschiebung des Inkrafttretens gewonnene Frist zu einer Aenderung des Gesetzes im konservativen Sinne benutzt werden müsse. — Vom Regierungstisch wurden die Interpellanten darüber belehrt, daß für die rechtzeitige Durchführung der Krankenversicherung nicht die Reichsleitung, sondern die Landeszentralbehörden zu sorgen haben. Das zu tun, hätten

sie 1½ Jahre Zeit gehabt, und es sei auch von keiner der Verbündeten Regierungen von Schwierigkeiten in der Durchführung berichtet worden. — In der Besprechung der Interpellation erklärte Genosse Giebel, daß wir zwar auch eine ganze Reihe Wünsche für Aenderung der Reichsversicherungsordnung hätten, aber diesem Ausnahmewunsch nicht zustimmen. Das Gesetz sei gewiß nicht überhastet geschaffen worden, es sei auch nicht dafür verantwortlich zu machen, daß die Behörden, die Landräte usw. nicht imstande gewesen sind, die Arztfrage rechtzeitig zu lösen. Unter eingehender Schilderung der Dienstverhältnisse auf dem Lande kam unser Redner zu dem Schluß, daß danach auch diese Interpellation den Konservativen kein Zeugnis für ihre oft gerühmte Landarbeiterfreundlichkeit ausstellt.

2. Das Offiziersduell in Metz.

(235. Sitzung vom 13. März 1914.)

Am 26. Februar 1914 wurde in Metz der von seinem Kameraden La Valette Saint George beleidigte Leutnant Haage von ersterem im Duell erschossen. Dieser Vorgang hatte das Zentrum zu einer wiederholten Interpellation veranlaßt, die lautete:

„Ist dem Herrn Reichskanzler bekannt,

daß es zwischen dem Leutnant La Valette Saint George vom 98. Infanterie-Regiment in Metz und dem von ihm in seiner Familienehre schwer gekränkten Leutnant Haage vom selben Regiment zu einer Herausforderung zum Zweikampf gekommen ist unter Bedingungen, welche auf die Tötung des Gegners abzielten;

daß der zuständige Ehrenrat auf diese Herausforderung zum Zweikampf entschieden hat, er sei außerstande, einen Ausgleich vorzuschlagen;

daß dieser Entscheidung des Ehrenrats gemäß der Zweikampf am 26. Februar dieses Jahres in der Nähe von Metz stattgefunden hat und daß hierbei der beleidigte Leutnant Haage von dem Leutnant La Valette Saint George erschossen worden ist?

Hält der Herr Reichskanzler die Behandlung des Falles durch den Ehrenrat mit Gesetz und Recht für vereinbar?

Welche Maßnahmen gedenkt der Herr Reichskanzler zu ergreifen, um dem Zweikampf im Heer wirksam entgegenzutreten?"

Die Interpellation wurde vom Abg. Gröber begründet und vom Kriegsminister nach dem sattsam bekannten Schema beantwortet, nämlich: ein formaler Duellzwang bestehe im Heere nicht, die Ehrengerichte täten das ihrige, um Duelle zu verhindern, die Zahl der Duelle sei gesunken, im übrigen gelten die Bestimmungen der verschiedenen Kabinettsorders. — Genosse Haase stellte diesen Vertuschungsversuchen die Tatsachen gegenüber, daß die Duellfreunde und der Kriegsminister zwar ständig ein platonisches Bekenntnis zum Gesetz und zur Rechtsordnung ablegen, in der Praxis aber für die Offiziere das Recht und sogar die Pflicht zur Ungesetzlichkeit proklamieren. Man geht um die Sache herum, wenn man, statt die Duellunsitte auszurotten, eine Verschärfung der Beleidigungsstrafen befürwortet. Wir verlangen, daß der oberste Kriegsherr dem Gesetze Achtung verschafft, das Duell unbedingt verbietet und die widerstrebenden Elemente aus dem Offizierkorps entfernt. Endlich kann man nur im Kampf gegen den Militarismus auch dem Duellunfug ernstlich zu Leibe gehen. Vor diesem Kampf weicht aber, wie auch Zabern gelehrt hat, das Bürgertum feige zurück. — Die Konservativen erklärten sich von der Antwort des Kriegsministers höchst befriedigt, und die Liberalen blieben mit

ihren Einwendungen auch hier auf halbem Wege stehen. Vom Genossen Wendel wurde das noch besonders hervorgehoben und kritisiert. Der Duellterrorismus, sagte Wendel, wird, wie er jetzt ausgeübt wird, zur bewußten Verfassungsverletzung durch die Behörden. Es ist die frevelhafteste Gesetzesverachtung durch Leute, die sich den Arbeitern gegenüber für die berufenen Hüter der Gesetze halten. — Als von einem konservativen Redner auf das Lassallesche Duell hingewiesen wurde, erklärte Haase noch, daß wir das Duell Lassalles niemals gerechtfertigt haben. —

III. Die Zabern-Affäre.

(177., 181., 182., 198., 199. Sitzung vom 28. November und 3. und 4. Dezember 1913 und vom 23. und 24. Januar 1914.)

Die bekannten Vorgänge, die sich im November 1913 in der kleinen Garnisonstadt Zabern abspielten, haben in ihren Folgen weit über ihren Schauplatz hinausgegriffen. Es zeigten sich anmaßende Eingriffe von einzelnen Militärpersonen in das bürgerliche Leben, vor allem aber wurde die ganze Vormacht des Militarismus gegenüber den Zivilbehörden in so drastischer Weise aufgedeckt, daß diese Zustände, ihre Verteidigung auf der einen, ihre Zurückweisung auf der anderen Seite das parlamentarische Leben der ganzen Session beherrschten. — Um die Vorgänge ganz kurz zu rekapitulieren: Der Leutnant v. Forstner hatte sich herausgenommen, in der Instruktionsstunde den Rekruten zu sagen, daß, wenn sie von einem „Wackes" angegriffen werden, sie ihn niederschlagen müssen. Er hatte für solchen Fall eine Prämie von 10 Mark ausgelobt, und ein Unteroffizier hatte sich bereit erklärt, weitere 3 Mark zu geben. Das Schimpfwort „Wackes", trotzdem es durch Regimentsbefehl verboten war, wurde auch anderweitig von ebendemselben Offizier wiederholt in beschimpfender Weise benutzt. Dazu kam eine beschimpfende Aeußerung über die französische Fahne. — Als die Zaberner Bevölkerung, durch diese Dinge beunruhigt, sich empört gegen die Beschimpfungen wandte, ging das Militär unter Führung von Offizieren zur Verfolgung und Verhaftung von Zivilpersonen über. Bei der Räumung des Schloßplatzes wurden etwa 30 Personen, darunter viele ganz Unbeteiligte, Staatsanwälte, Richter usw., verhaftet und in den sogenannten Pandurenkeller gesperrt. Der Oberst v. Reuter, der sich ganz die Befugnisse der Zivilbehörden angeeignet hatte, ließ in der Kaserne alle Vorbereitungen treffen, die einem Belagerungszustand verblüffend ähnlich sahen. Beschwerden gegen diese Zustände versagten. Weder der Leutnant noch sein Oberst wurden von ihrem Dienstort entfernt. Die Rechte der Zivilverwaltung wurden preisgegeben, die Garnison aus Zabern entfernt, und schließlich führten alle diese Ereignisse zu einem Wechsel in den elsaß-lothringischen Regierungsstellen. Die Ernennung des preußischen Polizeiministers v. Dallwitz besiegelte den Triumph der militärischen Uebermacht über die in ihren Rechten beschränkte Zivilverwaltung. — Als zunächst nur die ersten „Taten" des Leutnants v. Forstner bekannt waren, richtete die elsaß-lothringische Reichstagsfraktion eine kurze Anfrage an die Regierung, was sie zu tun gedenke, „um die elsaß-lothringischen Soldaten vor solchen Insulten und die Bevölkerung Elsaß-Lothringens vor derartigen Herausforderungen zu schützen". (177. Sitzung vom 28. November 1913.) Die Regierung ließ durch den Kriegsminister die Antwort geben, daß die Vorkommnisse keine Beleidigung oder Herausforderung bedeutet hätten, daß der betreffende Leutnant nicht hätte vermuten können, seine Aeußerungen würden in die Oeffentlichkeit dringen, und daß endlich die Untersuchung erst näheres ergeben könne.

— Zu derselben Zeit, da diese Erklärung abgegeben wurde, spielten sich in Zabern bereits die weiteren Ereignisse ab. Unsere Fraktion hatte inzwischen folgende Interpellation eingebracht, der sich ähnliche Interpellationen der Freisinnigen und der Elsaß-Lothringer anschlossen:

„Was gedenkt der Herr Reichskanzler gegenüber dem Verhalten des Leutnants in der Garnison Zabern zu tun, der die elsaß-lothringische Bevölkerung schwer beleidigt und ferner Aeußerungen getan hat, die geeignet sind, unsere Beziehungen zu Frankreich zu beeinträchtigen?"

Bei der Verhandlung dieser Interpellation (181. und 182. Sitzung vom 3. und 4. Dezember 1913) hatte in unserem Auftrag Genosse Peirotes die Aufgabe, nach einer eingehenden Schilderung der Zaberner Ereignisse deren Nutzanwendung speziell auf die elsaß-lothringischen Verhältnisse, dann aber besonders auf das Vorherrschen der militaristischen Gewaltpolitik zu zeigen. Er tat das in landes- und sachkundiger Weise, kritisierte die Entschuldigungsrede des Kriegsministers gelegentlich der obigen Anfrage und kennzeichnete das Säbelregiment des Militarismus als eine flagrante Gesetzesverletzung. Die Wirkung dieser Säbeldiktatur zeigte er deutlich an dem Wort des früheren Reichskanzlers Fürsten Hohenlohe: „Man will in Elsaß-Lothringen die Bevölkerung zur Verzweiflung treiben, man will Aufstände provozieren, um diese Aufstände dann blutig niederwerfen zu können." Man sprach früher, so erklärte Peirotes, bei uns im Lande immer von einer militärischen Nebenregierung. Heute kann man von einer Nebenregierung nicht mehr reden, heute ist das Militär die Regierung! —

Unter den Antworten, die vom Regierungstisch erfolgten, war die Rede des Reichskanzlers diktiert von demütiger Ergebung ins unabänderliche Schicksal. Dieses Schicksal ist für den obersten Leiter der Reichsgeschäfte die noch höhere Gewalt des Militarismus. So schloß er denn auch seine Rede mit der zweideutigen Bemerkung: Die Autorität der öffentlichen Gewalten und die Autorität der Gesetze muß gleichmäßig geschützt werden. — Der Vertreter der Militärgewalt, dem sichtlich der Rücken in Donaueschingen gestärkt worden war, trat ungleich undiplomatischer, d. h. rücksichtsloser auf. Nach ihm waren die Forderungen nach Rechtsschutz nur „von lärmenden Tumultuanten und hetzerischen Preßorganen" aufgestellt. Weiter: „Es handelt sich um den ausgesprochenen Versuch, durch Pressetreibereien, durch Aufläufe, durch systematische Beschimpfungen von Militärpersonen, ja durch deren Behinderung in ihren gewöhnlichen Dienstverrichtungen einen ungesetzlichen Einfluß auf die Entscheidung der zuständigen Behörden zu erringen." — Die unberechtigten Verhaftungen entschuldigte der Kriegsminister sogar mit der Bemerkung, daß diese besser wären, als wenn „ein Offizier womöglich in äußerster Erregung in Zabern dem Mann, der ihm ein Schimpfwort zuruft, den Degen durch den Leib stößt." Der Reichskanzler erklärte in einer zweiten Rede, er stehe „in vollem Einvernehmen mit dem Herrn Kriegsminister". Demgemäß unterließ er es auch, die Zivilbehörden gegen die Eingriffe des Militärs in Schutz zu nehmen.

Von uns und den Freisinnigen waren danach Anträge eingebracht worden, die übereinstimmend wünschten:

„Der Reichstag wolle beschließen:

die Behandlung der den Gegenstand der Interpellationen bildenden Angelegenheit durch den Herrn Reichskanzler entspricht nicht der Anschauung des Reichstags."

Unser zweiter Redner, Genosse Dr. Weill, bezeichnete treffend die vom Reichskanzler betonte „Harmonie zwischen Militär und Volk" als die Ab-

dankung des Reichskanzlers und der Zivilbehörden von der Militärdiktatur. Weiter bedeutet aber die neueste Rede des Reichskanzlers auch sein Zurückweichen vor dem Militärkabinett. Dieses und Herr v. Deimling sind siegreich geblieben. Die aggressiven Aeußerungen des Kriegsministers gegen die Presse und das Volk bezeichnete unser Redner als den Versuch, die Verantwortung abzuschieben, wo man Verantwortung zu tragen hat. Dazu die ganze Methode, mit der die Reichsregierung die Landesregierung von Elsaß-Lothringen und die Zivilbehörden glattweg preisgegeben hat. Mit derselben Geringschätzung, mit der das Militär der Zivilbevölkerung gegenübersteht, sprach der Reichskanzler von dem beantragten Mißtrauensvotum. Nebenher hat man warten müssen auf jede Aufklärung, bis die Jagdvergnügen in Donaueschingen beendet waren. Aus alledem begreifen wir, weshalb Elsaß-Lothringen auf der Erlangung der vollkommenen Autonomie besteht. Außer besseren Beziehungen zu Frankreich kann nur dadurch eine vollkommene Unabhängigkeit von Berlin erlangt werden. Für uns Sozialdemokraten ist das alles eine neue Kampfansage. Es handelt sich für uns nicht mehr nur um die Autorität des Heeres und das Selbstgefühl der Militärdiktatur, — wir haben im Reichstag die Autorität der Volksvertretung und das Ehrgefühl des Volkes zu wahren.

Aus den bürgerlichen Parteien kamen der Regierung nur die konservativen Redner zu Hilfe. Dementsprechend gelangte das obige Mißtrauensvotum in namentlicher Abstimmung mit 293 gegen 54 Stimmen, bei 4 Stimmenthaltungen, zur Annahme.

Bald danach spielten sich die verschiedenen Prozesse vor den Militärgerichten ab, und die Ereignisse, die mit der Freisprechung des Leutnants von Forstner, des Leutnants Schad und des Obersten v. Reuter endeten. Die Freigesprochenen wurden von ihrem Richter zur Freisprechung beglückwünscht, der Oberst v. Reuter mit einem Orden dekoriert, der Präsident eines Kriegsgerichts, ein General, hatte konservativen Parteimännern, dem Berliner Polizeipräsidenten v. Jagow und dem Januschauer das Urteil telegraphiert, und das Telegramm des Kronprinzen „Bravo, immer feste druff!" war bekanntgeworden. Vor allem aber hatte der Oberst v. Reuter in der Verhandlung sein Verhalten mit der Kabinettsorder vom 17. Oktober 1820 gedeckt, die ihm und allen in ähnlicher Lage angeblich das Recht gäbe, sich die Zivilgewalt anzueignen. Endlich gaben noch die Junker des preußischen Landtags zu den offenkundigen Rechtsverletzungen ihren Segen und richteten gegen den Reichstag die schnödesten Angriffe. —

Das alles veranlaßte uns, folgende Interpellation einzubringen:

„Was gedenkt der Herr Reichskanzler zu tun, um Verfassung und Recht zu schützen gegen die gesetzwidrigen Uebergriffe der Militärgewalt, wie sie durch die kriegsgerichtlichen Verhandlungen über die Vorgänge in Zabern offenbar geworden sind und die in beiden Häusern des preußischen Landtags Unterstützung gefunden haben?"

Die Fortschrittler hatten eine ähnlich lautende Interpellation eingebracht, die gemeinsam mit der unsrigen in der 198. Sitzung vom 23. Januar 1914 verhandelt wurde.

Genosse Dr. Frank, der unsere Interpellation begründete, hob zunächst hervor, daß es sich dabei für uns nicht um das Schicksal, um Bestrafung oder Belohnung von ein paar Offizieren handelt. Für uns ist die Frage eine politische, nämlich ob es vorwärts gehen soll zum Rechts- und Verfassungsstaat, oder rückwärts zum Polizei- und Militärstaat. Anzufechten war zunächst das Verhalten des Reichskanzlers. Er ließ in den Prozessen den Gerichtsherrn auf Berufung und Revision, auf alle Rechtsmittel verzichten; das war seine Verbeugung nach rechts. Als Konzession an die schwankenden Gestalten in der Mitte teilte er mit, er werde die bestrittenen Vorschriften über den Waffengebrauch des Militärs „nachprüfen" lassen. Die Urteile von Straßburg bedeuten nach der Auffassung des größten Teils des Volkes gar nichts für die Schuld oder Nichtschuld der Offiziere oder der Zivilverwaltung, sie beweisen nur die Unhaltbarkeit der Militärjustiz. Wir verlangen deshalb die Abschaffung der Militärgerichte, sonst werden ähnliche Urteile immer wiederkehren. Unser Redner schilderte dann die Entwickelung der Rechtsfrage bezüglich der Vorschriften über den Waffengebrauch des Militärs. Die hier erlebte Anwendung der Vorschriften steht mit der Verfassung in Widerspruch. Aber kein Kriegsminister und kein Kriegsherr kann die Vorschriften der Verfassung außer Kraft setzen. Schließlich unterzog Genosse Dr. Frank die Vorkommnisse nach dem Urteile, die verschiedenen Telegramme und die Attacke der Preußenbündler einer beißenden Kritik. Bei unserer Interpellation handelte es sich darum, Verfassungsrechte zu schützen, und wir erwarten dabei von den bürgerlichen Parteien keine revolutionären Taten, sondern nur, daß sie mit uns den Mut haben, Rechte anzuwenden, die wir besitzen.

Der Reichskanzler behauptete in seiner Erwiderung, daß es uns nur darauf ankäme, die Zaberner Vorfälle für unsere weitergehenden Pläne auszunutzen. Dabei benutzte er auch, um auf gewisse Kreise einzuwirken, das Wort von der „Beseitigung der Kaiserlichen Kommandogewalt", das fortan in vielen konservativen und Kriegervereinsreden eine Rolle spielte. Das einzig Sachliche, aber nicht Neue, was der Reichskanzler verkündete, war, daß nachgeprüft werden soll, „ob die Dienstanweisung von 1899 dort, wo sie für das requisitionslose Einschreiten des Militärs die Kabinettsorder von 1820 verwertet, die für diesen Fall maßgebenden Grundsätze klar und zweifelsfrei wiedergibt."

Genosse Ledebour antwortete auf die Reden des Reichskanzlers und der bürgerlichen Redner und stellte zunächst deren Grundirrtum fest, daß wir in einem Rechtsstaat lebten, der nur vorübergehend einmal eine Trübung seines Rechtsverhältnisses erfährt. Das trifft nicht zu, vielmehr werden die Urteile der Kriegsgerichte oft ebenso von dem Geist der Kameradschaft beeinflußt wie bei Zivilgerichten, wenn sie gegen streikende Arbeiter verfahren, die Kameradschaft mit dem Unternehmertum abfärbt. Der Redner gab dann eine aus der Debatte notwendig gewordene Erläuterung unserer Bestrebungen zur Schaffung eines „Volksheeres", das als Volksmiliz vor allem gleiches Recht für Offiziere und Soldaten erfordert. Die Kommandogewalt im Kriege muß bestehen, das bestreiten wir nicht. Aber das, was gegenwärtig für den Deutschen Kaiser als Kommandogewalt in Anspruch genommen wird, kommt auf die freie ungehinderte Verfügung über das Militär auch gegen das Volk hinaus, — wie es sich ungefähr v. Oldenburg mit seinem Leutnant und zehn Mann träumen ließ. — Die Reden der bürgerlichen Parteien faßte Ledebour schließlich dahin zusammen, daß sie beginnen, ihr dem Reichskanzler erteiltes Mißtrauensvotum bereits zu bereuen, und daß die Mehrheit nicht den Willen hat, einen ernsten Kampf gegen den Militarismus aufzunehmen und durchzuführen.

Auf das auch vom Zentrum, den Fortschrittlern und den Nationalliberalen gestellte Verlangen nach Abgrenzung der Befugnisse zwischen Militär- und Zivilgewalt hörte man von der Regierung kein Wort, was dazu geschehen solle. Auch am folgenden Tage, als die entsprechenden Anträge zur Beratung standen, hielt es die Regierung nicht für nötig, sich über irgendwelche praktischen Schritte zu äußern.

Es lagen vor: unser Antrag,

„den Reichskanzler zu ersuchen, einen Gesetzentwurf einzubringen, durch den — unter Aufhebung der Militärgerichtsbarkeit — die Militärpersonen des aktiven Heeres und der aktiven Marine und die übrigen in § 1 der Militärstrafgerichtsordnung für das Deutsche Reich genannten Personen der bürgerlichen Strafgerichtsbarkeit unterstellt werden,"

ferner je ein Antrag des Zentrums, der Fortschrittler und der Elsaß-Lothringer auf gesetzliche Begrenzung der Befugnisse des Militärs in polizeilichen Angelegenheiten, endlich ein nationalliberaler Antrag betreffend Nachprüfung der Dienstvorschrift über den Waffengebrauch des Militärs vom Jahre 1899.

Bei der Begründung unseres Antrags wies Genosse Haase auf das von unserer Seite zur ganzen Zabern-Affäre Gesagte hin, das unseren Antrag bereits genügend begründete. Wir haben so viel weiteres Material zu unserem Antrag, daß wir die Beratung unseres und der anderen Anträge in einer Kommission wünschten. Haase protestierte schließlich gegen das brüskierende Fernbleiben der Regierung und erinnerte damit die bürgerlichen Parteien daran, daß hier nur der entschlossene Kampf helfen kann. — Der Antrag des Zentrums und der der Nationalliberalen wurden sofort angenommen, die übrigen Anträge gelangten an eine besondere Kommission von 21 Mitgliedern, die sogenannte „Zabern-Kommission". — Das Fernbleiben der Regierung von diesen Verhandlungen veranlaßte den Reichstag, auf weitere Beratungen an diesem Tage zu verzichten und damit die im Vorsaal wartenden Regierungsvertreter nach Hause zu schicken.

Die „Zabern-Kommission" erfuhr seitens der Regierung eine ähnliche Nichtachtung. Die Regierung beteiligte sich an den Beratungen gar nicht, sondern gab nur juristische Auskünfte. Das Kriegsministerium war überhaupt nicht vertreten. Die Beratungen wurden nach einigen Sitzungen aufgegeben.

Als ein natürlich ganz unzureichendes Ergebnis der Zabern-Debatten ist die im April d. J. erschienene Abänderung der Vorschriften über Waffengebrauch des Militärs anzusehen. Abgesehen davon, daß diese wichtige Frage nicht anders als auf gesetzlichem statt auf dem Verordnungswege gelöst werden durfte, kommt der Gralß auf kaum mehr als eine redaktionelle Aenderung heraus, mit der sich zwar, wie geschehen, die bürgerlichen Parteien, aber niemals die Sozialdemokraten zufrieden geben können!

Kurze Anfragen.

Die kurzen Anfragen wurden auch in diesem Jahr so oft als nötig benutzt, über aktuelle Fragen und gewisse Tagesereignisse die Meinung und die Absichten der Regierung festzustellen. Wenn auch an die meist bureaukratisch trocken oder gar von oben herab erteilten Bescheide sich direkt eine Debatte nicht anknüpfen kann, so bieten die Antworten doch zuweilen den Anlaß zu weiteren politischen Schritten.

Genosse Bock richtete an die Regierung die Anfrage:

„Ist die die Waffenindustrie stark beunruhigende Nachricht richtig, daß die verbündeten Regierungen gesetzgeberische Vorschläge zu machen beabsichtigen, die auf eine Einschränkung des Handels mit Waffen abzielen?"

Hierauf ließ die Regierung erklären, daß sie die gesetzliche Verhütung mißbräuchlicher Benutzung von Schußwaffen in Erwägung gezogen habe. Sie wolle dabei aber jede Schädigung des legalen Waffenhandels und der

deutschen Waffenindustrie zu vermeiden suchen und vor Einbringung einer Vorlage eine nochmalige Anhörung der interessierten Kreise erfolgen lassen. (177. Sitzung vom 28. November 1913.)

Genosse Dr. Herzfeld fragte:

„Ist es richtig, daß das Reichsamt des Innern eine Untersuchung über die Beziehungen des englisch-amerikanischen Tabaktrustes zur deutschen Zigarettenindustrie in die Wege zu leiten beschlossen hat?

Wird der Herr Reichskanzler die Untersuchung unter Hinzuziehung von Vertretern der Fraktionen des Reichstags vornehmen?"

Der erste Teil der Anfrage wurde von der Regierung bejaht und erklärt, daß in gleicher Weise wie bei den Kartellverhandlungen in den Jahren 1903 bis 1905, bei der Bankenquete und bei der Fleischenquete Mitgliedern des Reichstags Gelegenheit geboten werden wird, den Erörterungen beizuwohnen. (177. Sitzung vom 28. November 1913.)

Genosse Göhre verlangte Auskunft, wann und in welcher Gestalt die in Aussicht genommene Sachverständigen-Kommission für Wohnungsreform in Tätigkeit treten wird. Er erhielt als Antwort die Zusage, daß die Einberufung einer Sachverständigen-Kommission zur Untersuchung der Verhältnisse auf dem Gebiete des städtischen Immobiliarkredits für den Anfang des nächsten Jahres erfolgen soll. Außer sachverständigen Vertretern der Wissenschaft und der Praxis sollen auch Mitglieder des Reichstags an der Kommission teilnehmen. (177. Sitzung vom 28. November 1913.)

Eine Anfrage des Genossen Dr. Quarck:

„Ist es richtig, daß der Herr Reichskanzler und die ihm nachgeordneten Aemter bereits seit längerer Zeit mit den Organisationen der Unternehmer der verschiedensten Gewerbegruppen über die Erneuerung der Handelsverträge verhandeln, und weshalb werden, falls dies richtig ist, zu diesen Verhandlungen von der Reichsregierung nicht gleichzeitig auch die Berufsorganisationen der Arbeiter zugezogen?"

wurde ihrem Hauptinhalt nach verneinend beantwortet, aber dann zugegeben, daß vom Statistischen Amt Produktionserhebungen vorgenommen würden, wobei den einzelnen Firmen bei Beantwortung der statistischen Fragebogen Gelegenheit geboten wird, Wünsche in bezug auf den Zolltarif und die Handelsverträge auszusprechen. Auf die Frage nach Hinzuziehung der Arbeiter-Berufsorganisationen schwieg sich die Regierung bezeichnenderweise aus. (180. Sitzung vom 2. Dezember 1913.)

Durch den Genossen Wurm ließ die Fraktion anfragen, ob der Reichskanzler bereit ist, dem Reichstag einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch den das Gesetz über die vorübergehende Zollerleichterung bei der Fleischeinfuhr vom 13. Februar 1913, das am 31. März 1914 abläuft, über diesen Termin hinaus verlängert wird. Diese Forderung ließ der Reichskanzler ohne jede Begründung und unter dem Beifall der Agrarier kurz zurückweisen. (185. Sitzung vom 9. Dezember 1913.)

Auf eine Anfrage des Genossen Hofrichter:

„Ist dem Herrn Reichskanzler bekannt, daß einem jungen Mann namens Walter Stoecker in Köln der Berechtigungsschein für den einjährig-freiwilligen Militärdienst mit der Begründung entzogen worden ist, daß sich Stoecker als Sozialdemokrat „in besonderem Maße in staatsfeindlichem Sinne agitatorisch betätigt" habe?

Ist der Herr Reichskanzler gewillt, den geschädigten Walter Stoecker wieder in den Besitz der von ihm ordnungsgemäß erworbenen Berechtigung zu bringen?"

wurde erwidert, daß die Angelegenheit noch der Prüfung im Verwaltungswege unterliegt. (192. Sitzung vom 16. Januar 1914.) Daraufhin wurde das Vorkommnis von unseren Rednern beim Militäretat gründlich erörtert.

Vom Genossen Kunert wurde angefragt, in welchem Stadium der Erwägungen und Vorbereitungen die Reform der Heeresverwaltung, insbesondere der Intendanturen, gelangt, und wann die Veröffentlichung der in Aussicht gestellten betreffenden Denkschrift zu erwarten sei. Die Beantwortung dieser Anfrage wurde für die Beratung des Militäretats in Aussicht gestellt. (204. Sitzung vom 3. Februar 1914.)

Der Genosse Schmitt (Würzburg) verlangte in einer Anfrage Abhilfe dagegen, daß Hinterbliebenen von in den Auslandgrenzbezirken wohnenden Arbeitern die Bezüge nach § 1268 Abs. II der R.-V.-O. ohne Reichszuschuß auf die Hälfte beschränkt werden. Die Regierung sagte einen Bundesratserlaß zu, wodurch solche Beschränkungen ausgeschlossen werden. (207. Sitzung vom 6. Februar 1914.)

Genosse Dr. Liebknecht brachte die zahlreichen Fälle zur Sprache, in denen ausländischen gewerblichen Arbeitern in Deutschland von der Abfertigungsstelle der deutschen Arbeiterzentrale die Erteilung von Arbeiterlegitimationskarten versagt worden ist, und fragte an:

„a) Was gedenkt der Herr Reichskanzler zu tun, um dem gekennzeichneten Zustand schleunigst abzuhelfen?

b) Ist dem Herrn Reichskanzler bekannt, welches die von den Polizeiverwaltungen erwähnten „bestehenden Bestimmungen" sind, wann und von wem sie erlassen sind, und auf welche gesetzlichen Vorschriften sie sich stützen?

c) Ist der Herr Reichskanzler bereit, diese Verfügungen dem Reichstag zur Kenntnis zu bringen?

d) Ist der Herr Reichskanzler bereit, eine Denkschrift über die bisherige Anwendung der Bestimmungen über den Arbeiterlegitimationszwang vorzulegen?"

Hierauf erfolgte lediglich die Antwort, daß diese Angelegenheit, weil fremdenpolizeilicher Natur, und weil reichsgesetzliche Bestimmungen durch sie nicht verletzt würden, der Zuständigkeit des Reiches entzogen seien. (207. Sitzung vom 6. Februar 1914.)

Vom Genossen Schulz wurde angefragt, ob es sich bei dem geplanten pädagogischen Zentralinstitut um eine Zentralstelle für Preußen oder um ein pädagogisches Zentralinstitut für das Deutsche Reich handele. Die Regierung ließ darauf erklären:

„Das in Berlin von der Königlich preußischen Unterrichtsverwaltung geplante Zentralinstitut für Erziehung und Unterricht bezweckt

1. alles auf diesem Gebiete vorhandene inländische und ausländische Material zu sammeln,
2. das Material durch ein Museum, Ausstellung, Vorträge, Kurse weiteren Kreisen zugänglich zu machen,
3. die Forschung auf diesem Gebiete zu betreiben und zu fördern, insbesondere auch durch Begründung einer Studien- und Arbeitsstätte,
4. soweit möglich auch über das ganze Gebiet den Beteiligten die erforderliche Auskunft zu erteilen.

Ist das Institut auch nach seiner Begründung als ein preußisches anzusehen, so wird seine Wirksamkeit hiernach doch an die Grenzen Preußens nicht gebunden sein."

(213. Sitzung vom 13. Februar 1914.)

Eine Anfrage des Genossen Deichmann betrifft die von Tabakarbeitern verschiedener Bezirke an den Bundesrat gerichteten Anträge auf Errichtung von Fachausschüssen, deren Befolgung noch aussteht. Der Regierungsvertreter erklärte darauf, daß die betreffenden Vorarbeiten noch nicht beendet seien, und daß sich noch nicht übersehen lasse, ob für die Hausarbeit in der Tabakindustrie die Errichtung von Fachausschüssen befürwortet werden wird. (216. Sitzung vom 17. Februar 1914.)

Der Genosse Keil stellte folgende Anfrage:

„Pressemitteilungen zufolge sind beim Trainbataillon Nr. 13 in Ludwigsburg eine größere Anzahl Mannschaften infolge Genusses gesundheitsschädlicher Wurst erkrankt. Kann der Herr Reichskanzler Auskunft geben über Ursache, Zahl und Art der Erkrankungen?"

Darauf wurde vom Regierungstisch erklärt, daß die Erkrankungen allerdings auf den Genuß von Wurst zurückzuführen seien. Die Aufsicht bei deren Herstellung sei gewissenhaft gewesen, also können gegen die Lieferanten und Aufsichtsbeamten keine Vorwürfe erhoben werden. (226. Sitzung vom 3. März 1914.)

Die in der Anilinfabrik Lichtenberg-Rummelsburg erfolgte Explosion veranlaßte den Genossen Brey zu einer Anfrage über die Ursachen der Katastrophe und die nötigen Maßregeln zum ferneren Schutz der Arbeiter und Angestellten. — Die Antwort ging dahin, daß die Ursachen noch nicht genau festgestellt seien. Sobald das geschehen, werde mit etwa notwendigen Maßregeln nicht gezögert werden. (226. Sitzung vom 3. März 1914.)

Eine Anfrage des Genossen Dr. Quarck lautete:

„Ist dem Herrn Reichskanzler bekannt, daß eine den mehrfach ausgesprochenen Wünschen des Reichstags widersprechende und einseitige Regelung der Arbeitsverhältnisse der Straßenbahner, bei der außerdem lediglich die Unternehmer, nicht aber die Angestellten zur Vorberatung zugezogen wurden, vor kurzem mit Gültigkeit vom 1. April 1914 ab für Preußen allein vorgenommen worden ist? (Vgl. Nachtrag zur Ausführungsanweisung vom 13. August 1898 zu dem Gesetz über Kleinbahnen vom 28. Juli 1892, sowie 2. Nachtrag zu den Bau- und Betriebsvorschriften für Straßenbahnen mit Maschinenbetrieb vom 26. September 1906, veröffentlicht im „Deutschen Reichsanzeiger" vom 10. Februar 1914.)

Was gedenkt der Herr Reichskanzler zu tun, um eine der einheitlichen Entwicklung der Straßenbahner im Reich entsprechende einheitliche Regelung der Dienstvorschriften für Straßenbahner herbeizuführen und die Zuziehung der Angestellten und ihrer Verbände neben derjenigen der Unternehmer für die Vorberatung solcher Vorschriften zu sichern?"

Die Regierung ließ erklären, daß die Vorschriften der Gewerbeordnung (§ 6) auf die Eisenbahnunternehmungen, zu denen auch die Straßenbahnen gehören, keine Anwendung finden. Die Regelung der Arbeitsverhältnisse der bei diesen Unternehmungen angestellten Personen sei Sache der Landesregierungen, daher steht der Reichsregierung hierauf keine Einwirkung zu. (229. Sitzung vom 6. März 1914.)

Genosse Dr. Frank wünschte Auskunft darüber, ob noch in diesem Jahre dem Reichstag der Entwurf eines Reichs-Theatergesetzes vorgelegt werden wird. Hierauf erfolgte die Mitteilung, daß die Vorbereitungen für die gesetzliche Regelung des Theaterwesens so weit vorgeschritten seien, daß der betreffende Entwurf in nächster Zeit an den Bundesrat gelangen kann. Von dessen Beratungen wird es abhängen, wann der Entwurf an den Reichstag kommt. (240. Sitzung vom 24. März 1914.)

Auf die Anfrage des Genossen Dittmann:

„I. Ist dem Herrn Reichskanzler bekannt

1. daß das Infanterie-Regiment Nr. 143 in Straßburg i. Elsaß während der letzten Wintermonate bei strenger Kälte und bei tagelang anhaltendem Regenwetter zu Felddienstübungen im Gelände bis zu ununterbrochener bis 4tägiger Dauer kommandiert worden ist, und infolge dieser Strapazen sehr viele Erkrankungen vorgekommen sind, so daß die Lazarette zeitweilig überfüllt waren;
2. daß zwei Soldaten der 2. Kompagnie durch die unausgesetzte Ueberanstrengung im Dienst in ihrer Gesundheit derart geschwächt wurden, daß sie nach kurzer Erkrankung starben;
3. daß zwei andere Soldaten derselben Kompagnie aus Verzweiflung ihrem Leben durch Erhängen bzw. Erschießen ein Ende machten?

II. Was gedenkt der Herr Reichskanzler zu tun, um derartigen Vorkommnissen vorzubeugen?"

gab der Vertreter des Kriegsministeriums folgende bezeichnende Antwort:

„Erstens: Es ist nicht richtig, daß infolge von Strapazen bei Uebungen des Infanterieregiments Nr. 143 sehr viele Erkrankungen vorgekommen sind, und daß die Lazarette infolge davon überfüllt waren.

Zweiten: Es ist nicht zutreffend, daß Soldaten der 2. Kompagnie infolge davon starben; vielmehr handelt es sich bei den beiden Todesfällen dieser Kompagnie um einen Genickstarre- und einen Unglücksfall.

Drittens: Es ist endlich nicht richtig, daß Soldaten derselben Kompagnie ihrem Leben ein Ende machten; vielmehr ist nur ein Selbstmordversuch vorgekommen, dessen Ursache in keinem Zusammenhang mit den in der Anfrage genannten Beweggründen steht.

Im übrigen wird die Beantwortung der Anfrage abgelehnt, da weder der Herr Reichskanzler noch der Reichstag in Angelegenheiten der Ausbildung der Truppe zuständig sind."

(Sehr richtig! und Bravo! rechts. — Lachen bei den Sozialdemokraten.)

Der Genosse Wendel fragte:

„Ist dem Herrn Reichskanzler bekannt, daß bei einer in Berlin veranstalteten theatralischen Aufführung des Hilfsbundes gegen die Fremdenlegionen, die in Frankreich große Mißstimmung erregt hat, aktive Angehörige des deutschen Heeres in Uniform mitgewirkt haben, und was gedenkt er zu tun, um solchen Vorkommnissen in Zukunft vorzubeugen?"

Die Regierung ließ hierauf erklären, daß sie bereits früher, entsprechend dem gleichen Verhalten der französischen Regierung, die Verwendung derartiger, zu bedauerlichen Mißverständnissen Anlaß bietenden Uniformen bei öffentlichen Aufführungen verboten habe und aus Anlaß des vorliegenden Falles aufs neue entsprechende Maßnahmen treffen werde. (252. Sitzung vom 8. Mai 1914.)

Petitionen.

Der Mittelstandsbund von Hessen-Nassau hatte in einer Petition Maßnahmen gegen das Ueberhandnehmen von Warenhäusern, Filialen, Konsumvereinen usw. verlangt, und eine zweite Petition wünschte Besteuerung der Konsumvereine und das Verbot an Lehrer und Beamte, einem Konsumverein anzugehören. Die Mehrheit der Petitionskommission beantragte, die Petitionen der Regierung als Material zu übergeben, während unsere Genossen im Plenum, wie bereits in der Kommission, den Uebergang zur Tagesordnung beantragten. Die Haltlosigkeit und Rückständigkeit der von den Petenten angeführten Gründe für ihr Verlangen wurden im Plenum von unseren Genossen Brühne, Thiele, Sachse, Feuerstein und Peus an der Hand eines reichen Gegenmaterials ausführlich dargelegt. Dabei zeigte sich u. a., wie der Reichstag sogar mit notorisch falschen Zahlen traktiert wurde, um ihn zu einem ebenso falschen Votum zu bringen. Unsere Parteigenossen vermochten dem Bestreben sogenannter Mittelstandsretterei die Nützlichkeit und Notwendigkeit des Genossenschaftswesens gegenüber zu stellen und sich dabei sogar auf die Zustimmung christlicher Gewerkschaftskongresse zu berufen. Eine mißverständlich aufgefaßte Aeußerung des Genossen Peus über die „armseligen, durch und durch abhängigen, elenden wirtschaftlichen Existenzen des sogenannten kleinen Mittelstandes" (Handwerksmeister, Bäcker- und Fleischermeister und kleine Krämer) wurden von den Gegnern später wiederholt zu Angriffen gegen das Genossenschaftswesen und gegen unsere Partei benutzt. Peus hat diese Demagogie ebensooft zurückgewiesen, und zwar in der 203. Sitzung vom 31. Januar und in der 212. Sitzung vom 12. Februar 1914. — In dieser erklärte er:

„Meine Herren, der konservative Herr Abgeordnete Siebenbürger ist, wie vor ihm schon mehrere Redner, auf eine Aeußerung zurückgekommen, die ich am 25. November v. J. getan habe. Er hat dabei meine Aeußerung in ihrem Sinne gröblich entstellt, ich will annehmen: in Unkenntnis dessen, was ich wirklich gesagt habe. Er meinte:

> Wir wollen nicht verschweigen, daß kürzlich der Herr Abgeordnete Peus noch ausdrücklich ausgesprochen hat, daß sie, die Sozialdemokraten, eine große Freude daran hätten, wenn die Mittelstandsexistenzen verschwinden. Ich kann Ihnen das gar nicht verdenken, meine Herren, das ist ja Ihr ganzes Bestreben; wenn Sie den Mittelstand ruiniert haben, dann haben Sie die Macht.

Damit hat der Herr Abgeordnete Siebenbürger mir und meiner Partei eine Gefühlsroheit unterstellt, deren ich um so weniger fähig bin, als ich, der Sohn eines Mannes, der als Tischlermeister in solcher kleinen Existenz einen langen und schweren Lebenskampf geführt hat, aus eigener Erfahrung nur zu gut weiß, welch ein sorgenvolles, nie ganz frohes Leben die von mir gemeinten, nicht mehr existenzfähigen kleinen Existenzen durchmachen müssen. Meine Aeußerung hat, im Gegensatz zu der Auslegung des Herrn Abgeordneten Siebenbürger, wie sich aus dem von mir nicht in einem Worte geänderten Stenogramm ergibt, eine ganz anderen, diesen kleinen Existenzen im Gegenteil in höchstem Grade wohlwollenden Sinn gehabt. Ich habe damals gesagt:

> Ich kann Ihnen versichern:
>
> — und damit habe ich an meine eigenen Lebenserfahrungen gedacht — es ist wirtschaftlich und sozial durchaus kein Unglück, wenn die armseligen, durch und durch abhängigen, elenden wirtschaftlichen Existenzen des sogenannten kleinen Mittelstandes verschwinden. Das sind gar keine glücklichen Existenzen; die sind bis aufs äußerste abhängig. Jedenfalls kann davon nicht gesprochen werden, daß sich das Glück des Menschen vor allem darin verwirkliche, daß man ein solcher kleiner Mittelstandsman sei. Dann müßten ja die meisten Leute von heute unglücklich sein. Die ganze kapitalistische Entwicklung führt dahin, daß wir große Organisationen bekommen. In diese Organisationen muß sich der einzelne einfügen und dadurch soziale Tugenden lernen. Und er kann stolz sein, wenn er sie zu üben imstande ist.

Aus diesen meinen Worten geht hervor: ich habe im Gegensatz zu der Darlegung des Herrn Abgeordneten Siebenbürger dem Gedanken Ausdruck gegeben, daß, wenn die kleinen Existenzen, die der wirtschaftlichen Entwicklung

gegenüber nicht mehr standhalten können, die Form ihrer wirtschaftlichen Existenz wechseln müssen, sie nicht in eine schlechtere, sondern in eine bessere, eine sorgenfreiere, auch materiell besser gestellte Situation kommen. Ich habe meiner Freude darüber Ausdruck gegeben, daß es den kleinen Leuten durch den Wechsel ihrer Existenzform nicht schlechter geht, sondern umgekehrt gerade — etwa in Beamtenstellungen oder in der Existenz von Angestellten oder gut bezahlten Arbeitern — besser geht, daß sie weniger Sorgen haben, eine sicherere und auch materiell besser gestellte Existenz finden werden.

Ich nehme an, daß der Herr Abgeordnete Siebenbürger sich in seiner Aeußerung über mich nicht auf das Stenogramm meiner Rede gestützt hat. Wer aber in Zukunft so sprechen sollte, wie heute der Herr Abgeordnete Siebenbürger, muß, nachdem ich den Sinn meiner Aeußerungen klargestellt habe, es sich gefallen lassen, als verlogener Demagoge gebrandmarkt zu werden."

Diese Richtigstellung mußten die Gegner unerwidert lassen. — Die erwähnten beiden Petitionen wurden schließlich von der Mehrheit des Reichstags dem Reichskanzler als Material überwiesen. (174. Sitzung vom 25. November 1913.)

Eine Petition des sogenannten „Schutzverbandes" verlangte dauernden Dispens von der Bäckerei-Verordnung. Zu ihrer Verteidigung und Vertretung fanden sich die konservativen und ultramontanen „Mittelstandsfreunde" mit den liberalen Verfechtern der Hausbesitzerinteressen zusammen. Von unserer Fraktion wurde die beabsichtigte Durchbrechung des Arbeiterschutzes gründlich gekennzeichnet. Der Genosse Binder konnte nachweisen, wie der „Schutzverband" nur ins Leben gerufen worden ist, um gegen die Bäckereiverordnung anzukämpfen, und wie er darin von den Gelben unterstützt wird. Genosse Dr. Quarck zeigte die Interessenverbindung zwischen Bäckermeistern und Hausbesitzern auf, und Genosse Wurm stellte die weit berechtigteren Interessen der Arbeiter und der Konsumnten wirksam in den Vordergrund. Bei den bürgerlichen Parteien schlugen diese gewichtigen Gründe nicht durch, so daß der von uns beantragte Uebergang zur Tagesordnung abgelehnt und die Petition der Regierung zur Erwägung überwiesen wurde. (174. Sitzung vom 25. November 1913.)

Eine Petition um Gewährung von Rechtsschutz und Rechtshilfe forderte die Erhöhung der für unschuldig erlittene Freiheitsstrafe gezahlten Entschädigung. Während die Mehrheit der Petitionskommission die Petition nur als Material überweisen wollte, stellte unsere Fraktion im Plenum den durch Genossen Thiele wirksam begründeten Antrag, die Petition dem Reichskanzler zur Berücksichtigung zu überweisen. Dieser Antrag wurde angenommen. (179. Sitzung v. 1. Dezember 1913.)

Eine Petition um Gewährung von Branntweinsteuerrückvergütung an Bleistiftfabriken wurde von uns durch den Genossen Dr. Südekum damit befürwortet, daß kein Grund vorliege, die im § 56 des Branntweinsteuergesetzes erwähnten Industrien anders zu behandeln als die Bleistiftindustrie. Die Petition wurde daraufhin dem Reichskanzler zur Erwägung überwiesen. (189. Sitzung vom 13. Januar 1914.)

Der Deutsche Verband für Frauenstimmrecht in Dresden petitionierte um Gewährung des aktiven und passiven Wahlrechts für Frauen. Die Mehrheit der Kommission begnügte sich damit, die Petition zur Kenntnisnahme zu empfehlen. Dem entgegen beantragten wir Ueberweisung zur Berücksichtigung. Genosse Dr. Cohn gab zur Begründung ein anschauliches Bild der wirtschaftlichen und sozialen Bedeutung der Frau. Er erklärte, wir wollen das Frauenstimmrecht nicht einräumen als ein Recht

des Besitzes, sondern weil es der Persönlichkeit der Frau, ihrer Stellung im Wirtschaftsprozeß, ihrer Stellung zur Gesellschaft überhaupt gebührt. Es sind vornehmlich soziale Gründe, die den Frauen das Recht geben, eine Beteiligung an der Gesetzgebung zu fordern. — Weder das Zentrum noch die Konservativen stimmten der Petition zu, und die Liberalen ließen ihre innerhalb der Partei voneinander abweichende Stellung mit mehr Worten als Gründen darlegen. Unser Antrag auf Berücksichtigung wurde schließlich gegen unsere Stimmen abgelehnt und der Antrag der Kommission auf Ueberweisung zur Kenntnisnahme angenommen. (189. Sitzung vom 13. Januar 1914.)

Eine Petition gegen die Verhängung des Militärboykotts über Lokale war zwar für den vorliegenden Einzelfall inzwischen durch Erledigung gegenstandslos geworden, führte aber zu einer prinzipiellen Aussprache. Der Genosse Thiele konnte namentlich darauf hinweisen, daß die Budgetkommission im Vorjahr den Beschluß gefaßt hat:

„Den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, dafür zu sorgen, daß den Soldaten der Besuch einer Räumlichkeit nicht verboten werden darf, weil der Inhaber eine bestimmte politische Ueberzeugung hat oder Angehörigen einer politischen Partei seine Räume zur Verfügung stellt, es sei denn in der Zeit, wo politische Versammlungen in dem Anwesen abgehalten werden."

Dieser Resolution hat auch das Plenum des Reichstags zugestimmt, aber das Kriegsministerium hat sich bisher noch keineswegs danach gerichtet. Der Vertreter des Kriegsministers verkündete auch hier zum soundsovielten Male das Dogma von der „disziplinschädigenden Wirkung" der vom Militärboykott betroffenen Lokale. Die Ausführungen Thieles wurden noch vom Genossen Schöpflin ergänzt, der u. a. darauf hinwies, daß jene Praxis der Militärbehörden auch gegen Polen und in Elsaß-Lothringen gegen die Nationalisten geübt wird. Der Reichstag beschloß, über die Petition zur Tagesordnung überzugehen. (189. Sitzung vom 13. Januar 1914.)

Eine Anzahl Petitionen verlangte gewisse Beschränkungen des Wandergewerbebetriebs. Diesen Versuchen der Petenten trat Genosse König entgegen. Er wies besonders darauf hin, daß die verlangte Prüfung der Bedürfnisfrage, selbst wenn sie ausführbar wäre, nur eine Schmälerung des heute bestehenden Rechts bedeute. Ebenso wendete sich unser Redner dagegen, gewisse Waren vom Hausierhandel auszuschließen und den Ausländern im Wandergewerbe neue Verpflichtungen aufzuerlegen. Auch die höhere Besteuerung der Hausierer im Verhältnis zu den stehenden Gewerbebetrieben brachte er zur Sprache. Die Petition wurde gegen unsere Stimmen dem Reichskanzler als Material überwiesen. (198. Sitzung vom 13. Januar 1914.)

Vom Deutschen Metallarbeiterverband, vom Zentralrat der Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine, vom Verein für soziale Reform und von der polnischen Berufsvereinigung wurde eine Erweiterung des Schutzes für die Hütten- und Walzwerkarbeiter verlangt. Der erste Redner unserer Fraktion, Genosse Spiegel, schilderte an der Hand einer reichen Statistik die rückständigen Arbeitsverhältnisse der Hüttenarbeiter, ihre Arbeitszeiten und Ueberstundenzahl, ihre steigenden Krankheits- und Unfallziffern und die Art der Behandlung, der sie ausgesetzt sind. Mit wirksamen Argumenten konnte unser Redner den Vertuschungsversuchen der Unternehmerpresse sowie den Beschwichtigungen seitens unserer Gegner begegnen. Den folgenden Ausführungen der konservativen und liberalen Redner konnte noch der Genosse Haberland mit erneuten Schilderungen der Arbeitsverhältnisse in der Schwereisenindustrie entgegentreten. Nach dem Antrag der Kommission wurden die Petitionen, soweit sie eine Verkürzung der Arbeitszeit, Regelung der Ueber-

stunden, Verbot der Nachtarbeit für Jugendliche, Verbot der Frauenarbeit, Verschärfung der Betriebskontrolle, größeren Gesundheitsschutz und Beseitigung der Unsicherheit der Entlohnung verlangen, dem Reichskanzler zur Berücksichtigung überwiesen; soweit die gesetzliche Regelung der Pensionskassen verlangt wird — zur Erwägung. (190. Sitzung vom 14. Januar 1914.)

Die Mitglieder der Bäckerinnung „Germania" petitionierten um Schutz gegen Boykott- und Streikausschreitungen. Die in der Petition enthaltenen scharfmacherischen Vorwürfe sollten wohl dem anderweitigen Ansturm gegen das Koalitionsrecht zu Hilfe kommen. Sie wurden vom Genossen Brey mit umfassendem Material kräftig zurückgewiesen. Unser Redner trat vielmehr gebührend für eine Erweiterung des Koalitionsrechts ein. Besonders wandte er sich gegen den Wirtschaftsterrorismus der Unternehmer, wie er u. a. gerade von den Innungen gegen die Arbeitgeber des eigenen Berufs in der schlimmsten Weise geübt wird. Als in der ferneren Diskussion die Redner des Zentrums die freien Gewerkschaften und unsere Partei für allerlei Ausschreitungen verantwortlich machen wollten, wurden sie noch vom Genossen Hoch auf die Terrorismusfälle in den eigenen Reihen des Zentrums hingewiesen. — Einige Zentrumsabgeordnete wollten die Petition als Material zur Gesetzgebung bewertet wissen, erlitten aber damit einen Reinfall. (238. Sitzung vom 21. März 1914.)

Die Grenzbewohner im Regierungsbezirk Aurich baten den Reichstag, dahin zu wirken, daß ihnen die Herübernahme der zum Verzehr im eigenen Haushalt erforderlichen Waren über die Grenze wieder gestattet wird. Die Petition wurde in unserem Namen vom Genossen Fischer-Sachsen warm befürwortet. Er schilderte lebhaft die in Frage kommenden Grenzverhältnisse und die Zollschikanen, denen die Grenzbewohner ausgesetzt sind. Die Petition wurde dann auch der Regierung zur Berücksichtigung überwiesen. (242. Sitzung vom 27. März 1914.)

Zu der in einer Reihe von Petitionen behandelten Impffrage hatte die Fraktion keine Stellung genommen, sondern das Votum den einzelnen Genossen überlassen. Der Genosse Bock vertrat in einer mit reichem Erfahrungsmaterial und vielen Gutachten ausgestatteten Rede den Standpunkt der Impfgegner. Er hob besonders hervor, daß selbst das Reichsgesundheitsamt in einer Denkschrift einen im Reichsimpfgesetz etwa enthaltenen Impfzwang bestritten habe. Im Sinne der Petitionen forderte Bock unter Hinweis auf gleichartige Zustände im Ausland die sogenannte Gewissensklausel, und endlich zur Erörterung der ganzen Frage eine paritätische Untersuchungskommission.

Diese Ausführungen wurden noch vom Genossen Thiele unterstützt, der zudem für Entschädigungen bei zugefügten Impfschäden eintrat. Der Genosse Bernstein vertrat die Meinung der Impffreunde und erklärte sich sowohl gegen die Gewissensklausel, wie gegen eine paritätische Kommission. Der Reichstag beschloß, die Petitionen, soweit sie die Einsetzung einer Kommission zur Prüfung der rechtlichen und wissenschaftlichen Grundlagen des geltenden Impfzwanges verlangen, dem Reichskanzler zur Berücksichtigung, in ihrem übrigen Inhalt zur Erwägung zu überweisen.

(243. und 244. Sitzung vom 28. und 29. April 1914.)

Gesetzentwürfe.

1. Das Postscheckgesetz.

(229. und 243. Sitzung vom 6. und 12. März 1914.)

Durch Gesetz vom 18. Mai 1908 war der Reichskanzler ermächtigt worden, das Postscheckverfahren im Wege der Verordnung einzuführen. Das ist am 1. Januar 1909 geschehen und seitdem durch weitere Verordnungen geregelt worden. Es galt nunmehr, feste gesetzliche Formen zu schaffen, die eine möglichst weite Ausdehnung des Postscheckverkehrs gewährleisteten. Eine dahin zielende Vorlage wurde bereits am 30. November 1912 im Reichstag beraten und der Budgetkommission überwiesen, die sie alsbald in zwei Sitzungen erledigte. Das Gesetz erfuhr hier dadurch besonders eine bessere Gestaltung, daß der Kreis der Beteiligten auf „Vereinigungen und Anstalten" ausgedehnt wurde, daß der Betrag der Stammeinlage von 1000 auf 50 Mk. herabgesetzt, und besonders, daß die Gebühr für Einzahlungen von 10 auf 5 Pf. ermäßigt wurde. Für den Briefverkehr der Kontoinhaber mit ihrem Scheckamt wurde der Ortstarif bestimmt. Trotzdem diese Kommissionsberatung rasch und rechtzeitig erfolgte, kam es doch erst nach mehr als einem Jahr zur zweiten Lesung des Gesetzes, zweifellos weil die Regierung der Verbilligung des Postscheckverkehrs nicht zustimmen wollte. Inzwischen waren „Verständigungsversuche" gemacht worden, die nur zum Ziel haben konnten, und schließlich auch dahin führten, die von der Kommission vorgesehenen Verbesserungen und Verbilligungen zum großen Teil wieder aufzuheben. In der zweiten Lesung des Gesetzes, zu der die Kommissionsanträge der bürgerlichen Parteien bereits vorlagen, legte der Redner unserer Fraktion, Genosse Vogtherr, den von uns stets vertretenen Standpunkt der Partei dar. Wir forderten nach wie vor für Postscheckeinzahlungen den Einheitssatz von 5 Pf., betrachten den Wegfall der Zuschlaggebühren als eine Vergünstigung allein für die großen Geschäfte und verlangen eine engere Verbindung des Postscheckverkehrs mit der Reichsbank. Die Verschlechterungsanträge der Bürgerlichen, die im Gegensatz standen zu zahlreichen kaufmännischen Korporationen, wurden in zweiter Lesung angenommen. In der dritten Beratung (234. Sitzung) wurde vom Genossen Dr. Südekum als die Voraussetzung eines entwickelungsfähigen Postscheckverkehrs die Verzinsung des Guthabens bezeichnet und nochmals auf die vielen Mängel der jetzigen Gestaltung hingewiesen. Unsere Partei hatte in der Kommission durch die Genossen Ebert, Dr. Südekum und Vogtherr geholfen, dem Postscheckgesetz eine annehmbare Form zu geben. Nach der Verschlechterung in zweiter Lesung stimmten wir gegen das Gesetz. Seine Annahme durch die bürgerlichen Parteien bedeutet ein widerstandsloses Zurückweichen vor dem Willen der Regierung, die auch den Postscheckverkehr allein ihrer Ueberschußwirtschaft dienstbar zu machen sucht, — auf Kosten der Leichtigkeit und Verbilligung des Verkehrs.

2. Subvention überseeischer Postdampfschiffsverbindungen.

(245. und 261. Sitzung vom 30. April und 18. Mai 1914.)

Der 1898/1899 mit dem Norddeutschen Lloyd geschlossene Vertrag betreffend Subvention von Postdampfschiffsverbindungen mit überseeischen Ländern läuft im September d. J. ab. Die Regierung legte daher einen neuen Gesetzentwurf vor, der die Regierung zu einem neuen Vertrage und einer Beihilfe von 1 300 000 Mk. ermächtigen will. Die gegen bisher 6 090 000 Mk. geringere Beihilfe ergibt sich daraus, daß die Linien nach Ostasien fernerhin auch ohne

Subvention unterhalten werden können, und daß auf die Postdampferlinie nach Australien verzichtet werden soll. Für die Aufrechterhaltung der Südseelinie, in die auch Samoa einbezogen werden soll, ist ein neuer Vertrag mit dem Norddeutschen Lloyd und eine Subvention von 1 300 000 Mk. vorgesehen. — Die Budgetkommission, der der Entwurf zur Beratung überwiesen war, ist in ihrer Mehrheit über die Anforderungen der Regierung hinausgegangen. Sie schlug für das Gesetz einen neuen § 3 vor, welcher die Erhaltung der australischen Linie bezweckt und besagt:

„Der Reichskanzler wird ermächtigt, die bestehende regelmäßige Postdampfschiffsverbindung mit Australien bis zum 31. März 1917 unter angemessener Beihilfe des Reichs aufrechtzuerhalten."

Bei Darlegung unseres Standpunktes zu diesem Gesetz wies Genosse Henke darauf hin, wie die Geschichte der Dampfersubventionen und deren Entwickelung in engem Zusammenhang steht mit der Geschichte des deutschen Handels, der deutschen Industrie, vor allem aber mit der Geschichte der deutschen Kolonial- und Weltpolitik. Es ist zugleich eine Geschichte des deutschen Imperialismus, dessen Merkmale gerade diese Vorlage deutlich trägt. Das ist der Hauptgrund, weshalb wir die Vorlage ablehnen. Der Redner wies nach, wie auch ohne Subventionspolitik die Schiffahrt sich entwickeln kann, wie die meisten deutschen Reeder gegen jede Subvention sind, um sich freier entfalten zu können. Durch den neuen § 3 des Gesetzes werde der Regierung eine Blankovollmacht für die Aufwendung von 5 bis 10 Millionen gegeben, die ursprünglich weder die Regierung noch die Reeder gewünscht haben. Ist das keine Beschränkung des Budgetrechts, so zeigt es doch ein Uebermaß von Vertrauen, wie es die Regierung nicht verdient. Wir lehnen die Vorlage aber auch ab, weil in ihr die Interessen der seemännischen Arbeiter nicht gewahrt sind und die von uns verlangte Verminderung der Zahl der beschäftigten Kulis nicht vorgesehen ist. Ohne weitere Debatte wurde das Gesetz nach den Vorschlägen der Budgetkommission von den bürgerlichen Parteien angenommen.

3. Bürgschaften des Reichs zur Förderung des Baues von Kleinwohnungen für Reichs- und Militärbedienstete.

(234. Sitzung vom 12. März und 261. Sitzung vom 18. Mai 1914.)

Einer vorjährigen Entschließung des Reichstages folgend, will die Regierung über die Mittel des Wohnungsfürsorgefonds hinaus bis zum Betrage von 25 Millionen Mark zu oben genanntem Zweck Bürgschaften übernehmen, um so die Erlangung eines billigeren und höheren Kredits für die Wohnungsfürsorge des Reiches zu ermöglichen. Wie Genosse Göhre hierzu in unserem Namen erklärte, ist damit das Verlangen des Reichstages nur zu einem sehr geringen Teil erfüllt, da nicht alle gemeinnützigen Baugenossenschaften berücksichtigt werden sollen, sondern nur die, in denen Arbeiter und Beamte des Reiches als Mitglieder organisiert sind. Trotzdem sind die Hauptbestimmungen des Entwurfs, so namentlich der Gedanke der Einführung von Tilgungshypotheken annehmbar. — Die Wohnungskommission, an die der Entwurf überwiesen wurde, hat ihn mit einer geringen redaktionellen Aenderung dem Reichstag zur Annahme empfohlen. Ein besonders auch von unseren Vertretern in der Kommission gemachter Versuch, den Kreis der zu Unterstützenden zu erweitern, ist leider gescheitert. — In zweiter und dritter Lesung wurde dem Gesetz schließlich zugestimmt und daneben eine Resolution angenommen,

„die verbündeten Regierungen zu ersuchen, alsbald einen Gesetzentwurf, der Bürgschaften des Reichs über den Kreis der Reichs- und Militärbediensteten hinaus, dem Bedürfnis entsprechend, vorsieht, vorzulegen."

4. Gesetz gegen den Verrat militärischer Geheimnisse.

175. Sitzung vom 26. November 1913, 260. und 262. Sitzung vom 16. und 19. Mai 1914.)

Nach der dem Gesetz gegebenen Begründung will es nicht nur die geheimen „Gegenstände" schützen, sondern auch den Verrat geheimer Nachrichten unter Strafe stellen, sogar schon die fahrlässige Veröffentlichung militärischer Geheimnisse verfolgen. Daraus ergibt sich schon die schikanöse Willkür, mit der das Gesetz zugleich die Preßfreiheit gefährdet. — Neben einigen juristischen Begleitworten des Staatssekretärs des Reichsjustizamts brachte die erste Lesung das erste Debut des neuen Kriegsministers v. Falkenhayn, der sich unter der Heiterkeit der äußersten Linken mit der spaßhaften Bemerkung einführte, daß die Vorschläge, Forderungen oder Wünsche, die an ihn herantreten, ihm um so willkommener sein werden, je moderner sie sind. Sonst wußte der neue Mann nur die üblichen Redensarten des Militaristen zu wiederholen. Vom Staatssekretär v. Tirpitz wurde ihm in bezug auf die Marine sekundiert.

Genosse Stadthagen vertrat den Standpunkt unserer Partei. Das Spionagesystem ist mit dem herrschenden Militärsystem untrennbar verbunden. Während man durch die von den bürgerlichen Parteien auch für eigene Spionagezwecke bewilligten Mittel selbst den Boden der Spionage düngt, will man die Spionage ausrotten. Aber es handelt sich hier nicht um den Verrat an das Ausland, sondern um etwas ganz anderes gegenüber dem Inland. Zudem gibt das Gesetz weder eine Definition des Begriffes „Fahrlässigkeit" noch des Begriffes „Geheimnis". Neben den höheren, geradezu drakonischen Strafen will das Gesetz eine Erweiterung des Tatbestandes. Diese schafft zugleich eine Erweiterung des Rechts, ja geradezu eine schrankenlose Willkür der Militärbehörden.

Dieses Gesetz richtet sich weit weniger gegen die Militärspione des Auslandes oder gegen ungetreue Militärpersonen oder Beamte des Inlandes, als vielmehr gegen die Bürger und gegen die Presse des Inlandes. Die Freiheit der Presse soll darin bestehen, daß sie das sagt, was der Kriegsminister wünscht. Das Gesetz ist ein Feigenblatt, um die Blößen des Kapitalismus und des Militarismus, die die Wurzeln des Spionagesystems sind, zu verhüllen.

Ohne dem eigentlichen Ursprung und Charakter des Gesetzes auf den Grund zu gehen, wurde auch von den meisten folgenden Rednern eine Definition oder Beseitigung des Begriffes „Geheimnis" verlangt.

Genosse Cohen (Reuß) beleuchtete die Gefahren, denen eine rein sachliche Kritik militärischer Zustände künftig ausgesetzt sein würde. Die ganze militärische Berichterstattung soll zu einem Vorrecht der offiziösen und der offiziellen Presse gemacht werden. Es lag nahe, hierbei auf die im Fall Krupp ans Tageslicht gekommene Art der Nachrichtenbeschaffung hinzuweisen und zu zeigen, wie diese Art der Korruption auch vor anderen Schichten nicht halt macht, so im Fall Redl in Wien auch nicht vor dem Offizierkorps. Für die Sicherung des Reiches tun andere Dinge not als dieses Spionagegesetz, vor allem die Freiheit und Gleichberechtigung des Volkes. Die 21gliedrige Kommission, der der Gesetzentwurf überwiesen wurde, hat unter erfolgreicher Mitwirkung unserer Genossen dem Gesetz wenigstens die schlimmsten Giftzähne ausgebrochen. Ein schon in der Kommission gebildetes Kompromiß der bürgerlichen Parteien hat freilich auch eine Reihe unserer Verbesserungsanträge abgelehnt, die z. B. in der zweiten Lesung (260. Sitzung vom 16. Mai) wiederholt wurden. Genosse Stadthagen zeigte hier, wie auch die Kommission noch zu keiner genügenden Definition des Begriffes „Geheimnis" gelangt ist. Red-

ner kritisierte wiederholt die im Gesetz vorgesehenen überstrengen Strafen. In der neuen Fassung ist zwar die beabsichtigte Militärdiktatur über Presse, Arbeiter und Angestellte beseitigt, aber notwendig zur Spionagebekämpfung ist das Auftreten gegen den Militarismus selbst. Die Verschärfungen gegen über dem Gesetz von 1893 lehnen wir ab, sie ändern an dem Verbrechen der Spionage nichts. Bei den folgenden Abstimmungen wurde unser Antrag im alten § 2 (neu § 1) bei mildernden Umständen die Strafe von „Gefängnis nicht unter einem Jahr" durch „Festungshaft nicht unter sechs Monaten" zu ersetzen, von den Kompromißparteien abgelehnt; ebenso der vom Genossen Cohen begründete Antrag, im § 8 (neu § 7) die Worte „in einer Festung" durch „in einem Festungswerk" (falsche Personenangaben) zu ersetzen. — Als redaktionelle Aenderung beantragten wir, außer dem § 15 auch den § 17 des Preßgesetzes (Verbot der Veröffentlichung von Anklageschriften usw. vor ihrer Kundgebung in öffentlicher Verhandlung oder vor Beendigung des Verfahrens) zu streichen. Der Antrag, vom Genossen Stadthagen begründet, wurde ebenfalls abgelehnt, und das ganze Gesetz schließlich in dritter Lesung (262. Sitzung vom 19. Mai) gegen unsere Stimmen angenommen.

5. Aenderung der Gebührenordnung für Zeugen und Sachverständige.

(176. Sitzung vom 27. November 1913; 261. und 262. Sitzung vom 18. und 19. Mai 1914.)

Einem vom Reichstag seit Jahrzehnten gestellten Verlangen wurde durch die Regierungsvorlage endlich eine anderweitige Regelung der Zeugen- und Sachverständigen-Gebühren vorgeschlagen. Wir hatten das Bestreben, diese Gebühren nicht nur den seit 1878, d. h. seit dem letzten bezügl. Gesetz veränderten Lebensverhältnissen anzupassen, sondern zugleich einige andere Mängel zu beseitigen. In der ersten Lesung des Gesetzes (176. Sitzung) wurde von dem Redner unserer Fraktion, Genossen Dr. Cohn, betont, daß es gelte, hierbei dem Zeugen einen Anspruch auf volle Vergütung für den ihm durch die Zeugenpflicht entstandenen Schaden zu sichern. Die Sachverständigen sollen zwar nach ihrer wirklichen Leistung entschädigt werden, aber alle plutokratischen Tendenzen müssen dabei ausscheiden. Endlich verlangten wir eine andere Bemessung der den öffentlichen Beamten zugedachten Tagegelder und Reisekosten, als sie der Gesetzentwurf vorsah. Unserem Verlangen entsprechend wurde die Vorlage einer 14gliedrigen Kommission überwiesen, in der freilich nur geringe Verbesserungen erzielt wurden. Die von unseren Vertretern dort erfolglos gestellten weiteren Verbesserungsanträge wurden daher in der zweiten Lesung wiederholt. (261. Sitzung.) Genosse Fischer (Hannover) vertrat unsere in der Kommission bereits angenommene, dann aber von der Mehrheit wieder abgelehnte Forderung, den Mindestsatz der Entschädigung für Zeugen auf 30 Pf. pro Stunde festzusetzen. Dem entgegen wurde der von der Regierung vorgesehene Mindestsatz von 10 Pf. wenigstens auf 20 Pf. erhöht.

Genosse Dr. Cohn begründete einen weiteren Antrag, bezweckend die Schaffung einer besonderen, den Zeugen und Sachverständigen zustehenden Gebühr (Wartegeld) für Fälle, in denen der Terminsbeginn sich länger als eine Stunde nach Ansetzung verzögert. Hier soll die Staatskasse eintreten, es soll sich also nicht um Prozeßkosten handeln, die von den Parteien zu erstatten sind. Es würde auch damit eine gehörige und zweckmäßigere Ansetzung der Termine erzielt werden können. Auf Einspruch der Regierung erhielt auch dieser wichtige Antrag nicht die Zustimmung der bürgerlichen Mehrheitsparteien. Genosse Dr. Cohn bekämpfte weiter den § 14 der Vorlage, der von

einer besonderen Stellung handelt, die den Beamten bei ihrer Entschädigung eingeräumt wird, wenn sie als Zeugen oder Sachverständige vernommen werden. Kenner der Verhältnisse behaupten nämlich, daß die hohe Vergütung, die an beamtete Zeugen, Polizeibeamte usw. gezahlt wird, für diese ein gewisser Anreiz ist, möglichst viele Anzeigen zu erstatten, um möglichst häufig vor Gericht erscheinen zu können. Daraus ergibt sich zugleich für gewisse Gegenden eine besonders hohe Kriminalitätsziffer. Der von uns gestellte Antrag, diesen ganzen Paragraphen zu streichen, wurde abgelehnt. Ebenso erging es endlich der von uns beantragten Resolution:

„den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, bei den verbündeten Regierungen darauf hinzuwirken, daß möglichst in jedem Gerichtsgebäude den Zeugen, den Sachverständigen, den Prozeßbeteiligten und den Gerichtsbeamten Gelegenheit gegeben werde, sich durch einfache Speisen und alkoholfreie Getränke zu erfrischen."

Die Neugestaltung der Gebührenordnung bedeutete immerhin eine nicht unwesentliche Verbesserung. Sie wurde daher in dritter Lesung auch von uns angenommen. Sie tritt am 1. Oktober 1914 in Kraft.

6. Aenderung des Militärstrafgesetzbuches.

(220. Sitzung vom 21. Februar, 261. u. 263. Sitzung vom 18. u. 20. Mai 1914.)

Die Novelle schließt an den Reichstagsbeschluß vom 30. Juni 1913 an, der anläßlich des Erfurter Urteils die Berücksichtigung mildernder Umstände einführte. Sie will die Bestrafung unerlaubter Entfernung, der Fahnenflucht, der Verleitung hierzu, der Gehorsamsverweigerung und des Kameradendiebstahls in weniger schweren Fällen mildern. Dafür bringt der Entwurf mehrere Verschlechterungen und nimmt auf die wiederholten Forderungen des Reichstags nach Aufhebung des strengen Arrests, auf Beseitigung der Versetzung in die zweite Klasse des Soldatenstandes und die Frage, daß die zur Kontrollversammlung Einberufenen nur während deren Dauer dem Militärgesetz unterstehen, gar keine Rücksicht. Auf diese Tatsachen wurde in der ersten Lesung vom Genossen Dr. Frank eingehend hingewiesen. Er kritisierte eindringlich die bestehenden Zustände, zeigte, wie die vorjährige Verbesserung der §§ 106, 107 und 110 durch den Regierungsvorschlag dadurch wieder rückwärts revidiert wird, indem die Versetzung in die zweite Klasse des Soldatenstandes auch bei jenen minder schweren Fällen zulässig sein soll. Nachdem in der weiteren Debatte von konservativer Seite unserer Partei der Vorwurf der Soldatenverhetzung gemacht worden war, wies Genosse Noske diesen Vorwurf energisch und mit guten Gründen zurück. Ebenso schickte er denselben Redner gründlich heim, der seine Anschuldigungen mit der kurz zuvor erfolgten erstinstanzlichen Verurteilung der Genossin Rosa Luxemburg zu belegen versuchte. Noske erinnerte daran, daß die Konservativen das, was sie oft bei anderen zu entdecken glauben, den Eingriff in ein schwebendes Gerichtsverfahren, hier, wo es ihren Zwecken dienen soll, selbst üben. Für den hohen Grad von Mut, den die Genossin Luxemburg vor Gericht bewiesen, fand Noske warme Worte. Die zur Beratung des Entwurfs eingesetzte 27. Kommission hatte ihn in einigen Punkten verbessert, die in § 66, zweitem Absatz vorgesehene Strafe des strengen Arrests gestrichen, im § 75, Satz 1, die Versetzung in die zweite Soldatenklasse ausgeschlossen, im § 95, Satz 2, die Strafe des strengen Arrests in Mittelarrest verwandelt und endlich bewirkt, daß die zur Kontrollversammlung Berufenen nur von deren Beginn bis zum Schluß dem Militärgesetz unterstehen sollen.

In der zweiten Lesung (261. Sitzung vom 18. Mai) verlangte der Kriegsminister die Wiederherstellung der Regierungsvorlage und wandte sich erst recht

gegen die von unserer Partei gestellten weiteren Verbesserungsanträge. Diese bezweckten: die Strafart des strengen Arrests überhaupt aufzuheben, ferner (§§ 91 und 98) eine Beleidigung, die auf der Stelle in Erwiderung einer vom Vorgesetzten gegen den Untergebenen verübten Beleidigung oder Körperverletzung erfolgt, straffrei zu lassen, ebenso, wenn der Untergebene eine ihm vom Vorgesetzten zugefügte Körperverletzung auf der Stelle durch eine Beleidigung oder Körperverletzung erwidert; endlich: in den Fällen der §§ 106, 107 und 110 neben einer erkannten Gefängnisstrafe die Versetzung in die zweite Klasse des Soldatenstandes für unzulässig zu erklären. Diese Anträge wurden vom Genossen Stadthagen in ihren Einzelheiten ausführlich begründet. An der Hand einer Reihe konkreter Beispiele wies er die Notwendigkeit nach, nicht nur an den Kommissionsbeschlüssen festzuhalten, sondern sie durch Annahme unserer Anträge zu vervollständigen. — Die Fragen der gänzlichen Beseitigung des strengen Arrestes und der Bevormundung der Reservisten für den ganzen Tag der Kontrollversammlungen wurden auch vom Genossen Stücklen ausführlich behandelt. Aus der Praxis des strengen Arrests vermochte er noch einige markante Beispiele anzuführen, die jeden Menschenfreund zu seiner Abschaffung nötigen müßten. — Die Fortschrittler und das Zentrum stellten sich zunächst noch auf den Boden der Kommissionsbeschlüsse. Von den Nationalliberalen war bereits inzwischen beantragt worden, die Regierungsvorlage wiederherzustellen. Der Kriegsminister erklärte natürlich seine freudige Zustimmung, wich aber, wie Genosse Dr. Frank feststellte, hinter die wenigen Konzessionen zurück, die er in der Kommission in ferne Aussicht gestellt hatte. Nachdem auch Stadthagen für nötig erklärte, dem Kriegsminister zu gründlicherer Information Zeit zu geben, wurde die Weiterberatung vertagt. Bis zu deren Fortsetzung (263. Sitzung vom 20. Mai) hatten sich außer den Nationalliberalen auch die Fortschrittler und das Zentrum dahin besonnen, jeden Widerstand gegen die Regierungsvorlage aufzugeben. Genosse Stadthagen bemühte sich zwar nochmals, den Bürgerlichen wenigstens das Festhalten an ihren eigenen Kommissionsbeschlüssen als notwendig zu zeigen. Den Umfall der Mehrheit, die ihr Zurückweichen durch allerlei wehmütige Betrachtungen bemänteln und entschuldigen ließ, kennzeichnete unser Redner als feigen Rückzug vor dem Stirnrunzeln der Militärbehörden; unsere Partei werde aber jedenfalls jeder Strafherabsetzung zustimmen. — Danach wurde die Regierungsvorlage durchweg wieder hergestellt und nur durch einen gemeinsamen Antrag des Zentrums und der Fortschrittler ergänzt, wonach mildernde Umstände auch bei Fahnenflucht im Komplott zulässig sind, einen Antrag, den der Kriegsminister zuvor für unannehmbar erklärt hatte. — Damit war zwar durch das Gesetz ein ganz geringer Fortschritt erreicht, aber auf lange Zeit die Möglichkeit genommen, die härtesten Ungerechtigkeiten und Strafen (die Frage der Kontrollversammlungen und des strengen Arrestes) zu beseitigen. Das Gesetz wurde in zweiter und sofort auch in dritter Lesung angenommen.

7. Aenderung des Handelsgesetzbuches (Konkurrenzklausel).

(242. Sitzung vom 27. März und 248. u. 262. Sitzung vom 4. und 19. Mai 1914.)

Der bereits Ende 1912 eingegangene Gesetzentwurf war am 10. und 11. Januar 1913 in erster Lesung beraten und dann einer Kommission von 21 Mitgliedern überwiesen worden. Diese hatte dann vor Vertagung des Reichstages durch Genossen Giebel einen vorläufigen Bericht erstatten lassen (siehe Bericht der Reichstagsfraktion für 1912/13, Seite 137), der u. a. einen abgeänderten Gesetzentwurf der Regierung brachte und mit diesem die Grundlage weiterer Verhandlungen bot. Danach wurde von der Regierung abgelehnt:

„1. die Beschränkung der Geltungsdauer von Wettbewerbsverboten auf ein Jahr; die Regierung beansprucht zwei Jahre statt früherer drei Jahre;
2. das Verbot solcher Vereinbarungen, wenn die vertragsmäßigen Leistungen jährlich 3000 Mk. nicht übersteigen; ein Verbot solle nur bei solchen Einkünften bis zu 1500 Mk. ausgesprochen werden;
3. die Entschädigung in Höhe des vollen Gehalts; die Wettbewerbsbeschränkung soll nur mit einem Drittel des Gehalts entschädigt werden unter Anrechnung dessen, was der Gehilfe über den Betrag von mehr als 110 Proz. bzw. bei notwendig gewordenem Domizilwechsel 125 Proz. seines früheren Gehalts hinaus verdient;
4. das Verbot der geheimen Konkurrenzklausel mit der solidarischen Schadenersatzpflicht der Prinzipale; solche Abkommen der Prinzipale untereinander sollen nur als klaglos erklärt werden."

In weiteren Verhandlungen einigte sich die Mehrheit der Kommission zunächst auf eine Gehaltsgrenze von 2000 Mark und schließlich, infolge eines Kompromißantrages, auf eine solche von 1800 Mark. Demgegenüber hielt die Regierung an ihren Forderungen einer Gehaltsgrenze von nur 1500 Mark fest, ebenso an einer Haftstrafe bis zu zwei Jahren bei Nichterfüllung der Konkurrenzklausel. — In der 242. Plenarsitzung vom 27. März 1914 sollte die zweite Beratung des Gesetzentwurfs stattfinden. Der Staatssekretär des Reichsjustizamts hob die zwischen der nachgiebigen Kommissionsmehrheit und der Regierung noch bestehenden Differenzpunkte hervor:

„Erstens. Die verbündeten Regierungen hatten sich im Verlaufe der Kommissionsverhandlungen damit einverstanden erklärt, daß die den Handlungsgehilfen für die Dauer des Wettbewerbsverbotes zu zahlende Entschädigung auf ein Drittel der den Handlungsgehilfen vertragsmäßig zustehenden Bezüge bemessen würde. Die Kommission ist über dieses eine Drittel hinausgegangen und hat die Entschädigung auf die Hälfte jener Bezüge fixiert.

Zweitens. Die verbündeten Regierungen hatten sich in der Kommission damit einverstanden erklärt, daß die Zulässigkeit der Konkurrenzklausel entgegen dem Entwurf davon abhängig gemacht würde, daß die jährlichen vertragsmäßigen Bezüge des Gehilfen mehr als 1500 Mk. betrügen. Die Kommission hat sich demgegenüber für eine Mindestgehaltsgrenze von 1800 Mk. entschieden.

Endlich hat drittens die Kommission in zweiter Lesung — und zwar hier in Abweichung von der Regierungsvorlage und von den eigenen Beschlüssen der Kommission erster Lesung — beschlossen, daß im Falle der Vereinbarung einer Vertragsstrafe der Prinzipal nur das Recht auf die Vertragsstrafe haben, also nicht befugt sein solle, zwischen dem Anspruch auf Innehaltung des Wettbewerbsverbots und der Einforderung der Vertragsstrafe zu wählen."

Die Regierung wolle zwar in dem ersten Punkte nachgeben, müsse aber in den übrigen Punkten auf ihrem Willen bestehen und für ein etwaiges Scheitern des Gesetzes den Reichstag verantwortlich machen. Wenn das Gesetz zustande kommen soll, müsse also der Reichstag auf die Gehaltsgrenze von 1500 Mark herabgehen und die Erfüllungsklage mit der Haftstrafe zugestehen. — Trotzdem diese Erklärung ganz der bisherigen Haltung entsprach, stellten sie die bürgerlichen Parteien als etwas ganz Neues hin, und die angeblich „neue Situation" ließ die Vertreter der bürgerlichen Parteien auf Verabredung nacheinander aufmarschieren und die Vertagung der Beratung bis nach Ostern zu verlangen, damit sie von neuem mit den Gehilfenorganisationen verhandeln, d. h. diese zu neuen Konzessionen überreden könnten. — Dem Verlangen nach Vertagung wurde von den Genossen Haase, Giebel, Hoch und Dr. Quarck energisch widersprochen und vor allem erklärt, daß damit den Sozialdemokraten die Möglichkeit genommen werden soll, den Starrsinn der Regierung und die Nachgiebigkeit der Bürgerlichen gleich zu kennzeichnen. Um

was sich jetzt der Kampf dreht, sind die Forderungen des Zentrums, das von Anfang an über die 1500-Mark-Grenze nicht hinausgehen wollte. — Unter dem Vorwand, aufs neue mit den interessierten Kreisen Fühlung zu nehmen, in Wirklichkeit aber, um den vollendeten Umfall der Mehrheit vorbereiten und genügend maskieren zu können, wurde schließlich die Beratung vertagt und fand dann erst in der 248. Sitzung vom 4. Mai die Weiterberatung statt. — Inzwischen waren bürgerliche Handlungsgehilfenverbände bearbeitet worden und umgefallen, vor allem die Deutschnationalen, und hatten den bürgerlichen Parteien den Mut gegeben, das gleiche zu tun. So fanden sie sich bereit, das Gesetz ganz nach dem Willen der Regierung zu gestalten.

Unsere prinzipielle Forderung, den § 74 wie folgt zu fassen: „Eine Vereinbarung zwischen dem Prinzipal und dem Handlungsgehilfen, die den Gehilfen für die Zeit nach Beendigung des Dienstverhältnisses in seiner gewerblichen Tätigkeit beschränkt (Wettbewerbsverbot) ist nichtig," war, nachdem die Frage der Einbeziehung der technischen Angestellten bereits in der Kommission ausgeschaltet worden war, zunächst die wichtigste. Sie wurde vom Genossen Hoch mit Eifer und Sachkenntnis verteidigt. In einer Art Generaldebatte ließ der Redner noch einmal den ganzen Gang der Kompromißelei Revue passieren und kritisierte das Verhalten der bürgerlichen Parteien gegen die Angestelleninteressen. Aus den folgenden Reden der Gegner konnte man auch deutlich heraushören, daß es ihnen vor allem auf das Vorrecht der Unternehmer ankam. Mit ihnen konnten dann die Genossen Dr. Quarck und Dr. Cohn noch gründlich abrechnen. Ersterer wies u. a. den gegen uns gerichteten Vorwurf der „Alles-oder-Nichts-Politik" deutlich zurück, indem er auf die mühevolle Mitarbeit unserer Genossen und auf deren Bereitwilligkeit hinwies, zu einer annehmbaren Einigung zu kommen. Neben der Zulassung der Konkurrenzklausel überhaupt sind die niedrige Gehaltsgrenze und die Haftstrafe als Erfüllungsstrafe die Stellen, wo wir uns trennen. — Das Verbot der Konkurrenzklausel wurde gegen unsere Stimmen abgelehnt. — Zur Frage der Gehaltsgrenze beantragten wir, statt den von der Kommission vorgeschlagenen 1800 Mark 2000 Mark einzusetzen, während der bürgerliche Kompromißantrag, der alsbald zur Annahme gelangte, nach Wunsch der Regierung die Grenze wieder auf 1500 Mark herabsetzte. — Zum § 75c (Geltendmachung der Ansprüche) beantragten wir als zweiten Satz einzufügen: „Jedoch ist aus Ansprüchen auf Erfüllung die Androhung oder der Vollzug von Freiheitsstrafen unzulässig." Diese Forderung war vom Genossen Hoch eindringlich befürwortet worden. Der Antrag wurde in namentlicher Abstimmung mit 215 gegen 99 Stimmen abgelehnt. — Schließlich beantragten wir, dem Artikel 3 folgende Fassung zu geben:

„in die Gewerbeordnung ist einzuschalten:

§ 125 a.

Eine Vereinbarung zwischen einem Arbeitgeber und einem gewerblichen Arbeiter (Gesellen oder Gehilfen), die den Arbeiter für die Zeit nach Beendigung des Dienstverhältnisses in seiner gewerblichen Tätigkeit beschränkt (Wettbewerbsverbot) ist nichtig."

Diese Ausdehnung der Bestimmungen des Gesetzes auf gewerbliche Arbeiter wurde vom Genossen Schumann damit begründet, daß die Konkurrenzklausel auch die gewerblichen Arbeiter, besonders die im Handelsgewerbe tätigen, schwer bedrückt. Gerade bei ihnen wirkt die geheime Konkurrenzklausel viel schlimmer noch als die offene. — Auch dieser Antrag wurde von den Kompromißparteien niedergestimmt.

Bei der am 19. Mai erfolgten dritten Lesung des Gesetzes wurde unsere ablehnende Stellungnahme vom Genossen Giebel nochmals kurz begründet

und von ihm darauf hingewiesen, wie die „Textilwoche" sehr richtig das Gesetz als eine wertvolle Errungenschaft für die Unternehmer hinstellte, und wie die Unternehmer schon durch den Mund des Kommerzienrats Guggenheim angekündigt haben, daß sie durch geheime Abreden sich gegen jene neue Last wehren würden. Das ist eine offene Kampfansage gegen die Handlungsgehilfenschaft und eine derbe Quittung für die bürgerliche Reichstagsmehrheit, die den Handlungsgehilfen den nötigen Schutz versagt hat. — Unsere Fraktion stimmte daher gegen das Gesetz. Es tritt am 1. Januar 1915 in Kraft. — Durch Mehrheitsbeschluß war in zweiter Lesung noch folgende Resolution angenommen worden:

„die verbündeten Regierungen zu ersuchen:

a) einen Gesetzentwurf vorzulegen, der für Angestellte und Arbeiter die Unpfändbarkeit des Arbeitslohnes erweitert;

b) dem Reichstage so bald als möglich eine Gesetzesvorlage zu unterbreiten, durch welche das Gebiet des Wettbewerbsverbots für diejenigen Angestellten und Arbeiter geregelt wird, auf welche das vorliegende Gesetz keine Anwendung findet."

8. Ergänzung des Besoldungsgesetzes.

(251., 261. und 262. Sitzung vom 7., 18. und 19. Mai 1914.)

Bei dieser Novelle handelte es sich nicht um eine allgemeine Neuordnung der Beamtenbesoldungen, sondern lediglich um die Konsequenzen, die aus der vorjährigen Aenderung des Besoldungsgesetzes zu ziehen sind. Die neue Vorlage beschränkte sich im wesentlichen darauf, die untersten Gehaltsklassen um jährlich 100 Mark zu erhöhen. Es handelt sich dabei um Beamtengruppen mit 1100 Mark Anfangsgehalt und 1700 Mark Höchstgehalt. Hierbei kommen neben den Landbriefträgern hauptsächlich auch Reichseisenbahnbeamte in Frage. Diesen letzteren sollte aber die bisher gewährte nicht pensionsfähige Zulage von 120 Mark nur insoweit gewährt werden, als sie die Gehaltserhöhung überschreitet. Damit wäre diese Beamtengruppe so gut wie ganz von der Gehaltserhöhung ausgeschlossen gewesen.

In der Budgetkommission war bei der Vorberatung der Vorlage zunächst auf unsern Antrag beschlossen worden, diese bisherige Zulage neben der Gehaltserhöhung beizubehalten. Ferner gelang es, die Kommission zu dem Beschluß zu bringen, daß auch die Postunterbeamten in gehobenen Dienststellen an der Gehaltserhöhung teilnehmen, nachdem man die Unterbeamten und Assistenten besser gestellt hatte. Entgegen unserem Antrag, die jetzigen Gehaltssätze von 1400 bis 2100 Mark auf 1600 Mark Anfangsgehalt und ein Höchstgehalt von 2200 Mark festzusetzen, wurde wenigstens die Steigerung von 1500 Mark auf 2200 Mark beschlossen. Diese Verbesserungen seitens der Kommission hätten einen Mehraufwand von jährlich etwa 3 Millionen erfordert. — Die Regierung hatte bereits in der Kommission diesen Beschlüssen ihre Zustimmung versagt, und zwar namentlich bezüglich der gehobenen Unterbeamten, bei denen etwa 20 000 Beamte in Betracht kommen. Wegen der Reichseisenbahnbeamten brachte die Regierung als Einwand vor, daß damit der preußischen Besoldungsänderung vorgegriffen würde. Preußen ist also auch hierin der Hemmschuh!

In der zweiten Plenarberatung des Reichstags (251. Sitzung vom 7. Mai) wurde von der Regierung die Ablehnung der Kommissionsbeschlüsse aufs neue betont, die Ablehnung bezüglich der gehobenen Unterbeamten dadurch zu beschönigen versucht, daß deren Gehaltsaufbesserung „einer späteren Zeit vorbehalten" bleiben soll.

Die von uns an die Besoldungsordnung gestellten Ansprüche und die nach den Kommissionsbeschlüssen geschaffene Situation wurde vom Genossen Ebert eingehend dargelegt. Er erklärte, wie die Kommission sich immerhin noch große Zurückhaltung und Selbstbeschränkung auferlegt hat. Wenn trotzdem die Regierung jeder materiellen Aenderung ihrer Vorlage widerspricht, so ist das dem Reichstag gegenüber der Standpunkt: Friß Vogel oder stirb. Diese Behandlung des Reichstags, die geradezu auf seine Ausschaltung hinausläuft, darf er sich keineswegs länger gefallen lassen. Ebensowenig darf der Reichstag es sich gefallen lassen, daß Preußen ihm seine Beschlüsse diktiert. Wenn Preußen seinen Unterbeamten gegenüber nicht genügend soziales Verständnis zeigt, darf nicht das Reich dasselbe tun. Bei den Hundertmillionen-Ueberschüssen der Post kommen auch finanzielle Bedenken nicht in Betracht. Besonders bei Forderungen für den Militarismus kommt es der Regierung erst recht nicht auf einige Dutzend Millionen an. Das Verhalten der Regierung kann uns nur darin bestärken, auf unserem Standpunkt zu verharren.

Die bürgerlichen Parteien gaben zunächst noch recht mutige Erklärungen für ihren ähnlichen Standpunkt ab. Unsererseits nahm sich noch Genosse Dr. Weill der Aufbesserung der Reichseisenbahnbeamten an, die bei Durchführung der Regierungsvorlage ganz leer ausgehen würden.

Die Vorlage wurde schließlich in zweiter Lesung in der in der Kommission erfahrenen Umgestaltung von allen Parteien angenommen.

Zwischen der zweiten und dritten Lesung (261. Sitzung vom 18. Mai) waren allerhand Kräfte am Werke gewesen, den Reichstag zur Aufgabe seines Votums zu bewegen. Bei den Konservativen und Liberalen war das ganz gelungen, beim Zentrum nur teilweise. Dieser Umfall kam in einem Antrag der konservativen und der liberalen Parteien zum Ausdruck, wonach die früheren Beschlüsse preisgegeben und die Regierungswünsche erfüllt wurden. Die Regierung sollte nur noch aufgefordert werden, im Herbst 1915 einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch den mit Wirkung vom 1. Januar 1916 die Bezüge der gehobenen Unterbeamten um je 100 Mark aufgebessert werden. Das Zentrum wollte diese Zulage auf alle Fälle mit Wirkung vom 1. Januar 1916 gesetzlich sicherstellen.

Die Regierung gab zwar dem Kompromißantrag ihren Segen, lehnte aber den Antrag des Zentrums als unannehmbar ab.

Genosse Ebert schilderte die praktische Wirkung des Kompromißantrags, durch den die monatelangen Beratungen glatt über den Haufen geworfen wurden. Die unteren Reichseisenbahnbeamten sollen keinerlei Gehaltserhöhung bekommen und ihre bisherigen Ausgleichszulagen einbüßen, während den höheren Beamten der Reichseisenbahnen ihr Ausgleichszuschuß von 500 Mark nach wie vor unverkürzt weiterbezahlt wird. Die gehobenen Unterbeamten sollen aufs Ungewisse, jedenfalls zunächst bis zum Jahre 1916 vertröstet werden. Um den Landbriefträgern wenigstens auf alle Fälle zu helfen, kündigte Genosse Ebert an, daß wir im Fall der Ablehnung dieses Gesetzes bei der dritten Lesung des Posteiats entsprechend einmalige Zulagen in den Etat einzustellen beantragen werden. Dann mögen die Regierung und die bürgerlichen Parteien zeigen, wie gut oder schlecht sie es mit den Landbriefträgern meinen. Um seine Rechte zu wahren, muß der Reichstag die Kraft zeigen, das durchzusetzen, was er für nötig hält. Danach erklärte unser Redner unser Eintreten für die Beschlüsse zweiter Lesung.

Die Abstimmung ergab die Ablehnung des § 1 der Regierungsvorlage mit 152 gegen 149 Stimmen. Danach wurde das Gesetz in der von der Regierung als unannehmbar bezeichneten Gestaltung nach zweiter Lesung einstimmig angenommen.

Den durch die Haltung der Regierung geschädigten etwa 25 000 Landbriefträgern suchten wir, wie bereits erwähnt, durch Beantragung einer einmaligen Zulage von 100 Mark, einzusetzen in den betreffenden Titel des Posteiats, bei dessen dritter Beratung zu helfen. Der Antrag lautete:

„dem Kap. 85 Tit. 26 der Ausgaben folgenden Zusatz beizufügen:

Außerordentliche Zulagen für die Unterbeamten der Landbriefträgerklasse je 100 Mk. . . . . 2 560 000 Mk.

Wegfallend mit dem Zeitpunkt der Erhöhung des Gehalts um mindestens 100 Mk."

Genosse Haase erinnerte bei der Begründung daran, daß ja alle Parteien die Bezüge der Landbriefträger als ungenügend anerkannt haben. Die etwaigen Bedenken, daß unser Antrag im Widerspruch mit dem Besoldungsgesetz vom 15. Juli 1909 stehe, hat die Regierung selbst durch den § 2 ihres Entwurfs widerlegt, in dem es heißt, daß Aenderungen der Besoldungsvorlage durch den Reichshaushaltsetat erfolgen können. Auch staatsrechtliche Bedenken können nicht erhoben werden. Seit 1897 hat der Reichstag wiederholt das Recht ausgeübt, im Widerspruch mit der Regierung neue Ausgabeposten in den Etat einzustellen, am 26. Mai 1897 zum Beispiel Beiträge für eine Gehaltsaufbesserung der Unterbeamten. Derselbe Standpunkt ist seitdem von den verschiedensten Parteien eingenommen worden. Jetzt, wo dem Starrsinn der Regierung gegenüber der Reichstag das Recht und die Möglichkeit hat, den Landbriefträgern zu helfen, erwächst ihm auch die Pflicht, es zu tun. Sollte sich aber die Regierung sträuben, einen solchen Beschluß des Reichstags zu befolgen, dann würden die Beamten noch besser kennen lernen, was sie von der Regierung zu halten haben. Weichen die Parteien auch jetzt vor der Regierung zurück, dann reizen sie die Regierung direkt dazu, den Willen des Reichstags nicht mehr ernst zu nehmen.

Den Versuchen der bürgerlichen Parteien, die Ablehnung unseres Antrages hinter allerlei rechtlichen Bedenken zu maskieren oder unsere Partei für die Sachlage verantwortlich zu machen, begegnete noch Genosse Ledebour durch eine wirksame Schilderung des Verlaufs der Dinge. Er stellte die Unzuverlässigkeit der Kompromißparteien, die sich von der Regierung durch Auflösungsdrohungen einschüchtern ließen und die Ansprüche der Beamten preisgaben, ins rechte Licht.

Unser Antrag wurde gegen unsere Stimmen abgelehnt und damit von den bürgerlichen Parteien die letzte Möglichkeit beseitigt, die Notlage der Unterbeamten in nächster Zeit zu lindern.

Kleinere Vorlagen.

1. Internationaler Vertrag zum Schutze des menschlichen Lebens auf See.

(245. und 246. Sitzung vom 30. April und 1. Mai 1914.)

Zu diesem Vertrage hat der Untergang des Riesendampfers „Titanic" den Hauptanstoß gegeben. Der Vertrag wurde auf Konferenzen der Vertragsstaaten vorbereitet und bezweckt vor allem, die an die Sicherheit der Passagierbeförderung zu stellenden Anforderungen international zu regeln. Dabei werden von dem Vertrag berührt der bereits zuvor angebahnte Eisbeobachtungsdienst, die Bauart der Schiffe, die Funkentelegraphie und das Rettungswesen. Unsere Forderungen hierzu wurden von den Genossen Schumann und

Stolten vertreten. Schumann erklärte namentlich, daß es bei den im Vertrage genannten Reformen nicht sein Bewenden haben dürfe. Mehrere wichtige Fragen hat man außer acht gelassen, nämlich genügend geschulte Bemannung, Sicherheitsvorkehrungen für die Mannschaften usw. — Eine Gefahr bedeute auch die Farbigenfrage, d. h. wenn der Sprache unkundige Leute in größerer Zahl beschäftigt werden. Daß man auch bei diesem Vertrage keine Vertreter der Arbeiter zur Begutachtung hinzugezogen hat, tadelte unser Redner ebenfalls und wiederholte unsere schon früher gestellte Forderung eines Reichsschiffahrtsamtes. — Die Vertreter der Regierung und der bürgerlichen Parteien, darunter natürlich besonders der „fortschrittliche" Abgeordnete Heckscher, vereinigten sich, um den Ruhm der Berufsgenossenschaften und die Uneigennützigkeit der Schiffsreeder zu verkünden. Genosse Stolten konnte die Ausführungen Schumanns noch mit weiteren guten Gründen stützen. Er verlangte besonders, daß die Schiffskontrolle nicht von den Seeberufsgenossenschaften, sondern von staatlichen Organen geübt werden muß. — Der Reichstag erteilte dem Vertrage seine Zustimmung.

2. Die Handelsbeziehungen zu England.

(179. und 182. Sitzung vom 1. und 4. Dezember 1913.)

Das mit dem Britischen Reich, seinen Kolonien und auswärtigen Besitzungen bestehende Handelsprovisorium ist zuletzt im Jahre 1911 verlängert worden und lief am 1. Januar 1914 ab. Eine Regierungsvorlage wollte den bestehenden Zustand der Meistbegünstigung einfach um ein weiteres Jahr verlängern, fand aber den Widerspruch der Agrarier. Diesen ist besonders die starke Weizeneinfuhr aus Kanada ein Dorn im Auge, und sie würden einen frisch-fröhlichen Zollkrieg dem Handelsprovisorium vorziehen. Den Standpunkt unserer Partei präzisierte demgegenüber Genosse Molkenbuhr dahin, daß uns vielmehr ein definitives Vertragsverhältnis zu England und seinen Kolonien am Herzen liegt und wir gern um diesen Preis das Provisorium aufgeben würden. Die Agrarier dagegen streben dahin, daß die höchstmöglichen Zollsätze, die auf Grund des Zolltarifs zulässig sind, Wirklichkeit werden. Diese Ausführungen wurden noch vom Genossen Bernstein unter Hinweis auf die Wirkung der ganzen agrarischen Schutzzollpolitik wirksam ergänzt. — Der Vorlage wurde schließlich die Zustimmung der nichtagrarischen Mehrheit des Reichstags zuteil.

Eine **Aenderung der Zivilprozeßordnung** wurde auf Antrag des Abgeordneten Speck (Zentrum) vom Reichstag dahingehend beschlossen, daß die Aufwandsentschädigungen an solche Familien, von denen bereits drei Söhne ihrer gesetzlichen Militärdienstpflicht genügt haben oder noch genügen, der Pfändung nicht unterworfen sein sollen. (251. und 252. Sitzung vom 7. und 8. Mai 1914.)

Der am 2. Mai 1914 vereinbarten Verlängerung des Handels- und Schiffahrtsvertrages mit der Türkei und dem Abkommen mit Japan vom 16. Mai 1913, betreffend den gegenseitigen Schutz des gewerblichen und geistigen Eigentums in China wurde vom Reichstag ohne Debatte zugestimmt. (258. Sitzung vom 15. Mai 1914.)

Unerledigte Gesetzentwürfe.

1. Gesetzentwurf über die Errichtung eines Kolonialgerichtshofes.

Bei der ersten Lesung im Plenum (176. Sitzung vom 27. November 1913) rügte der Vertreter unserer Fraktion, Genosse Stolten, daß die Vorlage sich auf Regelung der Kolonialgerichtsbarkeit beschränkt, während wir deren Ausdehnung auf die Konsulargerichtsbarkeit wünschen. Ferner halten wir die Hinzuziehung des Laienelements für notwendig, weil auch hier über Fragen zu entscheiden ist, die für die koloniale Arbeiterwelt von Wichtigkeit sind. Endlich wünschen wir nicht Berlin, sondern Hamburg als Sitz des Gerichts, außer aus anderen sachlichen Gründen auch deshalb, um nicht alles unter den direkten Einfluß der Berliner politischen Luft zu bringen.

Die Kommission, der die Vorlage überwiesen wurde, hat einen schriftlichen Bericht erstattet. In ihren Vorschlägen war u. a. die Errichtung eines Reichskolonialgerichts, nicht eines Kolonialgerichtshofes, und zwar mit dem Sitz in Hamburg vorgesehen. — Zur weiteren Beratung des Gesetzentwurfs im Plenum des Reichstages ist es nicht mehr gekommen.

2. Das Verfahren gegen Jugendliche.

Der bereits im Vorjahr (siehe Bericht 1913, Seite 142) beratene und einer Kommission überwiesene Gesetzentwurf wurde dem Plenum des Reichstages nicht wieder zur Beratung und Beschlußfassung vorgelegt. Gegenüber der Regierungsvorlage enthielten die Kommissionsbeschlüsse besonders zwei bemerkenswerte Neuerungen: die Heraufsetzung des Strafmündigkeitsalters auf 14 Jahre — ein halber Fortschritt, gemessen an dem auf 16 Jahre lautenden Antrage unserer Partei, der keine Mehrheit fand — und die Erweiterung des Rekrutierungsgebiets der Fürsorgeerziehung. Letztere Maßregel ist eine sehr bedenkliche angesichts des Umstandes, daß es uns nicht gelang, die Verwahrungen und Bedingungen dem Entwurf einzuverleiben, die eine wirkliche Erziehungsarbeit nach modernen pädagogischen Grundsätzen in den Fürsorgeanstalten gewährleistet hätten. Es würde unter diesen Umständen unserer Fraktion nicht leicht geworden sein, für das Gesetz zu stimmen.

3. Aenderung der Gewerbeordnung §§ 56 und 56 c.

Der Gesetzentwurf wollte eine Reihe von Gegenständen, nämlich Gold- und Silberwaren, Bruchgold und Bruchsilber, Rohbernstein, Taschenuhren, Pfandscheine, Mittel zur Verhütung der Schwangerschaft, Bruchbänder, Blumen- und Gemüsesamen vom Hausierhandel ausschließen. Der Betrieb eines Wanderlagers sollte für gewisse Gebiete von besonderer Erlaubnis abhängig gemacht werden können.

Genosse Brey begründete unsere Ablehnung der Novelle unter genauer Bewertung der betroffenen Verhältnisse. Besonders kritisierte er das Bestreben, auf diesem Wege dem Geburtenrückgang zu steuern. Als wirkliche Gründe des Geburtenrückganges führte er treffend die schlechten Wohnungen der großen Volksmasse, die volksfeindliche Wirtschaftspolitik und den Mangel an genügendem Arbeiter- und Wöchnerinnenschutz an. Genosse König bekämpfte zunächst die Vorschläge der Regierung: für die Wanderlager die Bedürfnisfrage einzuführen; sei diese einmal angenommen, so bedürfe es nur eines Schrittes, um sie für das Hausiergewerbe allgemein einzuführen. König schilderte dabei eingehend die soziale Lage der Hausierer, Markt- und Meßbeziher und Schausteller. Unser Redner entrollt ein Bild, wie die kleinen

Existenzen der Hausierer usw. schon heute im Gesetz ausnahmerechtlich behandelt werden, wie sie mit Steuern und Lasten bepackt und der polizeilichen Willkür ausgeliefert sind. Die Reaktionäre aller Gattungen unter Führung der Mittelständler im Zentrum bemühen sich aus Konkurrenzfurcht, durch gesetzliche Maßnahmen das Wandergewerbe völlig lahm zu legen und zu vernichten. Die Genossen Stolle und Fischer (Hannover) unterstützten die Ausführungen unseres ersten Redners und zeigten weiter die volksfeindlichen und besonders mittelstandsfeindlichen Tendenzen der Vorlage. — Diese wurde einer Kommission übergeben.

Ein ausführlicher Bericht über die umfangreiche dreimonatige Tätigkeit der Kommisson wurde nach Beendigung der ersten Lesung angefertigt, konnte jedoch wegen Schließung des Reichstages dem Plenum nicht mehr erstattet werden.

4. Die Sonntagsruhe im Handelsgewerbe.

Der dem Reichstag vorgelegte Gesetzentwurf war völlig unzulänglich. Er brachte nur ganz unwesentliche Besserungen des geltenden Gesetzes und beschränkte sein Geltungsgebiet auf Handlungsgehilfen, während er Techniker und andere Angestellte ganz unberücksichtigt ließ. Statt völliger Sonntagsruhe sah er im ganzen Jahre nur drei ganz freie Tage vor, nämlich je einen zu Ostern, Pfingsten und Weihnachten.

Diese Mängel wurden von unseren Rednern, Genossen Bender, Dr. Quarck und Feuerstein deutlich hervorgehoben. Ersterer zeigte, wie der Grundsatz der vollen Sonntagsruhe, der im Entwurf von 1907 enthalten war, hier völlig preisgegeben ist. Alle skandalösen Ausnahmebestimmungen sollen weiter bestehen bleiben. Zudem wird die Kontrolle über Einhaltung der Sonntagsruhe unmöglich gemacht. Die Praxis ist dem, was hier erst bestimmt werden soll, längst vorausgeeilt. In diesen Fällen ist von einer Schädigung der Handeltreibenden gar keine Rede. Durch Einführung der vollen Sonntagsruhe würde auch die Freitagslohnzahlung und der Sonnabendnachmittags-Gewerbeschluß wesentlich gefördert werden. Auch bei der Beschäftigung in Kontoren will die Regierung nur halbe Arbeit machen.

Genosse Dr. Quarck hatte zunächst gegen die bürgerlichen Redner zu polemisieren, denen selbst die Regierungsvorlage zu weit ging. Die Beziehungen der Sonntagsruhe-Bestimmungen zur Frage der Ordnung des politischen Gemeindewahlrechts führte er den Angestellten vor Augen und zeigte, wie bei den Bestrebungen, die Sonntagsruhe zu hindern, selbst terroristische Mittel gebraucht werden. Der entgegengesetzten Behauptung des Zentrums stellte Quarck die Tatsache gegenüber, daß der erste Sonntagsruheantrag ein sozialdemokratischer war, der im Jahre 1869 (Drucksache 128 des Norddeutschen Reichstags) gestellt wurde und lautete: Die Lohnarbeit (im Gewerbe und Handel) an Sonn- und allgemeinen Festtagen ist verboten. Wir verlangen heute, daß die Festsetzung der sonntäglichen Arbeitsstunden nicht mehr den Lokalbehörden überlassen bleibt, die Vermehrung der Ausnahmetage muß fallen, ebenso die Ausnahme für Sonntagsprokuristen. Die erlaubte Sonntagsarbeit muß auf die Vormittagsstunden bis 10 Uhr gelegt werden. Keinesfalls darf das Interesse der Ladeninhaber bestimmend sein für das Maß der sozialpolitischen Fürsorge, die hier nötig ist.

Schließlich besprach Genosse Feuerstein die einschlägigen Verhältnisse des Mittelstandes und besonders desjenigen auf dem Lande, um zu dem Schluß zu kommen, daß man einen Unterschied zwischen Stadt und Land nicht zu machen braucht und nicht machen soll.

Von der Kommission, die diesen Entwurf zu beraten hatte, ist ein Bericht nicht erstattet worden. Unsere Genossen beantragten in der Kommission, daß im Handelsgewerbe, abgesehen von der besonders aufgeführten Ausnahme, Gehilfen, Lehrlinge und Arbeiter an den Sonn- und Festtagen nicht beschäftigt werden dürfen. Die Ausnahme bezieht sich auf den Verkauf von Milch und Molkereiprodukten, Bäckerei- und Konditoreiwaren, Eiern und frischem Gemüse, Fleisch und Wurst, frische Blumen, Zeitungen, Roheis und Mineralwasser. Bei dem Verkauf dieser Waren sollen jene Angestellten während zwei zusammenhängender Stunden beschäftigt werden dürfen. Die bürgerlichen Parteien lehnten jedoch unsere Anträge ab. Dann bildete die Kommission drei Gruppen von Gemeinden: in den Gemeinden von mehr als 75 000 Einwohnern sollte der Schutz gegen die Sonntagsarbeit ungefähr entsprechend unserem Antrage festgesetzt werden; in den Gemeinden mit weniger als 75 000 aber mit mehr als 10 000 Einwohnern sollte eine ununterbrochene dreistündige Sonntagsarbeit zulässig sein; in den Gemeinden von unter 10 000 Einwohnern sollte die insgesamt dreistündige Sonntagsarbeit unterbrochen werden dürfen. Je länger sich aber die Beratungen hinzogen, desto mehr Geschäftsleute forderten eine viel längere Beschäftigungsdauer, und die bürgerlichen Parteien gaben dem Drängen immer mehr nach. So verschlechterten sie die Sonntagsruhe immer mehr, und schließlich bestand darüber kein Zweifel, daß in der zweiten Lesung die Beschlüsse in den wesentlichen Punkten geändert werden würden. Nicht einmal für das übrige Handelsgewerbe, also für die Kontore usw., konnten unsere Genossen ein unbedingtes Verbot der Sonntagsarbeit durchsetzen. Demnach entsprechen die Beschlüsse der Kommission in keiner Weise den berechtigten Forderungen der Angestellten. Der Schluß des Reichstags ersparte der Kommission eine zweite Beratung und damit die von den Bürgerlichen beabsichtigten weiteren Verschlechterungen der Bestimmungen. Da aber eine zeitgemäße Sicherung der Sonntagsruhe auch im Handelsgewerbe dringend nötig ist, muß die Regierung im Herbst unbedingt wieder mit einer neuen Vorlage an den Reichstag kommen. Unsere Genossen werden dann natürlich wieder alles aufbieten, um bessere Bestimmungen durchzusetzen.

5. Das Rennwettgesetz.

(247. Sitzung vom 2. Mai 1914.)

Der Gesetzentwurf wollte die Buchmacher von Staats wegen konzessionieren, und aus den Wetten eine möglichst hohe Einnahme für den Staat — erwähnt wurden jährlich 10—20 Millionen — herausholen. Zugleich wurde beabsichtigt, auf diesem Wege die Mittel für die Besoldungsvorlage und für die Aufbesserung der Altpensionäre aufzubringen. — Genosse Dr. Frank schilderte die finanzielle, sozialpolitische und rechtspolitische Seite der Gesetzesvorschläge und wollte die Stellungnahme zum Gesetz von dem Verlauf der Kommissionsverhandlungen abhängig machen. — Zur weiteren Verhandlung ist es nicht mehr gekommen.

6. Das Luftverkehrsgesetz.

(234. Sitzung vom 12. März 1914.)

Nachdem die von der französischen Regierung 1909 einberufene internationale Luftfahrkonferenz zu einer Verständigung und gemeinsamen Regelung des Luftfahrwesens nicht geführt hatte, wollte das Gesetz diese Regelung für Deutschland herbeiführen. Es enthielt eine Reihe Verkehrsvorschriften, regelte die Aufstieg-, Landungs- und Flugplätze und die Frage der Haftpflicht.

Genosse Landsberg, der unsere Forderungen hierzu vertrat, betonte die Notwendigkeit einer internationalen Regelung des Flugverkehrs, gerade auch im Hinblick auf die Vorkommnisse und Verhaftungen in Rußland. Die Haftung müsse derart geregelt werden, daß der Unternehmer den vollen durch den Betrieb verursachten Schaden bis zur Grenze der höheren Gewalt zu tragen habe, während der Führer des Luftfahrzeuges nur dann herangezogen werden dürfe, wenn ihm ein Verschulden nachgewiesen wird. Es sei nicht angängig, ihn, der seine Haut zu Markte trägt, mit dem Nachweis seiner Unschuld zu belasten. — Genosse Bender nahm sich ebenfalls noch des Schutzes der Steuerleute, Maschinisten und sonstigen Luftmannschaften an. — Das Gesetz hat die Kommission nicht mehr verlassen.

7. Wiederaufnahme eines Disziplinarverfahrens.

(179. Sitzung vom 1. Dezember 1913.)

Das Gesetz wollte dem zu Unrecht disziplinierten Beamten die Möglichkeit geben, seine verletzte Ehre wiederherzustellen und ihm eine gewisse Schadloshaltung sichern. — Genosse Landsberg vertrat bei der ersten Beratung unseren Standpunkt dahin, daß es nötig gewesen wäre, gleichzeitig auch andere Lücken des Reichsbeamtengesetzes auszufüllen. Es entspricht zum Beispiel nicht dem modernen Rechtsempfinden, daß ein Beamter sich eine Bestrafung im Disziplinarverfahrn mit Verwarnung, Verweis, Geldstrafe im Aufsichtswege gefallen lassen muß, ohne daß er das Recht hat, auf die Eröffnung eines förmlichen Disziplinarverfahrens anzutragen. Er muß auch das Recht haben, die über ihn geführten Personalakten einzusehen. Weiter fehlt die Sicherung des Beamten gegen Disziplinierung aus Gründen politischer Gesinnung oder politischer Betätigung. Endlich gibt die Art der Schadloshaltung zu schweren Bedenken Anlaß. — Eine weitere eingehende Kritik an dem Entwurf wurde vom Genossen Dr. Liebknecht geübt, der sich u. a. gegen die Einschränkung der Zulässigkeit des Wiederaufnahmeverfahrens auf die Fälle der Entfernung aus dem Amte wandte, sowie gegen andere Verschlechterungen gegenüber der Strafprozeßordnung.

Die zur weiteren Beratung eingesetzte Kommission konnte ihren Bericht im Plenum nicht mehr zur Verhandlung bringen. — Die Regierung hatte die Beschlüsse für unannehmbar erklärt.

8. Neues Duellgesetz.

(241. Sitzung vom 26. März 1914.)

Im April 1913 war auf Verlangen der Budgetkommission die sogenannte Duellkommission eingesetzt worden, um die strafrechtliche Behandlung des Zweikampfes zu beraten. Die Kommission legte dem Reichstag einen Gesetzentwurf betreffend Aenderung des Strafgesetzbuchs vor, wonach als § 208a folgende Vorschrift eingestellt werden soll:

„Hat der Herausfordernde oder der Annehmende die Herausforderung oder hat in den Fällen der §§ 205 bis 208 der Täter den Zweikampf freventlich verschuldet, so tritt an Stelle der Festungshaft Gefängnisstrafe von gleicher Dauer. Neben der Gefängnisstrafe kann auf Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte erkannt werden."

Dementgegen war von uns beantragt worden:

„Der Reichstag wolle beschließen:

an Stelle des von der Kommission vorgeschlagenen Artikels den nachstehenden beiden Artikeln seine Zustimmung zu erteilen:

Artikel 1.

Der Abschnitt 15 des Strafgesetzbuchs (§§ 201 bis 210) wird aufgehoben.

Artikel 2.

In den Abschnitt 17 des Strafgesetzbuchs wird folgender § 228a aufgenommen:

§ 228a.

Wer einen Zweikampf begeht oder zum Zweikampf herausfordert oder wegen Unterlassung einer Herausforderung zum Zweikampf oder wegen Nichtannahme einer solchen Herausforderung Verachtung bezeigt oder androht, wird mit Gefängnis in derselben Höhe bestraft, wie in den §§ 223a bis 228 gegen denjenigen angedroht ist, welcher eine Körperverletzung mittels einer Waffe begeht.

Gleichzeitig ist gegen Beamte auf Unfähigkeit zur Bekleidung öffentlicher Aemter, gegen Offiziere auf Entfernung aus dem Heere zu erkennen.

Neben der Freiheitsstrafe ist auf Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte zu erkennen, wenn der Täter sich einer ehrlosen Handlungsweise schuldig gemacht hat, die in einer Beziehung zum Zweikampf steht."

Genosse Stadthagen betonte in der Plenarverhandlung, daß die von der Kommission beantragte kleine Verbesserung des jetzigen Zustandes noch immer grundsätzlich an dem Duell als an einer Straftat, die im Strafgesetzbuch privilegiert wird, festhält. Wir verlangen, daß das Duell bestraft werden soll wie alle anderen Vergehen, die im Strafgesetzbuch in den verschiedenen Arten der Körperverletzung klassifiziert worden sind. Wir haben demgemäß den obigen Antrag gestellt.

Unter Ablehnung unseres Antrages kam der Antrag der Kommission in erster und zweiter Lesung zur Annahme. Der Staatssekretär des Reichsjustizamtes erklärte, daß sich der Bundesrat erst nunmehr mit dem Entwurf beschäftigen könne. Der Gesetzentwurf wurde am 19. Mai 1914 in dritter Lesung einstimmig angenommen.

9. Verkehr mit Leuchtöl.

(Petroleum-Verkaufsmonopol.)

Die bei Beginn des Sessionsabschnittes bevorstehende dritte Lesung des Gesetzentwurfs in der Kommission (siehe Parlamentsbericht 1913, Seite 135) hat nicht zu Ende geführt werden können. Die in der zweiten Lesung der Kommission gefaßten Beschlüsse hatten zwar das von der Regierung vorgeschlagene Monopol der Deutschen Bank beseitigt, aber die an deren Stelle gebrachte unter Reichsaufsicht stehende Aktiengesellschaft bot noch immer keine genügende Sicherheit für die Interessen der Konsumenten. Unsere Kommissionsmitglieder hatten deshalb für eine bessere Grundlage für ein Leuchtöl-Monopol gesorgt und, gemeinsam mit den freisinnigen und nationalliberalen Mitgliedern, dahin gestrebt, daß die Vertriebsgesellschaft unter die Kontrolle des Reiches und des Reichstags gestellt und Fürsorge für niedrige Preise des Leuchtöls getroffen sowie der Bezug von Leuchtöl durch Lieferanten, die nicht zum Rockefeller-Trust gehören, ermöglicht wird. Die Freunde des Rockefeller-Trusts, die ihm nicht die unumschränkte Macht in Deutschland zu erhalten vermochten, suchten für ihn wenigstens den größten Teil der Ausbeutungsmöglichkeit zu retten. Dahin gingen besonders die Anträge des Zentrums.

Vor den letzten Verhandlungen in der Kommission hat sich in mehreren Sitzungen auch unsere Gesamtfraktion mit diesen Fragen beschäftigt.

Die Fraktion beschloß, sich zunächst auf folgende grundlegende Forderung zu beschränken, in deren Sinne unsere Kommissionsmitglieder wirken sollten: „Die Versorgung Deutschlands mit Leuchtöl muß auf mindestens fünf Jahre durch Abschluß von Verträgen, die die sogenannte Baisse-Klausel (d. i. Garantie des niedrigsten Börsenpreises) enthalten müssen, sichergestellt werden."

Durch den Schluß des Reichstags sind auch diese langwierigen Vorarbeiten für den Schutz der deutschen Petroleumkonsumenten vor weiterer Ausplünderung hinfällig geworden. Es ist aber anzunehmen, daß das Projekt in irgendeiner Form wieder auftaucht.

Zwei Gesetzentwürfe sind nicht einmal zur ersten Beratung gelangt. Es waren das der eine Aenderung der Gewerbeordnung, § 33 usw., betreffende, wodurch eine Erweiterung der Machtbefugnisse der Polizei bei Konzessionserteilung an Gastwirte usw. erreicht werden sollte; ferner der Entwurf eines Gesetzes gegen die Gefährdung der Jugend durch Zurschaustellung von Schriften, Abbildungen und Darstellungen. Es sollten zwei Zusatzparagraphen (§§ 43a und 149a) zur Gewerbeordnung geschaffen werden, die ein Wiederaufleben der abgetanen Lex Heinze bedeutet hätten. Das sei an folgender Gegenüberstellung gezeigt:

Entwurf eines Gesetzes gegen die Gefährdung der Jugend durch Zurschaustellung von Schriften, Abbildungen und Darstellungen.	Lex Heinze. § 184a des Strafgesetzes.
Artikel 1. Die Gewerbeordnung wird wie folgt ergänzt: I. Nach § 43 ist folgender § 43a einzufügen: Schriften, Abbildungen oder Darstellungen dürfen in Schaufenstern, in Auslagen innerhalb der Verkaufsräume oder an öffentlichen Orten nicht derart zur Schau gestellt werden, daß die Zurschaustellung geeignet ist, Aergernis wegen sittlicher Gefährdung der Jugend zu geben. II. Nach § 149 ist § 149a einzufügen: Mit Haft oder Geldstrafe bis zu 300 Mk. wird bestraft, wer dem § 43a zuwiderhandelt. Artikel 2. Dieses Gesetz tritt am . . . in Kraft.	Wer Schriften, Abbildungen oder Darstellungen, welche, ohne unzüchtig zu sein, das Schamgefühl gröblich verletzen, einer Person unter 18 Jahren gegen Entgelt überläßt oder anbietet, oder in der Absicht, das Schamgefühl zu verletzen, an öffentlichen Straßen . . . in Aergernis erregender Weise ausstellt oder anschlägt, wird mit Gefängnis bis zu sechs Monaten oder Geldstrafe bis zu 600 Mk. bestraft.

Bei etwaiger Wiederkehr dieses Entwurfs werden wir diesem drastischen Versuch reaktionären „Jugendschutzes" zu begegnen wissen.

Schlußbemerkungen.

Wie der vorstehende Bericht ergibt, ist die praktische und nützliche Ausbeute der langen Reichstagsverhandlungen überaus gering. Insbesondere sind auf sozialpolitischem Gebiete keine nennenswerten Erfolge erzielt; die einzigen hierbei in Frage kommenden Gesetze, wie das Kleinwohnungsgesetz und das über die Konkurrenzklausel, waren von vornherein unzulänglich geplant und haben einen ebenso mangelhaften Inhalt bekommen. Auch andere Aenderungen der Gesetzgebung haben den bescheidensten freiheitlichen Wünschen nicht

entfernt genügt. Allen reaktionären Verschlechterungen oder Verhinderungen rationeller Maßnahmen hat unsere Fraktion nicht nur energischen Widerstand sondern stets positive Gegenvorschläge entgegengebracht. Wenn es wirklich gelang, auch bürgerliche Parteien für unsere Vorschläge zu gewinnen, setzten dem die Regierungen ihr „unannehmbar" entgegen und ließen gar mit Reichstagsauflösung drohen, eine Drohung, die auf feige und zaghafte Gemüter nicht immer ohne Wirkung blieb.

Die Ueberfülle gesetzgeberischer Vorschläge, die dem Reichstag von der Regierung gemacht wurden, hatte zur Folge, daß eine besonders große Zahl unerledigt blieben. Zum Teil lag das auch an der geradezu leichtfertigen Art ihrer Vorbereitung, die den vom Reichstag zuvor ausgesprochenen Wünschen wenig oder gar nicht gerecht wurde. Die Mehrheit des Reichstags wiederum zeigte nicht genug Entschiedenheit, den Willen und das Bedürfnis des Volkes gegen die Widerstände der Regierung durchzudrücken. Hierin wird sich erst dann eine Wandlung zeigen, wenn das ganze Volk dem Reichstag von unten herauf die nötige Energie und Entschlossenheit zuführt. Nicht nur auf der Rechten des Reichstags, auch bis weit in die bürgerliche Linke hinein sucht man jeden Konflikt, selbst jede Anwendung verfassungsmäßiger Mittel ängstlich zu vermeiden. Daher muß die Sozialdemokratie die Partei sein und bleiben, die rücksichtslos und ohne diplomatische Rechnungsträgerei alle Mittel benutzt, ihre Forderungen und Ausgaben selbst im Rahmen dieses Parlamentarismus zielbewußt zu vertreten.

Die Reichstagsfraktion glaubt das stets getan zu haben. Nicht nur ihr Richter, sondern, was wichtiger ist, das Fundament ihrer Kraft und der Antrieb ihres Willens ist draußen das proletarische Volk, für das das Parlament nicht mehr als ein Mittel ist, den endlichen Sieg zu erringen.

Am 20. Mai wurde der Reichstag geschlossen, und damit war ein sehr großer Teil seiner Arbeit vergebens. Auch diese Nichtachtung monatelangen Fleißes ist ein Zeichen der Zeit. — Die Reichstagspräsidenten zeichnen sich dadurch aus, daß sie häufiger als die Präsidenten anderer gesetzgebender Körperschaften Hochs auf den Kaiser ausbringen. Es soll damit die monarchische Gesinnung des Reichstags bekundet werden. Selbst bei Vertagungen schließen die Präsidenten des Reichstags mit einem Kaiserhoch, während der preußische Landtag, Abgeordnetenhaus wie Herrenhaus, ohne solches Hoch in die Ferien gehen. Bisher haben unsere Genossen ihre Nichtbeteiligung an diesen Ovationen, die für sie selbstverständlich war, dadurch zum Ausdruck gebracht, daß sie, sobald die Geschäfte erledigt waren, den Saal verließen. Diesmal hat die Fraktion beschlossen, bis zum Schluß im Saal zu verbleiben, selbstverständlich aber am Kaiserhoch sich nicht zu beteiligen. Dazu führte uns besonders die Tatsache, daß in dem vorhergehenden Sessionsabschnitt die Abwesenheit unserer Fraktion von freikonservativer Seite benutzt worden war, aus dynastischen Gründen und im Gegensatz zu einer Vereinbarung im Seniorenkonvent einen Vertagungsantrag zu stellen und durchzudrücken. — Wie wenig übrigens die Mehrheit des Reichstages selber geneigt ist, solchen Ansprüchen, die Gesinnung anderer zu achten, Rechnung zu tragen, ergab ja drei Wochen zuvor die Ablehnung unseres Antrages, den 1. Mai sitzungsfrei zu halten. Den patriotischen und den kirchlichen Feiertagen wird diese Berücksichtigung bekanntlich stets zuteil.

Möge die Partei dem Wirken ihrer parlamentarischen Vertretung nicht nur freie und gerechte Kritik widmen, sondern auch jene wirksamste Kräftigung, die wir alle in einheitlicher, planvoller und zielbewußter Zusammenarbeit erblicken.

Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68

Geschichte der Revolutionen

vom niederländischen Aufstand bis zum Vorabend der französischen Revolution

Von A. Conrady

Reich illustriert mit Bildern und Dokumenten aus der Zeit

Zwei Bände.

In Leinen geb. je Mk. 9,—
in Halbfranz je Mk. 10,—

Auch zu beziehen in 50 Lieferungen

1. Im Kampf um die Freiheit
Symbolische Darstellung

Der Verfasser behandelt vom geschichtsmaterialistischen Standpunkte aus die großen Umwälzungen, die vor der französischen Revolution die Hauptwendepunkte in der modernen geschichtlichen Entwicklung darstellen. Von großen politischen Katastrophen sind es die Revolutionen in den Niederlanden, in England und in Nordamerika, die hier behandelt werden. Diese Umwälzungen erscheinen, im geschichtlichen Zusammenhang betrachtet, als Glieder einer Kette. Es sind bürgerliche Revolutionen. Sie leiten hin zur Herrschaft der freien Konkurrenz und zu jener großen wirtschaftlichen und politischen Umwälzung, die gleichzeitig mit der französischen Revolution das Maschinenzeitalter heraufführte. Die bürgerlichen Ideale der französischen Revolution und ihrer Ausläufer in den Nachbarländern spielen auch schon in den Vorgängern ihre Rolle. Daneben erscheinen, vor allem in der großen englischen Revolution des 17. Jahrhunderts, starke Regungen des Proletariats, Vorzeichen seines heutigen Aufstieges. Den unmittelbaren Nutzen aber zieht aus allen diesen revolutionären Klassenkämpfen, obwohl die Volksmassen den Ausschlag geben, das Kapital, dessen Vertreter über Absolutismus und Feudalismus zum Siege gelangen. In dieser Hinsicht sind besonders interessant die parlamentarischen Kämpfe, die im Mutterlande der Parlamente, in England, gegen Gottesgnaden-, Pfaffen- und Junkertum ausgefochten wurden. Indem die Mächte der Vergangenheit mit Gewalt sich zu behaupten suchten, wurden sie schließlich mit Gewalt gestürzt. Eine Prozedur, die der heutigen bürgerlichen Geschichtschreibung als Störung der friedlichen Entwicklung unangenehm ist, die aber bei den gegebenen Interessen- und Klassengegensätzen eine geschichtliche Notwendigkeit war und, als solche begriffen, das wertvollste Material zur Förderung des politischen Verständnisses unserer gegenwärtigen gesellschaftlichen Zustände beiträgt.

Der Deutsch-Französische Krieg 1870-71

Umfang: 320 Seiten großes Geschenkformat mit über 240 Bildern und Dokumenten ausgestattet. :: Preis gebunden

3,50 Mark

Eine wahrheitsgetreue, von einem Sozialdemokraten gegebene Schilderung des Deutsch-Französischen Krieges muß zur Zeit des gewaltigen Weltkrieges besonderes Interesse erwecken. Verfasser dieses Werkes ist Hugo Schulz, gegenwärtig Kriegsberichterstatter im österreich.-ungar. Hauptpressequartier

Buchhandlung Vorwärts, Lindenstraße 3

Gute Bücher

der Unterhaltung und Belehrung

Jeder gut gebundene Band 1,50 Mk.

Erweckt. Ein Roman aus dem Proletarierleben von A. Ger

Der Ausweg. Eine Erzählung von Ernst Preczang

Das Land der Zukunft. Reisebeschreibung von Leo Kolisch :: Mit einer Einleitung von Paul Göhre.

Verschrobenes Volk. Erzählungen von R. Grötzsch

Der Prinzipienreiter. Eine Erzählung aus dem Jahre 1848 von Wilhelm Blos

In den Tod getrieben. Zwei Erzählungen von E. Preczang

Der Pariser Garten und Anderes. Von Minna Kautsky

Mutter. Ein Frauenschicksal von Joh. Ferch

Der Morgen graut. Erzählungen aus dem Proletarierleben :: Von M. Andersen-Nexö

1000 Mark Belohnung. Kriminalroman v. Hans Hyan

Die Heiteretei. Eine lustige Erzählung von Otto Ludwig

Vom Waisenhaus zur Fabrik. Geschichte einer Proletarierjugend :: Von Georg Heinrich Oltreiter

Die Marketenderin. Erzählung aus der Zeit der Revolutionskriege von Erckmann-Chatrian

Kriegsfahrten in Belgien und Nordfrankreich. Von Dr. A. Koester und G. Noske :: Mit 8 Bildern und 1 Karte

Kriegsberichte aus Ostpreußen und Rußland. Von Wilh. Düwell, Kriegsberichterstatter :: Mit 8 Bild. u. 1 Karte

Herzen im Kriege. Schilderungen und Geschichten. Ausgewählt von Fr. Diederich. 2 Bände, jeder für sich abgeschlossen.

Als Zwischendeckfteward nach Südamerika. Erzählung von Heinrich Neuenhagen.

Der Gotteslästerer. Roman aus dem Leben der erzgebirgischen Waldarbeiter. Von A. Ger : Dieser Band kostet 2 Mk.

Buchhandlung Vorwärts Paul Singer G. m. b. H., Berlin SW. 68

Der deutsche Bauernkrieg Von Friedr. Engels. Mit Einleitung u. Anmerkungen herausgeg. von Franz Mehring. Brosch. Mk. 1,50; geb. Mk. 2,50

Die erste Auflage dieser seit langen Jahren vergriffenen Schrift erschien im Jahre 1850 unter dem frischen Eindruck des weißen Schreckens.

Wilh. Weitling, Garantien der Harmonie und der Freiheit Mit Vorw. u. Einleitg. herausgeg. v. Fr. Mehring. Brosch. Mk. 2,50; geb. Mk. 3,50

Mehring schildert in seiner Einleitung den mächtigen Eindruck, den diese längst vergriffene Schrift bei ihrem Erscheinen hervorgerufen hat: „Zum erstenmale machte ein Arbeiter mit dem revolutionären Temperament seiner Klasse, mit dem instinktiven Scharfsinn ihres erwachenden Klassenbewußtseins, mit packender und stürmischer Beredsamkeit den Gedankenschatz des Sozialismus mobil für den Emanzipationskampf des Proletariats.“

Gesammelte Werke von Wilhelm Wolff Nebst einer Biographie v. Fr. Engels. Mit Einleitg. u. Anmerkg. herausgeg. v. Fr. Mehring. (Jubiläumsausg.) Brosch. Mk. 1,50; geb. Mk. 2,50

Der Herausgeber schreibt über das Werk u. a.: „Es ist nahezu ein Vierteljahrhundert verflossen, seitdem Friedrich Engels die Schlesische Milliarde herausgab mit einer Biographie Wolffs und einer Einleitung über die Geschichte der preußischen Bauern. Die Schrift ist längst vergriffen, und eine neue Auflage erscheint um so dringlicher, als am 21. Juni 1909 der 100. Geburtstag des Mannes war, der den drei großen Vorkämpfern der deutschen Sozialdemokratie ein ebenbürtiger Kamerad gewesen ist.“

Die Arbeiterfrage Von F. A. Lange. Mit Einleitung u. Anmerkungen herausgeg. von Franz Mehring. Broschiert Mark 1,50; gebunden Mark 2,50.

Der vorliegenden Ausgabe ist die erste Auflage des Langeschen Buches zugrunde gelegt. Der Herausgeber hat diese erste Ausgabe deshalb gewählt, weil sie am engsten mit den Anfängen der deutschen Sozialdemokratie zusammenhängt und weil in ihr das Wesentliche zusammengefaßt ist, was Lange als Sozialpolitiker zu sagen hatte.

Politische Aufsätze und Reden von J. B. von Schweitzer. Mit Einleitung und Anmerkungen herausgegeben von Fr. Mehring. Preis Mk. 3,—; geb. Mk. 4,50

Schweitzer war, wenn auch kein Theoretiker, so ein Meister in der eindringlichen, klaren und leichtverständlichen Auseinandersetzung theoretischer Fragen. Deshalb sind seine Schriften lesenswert.

Enthüllungen über den Kommunistenprozeß zu Köln von Karl Marx. Mit Einleitung von Friedrich Engels und Dokumenten. 4. Abdruck mit Einleit. u. Anmerk. von Franz Mehring. Mk. 1,50; geb. Mk. 2,50

Inhaltsverzeichnis.

	Seite
Tagesordnung des Parteitages	3
Bureau des Parteitages	4
Vorlagen an den Parteitag	5
Bericht des Parteivorstandes für die Geschäftsjahre 1914/17	5
Bericht der Kontrollkommission	49
Bericht der Reichstagsfraktion	63
Die nächsten Aufgaben der Partei	132
Anträge an den Parteitag	208
Protokoll des Parteitages	222
Präsenzliste	479
Wortlaut der angenommenen Anträge	486
Sprechregister	492
Sachregister	493
Ergebnis der Abstimmungen	496

Anhang I: Bericht des Parteivorstandes an den Parteitag 1914

Anhang II: Bericht der Reichstagsfraktion für den 3. Abschnitt der 1. Session der 13. Legislaturperiode 1913/14.